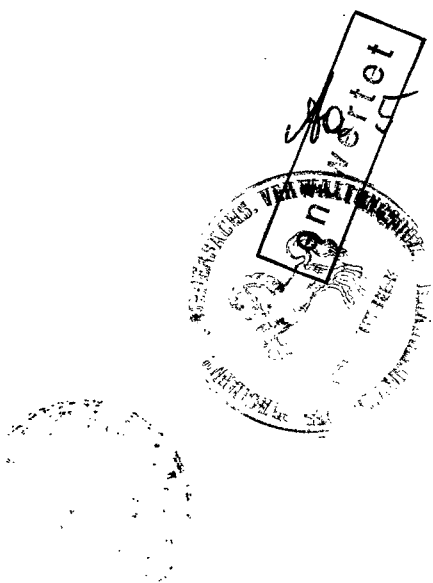
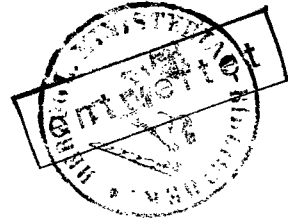


CARL BEDDIES  
BUCHBINDEREI  
BRAUNSCHWEIG  
HINTER LIEBFRAUEN 5.



entwertet  
*las*







4725-9801

unvollständig 10.5.11 pflam

sal

# Verzeichnis

der

# Verhandlungs-Gegenstände

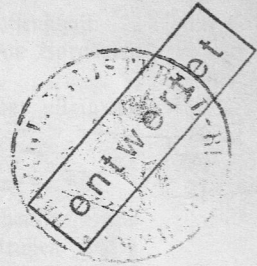
der

# Stadtverordneten-Versammlung

zu

Braunschweig

im Jahre 1914/15.



10012328



Druck der Waisenhaus-Buchdruckerei in Braunschweig.



## A. Nach der Zeitfolge.

### 1. Am 16. April 1914.

	Seite
1. Wahl des Vorsitzenden der Stadtverordneten und seines Stellvertreters für das Jahr 1914/15 . . . . .	2
2. Gewährung einer einmaligen Unterstützung aus der Jüdelstiftung an das Mägdeheim . . . . .	3
3. Errichtung eines Spielplatzgebäudes auf dem Kleinen Exerzierplatze . . . . .	4
4. Antrag Ohlendorf auf Änderung des Statuts, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe . . . . .	8
5. Verwilligung eines Beitrages zu den Kosten für Projekte an die Gesellschaft zur Förderung der Wasserwirtschaft im Harze . . . . .	10
6. Verwilligung von Mitteln zur Ausbildung von Konfirmanden der städtischen Bürgererschulen in der Säuglingspflege . . . . .	11
7. Errichtung einer Spielanlage für kleinere Kinder auf dem Franzischen Felde . . . . .	12
8. Verwilligung eines Betrages an das Komitee gegen Verfallung der Flüsse durch Abwässer der Kaliindustrie . . . . .	13
9. Ausleihung von Hypotheken an die Braunschweiger Baugenossenschaft . . . . .	18
10. Anordnung der geschlossenen bezw. offenen Bauweise sowie von Vorgärten für die Straßen 151 a, 114 b, 561, 113, 112 . . . . .	19
11. Antrag Rasche auf Prämiiierung der fünf besten Fassaden der alljährlich entstehenden neuen Wohnhäuser mit mehreren Wohnungen . . . . .	19
12. Bessere Befestigung der Fußwege auf der Körnerstraße . . . . .	20
13. Abrechnung über den Ausbau verschiedener Straßen . . . . .	21
14. Ausbau der projektierten Straße 361 a zwischen der Goslarischenstraße und der projektierten Straße 317 a, sowie Kanalisierung der Straßen 361 a und 317 a . . . . .	22
15. Errichtung eines Wohnhauses in Eisenbüttel . . . . .	22
16. Beischickung des diesjährigen Deutschen Städtetages betreffend . . . . .	23
17. Antrag Voge auf Freigabe des östlichen Teiles des Amalienplatzes zum Spielen . . . . .	24
18. Antrag Eckhardt auf Vereinigung der drei „Rettungsinseln“ auf dem Friedrich-Wilhelms-Platze zu einer einzigen . . . . .	25
19. Antrag Dieckmann auf teilweise Aufhebung des Verbots des Radfahrens im Bürgerpark . . . . .	26
20. Antrag Voetschigt auf Anbringung von größeren Schildern, betreffend den Fuhrverkehr auf der Wolfenbüttelerstraße . . . . .	26
21. Anfrage Hartung, betreffend die Entfernung der Planke auf dem Platze Am Magnitor . . . . .	27

## 2. Am 7. Mai 1914.

1. Antrag des Deutsch-Nationalen Handlungsgehilfenverbandes, Ortsgruppe Braunschweig auf Änderung des Ortsstatuts für das Kaufmannsgericht . . . . .	30
2. Begründung des Antrages Lauer: Erhöhung des Zuschusses für den Verkehrsverein . . . . .	39
3. Antrag Loeschigt, betreffend den Fuhrverkehr auf der Wolfenbüttelerstraße . . . . .	42
4. Antrag Ohlendorf auf Änderung des Statuts, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe . . . . .	44
5. Antrag Eckhardt auf Vereinigung der drei Rettungsinselfn auf dem Friedrich-Wilhelmsplaze . . . . .	45
6. Vertrag mit der Herzoglichen Straßen- und Wasserbauinspektion wegen Benützung der städtischen Wälle usw. für Gas- und Wasserleitungsanlagen . . . . .	47
7. Übernahme des Heinrich-Werner-Deuknals durch die Stadt . . . . .	49
8. Erhebung des Schulgeldes betreffend beim Übergang der Schüler von staatlichen in städtische Lehranstalten . . . . .	49
9. Errichtung einer städtischen Sparrasse betreffend . . . . .	50
10. Abänderung der Grundsätze für Bewilligung von Ruheohn und Hinterbliebenenversorgung . . . . .	53
11. Einstellung von Straßentechnikern . . . . .	56
12. Bewilligung von Mitteln für den Prinz-Heinrich-Flug 1914 . . . . .	61
13. Weitere Verlassung einer stadtseitig angekauften Grundfläche in Nutzung des Verkäufers . . . . .	63
14. Erhöhung der Stellenzulage für die Hilfsschullehrer . . . . .	64
15. Bewilligung von Mitteln zur Besoldung fest anzustellender Fachlehrerinnen . . . . .	64
16. Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Magnitore (Antrag Sander) . . . . .	65
17. Ausbau der verlängerten Comeniusstraße . . . . .	71
18. Verlegung von Straßenbahngleisen und Belegung des Marstalls, der Höhe, der Bachhoffstraße und des Sacks mit Asphalt . . . . .	71

## 3. Am 28. Mai 1914

1. Antrag Lauer auf Erhöhung des Zuschusses für den Verkehrsverein . . . . .	74
2. Änderung der Straßenpolizeiordnung . . . . .	82
3. Wahl zweier Vertreter für den 31. Braunschweigischen Städtetag in Holzminden . . . . .	125
4. Ausbau der Straßen 631 und 632 . . . . .	126
5. Instandsetzung innenstädtischer Straßen (Gasparistraße, Friedrich-Wilhelmstraße, Münzstraße, Steinweg) . . . . .	128
6. Änderung des Teilortsbauplans bezüglich der Straße 222a und des Baublocks zwischen Straße 222a und 229 . . . . .	129

7. Anfrage Boge über das Vorhandensein der Absicht, hiesige große Betriebe zu einer Sondersteuer heranzuziehen . . . . .	130
8. Antrag Sander auf Ausdehnung der Fahrzeit der elektrischen Straßenbahn bis 12 $\frac{1}{2}$ Uhr nachts . . . . .	131

#### 4. Am 4. Juni 1914.

1. Antrag Ohlendorf auf Änderung des Statuts, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe . . . . .	137
2. Erbauung einer Stadthalle . . . . .	140
3. Abänderung der Grundsätze für die Bewilligung von Ruhelohn und Hinterbliebenenversorgung . . . . .	192
4. Erhöhung des Zuschusses an die Mädchenhorte . . . . .	194
5. Bewilligung von Mitteln an den Verkehrsverein zur Herausgabe des „Kleinen Führers durch Braunschweig“ . . . . .	194
6. Antrag Lauer auf stadtseitige Deckung des Fehlbetrages im Rechnungsabschluß des Verkehrsvereins . . . . .	195

#### 5. Am 18. Juni 1914.

1. Antrag Frede: Rückverweisung des Entwurfs für ein neues Ortsstatut über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe an die Kommission . . . . .	201
2. Neubau der Steintorbrücke . . . . .	209
3. Ergänzung der Wasserleitungsanlage in der Umgebung des Hoftheaters . . . . .	217
4. Regelung des Betriebes der Bestattungshalle . . . . .	218
5. Erhöhung der nicht pensionsfähigen Zulage für den Sprachheillehrer . . . . .	223
6. Einrichtung von sechs weiteren Handfertigkeitstursen in den städtischen Bürgerschulen . . . . .	223
7. Bewilligung von Mehrkosten für die Unterhaltung der Mädchenfortbildungsschule . . . . .	224
8. Verkauf eines Terrainstreifens am Bültenwege . . . . .	226
9. Erwerb einer Fläche zum Ausbau der Comeniusstraße zwischen Voigts-Registraße und Wendomestraße . . . . .	226
10. Verkauf einer Fläche des früheren Interessentenschaftsweges Klosterstraße . . . . .	227
11. Antrag Lauer auf stadtseitige Deckung des Fehlbetrages im Rechnungsabschluß des Verkehrsvereins . . . . .	227
12. Ausbau der oberen Eichthalstraße (Gesuch der Anlieger) . . . . .	228
13. Aufhebung der Verpflichtung zur Hinterlegung von Dienstkautionen seitens einzelner städtischen Beamten . . . . .	229
14. Änderung der Bedingungen für die Abgabe von Wasser . . . . .	230
15. Genehmigung der Verfassung für die Drogistenakademie . . . . .	231
16. Anschaffung einer rechnenden Schreibmaschine . . . . .	232
17. Erhöhung des Zuschusses an das städtische Museum und an den Kunstverein . . . . .	233
18. Änderung des Ortsbauplans hinsichtlich des Langenhofs . . . . .	234

	Seite
19. Änderung des Ortsbauplans hinsichtlich der Straße 361 a (von der Goslarischenstraße nach Westen abzweigend) . . . . .	234
20. Einsprache gegen die Anordnung der offenen Bauweise für die Straße 113 (Hagenring nördlich der Göttingstraße) . . . . .	235
21. Errichtung von Bedürfnisanstalten . . . . .	236
22. Errichtung eines Wohnhauses in Eisenbüttel . . . . .	237
23. Gewährung eines Zuschusses zu den Kosten der Erbauung von Eisenbahnbrücken nördlich von Olper . . . . .	238
24. Antrag Rasche wegen Ausbau einer Teilstrecke der Wabestraße . . . . .	238
25. Ausbau der Comeniusstraße zwischen Vendomestraße und Herzogin-Elisabethstraße . . . . .	239
26. Ausbau der Goethestraße zwischen Schillerstraße und Hänfelmannstraße . . . . .	240
27. Einsprachen gegen den Ortsbauplan, betreffend die Straßen 633, 634, 635, 636 . . . . .	241
28. Antrag Jasper auf Verstärkung der Statutenkommission zwecks Beratung des neuen Ortsstatuts über die Sonntagsruhe . . . . .	242
29. Antrag Frede auf erneute Beratung der Stadthallenfrage mit Beschränkung auf Punkt 2 (Vorlegung eines zweiten Projekts und Kostenberechnung) . . . . .	244
30. Antrag Schulze, betreffend Einhaltung der jeweilig geltenden tariflichen Lohnsätze im Baugewerbe durch die Unternehmer . . . . .	248

## 6. Am 6. August 1914.

1. Einräumung eines Kredits wegen der der Stadt durch die Mobilmachung erwachsenden Ausgaben . . . . .	252
--	-----

## 7. Am 20. August 1914.

1. Aufhebung von Wegestrecken der Feldmark Neupetritor . . . . .	264
2. Verwilligung von Mitteln zur Uniformierung der Sanitätskolonnenmitglieder . . . . .	265
3. Neubeschaffung von Bürgerbriefen . . . . .	274
4. Auswechslung eines Wasserrohrs auf der Zimmerstraße . . . . .	274
5. Ausbau der Comeniusstraße zwischen Voigts-Rhegißstraße und Vendomestraße . . . . .	274
6. Änderung der Beleuchtungsanlage auf der Friedrich-Wilhelmstraße und Münzstraße . . . . .	275
7. Rückerstattung von Kosten für Gasrohrverlegung . . . . .	276
8. Verkauf von Flächen an der Eichthalstraße . . . . .	276
9. Änderung des Ortsbauplans bezüglich des Bohlweges . . . . .	277
10. Ankauf von Flächen an der Karlstraße . . . . .	278
11. Änderung des Ortsbauplans bezüglich der verlängerten Comeniusstraße an der Einmündung der Herzogin-Elisabethstraße . . . . .	279
12. Erwerb von Grundflächen vom Grundstücke Scharnstraße 1 . . . . .	279

	Seite
13. Erwerb von Grundflächen zum Ausbau der im Zuge der Ringstraße be- liegenden projektierten Straße 113 . . . . .	280
14. Klage von Anliegern der Wilhelmstraße über Belästigungen durch das Rammen auf dem Grundstücke des Elektrizitätswerks . . . . .	280
15. Abrechnung über den Ausbau verschiedener Straßen und den Bau des Unterkunftshauses im Stadtparke . . . . .	281
16. Errichtung eines Neubaus auf dem Grundstücke hinter der Magnikirche 1 .	281
17. Belegung des öffentlichen Fußwegs der Marthastrasse mit Platten . . . .	282
18. Ankauf einer Grundfläche zur Anlegung eines Zufuhrweges nach dem städtischen Grundstücke neben dem Schwesternhause vom Roten Kreuz . .	282
19. Antrag Frede auf Änderung des § 76 des Statuts vom 24. März 1893, Einquartierung betreffend . . . . .	283
20. Herrichtung von Emscher-Brunnen auf dem Kieselgute . . . . .	289
21. Antrag Schulze auf Inangriffnahme von Notstandsarbeiten im Hoch- und Tiefbauwesen . . . . .	295
22. Anfrage Jasper über die Handhabung des Gesetzes, betr. die Unterstützung von Familien der in den Militärdienst eingetretenen Mannschaften . . . .	305
23. Antrag Bunge auf Unterstützung unbemittelter Wöchnerinnen . . . . .	310
24. Antrag Wesemeier auf Notfallunterstützung solcher Arbeitsloser, denen von der städtischen Arbeitsnachweiszentrale keine Arbeit vermittelt werden kann	311
25. Anfrage Steinbrecher über die Fürsorge für in der Stadt Braunschweig anwesende Ausländer . . . . .	313
26. Anfrage Kleinkecht über die Sperrung des durchgehenden Verkehrs in der Bamelstraße . . . . .	315
27. Anfrage Wesemeier über Ankauf und Abgabe von Lebensmitteln seitens der Stadtverwaltung . . . . .	317
28. Anfrage Bunge über den Kotsverkauf in der Gasanstalt . . . . .	319
29. Antrag Mohr auf Ermächtigung des Magistrats, weitere Mittel für Dienstkleidung von nicht dem Roten Kreuz unterstellten Sanitätskolonnen zu bewilligen . . . . .	321
30. Ersatzwahl eines stellvertretenden Vorsitzenden der Stadtverordneten . .	321

## 8. Am 17. September 1914.

1. Regelung des Betriebes der Bestattungshalle . . . . .	324
2. Antrag Schulze, betreffend Einhaltung der jeweilig geltenden tariflichen Lohnsätze im Baugewerbe durch die Unternehmer . . . . .	330
3. Antrag Bunge auf Unterstützung unbemittelter Wöchnerinnen . . . . .	331
4. Prüfung der Haushaltsrechnungen für 1911/12 . . . . .	333
5. Antrag Wesemeier auf Notfallunterstützung solcher Arbeitsloser, denen von der städtischen Arbeitsnachweiszentrale keine Arbeit vermittelt werden kann	334
6. Ausbau der Comeniusstraße zwischen Voigts-Rheßstraße und Wendomeistraße, sowie der nördlich der Göttingstraße gelegenen projektierten Straßen 561, 113 und Langerkamp . . . . .	348



	Seite
7. Auswechslung des abgängigen Kleinpflasters a) auf der nordwestlichen Strecke der Goslarschenstraße, b) der Salzdhumerstraße, c) der Hamburgerstraße und der Broikemerstraße . . . . .	349
8. Errichtung eines Kanals zur Entlastung des Kanals in der Hamburgerstraße . . . . .	350
9. Bau der Drogistenakademie . . . . .	351
10. Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens bezüglich Geländes am Bienröder Wege . . . . .	352
11. Bewilligung einer Beihilfe für die Ostpreußen . . . . .	352
12. Errichtung einer Bedürfnisanstalt zwischen Archiv und Gewerbeschule . . . . .	353
13. Instandsetzung des Agidienmarktes . . . . .	360
14. Projekt über den Ausbau der Straßen 631 und 632 . . . . .	360
15. Ausführung von Maler- und Tischlerarbeiten in städtischen Gebäuden . . . . .	361
16. Optierungs- und Dränierungsarbeiten auf dem Kieselgute . . . . .	362
17. Verwendung der Räume des Stadtparkrestaurants zu Lazarettzwecken . . . . .	362
18. Anfrage Sander über Stellungnahme des Magistrats zu dem Antrage Frede, betreffend Einquartierungen . . . . .	365
19. Anfrage Munte über die Maßnahmen des Magistrats gegen die Steigerung der Getreidepreise . . . . .	373
20. Anfrage Jasper über die Errichtung von allgemeinen Speiseanstalten . . . . .	380

## 9. Am 8. Oktober 1914.

1. Rechnungsabschlüsse für 1913/14 . . . . .	384
2. Rückzahlung von Anlagekosten für Verlegung von Gas- und Wasserrohren . . . . .	388
3. Bericht über die Verwaltung der städtischen Gaswerke, Wasserwerke, der Neustadtmühle und der Abwässerpumpstation . . . . .	388
4. Abänderung des Statuts über die Ordnung der Verwaltung der Stadtgemeinde Braunschweig . . . . .	392
5. Lohnübersichten für 1913/14 . . . . .	410
6. Erwerb von Grundflächen am Langenkamp . . . . .	410
7. Aufhebung einer Mietgeldzahlung . . . . .	411
8. Änderung des Projektes zur Bebauung des Grundstücks Hinter der Magnifikirche 1 . . . . .	411
9. Instandsetzung des Bienröder Weges zwischen Wasserwerk und Schunter . . . . .	412
10. Anfrage Munte über das Verhalten der Berufsfeuerwehr beim Brande der Roggenmühle in Lehdorf . . . . .	417
11. Anfrage Stegmann 1. über die bisher in Angriff genommenen Notstandsarbeiten, 2. über Aufstellung einer schriftlichen Übersicht über solche Arbeiten und 3. über das Zutreffen der Nachricht von der Entlassung einer größeren Anzahl städtischer Arbeiter . . . . .	421
12. Anfrage Fricke über die Entrichtung der Steuern für die im Felde stehenden Mannschaften . . . . .	424

## 10. Am 29. Oktober 1914.

1. Der Brand der Braunschweiger Roggenmühle in Lehdorf . . . . .	430
2. Lieferung von Wasser aus der städtischen Wasserleitung an die Braunschweiger Roggenmühle zu Feuerlöschzwecken . . . . .	452
3. Ausleihung von Hypothekkapitalien an die Braunschweiger Baugenossenschaft . . . . .	454
4. Vorfußweise Zahlung von Quartiergeldern . . . . .	455
5. Einfriedigung des Grundstücks der Feuerbestattungshalle . . . . .	456
6. Verbesserung der Beleuchtung in der Martha- und Leonhardstraße . . . . .	456
7. Antrag Bunge auf Errichtung einer städtischen Auskunftsstelle für die Hinterbliebenen im Felde gefallener Krieger . . . . .	457
8. Antrag Bunge, betreffend die Gewährung von Kriegsunterstützung an die bedürftigen Angehörigen der im September zur Reserve übergetretenen Kriegsteilnehmer . . . . .	458
9. Antrag Steinbrecher, betreffend die Höhe der Unterstützungssätze in der städtischen Armenpflege, die Berechnung der Arbeitslosenunterstützung und Erlangung eines Zuschusses zur letzteren von der Landesversicherungsanstalt Braunschweig . . . . .	459
10. Dringlichkeitsantrag Schmidt, betreffend Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln . . . . .	463
11. Antrag Schmidt, betreffend Wiedereinführung der Sonntagsbegräbnisse . . . . .	473
12. Antrag Stegmann auf schriftliche Zusammenstellung der in der Kriegszeit ausgeführten, in der Ausführung begriffenen und noch geplanten städtischen Arbeiten, sowie der hierfür eingestellten nicht ständigen Arbeiter . . . . .	474
13. Antrag Diekmann, betreffend Aufhebung der Sperrung in der Pawelstraße . . . . .	476
14. Antrag Diekmann auf Errichtung einer fahrbaren Brücke über die Schunter im Zuge des Bienröder Weges . . . . .	477

## 11. Am 3. Dezember 1914.

1. Antrag eines Anwohners der Wallstraße auf bessere Beleuchtung dieser Straße . . . . .	482
2. Antrag Bunge auf Errichtung einer städtischen Auskunftsstelle für die Hinterbliebenen im Felde gefallener Krieger . . . . .	482
3. Antrag Bunge, betreffend die Gewährung von Kriegsunterstützung an die bedürftigen Angehörigen der im September zur Reserve übergetretenen Kriegsteilnehmer . . . . .	483
4. Antrag Steinbrecher, betreffend die Höhe der Unterstützungssätze in der städtischen Armenpflege, die Berechnung der Arbeitslosenunterstützung und die Erlangung eines Zuschusses zur letzteren von der Landesversicherungsanstalt Braunschweig . . . . .	485
5. Antrag Schmidt, betreffend Wiedereinführung der Sonntagsbegräbnisse . . . . .	506

	Seite
6. Antrag Stegmann auf schriftliche Zusammenstellung der in der Kriegszeit ausgeführten, in der Ausführung begriffenen und noch geplanten städtischen Arbeiten, sowie der hierfür eingestellten, nicht ständigen Arbeiter	515
7. Antrag Diekmann, betreffend Aufhebung der Sperrung der Pawelstraße	518
8. Errichtung einer hochwasserfreien Brücke über die Schunter im Zuge des Bienröder Weges	522
9. Ankauf einer südöstlich der neuen Schunterbrücke gelegenen Wiesenfläche	524
10. Instandsetzung der Jahrbahn des Bienröder Weges zwischen Wassertort und Schunter	525
11. Herstellung von Plattenbelag auf dem südlichen Fußwege des Neustadtrings zwischen Amalienplatz und Straße Hinter der Masch	525
12. Aufstellung eines Oberflurhydranten auf der projektierten Straße 221a	526
13. Verwilligung eines Zuschusses für den Verein Volkslesehalle	526
14. Erlass eines Statuts über Quartier- und Naturalleistungen für die bewaffnete Macht	527
15. Projekt über die Ausbarmachung des früher Bornemannschen Grundstücks An der Maschstraße zu Schulzwecken	542
16. Abänderung des Statuts über die Unterhaltung der Mädchenmittelschule	543
17. Abänderung des Projekts über die Herrichtung von Emischerbrunnen auf dem Riefelfelde	549
18. Dringlichkeitsantrag Diekmann auf Besserung der Rampenverhältnisse auf dem städtischen Schlachthause	551
19. Wasserversorgung der Lehdorfer Roggenmühle	552

## 12. Am 17. Dezember 1914.

1. Erwerb eines geschichtlichen Planes der Stadt Braunschweig	557
2. Errichtung von Bedürfnisanstalten auf dem Altstadtringe und Cyriakring	557
3. Ausschließung lästiger Anlagen für verschiedene Straßen	558
4. Antrag Hammerichmidt auf Gewährung einer besonderen Weihnachtsunterstützung an die bedürftigen Angehörigen der Kriegsteilnehmer, sowie an die Arbeitslosen	559
5. Anfrage Fricke über Entfernung des Gerüstes und der Baubude an der Andreaskirche	571
6. Anfrage Jasper über die Unterstützung der Flüchtlinge in Braunschweig	572
7. Antrag Munte, betreffend den vom Eisbahnverein zu zahlenden Pachtpreis für die Teiche im Bürgerpark	576
8. Erwerb von Flächen zum Ausbau des Interessentenweges zweiter Langerkamp	576
9. Wasserrohranlage auf der Uferstraße	577
10. Anschaffung einer Geldzählmaschine für die Kasse der Licht- und Wasserwerke	578
11. Gutachten über den Ausfall der Messe im Februar 1915	578
12. Statut über Quartier- und Naturalleistungen für die bewaffnete Macht	580

	Seite
13. Verlängerung der Straßenbahnlinie Schützenhaus bis zum Krankenhaus vom Roten Kreuz . . . . .	595
14. Antrag Hartung, betreffend Aussonderung der zu Viehfutter verwendbaren Abfälle aus dem abzuführenden Hausmüll . . . . .	596
15. Antrag Bunge auf Errichtung einer Kaninchenzuchtfarm und Mastanstalt . . . . .	597
16. Anfrage Stegmann über planmäßige Verwertung der Küchenabfälle als Viehfutter . . . . .	598
17. Anfrage Stegmann über die erfolgte Entlassung einiger Hilfslaternenwärter . . . . .	600
18. Anfrage Riefe über Stellung des Magistrats zu der Leuchtmittelsalamität infolge des Petroleummangels . . . . .	601
19. Ermächtigung des Magistrats zur Aufnahme einer Anleihe von 1 Million Mark beim Herzoglichen Leihhause . . . . .	603

### 13. Am 21. Januar 1915.

1. Antrag eines Einwohners auf Gewährung einer Entschädigung . . . . .	609
2. Antrag Munte auf Pächterlaß für den Eisbahnverein . . . . .	610
3. Antrag Bunge auf Errichtung einer Kaninchenfarm (nicht verhandelt) . . . . .	612
4. Antrag Hartung auf Verwertung der Küchenabfälle . . . . .	613
5. Ausbau der Comeniusstraße zwischen Wendomestraße und Herzogin-Elisabeth-Straße . . . . .	617
6. Antrag eines Anwohners der Eichthalstraße auf Schaffung eines Bürgersteigs für den oberen Teil der Eichthalstraße . . . . .	618
7. Zustandsetzung des Schulhofs der Gaußschule . . . . .	618
8. Abänderung der Dienstanweisung für die Armenpfleger . . . . .	619
9. Errichtung eines Spielplatzes für kleinere Kinder auf dem Franzischen Felde . . . . .	626
10. Ausbau der Goethestraße zwischen Hänselmann- und Schillerstraße . . . . .	627
11. Ankauf von Flächen an der Comeniusstraße . . . . .	628
12. Entwurf einer neuen Friedhofs- und Begräbnisordnung . . . . .	628
— Ersahwahlen für die Statutenkommission . . . . .	636
— Festsetzung von Minimalhöhen bei Einquartierungen . . . . .	636
— Geschäftliche Behandlung zweier Anträge (Kleinknecht, Wesemeier) und einer Anfrage (Lauer) . . . . .	637
— Anfrage Jasper über die diesjährige Wintermesse . . . . .	637

### 14. Am 4. März 1915.

1. Antrag Wesemeier auf Einrichtung von Vorkehrungen zum Anzeigen von zu erwartendem Hochwasser der Oker . . . . .	641
2. Antrag Kleinknecht auf Rußbarmachung von brachliegenden Ländereien für die Volksernährung . . . . .	643

	Seite
3. Niederschlagung von Rückständen an Gemeindecinkommensteuern für Unteroffiziere und Mannschaften des Beurlaubtenstandes für die Zeit vor ihrem Dienst Eintritt . . . . .	674
4. Anschaffung von Einrichtungsgegenständen für ein Dienstzimmer im Rathause . . . . .	678
5. Bauliche Ausbesserung des Hauses Breitestraße 19 (Hilfsschule) . . . . .	679
6. Legung eines zweiten Straßenbahngleises in der Sonnenstraße . . . . .	679
7. Aufstellung der für den Altstadtring vorgesehenen Bedürfnisanstalt . . . . .	682
8. Änderung der Straßenbahnanlagen auf der Wendenstraße und der Kreuzung Bohlweg-Steinweg . . . . .	682
9. Erwerb einer Fläche an der Neuenstraße . . . . .	683
10. Erwerb von Flächen am Bohlwege . . . . .	683
11. Beschlußfassung über einen Antrag auf Entlassung aus dem Amte eines Stadtverordneten . . . . .	684
12. Beschlußfassung über Ablehnung eines Stadtverordnetenmandats . . . . .	684
13. Bewilligung der vielleicht entstehenden Kosten für Wiederinstandsetzung des Flugfeldes . . . . .	685
14. Erwerb von Flächen am Bienröder Wege . . . . .	686
15. Einschränkung der regelmäßigen Abendfahrten der Straßenbahn während der Kriegszeit . . . . .	687
16. Anfrage Rieke wegen Zuteilung von Brotmarken an jüngere Kinder und über die außerordentliche Höhe des Mehlpriees . . . . .	688
17. Antrag Dieckmann auf sofortige Besprechung einer zu Beginn der Sitzung eingegangenen Eingabe der Bäckerinnung . . . . .	711
18. Antrag Stegmann auf Veranlassung der Beschlagnahme der Kartoffelvorräte im Herzogtum und im ganzen deutschen Reiche . . . . .	713

## 15. Am 18. März 1915.

1. Dringlichkeitsantrag Schön: Wahl einer Kommission zur Vorbereitung der Wahlen der Kommissionen und Deputationen . . . . .	719
2. Beratung des Stadthaushaltplanes für 1915/16 . . . . .	720
3. Lohnüberzicht für 1915/16 . . . . .	769
4. Errichtung eines Anbaus an das Rathaus sowie einer öffentlichen Bedürfnisanstalt auf dem östlichen Rathausshofe . . . . .	770
5. Zeichnung der Kriegsanleihe durch die städtischen Beamten . . . . .	772
6. Ankauf von Flächen zum Ausbau der Straße 114 b . . . . .	772

## B. Nach den Gegenständen.

(Die Zahlen bedeuten die Seiten.)

Abbruch eines Hauses 542.

Ablehnung eines Stadtverordnetenmandats 684.

Abrechnung über Straßenbau 21, 281.

Abwässer der Kaliindustrie 13.

Abwässer der Zuckerrfabriken 15.

Abwässerpumpstation 388.

Anbau an das Rathaus 770.

Anbau von Feldfrüchten 318, 319, 626, 643, 745.

Andreaskirche 481, 571.

Anfragen der Stadtverordneten:

Bunge über die Kotsabgabe im städtischen Gaswerke 276, 319;

Fricke über Steuerzahlung durch Krieger 392, 424;

über Entfernung des Gerüsts an der Andreaskirche 481, 571,

Hartung, betreffend Planke am Magnistor 21, 27;

Jasper über die Unterstützung von Kriegerfamilien 264, 305,

betreffend Einrichtung allgemeiner Speiseanstalten 348, 380,

betreffend Wintermesse 1915 626, 637, über die Unterstützung der Flüchtlinge 515, 572;

Kleinfnecht, betreffend Sperrung der Bawelfstraße 273, 315;

Lauer, betreffend Herstellung von Dauerfleischwaren 626, 637;

Munte, betreffend das Steigen der Getreidepreise 348, 373,

betreffend den Brand der Roggenmühle 384, 417;

Niese wegen der Zuteilung von Brotmarken und der außerordentlich hohen Mehlpreise 688;

betreffend Leuchtmittelkalamität 571, 601, Sander, Einquartierung betreffend 330, 365;

Steinbrecher, betreffend Fürsorge für Ausländer 273, 313, 739;

Stegmann über Notstandsarbeiten, Statistik darüber und Arbeiterentlassungen 392, 421,

Verwertung von Küchenabfällen als Viehfutter 557, 598,

Entlassung von Hilfsaternwärtern betreffend 557, 600;

Voge, betreffend Sondersteuer für Großbetriebe, 74, 130;

Wesemeier wegen Beschaffung von Lebensmitteln 274, 317;

Ankauf von Flächen (siehe Erwerb . . .)

Ankauf von Grundstücken 141, 188.

Anleihe beim Leihhause 603.

Anordnung von Vorgärten 19, 126.

Anstellung von Fachlehrerinnen 64.

Anträge der Stadtverordneten:

Bunge, Ärztliche Hilfe und Pflege für Wöchnerinnen 264, 310, 331;

betreffend Auskunftsstelle für die Hinterbliebenen Gefallener 429, 457, 482,

betreffend Kriegsunterstützung 429, 458, 483,

- betreffend Kaninchenzucht und -Mast 556, 597, 612, 766;
- Diekmann, Radfahren im Bürgerpark betreffend 18, 26, 42, betreffend fahrbare Schunterdrücke 452, 477, 522, betreffend Sperrung der Bawelstraße 452, 477, 518, betreffend die Rampen auf dem Schlachthause 506, 551, Zulassung von Kuchenbacken an allen Wochentagen 706, 711;
- Eckhardt, betreffend Friedrich-Wilhelms-Platz 7, 25, 45;
- Frede, erneute Beratung der Stadthallenfrage betreffend 200, 224, 244, Rückverweisung des Statutenentwurfs für die Sonntagsruhe an die Kommission 201, Cinquantierungslast betreffend 264, 283;
- Hammerichmidt, Weihnachtsgabe an die Angehörigen der Kriegsteilnehmer und Arbeitslosen betr. 506, 559;
- Hartung, betreffend die zu Viehfutter verwendbaren Abfälle 556, 596, 613;
- Jasper, Verstärkung der Statutenkommission zur Sonntagsruheberatung 217, 242, Wertzuwachssteuer 264;
- Kleinknecht, Herrichtung von Landflächen zum Anbau mit Geldfrüchten 626, 637, 643, 745;
- Lauer auf Erhöhung des Zuschusses an den Verkehrsverein 3, 39, 74, auf Erstattung der Zehlsomme des Verkehrsvereins 134, 195, 227;
- Loeschigt, Fuhrverkehr auf der Wolfenbüttelerstraße 20, 26, 42;
- Mohr, Sanitätskolonnen betreffend 289, 321;
- Munte, betreffend Pachterhebung vom Eisbahnverein 505, 576, 610;
- Ohlen dorj, Sonntagsruhe im Handelsgewerbe 3, 8, 44, 74, 137;
- Pusch, betreffend Beratung der Stadthallenfrage 135, 139;
- Rasche, Prämierung von Miethausfassaden 19; betreffend Ausbau eines Teils der Wabestraße 218, 238;
- Sander, betreffend Fahrzeit der Straßenbahn 74, 131, 194, Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Magnitore 65;
- Schmidt, betreffend Höchstpreise für Kartoffeln 429, 463, Sonntagsbegräbnisse betreffend 430, 473, 506;
- Schön, betreffend Vorberatung der Kommissionen und Deputationenwahl 718, 719;
- Schulze, Einhaltung der Tariffäge im Baugewerbe betreffend 213, 216, 248, 330, Notstandsarbeiten während des Krieges betreffend, 264, 295;
- Stegmann, auf Zusammenstellung der Notstandsarbeiten und der dafür eingestellten Arbeiter 430, 474, 515, Beschlagnahme der Kartoffelvorräte 667, 707, 709, 713, 718;
- Steinbrecher, betreffend Fortbildungsschule 74, betreffend Armenunterstützung, Gewerkschaftsunterstützung bei Arbeitslosenunterstützung und Zuschuß der Landesversicherungsanstalt 429, 459, 485;
- Voge, betreffend Almosenplatz 11, 24;
- Wesemeier, Arbeitslosenunterstützung 273, 311, 334, betreffend Vorkehrungen zum Anzeigen von Hochwasser 626, 637, 641.

- Anzeigen von Hochwasser 626, 637, 641.  
 Aseptierungs- und Dränierungsarbeiten auf dem Nieselgute 362.  
 Arbeiterentlassungen 392, 421, 557, 600.  
 Arbeiterneneinstellungen 392, 421, 430, 474, 515.  
 Arbeitsgelegenheit während des Krieges durch städtische Arbeiten, 260, 264, 295, 361, 392, 421, 430, 474, 515.  
 Arbeitslosenunterstützung 273, 311, 334, 384, 429, 459, 485.  
 Arbeitsnachweiszentrale 258, 273, 311, 334, 748.  
 Armenpfleger, Dienstanweisung für solche 619.  
 Armenunterstützung, Höhe derselben, 429, 459, 485, 619.  
 Asmann, Stadtv. 262.  
 Aufhebung von Wegestrecken 264.  
 Ausbau von Straßen: 21, 22, 71, 126, 134, 226, 238, 239, 240, 274, 281, 348, 360, 412, (417), 617, 618, 627.  
 Ausbesserungen, bauliche 679.  
 Auskunftsstelle für die Hinterbliebenen Gefallener 429, 457, 482.  
 Ausländer, arbeitslose 273, 313, 739.  
 Ausschliefung lästiger Anlagen 558.  
 Automobilklub 272.  
 Änderung des Ortsbauplanes (siehe Ortsbauplanänderungen.)  
 Akerförder Feld 318, 319, 646, 685, 745.  
 Ärztliche Fürsorge für Angehörige der Kriegsteilnehmer 258.  
 Ärztliche Fürsorge für Wöchnerinnen 264, 310, 331, 743.  
 Baugenossenschaft, Braunschweiger 18, 454.  
 Baugerüst an der Andreaskirche 481, 571.  
 Bauinspizienten im Magistrat 392.  
 Bauten, städtische 4, 32, 209, 236, 237, 281, 351, 411, 679.  
 Bauverein städtischer Beamten 126, 558.  
 Bauwesen, städtisches, Leitung desselben 407.  
 Beamten, städtische 229, 772.  
 Begräbnisse am Sonntag 430, 473, 506.  
 Bedingungen für Abgabe von Wasser 230.  
 Bedürfnisanstalten 21, 27, 65, 217, 236, 353, 557, 682, 770.  
 Beihilfe für die Ostpreußen 352, 384.  
 Bekanntmachungen in den öffentlichen Blättern 524, 580, 609.  
 Belassung einer Grundfläche an den Verkäufer 63.  
 Benützung der staatlichen Wälle 47.  
 Berichterstattung über die Stadtverordnetenversammlungen 640.  
 Beschaffung von Saatgut 649 ff.  
 Beschlagnahme der Kartoffeln 667, 707, 709, 713, 718.  
 Beschwerde von Anliegern der Wilhelmstraße 199, 280.  
 Brand der Roggenmühle 384, 417, 430, 452, 481, 552.  
 Brenner, Stadtv. 260, 428.  
 Brotmarken 688.  
 Brücken 3, 137, 209, 238, 413, 452, 477, 522.  
 Brücke zwischen Pestalozzistraße und Maschstraße 524.  
 Bugenhagendenkmal 30.  
 Bürgerbriefe 273.  
 Bürgerpark 18, 26, 42, 720.  
 Bürgerschulen 64, 223, 542, 731.  
 Dank an den Magistrat wegen Finanzpolitik 763.  
 Dauer-Fleischwaren 626, 637.  
 Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband 30.  
 Dienstanweisung für Armenpfleger 619.  
 Dienstkautionen städtischer Beamten 229.  
 Dränierungsarbeiten auf dem Nieselgute 362.  
 Drogiſtenakademie 231, 351.  
 Eingaben und Eingänge (siehe Mitteilungen des Vorsitzenden).  
 Eingehen von Schweinen auf dem Nordbahnhofe 764, 765.



Eingemeindungen betreffend 443, 453.  
 Einquartierungen betreffend 264, 283, 330, 365, 455, 527, 609, 636.  
 Einschränkung des Straßenbahnverkehrs 687.  
 Einsprachen gegen den Ortsbauplan 241.  
 Einsprache gegen Festsetzung der offenen Bauweise 235.  
 Eisbahnverein 505, 576, 610.  
 Eisenbüttel, Neubau 32, 237.  
 Entseherbrunnen auf dem Kieselgute 289, 549.  
 Entlassung aus dem Amt eines Stadtverordneten 683.  
 Entschädigung wegen Geschäftsschädigung 480, 609.  
 Erklärungen des Magistrats 10, 199.  
 Erklärung des Stadtv. Busch 481.  
 Erklärung des Stadtv. Sander 481.  
 Erwerb von Grundflächen 63, 226, 278, 279, 280, 282, 410, 524, 576, 628, 683, 686, 772.  
 Fachlehrerinnen 64.  
 Fassaden von Mietshäusern 19.  
 Feldfrüchte, Anbau von solchen, 318, 319, 626, 643, 745.  
 Feldmark Neues Petritor 264.  
 Feuerbestattungsamt, Wahlen für dasselbe 325.  
 Feuerbestattungshalle 218, 324, 456, 725.  
 Feuerlöschhilfe 384, 417, 430, 452, 481, 552.  
 Flugfeld (siehe Aerferöder Feld)  
 Flüchtlinge 515, 572.  
 Höflichkeit bei Auszahlung der Kriegsunterstützungen 257.  
 Fortbildungsschulgebäude 161.  
 Fortbildungsschulbesuch für stellenlose Schulentlassene 731.  
 Fortbildungsschulzwang 74.  
 Französisches Feld 12, 626, 646, 746.  
 Fremde Staatsangehörige, Unterstützung derselben 273, 313, 739.  
 Friedhofs- und Begräbnisordnung 430, 473, 506, 628.

Fuhrverkehr auf der Wolfenbüttelerstraße 26, 42.  
 Fußwege 20, 57, 263, 282, 525, 618.  
 Fußweg Ecke Fallersleberstraße 263.  
 Führer von Braunschweig 194, 324.  
 Gas- und Wasserwerke 232, 388, 578.  
 Gaswerke 276, 319.  
 Gas- und Wasserleitungen 47, 276, 388.  
 Gaußschule 618.  
 Gebensleben, Stadtbaurat 605, 608.  
 Gehaltsätze für Lehrer und Lehrerinnen an Mittelschulen 543.  
 Geldzählmaschine 578.  
 Gemeindesteuern 752, 769.  
 Geschäftsordnung betreffend 636, 706.  
 Geschlossene bzw. offene Bauweise 19.  
 Gesellschaft zur Förderung der Wassernwirtschaft im Harze 10.  
 Getreidepreise, Steigerung derselben 348, 373.  
 Gewerkschaftsunterstützung (343) 429, 459, 485.  
 Großer Ererzierplatz 646.  
 Grundsätze für Gewährung der Kriegsunterstützung 305, 334, 734.  
 Hammerichmidt, Stadtv. 480.  
 Handfertigkeitssurze 223.  
 Hauptrohrleitungen, Auswechslung und Neulegung 751.  
 Haushaltsrechnungen 1911/12 333.  
 Hausneubau Hinter der Magnikirche 1 281, 411.  
 Hausneubau Eisenbüttel 32, 237.  
 Herrichtung von Landflächen für Feldfrüchte 626, 643.  
 Herstellung von Fleisch-Dauerwaren 626.  
 Hilschule 64, 679.  
 Hinterbliebenenversorgung (siehe Ruhe-lohn)  
 Hochwasser der Elbe 626, 641.  
 Hoftheater 217.  
 Höhere Lehranstalten, Schulgelberhebung betr. 49.  
 Höchstpreise für Getreide und Mehl 446 ff.

Höchstpreise für Kartoffeln 429, 463, 667.  
 Hydrantenaufstellung 526.  
 Hypothekenausleihungen 18, 454.

**Inspektor im Desinfektionswesen** 741:  
 Instandsetzung von innenstädtischen Straßen  
 71, 128, 209, 360.

Instandsetzung von außenstädtischen Straßen  
 349, 412, 525.

Instandsetzung des Viermöder-Wegs 412, 525.

Instandsetzung des Bornemannschen Hauses  
 542.

**Jüdische Stiftung** 3, 152, 180, 184, 526, 605.

**Kanalisation, städtische betr.** 17.

Kanalisierung 22, 275, 350.

Kanal in der Hamburgerstraße betreffend  
 350.

Kaninchenzucht 317, 556, 597, 612, 766.

Kartoffeln, Beschlagnahme derselben 667,  
 707, 709, 713, 718.

Katholische Schule 74, 130.

Kaufmannsgericht 30.

Kautionen, Dienst= 229.

Klageentscheidung 199, 384.

Koksverkauf, städtischer 276, 319.

Kommission für Kriegsunterstützungen 307,  
 310, 734.

Kommissions- und Deputationswahlen 72,  
 382, 605, 636, 718, 719.

Konserven-Ankauf 253.

Kriegsanleihe 772.

Kriegsbeihilfe (siehe Kriegsunterstützungen).

Kriegsunterstützung 256, 264, 273, 305,  
 310, 311, 334, 384, 429, 458, 459,  
 483, 485, 506, 559, 619.

Kriegsgefangene Braunschweiger 313, 315.

Kuchenbacken, Verordnung über solches 706,  
 711.

Kuratorium der Drogisten-Akademie 232.

Küchenabfälle 556, 557, 596, 598, 613.

**Landesversicherungsanstalt** 429, 459, 485.

Lange, Stadt. 273, 605, 683.

Lazarette, Hilfs= 362.

Lästige Anlagen 558.

Lebensmittelbeschaffung durch die Stadt 253,  
 274, 317, 626, 637, 643.

Leihhaus-Reform 51.

Leitungswasser 14 ff.

Leuchtmittelmangel 571, 601.

Licht- und Wasserwerke (i. Gas- und Wasser-  
 werke).

Lichtwerk der Straßenbahn 199, 280.

Lieferungsverträge über Kartoffeln 662.

Lohnüberichten 410, 769.

Lohgerberinnung 411.

Luftschiffahrt, Verein für 61.

Lufthafen, Zuschuß dazu 745.

**Magistratsmitglieder, Zahl derselben** 392.

Maler- und Tischlerarbeiten 361.

Markthalle, zweite 161.

Mädchen-Fortbildungsschule 224.

Mädchenhorte 194.

Mädchen-Mittelschule 543.

Mägdeheim 3.

Mehlpreis 688, 725.

Meße, Februar 1915 578, 609, 626, 637.

Mietgelbzahlung, Aufhebung einer solchen 411.

Minimalhöhe bei Einquartierungen 636.

Mitteilungen des Vorstehenden 3, 23, 30,  
 72, 73, 134, 198, 202, 217, 218,  
 244, 251, 262, 289, 324, 329, 348,  
 384, 392, 428, 452, 480, 505, 550,  
 556, 608, 625, 640, 706, 717.

Mobilmachung, Ausgaben wegen derselben 252.

Mohr, Mitglied des Stadtmagistrats 605.

Museum, städt. 233, 733.

Müllabfuhr 58, 727.

**Nationaler Frauendienst** 364, 381, 574.

Neubau Eisenbüttel 32, 237.

Neubau hinter der Magnifikirche 1 281, 411.

Neueinstellung von Straßensekern 56.

Neustadtmühle 388, 724.

Niedererschlagung von Steuerrückständen 674.

Notstandsarbeiten 260, 264, 295, 361, 392,  
 421, 430, 474, 515.

## XVIII

Offene Bauweise 235.

Oferbrücken 209, 238, 524.

Ortsbauplan, Aufnahme in denselben 352.

Ortsbauplan-Änderungen 129, 234, 277, 279.

Ortsbauplan, Einsprachen dagegen 241.

Ortsstraßen-Erklärungen 22, 126, 349, 361, 618, 627.

Ostpreußen 352, 384.

Petroleummangel 571, 601.

Pflege von Verwundeten 255, 265, 282, 289, 321, 362, 595.

Plan, geschichtl. der Stadt Braunschweig 557.

Planke am Magnitor 21, 27.

Prämierung von Fassaden 19.

Preis für Wolle 731.

Preßgasbeleuchtung auf Straßen 275, 457.

Prinz-Heinrich-Flug 1914 61.

Prozeß-Entscheidungen 199, 384.

Prüfung d. Haushaltsrechnungen 1911/12 333

Pumpstation 17.

Quartiergelder 455, 636.

Quartier- und Naturalleistungen an die bewaffnete Macht 527, 580, 609.

Radsfahren im Bürgerpark 18, 26, 42.

Rampen bei dem Schlachthaus 506, 551.

Rathaus 678, 770.

Rechnende Schreibmaschine 232.

Rechnungsabschlüsse für 1913/14 384.

Rector, Stadtv. 428.

Rechtungsineln auf dem Friedrich-Wilhelms-Platz 7, 25, 45.

Rieselgut 289, 317, 362, 549.

Rhein-Weßer-Elbe-Kanal 238, 744.

Roggenmühle in Sehdorf (j. Brand der...)

Rotes Kreuz 258, 265, 282, 289, 321, 362, 595.

Rußelohn und Hinterbliebenenversorgung, 53, 192, 199, 727, 728.

Rückzahlung von Kosten für Rohrverlegungen 276, 388.

Saatgut 649 ff.

Sanitätskolonnen 265, 289, 321.

Säuglingspflege 11.

Schlachthaus 506, 551, 764.

Schulgelderhebung betr. 49.

Schulhöfe 542, 618.

Schulmann als Magistratsmitglied 399.

Schulze, Magistratsassessor 608.

Schulze, Stadtv. 384.

Schunterbrücke am Wienöder Wege 3, 413, 452, 477, 522.

Schweinemaß auf dem Rieselgute 317.

Schwimmbhalle 154, 184, 742.

Sonntagsarbeit in Schrebergärten 747.

Sonntagsbegräbnisse 430, 473, 506, (628).

Sonntagsruhe im Handelsgewerbe 3, 8, 30, 44, 74, 137, 199, 200, 201, 217, 242, 263.

Sparfasse, städtische 50.

Speiseanstalten, allgemeine 348, 380.

Sperrung der Pawelstraße 273, 315, 452, 476, 518.

Spielplatz am Maltenplatz 24.

Spielplatz an der Dießterwegstr. 746.

Spielplatz im Bürgerpark 646, 745.

Spielplatz für kleine Kinder 12, 626, 745.

Spielplatzgebäude 4, 281.

Sprachheillehrer 223.

Staatszuschüsse wegen der Kriegsausgaben 757, 760.

Stadthalle 135, 139, 140, 198, 200, 224, 244, 263.

Stadthaushaltsplan 1915/16 Beratung 720.

Stadtpark 362, 720.

Standesamt 747.

Städte tag, braunsch. 125.

Städte tag, deutscher 23.

Statut über die Ordnung und Verw. der Stadtgem. Brschwg. 392.

Staubbeseitigung 59.

Steintorbrücke 137, 209 (217).

Stellenzulagen 64, 223.

Steuerrückstände 674.

Steuerzahlung durch Krieger 392, 424, 674.

Straßen, die behandelt sind:

Allerstraße 388.  
 Altstadttring 682.  
 Amalienstraße 281.  
 Agidienmarkt 360.  
 Bientröder Weg 352, 412, 525, 686.  
 Bohlweg 277, 683.  
 Bohlweg=Steinweg=Kreuzung 682.  
 Broißemerstraße 349.  
 Bülttenweg 226.  
 Caspariſtr. 128.  
 Cellerſtr. 71.  
 Comeniusſtr. 71, 239, 274, 279, 348,  
 617, 628.  
 Eichthalſtr. 134, 228, 276, 279, 556, 618.  
 Flugplatz 130.  
 Frankfurterſtr. 747.  
 Freytagſtr. 128.  
 Friedrich-Wilhelmsplatz 7, 25, 45.  
 Friedrich-Wilhelmſtr. 128, 275.  
 Göggeſtr. 227, 281.  
 Goetheſtr. 240, 627.  
 Goslarſcheſtr. 349.  
 Hagenring 235.  
 Hamburgerſtr. 349, 595.  
 Hedwigſtr. 747.  
 Herzogin-Elisabethſtr. 281.  
 Höhe 71.  
 Interessentſchaftsweg Klosterſtr. 227.  
 Kaiſer-Wilhelmſtr. 71.  
 Karlſtr. 278.  
 Körnerſtr. 20.  
 Kramerſtr. 747.  
 Langerhof 234, 415.  
 Langerkamp 348, 410, 576.  
 Leonhardſtr. 456.  
 Marſtall 71.  
 Marthaſtraße 282, 456.  
 Maſchſtraße 63.  
 Münzſtraße 128, 275.  
 Neueſtraße 683.  
 Neuſtadttring 525.  
 Bachhoffſtraße 71.

Barweſſſtraße 272, 315, 452, 476, 518.

Raabeſtraße 21.

Sack 71.

Salzdahlumerſtraße 349.

Scharnſtraße 279.

Schöppenſtedterſtraße 128.

Sonnenſtraße 679.

Steinweg 128.

Vendömeſtraße 21, 348.

Voigt-Rheß-ſtraße 226.

Uferſtraße 577, 626, 641.

Wabeſtraße 218, 238.

Wallſtraße 482.

Wendenſtraße 682.

Werſteig 21.

Wolfenbüttelerſtraße 26, 42, 60.

Zeppelinſtraße 21.

Zimmerſtraße 274.

Zweiter Langerkamp 576.

ſtraße 31 276.

" 112 19.

" 113 19, 235, 280, 348.

" 114 b 19.

" 122 a } 558.

" 126 }

" 151 a 19.

" 152 a }

" 152 b }

" 153 a }

" 154 a }

" 154 b } 558.

" 155 a }

" 156 a }

" 156 b }

" 156 c }

" 221 a 526.

" 222 a 129.

" 317 a 22.

" 361 a 22, 234.

" 561 19, 348.

" 631 126, 360, 558.

" 632 126, 360, 558, 576.

Straße 633 }  
 " 634 } 241, 558.  
 " 635 }  
 " 636 }  
 Straßenbahn 5, 74, 131, 194, 577, 595,  
 679, 682, 687.  
 Straßenbeleuchtung 275, 456, 482.  
 Straßenpolizeiordnung 30, 50, 82, 264.  
 Straßen Sprengung 56 ff.  
 Straßenreinigung 5, 56.  
 Straßen- und Wasserbau=Inspektion 47.  
 Tagesordnung betr. 134, 194, 200, 224,  
 238, 263, 550.  
 Tarifvertrag im Baugewerbe 213, 216,  
 248, 330.  
 Teich im Bürgerpark 505, 576, 610.  
 Tierschutzverein 134.  
 Unterkunftshäuschen 4, 281.  
 Unterstützung, durch den Krieg verursacht,  
 562, 566, 570, siehe auch Arbeitslosen-  
 unterstützung.  
 Unterstützung der Familien der Heerespflich-  
 tigen 256, 274, 305.  
 Unterstützung der Flüchtlinge 515.  
 Unterstützungsfälle in der Armenpflege 740.  
 Unterrichtsmittel, Lieferung durch die Stadt  
 767.  
 Überschwemmungen 626, 641.  
 Valentin-Heinemanns-Hof 411.  
 Verkauf von Flächen 226, 227, 276, 278,  
 279.  
 Verkehrsverein 3, 30, 39, 56, 74, 134,  
 194, 195, 227, 263.  
 Versäzung der Klüfte 13.  
 Verstärkung der Finanzkommission 253, 255.

Viehfutter 556, 557, 596, 598, 613.  
 Viehhof, städtischer 764.  
 Viehzucht auf dem Rieselgute 317.  
 Voge, Dr., Stadtv. 262.  
 Volkslesehalle 526.  
 Vorgärten, Anordnung von solchen 19, 126.  
 Vorständewahl 2, 321, 382.  
 Wahlen 2, 24, 72, 125, 232, 242, 321,  
 325, 382, 605, 636.  
 Wahlen zum Magistrat 605.  
 Wasserabgabe, Bedingungen dafür 230.  
 Wasserleitung nach dem Hoftheater 217.  
 Wasserlieferung an die Roggenmühle 452.  
 552.  
 Wasserwerke 22, 388, 526.  
 Wasserrohr 47, 217, 274, 577.  
 Wasserwirtschaft im Harze 10.  
 Weichsel, Stadtv. 324.  
 Wellblechbaracken 5.  
 Werner-Denkmal 49.  
 Wertzuwachssteuer 264.  
 „Weihnachtsgabe“ an Bedürftige 506, 559  
 773.  
 Wintermesse 1915 578, 609, 626, 637.  
 Wirtschaften im Stadtpark und Bürgerpark  
 720.  
 Wöchnerinnenpflege 264, 310, 331, 743.  
 Zinsenlast, städt., aus Kriegsbedürfnissen 726.  
 Zwangsversteigerungen 352, 772.  
 Zufuhrweg zu einem städt. Grundstücke 282.  
 Zusammenstellung über Arbeiterneuein-  
 stellungen 392, 421, 430, 474, 515.  
 Zuschüsse an Gesellschaften, Vereine, Verbände  
 3, 10, 13, 39, 61, 74, 194, 227,  
 233, 265, 526, 745.  
 Zuschuß zu einer Eisenbahnbrücke 238.

1914/1915.

Nr. 1.

*Handwritten mark*

**B e r i c h t**  
über die  
**Verhandlungen der Stadtverordneten**  
**zu Braunschweig**  
in deren Sitzung am 16. April 1914.

**Tagesordnung:**

- |  |                 |
|--|-----------------|
| 1. Wahl des Vorsitzenden der Stadtverordneten und seines Stellvertreters für das Jahr 1914/15. . . . .   | Seite 2         |
| 2. Gewährung einer einmaligen Unterstützung aus der Fädelstiftung an das Mägdeheim. . . . .  | " 3             |
| 3. Errichtung eines Spielplatzgebäudes auf dem Kleinen Exerzierplatze. . . . .   | " 4             |
| 4. Antrag Ohlendorf auf Änderung des Statuts, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe . . . . .  | " 8             |
| 5. Verwilligung eines Beitrages zu den Kosten für Projekte an die Gesellschaft zur Förderung der Wasserwirtschaft im Harze . . . . .                                     | " 10            |
| 6. Verwilligung von Mitteln zur Ausbildung von Konfirmandinnen der städtischen Bürger Schulen in der Säuglingspflege . . . . .   | " 11            |
| 7. Errichtung einer Spielanlage für kleinere Kinder auf dem Franzischen Felde. . . . .   | " 12            |
| 8. Verwilligung eines Betrages an das Komitee gegen Verfalzung der Flüsse durch Abwässer der Kaliindustrie . . . . .   | " 13            |
| 9. <del>Ausleihung von Hypotheken an die Braunschweiger Baugenossenschaft . . . . .</del>  | <del>" 18</del> |
| 10. Anordnung der geschlossenen bezw. offenen Bauweise sowie von Vorgärten für die Straßen 151 a, 114 b, 561, 113, 112 . . . . .   | " 19            |
| 11. Antrag Kasse auf Prämierung der fünf besten Fassaden der alljährlich entstehenden neuen Wohnhäuser mit mehreren Wohnungen . . . . .                                  | " 19            |
| 12. Bessere Befestigung der Fußwege auf der Körnerstraße. . . . .  | " 20            |
| 13. Abrechnung über den Ausbau verschiedener Straßen. . . . .  | " 21            |
| 14. Ausbau der projektierten Straße 361 a zwischen der Goslarischen Straße und der projektierten Straße 317 a, sowie Kanalisierung der Straßen 361 a und 317 a . . . . . | " 22            |

*Handwritten signature*

15. Errichtung eines Wohnhauses in Eisenbüttel . . . . .	Seite 22
16. Bezeichnung des diesjährigen Deutschen Städtetages betreffend. . . . .	" 23
17. Antrag Voge auf Freigabe des östlichen Teiles des Amalienplatzes zum Spielen . . . . .	" 24
18. Antrag Eckhardt auf Vereinigung der drei „Rettungsinselfn“ auf dem Friedrich-Wilhelms-Platz zu einer einzigen . . . . .	" 25
19. Antrag Dieckmann auf teilweise Aufhebung des Verbots des Radfahrens im Bürgerpark. . . . .	" 26
20. Antrag Voelchigk auf Anbringung von größeren Schildern, betreffend den Fuhrverkehr auf der Wolfenbüttelerstraße. . . . .	" 26
21. Anfrage Hartung, betreffend die Entfernung der Plante auf dem Plage Am Magnitor. . . . .	" 27

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Metemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Franckenberg** und **Wagner**.

Entschuldigt die Herren Stadtvv. **Meyerhoff**, **Munte** und **Schön**.

## 1. Wahl des Vorsitzenden der Stadtverordneten und seines Stellvertreters für das Jahr 1914/15.

Oberbürgermeister **Metemeyer**: Die Sitzung ist eröffnet. — Es würde zunächst die Wahl des Vorsitzenden der Stadtverordneten und seines Stellvertreters für das laufende Jahr vorzunehmen sein. Dazu berufen, die Wahl zu leiten, ist der an Lebensjahren älteste der Herren Stadtverordneten. Das würde Herr Kiefe sein, der, wie ich höre, 1843 geboren ist. Ist jemand der Herren älter? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich Herrn Kiefe, die Wahl zu leiten.

Ältersvorsitzender **Kiefe** (nachdem er den Vorsitz übernommen): Es ist Ihnen bekannt, daß in der ersten Sitzung im neuen Geschäftsjahre die Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters vorzunehmen ist. Sie wollen gefälligst dafür Vorschläge machen.

Stadtv. **Fride**: Ich beantrage, die Wahl durch Zuruf vorzunehmen, und zwar für beide Vorsitzenden, und schlage zugleich Wiederwahl der beiden vorjährigen Vorsitzenden, der Herren Dr. Wolters und Dr. Voge, vor.

Ältersvorsitzender **Kiefe**: Sind weitere Vorschläge zu machen? — Wie ich sehe, ist das nicht der Fall. Wer dafür ist, daß Herr Dr. Wolters als erster Vorsitzender und als Stellvertreter Herr Dr. Voge gewählt wird, den erjuche ich, die

Hand zu erheben. (Gezählet.) Das ist die Mehrheit. Ich erjuche Herrn Dr. Wolters, sich hierher zu bemühen, und danke den Herren für die kräftige Unterstützung, die Sie mir in meiner langen Amtsdauer haben zuteil werden lassen.

Vorsitzender Dr. **Wolters**: Ich nehme die Wahl mit bestem Dank an und werde bemüht sein, die Verhandlungen unparteiisch und gerecht zu leiten.

Im Namen des Herrn Dr. **Vogel** soll ich mitteilen, daß er die Wahl zum zweiten Vorsitzenden annimmt.

Vom Verkehrsverein ist eine Nachweisung eingegangen über die Herausgabe der Führer von Braunschweig. Ich lasse dieses Schriftstück hier zirkulieren.

Die Herzogliche Baudirektion macht in einem an den Magistrat gerichteten Schreiben vom 3. d. Mts. darauf aufmerksam, daß die Schunterbrücke, die beim Antrage des Herrn Edhardt in der vorigen Sitzung behandelt worden ist, nicht von der Herzoglichen Baudirektion gebaut ist, sondern daß diese Brücke eine städtische ist. Es war von einigen Seiten, von dem Herrn Referenten und auch von mir, ausgeführt, daß die fragliche Brücke keine städtische sei. Auf diesen Irrtum macht die Baudirektion aufmerksam. Damit fällt die in der Sitzung erwähnte Mangelhaftigkeit der Brücke nicht der Herzoglichen Baudirektion zur Last.

Für die Tagesordnung möchte ich noch folgendes bemerken. Es ist übersehen bei der Zusammenstellung der Tagesordnung, drei Anträge, die noch nicht begründet sind, in dieselbe aufzunehmen. Zwei davon gehören in die öffentliche und einer in die vertrauliche Sitzung. Der zeitlichen Reihenfolge nach werden die beiden ersten hinter Punkt 2 der Tagesordnung und der dritte hinter Punkt 20 einzuschalten sein. Es sind die Anträge Lauer, Ohlendorf und Busch.

## 2. Gewährung einer einmaligen Unterstützung aus der Jüdelstiftung an das Mädchenheim.

Stadtv. **Mohr**: Das im Jahre 1888 gegründete Mädchenheim ist an die Jüdelstiftung mit der Bitte herangetreten, es mit 500 M. zu unterstützen. Man kann der Leitung des Mädchenheims wohl nachsagen, daß sie sich in den 25 Jahren des Bestehens des Heims bemüht hat, den Zweck der Stiftung nach Kräften zu verwirklichen. Während im Rechnungsjahr 1896 120 Stellen vermittelt worden sind, betrug diese Zahl 1912 1294. Im Jahre 1888 wurde 137 Mädchen während 444 Verpflegungstagen und 598 Verpflegungsnächten Herberge gewährt. Diese Zahlen stiegen im Jahre 1911 bei 162 Mädchen auf 1372 Verpflegungstage und 1723 Verpflegungsnächte. Leider sind nun in den letzten Jahren die freiwilligen



Zuwendungen an das Mägdeheim sehr gering gewesen. Während 1888 dem Verein an freiwilligen Jahresbeiträgen 788 *M* zugeflossen sind, betrug diese Summe 1912 nur 312 *M* und daneben eine Zuwendung aus städtischen Mitteln von 100 *M*, so daß das Heim jetzt in eine gewisse Notlage geraten ist insofern, als die ihm zur Verfügung stehenden Mittel schlecht in Einklang zu bringen sind mit den gestiegenen Preisen für Nahrungsmittel und Waren aller Art. Seit Jahren sind die Preise für Kostgeld auf 35 Pf. für den Tag und für Schlafgeld auf 25 Pf. für die Nacht festgesetzt. Diese Preise zu erhöhen, möchte die Leitung des Mägdeheims vermeiden, um die Tendenz der Stiftung auch fernerhin hochzuhalten. Auf die Bitte des Vorstandes des Mägdeheims hat sich die Züdelstiftung bereit erklärt, 500 *M* aus Abteilung III zu bewilligen, falls der Magistrat diese Zuwendung im Interesse der Stiftung für zweckdienlich erachten sollte. Der Magistrat empfiehlt diese Zuwendung und gibt der Stadtverordnetenversammlung anheim, der Bewilligung dieser 500 *M* zuzustimmen. Dem schließt sich die Finanzkommission an und bittet Sie gleichfalls, zu der Bewilligung Ihre Zustimmung auszusprechen.

Die Versammlung stimmt der Bewilligung der vorgeschlagenen Summe zu.

### 3. Errichtung eines Spielplatzgebäudes auf dem Kleinen Exerzierplatze.

**Stadtv. Rasche:** Auf Empfehlung der städtischen Bauverwaltung soll auf dem Kleinen Exerzierplatze ein Unterkunftsraum für den Spielbetrieb in Verbindung mit einer Bedürfnisanstalt errichtet werden, ähnlich so, wie das Gebäude auf dem Leonhardplatze eingerichtet ist. Die Pläne für das neue Gebäude hängen aus. Das Gebäude paßt sich dem Platze an und weicht von dem auf dem Leonhardplatze nur in der Hinsicht ab, daß auf der Rückseite auch ein Geräte- und Unterkunftsraum für die städtischen Straßenarbeiter eingerichtet werden soll, wodurch die eine Wellblechbude auf dem Exerzierplatze wegfallen kann. Als Standpunkt für das Gebäude ist die an der Nebenstraße gelegene bogenförmige Erweiterung des Kleinen Exerzierplatzes vorgesehen. Es enthält in der Mitte einen über 15 m langen und 3,50 m breiten Garderobenraum mit daranliegender überdachter, von Betonsäulen getragener Vorhalle. An der Westseite befinden sich zwei Räume zum Unterbringen der Spielgeräte und an der Ostseite eine Bedürfnisanstalt für Männer und Frauen, nebst einem Raum für die Wärterin und einem Waschraum. Das jetzt in der Platzverweiterung stehende Pissoir wird nach Erbauung des Spielplatzgebäudes in Fortfall kommen. In der Mitte wird das Gebäude durch einen kleinen Turm geziert werden. Der Spielplatzausschuß hat gebeten, dort eine Uhr anzubringen, da in der ganzen Gegend keine öffentliche Uhr vorhanden ist. Die Einbauung einer Uhr ist nun in dem Kostenplan, welcher mit 18 300 *M* abschließt,

nicht enthalten, und der Magistrat gibt anheim, wenn er auch grundsätzlich nicht abgeneigt ist, diesen vom Spielplazausschuß vorgebrachten Wunsch zu erfüllen, zunächst einmal das Gebäude in der geplanten Weise zu bewilligen; eine Uhr könne später immer noch ohne Schwierigkeit eingebaut werden. Die geehrten Herren werden ersucht, sich mit Ausführung des von der städtischen Bauverwaltung empfohlenen Spielplatzgebäudes einverstanden zu erklären und die dafür erforderlichen Kosten mit 18 300 *M* zu Lasten des Kap. IV, 4, c des außerordentlichen Voranschlages zu verwilligen. Nachdem die Baukommission den Plan geprüft hat, schließt sie sich diesem Antrage an.

Stadtv. Dr. **Boge:** Ich höre, es soll nur die eine der Wellblechbaracken, die auf dem Kleinen Exerzierplatze stehen, beseitigt werden. Das erscheint mir nicht richtig. Die Wellblechhäuschen sind nicht schön, und wenn einmal ein besonderes Gebäude auf dem Kleinen Exerzierplatze aufgeführt wird, so wäre es angebracht, den Raum für die städtischen Straßenarbeiter größer herzustellen und beide Wellblechbaracken dort wegfallen zu lassen.

Bürgermeister **Meyer:** Die Wellblechbaracken, welche gegenwärtig für die Aufbewahrung der Geräte der Straßenreinigung im Gebrauch sind, haben sich bewährt. Es ist anzuerkennen, daß sie nicht besonders schön sind, aber sie reichen dem Straßenbilde auch nicht zur Unzierde. Sie stehen nicht nur auf dem Kleinen Exerzierplatze, sondern im ganzen Stadtgebiet zerstreut, und es ist in Aussicht genommen, sie nach Bedarf auch an weiteren Punkten der Stadt zur Aufstellung zu bringen. Durch die Errichtung des projektierten Spielplatzgebäudes würde eine der beiden Baracken des Kleinen Exerzierplatzes überflüssig werden. Wenn die Herren in ihrer Mehrheit der Ansicht sein sollten, daß auch das zweite Wellblechhäuschen verschwinden soll, dann bleibt dem Magistrat nichts übrig, als seine Vorlage zurückzuziehen und ein neues Projekt vorzulegen. Da hierdurch Zeit verloren gehen würde, so möchte ich bitten, von dem ausgesprochenen Wunsche abzugehen und das Spielplatzgebäude so anzunehmen, wie es vorgeschlagen ist.

Stadtv. **Edhardt:** Ich möchte auch empfehlen, beide Wellblechhäuschen fortzunehmen und, wenn nötig, das Unterkunftshäuschen noch zu vergrößern. Schön sind die Wellblechhäuschen wohl nicht, und wenn das Spielplatzhaus neu gebaut wird, so würde es wohl ein leichtes sein, auch Raum für den Inhalt des zweiten Wellblechhäuschens zu schaffen. Das Spielplatzgebäude präsentiert sich schön, und wenn die Kosten auch eine Kleinigkeit größer würden, so würde das nicht so bedeutend werden können.

Stadtv. **Niese:** Das geplante Spielplatzgebäude ist jetzt schon 30 m lang; wenn Sie es noch größer machten, würde es sich vielleicht noch über den ganzen

Exerzierplatz ausdehnen. Jedenfalls würde es dann auf dem Platze nicht schön aussehen. Übrigens ist 18 000 *M* für das Häuschen eine horrenden Summe. Ich habe in der Gartenstadtausstellung Projekte von drei, vier Firmen gesehen, bei denen ein ganzes Wohngebäude 6000 *M* kostet, für die ausgeworfene Summe könnten wir also drei solcher Gebäude hinstellen. Nun habe ich mich aber trotzdem mit dem Projekt einverstanden erklärt, weil geplant ist, die jetzt dort befindliche Bedürfnisanstalt am äußersten Ende des Bürgerparks, am Spielplatze des Eisenbühlerweges, aufzustellen, und weil es doch auch zu Buche schlägt, daß die Straßenarbeiter in das Häuschen aufgenommen werden sollen, und die eine Wellblechbaracke vom Kleinen Exerzierplatze fortkommt und anderweitige Verwendung findet. Es ist für den Spielbetrieb notwendig, daß eine Unterkunft geschaffen wird, nicht nur als Bedürfnisanstalt, sondern auch als Ort, wo die Leute ihre Kleider ablegen können und bei Regen und Unwetter selbst unterkommen können. Ob das Häuschen überhaupt gebaut werden wird, ist noch eine andere Frage, denn es kommt an die Stelle zu stehen, wo auch die Militärverwaltung etwas mit dreinzureden hat. Hätte vor 25 Jahren die Stadtverordnetenversammlung sich dafür entschieden, so würde heute der Kleine Exerzierplatz Eigentum der Hager Feldmarksgemeinde sein; aber damals sind der Militärverwaltung Zugeständnisse eingeräumt, so daß sie heute ein Wort mit dazu zu sagen hat.

Stadtv. **Diedmann:** Mein Wunsch geht dahin, daß auch die zweite Wellblechbude, die nach dem Büldenweg zu steht, und die heute für die Aufbewahrung der Arbeitsgeräte der Straßenarbeiter bestimmt ist, verschwindet. Wenn wir bedenken, daß wir dabei sind, die Reitwege an diesem Platze zu verbreitern, dann steht diese Wellblechbaracke ohnehin im Wege. Ich erinnere an die Gefahr, die entsteht, wenn jemand aus der Wellblechbude kommt, deren Tür nach dem Reitwege zu aufgeht. Es kann auf diese Weise einmal das größte Unglück passieren.

Bürgermeister **Meyer:** Ich bin der Meinung, daß das neue Spielplatzgebäude, wenn die Herren das vorgelegte Projekt genehmigen sollten, noch im Laufe des Sommers in Benutzung genommen werden kann. Falls Sie aber eine Erweiterung des Baues wünschen, so ist der gegebene Lauf der Sache, daß das Projekt zur Umarbeitung an die städtische Bauverwaltung zurückgeht. Daß bis zur Vorlegung des umgearbeiteten Projekts längere Zeit vergehen wird, darf ich annehmen, und bei einem entsprechenden Vorgehen ist damit zu rechnen, daß das Spielplatzgebäude im Laufe dieses Sommers nicht mehr in Betrieb genommen werden kann.

Was die Höhe der Kosten anlangt, so weise ich darauf hin, daß die Aufstellung einer Bedürfnisanstalt der üblichen Art — ohne weitere Um- und Anbauten —

8000 bis 9000 *M* erfordert. Bei einem Vergleiche mit diesem Betrage kann ich die veranschlagte Summe nur als normal bezeichnen. Daß der Bau nicht billig ist, erkenne ich jedoch an.

Den Grund, den Herr Diekmann für Entfernung der Wellblechbude angeführt hat, kann ich nicht gelten lassen. Eine Verbreiterung des Reitweges ist bisher nicht beschloffen, weder vom Magistrat, noch von sonst jemand. Es ist nur beschloffen, die Bordsteine, die den Reitweg unangenehm abgrenzten und besonders für Reiter gefährlich waren, zu entfernen. Wenn somit eine Verbreiterung des Reitweges nicht ausgeführt wird, so ist auch der Grund, den Herr Diekmann annimmt, daß das Haus für die Benutzung des Reitweges im Wege stehe, nicht stichhaltig. Ich möchte den Herren anheimgeben, sich mit dem gemachten Vorschlage abzufinden. Sollte die Beseitigung auch der zweiten Wellblechbude durchaus gewünscht werden, so wird sie vermutlich unschwer anderswo untergebracht werden können.

**Vorsitzender:** Herr Dr. Voge hat folgenden Antrag gestellt:

„Das Spielplatzgebäude auf dem Kleinen Exerzierplatze so herzurichten, daß beide Wellblechbaracken beseitigt werden können.“ — Der Antrag steht mit zur Beratung.

**Stadtv. Weichsel:** Mir scheint der Unterkunftsraum vor dem Mittelbau reichlich klein und der für Garderobe recht groß zu sein. Ich möchte fragen, ob sich das nicht ändern läßt. Ich habe bei der Gartenstadtausstellung Projekte gesehen, bei denen der Unterkunftsraum größer gehalten war. Wenn bei den Spielen plötzlich Regen eintritt, so müssen doch die Kinder, wenn auch notdürftig, unterkommen können.

**Stadtv. Rasche:** Das Projekt hat auch dem Spielplatzauschuß vorgelegen, und es ist dabei erwähnt, daß die Abmessungen der einzelnen Abteilungen dem Wunsche der Turnlehrer entsprechend erfolgt sind. Die Kinder können bei Unwetter nicht bloß unter der Vorhalle Schutz finden, sondern der ganze Raum, der für Garderobe und Spielgeräte bestimmt ist, kann auch mit dazu benutzt werden, so daß der Platz dafür wohl groß genug ist.

Der Antrag der Baukommission auf Zustimmung zur Magistratsvorlage wird angenommen, der Zusatzantrag Voge abgelehnt.

**Vorsitzender:** Eingegangen ist folgender genügend unterstützter Antrag, an erster Stelle unterzeichnet von Herrn Eckhardt:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu erziehen, dahin zu wirken, daß die auf dem Friedrich-Wilhelmsplatze befindlichen

drei Inseln zu einer langgestreckten vereinigt werden, damit das Publikum beim Aus- und Einsteigen in die elektrische Bahn und beim Warten auf dieselbe den Gefahren des Umgefahrenwerdens enthoben wird."

Nach Erledigung der Tagesordnung wird der Herr Antragsteller Gelegenheit haben, seinen Antrag zu begründen.

Es kommen nunmehr die beiden Anträge der Herren Lauer und Ohlendorf zur Begründung.

Stadtv. **Lauer:** Ich möchte bitten, die Begründung meines Antrages bis zur nächsten Sitzung zu verschieben. Ich habe mir verschiedene Unterlagen dafür beschafft, habe aber die Schriftstücke nicht bei mir, da die Angelegenheit nicht auf die Tagesordnung gesetzt war.

#### 4. Antrag Ohlendorf auf Änderung des Statuts, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Wortlaut des Antrages: „In § 1 des städtischen Statuts, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, sind die Worte „nur von 8—9 Uhr morgens und von 11—1 Uhr mittags beschäftigt werden“ zu streichen und durch folgenden Wortlaut zu ersetzen: „In den Bedürfnisgewerben nur von 8—9 Uhr morgens, im übrigen überhaupt nicht beschäftigt werden.“

Stadtv. **Ohlendorf** (zur Begründung): In der Sitzung vom 12. Juni vorigen Jahres haben Sie einen solchen Antrag abgelehnt vor allen Dingen mit der Begründung, daß die stattgefundene Abstimmung der in Betracht kommenden Geschäftsinhaber keine amtliche gewesen sei. Sie haben dann eine Kommission eingesetzt, die Sie beauftragt haben, eine amtliche Abstimmung in die Wege zu leiten. Das ist denn nun, wenn auch ziemlich langsam, aber immerhin geschehen. Sie sind zwar noch nicht im Besitze des Resultats dieser Abstimmung, aber ich bin in der angenehmen Lage, Ihnen mitteilen zu können, daß diese Abstimmung ergeben hat, daß die überwiegende Mehrheit der Geschäftsinhaber für die allgemeine Sonntagsruhe zu haben ist. Ich hatte geglaubt, daß Ihnen das Resultat der Abstimmung in irgendeiner Weise zugänglich gemacht würde, das ist aber, wie gesagt, nicht geschehen.

Der Hauptgrund, der seinerzeit gegen die Einführung der Sonntagsruhe angegeben wurde, ist also in sich selbst zusammengefallen. Es hat nun allerdings recht lange gedauert, bis dieses Resultat herausgekommen ist, und diejenigen Herren werden enttäuscht gewesen sein, die da meinten: Wenn die Kommission die Abstimmung in die Hand nimmt, so können wir schon innerhalb 6—8 Wochen

einen Vorschlag der Kommission haben. Wir haben ihn heute noch nicht, und das hat mich bewogen, in der vorigen Sitzung, nachdem mir dieses Resultat bekannt geworden war, meinen Antrag wieder einzubringen.

Die Kommission hat sich allerdings auch mit der Sache beschäftigt, und da ich Mitglied dieser Kommission bin, so hatte ich Gelegenheit, in der Kommission zu vernehmen, daß man beantragen wollte, Ihnen den Vorschlag zu machen, zunächst für die Sommermonate eine Verkürzung der Verkaufszeit an Sonntagen anzuordnen, da man der Meinung war, daß nun recht bald das Reichsgesetz kommen würde, so daß man das jetzt zu Recht bestehende Statut nur so weit zu ändern braucht, um den in Betracht kommenden Angestellten und Arbeitern für die Sommermonate in diesem Jahre etwas Verbesserung zu schaffen. Da man nun aber auch wohl der Meinung sein kann, daß das Reichsgesetz, welches schon sehr lange auf sich warten läßt, bis zur Erledigung durch den Reichstag, so weit ich die Situation übersehen kann, noch ziemlich lange dauern wird, so glaubte ich berechtigt zu sein, eine solche Meinung zu vertreten. Mein Antrag ist abgelehnt worden mit der Motivierung, es wäre kaum seitens der in Betracht kommenden Körperschaften auf Ausnahme desselben zu hoffen. Ich habe jedoch die Hoffnung, daß mindestens die Herren hier für meinen Antrag stimmen werden, die früher schon erklärt haben, für die Sonntagsruhe derjenigen, die fast jeden Sonntag arbeiten müssen, ihr gutes Herz zeigen zu wollen, und die nur glaubten, daß die damals privatim vorgenommene Abstimmung ein richtiges Resultat nicht gezeigt habe — die übrigen Gründe waren auch von Ihnen kaum ernst genommen.

Ich bitte Sie nun, meinen Antrag jetzt anzunehmen, schon deshalb, damit wir in diesem Sommer zu einer Besserung kommen. Es ist sehr bedauerlich, daß die Abstimmung so lange mit ihrem Resultat warten ließ. Es war damals Herr Weichsel, der meinte, er würde gern für eine Verkürzung der Sonntagsarbeit sein, aber da er glaube, daß diese Kommission schon in sechs Wochen mit einer Vorlage kommen würde, so könne er nicht für sofortige Änderung sein. Ähnlich so äußerten sich auch verschiedene andere Herren. Aus den sechs Wochen sind über sechs Monate, fast ein ganzes Jahr geworden, und Sie haben jetzt Gelegenheit, gutzumachen, was Sie meiner Meinung nach damals verdorben haben. Indem ich auf das verweise, was in der damaligen Sitzung über die Notwendigkeit einer Änderung des Statuts fast allseitig angeführt worden ist, bitte ich, meinen Antrag anzunehmen.

**Vorsitzender:** Der Antrag ist schriftlich noch nicht unterstützt. Ich bitte diejenigen Herren, die den Antrag unterstützen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Unterstützung ist damit erfolgt. Ich überweise den Antrag der Statutenkommission zur Vorberatung.

Stadttrat **Wagner**: Sachlich will ich auf den Antrag Ohlendorf nicht eingehen, ich möchte nur zur Rechtfertigung der eingesetzten gemischten Deputation folgendes erklären: Ich war von der Deputation beauftragt, das Ergebnis der Abstimmung in der vorigen Sitzung mitzuteilen, und hatte dafür bereits vom Herrn Vorsitzenden das Wort erbeten. Es ging dann in der vorigen Sitzung ein neuer Antrag ein, der bat, die städtischen Behörden möchten dagegen Stellung nehmen, daß das Reichsgesetz einen Unterschied der Sonntagsruhebestimmungen macht hinsichtlich der Städte mit über 75 000 Einwohnern und den kleineren. Mit Rücksicht darauf, daß die neue Eingabe der Deputation zur Beratung überwiesen wurde, ist davon Abstand genommen, die Erklärung der Deputation bekanntzugeben. Es hat also seitens der Deputation der gute Wille, die Sache zu fördern, tatsächlich vorgelegen.

### 5. Verwilligung eines Beitrages zu den Kosten für Projekte an die Gesellschaft zur Förderung der Wasserrwirtschaft im Harze.

Stadtv. **Loeschigt**: Die geehrten Herren wissen, daß die Gesellschaft zur Förderung der Wasserrwirtschaft im Harze von der Stadt schon einen Zuschuß bekommen hat. Die Projekte der Gesellschaft für das Gebiet der Oker, so schreibt der Vorstand der Gesellschaft, seien zum größten Teile fertiggestellt, und es werde möglich sein, die noch erforderlichen Untersuchungen im Vorlande zum Schluß dieses Jahres zum Abschluß zu bringen, es sei hierfür jedoch noch die Aufbringung einer Summe von 5000 *M* aus Interessentenkreisen erforderlich. Es wird nun gebeten, sich seitens der Stadt an der Deckung dieses Fehlbetrages zu beteiligen. Da sämtliche Kreise und Städte, die an der Oker liegen, in der einen oder anderen Weise durch die Verhütung der Hochwasserichäden oder die Aufbesserung des Niederwassers an den Projekten ein großes Interesse haben, so erscheint es der Gesellschaft im Hinblick auf die Geringfügigkeit der Summe zweckmäßig, die Summe auf die beteiligten Kreise und Städte (Kreis Goslar, Wernigerode, Halberstadt, Wolfenbüttel, Braunschweig, Städte Braunschweig und Wolfenbüttel) gleichmäßig zu verteilen. Demnach würde auf die Stadt Braunschweig ein Betrag von 625 *M* entfallen. Der Vorsitzende der Gesellschaft, Herr Kreisdirektor Krüger aus Wolfenbüttel, hat sich an den Magistrat mit der Bitte gewandt, diesen Betrag zu übernehmen. Der Magistrat schreibt dazu, daß im Stadtgebiete zwar seit einer Reihe von Jahren größere Beschädigungen durch Hochwasser nicht hervorgerufen seien, daß aber die hohe Bedeutung der Tal Sperren für den Betrieb des Mittellandkanals nicht bezweifelt werden könne und er deshalb anheimgebe, die 625 *M* zu Lasten des Verfügungs fonds der städtischen Behörden zu verwilligen. — Zu be-

merken ist noch, daß die aufzubringenden Beiträge nicht als Beihilfe à fonds perdu, sondern als Darlehen aufzufassen sind, die bei Errichtung der Talisperren von dem Träger des Unternehmens zurückzuerstatten sein werden.

Der Antrag auf Beihilfe ist in der Finanzkommission geprüft, und diese gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Der Beitrag von 625 *M* wird bewilligt.

---

**Vorfigender:** Eingegangen ist ein Antrag des Herrn Dr. Voge:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, zu veranlassen, daß der östliche Teil des Amalienplatzes, der noch nicht mit Rasen besät, aber in den letzten Tagen ganz abgesperrt ist, so lange zum Spielen freigegeben wird, wie der besäte Teil gesperrt ist.“

Herr Voge wird nachher ebenfalls Gelegenheit haben, seinen Antrag zu begründen.

## 6. Verwilligung von Mitteln zur Ausbildung von Konfirmandinnen der städtischen Bürgerschulen in der Säuglingspflege.

Stadtv. **Friede:** Herr Sanitätsrat Dr. von Holwede hat im letzten Schulvierteljahr Gelegenheit genommen, die Hauswirtschaftslehrerinnen der Bürgerschulen und der Mädchenfortbildungsschule durch einen besonderen Kursus in der Säuglingspflege auszubilden. Es sollen in Zukunft die Schülerinnen der Mädchenfortbildungsschule durch eine kurze Tätigkeit in den Krippen praktisch sich in der Säuglingspflege betätigen, während für die Konfirmandinnen der städtischen Bürgerschulen eine Einführung in die Säuglingspflege im Rahmen des hauswirtschaftlichen Unterrichts in Aussicht genommen ist. Das ist so zu verstehen, daß ihnen die Handgriffe gezeigt werden und sie mit den Grundsätzen der Säuglingspflege bekannt gemacht werden, nicht aber, als ob sie vollständig für die Säuglingspflege ausgebildet werden sollten. Für den beabsichtigten Zweck ist in den 8 Schulküchen die Beschaffung von Wannen, Puppen und sonstigen Gegenständen nötig, was für jede Schulküche eine Ausgabe von 62,50 *M* erfordert, insgesamt also 500 *M*. Der Magistrat wie auch die Schulkommission haben sich mit der neuen Einrichtung einverstanden erklärt, und die Schulkommission bittet Sie durch mich, die angeforderten 500 *M* zu Lasten der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen zu verwilligen.

Der Ausgabe der 500 *M* wird zugestimmt.



## 7. Errichtung einer Spielanlage für kleinere Kinder auf dem Franzischen Felde.

**Stadtv. Niese:** Seitens des Stadtmagistrats ist der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugegangen, in der darauf aufmerksam gemacht wird, daß durch das Spielen mit Fußbällen, durch das Laufen usw. den kleineren Kindern auf dem Franzischen Felde Gefahr droht. Es wird deswegen für notwendig gehalten, einen Spielplatz für kleinere Kinder einzurichten. Er soll an die Garnisonkirche zu liegen kommen und umfaßt die Größe von 1—1¼ Morgen. Am Wege nach dem Rußberge hin erstreckt sich der Platz in einer Länge von vielleicht 50 m. Der Platz soll mit einem Drahtzaun und außerdem mit einer Ligusterhecke eingefriedigt werden. Auf ihm sollen zwei Sandgruben zum Spielen für die Kinder angelegt werden, außerdem einige Bänke aufgestellt und auch noch ein Unterkunftshäuschen, vielleicht solch ein Borkenhäuschen, wie es in der Nähe des Reitplatzes im Prinz-Albrecht-Park steht, welches auf 1200 M veranschlagt ist, errichtet werden. Die Gesamtkosten werden sich auf 3000 M belaufen. Man kann sich mit der Vorlage einverstanden erklären, und auch ich habe ihr zugestimmt in der Voraussetzung — was ich hier betonen möchte —, daß nicht nur die Heimatskinder dort spielen sollen, sondern auch die Kinder der großen Masse, der Proletarier dort zugelassen sind. Unter dieser Voraussetzung möchte ich die Vorlage zur Annahme empfehlen.

**Stadtrat von Frankenberg:** Die Voraussetzung, die von Herrn Niese ausgesprochen wurde, ist als zutreffend zu bezeichnen. Es werden also auch diejenigen Herren, die an diese Voraussetzung ihre Zustimmung knüpfen, der Vorlage getrost zustimmen können.

**Stadtv. Stegmann:** Gegen die Vorlage habe ich nichts zu sagen, ich möchte aber bezüglich des Spielplatzes selbst eine Frage an den Magistrat und an das Stadtverordnetenkollegium richten. Es ist Ihnen allen jedenfalls bekannt, daß das Franzische Feld viel begehrt wird, und daß der Verkehr auf dem Platze auch im Spätsommer noch sehr lebhaft war. Familien mit ihren Kindern lagerten sich dort, und es war ein Leben und Treiben dort wie mitten im Sommer, wie man zu sagen pflegt. Nun habe ich bemerkt, daß sich in diesem Winter 3—4 Spielballklubs dort niedergelassen haben, und das ist ihnen selbstverständlich gestattet. Leider ist aber die Grasnarbe auf dem Teile des Feldes durch die starke Benutzung zum Teil verschwunden. Ich möchte deshalb anfragen, ob es möglich wäre, nicht den ganzen Platz an die Spieler aufzuteilen, so daß auch das Publikum, das nicht zu den Spielern gehört, wie bisher sich dort lagern kann und ein größerer Teil dem öffentlichen Verkehr frei bleibt.

**Stadttrat von Franckenberg:** Die Verteilung des Franzischen Feldes an die verschiedenen Schulen und Spielvereinigungen durch den Spielplatzauschuß, zu dem auch Mitglieder aus der geehrten Versammlung gehören, hat für diesen Sommer vor kurzem stattgefunden, und zwar den Anträgen der verschiedenen Vereine folgend nach den Beschlüssen des Spielplatzauschusses. Die Anregung, die Herr Stegmann gibt, daß es erwünscht ist, wenn auch die Allgemeinheit sich des schönen Platzes erfreuen kann, ist wohl zu beherzigen. Ich glaube aber, durch die Verhältnisse des Platzes ergibt sich eine solche Verteilung von selbst. An den Stellen, wo das Gelände ansteigt, spielt es sich bekanntlich nicht gut, und dort wird z. B. das Fußballspiel, das hier viele Anhänger gefunden hat, nicht viel getrieben werden können. Dieser Abhang würde sich in erster Reihe für diejenigen Zwecke eignen, die Herrn Stegmann Veranlassung gegeben haben, das Wort zu nehmen. Im übrigen wird der Spielplatzauschuß bemüht sein, falls sich gar zu viele Spieler für diesen Platz melden, dahin zu wirken, daß eine Abchiebung der Spieler auf andere verfügbare Plätze erfolgt.

**Stadtv. Boge:** Ich möchte auf einen Mißstand hinweisen, der sich auf dem Franzischen Felde vorfindet. Wenn man vom Stadtpark aus den Platz betritt, so kommt man erst auf eine Erhöhung und dann an eine Vertiefung, in der fast immer Wasser steht, das nur bei sehr trockener Jahreszeit verschwindet. Ich habe wohl gesehen, daß die Stelle oberflächlich ausgebeffert ist, aber es wäre zu wünschen, daß diese Stelle gründlich ausgebeffert würde.

Die Versammlung stimmt der Aufwendung für den Spielplatz kleinerer Kinder zu.

## 8. Bewilligung eines Betrages an das Komitee gegen Verfalzung der Flüsse durch Abwässer der Kaliindustrie.

**Stadtv. Lange:** In der Sitzung vom 19. Juni 1913 hat die geehrte Versammlung dem Komitee gegen Verfalzung der Flüsse durch Abwässer der Kaliindustrie für gutachtliche Arbeiten 300 M. bewilligt. Das Komitee hat seine Arbeiten inzwischen aufgenommen, hat dieselben aber leider mangels an Mitteln nicht ganz zu Ende führen können. Es hat sich deshalb nochmals an die interessierten Behörden und Gemeinden gewandt mit der Bitte um nochmalige Unterstützung, und zwar an die Stadt Braunschweig mit der Bitte um Bewilligung eines nochmaligen Betrages von 300 M. Das Komitee hat in seiner Sitzung vom 29. Januar 1914 in Hannover die Notwendigkeit einstimmig anerkannt, mit genauen und zuverlässigen Untersuchungen an der Aufklärung der Frage, wie weit

kaliendlaugenhaltige Gewässer schädlich wirken, und an genauer Feststellung des Schadenumfanges auch seinerseits energisch mitzuarbeiten. Das Komitee hat erklärt, daß Aussicht vorhanden ist, daß über diesen Gegenstand ein Obergutachten der obersten Reichsbehörden in absehbarer Zeit erstattet wird, dessen Inhalt dann bis auf weiteres die Grundlage für alle Entscheidungen für weitere Konzessionsgesuche von Chloralkali- und ähnlichen Fabriken bilden wird. Das Komitee hält es für unbedingt erforderlich, gerade unter diesem Gesichtspunkte dafür zu sorgen, daß Fragen von hervorragend praktischer Bedeutung und solche, die vielleicht überhaupt nur von Männern der Praxis hinreichend beurteilt werden können, rechtzeitig so einwandfrei zur Bearbeitung kommen, daß ein späteres Gutachten an diesen Feststellungen nicht mehr vorübergehen kann. Es betont allerdings, daß die Absicht dieses Vornehmens kein Mißtrauen gegen spätere Gutachter in sich schließen soll, sondern lediglich dem Wunsche entspringt, die Erstattung eines derartigen künftig wichtigen Gutachtens in möglicher Vollkommenheit zu erleichtern und zu sichern. Mit Rücksicht auf die Reinhaltung der von der Stadt zur Deckung des Wasserbedarfs benutzten Grundwasserströme und mit Rücksicht auf die städtische Industrie empfiehlt der Magistrat, dem Komitee gegen Verzinsung der Flüsse durch Abwässer der Kaliindustrie einen nochmaligen Betrag von 300 M für die Beendigung der gutachtlichen Arbeiten verwilligen zu wollen, und zwar zu Lasten des Kap. XIV, 6 des ordentlichen Stats für 1913/14. Im Auftrage der Finanzkommission empfehle ich den geehrten Herren, diesem Vorschlage des Magistrats zustimmen zu wollen.

**Stadtv. Wesemeier:** Ich bin selbstverständlich dafür, daß die Stadt sich an der Untersuchung beteiligt, und daß die Summe dafür bewilligt wird. Aber mir fiel bei Verlesung der Begründung auf, daß die Stadt befürchtet, daß unser Leitungswasser oder vielmehr die Grundwasserströme, die unser Leitungswasser liefern, durch die Abwässer, die in die Flußläufe geleitet werden, verunreinigt werden könnten. Ich möchte mir deshalb die Frage erlauben, ob denn derartige Anzeichen aufgetaucht sind. Im vorigen Jahre wurde eine derartige Möglichkeit mit Entschiedenheit bestritten.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Nach den uns gewordenen Mitteilungen des Herrn Direktor von Feilitzsch ist nicht anzunehmen, daß aus den Flüssen salziges Wasser in den Untergrund gelangt ist. Aber es ist eine Tatsache, daß unsere ganze Gegend in den tieferen Lagen Salz enthält. Wir müssen uns hüten, aus zu großer Tiefe Wasser zu entnehmen, da es dann zu salzreich sein könnte. Es ist den geehrten Herren auch bekannt, daß auf den Salzgehalt des Grundwassers der reiche Chlorgehalt unseres Leitungswassers zurückzuführen ist.

Stadtv. **Sander:** Ich bin auch für Bewilligung des Betrages, bin aber zugleich der Meinung, daß der Rahmen für das Komitee etwas zu eng gehalten ist, wenn nur auf die Verunreinigung der Flüsse durch Kali acht genommen wird. Ich erinnere an das Fischsterben in unserer Oker, das sich jetzt jedes Jahr zeigt, wenn die Zuckerfabriken in Betrieb sind, und halte diese Verunreinigung für ebenso gefährlich wie die anderen. Die Kalifabriken arbeiten jahraus jahrein, und man sieht kein Fischsterben, aber sobald die Zuckerfabriken ihre Tätigkeit beginnen, schwimmen Tausende und Abertausende von toten Fischen auf dem Wasser. Ich möchte, daß bei dieser Bewilligung der Wunsch ausgesprochen würde, daß auch nach dieser Seite hin Untersuchungen über die Verunreinigung der Flüsse angestellt werden.

Sodann möchte ich etwas abschweifen auf unsere Leitungswasserverhältnisse in der Stadt. Wir haben am Petritor fast zu jeder Zeit derartig gelb gefärbtes Wasser, daß es nicht zu gebrauchen ist. Ich bin deswegen verschiedentlich durch das Telephon angerufen, und es sind mir in meiner Eigenschaft als Stadtverordneter Vorwürfe deswegen gemacht. Ich habe geantwortet: Wendet euch an die Direction der Wasserwerke! Immerhin war die Verunreinigung heute wieder sehr schlimm. Meine Frau hat die Wäsche, und die Waschfrau kam an und sagte: „Sehen Sie sich das Wasser an, es ist quittegelb; nun muß ich die Wäsche noch einmal durchwaschen.“ Das sind Zustände, bei denen unbedingt Remedur geschaffen werden muß. Vor acht Tagen habe ich eine Selterswasserflasche voll Wasser gefüllt und einen gelben Bodensatz von  $\frac{1}{2}$  cm Höhe erhalten. Solches Wasser ist doch zum Trinken und auch zum sonstigen Gebrauch nicht zu verwenden. Ich möchte den Magistrat bitten, in dieser Beziehung für Abhilfe zu sorgen.

**Vorsitzender:** Die soeben von Herrn Sander berührte Sache hat auch die Finanzkommission beschäftigt, sie hat aber beschlossen, bei dieser Gelegenheit den Übelstand nicht zu berühren. Es sind Erhebungen darüber im Gange, und ich möchte deswegen die geehrte Versammlung bitten, die Angelegenheit in diesem Augenblicke nicht weiter zu verfolgen; es wird demnächst Gelegenheit dazu sein.

Stadtv. **Lange:** Nach dieser Erklärung des Herrn Vorsitzenden verzichte ich auf das Wort.

Stadtv. **Niese:** Ich muß darauf aufmerksam machen, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen lange nicht ausreichen, wenn man bedenkt, welche Unmenge von Abwässern von Bienenburg und Hedwigsburg entseudet werden. Ich habe die Empfindung, daß man glaubt, gegen die Zuckerfabriken, die auf braunschweigischem Gebiet liegen, nicht vorgehen zu sollen und gegen die preußischen nicht vorgehen zu können. Ob das richtig ist, vermag ich nicht zu sagen, aber entschiedene Maß-

nahmen wären am Platze. Außerdem wäre es auch am Platze, jetzt einmal wieder vom Dowejee-Wasserwerk mehr Wasser pumpen zu lassen und sich nicht nur auf ein Drittel der Förderung zu beschränken, denn in der Glesmaroderstraße hat sich bereits so viel Grundwasser angesammelt, daß die Keller unter Wasser stehen. Es ist anzunehmen, daß jetzt genügend Wasser am Dowejee-Werk vorhanden ist, und deshalb könnte dort mehr für den Bedarf der Stadt herausgepumpt werden. — Die Maßnahmen gegen die Verunreinigung unserer Flüsse können nicht schroff genug sein. Namentlich im Sommer, wo wir in der Sekunde höchstens  $\frac{1}{2}$  cbm Wasserzufluß in der Oker haben, wirkt diese Menge Laugen schädlich. Das ist ein solch schlimmer Zustand, daß in der Oker keine Fische mehr existieren können, höchstens noch Kaulquappen.

Stadtv. **Wejemeier:** Durch die Antwort des Herrn Oberbürgermeisters ist die Begründung, die der Magistrat für die Gewährung eines Zuschusses gegeben hat, hinfällig geworden. Wenn die Grundwasserströme durch die Abwässer der Kaliindustrie nach dem Gutachten unserer Sachverständigen nicht verjätzt werden können, dann bleibt für die Stadt eigentlich kein Grund übrig, für die Bewilligung der Summe einzutreten. Für mich können lediglich nur Gründe maßgebend sein, wie sie mit Recht Herr Sander angeführt hat. Durch die Abwässer der Zuckerfabriken und die anderer Fabriken wird unsere Oker weit mehr verunreinigt als durch die Kaliabwässer. Wenn die Kampagne der Zuckerfabriken beginnt und die „Zuckerschwäne“ auf der Oker schwimmen, dann gehen wir in der Oker die Fische an die Oberfläche kommen und sterben. Diese Abwässer sind das reine Gift für die Fische, während die Kaliabwässer unserem Okerfluß nicht viel schaden.

Oberbürgermeister **Ketemeyer:** Dieser Ansicht kann der Magistrat nicht beipflichten. Ich habe vorhin das Wort genommen, weil Herr Wejemeier gefragt hatte, ob durch die Kalizuflüsse unser Grundwasser bereits gelitten hätte. Die Frage habe ich verneint, habe aber nicht gesagt, es wäre unmöglich, daß durch starke Laugenzuflüsse der Untergrund verjätzt werden könnte. Wir sind der Ansicht, daß allerdings die Stadt ein Interesse daran hat, daß die Flüsse nicht zu viel Salz enthalten. Es ist auch nicht die Oker allein, die hier in Betracht kommt, es kommt auch die Schunter in Frage.

Im übrigen glaubte ich, daß die beiden Verunreinigungen, die hier erörtert sind, die durch Kalilaugen und die durch Abwässer der Zuckerfabriken, ganz verschieden zu beurteilen sind. Darin hat Herr Wejemeier recht, daß die Kalibwässer bisher den Fischen in der Oker nicht sehr geschadet haben. Es gibt sogar Fischereibesitzer, die meinen, daß die Verjätzung unseren Fischen nicht unzuträglich ist, während die Verunreinigung der Flüsse durch die Zuckerfabrikabwässer allerdings

für die Fische sehr nachteilig ist. Wir leiden unter diesem Übelstande schon seit Jahren. Man muß auch anerkennen, daß es ein höchst unappetitlicher Zustand ist, wenn die Schaumfloden den Fluß hinuntergeschwommen kommen. Aber mit der Schädigung der Fischzucht die Notwendigkeit zu begründen, scharfe Maßnahmen dagegen zu ergreifen, ist uns kaum möglich. Was ist denn die ganze Fischerei in der Oker wert? Es sind ein paar hundert Mark! Wenn irgend etwas gegen die Verunreinigung der Oker durch die Zuckersfabriken geschehen soll, so ist es das einfachste, daß die Zuckersfabriken auf Inhibierung der Zuleitung ihrer Abwässer verklagt werden, und das hat ein Fischereibesitzer auch schon getan. Daß die Zuckersfabriken oberhalb der Flußläufe in einer schwierigen Lage sind, muß man anerkennen. Es ist nur eine kurze Zeit, in der sie verhältnismäßig viel Abwässer haben, und Rieselfelder dafür einzurichten, wird schwierig sein. Auf alle diese Sachen zielt ja aber der Ausschuß hin, und Sie sollen nun ihr Einverständnis erklären, daß wir diesem Komitee Mittel zur Verfügung stellen. Es ist eine Tatsache, daß die Reichsregierung am leichtesten zu Maßnahmen veranlaßt wird, wenn ihr durch vorhergegangene Untersuchungen und Klarstellungen zum Bewußtsein gebracht wird, daß hier etwas geschehen muß, und darum bitte ich, dem Antrage zuzustimmen.

**Stadtv. Wesemeier:** Ich bin einverstanden damit, daß die Stadt mit dafür sorgt, daß der Verunreinigung unseres Flußwassers Einhalt getan wird. Aber die Stadt kann auch selbst ein Wesentliches dazu tun. Wenn man z. B. im Sommer den herrlichen Weg an den Okerwiesen hinuntergeht, sieht man, sobald ein Regen oder ein Gewitter gewesen ist, die Oker mit Kloaken übersät: von der Pumpstation wird dann das Abwasser direkt in die Oker geleitet. Das ist viel schlimmer als die Verunreinigung mit Kaliabwässern, und der Weg wird einem Spaziergänger dadurch geradezu verfehlt. Es dürfte unter keinen Umständen von der Stadt geduldet werden, daß von der Pumpstation solche Dinge in die Oker gelassen werden. Wir haben seinerzeit gegen die Eisenbahndirektion geklagt, die vom Bahnhof ab ihre Aborkanäle direkt in die Oker führte, und hier machen wir dasselbe in viel stärkerem Maßstabe, als es vom Bahnhofs aus geschehen konnte.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Was für einen Zweck hat es, deswegen Vorwürfe gegen die Stadtverwaltung zu erheben? Wenn ich nicht irre, war Herr Wesemeier schon Stadtverordneter, als die Kanalisation der Stadt beschlossen wurde, und in dem Programm ist vorgesehen, daß für starke Gewitterregen Überläufe eingerichtet wurden, so daß in dem Falle das Wasser direkt in die Oker eingeführt wird. Wo sollte denn sonst das viele Wasser bleiben? Wenn wir eine Anlage gemacht hätten, die diese Überläufe überflüssig erscheinen läßt, dann

hätten wir zu einem anderen System übergehen müssen, und die Kanalisation würde mindestens das Doppelte gekostet haben, denn das ganze Kanalnetz hätte mit weiterem Durchmesser angelegt werden müssen. Die Kosten dafür sind denn doch so gewaltig, daß wir lieber an einem oder an zwei Tagen im Jahre eine derartige Unannehmlichkeit in Kauf nehmen, wenn man an der Oker hinuntergeht.

Die 300 M werden bewilligt.

**Vorsitzender:** Herr Stadtv. Diekmann hat einen genügend unterstützten Antrag folgenden Wortlauts eingereicht:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, das Verbot des Radfahrens im Bürgerpark, soweit es sich um Wege handelt, die bereits für den Fuhrverkehr freigegeben sind, aufzuheben.“

## 9. Ausleihung von Hypotheken an die Braunschweiger Baugenossenschaft.

Stadtv. Mohr: Unter dem 7. Februar d. J. richtete die Braunschweiger Baugenossenschaft an den Stadtmagistrat das Ersuchen, ihr auf die von ihr errichteten Häuser Virchowstraße 40, Sophienstraße 20 und 26 75 000 bis 80 000 M mündelsichere Hypotheken herzugeben. In der Sitzung vom November 1912 haben die Herren beschlossen, beim Flüssigwerden von Teilen des Stammvermögens der Kammereikasse oder des Kreiskommunalverbandes etwaige Anträge der Baugenossenschaft auf Herleihung mündelsicherer Hypotheken in erster Linie zu berücksichtigen und mehr als vier Prozent Zinsen nicht zu fordern. Der Magistrat teilt nun mit, daß bei der Kammereikasse zurzeit 45 000 M und beim Kreiskommunalverbande 29 000 M, in Summa 74 000 M verfügbar sind. Die Prüfung der Werte der Grundstücke ist durch die städtische Bauverwaltung vorgenommen und ergibt für das Haus Sophienstraße 26 einen jährlichen Wert von 35 400 M und einen Pfandwert von 21 600 M. Die Wohnhäuser Virchowstraße 40 und Sophienstraße 20 sind erst im Rohbau vollendet, so daß ein zeitlicher jährlicher Wert von 30 000 M, ein Pfandwert von 25 000 M für das erstere und ein jährlicher Wert von 18 000 M, ein Pfandwert von 15 000 M für das letztere zu verzeichnen ist. Nach Vollendung der beiden Gebäude werden die Grundstücke etwa folgende Werte besitzen:

Virchowstraße 40 jährlicher Wert 43 500 M, Pfandwert 25 200 M,  
Sophienstraße 20 jährlicher Wert 35 700 M, Pfandwert 21 600 M.

Der Stadtmagistrat gibt anheim, an die Braunschweiger Baugenossenschaft zur 1. Hypothek und verzinslich zu 4 Prozent auszuliehen

1. auf das Grundstück Sophienstraße 26 21 600 M sofort,

2. auf die Grundstücke Birchowstraße 40 und Sophienstraße 20 nach Fertigstellung 25 200 bzw. 21 600 *M*, sofern eine Nachschätzung der städtischen Bauverwaltung diese Pfandwerte ergeben sollte.

Sollte die Braunschweiger Baugenossenschaft die alsbaldige Veseihung der beiden letzten Grundstücke wünschen, so gibt der Magistrat anheim, der Ausleihung von 18 000 und 15 000 *M* zustimmen zu wollen.

Der Finanzkommission hat die Sache vorgelegen. Sie gibt Ihnen anheim, auf Grund der Magistratsvorlage Ihre Zustimmung zu erklären, diese Werte an die Braunschweiger Baugenossenschaft auszuleihen.

Die Versammlung stimmt der Magistratsvorlage nach dem Antrage der Baukommission zu.

## 10. Anordnung der geschlossenen bzw. offenen Bauweise sowie von Vorgärten für die Straßen 151 a, 114 b, 561, 113, 112.

Stadtv. **Friede:** Die Herren Manegold und Witneben, die Unternehmer für die Straßen zwischen Ringstraße und Langerkamp, haben an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, für die Straße 151 a (die Zeichnung habe ich dort ausgehängt) die geschlossene Bauweise bewilligen zu wollen, während sonst der Gepflogenheit nach die offene Bauweise dafür festgesetzt wäre. Die städtische Bauverwaltung schreibt dazu, daß es zweckmäßig erscheint, dem Antrage zu entsprechen, und auch seitens der Baukommission ist nichts dagegen eingewandt. Dagegen soll für die Straßen 114 b, 561, 113 und 112 die offene Bauweise bis zu einer Grundstückstiefe von 15 m festgesetzt werden. Die Befugnis für diese Festsetzung ergibt sich aus § 16 des Ortsbaustatuts. Ferner sollen nach dem Antrage des Magistrats für alle genannten Straßen (151 a, 114 b, 561, 113 und 112) Vorgärten in Tiefe von drei Metern angeordnet werden.

Die Baukommission hat sich mit den Anträgen beschäftigt und ist zu dem Resultate gekommen, Ihnen zu empfehlen, den Anträgen des Magistrats zuzustimmen.

Dem Antrage der Baukommission wird entsprochen.

## 11. Antrag Rasche auf Prämiiierung der fünf besten Fassaden der alljährlich entstehenden neuen Wohnhäuser mit mehreren Wohnungen.

Stadtv. **Frühling:** Herr Rasche hat den Antrag eingereicht:

„Die Versammlung wolle beschließen,

1. den Stadtmagistrat zu ersuchen, ein Statut auszuarbeiten, nach welchem alljährlich die fünf besten Bauten von neuen Wohnhäusern, d. h. Miethäusern mit mehreren Wohnungen, prämiert werden, und



2. dem Stadtmagistrat dazu den Betrag bis zu 3000 *M* zur Verfügung zu stellen."

Der Antrag ist von vielen Herren unterstützt. Er hat den Zweck, für die äußere Erscheinung der Stadt zu sorgen und sowohl auf eine schöne, wie zweckmäßige Bauweise hinzuwirken. Es ist beabsichtigt, nicht etwa dem Architekten einen Zuschuß zu geben, sondern dem Bauherrn. Die Baukommission hat den Antrag beraten und ist mit seiner Begründung und mit der Sache an sich einverstanden, sie hat aber nicht zugestimmt, daß der Magistrat ersucht werden soll, „ein Statut auszuarbeiten“, sondern beschlossen, Ihnen zu empfehlen, den Magistrat aufzufordern, „Grundsätze aufzustellen“, nach denen die Prämiiierung stattfinden soll. Mit dieser Änderung empfiehlt Ihnen die Baukommission, den Antrag Rasche anzunehmen.

In ähnlicher Weise sind schon die Städte Barmen, Düsseldorf, und jetzt auch Hildesheim vorgegangen, und Material über die Art der Ausführung in diesen Städten liegt dem Antrage bei. Die Kommission zur Prämiiierung soll aber nicht in Verbindung mit der Bauberatungsstelle eingesetzt werden, sondern soll eine freie Kommission sein.

Der Antrag Rasche wird mit der Änderung der Kommission angenommen.

---

**Vorsigender:** Es ist ein Antrag des Herrn Loeischigk eingegangen. Der Antrag ist genügend unterstützt und lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, sich mit der Herzoglichen Polizeidirektion ins Einvernehmen zu setzen, daß an der Augusttorbrücke und an der Stadtgrenze bei Richmond große, sichtbare Schilder angebracht werden, welche den Fuhrverkehr auf der Wolfenbüttelerstraße regeln.“

Herr Loeischigk wird nachher Gelegenheit haben, seinen Antrag zu begründen.

## 12. Bessere Befestigung der Fußwege auf der Körnerstraße.

Stadtv. **Ruch:** Seitens des Professors Dr. Schlie ist im vorigen Jahre an den Magistrat ein Schreiben eingegangen, das dahin geht, die Fußwege der Körnerstraße besser befestigen zu lassen. Die städtische Bauverwaltung, die schon eine provisorische Besserung der Fußwege vorgenommen hatte, hat sich dahin gutachtlich geäußert, daß eine endgültige Instandsetzung für wünschenswert zu erachten sei. Darauf hat der Magistrat die Bauverwaltung ersucht, ein Projekt auszuarbeiten, welches dort ausgestellt ist. Nach dem Kostenanschlage werden sich

die Kosten für Herstellung von Plattenbelag auf der Körnerstraße zwischen Marthastrafe und Bertramstraße auf 4500 *M* belaufen, wovon die Stadt 1200 *M* treffen, während 3300 *M* von den Anliegern zu tragen sein werden. Der Einheitspreis für das laufende Meter wird 11 *M* betragen. Für die Strecke der Körnerstraße zwischen Marthastrafe und Helmstedterstraße betragen die gesamten Kosten 4310 *M*, auf die Stadt entfallen davon 810 *M*, auf die Anlieger 3500 *M*. Der Einheitspreis pro laufendes Meter berechnet sich hier auf 10,70 *M*.

Die Baukommission hat sich gestern mit dieser Vorlage befaßt und ist zu der Überzeugung gekommen, daß es wünschenswert ist, den Anliegern der Körnerstraße durch Vornahme der Neubefestigung der Fußwege entgegenzukommen. Sie empfiehlt Ihnen deshalb, den beiden Projekten über die Herstellung von Zementplattenbelag auf den Fußwegen der Körnerstraße zuzustimmen und die aus der Ausführung der Stadt erwachsenden Kosten zu Lasten des Extraordinariums zu bewilligen.

Die beiden Projekte und Kostenanschläge werden genehmigt und die beiden Beträge (1200 und 810 *M*) bewilligt.

---

**Vorsigender:** Eingegangen ist eine Anfrage des Herrn Hartung:

„Ist der Magistrat bereit, Auskunft darüber zu geben, weshalb die für den Bau der Bedürfnisanstalt am Magnitore errichtete Bauplanke noch nicht bereitigt ist?“

Die Begründung wird nachher erfolgen können.

### 13. Abrechnung über den Ausbau verschiedener Straßen.

Stadtv. **Frühling:** Gemäß den Bestimmungen in § 19 der „Vorschriften über die Ausführung städtischer Bauarbeiten“ sind uns die Abrechnungen über den Ausbau verschiedener Straßen zur Kenntniznahme und eventl. Äußerung vorgelegt, und zwar 1. der Raabestraße zwischen Schillerstraße und Riddagshäuserweg, 2. der Wendomestraße, 3. des Werksteigs, 4. der Zeppelinstraße. Das Resultat ist folgendes:

Die Raabestraße ist veranschlagt zu 27 000 *M* und weist bei ihrer Ausführung eine Ersparnis von 2 453 *M* auf, die Wendomestraße ist veranschlagt zu 11 600 *M* und die Ausführung hat eine Ersparnis von 86 *M* ergeben. Der Werksteig (das ist die kleine Straße zwischen Gellerstraße und Roßstraße) war zu 8 500 *M* veranschlagt; es sind hierbei 20 *M* erspart. Bei der Zeppelinstraße, die zu 16 500 *M* veranschlagt war, hat die Ausführung eine Ersparnis von 2106 *M* ergeben. Es ist das ein ganz normales Resultat für die Ausführungen. Die

Baukommission hat davon Kenntnis genommen und beantragt, daß auch Sie die Sache durch Kenntnisaufnahme für erledigt erklären.

Die Versammlung nimmt von den Abrechnungen Kenntnis.

#### 14. Ausbau der projektierten Straße 361 a zwischen der Goslarischenstraße und der projektierten Straße 317 a, sowie Kanalisierung der Straßen 361 a und 317 a.

Stadtv. **Sander:** Die Straße 361 a ist die neue Straße, welche die Stadt für die Beamtenwohnhäuser bauen will. Projekt und Kostenanschlag liegt hier vor. Die Straße soll 8 m breit werden, wovon 5 m auf die Fahrbahn und je 1,50 m auf die beiderseitigen Fußwege entfallen. Die Fahrbahn soll auf chaussierter Unterlage mit Kleinpflaster befestigt und von den Fußwegen durch 30 cm breite Zementbordquader auf Beton-Unterlage abgegrenzt werden, während die Fußwege ganz mit Zementplatten ausgelegt werden. Die Kostenrechnung stellt sich folgendermaßen: Grunderwerbskosten 8000 M, Straßenbaukosten 14 100 M, zusammen 22 100 M. Der voraussichtliche Einheitsbetrag zu den Straßenbaukosten berechnet sich auf rund 69 M für das laufende Meter. Von der städtischen Bauverwaltung war zuerst geplant, die Fußwege mit Teer-  
makadam zu befestigen, das war vom Magistrat moniert. Durch die Belegung der Fußwege mit Zementplatten haben sich die Kosten pro laufendes Meter um zwei Mark erhöht.

Der Magistrat ersucht nun, den Ausbau der Straße nach dem vorgelegten Projekt und Kostenanschlag genehmigen zu wollen und sich gleichzeitig damit einverstanden zu erklären, daß die aus dem Ausbau erwachsenden Kosten zu Lasten des Kap. IV, 1 a, 2 des ordentlichen Stats verrechnet werden, und daß die bezeichnete Straße zur *O r t s s t r a ß e* erklärt wird.

Ferner ersucht der Magistrat, den nebst Kostenanschlag beigelegten Plan über die Kanalisierung der Straßen 361 a und 317 a gutzuheißen, und die aus der Kanalisierung entstehenden Kosten (Straße 361 a 3950 M, Straße 317 a 2900 M) zu Lasten des Neubauetats der Kanalbaukasse zu verwilligen.

Die Baukommission hat die Vorlage geprüft. Sie ist auch der Meinung, daß die vom Magistrat vorgenommene Änderung, die Fußwege mit Platten zu belegen, richtig ist, und gibt Ihnen Genehmigung der Magistratsanträge anheim.

Den Magistratsanträgen wird zugestimmt.

#### 15. Errichtung eines Wohnhauses in Eisenbüttel.

Stadtv. **Masche:** Es hat sich herausgestellt, daß das alte Wohngebäude in Eisenbüttel, in welchem der Maschinenmeister für die Kraftanlage in Eisenbüttel

wohnt, nicht mehr als brauchbar bezeichnet werden kann. Es ist deshalb nötig, eine neue Wohnung zu schaffen oder eine Mietentschädigung an den Maschinenmeister Sack zu zahlen. Da nach Ansicht des Herrn Direktors von Teillich der Maschinenmeister in der Nähe des Kraftwerks wohnen muß, so ist man dazu gekommen, ein Projekt für ein Wohnhaus für den Maschinenmeister und einen Maschinenisten aufzustellen. Es sind dafür zwei verschiedene Lösungen aufgestellt, und es wird empfohlen, das Projekt B zur Ausführung zu bringen. Das Gebäude würde in einem Abstände von 4 m vom Kraftwerk entfernt zu stehen kommen. Das Haus auf der gegenüberliegenden Seite der Straße aufzustellen, würde keine Nachteile haben, da das Baugelände nach der in Aussicht genommenen Ausfüllung des östlichen Okerarms für diesen Bau zu wertvoll ist. Nach überschläglicher Berechnung wird die Ausführung des Projekts einen Kostenaufwand von etwa 23 400 M verursachen. Es ist noch zu bemerken, daß zunächst für dieses Gelände keine Kanalisation vorhanden sein wird, deshalb sind Torfstreu-Klojette und eine wasserdichte Senkgrube für das Brauchwasser vorgezogen. Das soll aber nur ein Provisorium sein so lange, bis nach Ausführung des neuen Straßenbaus der neue Kanal gelegt ist. Die Baukommission schlägt vor, dem Magistratsantrage auf Errichtung des fraglichen Wohnhauses B und der Ausarbeitung eines genauen Kostenanchlages zuzustimmen. Ich bitte namens der Baukommission, diesen Anträgen ihre Zustimmung zu geben.

Die Magistratsanträge werden genehmigt.

---

**Vorsitzender:** Für die öffentliche Sitzung ist noch folgendes mitzuteilen: Der Magistrat hat uns zur Kenntnisnahme ein Schreiben des jetzt pensionierten Schulinspektors Kielhorn, das dieser an Herrn Stadtschulrat Rehfuß gerichtet hat, zugejandt. Das Schreiben lautet:

„Für das mir beim Übertritt in den Ruhestand erwiesene Wohlwollen, insonderheit für das mir ausgeworfene Ruhegehalt von 4200 M, möchte ich hierdurch Ihnen und den städtischen Behörden meinen Dank aussprechen. Ich bitte, denselben an die zuständigen Behörden vermitteln zu wollen.“

## 16. Besichtigung des diesjährigen Deutschen Städtetages betreffend.

**Vorsitzender:** Es ist noch eine Magistratsvorlage eingegangen, in der folgendes ausgeführt wird:

„Der Magistrat hält die Besichtigung des deutschen Städtetages, der Mitte Juni d. Js. in Köln stattfindet, für angezeigt und empfiehlt, je einen Vertreter

der städtischen Behörden dahin zu entsenden und die danach erforderliche Wahl vorzunehmen.“

Der Magistratsantrag steht zur Beratung.

Stadtv. Dr. **Voge**: Ich schlage vor, Herrn Dr. Wolters dorthin zu entsenden.

**Vorsitzender**: Werden sonstige Vorschläge gemacht? — Das ist nicht der Fall. Ich nehme das Einverständnis der Versammlung mit der Bescheidung des Städtetages und dem Vorschlage des Herrn Voge an, und nehme die Wahl dankend an.

### 17. Antrag Voge auf Freigabe des östlichen Teiles des Amalienplatzes zum Spielen.

Wortlaut des Antrages s. S. 11.

Stadtv. Dr. **Voge** (zur Begründung): Es wird von den Anliegern des Amalienplatzes selbstverständlich schon lange schmerzlich empfunden, daß ihre Kinder auf einem Teile des Platzes nicht spielen können. Nun wollen wir ja durch die Absperrung und Verasung des Platzes Vorteile für das Spielen auf dem Amalienplatze schaffen, namentlich den Staub für die Spielenden und für die Anlieger beseitigen. Ich sah aber vor vierzehn Tagen, daß auch der Restteil des Platzes, der bisher freigegeben war, abgesperrt wurde, und habe vergebens zu erreichen versucht, daß er offengehalten wurde. Herr Bürgermeister Meyer hatte zugesagt, deswegen dem Herrn Baurat Menadier eine Mitteilung zu machen — trotzdem ist der ganze Platz gesperrt und mit einem kleineren Staket eingefast. An der inneren Seite des Staketes soll eine Hecke angebracht werden. Wie ich gehört habe, soll aber dieser Teil des Platzes einstweilen noch nicht mit Rasen versehen werden, und deshalb wüßte ich nicht, weshalb dort nicht gespielt werden soll. Es sind an der Südseite des Platzes bedeutend mehr Häuser entstanden, auch am Ringe sind große Häuser gebaut, so daß wohl zu wünschen ist, daß die Kinder der dort wohnenden Familien, namentlich die kleineren Kinder, einen sicheren Platz zum Spielen haben. Ich möchte bitten, daß meinem Antrage stattgegeben wird. Vielleicht genügt dieser Antrag schon, daß alsbald etwas geschieht, damit nicht der Sommer darüber hingehet, ehe der Teil für das Spielen wieder geöffnet wird.

**Vorsitzender**: Der Antrag ist genügend unterstützt, ich überweise ihn der Baukommission zur Vorberatung.

Bürgermeister **Meyer**: Ich wollte mir erlauben, eine Erklärung zu dem Antrage abzugeben. Es ist richtig, daß Herr Dr. Voge bei mir gewesen ist und mir

gefragt hat, daß es wünschenswert sei, den östlichen Teil des Amalienplatzes für die Kinder zum Spielen freizulassen. Ich habe der Auffassung des Herrn Dr. Voge persönlich beigeprlichtet und der städtischen Bauverwaltung, die damit beschäftigt war, den Platz einzufriedigen und mit einer Hecke zu umgeben, entsprechende Verfügung zugehen lassen. Daß auch dieser Teil des Platzes wie der ganze Platz mit einer Hecke umpflanzt wird, schien auch mir im Interesse eines gleichmäßigen Wuchses der Hecke erwünscht. Ich habe nun der Bauverwaltung die Ermächtigung erteilt, trotz der Umfriedigung den fraglichen Teil des Platzes für die Kinder zum Spielen freizulassen. Es ist in Aussicht genommen, neben der auf dem Platz vorhandenen Wellblechbude einen besonderen Eingang für diesen Spielplatz zu schaffen, und nach der Mitteilung, die ich soeben vom Baurat Menadier erhalten habe, soll dieser Eingang schon jetzt vorhanden sein. Das, was Herr Dr. Voge wünscht, ist also bereits vorhanden.

Stadtv. Dr. **Voge**: Nach dieser Erklärung des Herrn Bürgermeister ziehe ich meinen Antrag zurück.

### 18. Antrag **Edhardt** auf Vereinigung der drei „Rettungsinseln“ auf dem Friedrich-Wilhelms-Platz zu einer einzigen.

Wortlaut des Antrages f. S. 7.

Stadtv. **Edhardt** (zur Begründung): Das Publikum ist beim Ein- und Aussteigen in die elektrische Bahn und während des Wartens auf dieselbe auf dem Friedrich-Wilhelmsplatz stets den Gefahren des Überfahrenwerdens seitens der vom Kalenwall kommenden Fuhrwerke ausgesetzt, weshalb es dringend geboten erscheint, die drei dort vorhandenen Inseln zu einer langgestreckten zu vereinigen, auf die das Publikum sich hinstellen und warten kann, bis der entsprechende Anschlußwagen kommt. In ähnlicher Weise ist auch vor dem Finanzgebäude eine langgestreckte Insel hergestellt. Durch eine solche Einrichtung auf dem Friedrich-Wilhelmsplatz würde auch erreicht, daß allen hier verkehrenden Fuhrwerken die Fahrrihtung vorgeschrieben wäre. Das Publikum, welches an den Gleisen steht, braucht dann nicht mehr angstvoll hin- und herzurücken. Ich sehe dieses jeden Tag achtmal, und bin auch schon in Gefahr gekommen, überfahren zu werden. Ich stelle den Antrag aber nicht meiner Person wegen, sondern der Allgemeinheit wegen trete ich dafür ein, daß auf die angegebene Weise dem Fuhrverkehr eine bestimmte Fahrinne gegeben wird.

Der genügend unterstützte Antrag wird vom Vorsitzenden der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

## 19. Antrag Diekmann auf teilweise Aufhebung des Verbots des Radfahrens im Bürgerpark.

Wortlaut des Antrages s. S. 18.

Stadtv. **Diekmann** (zur Begründung): Zeit ist Geld, und aus diesem Grunde würde derjenige, welcher die Absicht hat, die Badeanstalt im Bürgerpark aufzusuchen, gern dazu sein Rad nehmen, wenn es ihm gestattet wäre, durch den Bürgerpark zu fahren. In früheren Jahren sollen einzelne Wege im Bürgerpark zum Fahren freigegeben sein, seit einigen Jahren aber ist es verboten, im Bürgerpark mit dem Rade zu fahren. Ich meine aber, wenn Wagen dort verkehren dürfen — allerdings mit der Einschränkung, langsam zu fahren —, so sollte man auf demselben Fahrwege auch den Radfahrern Gelegenheit geben, wenn auch in langsamem Tempo, nach der Badeanstalt zu fahren. Der Bürgerpark wird von den Badegästen besonders viel als Weg benutzt, um nach der Badeanstalt zu gelangen, und es wird unangenehm empfunden, daß man dafür nicht das Rad benutzen darf. Man kommt erhitzt an und muß sich erst lange aufhalten, ehe man das kühle Bad nehmen kann. Ich kann wohl behaupten, daß es im allgemeinen Interesse liegen würde, wenn dieser Fahrweg für den Radfahrverkehr wieder freigegeben würde.

Der Vorsitzende überweist den genügend unterstützten Antrag der Baukommission zur Vorberatung.

## 20. Antrag Loeschigt auf Anbringung von größeren Schildern, betreffend den Fuhrverkehr auf der Wolfenbüttelerstraße.

Wortlaut des Antrages s. S. 20.

Stadtv. **Loeschigt** (zur Begründung): Der Verkehr für Fuhrwerke auf der Wolfenbüttelerstraße ist seit einiger Zeit anders geregelt. Die Straße ist durch die Schienen der elektrischen Straßenbahn geteilt, und die Fuhrwerke, die aus der Stadt hinausfahren, sollen sich rechts von den Gleisen halten, während die hereinkommenden die andere Seite benutzen sollen. Nun war früher ein großes Schild für die Lastwagen angebracht, das jeder leicht finden konnte. Jetzt hat man kleine Schilder an der Seite angebracht mit der Aufschrift „Rechts fahren“. Das genügt für die große Breite der Straße nicht, und so ist es unmöglich, daß die Führer der Fuhrwerke, auch die vielen Autofahrer, vor Schaden bewahrt werden. Es handelt sich darum, daß durch große Schilder, die weithin sichtbar sind, wie bei den Automobilverboten, angezeigt wird, wie zu fahren ist. Ich meine, eine solche deutliche Anweisung ist im Interesse des Verkehrs notwendig.

Der Antrag ist genügend unterstützt und wird vom Vorsitzenden der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

## 21. Anfrage Hartung, betreffend die Entfernung der Planke auf dem Platze Am Magnitor.

Wortlaut der Anfrage j. C. 21.

Stadtv. **Hartung** (zur Begründung): Es ist seinerzeit auf Anregung des Magistrats der bereits in Angriff genommene Bau einer Bedürfnisanstalt auf dem Platze am Magnitor inhibiert, und die Stadtverordnetenversammlung hat sich damit grundsätzlich einverstanden erklärt, daß dieser Bau nicht ausgeführt werde, während die Frage, an welcher Stelle ein Ersatzbau aufgeführt werden soll, noch offen ist. Ich habe nun vielfach gehört — und es wird den anderen Herren aus der Versammlung ebenso gegangen sein —, daß das Publikum es nicht verstehen kann, daß, nachdem — wie allgemein kund geworden ist — dieser Bau von den städtischen Behörden aufgegeben ist, trotzdem diese keineswegs zur Verschönerung der Anlagen dienende Bauplanke, wie es scheint, den ganzen Sommer über stehen bleiben soll. Es wird vielleicht gesagt werden können, die Frage sei noch in der Schwebe. Aber ich denke doch, die Versammlung hat sich im Prinzip damit einverstanden erklärt, daß der Bau an dieser Stelle, den von anderer Seite geäußerten Wünschen entsprechend, nicht ausgeführt wird, und ich kann nicht denken, daß der Magistrat irgendwie Bedenken tragen könnte, nun die Bauplanke abreißen zu lassen, weil er annehmen müßte, daß die Stadtverordneten daran Anstoß nehmen würden. Wie die Sache nun einmal liegt, steht dem nichts entgegen, daß die Bauplanke beseitigt wird, und ich möchte dem Wunsche Ausdruck geben, daß diese Beseitigung in Angriff genommen wird.

Bürgermeister **Meyer**: Die beiden städtischen Behörden haben sich bezüglich dieser Bedürfnisanstalt bisher nur insoweit geeinigt, daß sie nicht an dem Platze errichtet werden sollte, der heute noch durch die Planke umschlossen wird, deren Beseitigung jetzt gewünscht ist. Dem Antrage des Stadtmagistrats, zuzustimmen, daß Ersatz in der Weise geschaffen werde, daß eine größere Bedürfnisanstalt auf dem Platze neben der Steintorbrücke und ein Pissoir an dem städtischen Museum eingerichtet werden, haben die geehrten Herren nur in seinem ersten Teile entsprochen; den zweiten Teil haben Sie abgelehnt, und es ist deshalb ein endgültiger Beschluß darüber noch nicht gefaßt, was als Ersatz für die bisher projektierte Anstalt geschaffen werden soll. Ehe nicht diese Frage geklärt ist, hält der Magistrat an dem ursprünglichen Beschlusse fest. Ich halte bei der heutigen Lage der Sache es nicht für ausgeschlossen, daß die Anstalt da errichtet wird, wo sie nach dem



früheren Beschlüsse errichtet werden sollte, und würde es für bedenklich halten, irgend welche Maßnahmen zu treffen, welche die Ausführung des ersten Beschlusses zur Unmöglichkeit machen. Zunächst muß eine Verständigung der städtischen Behörden stattfinden. Ich glaube annehmen zu können, daß der Magistrat in Kürze in der Lage sein wird, den geehrten Herren eine andere Vorlage zu unterbreiten, welche dem Wunsche der geehrten Herren, ein Pissoir nicht am städtischen Museum zu haben, Rechnung tragen wird. Erst wenn die endgültige Lösung gefunden sein wird, wird die Planke verschwinden können.

Stadtv. **Hartung** beantragt eine Besprechung der Anfrage. Der Antrag wird jedoch nicht genügend unterstützt, so daß eine Besprechung nicht stattfinden kann.

Der **Vorsitzende** schließt die Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 6¼ Uhr.

---

# **B e r i c h t**

über die

## **Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig**

in deren Sitzung am 7. Mai 1914.

### Tagesordnung:

1. Antrag des Deutsch-Nationalen Handlungsgehilfenverbandes, Ortsgruppe Braunschweig, auf Änderung des Ortsstatuts für das Kaufmannsgericht . . . . .	Seite 30
2. Begründung des Antrages Lauer: Erhöhung des Zuschusses für den Verkehrsverein . . . . .	" 39
3. Antrag Voelckigt, betreffend den Fuhrverkehr auf der Wolfenbüttelerstraße . . . . .	" 42
4. Antrag Ohlendorf auf Änderung des Statuts, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe . . . . .	" 44
5. Antrag Eckhardt auf Vereinigung der drei Rettungsineln auf dem Friedrich-Wilhelmsplatze . . . . .	" 45
6. Vertrag mit der Herzoglichen Straßen- und Wasserbauinspektion wegen Benutzung der staatlichen Wälle usw. für Gas- und Wasserleitungsanlagen . . . . .	" 47
7. Übernahme des Heinrich-Werner-Denkmales durch die Stadt. . . . .	" 49
8. Erhebung des Schulgeldes betreffend beim Übergang der Schüler von staatlichen in städtische Lehranstalten. . . . .	" 49
9. Errichtung einer städtischen Sparkasse betreffend. . . . .	" 50
10. Abänderung der Grundsätze für Bewilligung von Ruhelohn und Hinterbliebenenversorgung . . . . .	" 53
11. Einstellung von Straßenkehrern . . . . .	" 56
12. Bewilligung von Mitteln für den Prinz-Heinrich-Flug 1914 . . . . .	" 61
13. Weitere Belassung einer stadteigentlich angekauften Grundfläche in Nutzung des Verkäufers . . . . .	" 63
14. Erhöhung der Stellenzulage für die Hilsschullehrer . . . . .	" 64
15. Bewilligung von Mitteln zur Besoldung fest anzustellender Fachlehrerinnen . . . . .	" 64

16. Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Magnitor (Antrag Sander) . . . . .	Seite 65
17. Ausbau der verlängerten Comeniusstraße . . . . .	" 71
18. Verlegung von Straßenbahngleisen und Belegung des Markfalls, der Höhe, der Bachhoffstraße und des Sades mit Asphalt . . . . .	" 71

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Metemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Franckenberg** und **Wagner**.

Entschuldigt die Herren Stadtvv. **Ribbentrop** und **Friede**.

**Vorsitzender:** Ich eröffne die öffentliche Sitzung.

Vom Stadtmagistrat ist ein Schreiben eingegangen, das Auskunft gibt über die Erhebungen wegen der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Ich lasse dieses Schreiben bei den geehrten Herren zirkulieren.

Stadtv. **Wesemeier** (zur Geschäftsordnung): Ich möchte beantragen, daß das Schreiben vervielfältigt wird und den Stadtworordneten ein Abzug zugeht. Es ist wünschenswert, daß man genauer über die Frage orientiert wird.

**Vorsitzender:** Das Schreiben wird zunächst zirkulieren, und darnach wird Ihrem Wunsche Folge gegeben werden.

Ferner ist vom Magistrat auf den vor einiger Zeit gefaßten Beschluß der Versammlung, beim Bugenhagendenmal die Einfriedigung entfernen zu lassen, mitgeteilt, daß er außer Lage sei, diesem Wunsche Folge zu geben, da das Denkmal unter Obhut des Kirchenvorstandes der Brüdernkirche steht.

Sodann ist eingegangen eine Eingabe der Viehhändler, welche die bevorstehende Änderung der Straßenpolizeiordnung zum Gegenstande hat. Ich übergebe diese Eingabe dem Referenten der Statutenkommission in dieser Angelegenheit, Herrn Boge.

Weiter ist eingegangen eine Einladung des Verkehrsvereins zum Besuch der Ausstellung „Deutschland im Bild“ in der städtischen Gewerbeschule. Beigegeben ist eine Anzahl Eintrittskarten. Ich lasse auch dieses Schriftstück zirkulieren; die Herren, die die Ausstellung besuchen wollen, mögen sich eine Karte abtrennen.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

# **1. Antrag des Deutsch-Nationalen Handlungsgehilfenverbandes, Ortsgruppe Braunschweig, auf Änderung des Ortsstatuts für das Kaufmannsgericht.**

Stadtv. Dr. **Boge:** Der Deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband, Ortsgruppe Braunschweig, hat unter dem 24. Februar eine Eingabe an den Magistrat

und die Stadtverordneten gerichtet, in welcher er um Änderung des Ortsstatuts für das Kaufmannsgericht bittet. Die Eingabe ist unserer Gepflogenheit gemäß zunächst zurückgestellt, bis der Magistrat sich darüber geäußert hatte. Vom Magistrat ist sie abschlägig beschieden worden, und nunmehr ist erneut an uns das Ersuchen gestellt, uns über diese Eingabe zu entscheiden.

Es wird zunächst gewünscht, die Einleitung des Statuts in der Weise zu ändern, daß das hiesige Kaufmannsgericht auch auf die Nachbargemeinden ausgedehnt wird, und zwar auf die Gemeinden Lehdorf, Elper, Rühme, Watenbüttel, Glesmarode, Schapen, Riddagshausen, Querum, Rautheim, Melverode, Rünningen, Broitzem und Bechelde. In seiner Begründung sagt der Handlungsgehilfenverband, es sei dringend erforderlich, daß den in jenen Nachbargemeinden verhältnismäßig zahlreich beschäftigten Angestellten die Wohltat dieses Gesetzes zuteil würde, und an und für sich ist es nach dem Gesetze auch zulässig, daß durch ein übereinstimmendes Ortsstatut der beteiligten Gemeinden ein gemeinsames Kaufmannsgericht für diese eingerichtet wird. Der Verband sagt in seinem Schreiben vom 24. Februar auch, daß er sich an die einzelnen Gemeinden gewendet und sie erjucht habe, den Anschluß ihrer Gemeinden an das Kaufmannsgericht Braunschweig zu beantragen. Es ist aber seit dieser Zeit von den genannten Gemeinden an die Stadt durchaus kein derartiger Antrag herangetreten. Die Statutenkommission ist daher der Meinung, daß offenbar kein Bedürfnis vorliege, ein derartiges Kaufmannsgericht zu errichten. Sie ist ferner der Ansicht, daß die Einrichtungen, die die Stadt für sich schafft und mit ihren Mitteln erhält, in erster Linie allein der Stadt zugute kommen sollen. Die Kommission schlägt daher vor, diesem vom Handlungsgehilfenverbande eingebrachten Antrage nicht stattzugeben.

**Stadtv. Wesemeier:** Man sollte doch in dieser Hinsicht, wie man es auch anderwärts getan hat, etwas weiter gehen, als es bisher hier geschehen ist. Es ist zweifellos, daß eine solche Ausdehnung des Kaufmannsgerichts sowohl für die Handlungsgehilfen wie auch für die Geschäftsinhaber nur von Vorteil sein kann. Die Handlungsgehilfen und auch die Geschäftsinhaber, die in irgend einer Weise gegenseitig Klagen haben, müssen jetzt den schwierigen ordentlichen Rechtsweg beschreiten, der mit größeren Unkosten verknüpft ist, während sie beim Kaufmannsgericht den einfacheren Weg vor sich haben. Die Kosten, welche die Einrichtung für die Stadt machen würde, sind so wenig zu Buche schlagend, daß man darüber mit Leichtigkeit hinweggehen könnte. Wir wenden hohe Summen auf für ganz andere Dinge, die weit weniger im Interesse weiter Berufskreise liegen als die Ausdehnung des Kaufmannsgerichts auf die umliegenden Ortsgemeinden. Ich bitte, dem Kommissionsantrage nicht zuzustimmen, sondern den Antrag des Deutsch-

nationalen Handlungsgehilfenverbandes anzunehmen, der durchaus im Interesse der beiden Parteien, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, liegt.

Stadtv. Dr. **Voge**: Ich möchte bemerken, daß eine Ausdehnung des Kaufmannsgerichts auf die umliegenden Ortschaften offenbar aus dem Grunde nicht erforderlich erscheint, weil selbst hier in der Stadt pro Jahr nur 80 bis 100 Prozesse vor dem Kaufmannsgericht verhandelt werden. Darnach ist es nicht nötig, ein besonderes Kaufmannsgericht zu schaffen für einen Bezirk, wo nur verhältnismäßig wenig kaufmännische Betriebe sich befinden. Es sind vielleicht einige Konservenfabriken, die Rüninger Mühle und die Spinnerei Vechelde, die hier besonders in Betracht kämen. Auch aus diesem Grunde, der in der Kommission mit erörtert wurde, ist die Kommission zu ihrem Beschlusse gekommen.

Stadtv. **Wesemeier**: Gerade dieser Einwurf kann mich nur darin bestärken, für Annahme des Antrages des Handlungsgehilfenverbandes zu plädieren; was der Herr Referent eben gegen den Antrag anführte, könnte man dafür anführen. Man könnte sagen: Wir haben für die Stadt Braunschweig allein kein solches Gericht nötig, wenn so wenig Fälle in der Stadt vorkommen, und die Unkosten werden bei so wenig mehr zu fallenden Urteilen so gering sein, daß man dies als Grund nicht anzuführen brauchte. Für den einzelnen Handlungsgehilfen oder Unternehmer aber ist es immerhin schwieriger, Streitigkeiten auf dem ordentlichen Gerichtswege zum Austrag zu bringen als auf dem Wege des Kaufmannsgerichts.

Stadtrat **Wagner**: Nach den Zahlen, die der Herr Berichterstatter genannt hat, glaube ich in der Annahme nicht fehlzugehen, daß aus dem ganzen ländlichen Bezirk um Braunschweig im Jahre zwei oder drei Prozesse zur Entscheidung kommen würden. Nun möge man bedenken, was für ein Apparat nötig wäre, um dies durchzuführen. Es müßten 12 bis 13 Gemeinden sich darüber verständigen, daß sie sämtlich mit der Stadt Braunschweig wörtlich dasselbe Ortsstatut beschließen. Ob es überhaupt jemals möglich sein wird, alle diese Gemeinden unter einen Hut zu bringen, ist zweifelhaft. Es müßten die Weisiger selbstverständlich auch aus dem ländlichen Bezirke gewählt und nach der Verhältnismahl zugelassen werden. Ob es sich lohnt, um zwei Prozesse zu bewältigen, sich solche Umstände zu machen, scheint zweifelhaft. Nebenbei bemerke ich, daß in den Gemeinden die organisierten Handlungsgehilfen auch eine Prozeßvertretung von Verbands wegen unentgeltlich gestellt bekommen.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Ich glaube, diese Bedenken des Herrn Stadtrat sind nicht stichhaltig. Es ist hier eine Schwerfälligkeit gegenüber einem gerechtfertigten Wunsche der Handlungsgehilfen, mögen sie organisiert sein oder nicht, zu erblicken,

wie man es kaum für möglich halten sollte. Es sollte nicht möglich sein, mit unseren Nachbargemeinden ein einheitliches Statut zu beschließen?! Ich glaube, da unterschätzt der Herr Stadtrat die Fähigkeit der Behörden. Ich weiß, daß in dem Gemeinderat der verschiedenen Vorortsgemeinden diese Anträge zur Beratung gelangt sind und, soweit ich unterrichtet bin, warmen Widerhall gefunden haben. Die Vorortsgemeinden wollen also sehr gern die Vereinigung, und die finanzielle Belastung ist nicht so groß — das wird auch der Herr Stadtrat zugeben. Die Stadt wird dadurch nicht so großen materiellen Schaden leiden, daß sie wegen der zwei bis drei Prozesse im Jahre nicht mit ihren Mitteln auskommen könnte. Auch das einmalige Abfassen eines Statuts ist kein wesentliches Hindernis. Ich glaube, die Änderungen unseres Statuts sind nicht so groß; sie brauchen nur ausgedehnt zu werden, und die Vorortsgemeinden werden sich dann ohne weiteres anschließen. Und wenn wirklich die Kontoristen von der Rüninger Mühle oder von Fuchs & Rog aus Glesmarode nach Braunschweig kommen müßten, um zu wählen, so würde das nicht schwierig sein: die Herren sind doch auch sonst hier in der Stadt. Da diese Vorortsgemeinden hier ihr tatsächliches Zentrum haben, so soll man dem auch Rechnung tragen und den Handlungsgehilfen wie den Unternehmern dieses Entgegenkommen zeigen und nicht die Last der paar Prozesse scheuen.

**Vorsitzender:** Ich schließe die Beratung über diesen ersten Teil der Eingabe und bitte diejenigen Herren, die nach dem Antrage der Statutenkommission den ersten Antrag verwerfen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

Stadtv. Dr. **Jasper** bezweifelt die Richtigkeit der Feststellung der Abstimmung.

Der **Vorsitzende** veranlaßt darauf namentliche Abstimmung.

Für den Antrag der Kommission stimmen die Stadtv. Gundermann, Böcke, Friede, Weichsel, Dr. Kleinfnecht, Mohr, Rasche, Dr. Voge, Frede, Lauer, Lange, Dr. Henking, Helle, Sander, Edhardt, Loeschigt, Munte, Schön,

gegen den Kommissionsantrag die Stadtv. Steinbrecher, Rieke, Alßmann, Stegmann, Wesemeier, Bunge, Dr. Jasper, Brenner, Schulze, Schmidt.

Damit ist nach dem Antrage der Statutenkommission der erste Teil des Antrages verworfen.

Stadtv. Dr. **Voge:** Es wird ferner gewünscht, zwischen § 6 und § 7 einen § 6 a mit folgendem Wortlaut einzuschließen:

„Von dem Kaufmannsgerichte sind für die Wahlen der Kaufleute und Handlungsgehilfen gesonderte Listen aufzustellen, in die alle Wahlberechtigten, deren

Eintragung innerhalb einer festzusetzenden Frist von zwei Wochen unter Beifügung der erforderlichen Bescheinigung beantragt wird, einzutragen sind. Die Bescheinigung wird abgestempelt und dem Wähler wieder zugestellt. Wird die Eintragung abgelehnt, so entscheidet auf die innerhalb von acht Tagen nach Empfang der Ablehnung zu erhebende Beschwerde der Magistrat. Die Wählerlisten müssen mindestens drei Wochen vor der Wahl abgeschlossen sein und mindestens fünf Tage zur öffentlichen Einsicht ausliegen.

Für Personen, die bis zum Tage der Wahl in die Listen nicht eingetragen sind, ruht das Stimmrecht. Den bevollmächtigten Vertretern der Vorschlagslisten ist alsbald nach ihrem Abschlusse Gelegenheit zur Abschrift zu geben."

Es ist in der Begründung zu dem Antrage gesagt, daß sich die Notwendigkeit der Aufstellung dieser Wählerlisten herausgestellt und jede neue Wahl die Antragsteller in dieser Ansicht bestärke. Das heutige Verfahren sei nicht geeignet, bei der Kürze der Zeit eine genaue Prüfung der Wahlberechtigung zuzulassen. Bei der letzten Wahl seien mehrere Wahlberechtigte nicht zur Wahl zugelassen, die tatsächlich wahlberechtigt gewesen seien.

Dieser Antrag ist einer von den Hauptanträgen, der schon wiederholt gestellt ist. Das Kaufmannsgericht hat in seiner letzten Gesamtsitzung den Antrag mit 11 zu 9 Stimmen bei einigen Stimmenenthaltungen — im übrigen schon das zweite Mal — angenommen. Nach der Äußerung des Magistrats haben sich aber bisher irgendwelche Schwierigkeiten bei der Prüfung der Wahlberechtigung nicht ergeben, denn die Wahlen haben nur eine halbe oder eine ganze Stunde Zeit in Anspruch genommen. Die Kommission gibt daher anheim, auch diesem Antrage nicht stattzugeben.

Die Versammlung stimmt dem Antrage der Statutenkommission zu.

Stadttr. Dr. **Boge**: Sodann wird beantragt, zu § 7 einen Zusatz zu machen. Es handelt sich in diesem Paragraphen um die Bekanntmachung des Ortes und der Zeit der Wahl, und es heißt in dem letzten Satze des § 7: „In der Anzeige (über Ort und Zeit der Wähler) sind zugleich die Wahlberechtigten zur Einreichung von Vorschlagslisten aufzufordern.“ Hinzugefügt soll werden:

„wobei darauf hinzuweisen ist, daß jeder Wähler nur eine der unveränderten Vorschlagslisten wählen darf.“

Die Statutenkommission sieht in diesem Antrage eine Beschränkung der Wahlfreiheit. Da die Vorschlagslisten meist von den organisierten Wahlberechtigten eingereicht werden, so wären bei einer solchen Bestimmung diejenigen, die einer Organisation nicht angehören, und denen die von der Organisation Vorge schlagenen nicht passen, ihrer Wahlfreiheit beraubt, und die Einrichtung käme

auf ein indirektes Wahlrecht hinaus, welches doch allseits jetzt bekämpft wird. Außerdem ist es tatsächlich im wesentlichen auch schon jetzt so, daß eigentlich nur nach den Wahllisten abgestimmt wird und verhältnismäßig wenig Abweichungen davon vorkommen, so daß eine Notwendigkeit, die Vorschriften dieses Paragraphen abzuändern, nicht vorhanden ist. Die Kommission bittet daher, den Antrag abzulehnen.

Der Antrag der Statutenkommission wird angenommen.

Stadtv. Dr. **Boge**: Ferner wird gebeten, in demselben Paragraphen hinter Absatz 2, der davon handelt, was auf den einzelnen Vorschlagslisten unter verschiedenen Rubriken stehen muß, hinzuzufügen:

„Die Vorgesetzten müssen durch Vor- und Zunamen, genaue Wohnungs- und Geschäftsangabe bezeichnet werden.“

Das Gewünschte geschieht tatsächlich jetzt schon in ausreichendem Maße, und die Statutenkommission meint, daß wegen derartiger Kleinigkeiten, die übrigens schon fortgesetzt in diesem Sinne gehandhabt werden, eine Änderung des Statuts nicht nötig ist. Sie gibt anheim, auch diesem Antrage des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes nicht stattzugeben.

Die Versammlung beschließt nach dem Antrage der Statutenkommission.

Stadtv. Dr. **Boge**: Wäre der Antrag, die Schaffung des § 6 a, angenommen, so hätte sich als Folge davon die Notwendigkeit einer Änderung des § 8 herausgestellt, dahin gehend, daß es heißen müßte, wie der Verband beantragt:

Die zur Stimmabgabe sich meldenden Personen „haben sich vor dem Wahlausschuß durch die abgestempelte Anmeldebekräftigung (6 a), notfalls durch Einwohnermeldebekräftigung, Geburtschein, Militärpaß usw. auszuweisen.“

Da der § 6 a nicht angenommen ist, gibt die Kommission anheim, auch diesem Antrage zu § 8 nicht stattzugeben. Es ist das einfach die notwendige Folge unseres vorherigen Beschlusses.

Dem Antrage der Kommission wird zugestimmt.

Stadtv. Dr. **Boge**: Es wird dann vorgeschlagen, im § 9, der von der Abgabe der Stimmzettel handelt, zu sagen: „Die Stimmzettel müssen aus weißem Papier, 11 × 14½ cm groß sein und mit einer der Vorschlagslisten übereinstimmen. Sie sind von den Wählern an einem Nebentische oder in einem Nebenraume unbeobachtet von anderen Personen, in die amtlichen Wahlumschläge zu stecken. Zu-



sätze, die es zweifelhaft machen, welche Liste gewählt ist, machen die Stimmzettel ungültig.

Die amtlichen Wahlumschläge sind vom Kaufmannsgericht zu liefern und vom Wahlausschuß in genügender Zahl bereitzuhalten.

In den Wählerlisten sind durch einen Vermerk in besonderer Spalte alle Personen zu bezeichnen, die gewählt haben. Wird ein Wähler vom Wahlausschuße nicht zur Abstimmung zugelassen, so ist dies unter Angabe des Grundes zu vermerken.“

Was zunächst die Vorschrift von Wahlzetteln von bestimmter Größe und Papier anlangt, so wird es jetzt bereits vom Magistrat so gehandhabt, daß die Vorschlagslisten, die eingereicht werden, sämtlich auf Kosten der betreffenden Gruppen auf Bestellung des Magistrats auf einem einheitlichen Papier und in einheitlicher Größe gedruckt werden, so daß äußerlich, wenn die Zettel zusammengeknüpft sind, der Inhalt nicht zu erkennen ist. Da dies sowieso schon in der gewünschten Weise gehandhabt wird, kann die Kommission eine Vorschrift, daß die Handhabung in der Weise geschehen soll, nicht als notwendig anerkennen.

Daß Wahlumschläge nötig wären, ist von der Kommission auch nicht als notwendig angesehen. Solche Wahlumschläge machen die ganze Stimmabgabe bedeutend umständlicher. Da gleichartiges Papier zu den Wahlzetteln für die von den Gruppen eingereichten Wahllisten verwandt wird und andere Zettel kaum vorkommen, so gibt die Kommission anheim, auch diesem Vorschlage nicht zuzustimmen.

Der Antrag der Statutenkommission wird angenommen.

Stadtv. Dr. **Boge**: Es wird ferner ein langer Wortlaut zur Änderung des § 10 vorgeschlagen, wodurch Bestimmungen über die Feststellung des Wahlergebnisses gegeben werden sollen. Es wird darin gewünscht, daß an Stelle der heute bestehenden umständlichen Feststellung des Wahlergebnisses eine andere Form eintritt, die sich aus dem System der gebundenen Listen ergibt. — Da Sie vorhin auf Anregung der Kommission beschloßen haben, die Einführung der gebundenen Listen nicht in das Statut aufzunehmen, so würde folgerichtig, wie die Kommission beantragt, auch dieser Antrag abzulehnen sein.

Die Versammlung beschließt gemäß dem Vorschlage der Statutenkommission.

Stadtv. Dr. **Boge**: Es wird sodann eine Änderung des § 22, der die Wahl der Mitglieder des Ausschusses regelt, gewünscht und wird gebeten, zur Wahl des Ausschusses auch Verhältniswahl zuzulassen. Die Kommission ist der Meinung, daß es bei der Wahl des Ausschusses, der nichts zu beschließen hat und nur Vor-

schläge macht, nicht nötig ist, dieses umständliche Wahlverfahren einzuführen, sondern daß es richtiger ist, es bei dem jetzigen System zu belassen. Es wird deshalb auch diesem Antrage seitens der Statutenkommission nicht Rechnung getragen und um Ablehnung gebeten.

Die Änderung wird nach dem Antrage der Statutenkommission abgelehnt.

Stadtv. Dr. **Voge**: Schließlich wird beantragt, den § 24, der die Einberufung des Kaufmannsgerichts regelt, dahin abzuändern, daß es heißt:

„Das Kaufmannsgericht ist innerhalb von drei Wochen zu berufen, wenn ein Gutachten abgefordert ist oder von mindestens acht Beisitzenden ein Antrag nach § 18, Absatz 2 des Gesetzes gestellt wird.“

Nach dem jetzigen Paragraphen ist die Einberufung an eine bestimmte Frist nicht gebunden. Die Antragsteller nehmen Anlaß zu diesem Antrage, weil es einmal vorgekommen ist, daß einem Antrage auf Einberufung nicht so schnell stattgegeben ist, wie die betreffenden Antragsteller gewünscht haben. Die Kommission hat sich aus den Akten davon überzeugt, daß es ein einziger Fall war und tatsächlich die Verzögerung durch Urlaub im Sommer begründet gewesen ist. Sie gibt anheim, auch diesem Antrage nicht stattzugeben, da sich im übrigen eine Notwendigkeit, die Vorschrift zu ändern, nicht ergeben hat.

Stadtv. **Wesemeier**: Ich sehe nicht ein, warum man diese Vorschrift nicht in das Statut hineinbringen will. Der Wunsch der Handlungsgehilfen ist durchaus berechtigt, eine Frist festzuhalten, binnen welcher der Ausschuß, wenn er selbst es wünscht, zusammenberufen werden soll. Es ist das keine Beschränkung des Magistrats oder des zuständigen Dezernenten oder eine Belästigung desselben, es ist nur eine Richtschnur für beide Teile, für den Vorsitzenden wie auch für die Handlungsgehilfen, wenn sie eine Sitzung zustande bringen wollen. Aus rein praktischen Gründen, um Differenzen von vornherein aus dem Wege zu räumen, bin ich dafür, diese Vorschrift in das Statut aufzunehmen. Es ist das nicht mit den geringsten Kosten und auch mit keinen Schwierigkeiten verbunden.

Stadtrat **Wagner**: Ich muß zugeben, daß sich einmal die Einberufung des Kaufmannsgerichts lange hinausgezögert hat. Das ist vor allem durch Beurlaubungen gekommen, wie Herr Dr. Voge schon erwähnt hat, dann aber auch dadurch, daß die Vorberatungen des Angestelltenversicherungsgesetzes in diese Zeit fielen. Es ist Ihnen bekannt, daß dieses Gesetz schnell in Kraft gesetzt ist und eine unendliche Fülle von Arbeiten mit sich brachte, zumal mancherlei Unsicherheiten zu überwinden waren. Nun ist das ein einziger Fall, das Kaufmannsgericht be-

steht aber seit einer Reihe von Jahren, und es ist in dieser Hinsicht sonst nie Anlaß zu Klagen gewesen.

Wenn Sie diese Frist von drei Wochen festsetzen, so wird dadurch eine unangenehme Bindung herbeigeführt. Es kann wohl vorkommen, daß schwierige Fragen von prinzipieller Bedeutung zur Entscheidung kommen sollen — nehmen Sie an, die Festsetzung einer Mindestarbeitszeit für Kontore usw. —, dann wird man Material aus ganz Deutschland zusammenholen und dieses sichten müssen. Das läßt sich in drei Wochen nicht durchführen. Geschähe dann aber in dieser Zeit die Einberufung nicht, so würde das einen Verstoß gegen statutarische Vorschriften bedeuten.

Ferner ist zu beachten, daß jedes Jahr um dieselbe Zeit eine ordentliche Sitzung des Kaufmannsgerichts stattfindet, die im Gesetze vorgeschrieben ist. Sobald der Jahresbericht herausgekommen und vervielfältigt ist, ungefähr im Februar, wird diese Sitzung einberufen. Die Herren, die beteiligt sind, wissen, daß in dieser Sitzung Gelegenheit gegeben ist, etwaige sozialpolitische Wünsche zur Sprache zu bringen, und haben auch in ausgiebiger Weise schon davon Gebrauch gemacht. Wenn man nun diese Frist von drei Wochen vorschreibt, so kann es kommen, daß ein Antrag, vielleicht aus Nachlässigkeit, verspätet eingereicht wird, und dann müssen schon acht Tage oder wenige Wochen nach der Jahresversammlung wegen des versäumten Punktes die Herren wieder zusammenberufen werden. Das würde unpraktisch sein.

Wenn es sich um eine dringliche Sache handelt, die außerhalb dieser Gesamtsitzung erledigt werden muß, so ist es selbstverständlich, daß der Vorsitzende verpflichtet ist, eine Versammlung einzuberufen, und die Herren wissen auch, daß ihnen, wenn der Vorsitzende einen dahingehenden Wunsch nicht erfüllt, im Wege der Beschwerde die Möglichkeit offensteht, das durchzusetzen, was sie nach den Statuten verlangen können.

**Stadtv. Wesemeier:** Auch diese Einwendungen des Herrn Stadtrats können mich nicht veranlassen, von meinem Standpunkte abzugehen. Herr Stadtrat Wagner sagt, es könnte vorkommen, daß beantragt würde, schwierige Materien zur Beschlußfassung vor das Kaufmannsgericht zu bringen, und dann würde es dem Dezernenten nicht möglich sein, innerhalb drei Wochen Material aus ganz Deutschland heranzuholen. Dagegen ist zu sagen: Wenn der Dezernent vor einer solchen Tatsache steht und wendet sich an die Antragsteller: „Seid ihr einverstanden, daß wir die Sache auf acht oder vierzehn Tage verschieben“, so würde unter beiderzeitiger Zustimmung eine solche Schwierigkeit aus dem Wege geräumt werden. Man darf doch die Antragsteller nicht als böswillige Leute betrachten, und das

werden Sie auch zweifellos nicht. Es würde aber als Böswilligkeit betrachtet werden müssen, wenn von ihnen anders verfahren würde.

Sodann wurde gesagt, es sei nicht notwendig, daß kurz nach der Jahresitzung wieder eine Sitzung stattfände, man könne zur Jahresitzung solche Dinge vorbringen. Es können doch aber Umstände eintreten, die die Handlungsgehilfen oder auch die Arbeitgeber — gleichviel welche Seite — zwingen, Sachen vor das Kaufmannsgericht zu bringen, die kurz vor der Jahresitzung noch nicht bekannt waren. Es muß Gelegenheit gegeben werden, solche Sitzungen einzuberufen, und darf nicht ins Ermessen des Vorsitzenden gegeben sein, sie hinauszuschieben. Wenn gemeint werden sollte, es könnten aus Schifane solche Anträge auf Einberufung gestellt werden, so glaube ich, daß dem Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbande nicht zuzumuten ist, daß von ihm nur aus Schifane solche unzeitgemäßen Anträge gestellt werden. Man schafft doch sonst immer Klarheit in jedem einzelnen Statut, und hier wird von dem Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbande beantragt, eine präzisere Fassung zu schaffen, weil sich die Notwendigkeit dafür ergeben hat, wenn auch nur in einem einzigen Falle. Wer bürgt aber dafür, daß ein solcher Fall später nicht noch einmal vorkommt? Ich wüßte nicht, warum man dagegen sein sollte, wenn hier eine präzisere Fassung geschaffen werden soll. Ich bitte Sie, den Kommissionsantrag zu verwerfen und dem zuzustimmen, was der Deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband beantragt.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

**Vorsitzender:** Ich bitte nunmehr diejenigen Herren, die nach dem Antrage der Statutenkommission den gesamten Antrag des Verbandes verwerfen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

## 2. Begründung des Antrages Lauer: Erhöhung des Zuschusses für den Verkehrsverein.

Wortlaut des Antrages:

„Die Versammlung wolle beschließen, den jährlichen Barzuschuß an den Verkehrsverein von 3000 M auf 4000 M zu erhöhen.“

Stadtvr. **Lauer:** Gelegentlich der jüngst hier abgehaltenen Beratung über den Jahresabschluß des Verkehrsvereins wurde festgestellt, daß der genannte Verein wiederum mit einem Fehlbetrage von ca. 1200 M abgeschlossen hat. Trotz aller geübten Sparsamkeit kehrt ein ähnlicher Fehlbetrag alljährlich wieder — ein Beweis dafür, daß das Manko nicht etwa eine vorübergehende Erscheinung ist, sondern daß es dem Verkehrsverein in der Tat heute nicht möglich ist, mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln diejenige Propaganda für die Stadt

Braunschweig zu machen, die dringend vonnöten ist. Wenn die Geschäftsführung des Verkehrsvereins eine korrekte ist — das bildet ja wohl ein Hauptmoment —, so bin ich der Ansicht, daß derjenige hier finanziell helfend eingreifen müßte, in dessen Dienst sich der Verein gestellt hat, und das ist in diesem Falle die Stadt Braunschweig.

Man hat kürzlich hier dem Verkehrsverein vorgeworfen, er möge dafür sorgen, noch mehr Mitglieder zu bekommen. Demgegenüber bin ich in der Lage, konstatieren zu können, daß eine intensive Propaganda zur Erweiterung der Mitgliedschaft fortwährend geübt wird. Gerade aus dem letzten Jahresbericht geht hervor, daß der Verein im Jahre 1913 wieder einen Zuwachs von 85 Personen zu verzeichnen hat.

Die kulturelle und volkswirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs wird heute überall mehr und mehr anerkannt. Auch wir müssen dabei mitgehen und ihm entsprechend Rechnung tragen. Der Verkehrsverein ist ja außerordentlich dankbar dafür, wenn ihm gelegentlich im Laufe des Jahres Beträge überwiesen werden, die nicht durch den Jahresbericht gehen und an und für sich eine abgeschlossene Angelegenheit berühren, aber es ist auch dringend nötig, daß der regelmäßige, feste Jahreszuschuß für den Verein um 1000 M, nämlich von 3000 auf 4000 M, erhöht wird.

Um zu hören, welche Zuschüsse denn nun eigentlich auswärtige Verkehrsvereine bekommen, habe ich zehn Anfragen nach auswärts gerichtet, und acht davon sind mir bis jetzt beantwortet. Aus sämtlichen acht Zuschriften ist zu ersehen, daß in der Tat die auswärtigen Verkehrsvereine wesentlich höhere Zuschüsse bekommen als der Verkehrsverein in Braunschweig, z. B. der Verkehrsverein in unserer Nachbarstadt Hildesheim erhält 5000 M, der Verkehrsverein Magdeburg 5000 M, der Verkehrsverein in Köln 6000 M, der Verkehrsverein in Gelsenkirchen 7000 M, der Verkehrsverein in Chemnitz 9000 M, in Düsseldorf 9000 M, in Essen 9000 M, der Verein in Bonn sogar 12 000 M. — Meine Herren, wenn man sieht, wie sehr die auswärtigen Vereine von ihren Kommunen subventioniert werden, so muß man doch sagen, daß man den Verkehrsverein hier in Braunschweig nur dann konkurrenzfähig erhalten kann, wenn man ihm auch einen entsprechenden Zuschuß bewilligt. Meine Ausgaben durch die mir zugegangenen Schriftstücke zu belegen, bin ich gern bereit; es stehen dieselben auf Wunsch zur Verfügung.

Der Verkehrsverein hat ja lediglich, um noch mehr für die Stadt Braunschweig arbeiten und leisten zu können, durch mich die Bitte um Erhöhung der Subvention zum Ausdruck bringen lassen. Ich bin der Meinung, daß die Betätigung des Verkehrsvereins doch auch in entsprechender Weise anerkannt werden muß. Zu meinem Bedauern habe ich gehört, daß in einer der letzten Vorstandssitzungen des Vereins bereits hat beschlossen werden müssen, daß der Verein wegen

der fehlenden Mittel demnächst die auswärtige Propaganda für Braunschweig wesentlich einschränken muß, eine Entschließung, die wahrscheinlich in Braunschweig nur sehr ungern vernommen werden wird. Eine solide finanzielle Grundlage ist auch für einen Verkehrsverein die Hauptbedingung für sein Wirken. Wenn in allen Sitzungen und Beratungen immer das die Hauptfrage bildet: „Woher nehmen wir die Gelder?“ so geht die Schaffensfreudigkeit verloren, und für den eigentlichen Zweck des Vereins bleibt in der Tat keine Zeit mehr übrig.

Für den Fall, ich sage für den Fall, daß Herr Dr. Jasper und seine politischen Freunde nicht wissen sollten, wie sie sich zu dieser Angelegenheit stellen sollen (Heiterkeit), möchte ich mir gestatten, die Herren daran zu erinnern, wie sehr der Verkehrsverein eingetreten ist für die Errichtung von Spielplätzen im Westen der Stadt, für die Errichtung von Kleinwohnungen und für die Einführung von billigen Sonntagsfahrkarten nach dem Harz, speziell für die Arbeiter. Auch daran erinnere ich, wie prompt der Verkehrsverein auf dem Plane erschienen ist, als im Herbst vergangenen Jahres die Straßeneisenbahngesellschaft die Fahrpreise für die Allgemeinheit so wesentlich erhöhen wollte. Wenn dieserhalb ein greifbarer Erfolg durch den Verkehrsverein nicht zu erzielen war, so ist das darauf zurückzuführen, daß die diesbezüglichen Verhältnisse bekanntlich ungünstig liegen.

Fortwährend treten an den Verein Wünsche der verschiedensten Form heran, aber meistens können sie nicht beachtet werden und müssen unberücksichtigt bleiben. Erst kürzlich ging durch eine hiesige Tageszeitung die Aufforderung an den Verkehrsverein, er möchte beim Einzuge des Frühlings endlich wieder die seinerzeit so beliebten Promenadenkonzerte einführen. Ja, der Verkehrsverein möchte auch diesem Wunsche gern entsprechen, aber leider fehlen ihm, wie schon gesagt, die Mittel dafür. Wenn nicht das Garnisonkommando mit Zustimmung Seiner Königlichen Hoheit des Herzogs sich entschließt, Sonntags-Freikonzerte zu stellen — auf den Verkehrsverein wird man bei seinen jetzt vorhandenen bescheidenen Mitteln nicht rechnen können. Braunschweig wäre dann allerdings die einzige Stadt, im Hinblick auf Bedeutung und Größe, in der Militär liegt und Sonntags keine öffentliche Militärmusik stattfindet.

Ich möchte doch recht sehr im Interesse des Verkehrsvereins bitten, ihm die ziemlich bescheidene Zulage von 1000 M pro Jahr zu gewähren. Es ist unwürdig für ihn, zwecklos mit dem Klingelbeutel von Tür zu Tür zu gehen und im Interesse anderer zu bitten. Was Sie dem Verkehrsverein bewilligen, bewilligen Sie nicht für ihn selbst, sondern für die Interessen der Stadt und für die Interessen der Allgemeinheit.

**Vorsitzender:** Der Antrag ist genügend unterstützt. Ich überweise ihn der Finanzkommission zur Vorberatung.

Der Antrag Diekmann auf Freigabe von Wegen im Bürgerpark zum Radfahren ist von dem Herrn Antragsteller zurückgezogen.

### 3. Antrag Loeßhigt, betreffend den Fuhrverkehr auf der Wolfenbüttelerstraße.

Stadtv. **Sander:** Der Antrag Loeßhigt lautet folgendermaßen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, sich mit der Herzoglichen Polizeidirektion ins Einvernehmen zu setzen, daß an der Augusttorbrücke und an der Stadtgrenze bei Richmond große, sichtbare Schilder angebracht werden, welche den Fuhrverkehr auf der Wolfenbüttelerstraße regeln.“

Der Antrag hat der Baukommission zur Vorberatung vorgelegen. Wir waren dabei der Meinung, daß diese Anbringung von Schildern eigentlich überflüssig sei, weil eine Regelung des Fuhrverkehrs schon durch die Straßenpolizeiordnung geschieht. Es liegen aber die Verhältnisse auf der Wolfenbüttelerstraße insofern etwas anders als bei anderen Straßen, als hier eine Ausnahme von der Regel gemacht ist. Schwere Fuhrwerke müssen hier die mit behauenen Pflastersteinen versehene Strecke befahren, aber leichtere Wagen, Luxuswagen, haben die andere Seite zu befahren. Es ist also dort nicht allgemein festgesetzt: „Rechts fahren“, sondern die Straße ist durch die Masten der elektrischen Straßenbahn in zwei Hälften geteilt, so daß auf beiden Teilen rechts und links gefahren werden kann. Diese Regelung ist aber seit kurzem aufgehoben. Die Polizeidirektion hat sich mit dem Magistrat ins Einvernehmen gesetzt und hat erklärt, daß durch den Verkehr auf der Wolfenbüttelerstraße in der bisherigen Weise die Straße überlastet sei, so daß er so nicht aufrechterhalten bleiben könne. Die Vorschrift ist jetzt dahin abgeändert, daß nunmehr das Straßenpolizeistatut in seiner vollen Fassung auch für die Wolfenbüttelerstraße Geltung hat. Durch die Änderung haben sich aber ziemlich viele Unzuträglichkeiten herausgestellt, indem viele Fuhrwerksbesitzer, welche die Straße in gutem Glauben in der früheren Weise befahren haben, mit Strafmandaten bedacht sind. Die Kommission ist daher der Meinung, daß der Antrag Loeßhigt in dieser Form wohl angebracht sei, daß nämlich möglichst vor der Eisenbahnbrücke und an der Okerbrücke ein großes Schild angebracht wird, auf dem nur einfach die Worte stehen: „Rechts fahren.“ Die Kommission empfiehlt also den Antrag Loeßhigt zur Genehmigung.

Stadtv. **Munte:** Ich finde die Regelung des Fuhrverkehrs auf der Wolfenbüttelerstraße recht eigentümlich. Ich fahre persönlich viel und habe geglaubt, da die Straße breiter ist, als die meisten in der Stadt Braunschweig, ich könnte,

wenn ich herausfahre, auf dem nicht gepflasterten Wege rechts fahren und nachher auf demselben Wege wieder herunter; aber die Polizisten halten einen an und jagen: Das sei nicht erlaubt, und so muß ich mit meinem leichten Fahrzeuge auf dem gepflasterten Wege fahren. Da die Straße so breit ist, müßte es meiner Ansicht nach so eingerichtet werden, daß jede Hälfte der Wolfenbüttelerstraße für sich rechts und links benutzbar ist.

Stadtv. **Sander:** Ich habe schon ausgeführt, daß es nicht mehr für möglich gehalten wird, das bisherige Verhältnis aufrechtzuerhalten, daß auf der rechten Seite der Wolfenbüttelerstraße rechts und links gefahren wird und ebenso auf der anderen Seite der Straße. Der Verkehr ist eben derart angewachsen, daß dies nicht mehr ohne Unzuträglichkeiten durchzuführen ist. Infolgedessen soll die einfache Vorschrift des Polizeistatuts in Kraft treten, und ich halte es auch für richtig, daß der Verkehr dort in dieser Weise geregelt wird.

Stadtv. **Weichsel:** Die Angelegenheit wird wohl am besten bei der Beratung der Straßenpolizeiordnung erörtert, wo ähnliche Sachen besprochen werden. Ich schlage deshalb vor, daß der Herr Antragsteller sich damit einverstanden erklärt, daß sein Antrag bei dieser Gelegenheit berücksichtigt wird.

Stadtv. **Schmidt:** Dasselbe, was für die Wolfenbüttelerstraße angeführt wird, tritt auch jeden Tag in Erscheinung am Gieselerwall, nur daß es sich dort hauptsächlich um die Radfahrer handelt. Man sollte doch glauben, daß hier der Sommerweg breit genug ist, damit zwei Fuhrwerke sich ausweichen können. Glaubt aber der Radfahrer: Wenn ich rechts vom Sommerwege fahre, dann fahre ich auf der Straße rechts, dann ist er im Irrtum. Das Ding liegt so: Wenn er rechts auf der Straße bleiben will, dann muß er da drüben, wo die Straßenbahn fortwährend in die Weiche fährt, um die Bäume herum fahren, während die Sommerwege frei bleiben. Daraus haben sich viele Unzuträglichkeiten ergeben, und darüber wird zweifellos, wie Herr Weichsel sagte, bei der Beratung der Straßenpolizeiordnung eine Einzelfestsetzung für diesen Fall erfolgen müssen.

Stadtv. **Voeshigt:** Das Polizeistatut verlangt, daß ich rechts auf der Straße fahre, wenn ich aus der Stadt hinaus will, und auf der anderen Seite, wenn ich wieder in die Stadt hineinkomme. Ich muß aber doch noch bemerken, daß die Sache auf der Wolfenbüttelerstraße, wie der Herr Referent schon ausgeführt hat, früher anders war. Man sagte sich früher, die Wolfenbüttelerstraße besteht aus zwei Straßen, die durch die Straßenbahn geteilt werden. Dort ist früher ein Weg mit Koppflaster gewesen, und der andere war ein Sommerweg. Jetzt aber ist mit Zustimmung des Magistrats von der Polizeidirektion die Bestimmung über die Benutzung der Wolfenbüttelerstraße geändert. Es ist gesagt: Sobald der



Sommerweg abgängig ist, kommt auf diese Seite auch Steinpflaster oder Teer-  
makadam. Mein Antrag ist nun dadurch entstanden, daß früher große Schilder  
die Lastwagen auf den gepflasterten Weg nach links wiesen und die leichten Fuhr-  
werke rechts und links fahren konnten, wie sie wollten. Nachdem nun diese Be-  
stimmung aufgehoben ist, können die Besitzer der schweren Fuhrwerke nicht  
wissen, wo sie fahren sollen, daher habe ich gebeten, Schilder anzubringen, um die  
Leute vor Strafe zu schützen.

**Vorsitzender:** Ein anderer Antrag als der Antrag der Baukommission liegt  
nicht vor. Ich bitte die Herren, die nach dem Antrage der Baukommission den  
Antrag Voeßhigt dem Magistrat zur Berücksichtigung empfehlen wollen, die Hand  
zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

#### 4. Antrag Ohlendorf auf Änderung des Statuts, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Stadtv. Dr. **Voge:** Herr Ohlendorf hat beantragt:

„In § 1 des städtischen Statuts, betreffend die Sonntagsruhe im Handels-  
gewerbe, sind die Worte „nur von 8—9 Uhr morgens und von 11—1 Uhr mittags  
beschäftigt werden“ zu streichen und durch folgenden Wortlaut zu ersetzen: „In  
den Bedürfnisgewerben nur von 8—9 Uhr morgens, im übrigen überhaupt nicht  
beschäftigt werden.“

Die Statutenkommission ist in eine sachliche Beratung dieses Antrages nicht  
eingetreten, gibt Ihnen vielmehr anheim, die Beratung über diese Sache auszu-  
setzen, bis sich demnächst der Reichstag vertagt hat, bzw. geschlossen ist.

Es ist Ihnen bekannt, daß im Reichstage eine Vorlage über die Sonntags-  
ruhe behandelt wird. Aus den Tageszeitungen ist ersichtlich, daß die Kommissions-  
sitzungen darüber bereits wieder im Gange sind, und es muß mit der Möglichkeit  
gerechnet werden, daß in den nächsten vierzehn Tagen, während derer der Reichs-  
tag noch tagt, diese Frage mit erledigt wird. Würde das geschehen, dann wäre es  
unnütz, jetzt hier in eine Beratung der Materie einzutreten, zumal im übrigen die  
Sache im Schoße einer Deputation unserer Versammlung liegt, von der Sie  
vorhin gehört haben, daß sie dem Magistrat Bericht erstattet hat.

Die Statutenkommission ist aber auch der Ansicht, daß, wenn tatsächlich der  
Reichstag das betreffende Gesetz nicht mehr verabschieden sollte, dann unsererseits  
etwas geschehen müßte, um diese Sache zu Ende zu bringen, sei es auf die eine  
oder andere Weise, je nachdem hier die Entscheidung fällt. Einstweilen aber gibt  
die Statutenkommission anheim, bis zur Vertagung oder bis zum Schluß der Be-  
ratungen des Reichstages die Sache zurückzustellen.

**Vorsitzender:** Die Statutenkommission schlägt also eine geschäftsordnungsmäßige Regelung vor, mit der die Herren jedenfalls einverstanden sind.

### 5. Antrag Eckhardt auf Vereinigung der drei Rettungsinselfn auf dem Friedrich-Wilhelmsplaze.

Stadtv. **Sander:** Der Antrag Eckhardt lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die auf dem Friedrich-Wilhelmsplaze befindlichen drei Inseln zu einer langgestreckten vereinigt werden, damit das Publikum beim Aus- und Einsteigen in die elektrische Bahn und beim Warten auf dieselbe den Gefahren des Überfahrenwerdens enthoben wird.“

Die Baukommission hat über den Antrag beraten. Der Antrag ist mit Zustimmung des Antragstellers dahin abgeändert worden:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, dahin zu wirken, daß Rettungsinselfn auf dem Friedrich-Wilhelmsplaze angelegt werden, die ein Fahren quer über den Platz verhindern.“

Der Grund, weshalb der Antrag abgeändert ist, liegt darin, daß viele Mitglieder der Baukommission der Meinung waren, daß diese drei jetzt vorhandenen Rundteile, in denen die Straßenbahnmasten stehen, verkehrshindernd wirken würden, und daß es zweckmäßig wäre, die Inseln zu verkürzen, indem auf jeder Seite zwei Rundteile zusammengelegt werden, jedesmal da, wo die Aus- und Einsteigestelle der elektrischen Straßenbahn sich befindet. Der Magistrat war auch der Meinung, daß es richtiger wäre, ihm die Sache zu überlassen, er würde mit Beratung der Sachverständigenstelle wohl das Richtige herausfinden.

Ich habe mich nun noch einmal nach dem Friedrich-Wilhelmsplaze begeben, habe eine halbe Stunde lang den Verkehr dort beobachtet, und muß darnach persönlich an dem Antrage Eckhardt in seiner ursprünglichen Form festhalten. Ich bin der Überzeugung, daß es durchaus nicht verkehrshindernd wirken wird, wenn die drei Inseln in eine lange zusammengezogen werden, sondern daß das im Gegenteil verkehrsregelnd wirken wird, denn es ist auf beiden Seiten Platz vorhanden, um das Rechtsfahren zu gestatten. Ich habe gesehen, daß schwere Wagen quer über den Platz gefahren sind, und wenn die Anlage so gemacht würde, wie sie von einigen Mitgliedern der Kommission gewünscht wird, so habe ich mich überzeugt, daß dann die Wagen doch quer über den Platz fahren können und das Publikum immer noch gefährdet wird. Ich bin persönlich also der Meinung, daß es richtiger ist, den Magistrat zu ersuchen, die drei Inseln jedesmal in eine zusammenzuziehen.

Die Kommission jedoch empfiehlt Ihnen die vorhin vorgetragene Abänderung des Antrages Eckhardt. Es würde dann dem Magistrat überlassen bleiben, die Inseln so anzulegen, wie er es für richtig hält.

Stadtv. Dr. **Boge:** Ich bitte, den Antrag Eckhardt wiederherzustellen. Kommt das bei dem Antrage heraus, was von der Baukommission angeregt ist, daß die Inseln halb so lang werden und die eine nach dem Bahnhofe zu und die andere mehr nach der Friedrich-Wilhelmsstraße hin verlegt wird, so wird dadurch allerdings das Durchfahren der Wagen erschwert werden, aber dem aus- und einsteigenden Publikum ist damit nicht gedient. Es fahren nach der Statistik täglich über tausend Straßenbahnwagen über den Platz, und dabei kommt es häufig vor, daß sie nicht an der Stelle halten, wo es vorgesehen ist. Stehen zwei Wagen hintereinander und der zweite hat noch einen Anhänger, so kommt dieser an einer Stelle zum Halten, wo keine Rettungsinsel ist, und das Ein- und Aussteigen wird dadurch namentlich den älteren Herrschaften aus dem Publikum erschwert, und die Fahrgäste fühlen sich insbesondere beim Aussteigen unsicher. Ich bin der Ansicht, daß der bestimmte Antrag Eckhardt dem Magistrat eine bessere Richtschnur gibt, und bitte deshalb, den Antrag in seiner früheren Form wiederherzustellen.

Bürgermeister **Meyer:** Ich glaube, es ist richtiger, wenn Sie den Antrag der Kommission annehmen. Ich habe in der Kommission bereits erklärt, daß bei Umlegung der Gleise auf dem Friedrich-Wilhelmsplatze der Magistrat die Forderung an die Straßenbahn gerichtet hatte, Rettungsinseln neben den Gleisen anzulegen. Nur dem dringenden Wunsche der Straßenbahn hat der Magistrat seinerzeit nachgegeben und einstweilen auf Anlage der Rettungsinseln verzichtet. Selbstverständlich brachte die Straßenbahn damals sehr triftige Gründe gegen die Anlage der Rettungsinseln vor. Es freut mich, konstatieren zu können, daß in der zwischen unserer Verhandlung und der Gegenwart liegenden Zeit irgend ein nennenswerter Unglücksfall, der auf das Fehlen von Rettungsinseln zurückzuführen ist, nicht vorgekommen ist. Gleichwohl glaube ich erklären zu können, daß der Magistrat Ihren Antrag gern weiter verfolgen wird. Es würde aber bedenklich sein, wenn Sie ohne Anhören unserer technischen Verwaltungsstelle wie auch der Straßenbahn beschließen wollen, genau so die Rettungsinseln anzulegen, wie Herr Eckhardt ursprünglich und auch der Herr Vorredner sie gewünscht hat. Ich glaube, Sie können das Vertrauen in den Magistrat setzen, daß er nach Möglichkeit Ihren Wünschen gerecht werden wird.

Stadtv. **Roessigk:** Es ist schwer, in diesem Falle das Richtige zu treffen, und darum habe ich mir erlaubt, einen Antrag einzubringen, der folgendermaßen lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, je drei Inseln auf dem Friedrich-Wilhelmsplatze zu je einer probeweise durch Holz zu vereinigen.“

Gestern und heute habe ich mir mit mehreren Kollegen den Verkehr auf dem Friedrich-Wilhelmsplatze angesehen. Der Antrag Eckhardt bezweckt nicht bloß den Schutz des Publikums, sondern durch die Einrichtung wird, wenn wir sie beschließen, der ganze Fuhrverkehr auf dem Platze endlich nach der Polizeiordnung geregelt. Der jetzige Verkehr ist so, wie ein Kollege sagte: Wenn jemand nur diejenigen aufschreiben würde, die verkehrt über den Platz fahren, so würde er sehr schnell Geld verdienen können. Wer es ansieht, wie die Wagen der Straßenbahnlinien hier halten und die Wagen sich durchschlängeln, der muß sagen, der Herr Bürgermeister hat recht, wenn er meint, daß wir froh sein können, daß nicht größere Unglücksfälle hier vorgekommen sind. Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen, daß die Einrichtung zunächst probeweise gemacht wird, dann können wir uns überzeugen, wie sie sich bewährt.

**Vorsitzender:** Es liegen drei Anträge vor. Der weitestgehende ist der ursprüngliche Antrag Eckhardt, der wünscht, daß in bestimmter Weise eine Vereinigung dieser drei Inseln herbeigeführt wird. Der zweite Antrag ist der Antrag Loeschigt, der dieselbe Idee verfolgt, aber nicht eine endgültige Regelung, sondern eine probeweise durch Zwischensfüzung von Holz vorschlägt. Endlich liegt noch der Antrag der Baukommission vor. In dieser Reihenfolge werde ich die Anträge zur Abstimmung bringen und nehme das Einverständnis der Herren hiermit an.

Stadtv. **Sander** (zur Geschäftsordnung): Der Antrag Eckhardt ist doch wohl noch nicht wiederhergestellt.

**Vorsitzender:** Er ist von Herrn Voge aufrechterhalten.

Der Antrag Eckhardt wird abgelehnt, für den Antrag Loeschigt melden sich 16 Stadtverordnete.

**Vorsitzender:** Es sind ohne mich 32 Stadtverordnete gegenwärtig; ich würde also in diesem Falle mit meiner Abstimmung den Ausschlag zu geben haben. Ich stimme für den Antrag Loeschigt.

Der Antrag Loeschigt ist damit angenommen.

## 6. Vertrag mit der Herzoglichen Straßen- und Wasserbauinspektion wegen Benutzung der staatlichen Wälle usw. für Gas- und Wasserleitungsanlagen.

Stadtv. **Altmann:** Es hatten sich im Laufe der Jahre stets Schwierigkeiten gezeigt, wenn auf den Wällen, Toravenuen und den angrenzenden Staatsstraßen

Wasserleitungs- oder Gasrohre gelegt, Wandelableiter aufgestellt oder Hydranten angebracht werden sollten, denn es waren keine Bestimmungen vorhanden, in welcher Weise das Stadtbauamt oder die Direktion der Gas- und Wasserwerke die Vorarbeiten erledigen sollten, die Zeichnungen und Pläne einzureichen hatten, und wie die Arbeiten ausgeführt werden sollten. Die Toravenuen und Wälle sind bekanntlich Eigentum des Staates, und deswegen ist zur Legung der Rohre die Zustimmung der zuständigen Behörde einzuholen. Nun ist zwischen der Herzoglichen Straßen- und Wasserbauinspektion und dem Magistrat ein Vertrag ausgearbeitet, der diese Dinge regelt.

Bei Feststellung dieses Vertrages hat sich eine Schwierigkeit herausgestellt, indem die Straßen- und Wasserbauinspektion verlangte, daß für Gestattung der Legung dieser Rohre eine Gebühr von der Stadt zu bezahlen sei. Der Magistrat stellt sich auf den Standpunkt, daß das nicht angängig wäre, da man die Wälle und Toravenuen nicht schlechterdings mit Staatsstraßen im einfachen Sinne des Wortes vergleichen könnte. Die Wälle und Toravenuen seien Wohnstraßen, und den Anwohnern könnte man zu ihren übrigen Steuern nicht noch eine besondere Steuer durch Bezahlung der Gebühr auferlegen, wenn dort Rohre gelegt werden sollten. Der Magistrat hat die Interessen der Stadt energisch vertreten und schließlich erreicht, daß Herzogliche Straßen- und Wasserbauinspektion von dieser Forderung Abstand genommen hat. Sie sagt allerdings zum Schluß, daß sie bereit sei, zunächst von Festsetzung einer Gebühr abzusehen, darüber aber die Entscheidung des Herzoglichen Staatsministeriums herbeiführen wolle. Sie behalte sich die Befugnis vor, den Vertrag fristlos zu kündigen, falls Herzogliches Staatsministerium auf der Gebührenerhebung besteht. Mit diesem Vorbehalt möge sich die Stadtverwaltung einverstanden erklären.

Der Inhalt des Vertrages bezieht sich darauf, in welcher Form die Vorarbeiten zu erledigen sind, wie tief die Rohre zu verlegen sind und in welcher Weise die Arbeiten ausgeführt werden sollen, damit die Wallpromenaden nicht leiden, daß die Stadt innerhalb zweier Jahre für das Versacken des Erdreichs aufzukommen hat, daß für alle Schädigungen und Gefahren, die durch solche Arbeiten an Eigentum und Leben entstehen könnten, die Stadt haftet, und dergleichen Dinge, wie sie bei derartigen Verträgen auftreten.

Die Statutenkommission hat den Vertrag durchberaten und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim. Ich bitte also namens der Kommission, den Magistrat ermächtigen zu wollen, diesen Vertrag abzuschließen.

Der Antrag der Statutenkommission wird angenommen.

## 7. Übernahme des Heinrich-Werner-Denkmal<sup>s</sup> durch die Stadt.

Stadtv. **Pusch:** Letzten Sonntag hat bekanntlich die Einweihung des schönen Heinrich-Werner-Denkmal<sup>s</sup> stattgefunden; sie hat bei allen Beteiligten einen erhebenden Eindruck hinterlassen. Der Denkmalausschuß ist an den Magistrat mit der Bitte herangetreten, das Denkmal in städtischen Schutz zu nehmen, und bemerkt dazu gleichzeitig, daß voraussichtlich aus den Sammlungen ein Überschuß sich ergeben würde, der dem Magistrat mit der Bestimmung zur Verfügung gestellt werden soll, dieses Geld zur Erhaltung des Denkmal<sup>s</sup> zu verwenden. Ich bemerke dazu, daß mir heute seitens des Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn Lehrer Lüdecke, 125 *M* eingehändigt sind, um diese dem Magistrat zu dem angedeuteten Zwecke zu übergeben.

Der Magistrat ersucht, dem durch den Denkmalausschuß ausgesprochenen Wunsche nachzukommen und das Denkmal in den Schutz der Stadt zu nehmen. Die Baukommission hat sich mit der Sache befaßt und empfiehlt Ihnen, dem Magistratsantrage Ihre Zustimmung zu geben.

Der städtischen Übernahme des Denkmal<sup>s</sup> wird zugestimmt.

## 8. Erhebung des Schulgeldes betreffend beim Übergang der Schüler von staatlichen in städtische Lehranstalten.

Stadtv. **Eschardt:** Die Herzogl. Oberschulkommission teilt dem Schulvorstande der städtischen realistischen Unterrichtsanstalten mit, daß wegen der Erhebung des Schulgeldes bei Anstaltswechsel innerhalb eines Quartals der preußische Kultusminister bereit ist, eine Vereinbarung dahin zu treffen, daß im Falle Übergangs eines Schülers von einer städtischen höheren Lehranstalt des Herzogtums auf eine ebensolche in Preußen und umgekehrt innerhalb eines Quartals das Schulgeld nur bei der Anstalt zur Hebung kommen soll, die der betreffende Schüler verläßt. Preußischerseits wird es auch für angängig erachtet, dies Abkommen nicht nur für die staatlichen, sondern für alle höheren Lehranstalten zu schließen.

Mit Rücksicht auf letztere Bereiterklärung hat Herzogliches Staatsministerium die Herzogliche Oberschulkommission beauftragt, über den Abschluß einer derartig umfassenden Vereinbarung mit dem Schulvorstande in Verbindung zu treten, damit dieses Abkommen auch auf die beiden städtischen Oberrealschulen ausgedehnt wird.

Der Schulvorstand der städtischen Oberrealschule hat gegen dieses Abkommen Bedenken geäußert, und zwar deshalb, weil nach den hier geltenden Vorschriften (vergleiche Anhang zur Sammlung der Statuten der Stadt Braunschweig Nr. 15, § 3 b) Kinder, welche innerhalb der ersten vier Wochen eines Schulvierteljahrs verstorben oder ordnungsmäßig abgemeldet sind, von der Entrichtung des Schul-

geldes befreit sind und somit der Fall eintreten kann, daß der die Schule wechselnde Schüler für ein ganzes Vierteljahr überhaupt kein Schulgeld bezahlt.

Es ist deshalb vorgeschlagen, in das Abkommen einen Zusatz des Inhalts aufzunehmen, daß die Befreiung bei der zweiten Schule dann nicht eintreten soll, wenn der Schüler infolge sehr frühzeitigen Schulwechsels auf der ersten Anstalt nach den für diese maßgebenden Grundsätzen Schulgeld nicht zu bezahlen hat. Vor- teile von diesem Zusatz würde die Stadt nur dann haben, wenn eine ähnliche Vor- schrift wie hier auch bei auswärtigen Anstalten bestände, was vermutlich nicht der Fall ist.

Ob ein Verlassen der Anstalt innerhalb 4 Wochen nach Beginn des Viertel- jahrs als sehr frühzeitiges Verlassen angesehen werden soll, ist nicht gesagt; würde das Gegenteil angenommen, so müßte zunächst die obige hier geltende Vorschrift allgemein oder für den in Rede stehenden Fall geändert werden, und dazu liegt nach Meinung des Magistrats kein hinreichender Grund vor. Denn bis jetzt ist überhaupt erst e i n derartiger Fall vorgekommen, so daß die ganze Angelegenheit ohne finanzielle Bedeutung ist.

Wenn sich die Stadt deshalb bereit erklärt, auf Einziehung von Schulgeld in dem Falle zu verzichten, daß ein von einer staatlichen höheren Lehranstalt ab- gegangener Schüler im Laufe eines Vierteljahres in eine Klasse der beiden Ober- realschulen eintritt, so wird dadurch der Wunsch des Staatsministeriums, das Ab- kommen auf die genannten städtischen Anstalten zu erstrecken, ohne weiteres er- füllt. Und da zu hoffen ist, daß sich dieses vorläufig nur auf einzelne Anstalten beschränkte Abkommen bewährt und im Laufe der Zeit eine gleichartige, auf alle Unterrichtsanstalten bezügliche Vereinbarung der Bundesstaaten folgen wird, emp- fiehlt es sich, den Magistrat zu ermächtigen, vorläufig ohne Änderung der Grund- sätze über Schulgelderlaß den fraglichen Verzicht zuzusichern.

Die Schulkommission, welche sich eingehend mit dieser Angelegenheit be- schäftigt hat, gibt Ihnen, geehrte Herren, Genehmigung anheim.

Die Versammlung stimmt der Regelung nach dem Antrage des Schulkom- mission zu.

Die Behandlung des folgenden Punktes des Tagesordnung „Änderung der Straßenpolizeiordnung“ wird verschoben, da die Vorberatung in der Kommission noch nicht beendet ist.

## 9. Errichtung einer städtischen Sparkasse betreffend.

Stadtv. **Schön:** Der Magistrat hat das Ersuchen der Stadtverordnetenver- sammlung vom 26. März, die Errichtung einer städtischen Sparkasse betreffend,

mit einem ausführlichen Schreiben vom 8. April beantwortet, das Ihnen allen in Vervielfältigung zugegangen ist. Wie Sie daraus ersehen haben, trägt der Magistrat Bedenken, unseren Antrag — den er zwar nicht grundsätzlich und nicht für immer ablehnen will — zu einem Zeitpunkte an die Regierung weiterzugeben, wo diese im Begriff steht, die längst beabsichtigte Reform des Leihhauses durchzuführen. Andererseits aber will der Magistrat die Regierung zu veranlassen suchen, daß sie bei der bevorstehenden Reform des Leihhauses nach Möglichkeit auf Befriedigung des Hypothekenbedarfs unseres Grundbesitzes Bedacht nimmt. Es ergeht nun an uns das Ersuchen, uns dazu zu äußern.

Bei ihrer Beratung des Antwortschreibens ist die Finanzkommission zu dem einmütigen Ergebnis gekommen, der heutigen Versammlung die Zustimmung zu der neuen Anregung des Magistrats zu empfehlen, jedoch ohne Verzichtleistung auf unseren Antrag vom 26. März. Wir sind dabei von der Erwägung ausgegangen, daß der neue Vorschlag des Magistrats und die weitere Verfolgung der Sparkassenfrage sich keineswegs gegenseitig auszuschließen brauchen, daß vielmehr beide ganz wohl nebeneinander der Förderung empfohlen werden können. Ferner waren wir der Meinung, daß gerade der jetzige Zeitpunkt, wo wir vor einer Leihhausreorganisation stehen, über deren Richtung wir auch heute noch nicht im geringsten unterrichtet sind, als besonders geeignet zu betrachten ist, um der Regierung unsere Wünsche zu unterbreiten.

Endlich konnten wir die berechtigte Frage, ob wir uns durch die Zustimmung zu der neuen Anregung des Magistrats nicht in Widerspruch setzen würden zu der kürzlich erfolgten Ablehnung des Antrages auf stadtseitige Befriedigung des Geldbedarfs unseres Grundbesitzes, damit beantworten, daß ja gerade der Staat viel eher als die Gemeinden Mittel und Wege finden würde, dem notleidenden Grundbesitze zu Hilfe zu kommen.

Aus diesen Gründen empfiehlt die Finanzkommission,

sich damit einverstanden zu erklären, daß der Magistrat an die Herzogliche Staatsregierung das Ersuchen richtet, bei der bevorstehenden Reform des Leihhauses der Befriedigung des Geldbedarfs unseres Grundbesitzes näherzutreten, daß er daneben aber auch unserem Antrage vom 26. März d. J. auf Errichtung einer städtischen Sparkasse Ausdruck geben möge.

**Stadtv. Brenner:** Ich habe mich sehr gewundert, als ich las, was im Magistrat aus dem Beschlusse der geehrten Versammlung bezüglich der Errichtung einer städtischen Sparkasse geworden war: daß der Beschluß als zurzeit undurchführbar bezeichnet wird, oder daß seine Durchführung wenigstens jetzt als nicht empfehlenswert bezeichnet wird, und daß nun von dem Beschlusse nichts weiter übrigbleiben soll, als daß von dem Grundbesitz in Verbindung mit der staatlichen und der



städtischen Verwaltung ein Institut geschaffen werden soll, um dem Grundbesitz zu Hilfe zu kommen. Das war bei der Stellung des Antrages nicht beabsichtigt gewesen. Immerhin sind wir auch nicht dagegen, dem Grundbesitz zu helfen, wenn das geschehen kann, ohne daß wichtige Interessen anderer Bevölkerungskreise dadurch geschädigt werden. Wir werden uns deshalb unsere Stellungnahme zum Vorschlage des Magistrats vorbehalten, bis positive Vorschläge erscheinen werden.

Es freut mich, daß die Kommission auf ihrem Standpunkt beharrt. Es ist mir auffällig gewesen, daß die Begründung des Magistrats eigentlich recht wenig eingehend war. Die Schwierigkeiten, die der Magistrat hervorhebt, bestehen nach meiner Ansicht durchaus nicht. Es ist durchaus nicht unbedingt zu befürchten, daß die Reform des Leihhauses durch Errichtung einer städtischen Sparkasse erschwert werden würde. Das Beispiel Preußens zeigt, daß dort kommunale und Kreis-Sparkassen ganz gut neben einander bestehen, und daß beide gedeihen können. Die Reform des Leihhauses würde geradezu nur gefördert und beschleunigt werden, wenn ihm eine Konkurrenz entgegengesetzt würde. Daß das Herzogliche Leihhaus durch kommunale Sparkassen in der Erfüllung seiner Aufgabe als Landeskreditinstitut beeinträchtigt würde, ist nicht zu fürchten. Es läßt sich doch nicht bestreiten, daß im Herzogtum noch eine ganze Menge Geld steckt, das nicht beim Herzoglichen Leihhause angelegt ist. Das belegen die Zahlen, die darüber angeführt sind — auch im Landtage —, daß im Herzogtum auf den Kopf der Bevölkerung nur 100 *M* an Spargeldern des Herzoglichen Leihhauses kommen, während im Reiche der Durchschnitt an Spargeldern in öffentlichen Kassen 250 *M* beträgt und in manchen Bundesstaaten die Summe auf 300, 400, sogar 700 *M* steigt. Unser Herzogtum erfreut sich eines ziemlichlichen Wohlstandes, und deshalb ist anzunehmen, daß eine Menge Geld in die kommunalen Sparkassen wandern würde, wenn man solche gründete, und daß diese ganz gut neben dem Leihhaus bestehen würden und das Leihhaus durchaus nicht beeinträchtigen würden.

Sodann erscheint es mir etwas sonderbar, warum man der Regierung nicht entgegentreten will. Die städtische Verwaltung hat in erster Linie die Interessen der Stadt zu wahren, und diese erheischen es, daß eine städtische Sparkasse eingerichtet wird, zumal nicht zu befürchten ist, daß der Stadt durch Errichtung der Sparkasse ein Risiko erwachsen könnte. Ich bitte deshalb die geehrten Herren, dem Antrage der Kommission zuzustimmen.

Der Antrag der Finanzkommission wird angenommen.

## 10. Abänderung der Grundsätze für Bewilligung von Ruheohn und Hinterbliebenenversorgung.

Stadtv. **Wismann:** Zu der Beschlußfassung der Stadtverordnetenversammlung über die Abänderung der Grundsätze für Bewilligung von Ruheohn und Hinterbliebenenversorgung hat der Stadtmagistrat Stellung genommen und schreibt darüber zunächst, daß er im allgemeinen den Beschlüssen zustimme, in folgenden Punkten jedoch die Beschlüsse nicht billigen könne.

a) Der Zusatz zum § 4 soll lauten: „Unterbrechungen, die nicht in der Person des Arbeiters pp. ihren Grund haben, werden, sofern sie drei Monate nicht überschreiten, keinesfalls berücksichtigt.“ Der Ausdruck „pp.“ ist unklar und soll daher ersetzt werden durch die Worte „oder Angestellte“.

Die Kommission hat diesen Vorschlag geprüft und gibt Ihnen Genehmigung anheim.

**Vorsitzender:** Ich nehme das Einverständnis der Herren damit an.

Stadtv. **Wismann:** Der zweite Punkt ist folgender:

b) Die Erhöhung des Wittwengeldes von vier Zehntel auf fünf Zehntel Ruhegehalt kann der Magistrat nicht zugestehen, obwohl sie in finanzieller Beziehung ohne große Bedeutung sein würde. Er trägt grundsätzliche Bedenken, über das Maß dessen hinauszugehen, was den Witwen der Staatsbeamten und der nach dem Versicherungsgezet für die Angestellten-Versicherten zugestillt ist.

Die Kommission empfiehlt Ihnen auch hier Annahme des Magistratsantrages.

Stadtv. **Steinbrecher:** Es soll darnach der Beschluß aus der vorigen Beratung, daß das Wittwengeld von 4 auf 5 Zehntel erhöht wird, wieder zurückgeschoben werden. Der Magistrat sagt dabei selbst, daß er finanzielle Bedenken nicht hat, sondern nur grundsätzliche. Nun können diese doch nur darin bestehen, daß vielleicht aus dem Vorgehen der Stadtverordnetenversammlung die Staatsbeamten Rückschlüsse ziehen, darauf hinweisen und ebenfalls eine Erhöhung des Wittwengeldes verlangen könnten. Tatsächlich haben auch im braunschweigischen Landtage noch in den letzten Wochen Verhandlungen stattgefunden, die sich daraus ergaben, daß die Beamtenvereinigungen von Braunschweig und Wolfenbüttel beantragten, das Wittwengeld zu erhöhen. Dabei hat es sich herausgestellt, daß die hiesigen Beamtenwitwen ein Wittwengeld von 30 Prozent des pensionsfähigen Dienstinkommens verlangen — bisher bekommen sie 24 Prozent. Wenn also hier der Magistrat grundsätzliche Bedenken hat, so steht andererseits fest, daß die Staatsbeamtenwitwen nur 2,4 Zehntel des pensionsfähigen Dienstinkommens erhalten, während wir in der Hinterbliebenenversorgung schon früher 4 Zehntel be-

willigten. Wenn solche grundsätzlichen Bedenken maßgebend sein sollten, dann hätten die 4 Zehntel also schon früher nicht bewilligt werden dürfen.

Nun kommt dazu, daß nach Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung der § 48, 2 des Invaliden-Versicherungsgesetzes weggefallen ist, daß diese Bezüge bei den Witwenrenten mit verrechnet werden können. Verschiedene Städte haben ihre Hinterbliebenenrente von vier Zehntel auf fünf Zehntel abgeändert, z. B. Aachen, Hagen, Heilbronn, Saarbrücken, Stuttgart, Oldenburg, Flensburg sogar auf sechs Zehntel. Das sind alles größere Städte, und wenn diese keine grundsätzlichen Bedenken gegen diese Festsetzung haben, dann liegt doch auch für Braunschweig keine Ursache dazu vor.

Das Vorgehen der Beamtengruppen im Landtage bestärkt mich in der Auffassung, daß es für uns keine Schande ist, wenn wir dem Staate mit gutem Beispiele vorangehen. Im Landtage hat keiner gegen die Aufbesserung der Witwenpension auf 30 Prozent gesprochen; alle, die dazu sprachen, erklärten, daß tatsächlich die Verhältnisse eine kleine Aufbesserung für geboten erachten lassen. Der Abgeordnete Dedekind jagte als Referent, daß in der Eingabe mit vollem Recht beklagt wird, wie sehr es gerade kinderreichen Familien bei dem gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustande erschwert werde, sich wirtschaftlich zu behaupten. Daraus geht hervor, daß auch die Herren im Landtage der Meinung sind, daß die Witwen der Staatsbeamten eine Aufbesserung bekommen müßten. Da es auch finanzielle Bedenken bezüglich dieses Punktes nicht gibt, so bitte ich, den Beschluß aufrechtzuhalten, dem Sie früher zugestimmt haben.

**Vorsitzender:** Wenn Sie etwa einen Antrag stellen wollen, dann bitte ich mir ihn schriftlich aus.

**Stadtrat Wagner:** Der Magistrat ist, wie Sie gesehen haben, Ihren Wünschen in weitgehendem Maße entgegengekommen und ist weit über das hinausgegangen, was er in seiner ursprünglichen Vorlage Neues schaffen wollte. Wir sind aber bei der Beratung dieses Punktes im Magistrat zu der Überzeugung gekommen, daß für uns die Änderung der Grundsätze unannehmbar ist, wenn die Herren darauf bestehen sollten, diese Aufbesserung herbeizuführen. Sollten Sie also den Wünschen des Herrn Steinbrecher folgen, so würden Sie den Witwen unserer Arbeiter nur einen schlechten Dienst erweisen, denn es würde dann bei den bisherigen Grundsätzen bleiben. (Zuruf: Die Gründe dafür!) Die Gründe sind in unserer Vorlage auseinandergesetzt.

**Stadtv. Steinbrecher:** Es ist ganz richtig dazwischengerufen worden: Die Gründe! Der Magistrat müßte doch nachweisen, worin die grundsätzlichen Bedenken bestehen. Denn wenn gesagt wird: Wenn wir 5 Zehntel geben, dann geben wir in Zukunft mehr als der Staat gibt, so ist das doch nicht der Fall. Wir

haben schon längere Jahre 4 Zehntel bewilligt, und der Staat gibt 2,4 Zehntel. Dieses eine Zehntel, das jetzt aufgesetzt werden soll, darf doch nicht ausschlaggebend sein. Preußen gibt seinen Beamten 30 Prozent, und alle die Städte, die ich aufzählte, haben den Ruhelohn auf 5 Zehntel erhöht, ein Beweis, daß auch bei diesen Städten grundsätzliche Bedenken nicht vorhanden waren. Geseglichte Bedenken stehen auch nicht entgegen. Ich bitte sämtliche Herren, die früher für die 5 Zehntel gestimmt haben, das auch heute wieder zu tun. Ich werde sofort meinen Antrag schriftlich einreichen.

**Vorsitzender:** Der Antrag Steinbrecher lautet:

„den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, wonach das Witwengeld von 4 Zehntel auf 5 Zehntel des Ruhelohns erhöht wurde, aufrechtzuerhalten.“

Dagegen beantragt die Kommission, der Mitteilung des Magistrats entsprechend zu beschließen, wonach der alte Satz von 4 Zehnteln beibehalten werden soll.

Der Antrag Steinbrecher wird angenommen (mit 17 Stimmen).

**Stadtv. Nymann:** Der Magistrat schreibt weiter:

c) Die geehrten Herren wollen alle Vorteile der neuen Ruhelohngrundsätze, z. B. die Anrechnung der städtischen Dienstzeit vom 21. (statt 25.) Lebensjahre ab, auch den Altpensionären zugute kommen lassen. Eine durchgehende Bestimmung würde jedoch zu Berufungen führen, wenn einmal die Ruhebedingungen der städtischen Beamten verbessert werden sollen. Die bereits pensionierten Beamten würden dann dieselben Begünstigungen beanspruchen, die den auf Ruhelohn gesetzten Arbeitern und Angestellten nach den Beschlüssen der Herren Stadtverordneten nachträglich zugestanden werden sollen. Darauf einzugehen, würde aber nach Erachten des Magistrats nicht angängig sein. Er hält es daher für zweckmäßig, nur die neuen günstigeren Bestimmungen der §§ 6 und 10 auch auf die Altpensionäre anzuwenden.

Die Kommission empfiehlt Ihnen, auch hier dem Antrage des Magistrats zu folgen.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

**Stadtv. Nymann:** Unter d schreibt der Magistrat: Da bis zum 1. April eine Verständigung zwischen den städtischen Behörden nicht zustande gekommen ist, muß der Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Bestimmungen auf den 1. Juni d. J. verschoben werden. Für Ziffer III des Nachtrages schlägt der Magistrat deshalb folgende Fassung vor: „Dieser Nachtrag tritt am 1. Juni 1914 in Kraft. Für die an diesem Tage bereits vorhandenen Ruhelohn-, Witwen- und Waijengeldemp-

jünger gelten die neuen Bestimmungen der §§ 6 und 10, soweit sie günstiger sind als die bisherigen Vorschriften.“

Dieser Passus ist in der Kommission etwas geändert. Als zweiten Satz schlägt Ihnen die Kommission zur Annahme vor: „Derselbe hat keine rückwirkende Kraft, jedoch gelten usw.“

Die Kommission empfiehlt Ihnen, die Übergangsbestimmungen in dieser Form zu genehmigen.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

## 11. Einstellung von Straßenkehrern.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Zu Begleitern der vom städtischen Marstall auszuführenden Kotsfahrten sind in erster Linie die bei der Müllabfuhr beschäftigten Auflader, im Bedarfsfalle aber auch die im Nachtdienst tätigen Straßenkehrer herangezogen. Dadurch ist es vorgekommen, daß einige Straßenkehrer mit kurzer Unterbrechung zwei Schichten hintereinander zu fahren hatten, und das ist sachlich einer Überlastung gleichzuachten, wie es auch bei früheren Gelegenheiten verschiedentlich in der Versammlung kritisiert ist. Um dem angeführten Übelstande abzuhelpen und auch, um eine intensivere Straßenreinigung in die Wege leiten zu können, hält die Straßenreinigungsdeputation eine Vermehrung des Tagespersonals um sechs Mann für notwendig.

Der Magistrat hat sich diesem Wunsche angeschlossen und den Antrag gestellt, die Mittel für Einstellung von 6 Straßenkehrern zu bewilligen. Da die Straßenkehrer bekanntlich ein Anfangsgehalt von monatlich 90 *M*, also 1080 *M* im Jahre bekommen, würden ungefähr 6500 *M* für das Jahr zu bewilligen sein. — Die Finanzkommission hat diese Vorlage geprüft, hält sie für sachgemäß und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Stadtv. **Sander**: Ich bitte um Genehmigung der Vorlage. Die sechs Straßenkehrer sollen hauptsächlich benutzt werden, um eine fliegende Kolonne zu bilden, die fortwährend eine Ergänzung der Straßenreinigung der Stadt vorzunehmen hat.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf eine Äußerung in der Sitzung des August- und Magnitorbezirksvereins zurückkommen, wo der Vorsitzende des Verkehrsvereins erklärt hat, die Straßenreinigung und die Straßensprengung in Braunschweig wäre ein Skandal. Derartige Ausdrücke müssen meinem Dafürhalten nach energigisch zurückgewiesen werden, und ich fühle mich als Deputationsmitglied auch berufen, einen derartigen Ausdruck hier zurückzuweisen. Es ist möglich, daß dem einen oder anderen die Straßenreinigung und -Sprengung, wie wir sie ausüben, nicht genügt, immerhin aber läßt sich eine Sache, die uns mit allem

Drum und Dran jährlich 255 000 *M* kostet, nicht als ein Skandal bezeichnen. Jedenfalls sind derartige abfällige Kritiken über städtische Einrichtungen nicht dazu geeignet, für spätere Wünsche des Verkehrsvereins, ihm unter die Arme zu greifen, Propaganda zu machen. Als Deputationsmitglied möchte ich einen derartigen Ausdruck zurückweisen.

**Vorsitzender:** Ich habe diesen Worten hinzuzufügen: Die angeführten Worte, die gefallen sind von seiten des Herrn Schulinspektors Sattler, sind auch in der Sitzung der Statutenkommission behandelt. Es war dort allgemein die Ansicht vertreten, daß eine solche Kritik eines städtischen Betriebes durch einen städtischen Beamten oder Lehrer, die nahe an Beleidigung grenzt, unstatthaft ist.

**Stadtv. Weichsel:** Wir bedauern alle sehr, daß eine derartige unpassende Äußerung gefallen ist. Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit das Augenmerk des Magistrats darauf richten, daß eine bessere, regelmäßige Reinigung der Fußsteige durchaus wünschenswert ist, und ich glaube nicht, daß diese sechs in Aussicht genommenen Leute dafür genügen werden. Die Hundesteuer bringt uns jährlich 38 000 *M* ein; sie ist keine Erdrösselungssteuer, sondern eine Steuer, die eine gewisse Gegenseitigkeit bringen will. Wenn man das bedenkt, so müßte etwas mehr als bisher für Reinigung der Fußsteige geschehen.

**Stadtv. Mohr:** Herr Schulinspektor Sattler hat die Worte, die vorhin erwähnt wurden, in der Sitzung des Magnitorbezirksvereins fallen lassen; das ist andern. Herr Schulinspektor Sattler wird, wenn er am anderen Tage diese seine Äußerung in der Zeitung gelesen hat, sich als Vorsitzender des Verkehrsvereins wohl haben jagen müssen, daß er hier etwas sehr weit — zu weit gegangen ist. Wenn Derartiges von Fremden gelesen wird, dann werden sie sich jagen: „Wenn Derartiges vom Vorsitzenden des Verkehrsvereins behauptet wird, dann ist es besser, daß wir überhaupt nicht nach Braunschweig gehen.“ (Beifall.) Der Herr hat sich also mit seiner Äußerung selbst geschlagen.

Ich habe Veranlassung genommen, in der Versammlung auszuführen, daß wir für die Straßenreinigung reichlich Geld ausgeben, und daß es erfreulich wäre, wenn uns gesagt werden könnte, wie es möglich zu machen wäre, die Staubentwicklung zu vermeiden. Ich meine, daß auch bei einer vierfach stärkeren Behandlung der Straßen mit Wasser es nicht möglich ist, den Staub wegzubringen. Wir werden die Staubentwicklung nur loswerden, wenn wir nach und nach unsere Straßen neu pflastern. Daß wir das nicht mit einem Male tun können, und deshalb jedenfalls erst im Laufe der Jahre Besserung eintreten wird, ist selbstverständlich. Auch unser ehemaliger Kollege, Herr Bues, hat sich in energischer Weise gegen die Äußerung des Herrn Schulinspektors Sattler ausgesprochen. Ich will mit meinen Aus-

führungen aber nicht den Verkehrsverein selbst angreifen, denn dieser Verein steht bei der Sache doch im Hintertreffen.

Stadtv. **Lauer:** Ich habe mir gestattet, Herrn Schulinspektor Sattler nach dieser Richtung hin zu interpellieren. Er hat mir darauf erklärt, daß fragliche Bemerkung als von ihm gemacht allerdings in einer hiesigen Tageszeitung erschienen sei, sie sei aber nicht richtig wiedergegeben, was wahrscheinlich auf einen Hörfehler des Berichterstatters zurückzuführen sei. Er hat weiter hinzugefügt, er würde auch wahrscheinlich dieser Zeitung eine Berichtigung zuschicken; ob das geschehen ist, weiß ich nicht. Im übrigen möchte ich bitten, die Bemerkung oder Entgleisung eines einzusehen, wenn solche vorliegt, nicht dem ganzen Verein zur Last zu bringen.

Stadtv. **Stegmann:** Es mag richtig sein, daß die Ausführungen des Herrn Inspektors Sattler etwas kraß sind, richtig ist aber, daß bis vor wenigen Jahren die Verhältnisse der Straßenreinigung bei uns recht ungünstig waren; ich gebe aber zu, daß Besserung eingetreten ist. Vor zwei Jahren noch war unsere Straßenreinigung nicht so, wie sie sein sollte.

Was von Herrn Weichsel vorgebracht wurde, möchte ich unterstützen und daran erinnern, daß wir eine Staubplage nicht nur im Sommer, sondern auch im Winter bei trockenem Frost haben. Es soll Mittel geben, das zu verhindern, und es wäre wünschenswert, wenn von seiten des Magistrats diese Sache ins Auge gefaßt würde, so daß die Staubplage zu Zeiten, wo kein Schnee liegt, beseitigt wird.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch auf etwas anderes hinweisen, auf das die Ausführungen des Herrn Sattler mehr zutreffen würden — ich meine unsere Müllabfuhr. Es ist jetzt gerade ein Jahr, seitdem wir hier in langen Diskussionen darüber gesprochen haben. Die Anträge gingen hin und her, und unsere Befürchtung, daß die Sache begraben oder auf die lange Bank geschoben würde, scheint sich zu verwirklichen. Es wurden zuletzt, nachdem viele Anträge gestellt waren, zwei Anträge des Herrn Frühling angenommen, der eine dahin gehend, daß die Untersuchung der verschiedenen Systeme fortgesetzt werden sollte, und ein zweiter, daß die bestehende Müllabfuhr verbessert werden sollte. Wie gesagt, es ist eine lange Zeit darüber verstrichen, so daß man erwarten mußte, endlich einmal etwas darüber zu sehen oder einen Bericht zu hören, was aus der Sache geworden oder ob nichts dabei herausgekommen ist. Verbesserungen am alten System sind wohl nicht vorgenommen, abgesehen davon, daß einige kleinere Klappen an den Wagen angebracht sind. Ich bitte den Magistrat um Auskunft, wie weit die Sache gediehen ist.

Bürgermeister **Meyer:** Die Wünsche, die bezüglich einer besseren Reinigung der Fußwege laut geworden sind, sollen durch die Vorlage selbst erfüllt werden.

Wir haben beantragt, die Mittel zur Einstellung von sechskehrern zur Verfügung zu stellen; entsprechen Sie unserem Antrage, so wird auch eine bessere Reinigung der Fußwege möglich sein.

Wegen der Beseitigung des Staubes im Winter kann ich mitteilen, daß wir Versuche mit Chlorkalk gemacht haben. Das Verfahren hat sich aber als so teuer erwiesen, daß an eine allgemeine Einführung nicht gedacht werden kann. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß das Verfahren so verbilligt werden kann, daß seine Anwendung in einem größeren Umfange ermöglicht wird. Ich fürchte allerdings, daß bei unserem ausgedehnten Stadtgebiete die Durchführung zu teuer werden wird.

Was die Müllfrage angeht, die ja allerdings heute nicht zur Erörterung steht, so möchte ich darauf hinweisen, daß wir an Verbesserungen des gegenwärtigen Systems ununterbrochen gearbeitet haben und in Kürze abermals einen Müllwagen erwarten, der gegenüber den bisher gebräuchlichen Verbesserungen enthalten soll. Sobald dieser Wagen eingetroffen ist, wird die Straßenreinigungsdeputation dem Magistrat davon Mitteilung machen, und letzterer wird nicht verfehlen, die Herren zu einer Vorführung des Wagens einzuladen. (Zuruf: Das wurde schon am 5. März gesagt.) Der Wagen ist heute noch nicht angekommen. Wir stehen auch nicht in den Handwerkern, und Sie werden selbst wissen, daß die Aufträge häufig nicht so schnell erledigt werden, wie man es wünscht. Neue Systeme, das kann ich gleich erklären, sind von der Straßenreinigungsdeputation nicht mehr zur Anwendung gebracht. Nach allem, was uns bisher bekannt geworden ist, gibt es nichts Besseres als das, was Ihnen bereits früher zur Annahme empfohlen ist. Wir können doch jetzt nicht mit Systemen ankommen, die auf Grund unserer früheren Ermittlungen weit zurückstehen hinter dem, was schon früher von uns als das bessere befunden ist.

**Stadtv. Niese:** Straßenpflaster, Straßenreinigung und Müllabfuhr sind ständige Themata in unserer Verhandlung. Im vergangenen Winter sind nach gemachten Aufzeichnungen täglich 7 bis 15 Personen von der Straßenreinigung allein nach Mascherode hingeschickt, um dort zu arbeiten. Wenn so etwas geschieht, dann muß es natürlich in der Stadt an Straßenreinigungspersonal fehlen. Ich kann deshalb die Vorlage nur empfehlen. Ich begrüße es, daß man endlich einmal mit der Sparjamkeit, was die Straßenreinigung betrifft, aufhören will. Es ist ein komisches Ding, wenn man zum Reinigen der Unterkunftsräume in der kleinen Burg die Arbeit durch Frauen für zu teuer hält und jetzt die Straßenkehrer die Reinigung dort selbst besorgen müssen. Wenn sie von 1—4 Uhr tätig sind und dafür 50 Pfg. erhalten, so ist das ein System, das keiner gutheißen kann.



Über die Erklärung des Herrn Schulinspektors Sattler kann ich mich nicht aufregen. Wer abends öfter spät nach Hause kommt wie ich — allerdings nicht aus Lieberlichkeit, sondern aus anderen Gründen —, der wird sehr oft in Staubwolken gehen. Es fällt einem dann unwillkürlich das Rätsel ein, das Oskar Fischler von der Bühne des Hoftheaters her aufgegeben hat: „Glockengeläute verkündet sein Nahen, Jungfrauen bringen ihm ihre Gabe dar, und in Wolken gehüllt zieht es von dannen.“ Meine Herren, das ist der Braunschweiger Müllwagen! (Heiterkeit.)

Stadtvr. **Loeschigt:** Da ich auch zehn Jahre lang als Mitglied der Straßenreinigungsdeputation mitgewirkt habe, so möchte ich hier feststellen, daß in der ganzen Zeit, solange ich der Deputation angehört habe, immer an der Verbesserung der Straßenreinigung gearbeitet ist, wie das heute auch noch geschieht. Ich bleibe dabei, was ich schon vor 15 Jahren gesagt habe: Ehe wir nicht geschlossene Müllkästen bekommen, wird der Staub auf der Straße nicht weniger werden, denn wenn die offenen Kasten auf die Straße gestellt werden und der Wind kommt, so muß der Staub und Müll ja auf die Straße geweht werden.

Was von Herrn Schulinspektor Sattler gesagt ist, bedaure ich auch. Aber Unzuträglichkeiten kommen überall vor, doch haben wir immer an der Stelle, die für deren Abstellung zu sorgen hat, Verständnis für unsere Wünsche gefunden. Wenn ich gesehen habe, daß die Straßen nicht ordnungsmäßig gereinigt sind, daß nicht gesprengt wurde, dann ist auf eine entsprechende Mitteilung auch Abhilfe geschaffen. Die Stadt ist größer geworden und der Betrieb schwerer zu übersehen. Auf der einen Straße wird besser gesprengt, einige Straßen, die breiter sind, sind vielleicht schlechter daran. Wenn dann die Arbeiter und Aufseher selbst nicht aufpassen und die Straße schlecht gereinigt wird, dann wird es nötig, daß man Mitteilung darüber an die richtige Stelle bringt, damit Remedur geschaffen werden kann, und das ist mir bisher immer gelungen.

Stadtvr. **Mohr:** Ich möchte im Namen des Magnitorbezirksvereins die Bitte aussprechen, ob es nicht möglich ist, die Straßensprengung auf der Wolfenbüttelerstraße bis nach Richmond hin auszudehnen. Ich glaube, die Sache ist hier früher schon einmal zur Sprache gebracht und damals der Wunsch nach einer besseren Instandsetzung und Sprengung dieses Teiles der Wolfenbüttelerstraße geäußert. Auch die Elmstraße bis zum Friedrichsplatz hat unter Staub stark zu leiden, denn auch dort verkehren keine Sprengwagen. Ich habe mich selbst davon überzeugt, was für ein Staub auf diesen Strecken der Wolfenbüttelerstraße entsteht; wenn vier oder fünf Autos durchgefahren sind, ist es dort nicht auszuhalten. Die Bürger dort bezahlen doch auch ihre Steuern und können verlangen, daß der Ver-

juch gemacht wird, die Sprengung, soweit es möglich ist, auch vor ihren Häusern auszuführen.

Bürgermeister **Meyer**: Es ist gar nicht zu leugnen, daß beim Kehren der Straßen mehr Staub entwickelt wird, als im Interesse der Allgemeinheit wünschenswert ist. Ich glaube aber doch, daß man das nicht allzu tragisch zu nehmen braucht, denn es wird auch von anderen Stellen starker Staub erzeugt und geduldig ertragen. Denken Sie doch an die Stauberzeugung durch die Automobilfahrzeuge. Was die Innenstadt anlangt, so besteht die Vorschrift, daß vor dem Fegen gesprengt werden soll. Ich stimme den Ausführungen des Herrn Loeßhigt in dieser Beziehung zu und bitte um Mitteilung, wenn Übertretungen dieser Anordnung wahrgenommen werden. Wenn wir die Ordnungswidrigkeiten nicht zu hören bekommen, sind wir schwer in der Lage, auf Besserung hinzuwirken, denn wir sind auch nicht jede Nacht draußen und können nicht alles selbst kontrollieren.

Dann möchte ich noch auf die Frage des Herrn Mohr antworten. Es sind bezüglich des Sprenggebiets Grundsätze aufgestellt, durch welche unter anderem festgesetzt ist, daß nicht gesprengt werden soll außerhalb der in Reihenfolge bebauten Stadtteile und Straßen. Diesen Grundsatz müssen wir selbstverständlich für alle Tore festhalten, denn was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Wenn wir jetzt dem geäußerten Wunsche nachgeben wollten und auf der Wolfenbüttelerstraße bis zur äußersten Peripherie der Stadt sprengen lassen, dann müßten wir selbstverständlich vor den anderen Toren gleichermäßen verfahren. Da wir das aber bei dem Umfange des gegenwärtigen Fuhrparks nicht können, so werden sich auch die Anlieger der Wolfenbüttelerstraße bescheiden müssen.

Stadtv. **Loeßhigt**: Da auf der Wolfenbütteler-, Celler-, Hamburgerstraße die Straßenbahn den meisten Staub aufwirbelt, so möchte ich daran erinnern, daß Großstädte wie Hamburg, Magdeburg, Hannover, die Straßenbahn selbst veranlaßt haben, die Straße neben ihren Gleisen zu sprengen. Wir haben ja auch Chaussees, auf denen neben den Eisenbahngleisen gesprengt wird. Sollte es nicht möglich sein, wenn wir an die Straßenbahn herangehen, zu erreichen, daß sie auf diesen langen Wegen die Straße an ihren Gleisen entlang sprengt?

Die Neueinstellung von 6 Straßengekehrern wird beschlossen.

## 12. Verwilligung von Mitteln für den Prinz-Heinrich-Flug 1914.

Stadtv. **Munte**: Der Braunschweigische Verein für Luftschiffahrt hat an den Stadtmagistrat ein längeres Anschreiben gerichtet, in welchem er mitteilt, daß die Nordwestgruppe des Deutschen Luftfahrverbandes, zu der unser Braun-

ischweigiſcher Verein gehört, in der Zeit vom 17. bis 25. Mai gemeinſam mit der Südweſtgruppe und dem Kölner Klub für Luftſchiffahrt einen Wettflug veranſtaltet, dem der Name Prinz-Heinrich-Flug beigelegt iſt. Der Wettflug berührt die Stadt Braunschweig inſofern, als unſere Stadt als Kontrollſtation in Anſicht genommen iſt in der Geſtalt, daß ſämtliche Flieger über Braunschweig hinwegzufliegen haben, und zwar derart niedrig, daß ſie Kontrollmarken herunterwerfen können und die unten ſtehenden Leute die Nummern der Fahrzeuge erkennen können. Für den Fall, daß die Luftſchiffer Havarie erleiden oder ihre Vorräte an Benzin oder Öl erſetzen müſſen, iſt Braunschweig als Anlegeſtelle vorgeſehen. Hieraus würde ſich ergeben, was Braunschweig von der Veranſtaltung hat, namentlich das Schauſpiel, ſämtliche Flugzeuge über der Stadt wegfliegen zu ſehen.

Der Verein hat nun für den Wettflug größere Koſten aufzuwenden, die ſchätzungsweiſe näher bezeichnet ſind. Größere Koſten ſind unter anderem: Der anteilige Beitrag des Braunschweiger Vereins zu den Geſamtunkoſten der Veranſtaltung, einschließlich der auf 71 000 *M* feſtgeſetzten Preiſe, beträgt 1600 *M*. Die Koſten für Abſperrung des Landungsplatzes, Einrichtung von Unterkunſtsräumen, Lagerräumen für Benzin und Öl uſw. ſind auf 1500 *M* geſchätzt. Die Stellung von Abſperrungsmannſchaften, Aufſichtſperſonal uſw. wird 1200 *M* erfordern. Im ganzen ſind die Ausgaben auf ca. 4500 *M* feſtgeſtellt. Der Verein bemerkt dazu, daß er nur über beſcheidene Mittel verfügt und nicht in der Lage ſei, die erwähnten Koſten zu tragen. Er wendet ſich deſhalb an den Stadtmagiſtrat und an die Landesbehörden mit der Bitte, ſie möchten ihm dieſe Summe garantieren, indem das Land ein Drittel und die Stadt zwei Drittel der entſtehenden Koſten bis zur Höhe von 4500 *M* übernehmen. Das würde für die Stadt ein Betrag von 3000 *M* ſein. Es ſind auch andere Städte angeführt, die namhafte Beiträge für den Zweck zahlen.

Nun werden immerhin viele Fremde der Veranſtaltung wegen nach Braunschweig kommen, und die Stadt wird ſich der Unterſtützung des Wettfluges nicht entziehen können. Der Stadtmagiſtrat hat an uns das Erſuchen gerichtet, nicht 3000 *M*, wie der Verein bittet, ſondern 2000 *M* zuzuſichern, und in der Finanzkommiſſion, wo die Sache zur Beratung ſtand, hat der Herr Oberbürgermeiſter gemeint, die Angaben des Vereins wären vielleicht etwas reichlich bemessen, damit er geſichert wäre, und deſhalb hätte der Magiſtrat geglaubt, uns 2000 *M* zur Bewilligung vorſchlagen zu ſollen. Es iſt in der Finanzkommiſſion des längeren über den Antrag geſprochen, und die überwiegende Mehrheit der Finanzkommiſſion empfiehlt Ihnen, dieſe 2000 *M* zur Verfügung zu ſtellen. Der Verein iſt an uns ſchon zweimal mit derartigen Anprüchen herantreten. Das erſtemal hat er die Unterſtützung in Anſpruch genommen, aber das zweitemal ſind

durch größere Einkünfte die Ausgaben gedeckt. Weil aber diesmal keine Laundung hier vorgezeichnet ist und hoffentlich der Flug so gut verläuft, daß auch keine stattzufinden braucht, so nimmt der Verein an, daß ihm keine großen Einkünfte zugänglich gemacht werden. Ich habe demnach der Versammlung zu empfehlen, den Magistratsantrag auf Bewilligung von 2000 *M* gutzuheißen.

Die Versammlung spricht ihre Zustimmung zu dem Magistratsantrage aus.

### 13. Weitere Belassung einer stadtseitig angekauften Grundfläche in Nutzung des Verkäufers.

Stadtv. **Meyerhoff**: Im Jahre 1904 hat der Schlachtermeister Reinecke eine Fläche von 20 qm seines Grundstücks an der Maschstraße zum Preise von 18 *M* pro Quadratmeter an die Stadt verkauft. Die Herren werden sich daran erinnern, daß damals die Regulierung der Maschstraße stattgefunden hat. Diese verkaufte Strecke ist heute noch nicht dem Magistrate übergeben — aufgelassen ist sie —, weil auf derselben noch ein Teil eines Gebäudes steht. Herr Reinecke schreibt nun, daß er gezwungen war, weil er mit seinem Gewerbe die Nachbarn beunruhigte, die benachbarten Grundstücke anzukaufen, und daß er dadurch finanziell stark in Anspruch genommen sei. Er ersucht deshalb, die Frist, die ihm für den Abbruch des fraglichen Gebäudes gelassen war, und die am 1. April d. Js. abgelaufen ist, noch weiter bis zum 1. April 1924 gegen Zahlung einer Anerkennungsgeld zu verlängern. Herr Reinecke hat bisher nur eine Anerkennungsgeld von jährlich 1 *M* gezahlt, und der Magistrat schlägt vor, da es ein gewisses Entgegenkommen der Stadt ist, wenn sie dem Herrn noch eine Karenzzeit von 10 Jahren gestattet, sich wohl mit der Befristung bis zum 1. April 1924 einverstanden zu erklären, aber die Anerkennungsgeld auf 16 *M* pro Jahr zu erhöhen.

In Anbetracht der Verhältnisse, die Herrn Reinecke zu seiner Bitte bewogen haben, und des Umstandes, daß es wohl bisher noch niemand aufgefallen ist, daß diese 20 qm noch nicht zur Straße einbezogen sind, empfiehlt die Baukommission, dem Magistratsantrage zuzustimmen, und ich bitte Sie, in dem Sinne zu beschließen.

Stadtv. Dr. **Boge**: Daß die Anerkennungsgeld erhöht werden soll, will mir nicht einleuchten. Wenn es sich um ein paar hundert Mark handelte, würde ich wohl dafür sein können, aber eine Erhöhung um 15 *M* hat doch wenig Zweck. Die Anerkennungsgeld von jährlich 1 *M* hat doch denselben praktischen Erfolg wie eine höhere von 16 *M*.

Bürgermeister **Meyer**: Der Magistrat beabsichtigt, mit dieser erhöhten Geld auf den Besitzer des Grundstücks einen kleinen Druck dahin auszuüben, daß

er seine kontraktliche Verpflichtung erfüllt. Die Frist, die ihm dazu bisher zur Verfügung stand, hat 10 Jahre gewährt; es scheint nach dieser langen Zeit angezeigt, etwas stärker auf die Übergabe der Fläche an die Stadt hinzuwirken. Im übrigen ist die verlangte Summe gegenüber dem diesseits gemachten Zugeständnis kein hoher Betrag.

**Stadtv. Dr. Boge:** Es sind in den zehn Jahren 150 *M*, die Herr Reinecke mehr bezahlen soll, und das macht doch bei dem großen Betriebe seines Geschäftes nichts aus, so daß wir dadurch einen Druck nicht ausüben werden. Ich glaube, wenn es darauf ankäme, zahlte er das Geld auf einem Brette.

**Vorsitzender:** Herr Dr. Boge beantragt, „es dabei zu belassen, daß die Firma Reinecke für das von ihr an die Stadt verkaufte, ihr aber zur Benutzung noch überlassene Terrain nur 1 *M* jährlich als Anerkennungsgebühr zahlt.“

Der weitergehende Antrag der Baukommission kommt zuerst zur Abstimmung und wird angenommen.

#### 14. Erhöhung der Stellenzulage für die Hilfschullehrer.

**Stadtv. Helle:** Die Lehrer der hiesigen Hilfschule sind an den Schulvorstand mit der Bitte herangetreten, die nicht pensionsfähige Zulage, die ihnen seit 20 Jahren in Höhe von 200 *M* gewährt wurde, in Rücksicht auf die allgemein teureren Lebensverhältnisse zu erhöhen. Sie haben dabei eine Übersicht über die persönlichen Zulagen an die Hilfschullehrer in verschiedenen anderen Städten überreicht, wonach in der Mehrzahl von den Städten — ungefähr zwei Dritteln derselben — mehr als 200 *M* bezahlt werden. Der Schulvorstand und der Magistrat haben sich den angeführten Gründen nicht verschlossen, und der Magistrat beantragt eine Erhöhung der nicht pensionsfähigen Zulage, mit Rückwirkung auf den 1. April d. Js., auf 300 *M*. Die Schulkommission hat dementsprechend beschlossen und gibt Ihnen Genehmigung des Magistratsantrages anheim.

Die Erhöhung der Stellenzulage auf 300 *M* wird beschlossen.

#### 15. Verwilligung von Mitteln zur Befoldung fest anzustellender Fachlehrerinnen.

**Stadtv. Helle:** Im diesjährigen Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben der städtischen Bürgerschulen erscheinen auf Seite 145 1200 *M* als Mehrkosten für die Anstellung von vier Hilfsfachlehrerinnen. Hier hat sich insofern ein Irrtum eingeschlichen, als nicht beabsichtigt war, vier, sondern sieben Hilfsfachlehrerinnen

zur festen Anstellung zu bringen. Der Magistrat beantragt deshalb, entsprechend dem Wunsche des Schulvorstandes, die nachträgliche Erhöhung der fraglichen Summe um 900 *M*, und die Schulkommission gibt Genehmigung anheim.

Die 900 *M* werden bewilligt.

## 16. Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Magnitor (Antrag Sander).

Stadt v. **Frühling:** In dieser Sache liegt zunächst der Antrag Sander vor. Nachdem der Antrag des Magistrats, ein Pissoir an das Museum zu bauen, abgelehnt war, und nachdem keine Einigung darüber erzielt werden konnte, an welche Stelle in dieser Gegend denn nun ein anderes Pissoir gebaut werden sollte, so daß die ganze Beratung resultatlos verlief, hatte Herr Sander beantragt,

„den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung ein neues Projekt für die Errichtung einer Bedürfnisanstalt (Pissoir) in der Nähe des Magnitors vorlegen zu wollen.“

Der Antrag ist seinerzeit von Herrn Sander begründet und der Baukommission überwießen worden, die die Sache mehrfach beraten hat. Wir sind in der Baukommission der Meinung gewesen, daß es keinen Zweck hätte oder wenigstens nicht erwünscht wäre, die Sache hier wieder zu beraten, ohne daß ein bestimmtes Projekt vorliegt, das als Grundlage der Verhandlung dienen könnte. Zweckmäßig wäre es, wenn bei der großen Verschiedenartigkeit der Meinungen wenigstens die Baukommission und der Magistrat über das aufzustellende Projekt sich einigten, so daß sie der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag vorlegen könnten, welcher von diesen beiden Seiten Zustimmung gefunden hätte, denn es fällt wirklich schwer, über diesen Punkt, bei dem jeder seine eigene Meinung festhält, eine Einigung zu erzielen.

Nun ist dieses Auseinandergehen der Meinungen auch bei der Beratung in der Baukommission wieder hervorgetreten. Auch da hat zunächst eine Einigung nicht erreicht werden können, und es ist schließlich eine Vereinbarung getroffen, indem wir dem Magistrat verschiedene Plätze vorgeschlagen haben, und der Magistrat sich hat bereit finden lassen, ein Projekt vorzulegen, das dann in der Baukommission besprochen ist, und das gleichzeitig mit dem Antrage Sander heute zur Beratung steht und eine endgültige Lösung dieser Frage vorschlägt. Der Magistrat schreibt dazu:

„In den Verhandlungen wegen Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Magnitor war unter dem 28. Dezember vor. Jahres von uns in Vorschlag gebracht, als Ersatz für den eventl. fallen zu lassenden, früher beschlossenen Bau 1. eine Bedürfnisanstalt für Männer und Frauen an der Steintorbrücke und

2. ein Pissoir an der Nordwestecke des städtischen Museums in Aussicht zu nehmen. Von diesen den geehrten Herren unterbreiteten Anträgen ist in der Sitzung der Stadtverordneten vom 15. Januar der unter 1 bezeichnete angenommen, der unter 2 aufgeführte dagegen verworfen. Eine Einigung über das, was bei Aufgäbe des projektierten Baus geschehen solle, ist also bislang nicht erzielt. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß ein Verzicht auf die Durchführung des älteren Beschlusses nur zulässig erscheint, wenn am Magnitor wenigstens ein Pissoir errichtet wird. Nach dem Gange der Verhandlungen müssen wir annehmen, daß auch die geehrten Herren der gleichen Ansicht sind, da es unseres Erachtens eine geeignetere Stelle für ein Pissoir am Magnitore nicht gibt.“ — Der Magistrat ist also auch bei seiner Ansicht geblieben, ebenso wie die anderen Herren. — „Um indessen die Sache an dieser Ablehnung nicht zum Scheitern zu bringen, sind wir erneut in eine Prüfung der Platzfrage eingetreten und dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß der zwischen dem Archivgebäude und der Gewerbeschule gelegene Platz, wenn auch im geringeren Maße als der früher von uns bezeichnete, zur Aufstellung des Pissoirs geeignet sei.“ — Es ist dies der Platz, den die Herren auf dem Plane sich angesehen haben werden, und für den bei der Beratung in der Baukommission die meisten Herren gestimmt hatten.

„Wir richten daher an die geehrten Herren das Ersuchen, sich gefälligst damit einverstanden zu erklären, daß im Falle der Nichtausführung der früher projektierten großen Bedürfnisanstalt ein Pissoir etwa an der auf dem anliegenden Plane mit einem blauen Kreuz bezeichneten Stelle eingerichtet wird.“

Ich wiederhole, die Wahl dieses Platzes beruht auf langen Verhandlungen mit dem Magistrat, durch die dieser Platz als derjenige bezeichnet ist, auf den man sich wohl einigen könnte. Die Baukommission empfiehlt Ihnen, dem Antrage des Magistrats zuzustimmen.

Zu dem Schreiben des Magistrats steht dann noch ein Nachsatz, in dem es heißt: „Zu der Annahme, daß dieser Antrag angenommen wird, gestatten wir uns, gleichzeitig mitzuteilen, daß wir uns vorbehalten, den geehrten Herren demnächst eine Vorlage über anderweitige Benutzung des vordem für eine Bedürfnisanstalt in Aussicht genommenen Platzes durch Errichtung einer Warthalle, eines Verkaufstandes oder ähnlichem zugehen zu lassen.“

Dies ist nur eine Ankündigung, die zunächst nicht weiter zur Beratung geeignet ist. Die Beratung darüber wird vielmehr so lange aussetzen sein, bis uns vom Magistrat eine entsprechende Vorlage gemacht ist. Ich gehe auf diese Sache deshalb nicht ein.

**Stadtv. Meyerhoff:** Ich gehöre zu der Minorität der Baukommission, die sich nicht dazu bequemen konnte, diesen Vorschlag willkommen zu heißen. Soweit

mir bekannt, habe ich mit meiner Ansicht nicht allein gestanden, und auch heute möchte ich mich gegen Anlage eines Pissoirs an dieser unglücklichen Stelle aussprechen. Wie wollen Sie denn das Publikum darauf aufmerksam machen, wo die Anstalt sich befindet? Sie müßten schon eine Tafel mit einer Hand und der Aufschrift „Pissoir“ anbringen, sonst findet keiner die Stelle (Heiterkeit.) Von den Passanten, die das Magnitor von der Leonhardbrücke her passieren, findet niemand hin, wenn es ihnen nicht vorher gesagt wird. Die Minorität der Baukommission war der Ansicht, daß es wohl möglich sei, auf dem Rasen vor dem Museum —, wenn nicht unmittelbar am Fußwege, und durch Bepflanzung auf dem Rasenplatze verdeckt —, eine Bedürfnisanstalt herrichten zu lassen. Wenn man bedenkt, daß in anderen Städten die Bedürfnisanstalten direkt in die Promenaden hineingebaut sind, direkt an die Straße, an bevorzugte Stellen, so kann man die Delikatesse hier in Braunschweig nicht begreifen, wonach man das Pissoir an einem Platze aufführen will, an dem es nicht aufzufinden ist.

**Stadtv. Voetschigt:** Ich kann auch nicht verstehen, wie man diesem Antrage zustimmen kann; es soll doch nur ein kleines Pissoir werden, keine große Bedürfnisanstalt. In Hannover sehen Sie in der Nähe des Hoftheaters auf der Georgstraße in kurzer Entfernung zwei solcher Institute für Männer und Frauen stehen. Das ist an belebter Straße und ohne Buschwerk. Da verstehe ich nicht, wie man hier ein so kleines Bauwerk nicht ebenjogut auf den Rasenplatz stellen will. Wenn man sich geniert, kann man es ja machen, wie es in Hannover kürzlich geschehen ist. Man hat für einen Blumen- und Zigarrenladen ein kleines Häuschen gebaut und ein Pissoir dort mit hineingelegt. Die Hauptsache aber ist: Wer eine solche Anstalt aufsucht, der hat es nötig (Heiterkeit), und wenn die Arbeiter oder sonst die Leute auf ihrem Berufswege erst umherlaufen und solche Anstalten suchen müssen, dann hat das Ding seinen Zweck verfehlt. Ich bin entschieden gegen die Aufstellung an dem vorgeschlagenen Platze.

**Stadtv. Sander:** In erster Linie muß ich meinem Befremden darüber Ausdruck geben, daß mein Antrag einfach von der Tagesordnung verschoben ist. Es ist ja aber schon von dem Herrn Referenten gesagt, daß die Vorlage aus meinem Antrage hervorgegangen ist, und damit gebe ich mich zufrieden.

Sodann muß ich bestreiten, daß dieser Platz so sehr ungeeignet wäre. Ich habe ihn mir angesehen. Wer von dem Magnitor oder von der Leonhardstraße herkommt, kann unter dem Bogen auf einer langen Strecke dieses kleine Häuschen sehen, und ich bin nicht der Meinung, daß der Zweck des Häuschens verfehlt ist, wenn man es erst suchen muß. Ich glaube, es ist umgekehrt: Wer es nötig hat, wird es schon finden.



Nun wird wieder vorgeschlagen, den Rasenplatz am Museum zu wählen. Wenn wir dem folgen, dann kommen wir mit dem Bau nie zu Gange, denn der Magistrat hat erklärt, daß er für diesen Platz nicht zu haben ist. Wir alle stehen auf dem Standpunkte, daß eine Bedürfnisanstalt in dortiger Gegend unbedingt notwendig ist, und deshalb bitte ich: Lassen Sie uns doch nun endlich, wenn es auch kein idealer Platz ist, dieses Kompromiß annehmen, damit uns die Sache nicht noch weiter zu beschäftigen braucht.

**Vorsitzender:** Man hätte in der Tagesordnung vielleicht sagen können: Antrag Sander und Antrag des Magistrats, so daß beide Anträge auf der Tagesordnung erschienen. Das hat der Protokollführer in die gemeinschaftliche Fassung gebracht: Errichtung einer Bedürfnisanstalt am Magnitore.

Stadtv. Dr. **Henking:** Auch mir erscheint der Platz, wie er heute von der Baukommission vorgeschlagen wird, als der geeignetste. Es ist doch nicht nur Rücksicht zu nehmen auf diejenigen Passanten, die die Stadt verlassen und nach der Leonhardstraße gehen oder umgekehrt, sondern auch auf die vielen Menschen, die vom Monumentalplatz kommen und durch den Verbindungsgang nach dem Sandwege weitergehen. Für diese letzteren liegt die vorgeschlagene Stelle viel günstiger als jene ursprünglich vorgeschlagene am Museum. Eine solche Anstalt unmittelbar an ein Haus zu bringen, hat doch viel gegen sich, und ich würde mich aus ästhetischen Gründen dagegen aussprechen müssen. Ich bitte die Herren, sich so zu entscheiden, daß die Stelle zwischen Archiv und Gewerbeschule genommen wird.

Stadtv. **Stegmann:** Ich stehe auf einem anderen Standpunkte. Der idealste Platz war der auf dem Dreieck, und ich kann es nicht begreifen, daß der Magistrat, nachdem er sich dafür entschlossen hatte, wieder davon zurückgegangen ist und sich nicht bewegen lassen will, den angefangenen Bau fortzusetzen. Wenn ihm das nun absolut nicht möglich ist, und wenn am Steintore eine Anstalt für Männer und Frauen errichtet wird, dann müßte ein sichtbarer Ersatz hier am Magnitore geschaffen werden. Auf dem Bilde sieht das Häuschen ganz schön aus und würde den Rasenplatz am Museum auch nicht verunzieren. Ein Vorredner sagte ganz richtig: Wenn man vom Monumentalplatz herkomme, sähe man das Häuschen. Die Hauptsache aber ist, daß dort, wo der Hauptverkehr ist, am Magnitor, und an der Stelle, wo sich die Wege kreuzen, die Anstalt sichtbar ist. Deswegen bin ich der Meinung, daß man sich für den vorgeschlagenen Platz nicht entscheiden kann; meine Freunde und ich werden nicht dafür stimmen.

Stadtv. **Niese:** Einen häßlichen Eindruck machen diese Anstalten nur in Braunschweig, in anderen Städten nicht. Dort sind sie auf großen Plätzen ge-

baut, und wer in der Gartenstadtausstellung gewesen ist, hat sehen können, wie schön diese Bedürfnisanstalten in München und Cassel projektiert sind. Würde man das hier machen, so würden sie nicht zur Unannehmlichkeit, sondern zur Zierde der Stadt gereichen. Wenn in der Vorlage angedeutet ist, daß eine Wartehalle oder ein Zeitungshäuschen auf dem früher in Aussicht genommenen Platz trotz alledem aufgestellt werden soll, und dafür als Grund angeführt wird, daß 1000 *M* schon in die Vorbereitungen für den Bau hineingesteckt sind, dann, meine ich, würde es ebenso schön aussehen, wenn auch ein Pissoir dort mit hineinverlegt wird. Ich kann mich für die Stelle zwischen Archiv und Gewerbeschule nicht entscheiden und habe auch in der Baukommission nicht dafür gestimmt, weil sie mir zu versteckt liegt.

Bürgermeister **Meyer**: Ich kann mir nicht denken, daß die Majorität von Ihnen der Anregung des Herrn Rieke, event. das Projekt, das zuerst in Aussicht genommen war, wieder einzubringen, zustimmen wird. Nachdem vom Herzoglichen Staatsministerium der Wunsch zum Ausdruck gebracht ist, man möchte jenes Projekt fallen lassen, und nachdem auch Sie in Ihrer Majorität sich damit einverstanden erklärt haben, halte ich es nicht für angängig, an dieser Stelle auch nur ein Pissoir aufzustellen. Es ist über die Ersatzstelle schon so viel gesprochen, daß kaum noch ein Platz vorhanden ist, der noch nicht besprochen wäre. Jetzt hat der Magistrat einer Anregung Folge gegeben, das erforderliche Pissoir auf den zwischen dem Archivgebäude und der Gewerbeschule gelegenen Platz zu setzen. Die Behauptung, daß bei dieser Stelle nicht ausreichend für das Publikum gesorgt würde, kann ich nicht für stichhaltig ansehen. In erster Linie werden die Bedürfnisanstalten nicht von Fremden besucht, sondern zu 99 Prozent und mehr von den Einheimischen, und die werden nach wenigen Wochen wissen, wo die Anstalt liegt. Ich glaube, Sie werden, wenn Sie von den Rasenplätzen am Magnitore absehen, keinen geeigneteren Platz für die Aufstellung der Bedürfnisanstalt finden, und ich möchte dringend bitten, damit die Sache zu Ende kommt, in Ihrer Majorität für diese Vorlage sich zu entscheiden.

Stadtv. Dr. **Boge**: Als man sich grundsätzlich dahin einigte, das alte Projekt auf dem Mittelplatz fallen zu lassen, da ging man von der Voraussetzung aus, den Platz freizulassen von jeglicher Gebäudeart, vielleicht für ein Denkmal. Wenn man mit der Möglichkeit rechnen muß, daß dort eine Wartehalle errichtet wird, gleichzeitig mit Telephonzelle, Blumenladen oder Zeitungsverkauf, dann muß man doch auch sagen, daß in ein solches Gebäude eine Bedürfnisanstalt am leichtesten hineinpfaßt. Ich glaube auch, wenn das der Fall wäre, dann würden die grundsätzlichen Bedenken, die geäußert sind, da man von anderen Vorauss-

setzungen ausging, wieder fallen gelassen werden. Wenn der Plan auftaucht, trotzdem auf dem Platze etwas zu bauen, dann sollte man lieber ein einheitliches Gebäude, auch mit Bedürfnisanstalt, an der Straßenkreuzung anbringen.

**Bürgermeister Meyer:** Ich halte es für ausgeschlossen, daß für eine derartige Einrichtung die Zustimmung des Ministeriums zu erwarten wäre. Ich weise darauf hin, daß der zuerst projektierte Bau nicht nur eine Bedürfnisanstalt war — das scheint einigen der geehrten Herren entfallen zu sein —, sondern er war gleichzeitig Wartehalle und Verkaufsraum, er war das, was man gegenwärtig allgemein als das Ideal hinstellt, und wir waren im großen und ganzen erfreut über die Lösung, die gefunden war. An dem eben gemachten Vorschlage kann ich eine große Änderung gegenüber dem alten Projekt nicht erkennen; die Abweichung ist lediglich die, daß an Stelle der großen Bedürfnisanstalt eine kleine eingebaut werden soll.

Wenn ich noch auf das eingehe, was weiter erwähnt wurde, so muß ich erklären, daß der Magistrat sich noch nicht darüber schlüssig gemacht hat, was mit dem Platze werden soll, wenn die Herren unsere heutige Vorlage annehmen. Wir haben allerdings erwogen, ob es nicht mit Rücksicht darauf, daß durch die Aufführung der Grundmauern bereits Werte in den Platz hineingesteckt sind, zweckmäßig sei, unter Verwendung der Grundmauern einen anderen Bau auf dem Platze zu errichten. Sollte einer von den Herren, die meinen, daß der Platz zur Aufstellung eines Denkmals sich eigne, etwas Greifbares vorschlagen können, mag der Platz auch hierzu verwendet werden. Der Magistrat hat in der Vorlage gesagt, er behielt sich vor, Ihnen event. Vorschläge zu unterbreiten. Ich möchte deshalb heute davon absehen, mich noch weiter über die Frage der Platzverwertung zu verbreiten, und bitte Sie nochmals, mit dem praktischen Vorschlage des Magistrats sich einverstanden zu erklären.

**Stadtv. Frühling:** Ich möchte als Referent zum Schluß den Antrag noch einmal mit ein paar Worten empfehlen. Es ist nun so lange schon über diese Bedürfnisanstalt gesprochen, daß wir alle wohl die Frage nun endlich erledigen möchten. Auch Herr Meyerhoff wird das Bedürfnis haben, die Sache zu Ende zu bringen. Wenn jeder auf seinem Standpunkte stehen bleiben wollte, so würde eine Erledigung schließlich unmöglich sein. Der Vorschlag des Herrn Meyerhoff ist mehrfach erörtert, aber es hat sich keine Möglichkeit gegeben, ihn zu verwirklichen. Ideal ist jenseits keiner von all den Vorschlägen. Der Magistrat hat schließlich auch nachgegeben, und es ist nötig, daß jeder von uns etwas nachgibt. Deshalb bitte ich Sie: Stimmen Sie dem Magistratsvorschlage zu, um damit die Sache zu Ende zu bringen.

Der Magistratsantrag wird, wie die Baukommission empfiehlt, angenommen.

## 17. Ausbau der verlängerten Comeniusstraße.

Stadtv. **Meyerhoff:** Die Maurermeister Gröppler und Ausmeyer haben in Gemeinschaft mit dem Bauunternehmer Uhde den Antrag gestellt, sie als Unternehmer für den Ausbau des zwischen der Voigts-Rheßstraße und der Vendômestraße liegenden Teilstückes der Comeniusstraße zuzulassen. Auf dem der Vorlage beigegebenen kleinen Plane ist die fragliche Strecke zu sehen. Da gegen Berücksichtigung des ausgesprochenen Wunsches Bedenken nicht vorliegen, so hat der Magistrat mit den Unternehmern einen notariellen Vertrag abgeschlossen, dessen Inhalt den älteren Unternehmerverträgen gleicht.

Die drei Herren werden darnach als Unternehmer für die Straße zugelassen; Sie haben — einerlei, ob der Erwerb der zu dem Straßenbau nötigen Flächen freihändig oder in anderer Weise erfolgt — die hierfür aufgewandten Kosten zu tragen, ferner die Kosten für den Abzugskanal, für die Gas- und Wasserrohre und für die erforderlichen Straßenlaternen. Zu den Kosten gehört eine Gebühr für Bauleitung in Höhe von 4 Prozent der Kosten des oberirdischen Ausbaues der Straße. Zur Sicherung des ober- und unterirdischen Straßenausbaues sind von ihnen 16 400 *M*, zur Sicherung der nach § 2 des Vertrages zu leistenden Bauleitungsgebühr und der nach § 4 zu zahlenden Abfindung für Übernahme der Reinigung, Unterhaltung und Beleuchtung der Straße, sowie für die Kosten der Abfuhr des Hauskehrichts 3850 *M*, zur Sicherung der Kosten des erforderlichen Grunderwerbs 4000 *M* zu hinterlegen. Die Kosten für den unterirdischen Ausbau sollen den Unternehmern ersetzt werden, sobald durch die Benutzung der Wasser- resp. Gasrohre, sowie durch die Kanalarabgabe eine 5prozentige Verzinsung der Anlagekosten nach dem Ermessen des Magistrats dauernd gesichert erscheint.

Der Magistrat richtet an die geehrten Herren das Ersuchen, sich mit dem Ausbau des bezeichneten Straßenzuges grundsätzlich einverstanden zu erklären und den vorgelegten Vertrag zu genehmigen; die Baukommission bittet, dem zustimmen zu wollen.

Dem Antrage der Baukommission wird zugestimmt.

## 18. Verlegung von Straßenbahngleisen und Belegung des Marstalls, der Höhe, der Bachhofstraße und des Sackes mit Asphalt.

Stadtv. **Rasche:** Es liegt das Projekt vor, verschiedene Straßen mit Doppelgleisen zu versehen, zunächst die Kaiser-Wilhelmstraße von der Osterbrücke bis zum Altwiekering, dann den Sack, Bachhofstraße und Marstall. Zugleich ist auch die Verlegung der Gleiswechsel auf der Cellerstraße vorgesehen. Die dafür angefertigten Pläne sind hier ausgestellt. Der Magistrat ersucht, die Anlage der

Doppelgleise sowie die Verlegung der Gleiswechsel zu genehmigen, und die Baukommission schließt sich dem an.

Die Gleisverlegung in den Straßen Marstall, Höhe, Packhoffstraße und Sack gibt dem Magistrat Anlaß, gleichzeitig zu ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Fahrbahn der genannten Straßen mit Stampfasphalt befestigt wird. Die Kosten dafür sind zu 45 000 *M* veranschlagt, wovon die Straßeneisenbahn als Zuschuß rund 4000 *M* zahlen würde. Der Magistrat bittet, den erforderlichen Betrag zu Lasten des Kap. X, 1 b des ordentlichen Stats zu verwilligen. Die Baukommission gibt Genehmigung auch dieses Antrages anheim.

Die Versammlung stimmt den beiden Anträgen zu.

---

**Vorsitzender:** Im Anschluß hieran habe ich noch folgendes mitzuteilen. Die geehrten Herren haben in einer früheren Sitzung zwei Herren für eine Kommission bestimmt, welche die Einrichtungen der Straßenbahn in anderen Städten besichtigen sollte. In diese Kommission sind von den geehrten Herren die Stadtverordneten Loeschigt und Almann gewählt. Nun ist aber Herr Loeschigt, wie er mitteilt, verhindert, an der Kommissionsreise teilzunehmen, da er anderweitig verreisen muß. Herr Loeschigt bittet deshalb, an seine Stelle einen anderen Herren zu wählen.

(Aus der Versammlung wird Herr Sander vorgeschlagen.)

Sind andere Vorschläge zu machen? — Das ist nicht der Fall. Ich stelle fest, daß Herr Sander durch Zuvuf gewählt ist, und nehme an, daß Herr Sander die Wahl annimmt. Liegt sonst noch etwas vor? — Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis gegen 7 Uhr.

---

1914/1915.

Nr. 3.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 28. Mai 1914.

### Tagesordnung:

- |  |          |
|--|----------|
| 1. Antrag Daur auf Erhöhung des Zuschusses für den Verkehrsverein . . . .  | Seite 74 |
| 2. Änderung der Straßenpolizeiordnung . . . . .  | " 82     |
| 3. Wahl zweier Vertreter für den 31. Braunschweigischen Städtetag in Holzminden . . . . .                                | " 125    |
| 4. Ausbau der Straßen 631 und 632 . . . . .  | " 126    |
| 5. Instandsetzung innenstädtischer Straßen (Casparistraße, Friedrich-Wilhelmstraße, Münzstraße, Steinweg) . . . . .      | " 128    |
| 6. Änderung des Teilortsbauplans bezüglich der Straße 222 a und des Baublocks zwischen Straße 222 a und 229 . . . . .    | " 129    |
| 7. Anfrage Döge über das Vorhandensein der Absicht, hiesige große Betriebe zu einer Sondersteuer heranzuziehen . . . . . | " 130    |
| 8. Antrag Sander auf Ausdehnung der Fahrzeit der elektrischen Straßenbahn bis 12 1/2 Uhr nacht . . . . .                 | " 131    |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Metemeyer**, Bürgermeister **Meyer** und Stadtrat **von Frankenberg**.

Entschuldigt die Herren Stadtverordneten **Fride, Frühling, Göde, Gundermann, Lange, Loeschigt, Mohr, Schön, Schmidt, Schulze**.

Vorsitzender **Dr. Wolters**: Ich eröffne die öffentliche Sitzung.

An die Versammlung ist eingegangen eine Eingabe des Kaninchenzüchtervereins, in welcher sich der Verein für die Unterstützung bedankt, die ihm die städtischen Behörden haben zukommen lassen.

Ferner ist eingegangen eine Eingabe an die Versammlung von dem Zentralverbande der Handlungsgehilfen, Ortsgruppe Braunschweig, betreffend die Sonntagsruhe. Die geehrten Herren haben ja das Resultat der Erhebungen, welche die für diese Sache eingesetzte Kommission über die Sonntagsruhefrage veranstaltet hat, in Händen. Die Statutenkommission hat in ihrer letzten Sitzung die Angelegenheit bereits behandelt. Die Meinung der Eingabe, daß vielleicht von seiten des Magistrats eine Vorlage über Abänderung des Statuts, die Sonntagsruhe betreffend, der Versammlung zugehen würde, trifft nicht zu. Es wird daher die Statutenkommission sich mit den Anträgen Kleinknecht und Ohlen-dorf beschäftigen, und wir werden mutmaßlich in nächster Woche — es soll dann wiederum eine Stadtverordnetenversammlung stattfinden — darüber beraten können.

Ebenfalls noch nicht auf der heutigen Tagesordnung steht der Antrag Steinbrecher wegen der Fortbildungsschule; sämtliche drei Herren Referenten über diesen Punkt sind verreist.

Sodann ist eingegangen an die Stadtverordnetenversammlung ein Gedicht. Da wir aber unsere Verhandlungen leider nicht in Versen stattfinden lassen können, sondern uns in nüchterner Prosa ausdrücken, kann ich diesem Gedicht eine Beachtung nicht schenken.

Eine Anfrage ist eingereicht von Herrn Dr. Vo g e:

„Ist es richtig, daß der Magistrat die Absicht hat, hiesige Großbetriebe zu einer Sondersteuer wegen der von ihnen in größerer Zahl beschäftigten katholischen Arbeitskräfte heranzuziehen?“

Der Herr Antragsteller bittet, da die Sache eilt, ihm die Gelegenheit zu geben, die Anfrage noch in dieser Sitzung begründen zu können.

Ferner ist eingegangen ein Antrag des Herrn S a n d e r mit folgendem Wortlaut:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu er-juchen, das Abkommen mit der Straßenbahngesellschaft dahin abzuändern, daß die Fahrzeit abends bis 12½ Uhr ausgedehnt wird, und zwar dergestalt, daß von 9½ Uhr Zwölfminutenbetrieb und von 11½ Uhr Vierundzwanzigminutenbetrieb eingeführt wird.“

## 1. Antrag Lauer auf Erhöhung des Zuschusses für den Verkehrsverein.

Stadt v. Dr. **Jasper:** Herr Kollege Lauer hat in der Sitzung vom 7. Mai den Antrag gestellt, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den jährlichen Barzuschuß an den Verkehrsverein von 3000 M auf 4000 M zu erhöhen, und hat diesen Antrag im wesentlichen damit begründet, daß der Verkehrsverein, der für

die allgemeinen Interessen der Stadt und der Bürgerchaft Ersprießliches leiste, trotz des Zuschusses der Stadt mit den Mitteln, die ihm zur Verfügung ständen, nicht auskommen könnte. In anderen Städten würden derartigen Einrichtungen, wie dem Verkehrsverein, mehr Mittel zur Verfügung gestellt, so daß es nach Meinung des Antragstellers auch in Braunschweig an der Zeit sei, eine Erhöhung der Unterstützung für den Verkehrsverein eintreten zu lassen.

Die Finanzkommission hat den Antrag vorberaten und ist einstimmig zu der Entschließung gekommen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen. Sie erkennt zwar an, daß der Verkehrsverein auf manchen Gebieten durchaus erfolgreich arbeitet, daß aber auf der anderen Seite in der Art und Weise seines Vorgehens nicht gerade ein besonderes Geschick vorhanden ist, die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten. Die Finanzkommission ist besonders auch der Meinung, daß seit dem Zeitpunkte, an welchem auf Anregung des Herrn Kollegen Lauer die Aufgaben der früheren Bahnhofsideputation, der jetzigen Verkehrsdeputation, erweitert worden sind, der Verkehrsverein vielleicht eine andere Arbeitsweise eintreten lassen könnte, indem er manche Reisen, manche Eingaben an die verschiedenen Bahnverwaltungen für die Zukunft sich ersparen und es der städtischen Verkehrsdeputation überlassen könnte, fortan dieses Arbeitsgebiet zu bearbeiten. Wenn der Verkehrsverein der Verkehrsdeputation, die stadtseitig eingesetzt ist, Winke an die Hand geben will, so wird das zweckmäßig sein. Es wird dadurch ein Nebeneinanderarbeiten oder gar ein Gegeneinanderarbeiten der städtischen Verkehrsdeputation gegen den von der Stadt unterstützten Verkehrsverein vermieden werden. Es würden durch eine derartige Arbeitsteilung, so meint die Kommission, gewisse Ausgaben dem Verkehrsverein erspart werden und er infolgedessen in seinem Haushalte auskommen können.

Endlich wurden in der Finanzkommission auch grundsätzliche Bedenken geltend gemacht insofern, als die Unterstützung und Pflege des Verkehrswezens unserer Stadt in erster Linie nicht in der Weise zu geschehen habe, daß man einen Verein subventioniert, sondern in erster Linie sei es Sache der Stadt selbst, in dieser Beziehung ihre Pflicht zu erfüllen. Aus alle diesen verschiedenen Gründen meint die Kommission, Ihnen den Antrag nicht zur Annahme empfehlen zu können.

Auf der anderen Seite ist aber auch die Kommission bereit, wie es später bei einem anderen Punkte der Tagesordnung sich zeigen wird, von Fall zu Fall dem Verkehrsverein Mittel zur Verfügung zu stellen, unter Umständen auch mehr als bisher, wenn der betreffende Antrag sachlich den städtischen Behörden gerechtfertigt erscheint. Es darf zur Orientierung vielleicht in allseitige Erinnerung zurückgerufen werden, daß es die Stadt keineswegs mit dem laufenden Zuschuß an den Verkehrsverein bewenden läßt — die Unterstützung des Verkehrsvereins von seiten der Stadt ist auch vor nicht allzulanger Zeit erst erhöht worden —, sondern



daß daneben in reichem Maße auf besonderen Antrag, für besondere Anlässe die Stadt auf gemeinschaftlichen Beschluß der städtischen Behörden dem Verkehrsverein Mittel zur Verfügung gestellt hat, um die Verkehrsinteressen zu pflegen. Es ist uns in der Kommission, wie auch hier früher schon, eine Berechnung vorgelegt, die auf das Jahr 1907/08 zurückführt und nachweist, daß dem Verkehrsverein in diesen 7 Jahren eine Summe von 54 000 *M* übermittelt worden ist, die im Interesse des Verkehrs verwandt wurde, so daß an Wohlwollen der städtischen Behörden der Verkehrsverein nicht Mangel gelitten hat und er auch wiederkommen kann, wenn er sachliche Anträge an die städtischen Behörden zu stellen hat.

**Stadtv. Meyerhoff:** Ich möchte wünschen, die Finanzkommission wäre zu einem anderen Resultate gekommen, als es uns vorgetragen ist. Es sieht nicht gut aus, wenn wir auf den neulichen Vorfall zurückgreifen und den Antrag ablehnen. Die Motivierung war teilweise so, daß von dem Verkehrsverein oder dessen Leitung die Abweisung des Antrages gewissermaßen als Strafe gerechnet werden kann, und auch im großen Publikum wird man sich sagen: Da du geündigt hast, hast du deine Strafe bekommen. Ich hätte gewünscht, die 1000 *M* wären bewilligt, und zu einer anderen Zeit hätte man dann einen Abzug machen können. Da mir der jetzige Augenblick nicht angebracht scheint, den Antrag abzulehnen, so möchte ich die geehrte Versammlung bitten, dem Antrage Lauer ruhig zuzustimmen.

**Stadtv. Lauer:** Meine Herren. Mit Nachdruck möchte ich mir gestatten, wiederholt darauf hinzuweisen, daß es den tatsächlichen Verhältnissen nicht entspricht, wenn gesagt wird, es seien dem Verkehrsverein innerhalb sieben Jahren 54 000 *M* zur Verfügung gestellt. Wenn das richtig wäre, daß dem Verein diese Summe zugeflossen wäre, so wüßte ich nicht, woher ich den Mut genommen hätte, mit meinem Antrage zu kommen. Richtig ist, daß der Verkehrsverein alljährlich einen festen Zuschuß von zunächst 1500 *M* und dann bis zum heutigen Tage von 3000 *M* bekommen hat. Andererseits trifft es zu, daß allerdings für bestimmte abgeschlossene Sachen, in außergewöhnlichen Fällen von seiten der Stadt die Verkehrsinteressen noch besonders gefördert sind. Mir ist z. B. bekannt, daß in der Summe von 54 000 *M* auch ein Betrag enthalten ist, der sich auf die Beteiligung an der damaligen internationalen Ausstellung für Reise- und Fremdenverkehr in Berlin bezieht. Eine derartige Ausstellung kann natürlich der Verkehrsverein nicht inszenieren, da muß die Stadt eingreifen, zumal sich auch in weiteren Kreisen der Stadt Lust und Liebe für eine derartige Ausstellung zeigte. Wenn derartige Beträge auf das Konto des Verkehrsvereins gesetzt werden sollen, dann könnte man auch die Kosten für Erbauung einer Stadthalle auf sein Konto setzen, denn auch sie dient dem Verkehr.

Im übrigen möchte ich Sie bitten, auf den Kommissionsbeschluß diesmal keinen besonderen Wert zu legen insofern, weil der Beschluß entstanden ist bei einer schwachen Beteiligung. Außer dem Herrn Vorsitzenden war der Herr Referent da und sonst nur ein einziges Mitglied; so ist der Beschluß im ablehnenden Sinne zustande gekommen; es hätte bei stärkerer Beteiligung zufällig auch gerade das Gegenteil herauskommen können. Wie sehr man in diesem Hause in der gleichen Angelegenheit für ihre Unterstützung eingetreten ist, das geht aus der Versammlung in der Mitte des Oktober 1905 hervor. Herr Stadtverordnetenvorsteher Hauswaldt jagte in jener Sitzung:

„Wer heute mit dem Zeitgeist nicht mitgeht, wer keine Reklame macht, der bleibt zurück. Reklame muß heute gemacht werden, so ist es für den Geschäftsmann, und so ist es auch für die Städte. Ich habe auch jahrelang auf dem Standpunkte gestanden, daß es nicht gut sei, wenn für unser altes, gutes Braunschweig Reklame gemacht würde. Ich gestehe aber: Ich war rückständig. Ich erinnere an die Reklame, die die Städte Hildesheim und Lüneburg für sich machen. Wir müssen auch für unsere Stadt Reklame unternehmen, und es ist gut, jagte Herr Kommerzienrat Hauswaldt, daß der Verkehrsverein der Stadtverwaltung diese Arbeit abnehmen will. Wenn der Verkehrsverein Reklame in anständiger Weise macht, so sollten wir ihm Gelder in ausgiebiger Weise zur Verfügung stellen; der Verkehrsverein muß nur nachweisen, wie er die Gelder verwendet. Geschieht dies in richtiger Weise, so bin ich gern bereit, im nächsten Jahre 3000 *M* zu bewilligen (es handelte sich damals um die Bewilligung von 1500 *M*), und im übernächsten Jahre bin ich für das Doppelte zu haben.“

Meine Herren, so hat damals der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung in Braunschweig gesprochen. Ich habe in der Tat keine Erklärung dafür, daß man heute dem Verkehrsverein weniger wohlwollend gegenübersteht. Wie würde wohl Kommerzienrat Hauswaldt, den wohl jeder in diesem Hause besonders ehrt und schätzt, heute in dieser Angelegenheit handeln?

Es war mir interessant, zu hören, daß die Kommission so weit gegangen ist, dem Verkehrsverein direkt die Liquidation anzutragen. Ich meine, wenn angesehene Bürger sich in den Dienst der Stadt freiwillig stellen, Opfer an Zeit und Geld bringen und auch in der Lage sind, Erfolge nachzuweisen, dann sollte man ihnen nicht zumuten, sie möchten ihre Tätigkeit einstellen. Daß dieser zarte Wink gewiß nicht angebracht ist, geht schon daraus hervor, daß der Stadtmagistrat selbst verschiedene Schriftstücke von Fall zu Fall dem Verkehrsverein zur Erledigung überfendet.

Ich will mich kurz fassen, denn ich habe mich in dieser Angelegenheit schon früher eingehend geäußert. Ebenso wie ein Baum, der Früchte tragen soll, stets gepflegt werden muß, so muß auch der Verkehrsverein mit entsprechenden Mitteln

ausgestattet werden, wenn er der Stadt Früchte bringen soll. Ich möchte bitten, daß man gerade in Braunschweig fest in das Rad eingreifen möge, um den Wagen weiterzubringen, auf daß es dem Verkehrsverein möglich ist, seinen guten Willen auszuführen.

**Vorsitzender:** Als Vorsitzender der Finanzkommission muß ich die Ausführungen des Herrn Lauer dahin berichtigen, daß in der Kommission nicht von einer Einstellung der Tätigkeit des Verkehrsvereins gesprochen ist, sondern von einer Einschränkung seiner Tätigkeit, wie es der Herr Referent auch vorgetragen hat.

**Stadtv. Sander:** Ich habe in unserer vorigen Versammlung die Worte, die der Vorsitzende des Verkehrsvereins in einer öffentlichen Versammlung gemacht hat, als Mitglied der Straßenreinigungsdeputation zurückgewiesen, habe auch erklärt, daß eine derartige Kritik des Vorsitzenden des Verkehrsvereins nicht geeignet sei, eine solche Unterstützung, wie sie heute auf der Tagesordnung steht, bei den Stadtverordneten beliebt zu machen. Ich bedaure aber doch, daß die Finanzkommission zu diesem Beschlusse gekommen ist. Ich möchte nicht, daß eines unüberlegten Wortes wegen (der Herr ist bei mir gewesen und hat erklärt, in Wirklichkeit habe er die Äußerung nicht in der Weise gemacht, es wäre falsch von den Zeitungen berichtet — mag dem nun sein, wie es wolle), daß wegen einer derartigen Entgleisung, die jedem passieren kann, der Verkehrsverein leiden soll. Ich kann mich dem Beschlusse der Finanzkommission nicht anschließen, werde vielmehr für die Bewilligung stimmen.

**Stadtrat von Frankeberg:** Ich wollte lediglich wegen der Zahlen, die seitens der verschiedenen Herren Redner mitgeteilt sind, eine kleine Berichtigung vornehmen. Die amtlichen Zahlen, die vorliegen, ergeben folgendes: Seit 1905/06 ist der Verein unterstützt, und zwar zuerst zwei Jahre mit 1000 *M*, dann 5 Jahre mit 1500 *M* und seit 1912/13 mit 3000 *M*, so daß also der Zuschuß während der letzten drei Jahre erhöht ist, und der Verkehrsverein mit der Unterstützung des laufenden Jahres 1914/15 zusammen in den letzten 9 Jahren 18 500 Mark laufenden Zuschuß bekommen hat. Ferner sind dem Verkehrsverein bisher 14 279 *M* außerordentliche Zuschüsse bewilligt worden. Die geehrten Herren werden unter Punkt 16 der Tagesordnung sich mit der Frage zu befassen haben, ob fernere 3000 *M* dem Verkehrsverein für Herausgabe des „Kleinen Führers“ bewilligt werden sollen, so daß neben den 3000 *M*, die für das Jahr 1914/15 laufen, diese 3000 *M* hinzukommen würden. Außerdem haben die städtischen Behörden für allgemeine Verkehrszwecke unter Mitwirkung des Verkehrsvereins für Kongresse und dergleichen in den letzten Jahren insgesamt 24 571 *M* aus-

gegeben. Das ergibt alles zusammen — der laufende Zuschuß, die außerordentlichen Zuschüsse und die Aufwendungen für Verkehrszwecke im weiteren Sinne — 60 300 *M.* .

**Stadtv. Ribbentrop:** Den beredten Worten des Herrn Lauer habe ich nur wenig hinzuzusetzen. Ich gebe zu bedenken, was der Verkehrsverein alles in Braunschweig geschaffen hat, und abzuwägen, welche tatsächlichen Werte durch das Vorgehen des Verkehrsvereins unsern Einwohnern zugefallen sind. Es ist das nicht unbedeutend, denn der Verkehr, den der Verein nach Braunschweig gezogen hat, ist ein sehr bedeutender. Wenn ich den Verkehr in Braunschweig vor dem Bestehen des Vereins bedenke, so war er damals ganz minimal, der Verkehr wurde eigentlich von Braunschweig abgelenkt. Daß das anders geworden ist, verdanken wir in hervorragendem Maße dem Verein mit.

Die angeführte Summe von 60 000 *M* setzt sich derartig zusammen, daß sie wirklich dem Verkehrsverein nicht zur Last gelegt werden kann. Es ist darunter ein bedeutender Betrag für das Reklamebild, welches sich bewährt hat und viele Fremde nach Braunschweig zieht. Es sind darin enthalten die Ausgaben für die Führer durch die Stadt, die der Verein geschaffen hat, so daß die Summe von 9 700 *M*, die er dafür bekommen hat, gering ist, wenn man erwägt, welcher Nutzen dadurch gestiftet wird.

Wir in Braunschweig machen immer noch sehr wenig Reklame für unsere Stadt. Nehmen Sie eine Zeitung in die Hand, so werden Sie finden, daß Hildesheim und Halberstadt mit Reklamen jetzt vorgehen. Reklame muß sein, wie es Herr Kommerzienrat Hauswaldt schon ausgesprochen hat, Reklame müssen wir unbedingt auch für Braunschweig haben, und derjenige, der sie machen kann, ist der Verkehrsverein. Ich bitte Sie, verwilligen Sie die wirklich geringe Summe, geben Sie dem Verein die Mittel, damit er für die Stadt arbeiten kann.

**Stadtv. Busch:** Ich kann mich den Worten des Herrn Vorredners nur anschließen. Es ist wohl kein Verein in Braunschweig, der so die Sympathie der Bürger genießt wie der Verkehrsverein, der sich uneigennützigerweise in den Dienst zur Hebung des Verkehrs stellt, und dem von seinem Vorstande viele Abendstunden geopfert werden. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Schulinsektor Sattler, hat sich ein wirkliches Verdienst um die Förderung des Verkehrs erworben, und es wäre nicht richtig, wegen eines kleinen Fehlers, den er gemacht hat, den Verein in dieser Weise zu strafen. Herr Schulinsektor Sattler hat auch mir gesagt, daß seine Außerung nicht so gewesen wäre, wie sie hier vorgebracht sei; es liege ihm, als dem Vorsitzenden des Verkehrsvereins und als städtischem Beamten nichts ferner, als gegen Einrichtungen der Stadt in solcher Weise vorzugehen. Ich möchte Sie im Inter-

esse dieses so außerordentlich beliebten und arbeitsfreudigen Vereins bitten, die geringe Summe zu opfern.

Stadtv. **Munte:** Die Finanzkommission, deren Sitzung allerdings schwach besucht war, hat sich gar nicht davon leiten lassen, daß der Vorsitzende des Verkehrsvereins, Herr Schulinspektor Sattler, irgendwelche Äußerung getan hat, die sich nicht gehört hätte und auch nicht bewiesen war. Es ist uns geschildert worden, daß der Verkehrsverein große Summen als Zuschuß bekommen hat, und daß die Unterstützungen aus der Umsatzsteuer resultieren, einer Quelle, die wahrscheinlich in den nächsten Jahren versiegen wird, denn es ist bekannt, daß man mehr und mehr der Meinung wird, daß diese Steuer eine ungerechte ist und fallen gelassen werden sollte. Ich will dem Verein nichts Böses nachsagen, aber aus den angeführten Gründen bin auch ich dafür gewesen, daß er eine Erhöhung seines Zuschusses nicht erhält. Angesichts der Deputation, die von seiten der Stadt eingesetzt ist, ist es dem Verkehrsverein tatsächlich möglich, in manchen Beziehungen seine Tätigkeit einzustellen und große Ersparnisse zu machen, ohne den Verein zu sperren. Ich würde nichts gegen einen erneuten Antrag einzuwenden haben, der dahin ginge, dem Verein jetzt 1000 *M* zu bewilligen, damit er die bestehenden Schulden begleichen kann. Dann aber möge er sich mit dem Zuschusse von 3000 *M* einrichten. Ich muß also die Versammlung bitten, dem Beschlusse der Kommission doch beizutreten. Wenn er auch nur von einer kleinen Anzahl Kommissionärsmitgliedern gefaßt ist, so ist er doch reichlich überlegt.

Stadtv. **Meyerhoff:** Herr Munte sagt, die Kommission hätte sich nicht von dem Grundsatz leiten lassen, daß mit der Verweigerung des erhöhten Zuschusses eine Strafe für den Verkehrsverein ausgesprochen werde, aber aus den Worten des Herrn Referenten klingt das doch heraus. (Widerspruch.) Doch, meine Herren, wer Ohren hat, zu hören, der hat es gehört. Es ging aus den Worten des Herrn Referenten hervor, daß der Verkehrsverein sich auch in Sachen gemischt hätte, die ihn nichts angingen, und dann kam als Schlußsatz, die 1000 *M* nicht zu verwilligen. Dem kann ich nicht zustimmen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich kann die Ausführungen des Herrn Munte nur bestätigen, daß diese Entgleisung, die dem Vorsitzenden des Verkehrsvereins passiert ist, für die Kommission nicht von ausschlaggebender Bedeutung gewesen ist. Ich habe das auch in meinen einleitenden Ausführungen nicht behauptet, wohl aber habe ich gesagt, daß nach Ansicht der Kommission der Verkehrsverein nicht immer in geschickter Weise die Interessen der Stadt vertreten hat. Wenn Herr Meyerhoff diese Worte auf die einmalige Entgleisung des Vorsitzenden des

Bereins bezogen hat, so irrt er damit. Es sind in der Kommission andere Vorgänge als Beispiele für ungeeignete Interessenvertretung herangezogen, die in der Öffentlichkeit zu erörtern, wie ich glaube, kaum im Interesse des Verkehrsvereins liegen würde.

Es ist mir nicht recht verständlich, wie Herr Meyerhoff sagen kann, in dem jetzigen Augenblicke müßten wir diese angeforderten Mittel bewilligen. Wenn etwas auf den Augenblick zugeschnitten sein soll, so hätte über das kleine Erlebnis erst etwas mehr Gras wachsen sollen und nicht die Anforderung einer laufenden Zuschußerhöhung — es dreht sich nicht um eine einmalige — gleichzeitig mit anderen Anforderungen beliebt werden. Der Verkehrsverein hat einen sehr erheblichen Teil von Freunden hier gefunden und auch von Herren, die Unternehmungen vorstehen, die gewiß an der Verkehrshebung ein Interesse haben. Wenn die Summe so geringfügig ist, wie glauben gemacht wird, so wundere ich mich nur, daß das Interesse in der Bürgerschaft an dem Mitgliederwerb keinen größeren Erfolg zeitigt und die Unternehmen, denen die fürsprechenden Redner nahestehen, nicht die geringfügige Summe dem Verein zur Verfügung stellen.

Es ist ein eigenartiges Ding, alle die Zuschüsse, die von der Stadt zur Hebung des Verkehrs ausgegeben werden, ohne weiteres von dem Konto des Verkehrsvereins abzuschreiben. „Das geht uns nichts an, das tut ihr nur im allgemeinen städtischen Interesse!“ Gewiß läßt sich das nicht leugnen, aber das Konto des Vereins ist doch damit zu belasten, denn wofür sonst will der Verkehrsverein die angeforderten Mittel gebrauchen, als für solche Zwecke, zu deren Förderung die Stadt auch schon Zuschüsse gewährt; für den reinen Verwaltungsapparat ist das doch kaum angebracht. Die Kommission erklärt doch auch, daß bei sachlicher Begründetheit, wie bei Ausstellungen, auch bei den von Herrn Lauer früher herangezogenen Promenadenkonzerten in eine sachliche Prüfung eingetreten werden soll, ob in diesen Fällen eine außerordentliche Zuwendung neben dem laufenden Zuschuß gewährt werden soll.

Ich bitte die geehrten Herren, auch das Moment zu beachten, das Herr Kollege Munte herangezogen hat: daß bisher die Sache finanziert wurde aus den Mitteln der städtischen Umsatzsteuer. Sie haben die Umsatzsteuerberatung selber mitgemacht und werden den Eindruck gewonnen haben, daß es sehr fragwürdig ist, ob diese Quelle der Zuschüsse noch länger laufen wird, daß sie jedenfalls nicht so leistungsfähig bleiben wird, denn eine Abnahme ihres Ertragnisses ist schon jetzt zu verzeichnen. Dann soll man die Stadt nicht mit laufenden Zuschüssen belasten, wenn kein dringender Anlaß dazu gegeben ist. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrage der Kommission zuzustimmen.

Der Antrag der Kommission kommt zuerst zur Abstimmung und wird angenommen. Damit ist der Antrag Lauer von der Versammlung verworfen.

## 2. Änderung der Straßenpolizeiordnung.

Stadtv. Dr. **Boge**: Die Vorlage ist allen einzelnen Mitgliedern der Versammlung zugegangen. Ich darf mich deshalb wohl bei der Behandlung der Sache, die wahrscheinlich recht lange dauern wird, kurz fassen. Ich werde, wie die Kommission vorgeschlagen hat, nur dann etwas zu den einzelnen Paragraphen und auch zu den Änderungsvorschlägen des Magistrats erwähnen, wenn die Kommission andere Wünsche gehabt hat, als die Magistratsvorlage vorschlägt. — Zu den §§ 1 bis 9 hat die Kommission nichts hinzuzusetzen.

**Vorsitzender**: Ich bitte diejenigen Herren, die etwa zu den einzelnen Paragraphen das Wort nehmen wollen, sich zu melden. Wird das Wort nicht begehrt, so nehme ich an, daß die Herren nichts einzuwenden haben und die betreffenden Paragraphen angenommen sind.

Stadtv. **Stegmann**: Ich beantrage, in § 8, erster Absatz, dritte Zeile die Worte zu streichen: „unter 5 Jahren“. Ich halte diese Worte für überflüssig. Es wird wohl selten vorkommen, daß größere Kinder in Kinderwagen gefahren werden, und wenn wirklich einmal ein älteres Kind darin gefahren wird, dann ist es zweifellos ein krankes Kind. Es hat also meiner Ansicht nach keinen Zweck, diese Einschränkung zu machen.

Die weitere Bemerkung über die Sportwagen und Sportkarren bezieht sich wohl mit auf die fliegenden Holländer. Mir ist nicht bekannt, daß eine Plage damit herbeigeführt wird. Große Jungen werden Sie selten darauf finden. Soweit sich die Bemerkung also auf die fliegenden Holländer bezieht, könnte sie ganz gut weggelassen.

Stadtrat **von Frankenberg**: Ich möchte bitten, in beiden Beziehungen der Magistratsvorlage zu folgen. Was zunächst die Ausschaltung des Ausdrucks „unter 5 Jahren“ betrifft, so wird jeder sagen müssen: Es liegt eine dringende Notwendigkeit, ein wirkliches Bedürfnis, dieses Zugeständnis zu machen, nicht vor, da bei kranken Kindern, die älter als 5 Jahre sind, sowieso die Straßenpolizeiordnung dieses Recht gewähren will. Es führt leicht zu einem gewissen Unfug und zu einer nicht unbedeutenden Belästigung der Fußgänger, zumal auf schmalen Bürgersteigen, wenn man das Fahren von Kinderwagen, die mit Kindern über 5 Jahren besetzt sind, gestatten will.

Das Fahren mit fliegenden Holländern ist eine ganz außerordentlich empfindliche Störung des Fußgängerverkehrs, wie ich bei den verschiedensten Gelegenheiten beobachten konnte, die ich beseitigt sehen möchte, so gern ich auch den Kindern

jedwedes Vergnügen gönne. Ich weise darauf hin, daß ein großer Teil unserer Straßen mit Asphalt oder Teermafadam versehen ist, und daß es auf diesen Straßen sehr wohl den Kindern möglich ist, sich nach Herzenslust mit den fliegenden Holländern zu vergnügen, gerade so wie auch das Rollschuhlaufen in Zukunft dort gestattet sein soll. Ich bitte, den auf Grund eingehender sachkundiger Mitteilungen, die uns von der Herzoglichen Polizeidirektion gemacht worden sind, aufgestellten Paragraphen bestehen zu lassen. Es geht bei solchen Bestimmungen nicht anders, als daß die Wünsche kleiner Gruppen zurücktreten müssen hinter dem Verlangen der Gesamtheit nach möglichst unbelästigtem Verkehr.

**Der Vorsitzende** verliest den Antrag.

**Stadtv. Frede:** Es sind schon jetzt allerlei Fahrzeuge im Gebrauch, und zwar durch ältere, 12- und 13jährige Kinder, wie ich mich persönlich überzeugt habe. Es sind dies Fahrzeuge, die unter die Bestimmungen dieses Paragraphen nicht fallen, und deshalb bin ich mit der Fassung nicht ganz einverstanden. Ich erinnere an die Bretterwagen, in denen sich größere Kinder fortbewegen. In rasendem Tempo fahren sie über die Zementplatten des Fußwegs und veranlassen dadurch nicht nur ein belästigendes Geräusch, sondern sind auch hinderlich für das Publikum, das sich auf den Fußwegen bewegt. Ich erinnere auch an die dreiräderigen Fahrräder, die nicht unter den Begriff Kinderwagen und möglicherweise auch nicht unter den Begriff Sportwagen und Sportkarren fallen. Als die letzte Straßenpolizeiordnung beraten wurde, hatte man noch keine Ahnung von den fliegenden Holländern, und so kann man auch heute noch nicht wissen, welche Fahrzeuge in der Zukunft noch entstehen werden. Ich möchte folgende Fassung vorschlagen:

Abj. 1: „Die Fußwege sind für Fahrzeuge jeder Art verboten, es sei denn, daß sie mit Kindern unter 5 Jahren oder mit Kranken besetzt sind. Die Führer“ usw.

Es ist das eine kurze und sehr klare Bestimmung für die Polizei. Das, was hier durch den magistratsseitigen Entwurf getroffen werden soll, wird getroffen, aber es trifft die Fassung auch die später womöglich noch auftauchenden und die gegenwärtigen Fahrzeuge, die sehr belästigen und unter der Fassung des Magistrats nicht verstanden werden können.

Im 3. Abj. steht in der Magistratsvorlage: „Das Rollschuhlaufen auf den Fußwegen ist untersagt.“ Ich möchte noch hinzugefügt wissen, „das Schlittschuhlaufen sowie das Schlittenfahren“. Es ist im Winter eine unangenehme Sache, wenn Kinder mit ihren Schlitten auf den Fußwegen fahren. Die Hauseigentümer sind für Unfälle bei Straßenglatte haftbar. Neufallender Schnee bedeckt die gestreute Mische, durch das Schlittenfahren wird der Weg blank,



und das Publikum kommt in Gefahr, zu stürzen. Genau dasselbe, was man von den Sportwagen usw. in bezug auf Verkehrshinderung sagen kann, trifft auch bei den Kindereschlitten zu, aber die Sache ist um so gefährlicher. Deshalb möchte ich um Annahme dieser Zusätze bitten.

**Stadtv. Wesemeier:** Der Antrag Frede scheint mir die Sache sehr zu verbässern. Er sagt: „Das Fahren mit Fahrzeugen jeder Art auf den Fußwegen ist verboten, wenn sie nicht mit Kindern unter 5 Jahren oder Kranken besetzt sind.“ Darnach kann ein großer Handwagen, der mit Kindern unter 5 Jahren besetzt ist, auf den Fußwegen gefahren werden. Ich glaube, das würde einen unhaltbaren Zustand geben, und ich kann dem Antrage unter keinen Umständen zustimmen. (Zwischenruf.) Was nicht verboten ist, ist erlaubt! Es wird durch die Fassung ausdrücklich erlaubt: Fahrzeuge, die mit jüngeren Kindern besetzt sind, dürfen auf dem Fußwege fahren. Demgegenüber möchte ich den Antrag Stegmann vertreten. Wenn ein älteres Kind im Wagen gefahren wird, ist es ein krankes Kind, denn daß Kinder sich gegenseitig fahren, ist ein Ausnahmefall. Es haben nicht alle Leute die Mittel, sich einen Krankenwagen anzuschaffen, und sind dann gezwungen, einen Kinderwagen für die Kranken zu benutzen. Deshalb ist die Grenze von 5 Jahren besonders geeignet, Härten hervorzuheben.

**Stadtrat von Frankenberg:** Die Vorschläge des Herrn Frede kommen in dem ersten Teile im allgemeinen auf dasselbe heraus, was der Stadtmagistrat vorschlägt. Es kann sich höchstens darum handeln, welche Fassung den Vorzug verdient. Man hat sich die Fassung im alten § 8, die in Ihren Händen ist (Seite 367), bis auf die Bestimmung über die Krankenwagen, die durch Menschenkraft fortbewegt werden, und die fliegenden Holländer gut bewährt. Ich möchte warnen, aus gewissen Schönheitsrücksichten an der Fassung etwas zu ändern; es zeigt sich häufig, daß später dadurch Schwierigkeiten heraufbeschworen werden. Die vom Magistrat beantragte Fassung empfiehlt sich zumal aus dem Grunde, weil darin Übereinstimmung zwischen der Polizeidirektion, den Herren Schöffenrichtern und dem Magistrat besteht. Auch halte ich es für unbedingt nötig, daß Sportwagen und Sportkarren besonders aufgeführt werden. Ich glaube, daß es richtig ist, diesen Unterschied zu machen, und möchte bitten, dem Magistratsvorschlage zuzustimmen.

Ganz so weit, wie Herr Frede in bezug auf Schlittschuhlaufen und Schlittensfahren geht, möchte ich nicht folgen. Ich könnte mir denken, daß eine nachsichtige Polizeidirektion das Fahren mit Schlitten auf dem Mittelwege der Kaiser-Wilhelmstraße und dem Ringe wohl gestatten würde, wohl auch an anderen Stellen. Sobald Sie aber ein ausdrückliches Verbot aufstellen, zwingen Sie die

Polizei, ein jugendlich frohes Treiben zu stören, womit niemand gefährdet wird, der bei Winterglätte die nötige Vorsicht anwendet.

**Stadtv. Frede:** Der Fall, den Herr Wesemeier angeführt hat, kommt wohl kaum vor. Ein großer Handwagen, voll von Kindern unter 5 Jahren, das wäre ja eine ganz merkwürdige Veranstaltung. Daß Kinder unter 5 Jahren in Kastenwagen auf die Dauer überhaupt nicht gut bewegt werden können, liegt wohl auf der Hand. Schon die Rücksicht auf das Wohl der eigenen Kinder wird die Mütter veranlassen, das zu unterlassen. Ich habe Wagen, wie sie zum Sammeln von Pferdegedung dienen, mit 12jährigen Jungen darin auf den Fußwegen fahren sehen. Das ist für die Anwohner nicht angenehm, und die Fußgänger müssen den Wagen ausweichen. Die Bretterwagen sind keine Kinderwagen, keine Sportwagen und keine Sportkarren; es kann also vorkommen, daß es aus diesem Grunde von der Polizei abgelehnt wird, hiergegen einzugreifen; deshalb glaube ich, daß meine Fassung den Vorzug verdient.

Was das Schlittensfahren der Kinder auf dem Fußwege anbelangt, so bin ich nicht der Ansicht des Herrn Stadtrats von Frankenberg. Es wird dadurch tatsächlich eine große Gefahr für die Fußgänger verursacht. Und für die Anlieger, denen die Haftpflicht auferlegt wird, wenn ein Unfall auf dem glatten Pflaster passiert, ist es nicht angenehm, zu erdulden, daß ihr beständiges Streuen durch solches Schlittensfahren wieder unnütz gemacht wird. Ich will den Kindern wahrhaftig nicht ihre Bewegungsfreiheit nehmen, aber alles, wo es hingehört.

**Vorsitzender:** Zu Absatz 1 sind zwei Anträge eingebracht: Der Antrag Stegmann, der wünscht, daß in Zeile 3 die Worte „unter 5 Jahren“ gestrichen werden, und der Antrag Frede, der folgende Fassung zu Absatz 1 vor schlägt (wird verlesen, siehe Seite 83). Schließlich liegt noch die Fassung der Magistratsvorlage vor. In dieser Reihenfolge gedenke ich die Abstimmung vorzunehmen und nehme Ihr Einverständnis damit an.

Der Antrag Stegmann wird abgelehnt, ebenso der Antrag Frede. Als Ergebnis der Abstimmung über den 1. Absatz der Magistratsvorlage stellt der Vorsitzende Ablehnung fest. (Dafür 11 von 25 Anwesenden.) Stadtv. Sander bezweifelt die Abstimmung, und der Vorsitzende läßt diese Abstimmung wiederholen.

**Vorsitzender:** Ja, meine Herren, die Abstimmung ist jetzt überhaupt eine andere. Jetzt kommen wir hin. Ich zähle 14 Stimmen für die Magistratsvorlage. Das ist die Mehrheit.

Darauf wird der zweite Absatz des § 8 nach der Magistratsvorlage angenommen, der Antrag Frede zu Absatz 2 abgelehnt und schließlich der ganze Paragraph, entsprechend den eben gefaßten Beschlüssen in der Fassung der Magistratsvorlage angenommen.

**Vorsigender:** Zu § 9 ist ein Antrag Wesemeier eingegangen; er lautet:

„Dem § 9 ist hinter Absatz 1 einzufügen:

Fuhrwerke, die durch größere Zugtiere (Pferde, Esel usw.) gezogen werden, müssen mit einer sicher funktionierenden Bremsvorrichtung versehen sein, die so anzubringen ist, daß sie vom Kutscherplatz aus bequem bedient werden kann.“

Stadtv. **Wesemeier:** Wir haben in der ganzen Ordnung, die uns heute vorliegt, keine derartige Schutzbestimmung für das Publikum und für die Fuhrwerke selbst. Ich halte es für notwendig, daß hier, wo von der Beschaffenheit der Fuhrwerke gesprochen wird, auch diese Sicherheitsvorrichtung mit angeführt wird. Ich erinnere an die abfällige Fahrbahn auf der Helmstedterstraße und am Magnitor, wo schon verschiedene Unglücksfälle vorgekommen sind. Die Gefahr kann gemindert werden, wenn eine solche Sicherheitsvorrichtung vorgeschrieben ist.

Stadtrat **von Frankenberg:** Der Stadtmagistrat ist gewiß für jeden Vorschlag dankbar, der dazu helfen könnte, die Sicherheit in der Stadt zu erhöhen; ich glaube aber doch, daß Herr Wesemeier in dieser Beziehung übervorsichtig ist, denn wenn wir die örtlichen Verhältnisse unserer im Flachlande liegenden Stadt überblicken, so sehen wir, daß es nur eine verhältnismäßig sehr geringe Zahl von Straßen in der Stadt gibt, bei denen Gefälle vorhanden ist. Schreiben Sie die empfohlene Sicherheitsvorrichtung vor, dann gilt die Bestimmung ebensowohl auf der Hamburgerstraße, Kaiser-Wilhelmstraße, Madamenweg, wie auch auf der allerdings etwas abfälligen Helmstedterstraße; Sie belasten also Hunderte von Straßen und Fuhrwerken mit einer Maßregel, die nur für ganz wenige erforderlich ist. Ich glaube doch, daß diese Vorsicht zu weit geht, zumal diejenige Behörde, die in nächster Fühlung mit dem Straßenverkehr steht, die Herzogliche Polizeidirektion, ein Bedürfnis in dieser Hinsicht weder früher noch heute anerkannt hat. Ich glaube, deshalb empfehlen zu sollen, den Antrag abzulehnen.

Stadtv. Dr. **Boge:** In dem Antrage heißt es, daß die Bremsvorrichtung so anzubringen sei, daß sie vom Kutscherplatz aus bequem bedient werden kann. Ich erinnere daran, daß die Rollwagen keinen Kutscherplatz haben, ebenso auch die Kastenwagen nicht. Die Fassung würde demnach nicht ganz zutreffend sein. Ich

glaube aber auch, daß es grundsätzlich nicht nötig ist, daß die Wagen hier in Braunschweig Bremsen haben müssen.

**Stadtv. Wesemeier:** Die eben erwähnte technische Frage schaltet doch wohl aus. Jeder Wagen hat einen Platz, wo der Kutscher sitzt, und ob Sie nun Fuhrmann oder Kutscher schreiben, bleibt für mich gleich. Wenn wir auch nur wenige solche Stellen in der Stadt haben, wo eine Bremse notwendig ist, so ist ein Menschenleben doch wert, daß eine Schutzvorrichtung an den Wagen angebracht wird. Wir haben in der letzten Zeit mehrere solche Unfälle gehabt, die mit genauer Not abgewandt sind. Gerade an der Helmstedterstraße ist neulich ein Wagen heruntergerast, hat das Brückengeländer umgerissen, und das Pferd selbst ist noch weitergelaufen. Genau so ist es am Magnitore passiert. Es wäre leicht möglich gewesen, daß nicht nur der Fuhrmann selbst tödlich verunglückte, sondern auch Passanten zu Schaden gekommen wären. Wo Menschenleben in Gefahr kommen, sollte man sich nicht scheuen, Schutzvorrichtungen anzuordnen, zumal für einen großen Teil von Wagen die Anbringung solcher Bremsen schon für selbstverständlich gehalten wird.

**Stadtv. Diedmann:** Ich glaube, Herr Wesemeier sieht zu schwarz, denn man kann bemerken, daß drei Viertel der Zahl aller Fuhrwerke schon mit Bremsen versehen sind. Wo es einigermaßen möglich ist, läßt der Besitzer schon in eigenem Interesse eine Bremse an seinem Fuhrwerke anbringen. Im übrigen nützt bei durchgehenden Pferden eine Bremse an leichten Fuhrwerken nicht besonders viel. Ich glaube, daß es nicht erforderlich ist, diese Vorschrift zu erlassen.

Der § 9 in seiner alten Fassung wird genehmigt, und der von Stadtv. Wesemeier beantragte Zusatz abgelehnt.

**Stadtv. Dr. Voge:** § 9 a muß eingeschoben werden; die Kommission ist damit einverstanden.

**Vorsitzender:** Ich nehme das Einverständnis der Versammlung an, da sich kein Widerspruch erhebt.

**Stadtv. Dr. Voge:** Zu § 10 schlägt die Kommission vor, auf der ersten Zeile die Worte „durch Zugtiere bewegte“ zu streichen, außerdem die auf der rechten Seite der Vorlage stehenden Abänderungsvorschläge des Magistrats fortzulassen und in der dritten Reihe das Wort „genügend“ vor „freie Aussicht“ einzuschalten. Die durch die Kommission empfohlene Fassung des § 10 würde demnach lauten:

„Jedes Fuhrwerk, welches vom Wagen aus gelenkt wird, muß so eingerichtet sein, daß der Platz des Führers dem letzteren genügend freie Aussicht gestattet und es ihm ermöglicht, Warnungszeichen wahrzunehmen.“

Stadtv. **Ribbentrop:** Ich bitte, diesen Zusatz des Magistrats wiederherzustellen, nach dem der Kutscher Aussicht nach vorn und beiden Seiten haben muß. Ich habe Bravo neben den Zusatz geschrieben, als ich ihn gelesen habe. Die Führer und Führerinnen von Planwagen, die zum Markt hereinkommen, sitzen meist so weit im Wagen zurück, daß sie keine Aussicht haben. Eine solche Forderung, wie sie hier durch die Magistratsvorlage aufgestellt wird, ist direkt notwendig für die Sicherheit in der Stadt.

Stadtv. **Almann:** Es freut mich, daß der Herr Vorredner für die Sicherheit der auf der Straße Verkehrenden eintritt, aber es darf dies nicht zu einer Belästigung des Fuhrwerksbesitzers oder Kutschers ausarten; damit dürfte dem Publikum nichts gedient sein. In der Kommission ist der Paragraph eingehend beraten, auch vor fünf Jahren wurde über dieses Thema lebhaft in der Kommission gesprochen. Es scheint Wert darauf gelegt zu werden, daß der Kutscher frei auf dem Wagen sitzt, er soll nach rechts und links sehen können. Wenn nun ein Kutscher wegen des Schutzes gegen Wind und Wetter sich unter das Schuttdach setzt, so kann er von dort aus nach rechts und links wohl sehen, was ihm von der Seite her in den Weg kommt, kann halten, ausbiegen und vergleichen. Wenn aber das, was der verehrte Herr Vorredner anführt, und was in der Magistratsvorlage enthalten ist, angenommen würde, so müßte eine große Anzahl von Wagen, die heute fahren, umgeändert werden, denn der Kutscher müßte frei vor dem Wagen sitzen. Das ginge wohl bei den schmalen Wagen, bei den großen, breiten Möbelwagen aber sitzt der Kutscher auch frei vor dem großen Kasten und hat rechts und links freien Ausblick. Machen Sie jedoch einmal die Probe aufs Exempel und vergleichen Sie, ob bei den schmaleren Transportwagen, bei den Bier- und Brotwagen, wo die Kutscher eine Kleinigkeit verdeckt sind, das Publikum mehr geschützt ist als bei dem freien Sitze vor den breiten Möbelwagen. Ich halte eine solche Maßregel, wie sie der Zusatz vorschlägt, für unnötig, so sehr ich auch für den Schutz des Publikums bin, denn ich kann nicht einsehen, was damit erreicht werden sollte, wenn es wortgetreu genommen werden sollte. Heute haben wir in der Stadt eine Anzahl von Wagen, bei denen der Kutscher geschützt sitzt und das Publikum nicht in Gefahr kommt. Ich bitte, der Fassung der Kommission zuzustimmen.

Stadtv. **Ribbentrop:** Ich will durchaus nicht, daß der Kutscher selber frei sitzen soll, er soll nur frei den Blick nach rechts und links werfen können. Sehen Sie

sich die Planwagen an, so müssen Sie mir recht geben. Der Führer kann noch nicht einmal gut nach vorwärts sehen: er sitzt vielleicht zwei Meter im Wagen zurück und hat nur einen schmalen Schwinkel nach vorn. Es sind in dem Fahrbetriebe verschiedene Unfälle unschwer dadurch zu erklären, daß dem Führer die Möglichkeit genommen ist, überhaupt nach rechts und links zu sehen; und dem kann auch bei Planwagen leicht Abhilfe geschaffen werden.

**Stadttrat von Frankenberg:** Von der Polizeidirektion war mitgeteilt worden: Die Tatsache, daß die Kutscher nicht freie Aussicht nach den Seiten haben, ist die Ursache häufiger Zusammenstöße bei Straßenkreuzungen. Dies ist der Grund gewesen, daß vom Magistrat die Fassung so vorgeschlagen wird, wie sie vorliegt. Ich für meine Person halte diese Fassung auch für besser als die von der Kommission vorgelegte. Immerhin halte ich es für denkbar, dem Kommissionsvorschlage zuzustimmen, wenn das Wort „genügend“ eine richtige Auslegung erfährt. Ein Sitz, wie ihn Herr Ribbentrop schildert, würde vom Strafrichter als ungenügend betrachtet werden, denn das Wort genügend soll bedeuten: Es soll dem Kutscher so viel freie Aussicht nach vorn und den Seiten gewährt werden, daß er einen Überblick über die Verhältnisse nach den verschiedenen Richtungen hin hat, nur nach rückwärts nicht, weil das eine zu weitgehende Forderung sein würde. Ich möchte aber, weil auf die Verhandlungen der geehrten Herren bei Schöffens- und Strafgerichtsverhandlungen zurückgegriffen wird, meinerseits der Auffassung Ausdruck geben, daß in den Worten „genügend freie Aussicht“ liegen soll: nicht nur nach vorn, sondern auch nach den Seiten.

**Stadtv. Dr. Boge:** Wenn wir stehen lassen würden: „nach vorn und beiden Seiten“, so würde das letztere ausgelegt werden: Es soll im rechten Winkel nach rechts und links vollkommen freier Ausblick stattfinden können. Das hält die Kommission nicht für nötig. Wenn nur der Kutscher in der Lage ist, von seinem Platze aus frei zu schauen, dann ist es auch event. genügend, wenn der Blick auch nicht im rechten Winkel nach links und rechts gehen kann. In dem Sinne soll die Vorschrift „nach vorn und beiden Seiten“ durch „genügend“ ersetzt werden. Ich glaube, damit ist der Sicherheit des Verkehrs Genüge geschehen.

**Stadtv. Altmann:** Mit dem, was Herr Ribbentrop zuletzt gesagt hat, bin ich einverstanden. Wenn jemand im Planwagen tief versteckt sitzt oder steht, so ist das auch meiner Ansicht nach keine genügend freie Aussicht. Wir wollen aber entgegen dem Magistratsantrage nicht, daß der Kutschersitz so weit vorgeklebt sein muß, daß der Kutscher nach beiden Seiten im rechten Winkel sehen kann, denn dadurch allein können nicht immer Zusammenstöße und dergleichen vermieden werden. Ich bin

auch nicht dafür, daß die Kutscher so tief im Wagen hinein sitzen, daß sie nichts beobachten können; ein genügend freier Ausblick muß ihnen möglich sein. Wenn ein Wagen vielleicht aus der schmalen Mauernstraße in die Fallersleberstraße fährt, so muß sein Platz dem Kutscher selbstverständlich gestatten, vom Wagen aus in einem solchen Winkel sehen zu können, daß er imstande ist, den auf der Fallersleberstraße herunterkommenden Wagen auszubiegen, seinen Wagen zu halten und dergleichen. Der Wortlaut der Vorlage aber hätte bedingt, daß alle Kutscher vor dem Wagen sitzen, so daß viele Wagen umgebaut werden müßten. Wenn man den Schutz des Publikums erreicht, dann kann man auch dem Kutscher einen angemessenen Sitz auf dem Wagen gestatten, so daß er gegen Wind und Wetter geschützt ist. Sie werden zugeben, daß es kein angenehmer Beruf ist, in Wind und Wetter zu fahren, und deshalb ist es auch mein Wille, ihnen eine Kleinigkeit Schutz zu bieten — nicht daß ich die Gefahr für die Fuhrwerke erhöhen möchte. Meinem Dafürhalten nach können auch bei Einschaltung des Wortes „genügend“ noch manche Scherereien stattfinden. Wenn das, was in der Kommission und hier über diesen Paragraphen gesagt ist, innegehalten werden kann, dann wird jeder Richter das Rechte herausfinden.

Zunächst wird der Antrag der Kommission, „durch Zugtiere bewegte“ wegzulassen, angenommen, sodann wird die Streichung der vom Magistrat vorge schlagenen Zusätze und Einfügung des Wortes „genügend“ angenommen, schließlich der ganze Paragraph in der eben beschlossenen Fassung.

Stadtv. Dr. **Woge:** Zu § 11 habe ich nichts weiter zu bemerken, als daß die Kommission mit den Änderungsvorschlägen des Magistrats einverstanden ist.

**Vorsitzender:** Hierzu ist ein Antrag Ribbentrop eingegangen. Er lautet: „Ich beantrage, den § 11 an die Kommission zurückzuverweisen.“

Stadtv. **Ribbentrop:** Es ist dies ein für den Verkehr in der Stadt sehr schwerwiegender Paragraph. Die Verhältnisse sind mir durch meine Stellung eingehend bekannt. Seit dem Jahre 1909, seit welchem Jahre dieses Reglement besteht — und außerdem ist der Paragraph aus dem früheren Reglement übernommen — haben sich die Verkehrsverhältnisse in der Stadt sehr erheblich geändert. Der Automobilverkehr ist stärker aufgetreten, wir haben verschiedene Straßenzüge, die nicht beleuchtet sind, z. B. den von Richmond aufwärts nach Melverode. Fährt auf dieser Strecke ein Kutschwagen mit zwei Laternen oder ein anderes Fuhrwerk, welches nur nach vorwärts zu leuchten braucht, so ist dieses Fuhrwerk von rückwärts bei Dunkelheit oder schwerem Nebel nicht zu sehen, und ein Automobil, welches mit erheblicher Geschwindigkeit fährt, läuft Gefahr, auf

diesen Wagen ohne weiteres aufzufahren. Ich habe versucht, eine Fassung zu finden, durch welche dieser Übelstand verhindert wird; nachdem ich sie aber heute wieder lese, paßt sie doch nicht. Es ist sehr schwierig, die Fassung richtig zu finden, aber Sie werden sich sicher der Einsicht nicht verschließen, welche Gefahr — sowohl für Automobile, wie für den vorsahrenden Wagen — beispielsweise am Sonnabend bei Nebel solche Wagen mit schlafenden Kutschern dem Verkehr bieten. Ich bitte zuzustimmen, daß dieser Paragraph an die Kommission zurückverwiesen wird.

**Vorsitzender:** Um eine formelle Behandlung zu ermöglichen, möchte ich den Herrn Antragsteller doch bitten, seine Fassung des Paragraphen einzureichen. Wenn Mängel in dem Paragraphen vorhanden sind, so würde daraus doch klar werden, worauf sich die Beratung in der Kommission zu erstrecken hat. — Ich möchte einstweilen die Beratung über § 11 aussetzen; wir gehen zu § 12 über.

Stadtv. Dr. **Boge:** Zu § 12 wird seitens des Magistrats kein Änderungs-vorschlag gemacht, auch seitens der Kommission nicht.

Stadtv. **Diedmann:** Zu § 20 möchte ich bemerken: Jeder Radfahrer ist verpflichtet, eine Karte bei sich zu führen, und jeder Automobilführer muß einen Fahr-schein haben; weshalb ist der Fuhrwerksbesitzer nicht dazu verpflichtet? Es gibt in Braunschweig bedauerlicherweise sehr viele Lenker von Fahrzeugen, die überhaupt nicht zu fahren imstande sind, und es ist unbedingt erforderlich, daß dem ein Riegel vorgehoben wird. Die neugebildete Fahrschule hat es sich zur Aufgabe gemacht, hier helfend einzugreifen. Es ist den Bestimmungen auch ein Passus eingefügt, daß die Probefahrt, die dort geleistet werden muß, von Vertretern der Polizeidirektion, von Vertretern des Magistrats — vorbehaltlich der Zustimmung dieser Behörden — und zwei Herren aus dem Vorstande der Fahrschule abgenommen wird. Wenn auch die Angelegenheit noch nicht so weit gediehen ist, daß sie an die Öffentlichkeit treten kann, so möchte ich doch bitten, dieser Einrichtung Rechnung zu tragen und nur den Zeitpunkt offen zu lassen, von welchem an jeder Führer auf Verlangen einen Fahr-schein vorzeigen muß. Es ist dies im Interesse eines sicheren Verkehrs unbedingt notwendig, das haben die vielen Unfälle, die durch ganz unvorschriftsmäßiges Fahren vorgekommen sind, erwiesen.

Stadtrat **von Frankenberg:** Zu den kühnen Geistern, die den Verhältnissen vorausseilen, gehört auch Herr Stadtv. Diedmann. Er gibt selber zu, daß eine Fahrschule, wie sie nach den Verhandlungen in den letzten Monaten geplant wird, noch nicht besteht, und möchte schon eine Bestimmung in die Straßenpolizeiord-



nung einschalten, die eine erfolgreiche Prüfung auf einer solchen Fahrschule vorschreibt. Nun sucht zwar Herr Diekmann seinen Vorschlag abzuwachen, indem bis zu einem unbestimmten Zeitpunkte die Durchführung der neuen Bestimmung hinausgeschoben werden soll. Das ist aber bei einer Polizeiordnung ein mißliches Ding. Wir dürfen auch nicht außer acht lassen, daß viele Personen von auswärts mit ihren Fuhrwerken in die Stadt kommen, und daß eine Fahrschule in den Dörfern noch nicht besteht. Es würde gewiß keine Schwierigkeiten haben, jedem, der mit Fuhrwerk aus den Heidedörfern hereinkommt und das Fahren gut versteht, aber nicht im Besitz der erforderlichen Fahrkarte ist, das Fahren in der Stadt zu verbieten. Deshalb bitte ich, von einer solchen Bestimmung abzugehen.

**Vorsigender:** Ein Antrag darauf ist nicht eingebracht, ich nehme an, daß die alte Fassung angenommen ist.

Stadtv. Dr. **Voge:** Zu § 23 schlägt die Kommission vor, den Paragraphen folgendermaßen zu fassen:

„Kein Fuhrwerk darf auf den Straßen im Galopp gefahren werden.“

Die Kommission ist der Meinung, daß diese Fassung genügt. Die anderen Gangarten werden bereits durch reichsgesetzliche Bestimmungen und auch durch das Polizeistrafgesetzbuch für das Herzogtum Braunschweig geregelt.

Dem Kommissionsantrage wird zugestimmt.

Stadtv. Dr. **Voge:** § 24. Die Kommission ist mit den Änderungsvorschlägen einverstanden, sie bittet aber, am Schluß noch einen Satz hinzuzufügen. Der Schlusssatz, den der Magistrat hinzugefügt wünscht, heißt: „Vor und in Straßenkreuzungen ist die Geschwindigkeit derart zu mäßigen, daß das Fuhrwerk sofort zum Halten gebracht werden kann.“ Die Kommission ist der Meinung, daß es nicht genügt, wenn hier nur die Straßenkreuzungen getroffen werden. Es kann auch vorkommen, daß eine Straße in eine andere *hineinmündet*, ohne sie vollständig zu kreuzen: nehmen Sie die Stelle, wo die Neuestraße auf die Görde-lingerstraße mündet. Daher schlägt die Kommission vor, noch hinzuzufügen:

„Daselbe gilt von den Stellen, wo eine Straße in eine andere mündet.“

Der § 24 wird mit den Änderungen durch den Magistrat und mit dem Zusatz der Kommission angenommen.

Stadtv. Dr. **Voge:** Mit den Änderungen im § 29 und 30 ist die Kommission einverstanden.

Stadtv. Dr. **Kleinfnecht**: In § 30 ist vom Stillhalten die Rede. Wir haben Straßen, die so eng sind, daß sie nur von einer Seite her befahren werden dürfen, und auf denen Wagen nebeneinander nicht herfahren können. Nun kommt es vor, daß Wagen, die etwas abzuladen haben, auf solchen Straßen stillhalten und andere Wagen, die dieselbe Fahrtrichtung haben und von hinten kommen, dann nicht weiter können. Mir ist es passiert, daß ich auf der Friesenstraße mit meinem Wagen eine Viertelstunde habe warten müssen, weil ein Wagen an der Ehrenbrechtstraße stand, der die Durchfahrt versperrte. Bekanntlich darf die Friesenstraße nur in der Richtung nach dem Ackerhof zu befahren werden. Trotz meiner Vorhaltungen ließ sich der Führer des Milchwagens nicht bewegen, weiterzufahren. „Daß siele ihm nicht ein, das brauche er nicht.“ Ich requirierte einen Polizisten, aber ich mußte einfach umkehren. Wenn hinter den Worten „inmitten des Fahrdammes“ eingefügt würde: „an Straßenstellen, die so eng sind, daß zwei Wagen nicht nebeneinander herfahren können“, so würde solchen Unannehmlichkeiten abgeholfen sein.

Stadtrat **von Frankenberg**: Auch hier erkenne ich keineswegs die gute Absicht des Herrn Antragstellers, aber mir scheint doch, als ob sein Vorschlag etwas zu weit ginge. Wenn Sie sich vorstellen, daß an dem erwähnten Tage sicherlich nur dieser einzige Wagen — gleichviel, sei es nun ein Möbelwagen oder ein anderer — in die enge Straße einfährt und dort hält, so würde durch Annahme des Antrages Kleinfnecht aus weitgehender Fürsorge die Straße für solche Wagen einfach verammelt, denn halten dürfte ein solcher dort nicht. Mir scheint in § 35 der Straßenpolizeiordnung genügend Abhilfe gewährleistet zu sein. § 35 lautet: „In Straßen, welche so eng sind, daß zwei Wagen nicht nebeneinander herfahren können, darf nicht eingefahren werden, wenn die Fahrbahn nicht frei ist. Sollte dies dennoch geschehen, so ist in der Regel das leichtere Fuhrwerk zurückzuziehen; unter allen Umständen ist aber den Anordnungen der Polizeibeamten unverzüglich Folge zu leisten.“ Wenn Herr Dr. Kleinfnecht in letzter Hinsicht vielleicht ungünstige Erfahrungen gemacht hat, so trägt die Erörterung der Angelegenheit in dieser Versammlung wohl dazu bei, daß seine Erfahrungen in dieser Beziehung in Zukunft günstigere werden.

Stadtv. Dr. **Kleinfnecht**: Ich möchte nur erwidern, daß man bei vielen Straßen nicht ohne weiteres sehen kann, ob sie frei sind, z. B. bei der Friesenstraße. Ich gebe zu, daß § 35 Vorschriften enthält, die vielleicht geeignet wären, in diesem Falle Remedur zu schaffen. Ich habe in dieser Sache zwar mehrmals unangenehme Erfahrungen gemacht, vielleicht gelingt es mir aber, ein andermal glücklicher zu sein. Zurückfahren dürfte ich in der Straße ja auch nicht. Ich meine, es

würde doch nichts dagegen einzuwenden sein, daß dem § 30 der gewünschte Zusatz hinzugefügt wird. Da aber der § 35 immerhin einen Anhalt zur Lösung der Frage gibt, so will ich meinen Antrag zurückziehen, so unangenehm mir auch diese Erlebnisse sind.

**Vorsitzender:** Ich nehme das Einverständnis der Versammlung mit den §§ 29 und 30 an.

Inzwischen hat Herr R i b b e n t r o p seinen Antrag eingereicht:

„Ich beantrage, Zurückweisung an die Kommission.

Grund: Zum Stadtgebiet gehören verschiedene Straßen (z. B. die Wolfenbüttelerstraße vom Kurhause Richmond bis Melverode und die Broikemerstraße), welche auf längeren Strecken durch Straßenlaternen nicht beleuchtet sind. Ein Fuhrwerk, welches nur mit einer nach vorn leuchtenden Laterne versehen ist, kann in diesen Straßen von dem Führer eines Straßenbahnwagens oder Automobils bei Dunkelheit oder Nebel nicht erkannt werden. Die Fassung des Paragraphen ist derart schwer, daß ich sie allein nicht vornehmen möchte.“

Vielleicht ist der eine oder andere der Herren in der Lage, den Gedanken in eine Fassung zu bringen, daß darüber abgestimmt werden könnte.

Stadtv. **Frede:** Am einfachsten ließe sich die Sache vielleicht erledigen, daß bestimmt wird: „In Straßen, die nicht genügend beleuchtet sind, sind zwei Laternen zu führen, eine vorn und eine hinten, wenn die seitliche Beleuchtung nicht genügt. Fährt der Wagen aus der Stadt heraus, so muß auch die hintere Laterne angesteckt werden.“

Stadtv. Dr. **Boge:** Ich möchte davor warnen, in der Versammlung eine Augenblicksfassung zu beschließen. Nachher stellt es sich leicht heraus, daß sie die Sache nicht deckt und die Erledigung damit nicht beschleunigt ist. An und für sich ist die Erledigung des Paragraphen nicht so eilig, daß wir sie heute vornehmen müßten, denn ich glaube nicht, daß wir heute mit der Beratung der Straßenpolizeiordnung fertig werden. Ich bitte, den Paragraphen ruhig an die Kommission zurückzuverweisen.

Stadtrat **von Frankenberg:** Ich habe gegen diese Maßregel keine Bedenken.

**Vorsitzender:** Ich nehme das Einverständnis der Versammlung mit der Rückverweisung an. Die Statutenkommission wird in ihrer nächsten Sitzung die Sache behandeln, eventl. mit Beziehung des Herrn Frede.

Stadtv. Dr. **Voge**: Zu § 31—35 sind Änderungen nicht vorgeschlagen.

Stadtv. **Diedmann**: Ich möchte bitten, in § 33 folgenden Zusatz anzufügen, wie er auch in anderen Städten besteht:

„Fuhrwerksleiter haben, wenn sie in eine linker Hand sich befindliche Straße einbiegen, die Peitsche oder die Hand links so weit über den Wagen herauszuhalten, daß der hinter diesem Wagen fahrende Wagenführer dieses wahrnehmen kann. Bei Automobilen ist eine Scheibe dazu zu benutzen.“

Dieses Anzeigen der Richtung ist unbedingt notwendig, damit der hinten Fahrende Bescheid weiß, wohin der erste will. Man kann diese Handhabung in Berlin andauernd beobachten, und sie hat sich wunderbar bewährt. Wir haben in Braunschweig manche sehr enge Straßen, und da ist es leicht möglich, daß dem vorausfahrenden Wagen in die Parade gefahren wird, wenn der Führer einbiegt, ohne ein Zeichen gegeben zu haben.

Stadtrat **von Frankenberg**: Zunächst möchte ich darauf aufmerksam machen, daß in bezug auf Kraftwagen eine Bestimmung in der Straßenpolizeiordnung nicht am Platze sein dürfte, weil darüber eine reichsgesetzliche Regelung erfolgt ist und es uns nicht zusteht, Änderungen daran zu treffen. Im übrigen mag es zweckmäßig sein, diese Maßregel zu beobachten; es ist aber nur eine Maßregel, die bei Tage Bedeutung haben wird, in der Dunkelheit hätte ihre Befolgung keinen Zweck. Ein Bedürfnis für diese Vorschrift ist der Polizeidirektion und mir bis jetzt nicht bekannt geworden, sonst hätten wir ähnliches vorgeschlagen. Herr Diedmann ist ja in bezug auf Fahrkunst sehr sachverständig, das will ich anerkennen, aber es erscheint mir zweifelhaft, ob es richtig ist, diese Maßregel, die jetzt auf einmal, ohne daß ein dringendes Bedürfnis vorliegt, vorgeschlagen ist, einzuführen. Die fahrende Bevölkerung würde sich erst daran gewöhnen müssen, und das würde eine recht unangenehme Übergangszeit geben.

Stadtv. **Diedmann**: Ich habe in der letzten Zeit, seit die Straßenpolizeiordnung vorberaten wird, die Beobachtung gemacht, daß einsichtige Führer der vorgeschlagenen Maßnahme bereits Rechnung tragen. Ich habe Gelegenheit gehabt, mit der Polizeidirektion über die Sache zu sprechen; sie würde gern sehen, wenn diese Vorschrift eingefügt würde. Der von Herrn Stadtrat von Frankenberg vorgebrachte Einwand wegen der Automobile wurde mir auch dort gemacht. Ich habe das nur der Vollständigkeit wegen erwähnt.

Der **Vorsitzende** setzt die Beratung über § 33 aus, bis der Antrag Diedmann schriftlich eingebracht ist.

Stadtv. Dr. **Voge**: Zu den §§ 34 und 35 sind Änderungsvorschläge nicht gemacht, mit der Änderung zu § 36 ist die Kommission einverstanden. Für die §§ 37—41 liegen keine Änderungen vor.

**Vorlesender**: Ich nehme hier überall das Einverständnis der Versammlung an.

Stadtv. Dr. **Voge**: Mit den Änderungen zu § 42 ist die Kommission einverstanden.

§ 43 soll eine neue Fassung erhalten, zu der die Kommission jedoch noch einen Zusatz wünscht. Durch die Bestimmungen des Paragraphen soll das Ein- und Ausfahren besonders bei Baustellen erleichtert werden, um die Zugtiere zu schonen. Die Kommission ist nun der Ansicht, daß die strenge Vorschrift, die gegeben werden soll, nicht durchgehend am Platze ist, sondern nur dann, wenn Veranlassung vorliegt, zu befürchten, daß die Tiere überanstrengt werden. Sie gibt demnach anheim, dem Paragraphen durch Einschlebung eines Zwischenatzes eine mildere Form zu geben. Der Paragraph soll darnach heißen:

„Bei der Anfuhr von Erde, Sand und dergl. nach Gruben oder sonst nicht befestigten Stellen (z. B. Bauplätzen) mit gespannten Fuhrwerken ist, wenn anders eine Überanstrengung der Zugtiere nicht zu verhüten ist, von der Straße bis zur Anfuhrstelle eine feste Unterlage herzustellen und ausschließlich zu benutzen.“ — Dann der zweite Absatz.

Stadtv. **Diedmann**: Ich möchte mir bei dieser Gelegenheit gestatten, einen Wunsch zum Ausdruck zu bringen und zu bitten, ihm Rechnung zu tragen, nämlich den Wunsch, erst die Straßen zu bauen, und dann den Bau der Häuser zuzulassen und nicht umgekehrt, wie es bisher mehrfach geschehen ist.

Stadtv. Dr. **Kleinfnecht**: Ich glaube, daß die Fassung, wie sie die Kommission vorgeschlagen hat, nicht zu billigen ist, da es schwer zu entscheiden ist, in welchem Falle der Paragraph Anwendung finden soll oder nicht. Die verschiedenen Beteiligten — die Fuhrleute, die Zuschauer, die Polizei usw. — werden verschiedener Ansicht darüber sein, ob die Tiere überanstrengt werden oder nicht. Ich möchte bitten, die Bestimmung generell so zu lassen, wie sie vom Magistrat vorgeschrieben ist, und den Zusatz nicht einzufügen.

Stadtv. **Meyerhoff**: Wir haben in der Kommission lange über den Paragraphen beraten und sind doch zu dem Vorschlage der Einfügung gekommen. Es kann sehr wohl für zwei Pferde nicht möglich sein, einen Wagen aus einer

Grube oder einem Bauplatze herauszuziehen, aber ganz leicht möglich kann das sein, wenn vier Pferde vorgespannt werden. Für solche Fälle die strenge Vorschrift zu machen, hielten wir nicht für nötig, und so haben wir diesen milden Weg gegeben. Wenn die Pferde wirklich strapaziert werden, dann wird auch die Polizei von selber einschreiten.

Der Kommissionsantrag betreffend die Einfügung, wird angenommen und darnach der ganze § 43.

Stadtv. Dr. **Boge**: In § 44—46 sind Änderungen nicht vorgesehen, die Änderungsvorschläge in § 47 und 48 werden von der Kommission gutgeheißen.

Der **Vorsitzende** nimmt das Einverständnis der Versammlung mit den genannten Paragraphen an.

Stadtv. Dr. **Boge**: Zu § 49—55 werden keine Änderungsvorschläge gemacht.

Stadtv. **Diedmann**: In § 50 a heißt es:

„Bullen dürfen nur einzeln und mit verbundenen Augen geführt werden. Jeder Bulle muß von mindestens zwei erwachsenen kräftigen Treibern begleitet werden; von diesen hat . . .“ usw. Diese ersten Sätze bis Zeile 16, wo es heißt: „Bösartige oder wild gewordene Ochsen und Kühe sind ebenso wie die Bullen zu führen“ — müßten meiner Ansicht nach wegfallen und der § 50 a im Anfang lauten: „Bullen dürfen nur dann geführt werden, wenn sie an einen starken Wagen angefettet sind. Ist dies nicht möglich, so müssen sie gefahren werden, dergleichen die bössartigen oder wild gewordenen Ochsen oder Kühe.“ — Sodann würde die Fortsetzung in der vorgeschlagenen alten Form kommen.

**Vorsitzender**: Ich bitte, mir den Antrag schriftlich zu geben. Bis dahin setzen wir die Beratung des § 50 aus.

(§§ 51—55 ohne weitere Besprechung.)

Stadtv. **Diedmann**: In § 56 heißt es: „Die zur Beförderung von Vieh benutzten Fuhrwerke“. Ich möchte dort für das Wort Vieh „Großvieh“ gesetzt sehen.

Stadtrat **von Frankenberg**: Die Begründung für diesen Antrag ist ja von dem Herrn Antragsteller, der noch beschäftigt ist, seinen früheren Antrag aufzuzeichnen, nicht gegeben. Es möge mir aber doch gestattet sein, auch den noch nicht be-

gründeten Antrag — ich will nicht sagen „unbegründeten“ Antrag — zu bekämpfen. Ich meine, was dem Großvieh recht ist, sollte doch auch dem Kleinvieh billig sein. Wenn Sie sagen: „Die zur Beförderung von Vieh benutzten Fuhrwerke müssen so geräumig sein, daß die Tiere, ohne gepreßt oder geschnürt zu werden, stehen oder liegen können,“ dann tun Sie allem Vieh damit einen Gefallen. Wenn Sie aber nur für das Großvieh Herz übrig haben sollten, so würde mir das nicht als richtig erscheinen.

**Stadtv. Diedmann:** Ohne irgendwie dem Herrn Stadtrat von Frankenberg die Fähigkeit absprechen zu wollen, sich ein Urteil über diese Frage zu bilden, so muß ich doch erwidern, daß einer solchen Bestimmung, wie hier vorgeschlagen, gerade bei der Beförderung von Kleinvieh große Schwierigkeiten entgegenstehen würden, denn wenn man Kleinvieh in derartig geschlossenen Wagen beförderte, so würden die Tiere unweigerlich ersticken. Es hat sich in der Praxis gezeigt: Wenn die Viehwagen nicht so eingerichtet sind, wie vorgeschrieben ist, so sind die Transporteure auf das Wohlwollen der Polizeidirektion angewiesen. Weshalb wollen wir Bestimmungen schaffen, die nicht beachtet werden? Die Tiere müssen beim Transport Luft haben, darauf wird auch von den Eisenbahndirektionen Rücksicht genommen. Sie dürfen nicht in Kastenwagen gefahren werden, wie wir sie bisher hatten. Der Viehhändlerverein hat auch eine Eingabe abgeschickt, durch die darauf hingewirkt werden soll, daß das Kleinvieh auf Wagen befördert wird, bei denen die Luft freien Zutritt hat.

**Stadtv. Ribbentrop:** Ich verweise auf die Praxis. Gehen Sie auf die Viehmärkte und betrachten Sie die Wagen mit Kleinvieh, mit Ferkeln. Wenn Sie dort von den Wagen fordern wollten, daß sie eine 75 cm hohe Seitenwand haben, so wäre das ein Ding der Unmöglichkeit. Ich bitte, die beantragte Einschaltung vorzunehmen.

**Stadtv. Dr. Boge:** Die Anregung des Herrn Diedmann ist wohl richtig, aber ihr Zweck wird nicht erreicht, wenn auch die vorgeschlagene Einschaltung gemacht wird. Er will dadurch auch den anderen Tieren genügend Platz und Luft verschaffen, und dann müßte der zweite Satz geändert werden — und das hielte ich auch für richtig.

Ich möchte beantragen, diesen Paragraphen an die Kommission zurückzuverweisen.

**Vorsitzender:** Ich glaube, die Herren sind mit der Rückverweisung einverstanden.

(§§ 57—60 ohne Debatte.)

Stadtv. Dr. **Boge**: § 61 handelt davon, daß Schilder, Markisen, Laternen und dergl., die in die Straße hineinragen, nur gestattet werden, wenn sie genehmigt sind, und daß eventuell eine besondere Abgabe verlangt werden kann. Zu diesem Paragraphen ist, wie Ihnen bekannt, von beteiligter Seite eine Eingabe an die Stadtverordneten ergangen. In der Kommission ist vom Magistrat mitgeteilt worden, daß in der Zukunft die Sache wesentlich milder gehandhabt werden solle, als es bisher der Fall gewesen ist, daß insbesondere die Markisen in Zukunft nur dann besteuert werden würden, wenn sie zu Reklamezwecken dienen, wenn die Firma überhaupt oder besonders groß angebracht sei oder sonstwie zur Reklame geeignete Aufschriften oder zur Reklame geeignete Formen gewählt werden. Da diese Zusicherung seitens des Magistrats gegeben ist, hält es die Kommission nicht für erforderlich, daß in dieser Richtung an dem Paragraphen eine Änderung vorgenommen wird. Die Kommission bemängelt lediglich — das wurde auch in der Eingabe gerügt —, daß Absatz 3 des § 61 nicht den Absatz 1 mit deckt, sondern nur den Absatz 2. Die Kommission schlägt Ihnen nun vor, diesen Absatz 3 des § 61, der auch den § 62 mit decken soll, in § 61 zu streichen und hinter § 62 als Absatz 3 in folgender Fassung einzufügen:

„Die vorstehenden Vorschriften der §§ 61 und 62 finden auch auf die bei Inkrafttreten dieser Vorschrift vorhandenen Schilder, Markisen, Laternen und dergl. Anwendung.“

**Vorfügender:** Herr Stegmann hat zu § 61 einen Antrag eingereicht, welcher lautet:

„Beantrage, die Worte im ersten Absatz, „der die Erteilung seiner Zustimmung von der Zahlung einer von ihm zu bestimmenden Vergütung abhängig machen kann“, zu streichen

Stadtv. **Stegmann**: Ich halte es wohl für richtig, daß, wie es bisher gehandhabt worden ist, die Genehmigung des Magistrats zur Anbringung von Schildern, Markisen und dergl., die in die Straße hineinragen, nötig ist, schon um das Publikum zu schützen und um die Stadt nicht verunzieren zu lassen. Nicht einleuchten will es mir aber, daß es richtig ist, wie bisher eine Gebühr für derartige nötige Einrichtungsgegenstände für Geschäfte zu erheben. Ich meine, es ist für die Geschäftsleute kein Vergnügen, Markisen oder Reklameschilder anbringen zu lassen, denn nicht nur die Schilder, sondern auch die Markisen sind für Geschäftsläden notwendige Dinge, weil sonst in der sonnigen Jahreszeit die Waren im Schaufenster verderben würden. Ich halte also die bisherige Maßregel für verkehrt. Es scheint ja, daß man jetzt eine Milderung eintreten lassen will, aber es scheint auch, daß die Sache bisher recht rigoros gehandhabt ist. In der Eingabe heißt es, wie



ungleich die Sache gehandhabt sei, gehe daraus hervor, daß der eine 50 Pf., der andere 4,50 *M* Gebühr habe zahlen müssen, der eine einmal, der andere dauernd. Ich halte die Abgabe für eine unberechtigte Steuer, die unbedingt beseitigt werden muß. Ich kann mich nicht damit einverstanden erklären, daß nur eine mildere Handhabung eintreten soll, sondern bitte, strikte zu beschließen, daß die Bestimmung beseitigt wird. Die wenigen Mark, die durch die Abgabe einkommen, schlagen für die Stadt nicht zu Buche, und noch geringer wird die Einnahme sein, wenn eine Milderung der Handhabung eintreten soll. Wir haben am Hause Ecke Schloßstraße und Elschlägern selber die Wirkung dieser Bestimmung erfahren: Für ein Schild, das nur wenige Zentimeter von der Mauer abstand und zwei Etagen hoch angebracht war, sollten wir 4,50 *M* bezahlen. Das ist durchaus nicht als richtige Handhabung zu bezeichnen. Zahlreiche andere Städte kennen eine derartige Abgabe nicht, da sollte sie Braunschweig auch nicht verlangen. Wenn man sie nicht ganz abschaffen will, dann könnte ich wohl noch dafür sein, daß die Stadt eine einmalige Anerkennungsgebühr erhöhe. Ich will dem aber nicht das Wort reden. Und weil eine Ungleichmäßigkeit bei der Bemessung der Abgabe vorzuliegen scheint, so haben wir doppelten Anlaß, sie abzuschaffen. Ich weiß nicht, wie man bisher eine solche Steuer erheben konnte. Es heißt bisher nur, daß die Anbringung solcher Sachen einer Genehmigung bedarf, und daß der Magistrat die Erteilung seiner Zustimmung von der Zahlung einer Vergütung abhängig machen kann. Jedenfalls kann man darunter nur eine einmalige Vergütung verstehen, hier aber ist zum Teil eine dauernde erhoben worden. Auch aus diesem Grunde sollte man unbedingt diese Extrasteuer beseitigen.

**Stadtv. Frede:** Es freut mich herzlich, daß Herr Stegmann so kräftig für die Geschäftsleute eingetreten ist. Ich unterschreibe das, was er darüber gesagt hat, in jeder Beziehung. Es wäre nicht wohlgetan, wenn wir uns bloß mit dem Versuche, daß die Erhebung der Abgabe milder gehandhabt werden soll, begnügten. Eine solche Bestimmung wäre wie Gummi, man kann sie ausdehnen, wie man will. Der Magistrat mag ja wohl nicht eine solche Absicht haben, aber zu Weiterungen führte sie unter allen Umständen. Die Baubehörde hat bisher nicht das Verständnis für die Geschäftsleute bewiesen, das in dieser Sache nötig ist. Die Geschäftsleute sind nach verschiedenen Richtungen hin gedrückt genug, durch allerlei Abgaben und überhaupt durch den Kampf ums Dasein. Es hätte von seiten der Baubehörde selbst verzichtet werden sollen auf eine Abgabe auf Schilder usw., die für ein Geschäft nötig sind. Ich werde in erster Linie für den Antrag Stegmann stimmen. Sollte der Antrag keine Annahme finden, so erlaube ich mir, folgenden Antrag zu stellen: Bis zur 10. Reihe unverändert. Dort wird zuletzt gesagt: „Es bedarf jedes Hineinragen der genannten Gegenstände der Genehmigung“ der Herzoglichen

Polizeidirektion und des Stadtmagistrats.“ Damit sprechen wir aus, daß eine Genehmigung unter allen Umständen stattfinden muß, um eine Verschandelung des Straßenbildes und andere Unannehmlichkeiten zu verhindern. Dann soll es weiter heißen:

„Für Schilder, die mehr als 10 cm über den Kern des Gebäudes hervorragen, kann der Magistrat eine einmalige Gebühr verlangen. Marktisen sind frei.“

Marktisen sind überall in den Städten frei, die in der uns zugesandten Eingabe genannt sind, und die Anbringung von Marktisen muß frei von Abgaben an die Stadt bleiben, denn diejenigen, die sie nötig haben, haben schon verschiedene Mehraufwendungen zu machen gegenüber denen, die sie nicht nötig haben, weil sie nach der Nordseite ihren Laden haben. Daß die Stadt Schaden hätte, wenn die Firma auf der Markise steht, kann man nicht sagen, und so kleinlich sollte man sich nicht anstellen, daß man deswegen eine Abgabe verlangte. Mit einer einmaligen Gebühr für Schilder und dergl. wäre dann die Sache gemacht. Das könnte man allenfalls noch verantworten. Es würde das als Anerkennungsgebühr dafür gelten können, daß die Sachen in die Straßen hineinragen, die der Stadt gehören.

Bürgermeister **Meyer**: Ich glaube, die Baubehörde gegen die Behauptung in Schutz nehmen zu müssen, daß sie mit ungleichem Maß bei Beurteilung der einzelnen Fälle gemessen hätte. Es sind von der städtischen Bauverwaltung vor Jahr und Tag, als ihr die Festsetzung der Abgabe vom Magistrat übertragen wurde, bestimmte Grundsätze aufgestellt, nach denen sie glaubte verfahren zu können; diese von uns genehmigten Grundsätze stützen sich auf die Vorschriften anderer Städte. Es ist danach im großen und ganzen der Umfang der Straßenbenutzung für die Höhe der Gebühr maßgeblich. So kann es kommen, daß für ein Schild 50 Pf. und für ein anderes Schild 5 M bezahlt werden müssen. Nun hat sich der Magistrat schon vor Monaten, als die Vorstellung der Geschäftsinhaber einging, mit der Gebührenfrage beschäftigt, und er würde Ihnen über seine Stellungnahme bereits Mitteilung gemacht haben, wenn nicht die Straßenpolizeiordnung in Bearbeitung gewesen wäre, auf deren Vorschriften ja die Erhebung der Gebühr sich stützt. Der Magistrat hat beschlossen, den vorgetragenen Wünschen entgegenzukommen. Wir haben in Aussicht genommen, den entsprechenden Anträgen künftig ohne Festsetzung einer Gebühr stattzugeben, soweit nicht im Interesse des öffentlichen Verkehrs oder des Stadtbildes der Antrag überhaupt abzulehnen ist, — oder soweit nicht mit der Anbringung des in Frage kommenden Gegenstandes eine besonders auffällige Reklame bezweckt wird. Es würden danach sowohl die Marktisen als auch die bei weitem größte Zahl der Schilder gebührenfrei sein. Gebühr zu zahlen würde dagegen sein für die bekannten Schaukasten, in denen Waren ausgestellt werden. Wenn der betreffende Unternehmer durch die Reklame

auf Straßengebiet sein Einkommen erhöht, so kann er auch eine Gebühr an die Stadt zahlen, die ihm diese Reklame ermöglicht. Wir glauben deshalb nicht vollständig auf die Möglichkeit einer Erhebung der Gebühr verzichten zu können, und zwar um so weniger, weil die Gebühr dazu beitragen wird, die übermäßige Reklame in gewissen Schranken zu halten. Der Magistrat legt deshalb Wert darauf, daß die Fassung des § 61 der Vorlage entsprechend angenommen wird. Ich kann Ihnen die Zusicherung geben, daß bei Erhebung der Abgabe in Zukunft mildere Grundsätze walten werden.

In einem Punkte muß ich Herrn Stegmann recht geben: Das Ergebnis der Gebühr kann nicht ausschlaggebend sein. Im vergangenen Jahre haben wir rund 4000 *M* aufgenommen; bei Anwendung der milderen Grundsätze würde sich der Ertrag in Zukunft auf 300 bis 500 *M* beschränken.

**Vorsigender** (verliest den Eventualantrag Frede, siehe Seite 100 j.)

Stadtv. **Meyerhoff**: Was von den verschiedenen Seiten hier vorgebracht ist, ist auch in der Statutenkommission besprochen, ebenso auch die Eingabe, die bei der ersten Beratung der Statutenkommission noch nicht vorlag. Wir haben von seiten des Magistrats in der Statutenkommission die Zusicherung bekommen, daß die Markisen unbedingt frei sein sollen, wenn sie nicht auffallende Reklame bringen, und daß nur eine einmalige Gebühr erhoben werden soll. Dies ist der Hauptwunsch, daß die Anerkennungsgebühr nur einmal gezahlt wird, wie das schon früher von mir erklärt wurde, damit das Haus nicht eine dingliche Last auf ewige Zeiten erhält. Trotzdem bin ich bereit, auch für den weitergehenden Antrag zu stimmen. Ich halte es aber nicht für richtig, daß wir heute die einzelnen Punkte beraten, und möchte bitten, auch diesen Paragraphen — da wir auch andere zurückstellen — an die Kommission zurückzuverweisen, bis der Magistrat schriftlich erklärt hat, was er in dieser Sache zu bringen beabsichtigt, denn heute kommen wir bei der Besprechung des Paragraphen darüber hinweg. Lassen Sie uns eine neue Schematisierung dieses Paragraphen vom Magistrat erwarten und bis dahin den Paragraphen an die Kommission zurückverweisen.

**Vorsigender**: Falls der Magistrat nicht gleich in der Lage ist, sich darüber auszusprechen, möchte sich der Antrag des Herrn Meyerhoff zur Annahme empfehlen.

Stadtv. Dr. **Boge**: Wenn der Magistrat sich heute nicht darüber äußert, würde die Rückverweisung zweckmäßig sein, denn es würde sich durch eine weitere Äußerung des Magistrats in dieser Richtung vielleicht doch die Abstimmung ändern.

**Vorsitzender:** Wir setzen demnach die Beratung über die §§ 61 und 62 aus.

(§§ 63—68 ohne Debatte.)

**Stadtv. Frede:** Es heißt in § 69: „Auf den Straßen darf durch Ballspiel, Schneewerfen und sonstige Vergnügungen der öffentliche Verkehr nicht belästigt werden. Das Werfen mit der Schleuder, mit Pfeilen, Steinen und anderen gefährlichen Gegenständen, Schießen mit Armbrüsten, Blasrohren oder dergleichen Instrumenten, das Schlagen oder Werfen nach Kastanien ist auf den Straßen untersagt.“ Damals, als diese Straßenpolizeiordnung erlassen ist, war das Fußballspiel noch nicht so entwickelt und nicht so ausgebreitet wie heute. Es hat jetzt eine Ausbreitung auch auf den Straßen genommen, die unliebsam empfunden wird. Die Bälle fliegen den Passanten an das Zeug, es wird auch gehöriger Lärm dabei gemacht. Dazu sind die Bälle nicht leicht und nicht immer sauber. Ich meine, daß das Ballspiel besser in der zweiten Hälfte des Paragraphen unterzubringen ist. Auch über den Schlagball, wenn er mit dem Ballholz getroffen ist, ist der Spieler nicht mehr Herr. Der Ball fliegt in die Fenster und zertrümmert sie; darüber werden viele Klagen geführt. Ich beantrage, daß der § 69 heißt:

„Durch Schneewerfen und sonstige Vergnügungen auf den Straßen darf das Publikum und der öffentliche Verkehr nicht belästigt werden. Das Ballspiel, das Werfen mit der Schleuder, usw.“

Der Unterschied ist der: Nach der früheren Fassung kann das Ballspiel verboten werden, aber es muß nachgewiesen werden, daß der Verkehr belästigt ist, und dazu ist nötig, daß diejenigen Personen, denen der Ball an den Kopf geflogen ist, oder denen die Fenster eingeworfen sind, sagen: „Wir sind belästigt.“ Die belästigten Personen mögen aber in den meisten Fällen nicht gern die Hilfe der Polizei anrufen und dabei ihre Namen angeben. Deshalb ist es besser, mit Rücksicht auf die Entwicklung, die das Ballspiel, insbesondere das Fußball- und Schlagballspiel genommen hat, daß es in die zweite Abteilung des Paragraphen kommt. Ich kann hinzufügen, daß die Turnspiele der Schulen wesentlich zugenommen haben, und daß die Ballspiele ausreichend auf den Spielplätzen getrieben werden können.

**Vorsitzender** (verliest den Antrag Frede).

**Stadtrat von Franzenberg:** Die Fassung des Paragraphen durch Herrn Frede scheint mir in mehr als einer Beziehung nicht ganz einwandfrei zu sein. Zunächst möchte ich darauf hinweisen, daß der Magistrat sorgfältig bemüht gewesen ist, ein „vielsköpfiges Ungeheuer“ aus der Straßenpolizeiordnung herauszubringen:

das „Publikum“. Herr Frede möchte es wieder hineingebracht wissen, und das ist wohl überflüssig. Wenn der öffentliche Verkehr belästigt wird, ist damit auch das Publikum belästigt, und deshalb möchte das Wort entbehrlich sein.

Ich habe aber auch inhaltlich schwere Bedenken gegen den Antrag und bitte, in diesem Falle kurzen Prozeß zu machen und den Paragraphen nicht an die Kommission zurückzuverweisen. Wohin sollte das führen, wenn die kleinen Mädchen, die auf der Friesenstraße Ball spielen, beschieden werden, damit nach dem Franzischen Felde zu gehen. Wenn das Ballspielen verboten ist, dann darf kein Kind mehr auf der Straße mit dem Ball fangen. Es gibt einen Spruch, der hier passen würde:

Was mich am lieben Freund zumeist verdrießt:

Wenn er nach Späßen mit Kartätzchen schießt.

Daß Fußball auf der Straße gespielt wird, darf uns doch nicht dahin führen, das Ballspiel auf der Straße ganz zu untersagen. Wenn das Ballspielen verboten würde, dann müßte das Schneeballwerfen auch verboten werden. Meine Herren, Sie würden entschieden zu weit gehen, wenn Sie dem Antrage zustimmen wollten.

**Stadtv. Frede:** Herr Stadtrat von Frankenberg jagt, wenn Sie meinem Antrage folgten, dann müßte das Schneeballwerfen auch verboten werden. Mit dem Schneeballwerfen liegt die Sache doch aber anders als mit dem Ballspiel. Das Werfen mit Schneebällen kann nur in einer kurzen Zeit des Jahres stattfinden, es kann also damit nicht so schlimm werden, wie bei dem Ballspiel, wodurch auf gewissen Straßen (besonders, wo nicht gefahren wird) große Störungen hervorgerufen werden. Wenn der Herr Stadtrat bemerkte, daß nach meinem Antrage die kleinen Mädchen nicht mehr auf der Straße Ball spielen könnten, so ist das selbstverständlich mit meinem Antrage nicht gemeint. Ich habe die Fassung schnell entworfen und sehe ein, daß ich das ändern muß. Was der Herr Stadtrat meinte, ist selbstverständlich harmlos, es kommt mir auf das Schlagball- und Fußballspiel an. Ich möchte mich dagegen verwahren, daß ich mit Kanonen nach Späßen schieße; ein solcher Vorwurf ist durchaus nicht angebracht.

**Vorsitzender:** Der abgeänderte Antrag Frede heißt:

„Durch Schneewerfen und sonstige Vergnügungen auf den Straßen darf der öffentliche Verkehr nicht belästigt werden. Das Schlagball- oder Fußballspiel, das Werfen mit der Schleuder usw. ist auf den Straßen untersagt.“

Der Antrag Frede wird abgelehnt und darnach der Paragraph in der alten Fassung als genehmigt angesehen.

(§§ 70—72 ohne weitere Besprechung.)

**Stadtv. Diedmann:** Ziemlich am Ende des § 73 hat der Magistrat das Wort „und“ hinzugefügt. Da möchte ich noch hinzuzufügen bitten „am Schwengel“, so daß es heißt „und kurzes Anbinden der Zügel am Schwengel“. Das Anbinden an dieser Stelle ist unbedingt das richtige, nicht das am Sprigbrett, denn im letzteren Falle bäumen sich die Pferde, und es ist dann schon manches Unheil entstanden.

**Stadtv. Wesemeier:** Ich habe noch einen anderen Wunsch zu § 73. Er handelt von dem unbeaufsichtigten Stehenlassen bespannter Fuhrwerke auf den Straßen und bestimmt, daß sich ein Führer eine verhältnismäßig kurze Zeit, bis zu 15 Minuten, vom Fuhrwerk entfernen darf, soweit dies unumgänglich nötig ist und mit der Verwendung der Fuhrwerke unmittelbar zusammenhängende Verrichtungen betrifft. Ich möchte beantragen, in der 10. Zeile hinter „wesentliche Störungen erleidet“ einzufügen:

„als mit der Verwendung des Fuhrwerks unmittelbar zusammenhängender Verrichtung gleichzuachten ist das Einnehmen einer Erfrischung des Führers oder der Ablader.“

Ich gehe von der Ansicht aus, daß es eine ganze Reihe Fuhrleute gibt, die den ganzen Vormittag oder Nachmittag, unter Umständen den ganzen Tag unterwegs sind. Diesen Leuten muß Gelegenheit gegeben werden, eine Erfrischung oder ihr Frühstück einzunehmen; bei schlechtem Wetter ist ihnen das auf der Straße unmöglich. Zum Schutze dieser Leute bitte ich, den Passus einzuschalten.

**Stadtv. Ribbentrop:** Dieser Paragraph mutet mich an, wie ein Paragraph aus der guten, alten Zeit. 15 Minuten einen Wagen unbeaufsichtigt auf der Straße stehen lassen, ist meiner Ansicht nach eine zu lange Zeit, mit 5 Minuten ist es reichlich getan, ich möchte sogar sagen 3 Minuten. Aber dem Ratscher nachzugeben, daß er zum Einnehmen des Frühstücks oder einer Erfrischung das Fuhrwerk unbeaufsichtigt läßt, halte ich für ein Ding der Unmöglichkeit.

**Stadtrat von Frankenberg:** Ich darf darauf hinweisen, daß über die jetzt vorliegenden und den geehrten Herren zur Bestätigung vorgeschlagene Fassung, die von der früheren nur in einer Kleinigkeit abweicht, vor 20 Jahren außerordentlich eingehende Verhandlungen stattgefunden haben. Auch damals hatten die Herren Stadtverordneten eine große Anzahl sachkundiger Mitglieder, und die Meinung ging damals dahin, daß man durch dieses Zugeständnis dem gerechten Verlangen der Führer genügend entgegenkäme, aber auch den Zugtieren durch die darin liegende Schranke einen Gefallen tue. Sie würden den letzteren einen geringeren Gefallen tun, wenn Sie den Paragraphen in der von Herrn Wesemeier angeregten Weise änderten. Dagegen habe ich gegen den Antrag Diedmann nichts einzuwenden und erkenne an, daß er eine Verbesserung bringen würde.

**Vorjigender** (verliest die Anträge Diedmann und Wesemeier, j. S. 105)

**Oberbürgermeister Ketemeyer:** Ich habe Bedenken gegen die Fassung, die Herr Diedmann vor schlägt. Ich bitte zu beachten, daß es heißen soll: „Loslösen der inneren Zugstränge und kurzes Anbinden der Zügel am Schwengel.“ Es soll also in jedem Falle der innere Zugstrang losgelöst werden, so daß der Schwengel frei schwebt. An der einen Seite hängt er noch an dem Zugstrange, er schwebt und kann nach hinten schlagen. Nun frage ich Herrn Diedmann: Dient es wohl zur Sicherheit, wenn er an den lose hängenden Schwengel den Zügel anbinden lassen will? Ich halte es auch nicht für richtig, alles andere Anbinden für unzulässig zu erklären. Es könnte ja auch Gelegenheit geboten sein, den Zügel an einen anderen feststehenden Gegenstand anzubinden. Weshalb sollte das nicht zulässig sein? Man kann nicht sagen, daß nur dieses Anbinden am Schwengel Sicherheit gibt.

**Stadtv. Stegmann:** Ich bitte, nicht polizeilicher sein zu wollen als die Polizei. Herr Ribbentrop wünscht als Zeit für das unbeaufsichtigte Stehenlassen der Fuhrwerke nur 5 Minuten festzusetzen, das ist doch unausführbar. Die Vierfahrer z. B. haben längere Zeit im Hause zu tun, und auch die Kollkutscher können in 5 Minuten ihr Geschäft im Hause nicht erledigen. Und wie sollen es denn die Führer machen, die — wie Herr Wesemeier erwähnte — längere Zeit mit ihren Fuhrwerken auf der Straße sind und gezwungen werden, während der Zeit ihr Frühstück einzunehmen? Ich bin dafür, daß diesen Leuten entgegengekommen wird, wie es Herr Wesemeier wünscht, und bitte, den Antrag Wesemeier anzunehmen.

**Stadtv. Diedmann:** Ich möchte bitten, meinem Antrage stattzugeben. Selbstverständlich kann man die Zügel auch noch an das Trittbrett, wo ein solches vorhanden ist, anbinden. Es geschieht auch an dem Rade. Das halte ich aber für verkehrt, denn wenn das Pferd nur ein klein wenig weitergeht, kann dadurch ein Malheur entstehen. Das Anbinden am Schwengel wird von erfahrenen Fuhrleuten empfohlen, und auch ich präge es meinen Kutschern ein. Dadurch wird das Pferd stramm festgebunden, und zieht es an, dann wird durch den Schwengel zu gleicher Zeit der Zügel zurückgezogen, so daß Gewähr geleistet ist, daß das Pferd nicht vorgehen kann. Ich halte diese Art des Anbindens des Zügels tatsächlich für sehr praktisch.

**Stadtrat von Frankenberg:** Ich glaube nach nochmaliger Prüfung, daß dasjenige, was Herr Diedmann will, durch den § 73 in seiner jetzigen Fassung erreicht wird. Es steht dort: „Es ist durch Anwendung genügender Vorsichtsmaßregeln

(Loslösen der inneren Zugstränge und kurzes Anbinden der Zügel) Sorge dafür zu tragen, daß die unbeaufsichtigt gelassenen Gespanne nicht durchgehen.“ Die Vorsichtsmaßregel muß also genügend sein. Jede beliebige Maßregel, auch jedes beliebig kurze Anbinden würde an sich nicht hinreichen. Deshalb würde man den Weg, den Herr Diekmann vorschlägt, wohl beschreiten können, man wird aber auch jede andere genügende Maßregel als für den Paragraphen zutreffend halten können. Ich glaube doch, daß man sich nicht an diese von Herrn Diekmann vorgeschlagene Vorschrift allein binden soll, sondern daß man in der Art und Weise des Anbindens besser Bewegungsfreiheit läßt.

**Stadtv. Ribbentrop:** Herr Stegmann erwidere ich: 5 Minuten ist eine lange Zeit. (Heiterkeit.) Warten Sie einmal 5 Minuten ab — ich werde keine 5 Minuten sprechen. Wenn Sie auf den Straßenverkehr sehen, dann werden Sie merken, wie die Kutcher sich nicht beeilen, und wie sie Zwiesprache untereinander halten. Denken Sie sich ein Fuhrwerk auf dem belebten Steinwege 15 Minuten lang stehen, und aus den 15 Minuten werden leicht 20 Minuten. Ich halte das für eine schwere Verkehrsbelästigung für alles, was hin und herrollt, besonders für die Automobile. 15 Minuten steht so manches Pferd auf einer lebhaften Straße schwerlich still, es müßte das schon ein ganz ruhiges Tier sein. Ich bin der Meinung, der Paragraph müßte überhaupt umredigiert werden. Es heißt dort: „Loslösen der innern Zugstränge“ und „das Loslösen der äußeren Zugstränge ist stets verboten“, ein Einspanner aber hat überhaupt nur zwei äußere Zugstränge. Es sind so viele Wünsche zu dem Paragraphen vorgebracht, daß ich anheimgebe, ihn auch an die Kommission zurückzuverweisen.

**Vorsitzender:** Es scheint allerdings, daß die von dem Herrn Vorredner berührte letzte Sache richtig ist. Ich nehme das Einverständnis der Versammlung an, daß § 73 an die Kommission zurückverwiesen wird.

(§§ 74 und 75 ohne weitere Besprechung.)

**Vorsitzender:** Zu § 76 ist von Herrn Sander ein Antrag eingegangen. Er lautet:

„Anhang zu § 76:

Weitergerüste, sogenannte Malergerüste, müssen — wenn die Straßenbeleuchtung nicht genügt, die Gerüste derart zu beleuchten, daß eine Gefährdung der Passanten vermieden wird — besonders in zweckentsprechender Weise beleuchtet werden.“

**Stadtv. Sander:** Die jetzt bestehende Vorschrift ist eine arge Belästigung der Gewerbetreibenden. Es ist jetzt ganz gleichgültig, wenn ein Malergerüst an einem



Hauje steht, ob eine oder mehrere Straßenlaternen in der Nähe sind, die das Gerüst vollständig beleuchten, so daß nichts passieren kann. Die Polizei verlangt doch, es muß eine Laterne an dem Gerüst angebracht werden. Und doch sieht es übel aus, wenn solche Tranjunsel in der Nähe der hellen Straßenlaterne hängt. Ich kenne das aus eigener Erfahrung. Ich habe auf dem Bankplatze ein Leitergerüst stehen gehabt, bei dem mitten in dem Gerüst eine Straßenlaterne brannte, 10 m gegenüber ein großer Kandelaber mit 4 großen Lampen, rechts und links, ungefähr 10 m weit von dem Gerüst, waren andere Straßenlaternen angebracht. Das Gerüst war dadurch so beleuchtet, daß es unmöglich war, daß Passanten dadurch gefährdet wurden, und trotzdem mußte auf beiden Seiten eine Petroleumlaterne angebracht werden. Ich habe — nebenbei bemerkt — das Unglück gehabt, daß die eine davon ausgegangen ist, und werde wahrscheinlich dieserhalb in Strafe genommen werden. Das geht aber nicht mir allein so, das geht Hunderten von Geschäftseuten so und ist für sie eine arge Belästigung. Vor allen Dingen aber ist die Sache vollständig zwecklos, und es macht einen kläglichen Eindruck, wenn an solchen hellerleuchteten Stellen die Tranjunseln hängen. Wer sie anbringt, hat dem Geseze aber Genüge getan, mögen sie leuchten oder nicht, und er wird wenigstens nicht in Strafe genommen. Ich bitte, dem von mir vorgeschlagenen Anhange zu dem Paragraphen zuzustimmen.

**Vorsitzender:** Es empfiehlt sich vielleicht, den Anhang in unmittelbaren Anschluß an Absatz 2 zu bringen.

**Stadtv. Frede:** Ich möchte den Magistrat um eine Interpretation des Wortes „lagern“ bitten. Im Grundbesitzerverein ist Klage darüber geführt, daß die Grundbesitzer, wenn sie eine Fuhr Sand bekommen und sie den Sand sofort von der Straße wegschaffen, die Polizei jagt: Ihr habt das Lagern nicht angemeldet und werdet in Strafe genommen. Ich bin der Ansicht, diese Auslegung des Paragraphen ist nicht richtig; eine Anmeldung auf der Polizei sei nur nötig, wenn ein längeres Liegenbleiben auf der Straße bezweckt wäre. Außerdem ist es nicht möglich, eine Anmeldung in diesen Fällen auszuführen, denn die Betreffenden wissen gar nicht, zu welcher Zeit die Fuhr ankommt.

**Vorsitzender:** Wir müssen die Beratung einen Augenblick aussetzen, da einige Herren den Saal verlassen haben, sind wir nicht beschlußfähig. (Kurze Pause.)

**Stadtrat von Frankenberg:** Ich glaube, der Vorichlag des Herrn Sander ist doch wohl bei richtiger, sinngemäßer Auslegung des Paragraphen entbehrlich. Ich erkenne an, daß Schwierigkeiten entstehen können, wenn man die Bestimmung gar zu eng auslegt. Wenn aber hier geschrieben ist, daß der betreffende Teil der

Straße während der Dunkelheit beleuchtet werden müsse, so kann doch sehr wohl gesagt werden: Wenn dieser Straßenteil durch eine Straßenlaterne schon beleuchtet ist, dann ist doch eine unbedingte Notwendigkeit, daß neben der städtischerseits erfolgten Beleuchtung auch der betreffende Unternehmer noch extra eine Beleuchtung hinzufügt, aus dem Wortlaut des Paragraphen nicht zu entnehmen. Ich glaube, das wird auch von der Polizeibehörde so aufgefaßt werden.

**Stadtv. Sander:** Die Praxis hat ergeben, daß das nicht der Fall ist, was Herr Stadtrat von Frankenberg voraussetzt. Ich bin zu dem Oberwachmeister gegangen und habe gesagt: Das Gerüst ist von den Straßenlaternen beleuchtet, es kann kein Unfall passieren. Es wurde mir geantwortet: „Das ist ganz gleich, das Gerüst muß von Ihnen beleuchtet werden.“ Ich habe es nicht getan und bin in Strafe genommen. So ist es mir nicht allein ergangen, und so geht es schon seit Jahren. Es ist diese Sache auch in der Innung vorgebracht, und dort wurden ganz präzise Fassungen, um die die Polizei nicht hinweg kann, für angebracht gehalten. Ich möchte trotz der Einwendungen des Herrn Stadtrats bitten, einen Zusatz hinzuzufügen. Ich habe die Fassung im Augenblick zusammengestellt und möchte beantragen, den Paragraphen an die Kommission zurückzuverweisen, damit dort vielleicht eine präzisere Fassung vorgenommen wird.

**Stadtv. Munte:** Wenn sich die Auslegung der Polizeibehörde in dem Rahmen bewegt, wie Herr Sander ausgeführt hat, dann wäre es am Platze, den Zusatz zu machen. Ich habe gesehen, daß die Bauunternehmer aus Angst vor der Polizei rot scheinende Laternen neben die lagernden Baumaterialien gehängt haben, und das auf Stellen, die sich zwischen den Kastanienbäumen befinden, wo doch nur einer hingehen könnte, der m-Striche macht. Ich glaube, daß es doch angebracht ist, hier Klarheit zu schaffen.

**Stadtv. Dr. Boge:** Ich möchte bitten, wegen der Fassung des Zusatzes den Paragraphen an die Kommission zurückzuverweisen.

**Vorsitzender:** Ich nehme das Einverständnis der Versammlung mit der Rückverweisung an.

**Stadtrat von Frankenberg:** Bezüglich der Anfrage des Herrn Frede bin ich persönlich der Ansicht, daß man unter Lagern nicht ein einmaliges, ganz kurzes Hinlegen, sondern ein etwas längeres Liegenlassen versteht. Das scheint mir sprachlich die Bedeutung dieser üblichen Ausdrucksweise zu sein. Dafür spricht auch, daß nach dem Paragraphen von einer den Verkehr hindernden oder be-

beschränkende Weise die Rede ist. — Selbstverständlich kann ich in der Beziehung nur für meine Person sprechen.

**Stadtv. Meyerhoff:** Ich kann auch von dem Lagern sagen. Wenn man einen Bau ausführt und bestellt beim Lieferanten eine Fuhr Grand, dann kommt es vor, daß der Grand schon vor 7 Uhr abgeladen ist und die Bauleute erst um 7 Uhr zur Arbeit antreten. Dann kommt der Oberwachmeister und sagt: „Sie haben widerrechtlich etwas auf der Straße gelagert; es ist keine Anzeige davon gemacht!“ Der Bauherr ist aber ganz unschuldig, denn er war nicht in der Lage, mit seinen Leuten so frühzeitig am Platze zu sein wie die Fuhrleute. Die Polizeiorgane richten sich nur nach dem Wortlaut des Paragraphen und sagen: Hier ist etwas gelagert, und das ist widerrechtlich.

**Vorsitzender:** Ich schließe die Beratung über diesen Paragraphen. Er ist an die Kommission zurückverwiesen.

(§§ 77—79 ohne weitere Besprechung.)

**Stadtv. Frede:** In § 80 heißt es: „Jeder Eigentümer eines an die Straße grenzenden Grundstücks hat dafür zu sorgen, daß aus dem Grundstück kein Himmelswasser über den angrenzenden Fußweg abfließen kann.“ Der Magistrat beantragt, weiter als neuen Zusatz zu sagen: „und daß kein Tropfenfall von den Dachrinnen auf die Straße stattfindet.“ Die Straßenpolizeiordnung kann aber doch nicht dekretieren, daß kein Tropfenfall stattfinden soll, und wenn er stattfindet, kann sie nicht vorschreiben, daß er aufhört. Wenn es friert, werden kleine Risse am Dache auseinandergetrieben, und kein Klempner findet sich, der während dieser Zeit eine Reparatur ausführt. Es ist einfach unmöglich, dann den Tropfenfall zu verhindern. Ich sollte meinen, daß die Vorschrift in § 92 vollständig genügt, wo es heißt: „Unmittelbar an den Straßen belegene Häuser müssen an der Straßenseite mit Dachrinnen und Fallrohren versehen sein, welche stets in gutem Zustande zu erhalten sind.“ Das sagt doch genug! Warum soll das in diesem Paragraphen noch einmal und härter ausgedrückt werden, und zwar in einer Sache, bei der es für den Grundbesitzer unmöglich ist, sie zu beheben. Ich beantrage, diesen Satz „und daß kein Tropfenfall von den Dachrinnen auf die Straße stattfindet“ zu streichen.

**Stadtrat von Frankenberg:** Der Magistrat hat im Einvernehmen mit der Polizeidirektion diese Ergänzung vorgeschlagen, um Unständen entgegenzutreten, die im Laufe der Zeit sich gezeigt haben. Was nützt die schönste Dachrinne, wenn

sie nicht groß genug ist, wenn sie überflutet wird und trotz ihres Vorhandenseins ein Tropfenfall stattfindet. Die Vorschrift in § 92 handelt nur von der dichten Beschaffenheit der Dachrinnen, aber ihre ausreichende Größe wird darin nicht behandelt. Deshalb scheint es nicht überflüssig, sondern zweckmäßig zu sein, diesen Zusatz in § 80 zu machen. Es kommt hinzu, daß gesagt wird: „Jeder Eigentümer hat dafür zu sorgen.“ Wenn der Herr nachweist, daß er in der Weise eines sorgsam Hausvaters seine Aufmerksamkeit darauf gelenkt hat, und daß die Störung gleichwohl eingetreten ist, so hat er seiner Pflicht genügt.

Stadtv. **Fartung:** Ich gehe noch etwas weiter als mein Nachbar Frede. Ich beantrage,

„den § 80 zu streichen,

event. bei § 80 hinter „aus dem Grundstücke“ einzufügen: „abgesehen von Fällen starken Regens.“

Ich beantrage dies aus folgenden Gründen: § 92 sagt ausdrücklich, wie Herr Frede schon ausgeführt hat, was der Hausbesitzer in dieser Hinsicht tun soll, und was man billigerweise von ihm verlangen kann. Es kann verlangt werden, daß er die Fallrohre und Dachrinnen richtig anbringen läßt. Aber ihm vorzuschreiben, daß er dafür sorgen soll, daß kein Himmelswasser aus dem Grundstücke auf die Straße fließt, ist in manchen Fällen etwas direkt Unmögliches. Bei den innenstädtischen Straßen, wo die Höfe niedriger liegen als die Hausdiele, wird allerdings kein Wasser durch die Hausdiele auf die Straße fließen. Aber an den Wällen und an allen Straßen, die von Gärten begrenzt sind, ist es einfach ein Ding der Unmöglichkeit, dem Verlangen nachzukommen. Wenn Sie noch so schöne und große Dachrohre anbringen, werden Sie nicht verhindern, daß bei starkem Regen Himmelswasser auf die Straße läuft, wenn das Gartengrundstück nicht zufällig niedriger liegt als die Straße. Auf dem ganzen Walle werden Sie nur wenig Grundstücke finden, bei denen dieser Ausnahmefall eintritt. Wenn im Gemeinen Recht gesagt wird: Es muß der Unterlieger das Himmelswasser vom Oberlieger aufnehmen, so hat das seinen Grund, denn man kann nicht verlangen, daß gegen natürliche Verhältnisse angeämpft wird. Die Bestimmung in diesem Paragraphen würde tatsächlich dahin führen, daß der Hausbesitzer für Sachen bestraft würde, gegen die er nichts machen kann.

Ebenso wie mit den Fallrohren ist es auch mit den Dachrinnen. Bei plötzlichem starken Regen werden Sie nie verhindern können — wenn Sie nicht ungeheuerliche Dachrinnen an die Häuser annageln, was doch niemand haben möchte —, daß ein gelegentliches Überschießen der Dachrinnen stattfindet. Deshalb halte ich dafür, daß der ganze Paragraph gestrichen werden muß. Wird das nicht beliebt, dann bitte ich einzufügen: „abgesehen von Fällen starken Regens,“ also

nur für gewöhnlich müssen die Dachrinnen und Fallrohre ausreichen. Es ist nicht richtig, mit dem Herrn Stadtrat zu sagen: „Ausnahmefälle werden immer anders beurteilt werden“, und bei der Befehgebung diese Fälle nicht zu berücksichtigen.

**Vorsitzender:** Ihr Hauptantrag geht dahin, den ganzen Paragraphen zu streichen; bei Ihrem Eventualantrag wollen Sie wohl den lithographierten Zusatz des Magistrats auch gestrichen sehen.

Stadtv. **Hartung:** Ich hätte nichts dagegen, daß der Zusatz des Magistrats bestehen bleibt, wenn die von mir beantragte Zwischenfügung gemacht wird. Ich will den Antrag dahin ändern, daß die Worte „abgesehen von Fällen starken Regens“ hinter das Wort „daß“ treten.

Stadtv. Dr. **Boge:** Ich möchte bitten, auch diesen Paragraphen an die Kommission zurückzuverweisen. Ich muß anerkennen, daß Herr Frede in dieser Sache recht hat. Die Größe der Dachrinnen und der Fallrohre unterliegt der baupolizeilichen Genehmigung, und bei normalen Verhältnissen werden sie genügen. Wenn aber der Tropfenfall bei starkem Regen, bei Schnee und Tauwetter eintritt, werden wir den Hausbesitzer nicht verantwortlich machen können. Ich glaube, daß es richtig ist, wenn der Paragraph an die Kommission zurückverwiesen wird.

**Vorsitzender:** Ich nehme das letztere als Meinung der Mehrheit an.

(Zu §§ 80 a, 81, 82 keine weitere Besprechung.)

Stadtv. **Diedmann:** In § 83 wird vom Grundeigentümer verlangt, daß er den sich unter der Gassenbrücke ansammelnden Schmutz selber beseitigt. Das ist zu viel verlangt. Die Stadt ist auch Grundeigentümer; wer soll da die Entfernung besorgen? Schreiben Sie doch: „beseitigen zu lassen.“

**Vorsitzender:** Herr Frede hat folgenden Antrag eingebracht:

„§ 83: Die Anlegung von Gassenbrücken darf nur nach erfolgter Genehmigung des Stadtmagistrats geschehen. Der beteiligte Grundeigentümer hat dafür zu sorgen, daß der unter der Gassenbrücke sich ansammelnde Schmutz beseitigt und durch diese Anlage der Abfluß des Wassers in die Straßengasse nicht gehindert wird.“

Stadtv. **Frede:** Es ist daselbe, was schon Herr Diedmann erwähnt hat. Es wird keiner verlangen, daß die Arbeit der Grundbesitzer selbst ausführt.

**Vorsitzender:** Die Herren Frede und Diekmann wollen den zweiten Satz ändern, aber den ersten und letzten aufrechterhalten. — Herr Diekmann hat einen neuen Antrag eingebracht. (Zuruf Diekmann: Der sich mit dem Antrage des Herrn Frede deckt.)

Der Antrag Frede (Diekmann) wird angenommen. Darnach gilt der § 83 mit dieser Änderung als genehmigt.

(§ 84 ohne weitere Besprechung.)

Stadtv. **Frede:** Eine Kleinigkeit zu § 85. Es steht darin das etwas antiquierte Wort „ingleichen“. Ich möchte beantragen, dafür zu sagen „desgleichen“.

**Vorsitzender:** Die Herren werden mit dieser redaktionellen Änderung einverstanden sein, und dann auch mit dem ganzen Paragraphen.

Stadtv. Dr. **Voge:** Ich möchte anfragen, ob wir hier nicht mit der Beratung der Straßenpolizeiordnung aufhören wollen.

Der **Vorsitzende** entnimmt aus der Haltung der Versammlung, daß es ihr Wunsch ist, in der Beratung fortzufahren.

Stadtv. **Frede:** Ich beantrage, hinter „Obstschalen“ noch „Glas“ hinzuzufügen zu wollen, und zwar mit Rücksicht auf die Beschädigungen, die den Fahrrädern durch Glascherben erwachsen, ebenso wie die Obstschalen den Fußgängern gefährlich werden können.

Der Paragraph wird mit diesem Zujage angenommen.

(§§ 87—89 ohne weitere Besprechung.)

Stadtv. Dr. **Voge:** Der Zujag des Magistrats zu § 90 ist von der Kommission angenommen.

Stadtv. **Diekmann:** Es soll nach § 90 das Füttern von Zugtieren auf der Straße — mit Ausnahme der Pferde vor den Droschken und Omnibussen auf den Halteplätzen — verboten werden. Ich meine, ebenso gut wie es den Kutschern gestattet werden muß, auf den Straßen zu frühstücken, so muß es auch den Tieren gestattet sein — wenn ich das so ausdrücken darf —, ihre Mahlzeiten einzunehmen. Es kann sich wohl ereignen, daß ein Fuhrwerk unter Mittag auf der Straße bleibt.

Sollen dann die Tiere in der Gluthitze ohne eine Stärkung bleiben? Ich bitte, den Fuhrwerksbesitzern nicht aufzulegen, daß sie vorher die Erlaubnis der Polizei einholen, wenn sie ihre Tiere in solchen Fällen auf der Straße füttern wollen.

**Stadtrat von Frankenberg:** Bei dem Vorschlag, der Herzoglichen Polizeidirektion das Recht einzuräumen, Ausnahmen zuzulassen, ist nicht im wesentlichen Rücksicht auf hiesige Fuhrwerke, sondern auf Fuhrwerke von auswärts genommen. Es heißt in der Erklärung der Herzoglichen Polizeidirektion: „Mit der Zunahme des Verkehrs wird die Unterbringung der auswärtigen Fuhrwerke in den Gastwirtschaften immer schwieriger. Es kommt vor, daß ein Landmann, der hier Einkäufe machen will und in der Gastwirtschaft keinen Platz findet, auf der Straße füttern muß, um seine Pferde nicht hungern zu lassen. Dasselbe gilt für Fahrten mit Möbelwagen beim Wohnungswechsel, für Montagewagen der Straßen-Eisenbahn-Gesellschaft ujm. Es empfiehlt sich für solche Fälle, der Herzoglichen Polizeidirektion die Befugnis zur Erlaubniserteilung zu geben.“ So gern ich Herrn Diekmann in dieser Sache entgegenkommen möchte, so glaube ich doch, daß es ratsam sein wird, es bei der vorgeschlagenen Bestimmung bewenden zu lassen. Ich meine, daß es die Beteiligten doch einrichten könnten, die Fütterung auf der Straße zu vermeiden, indem sie z. B. auf dem von ihnen aufgesuchten Grundstücke die Zugtiere füttern.

**Vorsigender:** Wir setzen einstweilen die Beratung über § 90 aus, bis der Antrag Diekmann schriftlich eingereicht ist.

(§§ 91—104 ohne weitere Besprechung.)

**Stadtv. Diekmann:** Zu § 105 ist der Nachsatz gestrichen: „Ausnahmen kann die Herzogliche Polizeidirektion bewilligen.“ Es wird viele Bürger hart treffen, wenn sie die Brennmaterialien nicht mehr durch die Kelleröffnungen in das Haus befördern dürfen. Weshalb will man das den Leuten so furchtbar erschweren? Es ist nicht jeder in der Lage, ein neues Haus zu bauen, um der Vorschrift des § 105 Rechnung zu tragen. Ich bitte, den Schlußsatz doch bestehen zu lassen.

**Stadtrat von Frankenberg:** Jeder Paragraph hat seine kleine Geschichte, auch dieser, und insbesondere Absatz 2, dessen Streichung vom Magistrat vorgeschlagen wird. Als wir vor 5 Jahren die Straßenpolizeiordnung berieten, hat sich der Stadtmagistrat mit den Herren Stadtverordneten über die Streichung eines derartigen Zusatzes geeinigt. Es gelang aber dann den Vorstellungen verschiedener staatlichen Behörden, das Ministerium zu überzeugen, daß es doch mit Rücksicht auf verschiedene staatliche Gebäude zweckmäßiger wäre, den Absatz beizubehalten,

und das Ministerium erklärte, die Genehmigung zur Straßenpolizeiordnung nicht anders erteilen zu können, als wenn dieser Zusatz wiederhergestellt würde. Die städtischen Behörden haben damals notgedrungen und nicht ganz leichtem Herzens diese Befugnis der Herzoglichen Polizeidirektion wieder eingeräumt. Jetzt sollten wir die Gelegenheit wahrnehmen, wenn irgend möglich, diesen Absatz streichen zu können. Ich glaube, es haben sich sowohl die staatlichen Betriebe, wie auch sonst die Persönlichkeiten daran gewöhnt, daß es beim Abladen von Feuerungsmaterial reinlich und ordentlich zugehen soll. Dieses Streben ist gewiß berechtigt, wenn man die Schmutzerei ansieht, die manchmal entsteht, wenn die Ausnahme gestattet wird. Ich habe das neulich auf dem Steinweg beobachtet; es war entsetzlich. Zumal bei Regenwetter ist es schlimm, wo der Schmutz Hunderte von Metern weitergetragen wird. Ich glaube in Herrn Diedmann einen Mann zu kennen und zu schätzen, der im Sinne der Sauberkeit und Ordnung wirkt, und möchte empfehlen, daß er und jedenfalls die Mehrheit der Versammlung sich den Vorschlägen des Magistrats anschließen.

Der Antrag Diedmann wird abgelehnt; der § 105 gilt darnach als nach der Magistratsvorlage angenommen.

**Stadtv. Diedmann:** Im § 106 steht: „Das Knallen mit der Peitsche auf der Straße ist verboten. An den Peitschenriemen dürfen keine Schweppen geführt werden.“ Ein ordentlicher Kutscher hält darauf, daß er eine richtige Schweppe hat. Ich habe darauf geachtet: selbst die Kutscher, die vom Stadtmagistrat angestellt sind, halten darauf. Sie wollen doch nicht jeden einzelnen, der eine Schweppe führt, vor den Radi führen! Und wenn er verurteilt wird, dann legt er vielleicht noch Berufung ein. Das wäre ja fürchterlich! Außerdem ist es auch notwendig, daß eine Schweppe an der Peitsche ist. Wenn der Magistrat Erdbreich aus Gruben, aus dem Wasserwerk am Bienröder Wege heraufholen läßt, haben die Pferde schwere Arbeit, sie müssen kräftig anziehen. Gibt der Kutscher aber das Zeichen dazu mit einem Peitschenknall, dann tun die Pferde auch ihre Schuldigkeit. Lassen Sie dem Kutscher doch die Gelegenheit, bei solchen Sachen zu knallen! Die Peitsche macht einen viel netteren Eindruck, wenn eine Schweppe daran sitzt. Eine Peitsche ohne Schweppe kommt mir vor wie Bouillon ohne Salz. Gefnallt zu werden braucht in der Stadt deshalb doch nicht, wenn auch eine Schweppe an der Peitsche sitzt.

**Stadtrat von Frankenberg:** Bei den letzten Worten des Herrn Vorredners muß ich an das Wort denken: Die Bottschaft hör' ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Mit der Schweppe an der Peitsche kommt das Knallen von selbst, und gerade, daß das Knallen ausbleibt, ist, was wir wollen. Wir wollen die Kutscher



nicht in Versuchung führen. Wenn es sich vielleicht eingeschlichen hat, daß die Kutscher in den städtischen Betrieben noch hier und da eine Schweppe haben, dann wird die schätzenswerte Anregung durch Herrn Diedmann wohl genügen, um dem einen Kegel vorzuschieben. Wir haben zwar in den landesrechtlichen Bestimmungen die Vorschrift, daß in Hohlwegen geknallt werden muß. Da wir aber in der Stadt Braunschweig Hohlwege nicht haben, so ist die Schweppe bei uns entbehrlich. Ich glaube, wir können es bei der Streichung des letzten Satzes bewenden lassen.

**Vorsigender:** Ich bitte Herrn Diedmann, sich darüber zu äußern, ob er auch den ersten Absatz gestrichen haben will?

**Stadtv. Diedmann:** Ich möchte mir eine Anfrage an den Herrn Stadtrat gestatten: Was würde er tun, wenn er an einem Wagen vorbeifahren will, und der vor ihm fahrende Kutscher weicht nicht aus? Das Rufen hört ein solcher Kutscher nicht, wenn man aber mit der Peitsche knallt, dann weiß er Bescheid, und dann hat auch kein Schutzmann etwas dagegen. Daß Sie dem Kutscher keine Gelegenheit dazu geben wollen und diese gezwungen werden sollen, die Peitsche ohne Schweppe zu führen, das ist gerade so, als wenn Sie bei Hitze jemandem die Wasserleitung abschneiden wollten. Lassen Sie doch den Kutschern die Schweppe, sie haben immer einige davon in der Tasche. Auch in Berlin führen die Kutscher eine Schweppe; die gehört einfach an die Peitsche.

**Vorsigender:** Wenn Sie wünschen, daß der Kutscher eine Schweppe an der Peitsche hat, dann können Sie doch nicht verbieten, daß er mit der Peitsche knallt! (Stadtv. Diedmann: Doch!)

**Stadtv. Meyerhoff:** Da ich in der Kommission keine Gegenliebe mit dem Antrage fand, daß die Schweppe wieder eingeführt werde, so habe ich mir erlaubt, vorzuschlagen, daß jeder Fuhrmann eine Pfeife haben soll, damit er ein Signal geben kann. Ich kenne eine ganze Menge Städte, wo das vorgeschrieben ist. Die Pfeife sitzt den Kutschern fest im Munde, und bei jeder Straßenkreuzung geben sie ihr Signal ab, ebenso, wenn sie vorfahren wollen.

**Stadtv. Diedmann:** Ich wollte Herrn Meyerhoff erwidern: Wenn auch der Kutscher mit der Pfeife ein Signal gibt, dann ziehen die Tiere immer noch nicht an, aber bei dem Peitschenknall geschieht das. Das Knallen ist immer noch richtiger, als wenn die Tiere mit der Peitsche ohne Schweppe geschlagen werden.

**Stadtrat von Frankenberg:** Aus den Worten des Herrn Vorredners geht immer mehr hervor, daß er nicht nur die Schweppe, sondern auch das Knallen will. Wir wollen aber nicht, daß auf dem Bohlwege ein Peitschenkonzert wie im Oberharz gegeben wird, darum müssen wir uns wohl dahin verständigen: Fort mit der Schweppe.

**Vorsitzender:** Herr Diedmann, wenn Ihren Wünschen Rechnung getragen werden soll, dann müßten Sie wohl beantragen, daß der ganze Paragraph fällt.

**Stadtv. Diedmann:** Nein, das beabsichtige ich nicht. Ich beabsichtige zu erreichen, daß in dem Paragraphen nur das Knallen auf der Straße verboten wird.

Die Abstimmung ergibt Annahme des Antrages Diedmann, was von der Versammlung mit Heiterkeit und Bravo entgegengenommen wird.

(§§ 107—109 ohne weitere Besprechung.)

**Stadtv. Munte:** (zu § 110): Es ist früher vielfach Mode gewesen und auch jetzt noch, daß in Fabriken und geschäftlichen Betrieben laute Pfeifensignale gegeben werden. Die Leute aber, die das Zeichen angeht, die Beamten und Arbeiter der Fabriken, wissen auch ohne dieses ganz genau, wann ihre Arbeitszeit angeht, und noch genauer, wann sie vorbei ist, und andere interessiert es nicht. In jedem größeren Fabrikbetriebe können auch andere Einrichtungen geschaffen werden — Klingeln, Uhren, Portiers —, durch die die Arbeitszeit angezeigt wird. Ich möchte bitten, nachdem vor Jahren die Zeit für solche Signale in gewerblichen Betrieben auf 10 Sekunden herabgemindert ist, den zweiten Absatz des Paragraphen so lauten zu lassen:

„Auch die gewerblichen Betriebe dürfen den Beginn und Schluß der Arbeitszeit nicht mehr durch Dampf-pfeife oder sonstige geräuschvolle Getöse bemerkbar machen.“

Es hat das meiner Meinung nach keinen Zweck mehr.

**Stadtv. Meyerhoff:** 10 Sekunden sind doch eine sehr kurze Zeit. Man kann sich allerdings über diese Rebelhörner oder Heulsignale gewissermaßen entsetzen, das gebe ich zu; aber denken Sie doch einmal an Betriebe, wie die Fabriken von Luther oder Amme, Giesecke & Koenigen, die weitverzweigte Betriebe haben und alle Jahr größer werden. Was für Signalwerke sollten die anlegen, wenn sie alle Teile ihres Betriebes damit erreichen wollten! Dazu kommt: Alle elektrischen Signale können einmal versagen, während die Dampf-pfeifen nicht ver-

jagen, solange Dampf da ist. Ich möchte bitten, diesen weitgehenden Antrag des Herrn Munte nicht zu unterstützen. Es ist für ein großes Fabriketablissement nicht anders möglich, Signale für den ganzen Betrieb zu geben.

**Stadtv. Frede:** Ich kann den Antrag Munte nur unterstützen. Herr Munte wohnt in der Kastanienallee und leidet lange nicht so sehr unter diesen Signalen wie wir im Wilhelmitorbezirk. Das ist einfach furchtbar. Gegen halb 6 Uhr geht es an mit Pfeifen und Nebelhörnern, in allen möglichen Tonarten und in verschiedener Länge. Die Fabriken kümmern sich nicht um die Vorschrift von 10 Sekunden, und die Polizei auch nicht. Manchmal dauert das Signal eine halbe Minute. Nach einer halben Stunde geht es wieder an, dann wird die Frühstückspause angezeigt, darauf die Mittagszeit und am Nachmittag geht es weiter. Es ist schrecklich, das den ganzen Tag anzuhören. Wenn wir das ändern wollten, dann wäre aber die von Herrn Meyerhoff angeregte Frage, ob es angängig ist, auf andere Weise Signale zu geben, noch zu erörtern. Ich habe mit meinem Nachbar Brückmann darüber gesprochen. Trotzdem er ein sehr ausgedehntes Etablissement besitzt, hat er nur noch elektrische Signale und fährt gut dabei. Ich bin also persönlich überzeugt, daß es auch in anderen Fabriken ohne das Pfeifen gehen wird, und bin für den Antrag Munte.

**Stadtv. Ribbentrop:** Der Antrag Munte geht denn doch zu weit. Die elektrischen Signale in den Wohn- und Fabrikräumen würden von denen die draußen arbeiten, nicht beachtet werden. Aber setzen Sie doch die Zeit für die Signale auf 5 Sekunden. Wenn Herr Frede darüber zu klagen hat, daß die Fabrikpfeifen länger als 10 Sekunden in Bewegung gesetzt werden, dann braucht er ja nur die Polizei zu benachrichtigen, die wird Abhilfe schaffen. (Stadtv. Frede: Man tut das nicht gern!) Ja, dann ist es Ihre Schuld!

**Stadtrat von Frankenberg:** Ich bin auch der Ansicht des Herrn Ribbentrop. Es ist nicht wohlgetan, wenn man in dieser Beziehung der Industrie gar zu große Schranken auferlegt. Derartige Signale liegen auch im Interesse der Arbeiterschaft, die Wert darauf legen muß, derartige Zeichen zu vernehmen. Es geschieht ihnen und den Fabriken ein schlechter Dienst, wenn man so wirksame und allerdings auch recht kräftige Zeichen verbietet. Es könnten daraus leicht Mißhelligkeiten zwischen beiden Parteien entstehen, indem den Arbeitern vorgeworfen wird: „Ihr seid nicht pünktlich angetreten, habt die Mittagspause überschritten, es wird eine Strafe über euch verhängt.“ Solche Zweifel können nicht eintreten, wenn ein kräftig klingendes Zeichen zugelassen bleibt. Wir sind einmal in der Lage, in der großen Stadt zu wohnen, wo auch große Fabriken vorhanden sind — unsere Nerven müssen eben mehr aushalten.

**Stadtv. Hartung:** Ich möchte nur eine redaktionelle Bemerkung machen. Es heißt in dem Antrage: Es soll kein geräuschvolles Getöse vorkommen. Ein Getöse ohne Geräusch kann ich mir nicht vorstellen. Ich möchte vorschlagen „geräuschvolles“ zu streichen. Im übrigen bin ich auch gegen den ganzen Antrag.

**Stadtv. Busch:** Ich möchte bitten, den Paragraphen durch ein paar Worte zu vervollständigen, indem es heißt: Der unbefugte Gebrauch von Kugel- und Schrißlpfeifen auf den Straßen und seitens der Ruderer auf der Oker“ usw. Das sind manchmal furchtbare Getöse, und wenn die des Nachts ertönen, fährt man im Bette in die Höhe. Die Anlieger der Adolfsstraße können ein Lied davon singen.

**Stadtv. Weichsel:** Die Anregungen der Herren Munte und Busch sind wohl beherzigenswert, aber redaktionell sind sie wohl zu verbessern. Ich bitte, den Paragraphen an die Kommission zurückzuverweisen.

**Stadtv. Meyerhoff:** Es kommt bei den Dampfpfeifensignalen noch etwas anderes in Frage, an das Herr Munte nicht gedacht hat. Wenn die Fabrik anfängt, das Signal zu geben, dann strömen auch eine ganze Menge Leute der Fabrik zu, die in der Nähe wohnen und ganz ruhig zu Hause auf das erste Signal warten können und doch noch pünktlich zur Arbeit erscheinen. Denen würden Sie mit einem elektrischen Signal nicht dienen. Die Dampfpfeife ist nicht allein für die in der Werkstätte Arbeitenden da, sondern auch für die im Freien arbeitenden Leute. Auch diejenigen, die aus der Werkstätte heraustreten und an die Luft gehen, werden durch die Pfeife erinnert: Jetzt ist es Zeit, ihr müßt wieder herein kommen. Aus diesen Gründen können wir nicht darauf eingehen, die Dampfpfeifensignale zu verbieten.

**Vorsitzender:** Es ist angeregt, auch diesen Paragraphen an die Kommission zurückzuverweisen.

**Stadtv. Stegmann:** Die Sache liegt wohl so einfach und klar, daß es zwecklos wäre, den Antrag an die Kommission zurückzuverweisen.

**Stadtv. Weichsel:** Der Antrag des Herrn Munte ist in der Form, wie er aufgestellt ist, bedenklich; das dürfen wir nicht übersehen. Wenn die Herren der Ansicht sind, daß der Antrag abzulehnen ist, dann können wir selbstverständlich sofort einen Beschluß fassen. Wenn Sie aber glauben, daß der Antrag Munte und Busch erwägenswert ist, dann wäre es richtiger, daß der Paragraph an die Kommission zurückverwiesen wird.

**Vorsitzender:** Die Meinung der Versammlung wird sich durch die sachliche Abstimmung ergeben.

Die Rückverweisung an die Kommission wird abgelehnt, auch der Antrag Munte (mit Weglassung des Wortes geräuschvoll) wird abgelehnt.

**Vorsitzender** (verliest den Antrag Busch): Ja, diese Fassung ist wohl nicht ganz einwandfrei. Ich möchte doch die Weiterberatung des § 110 einstweilen aussetzen und bitten, den Antrag noch einmal zu redigieren.

Stadtv. Dr. **Boge** (zu § 112): Die Kommission ist mit der vom Magistrat vorgeschlagenen Änderung einverstanden.

Stadtv. **Meyerhoff:** Der Paragraph soll nach der neuen Fassung heißen: „Das Topfwerfen auf der Straße und in den Hauseingängen ist verboten.“ Ich bin auch dafür, daß auf den Straßen kein sogenannter Klappott mehr geworfen wird. Aber der Paragraph geht doch meiner Meinung nach zu weit, wenn er auch das Topfwerfen in den Hauseingängen verbietet. Bisher habe ich immer geglaubt: „Mein Haus ist meine Burg.“ Daß von seiten der Polizei verboten werden soll, daß auf den Hausfluren kein Klappott geworfen werden soll, das geht denn doch über das Recht am eigenen Hause zu sehr hinweg. Ich möchte deshalb bitten, den Passus „u n d i n d e n H a u s e i n g ä n g e n“ zu streichen. Vielleicht hat man sich unter dem Ausdruck den Raum vorgestellt, der in den Villenvierteln zwischen den einzelnen Häusern liegt; dagegen würde ich nicht sein. Aber der Hauseingang ist meine Hausflur, und ich wüßte nicht, wer dort das Topfwerfen verbieten könnte.

Der Antrag Meyerhoff wird angenommen und vom Vorsitzenden das Einverständnis der Versammlung mit dem übrigen Teile des § 112 angenommen.

**Vorsitzender:** Herr Busch hat nunmehr beantragt, bei § 110 hinter „auf den Straßen“ einfach einzufügen: „und auf der Oker“. Ich bitte zunächst über diesen Zusatz abzustimmen. — Der Antrag ist angenommen und damit wohl auch der § 110.

Stadtv. **Busch:** Auch bei § 111 bitte ich zu setzen „auf der Straße und a u f d e r O k e r“.

**Vorsitzender:** Da die Versammlung sich schon grundsätzlich über diesen Zusatz geäußert hat, nehme ich ihr Einverständnis damit an.

(§§ 114—118 ohne weitere Besprechung.)

**Stadtv. Frede:** Als der § 119 seinerzeit abgefaßt wurde, sind die Herren, wie ich bestimmt weiß, von der Ansicht ausgegangen, daß keine Wäsche auf den Balkonen ausgehängt werden sollte, und es wurde damals vom Magistrat gesagt, es wäre besser, wenn man das allgemein faßte und jagte: „Das Auslegen, Aushängen und Ausstellen von solchen Gegenständen, die einen unangenehmen oder widerlichen Anblick gewähren“, sei nicht gestattet an Stellen, die von der Straße ab sichtbar sind. Ich kann nun als verbürgt berichten, daß, als auf Balkonen Strümpfe und Wäschestücke ausgehängt gewesen sind und der Nachbar sich bei der Polizei darüber beklagte, diese erwidert hat: „Wir haben keine Handhabe, das zu verbieten. In dem betreffenden Paragraphen ist nicht von Wäsche die Rede; es würde gegen einen Strafbefehl Einspruch erhoben werden, und vor Gericht würde die Polizei unrecht bekommen.“ Ich möchte deshalb beantragen, im Eingang des Paragraphen zu fügen: „Das Auslegen, Aushängen und Ausstellen von Wäsche und anderen Gegenständen, die einen unangenehmen usw.“

**Stadtrat von Frankenberg:** So leid es mir tut, muß ich auch hier sagen: Der Herr Antragsteller schießt mit seinem Angriffe gegen die Wäsche auf Balkonen etwas bedenklich über das Ziel hinaus. Ich will ganz absehen von den Wohnungen derer, die für sich allein wohnen und auch sonst so gestellt sind, daß sie eine geräumige Wohnung haben. Aber selbst bei Leuten, die in bescheidenen Verhältnissen leben, auch bei Arbeiterfamilien, gibt es in den Wohnungen oftmals einen kleinen Balkon, und wenn dort Windeln oder Strümpfe getrocknet werden, so ist das nicht so fürchtbar, daß man dagegen mit dem polizeilichen Apparat zu Werke gehen sollte. Ich glaube, man muß da doch dem Spruch „leben und leben lassen“ Gestung vergönnen. Ich habe auch nicht die Auffassung, daß Strümpfe oder Wäsche unter allen Umständen unangenehme oder widerliche Gegenstände sind.

**Stadtv. Gähhardt:** Ich glaube auch, daß Herr Frede mit seinem Antrage zu weit geht. Was sollen die kleinen Familien machen, die ihre Wäsche doch auch trocknen müssen, und nicht die nötigen Räumlichkeiten dazu haben? Es ist doch dringend nötig, daß auch diese ihre Wäsche trocknen können. Auch die paar Stück Wäsche als widerlichen Anblick zu bezeichnen, ist doch wohl zu weitgehend.

**Stadtv. Brenner:** Ich hätte gern zu § 117 noch einige Bemerkungen gemacht.

**Vorsigender:** Dann müßte ich die Versammlung fragen, ob sie auf § 117 zurückgreifen will. — Ich nehme das Einverständnis der Versammlung damit an.

**Stadtv. Brenner:** Mir scheint, der Zusatz, den der Magistrat zu § 117 beantragt, zu weit zu gehen, und ich glaube, daß auch die geehrte Versammlung

meiner Meinung sein wird. Der Paragraph soll darnach heißen: Das unbefugte Ersteigen von Denkmälern, Brunnen, Brückengeländern und dergleichen, sowie der Einfriedigungen, welche zum Schutze öffentlicher Wege, Denkmäler und Anlagen dienen, ist verboten.“ Die Herren entsinnen sich wohl, daß wir erst vor wenig Monaten über den Eulenspiegelbrunnen verhandelt haben. Herr Fusch glaubte, einen besonderen Schutz für ihn beanspruchen zu müssen, damit er nicht von Kindern ruiniert würde. Nun hat sich aber herausgestellt, daß selbst der Künstler, der den Brunnen geschaffen hat, der Meinung ist, daß die Kinder dem Brunnen nichts anhaben können, und die Versammlung hat sich auf denselben Standpunkt gestellt und abgelehnt, einen besonderen Schutz für den Brunnen zu schaffen. Würde § 117 in der vom Magistrat beantragten Fassung angenommen, so würden wir uns heute auf einen anderen Standpunkt stellen als vor wenigen Monaten. Ich glaube, es ist nicht nötig, daß Denkmäler und Brunnen besonders genannt werden; man kann diese auch schützen, ohne daß sie hier besonders aufgeführt werden. Wenn man diese Sachen besonders hervorheben will, dann wären auch noch andere Dinge zu nennen, die des Schutzes bedürfen. Unserer Schuljugend kann man auch Achtung und Schonung solcher Sachen anempfehlen, ohne daß man den Eltern ein Strafmandat in Aussicht stellt. Es wäre allerdings angebracht, daß man in die alte Fassung die Brückengeländer noch aufnimmt, aber weiter ist wohl nichts notwendig. Ich würde Ihnen empfehlen, die alte Fassung beizubehalten und nur das Wort „Brückengeländern“ einzufügen.

**Vorsitzender:** Wir verlassen den § 119 und gehen zurück auf § 117.

Herr Brenner beantragt, den § 117 folgendermaßen zu fassen:

„Das unbefugte Ersteigen von Brückengeländern und Einfriedigungen, die zum Schutze öffentlicher Wege, Denkmäler oder Anlagen dienen, ist verboten.“

Darnach soll außer „Denkmäler, Brunnen“ auch der Ausdruck „und dergleichen“ noch gestrichen werden.

**Stadtrat von Frankenberg:** Auch ich hatte mir, als ich diese Vorlage ausarbeitete, die Frage vorgelegt: Wie soll es in Zukunft mit dem Eulenspiegelbrunnen, diesem zu Frohsinn und Heiterkeit anregenden Denkmal gehalten werden? Ich sagte mir: Es wird das unbefugte Ersteigen der Denkmäler verboten. Der Eulenspiegelbrunnen ist nach seiner Beschaffenheit und seinem Aufbau sowie nach der bisherigen Duldung der Verührung gewissermaßen zur Freude unserer Braunschweiger Kinder aufgestellt, und diese Freude wollen wir ihnen nicht nehmen — Herr Brenner nicht und ich auch nicht. Ich glaube, ich gehe nicht zu weit, wenn ich sage: Kinder, welche den Eulenspiegelbrunnen erklettern, handeln nicht unbefugt.

Der Antrag Brenner wird abgelehnt und der § 117 nach der Magistratsvorlage angenommen.

**Vorsitzender:** Herr Frede hat beantragt, der § 119 solle lauten:

„Das Auslegen, Aufhängen und Ausstellen von Wäsche und anderen Gegenständen, die einen unangenehmen oder widerlichen Anblick gewähren, darf nicht an Stellen geschehen, welche von der Straße ab sichtbar sind. Ausnahmen sind nur mit Genehmigung der Herzoglichen Polizeidirektion zulässig.“

Stadtv. **Frede:** Herr Stadtrat von Frankenberg nimmt keinen Anstoß daran, wenn auf dem Balkon Wäschestücke ausgehängt sind, und fragte, was die Arbeiterfrauen tun sollten, die weiter keinen Raum dafür haben. Darauf ist zu sagen: In jedem Hause ist ein Trockenboden und somit Gelegenheit zum Trocknen von Wäsche gegeben, in einem Hause, in welchem sich ein Balkon befindet, ganz bestimmt. Wenn die Herren der Ansicht des Herrn Stadtrats sind, daß die Annahme der vorgeschlagenen Bestimmung auch hier mit Kanonen nach Spagen schießen hieße, dann möchte ich die Warnung aussprechen, daß wir zu unhaltbaren Zuständen kommen würden, wenn das Aufhängen von Wäschestücken auf Balkonen gestattet würde. Es würde sich das Aufhängen nicht auf Windeln beschränken, sondern es würden auch Strümpfe und Unterhosen mit ausgehängt werden. Auf der Kaiser-Wilhelmstraße würde das dann ebenjogut gestattet sein wie anderwärts. Ich muß allerdings sagen: Auf mich wirkt dieses Aufhängen von Wäschestücken auf Balkonen unangenehm. Vom Grundbesitzerverein und anderen Vereinen wird für Balkonschmuck jährlich ein Betrag bewilligt, wir wollen das Äußere der Stadt schön gestalten, und nun stellen Sie sich eine solche Ausschmückung von Balkonen vor. Daß das unangenehm berührt, ist doch selbstverständlich.

Stadtv. **Hartung:** Ich halte den Antrag Frede für empfehlenswert. Wir wollen doch nicht in Braunschweig Zustände haben, wie wir sie in den italienischen Städten haben, wo die auf offenen Balkonen ausgehängende Wäsche geradezu Gegenstand des Hohns für alle Reisenden ist. Wir haben jetzt auch vor den Toren Straßen, wo die sogenannten kleinen Leute wohnen, und nachdem bekannt geworden sein wird, wie die Sache hier in der Versammlung besprochen ist, werden wir bald Häuser haben, deren Balkone mit Wäsche behängt sind. Wenn ich auch dem Herrn Stadtrat recht gebe, daß ein einzelnes Paar Strümpfe oder ein Taschentuch nicht einen unangenehmen Eindruck macht, so gibt es doch auch in schlechtem Zustande befindliche Wäschestücke, die nicht schön anzusehen sind. Ich bin für den Antrag, zumal dadurch niemand ernstlich Schaden zugefügt wird, denn ein Boden zum Trocknen der Wäsche befindet sich in jedem Hause, und wenn es sich



um kleinere Sachen handelt, so können sie über dem Herde getrocknet werden. Es ist nicht nötig, daß der Balkon dazu benutzt wird.

Der Antrag Frede wird abgelehnt und die alte Fassung von der Versammlung gebilligt.

(§ 121 ohne weitere Besprechung.)

**Vorsitzender:** Ich möchte nun allerdings vorschlagen, die Beratung der Straßenpolizeiordnung hier abzubrechen. — Ist Herr Diekmann in der Lage, seinen angekündigten Antrag zu § 90 schriftlich zu übergeben?

Ich bitte den Herrn Kommissionsberichterstatter, folgendes zu kontrollieren: Es sind an die Kommission zurückverwiesen die §§ 11, 33, 50, 56, 61, 62, 73, 76, 80 und 90. Die Anträge, die mir überreicht sind, werde ich dem Herrn Berichterstatter übergeben und möchte die geehrte Versammlung im allgemeinen bitten, solche Anträge, die etwa die folgenden Paragraphen betreffen, möglichst heute, jedenfalls aber noch vor der nächsten Sitzung einzureichen. Die Statutenkommission würde dann in der Lage sein, die Anträge vorzubereiten, wodurch jedenfalls manche Debatte abgeklärt wird.

**Stadtv. Diekmann:** Wäre es nicht möglich, daß § 122 heute noch zur Beratung kommt? Es würde dadurch manche Unruhe beseitigt, und vielleicht läßt es sich ermöglichen, die Hunde dann schon in den nächsten Tagen ohne Maulkorb herumlaufen zu lassen.

**Stadtrat von Franckenberg:** Nichts wäre dem Magistrat erwünschter, als wenn die sonst leicht zur Seeschlange auswachsende Straßenpolizeiordnung bald erledigt werden könnte. Ich fürchte aber, daß wir heute mit der Beratung der Straßenpolizeiordnung um so weniger zu Ende kommen, als leider die Anträge des Herrn Diekmann nicht der Statutenkommission vorgelegen haben. Der Herr Berichterstatter hat sie im Besitz gehabt, hat sie aber — wie er mitteilt — Herrn Diekmann wieder ausgeantwortet, so daß sie in der Sitzung der Statutenkommission nicht vorlagen. Das ist auch der Grund gewesen, weshalb wir heute eine so große Strecke von Anträgen gelegt haben.

**Vorsitzender:** Ich nehme als Wunsch der Mehrheit der Versammlung an, daß wir mit der Beratung der Straßenpolizeiordnung abbrechen.

### 3. Wahl zweier Vertreter für den 31. Braunschweigischen Städtetag in Holzminden.

**Stadtv. Meyerhoff:** Am 12. und 13. Juni findet in Holzminden der 31. Braunschweigische Städtetag statt. Nach der bisherigen Gepflogenheit sind jedes Jahr zwei Stadtverordnete zu dem Städtetage entsandt worden. Der Magistrat fordert uns zur Wahl der beiden Vertreter auf und legt die Tagesordnung der Versammlung bei. Nach dieser Tagesordnung wird die Abänderung der Bauordnung, die jetzt in Schwebe ist, zur Besprechung gelangen, und Herr Bürgermeister Rohde-Seesen, der frühere Regierungsbaumeister, wird das Referat darüber halten. Der Statutenkommission erscheint es deshalb wünschenswert, daß aus der hiesigen Versammlung auch Herren, die sich im Baufach bewährt haben oder sich damit befaßt haben, gewählt werden. Sie schlägt Ihnen deshalb als Delegierte der Stadtverordnetenversammlung die Herren Rasche und Justizrat Hartung vor.

**Stadtv. Stegmann:** Ich beantrage, daß statt zweier Delegierter deren drei entsendet werden. Wie wir gehört haben, ist auf der Tagesordnung des diesjährigen Städtetages ein wichtiger Punkt enthalten, so daß es wohl wünschenswert erscheinen kann, einen Abgeordneten mehr zu entsenden als andere Jahre. Außerdem beantrage ich, als dritten Vertreter Herrn Dr. Jasper zu delegieren.

**Stadtrat von Frankenberg:** Ich gestatte mir, darauf aufmerksam zu machen, daß nach den Satzungen des Städtetages nur zwei der Herren Stadtverordneten Stimmrecht in der Versammlung haben. Die Herren müßten also schon, wenn Sie abweichend von der bisherigen Gepflogenheit drei Vertreter entsenden, bestimmen, wer die Stimmen führen soll, und wer etwa nur als Gast anzusehen ist.

Der Antrag Stegmann, drei Herren zu entsenden, wird abgelehnt.

**Stadtv. Wesemeier:** Ich schlage vor, Herrn Dr. Jasper als Vertreter mit zu wählen und dafür Herrn Hartung zu streichen.

**Vorsitzender:** Ich nehme an, daß über die Wahl des Herrn Rasche Einstimmigkeit herrscht. Wir haben also nur noch einen Herrn, und zwar durch Stimmzettel, zu wählen.

In der Wahl werden für Herrn Stadtv. Hartung 14, für Herrn Stadtv. Dr. Jasper 11 Stimmen und außerdem ein unbeschriebener Zettel abgegeben. Herr Hartung ist somit gewählt.

Der stellvertretende Vorsitzende Dr. **Boge** übernimmt den Vorsitz.

#### 4. Ausbau der Straßen 631 und 632.

Stadtv. **Niete:** Der Plan für die zu behandelnden Straßen ist dort eben ausgehängt. — Ich muß wohl, weil die Vorlage etwas verwickelt ist, die ganze Vorlage zur Verlesung bringen. Der Magistrat schreibt:

„Unter dem 12. März d. J. haben die geehrten Herren sich mit Aufnahme des in dem anliegenden Grundplan mit 632 bezeichneten Straßenzuges in den Ortsbauplan unter dem Vorbehalt einverstanden erklärt, daß mit dem Bauverein für städtische Beamte, welcher die Aufnahme der Straße beantragt hatte, eine Einigung über den Ausbau derselben erzielt wird. Dieser Einigung standen um deswillen Schwierigkeiten im Wege, weil die projektierte Straße nicht von einer ausgebauten Straße, sondern von dem Zutreffentenwege zweiter Langerkamp abzweigt und wir zur Ausschließung späterer Mißstände darauf bestehen mußten, daß für die gewünschte Straße ein ordnungsmäßig ausgebauter Zufahrtsweg von der Gießmaroderstraße her geschaffen wird, hierdurch aber das Unternehmen erheblich verteuert wurde. Schließlich ist aber ein Abkommen auf der Grundlage geschlossen, daß der zweite Langerkamp auf Kosten des Bauvereins unter den üblichen Unternehmerbedingungen oberirdisch ausgebaut wird, der Ausbau der projektierten Straße 632 und die Verlegung der unterirdischen Anlagen in dem zweiten Langerkamp aber auf Kosten der Stadt erfolgt. In der Übernahme dieser Leistungen befundet die Stadt unzweifelhaft ein erhebliches Entgegenkommen; wir glauben dasselbe aber zeigen zu können, einmal, weil der Verein einer gewissen Gemeinnützigkeit nicht entbehrt, auch bei seiner verhältnismäßig geringen Kapitalkraft das Unternehmen sonst kaum hätte durchführen können, sodann aber auch, weil nach den vereinsseitig gemachten Mitteilungen mit Sicherheit darauf gerechnet werden kann, daß infolge der beabsichtigten Bebauung des an die projektierte Straße grenzenden Geländes die Straßenkostenbeiträge, wenn nicht sämtlich, so jedenfalls zum bei weitem größten Teile spätestens innerhalb Jahresfrist zur Einzahlung kommen werden, und sonach die Stadt nur einen geringen Zinsverlust an den Baukosten, welche von der städtischen Bauverwaltung auf 13 700 M. angegeben sind, haben wird. Wir haben es deshalb für zulässig gehalten, mit dem Bauverein für städtische Beamte den anliegenden Vertrag abzuschließen, der uns im übrigen Veranlassung zu weiteren Bemerkungen nur insofern gibt, als er es möglich macht, bezw. erwünscht erscheinen läßt, den zweiten Langerkamp zwischen Gießmaroderstraße und der projektierten Straße 632 als Straße (Nummer 631) in den Ortsbauplan aufzunehmen und für die an der Ostseite dieses Straßenzuges gelegenen Grundstücke einen Vorgarten in Tiefe von 3 m anzuordnen.

Unter Hinweis auf die bevorstehenden Ausführungen richten wir an die geehrten Herren das ergebenste Ersuchen,

1. den vorgelegten Vertrag gefälligst genehmigen, sowie
2. sich mit Aufnahme des zweiten Langenkamp in den Ortsbauplan und mit Anordnung von Vorgärten, beides in der Lage und dem Umfange, wie es der beiliegende Teilortsbauplan erkennen läßt, einverstanden zu erklären."

Die Baukommission hat die Sache geprüft, auch den Vertrag, der abgeschlossen ist. Es muß darnach für die Bauleitung und die anderen sämtlichen Deponierungen der Betrag von 5500 *M* von dem Bauverein für städtische Beamte gezahlt werden. Die einzelnen Parzellen, die abzutreten sind, einmal 69 qm, dann 8,75 a und ferner 1,46 a werden bei Festsetzung der Straßenkosten mit 6 *M* pro Quadratmeter in Anrechnung gebracht. Im übrigen gibt der Kontrakt keinen Anlaß zu Ausstellungen. Die Baukommission beantragt durch mich Annahme der Magistratsvorschläge.

Der Vorsitzende Dr. **Bolters** übernimmt den Vorsitz wieder.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Ich will nicht gegen den Antrag der Kommission sprechen, sondern möchte nur den Wunsch in Erinnerung bringen, der schon in einer früheren Versammlung verlautbart ist, bei derartigen Tagesordnungspunkten bekanntzumachen, wo die durch Nummern angegebenen neuen Straßen liegen.

**Vorsitzender**: Dieser schon mehrfach geäußerte Wunsch ist sehr berechtigt; es wird jedenfalls so gehalten werden.

Stadtv. **Frede**: Ich werde gegen das Entgegenkommen der Stadt stimmen, weil wir grundsätzlich der Meinung sind, daß es sich um Beamtenklassen handelt, die eine Unterstützung seitens der Stadt nicht nötig haben. Es sind Wohnungen in Braunschweig reichlich vorhanden, besonders solche, wie für diese Beamten in Frage kommen. Eine Gemeinnützigkeit vermag ich diesem Verein nicht zuzuerkennen. Ein solches Entgegenkommen der Stadt wie hier wird Privaten gegenüber nicht geübt, und daß hier mit zweierlei Maß gemessen werden soll, kann ich nicht zugeben. Würde es sich um arme Leute handeln, dann würde ich zu einem Entgegenkommen geneigt sein.

Bürgermeister **Meyer**: Ich muß den Vorwurf, daß mit zweierlei Maß gemessen würde, zurückweisen. Die Verträge über Straßebauten weichen alle voneinander ab. Das Entgegenkommen der Stadt im vorliegenden Falle liegt in der

Hauptfache darin, daß die Straße, an deren Seiten die Mitglieder des Bauvereins Häuser errichten wollen, nicht auf Kosten des Vereins, sondern auf Kosten der Stadt ausgebaut werden soll. Es wird empfohlen, dieses Entgegenkommen zu zeigen, weil von dem Bauverein glaubhaft versichert wird, daß in Jahresfrist die an der Straße gelegenen Grundstücke bebaut sein werden. Trifft das aber zu, so werden die Beiträge zu den Straßenbaukosten an die Stadt innerhalb des gleichen Zeitraumes gezahlt sein. Ein Entgegenkommen wie vorliegend ist durchaus nicht etwas Exzeptionelles, es ist auch früher schon hier und da gezeigt. Auch gegenwärtig verhandeln wir mit den Anliegern der Freitagstraße über einen ähnlichen Vertrag; auch hier haben wir die Erfüllung des von den Anliegern zum Ausdruck gebrachten Wunsches auf stadtseitigen Ausbau der Freitagstraße für den Fall in Aussicht gestellt, daß sogleich nach Fertigstellung der Straße die Beiträge bezahlt würden.

Stadtv. **Frede:** Ich muß gestehen, daß ich falsch gehört habe; ich war der Meinung, daß die Baukosten für die Straße dem Bauverein geschenkt werden sollten. Nach den Erklärungen des Herrn Bürgermeister bin ich befriedigt.

Stadtv. **Riefe:** So eng ist doch unser Horizont nicht begrenzt, daß wir bei solchen Sachen nicht helfend eingreifen wollten. Wenn wir auf der einen Seite für Arbeiterwohnungen eintreten, so ist das das Notwendigste, aber das schließt doch nicht aus, daß wir auch beim Bau von Einfamilienhäusern hilfreich uns zeigen können. Sich auf einen extremen Standpunkt zu stellen, halte ich da nicht für richtig. Wenn hier ein Entgegenkommen geschieht, so kann man auf der anderen Seite sagen, es werden dadurch andere Stadtteile entlastet. Sobald die Leute, die sich zum Bauverein zusammengetan haben, nach ihren neuen Häusern ziehen, werden andere Wohnungen frei, und so wird für die Arbeiter Billiges geschaffen. Aus diesem Grunde hat die Baukommission sich vollständig dafür erklären können, wenn auch einzelne Ausstände erhoben wurden. Der Magistrat hat es ja in der Hand, auch gegen andere so vorzugehen, wie es hier geschehen soll. Das kommt auf die Anträge und auf die Verhältnisse an, um die es sich handelt.

Den Anträgen des Magistrats stimmt die Versammlung zu.

## 5. Instandsetzung innerstädtischer Straßen (Casparistraße, Friedrich-Wilhelmstraße, Münzstraße, Steinweg).

Stadtv. **Sander:** Es handelt sich um Instandsetzung der Casparistraße, Friedrich-Wilhelmstraße, Münzstraße und Steinweg, und zwar infolge der Aus-

wechselung der Straßenbahngleise. Die Straßen sollen bei der Gelegenheit mit Stampfasphalt befestigt werden, und die hieraus erwachsenden Kosten sind von der städtischen Bauverwaltung für die Casparistraße auf 14 500 *M*, für die Friedrich-Wilhelmstraße auf 51 500 *M*, für die Münzstraße auf 23 500 *M* und für den Steinweg auf 66 000 *M* berechnet. Der Wert der verfügbar werdenden Pflastersteine und der Zuschuß der Straßeneisenbahn kommt uns in diesem Falle zugute. Sie sind geschätzt bei der Casparistraße auf 3000 *M*, bezw. 1500 *M*, bei der Friedrich-Wilhelmstraße auf 10 000 *M* bezw. 4000 *M*, bei der Münzstraße auf 4000 *M* bezw. 2000 *M* und beim Steinweg auf 13 500 *M* bezw. 4500 *M*. Die Gesamtbaukosten würden betragen 155 500 *M*, der Zuschuß der Straßeneisenbahn und der Erlös aus den frei werdenden Pflastersteinen wird sich auf 42 500 *M* belaufen, so daß wir darnach 113 000 *M* für Instandsetzung der genannten Straßen aufzuwenden hätten.

Der Stadtmagistrat richtet an die geehrten Herren das Ersuchen, sich mit der Asphaltierung der bezeichneten Fahrbahnen einverstanden zu erklären und die dazu erforderlichen Summen zu Lasten des Kap. X 1 b des ordentlichen Etats (dem Pflasterfonds) zu verwilligen.

In betreff der Münzstraße ist in der Baukommission von seiten des Magistrats noch hervorgehoben, daß es zweckmäßig sei, die Kreuzungsstrecke, wo die Münzstraße durch den Damm geschnitten wird, aus der Asphaltierung auszuscheiden, und zwar deshalb, weil in Kürze der Damm auch mit Asphalt belegt und unterirdische Umbauten vorgenommen werden sollen. Es wäre deshalb zu bedauern, wenn dann diese Strecke wieder aufgerissen werden müßte. Die Baukommission hat sich mit der Vorlage in der vorgetragenen Form einverstanden erklärt, und ich bitte namens derselben, die Magistratsanträge mit der gedachten Änderung genehmigen zu wollen.

Stadtv. **Nietz**: Ich habe gegen die Vorlage nichts einzuwenden, möchte nur vorbauen und den Wunsch äußern, daß das, was aus dem Pflasterfonds noch übrig ist, für die Neupflasterung der Schöppenstedterstraße zurückbehalten wird. (Heiterkeit.)

Der Antrag der Baukommission wird angenommen.

## 6. Änderung des Teilortsbauplans bezüglich der Straße 222 a und des Baublocks zwischen Straße 222 a und 229.

Stadtv. **Meyerhoff**: Die Landeseisenbahn beabsichtigt, ein neues Werkstättengebäude zu errichten. Der Plan, worauf die Lage dieses Gebäudes zu ersehen ist,

hängt aus. Es geht nun die Straße 222 a schräg durch das Terrain der Landeseisenbahn und bildet Ecken und Winkel, weshalb um eine Verschiebung der Straße in südlicher Richtung von der Landeseisenbahn ersucht wird. Durch die Neulegung der Straße, wie auf dem Plane ersichtlich, wird ein besseres Bauen ermöglicht, da das Werkstättengebäude sonst schräg zu der Straße gestanden hätte. Die Neuordnung, auch die der Nebenstraßen, kann von der Baukommission nur gebilligt werden, da bei ihr durch Querstraßen Gelände aufgeschlossen wird.

Nun wird Herr Dr. Jasper auch die Straße 222 a nicht kennen. Ich müßte aber nicht, wie eine nähere Bezeichnung der neu entstehenden Straßen vorgenommen werden soll, es müßten dann sämtliche Pläne autographiert werden und den Herren zugehen, auch das betreffende Blatt des Stadtplans mitbezeichnet werden.

Namens der Baukommission habe ich Genehmigung der Änderung des vorgelegten Teilortsbauplans zu empfehlen.

Stadtv. Dr. **Boge**: Ich vermiße auf dem ausgestellten Plane die Einzeichnung des Anschlußgleises für den neuen Flugplatz, welches früher angegeben war, als wir die Anlage des Flugplatzes berieten.

Bürgermeister **Meyer**: Der Ortsbauplan kennt das Eisenbahngleis nicht.

## 7. Anfrage Boge über das Vorhandensein der Absicht, hiesige große Betriebe zu einer Sondersteuer heranzuziehen.

Wortlaut der Anfrage j. S. 74.

Stadtv. Dr. **Boge**: Aus der Anfrage selbst geht schon hervor, welche Aufklärung ich haben möchte. Es geht durch die Tageszeitungen die Nachricht, daß das Staatsministerium die in der Anfrage bezeichnete Absicht habe, die einzelnen größeren Betriebe, die katholische Arbeiter beschäftigen, zu befragen, ob sie bereit wären, freiwillig, aber durch Vertrag sich zu verpflichten, Beisteuern zur Unterhaltung der katholischen Schule zu leisten. Auch sonst aus der Bürgererschaft ist mir zu Ohren gekommen, daß man Besorgnis trägt, es wäre die Absicht vorhanden, wenn die vertragliche Verpflichtung nicht freiwillig zustande käme, eine besondere Steuer einzuführen. Ich erlaube mir die Anfrage, ob der Magistrat in der Lage ist, darüber eine Aufklärung zu geben.

Stadtrat **von Frankenberg**: Einstweilen liegt die Sache so, daß der Stadtmagistrat einem Auftrage des Herzoglichen Staatsministeriums folgend mit drei hiesigen Großbetrieben, von denen uns bekannt war, daß sie in erheblicher Zahl

katholische Arbeitskräfte beschäftigen, in Verbindung getreten ist und angefragt hat, ob sie freiwillig bereit sein würden, einen angemessenen Zuschuß zu den Lasten der katholischen Schule zu leisten. Wenn deshalb in einer Zuschrift an die hiesigen Unternehmer, die ich gelesen habe, behauptet wird, der Magistrat verlange eine Sondersteuer von derartigen Betrieben, so darf ich diese Auffassung als unzutreffend zurückweisen. Welche Entschließungen seitens der städtischen Behörden und seitens der Regierung zu fassen sind, wenn diese Versuche, eine gütliche Verständigung mit den beteiligten Hauptbetrieben zu erzielen, bedauerlicherweise scheitern sollten, das muß der Zukunft vorbehalten bleiben.

### 8. Antrag Sander auf Ausdehnung der Fahrzeit der elektrischen Straßenbahn bis 12½ Uhr nachts.

Wortlaut des Antrages j. S. 74.

Stadtv. **Sander:** Der Antrag braucht wohl nicht weiter begründet zu werden. Es handelt sich um die Ausdehnung der Fahrzeit der Straßeneisenbahn bis 12½ Uhr nachts. Sie werden alle zugestehen, daß die Stadt Braunschweig in dieser Beziehung anderen Städten gegenüber rückständig ist. Da ich von Ihnen mitbeordert war, die Städte Elberfeld, Köln, Bonn, Düsseldorf, Duisburg usw. zu besuchen, um die Verkehrseinrichtungen der Straßeneisenbahn in diesen Städten zu studieren, hatte ich Gelegenheit, mich in dieser Beziehung umzusehen. In allen Städten war der Betrieb in der ausgedehnten Weise, wie ich es vorschlage, vorhanden. Es ist wohl richtig, daß wir nach meinem Antrage etwas von unserem Rechte aufgeben, indem wir in der Zeit von ½10 bis ½11 Uhr auf den 6-Minutenbetrieb verzichten. Auf der anderen Seite aber gewinnen wir eine zweistündige Verlängerung der Fahrzeit, die meiner Ansicht nach unbedingt für die Einwohnerschaft viel wertvoller ist als das, was wir aufgeben. In der Bürgerschaft ist seit Jahren der Wunsch laut geworden, die Straßenbahn möchte ihren Betrieb auf die spätere Abendzeit ausdehnen, und ich möchte diesem Wunsche der Bürgerschaft gern entgegenkommen. Ich bitte Sie, meine Herren, meinen Antrag zu unterstützen.

Auf Anfrage des **Vorsitzenden** wird der Antrag genügend unterstützt und vom Vorsitzenden der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

Der Vorsitzende schließt darauf die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4½ bis 8 Uhr.





# **B e r i c h t**

über die

## **Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig**

in deren Sitzung am 4. Juni 1914.

---

### **Tagesordnung:**

- |  |           |
|--|-----------|
| 1. Antrag Ohlendorf auf Änderung des Statuts, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe . . . . .              | Seite 137 |
| 2. Erbauung einer Stadthalle . . . . .   | " 140     |
| 3. Abänderung der Grundsätze für die Bewilligung von Ruheohn und Hinterbliebenenversorgung . . . . .               | " 192     |
| 4. Erhöhung des Zuschusses an die Mädchenhorte . . . . .   | " 194     |
| 5. Bewilligung von Mitteln an den Verkehrsverein zur Herausgabe des „Kleinen Führers durch Braunschweig“ . . . . . | " 194     |
| 6. Antrag Lauer auf stadtseitige Deckung des Fehlbetrages im Rechnungsabluß des Verkehrsvereins . . . . .          | " 195     |

---

Am Magistratsstiche die Herren Oberbürgermeister **Metemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Franckenberg**, **Lord**, **Schöttler**, **Wagner** und Regierungsassessor Dr. **Isbach**.

Entschuldigt die Herren Stadtv. **Friede**, **Lange**, **Munte**, **Loeschigt**, **Schön**;  
Herr Stadtv. **Frühling** erscheint später.

**Vorsitzender:** Ich eröffne die öffentliche Sitzung.

Ich habe die Ehre, den verehrten Herren den Herrn Regierungsassessor Dr. Zbach als Hilfsarbeiter des Stadtmagistrats vorzustellen.

Eingegangen ist eine Eingabe des Braunschweigischen Tierchutzvereins. Sie betrifft die Angelegenheit, die bereits durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung erledigt ist, nämlich die §§ 43 und 106 der Straßenpolizeiordnung. Aus diesem Grunde bleibt nichts weiter übrig, als die Eingabe zu den Akten zu nehmen.

Ferner ist eingegangen an den Stadtverordnetenvorsitzenden eine Eingabe des Verkehrsvereins, und zwar von Herrn Schulinsektor Sattler. Es wird darin Bezug genommen auf den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung in der letzten Sitzung, durch den der Antrag Lauer abgelehnt ist, und weiter auch auf die Berichterstattung durch den Herrn Referenten und auf den Beschluß der Finanzkommission in dieser Sache. Da nach dem Beschlusse der Stadtverordneten vom 15. Januar d. Js. die Eingaben des Vereins der Bahnhofsideputation oder, wie sie jetzt heißt, der Verkehrsdeputation, einzureichen sind, so überweise ich diese Eingabe der Verkehrsdeputation zur Kenntnissnahme und, falls etwa Anlaß dazu gegeben sein sollte, zur weiteren Behandlung. Für die Stadtverordnetenversammlung ist die Sache damit erledigt. Ich darf bei der Gelegenheit wiederholen, daß es zur Beschleunigung beitragen würde, wenn der Verkehrsverein alle Eingaben unmittelbar an die Verkehrsdeputation einsendete.

Sodann ist eine Eingabe von einer Anzahl Anlieger der oberen Eichthalstraße eingereicht. Sie wünschen den Ausbau dieser Straße und des freien Platzes, der zwischen Gellerstraße und Eichthalstraße liegt. Ich überweise diese Angelegenheit, da in gleichem Wortlaut eine Eingabe an den Magistrat nicht eingegangen ist, der Baukommission zur Vorberatung.

Von Herrn Lauer ist folgender Antrag eingegangen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu eruchen, die dem Verkehrsverein laut seinem Bericht pro 1913 entstandene Fehlsomme in Höhe von 1200 M., die derselbe, wie nachgewiesen, bei seiner Belästigung im Interesse Braunschweigs verausgabt hat, zu vergüten.“

Wenn nachher noch Gelegenheit sein sollte, wird der Herr Antragsteller seinen Antrag begründen können.

Meine Herren! Ghe wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Sie bitten, sich über die Reihenfolge der Punkte der Tagesordnung, wie sie etwa außer der Reihe der hier aufgestellten vor sich gehen soll, zu äußern. Zwei Angelegenheiten stehen uns allen wohl als besonders eilig vor Augen, einmal die Erbauung einer Stadthalle und sodann die Angelegenheit, betreffend die Sonntagsruhe im

Handelsgewerbe. Nun ist bezüglich des ersten Punktes von mehreren Herren der Versammlung ein Antrag gestellt folgenden Wortlauts:

„Bei der Wichtigkeit dieser Frage, die weit über diesen Saal hinaus die Bürgerschaft beschäftigt, halte ich es für richtig, da fast der vierte Teil der Stadtverordneten am Erscheinen behindert ist“ — es sind aber nur sechs Herren —, „auch die Sache mir noch nicht genügend durchberaten zu sein scheint, heute noch nicht darüber zu verhandeln. Die Entscheidung könnte andernfalls sehr leicht durch eine Zufallsmajorität fallen.“

Ich möchte bitten, zunächst über die Frage sich zu äußern: Wollen wir zunächst etwa über die Stadthalle verhandeln oder die Verhandlung für heute aussetzen, und wollen Sie, falls etwa diese Beratung ausfällt, zunächst aus den Punkten der Tagesordnung die Sonntagsruhe beraten?

Stadtv. **Pusch:** Wie ich schon in meiner Eingabe gesagt habe, halte ich es für unbedingt notwendig, daß wir über diese schwerwiegende Frage noch ein andermal in Beratung treten. Ein großer Teil der Bürgerschaft ist mit dem heute vorliegenden Projekte nicht einverstanden. Es gibt, wie Sie aus den Zeitungen ersehen, täglich von den verschiedensten Seiten Vorschläge für dies von eminenter Bedeutung für Braunschweig werdende Gebäude. In allen anderen größeren Städten sind derartige Gebäude auf einen freien Platz gestellt, um schon durch ihr Äußeres zu wirken und zur Verschönerung der Stadt beizutragen. Bei dem vorgeschlagenen Projekte tritt die Halle ganz von der Straße zurück.

**Vorsitzender:** Ich bitte, nur zur Geschäftsordnung zu sprechen.

Stadtv. **Pusch** (fortfahrend): Ich möchte bitten, bevor wir an diesen schwerwiegenden Schritt herangehen, noch einmal kurze Zeit zu warten. Es wird dadurch nichts verloren, wenn wir nun auch vier oder sechs Wochen später zum Beschluß kommen; die Stadthalle wird doch erst im nächsten Jahre in Benutzung genommen werden können. Ich bitte, meinen Antrag zu unterstützen.

Stadtv. Dr. **Boge:** Ich bitte, in die Beratung einzutreten. Da die Sache so wichtig ist, so könnten wir ja zwei Lesungen vornehmen; dann werden in der ersten Lesung die Meinungen geklärt. Es ist zweifellos erwünscht, daß in der Angelegenheit bald eine Meinungsäußerung stattfindet.

Sodann möchte ich noch besonders bitten, den Punkt betreffend die Sonntagsruhe vor allen andern vorweg zu beraten, da das wohl das Eiligste ist, was wir zu beschließen haben.

Stadtv. **Frede:** Ich glaube, der Magistrat müßte sich zunächst erklären, ob das Abkommen mit den jetzigen Besitzern der fraglichen Gebäude es verträgt, daß

die ganze Sache zurückgestellt wird. Wenn das nicht möglich sein sollte, müßten wir in die Beratung heute doch eintreten.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Die Verträge sind derartig gefaßt, daß die Herren heute nicht Beschluß zu fassen brauchen. Im übrigen möchte ich mich der Ansicht des Herrn Dr. Voge durchaus anschließen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil innerhalb dieser Grundstücke, um die es sich handelt, eine große Zahl von Mietern untergebracht ist, die selbstverständlich das lebhafteste Interesse daran haben, zu wissen, ob sie wohnen bleiben können oder nicht. Es handelt sich nicht bloß um Familien, die dort ihre Wohnung haben, sondern auch um Geschäftsleute, die teilweise jetzt dort einziehen wollen, und die vor die Frage gestellt sind, ob sie das tun sollen oder nicht. Es sind uns die dringlichsten Anträge unterbreitet, die Sache so bald als möglich zur Entscheidung zu bringen, damit die betreffenden Unternehmer wissen, woran sie sind. Nun muß ich offen gestehen: Ich wüßte nicht, was jetzt noch vorberaten werden sollte, wie es Herr Busch meint. Sie haben die Sache in der vereinigten Finanz- und Baukommission beraten, Sie haben darüber gestern auch noch einmal in der Statutenkommission beraten. Ich glaube also, die Sache ist spruchreif, wenigstens so weit, daß Sie entscheiden können: Soll die Stadt den Ankauf unternehmen oder nicht? Wenn Sie nachher zu dem Antrage kommen sollten, es möchte vielleicht noch einmal wegen der Projektierung des Baus beraten werden, vielleicht wegen eines anderen Projektes, so wird der Magistrat vielleicht damit einverstanden sein, obgleich ich nicht einsehe, warum hierüber heute nicht Beschluß gefaßt werden kann. — Daß einige von den Herren Stadtverordneten im Sommer fehlen, damit muß immer gerechnet werden.

**Stadtv. Dr. Jasper:** Ich möchte Herrn Oberbürgermeister darin beipflichten, daß heute sehr wohl über die Stadthalle beraten werden kann. Ich kann aber nicht unterlassen, mein Befremden darüber auszudrücken, daß — wie Herr Oberbürgermeister eben mitgeteilt hat — gestern die Statutenkommission die Stadthallenfrage beraten hat. Soviel ich weiß, ist die Vorlage der Finanz- und Baukommission überwiesen.

Zur Geschäftsordnung schlage ich vor, zunächst die Sonntagsruhe zu behandeln. Ich glaube, wir können die beiden Hauptaufgaben in der heutigen Versammlung sehr wohl abwickeln, und da bei der Stadthallenfrage mehr Meinungsverschiedenheiten hervortreten werden, so halte ich es bei der Bedeutung der Sonntagsruhe für den Handelsstand für entsprechend, diese Frage, die uns vorwiegend beschäftigt hat, und bei der die Meinungen geklärt sind, vorweg zu behandeln.

Ich möchte weiter die Anfrage stellen, warum die Beratung über die Steintorbrücke abgesetzt werden soll; es wäre wünschenswert, daß auch diese Frage bald zur Verhandlung kommen könnte.

**Vorsitzender:** Es ist lediglich ein Sprechfehler, wenn gesagt wurde, daß die Statutenkommission die Stadthallenfrage behandelt hat; es war die Baukommission. Nachdem die vereinigte Bau- und Finanzkommission die Angelegenheit beraten hatte, ist gestern in der Baukommission lediglich die Genehmigung des notariellen Vertrages beraten worden, über den in der vereinigten Kommission nicht beraten werden konnte, weil er nicht vorlag. Ich habe die Vorlage nicht mehr erhalten können, weil sie erst vorgestern fertig geworden ist, und so ist sie unmittelbar an die Baukommission gegangen. Es schien nicht erforderlich, über diesen Punkt die vereinigte Kommission zusammentreten zu lassen.

Da der Referent der Baukommission über die Frage der Steintorbrücke leider auch heute wieder verhindert ist, hier zu erscheinen, so ist von der Baukommission der einstimmige Wunsch ausgesprochen, einstweilen die Steintorbrücke hier nicht zu behandeln, sondern bis zur Rückkunft und Berichterstattung des Vorsitzenden der Baukommission zu warten.

Es ist von den Herren Dr. Boge und Dr. Jasper beantragt, in allererster Linie den Antrag Ohlendorf wegen der Sonntagsruhe — der Antrag Kleinfnecht ist durch eine frühere Beschlußfassung erledigt — zu behandeln. Ich bitte diejenigen Herren, welche wünschen, daß dieser Punkt der Tagesordnung zu allererst zur Beratung kommt, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

### 1. Antrag Ohlendorf auf Änderung des Statuts, betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Stadtv. Dr. **Boge:** Die Verhandlungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe haben in der Versammlung und bei den städtischen Behörden in den letzten Jahren folgenden Verlauf genommen. Es waren wiederholt Anträge an die städtischen Behörden gekommen, im hiesigen Stadtgebiet die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe einzuführen. Es waren uns außerdem Erhebungen aus interessierten Kreisen zugegangen, aber man war zu der Überzeugung gekommen, daß dieses Material nicht genügend klar sei und keine Gewähr für Richtigkeit gebe. Deshalb wurde eine Deputation eingesetzt, welche von Amts wegen Erhebungen über die Stimmung der beteiligten Geschäftsinhaber veranstalten sollte. Das ist geschehen; das Material ist von der Kommission dem Magistrate unterbreitet und durch diesen den Herren das Resultat der Erhebungen bekanntgegeben. Die Behandlung der Sache durch die Stadtverordnetenversammlung war dann einst-

weisen zurückgestellt, da Aussicht vorhanden war, daß der Reichstag die Sache erledigen würde. Nachdem aber der Reichstag geschlossen und die Frage der Sonntagsruhe durch ihn nicht zu Ende geführt ist, hat die Statutenkommission die Behandlung der Frage wieder aufgenommen. Der Antrag Ohlendorf lautet, den § 1 des städtischen Statuts über die Sonntagsruhe dahin abzuändern, daß völlige Sonntagsruhe herrscht im Handelsgewerbe und den sonst im § 1 genannten, ihm gleichstehenden gewerblichen Unternehmungen, und daß es nur für das Bedürfnisgewerbe gestattet sein soll, von 8—9 Uhr Verkaufsstellen offen zu halten. Die Statutenkommission schlägt Ihnen folgende Fassung des § 1 vor:

„Im Handelsgewerbe sowie im Betriebe von Konsumvereinen und anderen unter § 105 der Gewerbeordnung fallenden Vereinen dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden, soweit nachstehend nichts anderes bestimmt ist.“

Die Kommission ist zu der Überzeugung gekommen, daß das amtliche Material, welches die Deputation gesammelt hat, ausreicht, um den Beschluß der Durchführung der Sonntagsruhe in der Stadt Braunschweig zu begründen. Es haben etwa 62 Prozent der selbständigen Gewerbetreibenden sich für die Sonntagsruhe ausgesprochen. Daß die Angestellten wohl alle für die Einführung der Sonntagsruhe sind, ist ohne weiteres von der Kommission unterstellt worden. Mit dieser Feststellung ist für die Kommission genügend Gewähr geleistet, daß gerade in Interessentenkreisen die Sonntagsruhe gewünscht wird, und sie glaubt deshalb, dem Handelsstande die Sonntagsruhe nicht mehr vorenthalten zu sollen.

Es sind auch einzelne Änderungsvorschläge, wie sie bei den Reichstagsverhandlungen zutage getreten sind, bei den Beratungen der Kommission zur Sprache gekommen, namentlich über die Beschäftigung von Reisenden und anderen Angestellten, die während der Wochentage auswärts sind, über die Beschäftigung von Prokuristen zur Öffnung der Sonntags einlaufenden Post oder event. Besprechung mit den Angestellten. Die Kommission ist aber zu der Ansicht gekommen, daß Festsetzungen darüber nach den Bestimmungen des Reichsgesetzes über die Sonntagsruhe nicht gültig sind. Die Kommission ist ferner zu der Überzeugung gekommen, daß es nicht notwendig ist, die Bedürfnisgeschäfte besonders aufzuführen, daß vielmehr durch den Paragraphen in der jetzt vorgeschlagenen Fassung mit dem Wortlaut: „soweit im nachstehenden nichts anderes bestimmt ist“ der Aufsichtsbehörde genügend Raum gelassen ist, um die Bedürfnisgeschäfte von der Bestimmung frei zu lassen. Was die Aufsichtsbehörde im einzelnen als Bedürfnisgeschäfte ansieht, muß ihr überlassen bleiben. Daß wir hier etwa das eine oder andere Gewerbe besonders ausnehmen und in Ergänzung dazu die Polizeidirektion — das würde die dazu befugte Behörde sein — wieder andere Gewerbe noch hinzunimmt, hielt

die Kommission nicht für richtig. Sie schlägt also vor, die völlige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe einzuführen.

Ich möchte noch persönlich hinzufügen, was bisher nicht beachtet ist, daß auch eine Bestimmung getroffen werden müßte darüber, wann das neue Gesetz in Kraft treten soll. Nach dem bisherigen Statut heißt es im letzten Paragraphen: „Dieses Statut tritt mit dem Beginn des vierten auf seine Bekanntmachung folgenden Kalendermonats in Kraft.“ Es fragt sich, ob wir diesen Paragraphen nicht eventl. ändern und statt vier zwei Monate sagen, um dadurch zu erreichen, daß die Sonntagsruhe, wenn sie überhaupt Gesetz wird, schneller durchgeführt wird. Ich werde einen näheren Antrag darauf noch nachholen.

**Vorsitzender:** Die Statutentkommission beantragt demnach, daß das Statut, die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe betreffend, vom 16. September 1907 in § 1 abgeändert wird — nur im § 1 —, und daß der Paragraph nunmehr folgende Fassung erhält: (verlesen, siehe vorige Seite.)

Die Änderung des Paragraphen wird von der Versammlung angenommen.

**Vorsitzender:** Dann ist der Wunsch ausgesprochen, daß jetzt die Stadthallenvorlage sofort beraten werden soll, und von anderer Seite ist der Antrag eingebracht, die Stadthallenvorlage heute überhaupt nicht zu behandeln. Ich bringe den letzten Antrag zuerst zur Abstimmung.

Stadtv. Dr. **Voge** (zur Geschäftsordnung): Ich hatte noch gebeten, den § 5 abzuändern.

**Vorsitzender:** Dann bitte ich mir einen schriftlichen Antrag aus. Die Besprechung über die Sonntagsruhe ist wieder eröffnet.

Oberbürgermeister **Metemeyer:** Sie können unmöglich das Statut in dieser Form, wie es vorgeschlagen ist, sofort genehmigen. Wir müssen Ihnen doch einen formellen Entwurf vorlegen. Ich glaube, es bleibt nichts übrig, als daß wir demnächst eine Vorlage darüber einbringen, was ja möglichst beschleunigt werden kann.

Stadtv. Dr. **Voge:** Dann bin ich zufriedengestellt. Ich könnte ja meinen Antrag eventl. stellen, wenn wir das neue Statut vorgelegt bekommen.

---

Der Antrag Pusch, die Beratung über die Stadthalle zurückzustellen, wird abgelehnt. Darauf beschließt die Versammlung, die Stadthallenvorlage vor den anderen Punkten der Tagesordnung zu beraten.



## 2. Erbauung einer Stadthalle.

**Vorsigender:** Vorweg möchte ich bemerken, daß der Referent der Finanzkommission, Herr Munte, durch eine Reise verhindert ist, heute hier zu erscheinen. Es wird daher der Referent der Baukommission, Herr Rasche, so liebenswürdig sein, für beide Kommissionen zu referieren.

**Stadtv. Rasche:** Die Magistratsvorlage, die allen Herren zugegangen sein wird, hat die Frage der Erbauung einer Stadthalle so ausführlich behandelt, daß ich mich kurz fassen kann. Es wird in der Vorlage vorge schlagen, eine Stadthalle in Verbindung mit unserem altherwürdigen Altstadtrathause zu erbauen, und zu diesem Zwecke die Grundstücke Breitestraße 1 und 2 und Scharrnstraße 25 anzukaufen. Seiner zentralen Lage wegen erscheint der Platz für eine Stadthalle sehr günstig, und auch dadurch, daß durch eine Verbindung der Stadthalle mit dem Altstadtrathause zu einer wirtschaftlichen Einheit Kosten für eine reichere Ausgestaltung der Fassade wegfallen. Besonders betont wird in der Vorlage, daß zum Schutze des Altstadtrathauses gegen Feuergefähr die Beseitigung der Hintergebäude des Brojeschen Hauses dringend geboten erscheint.

Das Brojesche Haus an der Breitenstraße 1 hat einen Flächeninhalt von 11,69 a; die Gebäude sind zu 125 950 *M* in der Brandkasse versichert, an Mieten werden von 23 Mietern jährlich 10 153 *M* gezahlt. Die Westermannschen Grundstücke Breitestraße 2 und Scharrnstraße 25 sind zusammen 29,37 a groß, die Gebäude sind zu 315 500 *M* versichert, die Mieteinnahme beträgt zurzeit 9210 *M*. Nach den vorliegenden Verträgen ist das Brojesche Grundstück für 155 000 *M*, die Westermannschen Grundstücke für 215 000 *M*, alle drei zusammen also zu 370 000 *M* von der Stadt angekauft. In Anrechnung auf den Kaufpreis sollen von der Stadt 305 000 *M* Hypotheken übernommen werden, ferner will Herr Broje den Rest des Kaufpreises mit 25 000 *M* gegen 4 Prozent Verzinsung stunden, so daß einstweilen nur 40 000 *M* bar zu zahlen sind.

Bezüglich der Aufbringung der Kosten bezweifelt der Magistrat nicht, daß die Jüdelstiftung helfend eingreifen wird, zumal der hochherzige Stifter bei Einrichtung der Abteilung III seiner Stiftung gerade die Schaffung von Anlagen der in Rede stehenden Art ohne Belastung der Steuerzahler seiner Vaterstadt hat ermöglichen wollen. Zur Erlangung von Bauplänen schlägt der Magistrat einen Wettbewerb vor und möchte ermächtigt werden, im Einvernehmen mit der Baukommission den Wettbewerb auszuschreiben und sonstige Vorarbeiten ohne Verzug auszuführen. Zu dem Zwecke wird ein Kredit von 10 000 *M* geordert. — Der Magistrat gibt nun anheim:

1. der Ausführung des erörternden Projekts grundsätzlich zuzustimmen,

2. die beiden vorgelegten Kaufverträge zu genehmigen, auch die zu ihrer Ausführung alsbald aufzuwendenden Mittel vorläufig in völligem Umfange zu Lasten des Extraordinariums der Kammereikasse zu verwilligen,

3. dem vorgelegten Voranschlage wegen Ausschreibung eines Wettbewerbs und der erforderlichen Vorarbeiten zuzustimmen und ihn zu ermächtigen, im Einvernehmen mit der Baukommission zu dem Zwecke bis zu 10 000 *M* gleichfalls zu Lasten des Extraordinariums der Kammereikasse aufzuwenden.

Bei der gemeinsamen Beratung in der vereinigten Bau- und Finanzkommission wurde zu Nummer 1 ein Zusatz eingehaltet, welcher lautet:

„Unter der Voraussetzung, daß die Stadthalle allen Vereinigungen und politischen Parteien zu gleichen Bedingungen zur Verfügung stehen soll.“

Ferner wurde zu Punkt 2 der Wunsch ausgesprochen, daß auch das Müller'sche Grundstück An der Martinikirche 2 angekauft werden solle. Hierzu ist vom Magistrat mitgeteilt, daß von der städtischen Bauverwaltung zwecks einer besseren Grundrißgestaltung der Stadthalle sowie zur Erhöhung der Feuerficherheit des Altstadtrathhauses auch der Vorschlag gemacht war, das Müller'sche Grundstück zu erwerben. Das Haus ist inzwischen angekauft. Es lag aber in der Sitzung der vereinigten Kommissionen der Kaufvertrag noch nicht vor, es konnte also über diesen Ankauf Beschluß nicht gefaßt werden.

Nachträglich ist eine Vorlage vom 28. Mai eingegangen, in der darauf hingewiesen wird, daß aus dem inzwischen beschafften Grundbuchauszug sich ergeben hat, daß auf einem Teile des Westermann'schen Grundstücks eine dingliche Last ruht, wodurch eine Fläche von 87 qm einer Baubeschränkung unterliegt, die aber nach dem Bericht der städtischen Bauverwaltung für den Wert des Gebäudes keine große Bedeutung hat, zumal die Bebauung der betreffenden Fläche nicht in Frage kommt.

Ferner hat die Herzogliche Oberschulkommission ein Schreiben an den Magistrat gerichtet, in dem sie Bedenken ausspricht über die Errichtung einer Stadthalle in der Nähe der staatlichen Gymnasien. Der Magistrat hält diesen Einwand nicht für stichhaltig, bittet aber doch, um Weiterungen auszuschließen, ihn zu der Erklärung zu ermächtigen, daß der Bau und der Betrieb der Stadthalle so gestaltet werden soll, daß eine Störung des Schulbetriebes in den angrenzenden staatlichen Schulgebäuden nicht stattfinden kann.

Der Vertrag über den Erwerb des Müller'schen Hauses ist in der Sitzung der Baukommission vorgelegt. Das Haus ist zu einem Preise von 105 000 *M* erworben. Auf den Kaufpreis sollen 15 000 *M* angezahlt werden und der Rest einstweilen gegen Verzinsung mit 4¼ Prozent gestundet werden. Der Magistrat gibt anheim, diesen Vertrag zu genehmigen, und die Baukommission empfiehlt in dieser Beziehung daselbe.

Schließlich gibt der Magistrat noch anheim, ihn zu ermächtigen, alsbald nach allseitiger Genehmigung der drei Kaufverträge im Einvernehmen mit der Baukommission über die Lösung der einzelnen Mietverträge Entscheidung zu treffen. — Auch hier hat die Baukommission zugestimmt.

Es sind also von den vereinigten Kommissionen die sämtlichen drei Abteilungen des Magistratsantrages genehmigt mit Hinzufügung des Zusatzes zu Punkt 1. Ich bitte im Namen der vereinigten Kommissionen, den Anträgen des Magistrats und auch dem Zusatz der Kommissionen zuzustimmen.

Die Wahl des Platzes und der Bau einer Stadthalle in Verbindung mit dem Altstadtrathause ist eine gute Idee. Es wurde allerdings in der Kommission gesagt, man könne eine Stadthalle auch außerhalb der Stadt aufbauen, vielleicht in einer Parkanlage. Für die augenblicklichen Verhältnisse ist aber ein Saalbau, der im Zentrum der Stadt liegt, das Richtige. Dies Bedürfnis hat der Magistrat für besonders dringend gehalten, und die Kommission stimmt ihm darin zu. Ich bitte nochmals, die Magistratsanträge mit dem Zusatz der Kommission genehmigen zu wollen.

**Vorsitzender:** Ich darf wiederholen, wie die Anträge der vereinigten Kommissionen und dann der Baukommission lauten. Die vereinigten beiden Kommissionen beantragen zu

Nummer 1 der Magistratsanträge, dem Wortlaut der Magistratsfassung zuzustimmen mit dem Zusatz: „unter der Voraussetzung, daß die Stadthalle allen Vereinigungen und politischen Parteien zu gleichen Bedingungen zur Verfügung stehen soll.“

Nummer 2: Die beiden Kommissionen haben diesen Punkt vollständig genehmigt, aber mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß die zu kaufenden beiden Grundstücke zum Zwecke der Erbauung einer Stadthalle bestimmt sein sollen. Ferner haben die vereinigten Kommissionen auch grundsätzlich genehmigt, als drittes Grundstück das des Herrn Müller anzukaufen. Hier kommt hinzu der Antrag der Baukommission, der dahin geht, endgültig dieses Grundstück ankaufen zu wollen, und zwar unter Vorlegung des inzwischen eingegangenen notariellen Kaufvertrages.

Nummer 3: Der Magistratsantrag ist in seinem Wortlaut von den vereinigten Kommissionen angenommen.

Schließlich kommt als 4. Antrag der der Baukommission, daß der Magistrat ermächtigt werden soll, alsbald nach allseitiger Genehmigung der drei Kaufverträge im Einvernehmen mit der Baukommission über die Lösung der einzelnen Mietverträge Entscheidung zu treffen.

Diese vier einzelnen Punkte stehen nacheinander zur Beratung. Wünschen die verehrten Herren eine Generaldebatte, dann kann dem entsprochen werden.

Stadtv. **Meyerhoff:** Ich bitte um eine Generaldebatte, denn es ist unmöglich, das eine von dem andern in der Besprechung getrennt zu halten, jedenfalls wird das keinem Redner gut gelingen.

Die Versammlung beschließt, eine Generaldebatte vorweggehen zu lassen.

Stadtv. **Edhardt:** Es ist gewiß dankbar anzuerkennen, daß der Magistrat sich der Schaffung eines großen Saales angenommen und zu diesem Zwecke einige Grundstücke in der Breitenstraße und An der Martinikirche angekauft hat. Ich halte den Ankauf des Brojeschen und Müllerschen Hauses zum Schutze unseres ehrwürdigen Altstadtrathhauses, der Perle unserer Baudenkmäler, für sehr geboten, und zwar deshalb, weil es unsere Pflicht ist, dieses Kleinod aus mittelalterlicher Vergangenheit von feuergefährlichen Hintergebäuden zu befreien. Wie ich vor einigen Tagen gehört, hat es bei Müller in den letzten 7 Jahren dreimal gebrannt, ein Beweis, daß es dringend geboten erscheint, hier Abhilfe zu schaffen.

Für den Ankauf des Westermanni'schen Hauses kann ich mich nicht erwärmen, denn ich wüßte nicht, in welcher Weise dieses Grundstück für den beabsichtigten Zweck ausgebaut werden könnte. Es würde schade sein, Hunderttausende von Mark in dieses Haus hineinzustecken. Nach meinem Dafürhalten ist ein freier Platz zur Erbauung eines großen Saales oder wenn man Stadthalle sagen will, angenehmer; ich möchte Ihnen dafür den Platz an der Bruchtorpromenade im Eisenbahnpark empfehlen.

Wenn Sie, geehrte Herren, Gelegenheit nehmen wollen, sich diesen Platz einmal anzusehn, dann werden Sie finden, daß die Lage eine vorzügliche ist. Ich denke mir die Stadthalle etwa 10 m von der Promenade in den Park hineingebaut, ausgestattet mit einem einfach, aber würdig gehaltenen großen Saal und mit einigen daran stoßenden kleinen Sälen, großen Wandelhallen, hieran schließend nach außen führend Terrassen, welche all denen, die die Pause außerhalb des Saales zubringen wollen, Platz gewähren. Denken Sie sich einmal hier hinein, wie wunderbar schon der Aufenthalt auf den Terrassen sein muß, umgeben von schönen alten Bäumen, vor sich den Teich mit Schwänen, umsäumt mit saftigem Grün des Rajens und im Hintergrunde den schönen Bürgerpark.

Bei der Entwicklung dieses Bildes schwebt mir die Fassade des kleinen Hauses vom Königl. Theater in Stuttgart vor, welches auch nach Plänen des Professors Max Littmann erbaut worden ist und einen vorzüglichen Eindruck macht. Wer von den geehrten Herren diesen Bau schon gesehen hat, der wird mir recht geben, daß, wenn wir die zu erbauende Stadthalle in Formen kleiden, wie

solche in Stuttgart angewandt sind, wir nicht allein für die Gegenwart, sondern für spätere Generationen dem edlen Bürger, unserem früheren Kollegen Max Jüdel, aus dessen Vermächtnis wir all dieses Schöne bauen können, ein Denkmal setzen, ein Denkmal in Stein, zugleich aber auch eins bei uns in unseren Herzen aus Liebe und Dankbarkeit.

**Stadtv. Meyerhoff:** Es hat wohl seit langer Zeit nichts in der Bevölkerung eine solche Aufmerksamkeit und im Blätterwalde ein solches Rauichen hervorgerufen, als gerade diese Vorlage. Ich stimme dem zu, daß es an der Zeit ist, eine Stadthalle zu erbauen, kann aber nicht zustimmen, daß die Stadthalle so hinter den Leuten errichtet wird. Sie werden mir gestatten, die Gründe dafür darzulegen.

Zunächst gehe ich auf die finanzielle Frage ein. Die drei Grundstücke kosten uns 475 000 *M*; das sind die Grunderwerbskosten ohne die etwaigen Nebenkosten. Dann wurde in der Kommission gesagt — ich gehöre zu der Minderheit der Kommission, die gegen das Projekt war —, wir würden für 200 000 *M* eine Verzinsung bekommen. Ja, meine Herren, es ließt sich ganz schön, daß wir vorläufig nur 55 000 *M* in die Hand zu nehmen brauchen, aber das Bestreben der Stadt muß doch sein, auf ihrem Unternehmen keine Schulden zu haben, denn sie kann sich nicht ewig mit der Schuldenlast herumtragen und ihren einzelnen Mitbürgern das Kapital, das sie an städtischen Gebäuden stehen haben, verzinsen. Ich glaube, das liegt auch nicht in der Absicht des Magistrats. Aber es ist eine süße Pille, wenn man sagt: Es ist jetzt nur wenig Kapital zum Erwerbe nötig. Sodann wird gesagt: Es ist darin mit enthalten die Feuerversicherung des Altstadtrathhauses. Wer aber an Ort und Stelle geht und sich die Verhältnisse ansieht, der wird sagen, daß von dem Westermannschen Hause das Altstadtrathaus in dieser Beziehung keine Bedrohung erleidet, von dem Müllerischen Hause in etwas, von dem Broseischen Hause auch nicht viel, die meiste Bedrohung aber von den eigenen Gebäuden der Stadt, die wir auf dem Hofe des Grundstückes stehen haben, und die Herr Rittmeyer gepachtet hat. Da liegt die hauptsächlichste Feuergefahr. Es ist diese Frage auch gestern in der Sitzung der Baukommission, in der wir den Kontrakt über den Ankauf des Müllerischen Hauses zu genehmigen hatten, zur Sprache gekommen und von keiner Seite verneint.

Solche Eile hat die Sache übrigens auch nicht. Warum wird sie jetzt mit einer solchen Beschleunigung getrieben, daß wir so schnelle Entschlüsse fassen sollen, die von weitgehender Bedeutung sind? Ich weiß nicht, ob die Gesangsvereine der drängende Teil sind. Wenn ich davon sprechen darf, so haben die Gesangsvereine — ohne ihnen übles nachzujagen zu wollen — die Sache selbst verschuldet. Wie hat sich denn der Männergesang entwickelt? Die Vereine geben

ihre Konzertbilletts aus zu 3 *M*, 2 *M* und so herunter. Sie gebrauchen furchtbar große Räume; diejenigen, die sie bisher hatten, genügen nicht mehr, und der Lehrer-Gesangverein, der größte unter den Gesangvereinen, hat schon die Tugend angewandt, sein Konzert im Hofsäger abzuhalten. Also ein Mangel an großen Sälen existiert nicht; deshalb brauchen wir die Sache nicht zu beschleunigen. Ich habe selbst von einem Sangesbruder in der Kommission gehört, daß er gesagt hat: Das wird diesen Winter durch wohl noch gehen, und auch noch weiter. Die Gesangvereine können ohne die Stadthalle wohl noch leben.

Das Kapital für den Grunderwerb beträgt 475 000 *M*, und ich rechne wohl nicht zuviel, wenn ich 525 000 *M* für den Bau und an sonstigen Kosten rechne. Dann ist es ein Millionenprojekt, das uns vorliegt. Es ist uns auch in der Sitzung der vereinigten Kommissionen gesagt: So sehr drängt es nicht, wenn Sie nicht wollen, haben wir auch noch ein anderes Projekt. Wo es sein wird, soll mir gleichgültig sein. Ich sage aber: Wenn wir eine Million aufwenden, um eine Stadthalle zu bauen, dann können wir sie auch ins Freie legen, wo uns der Bauplatz nichts kostet, und wo wir ein Monumentalgebäude hinsetzen können, ein Denkmal unserer Zeit. Auch das Altstadtrathaus gibt Zeugnis davon, was in jenen Jahrhunderten die Kommunen leisten konnten, und so sollte auch unsere neue Stadthalle ein Wahrzeichen sein dessen, was die Kommune unserer Zeit leisten kann, was wir imstande sind, der Nachwelt zu übergeben. Das ist für mich schon Grund genug, warum ich nicht möchte, daß mit der Stadthalle hinter die Leute gegangen wird.

Der Referent hat gerade gerühmt, daß der Altstadtrathausaal mehr zur Anwendung kommen würde uzw. Wenn Sie eine großzügige Halle wollen, dann beiseitigen Sie wenigstens die beiden nebenstehenden Gebäude und kommen sie der Zeit, die uns das Altstadtrathaus überliefert hat, entgegen. Wenn Sie es nicht streng stilistisch nachahmen wollen, dann vergrößern Sie das Rathaus und legen Sie etwas Schönheit auch in die neue Fassade hinein. Ich habe auch mit namhaften Architekten gesprochen, die haben mir gesagt: Es ist nicht schön, wenn an diesen alten Körper, an dieses überkommene altherwürdige Gebäude etwas Neues angeflückt wird. Der Meinung bin ich auch.

Ich habe schon ausgeführt, daß uns der Bau hier eine Million kosten wird, und so würde es auch sein, wenn wir zu einem Bau kommen, der im Freien errichtet wird. Ich hoffe, daß die Verwaltung des Jüdel'schen Vermächtnisses uns die Gelder verwilligen wird; wenn auch nicht auf einmal, aber nach und nach werden die Kosten wohl gedeckt werden. — Dabei kommt mir noch eine Frage: Wir wenden für drei Grundstücke 475 000 *M* auf, um gewissermaßen eine Sanierung auszuführen, denn es wurde uns in der Kommission mitgeteilt, daß in den Gebäuden Wohnungen sich befinden, die den heutigen Verhältnissen nicht angemessen

sind. Ich habe Gelegenheit genommen, dem nachzujorichen. In dem Hause, in dem die Wohnungen sein sollen, die nicht schön sind, Breitestraße Nr. 1, sind 16 Wohnungen im Vorderhause — dieses wollen Sie erhalten — und 9 im Seitengebäude. Es würde sich also in diesem Falle um 9 Familien handeln, die kleine Wohnungen haben, es sind aber immerhin noch Wohnungen, die über 250 *M* kosten. Für das Haus Breitestraße 2, das Westermanni'sche Haus, sind nach dem Adreßbuche — weitere Nachforschungen habe ich nicht angestellt — im ganzen nur drei Mieter angegeben, und im Müllerschen Hause befinden sich auch nur im Hintergebäude zwei Wohnungen, die zu den kleineren gerechnet werden können, oder solche, von denen es immer heißt, es sei Mangel daran vorhanden. Also die Sanitas hat mit der Erbauung der Stadthalle an dieser Stelle nicht viel zu tun, wenn das auch hervorgehoben ist. Wenn wir sanieren wollen und haben dazu einen Anlaß genommen mit dem Durchbruch von der Straße Hintern Brüdern nach der Langenstraße, so frage ich: Ist dazu das Jüdel'sche Vermächtnis nicht auch zu gebrauchen, daß Luft und Licht in die Stadt gebracht wird? Bis jetzt haben wir bei allem, was in Sachen der Stiftsgasse geschehen ist, immer gehört: Die Sache ist teuer, es kann da niemand bauen. Von einer Unterstützung in dieser Sache habe ich nichts gehört, aber für das Millionenprojekt und dafür, diese alten Gebäude anzukaufen, liegt das Geld sozusagen auf dem Tische bereit, und die Herren brauchen nur zuzustimmen. Ich möchte Sie bitten, einem Antrage zuzustimmen, den ich stellen möchte, und der nur lau ist, zu dem die Zustimmung Ihnen leicht werden wird:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, neben dem Projekte: Erbauung einer Stadthalle an der Breitenstraße, den Stadtverordneten ein zweites Projekt in freier Lage und für beide Projekte je einen Kostenvoranschlag und etwaige Rentabilität derselben zugehen zu lassen.“

Das letztere habe ich angefügt, weil es sehr wohl möglich ist, daß bei Vorlage des zweiten Kostenvoranschlags es heißt: das geht über das Ziel hinaus. Man muß auch wissen, wie stellt sich die Rentabilität. Wir haben so viele Städte mit Stadthallen, daß der Magistrat sehr wohl Erkundigungen einziehen und sich ein Bild von der Rentabilität machen kann. Bei den Kostenvoranschlägen verlange ich keinen speziellen Anschlag über Kleinigkeiten. Aber es läßt sich wohl von seiten der Architekten ein Voranschlag auf Grund der Größe der Gebäude, des Kubikinhalts seines Mauerwerks ujm. herstellen. Wenn dann der Stadtmagistrat uns beweist, daß dieses Projekt das billigste ist und auch das rentabelste und praktischste, dann wäre ich nicht der letzte, der dafür stimmte. Mir sind von befreundeter Seite ganze Pakete mit Stadthallenansichten zugegangen, ich will sie aber nicht herumgehen lassen, denn viele Herren im Saale werden mehrere solcher Stadthallen kennen. Ich will auch nicht so weit gehen, wie unsere Nachbarstadt Hannover, die

sich eine Anlage mit über 4 Millionen Mark geleistet hat. Aber ich gestehe doch zu: Es mag sein, wie es will, der Stadtdirektor Tramm in Hannover trägt doch der Zukunft Rechnung. Das tut er auch in der Art, daß er sagt: „Wenn auch die Stadthalle weit draußen liegt, der Verkehr wird sich nach dahin ausdehnen“ — und er dehnt sich auch aus, das ist selbstverständlich! Damit hat Tramm wohl das Richtige getroffen. So denke ich auch: Es wird sich wohl ein Platz an der demnächstigen Verbindungsstraße nach dem neuen Bahnhof recht gut finden lassen, und ich glaube, der Magistrat hat das Projekt dazu schon in der Tasche. Er hat auch noch ein zweites, das ist kein Geheimnis mehr, und deshalb kann ich es wohl mitteilen: Es ist eine Stadthalle auf einem Platze im Bürgerparke. Es ist wohl in der Kommission gesagt: „Wir scheuen uns davor, einen Platz aus dem Bürgerpark herauszuschneiden“. Würde aber ein Platz im Bürgerpark gefunden, dann hätten wir alles, was zu einer Stadthalle nötig ist: Wir hätten eine schöne Umgebung und einen Baugrund, der uns nichts kostet. Wenn wir eine Million anwenden, dann können wir etwas leisten, was späteren Geschlechtern noch als Vorbild dienen kann. Ich bitte Sie, stimmen Sie meinem Antrage zu, der weiter nichts bedeutet, als den Magistrat zu erjuchen, uns ein zweites Projekt mit Kostenanschlag vorzulegen.

**Vorsitzender:** Es würde sich empfehlen, daß die Herren, die sich zur Generaldebatte gemeldet haben, vorerst noch zum Wort kommen. Es würde nämlich der Antrag Meyerhoff bedeuten, daß wir von einer weiteren Beratung Abstand nehmen. Ich halte aber für richtig, zunächst die Generaldebatte zu beenden, und gebe zunächst das Wort Herrn Dr. Jasper.

**Stadtv. Dr. Jasper:** Von Herrn Meyerhoff ist bereits die Entstehungsgeschichte dieses Stadthallenprojektes gestreift. Er hat einige Schlaglichter darauf geworfen, wie es die bürgerlichen Gesangsvereine und andere Vereine jetzt plötzlich so dringend notwendig haben, einen großen Saal zu ihrer Verfügung zu haben. Als die Arbeiterchaft jahrelang in ähnlichen Verhältnissen war, ist nicht so bereitwillig der Magistrat der Stadt hergekommen und hat gesagt: Im Interesse der organisierten Arbeiterchaft müssen wir jetzt eine Stadthalle bauen. Diese Entwicklungsgeschichte macht uns das Projekt an sich nicht gerade von vorn herein sympathisch. Trotzdem erkennen wir das Bedürfnis nach Errichtung einer Stadthalle an. Wir sind der Ansicht, daß für die Zukunft, hauptsächlich wenn wir dauernd große Kongresse und sonstige Veranstaltungen festlicher, wissenschaftlicher, künstlerischer, wirtschaftlicher oder politischer Art hier in unserer Stadt zusammenkommen sehen wollen, wir dem Vorbilde anderer Städte folgen müssen und uns der Errichtung einer Stadthalle nicht entziehen können. Meine politischen



Freunde und ich sind deshalb an sich bereit, grundsätzlich der Erbauung einer Stadthalle zuzustimmen unter der Voraussetzung, daß auch hier sich eine Mehrheit für das findet, was die vereinigten Kommissionen beschlossen haben, daß allen Vereinigungen, allen wirtschaftlichen und politischen Parteien die Räume, die auf gemeinsame Kosten der Bürgerschaft errichtet werden, zur Verfügung stehen. Wenn Widerspruch darin erfolgen sollte, ist ja bei der Spezialdebatte Gelegenheit, darauf einzugehen.

Herr Meyerhoff hat nun heute eine scharfe Kritik an dem uns vorgelegten Projekte geübt, und ich kann persönlich nicht umhin, ein gut Teil dieser Kritik als durchaus berechtigt anzuerkennen. Das Projekt einer Stadthalle an der Breitenstraße will mir persönlich nicht allzusehr behagen. Daß wir hinter den Leuten bauen, die Größe des Saales, seine Zugänglichkeit und anderes mehr scheint mir vielleicht für vorübergehende Zwecke ausreichend projektiert zu sein, aber nicht für die Zukunft bestimmt. Es hat nun Herr Meyerhoff einen Antrag gestellt, neben dem vorgelegten noch ein zweites Projekt auszuarbeiten, der uns bereits auch in den vereinigten Kommissionen beschäftigt hat. Dieser Antrag ist in den vereinigten Kommissionen als ein geschäftsordnungsmäßiger behandelt, und der Herr Vorsitzende scheint die Absicht zu haben, ihn auch heute wieder als einen geschäftsordnungsmäßigen zu behandeln und darin eine Ablehnung der sonstigen Vorlage und der Anträge der Kommission zu sehen. (Zuruf des Vorsitzenden: Zurückstellung). Ich glaube, daß auch eine Zurückstellung der Beratung nicht im Sinne des Antragstellers ohne weiteres notwendig ist, denn es wird vorgeschlagen: Ankauf der fraglichen Grundstücke. Herr Meyerhoff und seine Freunde sind im allgemeinen nicht dagegen. Es wird vorgeschlagen: Auszeichnung zwecks Gewinnung eines genauen Bauplans auf den zu erwerbenden Grundstücken Breitenstraße. Wenn wir dieses Projekt überhaupt greifbare Gestalt gewinnen lassen wollen, können wir nicht umhin, diesen Weg zu beschreiten. Bei der Zurücklegung dieses Weges werden Monate, ein halbes Jahr und länger vergehen. Während dieser Zeit ist es aber doch sehr wohl möglich, ein zweites Projekt an anderer Stelle auszuarbeiten, so daß dann, wenn der entscheidende Beschluß von den städtischen Behörden gefaßt werden soll, beide Projekte verglichen werden können, sowohl in der äußeren Ausgestaltung und praktischen Nutzung, als auch besonders in der Rentabilität, der Ausgabenhöhe, die mehr oder minder von der Stadt bei den Projekten zu leisten sein wird. Ich halte es deshalb nicht für notwendig, den Antrag Meyerhoff dahin aufzufassen, daß alles andere zurückzustellen sei, sondern wir können ruhig ankaufen, auszeichnen und daneben, wie Herr Meyerhoff vorschlug, auch andere Projekte auszuarbeiten lassen, dann kommt uns ein endgültiges Projekt zum Vergleich mit den anderen, und wir können dann nach sorgfältiger Ermägung alles in Betracht kommenden das Richtige finden. Freilich, die Wünsche des

Herrn Eckhardt werden wohl kaum Wirklichkeit werden. Die Trauben des preußisch-fiskalischen Eisenbahnparks sind wohl etwas jauer. Ich glaube nicht, daß die Gegend, die Herr Eckhardt uns so malerisch und anschaulich als verlockend geschildert hat, für uns erreichbar sein wird.

Ob der Magistrat ein zweites Projekt ausgearbeitet hat, ist mir nicht bekannt, es muß gestern in der Baukommission die Rede davon gewesen sein. Der Bürgerpark, für den der Stadthallenbau in Aussicht genommen sein soll, ist ja nach den Beschlüssen der städtischen Behörden in der Zukunft nicht mehr gerade als Eldorado anzusehen, wie es manchem vor schwebt und wir es jetzt in der Frühjahrspracht sehen können. Der Eisenbahndamm, der quer hindurchgehen wird, und anderes mehr ist in seiner Beschaffenheit der Umgebung der Stadthalle in der Ausdehnung, wie sie von verschiedenen Seiten angeführt ist, nicht gerade förderlich. Aber es sind in der Kommission wie in den Tagesblättern verschiedene andere Projekte genannt, die sehr wohl erörterungsfähig sind, und deshalb sollte man sich bei einem derartigen Ausgabebetrage und bei einer derartigen Bedeutung des Bauwerks für das Gedeihen und die Wohlfahrt der Stadt nicht scheuen, sich Zeit zur Durcharbeitung eines anderen Projektes zu nehmen. Wir sind deshalb grundsätzlich für die Vorlage unter Zusatz des Antrages Meyerhoff, der nicht geschäftsordnungsmäßig zu behandeln ist. Ich bitte Sie, sich in demselben Sinne zu entschließen.

**Vorsigender:** Zur Berichtigung habe ich zu bemerken: Der am Bruchtorwall gelegene Eisenbahnpark ist nicht preußisch-fiskalisch, sondern braunschweigisch-staatliches Eigentum.

Ich bitte diejenigen Herren, welche Anträge zu stellen beabsichtigen, auch wenn sie sich auf die einzelnen Punkte beziehen, sie jetzt schon einzureichen.

Stadt v. **Sander:** Es ist schon von einem der Herren Vorredner angeführt, daß seit langer Zeit keine Vorlage die Bürgerschaft so freudig erregt habe, wie gerade diese Vorlage über den Bau einer Stadthalle; sogar die Zeitungen haben ein Lob für den Magistrat gebracht, was gewiß als Seltenheit zu bezeichnen ist. Sie haben von einer großen Tat, von einer zukünftigen Morgenröte geschrieben, freilich haben sie sich auch wieder zurückgezogen, und die vorher Hosanna riefen, rufen nachher „Steinige“! Das soll uns immerhin nicht abhalten, unsere Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Ich stehe auf dem Boden der Vorlage: Der Magistrat hat eine glückliche Idee entwickelt, über die wir uns alle freuen können. Die Stadthalle auf dem vor-  
gezeichneten Platze wird alle Bedürfnisse befriedigen, die in dieser Richtung vorhanden sind. Wenn einer der Herren Vorredner, Herr Meyerhoff, sagte, er könne den Mangel eines großen Saales nicht anerkennen, dann ist mir das unver-

ständig. Sie kennen alle die Vorgeschichte des Projektes. Dadurch, daß Brünings Saalbau dem Verkehr durch die Vereine entzogen ist, ist die Frage so akut wie möglich geworden. Wenn Herr Meyerhoff weiter sagte, ein Sangesbruder habe in der Kommission erklärt, es sei nicht so brennende Eile nötig, daß für diesen Winter und längere Zeit hinaus ein derartiger Bau nötig wäre, so muß ich dem widersprechen. Es ist nur gesagt, so brennende Eile sei nicht vorhanden, daß der Saal schon in diesem Winter zur Benutzung dastehen müsse. In der Zeit könnten die Vereine eventuell noch den Saal im Hofsäger benutzen, und außerdem würde der Bau unter keinen Umständen noch zu diesem Winter fertig. Das sind die Worte gewesen. Daß ein Bedürfnis vorhanden ist, ist unwiderrüßlich festgestellt.

Was die finanziellen Betrachtungen des Herrn Meyerhoff betrifft, so sind sie nach einer Seite hin wohl berechtigt, nach der anderen Seite aber gehen sie von falschen Voraussetzungen aus. Herr Meyerhoff erklärt, der Bauplatz koste uns annähernd 500 000 M, und vergißt, von dieser Summe das Kapital in Abzug zu bringen, das sich aus den Grundstücken weiter verzinst. Weiter vergißt er, daß wir verpflichtet sind, aus Gründen der Feuericherheit für diese Perle der Baukunst, unser altes ehrwürdiges Altstadtrathaus, die Grundstücke anzukaufen. Wenn Sie nur zu diesem Zwecke angekauft werden, liegen sie zu einem gewissen Teile zinslos da, denn die Nebengebäude mit den kleinen Wohnungen, Werkstätten usw. müssen abgerissen werden, da das die Herde sind, die eventuell dem Altstadtrathause mit Feuergefahr drohen, und die Verzinsung des Kapitals hierfür muß von den Kosten gewissermaßen in Abzug gebracht werden. Es ist meiner Meinung nach eine glückliche Lösung vom Magistrat dadurch gefunden, daß auf der einen Seite die Feuericherheit des Rathauses in vollendeter Weise hergestellt und in anderer Hinsicht der Bau einer praktischen Stadthalle damit verbunden wird.

Für mich kommt noch ein anderes Moment hinzu, den Bau der Stadthalle an diesem Plage zu begrüßen und zu befürworten. Bis jetzt sind alle größeren Ausgaben dem Osten der Stadt zugute gekommen, der Westen ist in jeder Beziehung vernachlässigt, sei es auch durch die natürliche Entwicklung des Ostens — ich will deswegen keine Vorwürfe erheben. Aber es läßt sich nicht leugnen: Dem Westen und Norden der Stadt war eigentlich der Verkehr ganz und gar entzogen. Wie sehr die Verhältnisse im Westen zurückliegen, können Sie schon aus den Preisen dieser Grundstücke erkennen; sie sind so gering, daß man sich wirklich wundern muß, daß an einer derartigen Lage, wie die Breitenstraße es ist, Grundstücke für solchen Preis zu haben sind. Wenn Sie auf dem Steinwege ein Grundstück für 100 000 M kaufen wollen, bekommen Sie nur eine kleine Bude, hier ein großes Areal. Das ist ein Zeichen dafür, daß der Westen kolossal benachteiligt ist. Ich erblicke in der Stadthalle an der Breitenstraße eine Lebensader für diesen

Stadtteil und bin überzeugt, daß durch sie wieder etwas mehr Leben in die Altstadt hineinkommt.

Sodann ist, wie schon vom Herrn Referenten hervorgehoben ist, die Idee der Verbindung der Stadthalle mit dem Altstadtrathause eine sehr glückliche. Wir haben ja einen Sachverständigen in der Kommission gehabt; Herr Rasche ist ein Architekt, der sich nicht zu verstecken braucht. Er erklärte als Referent, es sei eine äußerst glückliche Lösung der Frage, und er hat in der Baukommission uns die Sache noch viel eingehender dargestellt und gesagt, daß eine derartige Verbindung mit dem Altstadtrathause durchaus kein Barbarismus gegen das Alte oder eine Verunzierung des Alten sei, sondern sich derart künstlerisch herstellen lasse, daß dadurch das Altstadtrathaus viel mehr zur Geltung kommen würde, als es bisher geschehen ist. Alles das sind Gründe, die mich bestimmen, für die Frage einzutreten, und zwar dergestalt, daß ich bitte, schon heute alle drei Punkte der Magistratsvorlage zu genehmigen.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Auch ich möchte bitten, daß Sie heute Stellung nehmen, nicht nur zu dem Ankauf der Grundstücke, sondern auch zu der Ihnen vorgelegten Frage, ob auf den Grundstücken an der Breitenstraße die Stadthalle erbaut werden soll oder nicht. Die Herren, die dagegen gesprochen haben, schienen alle mehr oder weniger von der Ansicht auszugehen, es wäre die Aufgabe der Stadt, ein sich nach außen präsentierendes, monumentales Gebäude aufzuführen, nur Herr Dr. Jasper sagte, das wäre vielleicht zu teuer. Die Frage ist schließlich der Erwägung wert: Sollen wir ein solches Gebäude, wie es zum Vorschlag gebracht wird, hinter den Leuten und damit ein brauchbares, aber immerhin nicht ein sich präsentierendes Monumentalgebäude errichten, oder soll eine Stadthalle bauen, wie es die meisten Städte getan haben: an einem freien Plage und dann natürlich in ganz anderer äußerer Ausgestaltung? Darüber müssen sich die Herren schlüssig machen, was sie wollen. Wir sind der Ansicht, daß es darauf ankommt, bald einen entsprechenden Raum zu schaffen, nachdem uns vor kurzem die Mitteilung zugegangen ist, daß der Umbau von Brünings Saalbau definitiv beschlossen und damit den Vereinen die Gelegenheit genommen sei, inmitten der Stadt ein angemessenes Unterkommen zu finden. Wenn die Herren aber gleichwohl wünschen, daß noch ein anderes Projekt vorgelegt wird, so möchte ich bitten, daß die Herren sich heute äußern, wo denn nach ihrer Ansicht die Stadthalle gebaut werden soll.

Die Platzfrage spielt bei einem solchen Projekt eine große Rolle. Wir sind im Magistrat der Ansicht gewesen, daß es wünschenswert ist, ein solches Bauwerk inmitten der Stadt zu haben, wenn sich geeignete Grundstücke dazu finden. Ich meine, Sie müssen alle anerkennen, daß ein derartiger Grundstück-

komplex, wie ihn der Magistrat zusammengekauft hat, in der Innenstadt wohl kaum überhaupt noch zu finden ist. Daß er in der Außenstadt zu finden ist, gebe ich zu, aber auch da wird es schon schwer halten. Es bleibt nach meiner festen Überzeugung tatsächlich nicht anderes übrig, als den Bürgerpark in Anspruch zu nehmen — dort, das erkennt der Magistrat an, ließe sich eine solche Halle bauen. Nun war der Magistrat allerdings der Ansicht, daß er, wenn er mit einem solchen Projekte herauskäme, auf den Widerspruch der Stadtverordnetenversammlung stoßen würde. Herr Dr. Jasper hat es vorhin so dargestellt, als wenn durch den Eisenbahndamm der ganze Bürgerpark wertlos geworden wäre. Die Mehrheit der Versammlung stand damals und der Magistrat steht heute noch auf einem anderen Standpunkte. Bauen wir aber noch ein solch großes Etablissement in den Bürgerpark, dann wird wieder ein wesentlicher Teil dieser schönen Anlage dem Publikum entzogen, und dazu kann sich der Magistrat vorläufig nicht verstehen. Wir halten den Platz neben dem Altstadtrathause für günstiger.

Näher auf die finanzielle Frage einzugehen, ist wohl, während der Generaldebatte nicht der richtige Augenblick, nur eins möchte ich hervorheben. In den Äußerungen des Herrn Meyerhoff war mir auffallend, daß er auf der einen Seite fortwährend zur Sparsamkeit mahnt und sich vor Riesenschulden und kolossalen Ausgaben scheut. Dann sagt er aber wieder: Hier ist ein Punkt, wo die Stadt ihre Leistungsfähigkeit zeigen kann, mit anderen Worten: Millionen ausgeben sollte. Das ist doch ein Widerspruch, der sonst bei Herrn Meyerhoff nicht üblich ist.

Eins möchte ich noch hervorheben. Wenn Herr Meyerhoff meint, es wäre richtig, Neubauten an das Altstadtrathaus zu machen und auf diese Weise etwas Herrliches zu schaffen, so verstehe ich nicht, wie uns jemand den Vorschlag machen kann, an dieses Haus ein anderes anzubauen, das zur Repräsentation nach außen dienen soll, wodurch doch das alte Bauwerk gedrückt werden würde. Ich bin kein Sachverständiger, aber das muß auch ein Laie beurteilen können: Ein solches Haus, wie das Altstadtrathaus wird geehrt und gehegt dadurch, daß man ihm kein progenhaftes Gebäude an die Seite stellt. Es soll allein durch sich selber wirken, und darum ist es richtig gedacht, daß der Magistrat sagt: Wir wollen tunlichst die alten Gebäude, die an den beiden Straßen stehen, zu erhalten suchen. Daß die Zugänglichkeit des Grundstücks, insbesondere der Stadthalle selbst, reichlich erzielt werden kann, wenn eine Durchfahrt nach der Scharnstraße und nach der Breitenstraße zu vorhanden ist, das ist auch in der Kommission anerkannt.

Im übrigen will ich offen gestehen: Auch uns ist es nicht leicht geworden, den Herren eine Vorlage zu unterbreiten, die der Stadt immerhin sehr erhebliche Opfer auferlegt, und wenn wir nicht die Züdelstiftung hätten, die in solchen

Fällen eintreten will, so würde der Magistrat schwerlich zu seiner Vorlage gekommen sein. Sollten Sie aber der Meinung sein, daß ein dringendes Bedürfnis zur Schaffung der Halle nicht vorliegt, dann hat sich der Magistrat zu becheiden.

Ich will nun noch kurz auf den Antrag der vereinigten Kommissionen eingehen, die Beschlußfassung dahingehen zu lassen, daß die Summen bewilligt werden unter der Voraussetzung, daß die Halle unter gleichen Bedingungen allen Vereinigungen und politischen Parteien zu Verfügung steht. Zunächst möchte ich bemerken: Es ist eine eigene Sache, daß wir jetzt schon, wo wir noch nicht schlußfähig sind, ob die Halle überhaupt gebaut werden soll, die Grundsätze festlegen, nach denen die städtischen Behörden demnächst verfahren sollen. Es ist nicht unsere Absicht, Ihnen anheimzugeben, uns die Mittel zu bewilligen, und darnach baut der Magistrat die Halle und hat darüber zu verfügen. Wir hatten uns die Sache so gedacht: Wenn die Halle gebaut ist oder vorher schon, muß eine Benutzungsordnung oder Hausordnung aufgestellt werden, und die haben selbstverständlich die städtischen Behörden gemeinsam festzustellen. Darin müßten dann Grundsätze festgelegt werden, wem und zu welchen Zwecken die Halle zur Verfügung gestellt werden soll. Richtig würde es meiner Ansicht nach nicht sein, darin zu sagen, wem die Halle zur Verfügung gestellt werden soll, sondern man soll in einer solchen Benutzungsordnung nur sachlich festlegen, zu dem und dem Zwecke soll die Halle benutzt werden. Es ist in der Kommission und auch hier in der Versammlung von Herrn Dr. Jasper die Andeutung gefallen, daß der Magistrat den Arbeitern gegenüber nicht so viel Entgegenkommen gezeigt hat, als für diese kein großer Saal vorhanden war. Solange Brünings Saalbau den Vereinen noch offen stand, hatte der Magistrat überhaupt keine Veranlassung, stadtseitig einen größeren Saal zu bauen. Daß aber eine solche Halle auch den Arbeitern zur Verfügung gestellt werden wird, ist doch selbstverständlich; ich begreife nicht, wie daran gezweifelt werden konnte. (Zuruf: Na, na!) Ich bleibe dabei, wenn Sie auch na, na sagen.

Nun wird gesagt: Die Halle soll unter gleichen Bedingungen allen Vereinigungen und politischen Parteien zur Verfügung gestellt werden. Das ist zunächst insofern nicht ganz unbedenklich, als wir im Magistrat der Ansicht sind, daß für bestimmte Zwecke die Halle nur gegen Vergütung zur Verfügung gestellt wird. Ich erinnere z. B. an die Konzerte, die die Hoftheaterkapelle regelmäßig zugunsten ihrer Witwen- und Waisenklasse veranstaltet, und bei denen ein hohes Eintrittsgeld genommen wird. Sollen in solchen Fällen die städtischen Behörden nicht das Recht haben, zu sagen: „Für eine solche Benutzung nehmen wir eine Miete“, während in anderen Fällen, wenn es sich um Wohltätigkeitszwecke allgemeiner Art handelt, nicht für eine spezielle Vereinigung, sehr wohl die Halle vollständig

unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden kann. Das würde meiner Ansicht nach am besten in der Weise zu regeln sein, daß man das später dem Ausschusse, der über die Halle zu verfügen hat, festzusetzen überläßt. Aber heute schon diese Sache festzulegen, also geradezu dem Magistrat die Bedingung zu stellen: „Entweder ihr akzeptiert, was wir dekretieren, oder wir bewilligen die Mittel nicht“, das ist eine eigene Sache, darauf wird der Magistrat nicht eingehen. Ich bitte auch folgendes zu beachten: Derartige Bedingungen sind am Platze, wenn es sich um dritte Personen handelt. Hier aber wollen Sie durch diesen Beschluß die städtischen Behörden veranlassen, sich im voraus die Hände zu binden. Das ist meiner Ansicht nach nicht richtig. Insbesondere ist gesagt „politische Parteien“. Nun ist der Magistrat der Ansicht, daß auch in der Halle Politik betrieben werden darf. Was ist heute keine Politik? Die Politik umfaßt heute alles. Aber eins ist richtig: Parteipolitische Versammlungen hatte der Magistrat allerdings die Absicht, nicht in der Halle zu dulden. Liegt denn dazu ein so großes Bedürfnis vor, in dieser Halle parteipolitische Versammlungen abzuhalten? Ich meine, es läge kein Grund vor, diesen Antrag anzunehmen, nachdem der Magistrat erklärt hat: Wir sind einverstanden, Ihnen demnächst über die Benutzung der Halle, falls sie erbaut werden sollte, einen Entwurf vorzulegen, der Ihrer Zustimmung bedarf. Mehr können wir nicht tun.

**Stadtv. Frede:** Ich hätte persönlich gern gesehen, daß die Mittel der Züdelstiftung zuerst für die Erbauung eines Schwimmbades in Braunschweig geslossen wären, aber ich muß anerkennen, daß die vorliegenden Verhältnisse, nämlich die Verpachtung von Brünings Saalbau, unbedingt auf die Erledigung der Stadthallenfrage dringen, so daß sie dadurch in den Vordergrund gerückt ist und eine Entscheidung beansprucht. Daß man die Notwendigkeit einer Stadthalle hier noch dartun soll, ist, wie ich glaube, nicht notwendig. Wer das Vereinsleben in Braunschweig kennt, und wer den Wunsch hat, daß größere Kongresse hier möglichst zahlreich stattfinden und untergebracht werden können, der muß die Notwendigkeit eines geeigneten großen Raumes anerkennen. Es bliebe die Klärung der Frage: Soll die Halle in der Innen- oder in der Außenstadt erbaut werden? Es würden Gründe für die Erbauung in der Innenstadt und auch in der Außenstadt aufzuführen sein. Diejenigen, die für Placierung in der Außenstadt sind, sind wohl ausnahmslos deshalb dafür, weil sie ein Solitärgebäude wünschen, welches durch sein stattliches Aussehen wirkt. Der Grund ist durchaus zu verstehen, aber Sie müssen berücksichtigen, daß die ornamentale und monumentale Ausstattungs eines solchen Gebäudes außerordentlich viel Kosten verursacht, und ob es angebracht ist, sich dahin zu entscheiden, das möchte ich im Hinblick auf die vielen anderen Aufgaben, die wir noch zu erfüllen haben, doch bezweifeln.

Wohin soll auch die Stadthalle in der Außenstadt gesetzt werden? Es sind in der Presse verschiedene Vorschläge geäußert. Der Prinzenpark ist in Aussicht genommen — darauf brauchen wir uns nicht weiter einzulassen. Der Stadtpark ist in Vorschlag gebracht — ich glaube, auch das ist nicht diskutabel. Sodann ist von Herrn Eckhardt der Eisenbahnpark erwähnt. Ich halte ein solches Projekt für aussichtslos, weil die Landtagsabgeordneten sicher für den Grund und Boden eine ganz gewiß sehr beträchtliche Summe fordern würden. Abgesehen davon muß ich den Platz, den Herr Eckhardt vorgeschlagen hat, als nicht geeignet ansehen, weil ich den Blick von der Bruchtorpromenade über den grünen Rasenplatz und den Teich hinweg nach dem Wasserturm für einzig schön halte und es außerordentlich bedauern müßte, wenn er durch ein großes Gebäude verschlossen würde. Es bleibt der Bürgerpark übrig. Der nähere Teil oder der entferntere? Nehmen Sie die südlichen Tennisplätze, so ist das zu weit hinaus; in dem Falle können Sie auch den Saal im Hofsäger benutzen, der würde dann vollständig genügen. Wird der vordere Teil des Bürgerparks genommen, so würde der Bürgerpark beschränkt sein auf das Terrain zwischen Eisenbahndamm und Stadthalle, und auch das würde ich bedauern.

Diejenigen, die die Stadthalle in die Außenstadt und in einen Park hinein wünschen, tun es wohl auch deshalb, um den Leuten, die von den Darstellungen aus der Halle kommen, die Möglichkeit zu gewähren, sich im Grünen zu ergehen. Denken Sie doch praktisch! Wann ist die Hochsaison der Konzerte? Das ist an den Winterabenden. Haben Sie da wohl gesehen, daß die Leute noch spazierengehen? Da gehen sie in ein Café, und das ist auch ein Grund dafür, daß die Stadthalle im Innern der Stadt bleibt.

Wenn ich noch darauf eingehe, daß Herr Meyerhoff sagt — der Herr Oberbürgermeister hat das übrigens schon beleuchtet —, es sei nötig, daß jede Zeit der späteren Generation zeige, was sie schaffen konnte, so glaube ich, daß Braunschweig nicht verlegen ist um Denkmäler, die die Gegenwart der Zukunft hinterläßt. Unser schönes Rathaus zeigt doch wohl zur Genüge, was die städtische Baukunst hat leisten können. Wir haben noch andere schöne Bauten und werden auch noch andere bekommen. Daß wir aber gerade durch unsere Stadthalle glänzen, ist nicht nötig. Das können wir anderen Städten überlassen, damit einmal zwischen den Städten eine Abwechslung vorhanden ist.

Nun komme ich zur Innenstadt. Ich kann da suchen, wo ich will, nirgends finde ich annähernd einen soch passenden Platz wie hier. Die Stadthalle kommt an drei Straßen zu liegen: Breitestraße, An der Martinikirche, Scharnstraße, und ferner an den Altstadtmarkt, wo die Kutschen halten können; also eine Verkehrsförderung kann durch den Betrieb der Stadthalle absolut nicht eintreten. Zwei Straßenbahnverbindungen gehen verüber, die vom Augusttor nach Elper und die



vom Hohentor nach dem Hauptfriedhofe. Indirekt sind auch die anderen Linien — nur durch die Brabantstraße getrennt — auf dem Friedrich-Wilhelmsplatze zu erreichen. Das ist mit Rücksicht auf den Verkehr eine außerordentlich günstige Lage.

Und nun das Altstadtrathaus. Der eine hat die Verbindung der Stadthalle mit dem Altstadtrathause als einen glücklichen Gedanken hingestellt, der andere als einen unglücklichen. Die Herren, die dafür eintreten, daß die Halle ein allein stehendes Gebäude werden muß, wollen, daß der Blick sich ohne weiteres auf dieses Gebäude richtet. Wenn die Stadthalle hinter das Altstadtrathaus zu liegen kommt, dann werden wir den Blick über den ganzen Komplex schweifen lassen, und er wird verweilen auf dem schönsten Gebäude, das wir in der Stadt haben, auf das wir mit Recht stolz sein können. Für die Einheimischen und für jeden Fremden, der an Kongressen teilnimmt, wird, wenn die Stadthalle dorthin kommt, das Altstadtrathaus mehr als bisher in den Mittelpunkt des Interesses gerückt, und das können wir nur begrüßen. Die Kosten werden an einem anderen Platz in der Stadt höher werden als hier, denn der Preis von 90 *M* für das Quadratmeter wird an anderen guten Stellen der Innenstadt nicht reichen. — Was den Einwand betrifft, der wegen der Nähe der staatlichen Gymnasien erhoben ist, so glaube ich, daß sich mit Leichtigkeit vermeiden ließe, daß diese Schulen durch den Betrieb der Stadthalle irgendwie gestört werden. Wenn der Weg, der in die Nähe des Realgymnasiums kommt, durch Sand oder Asphalt befestigt wird, dann findet, was doch wohl zumeist hier in Frage kommt, ein fast geräuschloser Wagenverkehr statt, und wenn gärtnerische Anlagen nach dem westlichen Gebäude zu geschaffen werden, wie jene Skizze vorsieht, dann ist das eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem jetzigen Zustande.

Ich fasse mich dahin zusammen: Ein besseres Projekt als dieses kann ich nicht als vorhanden anerkennen. Das vorgeschlagene Terrain liegt in der Mitte der Stadt, an drei Straßen und einem Marktplatze, an zwei Straßenbahnlinien direkt und an den übrigen indirekt, das Altstadtrathaus wird durch das vorliegende Projekt gesichert insofern, als die Feuergefährdung durch die umliegenden Gebäude außerordentlich vermindert wird, es wird nutzbar gemacht und in den Mittelpunkt des Interesses der Einwohnerschaft, besonders aber für die Fremden bei Kongressen gerückt, und die Kosten sind hier geringer als anderswo. — Ich werde in erster Linie für den Antrag des Magistrats stimmen, und nur wenn der abgelehnt werden sollte, bitte ich die Herren, folgenden Antrag anzunehmen:

„Die Versammlung ermächtigt den Magistrat, die drei Grundstücke (das Brojeiche, Westermannsche und Müllerische) anzukaufen, und bewilligt die dazu alsbald aufzuwendenden Mittel vorläufig in vollem Umfange zu Lasten des Extraordinariums der Rammereikasse.“

Als Fortsetzung sodann möchte ich den Antrag Meyerhoff (daß dennoch ein zweites Projekt ausgearbeitet wird) auch zu dem meinigen machen, mit der Einschränkung, daß das zweite auf das Bürgerparkterrain sich beziehen soll.

**Stadtv. Eckhardt:** Der Herr Vorsitzende war so liebenswürdig, darauf hinzuweisen, daß das Gebiet des Eisenbahnparks nicht preussisch-fiskalisch ist, sondern herzoglich-braunschweigisch. Da wir mit unserer Regierung sehr gut stehen, und der Herr Oberbürgermeister es verstanden hat, bei dem Bahnhofprojekt für die Stadt das Möglichste herauszuholen, so glaube ich, daß es dem Herrn Oberbürgermeister auch gelingen würde, in gleich glücklicher Weise auch mit der Regierung darüber zu verhandeln, daß uns ein Stück des Eisenbahnparks für den Bau einer Stadthalle überlassen würde. Wenn wir das erreichen, dann haben wir das Idealste vollbracht, was wir überhaupt für eine Stadthalle haben tun können.

**Stadtv. Frühling:** Zu meinem Bedauern habe ich an den Vorverhandlungen nicht teilnehmen können, ich möchte aber doch nicht unterlassen, auch meinerseits ein paar Worte zu der Angelegenheit zu sagen. Ich bin für das Magistratsprojekt, weil ich auf dem Standpunkte stehe, daß seine Ausführung eine glückliche Lösung der Stadthallenfrage bedeuten würde. Die Gründe dafür sind fast alle schon aufgeführt. Wenn gesagt wird, das Altstadttrathaus litte unter dem Bau, so ist das verkehrt. Das Altstadttrathaus würde, wenn die Stadthalle nach diesem Projekte geschaffen würde, wieder zu neuem Leben erweckt, während es jetzt tot ist, denn heutigestags wird es so gut wie gar nicht besucht. In seiner alten Schönheit würde das Rathaus viel mehr repräsentieren als jedes andere Gebäude.

Damit komme ich auf die Frage, ob in der Innenstadt oder Außenstadt die Halle aufzustellen ist. Das kommt auf die Frage hinaus: Sollen wir ein monumentales Bauwerk schaffen oder uns in bescheidener Weise an Vorhandenes anschließen? Daß der Standpunkt, ein großes, monumentales, Aufsehen erregendes Gebäude hinzustellen, seine Anhänger hat, ist natürlich. So etwas ist immer viel anziehender für die meisten Menschen, als wenn etwas Bescheidenes, dabei aber doch Schönes geleistet wird. In der Außenstadt würde das Gebäude für sich allein stehen und ein Prunkgebäude sein müssen, während es hier nur ein Wirtschaftsgebäude wird, welches den Verkehr nach der Innenstadt zieht. Was ist denn für Braunschweig das Anziehende für die Fremden? Ist es die neue Stadt, die Neubauten? Nein, es ist die alte Stadt, die Leute wollen nicht in der Außenstadt die Mietkajernen und Villen besuchen, sondern sie kommen in die Innenstadt und wollen das alte Braunschweig kennen lernen. Es wäre schön, wenn wir das, was in der Vergangenheit hier geschaffen ist, wieder erwecken könnten zu neuem Leben. Wenn im Anschluß an das schönste Gebäude, welches die gotische Zeit in der

profanen Baufunft uns überlassen hat, ein derartiges Gebäude, wie es hier geplant wird, errichtet wird, dann wird die alte Perle der Altstadt wieder lebendig.

Außerdem aber ist die finanzielle Frage sehr wesentlich. Es ist keine Frage, daß uns die Stadthalle, wenn wir ein großes Prunkgebäude errichten, viel mehr kosten wird als das Gebäude im Anschluß an das Altstadtrathaus. Ich meine, in wirtschaftlicher Beziehung haben wir uns recht zu beschränken; durch die großen Aufgaben, die uns bevorstehen, werden uns die Mittel beschränkt. Herr Frede hat schon auf das neue Schwimmbad hingewiesen; wenn diese Aufgabe auch zunächst durch die Erbauung einer Stadthalle zurückgedrängt wird, so wird sie doch wiederkommen. Eine künstlerische Wirksamkeit wird durch den Bau im Anschluß an das Altstadtrathaus nicht ausgeschlossen, denn der Künstler kann sich in der Innengestaltung des Baus in hohem Grade bewähren, auch wenn das Gebäude nicht an der Breitenstraße, sondern im Hintergrunde steht. Ich glaube, daß es unendlich besser ist, die Aufmerksamkeit der Künstler auf die Innengestaltung zu lenken, als ein Gebäude mit Türmen und Kuppeln zu schaffen, welches nach viel aussieht und nach ein paar Jahren aus der Mode ist und gar nicht anerkannt werden wird. Die Kunstfähigkeit liegt nicht darin, etwas Großes und Proziges zu schaffen, der rechte Künstler vermag sich unterzuordnen unter das, was besteht, und sich daran anzuschließen, es hervorzuheben und sein Eigenes dazuzugeben. Dazu wird jedem Künstler bei diesem Projekte die beste Gelegenheit gegeben sein.

Deshalb glaube ich, das Projekt durchaus empfehlen zu können. Die Stadthalle liegt darnach in der Innenstadt, belebt von neuem die Innenstadt. Das Projekt gibt durchaus Gelegenheit zu künstlerischer Entwicklung und wird sehr viel billiger sein als ein anderes.

Und nun die vielen anderen Projekte, die vorgeschlagen sind; ich habe davon bloß in der Zeitung gelesen. Einige haben ja Herr Frede und Herr Meyerhoff erwähnt. Sollen wir denn die wenigen Parks, die wir haben, dadurch noch beschränken, daß wir große Gebäude dort hineinsetzen? Gerade der Eisenbahnpart gibt — wie schon Herr Frede sagte — eins der schönsten Landschaftsbilder. Sollen wir statt dessen einen großen Prunkbau dorthin setzen, von dem man noch nicht weiß, ob er später noch für schön gelten wird? Jedenfalls wird dadurch das, was vorhanden ist, zerstört, und ob Besseres dahinkommt, ist zweifelhaft. Die wenigen grünen Flächen, die Braunschweig hat, müssen erhalten bleiben; sie dürfen nicht gerade hierdurch beschnitten werden, wo durch einen günstigen Grundstücksankauf Gelegenheit gegeben ist, in praktischer Weise ein Gebäude zu schaffen, welches allen Ansprüchen genügen und in finanzieller Beziehung sich bewähren wird, dabei wirtschaftlich das Leben nach der Innenstadt zieht, damit sie nicht noch mehr verödet. Namentlich auf den letzten Punkt möchte ich die Herren, die den Grundbesitz vertreten, hinweisen. Je mehr Sie das Leben in der Innenstadt veröden,

um so mehr sinkt der Wert des Grundbesitzes in der Stadt, und das ist nicht vortheilhaft für die Grundeigentümer.

Stadtv. **Stegmann:** Herr Frede sagt, er könne sich kein besseres Projekt für eine Stadthalle in Braunschweig denken, und speziell der letzte Redner, Herr Frühling, hat in beredten Worten sich für den Vorschlag des Magistrats ins Zeug gelegt. Ich kann mich trotzdem nicht überzeugen, daß dem so ist, wie Herr Frede sagt, und stehe auf dem Standpunkte, den die Herren Dr. Jasper, Meyerhoff und Eckhardt vorgetragen haben. Eine Stadt wie Braunschweig muß in dieser Beziehung auch einmal etwas Großzügiges leisten. Ich halte es für verkehrt, daß man sich mit der Stadthalle in einem Winkel verstecken will. Wenn gesagt wird, die Fremden kämen nach Braunschweig wegen der altertümlichen Stadt, so ist das bis zu einem gewissen Grade richtig, aber Sie wollen doch auch etwas Neues sehen. Unsere schönen Anlagen in Braunschweig ziehen doch jedenfalls auch an, und wenn die Fremden hören werden, daß eine Stadthalle in Braunschweig erbaut ist, so werden sie doch auch diese ansehen wollen und etwas Großartiges erwarten. Dann werden viele den Kopf schütteln, wenn sie dahin geführt werden. Das sieht aus, als wenn man tatsächlich in Schöppenstedt wäre. Wenn es einmal ein Millionenprojekt wird, dann soll man etwas wirklich Gutes und Modernes schaffen. Sie wissen, daß man in anderen Städten, wo Stadthallen bestehen, auch keine Kosten gescheut und monumentale Bauten aufgestellt hat; ich erinnere an Breslau und Cassel. Warum sollten wir das nicht fertigkriegen? Ich bin überzeugt, wenn die Braunschweiger Bürgerchaft gefragt würde, so würde die große Majorität für eine große und moderne Stadthalle in freier Lage eintreten. Wenn wir trotzdem dafür sind, daß die fraglichen Gebäude angekauft werden, so ist das deshalb, weil in beredten Worten dafür eingetreten ist, daß das Altstadtrathaus gegen Feuergefahr geschützt werden müsse. Das kann am besten geschehen, wenn wir die Gebäude ankaufen und nutzbringend verwenden. Es ist selbstverständlich, daß die Grundstücke zu den verschiedensten Zwecken für die Stadt verwendet werden können, wenn sie auch nicht zu einer Stadthalle gebraucht werden.

Ich möchte nun noch einige Worte zu den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters sagen. Er findet es nicht am Plage, daß wir jetzt schon Bestimmungen treffen sollen, wie die Stadthalle verwendet werden soll. Für meine politischen Freunde und mich ist das aber eine große Hauptsache. Wir sind nicht gewillt, uns darauf einzulassen: es wird beschlossen, die Stadthalle zu bauen, danach wird die Hausordnung oder Benutzungsordnung festgesetzt, und was nachher kommt, damit müßten wir uns zufriedengeben. Das sind ungesangene Fische, und wir würden uns leicht damit in die Kesseln setzen. Nach dem ganzen Vorgehen der städtischen Behörden haben wir alle Ursache, uns vorzusehen, wenn wir für ein

solches Projekt stimmen sollen. Ich brauche nur zu erinnern an das Vorgehen des Magistrats und der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung in Sachen der Freien Turnerschaft, wie sie die Arbeiter aus den städtischen Turnhallen hinausgeworfen haben, wie bei der Verleihung der Spielplätze die Arbeiter benachteiligt und zurückgeetzt sind. Während zahlreiche andere Vereine jährliche Subventionen bekommen, ist es abgelehnt, einen städtischen Zuschuß zu geben, als die Arbeiterjäger ein derartiges Verlangen stellten. Ich verweise Sie auf das parteiische Vorgehen bei den Wahlen zu Armenpflegern. Wir sehen, daß die Arbeiter, die von uns für dieses Amt vorgeschlagen sind, abgelehnt werden, wo es sich doch bei den Armenpflegern darum handelt, daß sie die Verhältnisse der Leute in ihrem Bezirke kennen. Es erscheint aber nicht angebracht, daß Arbeiter in diesen Sachen mit zu bestimmen haben, deshalb sucht man sie fernzuhalten. Nur einzelne davon wollen Sie wählen, die Lieblinge der besitzenden Kreise sind. Wenn wir das berücksichtigen, haben wir Ursache, in der heute vorliegenden Sache vorsichtig vorzugehen. Herr Dr. Jasper hat schon angeführt, daß es wunderbar erscheint: kaum wurde das Projekt bekannt, daß der Saalbau in ein Kino verwandelt werden sollte, da tauchte sofort in der Presse und im Magistrat der Gedanke auf, Verhandlungen anzuknüpfen, um einen Saal oder eine Stadthalle zu bauen. Ich bin überzeugt, wenn viele von Ihnen es verhindern könnten, daß wir überhaupt einen Saal bekämen, dann würden Sie mit Freuden dafür eintreten. Darum haben wir alle Ursache, vorsichtig zu sein. Wenn hier gesagt wird: Der Ausschuß für die Stadthalle oder die vereinigte Versammlung kann Bestimmungen treffen, wonach die Vergebung der Stadthalle erfolgen soll, so muß ich erwidern, daß uns eine solche Erklärung nicht genügt. Wir müssen unbedingt etwas Bindendes haben, was vorher festgelegt ist. Es klang aus der Rede des Herrn Oberbürgermeisters heraus, als ob er Ihnen die Pistole auf die Brust setzen wollte: Wenn ihr diese Bedingung annehmt, ist der Magistrat überhaupt nicht für Erbauung der Stadthalle zu haben. Es wäre doch an der Zeit, daß man auch den Arbeitern gegenüber unparteiisch vorgehe, und daß sich solche Fälle, wie ich sie angeführt habe, nicht wiederholen. Wenn vom Herrn Oberbürgermeister gesagt wird, daß die Stadthalle für parteipolitische Zusammenkünfte nicht zur Verfügung stehen solle, dann bin ich im Zweifel, was alles als parteipolitisch ausgelegt werden wird. Daß Zusammenkünfte vom Flottenverein, vom Wehrverein als parteipolitisch bezeichnet würden, bezweifle ich sehr, dagegen glaube ich, daß Gewerkschaftsversammlungen und Veranstaltungen der Arbeiterjäger, Arbeiterturner und selbst unseres Bildungsausschusses, der tatsächlich keinerlei Politik treibt, sondern sich nur mit belehrenden Dingen abgibt, zweifellos als parteipolitisch betrachtet werden, so daß ihnen die Halle nicht zur Verfügung gestellt würde. Wir haben also ein dringendes Interesse daran, vorher zu wissen, was

geschehen soll. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß in der Stadthalle nicht nur die Veranstaltungen derer, die den bürgerlichen Parteien angehören, und nicht nur solche Vereine unterkommen sollen, die „Heil dir im Siegerkranz“ singen. Wenn es wirklich etwas Großzügiges sein soll, müssen Sie jede Parteilichkeit fallen lassen, es muß auch den Arbeitern Gelegenheit gegeben werden, ihre Veranstaltungen in der Stadthalle abzuhalten. Ich möchte dringend bitten, daß Sie den Worten des Herrn Oberbürgermeisters nicht folgen, sondern bejchließen, wie die Kommission Ihnen vorgeschlagen hat.

**Stadtv. Meyerhoff:** Ich möchte Sie bitten, mir noch einige Minuten Gehör zu schenken. Mein Antrag ging daraus hervor, daß der Herr Referent ausdrücklich — wie der Herr Vorsitzende erklärte — vorschlug, mit dem Ankauf dieser Grundstücke solle auch zugleich die Erbauung der Halle an der fraglichen Stelle bejchlossen sein. (Widerspruch.)

**Vorsitzender:** Das ist ein Antrag der vereinigten Kommissionen.

**Stadtv. Meyerhoff** (fortfahrend): Würden Sie also, ohne daß dieser Antrag von seiten der Kommission geändert wird, den Ankauf der Grundstücke bejchließen, dann hätten Sie damit auch bejchlossen, daß die Stadthalle dahin kommt. Davor wollte ich warnen. Ich habe nichts gegen den Ankauf der Grundstücke, ich halte sie auch nicht für zu teuer, wenn sie auch teilweise anständig bezahlt sind. Ich mache darauf aufmerksam: Wir können die Grundstücke sehr gut gebrauchen für den Bau einer Markthalle, die in der Gegend viel mehr not tut als eine Stadthalle. Wenn Sie das Leben und Treiben auf dem offenen Markt sehen und sehen wieder in den Stadtdäkel, wie der Betrieb unserer Markthalle am Hagenmarkt darunter leidet, indem sie weniger besucht wird, weil dort auf dem freien Markte die Aussteller sich billiger stehen, dann werden Sie zugeben, daß wir eine Markthalle in dieser Gegend gerade sehr gut gebrauchen können. Wir stehen auch vor dem Bau einer Fortbildungsschule, und daß die nicht ganz klein sein kann, das weiß heute schon jeder, der sich mit der Frage bejchäftigt hat. Dazu wird ein großes Terrain nötig sein, also auch hierzu könnten wir die anzukaufenden Grundstücke gebrauchen. Ich habe gegen den Ankauf nichts und werde dafür stimmen, aber es muß aus dem Antrag weg, daß wir damit zustimmen, daß die Stadthalle dort gebaut wird.

Nun eine andere Sache. Herr Dr. Jasper jagte von dem Eisenbahndamm: Er würde den Bürgerpark durchschneiden und sehr viel auf dessen Schönheit einwirken. Ich glaube, die Frage des Dammes wird besser gelöst, als sich augen-

blicklich ein jeder denkt. Sie wird jedenfalls so gelöst, daß man den Eisenbahndamm, wenn nicht gerade ein Zug darüberfährt, nicht erkennen kann. Damit komme ich zum Bürgerpark. Gerade in dem Bürgerpark ist uns der Platz gezeigt, wo die Stadthalle erbaut werden könnte. Jetzt sind an der Stelle Tennisspielfläche; es ist der Teil, wo früher die Pumpstation stand. Wenn Sie das Stück vom Bürgerpark wegnehmen und stellen dort die Stadthalle hin, dann schädigen Sie den Bürgerpark nicht im geringsten. Ich stelle mir den Stadthallenbau nicht so vor, daß ein hohes Staket darum gelegt wird, sondern er soll eine freie Lage haben, und die Anlagen sollen sich daran schließen. So ist das Ideal, das mir vorschwebt. Etwas Ähnliches haben wir auch bei unseren neueren Bauten: auch am Museum haben wir kein hohes Gitter geschaffen, und es geht auch so.

Herr Sander bekannte sich als der Sangesbruder, der sich in der Kommission geäußert hat, und meinte, er hätte sich nicht in dem von mir angeführten Sinne geäußert. Er hat sich aber doch dahin geäußert, daß vorläufig keine solche Bedenken wegen der Stadthalle vorhanden wären, und ich habe in meinen Ausführungen auch nur daraus geschlossen, daß die Sache nicht so drängt. Wenn die Stadthalle an die Verlängerung der Hennebergstraße kommt, dann ist diese Straße schon bedeutend verbreitert, und sie wird auch noch durch das Abtrennen der Vorgärten auf der anderen Seite verbreitert werden müssen. Sie wird der Hauptzugang zu dem neuen Bahnhofe von der Ostseite der Stadt her werden, und die Stadthalle wird dann, wenn dieser Platz genommen wird — das möchte ich Herrn Frühling jagen — nicht bei Mietkajernen usw. zu liegen kommen, sondern ganz im Freien, in einem richtigen Parke.

Die Idee des Herrn Edhardt hat auch mir vorgehwebt, und ich habe in der Kommissionssitzung auch geglaubt, es wäre möglich, dort im Eisenbahnparkes die Stadthalle zu errichten. Natürlich wäre mir die Erhaltung des Eisenbahnparkes noch lieber als alles andere. Die Frage aber ist, ob dieser Platz überhaupt zu haben ist. In der Kommission wurde gesagt, er wäre nicht zu haben. Ein anderer meinte in der Kommission, dort dürfe überhaupt kein Gebäude hingebaut werden. Wissen Sie denn, wozu die Regierung sich diesen Platz vorbehalten hat? Der Herr Oberbürgermeister wird es Ihnen bestätigen können: Da soll das demnächstige Ministerhotel hinkommen; es handelt sich nur darum, ob wir diesen Platz, der für das Ministerhotel gedacht ist, für den Bau der Stadthalle bekommen können oder nicht.

Dann wurde gesagt — von Herrn Frede, glaube ich —, unsere Generation habe sich schon genug Denkmäler gesetzt. Wir hätten so viele schöne Bauten, daran könnte die Nachwelt sehen, was unsere Zeit leisten konnte. Nein, Herr Frede, daran ist nicht gezeigt: Was hat unsere Stadt über für eine Stadthalle? Es ist

falsch, wenn man sagt, die Stadt habe sich schon genug Denkmäler gesetzt. Nein, in einer Stadthalle hat sie sich noch kein Denkmal gesetzt, und wenn Sie damit hinter die Leute gehen, dann wird sie sich damit auch kein Denkmal setzen. Dann hat auch ein Redner behauptet, der wunderbare Anblick auf das Altstadtrathaus wäre die Hauptsache, was dahinter stände, ginge keinen an. Ein Redner hatte sogar auf den Garten hingewiesen, der dort angelegt werden würde. Das ist aber ein Garten, der nur in Gedanken vor sich weht und auf dasselbe herauskommt, als wenn in Berlin bei Sonnenschein von den Besitzern der Restaurants gesagt wird: „August, geh den Garten raus!“ Denn eine Ausschmückung des freien Raumes bei einer Stadthalle hinter dem Altstadtrathause ist nur durch Kriechgewächse möglich, und das kann ich nicht für einen Garten ansehen, denn Sonne und Licht wird dort nicht viel hinkommen, so daß Gewächse dort gedeihen könnten. Daran ist gar nicht zu denken.

Herr Frühling sprach dann von einem Prunkgebäude. Ja, Herr Frühling, man kann auch ein anständiges Gebäude ohne Prunk aufstellen, und gerade die neuere Architektur lehrt das. Man braucht keine Türme und Kuppeln, solche Gebäude lassen sich auch in einfachen und doch schönen Formen errichten, und das ist unser Wunsch: darum möchten sich unsere Architekten bewerben, damit sie zeigen, daß auch mit einfachen, schlichten Mitteln etwas Schönes in die Welt zu setzen ist.

Der Herr Oberbürgermeister sagt, ich befinde mich mit mir selber im Widerspruch; ich hätte gesagt, der Bau am Altstadtrathause koste eine Million, das sei zu teuer, und nun wolle ich noch mehr bewilligen für ein Gebäude mit schöner Fassade. Das ist irrig. Ich habe gesagt: Wenn wir die Million in die Hand nehmen und sie aufwenden bei einem Gebäude, für das der Platz der Stadt nichts kostet, dann können wir Hervorragendes leisten. Das ist etwas ganz anderes, als was der Herr Oberbürgermeister mir unterlegt.

Dann sagte Herr Frühling, bei unseren wenigen Parks sollten wir das Grüne nicht noch vermindern. Ja, ein solcher Ausdruck mußte hier nicht fallen, denn ich möchte Herrn Frühling fragen: Wo ist eine Stadt schöner eingerahmt durch die Wallanlagen als hier in Braunschweig? Das müßte Herr Frühling wissen, denn er ist selbst Anwohner des Walles. Wo ist eine Stadt besser mit Parks bedacht, die ganz in der Nähe der Stadt liegen — wir kommen aus dem Grünen ja gar nicht heraus, und das ist schön an unserer Stadt. Wenn wir nun in dem Grünen noch ein geschmackvolles Gebäude errichten, dann zeigt sich unsere Zeit viel besser, als wenn Sie die Stadthalle hinter die Leute bauen.

Herr Frühling sagte auch, es komme auf die Innengestaltung an. Ich weiß wohl, daß die große Masse für Raumkunst schwärmt, aber das eine braucht das andere nicht auszuschießen. Wenn Sie ein Gebäude mit anständiger Fassade



bauen, kann die Innenaus schmückung auch gut gemacht werden. Aber nur auf daß Innere das Gewicht zu legen, wie Herr Frühling es tat, ist wohl nicht richtig.

Ob der Bau schön werden wird, der im Freien errichtet werden soll, darüber erlaube ich mir einstweilen kein Urtheil. Darüber kann ich mir erst ein Urtheil bilden, wenn ein Plan der Baukommission vorliegt und geprüft ist; vorher kann man das nicht sagen. Ich bezweifle das aber nicht und meine, wenn wir eine Stadthalle im freien Gelände errichten wollen, dann werden sich die Architekten auch Mühe geben, sie schön und praktisch herzustellen.

Ich bitte, meinen Antrag zu genehmigen. Der Magistrat ist bereit dazu — wenn es auch etwas verblümt herauskam —, uns ein zweites Projekt zu unterbreiten. Ich wüßte nicht, warum dann diese Hezjagd nötig wäre!

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Zunächst möchte ich Herrn Meyerhoff erwidern, daß der Eisenbahnpark nach meiner Kenntnis der Verhältnisse nicht für ein Ministerhotel in Aussicht genommen ist; soviel ich weiß, hat kein Mensch diese Idee. Der Gedanke ist wohl geäußert, aber auch sofort verworfen. Es wäre auch jammer schade, wenn dieser wundervolle Blick über das Wasser nach dem Wasserturm hin durch ein Ministerhotel verbaut würde, und ich würde es auch bedauern, wenn eine Stadthalle an den Platz hingestellt würde. Wenn Sie das Ding noch so schön und pomphaft gestalten, der Blick in den Park würde doch beeinträchtigt werden, und man wird deshalb doch keinen Respekt vor Braunschweig bekommen. Einen solchen herrlichen Blick, wenn man eben in die Stadt hineinkommt, wie hier in den Eisenbahnpark hinein, habe ich allerdings nicht in vielen Städten gefunden, und deshalb ist es auch, wie ich glaube, ausgeschlossen, daß uns der Staat dieses Grundstück überhaupt überläßt.

Dann hat Herr Meyerhoff deutlich gezeigt, daß er grundjählich verschiedener Ansicht mit uns ist; wir wollen etwas ganz anderes als Herr Meyerhoff. Wir wollen, um den Fremdenverkehr und das Leben in der Stadt zu heben, ein Lokal schaffen, in dem große Versammlungen abgehalten werden können, Herr Meyerhoff will ein Denkmal setzen (Weiterkeit.), d. h. nicht Herr Meyerhoff, sondern die Stadt soll sich ein Denkmal setzen. Hat man je so etwas gehört, daß eine Stadt sich ein Denkmal setzt? Es wird wohl für berühmte Männer ein Denkmal gesetzt, aber um der Stadt ein Denkmal zu setzen, brauchen wir doch keine Million aufzuwenden.

Und nun noch eine Frage an Herrn Meyerhoff: Was sollen wir machen, um seinem Wunsche gerecht zu werden? Er will ein zweites Projekt haben, aber vorläufig hat er noch kein erstes Projekt, denn diese Vorlage nenne ich noch kein Projekt. Es ist eine Grundrißskizze vorgelegt, aus der Sie ersehen können, daß

die Grundstücke, die wir angekauft haben, ausreichen, um dort eine Stadthalle zu erbauen. Wollen Sie, daß wir Ihnen eine solche Skizze in bezug auf den Bürgerpark vorlegen, dann habe ich Herrn Meyerhoff schon in der Kommissionsitzung gesagt, daß die Skizze angefertigt ist und Ihnen zur Verfügung steht. Ich glaube, daß Sie alle ohne Ausnahme sofort in der Lage sind, die Frage zu entscheiden: Kann im Bürgerpark an der verlängerten Hennebergstraße eine Stadthalle gebaut werden? Selbstverständlich ist das möglich. Soll nun der Magistrat durch die städtische Bauverwaltung oder durch andere Architekten ein zweites Projekt entwerfen lassen und Ihnen mit Kostenanschlägen für beide Projekte kommen?

Wenn die Herren überhaupt es für möglich halten, daß an der Stelle, wo Herr Meyerhoff jetzt die Halle erbauen will, ein zweckentsprechendes Bauwerk Platz finden würde, dann könnte man auf die Idee eingehen. Nach meiner Kenntnis der verschiedenen Projekte und der bestehenden Anlagen, die ich gesehen habe, wird es allerdings gar nicht zu vermeiden sein, einen Kuppelbau aufzuführen, und das macht die Sache teuer. Nachdem Ihnen der Magistrat nun ein Projekt vorgelegt hat, wollen Sie sagen: Bitte, legt uns noch ein anderes vor. Da können Sie ebenso gut sagen: Legt uns noch zwei Projekte vor. Wir sind doch aber keine Kaufleute, die da sagen: „Zur gefälligen Auswahl!“ Wenn Sie dieses eine Projekt verwerfen, dann weiß ich nicht, ob wir auf die Idee des Herrn Meyerhoff eingehen werden. Es ist möglich, aber ich kann das nicht ohne weiteres in Aussicht stellen.

Die Herren sollten sich meiner Ansicht nach zunächst erst einmal über die Frage schlüssig machen: Wo soll gebaut werden, denn es dreht sich tatsächlich um die Platzfrage. Es ist nicht zu bestreiten: Wir mögen in der Außenstadt bauen, wo wir wollen, es wird immer die entgegengesetzte Seite der Stadt sagen: „Natürlich, der Magistrat bevorzugt wieder diesen Stadtteil, und wir sind die Benachteiligten“. Darum sind wir von Anfang an bemüht gewesen, einen Platz in der Innenstadt ausfindig zu machen, und das müßten Sie auch aus den Gründen, die Herr Frühling im Interesse des Grundbesitzes vorgebracht hat, anerkennen. Sehen Sie sich einmal an, wie sehr die Innenstadt fortgesetzt entvölkert wird dadurch, daß immer neue Geschäftsläden entstehen. Wenn man durch eine solche Anlage eine Gegend wieder heben kann, so sollte man das nicht von der Hand weisen. Ich bitte, unserem Projekte zuzustimmen und uns die Vorlegung eines anderen Projektes zu erlassen.

Was die Ausführungen des Herrn Stegmann betrifft, so will ich eins bemerken. Es ist in der Resolution der Kommission vorgeschlagen zu sagen: Unter der Voraussetzung wird die Summe bewilligt, daß die Stadthalle allen Vereinigungen und politischen Parteien zu gleichen Bedingungen zur Verfügung stehen soll. Was die Vereinigungen betrifft, so habe ich schon hervorgehoben,

weßhalb ich den Zusatz für bedenklich halte. Daß die Stadthalle zu politischen Versammlungen zur Verfügung gestellt werden soll, könnte ich akzeptieren, denn was ist heute nicht alles Politik, aber es müßte uns, d. h. den städtischen Behörden, das Recht zustehen, zu sagen: „Parteipolitischen Versammlungen wollen wir die Halle überhaupt nicht öffnen, und wir wollen dabei keinen Unterschied machen, ob die Veranstalter der Versammlungen konservativ, nationalliberal oder sozialdemokratisch sind.“ Mehr können wir aber nicht tun. Ich bitte Sie, lassen Sie uns heute in der Beziehung uns nicht festlegen. Ich bin bereit, Erkundigungen einzuziehen, wie es mit anderen Stadthallen in dieser Sache gehalten wird. Sollte es sich herausstellen, daß man an anderen Orten von wesentlich anderen Gesichtspunkten ausgeht, so will ich das eingehende Material Ihnen unterbreiten. Dann mögen die städtischen Behörden sich schlüssig machen, wie bei der Vergebung der Stadthalle an politische Parteien verfahren werden soll.

Stadtv. **Frede:** Herr Stegmann hat den Ausführungen des Herrn Baurat Frühling und den meinigen nicht beipflichten können und hat die Erbauung einer modernen Halle gewünscht. Das Wort modern bekommt nachgerade einen häßlichen Klang. Sehen sie sich die modernen Wohnhäuser in den verschiedenen Städten an, sie sind alle uniform. Hat man das eine gesehen, so hat man damit auch das Bild der anderen. So ist es auch mit den Stadthallen. Der Herr Oberbürgermeister sagt, der Bau müßte eine Kuppel haben, einige Stadthallen sind mit Türmen versehen, in der Hauptsache bieten sie aber alle dasselbe Bild. Wenn wir hören, wie die Leute über dieselben Erscheinungen, die demselben Zweck dienen, urteilen, so ist das abgemacht damit, daß sie sagen: Dieser Bau ist besser und jener weniger gut. Das Wort modern imponiert mir nicht. Die Ausführungen des Herrn Frühling dagegen, die den meinigen beistimmen, sind mir von ganz besonderem Gewicht, weil er als Fachmann die künstlerische Seite und die Gründe gewürdigt hat, die von den Herren, die für einen Einzelbau sind, ins Feld geführt werden.

Was das von Herrn Stegmann in bezug auf die Freiheit des Besuchs der demnächstigen Stadthalle durch Parteiversammlungen Angeführte anlangt, so finde ich keine Bedenken dagegen, die Stadthalle auch den Versammlungen zu öffnen, die von politischen Parteien abgehalten werden. Wenn hier ein national-liberaler Tag stattfindet, dessen Besucherzahl so groß ist, daß sie nicht in den Wilhelmsgarten hineingehen, so können wir nicht verlangen, daß die Versammlung unter freiem Himmel abgehalten wird. Dasselbe müßten wir auch den Sozialdemokraten gestatten; ich kann nichts darin finden. Ich möchte dazu nur beantragen, daß in der Einfügung der vereinigten Kommissionen die Worte „unter gleichen Bedingungen“ gestrichen werden, dann ist sowohl der Meinung des Herrn

Stegmann Rechnung getragen, wie auch dem Wunsche des Herrn Oberbürgermeisters, der gesagt hat, daß nicht gleiche Bedingungen für alle Vereinigungen dekretiert werden können. Dann können in der Stadthalle Versammlungen und Vorführungen für Wohltätigkeitszwecke stattfinden, für die wir keine Gebühr zu verlangen brauchen, und auch solche, bei denen eine Gebühr für Benutzung der Halle bezahlt wird. Wenn diese Worte fallen, hat der Magistrat vollständige Freiheit.

Auf die Worte des Herrn Meyerhoff möchte ich noch kurz eingehen; es sind aber nur Kleinigkeiten, auf die ich Bezug zu nehmen habe. Herr Meyerhoff hat tatsächlich gesagt: Die Stadt soll sich ein Denkmal setzen, ich habe das stenographisch nachgeschrieben. Er kapriziert sich darauf: Die Stadt Braunschweig hat sich noch kein Denkmal gesetzt in einer Stadthalle. Daß nun das gerade geschehen soll, dafür kann ich keine Notwendigkeit erkennen. Wir haben andere Sachen, mit denen wir Staat machen können. Andere Städte haben noch andere hervorragende Bauten; sollen wir ihnen auch darin noch nachahmen? — Es freut mich, daß von Herrn Oberbürgermeister in Abrede gestellt ist, daß in den Eisenbahnpark das Ministerhotel gebaut werden soll. Ich konnte mir das auch nicht zusammenreimen mit der sonstigen Stellung der Staatsregierung, die betont hat, daß die Promenade von Beeinträchtigungen frei gehalten werden soll.

Sodann hat Herr Meyerhoff meine Äußerung über einen Garten bei der Stadthalle auf der Breitenstraße bemängelt. Er hat aber übersehen, daß ich über die nahe gelegenen Gymnasien sprach und gesagt habe: Es sollen gärtnerische Anlagen geschaffen werden, wenn auch nur kleine, und das wird ein schöner Anblick gegenüber dem jetzigen Zustande sein. Es sind jetzt neben dem Hofe der Gymnasien sehr häßliche Neubauten vorhanden. Dafür soll eine Umfahrt und eine kleine Gartenanlage geschaffen werden.

In der Vorlage des Magistrats steht — das habe ich vorhin zu erwähnen vergessen —, daß ein Saal für mindestens 2000 Personen hergerichtet werden solle. Seitdem uns die Vorlage zugegangen ist, ist der Plan schon gewachsen, denn das Müllerische Grundstück ist auch für das Projekt angekauft. Ich würde es bedauern, wenn der Raum in der Halle nur auf 2000 Personen beschränkt werden würde. Es ist vielleicht so gemeint, daß 2000 Personen im *P a r t e r r e* Platz haben, denn es würde natürlich auch eine Galerie zu bauen sein, wie im Saalbau, was auch der Akustik zustatten käme, und auf der viele Personen unterkommen könnten. Eine solche Größe ist schon mit Rücksicht auf die Entwicklung der Stadt zu wünschen und auch in Rücksicht auf den guten Zweck der großen Konzertunternehmungen, die möglichst vielen Leuten zugute kommen sollen. Das kann nur erreicht werden, wenn der Eintrittspreis klein ist und viele Besucher Platz finden können.

Darum ist zu wünschen, daß Raum für mindestens 3000 Personen in der Stadthalle geschaffen wird.

Was sonst noch zu sagen ist, hat der Herr Oberbürgermeister schon erwähnt. Mögen Sie in der Außenstadt einen Platz wählen, welchen Sie wollen, immer wird er eine exponierte Lage haben, und die Einwohner im anderen Teile der Stadt werden dadurch beeinträchtigt werden. Es ist zu berücksichtigen, daß das Publikum zu später Stunde aus der Stadthalle kommt und möglichst bald und bequem nach Hause kommen möchte.

Stadtv. **Weichsel:** Ich verkenne keinesfalls die Gründe, welche die Magistratsvorlage empfehlen und vom Herrn Oberbürgermeister angeführt sind. Wenn man sich das Projekt aber näher ansieht, hat die Sache auch erhebliche Bedenken. Es sind für das Projekt an der Breitenstraße besonders drei Punkte angeführt. Der eine ist, daß die Ausführung des Projekts nicht unwesentlich zur Hebung der Gegend am Altstadtrathause beitragen wird. Das ist ein Punkt, dem ich am allermeisten zustimmen könnte. Wenn man etwas tun könnte, um den Verkehr in diese Gegend hineinzulenken, wie es früher der Fall war, so würde ich mit Freuden dafür sein. Aber der Verkehr ist ein wenig subordinierter Geselle, der seine eigenen Wege geht und den Anordnungen der hohen Behörden nicht folgt. Ich fürchte, wenn die Halle an dieser Stelle erbaut wird, daß die Gegend nicht den Vorteil davon haben wird, den der Magistrat davon zu haben wünscht.

Der zweite Punkt, der für die Magistratsvorlage angeführt wird, ist, daß die Halle in eine gute Verkehrslage hineinkommt. Das muß ich bestreiten. Der Verkehr hat sich dem Osten der Stadt zugewandt und der nach dem Altstadtmarkt zu ist herzlich schlecht und kann auch nicht gebessert werden wegen der schlechten örtlichen Verhältnisse. Wer sich nach dem Altstadtrathause zu einem Vortrag begeben hat, wird gesehen haben, wie schlecht der Straßenbahnbetrieb nach dieser Gegend ist. Es ist auch ausgeschlossen, daß eine Verkehrserweiterung dahin erfolgt, denn der zweigleisige Ausbau der Straßenbahn ist wegen der engen Straßen und ihrer Krümmungen nicht möglich. Deshalb wird die Verbindung nach dort immer schlecht bleiben, schlechter als nach irgend einem Teile der Stadt sonst.

Der dritte Punkt ist die Finanzfrage. Der Magistrat hält dieses Projekt für außerordentlich günstig. Wenn man aber die Sache bei Licht beseht, wird dabei eine Ausgabe von einer Million herauskommen. Die Grunderwerbskosten betragen 475 000 M, und mit rund einer halben Million wird man den ganzen Bau der Halle mit Umbauten nicht zu hoch annehmen. Nun bitte ich Sie, zu überlegen: Was würden wir mit einer Million an einer anderen Stelle schaffen können, wo die Grunderwerbskosten geringer sind oder für uns gar nicht in Frage kommen, indem wir die Sache in einen städtischen Park hineinstellen! Wenn man

da eine Million in die Hand nimmt, kann man etwas ganz anderes schaffen als an dieser Stelle. Ich bin keineswegs darauf kapriziert, wie Herr Meyerhoff, Denkmäler unserer Stadt zu schaffen, aber ich glaube, daß wir etwas Schöneres und Geeigneteres als an dieser Stelle erreichen, wenn wir eine Stadthalle in einen Park setzen, wo sie frei steht und eine schöne Umgebung hat.

Deshalb kann ich mich nicht entschließen, mit beiden Füßen in die Vorlage hineinzupringen, ehe ich nicht weiß: Wie läßt sich die Aufgabe lösen, wenn man die Stadthalle an einer anderen Stelle, vielleicht in einem städtischen Parke oder wo sich sonst Gelegenheit dazu bietet, aufbaut. Ich möchte hier nicht auf Möglichkeiten aufmerksam machen, die sonst noch gegeben sind. Ich glaube, daß es richtiger ist, das in nicht öffentlicher Versammlung zu besprechen, um bei nötigem Grunderwerb nicht Schwierigkeiten hervorzurufen. Ich bin der Meinung, es liegen noch andere Möglichkeiten vor, als diejenigen, die schon erwähnt sind.

Stadtv. **Pusch:** Ich möchte meinen Ausführungen vorausschicken, daß es mir ganz gleich ist, ob die Stadthalle im Osten, Süden, Westen oder Norden der Stadt zu liegen kommt, es kommt mir darauf an, einen Platz zu finden, der wirklich schön ist. In der Beziehung muß ich wiederholt hervorheben, daß ich den Platz im Bürgerpark an der verlängerten Hennebergstraße, wo jetzt die Tennisplätze liegen, durchaus für geeignet halte. Die Hennebergstraße wird ein Hauptzufahrtsweg nach dem neuen Bahnhofe, die Oker wird mit einer massiven Brücke versehen werden, und die Straße wird in die Hauptstraße nach dem Bahnhofe einmünden. Ein Projekt auf diesem Platze wird nur einen verhältnismäßig kleinen Teil des verfügbaren Raumes in Anspruch nehmen. Es wird zwar gesagt, ein großer Teil des Bürgerparks gehe durch den Bau an dieser Stelle verloren. Aber es handelt sich doch hier um einen Platz in Größe von 20 Morgen, wenn ich nicht irre, und für das Haus werden vielleicht 1½ Morgen verbaut werden — was macht das aus? Es wird nach wie vor den Fußgängern Gelegenheit gegeben sein, die Wege zu benutzen, denn eine Annäherung an die Stadthalle wird doch nicht verboten werden, und die Stadthalle wird sich als schöner Bau aus dem Ganzen herausheben.

Die finanzielle Frage ist schon mehrfach beleuchtet. Ich huldige der Ansicht: Wenn wir Grund und Boden frei haben und nehmen eine Million zum Bau des Hauses, so sind wir imstande, ein schönes Gebäude hinzustellen, mit dem — wie Herr Meyerhoff sagt — sich die Stadt ein Denkmal setzt. Ich finde den Ausdruck gar nicht so furchtbar; jeder Fremde wird sagen können: Es ist ein Schmuck für die Stadt.

Wenn der Herr Oberbürgermeister Bedenken hat, daß wieder ein neues Projekt ausgearbeitet werden soll, so muß ich sagen: Bei solch einer wichtigen Frage spielt es keine Rolle, wenn auch ein Projekt umsonst ausgearbeitet wird, und der

Herr Oberbürgermeister hat uns ja auch in Aussicht gestellt, daß er in der nächsten Versammlung ein zweites Projekt vorlegen will, wenn er auch nachher gebeten hat, ihm das zu erlassen.

Herr Frede meinte, in einer solchen Stadthalle würde nichts verzehrt, nach den Vorführungen ließe alles weg und dann stände das Haus verödet. Das wird aber dasselbe sein, ob das Haus nun in der Stadt liegt oder vor den Toren. Ist das Konzert vorbei, dann sind die Leute nicht zu halten, das haben wir oft gesehen. Ich kann aber nicht anerkennen, daß das Gebäude auszu sehen wird wie eine Kaserne, wie Herr Frühling sagt. Wir beabsichtigen doch, daß dies ja nun gerade einmal etwas Schönes werden soll!

Ich möchte dringend bitten, davon abzugehen, die Stadthalle in die Mitte der Stadt zu verlegen, sondern sie, wie das in allen großen Städten der Fall ist, in freier Lage unterzubringen. Ich kenne den Anblick, den die Stadthallen in verschiedenen Städten gewähren, und ich glaube, es wäre nicht angebracht und nicht zum Wohl der Stadt Braunschweig, wenn wir hier die Stadthalle hinter den Leuten errichten wollten.

Stadtv. **Sartung:** Ich will auf die Frage des Denkmalebens nicht näher eingehen, denn ich bin der Ansicht, daß man diese Frage rein praktisch nehmen, dabei jedoch andere Rücksichten nicht übersehen soll. Das Praktische ist für uns, daß wir einen großen Raum bekommen, der für die Bewohnererschaft der Stadt selber bequem gelegen ist, der leicht zugänglich ist und dessen Besuch nicht mit Angelegenheiten verbunden ist. Wenn wir das bedenken, dann werden wir immer dahin kommen: Wünschenswert ist es, eine derartige Anlage in der Stadt zu haben. Es ist hingewiesen auf den Platz im Bürgerparke. Wenn er wirklich genommen wird, so ist nicht zu verkennen, daß das für viele Leute ziemlich weite Wege gibt, was namentlich in schlechter Jahreszeit hinderlich ist. Es ist doch richtig, im wesentlichen kommen die Konzerte, auf die es hier ankommt, in die schlechte Jahreszeit zu liegen. Wenn dann die Besucher erst aus dem Augusttore hinaus müssen oder durch den Eisenbahnpark oder über die neue Bahnhofstraße, so wird das immer eine ziemlich weite Reise werden, während wir es, wenn der Magistratsantrag angenommen wird, mit einem Punkte zu tun haben, der von allen Seiten bequem zu erreichen ist. Ich gebe zu, es könnte die Verbindung von Osten nach dem Westen durch die Straßenbahn besser sein, aber das wird sich wohl erreichen lassen. Wenn ich an unsere Fallerlebertorgegend denke, so läßt sich der Platz auch mit der Straßenbahn gut erreichen: Man fährt einfach bis zum Bahnhofe, steigt um und kommt auf gute Weise nach dem Altstadtmarkt.

Für unsere Gegend wäre der bequemste Platz der Wilhelmsgarten. Auch dieses Projekt ist mehrfach angeregt worden. Ich will es aber heute nicht näher

besprechen und will dazu nur sagen: Je mehr man es überlegt, wird man auch den Standpunkt des Magistrats billigen, der auf diese Frage gar nicht eingegangen ist. Es wird nicht wünschenswert sein, daß dieses Etablissement als solches verschwindet und in der Stadthalle aufgeht, sondern viel besser ist es, daß es neben der Stadthalle bestehen bleibt.

Wenn der Platz im Bürgerparke sich als ungeeignet herausstellte, dann würden auch außerhalb der Stadt kaum praktisch brauchbare Plätze zur Verfügung stehen. Ich habe persönlich daran gedacht, ob nicht dasjenige Terrain, das demnächst bei dem Bahnhofsumbau frei wird, in Frage kommen könne. Dagegen spricht aber unter allen Umständen, daß wir bei dem wirklichen Bedürfnis nach einem großen Saale mit dem Bau nicht allzulange warten dürfen. Die Vereine, um die es sich handelt, können ja schließlich sich ein oder auch zwei Jahre behelfen, aber sie darauf zu vertrösten, daß sie so lange warten sollen, bis der neue Bahnhof fertig ist, das hieße doch die Erledigung ad calendas graecas verschieben. Das würde sich vielleicht um 10 Jahre handeln, und wie in zehn Jahren die Verhältnisse liegen, können wir heute schwer sagen. Es kann dann vielleicht dazu kommen, daß wir eine zweite Halle bauen müssen, die andere Zwecke mit umfaßt, wie Ausstellungen und dergleichen. Andere Städte haben gewiß große Hallen in freier Lage gebaut — das Beispiel Hannovers schwebt in dieser Beziehung manchem vor —, sie haben aber auch andere Ziele damit verbunden. Das wollen wir gar nicht, und das könnten wir auch im Bürgerparke nicht alles vereinigen; dazu ist auch dieses Terrain zu klein. Wenn mit in Rücksicht auf solche andere Zwecke gebaut würde, dann würde das ein ungeheures Geld kosten und der Bürgerpark so bechnitten werden müssen, daß nicht viel davon übrigbliebe.

Einfach zu dem Zwecke, um der Baukunst unserer Zeit ein Denkmal zu errichten, kann aber die Stadthalle nicht ausgesucht werden. In der Beziehung werden wir nie mit anderen Städten konkurrieren können, denn es gibt Städte, die mehrere Millionen in einen derartigen Bau gesteckt haben. Warum sollen wir uns darauf kaprizieren, in dieser Beziehung mit anderen Städten konkurrieren zu können? Richtig ist, daß wir sagen: Wir wollen uns an das halten, was wir haben, wir werden auch damit Ehre einlegen, wenn wir eine wirklich brauchbare Verbindung der Stadthalle mit dem Altschulrathaus fertigbringen. Es kommt doch mehr darauf an, daß die innere Einrichtung praktisch und geschmackvoll wird, als daß wir eine große Fassade hinstellen, die man sich in andern Städten ebenso gut und besser leisten kann. Ich bin dafür, daß wir dem Magistratsantrage zustimmen. Ich glaube, es wird bei dem Antrage Meyerhoff nicht viel herauskommen. Man wird schließlich auf das Magistratsprojekt zurückkommen oder gar die Sache vertagen, um abzuwarten, ob nicht später noch andere Ideen aufkommen. Es ist aber nötig, daß wir die Erledigung dieser Frage nicht verschieben.



Was die Resolution der Kommission betrifft, so bin ich gegen dieselbe. Ich halte es für bedenklich, den Grundsatz auszusprechen — das soll mit dieser Resolution gemeint sein —, daß diese Halle für alle politischen Parteien geöffnet sein soll. Ich bin nicht der Ansicht, daß eine derartige Stadthalle für politische Versammlungen bestimmt sein soll, und meine, daß in dieser Beziehung eine Bindung des Magistrats nicht richtig ist. Mögen in einer späteren Zeit die Verhältnisse anders liegen als heute, so mag man dann andere Bestimmungen treffen, für jetzt aber würde ich diese Bestimmung nicht für richtig halten, daß eine der Stadt gehörende Anlage unbeschränkt für alle politischen Versammlungen offen sein muß.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Auch die neuerliche Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters genügt uns nicht, wenn sie auch erfreulicherweise entgegenkommender gestimmt ist als die ursprüngliche Erklärung in der Kommission, aus der in dieser Frage ein Unannehmbar herausklang. Nachdem aber die Kommission mit großer Mehrheit diese Resolution angenommen hat, sagt uns Herr Oberbürgermeister wenigstens zu, Erkundigungen einzuziehen, wie es in anderen Städten mit der Benutzung der Halle gehalten würde. Ich habe inzwischen schon Erkundigungen in verschiedenen Bezirken eingezo-gen, soweit ich nicht schon unterrichtet war.

Da habe ich zunächst aus dem Großherzogtum Hessen die Antwort bekommen: „In unserem Bezirk bestehen Stadthallen in den Städten Bingen, Darmstadt und Mainz. Die Stadthallen in Darmstadt und Mainz stehen jeder Partei und zu jeder Veranstaltung zur Verfügung. Von Bingen weiß ich es nicht genau, da diese erst im vorigen Jahre erbaut wurde und wir noch nicht um Überlassung nachgefragt haben. Soweit ich aber erfahren habe, würde sie uns genau wie anderen Parteien zur Verfügung stehen. — Die in Mainz und Darmstadt zu zahlenden Vergütungen richten sich nach der Art der Veranstaltungen.“

Die Pfalz antwortet im gleichen Sinne: „Städtische Säle sind vorhanden in Speier, Landau, Kaiserslautern, Zweibrücken. Die Säle stehen allen Parteien, also auch uns zur Verfügung. Die Kosten bewegen sich zwischen 30 und 80 M., je nachdem eine Veranstaltung am Tage oder am Abend stattfindet.“

Aus Baden erhalte ich folgende Nachricht: „In allen Städten Badens, in denen Stadthallen bzw. Festhallen vorhanden sind, haben alle politischen Parteien, Gewerkschaften und sonstigen Vereine Benutzungsrecht. Die Vergütung für deren Benutzung ist verschieden. In Heidelberg wird z. B. für den großen Saal der Stadthalle eine Grundtaxe von 30 M. bezahlt, dazu kommt noch die Gebühr für Heizung, Licht, Reinigung und Bedienung. Eine Versammlung kommt auf etwa 80 M., eine Feierlichkeit 120 bis 150 M., je nach der Dauer der Veranstaltung.“

Dann kommen noch einzelne Ausführungen, wie es speziell in Mannheim mit dem Nebelungensaal im Rosengarten gehalten wird, die in diesem Stadium die Versammlung nicht interessieren.

Aus den preußischen Bezirken — das gebe ich zu — sind die Antworten nicht in dem Sinne ausgefallen. Soweit östliche Bezirke in Frage kommen (Ostpreußen, Westpreußen, Pommern usw.) wird überwiegend berichtet, daß Stadthallen nicht erbaut sind, wie denn die Stadthallenbewegung auch vom Süden und Südwesten her durch das deutsche Land geht. Es sind, einzelne Ausnahmen abgerechnet, überwiegend rheinische und süddeutsche Einrichtungen, so daß wir in diese westöstliche Welle uns einreihen würden.

Sie sehen aus diesen Auskünften, die auch durch eine Nachprüfung des Magistrats bestätigt werden können, daß es durchaus nicht etwas Ungeheuerliches ist, wenn wir wünschen, allen politischen Parteien die Stadthalle zur Verfügung zu stellen. Der Herr Oberbürgermeister jagt mit Recht: Was ist heute nicht alles Politik? Alles kann darunter gebracht werden, und es wird tatsächlich mehr oder minder alles darunter gebracht. Da soll man vor dem engen Standpunkte der Parteipolitik nicht zurückweichen. Die Ausführungen des Herrn Frede haben mich gefreut. Wenn Sie der nationalliberalen Partei, als der hier im Saale vorherrschenden das Recht zusprechen würden, die Stadthalle zu benutzen, dann dürften Sie auch keinen Anstand nehmen, sie jeder anderen Partei zur Verfügung zu halten. Meine politischen Freunde und ich müssen ihren Beschluß besonders von dieser Zusicherung abhängig machen, weil sie schlechterdings die Kasse nicht im Sack kaufen können; wo jetzt die Gewerkschaften für politisch erklärt werden, wie es in einem östlichen Winkel Deutschlands der Fall ist, wo von Ihnen die Freie Turnerische und die Arbeiter-Gesangsvereine als parteipolitisch angesehen sind, müssen wir klipp und klar diese Zusicherung haben. Ohne das hat für uns die Stadthalle kein Interesse. Da sie dann der großen Mehrheit der Braunschweiger Bewohner verschlossen sein würde, würden wir für diesen Zweck städtische Mittel nicht zur Verfügung halten.

Ich bitte Sie auch, das Amendement Frede auf Streichung der Worte „unter gleichen Bedingungen“ abzulehnen. Unser Antrag, der die Zustimmung der vereinigten Kommissionen gefunden hat, enthält Doppeltes, einmal wird dadurch betont im Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters, daß die Halle allen politischen Parteien zur Verfügung gestellt würde. Die zur Verfügung-Stellung an alle politischen Parteien ist ein wesentlicher Teil des Antrages der Kommissionmehrheit. Die Gleichheit der Bedingungen habe ich so aufgefaßt, daß für den Umfang der Benutzung, für die Zeitdauer und auch für den Umfang der Räumlichkeiten, für Licht, Reinigung usw. entsprechend gleiche Mieten gezahlt werden. Der Versammlungszweck, die Tendenz der Veranstaltung wird im

allgemeinen auszuscheiden haben. Allerdings gebe ich dem Herrn Oberbürgermeister in dem einem Punkte recht: daß Wohltätigkeitsveranstaltungen auch meiner Meinung nach sehr wohl unter einem Sondertarif veranstaltet werden können, meinetwegen auch unentgeltlich. Es bedarf dann aber für einen solchen Fall — der eine Abweichung von der Norm, die durch die Hausordnung festzusetzen sein würde, darstellen würde — eines Beschlusses der städtischen Behörden. Uns aber auf diese Hausordnung zu vertrösten, erst den Bau und die Mittel für den Bau zu bewilligen und dann die Hausordnung festsetzen zu lassen, nach der wir ausgeschlossen sind, das würde doch recht töricht von uns sein; darauf wollen wir uns nicht einlassen.

Im übrigen habe ich mir erlaubt, einer Anregung des Herrn Vorsitzenden folgend, noch einige Anträge einzubringen, die ich auch in der allgemeinen Debatte kurz erwähnen kann.

Die vereinigten Kommissionen sind der Ansicht, daß man Punkt 1 mit unserem Zusatz zustimmen muß, und will damit das Breitestraßen-Projekt genehmigen. Das scheint mir zu weitgehend, und das war auch nicht die Ansicht, die ich aus der Kommissionsversammlung mitgenommen habe. Ich habe das so aufgefaßt, daß es eine grundsätzliche Zustimmung zur Erbauung einer Stadthalle sein sollte, gleichgültig wo. Da eine andere Auffassung des Herrn Berichterstatters vorliegt, habe ich mir erlaubt, demgegenüber den Antrag zu stellen, uns nicht auf das Breitestraßen-Projekt festzulegen, sondern zu sagen: Der Ausführung e i n e r Stadthalle grundsätzlich zuzustimmen. Wir wollen dann, ähnlich wie Herr Meyerhoff wünscht, einmal dieses Breitestraßen-Projekt durch eine Ausschreibung weiter fördern helfen und ferner ein anderes Projekt uns vom Magistrat erbitten. Es ist nämlich ganz zutreffend, was Herr Weichsel in präziser Weise zusammengefaßt hat, daß Mängel an dem Breitenstraßen-Projekt unverkennbar sind. Das sind vor allen Dingen die Grunderwerbskosten, die für den Stadthallenbau so vertuernd wirken, daß die Rentabilität, die finanzielle Seite des Projekts, dadurch erheblich beeinflußt wird. Die Fassadenausgestaltung und die Zufahrtsregelung ist auch nicht gerade angenehm. Diese Prinzipfragen sind anderen entgegengesetzt: Die Belebung der Altstadt, die Tatsache der zentralen Lage des Etablissements spricht für das Projekt, so daß man nicht sagen kann: Wir wollen es verwerfen, weil es zu teuer ist. Aber man kann bei billigeren Grunderwerbskosten mit einem Stadthallenbau viel mehr erreichen, und deshalb halte ich es für durchaus wünschenswert, daß ein zweites Projekt aufgestellt wird.

Der Herr Oberbürgermeister sagt, wir sollen mit Vorschlägen kommen, wo die Stadthalle hingebaut werden soll. Das ist nicht unsere Aufgabe, und es sind im übrigen Vorschläge genug gemacht. Der wesentliche Unterschied bei den Vor-

schlägen ist, daß das eine Projekt als Einzelbau draußen im Freien gedacht ist, das andere in der Innenstadt, zentral, aber eng gelegen. Ich persönlich hätte nichts dagegen, daß die Projekte durchgearbeitet würden als Projekt im Stadtpark, am Franzischen Felde oder im Prinzenpark, oder — wie Herr Hartung jagte — den Plan aufzunehmen, auf dem freierwerdenden Gelände nach dem neuen Bahnhof zu — zur Belebung dieses neuauzuschließenden Geländes von vornherein — eine Stadthalle zu errichten. Das sind Sachen, die heute kaum zur Beschlußfassung gestellt werden können, aber daß sie beraten werden müssen, daß nachgeprüft werden muß, auf welche Weise wir wirtschaftlich am billigsten wegkommen, das ist ohne Frage nötig. Ich will dadurch den Ankauf der Grundstücke keineswegs scheitern lassen und habe deshalb beantragt:

- „1. der Ausführung einer Stadthalle grundsätzlich zuzustimmen unter der Voraussetzung, daß die Stadthalle allen Vereinigungen und politischen Parteien zu gleichen Bedingungen zur Verfügung steht,
2. den Ankauf der drei vorgeschlagenen Grundstücke, wie beantragt, zu genehmigen, deren Verwendungszweck jedoch nicht festzulegen.“

Herr Meyerhoff hat schon angeführt, daß verschiedene Verwendungsmöglichkeiten für diese Grundstücke durchaus im Rahmen einer guten städtischen Verwaltung liegen. Warum sollen wir uns heute schon die Hände binden?

**Stadtv. Frühling:** Herr Meyerhoff hat gemeint, ich hätte ihm zu Unrecht vorgeworfen, daß er von einem Palast oder von einem Brunstgebäude gesprochen habe; er habe im Gegenteil gesagt, daß er den Bau in einfachen, schlichten Formen wünsche. Ja, die Ausführungen des Herrn Meyerhoff in seiner ersten Rede waren anders, da war nicht von einem einfachen, sondern von einem Prachtkau die Rede. Im übrigen freue ich mich, daß Herr Meyerhoff auf dem Standpunkte steht, daß man mit schlichten Mitteln sehr wohl Schönes schaffen kann. Dagegen bin ich nicht mit ihm einverstanden, wenn er meint, daß wir in Braunschweig so viele Parks hätten und darin anderen Städten voraus wären. Wir sind gegenüber den gleichgroßen Städten in dieser Hinsicht zurückgeblieben, und sie sind uns vorausgekommen in der Anlage von Parks. Deshalb ist anzustreben, daß wir bald nachkommen, und ich hoffe, daß das demnächst auch geschieht. Es ist ein Bauungsplan für unsere Stadt in Bearbeitung, durch den darauf hingewirkt werden soll, daß dieser Mangel beseitigt wird. Deshalb wird es nicht ratfam sein, die Stadthalle in einen Park zu stellen, solange irgend ein anderer passender Bauplatz zur Verfügung steht.

Herr Buich und Herr Meyerhoff haben gesagt, daß die Stadthalle nicht als eine Mietkajerne ausgeführt werden soll. Da haben die Herren denn doch meine

Worte umgedreht. Ich habe gesagt: Was nach Braunschweig zieht, das sind nicht die neuen Stadtteile mit ihren Mietkasernen, sondern die Altstadt in ihrer bewundernswerten Schönheit. Das ist etwas anderes, als wenn die Herren mir unterstellen, daß ich glaubte, daß für den Bau der Stadthalle das Bild einer Mietkaserne in Aussicht genommen würde.

Sodann wird gesagt: Die Stadthalle auf der Breitenstraße wird hinter den Leuten liegen. Das ist ein Ausdruck, der schlagkräftig ist, aber meiner Meinung nach nicht zutrifft. Gerade, daß sie nicht hinter den Leuten aufgebaut wird, daß sie eine zentrale Lage hat, soll bewirken, daß sie den Verkehr in der Stadt hebt. Wenn Herr Weichsel sagt, nach dorthin könnte kein guter Verkehr eingerichtet werden, deshalb sei die Lage nicht gut, so halte ich das nicht für richtig. Wenn ein Gebäude wie dieses in das Zentrum der Stadt zu liegen kommt, liegt es immer günstig, und wenn augenblicklich die Straßenbahn dem zu erwartenden Verkehr nicht entspricht, so läßt sich dem ohne weiteres nachhelfen. Wenn aber die Stadthalle am Rande des Stadtgebiets erbaut wird, dann liegt sie niemals günstig für den Verkehr, weil dann der eine Stadtteil bevorzugt und der andere benachteiligt wird.

Es sind dann verschiedene andere Projekte vorgeschlagen. Wer von den Herren glaubt denn daran, daß sich die Versammlung so leicht über eins von diesen einigen wird? Wenn das eine zur Rede steht, wird sofort wieder ein anderes auftauchen, das dem ersten entgegenarbeitet, ebenso wie es jetzt mit diesem Projekte ist. Es gibt keinen Platz für die Stadthalle, der nicht seine Gegner hätte. Durch den Streit wird die Sache nur hingehalten; wir sollten die Gelegenheit, helfen zu können, die hier geboten wird, nicht vorübergehen lassen. Wenn wir jetzt die Sache verschieben und ein neues Projekt aufstellen lassen, so ist es nach meiner Ansicht auf ein Jahr hinaus verschoben. Wir wissen alle, wie es mit solchen Projekten geht; so geschwinde werden sie nicht fertig. Es genügt, wenn wir eine Unterlage haben, nach der wir uns entschließen können. Ich bitte Sie, die Mängel, die diese Stadthalle haben wird, abzuwägen gegen die, die jede andere auch hat, und dann zuzugreifen, wenn Sie überhaupt eine Stadthalle bauen wollen, damit wir bald und eine zweckmäßige Stadthalle bekommen. Ich möchte nochmals empfehlen, der Vorlage des Magistrats zuzustimmen.

Was den Zusatz der Kommission betrifft, so muß ich sagen, daß ich es nicht für richtig halte, erst zu debattieren über die Benutzung einer Halle, die wir noch nicht haben, und dann den Bau zu beschließen. Richtig wäre es, uns erst zu einigen über den Bau der Stadthalle und dann zu beschließen, wie sie benutzt werden soll. Das ist doch allgemein so üblich. (Zwischenruf.) Es ist außerdem nicht unmöglich, daß später die Beschlusfassung doch geändert werden könnte; für ewige Zeiten werden die Beschlüsse ja nicht gefaßt.

Die Stadtv. **M a j e** und **S a n d e r** verzichten auf das Wort. Stadiv. **E t h a r d t** kann das Wort nicht erteilt werden, da er schon zweimal gesprochen hat.

Stadiv. **R i b b e n t r o p**: Wie ein roter Faden ist durch die Verhandlung der Ausdruck gegangen, daß von dem Magistrat vorgeschlagene Projekt läge hinter den Leuten. Wenn Herr Frühling dem widersprochen hat, so muß ich das unterstreichen. Ein solcher Ausdruck ist direkt verkehrt und falsch. Malen Sie sich einmal aus, wie das Bild des Altstadtmarktes sein wird, wenn die Stadthalle erbaut ist. Dann wird das Bild doch etwas anders sein als heute: Es ist ein würdiger Platz. Er liegt inmitten der Stadt, und für die Altstadt kann wohl auch einmal etwas getan werden. Es ist von all den vorgeschlagenen der beste Platz, den ich kenne. Wenn Sie die Halle in das Äußere der Stadt legen, dann liegt sie wirklich hinter den Leuten. Es wird plädiert, der Altstadtmarkt hätte keine genügende Verbindung durch die Straßenbahn. Darauf kann ich nur sagen: Eine Stadthalle an der verlängerten Hennebergstraße wird überhaupt keine Verbindung durch dieses Verkehrsinstitut haben. Das ist kein Platz, wo die Stadthalle hingehört.

Was die Frage anbetrifft, die Herr Weichsel angeregt hat, daß der Straßenbahnverkehr nach der Gegend des Altstadtmarktes im ganzen ungenügend ist, so steht mit Bestimmtheit zu erwarten, daß es damit besser wird, denn die Straßenbahn-Gesellschaft hat sich erbboten, Doppelgleise auszubauen, und die Erfahrungen, die in der Kommission, die Sie nach anderen Städten gesandt haben, gesammelt sind, werden sicher dahin führen, daß es zu Doppelgleisen in der Breiten- und teilweise in der Neuenstraße kommen wird. Durch Gleisverschlingungen ist es auch auf einem Ende der Sonnenstraße möglich, Doppelgleise anzulegen, so daß der Verkehr nach dem Westen sich beinahe ebenso gut gestalten wird, wie nach allen anderen Richtungen.

**Vorsitzender:** Ich schließe die Generaldebatte.

Ich teile zunächst noch einmal den Wortlaut der Anträge mit und die Reihenfolge, wie ich sie einzuordnen gedenke. Die Herren haben selbstverständlich über die Reihenfolge zu beschließen.

Herr **M e y e r h o f f** beantragt:

„Die Stadtverordnetenversammlung erjucht den Magistrat, neben dem Projekt Erbauung einer Stadthalle an der Breitenstraße den Stadtverordneten ein zweites Projekt in freier Lage und für beide Projekte je einen Kostenvoranschlag und etwaige Rentabilität derselben zugehen zu lassen.“

Dieser Antrag läßt die Frage frei, ob die Grundstücke neben dem Altstadt-rathause angekauft werden sollen oder nicht.

Herr B u j ch: beantragt:

„Ich bitte, den Magistrat zu veranlassen, für das neu auszuarbeitende zweite Projekt das Terrain der jetzigen Tennisplätze nahe der Hennebergstraße zugrunde zu legen. Sollte ein derartiges Projekt bereits vorliegen, so möge der Magistrat solches uns in der nächsten Stadtverordnetenversammlung unterbreiten.“

Auch hier ist die Frage des Erwerbs der drei Grundstücke im Antrage nicht behandelt.

Dann die Anträge des Herrn J a s p e r. Der erste betrifft Nummer 1 der Magistratsanträge. Er lautet:

„Der Ausführung einer Stadthalle grundsätzlich zuzustimmen unter der Voraussetzung, daß die Stadthalle allen Vereinigungen und politischen Parteien zu gleichen Bedingungen zur Verfügung steht.“

Der zweite gehört zu Nummer 2 des Magistratsantrages und lautet:

„Den Ankauf der drei vorgeschlagenen Grundstücke, wie beantragt, zu genehmigen, deren Verwendungszweck jedoch nicht festzulegen.“

Sodann ist eingegangen ein Antrag des Herrn F r e d e, der zu Nummer 2 der Magistratsanträge gehört:

„Eventualantrag zum Magistratsantrage: Die Versammlung ermächtigt den Magistrat, die drei Grundstücke (das Broseische, Westermannsche und Müllerische) anzukaufen und verwilligt die zu ihrer Ausführung alsbald aufzuwendenden Mittel vorläufig in vollem Umfange zu Lasten des Extraordinariums der Kammereikasse.“

Schließlich ein zweiter Antrag des Herrn F r e d e, der zu Nummer 1 der Magistratsanträge gehört:

„Der Ausführung des vorstehend erörterten Projekts grundsätzlich zuzustimmen unter der Voraussetzung, daß die Stadthalle allen Vereinigungen und politischen Parteien zur Verfügung stehen soll“ — es fällt also aus dem Kommissionsantrage weg: „zu gleichen Bedingungen“.

Diese fünf Anträge liegen vor. Die Reihenfolge für die Abstimmung muß nach meiner Meinung folgende sein. Zunächst die Anträge, die eine Mehrzahl von Projekten betreffen, und zwar sagt da der erste Antrag des Herrn Dr. J a s p e r: Es soll eine Stadthalle errichtet werden, und zwar mit der ausdrücklichen Bedingung, daß sie sämtlichen politischen Parteien zur Verfügung gestellt wird. Dieser Antrag scheint mir von allen der weitestgehende zu sein.

Nach etwaiger Ablehnung dieses Antrages würde über den Antrag J a s p e r ohne den Zusatz abzustimmen sein.

Dann würde folgen der Antrag **Meyerhoff**, der ebenfalls zwei Projekte vorsieht, aber sich nicht darüber äußert, für welche Stelle ein zweites Projekt vorzulegen ist.

Darauf würde der Antrag **Busch** kommen, der auch zwei Projekte vorsieht, aber den Platz bei den Tennisplätzen vorschlägt.

Darauf folgen die Anträge, die nur das einzige vorliegende Projekt behandeln. Diese würden so einzureihen sein, daß zunächst der Antrag der **Kommission** mit dem von den Herren **Jasper** und **Riefe** angeregten Zusatz, die Halle allen politischen Parteien unter gleichen Bedingungen zur Verfügung zu stellen, zur Abstimmung kommt.

Nach eventl. Ablehnung dieses Antrages würde über den Antrag **Trede** abzustimmen sein, der sagt, daß die Halle den politischen Vereinigungen zur Verfügung stehen soll.

Schließlich würde über die **Magistratsvorlage**, wie sie eingebracht ist, abzustimmen sein.

Ich eröffne die Spezialdebatte zu Punkt 1.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Ich muß wiederholt darauf hinweisen, daß sich Herr Meyerhoff wohl darüber aussprechen müßte: Soll der Wettbewerb wegen des Projekts, das Ihnen der Magistrat vorlegen will, ausgeschrieben werden und daneben ein Wettbewerb für irgendein anderes Projekt, oder wünschen die Herren, daß wir nur eine Projektskizze vorlegen? Über beides bitte ich um Auskunft vom Herrn Antragsteller, und eventl. müßte dann auch die Meinung der Versammlung darüber bei der Abstimmung zutage treten.

Sodann halte ich es für unmöglich, dem nachzukommen, was Herr Meyerhoff verlangt: daß der Magistrat für das eine oder andere Projekt eine Rentabilitätsberechnung vorlegt. Mit einer Rentabilität ist bei einer Stadthalle überhaupt nicht zu rechnen. Wenn wir die Züdelstiftung nicht hätten, könnten wir den Bau wohl überhaupt nicht ausführen, wenigstens würde er die Stadt derartig in Schulden stürzen, daß es der Magistrat nicht verantworten könnte.

Was den Antrag **Busch**, die Erbauung der Stadthalle an der verlängerten Hennebergstraße betrifft, so meine ich, ist die Vorlegung eines Projekts zur Entscheidung über diese Frage nicht nötig. Es ist aber meiner Ansicht nach durchaus angezeigt, daß Herr **Busch** gleichwohl seinen Antrag aufrechterhält, damit der Magistrat erfährt, ob die Herren den Platz an der Hennebergstraße dem neben dem Altstadtrathause vorziehen. Die Herstellungskosten würden durch einen Kostenanschlag festzustellen sein, der sich allerdings ohne Aufstellung eines Projekts nicht aufstellen lassen wird. Wir würden dadurch eine ziemlich er-



hebliche Verzögerung herbeiführen und eventl. — wenn zwei unbekannte Projekte ausgeschrieben werden sollen — würden wir erhebliche Kosten aufwenden müssen.

Zu dem Antrage des Herrn Dr. Jasper möchte ich bemerken, daß ich es immer noch für bedenklich halte, hier die Vereine und Personen überhaupt zu nennen, die die Halle benutzen dürfen. Will z. B. Herr Dr. Jasper auch dann, wenn ein Anarchistenkongreß nach hier kommt, sagen: Auch dem öffnen wir unsere Stadthalle? Wenn das die Versammlung beschließen sollte, dann verzichten wir unsererseits auf das Projekt; für solche Sachen würden wir die Halle nicht hergeben wollen. Es ist ja möglich, daß mit der Zeit die Ansichten wechseln, dann mögen Sie später über die Sache verfügen; der Magistrat aber baut Ihnen für solche Zwecke keine Halle.

Dann wird weiter im Antrage Jasper befürwortet, die Grundstücke neben dem Altstadtrathause anzukaufen. Wenn Sie der Vorlage nicht zustimmen, bin ich im Zweifel, ob der Magistrat geneigt sein wird, dem zu folgen, denn es scheint doch zweifelhaft, ob es richtig ist, für irgendein Projekt, welches später kommen kann, jetzt schon Grundstücke anzukaufen. Es ist möglich, für alle städtischen Zwecke diese Grundstücke zu verwenden, dann würde aber ausgeschlossen sein, daß man einen großen Teil der Ankaufskosten nicht den Bürgern zur Last legt, und das ist für das Projekt von Vorteil, daß wir die Fädelstiftung heranziehen können, um den größten Teil der Kosten zu decken. Die Sache wird aber ganz anders, wenn Sie sagen: Für irgend welche Zwecke sollen diese Grundstücke angekauft werden. Da würde es sich empfehlen, in dieser Beziehung dem Magistrat freie Hand zu lassen, das eine oder das andere Grundstück anzukaufen. Ich darf wohl annehmen, daß damit die Herren einverstanden sein würden.

**Stadtv. Meyerhoff:** Ich bin weit entfernt davon, zu wünschen, daß sich der Wettbewerb auch auf das zweite Projekt beziehen soll, denn die Sache drängt. Auf einen Wettbewerb bin ich gar nicht erpicht. Ich habe nur im Auge gehabt, eine ungefähre Übersicht zu gewinnen, und das läßt sich auch von der städtischen Bauverwaltung machen; es kommt dabei auf 10 000 oder 20 000 M nicht an. In der Beziehung brauchen wir nicht kleinlich zu sein. Wenn uns die städtische Bauverwaltung eine Rechnung aufmacht: Was wird dieser Bau neben dem Altstadtrathause kosten, und was wird das Gebäude im Freien kosten, so können wir uns darnach entziehen.

Was das Wort Rentabilität anlangt, so meine ich das nicht in dem Sinne, daß ich noch einen Überschuß aus dem Betriebe der Stadthalle haben möchte, sondern, wie ich schon in meiner ersten Rede gesagt habe, ich wünsche, daß der Magistrat sich an anderen Plätzen informiert, was dort die Gebäude einbringen. Weiter

will ich nichts wissen. Daß wir Zuschüsse leisten müssen, ist klar, eine Stadthalle läßt sich nicht ohne öffentliche Mittel halten. Die Verzögerung, die durch Annahme meines Antrages eintreten wird, kann so schlimm nicht werden, wenigstens kann das nicht dafür sprechen, daß wir uns heute fest entschließen.

Was der Herr Oberbürgermeister noch anregt, dem Magistrat freie Hand zu lassen über den Ankauf der Grundstücke neben dem Altstadtrathause, damit erkläre ich mich einverstanden. Wenn der Magistrat das Brosjesche oder Müllersche Grundstück nötig zu haben glaubt, das Rathaus zu schützen, so will ich mein Einverständnis dazu gern erklären, das habe ich auch schon in der Kommission getan. Wenn ich auch dazu gern erbötig bin, so bin ich doch nicht einverstanden mit dem Zwange, dort die Stadthalle zu bauen.

**Vorsitzender:** Herr Frede hat seinen Antrag zu 1 eingebessert und sagt nunmehr, daß die Halle zur Verfügung gestellt werden soll allen Vereinigungen und politischen Parteien „mit Ausnahme der Anarchisten“.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich möchte Sie bitten, sich nicht, wie Herr Frede, durch den Hinweis auf die Anarchisten graulich machen zu lassen. Sie alle sind mit den Verhältnissen in Deutschland bekannt genug, um zu wissen, welche Bewandnis es mit der Anarchistengefahr in Deutschland hat, und sich an den Entschlüssen der Kommission nicht irremachen zu lassen. Auch der Herr Oberbürgermeister wird die Gefahr nicht für so dringend halten, daß er meint, diese Partei würde ausgerechnet in Braunschweig mit mehreren tausend Mitgliedern einen Saal füllen und unsere schöne, alte Stadt in Grund und Boden reden, so daß alles drunter und drüber ginge. Das ist ein Einwand, den ich kaum mit parlamentarischen Ausdrücken bezeichnen kann; ich möchte mir aber in dieser Situation keinen Ordnungsruf des Herrn Vorsitzenden zuziehen. Es bedarf der Einschränkung, welche Herr Frede beantragt hat, wirklich nicht, und wir wollen uns nicht durch irgendwelche Vogelscheuchen bange machen lassen.

Dem Antrage Meyerhoff, der wohl auch mit zu Punkt 1 zur Erörterung steht, fasse ich so auf, daß kein ausgearbeitetes Projekt, sondern nur eine Projektizisse aufgestellt werden soll, und daß dieses zweite Projekt auch noch keineswegs in den Wettbewerb einbegriffen werden soll, denn solange die Lage der Räumlichkeit und seine Umgebung nicht feststeht, ist es für den Baumeister nicht möglich, ein genaues Projekt, wie es ein Wettbewerb verlangen würde, vorzulegen. Ich bitte, in diesem Sinne dem Antrage Meyerhoff zuzustimmen, denn eine allzugroße Verzögerung kann dadurch nicht herbeigeführt werden.

Ich möchte mir aber erlauben, geschäftsordnungsmäßig zu Punkt 1 anzufragen, ob der Herr Vorsitzende bereit ist, in derselben Reihenfolge, wie er es an-

geklärt hat, die Abstimmung vornehmen zu lassen und nach der eigentlichen Abstimmung noch eine Gesamtabstimmung folgen zu lassen. Denn nach dem Ausfall der einzelnen Abstimmungen könnte die Gesamtabstimmung für den einen oder anderen eine andere Bedeutung haben. Ich würde es für richtig halten, eine Gesamtabstimmung zum Schluß vorzunehmen.

**Vorsigender:** Ich werde die Reihenfolge nachher noch einmal vortragen. Die Anträge sind so geordnet, daß die weitergehenden Anträge vorangehen.

**Stadtv. Schmidt:** Ich muß mich darüber wundern, daß der Herr Oberbürgermeister in so bestimmten Ausdrücken verlangte, daß die Resolution, die uns die vereinigten Kommissionen vorschlagen, wegbleiben soll. Das muß unser Bedenken erregen. Wenn ich die Resolution richtig auffasse, so soll damit zum Ausdruck gebracht werden: Die Stadt baut eine Halle, und diese soll allen Bürgern zur Verfügung stehen. Ich bin der Meinung, daß das auch der Wille der größten Zahl der Einwohner Braunschweigs ist. Wenn wir bereit sind, Mittel der Stadt für den Bau einer Halle bereitzustellen, so können wir nicht von vornherein sagen: Aber bloß für einige ist die Halle bestimmt, für die anderen nicht. Wenn der Herr Oberbürgermeister jagte, es drehe sich lediglich darum, daß die Halle zu gleichen Bedingungen geöffnet wird, so erscheint das nicht stichhaltig. In Wirklichkeit kommt durch Weglassung der Resolution zum Ausdruck, daß eine Auswahl erfolgen soll, wenn die Halle fertig ist. Die gleichen Bedingungen, die auch Herr Frede zuerst gestrichen, jetzt aber wieder eingebeffert hat, schaltet eine solche nachträgliche Bestimmung nicht aus. Was sind gleiche Bedingungen? Ich verstehe darunter: Wenn durch die Kalkulation der Mietpreis für die einzelnen Räumlichkeiten, Licht, Heizung usw. festgestellt ist, dann soll der einmal festgesetzte Mietpreis für denselben Raum und dieselbe Zeit von allen bezahlt werden, die die Halle benutzen, nicht der eine 50 und der andere 300 M. Wenn wir aber sagen: Grundsätzlich wünschen wir, daß die Stadthalle allen Parteien der Stadt zur Verfügung stehen soll, dann kann der Passus „zu gleichen Bedingungen“ ausfallen, denn die gleichen Bedingungen für Überlassung der Halle werden sich von selbst ergeben, wenn die Sache kalkuliert ist. Deshalb können wir auf die Resolution nicht verzichten, sie bildet die Grundlage zur Erbauung der Stadthalle. Nach Lage der Sache wird in die Hausordnung auch eine Bestimmung über die Ausnahme hineinkommen müssen, wonach für gewisse Zwecke eine freie Überlassung der Halle vorgesehen ist. Dazu würde aber immer noch Zeit sein. Ich glaube auch, daß die Mehrzahl der Stadtverordneten auf dem Stadtpunkte stehen wird, daß sie die Resolution der beiden Kommissionen annehmen will. Es würde sonst kommen können, daß bei Stadtverordneten- oder Landtagswahlen unsere poli-

tische Partei von der Benutzung der Halle vollkommen ausgeschlossen würde. Wenn der Herr Oberbürgermeister von den Anarchisten spricht, so sieht es vorläufig doch nicht so aus, als ob wir deswegen Bedenken haben müßten. Wir müssen darauf bestehen, daß dieser Zusatz der Kommissionen eine der Grundbedingungen für die Erbauung der Stadthalle bildet.

**Stadtv. Frede:** Herr Schmidt hat mich falsch verstanden, wenn er sagt, ich habe den Zusatz „unter gleichen Bedingungen“ wieder in die Resolution hineingebeffert — das habe ich nicht getan. Ich verstehe die Sache vollständig so wie Herr Schmidt. Es soll für wirtschaftliche und parteipolitische Versammlungen vollständige Gleichheit für Überlassung der Halle herrschen insofern, als vollständig gleiche Bedingungen für die Benutzung der Halle vorgeschrieben werden. Nun hatte der Magistrat geltend gemacht, daß z. B. für Wohltätigkeitsvereine, die im allgemeinen Interesse wirken, die Halle wohl auch einmal umsonst oder zu einem billigeren Vergütungsätze hingeggeben werden könne. Es ist schwer, das in dem Antrage mit Worten festzustellen. Ich denke, ich lasse den Antrag stehen, wie er jetzt ist, wenn ich auch keine Angst vor den Anarchisten habe. Ich habe den Passus nur aufgenommen, weil das vom Herrn Oberbürgermeister angeführt war; es schadet auch nicht, wenn wir das mit aufnehmen. Fortfahren würde ich dann:

„Für wirtschaftliche und parteipolitische Versammlungen gelten gleiche Bedingungen.“

Damit sind Sie doch einverstanden?

**Stadtv. Frühling:** Dieser Zusatz der vereinigten Kommissionen ist für mich unannehmbar. Meiner Meinung nach würde ihre Annahme ohne weiteres die Tür und Tor öffnen, daß in Braunschweig ein Mittelpunkt für alle sozialdemokratischen Veranstaltungen geschaffen würde. (Widerpruch.) Das würde sehr schnell eintreten und würde die Teilnehmer an solchen Versammlungen von weither anziehen. Das ist aber nach meinem Standpunkte nicht das, was wir mit dem Bau der Stadthalle anstreben möchten, und ich nehme auch nicht an, daß die große Bürgerschaft das anstrebt. Diese will die Halle für künstlerische und ähnliche Zwecke errichtet sehen, aber unter Ausschluß derartiger Parteibestrebungen. Deshalb halte ich an der Erklärung des Herrn Oberbürgermeisters fest, daß nicht beabsichtigt wird, die Halle für politische Parteien zur Verfügung zu stellen, und würde nicht zustimmen, wenn die Resolution angenommen würde. Beachten Sie doch: Eine Stadthalle soll gebaut werden, die der Sozialdemokratie zur Verfügung steht, wo sämtliche Vereine wunderbar schön Unterkommen finden, die in andere Säle nicht aufgenommen werden! Das halte ich nicht für wünschens-

wert. Wir stehen einmal auf einem verschiedenen politischen Standpunkte, und dies ist der meine. Ich glaube auch, daß er in weiten Kreisen der Bürgerchaft geteilt wird, daß auch sie nicht gewillt sind, einen Mittelpunkt für solche Versammlungen hier in Braunschweig zu schaffen.

Stadtv. **Weichsel:** Ich bedaure, daß die Frage der Verwendung der Stadthalle einen so weiten Raum in der Debatte eingenommen hat. Ich glaube, daß die Mehrzahl der Versammlung der Meinung ist, daß volle Parität allen Parteien gegenüber gewahrt werden soll, und ich meine auch, daß die Herren sich mit der Zusicherung, die der Herr Oberbürgermeister in dieser Hinsicht gegeben hat, begnügen sollten. Wenn sich Mißbräuche in der Verwendung der Stadthalle zeigen sollten, so werden wir Mittel haben, solche Vereinigungen, die sich unnütz machen, von der Benutzung auszuschließen.

Ich möchte bitten, vom Magistratsstiche Aufklärung über einen Punkt zu geben, der sich auf das Finanzielle bezieht. Die Vorlage ist wesentlich damit begründet, daß aus den Mitteln der Abteilung III der Jüdelstiftung ein Zuschuß zugesichert ist. Nun sind doch aber die Mittel der Abteilung III dieser Stiftung immerhin beschränkt; ich weiß nicht, wieviel zur Verfügung steht. Die Mittel der Abteilung III sind auch wesentlich mit vorgeesehen für die Beschaffung eines Schwimmbades in Braunschweig, das wir ebenso hehnjüchtig wünschen wie eine Stadthalle. Nun möchte ich fragen: Wenn wir erhebliche Mittel zu einer Stadthalle verwenden, wird dadurch die Möglichkeit der Erbauung des neuen Schwimmbades in die Ferne gerückt? Und wie fern wird die Zeit liegen, daß nach den Satzungen der Jüdelstiftung dann auch hierfür ein Zuschuß möglich wäre? Der Herr Oberbürgermeister wird so weit unterrichtet sein, daß er hierüber Auskunft geben kann.

Oberbürgermeister **Netemeyer:** Es ist richtig, daß in dem Testament des verstorbenen Stadtrat Jüdel ausdrücklich auf das Schwimmbad hingewiesen wird. Ich muß aber ohne weiteres anerkennen, daß, wenn wir die Mittel der Abteilung III der Jüdelstiftung für die Erbauung einer Stadthalle in Anspruch nehmen, damit die Erbauung einer Schwimmhalle auf Kosten der Jüdelstiftung auf eine Reihe von Jahren hinausgeschoben wird. (Zuruf: Sehr traurig!) Es ist allerdings traurig, daß wir nicht mehr Geld für solche Sachen übrig haben, das erkenne ich an. Ich möchte aber auf folgendes hinweisen: Es ist ausdrücklich im Testamente gesagt, daß es auch zulässig sein soll, aus dem Grundvermögen der Abteilung III einen größeren Betrag für derartige Zwecke zu entnehmen. Es ist dem Vorstande in dem Falle aber die Verpflichtung auferlegt, diese

Summen allmählich wieder anzusammeln, bis das Kapital wieder auf seine frühere Höhe gebracht ist.

Näheres über die finanzielle Seite dieser Sache heute mitzuteilen, bin ich nicht in der Lage, weil sich der Vorstand der Jüdelstiftung mit dieser Frage noch nicht befaßt hat; er wird die Sache fördern, soweit in seinen Kräften steht. Ob er sich dazu verstehen wird, event. einen Teil des Kapitals für diese Sache zu opfern, weiß ich nicht; ich persönlich würde es befürworten, weil Jüdel gerade hierauf ausdrücklich hingewiesen hat. Wir haben uns die Frage der Errichtung einer Schwimmhalle auch im Magistrat bei Beratung dieses Projekts vorgelegt und sind zu der Ansicht gekommen, daß mit Rücksicht darauf, daß in der Stadt für Bäder reichlich Gelegenheit gegeben ist — wenigstens für die einfachen, kleinen Bäder, in denen die Reinigung des Körpers erfolgt —, die Errichtung einer Stadthalle den Vorzug verdient und wir die Erbauung einer Schwimmhalle zurückstellen könnten.

Sollten Sie der Ansicht sein, daß die Schwimmhalle sofort gebaut werden muß, so würde der Magistrat dazu Stellung nehmen. Ich kann bemerken, daß wir zum Bau eines Schwimmbades auch bereits ein Grundstück in Aussicht genommen haben. Es wäre aber nicht angebracht, jetzt schon Näheres darüber mitzuteilen, ehe die Verhandlungen über den Ankauf abgeschlossen sind. Ich bitte Sie noch: Verbinden Sie mit dem Wunsche nach Vorlegung eines zweiten Projekts für die Stadthalle nicht auch noch den Wunsch nach Vorlegung eines Projekts über die Schwimmhalle; es möchte sonst zu viel werden.

**Vorsitzender:** Auch ich bitte, heute die Besprechung über das Schwimmbad zurückzulassen. Wer sich aus Rücksicht für das Schwimmbad nicht für den Bau einer Stadthalle entschließen kann, der mag gegen den Bau der Stadthalle stimmen.

Zuerst würde zur Abstimmung kommen der Antrag Jasper, der wünscht, daß ü b e r h a u p t eine Stadthalle errichtet werden soll mit der Bedingung daß sie allen Vereinigungen und politischen Parteien zur Verfügung gestellt werden soll.

Sollte der Antrag abgelehnt werden, dann würde es logisch sein, durch Abstimmung festzustellen, ob die Versammlung sich dahin einigt, daß überhaupt eine Stadthalle gebaut werden soll.

Dem würden sich anschließen diejenigen Anträge, die eine M e h r h e i t von Projekten vorschlagen. Zunächst der Antrag, Meyerhoff, der die Bestimmung einer zweiten Stelle für eine Stadthalle frei läßt, nach dessen event. Ablehnung

der Antrag Busch, der neben dem vom Magistrat vorgeschlagenen Platz ein Projekt bei den Tennisplätzen vorsieht. Bei etwaiger Ablehnung des Antrages Busch würde der Magistratsantrag mit dem Zusatz der Kommission und nach event. Ablehnung dieses Antrages der Antrag Frede und schließlich der Magistratsantrag in seiner alten Fassung zur Abstimmung kommen.

Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich Ihr Einverständnis mit dieser Reihenfolge an.

Der Antrag Jasper wird (mit 19 Stimmen) angenommen.

Darauf wird auch der Antrag Meyerhoff angenommen (17 Stimmen).

**Vorsitzender:** Damit würden die übrigen Anträge wegfallen und Punkt 1 erledigt sein.

Wir gehen über zu Punkt 2 der Magistratsanträge, der besagt, daß diese drei Grundstücke — nunmehr also abgelöst von der Bedingung, daß sie zur Errichtung einer Stadthalle genommen werden müssen — angekauft werden sollen. Ich eröffne die Beratung über Punkt 2.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Der Herr Oberbürgermeister hat im Laufe der Beratung dem Magistrat vorbehalten, nur eins oder das andere dieser Grundstücke anzukaufen. Es ist das von uns kaum zu hindern. Ich möchte aber doch der Meinung Ausdruck geben, daß es bedauerlich sein würde, wenn nur ein Teil der in Frage stehenden Grundstücke angekauft würde, weil nicht nur für die Stadthalle, sondern auch für jeden anderen Zweck der Raum an dieser Stelle nicht groß genug sein kann. Mag dort eine Markthalle oder eine Schule errichtet werden, wir werden immer möglichst viel Grund und Boden gebrauchen können, so daß es sich empfiehlt, alle drei Grundstücke zu erwerben. Ich möchte den Magistrat darum bitten.

Stadtv. Dr. **Boge:** Ich wäre auch dafür, daß der Magistrat die Grundstücke erwirbt, aber ehe nicht die Deckungsfrage erledigt ist, kann ich mich nicht dazu entschließen, meine Zustimmung dazu zu geben. Einfach zu sagen, den Kaufpreis aus dem Extraordinarium zu bezahlen, würde ich nicht für richtig halten. Ich bitte darum, die Frage zurückzustellen, bis der Magistrat uns unterbreitet hat, wie er sich die Deckung der Ausgabe denkt.

Stadtv. **Meyerhoff:** Ich fürchte mich nicht, wie der Herr Vorredner, vor der Deckungsfrage bei diesem Ankauf. Der Magistrat hat uns den Antrag schon

mundgerecht gemacht, wir brauchen einstweilen nur 40 000 *M* dazu; die werden wohl in den städtischen Kassen liegen, so daß wir sie bezahlen können. Das wäre also für mich kein Grund, den Ankauf der drei Grundstücke abzulehnen, wohl aber schlägt uns Gewicht, daß der Herr Oberbürgermeister erklärte, der Magistrat wolle sich freie Hand behalten, welches von diesen Grundstücken er ankaufe und welches nicht. Ich möchte bitten, daß sich der Herr Oberbürgermeister zu der Frage äußert.

Stadt v. **Mohr:** Voraussichtlich wird der Magistratsantrag Nummer 1, auch wenn noch ein anderes Projekt ausgearbeitet wird, doch zur Ausführung kommen. Das würde aber vollständig unmöglich werden, wenn wir nicht jetzt diese drei Grundstücke ankaufen. Was riskiert denn die Stadt auch dabei? Wenn Sie ausrechnen, was an Mieterträgen herauskommt, so sind das bei dem Broschenschen Grundstücke 10 Prozent, bei dem Westermannschen zurzeit zwar nur 4 Prozent, aber dort steht ein großer Teil des Gebäudes leer; wenn er Verwendung gefunden hat, wird der Prozentsatz höher sein. Bei dem Müllerschen Grundstück wird es allerdings mit der Verzinsung hapern, aber 5 Prozent werden auch herauskommen, und das ist eine gute Verzinsung für den Stadtsäckel. Wenn wir die Grundstücke später gebrauchen können und das für den Ankauf angelegte Kapital verzinst sich mit 4 Prozent, so ist der Ankauf zu empfehlen. Wir müssen alle drei Grundstücke haben, sonst ist es nicht möglich, das Projekt einer Stadthalle am Altstadtrathause mit in Konkurrenz zu stellen, denn dann wäre der Platz zu klein, um dort eine Stadthalle hinzustellen, und unsere ganzen Verhandlungen würden unnütz gewesen sein. Ich bitte Sie, den Ankauf der drei Grundstücke zu genehmigen.

Stadt v. **Frede:** Herr Mohr hat schon ausgeführt, was ich sagen wollte; ich wollte auch auf die Verzinsung hinweisen. Außerdem hat der Herr Oberbürgermeister darauf aufmerksam gemacht, daß eine Klärung über den Ankauf erfolgen müsse, damit event. die Mietverträge gelöst werden könnten, und aus dem Grunde empfiehlt es sich, daß heute über den Ankauf Beschluß gefaßt und nicht die Sache zurückgestellt wird, bis wir über das Projekt an sich uns entschieden haben.

**Vorsitzender:** Ich schließe die Beratungen über den Punkt 2. Die beiden Anträge Jasper und Frede unterscheiden sich jetzt nicht mehr von dem Vorschlage der Kommission und des Magistrats, da eine Zweckbestimmung für die anzukaufenden Grundstücke nach unserem vorherigen Beschlusse nicht mehr vorliegt. Insofern würden die drei Anträge dahin zusammenzufassen sein:



Die Versammlung erklärt sich mit dem Ankaufe der drei Grundstücke einverstanden, ohne eine Zweckbestimmung festzulegen.

Wenn kein Widerspruch erfolgt, nehme ich das Einverständnis der Herren Antragsteller hiermit an.

Ich bitte die Herren, die für den Ankauf sind, ohne daß eine Zweckbestimmung erfolgt, die Hand zu erheben. (Geschicht.) 20 Stimmen dafür; das ist die Mehrheit.

Ich glaube, daß der Magistrat damit einverstanden ist, daß nach dem Ausfall der Beschlußfassung Punkt 3 heute wegfällt.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich erlaube mir, dem zu widersprechen, denn es ist durch unsere erste Abstimmung das erste Projekt des Magistrats nicht gefallen. Es ist freigebieben, das Altstadtmarktpjekt oder das andere zu wählen. Es schließt unsere Beschlußfassung auch nicht aus, jetzt das Altstadtmarktpjekt, das durch den Ankauf der Grundstücke in Übereinstimmung mit dem Magistrate gefördert wird, weiter zu fördern, indem man sagt: Wir wollen uns architektonisch vor Augen führen lassen, ob an dieser Stelle etwas Brauchbares, unseren Wünschen Entsprechendes hergestellt werden kann. Ich glaube deshalb, daß ein Grund, formell zu sagen, der Antrag 3 sei gefallen, keineswegs vorliegt.

Bedenken könnte man nur haben wegen der Kosten; also aus sachlichen Gründen könnte man gegen den Antrag stimmen. Ich bin sachlich dafür, um dieses architektonisch nicht ganz leichte Projekt zu gewinnen und einen Überblick über die Gestaltung zu haben. Ich bitte Sie, diesen Punkt 3 nicht als erledigt anzusehen.

**Vorsitzender:** Man kann verschiedener Meinung darüber sein. Es handelt sich um die Ausschreibung eines Wettbewerbs. Da würde es doch richtig sein, daß die Stadtverordnetenversammlung sich erst grundsätzlich über den Bauplan einigt.

Stadtv. **Meyerhoff:** Ich bin entgegengesetzter Ansicht als Herr Dr. Jasper. Wir schreiben ja auch für das andere Projekt keinen Wettbewerb aus. Ich habe in meinem Antrage nur gewünscht, daß der Magistrat von seinen Beamten über das andere Projekt eine Vorlage machen läßt. Sollte es dann zur Entscheidung gekommen sein, dann können wir immer noch einen Wettbewerb ausschreiben. Ich möchte Herrn Dr. Jasper bitten, seine Bedenken fallen zu lassen; es hat keinen großen Zweck, jetzt einen Wettbewerb auszuschreiben.

**Stadtv. Rasche:** Wenn ein Wettbewerb ausgeschrieben wird und dabei gleichzeitig gesagt wird: Es ist sehr die Frage, ob die Sache ausgeführt wird, so wird sich kein Architekt finden, der an die Sache herangeht. Ich möchte deshalb empfehlen, die Ausschreibung zu unterlassen.

**Stadtv. Schardt:** Wenn wir das Projekt des Magistrats allein zum Wettbewerb stellen wollten und einen solchen für das, welches Herr Meyerhoff befürwortet, ablehnten, so würde das wunderbar sein. Die Idee, die Herr Meyerhoff vertreten hat, haben wir unterstützt, und deshalb ist es dringend nötig, daß das, was Herr Meyerhoff wünscht, in gleicher Parität mit erledigt wird wie das vom Magistrat vorgetragene Projekt. Wenn der Herr Vorredner meint, daß die Architekten nicht mit Liebe an ein Projekt herangingen, welches vielleicht nicht zur Ausführung käme, so ist noch nicht gesagt, welches zur Ausführung kommen wird. Was der eine als Ideal ansieht, das scheint dem anderen nicht so; die Entscheidung liegt noch im Schoße der geehrten Versammlung. Beide Sachen werden noch einmal zur Beratung gestellt werden und mit gleicher Liebe behandelt werden. Und wenn der oder die betreffenden Architekten mit Liebe an die Sache herangehen, dann wollen wir einmal sehen, welches das beste Projekt wird, das Altstadtmarktprojekt oder das auf dem freien Plage, welches späteren Generationen noch mehr imponieren wird als der Ausbau der an der Breiten- und Scharrnstraße liegenden Grundstücke.

**Stadtv. Meyerhoff:** Der geehrte Herr Vorredner hat mich, wie ich glaube, falsch verstanden. Ich wünsche nur von seiten des Stadtbauamts eine Skizze für das zweite Projekt und einen Voranschlag für beide Projekte, und das eignet sich nicht zum Wettbewerb. Es ist erst angebracht, einen Wettbewerb auszuschreiben, wenn wir das zweite Projekt im großen und ganzen vor uns haben.

**Vorsitzender:** Ich schließe die Beratung über Punkt 3. Wenn Punkt 3 angenommen werden sollte, so würde der Erfolg der sein, daß die Ausschreibung sich auf zwei Projekte erstrecken müßte. Herr Meyerhoff betonte mit Recht, daß eine Ausschreibung erst dann am Plage ist, wenn wir uns über den Platz geeinigt haben.

Diejenigen Herren, die wünschen, daß jetzt schon vor Festlegung des Platzes eine ganz allgemeine Ausschreibung zum Wettbewerb stattfinden soll, bitte ich die Hand zu erheben. (Geschicht.) Das ist die Minderheit.

Wir gehen über zu **Punkt 4:** Lösung der Mietverträge.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich erlaube mir, zu Punkt 3 noch zu erwähnen: Es lag kein Antrag vor, eine allgemeine Ausschreibung zu veranstalten. Es lag vor und liegt noch vor, da es durch geschäftsordnungsmäßige Abstimmung nicht erledigt ist, ein Antrag des Magistrats, der die Zustimmung der vereinigten Kommissionen gefunden hat, wie er uns vorliegt: Ein Ausschreiben für das Breitenstraßenprojekt zu machen. Das muß noch geschäftsordnungsmäßig erledigt werden. Allgemein für eine Ausschreibung konnte man nicht stimmen, solange das Grundstück nicht bestimmt ist, auf welches die Stadthalle zu stehen kommen soll. Formell liegt der Antrag der vereinigten Kommissionen noch vor, und ich bitte, ihn zur Erledigung zu bringen.

**Vorsitzender:** Ich mache darauf aufmerksam, daß Punkt 3 sich darauf bezieht, daß dieses eine vom Magistrat vorgeschlagene Projekt vorher angenommen ist. Da das nicht geschehen ist, so ist die selbstverständliche logische Folgerung, daß über ihn nicht abgestimmt werden kann. Wenn Sie sonst noch einen Antrag zu bringen haben, so bitte ich darum, ihn einzureichen. Dieser Antrag, wie er hier steht, ist durch die frühere Abstimmung gefallen. Ich nehme das Einverständnis der Versammlung hiermit an.

Stadtv. **Rafke:** Der 4. Antrag des Magistrats lautet:  
den Magistrat zu ermächtigen, alsbald nach allseitiger Genehmigung der drei Kaufverträge im Einvernehmen mit der Baukommission über die Lösung der einzelnen Mietverträge Entscheidung zu treffen.

**Vorsitzender:** Ich eröffne die Beratung über diesen Punkt.

Oberbürgermeister **Netemeyer:** Es ist eine schwierige Lage, in die wir durch den Verlauf der Beratung gekommen sind. Wir wissen jetzt nicht: Wünscht die Versammlung, daß hier an der Breitenstraße die Stadthalle erbaut wird?, und wir können uns deshalb natürlich auch nicht sofort schlüssig machen, ob die Mietverträge gekündigt werden sollen. Sie können uns doch nicht zumuten, daß wir für annähernd  $\frac{1}{2}$  Million Grundstücke ankaufen und in der vollständig ungewissen Hoffnung, daß die Grundstücke bald Verwendung finden, den Mietern kündigen. Wenn der Magistrat auf diese Sache, wie sie nun einmal verlaufen ist, überhaupt eingeht, wird nichts anderes übrigbleiben, als zu sagen: Nun wird sich die Sache noch reichlich lange hinziehen, und deshalb wollen wir lieber die Mietverträge ruhig weiterlaufen lassen. Das ist die Folge des Verlaufs der heutigen Beratung, wir sind nicht schuld daran.

Stadtv. **Sander:** Dem kann ich nicht zustimmen. Als Hauptmoment wurde in der Vorlage gesagt, daß ein in den dem Altstadtrathause benachbarten Gebäuden entstehendes Feuer für ersteres verhängnisvoll werden könne. Wenn wir im Besitze dieser Grundstücke sind, ist es unsere Pflicht, die Sattlerwerkstätte niederzureißen und ebenso auf der anderen Seite die kleinen Wohnungen. Selbst wenn auch noch ein Zwischenraum zwischen dem Altstadtrathause und den kleinen Häusern vorhanden ist, so bieten sie doch eine Gefahr für die Existenz des Rathauses. Wenn auf lange Jahre hin die Mietverträge verlängert würden, so wäre damit der Zweck des Ankaufs verfehlt.

**Vorsitzender:** Ich möchte mir erlauben, an den Magistrat eine Frage zu richten. Ich halte es nicht für richtig, wenn gesagt wird, daß nach Annahme des Punktes 4 die Mietverträge gelöst werden müssen. Schon der vom Magistrat selbst vorgeeschlagene Wortlaut legt die Lösung oder Nichtlösung der Verträge in die Hand des Magistrats. Der Wortlaut zu Nummer 4 ist nämlich: „Den Magistrat zu ermächtigen, alsbald nach allseitiger Genehmigung der drei Kaufverträge im Einvernehmen mit der Baukommission über die Lösung der einzelnen Mietverträge Entscheidung zu treffen.“ Wir könnten daher ohne Bedenken die Magistratsvorlage annehmen, ohne daß der Magistrat verpflichtet wäre, die Lösung der Mietverträge vorzunehmen.

Oberbürgermeister **Metemeyer:** Der ganze zweite Antrag ist von uns in der Annahme gestellt, daß Sie der Erbauung einer Stadthalle an der bezeichneten Stelle zustimmen. Das haben Sie noch nicht getan, und deshalb kommen wir tatsächlich in Verlegenheit. Was Herr Sander sagt, ist wohl richtig, aber um die paar Mietverträge handelt es sich nicht, sondern hauptsächlich um die für das Westermannsche Grundstück. Es wollen einige Geschäftsleute dort einziehen, und sie kommen in die größte Verlegenheit, wenn wir die Frage nicht beantworten können, wie lange sie darauf rechnen können, in diesen Räumen ihre Betriebe aufrechtzuerhalten. Darauf zu antworten, ist uns unmöglich nur wegen des unglücklichen Umstandes, daß noch ein anderes Projekt vorgelegt werden soll und wir nicht wissen, wie sich die Versammlung später zu dieser Sache stellt.

Stadtv. **Busch:** Ich gebe zu, daß der Magistrat hierdurch in eine unangenehme Lage gekommen ist. Er müßte sich vielleicht dadurch helfen, daß er mit den Leuten, wie es häufig gemacht wird, ein besonderes Abkommen trifft, daß die Mietverträge als gekündigt anzusehen sind, wenn der Stadthallenbau an dieser Stelle beschlossen wird.

Was die drohende Feuergefahr anlangt, so bin ich nicht ängstlich, daß nun Besorgnisse gerade für die nächste Zeit gehegt werden müßten. Es hat Jahr-

hunderte so gegangen, und die größte Gefahr für das Altstadtrathaus liegt auch nicht auf den benachbarten Grundstücken, sondern auf unseren eigenen. Da sollten allerdings die feuergefährlichen Kassen heruntergerissen werden.

**Stadtv. Meyerhoff:** Ich möchte bitten, es dem Magistrat zu überlassen, zu handeln, wie er will. Er wird das Beste schon herausfinden.

**Stadtv. Dr. Voge:** Ich kann mir nicht denken, daß sich die Entscheidung noch lange hinauszögern wird. Der Magistrat soll uns noch ein anderes Projekt vorlegen. Bringt er das über den Bürgerpark, dann sind die meisten sich heute schon schlüssig, ob diese oder die andere Stelle genommen werden soll; eine Abstimmung wird dann keine Schwierigkeiten mehr bieten. Herr Meyerhoff will doch bloß eine Skizze haben. Die läßt sich in ein paar Tagen machen, und dann kann die Sache weitergehen.

**Vorsitzender:** Es handelt sich darum, durch unsere Abstimmung den Magistrat zu ermächtigen, die Mietverträge zu lösen. Lehnen wir das ab, so hat der Magistrat nicht die Möglichkeit dazu. Stimmen wir zu, so wird es in die Hand des Magistrats gelegt, ob er eine Lösung der Mietverträge vornehmen will oder nicht. Ich halte es deshalb für richtig, daß wir dem Antrage des Magistrats zustimmen.

Die Versammlung stimmt dem Antrage zu.

**Vorsitzender:** Eine Schlußabstimmung muß natürlich unter den gegebenen Verhältnissen ausfallen.

Der nächste Punkt wäre die Beratung der Straßenpolizeiordnung. (Unruhe und Widerspruch.) Dann will ich so fragen: Liegen eilige Punkte zur Verhandlung vor?

(Als ein solcher wird dem Vorsitzenden vom Magistrat die Beschlußfassung über die Hinterbliebenenversorgung bezeichnet.)

### 3. Abänderung der Grundsätze für die Bewilligung von Ruheohn und Hinterbliebenenversorgung.

**Stadtv. Hartung:** In der vorigen Verhandlung über diese Grundsätze waren die Anträge des Magistrats mit einigen Abänderungen angenommen, insbesondere ist davon ein Punkt zu erwähnen. Während in der Vorlage des Magistrats die Witwenpension auf 4 Zehntel des Ruheohns bemessen wurde, was auch von der Kommission gebilligt war, ist auf einen Antrag in der Versammlung beschlossen, den Ruheohn der Witwen von städtischen Arbeitern und Ruheohnempfängern auf 5 Zehntel zu erhöhen. Der Magistrat hat nun den übrigen Ab-

änderungen, wie sie beschlossen sind, zugestimmt, hat aber durch Schreiben vom 18. Mai erklärt, daß er es nicht für angängig hält, das Witwengeld von 4 Zehntel auf 5 Zehntel zu erhöhen, und zwar um deswillen, weil eine derartige Erhöhung über die Grundsätze für Bemessung des Witwengeldes für die Frauen von Reichsbeamten und Privatangestellten nach der Angestelltenversicherung hinausginge. Der Magistrat erklärt sich aber bereit, der Ansicht der Versammlung insoweit entgegenzukommen, als es sich um invalide Witwen oder um solche handelt, die Kinder unter 15 Jahren zu versorgen haben, daß aber ein genügender Grund, rüstigen und arbeitsfähigen Witwen ohne weiteres den höheren Satz zu bewilligen, nicht vorläge. Die ersteren erlangen nicht nur durch die Erhöhung des Witwengeldes einen Vorteil, sondern auch dadurch, daß die Waisenrenten ihrer Kinder, die ja nach dem Betrage des Witwengeldes zu berechnen sind, dadurch gleichfalls anwachsen.

Es wird deshalb vorgeschlagen, in § 8 der Grundsätze den ersten Absatz unverändert zu lassen, dahinter jedoch folgenden Absatz anzufügen:

„Das Witwengeld wird auf 5 Zehntel des Ruhelohns erhöht, wenn und solange die Witwe invalide im Sinne der Reichsversicherungsordnung ist oder für mindestens ein eheliches (oder rechtlich gleichgestelltes) Kind ihres verstorbenen Ehemannes den Lebensunterhalt zu einem wesentlichen Teile beschafft.“

Die Kommission ist der Ansicht, daß diesem Vorschlage des Magistrats beizutreten ist, und empfiehlt Ihnen, dementsprechend beschließen zu wollen.

Stadtvt. **Steinbrecher:** Die Versammlung hat bekanntlich schon zweimal beschlossen, daß an Witwengeld statt 4 Zehntel 5 Zehntel des Ruhelohns gezahlt werden sollten. Der Magistrat erklärt, daß er diesem Beschlusse nicht beitreten kann, und weist darauf hin, daß bei 5 Zehnteln die Witwen der städtischen Arbeiter und Ruheohnempfänger günstiger gestellt werden, als die von Staatsbeamten, die nur 24 Prozent bekommen. Ich habe die Sache noch einmal überdacht, und da ist mir aufgefallen, daß ein wesentlicher Unterschied zwischen diesen beiden Gattungen besteht. Unsere Angestellten bekommen erst Ruheohn, wenn sie zehn Jahre im Dienst gewesen sind, die Staatsbeamten und ihre Witwen dagegen sind sofort berechtigt, Pension zu beziehen, und zwar die Witwen mit 24 Prozent vom Dienst Einkommen, während die Witwen, die für uns hier in Frage kommen, Witwengeld nicht vom Dienst Einkommen, sondern von einem angenommenen mäßigeren Einkommen, dem Ruhegehalt, beziehen. Ebenso ist es bei einer Vollwaise, sie bekommt vom Staate die Hälfte des Witwenpensionsjahres bis zum 20. Jahre, während hier nur ein Drittel gegeben wird und bis zum 15. Lebensjahre. — Da nun aber der Magistrat diesen Antrag nicht an-

nehmen will und uns daran liegt, wenigstens für invalide Witwen und solche mit Kindern eine Verbesserung zu schaffen, so sind wir uns einig geworden, dem Magistratsantrage zuzustimmen, damit wir uns nicht noch ein paar Sitzungen damit zu beschäftigen brauchen.

Die Versammlung stimmt entsprechend dem Antrage der Statutenkommission den Magistratsvorschlägen zu.

#### 4. Erhöhung des Zuschusses an die Mädchenhorte.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Die Mittel zur Unterhaltung der in Braunschweig bestehenden 11 Mädchenhorte werden zum Teil durch Sammlungen, zum Teil durch einen Beitrag des Konfirmandensparvereins gedeckt, und außerdem gewähren die städtischen Behörden eine Unterstützung von jährlich 500 *M.* Die Bezüge der Leiterinnen der Mädchenhorte waren von Anfang an sehr niedrig bemessen und sind, solange die Horte bestehen, nie erhöht worden, da die Mittel hierzu fehlten. Die Leiterinnen beziehen in den ersten 10 Jahren ihrer Tätigkeit jährlich eine Vergütung von 360 *M.*, alsdann von 420 *M.* Der Vorstand des Vereins für Mädchenhorte möchte nun in den Stand gesetzt werden, die Vergütungen in der Weise zu erhöhen, daß auf der untersten Stufe eine Aufbesserung von 65 *M.*, und auf der ersten Stufe eine solche von 75 *M.* jährlich erfolgt. Es kommen 11 Hortleiterinnen dafür in Betracht, so daß ein jährlicher Mehraufwand von 800 *M.* entstehen würde. Es wird von dem Vorstande des Vereins gebeten, den städtischen Beitrag für die Mädchenhorte von 500 *M.* auf 1300 *M.* zu erhöhen. Der Magistrat empfiehlt Ihnen, diesen erhöhten Zuschuß aus der Kasse für Wohlfahrts Einrichtungen vom 1. April d. J. ab bis auf weiteres zu gewähren, und die Finanzkommission stimmt dem zu.

Der Erhöhung des Zuschusses wird zugestimmt.

**Vorsitzender:** Ich habe den Herren noch mitzuteilen, daß die Behandlung des Antrages Sander wegen Verlängerung der Fahrzeit der Straßeneisenbahn mit Bewilligung des Herrn Antragstellers bis auf weiteres zurückgestellt ist.

#### 5. Verwilligung von Mitteln an den Verkehrsverein zur Herausgabe des „Kleinen Führers durch Braunschweig“.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Der Verkehrsverein verbreitet seit längerer Zeit einen „Kleinen Führer durch Braunschweig“ und ist an den Magistrat mit dem Ersuchen herangetreten, für eine neue Auflage des gänzlich vergriffenen Kleinen Führers, die 20 000 Exemplare betragen soll, einen Zuschuß von 3000 *M.* zu gewähren.

Der Verein beabsichtigt, in Zukunft an Stelle des großen Führers vorzugsweise den weniger kostspieligen kleinen Führer abzugeben und zu verbreiten. Die Finanzkommission, der die Vorberatung dieses Punktes der Tagesordnung oblag, hält den kleinen Führer für sehr zweckmäßig zur Förderung der Verkehrsinteressen unserer Stadt und schließt sich dem Antrage des Magistrats an, der dahin lautet:

„Für den Neudruck des „Kleinen Führers durch Braunschweig“ aus den Erträgnissen der Umsatzsteuer einen Zuschuß bis zu 3000 *M* auf Berechnung zu bewilligen unter dem Vorbehalt, daß über die entgeltliche und unentgeltliche Verwendung der Führer den städtischen Behörden alljährlich Rechenschaft zu geben ist.“

Diese Bedingung und die Deckungsquelle ist in derselben Weise wie früher geregelt. — Im übrigen hätte ich Veranlassung, als Berichterstatter über den Antrag auf Erhöhung des jährlichen Zuschusses an den Verkehrsverein auf einzelne Äußerungen der Eingabe des Vorstandes des Verkehrsvereins einzugehen, will aber mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit für heute darauf verzichten. Ich behalte mir vor, bei Behandlung des heute eingebrachten Antrages Lauer darauf einzugehen.

**Vorsitzender:** Ich bitte Sie, sich weiteres Eingehen nicht vorzubehalten, sondern die Sache endgültig begraben sein zu lassen. Die Sache ist ja für die Stadtverordnetenversammlung erledigt.

Der Zuschuß bis zu 3000 *M* wird bewilligt.

## 6. Antrag Lauer auf stadtseitige Deckung des Fehlbetrages im Rechnungsabschluß des Verkehrsvereins.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 134.

Stadtv. **Lauer** (zur Begründung): Ich kann mich in der Begründung meines Antrages ganz kurz fassen, indem ich hiermit auf meine früheren Erklärungen hinweise.

**Vorsitzender:** Ich bitte die Herren, die den Antrag Lauer unterstützen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist genügend unterstützt. Ich überweise ihn der Finanzkommission zur Vorberatung. — Liegt noch etwas für die öffentliche Sitzung vor? — Dann schließe ich die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4½ bis 8 Uhr.





JK

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 6. August 1914.

### Tagesordnung:

Einräumung eines Kredits wegen der der Stadt durch die Mobilmachung er-  
wachsenden Ausgaben . . . . . Seite 252

Am Magistratsliche die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürger-  
meister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Heymann**, **Lord**, **Schöttler** und  
**Wagner**.

Entschuldigt: Stadtv. **Lange**, verzogen: Stadtv. **Alkmann**.

Vorsitzender Dr. **Wolters**: Ich eröffne die öffentliche Sitzung.

Zur ersten Sitzung nach kurzer Pause sind Sie, meine hochverehrten Herren, zusammengeekelt, bewegt von tiefem Schmerze und erfüllt von heiligem Zorne. Das deutsche Reich ist von tödtlichen Feinden jäh angegriffen, des Vaterlandes Söhne sind zu den Fahnen berufen und unsere teure Vaterstadt gibt manchen braven Krieger her, um die deutsche Ehre und die heimatliche Scholle zu verteidigen. Niemand unter Ihnen, meine hochverehrten, lieben Kollegen, und niemand wohl ist in der ganzen Bürgerschaft, der unter diesen wackeren Kriegern nicht einen hätte, der nicht seinem Herzen nahe, sehr nahe stände.

Voll Stolz blicken wir auf unser deutsches Reich, das e i n i g e deutsche Reich, ebenso voll Stolz auch auf u n s e r e e i n i g e V a t e r s t a d t. Ohne Unterschied des Alters, des Glaubens, des Berufs und der politischen Meinung sind alle, die den Namen eines Deutschen tragen, entflammt zu dem einzigen Gedanken: Den letzten Blutstropfen für das teure Vaterland! Diese vaterländische Geschlossenheit macht uns niemand in der Welt nach. Die Einigkeit, die Reinheit unserer Sache und die Tatsache, daß wir auf eine feste, sichere Heeresleitung blicken dürfen, die sind es, die unsere mit urgewaltiger teutonischer Kraft ergriffenen Waffen unüberwindlich machen werden. Möge Gott unseren Waffen den Sieg verleihen!

Für uns, denen es nicht oder noch nicht vergönnt ist, zu des Vaterlandes Ruhm s e l b s t zum Schwert zu greifen, erwachsen ernste und würdige Aufgaben. Wir haben das Los derer, die ins Feld ziehen, zu erleichtern, wir haben für das Wohl der zurückgebliebenen Angehörigen zu sorgen. Eine Anzahl von Unternehmungen, die diesem Zwecke dienen, sind von den städtischen Behörden bereits in die Wege geleitet. Die heutige Vorlage, zu deren Beratung Sie zusammengetreten sind, hat dasselbe Ziel.

Die Bedeutung dieser Stunde gebietet es, von den üblichen geschäftlichen Mitteilungen abzuweichen. Ich bitte, in die Beratung einzutreten und ersuche den Herrn Referenten der Finanzkommission, das Wort zur Begründung der Vorlage zu ergreifen. (Lebhafte Bravo und Händeklatschen.)

### **Einräumung eines Kredits wegen der der Stadt durch die Mobil- machung erwachsenden Ausgaben.**

**Stadt v. Mohr:** Meine sehr geehrten Herren. Der außerordentliche Zustand, der durch die Kriegslage geschaffen ist, erfordert für die Stadt wie für das Land außerordentliche Ausgaben. Wie Sie aus dem ersten Teile der Ihnen allen zugewandten Vorlage ersehen, sind von unseren hiesigen Konserverfabriken infolge der drohenden Kriegsgefahr in allerletzter Zeit ungeheure Mengen von Konservern nach auswärts, insbesondere auch an die deutsche Marine verkauft worden, so daß der Bestand, wie nachgemiesen, zurzeit bis auf etwa 1 Million Dosen gesunken ist. Es liegt Gefahr vor, daß auch dieser Rest alsbald nach außerhalb verkauft wird, und daß damit Stadt und Land Braunschweig ein unentbehrliches Volksnahrungsmittel entzogen wird. Ich erinnere daran, daß gerade durch die Kriegserklärung Englands es wohl möglich ist, daß unsere sämtlichen Seehäfen blockiert werden, und das würde ein sehr bedenklicher Zustand für die glatte Ernährung unserer Bürgerschaft sein. Das Herzogliche Staatsministerium hat sich mit unserem Stadtmagistrate ins Einvernehmen gesetzt, und beide Verwaltungen haben beschlossen,

die vorhandenen Konserven — es handelt sich hierbei selbstredend nicht um Lugs-konserven, sondern um Bohnen, Kohl, Mohrrüben und dergl. — anzukaufen. Die Kosten dafür würden rund 500 000 *M* betragen. Es ist geplant, daß diese Vorräte von Staat und Stadt je zur Hälfte übernommen werden sollen, und der Staat behält sich vor, seine Hälfte an andere Gemeinden des Herzogtums, sowie auch an Krankenhäuser usw. abzugeben. Da während der Verhandlungen über den Ankauf von anderer Seite an die Konservenfabriken Angebote herangetreten sind, so mußte der Abschluß vollzogen werden, ohne vorher Ihre Genehmigung einholen zu können. Sollten die Konserven nicht später noch für Kriegszwecke angefordert werden, so bleiben sie nunmehr in Braunschweig und können bei Nahrungsmangel an die Bevölkerung, selbstredend zum Selbstkostenpreise, abgegeben werden.

Die Finanzkommission, welche sich eben mit dieser Sache beschäftigt hat, möchte über die Vorschläge des Magistrats hinausgehen und beantragt, daß diese Fürsorge auch auf andere Lebensmittel ausgedehnt wird. So wurde in Vorschlag gebracht, Roggen aufzukaufen, ihn selbst zu vermahlen und das Mehl zum Selbstkostenpreise abzugeben. Es würde sich auch empfehlen, Kartoffeln und andere Lebensmittel anzuschaffen, vielleicht auch für Feuerung zu sorgen. Ein Risiko beim Ankauf der Konserven liegt für die Stadt nicht vor, da die Konserven in unseren Krankenhäusern verbraucht werden könnten, wenn wir in der Lage sein sollten, einen größeren Teil derselben nicht an die Braunschweiger Bevölkerung abzugeben. Das würde in gewisser Beziehung zu begrüßen sein, denn es würde in sich schließen, daß der Krieg nicht allzulange dauert, da die Konserven jedenfalls erst in den Wintermonaten zum Verbrauch kommen werden, während wir in der Sommerzeit nach allem Ermessen mit frischem Gemüse auskommen werden.

Der Antrag des Magistrats lautet: „Dem Ankauf zuzustimmen und die Summe von 250 000 *M* zu Lasten des Extraordinariums der Kammereikasse, dem später auch die aus dem Verkauf erzielte Einnahme wieder zuzuführen sein würde, verwilligen zu wollen.“

Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen, darüber hinausgehend den Magistrat zu ermächtigen, auch auf den Ankauf anderer Lebensmittel bedacht zu sein, und bittet Sie, den hier geforderten Kredit auf eine unbestimmte Summe zu erhöhen, es also dem Magistrate zu überlassen, nach eigenem Ermessen diese Ankäufe zu machen, und zwar im Einvernehmen mit der Finanzkommission, welche verstärkt werden soll durch den Vorsitzenden oder sonst ein Mitglied der übrigen Kommissionen.

**Vorsitzender:** Dieser Punkt 1 der Vorlage mit dem Zusatzantrage der Finanzkommission steht zur Beratung.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Was wir jetzt sehen, ist die Folge einer Politik, der die Sozialdemokratie stetig widersprochen hat. Sie hat es auch in den letzten Tagen versucht, den Krieg zu verhüten. Aber es ist unmöglich gewesen; der Einfall der Feinde ist nicht ausgeschlossen. Es dreht sich jetzt nicht darum, Maßregeln der Politik über den Krieg und den Militarismus zu treffen, sondern darum, wie der Herr Vorsitzende eingängig erwähnt hat, die Not zu lindern, vor die wir nun gestellt sind. Hierbei mitzuwirken ist nach unserer Ansicht auch Pflicht der Stadtgemeinde, und wir stimmen deshalb diesem ersten Punkte, wie auch — um das gleich zu erledigen — den anderen zu, besonders nachdem die Finanzkommission mit auf unsere Anregung sich einmütig für die wünschenswerte oder notwendige Erweiterung der Aufgabe der Stadtgemeinde in dieser Beziehung erklärt hat.

**Vorsitzender:** Ich schließe die Beratung über Punkt 1 und nehme, wenn kein Widerspruch erfolgt, das Einverständnis der Versammlung mit Punkt 1 an.

Stadtv. **Mohr:** Weiter schreibt der Magistrat: „Bei Ausbruch des Krieges werden auch sonstige außerordentliche Ausgaben, die wir im voraus nicht näher veranschlagen können, unvermeidlich sein. Dabei kommen insbesondere Aufwendungen für Beamtenbesoldung in Betracht. Wir dürfen uns wohl für ermächtigt halten, ohne besondere Bewilligung alle die Kosten aufzuwenden, die dadurch entstehen, daß bei der Stadtverwaltung Ersatzkräfte für eingezogene Beamte, welchen letzteren ihre Gehälter gesetzlicher Vorschrift zufolge weiterzuzahlen sind, herangezogen werden müssen und, da es sich hoffentlich nur um eine vorübergehende Beschäftigung solcher Ersatzkräfte handelt, diese letzteren im Notfalle ohne Mitwirkung der Herren Stadtverordneten anzunehmen.“

Auch hier hat die Finanzkommission über den Magistratsantrag hinausgehend einen Zusatz beschlossen, in dem sie zum Ausdruck zu bringen beantragt:

„Auch wird die Stadtverwaltung der besonderen Fürsorge für die städtischen Arbeiter bezw. deren Familien ihre Aufmerksamkeit zuwenden.“ Dieser Antrag ist einstimmig von der Finanzkommission angenommen, und ich bitte auch Sie, dem zuzustimmen.

Gleichzeitig möchte ich darauf aufmerksam machen, daß die Finanzkommission beschlossen hat, mit Ihrer Zustimmung und mit Zustimmung des Vorstandes der Fiedel-Stiftung, daß für diese Zwecke aus der Abteilung III dieser Stiftung ein Zuschuß bewilligt wird. Über die Höhe können wir keine Vorschläge machen; es kann sich um 8000, 10 000, 15 000 M handeln. Ich bitte, auch über diesen Punkt zu beschließen.

**Vorsitzender:** Es steht dieser Punkt 2 der Magistratsvorlage und der Zusatz der Finanzkommission zur Beratung.

Stadtv. **Nietz:** Ich nehme an, daß unter dieser Fürsorge auch die Witwen von Arbeitern einbegriffen sind. (Zustimmung.) Im übrigen kann ich mich damit einverstanden erklären.

**Vorsitzender:** Ich schließe die Beratung über Punkt 2 und den Zusatzantrag der Finanzkommission und nehme, da kein Widerspruch aus der Versammlung kommt, auch hier das Einverständnis der Versammlung an.

Stadtv. **Mohr:** Der Magistrat schreibt ferner in seiner Vorlage: „Daneben aber wird vermutlich auch die Aufwendung von Kosten für solche Zwecke nicht zu umgehen sein, deren Erfüllung sich die Stadt nicht wohl entziehen kann. Wir haben dabei insbesondere die Förderung von Einrichtungen für die Pflege von Verwundeten im Auge, der sich hiesige Vereine und freiwillige Helfer bereitwilligst unterziehen werden. Wir hoffen, daß dazu auch staatliche Mittel werden zur Verfügung gestellt werden, sind aber der Ansicht, daß auch auf diesem Gebiete Staat und Stadt Hand in Hand zu gehen haben, und geben daher anheim,

uns zu dem Zwecke einen weiteren Kredit von rund 30 000 M gefälligst eröffnen zu wollen.“

Auch in diesem Punkte ist die Finanzkommission über den Magistratsantrag hinausgegangen. Wir sind dazu gekommen, weil vom Magistrat angedeutet wurde, daß nicht allein für die Pflege der Verwundeten, sondern in vielen anderen Sachen in der kommenden Zeit die Stadtverwaltung jedenfalls zu den Kosten herangezogen werden wird, was sich jetzt noch nicht übersehen läßt. Um nun nicht verschiedene Kredite, die hierfür in Anspruch genommen werden dürfen, festzulegen, schlägt die Finanzkommission einstimmig vor, nicht eine feste Summe zu bewilligen, sondern auch hier einen unbeschränkten Kredit zu gewähren mit der Bestimmung, daß hierüber die verstärkte Finanzkommission in Gemeinschaft mit dem Magistrat verfügen soll.

**Vorsitzender:** Zur Finanzkommission würden zu dem Zwecke die Vorsitzenden oder je sonst ein Mitglied aus den anderen drei Kommissionen hinzugezogen werden. Ich stelle diesen Punkt 3 zur Beratung. Es meldet sich niemand zum Wort; ich nehme deshalb das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage der Finanzkommission an.

**Stadtv. Mohr:** Was endlich die Unterstützung der Familien der einberufenen Heerespflichtigen betrifft, so schreibt der Magistrat, daß es wohl als sicher angenommen werden könne, daß die durch das Reichsgesetz vom 25. Februar 1888 (§ 5) festgelegten Mindestsätze (monatlich 6 *M* und im Winterhalbjahre 9 *M* für die Ehefrau und 4 *M* für jedes Kind) erhöht werden. Diese Erhöhung ist durch den am 4. d. Mts. zusammengetretenen Reichstag vorgenommen, und zwar hat das Reich bestimmt, daß der zuerst genannte Satz von 6 *M* auf 9 *M*, der zweite von 9 *M* auf 12 *M* und der für Kinder von 4 *M* auf 6 *M* erhöht wird. Der Magistrat hat geglaubt, auf den Erlaß des neuen Reichsgesetzes nicht warten zu sollen, hat vielmehr auf die Gefahr hin, daß der Stadt die Aufwendungen nicht in vollem Umfange ersetzt werden, die angeführten Sätze auf 15 *M* für die Ehefrau und auf 7 *M* für jedes Kind unter 15 Jahren und sonstige nach dem gedachten Reichsgesetze unterstützungsberechtigte Personen erhöht.

**Vorsigender:** Punkt 4 steht zur Beratung; ein Zusatzantrag ist hier von der Finanzkommission nicht eingebracht.

**Stadtv. Lauer:** Es ist außerordentlich mit Dank zu begrüßen, daß unser Magistrat Unterstützungen für die zurückgebliebenen Familien der Heerespflichtigen festsetzen will, die diejenigen des allerdings heute veralteten Reichsgesetzes von 1888 übertreffen. Der Magistrat schlägt Ihnen vor, eine Unterstützung von 15 *M* für die Ehefrau und 7 *M* für jedes Kind zu gewähren. Ich bin der Ansicht, daß die Entschädigung für Kinder mit nur 7 *M* zu gering ist, und meine, dieser Zuschuß müßte mindestens 10 *M* betragen. Gerade England, unser jüngster Kriegsfeind, hat uns vor drei Jahren ein erschütterndes Beispiel geliefert, welche unheimlichen Folgen eine ungenügende Kinderernährung mit sich bringen kann. Als bei dem großen Eisenbahnarbeiterstreik im Jahre 1911 eine Hungerepidemie ausbrach, war dort in England eine fast unabsehbare Kindersterblichkeit zu konstatieren, eben auf Grund der Unterernährung der Kinder. Ich bin der Meinung, daß in dieser Richtung alles aufgeboten werden müßte, damit wir jetzt, drei Jahre später, nicht dieselbe Erfahrung am eigenen Leibe machen. Da, wo der Fall eintritt, daß die Bäckereien gestürmt werden, da ade Kriegsbegeisterung! Die Geschichte lehrt uns, daß eine Volksmenge, die beim Ausbruch des Krieges in wirklicher, wahrer Begeisterung durch die Straßen zieht, auch sehr bald dazu kommen kann, durch die Straßen zu ziehen, um Aufruhr zu verbreiten für den Fall, daß ihre Kinder oder sie selbst nicht genügend Brot bekommen. Das Geistes des Hungers der Zurückgebliebenen darf auch . . . (Unruhe.)

**Vorsigender:** Entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Dasjenige, was Sie wünschen, ist bereits in der Finanzkommission beraten. Man hatte angeregt,

diese Sätze von 12 und 7 *M* höher zu stellen, hat dann aber gesagt, daß der Magistrat selbstverständlich ermächtigt sei, da, wo es not tue, über diese Sätze hinauszugehen. (Sehr richtig!) Was Sie wünschen, liegt also tatsächlich schon in den Beschlüssen der Finanzkommission und in der Vorlage des Magistrats.

**Stadtv. Lauer:** Ich bin sehr erfreut durch diese Mitteilung des Herrn Vorsitzenden. Ich habe jenen Nachsatz in den Ausführungen des Herrn Referenten nicht gehört und spreche meine Freude darüber aus, daß nach dieser Richtung eine bessere Berücksichtigung vorgenommen wird.

**Stadtrat von Frankenberger:** Nach der Mitteilung des Vorsitzenden und nach der letzten Erklärung des Herrn Stadtv. Lauer ist es kaum noch nötig, daß ich darauf hinweise, wie unsere Stadtverwaltung mit dem Beschlusse, dem die Finanzkommission vorhin einmütig zugestimmt hat, und dem sich, wie ich wohl annehmen kann, auch die verehrten Herren anschließen werden, sich durchaus in dem Rahmen dessen hält, was für Groß-Berlin schon vor einiger Zeit beschlossen ist. Auch dort hat man sich schlüssig gemacht, die Unterstützung des Reiches, wie sie damals noch bestand, um 100 Prozent zu erhöhen. Was der Magistrat vorgeschlagen hat, geht in bezug auf die Unterstützung der Ehefrauen erheblich darüber hinaus; es ist eine Erhöhung um 150 Prozent. — Zum Wort gemeldet habe ich mich, um noch zu erklären: Der Magistrat wird mit Rücksicht auf die schwierige Lage mancher Familien der Einberufenen es sich angelegen sein lassen, die Förmlichkeiten wegen der Anmeldung und Beweisführung für die Auszahlung der Unterstützungen nach Möglichkeit zu erleichtern. (Beifall.) Er wird also nicht kleinlich sein und wird nach Möglichkeit sich bemühen, von Amts wegen dahin zu wirken, daß schon durch schnelle Bewilligung dieser Sätze die Beteiligten vor Not geschützt werden. Es ist als gewiß zu hoffen, daß die private Wohltätigkeit und die Wohltätigkeit des Roten Kreuzes uns wesentlich darin unterstützen werden. (Beifall.)

**Stadtv. Dr. Jasper:** Auch mir waren die Sätze auf den ersten Blick zu niedrig erschienen; ich glaube aber, daß durch die Beschlüsse der Finanzkommission und besonders dadurch, daß auch bei weitergehender Not Naturalleistungen an Stelle der genannten Unterstützungen treten sollen, wir es vorläufig mit den vorgeschlagenen Sätzen versuchen können. Ich begrüße es insbesondere, daß der Herr Stadtrat erklärt hat, nicht bürokratisch formell vorzugehen, und halte mich für verpflichtet, zur Aufklärung mitzuteilen, daß selbstverständlich diese Unterstützungen nicht als Armenunterstützung mit dem bekannten unangenehmen Beigeschmack angesehen werden können. (Zustimmung.) Weil darüber in manchen Kreisen Unklarheit und Besorgnis besteht, glaube ich diese Stelle benutzen zu können, um diese Besorg-



niz zu zerstreuen. Ich möchte aus denselben Erwägungen heraus entweder den Herrn Berichterstatter oder den Herrn Stadtrat bitten, das Weitere zu berichten, was noch in bezug auf Ausdehnung dieses 4. Punktes in der Finanzkommission erörtert ist. Ich lege Wert darauf, daß in der Stadt, besonders in der Arbeiterschaft, bekannt wird, daß die Stadt bereit ist, neben dem Brot auch Arbeitsgelegenheit durch Arbeitsvermittlung zu verschaffen, und daß Erklärungen auch vom Magistrat vorliegen, daß gemeinschaftlich mit den Unternehmern wie mit den Gewerkschaften und mit dem Staate die Arbeitsvermittlung geregelt werden soll.

**Stadtrat von Franckenberg:** über die Frage der Arbeitsvermittlung wird Herr Stadtrat Wagner, der diese Angelegenheit in den letzten Tagen besonders bearbeitet hat und sie im Magistrat sich angelegen sein läßt, sich äußern. Ich möchte wegen der ärztlichen Fürsorge für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer eine Mitteilung machen, die über diesen Saal hinaus Anerkennung finden wird. Die hiergebliebenen Ärzte, die ihre ins Feld gezogenen Kollegen vertreten, haben sich in hoch erfreulicher Weise der Sachlage gewachsen gezeigt, indem sie den Beschluß gefaßt haben, daß allen Angehörigen der Einberufenen, soweit nicht die Krankenkassen für sie zu sorgen haben, gegen Führung des Nachweises, daß sie bei der Stadtverwaltung die Reichsunterstützung in Anspruch genommen haben, kostenlose Behandlung von ihnen gewährt werden soll. (Beifall.) Das Rote Kreuz will nun diese ärztliche Zusage in bezug auf die Arzneilieferungen ergänzen. Es ist mir gelungen, bereits heute seitens der Damen vom Roten Kreuz die Zusage zu erhalten, daß bis auf weiteres in allen diesen Fällen, in denen unsere Ärzte den Betroffenen kostenlose Hilfe zuteil werden lassen, auf entsprechende Bescheinigung die Arzneilieferung auf Rechnung des Roten Kreuzes erfolgen soll. (Beifall.) Diese Zusage wird manche Sorge bannen und voraussichtlich auch die Stadtverwaltung bei ihrer Fürsorge unterstützen.

**Stadtrat Wagner:** Das Herzogliche Staatsministerium hat mit den öffentlichen Organisationen des Landes, der Handelskammer, der Handwerkskammer, der Landwirtschaftskammer, den Kreisdirektionen und den wichtigsten Stadtverwaltungen vor wenigen Tagen eine Versammlung abgehalten, die auf die Versorgung des Arbeitsmarktes abzielte. Die Verhandlungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß, wie man hoffen darf, in den nächsten Tagen eine Zentralstelle für das Herzogtum oder zunächst diejenigen Gebiete des Herzogtums, die dem Kreise Braunschweig angegliedert sind, geschaffen wird. Nach dem Organisationsplane, den ich mir erlaube in Vorschlag zu bringen, soll die Vermittlungsstelle unter Leitung einer vom Herzoglichen Staatsministerium zu bestimmenden Persönlich-

keit — es war Herr Landshyndikus Klane dafür in Aussicht genommen — in der Stadt Braunschweig errichtet werden, und der Magistrat hat sich einverstanden erklärt, daß die Räume in dem ehemals Huchschen Hause am Hagenmarkte im ersten Stock, die dafür geeignet sind, von der Stadt für den Zweck zur Verfügung gestellt werden. Es würde eine Reihe von nebeneinander gelegenen Zimmern zur Vermittlung dienen können und der davor gelegene Raum den Warteraum für das Publikum bilden. Man hat gedacht, daß in den verschiedenen Zimmern für die einzelnen Gruppen — Gewerbe, Handel, Industrie, Land- und Forstwirtschaft usw. — besondere Abteilungen geschaffen würden, die — wie von der Telegraphenverwaltung zugesagt ist — sofort nach ihrer Eröffnung mit Anschlüssen an das schon vorhandene Hauptkabel ausgestattet werden sollen. Der Verband Braunschweiger Frauenvereine wird das weite Gebiet der Arbeitsvermittlung für Frauen in die Hand nehmen. Er hat sich bereit erklärt, in einem ihm zuzuwiesenden Räume bei der Arbeitsvermittlung mitzuwirken. Die Vermittlung wird solchen Personen übertragen werden, die aus dem betreffenden Gebiete stammen; es werden dazu die Arbeitgeber, die Angestelltenverbände und die Arbeiterverbände aufgefordert werden, unter Zuziehung von städtischen Beamten. Ich will hoffen, daß die Arbeitervereine, deren Mitarbeit gerade unter diesen Verhältnissen von großer Wichtigkeit sein wird, hier in segensreicher Weise für unser Herzogtum mitwirken.

**Stadtv. Dr. Jasper:** Ich nehme an, daß es nur ein falscher Zungenenschlag war, wenn Herr Stadtrat Wagner sagte: Arbeitgeber und Angestelltenverbände, aber die Beteiligung der Gewerkschaften oder der Arbeiterverbände nicht erwähnte.

**Stadtrat Wagner:** Herr Dr. Jasper muß mich falsch verstanden haben; ich habe gesprochen von Arbeitgebern, von Angestelltenverbänden und Arbeiterverbänden.

**Vorsitzender:** Ich schließe die Beratung und bitte die Herren, die diesen Punkt 4 und damit zugleich die gesamte Vorlage des Magistrats mit den Zusätzen der Finanzkommission genehmigen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Sie ist einstimmig angenommen.

---

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Es ist gewiß erfreulich, daß in bezug auf die Unterstützungen und dergleichen hier allseitige Übereinstimmung herrscht, aber ich glaube, es ist auch angezeigt, noch ein Wort in der Richtung zu sagen, daß auch die reichste Unterstützung nicht ausreichen wird, wenn das wirtschaftliche Leben zu lange stockt. Ich glaube, wir alle haben die heilige Verpflichtung, unsererseits da-

für zu sorgen, daß, wenn erst die Krieger fortgezogen sind und Ruhe in unserer Stadt eingelehrt sein wird, tunlichst das wirtschaftliche Leben wieder in Gang gebracht wird. Da das unserer Überzeugung nach die allergrößte Hauptsache ist, so muß nach unserer Ansicht auch die Stadt ihrerseits alle ihre Arbeiten eifrig fördern. Allerdings muß sie Luxusausgaben augenblicklich zurückstellen, denn sie muß Geld bereithalten für schlimme Zeiten; aber die begonnenen Arbeiten fortzusetzen, um Arbeits Gelegenheit zu geben, halten wir für unsere Pflicht.

Im übrigen möchte ich im Namen des Magistrats danken dafür, daß Sie über unsere Anträge noch hinausgegangen sind und uns in verschiedener Richtung einen Kredit bewilligt haben, der Zeugnis dafür ablegt, daß unter uns, wie bisher, ein herzliches Zutrauen herrscht. Wenn irgend etwas geeignet ist, den Familienvätern, die aus unserer Stadt in Feindesland hinausziehen müssen, ihr schweres Los zu erleichtern und ihnen den Mut zu stählen, dann ist es die Überzeugung, daß die Vertreter der Stadt Braunschweig für ihre Angehörigen sorgen und sie vor Not schützen wollen. (Beifall.) Damit, glaube ich, haben wir auch unsererseits dazu beigetragen, daß unserem Vaterlande der Sieg nicht fehlt. (Beifall.)

**Vorsitzender:** Liegt für die öffentliche Sitzung noch etwas vor? — Das scheint nicht der Fall zu sein.

Herr Kollege Brenner teilt eben mit, daß er sich abmelden müsse, weil er zur Fahne einberufen sei. Unsere herzlichen Wünsche begleiten unseren verehrten Kollegen Brenner bei seinem Zuge ins Feld. Wenn Gott will, auf fröhliches Wiedersehen!

Ich schließe die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 6¾ bis 7¼ Uhr.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 20. August 1914.

### Tagesordnung:

1. Aufhebung von Begehrstrecken der Feldmark Neupetritor. . . . .	Seite 264
2. Bewilligung von Mitteln zur Uniformierung der Sanitätskolonnenmitglieder . . . . .	" 265
3. Neubeschaffung von Bürgerbriefen . . . . .	" 273
4. Auswechslung eines Wasserrohrs auf der Zimmerstraße . . . . .	" 274
5. Ausbau der Comeniusstraße zwischen Voigts-Nehsestraße und Vendömestraße . . . . .	" 274
6. Änderung der Beleuchtungsanlage auf der Friedrich-Wilhelmstraße und Münzstraße . . . . .	" 275
7. Rückerstattung von Kosten für Gasrohrverlegung . . . . .	" 276
8. Verkauf von Flächen an der Eichthalstraße . . . . .	" 276
9. Änderung des Ortsbauplans bezüglich des Bohlweges . . . . .	" 277
10. Ankauf von Flächen an der Karlstraße . . . . .	" 278
11. Änderung des Ortsbauplans bezüglich der verlängerten Comeniusstraße an der Einmündung der Herzogin-Elisabethstraße . . . . .	" 279
12. Erwerb von Grundflächen vom Grundstücke Scharnstraße 1 . . . . .	" 279
13. Erwerb von Grundflächen zum Ausbau der im Zuge der Ringstraße belegenen projektierten Straße 113 . . . . .	" 280
14. Klage von Anliegern der Wilhelmstraße über Belästigungen durch das Rammen auf dem Grundstücke des Elektrizitätswerks . . . . .	" 280
15. Abrechnung über den Ausbau verschiedener Straßen und den Bau des Unterfunkthauses im Stadtpark . . . . .	" 281
16. Errichtung eines Neubaus auf dem Grundstücke Hinter der Magnikirche 1 . . . . .	" 281
17. Belegung des östlichen Fußwegs der Marthastraße mit Platten . . . . .	" 282
18. Ankauf einer Grundfläche zur Anlage eines Zufuhrweges nach dem städtischen Grundstücke neben dem Schwefelsteinhaufe vom Roten Kreuz . . . . .	" 282

19. Antrag Frede auf Änderung des § 76 des Statuts vom 24. März 1893, Einquartierung betreffend . . . . .	Seite 283
20. Herrichtung von Emischer-Brunnen auf dem Nieselgute . . . . .	" 289
21. Antrag Schulze auf Inangriffnahme von Notstandsarbeiten im Hoch- und Tiefbauwesen . . . . .	" 295
22. Anfrage Jasper über die Handhabung des Gesetzes betr. die Unterstützung von Familien der in den Militärdienst eingetretenen Mannschaften . . . . .	" 305
23. Antrag Bunge auf Unterstützung unbemittelter Wöchnerinnen . . . . .	" 310
24. Antrag Wesemeier auf Notfallunterstützung solcher Arbeitsloser, denen von der städtischen Arbeitsnachweiszentrale keine Arbeit vermittelt werden kann. . . . .	" 311
25. Anfrage Steinbrecher über die Fürsorge für in der Stadt Braunschweig anwesende Ausländer. . . . .	" 313
26. Anfrage Klein knecht über die Sperrung des durchgehenden Verkehrs in der Pawelstraße. . . . .	" 315
27. Anfrage Wesemeier über Ankauf und Abgabe von Lebensmitteln seitens der Stadtverwaltung. . . . .	" 317
28. Anfrage Bunge über den Kotsverkauf in der Gasanstalt . . . . .	" 319
29. Antrag Mohr auf Ermächtigung des Magistrats, weitere Mittel für Dienstkleidung von nicht dem Roten Kreuz unterstellten Sanitätskolonnen zu verwilligen. . . . .	" 321
30. Ergänzwahl eines stellvertretenden Vorsitzenden der Stadtverordneten . . . . .	" 321

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Schöttler** und **Wagner**.

Entschuldigt die Herren Stadtv. **Lange**, **Dr. Voge**, **Weichsel**.

Vorsitzender **Dr. Wolters**: Die öffentliche Sitzung ist eröffnet.

Herr Stadtv. **Dr. Voge** hat geschrieben, er sei heute mittag zum Landsturm einberufen und werde voraussichtlich in nächster Zeit den Sitzungen der Stadtverordneten nicht bewohnen können.

Herr Stadtv. **Wmann** hat am 4. Juli mitgeteilt, daß er Braunschweig verlasse und deshalb leider sein Amt als Stadtverordneter niederlegen müsse. Der Brief schließt: „Mit dem Wunsche, daß der Stadt Braunschweig ein weiteres Blühen und Gedeihen beschieden sein möge und die Stadtverordnetenversammlung erfolgreich daran mitwirken kann, scheidet ich als langjähriger Mitarbeiter.“ — Meine Herren! Sie werden sämtlich mit mir das Ausscheiden dieses langjährigen Stadtverordneten und lieben Kollegen bedauern. Wie er in seinem Berufe ein außerordentlich tüchtiger Fachmann war, so war er in seinem Amte als Stadtverordneter ein einsichtsvoller und gewissenhafter Mitarbeiter. Ich sage ihm von

dieser Stelle für seine wertvollen, der Stadt Braunschweig treu geleisteten Dienste herzlichen Dank.

Sodann ist eingegangen eine Einladung des Verbandes selbständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands zu einer Versammlung, die vom 4. bis 6. September in Braunschweig stattfinden sollte; vermutlich wird die Versammlung nicht abgehalten. Es wird in dem Schreiben der Wunsch geäußert, es möge von uns ein Vertreter entsandt werden. Dieser Wunsch ist nach unserer bisherigen Gepflogenheit nicht zu erfüllen. Sollte jemand der Herren geneigt sein, an der Versammlung teilzunehmen, so sei ihm das gern freigestellt.

Weiter sind an die Stadtverordnetenversammlung eine Anzahl Eingaben eingelaufen, die in gleichem Wortlaut auch an den Magistrat gerichtet sind. Unserer Gepflogenheit folgend unterlassen wir die Behandlung dieser Eingaben, bis der Magistrat dazu Stellung genommen hat.

Die erste dieser Eingaben ist von dem Verein beratender Ingenieure, Kiel, eingesandt. Sie bezieht sich darauf, daß die Stadt städtischen Beamten private Arbeiten verbieten möchte. — Eine Eingabe des hiesigen Architekten- und Ingenieurvereins wünscht, es möchte der erste städtische Baubeamte in den Magistrat aufgenommen werden. — Mit Schreiben vom 21. v. Mts. wünscht der Oberlehrer Heinke eine Änderung des Fußweges an der Ecke der Fallersleberstraße und des Hagenmarkts. — Der Dürerbund bittet, es möchte ein Statut zur Ausführung des Gesetzes gegen die Verunstaltung von Stadt und Land vom 1. Februar 1911 erlassen werden und daraufhin der Abbruch eines Hauses verboten werden.

Ferner ist eingelaufen ein neues von Herrn Schulinspektor Sattler und zwei anderen Vorstandsmitgliedern unterzeichnetes Schreiben des Verkehrsvereins. Die Eingabe betrifft einen von den geehrten Herren wiederholt für erledigt erklärten Gegenstand, nämlich den Kommissionsbeschluß über die dauernde Erhöhung des Zuschusses an den Verkehrsverein und die Begründung des Beschlusses durch den Herrn Berichterstatter in der Versammlung vom 28. Mai d. J. Nach dem von mir eingeholten, einstimmigen Gutachten der Finanzkommission lege ich das Schreiben zu den Akten.

Schließlich ist ebenfalls ohne weitere Behandlung zu den Akten zu nehmen ein Anerbieten einer auswärtigen Firma auf Lieferung einer Schneidemaschine für Buchdrucker. Die Versammlung ist nicht in der Lage, sich mit Offerten dieser Art zu befassen.

Auf der heutigen Tagesordnung steht nicht — wie die geehrten Herren gesehen haben werden — eine Anzahl alter Vorlagen und Anträge, so z. B. nicht die Punkte, betreffend die Stadthalle, die Sonntagsruhe, der Antrag Jasper über die

Wertzwachststeuer, die Vorschriften über Bauarbeiten, die Abänderung der Straßenpolizeiordnung. Die Herren werden in dieser Zeit nicht geneigt sein, in die Beratung dieser Gegenstände einzutreten. Die heutige Tagesordnung umfaßt in der Hauptsache entweder solche Vorlagen, die durch die Kriegslage selbst veranlaßt sind, oder Bauarbeiten, die den Zweck haben, der beginnenden oder bereits vorhandenen Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit zu begegnen. Die städtischen Behörden sind in dem Wunsche einig, durch möglichste Heranschaffung von Arbeiten der Arbeitslosigkeit wirksam entgegenzutreten.

Ich habe noch mitzuteilen, daß eingegangen ist ein an erster Stelle von Herrn Frede unterzeichneter Antrag:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine Änderung des § 76 Absatz 1 des Statuts vom 24. März 1893, die Ordnung und Verwaltung der Stadtgemeinde Braunschweig betreffend, dahin herbeizuführen, daß als Verpflichtete bei Einquartierungen nicht wie bisher nur die Hausbesitzer, sondern grundsätzlich alle Haushaltungsvorstände der Stadtgemeinde von einer gewissen Einkommensgrenze an gelten.“

Eben eingereicht ist ein Antrag, an erster Stelle unterzeichnet von Herrn Schulze:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, Notstandsarbeiten im Hoch- und Tiefbauwesen, Wegearbeiten usw. unverzüglich in Angriff zu nehmen, um den durch den Krieg arbeitslos gewordenen Arbeitern Arbeit zu verschaffen.“

Sodann eine von Herrn Jasper unterzeichnete Anfrage:

„In welcher Weise wird das Gesetz, betreffend die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften vom 28. Februar 1888 in der Stadt Braunschweig gehandhabt?“

Schließlich ein an erster Stelle von Herrn Bunge unterzeichneter Antrag folgenden Wortlauts:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, unbemittelten Wöchnerinnen auf städtische Kosten Hebammen- und ärztliche Hilfe, sowie Pflege und Unterkunft zu gewähren.“

Wir werden am Schluß der Tagesordnung genügend Zeit haben, um diese Anträge und die Anfrage begründen zu lassen.

## 1. Aufhebung von Wegestrecken der Feldmark Neupetritor.

Stadtv. **Meyerhoff**: Die Feldmarksgemeinde Neupetritor hat beantragt, ihr die Genehmigung zu erwirken, verschiedene der Feldmarksgemeinde gehörige Wege-

strecken in einer Größe von zusammen 15,79 a zu einem Preise von 3 *M* pro qm an die Firma Amme, Giesecke & Konegen hier zu verkaufen. Es hängt dort unten ein Blatt, auf dem die Lage der zu verkaufenden Flächen bezeichnet ist. Es handelt sich um Feldwege: den Weg Nr. 204, 205 und Teilstrecken des Weges 225. Die Gemeindeversammlung der Feldmarksgemeinde hat am 4. März d. J. dem Verkaufe zugestimmt. Bevor aber die zu dem Verkauf erforderliche Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums eingeholt werden kann, müssen die städtischen Behörden sich mit der Aufhebung der fraglichen Wege einverstanden erklären. Diese Wege werden nach der Erweiterung der genannten Fabrik wohl niemals in Anspruch genommen werden; trotzdem hat sich die Aktiengesellschaft Amme, Giesecke & Konegen bereit erklärt, beim Ausbau von Ortsstraßen im fraglichen Gebiete die erforderlichen Grundflächen in gleicher Größe wie die aufzuhebenden Interessentenwege der Stadt unentgeltlich zu überweisen. Es kommt noch in Frage, daß dort ein Feldhüterhaus liegt, das nicht mehr auf einem öffentlichen Wege erreicht werden könnte. Die Firma Amme, Giesecke & Konegen hat sich jedoch auch hier bereit erklärt, den Weg von der Roßstraße zum jetzigen Feldhütergrundstücke so lange offen zu halten, wie das Grundstück noch bewohnt ist. Im übrigen wird die Fabrik im Einverständnis mit der Feldmarksgemeinde dieses Grundstück wahrscheinlich ankaufen und der Feldmarksgemeinde an anderer Stelle ein Grundstück nebst Haus dafür überweisen. Der Magistrat gibt nun anheim, sich mit der Aufhebung der genannten Wegestrecken unter der Voraussetzung einverstanden zu erklären, daß die Firma Amme, Giesecke & Konegen die beiden genannten Verpflichtungen übernimmt.

Der Baukommission hat die Sache zur Beratung vorgelegen. Ich kann mitteilen, daß sie einstimmig bittet, zu genehmigen, daß die Feldmarksgemeinde Neupetritor den Verkauf der angeführten Wegeflächen vornimmt. Ich gebe daher der geehrten Versammlung namens der Baukommission Genehmigung des Magistratsantrages anheim.

Die Versammlung stimmt der Aufhebung der Wegestrecken zu.

## 2. Verwilligung von Mitteln zur Uniformierung der Mitglieder der Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz.

Stadtv. **Mohr**: Meine Herren, vorausbemerken möchte ich, daß die auf diese Sache bezügliche Eingabe vom 11. Juni d. J. datiert ist, also vor der augenblicklichen Kriegslage eingereicht ist. Es wird das vielleicht dazu beitragen, um einiges zu klären, was sich auf diese Vorlage bezieht.



Der Vorstand des Landesvereins vom Roten Kreuz hat wiederholt den Wunsch der hiesigen Sanitätskolonnen entgegengenommen, letztere dahin zu unterstützen, daß ihnen die Beschaffung einer einheitlichen Dienstkleidung, bestehend aus Kitenka, Beinkleid und Mütze, ermöglicht würde. Der Landesverein vom Roten Kreuz ist bisher nicht in der Lage gewesen, diese Uniformierung vornehmen zu können, weil ihm die nötigen Mittel dazu fehlen. Er glaubt aber, diesem Wunsche Rechnung tragen zu müssen, da die unentgeltliche Lieferung der Dienstkleidung insofern der Billigkeit entspricht, als bei den unerläßlichen Übungen die Kleidung leidet und den Mitgliedern der Sanitätskolonnen, die durchweg den minderbemittelten Kreisen der Einwohnerschaft angehören, nicht wohl zugemutet werden kann, daß sie für den guten Zweck nicht nur ihre freie Zeit, sondern auch ihre Kleidung opfern. Der Vorstand des Landesvereins vom Roten Kreuz hat deshalb an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, ihm Zuschüsse aus städtischen Mitteln zu gewähren, so daß er allmählich für die Mitglieder dieser Sanitätskolonnen Dienstkleidung beschaffen kann. Der Magistrat hält diese Bitte im Hinblick auf die hohe Bedeutung, die den Sanitätskolonnen sowohl im Kriege als auch im Frieden beizumessen ist, für gerechtfertigt und empfiehlt, den Betrag von 1500 *M* aus der Kasse für Wohlfahrts-einrichtungen zu bewilligen, und zwar derart, daß drei Fünftel der Summe der Sanitätshauptkolonne, welche ungefähr 160 Mitglieder zählt, und zwei Fünftel den vereinigten Kriegersanitätskolonnen vom Roten Kreuz, die ungefähr 110 Mitglieder aufweisen, überwiesen werden. Da die Kosten für einen Anzug sich auf rund 30 *M* stellen, so würden, wenn allen Mitgliedern der Sanitätskolonnen Dienstkleidung geliefert werden sollte, 8100 *M* aufzuwenden sein. Eine bindende Verpflichtung, alljährlich eine Beihilfe von 1500 *M* zu zahlen, glaubt der Magistrat nicht übernehmen zu können, er will vielmehr diese Zuschüsse danach bemessen sehen, wie die Kasse für Wohlfahrts-einrichtungen in den nächsten Jahren gestellt ist. Für jetzt gibt der Magistrat anheim, 1500 *M* zu Lasten der Wohlfahrtskasse für den genannten Zweck zu verwilligen.

Der Antrag des Magistrats ist in der Finanzkommission sehr eingehend besprochen worden. Es wurde auch teilweise die Ansicht geäußert, daß es möglich sei, daß es sich nur darum handelt, den Kolonnen ein militärisches Aussehen zu geben, es sich also nur um eine Kriegsspielerei handelte. Ich kann mich dem nicht anschließen. Ich bin der Ansicht, daß man den Leuten, die, wie schon vorhin gesagt, meist aus kleineren Verhältnissen kommen, besonders jetzt im Ernstfalle nicht zumuten kann, ihre Kleidung dazu herzugeben, daß sie Verwundete aus den Wagen der ankommenden Züge heraus und in die Lazarette transportieren, wobei es nicht so reinlich zugehen kann wie bei ihren Übungen. Die Finanzkommission ist dahin

schlüssig geworden, da jetzt im Kriegsfalle 1500 *M* etwas spärlich sind, den Antrag des Magistrats zu erweitern; sie schlägt vor, dem Magistrat für den Zweck einen unbefchränkten Kredit zur Verfügung zu stellen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Es ist selbstverständlich, daß besonders in dieser Zeit auch die Pflege des Sanitätswesens uns besondere Aufgaben stellt und zu Unterstützungen verbindet. Ich möchte aber nicht unterlassen, die Ausführungen des Herrn Berichterstatters zu unterstreichen, die dahin gehen, daß diese Uniformen, die den verschiedenen Kolonnen gewährt werden sollen, nicht in erster Linie dem militärischen Spielwerk zu dienen bestimmt sind. Dieser Verdacht ist an sich nicht von der Hand zu weisen, wenn man in diesen Tagen beobachtet hat, wie in der Nähe der Markthalle oder an sonstigen Stellen verschiedene Vertreter der einzelnen Kolonnen aufgetreten sind und mehr durch das militärische Äußere, schöne gelbe Gürtel usw. aufzufallen schienen, als es dem Ernst der Situation entspricht. Ich möchte deshalb den Magistrat bitten, bei der Gewährung der Ausstattungsgegenstände mehr den Gesichtspunkt im Auge zu behalten, daß es nur eine Schutzkleidung sein soll und nicht ein besonderes Kennzeichen. Es ist mir bekannt geworden, daß in diesen Tagen bereits eine ganze Reihe junger Leute, die im Sanitätsdienst bisher keine praktische Erfahrung und auch keine Ausbildung genossen hatten, hinzugezogen sind. Unter der Oberleitung des Herrn Hauptmann von Salmuth soll sich der Jung-Deutschland-Bund in dieser Weise betätigt haben. So sehr ich die Opferwilligkeit der jungen Leute anerkenne, so muß doch immer bei dieser Gelegenheit gefragt werden: Können sie tatsächlich das leisten, was an praktischer Arbeit bei dieser schwierigen Sachlage erforderlich ist?

Nachdem die Finanzkommission dann in anerkennenswerter Weise der gegenwärtigen Situation entsprechend, wo viele Leute beansprucht werden, die Schutzkleidung für diese schwierige, aufopfernde Tätigkeit bedürfen, über den Antrag des Magistrats hinausgegangen ist und mehr Mittel dem Magistrat zur Verfügung gestellt hat, möchte ich das fernere Ersuchen an den Magistrat richten, es in dieser Gewährung von Schutzkleidung nicht bei den beiden Kolonnen bewenden zu lassen, die in dem ursprünglichen Antrage aufgeführt waren. Es sind ja, wie besonders den Herren Ärzten bekannt sein wird, noch mehrere Sanitätskolonnen hier in der Stadt tätig. Wenn man die Anschlagstafel auf dem Bahnhofe sich ansieht, wird man finden, daß unter den vom Kommando anerkannten und angenommenen Kolonnen auch eine Arbeiter-sanitätskolonne verzeichnet ist. Auch die Turner sollen eine ähnliche Kolonne gebildet haben, die bereits von den Sanitätsbehörden, ich glaube vom Oberlazarettinspektor, angenommen sein soll. Es dürfte der Billigkeit

entsprechen, daß die Gewährung von Schutzkleidung nicht einseitig auf die antragstellenden Kolonnen beschränkt bliebe, sondern allen tätigen Sanitätern gewährt würde, die diese Schutzkleidung nötig haben.

Ich möchte gleichzeitig damit die Bitte verbinden, an dieser Stelle Aufklärung zu geben über die Art und Weise der Regelung des Sanitätskolonnendienstes. Wenn dieser Dienst auch zu einem guten Teile den militärischen Behörden unterstellt sein wird, so hat doch die Stadtverwaltung einen gewissen Einfluß auf seine Ausgestaltung und ein sehr dringendes Interesse an einer sachgemäßen, ausreichenden Ausgestaltung, da es ja die Söhne unserer Stadt sind, die zum guten Teil von den Händen dieser Kolonnen transportiert werden müssen. Wie mir aus Anlaß dieser Vorlage mitgeteilt wurde, sollen bisher noch recht wenig Transportwagen zur Verfügung stehen, so daß unter Umständen eine zeitige Vorjorge geboten erschiene. Ich möchte deshalb um Aufklärung bitten und den Magistrat ersuchen, auch diesem Zweige der Hilfstätigkeit seine Aufmerksamkeit zu widmen; wichtig genug für das Allgemeine dürfte sie sein.

Stadtv. **Mohr:** Ich glaube, daß doch die meisten Sanitätskolonnen der Militärverwaltung unterstellt sind, und daß die sämtlichen übrigen Kolonnen, um die es sich hier handelt, dem Vorstande des Landesvereins vom Roten Kreuz unterstellt sind. Es heißt hier in der Vorlage: „Der Vorstand des Landesvereins hat den Antrag an den Magistrat gerichtet, ihn durch Zuschüsse aus städtischen Mitteln in den Stand zu setzen, allmählich Dienstkleidung für die Mitglieder der dem Verein angegliederten Sanitätskolonnen zu beschaffen.“ Es würde jetzt im Kriegsfall die Sache einheitlich geleitet werden müssen, und da handelt es sich tatsächlich nur um Militär und das Rote Kreuz. Daß nur diese in Frage kommen, geht schon aus der Zahl von 270 Mitgliedern hervor. Das ist eine Zahl, die die ganze Sache umfaßt.

Wenn Herr Dr. Jasper meint, es sollte nur eine Schutzkleidung geliefert werden, so handelt es sich nach der Aufklärung meines Herrn Kollegen zur Rechten um Lieferung von Litteren aus Waschstoff, so daß sie jederzeit der Wäsche unterzogen und gereinigt werden können. Damit würden seine Bedenken in dieser Richtung wohl erledigt sein.

Oberbürgermeister **Hettemeyer:** Ich glaube, Herr Dr. Jasper ist bei seinen Ausführungen in manchen Beziehungen von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Das Sanitätskolonnenwesen ist bekanntlich durch das ganze deutsche Reich einheitlich geregelt, und zwar in der Weise, daß die Sanitätskolonnen überall an die einzelnen

Vereine vom Roten Kreuz angeschlossen sind. Es gibt einen einheitlichen Verband der deutschen Vereine vom Roten Kreuz, an dessen Spitze das Zentralkomitee steht, und dem sich in großer Zahl Provinzial- und Landesvereine anschließen. Es ist seit Jahren das Bestreben des Zentralkomitees gewesen, um eine einheitliche straffe militärische Organisation in das Sanitätswesen hineinzubringen, die Sanitätskolonnen an die verschiedenen Landes- und Provinzialvereine anzugliedern. Es handelt sich bei der Vorlage nur um die Kolonnen, die dem Braunschweigischen Landesverein vom Roten Kreuz unterstellt sind. So, wie die Sache organisiert ist, können wir im Landesverein gar nicht daran denken, noch andere Korps, die dieser Vereinigung nicht unterstellt sind, in der Weise zu unterstützen, daß wir sie ernächtigen, Anzüge mit dem Abzeichen des Roten Kreuzes zu tragen. Wir können in dieser Sache nicht anders verfahren als der Magistrat vorgeschlagen hat: Wir bewilligen die Mittel dem Landesverein vom Roten Kreuz, und dieser muß die Anzüge beschaffen. Daß es uns bei dieser Bewilligung darauf ankommt, den Mitgliedern, die schon ihre Zeit zur Verfügung stellen, die Kosten für Abnutzung des eigenen Anzuges zu ersparen, ist schon in der Vorlage gesagt.

Was die jugendlichen Personen anbetrifft, von denen Herr Dr. Jasper gesprochen hat, so ist mir nicht bekannt, daß solche herangezogen werden sollen, wohl aber habe ich gehört, daß die Pfadfinder sich in den Dienst der Sache gestellt haben, um dauernd Wache zu stellen, damit im Notfalle die Mitglieder der Sanitätskolonnen benachrichtigt werden können, wenn sie sich auf dem Bahnhofe einfinden sollen, um Verwundete zu transportieren. Im übrigen werden jetzt an zwei verschiedenen Stellen neue Mitglieder für die Sanitätskolonnen ausgebildet; ob dabei jugendliche Personen sind, entzieht sich meiner Kenntnis.

Betreffend die Zahl der erforderlichen Transportmittel, ist schwer anzugeben, wieviel solcher Wagen nötig werden. Es ist bis jetzt, soviel ich weiß, nur ein Verwundeter hier in Braunschweig untergebracht, wir haben allerdings zu befürchten, daß eine große Zahl hierher gebracht wird. Es sind zum Transport mehrere Wagen bereitgestellt und eingerichtet, und es steht dafür auch die Straßenbahn und anderes Material zur Verfügung. Im übrigen waren die Sanitätskolonnen der Ansicht, daß im Bedarfsfalle solche Wagen bald beschafft werden könnten, indem dazu ohne weiteres die reichen Mittel benutzt werden können, die dem Landesverein vom Roten Kreuz für Verwundetenpflege zugeflossen sind.

**Stadtv. Dr. Jasper:** Die Antwort des Herrn Oberbürgermeisters befriedigt mich nur zum Teil. Wenn ich die Ausführungen des Herrn Berichterstatters richtig verstanden habe, so ist da von einer anteiligen Gewährung dieser Schutzkleidung die

Rede, zu drei Fünfteln an die Hauptkolonne und zu zwei Fünfteln an die Krieger-sanitätskolonne. Diese letzte Kolonne ist ja äußerlich in einigem Zwiespalt mit dem Roten Kreuz und diesem nicht angeschlossen. Es sind aber angeschlossen, soweit ich unterrichtet bin, und auch anerkannt von den Ärzten der Arbeiter-Samariterbund, wie die auf dem Bahnhofe ausgehängte Tafel ausweist, dann ein Teil der freiwilligen Sanitätskolonnen, die unter Leitung des Herrn Direktor Tunica stehen — ich glaube, auch Herr Lauer ist daran beteiligt — und ferner vielleicht auch die unter Herrn Somburgs Leitung stehende Turnersanitätskolonne. Nach der Fassung der Vorlage muß man annehmen, daß nur die Hauptkolonne des Roten Kreuzes diese Ausrüstungsgegenstände erhalten soll. Ich möchte dem Herrn Oberbürgermeister darin beistimmen, daß eine gewisse Gewähr für sachgemäße Leitung und Durchführung des Sanitätsdienstes gegeben sein muß, auch eine gewisse Zusammenfassung dieser ganzen Einrichtung, meinerwegen unter dem Namen Rotes Kreuz, stattzufinden hat. Aber was mich in der Antwort des Herrn Oberbürgermeisters nicht vollkommen befriedigt, ist, daß, wenn andere Kolonnen gleichfalls ihre Tätigkeit dem Roten Kreuz oder unter dessen Leitung der Allgemeinheit zur Verfügung stellen, wenn sie, wie dort anerkannt wird, dieselben Dienste leisten, dann die Gewährung von Schutzkleidung beschränkt werden soll lediglich auf die Hauptkolonne des Roten Kreuzes und nicht auch die anderen Kolonnen, die dem Roten Kreuz angeschlossen sind, in gleicher Weise mit Schutzkleidung versehen werden sollen. Ich glaube, daß vom Standpunkte der paritätischen Stadt aus der gleichen Dienstleistung gegenüber eine gleiche Behandlung nur sachgemäß sein würde, und daß deshalb der Magistrat dazu übergehen dürfte, allen diesen dem Roten Kreuz unterstehenden Sanitätskolonnen eine Unterstützung durch Lieferung von Schutzkleidern — über deren Ausgestaltung ich nun nach den ergänzenden Ausführungen des Herrn Berichterstatters einigermmaßen beruhigt bin — zu gewähren.

Oberbürgermeister **Ketemeyer**: Zunächst möchte ich berichtigend bemerken, daß die freiwillige Krieger-sanitätskolonne nicht, wie Herr Dr. Jasper sagte, mit dem Roten Kreuz in Differenzen geraten ist. Die beiden Kolonnen — Sanitätshauptkolonne und freiwillige Krieger-sanitätskolonne — sind uns unterstellt, nicht dagegen die Kolonnen, von denen Herr Dr. Jasper eben gesprochen hat, z. B. der Samariterverein und die anderen privaten Kolonnen. Wir haben allerdings die Ansicht gehabt, daß es wünschenswert wäre, diese beiden genannten Kolonnen zu unterstützen, weil sie seit Jahren regelmäßig Übungen vornehmen, bei denen, wie ich mich selber überzeugt habe, die Kleidung sehr leidet. Es werden bei diesen Übungen bekanntlich Soldaten kommandiert oder sie melden sich freiwillig, die als „Verwundete“ auf dem

Felbe liegen, verbunden werden und in die Wagen oder aus ihnen herausgeschafft werden. Ob es nun nötig ist, allen diesen anderen Kolonnen, die, soviel ich weiß, derartig schwierige Übungen im Terrain nicht ausführen, gleichfalls Schutzkleidung zu gewähren, weiß ich nicht, jedenfalls liegt von denen kein Antrag vor. Ich glaube auch, wir dürfen diesen Vereinen, die dem Roten Kreuz nicht unterstellt sind, nicht gleiche Ausrüstungsstücke liefern wie den dem Roten Kreuz angehörenden, wenigstens handelt es sich nach den Verfügungen, die von dem Zentralvorstande des Roten Kreuzes ergangen sind, bei diesem Abzeichen immer nur um die an den Verein amtlich angegliederten Sanitätskolonnen.

**Stadtv. Dr. Henfing:** Die letzte Äußerung des Herrn Oberbürgermeisters kann ich nur bestätigen: es würde nicht angängig sein, denjenigen, die sich freiwillig in den Dienst dieser schweren Arbeit stellen, dieselbe Uniformierung zuteil werden zu lassen wie den Angehörigen vom Roten Kreuz. Wohl aber ist es dankenswert und nur zu wünschen, wenn die Mitglieder der Arbeiter-Sanitätskolonne, von denen sich einige gemeldet haben, sich zur Verfügung stellen. Ich bin überzeugt, es wird seitens des Roten Kreuzes, soweit die Mittel reichen, die nötige Beihilfe geleistet werden. Herr Dr. Jasper möge die Betreffenden veranlassen, daß sie mit einem Gesuche vorgehen, um diesen Zweck zu erreichen; ich stehe auf dem Standpunkte, daß sie genau so gut Unterstützung verdienen, wie die übrigen Sanitätskolonnen vom Roten Kreuz.

Herr Dr. Jasper scheint Zweifel zu haben, daß genügend Transportmittel zur Verfügung ständen, um die unglücklichen Verwundeten aus den Zügen in die einzelnen Lazarette zu überführen. Er mag sich beruhigen; es ist eine große Arbeit in der Hinsicht geleistet, und es stehen eine ganze Anzahl zweckmäßiger Wagen hierfür zur Verfügung. Für Schwer- und auch für Leichtverwundete ist gesorgt, und auch die Straßenbahn hat sich in den Dienst der Sache gestellt, was von großem Wert ist, da die meisten Lazarette an der Straßenbahn oder in ihrer Nähe gelegen sind. Sodann ist auch eine große Anzahl fahrbarer Traggestelle vorhanden, so daß es meines Erachtens sehr wohl möglich sein wird, die 200—300 Verwundeten, die ein Lazarettzug zu befördern pflegt, in verhältnismäßig kurzer Zeit zu befördern. Hilfskräfte sind zahlreich zur Stelle, so daß diese Arbeit schnell abgewickelt sein wird.

**Oberbürgermeister Netemeyer:** Ich habe eben aus den Worten des Herrn Dr. Henfing entnommen, worauf es augenblicklich Herrn Dr. Jasper ankommt. Kleidung für die Personen, die in den Lazaretten Pflegedienste tun, muß selbstverständlich be-

schafft werden. Darüber wird sich morgen der Vorstand des Landesvereins vom Roten Kreuz schlüssig werden, ob wir hierfür Mittel aus den Sammlungen zur Verfügung stellen. Das ist aber etwas anderes als die Uniformierung der Sanitäter, die im ganzen Deutschen Reich einheitlich ist.

Stadtv. **Mohr:** Ich möchte noch einmal darauf aufmerksam machen, daß diese Vorlage aus dem Juni stammt, wo an einen heranziehenden Krieg nicht gedacht wurde. Ich bin der Meinung, wenn die übrigen nicht zum Roten Kreuz gehörenden Vereine eine Kleidung von waschbarem Stoff anfordern sollten, so könnte man schließlich, wenn der Magistrat die Sache in die Hand nehmen will, den Antrag der Kommission erweitern, indem man beschließt: Es wird dem Magistrat überlassen, über den Betrag von 1500 M hinauszugehen, und auch, wenn Anforderungen kommen von anderen, dem Roten Kreuz nicht unterstehenden Sanitätskolonnen, eine entsprechende Kleidung zu beschaffen.

Stadtv. **Lauer:** Bezüglich der Transportmöglichkeit für die Verwundeten und Kranken kann ich mitteilen, daß allein der Braunschweiger Automobilklub 20 große Automobile auf Abruf für den Transport zur Verfügung hält. Wenn man bedenkt, daß die Automobile verhältnismäßig schnell fahren und die Strecken im ganzen kurz sind, so ist leicht zu konstatieren, daß allein schon durch diese Automobile eine große Zahl von Leicht-Verwundeten gut befördert werden kann.

Stadtv. **Mohr:** Ich muß Herrn Lauer erwidern, daß es sich nicht um den Transport in den Fahrzeugen handelt, sondern um das Ein- und Ausladen der Verwundeten, worin eine große Arbeit liegt.

**Vorsigender:** Ich schließe die Beratung und bitte die Herren, die sowohl die angeforderten Mittel bewilligen, als auch die von der Finanzkommission nachgesuchte Ermächtigung, daß der Magistrat über die zuerst verlangten Mittel hinaus nach eigenem Ermessen weitere Mittel bewilligen darf, annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist angenommen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich nehme an, im Sinne des Berichterstatters.

**Vorsigender:** Falls es erforderlich erscheinen sollte, daß noch ein Zusatz gemacht wird, möchte ich bitten, das nachher als Antrag einzubringen.

**Vorfügender:** Ich habe mitzuteilen, daß auch Herr Lange zum Kriegsdienst einberufen ist. Auch ihn begleiten unsere herzlichen Wünsche bei Erfüllung seiner vaterländischen Pflicht.

Eingegangen ist ein Antrag und zwei Anfragen. Zunächst ein Antrag, an erster Stelle unterschrieben von Herrn Wesemeier:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den hier wohnenden Arbeitslosen, denen von der hiesigen Arbeitsnachweiszentrale keine Arbeit vermittelt werden kann, dieselbe Geldunterstützung aus öffentlichen Mitteln als Notfallunterstützung für die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit zu zahlen, die für die Familien der zum Kriegsdienst Einberufenen gezahlt wird. Diese Unterstützung gilt nicht als Armenunterstützung.“

Sodann eine Anfrage an den Stadtmagistrat von Herrn Steinbrecher:

„In welcher Weise wird für die in der Stadt Braunschweig anwesenden Ausländer gesorgt?“

Schließlich eine Anfrage von Herrn Dr. Kleinknecht:

„Ist dem Magistrat bekannt, daß die Pawelstraße in ihrer Mitte durch Eisengitter für Wagen- und Fußgängerverkehr gesperrt ist, und ist der Magistrat willens und in der Lage, für Beseitigung dieses Verkehrshindernisses Sorge zu tragen?“

### 3. **Neubeschaffung von Bürgerbriefen.**

Stadtv. Dr. **Jasper:** Im Jahre 1900 sind 5000 Bürgerbriefe nach einem von Herrn Direktor Professor Leigen entworfenen Muster mit einem Kostenaufwande von 1794 *M* angeschafft. Diese Bürgerbriefe gehen auf die Reige, und der Magistrat beantragt, 10000 neue Bürgerbriefe auf Handbüttenpapier nach demselben Muster drucken zu lassen, was einen Aufwand von 2380 *M* verursachen würde. Die Finanzkommission empfiehlt die Bewilligung dieser Ausgabe zu Lasten des Kap. XIII Nr. IVe der ordentlichen Ausgabe aus der Kammereikasse. Es ist das eine selbstverständliche Sache. Ich möchte aber nicht unterlassen, bei dieser Gelegenheit persönlich dem Ausdruck zu verleihen, daß, wie jetzt glücklich die Schranke der Bürgerrechtsgebühr überwunden ist, diese schwere Zeit auch Veranlassung sein wird, die Schranke des Bürgerwerdens überhaupt fallen zu lassen und alle Deutsche in der Stadt mit gleichem Recht an deren Schicksalen teilnehmen zu lassen.

Stadtv. **Edhardt:** Ich hatte heute morgen Besuch von Herrn Rechnungsrat Dettmer, welcher mich ersuchte, den geehrten Herren kundzutun und zu wissen, daß auf seinem vor fünf Jahren erworbenen, unter Glas und Rahmen gebrachten



Bürgerbriefe die Tinte so nachgelassen hätte, daß der Name mit dem besten Willen nicht mehr zu lesen sei. Indem ich nun dem Wunsche dieses alten Freundes nachgekommen bin, möchte ich bitten, anzuordnen, daß für die Folge bessere Tinte genommen wird.

Die Mittel für Anschaffung von 10 000 Bürgerbriefen werden bewilligt.

#### 4. Auswechslung eines Wasserrohrs auf der Zimmerstraße.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Die geehrten Herren hatten schon im Frühjahr bewilligt, daß die Zimmerstraße instand gesetzt werden solle. Bei der Gelegenheit hat sich herausgestellt, daß das Wasserhauptrohr abgängig war. Um unnütze Kosten des Aufreißen und Wiederzudeckens zu vermeiden, ist nach Rücksprache mit der Finanzkommission sofort zur Erneuerung dieses Rohres geschritten. Der Magistrat beantragt, die für diese Auswechslung erforderlichen Mittel zu bewilligen. Sie waren ursprünglich auf 3180 *M* veranschlagt, die Ausführung hat sich nachträglich etwas billiger gestellt, wenn ich recht verstanden habe auf 2789,96 *M*. Es versteht sich von selber, daß auch die Finanzkommission dem Antrage des Magistrats beitrifft, diese rund 2800 *M*, die bereits verausgabt sind, nachträglich als zu Recht ausgegeben zu genehmigen. Ich bitte, dem zuzustimmen.

Die Kosten werden nachträglich verwilligt.

---

**Vorsitzender**: Eingegangen ist eine Anfrage des Herrn Wesemeier:

„Welche Stellung hat der Magistrat zu dem Beschluß der vorigen Stadtverordnetenversammlung genommen, noch zwei weitere Lebensmittel auf Vorrat zur späteren Abgabe an die Einwohner anzukaufen?“

#### 5. Ausbau der Comeniusstraße zwischen Voigts-Rheßstraße und Bendoméstraße.

Stadtv. **Niese**: Die Comeniusstraße zwischen Voigts-Rheßstraße und Bendoméstraße soll durch Hinzunahme von Terrain der anliegenden Grundstücke und des Interessentenschaftsgrabens bei einer Breite von 14 m derart ausgebaut werden, daß 8 m auf die Fahrbahn und je 3 m auf die beiderseitigen Fußwege entfallen. Erstere soll auf chaussierter Unterlage mit Kleinpflaster abgepflastert werden, letztere sollen durch Granitbordquader von der Fahrbahn abgetrennt und mit einem Plattenbelag von je 2 m Breite versehen werden. Zwischen den Bordquadern und dem Plattenbelag ist eine Befestigung von Unterlager aus Ziegelbrocken und einer Decke von Teermafadam vorgesehen. Außerdem soll an der Kreuzung mit der

Böndomestraße ein Übergang aus Reihenpflastersteinen hergestellt werden. Neben den Bordquadern sollen an der Fahrbahn gepflasterte Rinnen von je 30 cm Breite aus Reihenpflastersteinen hergestellt werden. Zur Aufnahme des Tagewassers sind in angemessenen Abständen Fallschächte anzuordnen und mit dem unterirdischen Kanal zu verbinden. Die Kosten, die durch den Ausbau entstehen, betragen für den Grunderwerb 12 500 *M*, für den oberirdischen Straßenbau 11 500 *M*, zusammen 24 000 *M*. Es handelt sich um eine Länge von 169 m, so daß auf das laufende Meter Frontlänge voraussichtlich ein Anliegerbeitrag von 142,10 *M* entfallen wird. Die Kosten der Kanalisierung sind zu 2 900 *M* veranschlagt. Der Magistrat beantragt, die Projekte zu genehmigen und die erforderlichen Beträge zu Lasten des Neubauetats der Kanalbaukasse bzw. des Extraordinariums zu verwilligen.

Zur Erläuterung ist noch zu bemerken, daß der fragliche Straßenzug auf Kosten der Unternehmer Gröpler, Uhde und Ausmeyer ausgebaut werden soll. Der sogenannte Unternehmervertrag ist bereits genehmigt.

Die Baukommission hat das Projekt und den Kostenanschlag geprüft und gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Die Versammlung stimmt den Magistratsanträgen zu.

## 6. Änderung der Beleuchtungsanlage auf der Friedrich-Wilhelmstraße und Münzstraße.

Stadtv. **Munte:** Die genannten Straßenzüge waren früher von privater Seite besser erhellt worden. Mit der Zeit hat sich aber herausgestellt, daß in Zukunft keine Einigung unter den Anliegern über die Tragung der Kosten für eine bessere Beleuchtung herrscht, und so drohte die bessere Beleuchtung dieser Straßen einzugehen. Es ist deshalb schon vor längerer Zeit in der Verwaltungsdeputation der Licht- und Wasserwerke ein Beschluß dahingehend gefaßt worden, auf der Friedrich-Wilhelmstraße zwischen Friedrich-Wilhelmsplatz und Hinter Liebfrauen vier neue Preßgaslampen aufzustellen und die vorhandenen fünf Preßgaslampen umzusetzen. Die Einteilung soll also eine andere werden. Auf der Münzstraße zwischen Damm und Wilhelmsplatz sollen zwei neue Preßgaslampen hinzugegestellt werden, wodurch sich wieder ergibt, daß drei vorhandene Preßgaslampen umgesetzt werden müssen, um eine gleichmäßige Beleuchtung zu erzielen. Die Anlage der neuen und die Verlegung der vorhandenen Preßgaslampen wird 3 300 *M* Kosten verursachen. Fernere Kosten entstehen durch den Betrieb und die Unterhaltung der 6 neuen 1400kerzigen Preßgaslampen, jährlich 1 620 *M*. Es war beabsichtigt, diese Veränderungen und Neuanlagen sehr schnell auszuführen, weil bekannt-

lich die genannten Straßen mit Asphalt belegt werden sollten, und eine zu Anfang der Ferien zusammenberufene Sitzung der Finanzkommission hat dem zugestimmt, so daß die Kosten nachträglich genehmigt werden sollten. Da die Ausführung bisher nicht geschehen ist, so hat die Finanzkommission nach den Ferien sich noch einmal mit der Sache beschäftigt und bittet Sie, dem Magistratsantrage zuzustimmen, der dahin lautet: Die in Vorschlag gebrachte Änderung und Erweiterung der Beleuchtungsanlage gutzuheißen, die Anlagelkosten zu Lasten des Reservefonds der städtischen Gaswerke und die jährlichen Betriebs- und Unterhaltungskosten zu Lasten des ordentlichen Voranschlages der Kammereikasse zu verwilligen.

Die Kosten für Änderung der Beleuchtungsanlage und ihren Betrieb werden verwilligt.

---

**Vorfigender:** Eingegangen ist eine Anfrage von Herrn Bunge mit folgendem Wortlaut:

„Ist der Magistrat in der Lage, Auskunft geben zu können, weshalb in der Gasanstalt an der Taubenstraße gemahlener Koks in kleinen Mengen nicht abgegeben wird?“

### 7. Rückerstattung von Kosten für Gasrohrverlegung.

Stadtv. **Munte:** Herr Schuhmachermeister Iwendahl, Grünstraße 6, der ein Haus an der projektierten Straße 31 besitzt, hatte seinerzeit gebeten, das Gashauptrohr auf seine Kosten nach seinem Grundstücke hinzulegen. Einem solchen Antrage wird immer entsprochen, und die Kosten werden zurückerstattet, wenn sich das Anlagekapital durch das für Abnahme von Gas eingehende Geld mit 5 % verzinst. Nach Mitteilung der Direktion der Gaswerke liegt im letzten Jahre eine Verzinsung von 88 % vor. Der Magistrat ist deshalb einverstanden, daß dem Antrage des Herrn Iwendahl auf Rückzahlung der Anlagelkosten (es sind das ca. 249 M.) entsprochen wird, und auch die Finanzkommission hat sich damit einverstanden erklärt. Ich möchte freundlichst bitten, dem zuzustimmen.

Der Rückerstattung der Anlagelkosten wird zugestimmt.

### 8. Verkauf von Flächen an der Gichtalstraße.

Stadtv. **Sander:** Die Gichtalstraße war früher mit einer Breite von 20 m projektiert, die Breite ist später auf 14 m herabgemindert. Hierdurch sind verschiedene Pläne, die die Stadt erworben hat, frei geworden. Es handelt sich um Flächen von 1, 11, 12 und 21 qm. Die Anlieger haben sich bereit erklärt, diese

Flächen zu erwerben. Der Preis für das Quadratmeter ist auf 3 *M* festgesetzt. Der Magistrat ist der Meinung, daß der Gemeinwert der fraglichen Flächen unzweifelhaft erheblich höher sei, daß aber doch bei der Wertlosigkeit solcher kleineren Stellen für die Stadt und da das Objekt an sich geringfügig ist, dem Kaufpreise wohl zugestimmt werden könnte. Er ersucht die geehrten Herren, ihn zum Verkauf der genannten Parzellen zum Einheitspreise von 3 *M* pro qm zu ermächtigen.

Die Baukommission war wohl auch der Meinung, daß der Preis von 3 *M* sehr gering sei, aber die Gründe des Magistrats waren auch für die Baukommission maßgebend, so daß sie den Verkauf empfiehlt.

Bürgermeister **Meyer**: Es ist um so unbedenklicher, diesen Verkauf zu genehmigen, als die fraglichen Flächen nicht die Größe haben, wie der Herr Referent angegeben hat, sondern — soweit ich mich erinnere — nur der zehnte Teil der angegebenen Fläche zu berechnen ist. Sie haben nicht die Größe von 12 und 21 qm, sondern nur von 1,2 qm und 2,1 qm. Es sind also schmale Streifen, die im ganzen eine Größe von 5—6 qm haben.

Stadtv. **Sander**: Die Vorlage hier sagt, es seien Flächen „zu 1 qm, 11 qm, 12 qm und 21 qm entbehrlich geworden“.

Bürgermeister **Meyer**: Ich vermute, daß ein Irrtum beim Schreiben eingetreten ist.

Stadtv. **Sander**: Bei der Vorberatung in der Baukommission ist kein Widerspruch von Seiten des Magistrats erhoben, als diese Zahlen genannt sind.

Bürgermeister **Meyer**: Die genauen Maße müssen doch aus dem Plane hervorgehen.

Stadtv. **Sander**: Ein Plan ist da, und die Zahlen sind dort so eingeschrieben, wie ich sagte.

**Vorsitzender**: Vielleicht empfiehlt es sich, den Punkt einstweilen zu verlassen und nachher weiter darüber zu verhandeln.

Dem Vorschlage wird entsprochen. Fortsetzung siehe Seite 278.

## 9. Änderung des Ortsbauplans bezüglich des Bohlweges.

Stadtv. **Rafke**: Die Grundstücke Bohlweg 5, 6 und 7 sind von dem Architekten Morgenstern hier angekauft, um nach Niederlegung der vorhandenen Baulichkeiten

dort einen einheitlichen Neubau zu errichten. Die Fluchtlinie der drei Häuser bildet keine gerade Linie, er hat deshalb gebeten, eine Änderung des Ortsbauplanes dahin vorzunehmen, daß die zweimal gebrochene Linie durch eine gerade ersetzt werde. Die Abweichung von der jetzigen Fluchtlinie ist so unbedeutend, daß man dem Antrage wohl zustimmen kann. Durch die Änderung wird erforderlich, daß Herr Morgenstern einen Teil des Straßenterrains vom Bohlweg erwirbt. Es handelt sich dabei im ganzen um 4,1 qm. Vorbehaltlich der Genehmigung der Stadtverordneten ist ein Vertrag abgeschlossen, nach dem an Herrn Morgenstern dieses Terrain zu einem Preise von 200 *M* pro Quadratmeter verkauft wird.

Der Magistrat ersucht, 1. sich mit der hieraus nötig werdenden Änderung des Ortsbauplans einverstanden zu erklären und 2. zu genehmigen, daß jene 4,1 qm in Verkehr gesetzt und zu dem angeführten Preise an Herrn Morgenstern verkauft werden. — Die Baukommission hat sich dem Antrage des Magistrats angeschlossen und bittet Sie, ihm zuzustimmen.

Die Versammlung beschließt nach dem Antrage der Baukommission.

### 10. Ankauf von Flächen an der Karlstraße.

Stadtv. **Niese**: Der Kaufmann Otto Griefe ist Eigentümer des Grundstücks Karlstraße 25 und mit seinen Kindern — die mitgeerbt haben — Eigentümer des Grundstücks Karlstraße 26. Er beantragt, zugleich im Namen seiner Kinder, die von den bezeichneten Grundstücken der Karlstraße zuzulegenden Flächen für die Stadt anzukaufen. Es handelt sich um 16 qm, 3 qm, 16 qm, ferner um eine zu 2 qm vermessene Fläche. Für die ersten drei Flächen sollen pro Quadratmeter 20 *M* gezahlt werden, die zuletzt aufgeführten 2 qm, die die Stadt nicht absolut notwendig haben muß, ist Herr Griefe erbötig, der Stadt frei zu übergeben.

Die Baukommission hat sich mit der Angelegenheit beschäftigt, ist dem Magistratsantrage gefolgt und empfiehlt Ihnen darnach, dem Ankaufe der genannten drei Flächen und der Übernahme des vierten Stücks ohne Entgelt zuzustimmen.

Der Antrag der Baukommission wird angenommen.

---

### Zu Punkt 8: Verkauf von Flächen an der Eichthalstraße.

Stadtv. **Sander** (Referent): Die Sache verhält sich so, wie ich vorgetragen habe, der Irrtum ist auf Seiten des Herrn Bürgermeisters.

Bürgermeister **Meyer**: Ich habe mich geirrt; ich habe eine andere Fläche im Sinne gehabt.

Dem Verkauf der für die Stadt entbehrlich gewordenen Flächen zum Preise von 3 *M* pro qm wird zugestimmt.

### 11. Änderung des Ortsbauplans bezüglich der verlängerten Comeniusstraße an der Einmündung der Herzogin-Elisabethstraße.

Stadtv. **Pusch**: Die Direktion des Großen Waisenhauses schreibt an den Magistrat, daß ihr an der Herzogin-Elisabethstraße gelegenes Grundstück nach dem Ortsbauplane von der verlängerten Comeniusstraße in schräger Richtung durchschnitten wird, wodurch die Ausnutzung der nach Abgabe der Straßenfläche verbleibenden Baupläze erschwert werde. Es wird der Wunsch ausgesprochen, die Comeniusstraße östlich des das Waisenhausgrundstück im Westen begrenzenden schmalen Weges so auslaufen zu lassen, daß sie mit der Herzogin-Elisabethstraße einen rechten Winkel bildet. Das Stadtbauamt, mit dem sich der Magistrat wegen dieses Vorschlages in Verbindung gesetzt hatte, berichtet, daß in der Tat eine bessere Verwendung des Grundstücks durch diese Änderung herbeizuführen sei. Der Magistrat richtet nun an uns das Ersuchen, uns mit der von dem Direktorium des Herzoglichen Waisenhauses gewünschten (auf dem ausgestellten Teilortsbauplane in rot-punktierten Linien angegebenen) Änderung des Ortsbauplans einverstanden zu erklären. Die Baukommission hat sich gestern mit dieser Vorlage befaßt und empfiehlt Ihnen Annahme.

Der Änderung des Ortsbauplans wird zugestimmt.

### 12. Erwerb von Grundflächen vom Grundstücke Scharnstraße 1.

Stadtv. **Sander**: An der Ecke der Sonnen- und Scharnstraße hat der Installateur Ludwig einen Ladenumbau vorgenommen, wodurch der Sockel des Hauses von seiner ursprünglichen Lage um etwas zurückgetreten ist. Die frei gewordenen Flächen von 2,4 und 0,3 qm sollen jetzt der Straße zugelegt werden, und der Eigentümer verlangt für das qm 100 *M*. Die städtische Bauverwaltung ist der Meinung, daß dieser Preis angemessen ist, sie hegt aber Zweifel, ob die bisher durch den Sockel des Hauses eingenommene Fläche nicht mindestens zu einem erheblichen Teile der Stadt bereits gehöre. Es ist dies aber nicht einwandfrei zu beweisen, und die städtische Bauverwaltung schlägt deshalb einen Vergleich vor, der dahin geht, daß wohl die 2,7 qm der Stadt überlassen werden, aber die Stadt nur für 1,5 qm den Preis, also zusammen 150 *M*, bezahlt.

Der Magistrat ist der Ansicht, daß bei der bestehenden Unsicherheit der Straßen- bezw. Grundstücksgrenzen es ratsam scheint, auf diesen Vorschlag einzugehen, und ersucht die geehrten Herren, sich damit einverstanden zu erklären, daß das Terrain zu 150 *M* erworben wird, und die Ausgabe zu Lasten des Kap. III des Extraordinariums zu verwilligen.

Bei der Besprechung der Angelegenheit in der Finanzkommission ließ sich auch nicht einwandfrei darlegen, daß als Grenze des Grundstücks die Kernlinie anzusehen sei; deshalb schlägt die Baukommission vor, diesem Vergleich zuzustimmen und den Magistrat zum Ankauf der Fläche in der angegebenen Weise zu ermächtigen.

Der Ausgabe von 150 *M* für Erwerb der fraglichen Flächen wird zugestimmt.

### 13. Erwerb von Grundflächen zum Ausbau der im Zuge der Ringstraße belegenen projektierten Straße 113.

Stadtv. **Friede:** Die Straße 113 ist, wie den Herren bekannt sein wird, die Verbindungsstraße zwischen Langerkamp und Göttingstraße. Von den Grundstücken des Rentners Manegold und des Bauunternehmers Utermarcks Erben sind zwei Flächen zum Ausbau der Straße zu erwerben. Die Größe beträgt 2 a 68 qm und 6 a 57 qm, es wird ein Preis von 10 *M* pro qm verlangt. Das ist ein angemessener Preis, und er soll nicht bar bezahlt werden, sondern soll auf die Straßenbaukosten angerechnet werden. Der Magistrat ersucht, den über den Ankauf abgeschlossenen Vertrag zu genehmigen. Die Baukommission ist auch der Meinung, daß dies ein praktisches Vorgehen ist, und schlägt Ihnen vor, den Kauf zu genehmigen.

Dem Erwerb der Flächen wird zugestimmt und der abgeschlossene Vertrag genehmigt.

### 14. Klage von Anliegern der Wilhelmstraße über Belästigungen durch das Rammen auf dem Grundstücke des Elektrizitätswerks.

Stadtv. **Raabe:** Die Eigentümer der Häuser Wilhelmstraße 63, 64 und 65 haben sich bei den städtischen Behörden beschwert über die Belästigungen durch das Rammen beim Bau des Elektrizitätswerks auf der Wilhelmstraße. Die Baukommission hat sich mit der Eingabe beschäftigt und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß die Stadtverwaltung gar nicht zuständig wäre, derartige Beschwerden zu erledigen. Sie hat aber doch die Sache eingehend geprüft und ist zu der Überzeugung gelangt, daß die Rammarbeiten ordnungsmäßig vor sich gegangen und die Be-

schwerden zu Unrecht gemacht sind. Die Baukommission läßt Sie deshalb durch mich bitten, über die Beschwerden zur Tagesordnung überzugehen.

Die Versammlung beschließt Übergang zur Tagesordnung.

### 15. Abrechnung über den Ausbau verschiedener Straßen und den Bau des Unterkunftshauses im Stadtpark.

Stadtv. **Frühling:** Es wird uns hier die Abrechnung vorgelegt über den Ausbau 1. der Amalienstraße zwischen Gartenstraße und der Straße Hinter der Masch, 2. des zur Ortsstraße erklärten Teiles der Herzogin-Elisabethstraße, 3. des mittleren Straßenteiles auf dem Pachtterrain der Herzogin-Elisabethstraße, 4. der auf Kosten der Stadt ausgebauten südlichen Teilstrecke der Görgeßstraße, 5. der auf Kosten des Maurermeisters Decker ausgebauten nördlichen Teilstrecke der Görgeßstraße, und 6. über den Bau des für die Turnvereine im Stadtpark hergerichteten Unterkunftshauses. Es hat sich bei den Bauten überall eine kleine Ersparnis ergeben, bei einzelnen auch eine große Ersparnis, die aber darauf beruht, daß etwas anderes Material verwendet wurde. Die Baukommission hat von der Abrechnung Kenntnis genommen, findet nichts zu bemerken und beantragt, die Mitteilung durch Kenntnisnahme für erledigt zu erklären.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Abrechnung Kenntnis.

### 16. Errichtung eines Neubaus auf dem Grundstücke Hinter der Magnifikirche 1.

Stadtv. **Frühling:** Diese Sache hat die Versammlung schon einmal beschäftigt. Das bisherige Kirchenvogtshaus Hinter der Magnifikirche 1 ist von der Stadt erworben, und es soll dort das alte Haus wieder errichtet werden, das am Dächslägern abgebrochen ist. Die Kosten waren seinerzeit einschließlich des Grunderwerbs von 8000 *M* mit 32000 *M* angegeben. Es hat sich aber bei der genauen Berechnung ergeben, daß 40000 *M* nötig sind. Es werden aus dem Hause demnächst Mieterträge im Betrage von 1700 *M* jährlich zur Verfügung stehen, so daß sich daraus eine Verzinsung von  $4\frac{1}{4}\%$  ergibt. Der Magistrat ist der Meinung, daß diese Verzinsung nicht genügt, um die gesamten Kosten dem Extraordinarium zur Last zu legen oder sie durch Verwendung eines Teiles des Grundvermögens der Stadt zu beschaffen. Der Magistrat meint, da durch die Ausführung des Gebäudes in der jetzt geplanten Gestalt eine wesentliche Bereicherung des Stadtbildes gegenüber der altherwürdigen Magnifikirche erzielt würde, so dürfte es unbedenklich sein, die



Kosten teilweise dem Ausgleichsfonds zur Last zu legen. Er beantragt, die 40000 *M* zu bewilligen und davon 10000 *M* zu Lasten des Ausgleichsfonds und 30000 *M* zu Lasten des außerordentlichen Voranschlages der Kämmererkasse für 1914 zu verrechnen. Die Baukommission empfiehlt Ihnen, dem Antrage zu entsprechen. Der Anschlag ließ sich seinerzeit nicht so genau aufstellen, da es sich um den Wiederaufbau eines alten Gebäudes handelt.

Die geforderte Summe wird bewilligt und der vorgeschlagenen Verrechnung zugestimmt.

### 17. Belegung des östlichen Fußweges der Marthasträße mit Platten.

Stadtv. **Meyerhoff**: Die Anlieger der Marthasträße haben gebeten, den östlichen Fußweg dieser Sträße zwischen Leonhardsträße und Körnersträße mit Platten zu belegen, wie das auch schon auf der westlichen Seite geschehen ist. Gleichzeitig hatten sie auch darum gebeten, auf dem Fußwege Bäume anzupflanzen. Die Herstellung des Plattenbelages wird vom Stadtmagistrat empfohlen, aber die Anpflanzung der Bäume wird abgelehnt, da in der Marthasträße keine Vorgärten sind und die Fußwege an ihrer Breite leiden würden. Die Kosten für die 123,19 m lange Strecke werden sich auf 1200 *M* stellen, so daß auf das Meter Frontlänge ein vor-aussichtlicher Beitrag von 10 *M* entfallen wird. Ich gebe namens der Baukommission anheim, die Belegung dieses Fußweges mit Platten zu genehmigen und die Kosten zu verwilligen.

Dem Antrage der Baukommission wird entsprochen.

### 18. Ankauf einer Grundfläche zur Anlegung eines Zufuhrweges nach dem städtischen Grundstücke neben dem Schwesternhause vom Roten Kreuz.

Stadtv. **Roetschigt**: Die Gefahr, daß ansteckende Krankheiten in unserer Stadt in größerem Umfange auftreten können, ist infolge des Ausbruchs des Krieges gesteigert. Der Magistrat hat deshalb im Einvernehmen mit der Finanzkommission veranlaßt, daß auf dem an der Ostseite des Grundstücks des Schwesternhauses vom Roten Kreuz gelegenen städtischen Grundstücke die vorhandene Döfersche Baracke für 20 Betten und eine größere Holzbaracke für 50 Betten ohne Verzug aufgestellt wird. Die Verpflegung der dort etwa unterzubringenden Kranken will das Schwesternhaus vom Roten Kreuz übernehmen. Um für das Barackengrundstück einen besonderen Zufuhrweg zu schaffen, hat der Magistrat von dem angrenzenden Grundstück des Tischlermeisters Schniete eine Teilfläche zum Preise von 4,50 *M* pro qm

angekauft und gibt anheim, dem Ankaufe zuzustimmen. Die Größe des erworbenen Teiles beträgt etwa  $16\frac{1}{4}$  a. Nach § 2 soll die Besitzübertragung und Auflassung nach Genehmigung des Vertrages miet-, pacht-, hypothehen- und lastenfrei erfolgen. § 3 sagt: „Von dem Kaufpreise soll bei Auflassung derjenige Betrag bezahlt werden, nach dessen Abzug der Restbetrag durch 1000 *M* teilbar wird. Der Restbetrag wird der Käuferin gestundet gegen das Versprechen, denselben von der Auflassung an mit 4 % jährlich in vierteljährlichen Abträgen zu verzinsen und zehn Jahre nach der Auflassung zu bezahlen. Der Käuferin soll aber das Recht zustehen, das Kaufgeld auch früher, 6 Monate nach Kündigung, zu bezahlen.“

Die Vorlage ist von der Finanzkommission geprüft, sie gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Dem Ankauf des fraglichen Grundstücksteiles wird zugestimmt.

**Vorligender:** Herr Stadtv. Schön, der über die Herrichtung von Emscherbrunnen auf dem Rieselgute berichten wollte, ist noch nicht wiedergekommen. Ich schlage vor, einstweilen die Anfragen und Anträge in Behandlung zu nehmen; vielleicht wird Herr Schön bis dahin zurück sein.

Unter den Anträgen steht an erster Stelle der von Herrn Frede eingebrachte, genügend unterstützte Antrag.

## 19. Antrag Frede auf Änderung des § 76 des Statuts vom 24. März 1893, Einquartierung betreffend.

Wortlaut des Antrages s. S. 264.

Stadtv. **Frede** (zur Begründung): Meine Herren. Durch die Einquartierungen, die in großer Zahl seit der Mobilmachung stattgefunden haben, haben sich Übelstände geltend gemacht, deren Behebung ich für erforderlich halte. Ich bin Zeuge gewesen, wie spät abends Eingezogene mit ihrem Quartierzettel vergebens umhergelaufen sind. Sie sind in das Haus gegangen, dem sie zugewiesen waren, konnten aber nicht unterkommen. Entweder war kein Hauswirt da oder überhaupt kein Eigentümer — vielleicht befindet sich das Haus, wie das in meiner Nachbarschaft der Fall gewesen ist, in Nachlaßverwaltung — und die Mieter fanden sich nicht bereit, die Leute aufzunehmen. Ich muß sagen, daß mir nicht zu Ohren gekommen ist, daß sich minderbemittelte Mieter geweigert haben, sondern kann Beispiele dafür nennen, daß gerade Mieter, die sich in guten Verhältnissen befinden, sich geweigert haben, die Leute aufzunehmen. Es hat mir das der eingezogenen Leute wegen leid getan; sie sind während des ganzen Tages oder zwei Tage lang gefahren,

sollen am anderen Morgen früh antreten und haben Scherereien, bis sie unterkommen. Ich bin ferner Zeuge gewesen, wie einer einzelnen Haushaltung drei bis fünf Leute zugewiesen sind, und die Familie hatte wohl nur drei oder vier Räume. Der Mann war in einer bösen Lage: Wo sollte er mit seiner Einquartierung hin? Seine Räume waren besetzt, einen Mann Einquartierung hätte er wohl aufnehmen können — das ist wohl für jede Familie möglich —, aber so viele Leute konnte er beim besten Willen nicht ordnungsmäßig unterbringen. Wenn man die Leute auf den Boden bringen will, geht es ja, aber das kann man nicht verantworten den Leuten gegenüber, die ihr Leben für uns in die Schanze schlagen, die müssen Betten haben. Nun ist durch Ortsstatut den Hausbesitzern die Unterbringung und Verpflegung der Einzuquartierenden zur Pflicht gemacht, aber es ist mir nicht klar, warum das geschehen ist. Der Hausbesitzer — wenigstens der, welcher ein Miethaus hat — hat in der Regel nicht mehr Räume als der Mieter, und wirtschaftlich befindet er sich meist auch nicht in besserer Lage als seine Mieter. Warum soll man die nicht mit heranziehen? Wenn in jenen beiden Fällen, die ich erwähnt habe, die Mieter zugegriffen hätten, wäre es eine Kleinigkeit gewesen, die Leute in guter Weise unterzubringen. Daß es möglich ist, eine Verpflichtung aller Haushaltungen vorzunehmen, auch in unserm Lande, beweist das Beispiel von Holzminden und das von anderen Städten. Ich habe heute gehört, daß auch im Königreich Sachsen eine Verpflichtung der Mieter, Einquartierung aufzunehmen, vorliegt. Aus diesen Gründen muß man dazu kommen, eine Änderung unseres Statuts vorzunehmen. Es ist eine Ehrenpflicht, diese Leute unterzubringen, und jeder einzelne sollte sie freudig erfüllen. Aber das muß in den Grenzen der Möglichkeit liegen. Ich kenne jemand, der hat sieben Häuser, aber nur eine Wohnung zu vier Zimmern. Dieser hat 15 Mann zugewiesen bekommen. Quartiert er sie aus, dann ist das eine außerordentlich große Last für ihn, unterbringen aber kann er sie nicht. Wir werden ja in der Kommission näher auf die Einzelheiten zu sprechen kommen, und dabei wird sich herausstellen, in welcher Weise die Sache zu regeln ist. Schließlich bemerkte ich noch, daß es nicht meine Absicht ist, auch die sogenannten kleinen, unvernünftigen Leute heranzuziehen, sondern ich schlage vor, daß eine gewisse Grenze für diese Verpflichtung gesetzt wird.

**Stadtrat Wagner:** Auch mir ist zu meinem lebhaften Bedauern bekannt geworden, daß in einigen Fällen wohlthutende Leute als Mieter von Häusern die Einquartierung abgewiesen haben, so daß Landwehrleute, die erst spät abends ihre Quartiere auffuchen konnten, dadurch in Verlegenheit gekommen sind. Es haben sich aber in vielen Fällen andere Bürger mit Freuden bereit erklärt, diese Leute

freiwillig in ihre Häuser aufzunehmen. Leider ist es mir nur in wenigen Fällen möglich gewesen, die betreffenden Personen zu erfahren, die solche Weigerungen ausgesprochen haben. Ich habe mir in den Fällen erlaubt, sofort persönlich mit dem Kade das Haus aufzusuchen und den Betreffenden ganz gehörig „die Wache anzusagen“. Ich hoffe, daß sich in Zukunft derartige Fälle nicht wiederholen werden. Sollte es doch der Fall sein, dann würde man allerdings zu dem Antrage Frede in der Weise Stellung nehmen müssen, daß man auch den Mietern die Verpflichtung auferlegt, Einquartierung aufzunehmen.

**Stadtv. Sander:** Ich bitte, den Antrag als dringlich zu betrachten, und beantrage sofortige Besprechung.

**Vorsitzender:** Wer von den Herren wünscht, daß der Antrag Frede sofort beraten wird. — Das ist die große Mehrheit. Ich eröffne die Beratung über den Antrag.

**Stadtv. Sander:** Ich habe nicht gewußt, daß der Antrag kommen würde, aber es ist mir damit aus der Seele gesprochen. Ich habe ähnliche Fälle gesehen, wie sie von Herrn Stadtrat Wagner und von Herrn Frede geschildert sind. Ich habe selbst mehrere Häuser, habe auch Einquartierung bekommen, aber ich habe sie gern genommen und habe mich gefreut, wenn ich Leute im Quartier hatte. Ich habe ein Haus mit Wohnungen zu 1000 und 900 *M.* Dort waren drei Mann zur Einquartierung, die sind von den Mietern zurückgeschickt. Ich habe ein anderes Haus mit Wohnungen zu 300 und 250 *M.*; dort waren zwei Mann Einquartierung, und diese Mieter haben sie gern aufgenommen. Zur Illustration der Lage kann ich das hier einmal mitteilen. Ich halte diesen Antrag für durchaus dringlich und seine Annahme für wünschenswert. Wir kommen jedenfalls in die Lage, daß wir in der nächsten Zeit häufig Einquartierung bekommen, und deshalb wäre eine Änderung angezeigt, schon im Interesse der Leute, die zum Heeresdienst eingezogen sind — ich will gar nicht das Interesse des Hausbesitzers hervorheben. Und wenn ich 15 Mann zur Einquartierung bekomme, ich nehme sie alle gern; ich spreche nur im Interesse der Soldaten. Ein Unteroffizier und zwei Mann kamen des Abends um 9 Uhr zu mir und wollten Quartier haben, weil sie anderwärts abgewiesen waren. Sie hatten versucht, in einem Gasthause unterzukommen, aber alle waren besetzt. Auch ich war nicht in der Lage, sie so plötzlich aufzunehmen. Zufällig war aber meine verheiratete Tochter bei mir und hat die Leute mit nach ihrem Hause genommen. Wir haben jetzt immer noch Dankbriefe bekommen und haben uns gefreut, daß wir die tapferen Leute haben unterbringen können. Zu wünschen ist aber, daß solche Fälle bekannt werden, wo die Leute abgewiesen sind.

Stadtv. **Schulze:** Es sind ohne Zweifel bei der Einquartierung hier Mißstände hervorgetreten. In den letzten Tagen wurde mir von einem Landwehrrmann, der nicht mehr in ganz jungen Jahren steht, mitgeteilt, daß er mit 300 Mann in Massenquartieren, in einer Brauerei auf Stroh hätte schlafen müssen. Wenn es im Felde ist, wenn es die Not erfordert, dann muß ja mit allem vorlieb genommen werden, das ist nicht zu ändern. Aber Leute, die in geordneten Verhältnissen gelebt haben, gleich die erste Nacht auf Stroh zu schicken, das nicht gutzuheißen, sollten wir unserer Stadt schuldig sein. Jeder wird mit Freuden Einquartierung aufnehmen, und wenn noch viel mehr Einquartierung nach Braunschweig kommt, so wird sie ohne Zweifel unterzubringen sein, ohne daß sie in großen Massenquartieren auf Stroh gebettet werden. Wie mir später gesagt wurde, ist das in der Jürgensen Brauerei gewesen.

Stadtrat **Wagner:** Was eben von Herrn Schulze erwähnt wurde, ist mir nicht bekannt. Wir haben die Einquartierung nur in Wohnräumen untergebracht an der Hand unserer Grundrolle. Derartige Massennotquartiere sind meines Wissens von uns überhaupt nicht angefordert. Es scheint also, daß die betreffende Militärbehörde nicht rechtzeitig sich um Quartier bemüht hat und wohl oder übel die Leute in Massenquartiere hat hineinbringen müssen.

Stadtv. **Meyerhoff:** Auch ich habe unliebsame Erfahrungen gemacht, aber auch angenehme. Zu mir kommt um  $1\frac{1}{2}$  8 Uhr abends ein Mann und wünscht Quartier. Ich bitte ihn, hereinzukommen. „Ja, wir sind aber drei!“ „Nun, dann müssen zwei in einem Bette schlafen.“ „Nein, das ist nicht nötig, zwei hat der nebenan behalten, aber mich hat man nicht aufgenommen.“ Ich will den Herrn nicht namhaft machen, der das gewesen ist. Ich habe den Mann untergebracht, und kurz nachdem kommt um halb 9 mit Gewehr und Sack und Pack ein anderer und wünscht Quartier. Ich habe auch den Mann aufgenommen und eine ganze Woche behalten. Wenn nun aber niemand bei mir zu Haus gewesen wäre und die Militärverwaltung schickte mir den Mann zu, was dann? Wenn nun kein Vertreter des Hauswirts da ist oder meine Betten schon belegt sind, da ich mehrere Häuser habe, wen trifft es denn, wenn die Leute dann nicht unterkommen? Doch die Leute, die für uns ihr Blut opfern. Es wird in der Zeitung so viel geschrieben: sie müssen unterstützt werden, sie treten für jeden einzelnen im Vaterlande in Reich und Glied. Dann sollten sich die Mieter doch ein Beispiel nehmen! Da wird Wohltätigkeit nach allen Dimensionen getrieben, und hier lassen sie die Leute auf der Straße stehen! Ich freue mich, daß die Sache hier zur Sprache gekommen ist.

**Stadtv. Loeßhigt:** Auch ich freue mich, daß die Sache zur Sprache kommt. Das Massenquartier ist von der Nationalbrauerei gestellt, und ich weiß, daß die Leute, die dort untergebracht sind, trotzdem sie auf Stroh mit Decken gelegen haben, in kameradschaftlicher Weise und gut untergebracht sind. Ich weiß das von der Direktion der Brauerei. Es sind Reservisten gewesen oder LandsturMLEute, die hier liegengeblieben sind und am anderen Tage weitergeschickt wurden. Das kommt im Kriege vor. Aber wenn in dieser tiefsten Zeit wohlhabende Leute den Kriegern antworten: Ich habe meinen Parkettboden nicht, daß die Soldaten mit ihren Kommißstiefeln darauf herumtrampeln (Bewegung), dann sollte man solchen Leuten wünschen, daß sich der Feind mit Sporenstiefeln auf ihre Sofas legt. Wer Soldat gewesen ist, hat für solch eine Gefinnung nur einen Psuiruf.

**Stadtv. Wesemeier:** Der Antrag ist so wenig vorbereitet, daß er zweifellos durch die Kommission gehen muß. Die Beschlußfassung über die Dringlichkeit hat keinen Wert, eine Kommissionsberatung muß selbstverständlich erst vorgenommen werden. Ich erkenne an, daß hier Mißstände vorgekommen sind, und wir haben selbst in unserer Presse darüber berichtet. Aber entschieden muß ich mich dagegen wenden, was Herr Meyerhoff von den Mietern sagte. Gerade die Mieter sind es gewesen, die wohlhabenden Hausbesitzern die Last abgenommen haben, sie waren es, die eingesprungen sind, und die Hauswirte haben die Landwehreleute abgewiesen. Es ist zweifellos gerade in unseren wohlhabenden Kreisen eine Gefinnung an den Tag gelegt, die nicht schön war, und in vielen Fällen haben Arbeiter, die selbst kaum Raum genug für sich und ihre Familie haben, auf der Straße herumwandernde Landwehreleute in ihre Wohnungen genommen. Ich muß entschieden den Vorwurf in der allgemeinen Weise, wie er von Herrn Meyerhoff gemacht ist, zurückweisen.

**Stadtv. Meyerhoff:** Herr Wesemeier muß mich falsch verstanden haben. Ich habe gesagt, mein eigener Mieter habe zwei Mann behalten, ich will den Mann nicht nennen, ebenso will ich auch den anderen nicht nennen, der Leute zurückgewiesen hat.

**Stadtv. Riefe:** Ich halte es für vollständig verfrüht, jetzt gleich einen Beschluß zu fassen, und bin fest überzeugt, daß die Sache nicht dazu angetan ist. Bis jetzt sind die Leute untergekommen, und zwar zugunsten derjenigen, die eigentlich die Verpflichtung dazu haben. Ich habe schon dreimal freiwillig Einquartierung genommen und habe es gern getan, und andere Mieter werden das auch tun. Leute, die abends 9 Uhr noch auf der Straße ohne Quartier gewesen sind, sind

einfach ohne Verpflichtung in die Häuser aufgenommen. Diejenigen, gegen welche sich der Vorwurf richtet, das sind die Besitzenden und die Großkapitalisten, diejenigen, die vielleicht drei Häuser haben, denn die kleinen Leute haben keine Häuser. Wenn die Sache nicht schlimmer kommt, als sie jetzt gewesen ist, dann ist es möglich, in schönster Harmonie die Leute unterzubringen, und es wird sich niemand von uns weigern. Die Leute haben sich bei uns wohl gefühlt, und die Arbeiter stehen auf dem Standpunkte: Wer zu mir gehört, mit dem teile ich das letzte, was ich habe.

Stadtv. **Sander:** Der Herr Vorredner sagte eben: die Leute, die untergebracht sind, sind zugunsten derjenigen untergekommen, die eigentlich die Verpflichtung hätten, sie unterzubringen. Das kann nicht unwidersprochen bleiben. Die Sache liegt doch so, daß einfach nicht in allen Fällen die Einquartierung vorher angefragt werden konnte. Es kamen plötzlich viele Leute, ohne daß jemand davon Bescheid wußte, einfach an und verlangten Quartier. Nun gibt es aber manche Hauseigentümer, die mehrere Grundstücke haben, drei, vier, oder sogar acht. Es kommen zwei Mann, die kann man unterbringen. Dann kommen noch sechs Mann, wo soll der Hausbesitzer damit bleiben? Er ist verpflichtet, gewiß! Er kann sie aber mit dem besten Willen nicht unterbringen. Ausquartieren kann er sie auch nicht, denn sie kommen um 8 Uhr an, und die Gasthäuser sind auch voll. Das ist der eigentliche Grund gewesen, den Antrag als dringlich zu behandeln. Wir wissen nicht, wann sich solche Fälle wiederholen. Nicht im Interesse der wohlhabenden Klassen, sondern im Interesse der Mannschaften bedarf es der sofortigen Besprechung, und dazu bedarf es keiner Kommissionsberatung. Wir können gleich beschließen, alle Haushaltungen zu verpflichten, so gut wie andere Städte das auch gemacht haben.

**Vorsitzender:** Ich schließe die Beratung. Was die geschäftliche Behandlung betrifft, so hat die Mehrheit sofortige Beratung beschlossen. Es würde nichts im Wege stehen, daß, wenn durch die Debatte hervorgeht, daß die Sache noch nicht geklärt ist, die Angelegenheit an die Kommission verwiesen wird.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Einen solchen Antrag hat Herr Wesemeier schon gestellt, jenseit beantrage ich es hiermit.

**Vorsitzender:** Dann bitte ich diejenigen Herren, die diesen Antrag Frede zur weiteren Beratung einer Kommission überweisen wollen, die Hand zu erheben. (Geschließt) 11, das ist die Minderheit. Es würde nun über die Sache selbst abzustimmen sein. Diejenigen Herren, die den Antrag Frede, Abänderung des

§ 76 annehmen wollen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Die Annahme ist ausgesprochen.

**Vorfügender:** Es ist inzwischen eingegangen ein Antrag Mohr. Er betrifft den Punkt 2 unserer heutigen Tagesordnung und lautet:

„Die Stadtverordneten wollen beschließen: Der Antrag des Stadtmagistrats, dem Vorstande des Landesvereins vom Roten Kreuz 1500 *M* zur Beschaffung von einheitlicher Dienstkleidung für die dem Verein unterstellten Sanitätskolonnen zu bewilligen, wird dahin erweitert, daß dem Stadtmagistrat es freigegeben wird, wenn erforderlich, über die angeforderte Summe in unbeschränkter Höhe hinausgehen zu können“ — so weit ist es der schon angenommene Kommissionsantrag — „auch nach Ermessen den Mitgliedern anderer nicht dem Landesverein vom Roten Kreuz unterstellten, wohl aber einheitlich geschulten und ausgebildeten Sanitätskolonnen Mittel zur Beschaffung waschbarer Dienstkleidung zu bewilligen“.

Herr Mohr wird am Schluß der Sitzung seinen Antrag begründen können, zunächst gehen die übrigen Anträge und Anfragen voraus. Inzwischen ist Herr Stadtv. Schön erschienen, so daß wir den Punkt 4 der Tagesordnung (Herrichtung von Emscher-Brunnen) erledigen können.

## 20. Herrichtung von Emscher-Brunnen auf dem Rieselgute.

Stadtv. **Schön:** Zunächst bitte ich um Entschuldigung, daß meinetwegen der Punkt hat zurückgestellt werden müssen. Ich habe meinen einzigen Sohn verabschiedet, der die Stadt verläßt, da er ins Feld zieht.

Der Magistrat ersucht uns, um Bewilligung von 25 000 *M* zur Herstellung von zwei Emscher-Brunnen auf dem städtischen Rieselgute. Aus der in Ihren Händen befindlichen eingehenden Begründung dieser Forderung haben Sie schon eesehen, daß unser Rieselgut den bisherigen Anforderungen zwar vollständig genügt, daß aber mit dem Wachsen der Stadt doch rechtzeitig auf eine Steigerung der Leistungsfähigkeit des Rieselguts Bedacht genommen werden muß. Schon jetzt übersteigt die Belastung der Rieselfelder nicht unerheblich die von fachmännischer Seite angegebene Durchschnittszahl von 1000 Einwohnern auf 5 ha Rieselfeld. Bei uns kommen 1330 Einwohner auf 5 ha Rieselgut, wir müßten eigentlich statt eines Rieselguts von 544 ha ein solches von 725 ha haben, wenn wir der angegebenen Durchschnittszahl genügen wollten. Dank der im allgemeinen besonders günstigen Bodenbeschaffenheit unserer Rieselflächen ist aber die bisherige Belastung unbedenklich gewesen.



Für die Vergrößerung unserer Abwässerreinigung kommen zwei Möglichkeiten in Betracht: Erweiterung der Rieselfelder oder künstliche Reinigung. Im allgemeinen würde der ersteren der Vorzug zu geben sein, denn durch die Rieselung wird eine bessere Reinigung des Wassers erzielt als durch künstliche Anlagen, und andererseits sind die Kosten der Reinigung durch Rieselung kleiner als bei der künstlichen Reinigung. Der Stadtmagistrat hat Berechnungen angestellt und für unsere Verhältnisse gefunden, daß die Reinigung von 1 cbm Wasser bei künstlicher Reinigung 0,94 Pf. Kosten verursacht, bei Rieselung aber unter Zugrundelegung eines Ankaufspreises von 1500 *M* für den Morgen Ackerland nur 0,65 Pf., es besteht also ein Verhältnis von 94 : 65. In beiden Fällen ist angenommen, daß mit dem aus den Häusern abgeleiteten Schmutzwasser auch das Regenwasser mit verarbeitet wird. Bei gleichen Verhältnissen wird also die künstliche Reinigung um 45 % teurer werden als die Rieselreinigung. Der Magistrat sagt hierzu in seiner Vorlage: „Wir würden daher nicht zögern, auf eine Vergrößerung des Rieselfeldes Bedacht zu nehmen, wenn geeignetes Riesel land in der Umgebung zu annehmbaren Preisen zu haben sein und auf Zulassung der Rieselwirtschaft zu rechnen sein sollte. Größere Ackerflächen innerhalb der Landesgrenze werden kaum zu erlangen sein; die Einrichtung und der Betrieb von Rieselusername im benachbarten preussischen Gebiete aber ist, wie wir bereits im letzten Verwaltungsberichte bekanntgegeben, auf den Widerstand der benachbarten Dörfer und der Landespolizeibehörde gestoßen und, wenngleich die Stadt in dem aus diesem Anlaß anhängig gewordenen Verwaltungsstreitverfahren obgesiegt hat, so müssen wir doch besorgen, daß die Anlage größerer Rieselusername und vornehmlich die Ableitung der Abwässer in den Flußlauf jenseits der Landesgrenze erhebliche Weiterungen verursachen und vielleicht überhaupt nicht durchzuführen sein würde.“

„Wir haben nicht die Absicht“, fährt der Magistrat fort, „auf den gelegentlichen Ankauf günstig gelegener benachbarter Flächen zu verzichten, zumal wenn von diesen das Drainwasser so abgeleitet werden kann, daß es innerhalb der Landesgrenze in den Aue-Oferkanal oder in die Ofier eingeführt werden kann, aber schon jetzt wird, damit der Stadt eine Zwangslage erspart bleibt, auch auf eine andere Art die Abwässerreinigung Bedacht zu nehmen sein. Sollte ihre Wirkung nicht so vollkommen sein, wie bei der Rieselung, so kann der Stadt, im Hinblick auf den Widerstand, den sie bei ihrem Vorgehen in der benachbarten Provinz gefunden hat, ein Vorwurf wegen der weniger vollkommenen Reinigung der Abwässer füglich nicht gemacht werden.“

Es ist hier der Ort, über die Anlage einer künstlichen Reinigung, wie sie der vorerwähnten Rechnung unserer städtischen Bauverwaltung zugrunde gelegt ist,

ein Wort einzuschalten. Die Pläne sind hier ausgestellt. Es kommt zwar nicht das ganze Projekt zur Ausführung, aber es bildet die Unterlage für den Vorschlag, den uns der Magistrat macht. Angenommen ist hier eine künstliche Reinigungsanlage für ein Abwässerquantum von täglich 9000 cbm. Sie besteht, wie Sie hier sehen, zunächst aus 8 Emscher-Brunnen mit zugehörigem Schlamm-trockenplatz und anschließend daran aus 10 sogenannten Tropfkörpern, als Filteranlage. Der Vorgang der Reinigung ist einfach der, daß das von der Stadt kommende Abwasser zunächst langsam über die Emscher-Brunnen geleitet wird und damit Gelegenheit erhält, in diesen Brunnen die Sinkstoffe niederzuschlagen. Dann fließt das vorgeläute Wasser über die Filteranlage, wo es weiter gereinigt wird, und geht von hier aus direkt in den Flußlauf. Die Emscher-Brunnen, um die es sich hier handelt, sind gemauerte Schächte von 7—8 m Durchmesser und 8—10 m Tiefe, also ziemlich große Körper, über die das Wasser durch eigenartige, sinnreich eingerichtete Schläge fließt, so daß am Grunde der Schlamm sich niederschlägt. Dieser Schlamm hat Gelegenheit, in den Emscher-Brunnen auszufaulen und wird durch eine Leitung selbsttätig auf das benachbarte Schlammfeld geführt, um später als Düngemittel oder zur Ausfüllung von Gruben usw. verwendet zu werden. Die Tropfkörper schließen sich an die Emscher-Brunnen an. Es sind das große Filterbassins, die aus durchlässigem Material aufgeschichtet sind, Körper von ca. 25 m Durchmesser, von denen dann, wie gesagt, nach der Reinigung das Wasser direkt in den Fluß abläuft.

Die Kosten einer solchen Anlage werden auf 435 000 *M* veranschlagt, wovon aber der weitaus größte Teil auf die Tropfkörper entfällt, und zwar nicht weniger als 320 000 *M* auf die Tropfkörper und nur ca. 100 000 *M* auf die Emscher-Brunnenanlage. Diese großen Kosten haben nun dem Magistrat Veranlassung gegeben, nach einem Mittel zu suchen, den Zweck auf eine andere Weise zu erreichen, und zwar durch ein gemischtes System. Der Magistrat hält es im Einverständnis mit der Rieselfgutdeputation für zweckmäßig, eine Steigerung der Leistungsfähigkeit des Rieselfguts dadurch zu erreichen, daß von der künstlichen Reinigungsanlage nur die Emscher-Brunnen ausgeführt werden, während die teuren Tropfkörper vorläufig weggelassen werden. Er ist der Ansicht, daß den Rieselfeldern das durch die Emscher-Brunnen gereinigte Wasser in größeren Mengen zugeführt werden kann als bisher, da der grobe Schlamm und andere Sinkstoffe aus dem Schmutzwasser ausgeschieden sind. Allerdings würde in Frage kommen, ob die Ertragfähigkeit der Felder durch die Verdünnung des Wassers nicht so herabgemindert wird, daß die Maßregel aus finanzwirtschaftlichen Rücksichten als nicht ratsam zu erachten ist. Wenn nämlich das Wasser nicht mehr dieselbe Menge von Sinkstoffen hat, so wird

es als Düngemittel nicht den Wert haben wie bisher und daher die Ertragsfähigkeit der Felder vermindert sein. „Dieses könne aber“, so sagt der Magistrat, „nur durch praktische Versuche festgestellt werden, und es empfehle sich daher, einen solchen Versuch in der Weise auszuführen, daß zwei Emscher-Brunnen in der Nähe eines der großen Bassins (wird vom Herrn Referenten auf der Zeichnung gezeigt) hergerichtet und betrieben werden. Das aus den Brunnen ablaufende geklärte Kieselwasser könnte in das Bassin oder aber auch in kleinen Dammgräben auf Beete oder Hangstücke geleitet werden, und wenn sich die Flächen als dauernd aufnahmefähig erweisen sollten, so würde es nichts verschlagen, wenn sie, vielleicht abwechselnd ein Jahr um das andere, überhaupt nicht bestellt würden.“

Die Kosten der beiden Brunnen mit Zubehör, Zu- und Ableitung, sind zu 25 000 *M* veranschlagt. Das ist die Summe, die der Magistrat von uns zu erhalten wünscht. Wir haben die Sache in der Finanzkommission durchgesprochen, und es hat sich kein Widerspruch dagegen gezeigt. Jedermann war der Meinung, daß es unbedingt ein zweckmäßiges Vorgehen ist, was hier vorgeschlagen wird. Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen deshalb, dem Antrage des Magistrats zuzustimmen.

Stadtv. **Riefe**: Meine Herren. Mir ist die Vorlage auch bekannt. Von jeher habe ich auf dem Standpunkte gestanden, daß es angebracht sei, wenn möglich, mehr Kieffland zu gewinnen. Selbst wenn die Stadt 1500 *M* für den Morgen oder mehr zahlen sollte, würde sie ein sehr gutes Geschäft dabei machen. Bei dem Landmangel aber, der dort herrscht, und bei der Begründung der Magistratsvorlage, daß man einem nahenden Bedürfnisse vorbauen müsse, will ich dem Projekte zustimmen.

Ich will auch keineswegs anzweifeln, daß mehr Personen auf je 5 ha entfallen als anderwärts. Aber wenn in der Vorlage hervorgehoben wird, es seien bisher noch keine Kalamitäten eingetreten, so muß ich sagen, daß das doch der Fall ist. Es waren ursprünglich große Bassins angelegt auf 15 bis 25 Morgen Land, die dazu dienen sollten, das Wasser aufzunehmen, wenn zuviel Schmutzwasser dem Kieselgute zugeführt würde. Nun ist es neuerdings vorgekommen, wie durch Umlauf mitgeteilt wurde, daß Wiesen, die niedriger liegen als das Kieffland, eroffen, also in ihrem Ertrage geschädigt sind. Deshalb kam der Pächter und reklamierte, und das mit Recht.

Wenn nun eine größere Anlage geplant sein sollte, so ist ein Passus in der Vorlage sehr bedenklich. Es ist zu bedenken, ob nicht der Ertrag des Kieselguts für die Stadt durch den sinkenden Pachtpreis gegenüber dem heute gezahlten infolge

der Stickstoffentziehung, infolge Entziehung des besten Düngemittels, niedriger wird und dadurch die Stadt auf eine schiefe Ebene kommt. Einstweilen soll es ja nur ein Versuch sein, und ich hoffe, daß es dabei bleibt, denn es ist bekannt, daß die Rieselung sich billiger und vorteilhafter in der Reinigung selber stellt als die künstliche Reinigung. Es ist mir bekannt, daß ein ähnliches System in Harzburg in Anwendung ist, und in unserer nächsten Nähe ist ebensolche Anlage, die durchaus nicht funktioniert. Ob also die Emscher-Brunnen schon richtig ausprobiert sind, ist mir nicht klar.

Es wird in der Vorlage darauf aufmerksam gemacht, daß es doch zu Kalamitäten führen könnte, wenn nicht frühzeitig Vor Sorge getroffen würde, obgleich es doch zu bedenken ist, daß bei Elper schon ganze Wiesen geriefelt werden und nur bei diesem regenreichen Sommer eine Kalamität entstanden ist. Es wäre nach meiner Überzeugung nicht außer acht zu lassen, innerhalb des braunschweigischen Gebiets Ländereien zu erwerben, und mögen sie 1500 *M* kosten. Wenn sie sich nur als Riesel land eignen, und wenn sie Sandwüsten sind, so bin ich überzeugt, daß die Stadt damit ein rentables Geschäft macht. Trotzdem will ich mich dem Versuche anschließen, der gemacht werden soll, aber ich wünsche, daß die Hauptsache nicht aus dem Auge gelassen wird, immer angebotenes Land zu kaufen, weil es die Stadt aufs allerbeste verwerten kann.

**Stadt v. Voeshigt:** Ich bedauere die Äußerung des Herrn Riefe aus der Rieselgutdeputation, und das um so mehr, wenn er sagt, er wolle mehr als 1500 *M* für den Morgen bezahlen. Der Gedanke, diesen Versuch zu machen, ist aus dem Wunsche entsprungen, die Hochschrauberei des Bodenpreises zu drücken im Interesse unseres Stadtsäckels. Herr Riefe weiß ganz genau, daß die Rieselgutdeputation aus diesem Grunde auf Anregung des Herrn Oberbürgermeisters dazu gekommen ist, den Antrag einzubringen, einmal einen anderen Versuch zu machen. Wir hoffen doch, daß, wenn die Kriegswirren vorbei sind und wieder glückliche Verhältnisse kommen, auch unsere Stadt weiter aufblühen wird, und dann kommen wir immer in die Lage, weiteres Land zukaufen zu müssen, und zwar große Komplexe. So gern ich jedem das Seine wünsche, so dürfen die Forderungen doch nicht dahin ausarten, daß die Stadt alle Preise zahlen soll, die ihr zugemutet werden. Ich halte es für eine glückliche Idee, daß wir einmal ausprobieren wollen, ob wir ein gemischtes System einführen können. Ich glaube nicht, daß der Versuch große Dimensionen annehmen wird, und habe auch nicht das Bedenken, daß durch die Reinigung das Rieselwasser für unsere Felder minderwertig werden wird, denn der Schlick kann doch auch wieder als Düngemittel verwendet werden, aber das Riesel-

wasser kann dabei schneller untergebracht werden. Ich glaube, daß wir diesen Versuch ruhig machen können.

**Stadtv. Dr. Henking:** Ich möchte auch dringend anempfehlen, diese Einrichtung der beiden Emscher-Brunnen in der Art, wie der Herr Referent es uns vorgetragen hat, ausführen zu lassen. Herr Kiefe und der letzte Herr Redner scheinen zu glauben, daß dies neue Versuche wären. Das ist nicht der Fall; eine ganze Anzahl Städte hat schon Versuche damit gemacht. Es ist mir aus der Literatur bekannt, daß bei der letzten Städteausstellung davon gesprochen worden ist und die Emscher-Brunnen warm empfohlen wurden. Der Versuch wird entschieden zum Vorteile des Ausbaues unserer Abwässerreinigung dienen. Es ist hier schon ausgesprochen, daß wir von der Nachbarprovinz keine Ländereien mehr erwerben können, aber die Schwierigkeit der Reinigung unserer Abwässer wird wachsen; folglich müssen wir versuchen, die Reinigung auf andere Weise so zu vollbringen, wie es von der Hygiene verlangt wird. Ich bitte Sie, den verlangten Betrag zu verwilligen.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Wenn nur Wolfenbüttel und Bad Harzburg, wie Herr Kiefe bemerkte, derartige Anlagen gemacht haben sollten, so würden wir daraufhin wohl nicht ohne weiteres mit solch einer Vorlage gekommen sein. Aber es ist, wie der Herr Vorredner eben bemerkt hat, eine große Zahl Städte bereits in ähnlicher Weise vorgegangen, und zwar Großstädte. Nürnberg, Kiel usw. sind neuerdings mit derartigen Anlagen versehen, und wie uns mitgeteilt ist, funktionieren die Anlagen so vollkommen, daß die dortigen Aufsichtsbehörden keine Bedenken tragen, diese Abwässer in die öffentlichen Flußläufe hineinleiten zu lassen. Allerdings ist die Anlage teuer, aber das haben wir schon in unserer Vorlage gesagt, und es dreht sich jetzt nur um die Frage: Kann man durch Ausführung der halben Maßregel, nämlich der Emscher-Brunnen, die Vorklärung so weit vornehmen, daß Rieselwand in höherem Maße aufnahmefähig wird. Ich habe mich auf dem deutschen Städtetage in Köln bei Herren aus verschiedenen Städten des Rheinlandes und Westfalens, die diese Emscher-Brunnen haben, weil es dort an Rieselwand fehlt, nach der Wirkung der Anlagen erkundigt, und übereinstimmend wurde mir erklärt, daß sie der Überzeugung wären, durch derartige Verwendung lediglich der Emscher-Brunnen würde die Aufnahmefähigkeit der Rieselfelder ganz gewaltig gesteigert. Was der Magistrat von Braunschweig beabsichtige, sei keine Neuerung, sondern ein System, wie es die Amerikaner seit langem betrieben und das sich bewährt hätte.

Was nun die Hauptfrage betrifft, so rät Herr Kiefe dazu, soweit es möglich ist, Ländereien anzukaufen. Aber mit dem Ankauf allein ist es nicht getan. Wir

müssen doch anerkennen, daß eine gewisse Belästigung durch die Kiefelfelder hervorgerufen wird. Nun sind uns zwar jenseits der Grenze größere Flächen angeboten, die allenfalls als Kieffland geeignet sind, aber es bestehen dort andere Schwierigkeiten, auf die ich nicht eingehen will, übrigens sind es auch nur 500 Morgen. Wenn die Stadt weiter wächst und auch die 500 Morgen aptiert sind, was machen wir dann? Es wird nichts übrigbleiben, als daß wir auf künstliche Reinigung Bedacht nehmen, wie es andere Städte auch getan haben, denn ich fürchte, in der Provinz Hannover werden wir bei Einrichtung von Kiefelfeldern auch ferner auf den Widerstand der Landespolizeibehörde stoßen. Es ist also sachgemäß, daß wir diesen Versuch machen; was wir erreichen werden, wird sich ja zeigen. Ich bitte, dem Antrage des Magistrats zuzustimmen.

**Vorsitzender:** Ich bitte die Herren, die die 25 000 *M* für die Anlage bewilligen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das scheint einstimmige Annahme zu sein.

## 21. Antrag Schulze auf Inangriffnahme von Notstandsarbeiten im Hoch- und Tiefbauwesen.

Wortlaut des Antrages f. S. 264.

Stadtv. **Schulze** (zur Begründung): Ich war der Ansicht, daß schon in der heutigen Tagesordnung auf Notstandsarbeiten Rücksicht genommen worden wäre. Der Herr Vorsitzende sagte auch eingangs, daß einige Punkte auf der Tagesordnung ständen, die wohl ohne Zweifel den Arbeitslosen Arbeit verschaffen würden. Es sind aber nur drei Punkte, die ganz minimal als solche zu betrachten sind, die Arbeitsgelegenheit bringen. Es sind ja zwar erst drei Wochen seit der Mobilmachung vergangen, aber immerhin macht sich doch schon eine ungeheure Arbeitslosigkeit unter der Arbeiterschaft fühlbar. In den Fabriken wird wohl jetzt noch mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet, aber in der Baubranche liegt die Sache doch wesentlich anders. Dort hat eine ganze Reihe Unternehmer einige Tage nach der Mobilmachung einfach ihre Bauten liegen lassen, lediglich aus dem Grunde, weil sie sich sagen, daß sie momentan kein Geld bekommen werden, oder daß das Geld zu teuer ist. Wenn die Bauten unter solchen Umständen fertiggestellt würden, wäre der Schaden um so größer, wenn die Wohnungen nachher nicht vermietet werden könnten. Hier wäre die Frage zu prüfen, ob es nicht möglich wäre, den Unternehmern vonseiten der Stadt entgegenzukommen, indem ihnen Kredit gewährt wird, damit sie wenigstens in der Lage sind, angefangene Bauten fertigzustellen.

In der Stadt Braunschweig sind von ca. 700 anständigen Bauarbeitern bereits 200 arbeitslos. Wir haben eine ganze Menge Straßen, die gepflastert werden können, aber es wird die Hand in dieser Sache nicht gerührt. Ich habe heute festgestellt, daß von 40 Steinsetzern 30 arbeitslos sind. Ich bin der Meinung, daß auch hierin Wandel geschaffen werden müsse in betreff des Anfangens von Straßenarbeiten. Es sind auch nicht irgendwelche städtischen Arbeiten bei uns in Angriff genommen; nur auf dem Gaswerke ist die Arbeit im Gange, während eine ganze Reihe von anderen Arbeiten begonnen werden könnte.

Ich denke nicht daran, mit meinem Antrage zu bezwecken, daß unproduktive Arbeit hergestellt würde, nur um unter allen Umständen Arbeit zu schaffen, mag sie nützlich sein oder nicht. Aber eine ganze Reihe von Arbeiten können in Angriff genommen werden, und zwar in möglichst kurzer Frist. Ich erinnere an das Viehhofprojekt. Wie lange sind doch die Verhandlungen darüber im Gange, wie lange wird darüber schon hin und her geschrieben! Zu verschiedenen Malen sind von uns darauf bezügliche Anfragen gestellt, aber jedesmal ist dieses oder jenes erst zu regeln gewesen. Man müßte doch zu der Überzeugung kommen, daß endlich einmal Ernst mit der Sache gemacht werden müßte.

Auf dem Brunonia-Grundstücke sollte die Drogistenakademie errichtet und das vorhandene Grundstück umgebaut werden, auf der Hamburgerstraße sollte die Kanalisation geändert werden, die städtischen Familienhäuser sollten gebaut werden. Ferner ist notwendig, in der gegenwärtigen Zeit an die notwendigen Brückenerweiterungen zu denken. Wenn man bei der Mobilmachung den ungeheuren Verkehr beobachtet hat, den die Wendentorbrücke verschlang, so mußte man sich wundern, daß nicht durch Zusammenstoß mit Fuhrwerken Unglücksfälle entstanden sind. Derartige Arbeiten könnten ohne weiteres in Angriff genommen oder gefördert werden, damit Arbeit geschaffen wird.

Ich erinnere ferner an die verschiedenen Straßenbauten, an die Drafenwichtweide, an das Manegoldsche Grundstück, wo der Besitzer schon lange dringend gebeten hat, daß die Stadt ihm hilfreich zur Seite stände, damit er den Bau beginnen könnte. Es wird auch den Bauunternehmern hier und da möglich sein, Bauten fertigzustellen, wenn zu einem anderen System übergegangen wird, als hier üblich ist, indem die Straßenbaukosten den Unternehmern momentan erlassen werden, wie es bereits in Hannover der Fall ist.

Man hat ja zu Anfang der Mobilmachung die Arbeitslosen auf die Erntearbeiten vertröstet. Was aber da bei unseren so sehr verhäthselten Agrariern zutage getreten ist, spottet jeder Beschreibung. Mit Hohn und Spott sind die städtischen Arbeiter, die dort hinausgegangen sind, empfangen worden. Erst heute wieder

erzählte mir ein Arbeiter, er habe sich bemüht, in Volkmarode Arbeit zu bekommen, und man hätte ihm erklärt: wenn er für 6 *M* die Woche arbeiten wolle, so möge er bleiben, sonst könnte er wieder nach Braunschweig gehen und machen was er Lust habe. Sie haben wohl selber genügend aus den Zeitungen erfahren, wie diese Sache mit den Erntearbeitern ausgefallen ist.

Selbst die Staatsregierung hat in dieser schwierigen Zeit nicht auf der Höhe gestanden, denn vor einigen Tagen stand eine Notiz über den Bau der neuen Eisenbahn Celle-Braunschweig in den Zeitungen, daß die Arbeiten stillliegen. Es ist sehr zu bedauern, daß der Staat da nicht energisch eingreift.

Ich möchte dringend bitten, nicht allein meinem Antrage Ihre Zustimmung zu geben, sondern auch meinen Antrag als dringlich zu behandeln, da ich überzeugt bin, daß vorläufig genügend Arbeit geschaffen werden kann. Mit den Bauarbeiten hängen eine ganze Menge Nebengewerbe zusammen, und wenn die Bauarbeiten im Gange bleiben, dann haben auch die Tischler, Schlosser usw. zu tun. Im Winter ist es diesen Leuten weniger möglich, Arbeit zu bekommen, sie sind gezwungen, auf eine starke Arbeitslosigkeit in der kalten Jahreszeit sich einzurichten. Wenn sie aber schon im Sommer mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben, so ist es erklärlich, daß weiterhin größere Not hervorgerufen wird. Jedenfalls ist es unsere Aufgabe, mit dazu beizutragen, daß das verhindert wird. Meine Herren, es wird möglich sein, die Überzeugung habe ich, Arbeit zu schaffen und dahin zu wirken, daß die Not gemindert wird. Wenn in dieser Weise vorgegangen wird, dann wird es den Arbeitern möglich, in anderer Weise der Stadt wieder Zuwendungen zu machen, sei es, daß sie ihre Steuern zahlen können, daß sie Anschaffungen machen usw. usw.

Selbstverständlich werden viele der Herren denken: Wozu sind denn die Gewerkschaften da? Die Gewerkschaften werden in dieser außerordentlichen Not ohne Zweifel auch ihre helfenden Hände über ihre Mitglieder ausbreiten und sie in jeder Beziehung zu unterstützen suchen. Aber bei der außerordentlichen Sachlage wird es ihnen nicht möglich sein, dauernd größere Unterstützungen zu leisten. Hier ist als das Hauptmoment im Auge zu behalten, Arbeit zu schaffen, nicht zu unterstützen.

Wir wollen auch ein anderes Moment mit berücksichtigen. Es sind viele Familienväter bei den Arbeitslosen, die ihre Söhne im Felde haben und in Verbindung mit ihnen stehen, und der eine oder andere möchte ihnen gern Liebesgaben zukommen lassen. Wenn sie dann aber schreiben: „Wir müssen selbst hungern und darben“, dann wird das auch für die Angehörigen, die im Felde stehen, niederdrückend wirken.



Aus alle den angeführten Gründen möchte ich Sie dringend bitten, meinem Antrage Ihre Zustimmung zu geben, daß der Magistrat auf alle mögliche Weise und in aller Kürze darauf hinarbeitet, daß mehr Arbeitsgelegenheit geschaffen wird, als momentan vorhanden ist.

**Vorsigender:** Der Antragsteller wünscht sofortige Beratung seines Antrages. Ich bitte die Herren, die für sofortige Beratung sind, die Hand zu erheben. (Geschlacht.) Das scheint die Mehrheit zu sein. Die Beratung ist eröffnet.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Meine Herren. Mit dem Antrage in seiner Tendenz im allgemeinen werden Sie sich wohl alle ohne weiteres einverstanden erklären. Es entspricht das auch dem, was ich bereits in der vorigen Sitzung als Ansicht des Magistrats kundgegeben habe. Einiges aus den Ausführungen des Herrn Schulze muß ich allerdings beanstanden.

Wenn der Herr Vorredner sagte, alle diese Arbeiten könnte der Magistrat ohne weiteres in Angriff nehmen, so ist das nicht möglich. Ich erinnere zunächst an die Brückenbauten. Der Herr Antragsteller weiß, daß die Brücken nicht der Stadt gehören, sie müssen erst an diese abgetreten werden. Ohne weiteres ist es also nicht möglich, daß wir sie breiter bauen; einen einzelnen Brückenbau haben wir ja im Gange. Selbstverständlich ist der Magistrat bemüht gewesen, die Arbeitsgelegenheit zu erweitern, soweit das möglich ist; wir haben auch mehrere Sachen auf der heutigen Tagesordnung gehabt, die das bewiesen haben. Immerhin gebe ich zu: Allzugroß ist die Auswahl augenblicklich nicht; das hat aber besondere Gründe.

Erwähnt wurde, die Pflasterungsarbeiten hätten mehr gefördert werden können. Ich muß darauf aufmerksam machen, daß die städtischen Behörden beschlossen haben, verschiedene Straßen, die der Herr Vorredner augenscheinlich gemeint hat, mit Teermaßadam zu befestigen. Nun sind leider die gelernten Arbeiter der auswärtigen Firma, der diese Arbeiten übertragen sind, zum Teil einberufen und infolgedessen stocken die Arbeiten. Wir haben uns im Magistrat schon mit der Frage befaßt, ob wir nicht die eine oder andere Straße wieder pflastern lassen sollen, weil auf diese Weise Arbeit geschaffen wird. Darüber wird Ihnen noch berichtet werden. Weiter ist in Aussicht genommen, die Straßenbauten für die Verlängerung der Comeniusstraße in Angriff zu nehmen. Sodann haben Sie heute den Hausbau hinter der Magikirche beschlossen. Den Ausbau einiger Straßen an der westlichen Seite der Goslarischen Straße und die Erbauung mehrerer Arbeiterhäuser dort in Angriff zu nehmen, ist gestern von der Baukommission einstimmig beschlossen. Es

ist sofort das Nötige geschehen, um mit dem Bau der Straße sowohl wie auch der Häuser beginnen zu können. Am Schwesternhause wird eine größere Baracke gebaut, und es soll ein Zufuhrweg dorthin, wie Sie vorhin beschlossen haben, instand gesetzt werden. Mit dem Unternehmer Manegold wird verhandelt, ob nicht die Straßen auf seinen Grundstücken in Angriff genommen werden können, ich hoffe, daß das möglich sein wird.

Den Bahnbau Celle-Braunschweig habe ich heute morgen an zuständiger Stelle zur Sprache gebracht. Ich habe auch sehr bedauert, daß plötzlich mit diesem Bahnbau haltgemacht ist; man hätte meiner Ansicht nach besser getan, ruhig die Arbeiten fortzusetzen. Nun höre ich, daß die Unterbrechung zum Teil daran liegt, daß die zuständigen Beamten zur Fahne einberufen sind. Es ist aber wohl zu hoffen, daß Ersatzkräfte beschafft werden und dann mit diesen umfangreichen Arbeiten wieder begonnen wird.

Im übrigen freue ich mich, daß Herr Schulze auch erklärt hat, er wolle nicht unnütze, sondern nützliche Arbeiten ausführen lassen. Da kann es uns nur angenehm sein, wenn der eine oder andere uns Mitteilung macht, welche Arbeiten nach seiner Meinung in Gang zu bringen möglich ist. Der Magistrat wird gern bereit sein, die Anregung zu prüfen. Auch wir stehen auf dem Standpunkte: Die Arbeitslosen sind nicht mit Unterstützungen abzuspeisen, sondern man soll ihnen Arbeit geben. Deshalb sind wir sehr damit einverstanden, wenn uns dieser Antrag von Ihrer Seite, wenn möglich einstimmig, unterbreitet wird; wir werden versuchen, ihm gerecht zu werden.

**Stadtv. Schulze:** Noch ein paar Bemerkungen über einige Auslassungen des Herrn Oberbürgermeisters. Ich stimme dem ohne weiteres zu, daß manche Arbeiten nicht übers Knie gebrochen werden können, jedoch in betreff der Brückenumbauten bin ich etwas anderer Auffassung. Wenn ich nicht sehr irre, teilte bereits im Herbst vorigen Jahres Herr Bürgermeister Meyer der Versammlung mit, daß die Verhandlungen in bezug auf die Wendentorbrücke so weit erledigt wären. Immerhin bedarf es zur Inangriffnahme der Bauten noch der Vorarbeiten.

Betreffs der Teermafadamarbeiten sagt der Herr Oberbürgermeister, daß geplant wäre, auf verschiedenen Straßen eine Belegung mit diesem Material vorzunehmen, und daß die gelernten Arbeiter dort alle durch die Mobilmachung der Arbeit entzogen wären, so daß es nicht ohne weiteres möglich wäre, die Arbeit fortzusetzen. Ich habe mich auch darnach erkundigt und habe auch mit Steinsetzern Rücksprache genommen. Sie erklärten mir, soweit sie die Arbeit beurteilen könnten, erfordere die Arbeit eine große Fertigkeit nicht. Es würde genügen, wenn die Vorarbeiter

oder die Unternehmer selbst den Leuten ein bis zwei Tage Anleitung geben, dann seien sie oder andere Arbeiter in der Lage, die Arbeit fertigzustellen. Ich bitte darum, daß möglichst bald derartige Arbeiten in Angriff genommen werden, dann ist das erreicht — wie auch im zustimmenden Sinne von Herrn Oberbürgermeister gesagt ist —, was wir erreichen wollen, indem für die Arbeitslosen von Tag zu Tag mehr Arbeit geschaffen wird.

Bürgermeister **Meyer**: Daß der Magistrat grundsätzlich bereit ist, dem Wunsche des Herrn Schulze entgegenzukommen, hat der Herr Oberbürgermeister schon erklärt. Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Ich möchte nur zu dem, was Herr Schulze eben vortrug, noch einiges sagen.

Über die Teermafadamarbeiten hat Herr Baurat Menadier mir schon vor Wochen gesagt, daß der Unternehmer, nachdem die gelernten Leute zum Militärdienst einberufen waren, erklärt hat, es sei ihm zurzeit nicht möglich, die Arbeit fertigzustellen. Ich glaube kaum, daß wir berechtigt sind, hier einzugreifen und die Arbeiten selber fertigzustellen. Verhandelt ist mit dem Unternehmer, und die Verhandlungen werden auch jetzt nicht abgebrochen sein, denn die Stadt selber hat Interesse daran, die Arbeiten, die bereits angefangen waren, fertigzustellen. Daraus, daß das bis jetzt nicht möglich gewesen ist, können Sie sehen, daß die Schwierigkeiten so groß sind, daß sie auch nicht durch den starken Wunsch, Arbeit zu schaffen, sogleich überwunden werden können. Es soll aber nach wie vor versucht werden, die Arbeiten an dem Teermafadamplaster fortzuführen.

Was die Brücken betrifft, so ist schon längere Zeit zwischen dem Staat und der Stadt darüber verhandelt, daß die Petri- und Wendentorbrücke von der Stadt übernommen werden sollen, aber die Differenzen sind dann doch so stark gewesen, daß die Verhandlungen noch nicht haben zum Abschluß gebracht werden können. Wenn man geahnt hätte, daß der Krieg kommen würde, so hätten sie wohl noch beschleunigt werden können. Aber ich mache auf folgendes aufmerksam: Wenn auch jetzt das Abkommen zwischen Staat und Stadt fertig wäre, so würden die Brückenbauten doch nicht sogleich in Angriff genommen werden können, weil das dazu nötige Material nicht in so großem Maße vorhanden ist, wie es zu solchen Arbeiten nötig ist. Dasselbe sagt auch die städtische Bauverwaltung.

Zu Steinsegerarbeiten ist wohl für absehbare Zeit Material vorhanden, und deshalb ist mir schon durch den Kopf gegangen, ob wir nicht verschiedene innenstädtische Straßen neu pflastern lassen könnten, die vorhin vom Herrn Oberbürgermeister nicht erwähnt sind. Die Herren erinnern sich, daß von den städtischen Behörden beschlossen ist, verschiedene innenstädtische Straßen zu asphaltieren. Das ist jetzt

wegen Mangel an Material und an gelernten Arbeitskräften nicht ausführbar. Es würde aber zu erwägen sein, ob nicht an Stelle der dann bei der Asphaltierung ausfallenden Straßen andere neu zu befestigen, beschossen werden kann. Das muß einmal geprüft werden. Sie können durchaus dem Magistrat das Vertrauen schenken, daß er nach Kräften sich bemühen wird, Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Stadtv. **Niese:** Eine Straße, die in halbfertigem Zustande verlassen ist, ist die Bismarckstraße, und es scheint nicht sicher, ob die Fertigstellung mit Teermaßadam bald erfolgen kann. Wenn das der Fall ist, dann möchte ich zu erwägen geben, ob man nicht dort, da wir Vorrat an Kleinpflastersteinen genug haben, die Straße mit Kleinpflaster belegen lassen soll. Wie Sie wissen, hat die Straße etwas Gefälle, und infolge seiner Glätte würde sich dort Teermaßadam nicht so gut eignen wie Kleinpflaster.

Auf dem Westbahnhofe ist noch ein Brunnen, der ungenießbares Wasser enthält. Das Hauptrohr der städtischen Wasserleitung ist in nächster Nähe, deshalb wäre es am Plage, daß dort Wasserleitung hingelegt würde.

Ferner wäre am allernötigsten, den Kanal vom Roten Kreuz in der Hamburgerstraße instand zu setzen, sonst können uns, wenn das Rote Kreuz erst voll belegt ist, leicht Epidemien drohen. Schon infolge von Regengüssen kommt den Leuten an der Hamburgerstraße das Wasser in Keller und Küche, und selbst Verbandwatte ist im Schützenhause in den Keller gedrungen, so daß diese Räume sich nicht eignen, um Eßwaren darin unterzubringen. Würde man dort den Kanal über das Grundstück Veilchenmeiers und über den Galggraben bauen, dann würde unbedingt das nötige Gefälle herauskommen, so daß die Kalamität beseitigt wäre.

Es wäre auch auf dem Rieselgute noch Arbeit zu schaffen. Es sind dort, wie ich glaube, noch verschiedene Abteilungen von Feldern vorhanden, wo der Ortstein noch im Erdboden steckt. Zu solchen Arbeiten kann man natürlich keine Schneider, Buchdrucker oder Xylographen gebrauchen, aber es sind noch eine Menge anderer Arbeiter da, die sich dazu bequemen würden.

Zum Schlusse möchte ich daran erinnern, daß die Schöppenstedterstraße noch mit ihrem alten holprigen Pflaster daliegt. (Weiterkeit.) Da wäre es am Plage, jetzt für eine neue Befestigung zu sorgen. Schlimmstenfalls kann auch ich noch Steinsegerarbeiten mitmachen.

Was die Asphaltarbeiten betrifft, so bemerkte ich: Wenn erst einmal die militärischen Abschiebungen weiter vorgeschritten sind, dann hat auch der Staat und die Eisenbahn ein großes Interesse daran, daß Rohmaterial herankommt, damit es möglich ist, daß in den Fabriken und in der ganzen Industrie gearbeitet werden

kann. Dann wird auch Asphalt und Schottermaterial zu bekommen sein. — Ich möchte dringend ersuchen, aus der Not eine Tugend zu machen und nicht nach Schema F zu verfahren, sondern darüber hinwegzusehen, dann werden wir dem Notstande Rechnung tragen.

**Stadtv. Wesemeier:** Der Kanal in der Hamburgerstraße müßte sowieso recht bald verbessert werden, und ich möchte darum dringend ersuchen. Ich habe bei dem letzten Regenguß die Verhältnisse selbst gesehen, wie sie im Schützenhause, in einem Restaurant, in der Küche, also nicht im Keller, sondern zu ebener Erde vorhanden sind. Aus dem Klosett kam der ganze Unrat vom Roten Kreuz hervor. Auch im Schlachthause, in Räumen, wo Eßwaren aufbewahrt werden, hat zu solchen Zeiten Wasser gestanden, und ebenso sind in der Ludwigstraße und auf der ganzen Hamburgerstraße die Keller voll Wasser gewesen. Das Feuer unter den Wäschekesseln im Keller ist durch das Wasser ausgelöscht worden. Es war ein scheußlicher Geruch, und man hat Wände durchstemmen müssen, um das Wasser nach dem Kanal hin wieder herauszubringen. Dieser Kanal auf der Hamburgerstraße müßte also unter allen Umständen instand gesetzt werden. Es sollen ja einige Einsprüche gegen den neugeplanten Kanal vorliegen, aber in solchen Notfällen müssen solche Einsprüche schnell beseitigt werden.

Was noch nicht weiter in der Besprechung berührt worden ist, das ist der Viehhof. Wenn der in Angriff genommen würde, so würde das einer ganzen Anzahl Leute Arbeit verschaffen. Wir haben jetzt wahrhaftig lange genug darüber beraten, und es wäre Zeit, daß nun einmal Ernst damit gemacht würde.

**Stadtv. Voetschigt:** Schon im vorigen Jahre habe ich im Schützenhause gesehen, was für Unannehmlichkeiten durch den mangelhaften Kanal dort vorliegen, und in diesem Jahre ist dasselbe in erhöhtem Maße vor sich gegangen. Ich habe mit dem Baumeister Villy darüber gesprochen, und er hat sich an Ort und Stelle von den Übelständen überzeugt, aber Abhilfe ist nicht gekommen. Im übrigen habe ich noch folgendes zu bemerken: Jeder Hausbesitzer soll darauf aufmerksam machen, daß harte Sachen nicht in die Klosetts geworfen werden, und da habe ich mich wundern müssen, was für Sachen aus dem Kanal im Schützenhause zurückgekommen sind. Wenn ich daran denke, daß das Rote Kreuz vollgelegt wird, und daß noch 80 Betten in den Baracken dazukommen werden, auch das Schützenhaus mit 150 Betten belegt wird, so weiß ich nicht, wie es möglich ist, daß alle die Abfälle in den Kanal gehen sollen. Da ist es wohl an der Zeit, daß hier für bessere Abführung gesorgt wird. Ich bin überzeugt, daß die ganze Sache im Schützen-

hause wieder so liegt wie im vorigen Sommer, wenn wir nur den geringsten Regen bekommen. Das ist eine Sache, die schon seit mehreren Jahren spielt. Wenn die Schwierigkeiten so groß sind, dann müßte ein Kanal durch das Schützenhausgrundstück gelegt werden, denn dieser Zustand kann so nicht bleiben, besonders wenn jetzt noch zwei Lazarette hinzugelegt werden.

**Stadtv. Frede:** Der Blumenstrauß von Wünschen, der dem Magistrat überreicht wird, ist ganz stattlich geworden. Ich möchte noch einige Blumen hinzufügen. Die Fußwege der Sophienstraße sind in sehr schlechter Verfassung. Ich habe auch schon dem Herrn Bürgermeister die Bitte vorgetragen, den Zustand dieser Wege nachsehen zu lassen. Man muß schon sehr standfest sein, wenn man dort nicht zu Falle kommen will. Es haben dort Senkungen stattgefunden, so daß Berg und Tal entstanden ist. Jedenfalls muß dort einmal etwas zur Besserung geschehen.

Herr Rieke hat sein *Ceterum censeo*, die Schöppenstedterstraße, wieder vorgebracht. Ich möchte mich ihm mit dem Wunsche nach einem Spielplatz im Westen anschließen. Ich weiß nicht, wie die Sache jetzt steht, vielleicht ist eine Beschleunigung möglich.

Die Schulhöfe sind hier und da auch nicht so, wie es wünschenswert wäre. Wohl auf allen Schulhöfen ist ein Schotterpflaster gelegt, aber die Steine sind hervorgetreten, und wenn Kinder zu Falle kommen, beschädigen sie sich leicht.

Die Wilmerdingstraße sieht auch böse aus. Solange sie eine städtische Straße ist, ungefähr seit 1896, ist sie nicht neu instand gesetzt. Gas- und elektrische Leitungen sind während der Zeit in die Häuser gelegt, die Befestigung aufgerissen und wieder zugeschüttet, das Erdreich hat sich gesenkt, so daß auch diese Straße eine Planierung vertragen könnte.

**Stadtv. Dr. Henking:** Ich möchte empfehlen, daß die Straße am Windmühlenberge einer Instandsetzung von der Stadt unterzogen wird. Sie befindet sich auch in heillosem Zustande, besonders bei länger dauerndem Regen.

Verwundert bin ich darüber, daß im Schützenhause beobachtet worden ist, daß bei dem Zurücktreten des Wassers Wattemassen und ähnliche Dinge zutage getreten sind. Das ist durchaus nicht in der Ordnung, und ich weiß nicht, wie es möglich ist, daß in einem gut geleiteten Krankenhaus Wattemassen überhaupt in das Klosett hineingelangen. Ich möchte von dieser Stelle aus bitten, daß Vorforge getragen wird, daß Watte, auch nicht die berühmten Wattepapiere, die hier z. B. von Kleuder zu gewissen Zwecken verkauft werden, nicht in die Klosetts geworfen werde.

Die Bürgerschaft muß sich daran gewöhnen, daß solche Dinge dort nicht hineingehören.

Im übrigen möchte ich warnen, in diesen Tagen ein Aufgraben des Kanals anzufangen; das wäre verkehrt.

**Stadtv. Bunge:** Ich möchte darauf verweisen, daß der Fußweg auf der Hamburgerstraße vom Schützenhause nach der Fabrik auch in ziemlich schlechtem Zustande ist. Auch auf die Kramerstraße möchte ich Ihr Augenmerk lenken, wo es auch nötig ist, daß eine Besserung vorgenommen wird.

Besonders aber eins möchte ich noch zur Sprache bringen, nämlich, daß in erster Linie Braunschweiger Bürger und Steuerzahler zu alle diesen Arbeiten herangezogen werden möchten, und ferner darum bitten, daß die Betreffenden auch die tarifmäßigen Löhne erhalten.

**Stadtv. Frühling:** Ich will nicht neue Vorschläge für Arbeiten machen, aber ich möchte auch an den Magistrat die Bitte richten, den Ausbau dieses Kanals, der am Roten Kreuz vorbeiführt, recht bald in die Wege zu leiten. Es handelt sich nicht um ein Aufreißen, sondern um Schaffung einer Vorflut, und es liegt, wie ich weiß, ein Projekt vor, das ermöglicht, trotz der Einsprüche, die vorliegen, Abhilfe zu schaffen. Auch Arbeit wird dadurch geschaffen. Darin stimmen wir wohl überein, daß auch ohne den Antrag des Herrn Schulze so viel Arbeit geschaffen werden muß wie möglich.

Was die Ausführung des Teermaßadams betrifft, so wird doch in dem Vertrage ein Paragraph sein, auf Grund dessen man den Unternehmer anhalten kann, da seine gelernten Arbeiter weggegangen sind, mit anderen Leuten, die man ihm zuweist, die Arbeit weiterzuführen. Es könnte doch auch unter anderen Umständen geschehen, daß seine Arbeiter ihn verlassen. Ich möchte bitten, den Unternehmer anzuhalten, Leute, die zur Verfügung stehen, anzulernen. Wenn das nicht möglich ist, müßte der Vertrag geändert und unter diesen Umständen Kleinpflaster ausgeführt werden.

**Stadtv. Edhardt:** Unter den Vorlagen, die der Stadtverordnetenversammlung im vorigen Jahre zugegangen sind, befand sich auch die Anschaffung einer Maschine zur Herstellung von Teermaßadampflaster, welche 5000 *M* kosten sollte.

Die Unnehmlichkeiten der Anschaffung einer solchen Maschine waren seitens des Herrn Bürgermeisters Meyer eingehend erläutert worden, so daß es sich erübrigt, darauf heute nochmals eingehend einzugehen; nur soviel möchte ich sagen, daß es gewiß für die Stadt von großem Nutzen sein würde, wenn dieselbe eine

derartige Maschine besäße, um vorliegende Arbeiten bei passender Gelegenheit ausführen zu können, denn wie den geehrten Herren wohl noch erinnerlich sein wird, können diese Arbeiten, um ein halbares Pflaster zu bekommen, nur ausgeführt werden, wenn es nicht regnet. In anderen Städten hat man mit Teermaßadam-pflaster gute Erfahrungen gemacht und würde sie auch hier machen, wenn die städtische Bauverwaltung über eine derartige Maschine verfügte. Es wäre dann die Annehmlichkeit gegeben, durch angelernte städtische Arbeiter bei zusagender Witterung alle Reparaturen usw. prompt in eigener Regie vornehmen zu können.

Ich bitte deshalb den Magistrat, die im vorigen Jahre nicht bewilligten 5000 M zur Anschaffung einer solchen Maschine bewilligen zu wollen, um hierdurch Notstandsarbeiten auch schon jetzt mit ausführen zu können.

**Stadtv. Stegmann:** Der Herr Oberbürgermeister hat den Wunsch ausgesprochen, die Versammlung möchte dem Magistrat Vorschläge für in Angriff zu nehmende Arbeiten machen, und dem ist in reichem Maße entsprochen worden. Trotzdem möchte ich auch noch auf einige Arbeiten aufmerksam machen. Sie wissen, daß ich wiederholt für die Erbauung einer Brücke von der Pestalozzistraße nach dem Maschplatz eingetreten bin. Wenn jetzt die anderen Oberbrücken nicht gebaut werden können, so kann vielleicht jetzt der Frage nähergetreten werden, ob nicht diese Brücke ausgeführt werden kann. Damit würde der Wunsch der Einwohner jenes Stadtviertels erfüllt und zugleich Arbeit geschaffen werden. Außerdem möchte ich jenes Straßenstück, das auf den Maschplatz mündet — Hinter der Masch heißt es wohl — zur Instandsetzung empfehlen, da sich dort sowohl der Fahrweg wie der Fußweg in schlechtem Zustande befindet. Soviel ich weiß, haben die dortigen Anlieger schon längst gewünscht, daß der Fußweg instandgesetzt wird. Ferner befindet sich das Staket, welches das der Stadt gehörende kleine Dreieck Ecke Maschstraße und Hinter der Masch umfaßt, in schlechtem Zustande, so daß eine Erneuerung nötig ist.

Bei der Abstimmung über den Antrag Schulze ergibt sich einstimmige Annahme desselben.

## 22. Anfrage Jasper über die Handhabung des Gesetzes, betr. die Unterstützung von Familien der in den Militärdienst eingetretenen Mannschaften.

Wortlaut der Anfrage s. S. 264.

**Stadtv. Dr. Jasper** (zur Begründung): Dieses Gesetz, das die Fürsorge für die Familien der in Dienst getretenen Mannschaften regelt, ist in seiner Anwendung



neu, und es ist deshalb erklärlich, daß allerlei Zweifel und Schwierigkeiten bei den einzelnen Stellen, die damit zu tun haben, hervorgerufen sind. Mir sind in dieser kurzen Zeit schon eine ganze Reihe von Fragen vorgelegt, deren Beantwortung seitens der städtischen Stelle mir nicht immer ganz einwandfrei erscheint, und die erkennen lassen, daß zum Teil das Gesetz Lücken aufweist, zum anderen Teil aber auch die wohlwollende Anwendung dieses Gesetzes, die uns in der letzten Sitzung zugesagt wurde, von den städtischen Stellen in der Praxis nicht immer beachtet wird.

Um einige dieser Fälle, die mir bekannt geworden sind, herauszugreifen, so sind eine ganze Reihe Reservisten, Landwehr- und LandsturMLEute zur Fahne eingezogen, haben zwei, drei Tage Dienst geleistet und sind dann nach Hause geschickt, ohne daß sie krank oder verwundet waren. Den Angehörigen dieser Leute, die zum Teil oder fast überwiegend zur Disposition ihrer Truppenteile stehen, soll die zweite Rate der Unterstützung von der städtischen Stelle versagt sein. Die Familie ist durch die plötzliche und unerwartete Rückkehr des bisherigen Ernährers eigentlich noch übler daran als vorher, denn seine Arbeitsstelle ist er los, und andere Arbeit ist nicht zu schaffen. Die Anweisungen des Gesetzes versagen da in der Praxis. Herr Stadtrat von Frankenberg war so freundlich, mir mitzuteilen, daß ein Weg vorgesehen wäre, um diese Mißstände zu beseitigen. Ich erwähne diesen Fall nur, weil dann vielleicht Gelegenheit ist, öffentlich das Verfahren richtigzustellen. Besonders diese Vorgänge haben zu mancherlei Unmut in den Reihen der betroffenen Familien bereits Veranlassung gegeben. (Sehr richtig).

Das Gesetz redet von unehelichen Kindern, die der Unterstützung teilhaftig werden sollen, wenn die Vaterschaft des in den Krieg gezogenen Ernährers festgestellt ist. Wie diese Feststellung erfolgen soll, ob ein Urteil vorliegen muß, oder ob ein schriftliches Anerkennnis genügt, etwa im Feldpostbrief, wie mir in den letzten Tagen in verschiedenen Fällen bekannt geworden ist, ist im allgemeinen nicht gesagt. Auch hier würde eine wohlwollende Auslegung im Interesse der notleidenden Familien wohl am Platze sein.

Es sind dann aber auch uneheliche Kinder vorhanden, die schon so groß sind, daß sie selber zum Heeresdienst einberufen sind, und deren Mutter in Not geraten ist, weil sie dadurch ihres Ernährers beraubt ist. Mir ist mitgeteilt, daß seitens der städtischen Stelle entschieden ist: Da es der uneheliche Sohn sei, könne der Mutter trotz der Vorschrift der Ziffer b keine Fürsorge gewährt werden. Ob das richtig ist, konnte ich nicht nachprüfen. Da die betreffende Mutter mich um Auskunft gebeten hat, bringe ich den Fall hier zur Sprache.

Ebenso sind manchmal Kinder vorhanden, die die Frau mit in die Ehe gebracht hat, die aber nicht von dem nachher geehelichten Vater stammen. Es sind

aber diese Kinder mit in der Familie ernährt und erzogen und durch die Einberufung des Ehemannes ihrer Mutter ihres Ernährers beraubt. Auch hier sind Zweifel aufgetaucht, ob diese Kinder als mit zur Familie gehörig gezählt werden sollen. In einem Falle, den ich Herrn Stadtrat von Frankenberg mitteilen konnte, ist Abhilfe geschaffen worden, wie mir der Herr Stadtrat erklärt hat. Es sind mir aber noch andere Fälle mitgeteilt, die zeigen, wie zweifelhaft die Auslegung dieser Fälle ist.

Die Frau ist gegenüber dem Manne unterhaltsberechtigt, auch dann, wenn sie von ihm getrennt lebt. Da ist mir folgender Fall bekannt geworden: Die Frau lebt in Scheidung mit dem Manne, der Mann wird eingezogen, er verweigert aber die Ausgabe des roten Abschnittes, der der Beordnung beigegeben ist, und die städtische Stelle sagt: „Wenn du den nicht anschaffst, kann dir die Unterstützung nicht gewährt werden.“ Es liegt in dem Falle ein Urteil vor, das die Klage des Mannes auf Scheidung als unbegründet abweist, der Mann hat Berufung eingelegt, und durch einstweilige Verfügung ist die Unterhaltspflicht des Mannes ausgesprochen. Die städtische Stelle aber sagt: Schaff mir den Schein! Auch hier würde eine wohlwollende Mitwirkung der städtischen Stelle meiner Meinung nach ganz angebracht sein, indem sie durch Rückfrage bei dem Kommando feststellt, ob der Mann tatsächlich eingezogen ist.

So könnte ich noch eine Reihe von Fällen anführen, will aber Ihre Aufmerksamkeit nicht ermüden und nur durch Anführung dieser Fälle die Schwierigkeiten anzeigen, die das neue Gesetz geschaffen hat. Dabei ist mir ein Moment aufgefallen, das anscheinend vom Magistrat und auch von der Gesamtheit der geehrten Herren, jedenfalls aber von mir übersehen ist, als wir in der vorigen Sitzung uns mit diesem Gesetze zu befassen hatten. In § 6 schreibt das Gesetz vor, daß endgültig über diese Fragen, die der Auslegung des Gesetzes bedürfen, speziell über die Unterstützungsbedürftigkeit der Familie nicht eine städtische Stelle zu entscheiden hat, sondern in jedem Lieferungsverbande entscheidet endgültig eine Kommission. Diese ist berechtigt, die nötigen Auskünfte über die Verhältnisse der einzelnen Familie von der Gemeindebehörde zu fordern, auch letztere zu ihren Verhandlungen zuzuziehen. Es könnte in der Eile passiert sein, daß ich eine Änderung des Gesetzes übersehen habe; ich habe das nachgeprüft, aber ich finde, daß diese Bestimmung noch zu Recht besteht, und daß sie deshalb auch hier angewendet werden dürfte. Ich möchte die Aufmerksamkeit der Versammlung und des Magistrats darauf lenken, ob die Einsetzung einer oder mehrerer derartiger Kommissionen nicht die Lösung derartiger Zweifelsfragen der städtischen Stelle in gewissem Umfange erleichtern und die wohlwollende Auslegung des Gesetzes auch der Kontrolle der Vertretung der Versamm-

lung und der Bürgerschaft mit unterstellen könnte. Ich verkenne nicht, daß eine derartige Kommission erschwerend und verschleppend wirken kann, und denke mir praktisch die Sache so, daß in dem Falle, daß die städtische Stelle den eingereichten Anträgen stattgibt, die Kommission nicht behelligt zu werden braucht, aber dann, wenn Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Antragsteller und den Beamten entstehen, ob eine Unterstützung gewährt werden kann, würde es sachgemäß sein, schon um einheitlicher Richtlinien und um der Mitwirkung der Bürgerschaft halber, diese vom Gesetz vorgesehene Kommission in Tätigkeit treten zu lassen. Ich habe nicht die Form eines Antrages, sondern der Anfrage gewählt, weil ich erst Aufklärung über die Auslegung und Handhabung des Gesetzes vom Magistrat vorweg haben möchte.

**Stadtrat von Frankenberg:** Ich werde auf die einzelnen Punkte nacheinander eingehen.

Was zunächst die Frage betrifft, wie bei Gewährung der Unterstützung gegenüber den Familien von Urlaubern, die zur Disposition ihres Truppenteiles gestellt sind, zu verfahren ist, so schreibt das Gesetz vor, daß derartige Unterstützungsansprüche auch zustehen sollen den Familien derjenigen Mannschaften, welche zur Disposition der Truppen oder Regimentsteile beurlaubt sind. Der Anspruch an sich ist nicht zu bezweifeln, wohl aber macht es Schwierigkeiten, festzustellen, ob eine derartige Beurlaubung tatsächlich stattgefunden hat oder eine Entlassung. Hat eine Entlassung wegen Dienstunfähigkeit stattgefunden, so ist selbstverständlich mit der Entlassung der Unterstützungsanspruch hinfällig geworden, und dann kann lediglich die erste halbe Monatszahlung erfolgen. Diese Feststellung über Entlassung oder Beurlaubung kann nur mit Hilfe der Militärbehörde geschehen. Der Magistrat hat mich deshalb beauftragt, mich mit dem Bezirkskommando dieserhalb in Verbindung zu setzen, und ich werde auch durch mündliche Aussprache die Auskunfterteilung zu fördern suchen. Wenn dann feststeht, daß eine Beurlaubung vorliegt, so hat die betreffende Familie auch nicht unter allen Umständen Anspruch auf Unterstützung, sondern nur im Falle der Bedürftigkeit. Wenn also ein solcher Mann vielleicht erklärt: Ich bin in der Konservenfabrik von Munte tätig gewesen und bin sofort wieder in mein Arbeitsverhältnis eingetreten, so würde es dem Gesetze und dem Willen der geehrten Herren widersprechen, wenn er als bedürftig angesehen würde. Man muß in solchen Fällen zunächst in eine Prüfung eintreten, und die kann nicht lediglich im Bureau vorgenommen werden; dazu gehören unter Umständen noch weitergehende Ermittlungen. Wir haben so summarisch wie möglich diese Ermittlungen veranstaltet, um den Angehörigen so bald als möglich Hilfe zu gewähren. Man wird aber sagen können, daß die Fälle, in denen der Ernährer zurückgekehrt

ist, auf den ersten Anschein nicht so dringlich liegen als die, wo er noch bei der Fahne steht. Für den ersten halben Monat ist die Unterstützung ausgezahlt, und wenn der Betreffende nach drei, vier oder acht Tagen entlassen wird, so befindet sich die Familie für die erste Monatshälfte im Besitz der Unterstützung. — Die Herren sehen aus dem, was ich eben sagte, daß es nicht so leicht ist, die Entscheidung schnell zu treffen. Ich habe mich aber bemüht, und zu meiner Freude auch durchgesetzt, daß die Ermittlungen binnen drei Tagen zur Zahlung führten. Es liegen jetzt täglich etwa 300 solcher Anträge vor, und auf die ist bisher regelmäßig drei Tage nach ihrer Einreichung bei unserer Kassenstelle Zahlung erfolgt.

Was die Vaterschaft unehelicher Kinder von zum Heeresdienst Einberufenen anlangt, so stehe ich auf dem Standpunkte: mir genügt jede Form einer glaubhaften Feststellung; eine gerichtliche halte ich nicht für erforderlich. Auch die Feststellung, die darin liegt, daß von dem Eingezogenen bisher tatsächlich für das uneheliche Kind gezahlt ist, genügt mir. Aber auch diejenigen Fälle, in denen Zahlung bisher nicht geleistet ist, sind nach meiner Auffassung nach dem wohlwollenden Willen des Gesetzgebers zur Zahlung geeignet. Es gibt eine starke Meinung, die auch in der Literatur vertreten wird, daß in diesem Falle nicht zu unterstützen wäre. Ich entnehme aber aus dem Gesetze, daß Zahlung erfolgen soll.

Weiter hege ich keine Zweifel daran, wenn das Gesetz auch zur Zahlung an Verwandte aufsteigender Linie verpflichtet, daß darunter auch die uneheliche Mutter gehört. Ich werde zu aller Sicherheit meine Beamten in dem Sinne unterweisen. Mir ist aber bis jetzt kein Fall bekannt, daß in diesen Fällen schriftlich eine Ablehnung ergangen ist. Wenn das mündlich geschehen sein sollte, so ist das nur darauf zurückzuführen, daß eine Reihe von Hilfskräften eingestellt ist, um dem sehr starken Andränge in den letzten Tagen abzuweichen. Sollte da eine entgegenstehende Antwort erteilt sein, so werde ich dem sofort begegnen.

Was die Kinder aus früherer Ehe betrifft, so schreibt § 2 ausdrücklich vor, daß bei Bedürftigkeit auch Kindern aus früherer Ehe Unterstützung gewährt werden soll. Ich gehe bei der Auslegung noch weiter, obgleich ich anerkenne, daß aus dem Gesetze sich Zweifel ergeben. Wenn auch uneheliche Kinder mit in die Ehe gebracht sind, ist auch für diese Reichsbeihilfe zu gewähren. Wenn wir sie nicht nach diesem Gesetze leisten, so würden wir jedenfalls im Wege der Armenpflege für sie zu sorgen haben. Es geht also in einem hin, ob wir auf diesem oder auf dem anderen Wege helfen, höchstens ist das Risiko dabei, daß uns vom Finanzkollegium Schwierigkeiten bereitet werden; ich hoffe aber, daß wir darüber hinwegkommen. Die Einholung der Nachricht der Militärbehörde, daß der betreffende Heerespflichtige tatsächlich einberufen ist, ist allerdings nicht zu vermeiden. Ich versteife mich aber

keineswegs darauf, daß gerade der übliche rote Schein vorgelegt werden muß. Mir soll jeder Nachweis genügen, und ich werde auch darüber mit dem Bezirkskommando Rücksprache nehmen, um die Zeit bis zur Gewährung der Unterstützung abzukürzen. Inzwischen fangen ja allmählich auch die Anträge an, abzuebben, so daß die Militärbehörde imstande sein wird, derartigen Wünschen zu entsprechen.

Bezüglich der von Herrn Dr. Jasper erwähnten Kommission steht der Stadtmagistrat nach den Ausführungen des Gesetzes auf dem Standpunkte, daß der Magistrat selber die Befugnisse dieser Kommission wahrzunehmen hat und ihm alle zweifelhaften Fälle vorgelegt werden sollen, um eine Entscheidung darüber herbeizuführen. Auch der Braunschweigische Minister des Innern, mit dem Rücksprache über diesen Punkt zu nehmen ich Gelegenheit hatte, ist damit einverstanden, daß der Stadtmagistrat in dieser Weise vorgeht. Es gewährt das, da der Stadtmagistrat zweimal in der Woche Sitzungen abhält, den Beteiligten die möglichste Sicherheit, daß die eingegangenen Anträge schnelligst erledigt werden. Das soll auch in Zukunft unser Bestreben sein. Ich werde alles aufbieten, um den Gesuchen um Kriegsbeihilfe nach Möglichkeit innerhalb dreier Tage zu entsprechen.

### 23. Antrag Bunge auf Unterstützung unbemittelter Wöchnerinnen.

Wortlaut des Antrages f. S. 264.

Stadtv. **Bunge** (zur Begründung): Meine Herren. Ich betrachte als eine der vornehmsten Aufgaben der Kommune in der jetzigen Zeit, daß sie sich der Wöchnerinnen annimmt. Wohl haben die Ärzte in der Stadt Braunschweig unentgeltliche Behandlung bedürftiger Angehöriger im Felde stehender Krieger zugesichert, aber man hat vergessen, daß auch andere durch die Arbeitslosigkeit in Not geraten und, sobald sie außer Arbeit sind, nicht mehr den Krankenkassen angehören. Wie man auch diese in jeder Weise unterstützen soll, so stehe ich auch auf dem Standpunkte, daß man allen denjenigen, die unbemittelt sind und ihrer schweren Stunde entgegensehen, Hilfe, und zwar auf städtische Kosten, bringen soll. Es ist in Friedenszeiten schon vielfach vorgekommen, daß für solche sehr schlecht Hilfe zu erlangen war, hauptsächlich des Nachts. Deshalb wäre es am Platze, daß Vorkehrungen getroffen würden, solche herbeizuschaffen. Es gibt Familien, bei denen der Mann außer dem Hause ist oder im Felde steht und nur die Kinder zu Hause sind, so daß es in solchem Falle nicht einfach ist, einen Arzt oder eine Hebamme zu erlangen. Deshalb bitte ich, daß in der Weise Vorsorge getroffen wird, daß man in irgend einer Weise eine Stelle hätte, wo man schnellstens Hilfe bekommen kann.

Auch etwas anderes möchte ich noch befürworten, das ist die Pflege der Wöchnerinnen, ein Gebiet, auf dem viele Kräfte benötigt werden. Dazu, diese Pflege zu übernehmen, gehört wohl auch eine gewisse Vorbildung, und ich hoffe, daß sich wohl eine ganze Reihe Frauen aus bürgerlichen wie auch aus Arbeiterkreisen finden, die gern in solchen Fällen zugreifen. Mir ist ein Fall bekannt, wo die Frau sieben Kinder hat, der Mann steht im Felde und sie sieht ihrer Entbindung entgegen. Da ist es wohl notwendig, daß die Frau Pflege bekommt und für die Kinder, die noch klein sind, in irgend einer Weise gesorgt wird, daß sie ordnungsmäßig umhergehen können. Man kann ja auf verschiedene Weise diese Pflege vornehmen, auch durch Anstaltspflege wird das erreicht. Aber es ist nicht jede Frau dazu zu bewegen, daß sie nach der Anstalt geht. Es liegt manchmal eine gewisse Aversion vor, und da müßte man auf Hauspflege Bedacht nehmen. — Es ist wirklich so, Herr Sanitätsrat. Ich habe mit verschiedenen Frauen gesprochen, und sie sagten mir: Wenn sie nicht absolut hin müßten, meinetwegen nach dem städtischen Krankenhaus, dann gingen sie nicht hin. Ich möchte bitten, meinem Antrage Ihre Zustimmung zu geben.

Der Vorsitzende überweist den genügend unterstützten Antrag der Finanzkommission zur Vorberatung.

## 24. Antrag Wesemeier auf Notfallunterstützung solcher Arbeitsloser, denen von der städtischen Arbeitsnachweiszentrale keine Arbeit vermittelt werden kann.

Wortlaut des Antrages s. S. 273.

Stadtv. **Wesemeier** (zur Begründung): Daß solche Anträge kommen mußten, ergibt sich aus der Sachlage, wie sie durch den Krieg geschaffen ist. Mein Antrag verfolgt dasjelbe Ziel wie der Antrag Schulze. Er will die Not beseitigen, die durch die Arbeitslosigkeit geschaffen ist und zweifellos noch größer werden wird. Der beste Weg ist der, daß Arbeit geschaffen wird, dann hat auch die Gemeinde Vorteile davon, indem sie die Arbeit nutzen kann, für die sie Geld ausgibt. Leider wird es nicht möglich sein, alle den Arbeitslosen Arbeit zu geben. Gleich nach der Mobilmachung ist in der Stadt vielfach Arbeitslosigkeit eingetreten. Sofort als die Mobilmachung begann, sind von vielfachen Millionären große Betriebe mit über 500 Arbeitskräften geschlossen, während gleichartige Betriebe wie jene die Arbeit fortgesetzt haben. Ein Betrieb, der reiche Aufträge von der Militärverwaltung bekommen hat, hat seinen Tischlern angeboten, für die Hälfte des bisherigen Lohnes zu arbeiten. Die Arbeitslosigkeit ist also ziemlich groß, und es

kommt hinzu, daß nicht zutrifft, was man geglaubt hat, nämlich, daß in der Landwirtschaft ein großer Teil der Arbeitslosen untergebracht werden könne. Es kommt die verfehlte Maßnahme hinzu, die im ersten Augenblick Hals über Kopf von Herrn Schuldirektor Rehfus unternommen worden ist, der Landwirtschaft Gratisarbeitskräfte zu übermitteln, so daß die Landwirte auf dem Standpunkt angelangt sind, überhaupt keinen Lohn mehr zahlen zu brauchen.

Wir haben heute in den fünf größeren Verbänden in der Stadt Braunschweig schon über 1000 Arbeitslose. Es bestehen in der Stadt 41 Verbände, und wir werden demnächst eine Statistik aufnehmen, durch die ein klares Bild über die Arbeitslosigkeit gegeben werden kann, was ja auch durch den zentralen Arbeitsnachweis geschaffen werden wird. Es handelt sich darum, die jetzt im Sommer arbeitslos Gewordenen, nicht etwa durch Witterungsverhältnisse, nicht dafür zu bestrafen, daß sie infolge des Krieges ihre Arbeit verloren haben und auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind. Er wird eine ganze Reihe davon geben, deren Familien es dringend nötig haben, in solchen Fällen eine Notstandsunterstützung zu bekommen. Die Kontrolle über solche Fälle ist uns durch den zentralen Arbeitsnachweis gegeben. Alle Arbeitslosen können sich dort melden, und wenn ihnen keine Arbeit nachgewiesen werden kann, mögen sie sich an die Stadt wenden. Eine solche Unterstützung dürfte selbstverständlich nicht als Armenunterstützung gelten, denn das wäre eine Bestrafung ungerechtfertigterweise.

Unsere Unterstützungssätze für die Familien der im Felde Stehenden sind tatsächlich schon niedrig genug festgelegt worden. Eine ganze Reihe kleiner Ortschaften zahlt wesentlich höhere Sätze. Osnabrück zahlt für Frauen monatlich 30 *M*, — wir 15 *M* — für jedes Kind 10,50 *M* — wir 7 *M* —, so daß dort auf eine Frau und drei Kinder 61,50 *M* entfallen. Die Stadt Leipzig geht von den Sätzen aus, die wir in Friedenszeiten zu militärischen Übungen eingezogener Mannschaften zu gewähren haben: bis zu 60 % des ortsüblichen Tagelohns, so daß etwas über 60 *M* an eine Frau mit drei Kindern gezahlt wird. In Lübeck werden auch 60 *M* gezahlt, hier 36 *M*, während wir in Friedenszeiten den Frauen der Eingezogenen einige 60 *M* auszahlen müssen (nämlich jene 60 %). In Osterode oder Northheim zahlt man ebenfalls bedeutend höhere Sätze als in Braunschweig. Wenn wir also solch minimale Leistungen für die Angehörigen der in den Krieg Gezogenen zahlen, so kann um so mehr für die anderen Kreise etwas geschehen, die arbeitslos werden.

Es kann kein Bedenken erwecken, was uns gewöhnlich immer entgegengehalten wird, daß das Reichsgesetz dem entgegenstände, darüber hinauszugehen. Solche Fälle sind nicht als Armenunterstützung zu betrachten. Es ist tatsächlich, das wird

jeder anerkennen müssen, ein besonderer Notstand, der durch den Krieg geschaffen ist, und in solchen Fällen darf eine derartige Unterstützung nicht als Armenunterstützung angesehen werden. Es ist im Interesse der Stadt dringend nötig, daß solche Familien unterstützt werden, damit nicht Hunger im weitesten Umfange in den Familien Platz greift.

**Vorsitzender:** Der Antrag ist genügend unterstützt; ich überweise ihn der Finanzkommission zur Vorberatung.

## 25. Anfrage Steinbrecher über die Fürsorge für in der Stadt Braunschweig anwesende Ausländer.

Wortlaut der Anfrage s. S. 273.

**Stadtv. Steinbrecher** (zur Begründung): Die jetzt einsetzende Unterstützungsaktion für unsere Landsleute und Mitbürger hat gezeigt, daß auf diesem Gebiete wirklich etwas geleistet wird. Nun möchte ich aber auch wissen, wie die hier in Braunschweig weilenden Ausländer von der Stadt unterstützt und versorgt werden. Sie wissen, daß nach Deutschland durch die Feldarbeiterzentrale viele Tausende ausländischer Arbeiter hineinkommen. Nun sind diese Ausländer doch ebenso unschuldig durch den Krieg in Not geraten wie unsere eigenen Landsleute, so daß wir sie ohne weiteres nicht fallen lassen dürfen. Mich interessiert es, wie diese Leute versorgt werden. Ich frage nicht deshalb darnach, weil ich meine, daß der Magistrat seine Schuldigkeit nicht tue, sondern deshalb, um nach außen feststellen zu lassen, wie die Ausländer von uns behandelt werden gegenüber manchen Vorkommnissen im Auslande selbst.

Ich möchte nun noch einen Fall anführen, der unsere Braunschweiger Mitbürger und Arbeiter betrifft, und zwar sind das die Monteure der großen Fabriken von Luther, Amme, Giesecke u. Konegen und der Firma Jüdel, die im Auslande, auch in Rußland und Frankreich zu arbeiten haben, zuweilen an Stellen, die weit im Hinterlande liegen, und denen es nicht möglich ist, zurückzukommen. Jetzt entsteht für die Frauen die Schwierigkeit: Wie soll ich Nachricht von meinem Manne erhalten, wo ist der augenblicklich? Zum größten Teile sind das Leute, die eigentlich hätten dienen müssen. Ich habe in einem Falle versucht, durch das Auswärtige Amt einer neutralen Macht, durch das amerikanische Konsulat mit dem im Auslande sich Befindlichen in Verbindung zu treten, denn soviel ich weiß, sind die Angehörigen Deutschlands im Auslande dem Schutze des amerikanischen Konsuls unterstellt. Wie Sie ohne weiteres einsehen werden, führte auch dieser Weg nicht zum Ziele. Die Frauen können schreiben, was sie wollen, sie werden keine Nachricht erhalten. Da von den Fabriken Luther und Konegen, soviel ich weiß, noch sechs Braunschweiger in Rußland und Frankreich stecken, so möchte ich einmal anfragen, ob nicht von seiten



des Magistrats die Liste dieser Personen eingereicht und so durch Vermittlung des Staatsministeriums den Frauen beizuspringen wäre.

Sodann kommen auch viele österreichische Staatsangehörige in Betracht, deren Männer hier in der Zuteppinnerei gearbeitet haben, und die durch Österreich in den Krieg gezogen sind. Darüber habe ich mit dem österreichisch-ungarischen Konsulat in Wien verhandelt; sie werden hier unterstützt, aber meistens können sie nicht richtig deutsch sprechen und schreiben können sie so gut wie gar nicht. Sie bekommen nun vom Konsulat einen vierseitigen Bogen zugeschickt, der ausgefüllt werden muß. Die eine Seite kann ich wohl selbst ausfüllen, aber auf der anderen Seite steht: „Dieser Text muß von der Wohnsitzbehörde ausgefüllt werden.“ Ich habe die betreffende Frau zum Magistrat geschickt, und zu der hat der Beamte gesagt: Ich weiß nicht, ob wir das ausfüllen dürfen, oder ob das die österreichische Behörde tun muß. Ich werde die Sachen noch einmal nach dem österreichischen Konsulat hinsenden müssen und anfragen, ob der hiesige Magistrat berechtigt ist, diese Sachen auszufüllen. Ich wollte diesen Fall hier mitteilen, damit die Magistratsbeamten den Bescheid bekommen, den Österreichern, die in solcher Angelegenheit zu ihnen kommen, nach Möglichkeit die Arbeit abzunehmen. Nun hat der „Volkssfreund“ eine Notiz aus Berlin gebracht, wonach das Berliner Auswärtige Amt angeregt hat, daß die in Österreich befindlichen Deutschen dort und die in Deutschland befindlichen Österreicher von hier aus unterstützt werden. Vielleicht wäre es gut, wenn der Magistrat sich erkundigte, ob eine solche Abmachung für das ganze deutsche Reich gilt. Die Familien der Männer, die bei den befreundeten Armeen dienen, bekämen dann dieselbe Unterstützung, und es würde die ganze Schreiberei nicht nötig sein.

**Stadtrat von Franzenberg:** Nach den gesetzlichen Vorschriften ist jede deutsche Gemeinde verpflichtet, für die in ihrem Bezirk weilenden hilfsbedürftigen Personen zu sorgen, und dabei ist grundsätzlich ein Unterschied zwischen Deutschen und Ausländern nicht gemacht. Es ist lediglich die Vorschrift gegeben, daß wir berechtigt sind, von dem Land-Armenverbande, also der Kreisdirektion, die Unterstützung für Ausländer uns erstatten zu lassen. In vielen Fällen, in denen Ausländer unterstützt und besonders dauernd unterstützt sind, ist von der Kreisdirektion die Überführung in den Heimatstaat in die Wege geleitet. Das hat aber eben keine Bedeutung in den Fällen, in denen es sich um Angehörige der Staaten handelt, mit denen wir uns im Kriegszustande befinden. Es ist ausgeschlossen, daß wir Russen über die Grenze nach ihrer Heimatgemeinde überführen könnten. Was die russischen Staatsangehörigen betrifft, so hat die Stadtbehörde, soweit es sich um Männer handelt, Veranlassung genommen, dafür zu sorgen, daß Übelstände vermieden werden. Nach-

dem wir ihnen anfänglich Aufenthalt im städtischen Pflegehause gewährt haben, sollen sie jetzt in ausgedehntem Umfange und unter Beachtung der nötigen Sicherheitsmaßregeln in der Herzoglichen Strafanstalt untergebracht werden. Es ist richtig, daß der Staat endgültig diese Maßnahme, die vom armenrechtlichen, sicherheitspolizeilichen und vom militärischen Standpunkte aus zu beurteilen ist, selber in die Hand genommen hat und nicht uns die Fürsorge überläßt. Die Unterstützung anderer Ausländer haben wir in dieser schweren Kriegszeit unverändert fortgesetzt und sind in denjenigen Fällen, wo es sich um gesunde, reisefähige Arbeiter handelte, bemüht gewesen, dafür zu sorgen, daß sie nicht unbedingt in Braunschweig Aufenthalt nehmen, sondern wenn möglich von Ort zu Ort nach der Heimatsgemeinde zurückkehren. Es versteht sich von selber, daß Braunschweig nicht als Zentrale für arbeitslose Ausländer betrachtet werden kann.

Herr Steinbrecher hat mit seiner Anfrage zugleich eine andere verbunden über die im feindlichen Auslande befindlichen Braunschweiger, die als Kriegsgefangene dort festgehalten werden, auch über die Frau eines Mannes, der sich augenblicklich in Serbien aufhält. In den Fällen hat selbstverständlich einstweilen die Armenverwaltung einzutreten. Es würde ja erwünscht sein, wenn man hoffen könnte, daß man von dem Aufenthalte jener Personen Nachricht erhielte, aber jede Hoffnung, etwa vom Auswärtigen Amte über im feindlichen Auslande Verweilende Nachricht zu bekommen, halte ich beim Verhalten, das der russische Staat in anderer Beziehung gezeigt hat, für aussichtslos. Ich kann auch keine Hoffnung machen, daß unsere Behörden versuchen, nach Rußland deswegen ein Schreiben zu richten. Dagegen würde ich es begrüßen, wenn eine gegenseitige Verständigung mit unserem Bundesgenossen, welche die Kriegsunterstützung der Familien zum Gegenstande hat, wirklich zustande gekommen wäre. Sollte das der Fall sein, so würden wir wohl vom Ministerium in nächster Zeit darüber Nachricht erhalten. Im übrigen bin ich gern bereit, soweit es sich nicht um fremde Sprachen handelt, den von Herrn Steinbrecher erwähnten Frauen bei der Ausfüllung des fraglichen Formulars behilflich zu sein und werde nötigenfalls auch veranlassen, daß sich die Rechtschutzstelle für Frauen damit beschäftigt.

## 26. Anfrage Kleinfnecht über die Sperrung des durchgehenden Verkehrs in der Pawelstraße.

Wortlaut der Anfrage siehe S. 273.

Stadtv. Dr. **Kleinfnecht** (zur Begründung): Die Pawelstraße ist, wie mir bekannt ist, eine Privatstraße. Sie war vor Jahren für Fußgänger- und Wagen-

verkehr geöffnet und vermittelte den Verkehr vom Wilhelmitorwall nach der Hohentorbrücke. Seit einer Reihe von Jahren ist sie für den Wagenverkehr versperrt, blieb aber für Fußgängerverkehr gangbar. Nun aber ist seit zwei Monaten auch der durchgehende Fußgängerverkehr aufgehoben, und zwar ohne daß weder am Wilhelmitorwall, noch an der Hohentorbrücke ein Hinweis darauf erfolgt ist, so daß die Leute, die die Straße passieren wollten — anfangs auch die Anwohner der Straße selbst — in die Straße hineingingen und unverrichteter Sache wieder umkehren mußten. Das ist ein nicht erstrebenswerter Zustand, und ich habe schon länger den Wunsch gehabt, daß er wieder aufgehoben würde. Ganz besonders rege ist dieser Wunsch in mir geworden, seitdem ich weiß, daß die Privatlinik, die an dieser Straße liegt, und die auch in normalen Zeiten viel aufgesucht wird, aussersehen ist, um Kriegsverwundete und Kranke aufzunehmen. Wenn dann die Transporte vom Bahnhofe nach dorthin ausgeführt werden sollen, so ist der Weg vom Wilhelmitorwall aus viel näher als der über die Hohentorbrücke. Es werden also durch die Sperrung Unzuträglichkeiten und große Unbequemlichkeiten herbeigeführt. Ich halte es für dringend erwünscht, daß dieses Verkehrshindernis aufgehoben wird, und bitte den Magistrat, Auskunft zu geben, ob dieses möglich ist, und wie auf Beseitigung dieses Verkehrshindernisses hinzuwirken ist.

**Bürgermeister Meyer:** Der Herr Vorredner hat schon gesagt, daß die Pawelstraße eine Privatstraße ist, es wäre noch genauer gewesen, wenn er gesagt hätte: zwei Privatstraßen, denn die Pawelstraße besteht in Wirklichkeit aus zwei Straßen, die zu verschiedener Zeit entstanden sind und heute einen Namen tragen. Der Zufall hat es gewollt, daß beide Straßen im rechten Winkel zusammenstoßen, und daß sie die alte Grenzlinie noch besitzen, die heute durch das Gitter markiert ist. Der Stadtmagistrat hat allerdings Kenntnis davon, daß dieses Gitter gezogen ist, ist aber der Meinung, daß ein öffentliches Interesse für Beseitigung dieses Gitters nicht in dem Maße vorhanden ist, daß die Stadt besondere Aufwendungen deswegen machen müßte, und zwar um so weniger, als von den Anliegern bisher keine Versuche gemacht sind, diesen Übelstand für die Straße zu beheben. Das größte Interesse an einem ungehinderten Durchgange liegt doch wohl bei den Anliegern, sie in erster Linie würden deshalb auch, wenn der Magistrat eingreifen soll, sich dazu verstehen müssen, Opfer zu bringen.

Ich mache darauf aufmerksam, daß die Pawelstraße als eine Privatstraße von der Stadt nicht übernommen ist und auch von ihr nicht unterhalten wird. Es sind früher Verhandlungen durch die Stadt wegen Übernahme der Straße gepflogen, sie sind aber gescheitert, da die Anlieger nicht bereit waren, die Abfindungssumme, die

der Magistrat für angemessen hielt, ihrerseits zu tragen. Der Zustand der Straße, so wie er heute ist, ist zurückzuführen auf den Willen der Anlieger selbst. Der Magistrat ist in seiner Erörterung der Sache sich grundsätzlich dahin schlüssig geworden, daß er, wenn die Anlieger heute mit einem Antrage kämen, die Straße stadtheftig zu übernehmen, nicht abgeneigt wäre, ihre Wünsche zu unterstützen, vorausgesetzt, daß die Anlieger auch finanziell etwas zu tun bereit sind.

## 27. Anfrage Wesemeier über Ankauf und Abgabe von Lebensmitteln seitens der Stadtverwaltung.

Wortlaut der Anfrage f. S. 274.

Stadt v. **Wesemeier** (zur Begründung): Meine Herren. Die vorige Versammlung hat den Magistrat ermächtigt, auch Korn- und Kartoffelankäufe vorzunehmen. Es wird jedenfalls jeden einzelnen von uns interessieren, zu erfahren, welche Stellung der Magistrat zu diesem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung genommen hat. Es ist zweifellos außerordentlich wichtig, daß Konserven von der Stadt angekauft sind, aber viel wichtiger wäre es noch, daß in der Zeit, wo es noch möglich ist, die Stadt mit weiteren Lebensmitteln versorgt wird. Es wird jetzt die rechte Zeit sein, Roggen einzukaufen, und es kann uns nicht gleichgültig sein, welche Stellung der Magistrat dazu nimmt. Es wird nach außen hin zur Beruhigung beitragen, wenn man weiß, wie der Magistrat über diesen Ankauf von Lebensmitteln denkt. Es wird zweifellos der Zustand eintreten, daß Spekulanten die Kornpreise in die Höhe zu treiben suchen, oder die Landwirte von selber versuchen, die Kornpreise höher zu schrauben, so daß man annehmen kann, daß die Roggenpreise, je weiter wir in den Winter hineinkommen, steigen werden. Es wäre ja gut, wenn ich mich in dieser Beziehung irrte, aber jedenfalls wäre es auch gut, wenn wir die Stellung des Magistrats kennen lernten.

Jetzt käme es unserer Bevölkerung auch gut zustatten, wenn unseren Anträgen zugestimmt wäre, eine Schweinemästerei auf dem Kieselgute wie eine Kaninchenzuchtfarm anzulegen, so sehr man damals auch darüber gelacht hat. Man ruft jetzt von allen Seiten dazu auf, Kaninchen zu züchten, um für den Winter auch Fleischnahrung zu haben; man befürchtet also schon, daß es für den Winter mit der Fleischnahrung nicht zum besten bestellt sein wird. Es wäre gut, wenn die Befürchtung nicht zuträfe, aber sie besteht nun einmal.

Ich habe auch vermißt, daß man dem allgemeinen Rufe der Presse gefolgt ist, Gemüse auf jedes Landstückchen, das zur Verfügung steht, anzubauen. Sowohl von seiten der Stadt wie auch der Unternehmer ist man dem nicht in dem Maße

gefolgt, wie es meines Erachtens möglich war. Wir haben das große Flugfeld, das vollständig brach liegt. Dort konnte meiner Meinung nach eine große Menge Gemüse für den Herbst gezogen werden, wenn die Stadt es rechtzeitig in Angriff genommen hätte; jetzt allerdings wird es reichlich spät sein. Es wäre damit Arbeit geschaffen worden, und der Ertrag wäre der Bevölkerung im Winter zugute gekommen. Um so mehr hätte das geschehen können, als bekanntgegeben ist, daß Kohlspflanzen in sehr reichem Maße angeboten werden. Die Fluggesellschaft hat in solchem Falle nichts mehr zu sagen, sondern einfach zuzustimmen, wenn es im Interesse der gesamten Bevölkerung liegt. — Besonders möchte ich Auskunft haben, ob der Magistrat dem Antrage der Stadtverordneten zugestimmt hat und in der Sache vorzugehen gedenkt.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Ein Antrag der Stadtverordneten an den Magistrat, er möchte noch weitere Ankäufe an Korn und Kartoffeln machen, ist mir nicht bekannt; soweit ich mich erinnere, handelt es sich nur um eine Ermächtigung des Magistrats, seine Vorlage angemessen zu erweitern. Der Magistrat hat sich nun verschiedentlich mit der Frage befaßt, ist aber zu dem Resultate gekommen, daß es nicht angezeigt sei, Ankäufe in Korn zu machen. Bei den Konserven lag die Sache insofern anders, als unsere Konserven sehr beliebt sind und zu besorgen war, daß sämtliche Konserven, wenn nicht von uns eingegriffen wurde, aus der Stadt herausgingen zur Versorgung von Heer und Marine. Da nun die Einwohnererschaft an den Genuß der Konserven sich gewöhnt hat, so haben wir im Einverständnis mit Ihnen einen großen Posten Konserven angekauft, der in diesen Tagen geliefert werden wird. Nun konnte die Frage entstehen, ob wir nicht in gleicher Weise mit dem Ankauf anderer Nahrungsmittel vorgehen sollten. Die Sache hat aber ihre Bedenken. Einmal wird ohne Frage, wenn wir solche Ankäufe in großem Maße vollziehen sollten, der Preis ohne weiteres beeinflusst. Es müßten schon gewaltige Massen Korn sein, die wir für die Stadt ankäufen. Was würde es denn bedeuten, wenn wir die Stadt für 8—14 Tage versorgten? Da müßten wir schon größere Posten nehmen. Außerdem fehlt es auch an den nötigen Lagerräumen dafür. Das Entscheidende aber ist der Umstand gewesen, daß wir uns gesagt haben: Die Ernte ist sehr reich ausgefallen, sie ist körnerreich und ist zum größten Teil bei gutem Wetter hereingebracht. Einer übermäßigen Preissteigerung kann auf andere Weise begegnet werden als dadurch, daß die Stadt große Massen ankauft. Es wird Herrn Wesemeier bekannt sein, daß ein Reichsgesetz erlassen ist, daß im Nothfalle die Landesbehörden die Preise festzusetzen ermächtigt sind, und wenn der eine oder andere sich weigern würde, zu den Preisen herzugeben, dann

ist die Gemeinde berechtigt zu sagen: Dann nehmen wir sie dir ohne weitere Umstände ab. Es ist das ein Expropriationsgesetz, wie es kräftiger gar nicht gedacht werden kann. Wir sind der Ansicht, daß mit Hilfe dieses Gesetzes — das in Hamburg, wie ich gelesen habe, schon angewandt ist — die Preise so gehalten werden können, daß ein besonderer Notstand für die Einwohnerschaft beim Einkauf von Lebensmitteln nicht eintreten wird.

Dann hat Herr Wesemeier auf den Flugplatz hingewiesen und verlangt, daß wir dessen Bestellung vornehmen sollten. So liegt die Sache denn doch aber nicht. Wir sind heute nicht allmächtig, so daß der Magistrat ohne weiteres in die Rechte der einzelnen eingreifen kann, wie es ihm beliebt. Der Platz ist von uns auf eine Reihe von Jahren weggegeben, und die Gesellschaft hat ihn unter Aufwendung großer Kosten mit Rasen besamt, weil er zu dem Zwecke, dem er dienen soll, eine feste Grasnarbe haben muß. Es müßte doch zunächst gepflegt werden, wenn man eine größere Fläche schaffen will, auf der Gemüse gebaut werden soll. Wenn man solche Feldfrüchte anbauen wollte, als es nach meiner Ansicht noch Zeit war, dann standen dafür so und so viele Tausende von Stoppelfeldern zur Verfügung, die nur umgebrochen und mit Rüben und dergleichen besät zu werden brauchten. Nun ist zu bedenken, daß augenblicklich die Zeit schon reichlich weit vorgeschritten ist, und es ist auch jetzt zu trocken zum Säen. Es würde sich hauptsächlich handeln um weiße Rüben als Viehfutter, allenfalls auch als Speise für Menschen. Ich habe sie in meiner Jugend auch mit Kartoffeln und Speck gegessen, es ist immerhin eine schöne Volksnahrung. Das könnte man noch machen, aber man darf nicht sagen, daß deswegen einfach der Fluggesellschaft das Feld genommen werden soll. Bei all diesen Sachen ist es, wie ich glaube, sehr schwer, daß die Gemeinde die nötigen Einrichtungen schafft. Es ist nötig, wie das schon von der Kreisdirektion geschehen ist, daß die Besitzer der geeigneten Grundstücke belehrt werden, damit sie ihre Felder durch Besäung mit Feldfrüchten, die im Herbst noch reif werden, ausnutzen. Darauf können wir hinwirken, aber weiter können wir meiner Ansicht nach nichts tun.

## 28. Antrag Bunge über den Koksverkauf in der Gasanstalt.

Wortlaut des Antrages f. S. 276.

Stadtv. **Bunge** (zur Begründung): Wer es irgend jetzt machen kann, holt sich noch einige Zentner Koks, damit er für die ersten Winterwochen noch etwas Feuerung im Keller hat. Nun sind mir in den letzten Tagen Klagen zu Ohren gekommen, daß in der Gasanstalt an der Taubenstraße Leute, die einen oder zwei Zentner von dem gemüllerten Koks haben wollten, zurückgewiesen sind mit dem Bemerkten:

„Es werden nur die bestellten Posten abgegeben, nur größere Posten, die schon bezahlt sind.“ Ich habe mich überzeugt, daß Koks genug da ist, und daß Händler von hier solchen in großen Mengen wegholen und weiterverkaufen. Dann habe ich gesehen, daß nach den umliegenden Dörfern große Fuhrwerke voll Koks weggefahren sind. Da wäre es wohl am Plage, wenn wir denjenigen in der Stadt, die sich an diese Feuerung gewöhnt haben, den Bezug nicht versperren. Der gemüllerte Koks kostet per Zentner 10 Pf. mehr als die großen Stücke, aber er ist doch vorteilhafter für die kleinen Familien. Viele Leute haben nicht die Gelegenheit dazu, ihren Koks zu klopfen und zu sieben, sie müssen also den Grus, der beim Klopfen abfällt, teuer bezahlen, während sie den Grus auf der Fabrik billig haben können. Wenn der auch etwas angefeuchtet wird, fällt er ihnen doch durch die Kosten, wenn das Feuer im Gange ist. Die Leute nehmen deshalb den gemüllerten Koks, der eine vorzügliche Feuerung ist. Ich möchte den Magistrat bitten, daß er die Verfügung zurücknimmt, nur größere Posten abzugeben, so daß diejenigen, die nur einen oder zwei Zentner wegholen wollen, zu ihrem Rechte kommen.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Ich kann nur erklären, daß der Magistrat diese Verfügung, von der Herr Bunge eben sprach, nicht erlassen hat. Mir ist von der ganzen Sache nichts bekannt, auch nicht, daß früher in der Deputation beschlossen ist, unter fünf Zentnern solle nicht abgegeben werden. Das wäre mir etwas ganz Neues. Es wäre mir angenehm gewesen, wenn Herr Bunge mir gestern von der Anfrage Kenntnis gegeben hätte, dann hätte ich Erkundigungen einziehen können.

Stadtv. **Loeschigt** beantragt Besprechung der Anfrage; der Antrag findet auf Anfrage des **Vorsitzenden** die nötige Unterstützung.

Stadtv. **Loeschigt**: Ich kann Herrn Bunge beistimmen. Auch ich wollte mir gebrochenen Koks selbst abfahren. Es waren aber so viele Abnehmer für gebrochenen Koks vorgemerkt, daß ich ungebrochenen genommen habe. Auf meine Frage, warum es nicht möglich wäre, gebrochenen Koks zu liefern, wurde mir kurz gesagt, es wären nicht genug Arbeitskräfte zum Zerkleinern des Kokes vorhanden. (Hört! Hört!) Ich wollte das hier vorbringen, weil es mir persönlich gesagt ist.

Stadtv. **Bunge**: Ich konnte dem Herrn Oberbürgermeister nicht gestern Bescheid sagen, weil ich mich erst heute überzeugen wollte. Heute nachmittag, bevor ich hierher kam, wurde mir von meiner Familie, die auch ein paar Zentner holen wollte, mitgeteilt, daß sie zurückgewiesen sei mit dem Bemerken, wie ich es vorhin vorgetragen habe. Es war mir also nicht möglich, vorher eine Mitteilung darüber zu machen.

**Vorsitzender:** Es hat sich weiter keiner zum Wort gemeldet; die Besprechung ist also damit erledigt.

## 29. Antrag Mohr auf Ermächtigung des Magistrats, weitere Mittel für Dienstkleidung von nicht dem Roten Kreuz unterstellten Sanitätskolonnen zu verwilligen.

Wortlaut des Antrages s. S. 289.

**Stadtv. Mohr** (zur Begründung): Die vorausgegangene eingehende Behandlung dieser Sache macht eigentlich eine weitere Begründung unnötig. Ich möchte nur noch darauf hinweisen, daß es sich, soviel ich weiß, um Arbeiter-Samaritervereine handelt, deren Mitglieder durch Dr. Beyl ausgebildet werden, und die, wie ich gehört habe, meist zu der Fabrik von Amme, Giesecke & Konegen gehören. (Zuruf: Nein, aus allen Betrieben.) Dann würden noch die unter Direktor Lunica stehenden Samariter in Betracht kommen, im ganzen also 30—40 Anzüge. Es handelt sich also darum, daß auch diesen Sanitätskolonnen die von einem Arzte geschult sind, das gewährt wird, was den übrigen zugebilligt ist: daß sie nicht in ihrem eigenen Zeuge, sondern in einem praktischen Waschanzuge diese Arbeit verrichten können. Gewiß, es haben sich Hunderte beim Roten Kreuz gemeldet, um dienstbar zu sein. Aber wenn die ersten Verwundeten und Kranken ankommen, dann werden wir sehen, daß die Nerven vieler nicht stark genug dafür sind und sie davonbleiben müssen. Also wohlgepflegte Kolonnen können wir nicht genug haben. Überlassen Sie es dem Magistrat, was er bewilligen will, wir wollen in weitgehender Weise Tür und Tor öffnen.

**Vorsitzender** (stellt die Unterstützungsfrage und teilt darnach mit, daß der Antrag genügend unterstützt ist.)

**Stadtv. Dr. Jasper:** Ich bitte, den Antrag als dringlich zu behandeln, und weil er schon heute hier beraten ist, ihn nicht an die Kommission zu verweisen.

**Vorsitzender:** Die Versammlung wird damit einverstanden sein.

Das Wort wird nicht verlangt, ich nehme deshalb an, daß die Herren dem Antrage Mohr zustimmen.

## 30. Ersatzwahl eines stellvertretenden Vorsitzenden der Stadtverordneten.

**Vorsitzender:** Herr Dr. Voge hat, wie ich schon zu Anfang der Sitzung mitteilte, geschrieben, daß er für die nächste Zeit an den Sitzungen der Stadtverordneten



nicht teilnehmen könnte. Ich gebe den geehrten Herren anheim, einen Stellvertreter für Herrn Dr. Voge als zweiten Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung zu wählen . . ., wenn Sie nicht das Amt dem Herrn Altersvorsitzenden übertragen wollen.

Ich nehme das Einverständnis der Versammlung an, daß der Herr Altersvorsitzende als stellvertretender Vorsitzender gewählt ist.

Ich schließe die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von  $4\frac{1}{4}$  bis  $7\frac{3}{4}$  Uhr.

---

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 17. September 1914.

### Tagesordnung:

1. Regelung des Betriebes der Bestattungshalle . . . . . Seite 324
2. Antrag Schulze, betreffend Einhaltung der jeweilig geltenden tariflichen  
Lohnsätze im Baugewerbe durch die Unternehmer . . . . . „ 330
3. Antrag Bunge auf Unterstützung unbemittelter Wöchnerinnen . . . . . „ 331
4. Prüfung der Haushaltsrechnungen für 1911/12 . . . . . „ 333
5. Antrag Wesemeier auf Notfallunterstützung solcher Arbeitsloser, denen von  
der städtischen Arbeitsnachweiszentrale keine Arbeit vermittelt werden kann . . . . . „ 334
6. Ausbau der Comeniusstraße zwischen Voigts-Rheßstraße und Bendomeierstraße,  
sowie der nördlich der Göttingstraße gelegenen projektierten Straßen 561, 113  
und Langerkamp . . . . . „ 348
7. Auswechslung des abgängigen Kleinpflasters a) auf der nordwestlichen  
Strecke der Goslarischenstraße, b) der Salzdhumerstraße, c) der Hamburger-  
straße und der Broikemerstraße . . . . . „ 349
8. Errichtung eines Kanals zur Entlastung des Kanals in der Hamburgerstraße . . . . . „ 350
9. Bau der Drogistenakademie . . . . . „ 351
10. Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens bezüglich Geländes am  
Bieröder Wege . . . . . „ 352
11. Verwilligung einer Beihilfe für die Ostpreußen . . . . . „ 352
12. Errichtung einer Bedürfnisanstalt zwischen Archiv und Gewerbeschule . . . . . „ 353
13. Zustandsetzung des Agidienmarktes . . . . . „ 360
14. Projekt über den Ausbau der Straßen 631 und 632 . . . . . „ 360
15. Ausführung von Maler- und Tischlerarbeiten in städtischen Gebäuden . . . . . „ 361
16. Aprierungs- und Dränierungsarbeiten auf dem Kielesgute . . . . . „ 362
17. Verwend. ng der Räume des Stadtparrestaurants zu Lazarettzwecken . . . . . „ 362

- |  |           |
|--|-----------|
| 18. Anfrage Sander über Stellungnahme des Magistrats zu dem Antrage Frede,<br>betreffend Einquartierungen. . . . . | Seite 365 |
| 19. Anfrage Munte über die Maßnahmen des Magistrats gegen die<br>Steigerung der Getreidepreise . . . . .           | " 373     |
| 20. Anfrage Jasper über die Einrichtung von allgemeinen Speiseanstalten . .  | " 380     |



Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Retemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Schöttler** und **Wagner**.

Entschuldigt die Herren Stadtv. **Brenner**, **Edhardt**, **Vange**, **Dr. Voge**, **Weichsel**.  
Herr Stadtv. **Schmidt** erscheint später.

Vorsitzender **Dr. Wolters**: Die öffentliche Sitzung ist eröffnet.

Herr Stadtv. **Weichsel** teilt mit, daß er vorläufig den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung nicht beiwohnen könne, da er militärdienstlich verhindert sei.

Der Verkehrsverein schreibt, daß er den neu herausgegebenen kleinen Führer von Braunschweig den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung übergeben habe. Wie ich sehe, ist ein Abdruck dieses Führers den verehrten Herren schon übergeben.

### 1. Regelung des Betriebes der Bestattungshalle.

Stadtv. **Hartung**: Meine geehrten Herren. Laut der in Ihren Händen befindlichen Vorlage vom 7. Mai d. J. teilt uns der Magistrat mit, daß die Feuerbestattungshalle so weit fertiggestellt sei, daß sie noch im Spätherbst d. J. in Benutzung genommen werden könne, und daß es deshalb nötig sei, die Anordnungen zu treffen, welche den Betrieb regeln.

Es wird sich nach der Vorlage zunächst darum handeln, ob besondere Beamte zur Vornahme der Arbeiten und Beaufsichtigung des Betriebes in der Feuerbestattungshalle bestellt werden sollen. In dieser Beziehung ist der Magistrat der Ansicht, daß davon einstweilen abzusehen sei, und zwar um deswillen, weil sich noch nicht übersehen lasse, in welchem Umfange die Halle in Benutzung genommen werden wird. Es wird deshalb auf Grund eines mit dem Stadtkirchenausschuß, vorbehaltlich der Genehmigung des Stadtkirchenrats, getroffenen Abkommens vorgeschlagen, daß einstweilen die Beaufsichtigung des Betriebes dem Friedhofsinspektor **Heumann** übertragen wird und zwei Hilfsbeamte der Friedhofsverwaltung (**Huchthausen** und **Macke**) die nötigen Arbeiten, wie Beschickung der Öfen, Beförderung der Leichen in der Feuerbestattungshalle, Sammeln und Aufbewahren der Aschenreste, übernehmen. Dem Friedhofsinspektor **Heumann** solle für seine Mühewaltung eine angemessene Vergütung gewährt werden und als Entschädigung für die Dienste

der beiden Hilfsbeamten eine je nach dem Umfange der Arbeiten zu bemessende Entschädigung an die Friedhofskasse gezahlt werden.

Ferner ist vorbehaltlich der Genehmigung des Stadtkirchenrats zwischen dem Stadtkirchenauschuß und dem Magistrat ein weiteres Abkommen getroffen, daß gegen Erlegung der in der Friedhofs- und Begräbnisordnung festgesetzten Gebühren die einzuäschern den Leichen unter Benutzung der von der Friedhofsdeputation unterhaltenen Einrichtungen aus den Sterbehäusern in die Leichenhalle des Hauptfriedhofs oder die Feuerbestattungshalle und gegen Erlegung einer Gebühr von je 3 *M* aus der Leichenhalle in die Feuerbestattungshalle befördert werden, und daß auch die Ausschmückung des Versammlungsraumes der Feuerbestattungshalle, wenn sie gewünscht wird, unter denselben Bedingungen hergestellt wird, die für die Ausschmückung der Friedhofskapelle erhoben werden.

Es handelt sich in dem Abkommen weiter noch um Aufstellung von brennenden Lichtern. Auch diese zu übernehmen, ist der Stadtkirchenauschuß bereit. Es wird aber nach Ansicht des Magistrats sich empfehlen, daß dem Raume entsprechend künstlerisch ausgestattete Leuchter von der Stadt selber angeschafft werden und für das Anzünden der Lichter auf denselben, seien es nun Kerzen oder Metallfadenslampen, eine entsprechende Gebühr erhoben wird.

**Vorsitzender:** Es würde sich wohl empfehlen, zunächst den ersten Antrag des Magistrats zur Beratung zu stellen. Wenn die Herren damit einverstanden sind, werde ich so verfahren.

**Stadtv. Hartung:** Der Magistrat gibt darnach anheim, ein Abkommen mit dem Stadtkirchenverbände zu treffen, wonach letzterer die nötigen Beamten stellt und die Ausschmückung usw. besorgen läßt. Die Statutenkommission hat sich durchweg auf den Standpunkt des Magistrats gestellt und empfiehlt, dem Antrage stattzugeben.

**Vorsitzender:** Dieser Punkt steht zur Beratung. — Es nimmt niemand das Wort, ich nehme deshalb das Einvernehmen der Versammlung mit Punkt 1 und 2 der Magistratsvorlage nach dem Kommissionsantrage an.

**Stadtv. Hartung:** Es wird jetzt nötig, daß nunmehr das „städtische Feuerbestattungsamt“ in Tätigkeit tritt. Zwecks Bildung desselben sind nach § 3 des Statuts Nummer 42 über die Errichtung und Unterhaltung einer Feuerbestattungshalle von den Stadtverordneten zwei Bürger zu wählen. Die Statutenkommission hat ihrerseits keine Vorschläge dazu gemacht.

**Vorsitzender:** Dann möchte ich bitten, aus der Versammlung Vorschläge zu machen. Es würde sich empfehlen, daß der Herr Berichterstatter, der mit der Materie vertraut ist, in diese Deputation hineingewählt wird.

Stadtv. **Nietz:** Ich möchte Herrn Stadtv. Ohlendorf vorschlagen.

**Vorsitzender:** Sind die Herren einverstanden, daß die beiden vorgeschlagenen Herren durch Zuvor gewählt werden? (Zustimmung.) Ich nehme an, daß die Herren Stadtv. Hartung und Ohlendorf als Mitglieder des städtischen Feuerbestattungsamts gewählt sind.

Stadtv. **Hartung:** Der Magistrat ist der Ansicht, daß mit Rücksicht auf die Unsicherheit, in welchem Umfange die Feuerbestattungshalle benutzt werden wird, es sich erübrigt, einen Voranschlag aufzustellen, und daß die Deputation zu ermächtigen sei, die von ihr für nötig erachteten Kosten, die ebenso wie die Einnahmen in der Rechnung der Kämmererkasse in einem besonderen Kapitel zu verbuchen sind, aufzuwenden. Auch die Ansicht der Finanzkommission ging dahin, dem Feuerbestattungsamte die nötigen Betriebskosten zur Verfügung zu stellen.

**Vorsitzender:** Dieser dritte der Magistratsanträge steht zur Beratung. — Ich schließe die Beratung und nehme das Einverständnis der Versammlung mit dem Antrage an.

Stadtv. **Hartung:** Es ist schließlich noch die Gebührenfrage zu regeln. Nach § 7 des städtischen Statuts über die Feuerbestattung sollen die Gebühren, die aus Anlaß einer Feuerbestattung zu erheben sind, von den städtischen Behörden festgesetzt werden. Was die Ausschmückung des Versammlungsraumes betrifft, so würden die Gebühren dafür geregelt sein nach dem Abkommen, wie es eben genehmigt ist.

Es handelt sich zunächst noch um die Gebühren für Aufbewahrung der Särge in der Feuerbestattungshalle, für das Anzünden von Lichtern und für die Benutzung eines Überfarges. Es ist daran zu erinnern, daß nach dem Statut die Leiche in einem leichten Sarge aufzubewahren ist und um diesen ein geschmückter sogenannter Überfarg gesetzt werden darf. Dieser Überfarg kann von den Beteiligten selbst geliefert werden, oder es kann ein Überfarg, den die Stadt zur Verfügung stellt, leihweise geliefert werden. Es ist zu bemerken, daß nach der Vorlage eine besondere Gebühr für Aufbewahrung der Särge in der Leichenhalle und für die Lieferung und Verlobung von Nischenurnen, die aus leichtem Eisenblech herzustellen sind, und deren Anschaffungskosten unbedeutend sind, nicht berechnet werden soll, sondern

beabsichtigt wird, die Vergütung hierfür in der Pauschgebühr für die Verbrennung mit abgeben zu lassen. In der Vorlage wird vorgeschlagen, die Gebühr für Einäscherung Einheimischer auf 25 *M* festzusetzen und für die Auswärtiger auf 60 *M*. Der Satz von 25 *M* wird empfohlen im Anschluß an die Gebührensätze anderer Städte, wonach 25 *M* als Mittel zu bezeichnen ist.

Die Kommission hat sich dem Antrage insoweit angeschlossen, als sie die Gebühr für die Einäscherung Einheimischer für angemessen hält, dagegen ist sie der Ansicht, daß es ausreichend sein würde, für die Einäscherung Auswärtiger eine Gebühr von 50 *M* zu nehmen. Man hält das für praktisch, weil wir, wenn die Gebühren nicht zu teuer sind, darauf rechnen können, daß von Hannover und Magdeburg aus eine erhebliche Benutzung unserer Feuerbestattungshalle eintreten wird, was zu unserem Nutzen sein würde. Es ist zu beachten, daß für Magdeburg die Feuerbestattungshalle von Dessau in der Nähe liegt und für Hannover diejenige von Bremen, daß wir also in der Beziehung nicht konkurrenzlos sind.

Weiter schlägt der Magistrat vor, für das Anzünden von Lichtern und für die Verwendung des Überfarges eine Gebühr von je 5 *M* festzusetzen. — Was die nach 2a der Vorlage an die Friedhofsverwaltung zu zahlende Vergütung von 3 *M* für Beförderung von Leichen, die zunächst in der Leichenhalle des Friedhofs aufgestellt sind und dann nach der Feuerbestattungshalle geschafft werden, betrifft, so wird nach Ansicht des Magistrats diese Frage zunächst überhaupt nicht brennend sein, weil der Raum, der bei der Feuerbestattungshalle selbst eingerichtet ist, zur Unterbringung der Leichen genügen wird, so daß in der Regel die Leichen direkt in den Räumen der Feuerbestattungshalle werden aufbewahrt werden können. Wenn dagegen ausnahmsweise wegen Raummangels die Leichen in der allgemeinen Leichenhalle aufgehoben werden müßten, so ist nach Ansicht des Magistrats der Gleichheit wegen zu empfehlen, diese Gebühr von 3 *M* auf die Stadtkasse zu übernehmen.

Der Antrag der Kommission geht also dahin, die Gebühr für Einäscherung Einheimischer auf 25 *M*, für die Auswärtiger auf 50 *M* zu bemessen, ferner für Anzünden der Lichter 5 *M* und für Verwendung des Überfarges gleichfalls 5 *M* festzusetzen, von einer Überführungsgebühr von der Leichenhalle des Hauptfriedhofes nach der Feuerbestattungshalle dagegen zurzeit Abstand zu nehmen.

Stadtv. Mohr: Ich möchte den Antrag der Kommission insofern erweitert sehen, daß wir die Sätze für Einäscherung Hiesiger mit 25 *M*, für die Einäscherung von braunschweigischen Landesangehörigen mit 35 *M* bemessen und für die Einäscherung Auswärtiger, wie von der Statutenkommission vorgeschlagen ist, auf 50 *M* fest

setzen. Ich halte das deshalb für zweckmäßig, weil besonders den Einwohnern aus unserer Nachbarschaft — ich denke an Wolfenbüttel, Königslutter und andere nahegelegene Ortschaften — die Benutzung unserer Feuerbestattungshalle dadurch erleichtert wird. Es ist zu bedenken, daß für solche Verbrennungen auch noch die Transportkosten hinzukommen, und es würde für uns wesentlich sein, wenn wir für unsere Anstalt in diesen Ortschaften dadurch Propaganda machten, daß wir die Einäscherung billiger als für Auswärtige einrichteten. Es liegt doch im Interesse der hiesigen Einrichtung, wenn sie möglichst viel benutzt wird.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Wir haben uns im Magistrate auch mit dieser Frage befaßt, waren aber der Ansicht, daß es eine eigene Sache ist, wenn die Stadt durch billige Preise dazu beitragen soll, daß viele fremde Leichen hier eingäschert werden. Deshalb haben wir die Preise so hoch bemessen, wie sie in der Vorlage vorgeschlagen sind. Im übrigen werden wir abwarten, was die geehrte Versammlung beschließt.

Zu dem, was der Herr Berichterstatter vortrug, möchte ich noch eins bemerken. Er sagte zum Schluß seiner Ausführungen, daß nach Ansicht des Magistrats die drei Mark für Überführung aus der Leichenhalle nach der Feuerbestattungshalle überhaupt nicht erhoben werden sollen. Das ist nicht richtig. Wenn eine Leiche zunächst in der Leichenhalle des Friedhofs untergebracht wird und vielleicht dort eine Trauerfeier veranstaltet wird, nachher aber die Überführung nach der Feuerbestattungshalle stattfinden müßte, dann soll die Überführung bezahlt werden. Nur wenn in der Leichenhalle der Feuerbestattungshalle nicht genügend Raum vorhanden ist und deshalb die Unterbringung der zu verbrennenden Leiche einstweilen in der anderen Leichenhalle nötig ist, ist nach unserer Ansicht die Überführungsgebühr auf die Stadtkasse zu übernehmen.

**Stadtv. Riefe:** Ich möchte beantragen, im Interesse der Bürger Braunschweigs, für welche die Leichenverbrennungshalle in erster Linie eingerichtet wird, die Kosten niederzuschlagen, also die Verbrennung unentgeltlich auszuführen, und für die Verbrennung Auswärtiger den Betrag von 60 M beizubehalten. Ich meine, es ist heute an der Zeit, nicht bloß einfach die Bestimmungen, die uns bis dato geleitet haben, auszuführen, sondern einen weiten Blick zu zeigen, wie es den sozialen und hygienischen Interessen entspricht, so daß man immer mehr dazu kommt, daß die Leichenverbrennung sich einbürgert. Wir wissen, welche ungeheuerlichen Kosten wir aufwenden müssen, wenn die Friedhöfe vergrößert werden müssen, und es dauert nicht lange, dann sind sie doch wieder voll. Von diesem Standpunkte aus ist

es wirtschaftlich richtig, mehr und mehr dahin zu wirken, daß häufiger Leichenverbrennungen, als bisher der Fall gewesen ist, stattfinden.

**Stadtv. Hartung:** Ich stimme den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters bei, daß der Standpunkt der Kommission auch der gewesen ist, den der Herr Oberbürgermeister dargetan hat. Eine Überführungsgebühr soll allerdings gezahlt werden, nur in dem Falle nicht, wenn wegen besonderer Verhältnisse ohne Zutun des Betreffenden eine einstweilige Aufbewahrung in der Leichenhalle des Friedhofs nötig geworden ist.

**Vorsitzender:** Der Antrag Mohr lautet folgendermaßen:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Punkt 5 der Vorlage, betreffend Einäscherungskosten, wird dahin erweitert, daß die Einäscherungskosten betragen für Einheimische 25 *M.*, für Einwohner des Landes Braunschweig 35 *M.*, für Auswärtige 50 *M.*“

Ich schließe die Beratung. — Die Reihenfolge der Abstimmung würde die sein, daß als weitestgehender Vorschlag der Magistrats- und Kommissionsantrag, der auf 60, 25 und 5 *M.* geht, zuerst zur Abstimmung kommt. Dann würde der Abänderungsantrag Mohr folgen und schließlich würde, wenn dieser die Mehrheit nicht gefunden hat, damit ohne weiteres der Antrag Kiefe, daß für Braunschweig überhaupt keine Gebühr genommen wird, angenommen sein.

**Stadtv. Hartung:** Ich möchte bemerken, daß der Antrag der Statutenkommission sich nicht mit dem Magistratsantrage deckt. Der Magistratsantrag schlägt für Auswärtige 60 *M.* vor, die Statutenkommission 50 *M.*

**Vorsitzender:** Die Reihenfolge würde dann sein: Magistratsantrag, Kommissionsantrag, Antrag Mohr, Antrag Kiefe.

Der Magistratsantrag und danach der Antrag der Statutenkommission werden abgelehnt, der Antrag Mohr angenommen.

**Vorsitzender:** Ich bitte nunmehr die Herren, die die gesamte Vorlage mit der eben getroffenen Änderung annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

Ich habe noch mitzuteilen, daß sich Herr Stadtv. Schmidt wegen Krankheit entschuldigt hat.



Eine Anfrage ist eingegangen von Herrn Sander mit folgendem Wortlaut:  
 „Hat der Magistrat zu dem Antrage Frede, Einquartierung betreffend, Stellung genommen, event. welche?“

Der Herr Antragsteller wird am Schluß der Tagesordnung Gelegenheit haben, seine Anfrage zu begründen.

## 2. Antrag Schulze, betreffend Einhaltung der jeweilig geltenden tariflichen Lohnsätze im Baugewerbe durch die Unternehmer.

Stadtv. **Frühling:** Der Antrag des Herrn Schulze lautet:

„Bei Ausführung von städtischen Bauarbeiten ist den ausführenden Unternehmern aufzugeben, die jeweilig geltenden tariflichen Löhne im Baugewerbe zu zahlen.“

Der Antrag ist bereits einige Monate alt; er ist gestellt, bevor wir an den Krieg dachten, und behandelt die alten Differenzen, die zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in verschiedener Weise vorgelegen haben. Es wird beantragt, daß nunmehr die Stadtverordnetenversammlung zu diesen Streitigkeiten Stellung nehmen soll, und zwar soll sie für die Arbeitnehmer eintreten und demgemäß gegen die dabei beteiligten Unternehmer. Meine Herren! Nachdem nun inzwischen der Krieg über uns hereingebrochen ist und unter den Folgen dieser schweren und ersten Zeit die Differenzen, die parteipolitisch uns getrennt haben, beiseite gestellt worden sind und wir einem gemeinsamen Feinde gegenüberstehen und gemeinsam Gut und Blut dem Feinde entgegenstellen, hat die vereinigte Statuten- und Baukommission gemeint, daß es jetzt nicht an der Zeit sei, diese alten Streitigkeiten hier vorzunehmen und zur Diskussion zu stellen. Die vereinigten Kommissionen sind der Ansicht, daß der Herr Antragsteller, wenn es notwendig ist, später die Sache wieder aufnehmen, nach dem Kriege von neuem seinen Antrag stellen könnte, zurzeit aber glauben die vereinigten Kommissionen empfehlen zu sollen, daß die Versammlung eine Diskussion über diesen Punkt ablehnt. Ich glaube, daß das um so mehr geschehen kann, als augenblicklich Fälle, die eine Entscheidung in diesem Sinne notwendig machen, nicht vorliegen, und weil von allen Seiten darauf hingestrebt wird, die so notwendige Arbeit zu schaffen. Wenn wirklich Differenzen im Sinne des Antrages eintreten sollten, wird ein Ausgleich gefunden werden auch ohne das Eingreifen und die prinzipielle Stellungnahme der Stadtverordnetenversammlung. Deshalb empfiehlt Ihnen die Kommission, von der Beratung des Antrages zurzeit abzusehen. Der Antrag soll bis dahin als erledigt angesehen werden, bis ihn der Herr Antragsteller später zu geeigneter Zeit von neuem einbringt.

**Vorsigender:** Der Herr Antragsteller hat sich in der Sitzung der vereinigten Kommissionen damit einverstanden erklärt, daß wir in der Behandlung des Antrages einen Aufschub eintreten lassen. Damit ist der Antrag an sich nicht beseitigt, nicht aufgehoben, sondern seine Behandlung nur aufgeschoben. Ich möchte die Herren alle herzlich bitten, sich mit diesem Verfahren einverstanden erklären zu wollen, und nicht etwa in Form einer Geschäftsordnungsdebatte den Stoff aufzurollen. Es würde erfreulich sein, wenn wir in diesem Punkte zu einer Meinung kommen. Ich möchte bitten, in diesem Sinne entscheiden zu wollen.

**Stadtv. Niese:** Es erübrigt sich, bei dieser Angelegenheit viel zu sagen. Die Sache ist in der Kommission erörtert, und ich habe schon dort erklärt, daß ich mich mit der Behandlung des Antrages einverstanden erkläre. Ich bin nicht derjenige, der gerade streitsüchtig wäre; wenn mein Kollege Schulze auf die heutige Behandlung des Antrages verzichtet hat, verzichte ich heute auch darauf. Aber zuerst war in der Kommission die Meinung vorwiegend, daß damit die Sache aus der Welt geschaffen sei. Dem könnte ich nicht zustimmen. Nachdem man aber erklärt hat, wenn wieder ruhige Zeiten eintreten, wolle man den Dingen Rechnung tragen, geben wir uns zufrieden und werden zu gegebener Zeit wieder daran erinnern.

**Vorsigender:** Ich nehme das Einverständnis der Versammlung mit der vorgeschlagenen Behandlung des Antrages an.

### 3. Antrag Bunge auf Unterstützung unbemittelter Wöchnerinnen.

**Stadtv. Mohr:** Der Antrag Bunge, welcher in der letzten Versammlung gestellt wurde, lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, unbemittelten Wöchnerinnen auf städtische Kosten Hebammen- und ärztliche Hilfe, sowie Pflege und Unterkunft zu gewähren.“

Dieser Antrag ist in der Finanzkommission vorberaten. Nachdem magistratsseitig Herr Stadtrat von Frankenberg in eingehendster Weise klargelegt hatte, daß den Wünschen des Herrn Antragstellers bereits in volstem Maße entsprochen wird, zog Herr Bunge seinen Antrag zurück, sprach aber den Wunsch aus, daß Herr Stadtrat von Frankenberg in der heutigen Vollversammlung seine Auskünfte wiederholen möchte und damit der Öffentlichkeit der Weg gezeigt würde, in welcher Weise die städtische Wöchnerinnenpflege gehandhabt wird.

**Stadtrat von Frankenberg:** Ich glaube, es wird dem ausgeprochenen Wunsche vollständig Genüge geschehen, wenn ich darauf hinweise, daß schon in der

Friedenszeit im Laufe des letzten Jahrzehnts in ausgiebiger Weise in Braunschweig das Bestreben hervorgetreten ist, die Wöchnerinnen- und Säuglingsfürsorge durch die Stadt auf eine breitere Grundlage als früher zu stellen. Was wir in der Friedenszeit vorbereitet hatten, ist seit wenigen Wochen sehr wertvoll ergänzt worden durch Einrichtungen, die Herr Bunge, als er seinen Antrag stellte, in diesem Umfange noch nicht kennen konnte, weil sie sich erst im Laufe der letzten Wochen so entwickelt haben, wie sie heute bestehen. Es sind das die sehr verdienstvollen Einrichtungen, die der nationale Frauendienst unter Mitwirkung der städtischen Behörden in der städtischen Gewerbeschule am Löwenwall eingerichtet hat, und in denen er es sich zunächst zur Aufgabe gemacht hat, Kriegerfamilien und auch manche andere Familien, die durch die Kriegsverhältnisse in bedrängte Lage geraten sind, zu unterstützen, insbesondere auch mit Lebensmitteln, vor allen Dingen durch Gewährung von Milch und Speisemarken, durch Gewährung von Speisungen an verschiedene Familien usw. Diese Einrichtungen sind wohl am besten geeignet, den Gefahren entgegenzuarbeiten, die Herrn Bunge vorschweben.

Wir haben ferner die Möglichkeit geschaffen, daß für jede bedürftige Wöchnerin die Hilfe einer Hebamme zur Verfügung steht. Das Gesetz gestattet nicht, daß sie abgelehnt werden kann, denn die Stadtverwaltung ist gesetzlich zu dieser Hilfeleistung verpflichtet. Sie hat deshalb auch den Hebammen zugesagt, bis zu den Mindestsätzen für die Gebühren aufzukommen, wenn sie von den Familien nicht zu erlangen sind. Die Hebammen sind ermächtigt, unter entsprechender Bezahlung von uns, in den Wohnungen der Wöchnerinnen vorzusprechen, um sich ihrer und des neugeborenen Erdenbürgers anzunehmen.

Es besteht weiter, wie die Herren wissen, die Möglichkeit, daß in der Entbindungsanstalt des Herzoglichen Krankenhauses auf kürzere Zeit Wöchnerinnen kostenlose Aufnahme finden. Wir haben durch Verbindung mit einer ganzen Reihe Hauspflegerinnen die Möglichkeit geschaffen, daß unter Zuhilfenahme von Stiftungsmitteln so lange, als die Mutter in der Entbindungsanstalt weilt, in ihrem Haushalt die Wirtschaftsführung durch andere erfahrene Kräfte auf Rechnung jener Stiftungen geführt werden kann, also ohne daß es der betreffenden Familie etwas kostet.

Sodann ist durch die sogenannte Wanderhilfe die Einrichtung des Wöchnerinnenzimmers wesentlich erleichtert. In dem Feuerlöschgebäude, in dem städtischen Kinderheim, im Herzoglichen Krankenhause, im Marienstift und in der Desinfektionsanstalt an der Taubenstraße werden die Ausstattungsgegenstände für das Wöchnerinnenzimmer auf Anfordern einer Hebamme kostenlos ausgeliefert. Auch diese Ausrüstung gilt in keiner Weise als Armenunterstützung, kann also ohne Furcht vor

Beeinträchtigung der bürgerlichen Rechte angenommen werden. Sobald die Wanderhilfe geliefert ist, wird sofort die betreffende Waisenpflegerin benachrichtigt, so daß sie sich an einem der nächsten Tage zu der Familienwohnung der Wöchnerin begeben und sich überzeugen kann, ob noch in anderer Weise, durch Kleidung für das Neugeborene, durch Milch, Speisemarken für die Wöchnerin usw. geholfen werden kann.

Wenn wir alle diese Einrichtungen in Friedenszeiten getroffen haben, so wollen wir sorgfältig bemüht sein, sie in der Kriegszeit erst recht zur Anwendung zu bringen. Ich habe gern Gelegenheit genommen, hierüber Mitteilung zu machen, und möchte nicht unterlassen, dem nationalen Frauendienst dafür zu danken, daß er hier so tatkräftig eingetreten ist. Neben den erwähnten sind noch andere Fürsorgeeinrichtungen geschaffen, und ich nehme gern Veranlassung, eine Zusammenstellung aller dieser Einrichtungen den geehrten Herren zur Verfügung zu stellen. Der Ratsdiener wird an die Herren einen entsprechenden Abdruck verteilen. Ich glaube, daß diese Auskunft im großen und ganzen genügen wird. Wir haben auch im Haushaltsplan einen Betrag von 600 *M* für die Wöchnerinnenfürsorge zur Verfügung gestellt. Sollte etwa im Laufe dieses Rechnungsjahres dieser Betrag bei außerordentlicher Inanspruchnahme in Zusammenhang mit den Kriegsverhältnissen nicht ausreichen, so darf ich wohl überzeugt sein, daß die verehrten Herren ihrerseits Nachsicht üben werden, wenn wir über den bewilligten Betrag hinausgegangen sind.

**Stadtv. Bunge:** Nachdem ich mich überzeugt hatte, daß in den letzten Wochen tatsächlich in dieser Weise vom Magistrat vorgegangen ist, so daß in jeder Weise Vorsorge getroffen ist, konnte ich unbedenklich meinen Antrag in der Kommission zurücknehmen. Ich habe nur noch einen Wunsch, daß sich jeder verpflichtet fühlt — und speziell wäre das Aufgabe der Presse —, dieses, was vom Herrn Stadtrat von Frankenberg vorgetragen ist, in die weitesten Kreise der Bevölkerung hineinzutragen. Wenn jeder in der Stadt Bescheid weiß, wohin er sich in solchen Fällen zu wenden hat, wird die Hilfe ihre Wirkung nicht verfehlen.

#### 4. Prüfung der Haushaltsrechnungen für 1911/12.

**Stadtv. Mohr:** Die städtischen Haushaltsrechnungen vom Rechnungsjahre 1911/1912 sind vom Magistrat an die Herren Stadtverordneten zur Prüfung übersandt worden, und die Finanzkommission hat mich beauftragt, in der üblichen Weise durch Stichproben eine Prüfung vorzunehmen. Diese Prüfung ist von mir vorgenommen, und es ist kein Anlaß zu Einwendungen von mir gefunden. Im Namen der Finanzkommission möchte ich die Herren bitten, die gewünschte Entlastung zu erteilen

**Vorsitzender:** Ich nehme, wenn kein Widerspruch erfolgt, das Einverständnis der Versammlung an, daß die Entlastung erteilt wird.

##### 5. Antrag Wesemeier auf Notfallunterstützung solcher Arbeitsloser, denen von der städtischen Arbeitsnachweiszentrale keine Arbeit vermittelt werden kann.

Stadtv. Munte: Der Antrag Wesemeier lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den hier wohnenden Arbeitslosen, denen von der hiesigen Arbeitsnachweiszentrale keine Arbeit vermittelt werden kann, dieselbe Geldunterstützung aus öffentlichen Mitteln als Notstandunterstützung für die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit zu zahlen, die für die Familien der zum Kriegsdienst Einberufenen bezahlt wird. Diese Unterstützung gilt nicht als Armenunterstützung.“

Der Antrag ist nun in der Finanzkommission sehr eingehend besprochen worden. Herr Wesemeier, der den Antrag als erster unterschrieben hat und der eigentliche Antragsteller ist, war bei dieser Beratung nicht zugegen, er hatte aber Herrn Bunge beauftragt, ihn zu vertreten, was auch geschehen ist. Gegen die Tendenz des Antrages hat sich niemand in der Finanzkommission gewendet, und ich glaube, daß auch in der ganzen verehrten Versammlung nicht irgend jemand ist, der sich dagegen wenden könnte. Infolge der kriegerischen Verhältnisse ist die Arbeitslosigkeit eine ungewöhnlich große geworden, und es wird tatsächlich vielen arbeitswilligen Familienvätern unmöglich gemacht, Beschäftigung zu finden.

Der Antrag ist gerade um deswillen wohlwollend beurteilt, weil man annehmen kann, daß er in erster Linie für diese Kriegszeit gilt, und ferner deshalb, weil im übrigen jeder, der nicht in der Lage ist, sich infolge von Arbeitslosigkeit zu ernähren, schon auf Grund von Reichsgegesetzten Anspruch hat, in der Gemeinde, wo er seinen Unterstützungswohnsitz hat, oder wenn er ihn dort auch nicht hat, unterstützt zu werden, wobei im letzten Falle das Geld von der verpflichteten Gemeinde eingezogen wird. Diese Unterstützung ist bekannt, es ist die sogenannte Armenunterstützung, die aber etwas sehr Drückendes und auch den Verlust politischer Rechte im Gefolge hat.

Um nun dieses Drückende der Unterstützung in Fortfall zu bringen und auch nicht den Schaden des Verlustes der politischen Rechte eintreten zu lassen, hat die Finanzkommission sich bereit erklärt, zu befürworten, diese Unterstützungen, die infolge der allgemeinen großen Arbeitslosigkeit, und zwar wahrscheinlich zunächst aus dem

Kapitel Armenunterstützung gezahlt werden müssen, so aufzufassen, als wären sie keine Armenunterstützungen, so daß das Odium damit wegfällt. Die Sätze der Armenunterstützung sind annähernd ebenso hoch wie die Sätze der Kriegsunterstützungen an die Familien der Heerespflichtigen, sie könnten um eine Kleinigkeit abweichen; darüber wird von Herrn Stadtrat von Frankenberg wohl noch Auskunft gegeben werden. Wenn ich nicht irre, sind es monatlich 15 *M* für den Familienvater und 7 *M* für jedes Kind.

Wir sind uns darüber einig geworden, diese Unterstützungen als Notstandunterstützungen zu zahlen, allerdings durch Vermittlung der Armenpfleger. Es ist als sehr schwierig befunden worden, ein anderes Ermittlungsverfahren vorzunehmen. Es wurde angeregt, daß, wenn von der zentralen Arbeitsnachweistelle keine Arbeit vermittelt werden könne, durch sie eine Meldung einlaufen solle, nach der der Betreffende Unterstützung bekommen solle. Andererseits wurde aber gesagt, man würde dann nicht wissen, ob der Betreffende nicht inzwischen an die Armendirektion oder an den Armenpfleger sich gewandt hätte; es würde also eine Kontrolle auf diese Weise sehr schwer möglich sein. So würden nach Ansicht der Finanzkommission Störungen und Weiterungen eintreten, und es würde dadurch verhindert werden, daß die Unterstützung gezahlt wird. Es ist deshalb die Finanzkommission im großen und ganzen sich dahin schlüssig geworden, daß die Unterstützungen dergestalt bewilligt würden, wie es bei der Armenunterstützung geschieht, und es wurden die Herren Dr. Jasper und Bunge gebeten, die Anwendung dieses Verfahrens vorläufig gutzuheißen. Wir haben etwa 300 Armenpfleger oder noch mehr, die in ihrem kleinen Bezirk eine bessere Übersicht haben und leicht die nötigen Feststellungen machen können. Wenn sie dann auf ihre Listen die Bemerkung machen: „Arbeitslosigkeit, durch den Krieg hervorgerufen,“ so wird dadurch nachgewiesen, daß die Unterstützung eine Notstandunterstützung und keine Armenunterstützung ist, und auch verhindert werden, daß der Verlust der politischen Rechte mit der Gewährung der Unterstützung verbunden ist.

Mit diesem Vorschlage soll nicht endgültig die Sache auf diesem Wege erledigt werden, sondern falls sich Schwierigkeiten oder Unannehmlichkeiten herausstellen sollten, was aber zunächst nicht anzunehmen ist, oder falls sich herausstellen sollte, daß der Weg nicht durchführbar ist, dann soll nach kurzer Zeit, vielleicht nach zwei bis drei Monaten, versucht werden, die Notstandunterstützung auf eine andere Weise herbeizuführen. Jedenfalls braucht sich in solcher trüben Zeit wie jetzt niemand, der arbeitslos geworden ist, bedrückt zu fühlen, weil er sich an den Armenpfleger wenden muß. Das sind lauter verständige Männer, und es sind auch Freunde von Herrn Dr. Jasper unter den Armenpflegern. Es sind Männer, die in erster

Linie bestrebt sind, die Not zu lindern, und die nicht daran denken werden, daß eine solche Unterstützung Armenunterstützung im landläufigen Sinne wäre.

Ich fasse nochmals zusammen: Daß wir die Notwendigkeit einer Notstandunterstützung anerkennen; durch eine solche Unterstützung soll der Verlust der politischen Rechte nicht herbeigeführt werden. Es soll versucht werden, zunächst mit Hilfe der Armenverwaltung und der Armenpfleger die Not schnell und wirksam zu lindern.

Weshwegen es nicht wohl möglich ist, ein anderes Ermittlungsverfahren in die Wege zu leiten, hatte uns Herr Stadtrat von Frankenberg in der Kommission auseinandergesetzt. Es wird ihm vorbehalten sein, seine Meinung auch hier noch einmal zur Geltung zu bringen. Ich möchte bitten, daß die geehrte Versammlung sich mit den Entschlüssen der Finanzkommission, die auf Grund sorgfältiger Prüfung herbeigeführt sind, einverstanden erklärt.

**Stadtv. Wesemeier:** Der Grund, daß ich in der Sitzung der Finanzkommission nicht anwesend sein konnte, lag nicht in meiner Person, sondern in einer schweren Erkrankung in meiner Familie. Daß man die Schwierigkeit hier so hoch einschätzt, auf andere Weise die Berechtigung zur Empfangnahme der Arbeitslosenunterstützung zu prüfen, kann ich nicht recht begreifen, wenn ich mich auch zurzeit damit einverstanden erkläre, was die Kommission beschlossen hat.

Es kam mir in erster Linie bei Stellung meines Antrages darauf an, auch den Opfern des Krieges unter denen, die hier bei uns verbleiben, die Notstandunterstützung zukommen zu lassen, denn bei diesen ist der Notstand oft weit größer als bei den Familien der zum Kriegsdienst Einbezogenen, denen feste Unterstützung zusteht. Ich möchte mir die Frage erlauben, ob bisher schon von Seiten der Armenverwaltung an Arbeitslose hier in der Stadt auf Grund dieses Beschlusses von der Kommission bekanntgegebenen Beschlusses Arbeitslosen- oder Notstandunterstützung, wenn ich mich des besseren Ausdrucks bedienen darf, gezahlt worden ist.

Weiter möchte ich mir die Frage erlauben — es ging das aus den Ausführungen des Herrn Munte nicht hervor —, ob denn nun die Sätze, die für Armenunterstützung festgelegt sind, auch als Notstandunterstützung von den Armenpflegern tatsächlich gezahlt werden, und ob es nicht wieder — und das ist das Schlimme, was ich befürchte — ganz in das Belieben des einzelnen in der großen Zahl der Armenpfleger gestellt ist, willkürlich den einzelnen Arbeitslosen zu behandeln. Wir haben in dieser Beziehung bei der Armenpflege schon trübe Erfahrungen gemacht und haben das in früheren Sitzungen bekanntgegeben. Deshalb wäre uns eine Regelung nach meinem Antrage lieber. Ich habe eine ganze Anzahl von Ortschaften hier aufgeschrieben, in denen die Arbeitslosenunterstützung

nach den Grundsätzen, wie ich sie in Vorschlag gebracht habe, gezahlt wird. In unserer Nachbarstadt Dessau z. B. ist auch beschlossen worden, die Unterstützung so zu zahlen, wie ich es beantragt habe, nicht durch die Armenpfleger. Die Sätze liegen mir vor. Es liegt mir wesentlich daran, die Arbeitslosen nicht auf die Willkür des einzelnen von den vielen Armenpflegern angewiesen zu sehen, und daß dem so ist, das möchte ich hier klargestellt wissen.

Ich erkläre mich also damit einverstanden, daß die Sache so gehandhabt wird, wie hier von der Kommission beantragt wird, behalte mir aber vor, für die Wintermonate einen weitergehenden Antrag zu stellen, da die angeführten Sätze zu niedrig sind, sowohl für die Familien der Kriegsteilnehmer als auch für die Arbeitslosen.

**Stadtrat von Frankenberg:** Die Absicht, die der Herr Antragsteller gehabt hat, ist offenbar die gewesen, die Familien der Arbeitslosen vor Not zu schützen. Dieser Absicht kommt der Vorschlag der Finanzkommission nach meinem Dafürhalten entgegen, und ich glaube auch, die Besorgnis, die Herr Wesemeier in seinen letzten Worten wegen der üblichen Handhabung der Unterstützung äußerte, zerstreuen zu dürfen. Nicht der einzelne Armenpfleger hat nach seinem Ermessen, auch wenn es ein billiges Ermessen stets sein wird, über die Bewilligung der Unterstützung zu befinden, sondern der Bezirksausschuß, die 12 oder 15 Armenpfleger eines Bezirks mit ihrem Bezirksvorsteher in einer gemeinsamen Sitzung, also eine Körperschaft, bei der Rede und Gegenrede ausgetauscht werden, bei der Erfahrungen mitgeteilt werden, wo gewiß menschliche Rücksichtnahme stattfindet und bei der auch zwischen einer übermäßig strengen und übermäßig milden Auffassung eine Vermittlung herbeigeführt wird. .

Dabei haben wir ja unsere bekannten Sätze, die von den geehrten Herren selber festgesetzt sind, wonach monatlich für eine einzelstehende Person 15 *M*, für zwei Personen 21 *M*, für drei 28 *M*, für vier Personen 35 *M* usw. gezahlt werden. Die Herren kennen ja die Regel, nach der dabei verfahren wird: Die Kopfszahl der Familie vermehrt um eins dient als Vervielfacher mit dem Betrage von 7 *M* monatlich. Die dabei gezahlte Summe deckt sich fast genau mit denjenigen Sätzen, die vor einigen Wochen für die Familien der Kriegsteilnehmer hier festgesetzt sind.

Herr Munte hat berichtet, daß die Finanzkommission beschlossen hat, diese Unterstützung sollte in bezug auf politische Rechte nicht als Armenunterstützung gelten. Das war richtig. Ich darf aber den Beschluß aufklären, um einem Mißverständnis vorzubeugen, da der Beschluß der städtischen Behörden nicht im Widerspruch mit dem Gesetze stehen darf. Das Gesetz ist wohlwollend, es erklärt: Unterstützungen, die aus Armenmitteln zur Beseitigung einer augenblicklichen Notlage gewährt werden, sollen nicht geeignet sein, das Reichstagswahlrecht zu be-



einträchtigen. Wir haben uns in der Kommission dahin verständigt, daß die gegenwärtige Kriegslage mit ihren Folgezuständen als eine augenblickliche Notlage betrachtet werden kann. Was innerhalb dieser Zeit an Unterstützungen gewährt wird, kann deshalb das Reichstagswahlrecht nicht beeinträchtigen. Ich werde aber, um eine möglichst gleichmäßige Behandlung aller derartigen Fälle herbeizuführen, in der nächsten Sitzung der Armendirektion Gelegenheit nehmen, darauf hinzuweisen, daß es wünschenswert ist, daß nicht der eine Bezirk strenger und der andere milder in der Beurteilung verfährt, sondern alle möglichst nach einheitlicher Richtschnur. Ich glaube, daß das auch geschehen wird.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Ich habe bei den Ausführungen des Herrn Referenten leider die Angabe der Gründe vermißt, weshalb nicht nach dem Antrage Wesemeier verfahren werden soll, und deshalb kann ich mich nicht für diese Art der Erledigung, die die Kommission vorgeschlagen hat, erwärmen. Auch heute nach den aufklärenden Mitteilungen des Herrn Stadtrats von Frankenberg kann ich die Erledigung nicht als ausreichend bezeichnen. Das, was die Kommission vorschlägt, ist ja bereits Rechts. Herr Stadtrat von Frankenberg hat mit anderen Worten gesagt: Die Kommission kann sich nicht in Widerspruch setzen mit den bestehenden Rechtsgrundsätzen, sie kann diese Rechtsgrundsätze nicht erweitern, sondern höchstens veranlassen, daß die städtischen Behörden, speziell der Magistrat, mehr mit den Armenpflegern und Armenbezirksvorstehern Fühlung nehmen und Anweisung geben, daß dieses Gesetz richtig angewandt wird, und seinerseits selber darauf Bedacht zu nehmen, das Gesetz richtig anzuwenden. Daß diese Notfallunterstützung den durch die Not des Krieges arbeitslos Gewordenen nicht ihre politischen Rechte abmindern soll, ist bereits gesagt. Das kann der Magistrat nicht ändern, und das kann die Kommission auch nicht ändern. Was Sie uns bieten, ist nichts als gute Worte und guter Wille.

Worin besteht denn der Unterschied des Antrages Wesemeier gegenüber dem Vorschlage der Kommission? Sie wollen alles beim alten lassen. Der Herr Stadtrat hat selber schon hervorgehoben, daß die sogenannten Zuschußsätze beim Armenwesen keineswegs identisch sind mit den Sätzen, die hier im Kriegsfalle gewährt werden. Wenn wir es genau durchrechnen, sind sie immer um eine Mark im Monat höher als diejenigen Sätze, die in der Armenpflege als Höchstsätze gewährt werden, und es ist keineswegs Übung, daß ohne weiteres immer die Höchstsätze im Armenwesen gezahlt werden. Es ist deshalb hierin schon ein wesentlicher finanzieller Unterschied zu erblicken, womit der Vorschlag der Kommission hinter dem Antrage erheblich zurückbleibt.

Aber als wesentlich habe ich in der Kommission hervorgehoben — und das habe ich in der Berichterstattung vermißt —: Es sind die Voraussetzungen, unter

denen Unterstützung gewährt wird, wesentlich andere nach dem Kriegsfürsorgegesetz, das nach den Wünschen des Herrn Antragstellers analog auf Arbeitslose angewandt werden sollte, und nach den Grundsätzen des Armenrechts. Bei der armenrechtlichen Fürsorge muß einer ganz arm sein, muß nicht in der Lage sein, auch nur den notdürftigen Unterhalt seiner Familie zu bestreiten. Das Kriegsfürsorgegesetz geht davon aus, daß der Betreffende durch die Not des Krieges außerstand gesetzt wird, seinen standesgemäßen Unterhalt zu bestreiten; und das ist wesentlich etwas anderes. Das heißt, lange nicht so scharfe Anforderungen stellen an die Voraussetzungen für das Eintreten der Gemeinde als nach dem Armenrecht, nicht das Wort „arm sein“, nicht den Makel, der von der bürgerlichen Gesellschaft auf dieses Wort immer noch gelegt wird. Der Bedürftige muß unter Umständen seinen letzten Spargroschen erst anbrechen, um in letzter Linie dann Armengeld zu bekommen, während die bedürftige Kriegerfrau ohne weiteres herkommen kann und sagen: „Ich habe ein Einkommen unter 3000 M, ich bin bedürftig, also gewährt mir Kriegsbeihilfe und städtischen Zuschuß.“ Da braucht die Frau nicht erst den Offenbarungsseid zu leisten, daß sie mittellos sei, nicht in der Lage, den notdürftigen Unterhalt zu bestreiten.

Wenn solch ein Unterschied in dem, was die Kommission vorschlägt, gegenüber dem, was andere Städte leisten, vorliegt, so kann ich mich heute nicht dafür erwärmen, daß dies eine endgültige Lösung dieser Frage sein soll. Meine Herren, Sie müssen der Not, die der Krieg schafft, gerade auch den Arbeitern gegenüber entgegenkommen. In derselben Sitzung der Finanzkommission wurden auch Verhandlungen gepflogen, um dem Mittelstande zu helfen durch eine Kreditbank. Hunderttausende soll die Stadt à fonds perdu geben, um dem Handelsstande und dem Handwerkerstande, die kreditlos geworden seien, Darlehn zu geben, von denen man sagte: Nur einen Teil wird man in günstigen Zeiten einst wiederbekommen. Dafür sollten Gelder gewährt werden! Auch hier müssen Sie dieselben Grundsätze anwenden und sagen: Es ist eine Not, die unsere Arbeiter nicht verschuldet haben, sie sind arbeitslos geworden durch den Krieg, der große Betriebe außer Betrieb gesetzt hat, da muß auch die Allgemeinheit, die Gemeinde eingreifen und nicht mit Armengeld.

Das einzige Gute an dem Kommissionsvorschlage ist, daß die Frage — wie der Herr Berichterstatter mitteilen konnte — mit dem heutigen Tage nicht erledigt sein soll, sondern noch weiter im Auge behalten werden soll. Aber dieses Gute ist ein Vertrösten auf später, und die Not ist jetzt schon gerade groß genug, so daß man füglich nicht mehr warten, sondern sich entschließen sollte, dem Antrage des Herrn Wesemeier grundsätzlich zuzustimmen, d. h. den Magistrat zu veranlassen, in einer Weise wie zur Linderung der Not der hiergebliebenen Kriegerfrauen auch den Arbeitslosen eine besondere Fürsorge zuteil werden zu lassen.

**Vorsitzender:** Ich möchte den Beschluß der Kommission noch einmal präzisieren. Es hatte der Herr Vorredner seinen Antrag begründet, und es hatte die Kommission darauf beschlossen, keineswegs diese weitergehende Unterstützung für jetzt abzulehnen, vielmehr geht, wie schon kurz der Berichterstatter gesagt hat, der Kommissionsbeschluß dahin, man möchte in dem Sinne, wie der Herr Berichterstatter vorgetragen hat, erst einmal anfangen und, nachdem die Dinge sich weiter entwickelt hätten, also nach einiger Zeit, sehen, ob man dem weitergehenden Antrage zustimmen könnte. Damit ist die weitergehende Absicht des Herrn Dr. Jasper nicht abgelehnt, sondern die Kommission hat sich die Entscheidung darüber vorbehalten. Das ist ein wichtiger Unterschied, und es schien mir, daß diese beiden Punkte Gefahr laufen, etwas vermischt zu werden. Im übrigen hat der Herr Antragsteller sich vorhin mit dem Kommissionsantrage einverstanden erklärt, ich möchte deshalb bitten — wenn das auch meine Sache nicht ist —, dem Kommissionsantrage zuzustimmen.

**Stadtv. Voelschigt:** Wenn man Herrn Dr. Jasper hört, mit dem wir in der Kommission zusammengeseßen haben, so hat es den Anschein, als wenn wir uns nicht voll und ganz mit dem Antrage befaßt hätten. Herr Dr. Jasper hat ja Gott sei Dank zuletzt noch selbst hervorgehoben, daß die Kommission gewillt wäre, die Sache damit noch nicht zu Ende sein zu lassen. Ich möchte darauf hinweisen, daß die Kommission voll und ganz dem Ernst der Zeit Rechnung getragen, sich wohlwollend mit dem Antrage beschäftigt und sich im ganzen mit dem Antrage einverstanden erklärt hat. Nur den Weg, der von Herrn Dr. Jasper und Herrn Kollegen Bunge gewünscht war, hielt die Kommission nicht für geeignet, so daß wir ihn nicht beschreiten könnten. Es ist nach den persönlichen Verhältnissen zu entscheiden, was der eine und der andere für seinen Bedarf nötig hat. Der eine ist vielleicht bisher mit weniger ausgekommen, der andere, der beispielsweise in der Holzindustrie arbeitet, hat bisher mehr verdient. Gerade in der Schwierigkeit, hier zu entscheiden in der von Herrn Wesenmier beantragten Weise, lag der Grund, daß wir vorläufig diesen Weg vorgeschlagen haben, um nicht die ganze Sache hinauszuschieben. Wir wollten die Sache nicht ablehnen und auch nicht den Magistrat um Angabe eines anderen Weges ersuchen, sondern haben uns einstimmig für diesen Weg erklärt, um so schnell wie möglich zu helfen. Ich speziell habe gesagt: Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe, und durch das Arbeitsamt scheint uns das erschwert zu werden. Wenn alles erst untersucht werden soll, dann kommt für manchen, der in Not ist, die Hilfe zu spät. Darum sind auch die beiden Herren in der Kommission, soviel ich weiß, einverstanden gewesen, daß wir vorläufig erst einmal auf diese Weise helfen. Wie der Herr Vorsitzende sagt: Wir sollen erst einmal ruhig abwarten, wie sich dieser Weg macht, und es soll geprüft werden, ob

es im Laufe der Zeit möglich ist, dem Antrage auf andere Weise gerecht zu werden. Die ganze Kommission war einstimmig der Ansicht: Was wir den Arbeitslosen gewähren können und dürfen, das wollen wir ihnen geben. Aber eine gewisse Kontrolle müssen wir haben, damit derjenige, der etwas haben muß, es auch bekommt. Eine Kontrolle darf nicht ausgeschlossen werden, und wenn, wie schon der Herr Berichterstatter sagte, die Hilfsbedürftigen sich an zwei Stellen wenden sollen, so ist die Kontrolle schwerer auszuführen als so, wo sie sich nur an eine Stelle wenden. Die Armenpfleger können nicht nach einseitigen Erwägungen vorgehen. Die Sätze sind und werden festgelegt, und wir können, wenn es not tut, event. den Satz für diese Art Arbeitslosen noch erhöhen. Aber zu sagen, daß die Kommission es beim alten gelassen hat, wie Herr Dr. Jasper meint, das ist nicht möglich; das hat die Kommission nicht getan.

**Stadtv. Steinbrecher:** Die Ausführungen des Herrn Dr. Jasper sind wohl beachtlich. Wenn Herr Stadtrat von Frankenberg dafür sorgen will, daß die Armenpfleger möglichst gleichmäßig und nach milden Grundsätzen vorgehen, so ist das mit Freuden zu begrüßen. Aber ich mache darauf aufmerksam, daß ich grundsätzlich der Ansicht bin: Wenn eine Frau, deren Mann arbeitslos ist, Unterstützung haben will, so muß sie einfach diese Unterstützung bekommen, gleichviel wie es in ihrer Wohnung aussieht. Wie wird aber bei der Armenpflege vorgegangen? Der Armenpfleger muß erst jeden Winkel auskneiffeln, ob nicht noch ein Stück vorhanden ist, das nicht da zu sein braucht. Ja, meine Herren, Sie lachen darüber. Ich kann Ihnen aber Fälle anführen, wo gesagt ist: „Bei dieser Ausstattung wollen Sie noch Armengeld haben?“ (Zuruf: Dies ist ja kein Armengeld!) Stellen Sie sich vor, daß der Armenpfleger gewohnt ist, so zu handeln. Das Richtige ist, wenn hier gleich gesagt würde: „Es ist gleich, wie es in der Wohnung aussieht, der Arbeitslose muß ohne weiteres Unterstützung bekommen“, damit nicht die Unterstützung aus solchen Gründen verweigert werden kann. Es darf nicht verlangt werden, daß Möbel oder dergleichen erst verkauft werden müssen, ehe der Mann um Unterstützung einkommen kann. Wenn das festgestellt wäre, dann wäre schon ein wesentlicher Fortschritt erreicht, und das sucht Herr Dr. Jasper zu erreichen, daß kein Unterschied zwischen Krieger- und dieser Arbeitslosenunterstützung gemacht wird. Wir würden beruhigter sein, wenn Herr Stadtrat von Frankenberg die Erklärung abgeben würde: Jeder Arbeitslose, der seine Arbeitslosigkeit nachweist, unbekümmert darum, wie es in seiner Wohnung aussieht, bekommt diese Unterstützung.

**Stadtrat von Frankenberg:** Eine solche Erklärung kann ich nicht abgeben, denn es muß in jedem Falle geprüft werden: Welches Einkommen hat der Arbeits-

lofe von anderer Seite noch? Es ist doch möglich, daß der Mann vielleicht Krankengeld bekommt oder eine Beihilfe von den Fabriken, die ihren Betrieb haben einschränken müssen, wie es von manchen Firmen geschehen ist, oder daß er von anderer Stelle Einkommen hat. Der Armenpfleger kann doch nicht ohne weiteres die Sätze bewilligen, sondern hat immer erst zu prüfen, in welcher Weise sich die Bedürftigkeit zeigt. Dahingegen würde ich es in dieser schweren Zeit für kleinlich halten, wenn man um gewisser Einrichtungsgegenstände willen, die dem Armenpfleger bei seinem Besuche auffallen, die Unterstützung ablehnen würde. Ich glaube aber die Erklärung abgeben zu können: „So sind unsere Armenpfleger in Braunschweig nicht beschaffen, sie sind aus einem anderen Holze geschnitten.“ Dazu kommt, daß der Beschluß des Bezirksausschusses und die Richtlinien der Armendirektion zu befolgen sind. Eine vollständig gleichmäßige, sozusagen schablonenhafte Art der Unterstützung will doch gewiß auch Herr Steinbrecher nicht! Es liegt in der Natur der Sache, daß wir unsere Einrichtungen darnach treffen müssen. Wenn gesagt wird: „Die Unterstützung wird gewährt je nach der augenblicklichen Notlage,“ dann sind wir imstande, zu prüfen, ob eine Notlage besteht.

**Stadtv. Wesemeier:** Es ist doch gut, daß mein Freund Jasper das Wort genommen hat; erst dadurch ist der richtige Bericht der Kommission herausgekommen. Das Bild gestaltet sich darnach ganz anders, als es der Herr Berichterstatter dargestellt hat. Ich muß bedauern, daß der Herr Berichterstatter nicht erklärt hat, daß dieser Antrag später weiter behandelt werden sollte. (Widerspruch des Stadtv. Munte.) Ich habe das wenigstens nicht aus seinen Äußerungen herausgehört, habe es nur gehört, wie Herr Stadtrat von Frankenberg sich nachher darüber geäußert hat. Nun sagt Herr Loeschigk, es sei außerordentlich schwer, die Behandlung dieser Frage so vorzunehmen, wie wir sie wünschen. Ja, weshalb soll in Braunschweig das so schwer sein, wenn es für die Arbeiter etwas zu tun gibt? Anderswo ist es nicht schwer. Hier finden Sie es schwer und bringen nichts zustande. (Bewegung.) Für mich handelt es sich darum, schnell Hilfe zu bringen, aber meine an den Magistrat gerichtete Frage, ob schon jetzt so gehandelt worden ist, wie die Kommission beschlossen hat, ist merkwürdigerweise nicht beantwortet, vielleicht deshalb, weil keine derartige Unterstützung gespendet worden ist. Das würde beweisen, wie notwendig unser Vorschlag ist. Ich stehe auf dem Standpunkte: Die Erklärung des Herrn Stadtrat von Frankenberg, die zuletzt abgegeben worden ist, hat die Sache einmal wieder auf Schrauben gestellt. Es soll nicht etwa dem Arbeitslosen die Unterstützung gesichert sein, wie mein Antrag es will, sondern sie soll nach dem besten Ermessen und Gewissen einer Bezirkskommission gewährt werden. Meine Herren, ich vertrete den Standpunkt und davon bin ich ausgegangen: Die Arbeitslosen sind nicht durch eigene Schuld arbeits-

loß, sie sind ebensogut Opfer des Krieges wie die Familien der Kriegsteilnehmer, und weil sie für das Vaterland Opfer geworden sind, deshalb muß für sie gesorgt werden, und es darf nicht das ihnen meinem Erachten nach ebenso wie den Familien der Kriegsteilnehmer zuständige Recht auf Schrauben gestellt werden.

Ich bitte dringend, diese Frage grundsätzlich zu behandeln, wie mein Antrag es wünscht. Ich will ruhig die Sätze gelten lassen, wie sie den Familien der Kriegsteilnehmer zustehen, wenn sie auch minimal sind. Von der Voraussetzung ging ich bei meiner Zustimmung zu dem Kommissionsantrage aus, daß jedem Arbeitslosen das Recht auf Unterstützung zusteht, und das habe ich auch bei meiner ersten Erklärung gesagt. Von der Krankenunterstützung sage ich allerdings auch, daß sie berücksichtigt werden muß, denn solche Leute sind nicht als Arbeitslose anzusehen, aber den Familien der Kriegsteilnehmer dürfen die sonstigen Versicherungssätze nicht angerechnet werden, und so darf das auch bei den Arbeitslosen nicht geschehen. Da nach der Erklärung des Herrn Stadtrat von Frankenberg der Grundsatz nicht festgehalten wird, daß den Arbeitslosen jene Unterstützungssätze für die Familien der Kriegsteilnehmer ohne weiteres zustehen, so möchte ich jetzt auf meinem Antrage bestehen bleiben.

**Stadtrat von Frankenberg:** Herr Dr. Jasper hat vorhin erklärt, die Vorschläge der Kommission enthielten sachlich nichts Neues, sie wären nur dadurch, daß die nachteilige Wirkung in bezug auf die politischen Rechte als ausgeschaltet anerkannt werden sollten, in gewisser Weise entgegenkommend. Das trifft zu, aber weil das richtig ist, habe ich nicht für erforderlich gehalten, nochmals zu betonen, daß schon jetzt in den letzten Wochen in einer ganz erheblichen Reihe von Fällen, leider, muß ich sagen, die Arbeitslosen haben Armenunterstützung in Anspruch nehmen müssen und auch selbstverständlich erhalten haben. Es ist das schon im Juli, im August und auch jetzt im September geschehen, und ich glaubte annehmen zu können, daß das auch Herrn Wesemeier bekannt gewesen ist; deshalb habe ich nach den Erklärungen des Herrn Dr. Jasper nicht ausdrücklich auf seine Frage bejahend geantwortet. Seit Monaten und auch seit Jahren, ja, solange ich diese Angelegenheiten bearbeite, sind an Arbeitslose Unterstützungen gewährt, und zwar in dem Maße, wie sie bedürftig sind, und nach den geltenden Vorschriften. In dem Maße soll auch ferner die Unterstützung erfolgen, wie es die Kommission gutgeheißen hat.

**Stadtv. Riese:** Die Sache durch die Armenpfleger zu erledigen, scheint mir doch Schwierigkeiten zu bieten. Alle Achtung vor den Armenpflegern, wie ich einige kenne, aber wir werden mit der Zeit so viele Klagen hören, daß wir bald zu der Ansicht kommen werden, die Sache anders regeln zu müssen. Ich bin der

festen Überzeugung, daß von ihnen die Sache so ausgeführt werden wird, wie es früher von ihnen auf Grund des Armenstatuts geschehen ist. Davon werden sie nicht abgehen, und die Kontrolle wird in manchen Fällen ziemlich lästig werden. Es wäre richtiger gewesen, wenn wir ebenso wie andere Städte vorgegangen wären, und wenn durch die Gewerkschaften, die ihre Kollegen am besten kennen, die Erkundigungen eingezogen würden. Dann hätten wir ein richtiges Resultat bekommen. Man will aber nicht auf den Vorschlag eingehen, und aus welchen Gründen? Ich brauche bloß daran zu erinnern, daß die Zahl der aus den Reihen der Arbeiter gewählten Armenpfleger winzig gering ist, und welche Hindernisse uns bereitet werden bei solchen Wahlen, das ist noch in aller Gedächtnis. Wären diese Ämter nach gleichmäßigem Prozentsatz verteilt, dann hätte ich für meinen Teil mehr Vertrauen zu einer Regelung, wie sie jetzt gewünscht wird. Ich glaube, die Kontrolle wird lästig und auch nicht ausreichend sein, denn die Herren sind nicht an solche Sachen gewöhnt. Es sind Rentiers, die tagsüber auf ihrem Sofa sitzen, und die — wenn auch nicht böswillig, das setze ich voraus — den Arbeitern nichts geben wollen. Routine in der Kontrolle solcher Verhältnisse haben sie sich nicht erworben, das können nur diejenigen, die in den Gewerkschaften tätig sind. Eine solche Regelung durch die Gewerkschaften ist viel entgegenkommender und wäre in sozialer Hinsicht richtiger gewesen.

**Stadtv. Steinbrecher:** Die Erklärung des Herrn Stadtrat von Frankenberg hat einigermaßen zugegeben, daß die Beschaffenheit der Wohnungseinrichtung nicht ausschlaggebend für die Bewilligung der Unterstützung sein darf und von den Armenpflegern nicht gesagt werden soll, es könne aus dem Grunde nichts gegeben werden. Was aber noch in Betracht kommt, das hat Herr Riese schon erwähnt, nämlich daß wir bei unseren Armenpflegern darüber klagen müssen, daß sie zu wenig Zeit für die Armenpflege haben. Wenn jetzt die Arbeitslosen kommen und die Armenpfleger fortwährend belästigen, dann wird das zu Reibereien führen. Deshalb wäre es besser gewesen, erst einmal mit den Armenpflegern die Sache durchzusprechen, ob ein großer Teil derselben, die auch sonst tätig sind, immer so viel Zeit hat, die zu ihnen kommenden Personen abzufertigen, und ob sie auch Lust dazu haben. Es ist ein himmelweiter Unterschied, ob zu ihnen in der Woche nur einer oder 70, 80 Personen kommen, und daraus werden viele Unannehmlichkeiten hervorgehen. Wenn man die Armenpfleger hätte zusammenkommen lassen und ihnen die Sache vorgelegt hätte, dann wäre vielleicht von daher ein guter Vorschlag gekommen, wie die Sache am besten zu regeln wäre.

Ich für meine Person werde den Antrag der Kommission annehmen, nachdem Herr Stadtrat von Frankenberg die Erklärung abgegeben hat, daß der Zustand der Wohnungseinrichtung kein Grund sein wird, die Unterstützung zu verweigern.

Stadtv. **Munte:** Es ist ja recht bedauerlich, daß ich meine Sache nicht so gut gemacht habe, wie ich sie hätte machen können. Aber ich muß doch auf einen solchen Vorwurf erklären, daß noch mehreres in der Kommission zur Sprache gekommen ist, was ich nicht erwähnt habe, insbesondere hat Herr Dr. Jasper darauf hingewiesen — was in dem Antrage nicht zu lesen ist —, daß nicht bloß von Arbeitslosen zu reden ist, sondern auch von solchen, die mit beschränkter Arbeitszeit beschäftigt sind, die also auch nicht in der Lage seien, ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können.

Es wird hier gesagt: Wir haben nicht das Vertrauen zu den Armenpflegern, aber es ist doch eine ganz einfache Sache, was wir vorschlagen. Wir wünschen gern, jedem zu helfen, der durch den Krieg arbeitslos geworden ist, und haben vorgeschlagen, der Magistrat möge versuchen, ob das mit Hilfe der Armenpfleger ausgeführt werden könnte. Bei gegenseitigem guten Willen wird das möglich sein. Wenn auch der Arbeitslose erst einmal und vielleicht noch einmal vergeblich kommt, so hat er ja doch Zeit dazu. Wir Geschäftsleute müssen auch manchmal doppelte Wege machen, ja vier- oder fünfmal einen Weg machen und erreichen doch manchmal nichts.

Nun bringen Sie eine neue Sache hinein: Wir hätten uns an Sie wenden sollen, damit die Gewerkschaften die Erkundigungen einziehen. Wie in dem Antrage steht, sollen diejenigen, denen von der Arbeitsnachweiszentrale keine Arbeit vermittelt werden kann, die Arbeitslosenunterstützung erhalten. Aber wie uns mitgeteilt ist, wird diese Stelle nicht dazu geeignet und auch nicht in der Lage sein, die nötigen Auskünfte zu geben, es müßte also eine neue Einrichtung geschaffen werden. Du lieber Himmel, wo sollen dann noch alle Kräfte herkommen? Es ist von uns in der Kommission in keiner Weise zum Ausdruck gekommen, daß wir Ihnen nicht vertrauen, oder daß Sie den Armenpflegern nicht vertrauen. Tun Sie doch einmal ein übriges und schenken Sie dem Magistrat Vertrauen! Wenn die Armenpfleger angewiesen werden, in wohlwollender Weise bei diesen Unterstützungen zu verfahren, und nicht, wie Herr Jasper angeführt hat, genötigt sind, das Kriterium der Armut, des völligen Nichtbesitzens festzustellen, so wird der Versuch gelingen. Es soll ja nicht erst der letzte Stuhl verkauft sein, eine Verarmung soll ja nach besten Kräften verhindert werden! Ich möchte bitten, diesen ganzen Verhandlungen nicht einen unangenehmen Nachklang zu geben, indem es heißt: Wir haben gegenseitig nicht genügend Vertrauen zueinander gehabt, sondern zu sagen: Wir haben Vertrauen, daß die Handhabung wohlwollend geschehen wird, und wollen es einmal damit versuchen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich muß sagen, daß der Herr Berichterstatter den Antrag, wie er vorliegt, nicht richtig verstanden zu haben scheint. Davon steht nichts



in dem Antrage, daß die Arbeitsnachweiszentrale die Auszahlung oder die Prüfung vornehmen soll. Im Antrage steht lediglich, daß diejenigen Arbeitslosen ein Anrecht haben sollen, denen von der hiesigen Arbeitsnachweiszentrale keine Arbeit vermittelt werden kann. Es ist das lediglich eine Erläuterung des Begriffes „arbeitslos“. Wer durch die Arbeitsnachweiszentrale angemessene Arbeit zugewiesen erhalten kann, der ist nicht arbeitslos, auch wenn er die zugewiesene Arbeit nicht annehmen sollte. Wer aber als arbeitslos zu gelten hat, der hat, nach der Tendenz des Antrages, ohne Rücksicht auf Bedürftigkeit Anspruch auf Unterstützung als Arbeitsloser, nicht als Armer.

Wir haben schon in der Kommission erklärt: Durch wen die Unterstützung gezahlt wird, soll uns im Ergebnis gleichgültig sein, wenn es nur gerecht und billig und unter der Voraussetzung geschieht, daß sie allen Arbeitslosen schlechthin zusteht. Dabei ist allerdings auch die Frage der halb Arbeitslosen erwähnt, weil auch diese Frage in Braunschweig sehr aktuell ist. Auch Sie werden eine Reihe von Betrieben kennen, die nicht voll arbeiten oder wo in Wechelschichten eine Woche um die andere gearbeitet wird. Auch diesen durch den Krieg Notleidenden muß seitens der Stadt geholfen werden, wie das auch in anderen Städten geschehen ist.

Es dürfte aber doch, wie ich glaube, von den geehrten Herren der Zustand der bereits gegenwärtig bestehenden Arbeitslosigkeit unterschätzt werden, und damit auch die Arbeitslast, die Sie den Armenpflegern und deren Vorstehern auflegen wollen. Wenn Herr Munte gar davon sprach, wir könnten in zwei Monaten wieder darüber reden, so ist das ein Zeugnis davon, wie sehr man die gegenwärtigen Verhältnisse verkennt, und wie man aus diesem Nichtkennen der Verhältnisse geneigt ist, die Sache nicht als brennend anzusehen. Das würde „auf die lange Bank schieben“ heißen, was mir nicht genehm wäre. Damit auch Herr Munte merkt, daß die Zahl der Arbeitslosen viel umfangreicher ist, so möchte ich in Ergänzung dessen, was in der Kommission mitgeteilt wurde, hier heute anführen, daß nach der Umfrage des Kartells die Zahl der arbeitslosen Kollarbeiter schon mit 2000 verzeichnet wird, und daß aus besonderen Verbänden nach Angaben, die ich schon am Abend vorher hatte, ehe die Kommission ihre Sitzung abhielt, schon 1000 Arbeitslose gezählt wurden: bei den Holzarbeitern 300, bei den Metallarbeitern 300, bei den Malern 50, bei den Hilfsarbeitern 250 usw.

Das sind Zahlen über Arbeitslosigkeit, wie sie jetzt zur Zeit des Beginns des Krieges eingetreten ist. Wie soll das erst werden, wenn das Wirtschaftsleben auf die Dauer stillstehen wird? Da muß gesorgt werden, und zwar auch in organisatorisch anderer Weise als es durch die bisherige Armenorganisation möglich war. Früher, als wir bei anderen Gelegenheiten einmal anstrebten, daß die Entrechnung in politischer Beziehung bei bestimmten Unterstützungen fallen sollte, da wurde uns vom Magistratsstische entgegengehalten: „Daran könnt ihr nichts ändern. Ihr

könnt das wohl beschließen, aber das Gesetz steht über solchen Beschlüssen.“ Das ist heute noch so, wie der Herr Stadtrat verblümt zugegeben hat. Deshalb ist Armenunterstützung nicht die geeignete Form, sondern die Unterstützung muß ein Reinigungsbad durch eine Kreditbank nehmen.

Da anscheinend aber noch Unklarheit über den Antrag zu bestehen scheint und auf der anderen Seite wohl infolge dieser Unklarheit auf unmittelbare Annahme unseres Antrages heute nicht zu rechnen ist, so möchte ich bitten, etwas weiter zu gehen als die Kommission, nämlich nicht der Kommission es zu überlassen, einmal in zwei Monaten vielleicht darüber nachzudenken, wie es vielleicht anders zu ordnen sei, sondern den Antrag an die Kommission zurückzuverweisen. Vielleicht nimmt der Magistrat Veranlassung, die Zeit bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung zu benutzen, bei den Schwesterstädten anzufragen, wie dort der Not der Arbeitslosen auf anderem organisatorischen Wege als dem Armenwege gesteuert wird. Mein Freund Wesemeier hat schon darauf hingewiesen, daß er für eine Magistratsumfrage eine ganze Reihe Städte namhaft machen kann. Auch mir liegt Material vor, wie die Städte entgegengekommen sind. Ich glaube durch die Klärung, daß anderwärts mehr geschieht, daß es nichts Außergewöhnliches ist, für die Arbeitslosen etwas zu tun, wird am besten der Sache gedient sein.

Ich beantrage, formell die Sache zurückzuverweisen, damit in der nächsten Sitzung, wenn die Verhältnisse mehr geklärt sind, Beschluß gefaßt werden kann. Ich glaube, daß der Herr Antragsteller mit Zurückverweisung in diesem Sinne einverstanden sein wird.

**Vorsitzender:** Es hat eben Herr Jasper einen geschäftsordnungsmäßigen Antrag auf Zurückverweisung an die Kommission gestellt; vorherin hatte der Herr Antragsteller Wesemeier, der bereits seinen Antrag zurückgezogen hatte, seinen Antrag wieder aufgenommen. Schließlich würde der Kommissionsantrag zur Abstimmung stehen. In dieser Reihenfolge werde ich die Abstimmung vornehmen lassen.

Damit wir über den Inhalt des Beschlusses der Kommission und den Antrag Jasper nicht im unklaren sind, und da beiderseits das Referat und die Ausführungen des Herrn Referenten nicht ohne Zweifel aufgefaßt sind, so möchte ich versuchen, kurz die im Kommissionsbeschlusse und im Antrage Wesemeier enthaltenen Übereinstimmungen und Unterscheidungen zu präzisieren:

Beide Anträge stimmen darin überein, daß die Arbeitslosenunterstützung nicht als Armenunterstützung zu gelten hat. Sie stimmen jetzt nach den letzten Erklärungen des Herrn Stadtv. Jasper auch darin überein, daß als ausführende Organe der Armenpflege genommen werden sollen. Der Unterschied ist folgender: Die Kommission sagt, daß lediglich die Bedürftigkeitsfrage, wenn ich

so sagen soll die Armut, die Voraussetzung für die Bewilligung der Unterstützung an Arbeitslose ist, während der Antrag Wesemeier lediglich schon die Arbeitslosigkeit als Voraussetzung dafür hinstellt. Schließlich ist ein Unterschied zwischen den beiden Anträgen in der Höhe der Sätze. Die Kommission will die Armenunterstützungssätze bewilligt sehen, während der Herr Antragsteller Wesemeier die Sätze für die Angehörigen der für den Kriegsdienst Einberufenen gelten lassen will.

So sind doch, wenn ich recht verstehe, die Anträge voneinander zu unterscheiden? — Hierin herrscht keine Meinungsverschiedenheit, wie ich sehe. Ich schließe die Debatte. Es würde zunächst der geschäftsordnungsmäßige Antrag Jasper zur Abstimmung kommen.

Stadtv. **Meyerhoff** (zur Geschäftsordnung): Ich warne vor der Zurückverweisung an die Kommission. Sollte das geschehen, dann wird den Leuten augenblicklich nicht zu helfen sein. (Widerpruch.)

Stadtv. Dr. **Jasper**: Herr Meyerhoff irrt, indem ja schon jetzt die Sätze gezahlt werden, die die Kommission befürwortet. Daran wird also durch Zurückverweisung nichts geändert. Ich beantrage nur deshalb Zurückverweisung, um eine baldige Beratung zu ermöglichen, während es sonst in dem Ermessen der Kommission liegt, wann sie über den Antrag weiter beraten will.

Der Antrag Jasper wird abgelehnt (12 Stimmen dafür), der Kommissionsantrag mit 16 Stimmen angenommen.

**Vorsitzender**: Es sind zwei Anfragen eingegangen. Zunächst eine Anfrage von Herrn Munte:

„Was gedenkt der Magistrat gegen die immer mehr steigenden Getreidepreise für Schritte zu unternehmen?“

Sodann eine Anfrage von Herrn Jasper:

„Gedenkt der Magistrat für die Kriegszeit allgemeine Speiseanstalten einzurichten?“

## 6. Ausbau der Comeniusstraße zwischen Voigts-Rheßstraße und Bendömlstraße, sowie der nördlich der Göttingstraße gelegenen projektierten Straßen 561, 113 und Langerkamp.

Stadtv. **Pusch**: Nach den mit den Unternehmern Gröpler, Ausmeyer und Uhde über den Ausbau der Comeniusstraße zwischen der Voigts-Rheßstraße und Bendömlstraße, ferner mit den Unternehmern Manegold und Witneben über den

Ausbau der nördlich der Göttingstraße gelegenen projektierten Straßen 561, 113 und des Längenkamps abgeschlossenen und bereits von uns genehmigten Verträgen haben die genannten Unternehmer nicht nur die Kosten des oberirdischen, sondern auch des unterirdischen Ausbaus der bezeichneten Straßenzüge vorschüssig zu zahlen. Die Vorverhandlungen über den Ausbau der Straßen sind jetzt so weit gediehen, daß die Arbeiten für den unterirdischen Ausbau alsbald in Angriff genommen werden sollen. Auf die Aufforderung, die Kosten hierfür jetzt einzuzahlen, ist nun seitens der Unternehmer der Wunsch geäußert, die Stadt möge die Beträge einstweilen verauslagern, da es den Unternehmern infolge des Krieges nicht möglich sei, das Geld jetzt zu beschaffen. Die Kosten sind veranschlagt für den Kanal, die Wasserrohre und die Gasrohre zu insgesamt 26 850 *M.* Der Magistrat ist der Ansicht, daß es angezeigt erscheint, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen, den ausgesprochenen Wunsch der Unternehmer zu erfüllen, und erucht die geehrte Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß, abweichend von den abgeschlossenen Verträgen, die bezeichneten unterirdischen Anlagen von der Stadt, und zwar zu Lasten des Neubauetats der Kanalbaukasse, bezw. des Reservefonds der Licht- und Wasserwerke bestritten werden.

Gleichzeitig wird beantragt, zuzustimmen, daß die Comeniusstraße, und zwar nicht nur auf der Strecke Voigts-Nehzstraße—Wendömeßstraße, sondern auch auf der Strecke Wendömeßstraße—Herzogin-Elisabeth-Straße zur *D r t s t r a ß e* erklärt wird.

Die Baukommission hat sich gestern mit dieser Angelegenheit befaßt und steht ganz auf dem Boden des Magistratsantrags. Ich empfehle Ihnen namens der Baukommission, den Magistratsanträgen zuzustimmen.

Die Versammlung beschließt nach dem Kommissionsantrage.

## 7. Auswechslung des abgängigen Kleinpflasters a) auf der nordwestlichen Strecke der Goslarischenstraße, b) der Salzdahlumerstraße, c) der Hamburgerstraße und der Broikemerstraße

Stadtv. **Meyerhoff:** Im Stadthaushalteplane waren die Mittel zur Instandsetzung von Teilstrecken der Fahrbahnen der Japanenstraße und der Wabestraße mit Teermafadam bereitgestellt. Die Herren wissen, daß diese Arbeiten von einem auswärtigen Unternehmer hergestellt werden. Infolge des Ausbruchs des Krieges ist aber das nötige Material nicht erhältlich, auch hat der Unternehmer nicht die erforderlichen Arbeitsleute anschaffen können. Um nun Arbeitsgelegenheit zu schaffen, wird vom Magistrat vorge schlagen, an Stelle der genannten Straßen andere Straßeninstandsetzungen ausführen zu lassen, und zwar:

Auswechslung von abgängigem Kleinpflaster 1. auf der Goslarischenstraße, 2. auf der Salzdhallumerstraße und 3. auf der Hamburger- und Broitzemerstraße, wodurch Kosten im Betrage von 7000, 11 000 und 2200 *M* entstehen werden.

Wenn auch diese Arbeiten anfänglich nicht für dieses Jahr vorgesehen waren, so wird dadurch doch Arbeitsgelegenheit geschaffen, und die Baukommission, die die Vorschläge geprüft hat, bittet Sie durch mich um Ihre Genehmigung. Es soll danach aber nicht ausgeschlossen sein, wenn es möglich ist, noch Teermafadam herzustellen, d. h. wenn es die Jahreszeit erlaubt und der Unternehmer dazu in der Lage ist, auch das Material angeschafft werden kann, auf die zuerst genannten Straßen wieder zurückzugreifen.

Der Antrag der Baukommission wird angenommen.

## 8. Herrichtung eines Kanals zur Entlastung des Kanals in der Hamburgerstraße.

Stadtv. **Sander:** Wir haben einen Abwässerkanal genehmigt, der, von der Hamburgerstraße abzweigend, gelegt werden sollte, um den Zuständen, die in einer der letzten Versammlungen geschildert wurden, abzuhelpen. Um diesen Kanal anzulegen, ist der Ortsbauplan von den städtischen Behörden geändert, aber diese Änderung hat nicht die Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums gefunden, und infolgedessen hat die Ausführung des Kanals noch nicht begonnen werden können. Der Magistrat schlägt nun vor, diesen Kanal, der unbedingt eine Notwendigkeit ist, jetzt auf derselben Stelle zu bauen, wo er vorher projiziert war, nämlich auf dem Grundstücke des Gärtners C. H. Meyer, und zwar dergestalt, daß der Gärtner Meyer sich verpflichtet, eine Servitut auf sein Grundstück wegen Duldung des Kanals eintragen zu lassen. Dafür verlangt er eine einmalige Entschädigung von 400 *M* für Fruchtausfall, eine jährliche Vergütung von 30 *M* und schließlich noch die Zusicherung, daß stadtseitig die Aufnahme einer Straße in den Ortsbauplan im Zuge des projizierten Kanals betrieben wird und ihn bezw. seinen Rechtsnachfolger im Grundstücke auf Wunsch innerhalb der ersten drei Jahre nach Aufnahme der Straße in den Ortsbauplan als Unternehmer für den Ausbau der Straße unter den üblichen Bedingungen zuzulassen, falls die Stadt nicht selbst die Straße ausbauen sollte. Der Stadtmagistrat hält diese Bedingungen für annehmbar und ersucht, ihn zu ermächtigen, ein entsprechendes Abkommen mit dem Gärtner Meyer zu treffen. Die Ausgabe für den projizierten Kanal, der aus Zementrohren hergestellt werden soll, wird mit 28 500 *M* veranschlagt. Diese Summe ist schon durch den Voranschlag der Kanalbaukasse zur Verfügung gestellt.

Die Baukommission hat die Vorschläge geprüft und ist der Meinung, daß es in erster Linie unbedingt erforderlich ist, möglichst rasch diesen Kanal zu bauen, und

daß zweitens das Abkommen mit Meyer ein günstiges ist. Ich bitte, namens der Kommission, die Magistratsvorlage zu bewilligen.

Der Magistrat wird zum Abschluß des Vertrages ermächtigt.

## 9. Bau der Drogistenakademie.

Stadtv. **Frühling:** Der Magistrat hat mit dem Deutschen Drogistenverbände einen Vertrag abgeschlossen, den Sie genehmigt haben, durch welchen sich die Stadt verpflichtet, das frühere Fabrikgebäude der Zuckerraffinerie Brunonia zu einem Schulgebäude für die Drogistenakademie auszubauen, und dieses dem genannten Verbände zum 1. Oktober 1915 zur Verfügung zu stellen. Das diesem Vertrage zugrunde gelegte Projekt war ein Vorprojekt, das von der Firma Rasche und Kragisch ausgearbeitet war. Das Kuratorium der Drogistenakademie hat dieses Projekt am 7. Juli genehmigt, und es muß nun die Ausführung in die Hand genommen werden, damit das Gebäude rechtzeitig am 1. Oktober nächsten Jahres abgeliefert werden kann. Da sich in der für die Vorarbeiten in Betracht kommenden Zeit infolge Beurlaubung einer Reihe von Beamten in der städtischen Bauverwaltung eine starke Arbeitsüberlastung fühlbar machte, und mit Rücksicht darauf, daß, falls der Umbau rechtzeitig fertiggestellt werden sollte, Eile geboten war, auch das Vorprojekt von der Firma Rasche und Kragisch angefertigt war, so hat es der Magistrat für angemessen erachtet, die Ausarbeitung des endgültigen Umbauprojekts nicht der städtischen Bauverwaltung, sondern der Firma Rasche und Kragisch zu übertragen. Dieser Auftrag ist nun von der Firma ausgeführt, und das Projekt ist hier ausgestellt.

Die Kosten waren seinerzeit zu 160 000 *M* veranschlagt, es hat sich nun aber herausgestellt, daß das Gebäude um 20 Prozent größer hergestellt werden muß. Trotzdem hält sich der Kostenanschlag der Firma Rasche und Kragisch innerhalb der Grenzen des vorher angenommenen Anschlages — er beträgt 154 000 *M* —, so daß eine Überschreitung durch den größeren Bau nicht stattfindet. Der Magistrat beantragt, nachträglich seinem Vorgehen, das durch die Verhältnisse gezwungen von ihm eingeschlagen ist, zuzustimmen und das vorliegende Projekt zu genehmigen. Es soll dann der Umbau unter Aufsicht der städtischen Bauverwaltung der Firma Rasche und Kragisch mit der Maßgabe übertragen werden, daß die Vergabe der einzelnen Bauarbeiten nach den von der Stadt dafür erlassenen Vorschriften erfolgt.

Mittel für den Umbau brauchen zurzeit nicht besonders bewilligt zu werden, da durch den Voranschlag des Ausgleichsfonds 80 000 *M* als erste Rate zu dem Zwecke zur Verfügung gestellt sind.

Dem vorgelegten Projekte wird zugestimmt.

## 10. Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens bezüglich Geländes am Vienröder Wege.

Stadtv. **Fride:** Es ist den geehrten Herren bekannt, daß die Breite des Vienröder Weges zwischen dem Wasserwerk und der Schunter auf 22 m von uns festgestellt ist. Die zu der Verbreiterung nötigen Flächen, welche dem Kloster- und Studienfonds gehörten, sind bereits angekauft, es fehlen aber noch vier Flächen von Privateigentümern. Diese wollen allerdings an die Stadt verkaufen, aber nach Ansicht des Magistrats und auch der Baukommission fordern sie zu hohe Preise. Eine dieser Grundflächen gehört der Schule zu Duerum, eine andere dem Gärtner Levin Ohm, hier, und zwei Flächen dem Landwirt Heinrich Ebeling zu Rühme. Die Schule fordert pro Quadratmeter 3 *M*, der Gärtner Ohm 4,50 *M* und der Landwirt Ebeling 4 *M*. Wegen der hohen Forderungen empfiehlt es sich, die fraglichen Flächen nicht freihändig, sondern im Wege der Zwangsenteignung zu erwerben. Wir werden deshalb vom Magistrat ersucht, uns mit Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens einverstanden zu erklären. Im Auftrage der Baukommission bitte ich Sie, sich diesem Antrage anzuschließen.

Die Versammlung ist mit Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens einverstanden.

Stadtv. **Fride:** Der Vienröder Weg ist auf der in Frage kommenden Strecke in der ihm zu gebenden Breite bislang noch nicht in den Ortsbauplan aufgenommen. Es erscheint deshalb erforderlich, vor oder mindestens gleichzeitig mit der Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens den Ortsbauplan durch Aufnahme des genannten Straßenzuges zu ergänzen. Auch in betreff dieses Punktes bittet die Baukommission um die Genehmigung der Herren Stadtverordneten.

Der Aufnahme der Straßenstrecke in den Ortsbauplan wird zugestimmt.

## 11. Bewilligung einer Beihilfe für die Ostpreußen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Meine Herren, Sie kennen die Not, in die unsere ostpreußischen Landsleute durch den zeitweisen Einmarsch der russischen Heere gekommen waren, und kennen auch den Aufruf unseres Magistrats, der darauf abzielt, diese Not durch Sammlungen zu lindern. Der Aufruf ist erfreulicherweise nicht ohne Wirkung geblieben. Zur Zeit, als der Magistrat uns die gegenwärtige Vorlage machte, waren 10 500 *M* eingegangen, inzwischen hat sich diese Summe nicht unwesentlich gesteigert, so daß im ganzen jetzt 16 000 *M* gesammelt sind. Durch den Erfolg der deutschen Heere ist hoffentlich dauernd die größte Not unserer ostpreußischen Landsleute gelindert. Der Magistrat schlägt nun vor, der Hilfeleistung auch dadurch fördernd zur Seite zu treten, daß die Stadt Braunschweig

an der Spitze der Sammlung 5000 *M* zur Linderung der Not bewilligt. Die Finanzkommission befürwortet diesen Antrag warm.

Die Beihilfe wird bewilligt.

## 12. Errichtung einer Bedürfnisanstalt zwischen Archiv und Gewerbeschule.

Stadtv. **Nietz**: Meine Herren, Sie wissen alle, daß wir seit länger denn zwanzig Jahren uns bemühen, eine Bedürfnisanstalt am Magnitore zu bauen, die bisher aber immer noch nicht erstanden ist. Jetzt ist eine Bedürfnisanstalt geplant, die auf Grund eines Beschlusses der Stadterordnetenversammlung vor einiger Zeit zwischen dem Archiv und der Gewerbeschule erbaut werden soll. Die Pläne dafür sind dort ausgehängt. Ursprünglich war die Anstalt auf dem dreieckigen Plaze am Magnitore geplant und dann die Ausführung sistiert. Die hier aufgezeichnete Anstalt soll für einen Preis von 4250 *M* hergerichtet werden. Wie die Ausführung gedacht ist, können die Herren aus dem Plane ersehen. Es ist wohl zu begrüßen, daß endlich dort eine derartige Anstalt hergerichtet werden soll. Wegen der gleichfalls in Aussicht genommenen Errichtung einer Wartehalle oder eines Verkaufstandes auf dem dreieckigen Plaze wird uns in kurzem besonders Bericht erstattet werden. Die Baukommission hat die Angelegenheit geprüft und hat mich beauftragt, Ihnen das vorgelegte Projekt zur Genehmigung zu empfehlen.

Ich kann aber nicht umhin, meine persönliche Ansicht dabei zugleich auszusprechen, weil ich gegen den Beschluß war. Ich möchte anheimgeben, heute Ihrem Herzen einen Stoß zu geben und diesen früheren Beschluß umzuändern. Die Anstalt liegt doch zu sehr hinter den Leuten, und ein solches schides Bauwerk, wie das hier gezeichnete, dürfte unsere Wallpromenaden nicht verunzieren, sondern würde ihnen eher zur Zierde gereichen. Solange die Frage nicht erledigt ist, ob dort 250 m weiter an der Steintorbrücke eine Bedürfnisanstalt für Männer und Frauen, wie sie geplant ist, errichtet wird, kann ich mich für den Bau hier an der jetzt vorgeschlagenen Stelle nicht erwärmen. Auf das Versprechen des Mitgliedes des Staatsministeriums kann ich nichts geben, wenn es auch noch so gut gemeint ist. Man muß in Betracht ziehen, es kommen für den Plaz an der Steintorbrücke drei Behörden in Betracht, die Hofstatt, der Staat und die Stadt. Ehe sie damit fertig sind, ihre Schriften gewechselt zu haben, wird, wie ich glaube, so viel Zeit vergehen, daß ich die Bedürfnisanstalt nicht mehr sehe. Ich meine, so lange, bis wir Gewißheit haben, ob wir die verlangte Anstalt am Steintore bekommen, könnten wir die Angelegenheit aussetzen und dann eine einfache Bedürfnisanstalt vorn an den Weg beim Museum setzen, die in einer Entfernung von zehn Metern an das Gebäude herankommt. Dadurch wird das Gebäude wirklich nicht verunziert.



**Stadtv. Voetschigt:** Es geht mit der Errichtung von Bedürfnisanstalten in Braunschweig wunderbar zu. Ich erinnere an die Bedürfnisanstalt auf dem Kohlmarkte, wo erst ein prächtiger Bau hergestellt werden sollte. Braunschweig will Großstadt werden, hat den schönen Platz, wo der Verkehr am besten ist, und für den ich schon das vorige Mal plädiert habe. Da wurde erklärt, die Anstalt müsse an das Gebäude gelegt werden, und jetzt legt man sie, wie Herr Rieke sagt, hinter die Leute. Ich muß auch daran erinnern, wie eine Bedürfnisanstalt am Theater angelegt werden sollte. Darüber erhob sich ein kolossaler Widerspruch, wie es aussehen würde, wenn der Prinz bei seiner Auffahrt zum Theater an dieser Anstalt vorbeifahren müßte. Fällt es heute noch jemandem auf, daß dort in den Büschen eine Anstalt liegt? Mußte deshalb ein so kolossaler Priamel gemacht werden? In dem Dreieck läßt sich so wunderschön eine Anstalt einrichten. Sie würde auf dem Berge liegen, die Kanalisation liegt also hoch genug, so daß man die Anstalt in die Erde bringen und mit Buschwerk umgeben kann. Ist das denn nicht möglich? Ja, meine Herren, was ist denn da Unschönes? Wenn Sie nach Hannover gehen, sehen Sie rechts und links vom Theater Bedürfnisanstalten für Männer und Frauen angelegt, und es fällt niemandem ein, darin etwas zu finden, daß sie am Wege liegen. Sie gehören eben dahin! Ich verstehe nicht, daß man ein so kleines Bauwerk nicht auf jenen Platz setzen soll, das hübsch angelegt werden kann und halb in der Erde liegt. Aber in Braunschweig ist das nicht möglich! Daß die Anstalt so weit hinter den Leuten liegt, dafür bin ich nicht zu haben.

**Bürgermeister Meyer:** Es ist begreiflich, daß diejenigen von Ihnen, die es bedauert haben, daß die Bedürfnisanstalt nicht auf den Platz kommen kann, auf den sie nach dem Wunsche der beiden städtischen Behörden gesetzt werden sollte, heute noch an dem alten Plane festhalten und deshalb das gegenwärtige Projekt ablehnen. Ich möchte aber darauf aufmerksam machen, daß ein Beschluß nicht nur der Stadtverordneten, sondern beider städtischen Behörden vorliegt, wonach das erste Projekt fallen gelassen ist und anstatt der bis dahin geplanten einen Bedürfnisanstalt zwei andere errichtet werden sollen, und zwar die eine an der in der heutigen Vorlage bezeichneten Stelle, und die andere am Steintore. Nun muß ich Herrn Rieke insofern recht geben, daß der Beschluß über die Aufgabe des älteren Projekts unter der Voraussetzung gefaßt ist, daß nicht nur die heute zur Verhandlung stehende Bedürfnisanstalt errichtet werden solle, sondern daneben auch die am Steintore. Da die Ausführung der letzteren noch nicht von allen zuständigen Stellen genehmigt ist, so kann ich es wohl verstehen, wenn Herr Rieke sagt, er empfehle, die Verhandlungen auszusetzen bis zu dem Zeitpunkte, wo auch die Vorlage für die Anstalt an der Steintorbrücke gemacht werden könnte. Ich bin der Ansicht, daß nach den mit Herzoglichem Staatsministerium und der Baudirektion gepflogenen

Verhandlungen die von Herrn Rieke gehegten Befürchtungen nicht gerechtfertigt sind. Deshalb hat auch der Magistrat keine Bedenken getragen, die heutige Vorlage zu machen; mitbestimmend ist allerdings auch der Wunsch gewesen, durch die Ausführung des Projektes, wenn auch im geringen Maße, Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Dieser letztere Gesichtspunkt ist auch für die Baukommission bestimmend gewesen, nicht der Anregung des Herrn Rieke Folge zu geben, sondern die Vorlage zur Annahme zu empfehlen. Warnen möchte ich die Herren, die grundsätzlich Gegner des Baus an der vorgeschlagenen Stelle sind, davor, die Sache überhaupt zu Falle bringen zu wollen, nachdem die Beschlußfassung auf Grund mehrfacher stundenlanger Beratung erfolgt ist.

Stadtv. **Meyerhoff**: Ich gehöre zu der natürlich sehr starken Minorität in der Baukommission, die den Platz für die Bedürfnisanstalt, wie er jetzt vorgeschlagen wird, nicht annehmen will; trotzdem will ich meine Bedenken gegen den Platz schwinden lassen. Aber eins glaube ich als sicher annehmen zu können, Herr Rieke hat das schon angedeutet: Auf den Fundamenten, die der Stadt schon tausend Mark gekostet haben, wird irgend ein anderes Gebäude entstehen. Es ist mir nun fraglich, ob da nicht von berufener oder unberufener Seite wieder Einreden kommen: Da gehört kein Gebäude hin. Dann sagen wir wieder: „Wir haben uns allerdings auf den Platz festgelegt, aber der Starke weicht mutig zurück,“ und reißen die Fundamente wieder aus der Erde. Für mich ist bezeichnend, daß noch nicht die Einigung erzielt ist, daß wir wirklich den Platz an der Steintorbrücke bekommen werden, denn bisher sind darüber nur Versprechungen gemacht worden. Wenn ich ganz gelinde verfahren will, so möchte ich bitten, daß Sie wenigstens die heutige Vorlage zurückstellen, bis die Stadt den Platz an der Steintorbrücke zugewiesen erhalten hat; ich hoffe auch, daß wir ihn nicht erst vom Staate zu kaufen brauchen. Ich bitte, die Frage zurückzustellen, bis die Vorfrage erfüllt ist; so sehr dringend wird nach dem langen Warten die Erbauung nicht sein.

Bürgermeister **Meyer**: Weshalb es bezeichnend für die ganze Sachlage sein soll, daß die Platzfrage für die zweite Bedürfnisanstalt noch nicht in den Vorverhandlungen erledigt ist, während das andere Projekt fertig vorliegt, kann ich nicht verstehen. Es erklärt sich das doch ganz einfach dadurch, daß die heute zur Ausführung vorgeschlagene Bedürfnisanstalt kleiner ist und auf einen städtischen Platz gesetzt werden soll, über dessen Benutzung wir keinen anderen zu fragen brauchen, während bei dem anderen Platze drei verschiedene Behörden sich einigen müssen. Es ist Ihnen bekannt, daß wir zur Ausführung der für das Steintor projektierten Anstalt kleinere Grundflächen vom Staate und der Hofstatt erwerben müssen. Gegenwärtig liegt das Projekt zur Prüfung bei der Baudirektion. Daß wir das

nötige Terrain nicht gleich bei den Verhandlungen über den Bau der Steintorbrücke erhalten haben, ist ganz natürlich. Über den Brückenbau war ein Vertrag geschlossen, und darnach haben wir das Gelände, welches östlich und westlich der Brücke liegt, käuflich erworben. Erst später ist der Gedanke aufgetaucht, mit dem Bau der Brücke auch die Errichtung einer Bedürfnisanstalt für Männer und Frauen in Verbindung zu bringen.

Nun hat Herr Meherhoff wieder angefangen, von diesem Mauerwerk zu sprechen, das auf dem Platze steht, der von der Stadt anfänglich für die Bedürfnisanstalt in Aussicht genommen war. Die Sache liegt so, wie ich schon früher erklärt habe. Es wird vom Magistrate darauf Bedacht genommen, mit Rücksicht auf die Werte, die schon in dem Grund und Boden stecken, eine Lösung zu finden, die allen Teilen genehm ist. Die städtische Bauverwaltung war beauftragt, Vorschläge zu machen, sie hat auch schon vor Monaten einen solchen eingereicht, doch hat der die Zustimmung des Magistrats nicht gefunden. Sicher aber ist, daß wir, wenn etwas Passendes für diesen Platz nicht gefunden werden sollte, auf den Plan der Errichtung einer Bedürfnisanstalt dort nicht zurückkommen können und auch nicht werden, nachdem grundsätzlich vor längerer Zeit die städtischen Behörden übereinstimmend erklärt haben, daß sie dem in dieser Beziehung ausgesprochenen Wunsche des Staates stattgeben wollen. Ich würde es für unzulässig halten, auf jenen Platz jetzt — sozusagen heimlich — eine Bedürfnisanstalt zu bauen. Zu einem derartigen Verfahren wird sich der Magistrat nicht verstehen können; wir müssen offenes Visier auch in derartigen Angelegenheiten haben. Ich kann nur empfehlen, daß die geehrten Herren die eingebrachte Vorlage annehmen.

**Stadtv. Hartung:** Auch ich bitte, der Vorlage beizustimmen. Ich habe immer auf dem Standpunkte gestanden, daß die Bedürfnisanstalt am besten dorthin zu stehen kommt, wo sie jetzt hinkommen soll, hinter die Leute, wie Herr Rieke sich ausdrückt. Ich meine, das Publikum wird die Anstalt schon finden, der Verkehr wird sich schon daran gewöhnen, und es wird kein Schaden sein, daß sie nicht direkt vor das Museum gebaut wird.

Nun höre ich zu meiner nicht gerade angenehmen Überraschung, daß noch immer beabsichtigt wird, doch noch etwas auf dem Platze zu bauen, der zuerst für die Bedürfnisanstalt angenommen war. Ich glaube nicht, daß der Magistrat damit viel Anklang finden wird, und bin überzeugt, daß unsere Bürger wünschen, daß so schnell wie möglich jene unglückselige Planke mit dem, was dahinter steht, verschwindet. (Sehr richtig!) Allerdings habe ich den Standpunkt vertreten, daß eine Bedürfnisanstalt in dieser Gegend, wenn sie einmal nötig ist, auch gebaut werden muß. Nachdem aber der Ausweg gefunden ist und feststeht, daß sie auf dem dreieckigen Platze nicht gebaut werden kann, halte ich es für verfehlt, zuliebe der paar

Grundmauern und Treppenstufen ein Bauwerk, das für diesen Platz nicht sonderlich geeignet ist, hierher zu stellen. Dieses kleine Bauwerk würde die Gegend nicht verschöner, sondern sie würde nach meiner Überzeugung dadurch verschandelt. Der Platz mit der Eiche darauf war schön, aber er wird entschieden verdorben, wenn ein Gebäude daraufgesetzt wird. Ein Bedürfnis für ein solches Gebäude ist nicht vorhanden, und ich möchte den Magistrat bitten, von diesem Plane abzusehen oder uns möglich bald mit der hierauf bezüglichen Vorlage zu kommen, damit die Versammlung Stellung dazu nehmen kann. Es wird nun allmählich zum Skandal, daß diese Bude ziemlich ein Jahr lang zum allgemeinen Mißvergnügen auf jenem Platze steht.

**Stadtv. Stegmann:** Ich halte nach wie vor den dreieckigen Platz am Magnitor für Errichtung der Bedürfnisanstalt für geeignet, und so ungern ich mich für eine Verschleppung der Sache erkläre, muß ich, ebenso wie die Herren Stadtvv. Meyerhoff und Riefe, da die Sache wegen der Bedürfnisanstalt für Männer und Frauen an der Steintorbrücke noch nicht geklärt ist, dafür eintreten, daß die heutige Vorlage zurückgestellt wird. Sollten die Herren heute die Sache erledigen wollen, so muß ich dringend bitten, die Vorlage nicht so anzunehmen, wie sie eingebracht ist, sondern einen anderen Platz dafür zu nehmen, denn die Anstalt würde zu sehr versteckt liegen. Solch eine Bedürfnisanstalt ist nicht nur für diejenigen bestimmt, die täglich an der Stelle durchgehen, sondern auch für Fremde, die sie ohne Suchen finden müssen. Ich beantrage, falls nicht heute die Vorlage zurückverwiesen wird, eine Bedürfnisanstalt auf dem Rasenplatze neben dem Museum — wenn man aus dem Magnitor kommt, gleich rechts neben das Museum — zu bauen. Das ist der geeignete Platz. Jedermann kann sie dort sehen, und das Häuschen wird keine Verschandelung der Gegend verursachen, namentlich wenn es mit Buschwerk umgeben wird. Das zeigt die Bedürfnisanstalt am Amalienplatze, die auch dicht an der Straße liegt, und in anderen Städten haben wir ähnliche Anstalten an gleicher Lage.

**Vorsitzender:** Herr Meyerhoff hatte nicht beantragt, die Vorlage zurückzustellen, sondern einstweilen von einer Beschlußfassung abzusehen.

**Stadtv. Riefe:** Die Vorlage wurde nicht mit Unrecht damit begründet, daß damit Arbeitsgelegenheit eintritt und würde gern für noch mehr Arbeitsgelegenheit sein, aber diese 4250 *M.*, die für die Anstalt ausgegeben werden sollen, schlagen doch eigentlich nicht zu Buche. Wenn man sie ausgeben will, dann haben wir noch andere Projekte, die wir ausführen können. Man mag die Summe hinzutun zu den Bereitstellungen für Ausführung von Straßenpflasterungen von anderen Arbeiten, dann kann damit auch Arbeitsgelegenheit geschaffen werden. Überlegen

Sie auch bitte noch einmal, wie die Sache liegt. Nicht der Platz rechts durch den Bogen hindurch, wo nur wenige Passanten gehen, sondern der grüne Platz vor dem Magnitore ist die gegebene Stelle für die Bedürfnisanstalt. Damit kommen wir dem Braunschweiger Verkehr entgegen, und auch die Fremden können diese Stelle finden. Wenn auch einmal der Beschluß gefaßt ist, den Platz aufzugeben, so meine ich: Es ist niemand unter uns, der behaupten kann, daß er sich nie geirrt habe; ich habe es schon manchesmal getan. Wenn man seine Meinung revidieren kann, dann soll man es tun. Es wurde zunächst geplant, es sollte auf den Platz eine Art Köhlerküte hingestellt werden. Wenn die den Platz nicht verunziert hätte, dann verunziert dieser Tempel ihn erst recht nicht. Da nun einmal der Beschluß gefaßt ist, möchte ich Sie ersuchen, zwei Anstalten zu bauen, jene dorthin an das Steintor, und ein Pissoir hierher. Wer den Verkehr dort kennt, weiß, daß das angebracht ist. Die 250 m Entfernung nach dem Steintore hin kann man in Kauf nehmen, wenn dorthin eine Anstalt für beide Geschlechter käme. Ich glaube, die von mir angegebene Stelle liegt auch näher am Straßenkanal und würde sich im Bau deshalb billiger stellen. Für jenen Platz hinter den Leuten aber kann ich mich nicht erklären.

**Stadtv. Busch:** Ich habe seinerzeit auch bedauert, daß der Beschluß der Stadtverordneten nicht festgehalten werden konnte. Es würde doch aber ein eigentümliches Licht auf unsere Versammlung werfen, wenn wir nun wiederum einen Beschluß umstoßen würden. Die Einwohnerschaft würde zu der Überzeugung kommen, daß die Versammlung ein halbes Jahr gebraucht, um eine einfache Bedürfnisanstalt zu erbauen. Der jetzt vorgeschlagene Platz ist doch ein sehr guter. Wenn man den Stadtplan ansieht, merkt man, daß ein ziemlich bedeutender Verkehr von dem Stein- nach dem Augusttore an ihr vorbeigeht, und das Publikum würde sich, wie schon bemerkt, rasch daran gewöhnen, die Bedürfnisanstalt an dieser Stelle aufzusuchen.

Aber einen anderen Vorschlag möchte ich noch machen: daß man diese Planke auf dem alten Plage nicht wegnimmt, bis seitens der einschlägigen Behörden die Zustimmung zur Hergabe des Platzes an der Steintorbrücke erfolgt ist. Jedenfalls wird das Stehenlassen dieser Bretterplanke etwas Einfluß auf die Beschleunigung Ihrer Entschlüsse haben, denn die Herren können denken, daß sich immer wieder jemand finden könnte, der den Antrag stellt, dort, wo die Planke steht, eine Bedürfnisanstalt zu errichten, und sie werden dadurch vielleicht veranlaßt, die Genehmigung zur Übergabe des Platzes an der Steintorbrücke zu erteilen.

**Stadtv. Frühling:** Ich will nicht die Debatte für oder gegen diesen Platz vermehren; sie hat ohnedem schon so lange Zeit in Anspruch genommen, in so vielen Versammlungen haben wir uns stundenlang über diese Bedürfnisanstalt unter-

halten, daß man glauben sollte, das Wohl und Wehe der ganzen Stadt hinge davon ab. Aber auf eins möchte ich doch hinweisen: Sie haben nach diesen stundenlangen Debatten beschlossen, hier die Bedürfnisanstalt hinzubauen, und was da gegengesprochen hat, ist damals reichlich erörtert. Neues ist heute nicht vorgebracht, und da dieses nicht geschehen ist, so scheint es nicht angängig, den alten, nach solchen vielfachen Verhandlungen gefaßten Beschluß umzustößen und mit der Sache von vorn anzufangen. Dazu ist die Sache auch nicht wesentlich genug. Wir können nun endlich Schluß mit der Sache machen und nach dem Projekte, dem wir schon einmal zugestimmt haben, beschließen.

Stadtv. **Meyerhoff**: Ich will die Debatte nicht weiter hinziehen, aber das möchte ich noch erwähnen: Wir sind von folgenden Gesichtspunkten ausgegangen: Erstens, es soll eine Bedürfnisanstalt für beide Geschlechter errichtet werden, dann, wir sollen an der Steintorbrücke eine solche bekommen, und hier am Magnitore soll nun eine kleinere Anstalt errichtet werden. Da habe ich nun nur beantragt, daß wir die Beschlußfassung über die letztere einstweilen aussetzen.

Herr Busch möchte ich erwidern, daß wir nur über diese eine Bedürfnisanstalt nicht zum Beschluß kommen können. Von anderen Bedürfnisanstalten haben wir drei in einer Sitzung genehmigt und sind glatt darüber hinweggekommen, weil die Versammlung einig war. Aber hier ist in diesem Punkte nie Einigkeit gewesen, und so ist es auch in der Baukommission gewesen.

Herr Busch weist auf die Planke hin und möchte sie einstweilen stehenlassen. Wenn aber nachher dort ein Gebäude entsteht, dann wird es wieder hysterische Leute geben, die eine Verschandelung des Platzes darin erkennen. Wenn schon hier Kollegen das finden, wie werden erst die Leute außerhalb unserer Versammlung schreien. Ich möchte deshalb zur Beruhigung vom Magistratsstische hören: Soll der Bau weitergeführt werden, soll meinerwegen eine Selterswasserbude oder ein Unterkunftshaus dorthin gestellt werden? Darüber möchte ich Bescheid haben.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Kollege Frühling wird doch der Geschichte dieses schönen Kunstwerkes nicht gerecht: Beschlüsse sind einheitlich von beiden Instanzen genug gefaßt und ohne äußere Gründe umgestoßen worden. Er verkennet den Antrag Meyerhoff und meines Freundes Riefe. Es handelt sich nicht darum, einen Beschluß umzustößen, sondern ihn auszusetzen, bis wir erst den Kauf dessen in der Tasche haben, was uns vorgegaukelt wird. Herr Bürgermeister Meyer hat schon gekennzeichnet, wie schwierig es ist, die Behörden unter einen Hut zu bringen. Wie schwierig ist es, in unseren eigenen Straßen nach unserem Wunsche schalten zu können! Wie mancher unserer einheitlichen Beschlüsse wird durch sehr einseitige Machtfaktoren beseitigt. Deshalb sagen wir: Wir brechen die Beratung ab, bis

die Angelegenheit an der Steintorbrücke in Ordnung ist, damit wir uns dann danach einrichten können. So lange hat die Errichtung der Bedürfnisanstalt am Magnitore noch Zeit.

**Vorsitzender:** Es ist Schluß der Debatte beantragt — es steht auch niemand mehr auf der Rednerliste. Ich schließe die Debatte. Zuerst wird der Antrag Meyerhoff, sodann der Kommissionsantrag zur Abstimmung kommen. Die Herren, die dem Antrage Meyerhoff auf Zurückstellung des Beschlusses zustimmen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschicht.) 16, das ist die Mehrheit.

### 13. Instandsetzung des Agidienmarktes.

Stadtv. **Frühling:** Um Arbeit zu schaffen, ist vom Magistrat das Projekt vorgelegt, den südlichen Teil des Agidienmarktes zwischen dem Rosenhagen und der Straße Hintern Agidien bezw. dem Verbindungswege nach dem Spohrplatz in-standzusetzen. Das Projekt ist dort ausgehängt. Die Angelegenheit ist in der Baukommission besprochen und geprüft, und wir haben dort keine Bedenken gegen die Ausführung gefunden. Die Kosten sollen 22 000 *M* betragen, wovon 17 500 *M* von der Stadt und 4500 *M* von den Anliegern zu übernehmen sind. Es ist der Wunsch ausgesprochen, daß bei Einziehung der Anliegerbeiträge in der jetzigen schweren Zeit Milde und Rücksichtnahme geübt wird, und das ist vom Magistrat auch zugesagt. Die Baukommission beantragt, dem Projekte zuzustimmen und die erforderlichen Mittel zu Lasten des außerordentlichen Voranschlages zu verwilligen.

Stadtv. **Sander:** Es ist zu begrüßen, daß wiederum Arbeitsgelegenheit geschaffen wird, aber die Sache ist doch zweischneidiger Art. Es wird eine ganze Anzahl von Anliegern, deren Geschäft in dieser Kriegszeit leidet, mit Straßenbaukosten im Betrage von 4000—5000 *M* belastet. Ich möchte nicht gegen die Vorlage an sich sprechen, aber dem Wunsche Ausdruck geben, daß der Magistrat in diesem Falle den Anliegern die Beiträge zinslos stundet. (Zuruf: Ist schon erwähnt.)

Dem Antrage der Baukommission wird zugestimmt.

### 14. Projekt über den Ausbau der Straßen 631 und 632.

Stadtv. **Meyerhoff:** Es liegen zwei Kostenanschläge für den Ausbau der Straßen 631 und 632 vor. Zur Bezeichnung der Straßen mache ich darauf aufmerksam, daß die Straße 631 der zweite Langelamp ist, und die Straße 632 die

Straße, die wir früher auf Veranlassung des Bauvereins für städtische Beamte genehmigt haben.

Die Grunderwerbskosten der Straße 631 stellen sich auf 800 *M*, die Straßenbaukosten auf 4800 *M*, insgesamt also Kosten von 5600 *M*, oder auf das laufende Meter Frontlänge 30,85 *M*. Die Kosten für Kanalisation werden 3200 *M* betragen. Die Straße soll in einer Breite von 6,20 m ausgebaut werden, wovon 4,60 m auf die Fahrbahn und 1 m auf den östlichen und 60 cm auf den westlichen Fußsteig entfallen. Die Fußwege sollen in der bekannten Weise durch Bordsteine von der Fahrbahn abgetrennt und in ganzer Breite mit Plattenbelag versehen werden.

Die Straße wird eine Gesamtbreite von 8 m erhalten und so ausgebaut werden, daß 5 m auf die Fahrbahn und je 1,50 m auf die beiderseitigen Fußwege entfallen, welche letzteren auch Plattenbelag erhalten sollen. An dem östlichen Ende der Straße soll ein provisorischer Wendeplatz eingerichtet werden. Die Straße grenzt hier an die Mozartstraße; wenn diese frühzeitig genug ausgebaut wird, würde sich die Anlage des Wendeplatzes erübrigen. Die Baukosten stellen sich insgesamt auf 9600 *M*, und die Kosten für das Meter Frontlänge auf 14,45 *M*. An Kanalisationskosten werden 2200 *M* aufzuwenden sein.

Der Magistrat ersucht, die Kosten des oberirdischen Ausbaus der beiden Straßen zu Lasten des Extraordinariums, die Kosten der Kanalisation zu Lasten des Neubauetats der Kanalbaukasse zu verwilligen und gleichzeitig zuzustimmen, daß die beiden Straßenzüge zu *Ortsstraßen* erklärt werden. Die Anträge haben der Prüfung der Baukommission unterlegen, sie bittet um Annahme derselben.

Der Ausbau der Straßen nach den vorgelegten Projekten wird beschlossen und die Zustimmung dazu erteilt, daß beide Straßen zu *Ortsstraßen* erklärt werden.

## 15. Ausführung von Maler- und Tischlerarbeiten in städtischen Gebäuden.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Der Arbeitgeberverband des Malergewerbes und auch die Arbeiterorganisation dieses Gewerbes, sowie die Handwerkskammer haben sich an den Magistrat gewandt, um im gleichen Sinne den Magistrat zu beeinflussen, wie es in früheren Versammlungen von unserer Seite bereits geschehen war, nämlich daß er für Arbeitsgelegenheit sorgen möchte. Der Magistrat sucht dieser Anregung und unseren Beschlüssen dadurch gerecht zu werden, daß er die Ausführung verschiedener Arbeiten jetzt vorschlägt, und zwar zunächst eine Reihe von Malerarbeiten im Werte von 5095 *M*. Es handelt sich um den Anstrich der Fenster in den Straßenfronten des Feuerlöschgebäudes, Anstrich der Wellblechdächer des städtischen Markstalls, Anstrich von Wand- und Deckenflächen im Kinderheim auf



dem Pflegehausgrundstücke, Anstrich von Wand- und Deckenflächen im Armenhause an der Goslarstraße, dann um Anstricharbeiten in der Herzog-Johann-Albrecht-Oberrealschule, im Herzogin-Elisabeth-Lyzeum, in der städtischen Mädchenschule und in verschiedenen Bürgerschulen (Bültenweg, Osterstraße, Hofestieg, Ottmerstraße, Schulweg, Comeniusstraße, Maschstraße, Leonhardstraße, Pestalozzistraße). Das sind alles Arbeiten, die an sich nicht nur wünschenswert, sondern auch notwendig sind und jetzt noch ausgeführt werden können. Ferner sollen auch Fenstervorhänge im Werte von 750 *M* für verschiedene Klassen der Bürgerschulen, sowie Tische und Bänke für die Schulen an der Sophienstraße und Diesterwegstraße im Betrage von 400 *M*, eine Anzahl von Schultafeln für vier verschiedene Schulen im Werte von 1350 *M* erneuert werden. Die Summe für diese Arbeiten stellt sich auf 8760 *M*, so daß im ganzen mit den Malerarbeiten die Verwilligung von 13 855 *M* oder rund 13 900 *M* aus den zuständigen Fonds erbeten wird.

Die Kommission schließt sich dem Antrage an und freut sich, daß hierdurch Arbeitsgelegenheit geschaffen wird.

Die für Ausführung dieser Arbeiten nötige Summe wird einstimmig bewilligt.

## 16. Aptierungs- und Dränierungsarbeiten auf dem Rieselgute.

Stadtov. **Riese**: Das Rieselgut hat uns in der letzten Sitzung insofern beschäftigt, als wir der Anlage von künstlichen Reinigungsstationen, sogenannten Umschwerbrunnen, zugestimmt haben. Der Antrag hierzu beruht darauf, daß die Fläche für die Berieselung immerhin knapp ist. Da nun noch zwei Stellen vorhanden sind, die für die Berieselung eingerichtet werden können, so wird heute beantragt, diese zu aptieren und dränieren. Es handelt sich um Stücke vom ehemaligen Bürgerholz und des nördlich vom Jägerischen Grundstücke gelegenen Ackerstücks auf dem Schmiedekamp und des Ochsenpfuhls. Der Magistrat hat auch diese Vorlage eingebracht, indem er damit beabsichtigt, Arbeitsgelegenheit zu schaffen, was von uns zu begrüßen ist. Es sind für die Arbeiten auszugeben 1600 + 8000 *M*, und der Magistrat beantragt, die Mittel zu Lasten des Extraordinariums der Rammereikasse zu verwilligen. Die Vorlage ist von der Kommission noch nicht vorgeprüft, ich möchte aber trotzdem ersuchen, daß Sie Ihre Zustimmung dazu erteilen.

Die Ausgabe der 9600 *M* für den besagten Zweck wird einstimmig bewilligt.

## 17. Verwendung der Räume des Stadtparkrestaurants zu Lazarettzwecken.

Bürgermeister **Meyer**: Es betrifft dieser Punkt der Tagesordnung eine Angelegenheit, die den Magistrat erst heute morgen beschäftigt hat, so daß es nicht

möglich war, den Herren eine Vorlage zu machen. Die Sache hängt mit dem Kriege zusammen. Man rechnet damit, daß die Zahl der Vermundeten, die nach Braunschweig gebracht werden, so groß werden könnte, daß die gegenwärtig zur Verfügung gestellten Betten (1900) nicht ausreichen. Die Militärverwaltung ist deshalb bemüht, event. noch andere größere Räume für Lazarettzwecke zu bekommen, und ist zu dem Ende auch mit dem Pächter des Stadtparkrestaurants in Verbindung getreten und hat ihn gefragt, ob er gewillt und in der Lage sei, das Stadtparkrestaurant zu dem genannten Zwecke zur Verfügung zu stellen. Der Wirt kann das naturgemäß nicht selbständig machen, da er von der Stadt als Verpächterin abhängig ist, und hat deshalb bei uns angefragt, ob die Stadt etwas dagegen einzuwenden hätte, wenn er der Anregung der Militärverwaltung Folge gebe. Der Magistrat ist der Ansicht, daß ein ausreichender Grund, dem Restaurateur Jäger die Erfüllung seines Wunsches zu versagen, nicht vorliege, da die Räumlichkeiten des Stadtparkrestaurants durch die Benutzung als Lazarett nicht beeinträchtigt werden, auch liege Anlaß vor, den staatlichen Bedürfnissen entgegenzukommen. Es kommt für den Restaurateur Jäger hinzu, daß im Winter der Verkehr im Stadtpark schwach ist, und daß mit Rücksicht auf die Kriegslage anzunehmen ist, daß der Verkehr im kommenden Winter erst recht gering sein wird. Es ist nicht ausgeschlossen, daß irgend welche baulichen Veränderungen vorgenommen werden müssen, um die gesamte Anlage des Restaurants Lazarettzwecken dienstbar machen zu können. In dieser Hinsicht war der Magistrat der Ansicht, daß er die Bedingung stellen müsse, daß nach Beendigung der geplanten Verwendungsweise der alte Zustand wiederherzustellen sei. Der Magistrat läßt Sie durch mich ersuchen, sich damit einverstanden zu erklären, daß das Stadtparkrestaurant auf Wunsch zu Lazarettzwecken unter der Bedingung zur Verfügung gestellt wird, daß die Lazarettverwaltung bei der Rückgabe den alten Zustand wiederherzustellen hat. Der Restaurateur Jäger ist mit uns der Ansicht, daß das Pachtverhältnis durch die beabsichtigte Benutzung der Räume als Lazarett im weiteren nicht berührt wird, daß er vor allem verpflichtet sei, die bedungene Pacht weiterzuzahlen.

Stadtv. Dr. **Henning**: Ich glaube nicht, daß das Stadtparkrestaurant gerade so sehr geeignet sein würde, für diese Zwecke zu dienen. Gewiß werden wir mit der größten Wahrscheinlichkeit, wenn der Krieg sich länger hinziehen sollte, noch mehr Lazarette nötig haben, wie zurzeit eingerichtet sind. Ich würde es für viel zweckmäßiger erachten, an Stelle dieses Parkgebäudes z. B. die Gewerbeschule, die frühere Husarenkaserne, für Lazarettzwecke zur Verfügung zu stellen. Ich habe schon gelegentlich einer Besprechung dieser Angelegenheit einen entsprechenden Vorschlag gemacht und möchte deshalb die städtischen Behörden bitten, sich mit diesem Plane, falls man mit einem solchen an den Stadtmagistrat herantreten

sollte, schon jetzt einverstanden zu erklären. Ich bringe diese Bitte vor, um die Sache zu beschleunigen, falls die Benutzung der Räume der Gewerbeschule für diesen Zweck gewünscht wird, und glaube, die Räume dieser Schule werden für Lazarettzwecke geeigneter und ihre Umwandlung dazu leichter und preiswerter herzustellen sein, als die der ziemlich weit draußen liegenden leicht gebauten Stadtparkrestauration.

**Bürgermeister Meyer:** Wie ich schon ausgeführt habe, ist der Antrag, den ich Ihnen unterbreitet habe, nicht vom Magistrat ausgegangen, sondern er ist an ihn herangebracht von dem Restaurateur Jäger. Ich muß bei Lage der Sache annehmen, daß es richtig ist, was uns der Herr gesagt hat: daß die Militärverwaltung ihrerseits bei ihm vorgesprochen und sich erkundigt hat, ob das Stadtparkrestaurant für diesen Zweck freigegeben werden könnte. Es liegt deshalb keinerlei Veranlassung für mich vor, von dem, was ich ausgeführt habe, etwas zurückzunehmen, und ich möchte deshalb zunächst den Antrag des Magistrats aufrecht erhalten. Ich weiß nicht, ob die Militärverwaltung das Stadtparkrestaurant nehmen wird.

Auf die Anregung, die Herr Dr. Henking gibt, näher einzugehen, ist nicht ohne Bedenken. Es würde auch erst eine Anfrage der Militärbehörde abzuwarten sein und dann im Magistrat geprüft werden müssen, ob dem Wunsche entsprochen werden könne. Jedenfalls würde ich es nicht für unbedenklich halten, wenn die Versammlung schon, ohne daß von Seiten des Magistrats die Verhältnisse geprüft sind, die Hergabe der Gewerbeschule gutheißen würde. Es könnte nicht ausgeschlossen sein, daß der Magistrat bei weiterem Bedarf an Räumen seine Aufmerksamkeit auf ein anderes Gebäude lenken würde, das seiner Ansicht nach besser geeignet wäre als die städtische Gewerbeschule.

**Stadtrat von Franckenberg:** Ich möchte den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters hinzufügen, daß wir bekanntlich das Erdgeschoß der Gewerbeschule, soweit es sich um den links gelegenen Teil handelt, dem Nationalen Frauendienst zur Verfügung gestellt haben, also gleichfalls einer Kriegshilfe- und Wohlfahrts Einrichtung, die wir, nachdem sich das Publikum daran gewöhnt hat, sie an dieser Stelle zu finden, um keinen Preis aus diesen Räumen verdrängen möchten. Was die übrigen Teile der Gewerbeschule betrifft, so hoffen wir, nach dem 1. Oktober den Betrieb der Schule wieder in Gang setzen zu können, und es würde doch nicht zweckmäßig sein, wenn wir bei Benutzung dieser Räume zu Lazarettzwecken Umschau nach anderen Räumen für die Schule halten müßten. Da der Nationale Frauendienst ein Kommen und Gehen von Bedürftigen mit sich bringt, so glaube ich auch kaum, daß diese Räume für Lazarettzwecke besonders günstig liegen.

Stadtv. **Sander:** Ich kann mich den Worten des Herrn Stadtrats nur anschließen. Ich bin der Meinung, daß das Stadtparkrestaurant sich zu Lazarettzwecken ganz besonders eignen würde, vor allem seiner Lage wegen: Es sind große Räume inmitten eines Parkes. Ich meine auch, daß die Entfernung nicht so weit ist, denn man kann mit der Elektrischen sehr leicht dorthin kommen. Ich bitte, den Vorschlag des Magistrats anzunehmen.

Stadtv. **Niese:** Ich will nicht gegen die Vorschläge des Magistrats sprechen und meine auch, daß betreffs der Verbindung mit der Stadt die Elektrische gute Dienste leisten wird. Aber ich gebe zu bedenken: Es wird Winter, und es könnte sich als Krankenraum nur um die beiden großen Eckzimmer handeln, die — wie sich die Herren erinnern werden — aus Glas und Eisen gebaut sind, und in denen nur je ein Ofen steht, denn Zentralheizung ist nicht vorhanden. Ob solche Räume für den Winter geeignet sind, das werden die ärztlichen Instanzen zu entscheiden haben; für den Sommer würde der Benutzung als Lazarett natürlich nichts entgegenstehen. Diese Zimmer werden im Winter während der Kälte auch von den Gästen gemieden. Sie werden jedenfalls viel Heizung kosten, wenn sie warm gehalten werden sollen.

Bei der Abstimmung erklärt sich die Mehrheit der Versammlung damit einverstanden, daß die Räume event. zu Lazarettzwecken zur Verfügung gestellt werden.

### 18. Anfrage Sander über Stellungnahme des Magistrats zu dem Antrage Frede, betreffend Einquartierungen.

Wortlaut der Anfrage: „Hat der Magistrat zu dem Antrage Frede, Einquartierung betreffend, Stellung genommen, event. welche?“

Stadtv. **Sander** (zur Begründung): Die Notwendigkeit, die Soldaten in Bürgerquartieren unterzubringen, ist immer noch vorhanden und wird voraussichtlich noch längere Zeit bestehen bleiben. Da ist es wohl erklärlich, daß man über das Schicksal des Antrages Frede, der seinerzeit einstimmig zur Annahme gelangte, Auskunft haben möchte. Ich bitte den Magistrat, uns über seine Stellungnahme zu dem Antrage Mitteilung zu machen.

Stadtrat **Wagner:** Der Magistrat hat zu dem Antrage noch nicht Stellung genommen. Wir waren der Überzeugung, daß eine neue Regelung der Angelegenheit, wenn sie statutarisch festgelegt werden soll, viele gänzlich neue Bestimmungen

bringen muß, die eine eingehende Durchberatung erfordern, und daß die Neuordnung nicht dringlich wäre, weil die Haupteinquartierungen, die aus Anlaß des Krieges vorgenommen werden müssen, wie anzunehmen ist, vorüber sind. Wir haben zunächst bei denjenigen Städten Erkundigungen eingezogen, die, wie wir durch die Zentralstelle des deutschen Städtetages erfahren haben, die Einquartierungslast auf die Mieter gelegt haben; wir fragen auch an bei denjenigen Städten, die die gleiche Regelung haben wie bisher wir, nämlich daß nur der Grundbesitz zu den Einquartierungslasten herangezogen wird. Ein derartiges Material ist bis jetzt nicht vorhanden, es muß erst eingezogen werden. Die Städte, die nur den Grundbesitz mit der Einquartierung belasten — und das ist für die Stadtverwaltung das einfachste —, befinden sich bei weitem in der Mehrzahl. Wir haben geglaubt, nicht eher über den Antrag beschließen zu sollen, bevor wir nicht über die Erfahrungen der anderen Städte in dieser Kriegszeit Erkundigungen eingezogen hatten.

Stadtv. **Meyerhoff** beantragt sofortige Besprechung der Anfrage. Der Antrag wird genügend unterstützt und die Besprechung vom **Vorsitzenden** eröffnet.

Stadtv. **Meyerhoff**: Die Antwort des Herrn Stadtrat Wagner ist für mich nur eine Bertröstung. Geschehen muß etwas in dieser Angelegenheit, und man kann nicht damit zufrieden sein, wenn erklärt wird: Der größte Ansturm ist vorbei. Mein Herr Nachbar hier im Saale hat schon seit sechs Wochen Einquartierung, und sind denn solche Fälle vereinzelt? Diejenigen, die mit so langer Einquartierung bedacht sind, leiden schwer, während eine ganze Menge unserer in guten Verhältnissen lebenden Mitbürger als Mieter wohnen und verschont bleiben. Man sollte doch wirklich auch denen ihr Teil auferlegen. Alle für einen und einer für alle: so meine ich es auch mit der Einquartierungslast. Ich bin darüber unterrichtet, daß es Städte gibt, die jetzt noch nicht einmal ihre Bürger mit Einquartierung belegen, sondern besondere Kasernen gebaut haben, in denen sie die jeweilige Einquartierung unterbringen. So weit will ich für uns nicht gehen, aber das Statut abzuändern in dem Sinne, daß die Allgemeinheit auch die allgemeinen Kriegslasten trägt, das wird so schwer nicht halten. Die Erkundigungen ließen sich doch schnell einziehen. Ich möchte darum bitten, daß der Magistrat von uns ersucht wird, so rasch wie möglich in die Erledigung dieser Materie einzutreten.

Stadtv. **Sander**: Es ist richtig, wenn der Herr Stadtrat sagt, daß die Ausdehnung dieser Einquartierungslast auf die Mieter für den Stadtmagistrat eine ganz erhebliche Arbeit mit sich bringen werde. Das soll uns aber nicht abschrecken,

eine derartige Reorganisation zu treffen. Die Schäden, die sich bei dem gegenwärtigen Zustande gezeigt haben, sind denn doch derart, daß unbedingt Abhilfe geschaffen werden muß. Der Schaden ist vor allen Dingen groß gewesen für die Quartiersuchenden selbst; ich brauche das nicht zu wiederholen, es ist in der vorigen Versammlung schon genügend erörtert worden. Zunächst aus dem Grunde, den betreffenden Soldaten so schnell wie möglich ihr Quartier zu verschaffen, zweitens wegen der ungerechten Belastung, die den einen Teil der Bevölkerung einseitig belastet, möchte ich den Magistrat bitten, der Sache möglichst rasch näherzutreten.

**Stadtv. Frede:** Meine Herren, ich war auch enttäuscht, als ich sah, daß die heutige Tagesordnung einen Punkt nicht aufwies, der sich mit dem Antrage beschäftigte. Wenn die Dringlichkeit durch die Versammlung so sehr anerkannt ist, so hätte wohl in der Zeit etwas in der Angelegenheit geschehen müssen.

Herr Stadtrat Wagner sagt, es seien viele neue Bestimmungen nötig, und sie erforderten viel Arbeit, besonders nach der Richtung, daß man Erkundigungen bei anderen Städten einziehen müsse. Ich habe Herrn Stadtrat Wagner das Statut der Stadt Schöningen gegeben. In diesem steht einfach die Bestimmung, daß auch die Mieter verpflichtet sind, für die Einquartierung der Soldaten aufzukommen. Das ist doch einfach und zeigt den ganzen Unterschied mit unserem Statut. So viel Arbeit kann es doch nicht machen, diese Umänderung vorzunehmen.

Was dann die Erkundigungen in anderen Städten betrifft, so meine ich: Wenn eine Sache für berechtigt anerkannt ist — und ich glaube, das ist in der vorigen Versammlung hier einstimmig zum Ausdruck gebracht —, dann kann es wenig interessieren, ob ein paar Städte mehr oder weniger das Statut in dieser Weise geregelt haben oder nicht. Ist eine Sache berechtigt, und das ist hier nach den beiden Richtungen, wie Herr Sander ausgeführt hat, nachgewiesen, dann muß auch der Sache nähergetreten werden.

Nun sagt Herr Stadtrat Wagner, die weitaus größte Mehrheit der deutschen Städte habe die Verteilung der Einquartierungslast ebenso geregelt, wie Braunschweig. Das muß ich bezweifeln. Ich habe gestern eine Statistik vom Jahre 1901 bekommen, die sich also auf veraltete Bestimmungen aufbaut und von Erfurt aufgebracht ist; ich habe sie Herrn Stadtrat Wagner übergeben. Sie umfaßt eine Nachfrage bei 80 Städten, und darnach ergibt sich; daß in den weitaus meisten Städten die Sache so geregelt ist, daß Mieter und Vermieter für die Einquartierung einzutreten haben.

Wir haben in Deutschland die allgemeine Wehrpflicht; die Söhne der Vermieter und auch der Mieter müssen Soldat werden, und alle Lasten, die dadurch aufkommen, müssen gleichmäßig aufgebracht werden. Das ist eine Sache, die sich von selbst versteht. Ich kann nicht einsehen, warum man damals die Hausbesitzer

in Braunschweig allein zur Aufnahme von Einquartierung verpflichtet hat. Es verhält sich doch so, daß das Reich die Einquartierungslast den Gemeinden auflegt, diese können sie verteilen, wie sie wollen, und da hat man das so gemacht, daß man die Verteilung in bequemster Weise vorgenommen hat. So auch hier: die Hausbesitzer sind dafür das bequemste Objekt. Wichtig ist diese Art und Weise aber nicht, und wenn solche Vorfälle sich zutragen, wie sie hier geschildert worden sind, daß der Hauswirt, der in seinen Räumlichkeiten gerade so beschränkt ist wie der Mieter und vielleicht nur vier Zimmer hat, mehrere Mann als Einquartierung zugewiesen bekommt, so ist das nicht zu billigen, vor allen Dingen nicht im Interesse der Einzuquartierenden. Und wenn jemand mehrere Häuser hat und bekommt 16 oder 17 Soldaten zur Einquartierung aufgehalst, so führt das zu groben Unzuträglichkeiten. Wir sind es den Leuten schuldig und es ist auch sonst Pflicht der Billigkeit, daß die Sache anders gehandhabt wird. Ich kann mich den Wünschen, die die Herren Sander und Meyerhoff geäußert haben, nur anschließen.

**Stadtrat Wagner:** So furchtbar einfach, wie Herr Frede sich die Sache denkt, ist sie doch wohl nicht; wir im Magistrat wenigstens haben die Überzeugung gewonnen, daß es sich durchaus empfiehlt, die Angelegenheit nicht übers Knie zu brechen, sondern sie sorgfältig nach jeder Richtung hin zu überlegen. Sie werden dem Magistrat einen Vorwurf nicht daraus machen dürfen, daß er gewissenhaft verfährt. Man soll nicht aus einer augenblicklichen Stimmung heraus ein neues Statut schaffen. Wird es übereilt und ist erst Gesetz geworden, so ist es schwer, den Fehler wieder gutzumachen.

Wir haben seit langen Jahren die von den städtischen Behörden selbst geschaffene Bestimmung, wonach die Hausbesitzer für das Quartier der Soldaten aufzukommen haben; die Hausbesitzer mußten also eigentlich schon immer diese Bestimmungen kennen. Es hat aber bisher kein Hausbesitzer für nötig gehalten, sich darum zu kümmern. Im Frieden, wo vor einigen Jahren bei Gelegenheit des Manövers auch größere Einquartierungen vorgekommen sind, ist niemals Klage darüber geführt. Jetzt aber soll Hals über Kopf eine Änderung vorgenommen werden. Das ist nicht möglich.

Wenn hervorgehoben ist, daß durch die Einquartierung in der bisherigen Weise einige Unerquicklichkeiten hervorgerufen sind, so muß ich das für einzelne Fälle zugeben. Ich muß aber auch sagen, daß die Schuld vielfach an den Hausbesitzern liegt, denn wenn der Hausbesitzer nicht in seinem Hause wohnt, so soll er einen Stellvertreter bestellen, der derartige Angelegenheiten in seinem Namen zu regeln verpflichtet ist. Nur weil das in manchen Fällen nicht geschehen ist, haben sich die Unzuträglichkeiten herausgestellt. Solche Gründe können nicht dazu führen, daß wir die Neuregelung der Sache übereilen.

Was die Möglichkeit fernerer Einquartierungen betrifft, so liegt die Sache jetzt so, daß hier das zweite Landsturmбатаillon einquartiert ist, das wesentlich zum Wachdienst bestimmt ist und auf unbestimmte Zeit hier bleiben wird. Ich wundere mich, daß Herr Göde sechs Wochen Einquartierung haben soll. Mir ist ein derartiger Fall nicht bekannt geworden, vielmehr ist Anordnung getroffen, daß diese Leute des zweiten Landsturmбатаillons alle vierzehn Tage umquartiert werden, damit der Reihe nach verschiedene Hausbesitzer mit Einquartierungslast bedacht werden und nicht einzelne unverhältnismäßig lange Zeit, wie es sechs Wochen sind, die Last zu tragen haben. Wie die Sache sich verhält, muß sich erst durch eine Nachfrage aufklären.

Stadtv. **Sander:** Der Herr Stadtrat meint, die Hausbesitzer seien an den Unzulänglichkeiten schuld, sie kümmern sich zu wenig um ihre Stellvertretung. Wie liegt denn die Sache? Wer von den Hausbesitzern hat denn geahnt, daß abends 8 Uhr noch Einquartierung kommen würde? Wie soll der Hausbesitzer, der 6 oder gar 10 Häuser hat, es einrichten, die Einquartierung unterzubringen? Wie das zu machen ist, möchte mir der Herr Stadtrat einmal angeben. Es ist eine reine Unmöglichkeit, und der sorgfältigste Hausbesitzer ist nicht dazu imstande. Ich selbst habe in meinen Häusern Wirtz. Als sich die Soldaten zur Einquartierung meldeten, ist von diesen an die Mieter die Frage gerichtet, ob sie sie aufnehmen wollten. „Nein, wir haben keine Veranlassung dazu.“ Der Wirtz sagt: „Die Mieter wollen euch nicht aufnehmen, ihr müßt zum Hauswirt gehen.“ Da war ich nicht zu Hause; ich kann natürlich nicht dazugehen und auf Einquartierung warten. Es kommen sechs Mann an und wollen Quartier haben. Das zu beschaffen, ist dem Hausbesitzer schlechterdings unmöglich, und wenn er noch so sorgfältig seine Sachen in Ordnung hält. Derartige Vorwürfe muß ich entschieden zurückweisen.

Stadtrat **Wagner:** Wenn die betreffende Einquartierung erst abends spät mit ihren Quartierzetteln zu den Hauswirten gekommen ist, so liegt die Schuld nicht an dem Stadtmagistrat, denn darum haben wir uns absolut nicht zu kümmern. Wir stellen der Militärbehörde die angeforderte Zahl von Quartierzetteln, und die im Mobilmachungsfalle auszuschreiben, erfordert eine gewaltige Arbeit des Büros. Wenn dann aber die militärischen Interessen es erfordern, die Leute bis zum späten Abend einzukleiden und zur Rangierung zusammenzubehalten, so ist das eine Unannehmlichkeit, die der Krieg mit sich bringt, aber die städtische Quartierbehörde hat nicht damit zu tun, denn die Quartierzettel werden am Tage vorher ausgehändigt. Selbst wenn die Mieter die Soldaten aufnehmen müßten, so würde es in dem Falle gerade so gehen, wenn die Soldaten erst um 9 Uhr oder später ins Quartier kommen.



**Stadtv. Meyerhoff:** Ich glaube, Herr Stadtrat Wagner irrt sich, wenn er sagt, die Hausbesitzer hätten früher über diesen Gegenstand sich nicht geäußert. Wenn die früheren Protokolle unserer Sitzungen nachgelesen werden, so wird daraus hervorgehen, daß von Seiten des Stadtmagistrats zugesagt wurde, für gewöhnlich selbst für die Quartiere der Manövertruppen zu sorgen und nur im Notfalle die Bürgerquartiere in Anspruch zu nehmen. Den Versammlungen habe ich selbst beigewohnt, es ist allerdings eine geraume Zeit her. Ich wollte mit der Bemerkung nur den Vorwurf abwenden, daß von unserer Seite noch nichts gegen die Übernahme der Einquartierungslast getan sei.

Herr Sander hat schon erläutert, wie schwer es für den Wirt ist, die Einquartierung unterzubringen. Nun weiß ich ganz genau, wie es draußen zugeht; ich habe selbst die sehr große Ehre gehabt, Quartiermacher zu sein. Da schreibt der Mann an jeden Lornweg: „Soviel Mann und soviel Pferde werden kommen“, und sagt den Leuten Bescheid. Uns ist aber kein Bescheid geworden! Dort liegt der Fehler; ob es ein Fehler der Stadtverwaltung oder der Militärbehörde ist, das will ich nicht untersuchen. Wenn aber nicht vorher gesagt wird, wann die Einquartierung kommt, dann kann man den besten Wirt haben und kann der beste Hauswirt sein, so liegen die Leute doch auf der Straße. Daß wir Mängel in der Einquartierung hier gehabt haben, darüber ist nicht wegzukommen.

**Stadtv. Fröhling:** Daß Mängel bei der Einquartierung hier vorgekommen sind, kann meiner Meinung nach absolut nicht bestritten werden. Ob das aber nun aus Schuld der Militärverwaltung oder der Hausbesitzer herrührt, will ich nicht untersuchen. Man kann aber nicht verlangen, daß bis 9 Uhr der Hausbesitzer auf Einquartierung sich bereit hält. Ich glaube, es würde sicher Mittel geben, diese Mißstände zu beseitigen, und eins dieser Mittel liegt darin, daß die Mieter mit zur Übernahme der Einquartierung herangezogen werden. Wenn wir aber jetzt mit der Neuregelung so lange warten sollen, bis der Magistrat in allen Städten Erkundigungen eingezogen hat, was für Erfahrungen mit der Einquartierung in dieser Zeit gemacht sind, dann fürchte ich, werden wir mit der Regelung so spät kommen, daß sie uns nichts mehr nützt. Ich glaube auch, daß wir selbständig eine Regelung vornehmen können, wenn es auch nicht das Allervollkommenste ist, was wir erreichen. Das Allervollkommenste wird hoffentlich überhaupt keine Anwendung finden, denn wenn der Krieg vorbei ist, wird das Statut eine zweite Anwendung wohl nicht finden. Ob aber dieses Landsturmbataillon die letzte Einquartierung für uns ist, kann man immer noch nicht wissen, deshalb möchte ich dafür sein, die Frage selbständig zu regeln, in möglichst einfacher Weise und so schnell als möglich.

Stadtv. **Steinbrecher:** Der einfachste Weg ist der, zunächst die Städte zu hören, die dieselbe Einrichtung haben wie wir, und von ihnen zu lernen, wie es kommt, daß es bei ihnen gut geht und bei uns nicht. Dann werden wir wohl sehen, daß Herr Stadtrat Wagner recht hat mit seiner Bemerkung, daß die Hausbesitzer die sie betreffenden Bestimmungen nicht gekannt haben.

Herr Sander fragt: Wie soll der Hausbesitzer, der 6 oder 10 Häuser hat, für eine Stellvertretung sorgen? Etwas Einfacheres gibt es doch nicht, als einem zuverlässigen Mieter zu sagen: Wenn der Fall eintritt, dann übernehmen Sie die Einquartierung. Das ist noch einzurichten, wenn die Hausbesitzer hören: In den nächsten Tagen wird mobil gemacht. Es wird in jedem Hause einen solchen vernünftigen Menschen geben, der gegen eine Entschädigung vom Hausbesitzer sich zur Aufnahme der Einquartierung bereit erklärt.

Wenn Herr Frede sagt, daß von 80 Städten die größte Zahl auch die Mieter zur Einquartierungslast heranzieht, so bedeutet das doch gar nicht viel. Dann wird gesagt: „Wir haben die allgemeine Wehrpflicht; gleiches Recht, gleiche Pflichten.“ Der Grundsatz ist richtig. Aber wir sind hier auch nicht so zusammengesetzt, wie es hiernach scheinen müßte; es geht nicht darnach, wie bei der allgemeinen Wehrpflicht, sondern darnach, wer das meiste Geld hat. Ich bin also dafür, es soll erst genau untersucht werden und nicht die Sache übers Knie gebrochen werden. Die größte Einquartierungslast ist vorüber. Nur wenn wir das Traurige erleben müßten, daß unser Heer zurückgeschlagen würde und die Truppen zurückfluten würden, dann würde eine solche Einquartierung wieder vorkommen. Dann müßte es Sache der Hausbesitzer sein, von vornherein zu sagen: „In diesem Hause übernehmen Sie die Einquartierung und in dem anderen Sie.“

Nun ist noch eine Frage da: Die Militärverwaltung gibt abends spät erst die Leute ins Quartier ab. Da kann ich sagen, daß die Hausbesitzer ohne weiteres mit den Leuten zu Mietern gegangen, und die haben dafür gesorgt, daß sie aufgenommen wurden. Ich möchte denjenigen sehen, der sich weigert, mit einem solchen Quartiersuchenden um ½9 Uhr durch die Stadt zu gehen und ihm ein Quartier bei Bekannten zu verschaffen. Das macht einem ja Freude! Und wenn ich gar nicht in dem Hause, wohin die Einquartierung gehört, wohne, und der Hauswirt sagt: „Ich habe keine Zeit, willst du den Soldaten nicht da und da hinbegleiten,“ so würde ich das sofort tun oder einen anderen Bekannten damit beauftragen. Das geht alles zu machen. Ich meine, in anderen Städten haben vielleicht die Hausbesitzer sich besser um die Sache bekümmert und sie besser untereinander organisiert.

Stadtv. **Wesemeier:** Den Einwand, daß die Hausbesitzer mehrfach nicht imstande seien, die Einquartierung unterzubringen, kann ich nicht gelten lassen. Das will ich an einem Beispiele nachweisen. Die Braunschweiger Baugenossenschaft

hat jedenfalls mehr Häuser als sonst ein Hausbesitzer, und hat dafür nur einen Geschäftsführer. Es wird nicht ausbleiben, daß in diesen Häusern über hundert Soldaten einquartiert werden, aber ich habe nie eine Klage gehört, daß es nicht möglich gewesen wäre, bei den Mietern die Einquartierung unterzubringen. Das ist kein anderer Fall, als wenn ein Hausbesitzer zehn oder zwölf Häuser hat. Als die Mobilmachung erfolgte, wurde es von der Baugenossenschaft für selbstverständlich gehalten, daß Vorsorge getroffen wurde, um die Leute in den Häusern unterzubringen. Also den Grund, daß die Stellvertretung des Hausbesitzers nicht möglich sei, lasse ich nicht gelten. Es spielen andere Gründe mit. Man will die Last, die vernünftigerweise den Hausbesitzern aufgelegt ist, auf die Mieter abwälzen, das ist der Grund, weshalb vorgegangen wird. Es sind ganz vereinzelte Fälle, in denen Mieter sich geweigert haben, Einquartierung aufzunehmen. In den Garnisonstädten war in der Abendzeit während der Mobilmachung alles überfüllt. Da mußte jeder sich darauf gefaßt machen, daß er Einquartierung bekam, und die Hausbesitzer hatten Vorsorge zu treffen, daß sie auch in der späten Abendzeit die Menschen unterbringen konnten. Ich behaupte, die Fälle, in denen die Einquartierung den Hauswirten Schwierigkeit gemacht hat, sind nicht in so großer Zahl vorhanden, daß sich deswegen eine Statutenänderung rechtfertigen ließe. Bei Manövern kann es vorkommen, daß einzelne Straßen mit Einquartierung belegt werden, bei ganz großen Manövern auch einmal eine größere Zahl von Straßen. Wann wird aber einmal wieder eine so große Einquartierung vorkommen wie jetzt bei der Mobilmachung? Ich will hoffen, daß wir eine solche Mobilmachung nicht wieder zu sehen bekommen.

Es ist wunderbar, wie schnell jetzt Herr Frede bereit ist, eine einzelne Bestimmung aus dem Statut der Stadt Schöningen für uns zu übernehmen. Ich erinnere daran, daß Sie eine ganze Reihe uns wertvoller erscheinender Bestimmungen beanstandet haben bei uns einzuführen. Es handelte sich um viel wichtigere Sachen, als um diese paar Fälle, in denen die Einquartierung nicht untergebracht werden konnte, und doch waren Sie nicht bereit, das aus anderen Statuten zu übernehmen. Ich bin der Meinung, es rechtfertigt sich nicht, auf Grund dieser paar Vorkommnisse, die sich hier gezeigt haben, eine Statutenänderung vorzunehmen, die ganz andere Gründe haben, als Herr Frede angeführt hat. Den Einwand, daß das Mitleid mit den auf der Straße Liegenden dazu geführt habe, rechne ich so hoch nicht an.

**Stadtv. Ribbentrop:** Zur Sache selbst bin ich der Ansicht: Mieter und Hausbesitzer müssen die Last gemeinsam teilen. Sollte der Fall eintreten, den Herr Steinbrecher erwähnt, dann wird es einfach heißen: „40 Fenster, 80 Mann hinein!“ Sie werden dann schon unterkommen. Was die Vorkommnisse betrifft, daß

einige Mann bei der Mobilmachung spät abends nicht untergekommen sind, so ist das ein Vorfall, der im Laufe des Krieges sich immer wiederholen wird, ein Fall, der nicht vorauszusehen ist, und der ja auch sich mit wenigen Ausnahmen günstig gelöst hat. Die Leute sind untergekommen, zum Teil sofort untergekommen, und eine Schuld braucht keinem beigemessen zu werden.

**Vorsitzender:** Ich schließe die Beratung. Die Angelegenheit ist damit erledigt.

### 19. Anfrage **Munte** über die Maßnahmen des Magistrats gegen die Steigerung der Getreidepreise.

Wortlaut der Anfrage: „Was gedenkt der Magistrat gegen die immer mehr steigenden Getreidepreise für Schritte zu unternehmen?“

Stadt**v. Munte** (zur Begründung): Meine Herren, Sie wissen alle, daß die Preise für Getreide in allerletzter Zeit in besorgniserregender Weise gestiegen sind, und es ist nicht zu ersehen, wie das möglich war. Als der Krieg ausbrach und die Ernte noch nicht hereingebracht war, waren die Preise billig; jetzt aber, nachdem die Ernte geborgen ist, fangen die Preise an gewaltig zu steigen. Es müssen doch Gründe zu einer solchen Steigerung vorliegen: Spekulation oder eine Zurückhaltung der Vorräte der Landleute. Ursprünglich hatte die Militärverwaltung Höchstpreise festgesetzt, und da hieß es von seiten der Mühlen, das wäre eine Torheit gewesen, das hätte die Heeresverwaltung unterlassen sollen, dadurch wären die Preise erst so teuer geworden. Jetzt bestehen keine Höchstpreise mehr, und nun steigern sich die Preise um eine gewaltige Summe. Ich weiß, daß in der Finanzkommission bereits über diese Verhältnisse gesprochen ist, und daß sich auch der Magistrat in letzter Zeit damit befaßt hat. Aber es könnte doch diese Anfrage die Anregung dazu geben, daß sich der Magistrat noch einmal mit der Frage befaßt, und daß man von seiten unserer Stadt oder von den deutschen Städten aus jetzt vorstellig wird, nunmehr seitens der Militärverwaltung Höchstpreise zu bestimmen, die recht niedrig wären.

Stadt**rat von Frankenberg:** Die Sache liegt in der Tat so, wie Herr Munte erklärt hat. Es war vom stellvertretenden Generalkommando in Hannover eine Festsetzung der Höchstpreise für Getreide erfolgt. Man hat aber von seiten der Zivilverwaltung über diese Festsetzung der Höchstpreise für den Großhandel Bedenken geäußert. Es ist das auch uns in einer Abschrift eines Erlasses des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe mitgeteilt worden. Die Preisfestsetzung ist nun allerdings aufgehoben, aber damit ist die Möglichkeit einer späteren Fest-

setzung nicht ausgeschlossen, was auch in der Verfügung des Ministeriums erwähnt ist. Es geht daraus deutlich hervor, daß sowohl seitens des Ministeriums als auch seitens der preußischen und der Reichsbehörden diese von Herrn Munte mit Recht als wichtig betonte Frage im Auge behalten wird, und ich glaube deshalb nicht, daß eine unbedingte Notwendigkeit vorliegt, daß wir in diesem Augenblicke vorstellig werden. Wenn aber ein gemeinsames Vorgehen der deutschen Städte stattfinden sollte, so würde der Stadtmagistrat Braunschweig sich daran gern beteiligen.

**Stadtv. Munte:** Ich beantrage Besprechung der Anfrage, um in der Bürgerschaft bekannt werden zu lassen, wie die Herren aus der Versammlung über die Angelegenheit denken.

Der Antrag wird genügend unterstützt, und der **V o r s i t z e n d e** eröffnet die Besprechung.

**Stadtv. Voetschigt:** Wie die geehrten Herren wissen, ist von der Regierung seit der Mobilmachung ein Ausfuhrverbot für Korn erlassen, während sonst in großen Mengen eine solche Ausfuhr stattfindet. Meinem Erachten nach würde, wenn wir keinen Krieg hätten, heute der Preis für Roggen 170 *M* betragen, der für Weizen vielleicht 185 *M*. Die Ernte ist sehr gut gewesen, und der liebe Herrgott hat sie so gut wie sonst nie hereinkommen lassen. Auch die Qualität ist sehr gut, aber sie hält in der Ausbeute das nicht, was man erwartet hatte. Es wird gesagt, daß darin ein Minderertrag von 30 Prozent gegen sonst zu verzeichnen sei. Wenn ich nur einen solchen von 20 Prozent annehme, so würde bei Annahme eines normalen Preises von 170 *M* bei Hinzunahme eines Viertels oder Fünftels der Preis für Roggen 210—215 *M* sein müssen, dementsprechend auch der für Weizen. Da wir nun keine Ausfuhr haben, es also ausgeschlossen ist, daß der Welthandel unsere Preise reguliert, so mußte es wundernehmen, daß nach der Bekanntmachung des 10. Armeekorps die Mindestpreise für Weizen auf 220 *M*, für Roggen auf 200 *M* gesetzt waren, was damals als eine horrende Höhe angesehen wurde. Heute steht der Preis für Roggen auf 225—228 *M*, und der für Weizen reicht bis auf 250 *M* hinauf. Ich bin über diese Preise geradezu verblüfft gewesen. Herr Munte hat recht, wenn er fragt: Woran liegt das, daß wir bei der für uns gesicherten Ernte und da der Welthandel nicht eingreifen kann, zu solch kolossalen Preisen kommen? Ich will ja gern zugestehen, daß die Landwirtschaft verdienen soll, aber es liegt für mich doch das Bedenken vor, daß die Preise in den letzten acht Tagen so sehr bedeutend gestiegen sind. Von fachmännischer Seite ist mir gesagt, wenn das so weitergehe, dann würden wir sehr schnell auf 90 Taler und höher kommen für Weizen, und der Roggen würde vielleicht auf 80 Taler steigen. Wenn wir dabei

bedenken, daß wir die Unterstützung der Ärmsten in jeder Weise in die Hand nehmen wollen, so muß die Allgemeinheit es doch tragen, wenn uns zugemutet wird, das Schwarzbrot mit 10 oder 5 Pfg. höher zu bezahlen. Ich stehe in der Hinsicht auf einem anderen Standpunkte, wie der Herr Stadtrat, der sagt: Alles, was hier not tut, wird im Auge behalten werden. Die Kartoffel- und die Rübenenernte steht vor der Tür, die Landwirtschaft hat demnach noch mit großen Arbeiten zu rechnen, also der Getreidedruck wird zurückgestellt werden, und die Preise werden immer mehr steigen, wenn nicht bald Höchstpreise festgesetzt werden. Wenn wir heute nicht bitten, daß der Magistrat schleunigst Schritte unternimmt, damit die Preise jetzt festgesetzt werden, so werden sie später nicht niedriger festgesetzt werden können. Ich bin darin anderer Ansicht als Herr Munte. Wenn morgen 225 bis 228 *M* für Roggen bezahlt wird, können Sie nicht in den folgenden Tagen einfach dekretieren lassen: Er soll von jetzt an 210 *M* kosten. Das wäre so ungerecht, wie nur etwas. Und wenn der Weizen jetzt mit 245—250 *M* bezahlt wird, dann können Sie nicht später den Preis einfach auf 230 *M* heruntersetzen lassen. Warum nicht? Denken Sie einmal an die Mühle Rüningen, die uns mit Mehl versorgt. Sie hat sich für Millionen Weizen hingelegt, den sie mit 245 *M* bezahlt hat. Wenn Sie später den Preis auf 220 oder 230 *M* heruntersetzen, so würde die Mühle bei ihren Millioneneinkäufen kolossal geschädigt werden, und das wollen wir doch auch nicht. Die Allgemeinheit soll Nutzen von solchen Preisfestsetzungen haben, aber wir wollen die Allgemeinheit doch nicht schädigen. Es liegt uns nur daran, dem weiteren Steigen der Preise vorzubeugen, damit sie nicht so hoch kommen, daß sie nicht mehr erschwänglich sind. Heute ist das noch möglich, ob es in acht Tagen noch möglich ist, das weiß ich nicht. Ich habe mir heute von sachmännischer Seite sagen lassen, daß die in den letzten sechs Tagen angezogenen Preise auch in den nächsten sechs Tagen noch weiter steigen werden. Das sind sehr schlechte Aussichten, weil unsere Armenverwaltung die höheren Preise mit bezahlen muß und jeder kleine Mann, der viel auf Brot angewiesen ist, nachher zu größeren Ausgaben für dieses nötigste Nahrungsmittel gezwungen wird. Von Herrn Dr. Jasper wurde gesagt, man solle die Brotpreise und das Gewicht festsetzen. Wenn erst die Kornpreise hochgetrieben sind, können wir den Bäckern nicht zumuten, daß sie zu einem Fünftel-groschenbrot 6 oder 7 Pfund nehmen sollen. Der Bäcker wird sagen: Nach dem einmal bestehenden Preise kann ich nur soviel für das bisherige geben. Ich habe Gelegenheit genommen, mit dem Vorsitzenden der Handelskammer über die Preise zu sprechen. Er war erstaunt, daß die Preise wieder höher geworden waren, und hat versprochen, sein möglichstes zu tun, um die Preise zu normieren. Ich möchte bitten, daß der geehrte Magistrat sofort mit der Handelskammer zusammen vorgeht und sich nicht erst mit anderen Städten in Verbindung setzt. Für uns ist die Hauptsache, daß die Getreidepreise nicht erst einen Höchststand erreichen,

sondern daß sie auf einem Stande bleiben, mit dem man auskommen kann und nach dem wir nicht zu hohe Brotpreise zahlen müssen.

Stadt. **Schmidt:** Die Vorkommnisse der letzten Wochen auf dem Getreidemarkte lassen es nach meinem Dafürhalten als unbedingt erforderlich erscheinen, daß wir Schritte unternehmen. Meiner Meinung nach war die von Anfang an gehegte Meinung, daß sich die Preise auf 200 *M* halten würden, eine verfrühte, eine solche Ausstreuung sollte nur beruhigen. Wir sehen auch, daß die Preise in den letzten Wochen bedeutend angezogen haben, und daß in den letzten Tagen 225 bis 230 *M* für die Tonne Roggen verlangt wurden. Nun ist diese Steigerung innerhalb 3—4 Tagen auf den ersten Schreck über den Krieg wohl noch zu begreifen; aber nicht zu begreifen ist, daß nebenbei noch der böse Zustand herrscht, daß man überhaupt kein Getreide bekommen kann. Ich weiß aus bestimmter Quelle, daß große Getreidehändler erklärt haben, daß es ihnen beinahe unmöglich ist, größere Posten zu beschaffen. Zuerst wurde der Roggen mit 195—205 *M* gehandelt, und es wurde erklärt, daß der Preis nicht darüber hinausgehen würde. Nur die Armeedämter kauften größere Posten, und auch Braunschweiger Grossisten haben sich bereit gefunden, größere Aufkäufe zu machen. Diese sind nun aber alle nach Hannover abgeschoben. Das Proviantamt hat damals zu 202—205 *M* aufkaufen können, aber in den letzten 3—4 Tagen haben wir erleben müssen, daß der Preis auf 230 *M* geht, und man erklärt jetzt, daß man sich darauf gefaßt machen müßte, daß er schon in den nächsten Tagen auf 245 *M* steigt. Da muß man sich doch die Frage vorlegen: Wie kommt das, ist der Roggen denn so knapp? Man muß zu der Meinung kommen, daß die Landwirte und diejenigen, die den Roggen auf Lager haben, ihn anhalten, um dadurch die Preise höhere Dimensionen annehmen zu lassen. Das darf so nicht weitergehen! Die Preise müssen in einem solchen Maßstabe gehalten werden, daß die Bäcker ein anständiges Brot liefern können. Wenn wir erst so weit sind, daß die höchste Preisgrenze, die uns heute noch unfaßbar scheint, erreicht ist, dann würde es mit einem Eingreifen zu spät sein. Es würde richtiger sein, wenn dem beizeiten ein Riegel vorgeschoben würde, denn das Brot bildet für unser Volk das Hauptnahrungsmittel. Ohne Brot ist nicht auszukommen. Wohin sollte es führen, wenn Roggen und Weizen erst ins unerschwingliche verteuert werden? Ich bin der Meinung, daß von uns etwas geschehen muß, um Höchstpreise festzusetzen, damit die Volksnahrung nicht leidet und wir besonders in der Beschaffung von preiswertem Brot getan haben, was in unseren Kräften steht.

Stadt. **Wesemeier:** Es freut mich, daß die von Herrn Munte gestellte Anfrage Anlaß zu dieser Aussprache gibt. Wir sehen, daß die Not des Volkes in unschöner Weise ausgenutzt wird. Ich erinnere daran, daß ich in der vorigen Stadt-

verordnetenversammlung, am 20. August, eine Anfrage an den Magistrat gerichtet hatte, ob und in welcher Weise er der Anregung der Stadtverordnetenversammlung, die vorher gegeben war, gefolgt sei, und ob event. Korn- und Kartoffelankäufe getätigt wären, und daß uns vom Herrn Oberbürgermeister die Antwort geworden ist: die Stadt könne solche Kornankäufe zur Sicherung der Stadtbevölkerung nicht vornehmen, sie würde nur dadurch bewirken, daß die Preise anziehen. Wir sehen jetzt aber, es wäre doch sehr gut gewesen, wenn dem Räte der Stadtverordnetenversammlung gefolgt wäre und die Stadt rechtzeitig auf den Ankauf von Korn Bedacht genommen hätte. Ich glaube, die Lagerräume und was sonst dazu gehört, hätten sich in der großen Stadt Braunschweig wohl finden lassen, und die Stadt hätte dann zur Preisregulierung mitwirken können; es hätte das doch keinen so unwesentlichen Einfluß ausgeübt. Was Herr Loeschigk von dem Weizen der Klüninger Mühle anführte, so meine ich, daß Weizen bei unserer Betrachtung vollständig ausscheiden kann, denn wir wissen, daß er zum großen Teil aus dem Auslande bezogen werden muß. Darin kann die Stadt wenig tun. Aber auf die Roggenpreise konnte die Stadt wesentlich mildernd wirken. Ich habe gehört, daß die Preistreiberei erst in den letzten Tagen angefangen hat. Wäre es da nicht möglich gewesen, durch Kommissionäre für uns Roggen zu billigen Preisen aufzukaufen?

Ich halte auch das, was Herr Loeschigk als von Herrn Jasper gesagt anführte, für richtig, daß die Stadt im Interesse der Konsumenten jetzt noch handeln kann. Ich habe das vor 1½ Jahren in der Finanzkommission angeregt und fand warme Zustimmung des Herrn Kollegen Hartung, daß die Stadt Braunschweig, ähnlich wie die Stadt Schöningen (ich hatte ein solches Statut bei mir, in dem die betreffenden Vorschriften standen), den Bäckermeistern vorschrieb, das Gewicht und den Preis des Schwarz- und Weißbrotes aufzuzeichnen und ein solches Verzeichnis im Laden auszuhängen, so daß jederzeit eine Kontrolle durch die städtischen und staatlichen Behörden möglich ist und dadurch eine Übervorteilung der Kundschaft durch einzelne Bäckermeister unmöglich gemacht wird. Ich möchte das hier nochmals anregen, da die Not nun einmal da ist und wir, so gut wir bei den Landwirten auf Übervorteilung gefaßt sein müssen, auch bei einigen Bäckermeistern damit rechnen müssen, daß sie aus dieser Kalamität Vorteile zu schlagen suchen. Wir sind schon vor Wochen, als die Weizenpreise noch nicht die jetzige Höhe erreicht hatten, ganz kleine Dinger als Weißbrot gebracht, und es sind mir noch andere ähnliche Fälle bekannt. Deswegen möchte ich den Magistrat bitten, diese Frage des Aushangs der Gewichte und Preise der Backwaren mit in Erwägung zu ziehen. Ich glaube, es bedarf dazu keines Antrages. Es ist das eine Übung, wie sie in unserer Nachbarstadt Schöningen seit langen Jahren durchgeführt ist, und deren Resultat von den städtischen Behörden öffentlich bekanntgemacht wird.



Oberbürgermeister **Netemeyer**: Nach den Ausführungen des Herrn Stadtv. Wesemeier trifft nun also den Magistrat die Schuld, daß die Kornpreise so sehr in die Höhe gegangen sind! Ich bitte, doch zu überlegen, welche gewaltige Menge von Korn wir hätten ankaufen müssen, um das Steigen der Preise in der Stadt zu verhüten. Das war uns schlechterdings unmöglich aus dem einfachen Grunde, wie einer der Herren schon angedeutet hat, weil alles, was an Korn zu haben war, von der Militärverwaltung hingenommen wurde. Hätten wir das Korn aufgekauft, so hätte es geschehen können, daß die Militärverwaltung gesagt hätte: „Bitte, gebt einmal wieder her, was ihr gesammelt habt!“ Mit einem solchen Aufkaufen wäre also nichts erreicht gewesen.

Anerkennen muß man aber, daß eine Steigerung des Preises für Korn in den letzten Tagen eingetreten ist, die aus Angebot und Nachfrage nicht zu erklären ist. Ich glaube aber nicht, daß es Zweck hat, wenn in dieser Sache nach Maßgabe des Wortlauts des Reichsgesetzes die einzelnen Städte vorgehen. Ich wüßte gar nicht, wie wir das anfangen sollten. Wir können nicht sagen: „Hier in der Stadt soll der Preis des Korns soundso hoch bemessen werden“, denn wir sind nicht in der Lage — und das ist die Quintessenz des ganzen Gesetzes —, das Korn zu schaffen. Wenn hier Leute in der Stadt wären, die große Massen Korn liegen hätten und nur zu hohen Preisen abgäben, dann könnten wir gegen die vorgehen. Ich habe mir die Sache auch überlegt und hatte mir vorgenommen, dem Magistrat einen Antrag zu unterbreiten. Wir müssen versuchen, mit Hilfe der Regierungen einheitlich im deutschen Reiche vorzugehen, und der Reichskanzler wird uns da helfen müssen. Es braucht das Reichsgesetz nur in der Weise angewandt zu werden, daß die Regierungen sich dahin verständigen — unter Berücksichtigung der Verschiedenheiten der einzelnen Gegenden Deutschlands —, einheitlich die Preise für das deutsche Reich festzusetzen. Wenn das geschehen ist, dann kann auch in den einzelnen Gegenden des deutschen Reiches gegen etwaige Besitzer von Korn, die sich aus spekulativen Gründen weigern, zu angemessenen Preisen Korn abzugeben, vorgegangen werden. Ich hatte mir vorgenommen, bei dem Herzoglichen Ministerium die Anregung zu geben, daß baldigst so vorgegangen wird, und bin der Meinung, daß dadurch Abhilfe geschaffen wird.

Stadtrat **von Franckenberg**: Wenn der Stadtmagistrat in der vom Herrn Oberbürgermeister angegebenen Weise vorgeht, dann würde er ganz in der Richtung sich bewegen, wie es vom preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe und auch von unserem Ministerium als gangbarer Weg gewiesen ist. Mir liegt ein vertraulich gehaltenes Schreiben des Ministeriums vor, das ich im einzelnen wegen der vertraulichen Natur nicht mitzuteilen in der Lage bin, aber das darf ich erwähnen, daß darauf hingewiesen ist, daß die Festsetzung der Höchstpreise im Groß-

Handel Sache der Zentralinstanzen sein müsse, und die Militärbehörden im allgemeinen nicht richtig handeln, wenn sie ihrerseits mit Preisfestsetzungen vorgehen, ebensowenig würde die Festsetzung solcher Preise Sache der Stadtverwaltungen sein. Was uns übertragen ist, ist die Festsetzung der Preise im Kleinhandel.

Was die von Herrn Wesemeier berührte Frage der Preise für Backwaren betrifft, so hat der Magistrat sofort, nachdem ihm die gesetzliche Befugnis dazu verliehen worden war, Veranlassung genommen, mit denjenigen Berufsständen, die hier in Betracht kommen, mit der Bäcker- und Schlachterinnung, sich ins Einvernehmen zu setzen und der Erwartung Ausdruck zu geben, daß durch verständige Einwirkung seiner Vorstandsmitglieder auf die Geschäftsinhaber dafür gesorgt werden möge, daß eine Preistreiberei oder eine Festsetzung von Preisen, die im Mißverhältnis zu den Einkaufspreisen stände, nicht vorgenommen wird. Noch gestern habe ich Veranlassung genommen, hierüber mit dem Obermeister der Bäckerinnung, Herrn Münzberger, Rücksprache zu nehmen, und er hat auch versprochen, dahin zu wirken, auch teilte er mit, er habe schon innerhalb seiner Innungsversammlung eine Lanze dafür eingelegt. Ich glaube, wir dürfen hoffen, daß unsere Bäcker auf dem richtigen Wege sind. Sobald aber gleichwohl — auch in einzelnen Fällen — Abweichungen von dem soliden Geschäftsgebahren eintreten, haben wir ja die Möglichkeit der Festsetzung von Höchstpreisen. Was Herr Wesemeier vorschlägt, würde ja im Wege des Statuts auch gemacht werden können, in Berlin ist aber ein einfacherer Weg dafür beschritten, der heute auch durch die Militärbehörden eingeschlagen werden kann, und der Oberkommandierende in den Marken hat nicht lange gefackelt und solche Anordnungen getroffen, wie Herr Wesemeier sie wünscht. Sollte ein Notstand eintreten, so würde es nur einer Anregung bei der Militärbehörde bedürfen; die Herren können überzeugt sein, daß dann eine Besserung durch sie schneller gehen wird als durch die Zivilbehörden.

**Stadt v. Loeßnitz:** Herr Wesemeier sagt, die Stadt hätte kaufen können. Wolfenbüttel hat große Posten gekauft zu 192 M. Ich speziell habe seinerzeit bei der Behandlung der Konservenangelegenheit in der Finanzkommission angeregt, ob wir nicht Getreide kaufen sollten, besonders Roggen. Ich habe mich darüber nachher mit dem Herrn Oberbürgermeister unterhalten, als die Maximalpreise festgesetzt waren, und habe gesagt: „Wo die Preise jetzt von der Militärbehörde festgesetzt sind, hat es absolut keinen Zweck, Getreide zu kaufen, da sind wir gesichert.“ Das konnten wir nicht wissen, daß die Militärbehörde die Preise wieder aufgeben würde und diese Zustände kommen würden. Die ganze Sache ist von den Betreffenden nicht in der Weise gehandhabt, daß sie Sachverständige zu Rate gezogen haben. Es sind nur einseitig urteilende Leute befragt worden, die Müller vielleicht. Aber das weiß ein jeder, daß das Ausland nichts hereinbringen kann, und

daß keine besondere Konjunktur durch irgend welchen Druck kommen kann. Die Ernte ist geborgen, und wir müssen im Kriege mit dem rechnen, was wir haben. Wenn die Preise festgelegt waren, so glaube ich und auch selbst Landwirte, annehmen zu dürfen, daß jeder Landwirt, der Roggen oder Weizen liegen hat, gezwungen werden konnte, ihn auszudreschen und an die Militär- oder Zivilverwaltung zu verkaufen. Das ist nun dadurch hinfällig geworden, daß man diese Festsetzung der Preise aufgehoben hat. Wie es jetzt steht, wissen wir, was noch kommen wird, weiß man nicht. Mag Gott uns schützen, daß die Preise nicht so hoch werden, wie die Fachleute vorausgesagt haben. Ich möchte davor warnen, zu glauben, es sei noch Zeit. Hier ist Eile nötig. Ich habe gehört, daß in Berlin vorgestern deswegen eine Zusammenkunft gewesen ist, und daß auch die Reichsregierung auf dem Standpunkte steht, daß man durch die Festlegung der Preise in allen Provinzen gut gefahren wäre. Daß jetzt eine solche enorme Steigerung eingetreten ist, war für die Herren auch wunderbar. Niemand weiß, wie weit sie noch gehen wird. Deshalb sollte man schnell dagegen einschreiten.

Der Vorsitzende schließt die Besprechung.

## 20. Anfrage J a s p e r über die Einrichtung von allgemeinen Speiseanstalten.

Wortlaut der Anfrage: „Gedenkt der Magistrat für die Kriegszeit allgemeine Speiseanstalten einzurichten?“

Stadtv. Dr. **Jasper** (zur Begründung): Als wir in der ersten Kriegssitzung darüber berieten, welche städtischen Zuschüsse für die Kriegshilfe hier gezahlt werden sollten, wurden die Sätze, die von uns bewilligt wurden, nicht mit Unrecht als zu gering beanstandet. Dieses Urteil ist an sich wohl gerechtfertigt, wenn man nachträglich einen Überblick darüber gewonnen hat, in welcher weitgehenden Weise nicht reicher gestellte Städte vorgegangen sind. Die Kommission konnte diesem Einwande aber damit begegnen, daß sie die Situation so auffasse und nach der Erklärung des Magistrats auch auffassen konnte, daß diese Geldzahlungen nicht die einzige Leistung der Stadtgemeinde sein sollten, durch die man der Not, die durch den Krieg entstanden ist, steuern wollte, sondern daß daneben auch in umfassender Weise eine Naturalunterstützung eintreten sollte. In erster Linie war davon die Rede, daß Roggen eingekauft, hier vermahlen und in Gestalt von Brot an die Notleidenden abgegeben werden sollte. Daneben war davon die Rede, daß bei fortschreitender Not Speiseanstalten eingerichtet werden sollten. Seitdem ist von diesen Plänen nichts weiter verlautet, und wenn ich auch zugebe, daß, soweit die ärmere Bevölkerung in Betracht kommt, augenblicklich wohl noch die vorhandenen Einrichtungen der Volksküche ausreichend sein mögen — augenblicklich sage ich —, so

scheint mir gegenwärtig doch der Zeitpunkt schon derartig, daß für die Versorgung der Kinder die Mittel und Einrichtungen, die vorhanden sind, nicht ausreichen. Mir ist von Damen des Frauendienstes bestätigt, daß es jetzt an der Zeit sein würde, speziell für die Versorgung der Kinder mit Nahrungsmitteln einen Schritt zu tun, indem zunächst Kinderspeiseanstalten eingerichtet würden. Es verlautet auch, daß Erwägungen darüber schreiben — Herr Schuldirektor Rehfuß soll daran denken —, die Küchen unserer Schulen für diesen Zweck mit zur Verfügung zu stellen. Aber inwieweit diese Erwägungen sind, ob diesem bestehenden Bedürfnis von der Stadtverwaltung entgegengekommen wird, das ist unklar. Ich möchte deshalb um Aufklärung bitten, ob in Kürze damit gerechnet werden kann, daß derartige Anstalten zunächst für Kinder eingerichtet werden, und ob, wenn in der Zukunft die Not größer werden wird, an eine allgemeine Versorgung durch Speiseanstalten gedacht wird. Für die Kinder scheint es jetzt schon notwendig zu sein.

**Stadtrat von Frankenberg:** Herr Dr. Jasper hat in zutreffender Weise dargestellt, wie bei Beginn des Krieges die Frage erörtert ist, ob die bestehenden Einrichtungen ausreichen, um für die Bedürftigen und die durch den Krieg noch mehr in Bedürftigkeit gesetzte Bevölkerung Hilfe zu bringen. Wir haben über diesen Punkt auch eingehend in den Beratungen mit dem Nationalen Frauendienst und den übrigen Einrichtungen der Kriegswohlfahrtspflege Rücksprache genommen. Es ist uns gelungen, die bestehenden Einrichtungen zu erweitern. Daneben ist der Nationale Frauendienst bemüht, mehr als bisher die Wohlfahrtseinrichtungen in der Stadt auszudehnen.

Nun haben die Kinderspeiseanstalten und überhaupt die Volksspeisehallen manches Gute, das für sie spricht, aber auch zweifellos — wie insbesondere kürzlich seitens des Roten Kreuzes in Berlin hervorgehoben wurde — den erheblichen Nachteil, daß die Betreffenden ziemlich weite Wege von ihren Wohnungen nach der Speisehalle und zurück machen müssen. Wenn das schon für die erwerbende Bevölkerung ziemlich lästig ist, so kann es für die Kinder, wenn wir an ihre Inanspruchnahme durch die Schule und durch die Kinderhorte denken, doch manchmal nachteilig sein. Es scheint deshalb erwünscht, wenn der Nationale Frauendienst fortfährt, die Gelegenheit für Empfangnahme von Speisen näher an den Haushalt der betreffenden Familien heranzuführen, entweder die Möglichkeit zu schaffen, daß in dem Haushalt selber den Kindern das Essen seitens der Mutter bereitgestellt wird, oder daß in ihrer Nachbarschaft ein Mittagstisch eingerichtet wird, wodurch den Kindern erspart wird, weite Wege aus entlegenen Stadtteilen vielleicht nach dem Mittelpunkt der Stadt oder auch nur einen Weg von vielleicht zehn Minuten machen zu lassen. Ich glaube, daß damit der Nationale Frauendienst auf dem rechten Wege ist.

Weiter werde ich mich auch bemühen, auf eine Erweiterung der Volksspeiseanstalten Bedacht zu nehmen. Es trifft sich besonders glücklich, daß an der Spitze des Nationalen Frauendienstes eine Braunschweigerin steht, die in bezug auf Schaffung der Kinderspeiseanstalt und den Betrieb der jetzigen Volksspeiseanstalt, der früheren Volkssküche, über hervorragende Erfahrungen verfügt und diese Anstalten lange Zeit wirtschaftlich geleitet hat, Frau Professor Hedwig Göke. Wenn es möglich sein sollte, die bestehenden Einrichtungen weiter auszubauen, so wird durch den Nationalen Frauendienst das Weitere erfolgen, ebenso wie auch in Aussicht genommen ist, eine Kinderspeisung an unsere Schulküchen anzugliedern.

Stadtv. **Steinbrecher** beantragt Besprechung der Anfrage. Der Antrag wird genügend unterstützt und die Besprechung vom **Vorsitzenden** eröffnet.

Stadtv. **Steinbrecher**: In anderen Städten ist zur Beschaffung von Speisehallen so verfahren worden, daß diejenigen zur Meldung aufgefordert wurden, die bisher gewerbsmäßig eine Speiseanstalt führten, in der 10—20 junge Leute zu Mittag aßen, und wo infolge des Krieges nicht mehr genügend Zuspruch ist. Wir haben auch in Braunschweig eine Anzahl von Witwen, die Leute in Logis hatten und sie des Mittags speisten, jetzt aber diesen Mittagstisch aufgeben mußten. Es wurden da durchaus nicht die schlechtesten Sachen geliefert. Die dafür vorhandenen Räume könnten in den verschiedenen Teilen der Stadt für solche Kinderspeisung Verwendung finden und so in den verschiedenen Bezirken der Stadt, natürlich unter Aufsicht des Magistrats, Kinderspeiseanstalten eingerichtet werden.

Der **Vorsitzende** schließt die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis gegen 8 Uhr

In der dieser Sitzung folgenden vertraulichen Sitzung der Stadtverordneten wurde für den zum Kriegsdienst einberufenen **Vorsitzenden** Dr. **Wolters** für die Zeit seiner Behinderung Stadtv. **Frühling** als Stellvertreter gewählt.

Als Mitglieder der Statutenkommission an Stelle der zum Kriegsdienst eingezogenen Stadtv. Dr. **Vogel** und **Weichsel** wurden für die Dauer der Behinderung die Stadtv. Dr. **Henking** und **Sander** gewählt.

Für das durch Fortzug ausgeschiedene Mitglied der Statutenkommission Stadtv. **Altmann** wurde Stadtv. **Steinbrecher** gewählt.

**Berichtigung**: Auf S. 278 des vorigen Berichts ist zu Punkt 10 fälschlicherweise Stadtv. **Niese** als Referent angegeben; es muß heißen: Stadtv. **Fride**.

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten

### zu Braunschweig

in deren Sitzung am 8. Oktober 1914.

---

**Tagesordnung:**

1. Rechnungsablässe für 1913/14 . . . . .	Seite 384
2. Rückzahlung von Anlagekosten für Verlegung von Gas- und Wasserrohren . . . . .	" 388
3. Bericht über die Verwaltung der städtischen Gaswerke, Wasserwerke, der Neustadtmühle und der Abwässerpumpstation . . . . .	" 388
4. Abänderung des Statuts über die Ordnung der Verwaltung der Stadtgemeinde Braunschweig . . . . .	" 392
5. Lohnübersichten für 1913/14 . . . . .	" 410
6. Erwerb von Grundflächen am Langenkamp . . . . .	" 410
7. Aufhebung einer Mietgelddahlung . . . . .	" 411
8. Änderung des Projekts zur Bebauung des Grundstücks Hinter der Magnikirche 1. . . . .	" 411
9. Instandsetzung des Dienröder Weges zwischen Wasserwerk und Schunter . . . . .	" 412
10. Anfrage Munte über das Verhalten der Berufsfeuerwehr beim Brande der Roggenmühle in Behndorf . . . . .	" 417
11. Anfrage Stegmann 1. über die bisher in Angriff genommenen Notstandsarbeiten, 2. über Aufstellung einer schriftlichen Übersicht über solche Arbeiten und 3. über das Zutreffen der Nachricht von der Entlassung einer größeren Anzahl städtischer Arbeiter . . . . .	" 421
12. Anfrage Friede über die Entrichtung der Steuern für die im Felde stehenden Mannschaften . . . . .	" 424

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Hettemeyer**, Stadträte **von Frankenberg** und **Wagner**.

Entschuldigt die Herren Stadtvv. **Edhardt** und **Wesemeier**. Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtvv. **Brenner**, **Lange**, **Schulze**, **Weichsel**, Dr. **Boge**; außerdem fehlt Herr Stadtv. **Loeschigt**; Herr Stadtv. **Diedmann** erscheint später.

Vorsitzender Dr. **Wolters**: Ich eröffne die öffentliche Sitzung.

Unser Kollege Herr Schulze teilt mit, daß er seit dem 22. v. Mts. zum Kriegsdienst einberufen sei, er werde deshalb den nächsten Sitzungen nicht bewohnen können. — Auch unseren Kollegen Schulze begleiten unsere besten Wünsche bei Erfüllung seiner patriotischen Pflicht.

Die Armendirektion teilt uns mit, daß die Bezirksvorsteher und die Armenpfleger gebeten seien, bei Gewährung der Unterstützung an die Zurückgebliebenen der im Felde stehenden Personen und an die wegen des Kriegszustandes Arbeitslosen so zu verfahren, wie die städtischen Behörden sich in der letzten Sitzung geeinigt haben.

Sodann ist ein Schreiben des Oberbürgermeisters der Stadt Königsberg in Preußen an den hiesigen Magistrat eingelaufen, in dem der herzlichste Dank für die Unterstützung ausgesprochen ist, die von der Stadt Braunschweig den notleidenden Ostpreußen gewährt worden ist.

Weiter teilt der Magistrat mit, daß die Klage des Viehhändlers Franz Bock hier rechtskräftig zugunsten der Stadt entschieden worden ist.

Eine Anfrage ist eingegangen von Herrn Stadtv. Munte mit folgendem Wortlaut:

„Wie war es möglich, daß gestern bei dem Brande der Roggenmühle in Lehn-dorf unsere Feuerwehr zwar ausgerückt, aber ohne eingzugreifen wieder fortgefahren ist?“

Herr Munte wird nach Schluß der Tagesordnung Gelegenheit haben, seine Anfrage zu begründen.

### 1. Rechnungsabschlüsse für 1913/14.

Stadtv. **Mohr**: Die im Voranschlage 1913/14 der Kammereikasse vermerkte Fehlsomme von 166 600 *M* ist nach Ausweis des Ihnen allen zugestellten Rechnungsabschlusses auf 67 550 *M* herabgemindert. Wesentlich trugen dazu bei die guten Resultate der Gemeindesteuern und der städtischen Gas- und Wasserwerke.

Wenn nicht unter den Ausgaben verschiedene besonders große Positionen gewesen wären, wie die Ausgaben für den Straßenbau Bohlweg-Hagensharrn und die Wilhelmstraße, so wäre wohl diese Unterbilanz gänzlich verschwunden.

Auf Seite 68—69 finden Sie unten die Abrechnung. Darnach betragen die Mehreinnahmen gegen den Voranschlag 197 777,56 *M*, die Mehrausgaben gegenüber dem Voranschlage 98 727,71 *M*, mithin ergibt sich ein Mehr von 99 049,85 *M*. Die Fehlsomme des Voranschlages beträgt 166 600 *M*, und somit die Fehlsomme 67 550,15 *M*.

Auf derselben Seite ist in Kap. 1 K ä m m e r e i v e r m ö g e n eine Mehreinnahme von 3227 *M* und eine Minderausgabe von 31 484 *M* verzeichnet, so daß gegen den Voranschlag ein Plus von 34 712 *M* vorliegt.

Kap. 11 G e m e i n d e s t e u e r erzielte gegen den Voranschlag ein Plus von 154 150 *M*. Seite 30—31 finden Sie die näheren Angaben darüber. Darnach haben erfreulicherweise die Einkommen- und Gewerbesteuern ganz erhebliche Beträge geliefert. — An sonstigen Steuern und Abgaben lieferte das Elektrizitätswerk ein Plus von 23 759 *M*.

Einen erheblichen Rückgang weist die Veränderungssteuer auf; die Mindereinnahme beträgt rund 29 500 *M*. Dagegen hat der Ertrag der Wertzuwachssteuer ein Mehr von 7700 *M* zu verzeichnen.

Nach Seite 8 sind im U n t e r r i c h t s w e s e n die Einnahmen gegen den Voranschlag um 2593 *M* zurückgeblieben; demgegenüber finden Sie auf Seite 38, daß an Ausgaben 2857 *M* erspart wurden. Eine Minderausgabe von rund 10 000 *M* machte sich bei den Bürgerschulen geltend — eine Folge des Rückgangs der Schülerzahl.

Mehr Ausgaben erforderte die Fortbildungsschule sowie das Herzogin-Elisabeth-Lyzeum, das Oberlyzeum und die Studienanstalt.

Seite 20, K r a n k e n - u n d A r m e n p f l e g e. Hier steht unter Abteilung I, städtisches Pflege-, Armen- und Krankenhaus eine Mehreinnahme von 3350 *M* verzeichnet und unter Abteilung II Fürsorge für Kranke und Arme eine Mehreinnahme von 19 750 *M*. Demgegenüber finden Sie auf Seite 50 unter Ausgabe, daß für Abteilung I 15 500 *M* weniger und für Abteilung II 1350 *M* mehr verbraucht wurden.

Das F e u e r l ö s c h w e s e n (Seite 28—29) weist in Einnahme ein Plus von 41 626 *M* auf. Die Mehreinnahme ist hauptsächlich hervorgerufen durch die staatsseitige Beihilfe zu den Kosten der Einführung des Automobilbetriebes mit 21 258 *M* und die staatsseitig für die Jahre 1911/12, 1912/13 und 1913/14 nachträglich gezahlten Beiträge zu den Kosten des Feuerlöschwesens in Höhe von 20 060 *M*. — Seite 60—61 stehen demgegenüber an Mehrausgaben für die Einführung der Selbstfahrer 69 000 *M* verzeichnet.



Im **S t r a ß e n b a u** (Seite 28) ist die Einnahme um 8300 *M* hinter dem Voranschlage zurückgeblieben, hauptsächlich hervorgerufen durch rückständige Beiträge von Anliegern innenstädtischer Straßen, deren Beiträge erst 1914/15 zur Verrechnung kommen. — Seite 62 stehen an Mehrausgaben 31 140 *M* verzeichnet, hervorgerufen durch die Instandsetzung des Bohlwegs, Hagenscharrn, Ruhfäutchenplatzes, Wilhelmstraße, Wüsteworth und Elschlögern. Diese Kosten betrugen allein 205 220 *M*, das ist gegen den Etatsanschlag von 138 200 *M* ein Mehr von 67 000 *M*.

Bei dem **Kap. Stadtvverwaltung** (Seite 62) finden Sie eine Überschreitung von 4400 *M* gegenüber dem Voranschlage, hervorgerufen durch Veränderungen der Gehaltsbezüge von verschiedenen Beamten.

Auf Seite 35 steht für das Rieselgut ein Überschuß von 53 200 *M* verzeichnet.

**Vorsigender:** Ich denke, daß wir den Herren, die sich zum Ordinarium äußern wollen, jetzt erst einmal Gelegenheit geben, das Wort zu ergreifen. Auf eins möchte ich noch aufmerksam machen: Auf Seite 30 war ein Posten nicht aufgeführt, nämlich der Eingang für Wanderlager.

**Stadtv. Mohr:** Es muß auf Seite 30 unter XI statt 155 587,61 *M* heißen 156 087,61 *M*, da dort versehentlich der Posten für Wanderlager nicht hineingekommen ist. Sie finden den Posten aber bei der Zusammenstellung auf Seite 31.

**Vorsigender:** Die Herren, die zu dem Ordinarium (Seite 1—69) Bemerkungen zu machen haben, mögen sich melden. — Das ist nicht der Fall. Ich bitte den Herrn Referenten fortzufahren.

**Stadtv. Mohr:** Bei den städtischen **G a s w e r k e n** (Seite 84) steht eine Mehreinnahme von 26 850 *M* verzeichnet, hervorgerufen durch günstige Koks-, Teer- und Ammoniakverkäufe. Die Ausgaben (Seite 90) bleiben mit 49 775 *M* hinter dem Voranschlage zurück, hauptsächlich erspart durch die bedeutend größere Gasausbeute. Dagegen erforderte die weiter ausgebauten Fernzündungsanlage eine Mehrausgabe von 10 760 *M*.

Bei dem **W a s s e r w e r k e** (Seite 94) stehen gegenüber dem Voranschlage an Mehreinnahmen 140 727 *M* und an Mehrausgaben (Seite 100) 69 185 *M* notiert.

**Vorsigender:** Wenn niemand von den Herren zu den einzelnen Kapiteln das Wort ergreift, nehme ich an, daß die Herren mit dem Berichte einverstanden sind und Bemerkungen nicht zu machen haben.

**Stadtv. Mohr:** Auf die Gas- und Wasserwerke komme ich in meinem Bericht über einen anderen Punkt der Tagesordnung noch zurück.

Der *Ausgleichsfonds* (Seite 113) weist einen Bestand von 406 066 *M* auf, 1912/13 einen solchen von 501 470 *M*.

Die *Kasse der Umjahstener* (Seite 120) verfügt über einen Bestand von 162 559 *M*.

Die *Kanalbaukasse* (Neubau), Seite 126, weist wieder einen Fehlbetrag von 570 091 *M* auf. Dagegen finden Sie Seite 130 *Kanalbaukasse* (Unterhaltung) einen Überschuß von 35 364 *M* verzeichnet. Hierzu liegt ein Antrag des Stadtmagistrats vor. Um die erstgedachte Schuld, deren Tilgung durch regelmäßige Abträge zurzeit noch nicht stattfindet, nicht fortwährend weiter wachsen zu lassen, empfiehlt es sich nach Ansicht des Magistrats, auf dieselbe die Überschüsse des Unterhaltungsetats, soweit diese als entbehrlich gelten können, abzutragen. Der Magistrat gibt deshalb Zustimmung anheim, daß von den 35 364 *M* die Summe von 30 000 *M* an die *Kämmereikasse* behufs entsprechender Herabminderung ihres an die *Kanalneubaukasse* geleisteten Vorschusses abgeführt und damit der Fehlbetrag des *Neubauetats* auf 540 091,34 *M* ermäßigt wird.

**Vorsitzender:** Dieser Antrag steht mit zur Beratung. — Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß die Versammlung mit dem Antrage einverstanden ist. — Es erhebt sich kein Widerspruch, der Antrag ist damit angenommen.

**Stadtv. Mohr:** Das städtische *Schlachthaus* (Seite 132) brachte an Mehreinnahmen 16 870 *M* auf, dem rund 4000 *M* Mehrausgaben gegenüberstehen.

Zur *Kämmereikasse* (*Extraordinarium*), Seite 70, Einnahme, erlaube ich mir darauf hinzuweisen, daß auf die unter II *Vorratskapitalvermögen* eingestellte, von den städtischen Behörden genehmigte Anleihe von 2 250 300 *M* bis zum Schluß des Rechnungsjahres 1913/14 nur 552 450 *M* angeliehen wurden, daher die hohe Fehlsomme. Die Ausgaben (Seite 78) ergeben einen Minderverbrauch von 503 673 *M*, hervorgerufen dadurch, daß die für den *Bahnbau Celle—Braunschweig* eingestellten 400 000 *M* noch nicht verausgabt sind.

Der Magistrat beantragt, die vorgekommenen Überschreitungen, soweit sie nicht auf nachträglichen Bewilligungen beruhen, zu genehmigen. — Überschreitungen lassen sich beim besten Willen, namentlich bei großen Stadtverwaltungen, nicht vermeiden, denselben stehen aber auch vielfach Ersparnisse gegenüber. Im vorliegenden Rechnungsabschlusse sind von der Finanzkommission keine Überschreitungen festgestellt, gegen die Erinnerungen zu machen sind. Die Finanzkommission beantragt deshalb, den vorliegenden Rechnungsabschluß und die Über-

schreitungen zu genehmigen, und ferner zu genehmigen, daß dem Magistratsantrage gemäß zur Herabminderung des Fehlbetrages der Kanalbaukasse (Neubauetat) letzterer 30 000 *M* aus dem Vorratsvermögen der Kanalbaukasse (Unterhaltungsetat) überwiesen und an die Kämmereikasse als Verleiherin abgeführt werden.

**Vorsigender:** Hat jemand zu irgend einem Kapitel noch Bemerkungen zu machen? — Das ist nicht der Fall. Da sich kein Widerspruch gegen die Rechnungsabschlüsse erhoben hat, nehme ich an, daß die Anträge des Magistrats, die der Herr Referent eben mitgeteilt hat, von der Versammlung genehmigt sind.

## 2. Rückzahlung von Anlagekosten für Verlegung von Gas- und Wasserrohren.

Stadtv. **Munte:** Auf Antrag des Tischlermeisters Hermann Knoche sind im Juli vorigen Jahres in der Allerstraße von der Waterloostraße ab Gas- und Wasserhauptrohre in einer Länge von 35 bzw. 32 m für Rechnung des Herrn Knoche verlegt worden. Der Herr hat sich damals einverstanden erklärt, daß die Rohre sofort in das Eigentum der Stadt übergehen sollten und die Stadt berechtigt sein solle, dritten Personen den Anschluß an die Leitungen zu gestatten. Andererseits war dem Herrn die Bereitwilligkeit der Stadt zum Ausdruck gebracht, die Kosten für Verlegung der Rohre an ihn zurückzuzahlen, sobald eine Einnahme aus Lieferung von Gas und Wasser eingetreten sei, die einer 5prozentigen Verzinsung des Anlagekapitals entspräche. Dies ist nach Mitteilung der Direktion der städtischen Gas- und Wasserwerke jetzt der Fall, und der Magistrat richtet deshalb an die Versammlung das Ersuchen, die Rückzahlung von insgesamt 490,97 *M* zu bewilligen, wovon 249,90 *M* zu Lasten des Reservefonds der Gaswerke und 221,70 *M* zu Lasten des Reservefonds der Wasserwerke zu verrechnen sind.

Der Antrag ist in der Finanzkommission vorberaten, sie empfiehlt den geehrten Herren Annahme desselben.

Der Rückzahlung der bezeichneten Kosten wird zugestimmt.

## 3. Bericht über die Verwaltung der städtischen Gaswerke, Wasserwerke, der Neustadtmühle und der Abwässerpumpstation.

Stadtv. **Mohr:** Die städtischen Gas- und Wasserwerke, sowie die Neustadtmühle und die Pumpwerke haben in dem Rechnungsjahre 1913/14 wieder vorzüglich gearbeitet.

## a) Städtische Gaswerke.

Auf Seite 5 des Berichts über die Gaswerke werden Sie finden, daß der Gasverbrauch wieder um rund 281 000 cbm auf 9 449 000 cbm gestiegen ist.

Seite 6 II weist aus, daß auf die öffentliche Beleuchtung rund 1 445 000 cbm und auf privaten Verbrauch 7 384 000 *M* entfallen, immer wieder ein Beweis, daß Gaswerk und Elektrizitätswerk nebeneinander erfolgreich für den Stadtsäckel arbeiten können. Die Verwendung von Gas zu Kochzwecken sowie für Gasautomaten findet immer mehr Verbreitung.

Seite 7: Dem größeren Konsum an Gas steht auch ein größerer Verbrauch an Kohlen gegenüber. Die Nebenerzeugnisse Koks und Teer (Seite 7 bis 8) weisen einen geringen Produktionsrückgang auf. Die Erträge daraus sind dagegen gestiegen, und Sie finden die Angaben darüber auf Seite 11, XI, insbesondere ist für Teer und Ammoniak eine ganz erhebliche Preissteigerung zu verzeichnen gewesen.

Die Kosten der Gaserzeugung (Seite 11) stellen sich auf 6,62 Pfg. per Kubikmeter unter Einbeziehung einer Rückstellung von 100 000 *M*.

Die gesamten Einnahmen (Seite 12, unten) betrugen rund 1 719 700 *M*, und damit wurde eine Mehreinnahme von 35 700 *M* gegen den Voranschlag erzielt. Die gesamten Ausgaben betrugen rund 1 242 000 *M*, es bedeutet dies eine Minderausgabe von rund 69 900 *M* gegen den Voranschlag. Die Gesamt-Gewinne betragen 477 735,22 *M* (Seite 13).

Das Werk stand am 31. März 1914 zu Buche mit 1 083 619,82 *M* (Seite 14).

Der Reservefonds (Seite 15) betrug am 31. März 1914 555 581,71 *M*, 1912/13 454 926 *M*, 1911/12 476 000 *M*. Aus ihm wurden erhebliche Summen für die Beschaffung der Gasmesser, der Gasautomatenanlagen und für die Fernzündung entnommen.

Seite 16—17 finden Sie die Gewinn- und Verlustrechnung. Die Einnahmen aus Leuchtgas sind um 11 000 *M* hinter dem Voranschlage zurückgeblieben, ergeben aber ein Plus von 22 000 *M* gegenüber dem Vorjahre. — Die Ausgaben für Kohlen sind gegenüber dem Voranschlage um 25 000 *M* zurückgeblieben, dagegen um 39 000 *M* gegenüber dem Vorjahre gestiegen.

Über die magistratsseitig in Vorschlag gebrachte Verwendung des Überschusses werde ich am Schluß berichten.

Ich bitte Sie nun, Seite 45 aufzuschlagen. Unser Gaswerk konnte am 1. Juli d. J. auf eine 50 jährige Tätigkeit in städtischer Verwaltung zurückblicken. In übersichtlicher Form gewährt uns der Anhang einen Rückblick aus der Zeit der Laternen, dem Beginn der Gasbeleuchtung bis zum 31. März 1914. Ich glaube, in Ihrem Sinne zu handeln, wenn ich namens der Stadtverordneten

dem Direktor des städtischen Lichtwerks, Herrn Direktor von Feilitzsch, für diese Ausarbeitung hiermit den Dank aussprechen.

Der Bericht gibt uns Auskunft darüber, daß die Innenstadt vor 60 Jahren durch 1141 große und kleine Laternen erleuchtet wurde, und zwar an 200 Abenden jährlich; stand Mondschein im Kalender, so brannten wahrscheinlich die Laternen nicht, gleichviel ob der Mond klar am Himmel stand oder durch Wolken verdeckt war.

Am 12. Dezember 1851 gründete sich die Braunschweigische Gaserleuchtungs-gesellschaft mit einem Aktienkapital von 86 000 *M*; die Stadt beteiligte sich an dem Unternehmen mit 15 000 *M*. In Betrieb gesetzt wurde das Werk am 11. Dezember 1852. Der Preis des Gases betrug anfänglich 88 Pfg. per Kubikmeter, ging 1854 auf 71 Pfg., 1857 auf 53 Pfg., 1860 auf 48 Pfg. und 1862 auf 35 Pfg. zurück. Am 1. Juli 1863 ging die Gasanstalt in den Besitz der Stadt für 298 975 Taler über. Der Reingewinn betrug im ersten Betriebsjahre 1863/64 57 118 *M*, im letzten Betriebsjahre 1912/13, also nach 50 Jahren, 519 768 *M*. über die in den 50 Jahren erfolgten Erweiterungen der Gasanstalten finden Sie Aufzeichnungen auf Seite 52—57.

**Vorjögnder:** Wer von den geehrten Herren zu dem Kapitel Gaswerke Bemerkungen zu machen hat, möge das jetzt tun. Es ist das nicht der Fall. Ich bitte den Herrn Referenten fortzufahren.

## b) Städtische Wasserwerke.

**Stadtv. Mohr:** Die Fördernenge beider Werke (Seite 20) betrug rund 5 Millionen Kubikmeter, das sind 200 000 Kubikmeter mehr als im Vorjahre. Die hinter Seite 43 angehängten, in farbigem Druck gegebenen Tabellen geben sehr übersichtlich Auskunft über den Wasserstand in den Sammelbrunnen, über Chlorgehalt, Eisengehalt usw.

Der Kohlenverbrauch für beide Werke (Seite 20 II) stieg um rund 21 000 kg auf 1 240 257 kg. Der Eisengehalt des Grundwassers (Seite 21) ist etwas gegen das Vorjahr gestiegen, die sonstige Beschaffenheit des Wassers hat keine wesentliche Veränderung gegen das Vorjahr erfahren.

An Selbstkosten (Seite 26) entfallen auf 1 cbm Wasser 7,10 Pf. gegen 9,62 Pf. des Vorjahres. Der Gesamtgewinn (Seite 27) beläuft sich auf 243 657,87 *M* gegen 88 230 *M* des Vorjahres. Der Reservefond (Seite 29) beträgt 318 089 *M* gegen 324 447 *M* des Vorjahres.

Gewinn- und Verlustrechnung (Seite 32—33). Die Einnahmen sind um 18 700 *M* höher gegen den Voranschlag und um 21 000 *M* höher gegen das Vorjahr.

**Vorsigender:** Hat jemand über das Kapitel städtische Wasserwerke etwas zu bemerken? Das ist nicht der Fall; ich bitte den Herrn Referenten fortzufahren.

#### c) Neustadtmühle.

Stadtv. **Mohr:** Die Neustadtmühle erzielte einen Reingewinn (Seite 37) von 25 530 *M* gegen 31 530 *M* des Vorjahres. Es wurde gegen das Vorjahr die Hälfte mehr an Weizen verarbeitet, die Vermahlung von Roggen war ebenfalls größer. — Für Besoldungen wurden 1300 *M* mehr verausgabt, die Betriebskosten stiegen um 2700 *M*.

**Vorsigender:** Auch hier hat wohl niemand Bemerkungen zu machen? — Ich bitte den Herrn Referenten fortzufahren.

#### d) Abwässerpumpstation.

Stadtv. **Mohr:** Der Zuschuß der Rämmereikasse zur Abwässerpumpstation (Seite 42/43) betrug 35 336 *M* gegen 36 310 *M* im Vorjahre. Die Ausgaben gehen über den Voranschlag nicht hinaus und decken sich mit denen des Vorjahres.

**Vorsigender:** Falls jemand zu diesem Kapitel das Wort zu ergreifen wünscht, ist jetzt Gelegenheit gegeben. — Das Wort wird nicht gewünscht.

Stadtv. **Mohr:** Der Magistrat stellt den Antrag, die überschüsse aus den Gas- und Wasserwerken zu verwenden, wie folgt:

Der Reingewinn beträgt a) bei den Gaswerken . . . .	477 735,22 <i>M</i> ,
b) bei den Wasserwerken . . . .	233 657,87 <i>M</i> ,

von der sich ergebenden Gesamtsumme von . . . . . 721 393,09 *M*  
 sind nach § 3 des Statuts Nr. 29 vom 29. März 1909 vier Fünftel = 577 114,47 Mark dem Ausgleichsfonds und ein Fünftel = 144 278,62 *M* dem Ordinarium der Rämmereikasse zu überweisen, während der Überschuß der jetzt schuldenfreien Neustadtmühle zu 25 530 *M* in vollem Betrage der Rämmereikasse zufließt.

Die Finanzkommission schließt sich den Magistratsvorschlägen an und gibt Ihnen anheim, in gleichem Sinne zuzustimmen.

**Vorsigender:** Der Antrag steht zur Beratung. — Ich schließe die Beratung und bitte die Herren, die diesem Antrage der Finanzkommission gemäß den Vorschlägen des Magistrats zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Zustimmung ist ausgesprochen.

**Vorsitzender:** Eingegangen sind zwei Anfragen. Die erste Anfrage ist von Herrn **Stegmann** eingereicht und hat drei Teile

„1. Welche von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen und welche Notstandsarbeiten sind seit der Mobilisation in Angriff genommen?“

2. Ist der Magistrat bereit, eine schriftliche Übersicht über die während des Krieges in Angriff genommenen Arbeiten und über die neu eingestellten Arbeiter zu geben?

3. Ist es wahr, daß in der jetzigen schweren Zeit eine größere Anzahl städtischer Arbeiter entlassen worden ist?“

Sodann eine Anfrage des Herrn Stadtv. **Frīde**:

„Kann der Magistrat Auskunft geben, ob die im Felde stehenden Mannschaften, welche steuerpflichtig sind, die Steuer zahlen sollen, und wenn, wie dieselbe gezahlt werden soll?“

Beide Herren werden nach Schluß der Tagesordnung Gelegenheit haben, die Anfragen zu begründen.

#### 4. Abänderung des Statuts über die Ordnung der Verwaltung der Stadtgemeinde Braunschweig.

Stadtv. **Schön**: Meine Herren. In der letzten Stadtverordnetenversammlung haben wir in der vertraulichen Sitzung der Absicht des Magistrats zugestimmt, seinen besoldeten Mitgliedern einen Bausachverständigen hinzuzufügen und — da hierbei auch die Zahl der unbesoldeten Magistratsmitglieder vermehrt werden muß — die Gesamtzahl der Mitglieder des Stadtmagistrats von 9 auf 11 zu erhöhen. Heute liegt uns nun der Statutenentwurf hierüber zur Beschlußfassung vor. Die vereinigten Statuten-, Finanz- und Baukommissionen haben diesen Entwurf eingehend beraten und beschlossen, Ihnen seine Annahme mit den nachfolgenden Änderungen zu empfehlen. Die bisherige Fassung des § 18 lautete:

„Der Stadtmagistrat besteht aus vier besoldeten und fünf unbesoldeten Mitgliedern.

Zum besoldeten Mitgliede kann nur gewählt werden, wer die Fähigkeit zum Richteramt oder zum höheren Staatsverwaltungsdienst erlangt hat.

Dem Stadtmagistrate wird das zur Beforgung der ihm obliegenden Geschäfte erforderliche Hilfs- und Unterbeamtenpersonal beigegeben.“

Die vom Magistrat empfohlene Fassung lautet:

„Der Stadtmagistrat besteht aus fünf besoldeten und sechs unbesoldeten Mitgliedern.

Von den fünf besoldeten Mitgliedern müssen vier, darunter der Vorsteher des Stadtmagistrats, die Fähigkeit zum höheren Verwaltungsdienst oder zur Bekleidung des Richteramts erlangt haben; das fünfte besoldete Mitglied muß ein

wissenschaftlich gebildeter Baubeamter sein, der die Baumeisterprüfung bestanden hat."

Der dritte Satz soll die alte Fassung behalten.

Von der Kommission wird der erste Satz nicht beanstandet, dagegen für den zweiten und dritten Satz folgende Fassung vorgeschlagen:

„Von den fünf besoldeten Mitgliedern müssen wenigstens drei die Fähigkeit zum höheren Verwaltungsdienst oder zur Bekleidung des Richteramts und wenigstens eines die Fähigkeit zum höheren Staatsbaudienst erlangt haben.

Dem Stadtmagistrate werden die erforderlichen Hilfsbeamten sowie das nötige Unterpersonal beigegeben."

Die Änderung im zweiten Satze ist wesentlicher Natur. Die vereinigten Kommissionen waren der Ansicht, daß man die starre Form beseitigen sollte, durch die von vornherein die Vorbildung aller fünf Magistratsmitglieder festgelegt wird. Das Gesetz hat in der Städteordnung keinerlei Vorschriften über die Vorbildung der Magistratsmitglieder gemacht. Mit ihrem Vorschlage möchten die vereinigten Kommissionen etwas Bewegungsfreiheit schaffen; sie möchten wenigstens die Möglichkeit offen lassen, daß eintretendenfalls, d. h. wenn eines der jetzigen Magistratsmitglieder ausscheiden sollte, in die Erwägung eingetreten werden kann, ob als Ersatz für den Juristen nicht ein Schulmann, ein Finanzmann, ein Arzt oder sonst irgend eine passende Persönlichkeit gewählt werden soll. Diese Erwägung liegt um so näher, als schon seit längerer Zeit und auch wieder in der letzten vertraulichen Sitzung die Hinzufügung eines Schulmannes als eine äußerst erwünschte Ergänzung des Magistrats bezeichnet wurde. Man könnte nun sagen: Wäre es nicht zweckmäßig, da keine gesetzliche Vorschrift besteht, überhaupt solche Bestimmungen wegzulassen? Das würde man aber nicht für richtig halten können, denn wir wünschen ja selbst, daß jetzt ein Baumann, also eine mit bestimmter Vorbildung ausgestattete Persönlichkeit, in den Stadtmagistrat gewählt werden soll. Ebenso sind wir uns klar, daß ein wesentlicher Teil der besoldeten Magistratsmitglieder juristische Vorbildung haben muß, weil die juristische Arbeit, die in diesem Kollegium zu erledigen ist, unbedingt eine große ist. Der Mittelweg, den die vereinigten Kommissionen vorschlagen, dürfte den Verhältnissen am besten Rechnung tragen. Wenn jetzt vier Juristen die vorliegende Arbeit erledigen, allerdings, wie wir gern zugestehen, unter voller Anspannung ihrer Kräfte, so ist doch nicht ausgeschlossen, daß, wenn nun ein Baumann eingeschaltet wird, und wenn später gegebenenfalls ein Schulmann dazu kommt, dann auch drei Juristen vielleicht genügen können.

Ähnliche Erwägungen haben auch dazu geführt, eine Bestimmung über die Vorbildung des Vorsitzenden des Stadtmagistrats, des Oberbürgermeisters, nicht in das Statut aufzunehmen. Wir sind wohl darin einig, daß sich im allgemeinen



der Jurist zu einem derartigen Posten am besten eignen wird. Aber eine Zwangslage, das in dem Statut zum Ausdruck zu bringen, liegt heutzutage nicht mehr vor, denn wir werden wohl alle der Meinung sein, daß ein Nur-Jurist, oder Nur-Finanzmann, oder Nur-Schulmann weder zum Oberbürgermeister noch zum Mitgliede des Stadtmagistrats geeignet ist. Es gehören dazu noch andere Eigenschaften, verwaltungstechnische Befähigung, organisatorische Fähigkeiten usw. Es kommt dabei in erster Linie auf die Persönlichkeit des Mannes an. Man sollte nach Meinung der Kommissionen deswegen Beschränkungen tunlichst vermeiden. Nun könnte man fragen: Welche Bestimmungen haben andere Städte? Eine Statistik darüber aufzustellen, sind wir nicht in der Lage. Es mag Städte geben, die die Bestimmung haben, daß der Vorsitzende des Stadtmagistrats Jurist sein muß, aber wir wissen auch, daß es Städte gibt, die eine solche Einschränkung nicht kennen. In der Kommissionsitzung wurde in dieser Beziehung ein Fall vorgetragen, den ich auch hier kurz erwähnen möchte. Er betrifft die Universitätsstadt Gießen in Hessen, wo schon vor Jahrzehnten der Stadthaumeister zum Oberbürgermeister gewählt wurde. Und man scheint dort gut damit gefahren zu sein, denn als dieser Oberbürgermeister nach langjähriger Tätigkeit vom Großherzog zum Finanzminister ernannt wurde, soll an seiner Stelle wieder ein Baumann Oberbürgermeister geworden sein. Ich will damit nur anführen, daß es Fälle gibt, wo auch ein Nicht-Jurist zum Segen der Stadt als Oberbürgermeister gewaltet hat. Sie werden sagen: Das sind Ausnahmefälle. Gewiß, aber wir wollen ja auch nur verhindern, daß die Möglichkeit, einen solchen Mann an die Spitze der städtischen Verwaltung zu setzen, ausgeschlossen wird. Wir empfehlen Ihnen deshalb, den zweiten Satz des § 18 nach unserer Fassung abzuändern.

Um meiner Verpflichtung als Berichterstatter zu genügen, muß ich noch bemerken, daß in der Kommissionsitzung noch zwei Minderheitsanträge beraten wurden, die wahrscheinlich auch heute wieder zur Sprache kommen werden. Der eine Antrag ging dahin, statt „fünf besoldete Mitglieder“ „sechs“ zu sagen und statt „sechs unbesoldete Mitglieder“ „sieben“, und ferner zu sagen: „Von den sechs besoldeten Mitgliedern müssen drei Juristen sein.“ Über Zugehörigkeit eines Baumanns oder Schulmanns zum Magistrat sollte darnach eine Bestimmung nicht stattfinden. Durch Annahme des Antrages würde die gesamte Zahl der Mitglieder des Magistrats auf 13 erhöht werden. Im Zusammenhange damit steht der zweite Antrag der Kommissionminderheit, den § 3 des Verwaltungstatuts, der über die Wahl der Stadtverordneten spricht, dahin zu ergänzen, daß das Stadtverordnetenkollegium nicht aus 36, sondern aus 48 Mitgliedern bestehen soll. Ich möchte mich enthalten, alles das, was für und wider diese Minderheitsanträge gesagt worden ist, hier zu wiederholen, da es zum Teil schon in der letzten Versammlung, in der wir über diesen Punkt gesprochen haben, zum Ausdruck gekommen ist. Zum Teil

ist der Gegenstand auch schon in der einleitenden Begründung der Vorlage des Magistrats berührt, und es wird wahrscheinlich auch heute noch Gelegenheit genommen werden, über diese Punkte zu reden. Die vereinigten Kommissionen haben diese Minderheitsanträge abgelehnt.

Die den dritten Satz des § 18 betreffende Änderung ist mehr formeller Natur. Die vorgeschlagene Fassung ist kürzer, und dadurch, daß das „Hilfs- und Unterbeamtenpersonal“ nicht in einem Worte zusammengefaßt wurde, wollten wir die Annahme von „Hilfsbeamten“ gesondert zum Ausdruck bringen. Wir sind nämlich der Meinung, daß bei besonderer Belastung der besoldeten Magistratsmitglieder von der Einstellung solcher „Hilfsbeamten“ in Zukunft vielleicht mehr als bisher Gebrauch gemacht werden kann, um dadurch einer weiteren Vermehrung der Zahl der Magistratsmitglieder so lange als möglich vorzubeugen.

**Vorsitzender:** Ich glaube, es wird richtig sein, zunächst diesen § 18 zur Beratung zu stellen. Haben die beiden Herren Mitberichtersteller aus der Statuten- und Baukommission noch etwas zu erwähnen?

Stadtv. **Frühling** und Stadtv. **Sartung** verzichten auf weitere Ausführungen.

**Vorsitzender:** Eingegangen ist ein Antrag, an erster Stelle unterschrieben von Herrn Jasper, und zwar bestehend aus zwei Teilen: er betrifft einmal eine Änderung der Fassung des § 18 und sodann infolge dieser Änderung eine Änderung des § 3 des städtischen Verwaltungsstatuts. Der Antrag lautet:

„Wir beantragen,

1. § 18 wie folgt zu fassen:

Der Magistrat besteht aus sechs besoldeten und sieben unbesoldeten Mitgliedern. Von den sechs besoldeten Mitgliedern müssen drei die Fähigkeit zum höheren Verwaltungsdienst oder zur Bekleidung des Richteramts erlangt haben.

Dem Stadtmagistrate werden die erforderlichen Hilfsbeamten, sowie das nötige Unterpersonal beigegeben.“

Ich kann mit diesem ersten Teile auch gleich den zweiten Teil des Antrages, obwohl er nicht den § 18 betrifft, zur Beratung stellen. Er lautet:

„2. In § 3 des Verwaltungsstatuts als ersten Absatz hinzuzufügen:

Die Versammlung der Stadtverordneten besteht aus achtundvierzig Mitgliedern.“

Beide Anträge stehen mit zur Beratung.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Meine Freunde und ich begrüßen die Vorlage des Magistrats insofern, als sie den lange gehegten Wünschen Rechnung trägt, die

darauf abzielen, den Magistrat durch einen Baufachmann zu erweitern. Wir erkennen auch an, daß der Vorschlag der vereinigten Kommissionen insofern eine gewisse Verbesserung gegenüber der Vorlage des Magistrats darstellt, als eine größere Beweglichkeit unter den auszuwählenden Magistratsmitgliedern geschaffen wird, indem die Zahl von vier notwendigen Juristen auf drei herabgesetzt wird.

Wir können aber nicht anerkennen, daß mit der Vorlage den Wünschen, die auf eine Umgestaltung und Erweiterung des Magistrats seit langen Jahren abzielten, in vollkommener Weise Rechnung getragen ist. Sie wissen alle, daß diese Wünsche nicht nur dahin gingen, einen Baufachmann im Magistrat als beschlußfassendes Mitglied zu bekommen, sondern auch einen Schulfachmann als Magistratsmitglied zu haben, gerade weil unser vielverzweigtes Schulwesen eine derartige Bedeutung für unsere Gemeinde gewonnen hat, daß genau so wie eine Erweiterung des Magistrats durch einen Baufachmann auch eine Erweiterung durch einen Schulfachmann durchaus geboten wäre. Die Gründe brauche ich hier nicht lange noch weiter zu erörtern, wir haben ja wiederholt — auch in der letzten vertraulichen Sitzung — darüber verhandelt, auch die persönlichen Verhältnisse mit in Betracht gezogen, die ja bei diesem Antrage mit zu berücksichtigen sind.

Wir möchten durch unseren Abänderungsantrag erzielen, daß die Möglichkeit gegeben ist, nicht nur einen Baufachmann, sondern jetzt gleich, ohne irgend welchen Stelleninhaber der gegenwärtigen besoldeten Magistratsposten zu beseitigen, einen Schulfachmann mit in den Magistrat zu entsenden. Wir folgen aber dem Vorgehen der vereinigten Kommissionen insofern, als wir uns nicht festlegen, daß notwendigerweise ein Schulfachmann, notwendigerweise ein Baufachmann in den Magistrat hineingewählt werden muß, sondern daß wir sagen, mindestens drei sollen Juristen sein, die übrigen drei Stellen sind durch sonst der vereinigten Versammlung geeignet erscheinende Herren zu besetzen. Ob es richtig ist, für die eine Stelle nun gerade einen Mediziner, um mit Herrn Schön den indianischen Ausdruck zu gebrauchen, zu wählen, das kann dahingestellt bleiben und mußte von Fall zu Fall entschieden werden. Die größere Bewegungsfreiheit, die die Kommission schaffen will, greifen wir auf, indem wir sagen: Drei Juristen und drei andere sonst geeignet erscheinende Personen, die nach unseren Wünschen vorläufig ein Baufachmann, dann ein Schulmann sein müßten. Über den dritten, der kein Jurist sein muß, brauchen wir uns gegenwärtig keine Sorge zu machen.

Den Einwand, es wäre das eine umfangreiche Erweiterung des Magistrats, die augenblicklich nicht notwendig sei, weil dann die gegenwärtigen Juristen im Magistrat nicht vollauf beschäftigt sein würden, können wir nicht anerkennen, da uns erst vor nicht allzulanger Zeit auseinandergelegt ist, daß die vier juristisch gebildeten Herren den juristischen Aufgaben allein nicht gewachsen seien, sondern Hilfsbeamte und Hilfskräfte auch für juristische und Verwaltungstätigkeit mit hin-

zugezogen werden müßten — ein Vorbringen, das wir damals als berechtigt anerkannt haben, und das durch die Zwischenzeit nicht widerlegt sein wird.

Nach der Städteordnung ist es ohne weiteres die Folge, daß, wenn die besoldeten Mitglieder des Magistrats auf sechs — wie es unser Antrag will — vermehrt wird, wenn also nicht nur ein Baumann, sondern auch ein Schulmann in den Magistrat hineingewählt wird, dann auch die unbesoldeten entsprechend vermehrt werden müssen. Eine weitere Folge dieses Antrages — der sich im übrigen, soweit nicht eine kleine Abweichung in dem Schlußsaze enthalten sein sollte, im Rahmen des Kommissionsvorschlages bewegen will — ist die, daß notwendigerweise die Zahl der Stadtverordneten vermehrt werden müßte. Daß eine derartige Vermehrung notwendig ist, wenn nach unserem Antrage die Zahl der Magistratsmitglieder auf 13 erhöht würde, erkennt der Magistrat vollkommen an. Das Verhältnis der Zahl der Stadtverordneten und der Magistratsmitglieder in der vereinigten Versammlung würde sonst so verschoben werden, daß damit das Interesse der Bürgerschaft wohl beeinträchtigt würde. Ich glaube, auch unabhängig von der Vermehrung der Magistratsmitglieder in der einen oder anderen Weise dürfte eine Vermehrung der Zahl der Stadtverordneten schon deshalb angebracht sein, weil der Aufgabenkreis und die Bedeutung der städtischen Angelegenheiten in den Jahrzehnten, seit der Festsetzung der alten Zahl, sich erheblich erweitert hat, und auch sehr gewaltig der Kreis unserer Einwohner und unserer Bürgerschaft. Bei der Ausdehnung, die unsere Stadt genommen hat, und bei den größeren Aufgaben, die von den städtischen Stellen zu erledigen sind, ist es nicht mehr als billig, daß diesem größeren Kreise der Bürgerschaft ein größerer Kreis von Vertretern zur Beratung und Entscheidung gegenüberstände.

Sie werden nicht sagen können, daß 48 Stadtverordnete für unsere Stadt zu viel seien. Wir haben sogar Bedenken getragen, ob nicht von vornherein eine größere Zahl verlangt werden müßte, schon deshalb, um einigermaßen auch ein wirkliches Gleichgewicht herstellen zu können. Wir haben uns aber beschieden, um es Ihnen nicht gar zu schwer zu machen, uns beizutreten. Wir bitten, diese Vermehrung der Stadtverordneten auch dann zu beschließen, wenn Sie nur dem Kommissionsantrage zustimmen sollten. Denn um das Verhältnis zwischen Stadtverordneten und Magistrat in der vereinigten Versammlung, das bisher 9 : 36 oder ein Fünftel Magistratsmitglieder zu vier Fünftel der Stadtverordneten betrug, einigermaßen herzustellen, würde nicht 11 : 36, sondern 11 : 44 das richtige sein, und da würde es nach unserem Dreiklassenwahlrecht und nach der Viertelung der Stadt kaum anders gehen, als 48 Stadtverordnete zu wählen, wie in unserem Antrage vorgesehen ist.

Diese Vermehrung ist notwendig, denn der Ausweg, den die Magistratsvorlage zeigt, um dieses Mißverhältnis zwischen der Zahl der Stadtverordneten und

Magistratsmitglieder zu beseitigen, scheint mir nicht gangbar, und ferner scheint mir dieser Weg auch keine genügende Sicherheit zu bieten, daß er erfolgreich beschritten werden kann. Es steht in der Vorlage zu lesen, daß dieserhalb eine Städteordnungsänderung notwendig ist. Der Magistrat hofft, daß die Änderung eintreten wird, daß in der vereinigten Versammlung nur ein Teil der Magistratsmitglieder als stimmberechtigt erscheinen dürfe. Bei der Lage, wie die Gesetzgebung im Braunschweigischen in den letzten Jahren gehandhabt ist — schon seit Jahren wird eine Änderung der Städteordnung angekündigt —, ist keine Gewähr geboten, daß eine solche Änderung in absehbarer Zeit Gesetzeskraft erlangen würde. Wir würden deshalb eine Minderung der Verwaltungsrechte der Stadtverordneten ohne weiteres, auf blauen Dunst hin bewilligen, was meine Freunde und ich nicht mitmachen können.

Auch aus einem anderen Grunde geht dieser Ausweg nicht an: Was sollten das für Magistratsmitglieder sein, die als Magistratsmitglieder zweiten Ranges erscheinen, deklassiert nach der Richtung, daß sie kein Stimmrecht in der wichtigen vereinigten Versammlung haben. Ich gebe zu, daß sehr viele Angelegenheiten in der vereinigten Versammlung erledigt werden, bei denen es auf die eine oder andere Stimme oder auf das Stimmrecht nicht ankommt. Aber es gibt auch Fragen dort zu erledigen, bei denen es sehr wohl auf eine Stimme ankommt, und das sind besonders die Wahlfragen. Wenn es gilt, einen Oberbürgermeister oder andere Magistratsmitglieder zu wählen, kann es sehr wohl von einer Stimme abhängen, ob die eine oder andere Person als siegreich aus der Wahl hervorgeht. Ich würde die Magistratsmitglieder nicht vollkommen verstehen, die sich sehr beglückt darüber fühlen würden, daß sie in diesen sehr wichtigen, das städtische Wohl sehr stark berührenden Angelegenheiten nicht mitstimmen können. Welches unbesoldete oder besoldete Magistratsmitglied soll in derartig wichtigen und einschneidenden Fragen nicht mitstimmen? Das gibt einen Mißklang zwischen den Magistratsmitgliedern selber, was zu einem gedeihlichen Zusammenwirken nicht immer gerade dienlich sein kann.

Um diesen Mißklang zu vermeiden, um das Stimmenverhältnis zwischen Stadtverordneten und Magistrat in der vereinigten Versammlung von vornherein gesichert zu halten, um der Erweiterung des Aufgabenkreises und der Erweiterung der städtischen Bürgerzahl Rechnung zu tragen, bitte ich Sie, auch meinem zweiten Antrage zuzustimmen.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Was zunächst den Antrag der vereinigten Kommissionen betrifft, so habe ich Veranlassung genommen, dem Stadtmagistrat von den gefaßten Beschlüssen der Kommissionen heute morgen Mitteilung zu machen. Der Stadtmagistrat hat keine Bedenken gegen die Änderungen, die die

Kommissionen vorgeschlagen haben. Ich gebe daher anheim, den Vorschlägen der vereinigten Kommissionen zu folgen.

Gegen den Antrag des Herrn Dr. Jasper haben wir jedoch unsere Bedenken, und zwar aus folgenden Gründen:

Daß es unter Umständen für die Herren Stadtverordneten von besonderer Bedeutung sein kann, daß ein Mitglied des Magistrats ein Schulmann ist, erkenne ich an, ebenso erkenne ich auch an, daß es zahlreiche Fragen gibt, bei deren Erörterung im Magistrate die Anwesenheit eines Schulmannes durchaus wünschenswert ist. Aus dem Grunde ziehen wir auch die betreffenden Beamten, soweit wir das für zweckmäßig erachten, bei unseren Beratungen zu und haben auf diese Weise die Möglichkeit, einen Fachmann im Magistrat zu hören — allerdings ist er nicht stimmberechtigt.

Nun liegt aber bei dem Antrage des Herrn Dr. Jasper, wenn ich ihn recht verstehe, die Sache so, daß er der Erweiterung des Magistrats auf 13 nur unter der Bedingung zustimmen will, daß die Zahl der Stadtverordneten auf 48 erhöht wird. Gegen diese Zahl 48 haben wir unsere Bedenken schon in der Vorlage geltend gemacht. Ich gebe zu: Wenn die Stadtverordnetenversammlung, insbesondere mit großer Mehrheit, sich heute dahin aussprechen sollte, daß es unbedingt erforderlich ist, die Zahl der Stadtverordneten auf 48 zu erhöhen, dann wird das vom Magistrat schließlich noch einmal in sehr ernste Erwägung gezogen werden müssen. Im übrigen aber können wir nicht anerkennen, daß augenblicklich ein unbedingt erforderliches Vorliegen, die Zahl der Stadtverordneten auf 48 zu erhöhen. Im Landtage haben wir auch sehr wichtige Sachen zu verhandeln, und zwar für ein weit größeres Gebiet. Wenn wir da mit der Zahl von 48 Abgeordneten auskommen, so könnten hier nach meiner Ansicht wohl 36 genügen. Aber darüber läßt sich streiten; ich muß es Ihnen überlassen, wie Sie sich zu diesem Antrage stellen.

Was nun den Antrag betrifft, die Zahl der Magistratsmitglieder jetzt sofort auf 13 zu erhöhen, so wird dieser Antrag lediglich damit motiviert, daß es auf diese Weise möglich sein soll, sofort einen Schulmann in den Magistrat hineinzubringen. Ob das aber gelingen wird, auch wenn wir das Statut so fassen, ist mir zweifelhaft, und zwar aus folgenden Gründen: Wir haben, als Sie früher uns diesen Antrag empfohlen haben, Veranlassung genommen, anzufragen, wie die Regierung sich zu der höchst wichtigen Frage stellt: Welche Rechte dürften diesem Mitgliede des Magistrats, das ein Schulmann ist, auf dem Gebiete des Schulwesens eingeräumt werden? Es liegt nahe, dabei an den inneren Schulbetrieb zu denken. Es sind uns aber vom Ministerium Bedenken geäußert, und es ist darauf hingewiesen, daß nach den gesetzlichen Vorschriften der Magistrat als solcher mit dem inneren Schulbetriebe nichts zu tun hat. Es ist daher nicht möglich, ein Magistratsmitglied mit

der Aufsicht über den inneren Schulbetrieb zu betrauen. Nun liegt aber doch die Befürchtung nahe, daß ein Magistratsmitglied, das Schulmann ist, und das sich um den inneren Betrieb nicht weiter kümmern darf, weil es damit in die Rechte der staatlichen Aufsichtsbehörde eingreifen würde, eine höchst unbefriedigende Tätigkeit im Magistrat finden würde. Ganz anders liegt die Sache bei dem Bau-  
fachmann; das haben wir ja in der vertraulichen Sitzung näher auseinandergesetzt.

Ich erinnere z. B. an folgendes: Die Auswahl der Lehrer geschieht jetzt in erster Linie durch den Schuldirektor, und ich glaube, das ist ein durchaus sachgemäßes Verfahren. Er hat die Anträge entgegenzunehmen, die betreffenden Personen auszusuchen, und regelmäßig entsenden wir den Direktor nach den betreffenden Orten, wo die Bewerber wohnen, damit er dem Unterricht des Betreffenden beiwohnt. Der Direktor unterbreitet dann seinen Antrag dem Schulvorstande, und dieser faßt Beschluß darüber, ob er dem Magistrate die betreffende Person zur Präsentation in Vorschlag bringen will. Wenn Sie einen Schulmann im Magistrat haben, dann ist es erklärlich, daß er sagt: Dieses Recht nehme ich für mich in Anspruch. So ist es in Preußen, daß den Direktoren der Schulen dieses höchst wichtige Recht, Vorschläge in bezug auf die Lehrerstellen zu machen, genommen ist, worüber die Direktoren natürlich nicht sehr erbaut sind.

Nun hat man in Preußen, wie ich weiter höre, sich damit zu helfen gesucht, daß man nur solch einen Mann in den Magistrat hineinnimmt, der gleichzeitig Kreis Schulinspektor ist. Das muß in der Weise gemacht werden, daß man nach der Auswahl des Kandidaten sich zunächst an die staatliche Schulaufsichtsbehörde mit der Anfrage wendet: „Wir haben in Aussicht genommen, die betreffende Person in den Magistrat zu wählen. Wollt ihr uns in Aussicht stellen, diese Persönlichkeit nach der erfolgten Wahl zum Kreis Schulinspektor zu machen?“ Wird darauf eingegangen, dann ist die Lösung gegeben: es ist jemand im Magistrat vorhanden, der gleichzeitig als Vertreter der Staatsbehörde das Recht hat, in den inneren Schulbetrieb sich einzumischen.

Eine solche Lösung ist aber hier in Braunschweig meines Erachtens ausgeschlossen. Bezirksschulinspektoren haben wir ja jetzt durch das neue Gesetz in Braunschweig eingeführt, aber der Stadt Braunschweig ist eine Ausnahmestellung zugewiesen dadurch, daß der Direktor der Bürger Schulen zu Braunschweig nicht einem Kreis Schulinspektor unterstellt worden ist, sondern direkt unter dem Konsistorium steht. Es würde also bei uns, wenn wir erreichen wollen, was ich andeutete, nur möglich sein in der Weise, daß wir den Leiter der Bürger Schulen gleichzeitig zum Magistratsmitgliede machten. Wir halten es aber für ausgeschlossen, daß ein Leiter der Bürger Schulen neben den ihm obliegenden umfangreichen Arbeiten noch diese Arbeit im Magistrat bewältigen könnte. Wenn es aber aus-

geschlossen ist, daß das betreffende Magistratsmitglied gleichzeitig den inneren Schulbetrieb überwachen und darin eingreifen darf, dann, muß ich sagen, bleibt für ihn nur eine Art von Arbeit übrig, für die ein rührig tätiger Schulmann wahrscheinlich danken würde. Ich gebe aber zu, daß je nachdem, mit welcher Kraft man sich begnügen will, man schließlich für ein entsprechendes Gehalt jemanden auch dazu finden würde.

Nun hat Herr Dr. Jasper weiter gemeint, wenn jetzt sofort zwei besoldete Mitglieder in den Magistrat neu aufgenommen würden, so würde damit nicht hervorgerufen, daß die vorhandenen Juristen zu wenig zu tun hätten. Ich erkenne an, wir sind reichlich belastet, von meinen sämtlichen Kollegen wenigstens weiß ich es ganz genau, über mich will ich nicht sprechen. Wenn aber die ganzen Bauſachen in Zukunft der Bauſachverständige bearbeiten wird, und wenn die Bearbeitung der Schulſachen, wie es naturgemäß ist, durch einen Schulmann als Magistratsmitglied übernommen würde, dann würde nach meiner Überzeugung die Arbeitslast von uns vier Juristen ganz erheblich herabgemindert und augenblicklich eine zu geringe Arbeit für uns vorhanden sein. Deshalb haben wir uns auf den Standpunkt gestellt: Wir wollen nicht grundsätzlich uns gegen die Aufnahme eines Schulmannes in den Magistrat erklären, augenblicklich aber halten wir den Zeitpunkt dafür nicht für gekommen.

Ich möchte noch auf eins hinweisen. Sie alle wissen, daß durch den Abgang des Herrn Geheimen Baurat Winter diese Vorlage veranlaßt ist, und es ist wünschenswert, daß wir wenigstens insoweit uns verständigen, daß wir alsbald einen Bauſachverständigen in den Magistrat hineinbekommen. Bringen Sie zusammen mit dieser Aufnahme des Baumanns jetzt schon die Aufnahme des Schulmannes in den Magistrat in Vorschlag, so daß die vereinigte Versammlung gezwungen sein würde, sofort diese größere Zahl von Magistratspersonen zu wählen, dann, fürchte ich, wird die Sache auf Schwierigkeiten stoßen. Ich bin der Überzeugung: wenn wir die Zuwahl eines Schulmannes zum Magistrat später einmal beabsichtigen, so würden wir guttun, zunächst Erfundigungen einzuziehen, ob für die Übernahme eines solchen Amtes ein tüchtiger Schulmann sich findet. Es bleibt tatsächlich, wenn Sie den inneren Schulbetrieb dem Schulmann nehmen, eine reine Verwaltungstätigkeit übrig, die sich zum großen Teile auf die Regelung der Gehaltsverhältnisse usw., Beschaffung und Heizung der Gebäude usw. beschränkt, und ob dazu ein Schulmann nötig ist, das möchte ich bezweifeln. Es müßte, wenn wir zu einem befriedigenden Resultate kommen wollen, angestrebt werden, daß das Gesetz über die Bürgerschulen dahin geändert wird, daß ein Bezirkschulinspektor auch für die Stadt Braunschweig ernannt wird; ohne das halte ich die Sache für nicht praktisch und möchte deshalb anheimgeben, diesem Antrage Jasper nicht zuzustimmen.



**Stadtv. Frede:** Eine Entscheidung über die vorliegende Frage ist recht schwierig — wie ich auch schon in der von Herrn Baurat Schön erwähnten Versammlung ausgeführt habe. Ich habe damals gesagt, daß ich nicht in der Lage sei, mich sofort für oder gegen die Magistratsanträge zu erklären, ich müsse dafür erst Bedenkzeit haben. Bei weiterem Nachdenken über die Sache habe ich mir sagen müssen, daß der Vorschlag des Magistrats durchaus annehmbar ist. Wenn man vermeiden will, daß der Vertreter der einen Bauabteilung ein Vorgesetzter der anderen ist — und in dieser Weise soll die Sache geregelt werden —, so ist eine ähnliche Regelung vielleicht auch im Schulbetriebe möglich. Es ist nicht empfehlenswert und wird sich auch nicht durchführen lassen, wenn man beispielsweise den Direktor der Bürgerschulen als Magistratsmitglied nimmt, daß dieser als Vorgesetzter auch der städtischen höheren Schulen angesehen wird. Deshalb erschien mir der Vorschlag des Magistrats für die Baubehörde als vorbildlich für die künftige Regelung in betreff der Schulvertretung.

In der Vorlage des Magistrats wird angeknüpft an den bestehenden Zustand: 5 besoldete und 6 unbesoldete Magistratsmitglieder werden künftig als nötig erachtet, und der Vorschlag der vereinigten Kommissionen geht dahin, es sollen wenigstens drei davon juristisch gebildet sein und einer die Fähigkeit zum höheren Staatsbaudienst erlangt haben. Von der Schulvertretung ist keine Rede. Das ist für mich eine unbefriedigende Lösung, wenn man nicht daran festhält, daß das ganze nur ein Provisorium bedeutet. Soll es aber eine definitive Lösung oder eine solche auf lange Zeit hin sein, dann kann man mit dem, was die Kommission vorschlägt, sich nicht befreunden.

Was der Herr Oberbürgermeister über die Vertretung der Schule ausgeführt hat, ist durchaus beachtlich. Von diesem Standpunkte aus betrachtet sind die Vorschläge, wenn sie ein Provisorium darstellen sollen, durchaus akzeptabel. Ich hatte schon einen Antrag formuliert und wollte ebenso wie Herr Dr. Jasper beantragen, daß endgültig eine Schulvertretung im Magistrat beschafft würde. Ich muß aber anerkennen, daß die Bedenken, die der Herr Oberbürgermeister gegen einen solchen Antrag vorgetragen hat, durchaus gerechtfertigt sind. Ob der Bezirkschulinspektor in Zukunft eine Lösung der Frage bedeutet, bezweifle ich. In allen Punkten läßt sich hier die Schulverwaltung doch nicht mit der Bauverwaltung gleichstellen, denn bei der Bauverwaltung liegt die Sache unendlich einfacher. Die Hochbau- und Tiefbauabteilung und die Baupolizei sind koordiniert, und das ist bei den Schulen nicht der Fall, schon in bezug auf die Aufsicht. Ich erinnere daran, daß die Oberrealschule unter der Oberschulkommission steht, die Bürgerschulen dagegen unter dem Konsistorium. Die Städtische höhere Mädchenschule, das Lyzeum strebt auch darnach, unter die Oberschulkommission zu kommen. (Oberbürgermeister Metemeyer: Steht schon darunter!) Das sind doch Verhältnisse,

die nicht ohne weiteres einen Vergleich der Schulverwaltung mit der Bauverwaltung zulassen. Die Sache ist bei den Schulen bedeutend komplizierter, und in welcher Weise sich da ein befriedigender Zustand schaffen läßt, kann ich noch nicht sagen. Der Herr Oberbürgermeister hat angedeutet, daß vielleicht der Bezirkschulinspektor die Möglichkeit hierzu gibt — das müssen wir ruhig abwarten. Für mich ist das Moment, das mich augenblicklich zum Zurückziehen meines Wunsches bewegt, daß diese Regung ein Provisorium bedeutet und die Revision der Städteordnung ein Definitivum schaffen wird. Das wird in der Hauptsache sich so gestalten, wie es auch Herr Dr. Jasper wünscht, nämlich daß eine Schulvertretung in den Magistrat hineinkommt.

Was die Vermehrung der Zahl der Stadtverordneten betrifft, so muß man die Rechtsgelehrten darüber urteilen lassen, ob das unbedingt nötig, und ob es möglich ist. Ich schließe mich also dem Wunsche der vereinigten Kommissionen an.

**Stadtv. Dr. Jasper:** Ich bedaure, daß gerade Herr Frode als Lehrer es fallen läßt, die Interessen der Schule im Magistrat wirksamer vertreten zu sehen, denn ich habe gerade von ihm nach seinen früheren Andeutungen erwartet, daß er grundsätzlich und durch praktisches Handeln unserem Vorschlage zustimmen würde.

Wenn ich auch mit dem Herrn Oberbürgermeister anerkenne, daß gewisse Schwierigkeiten hier vorhanden sind, so kann ich nicht anerkennen, daß die Schwierigkeiten, die der Aufnahme eines Schulmannes im Magistrat entgegenstehen, so unüberwindlich sind. Wenn man die Geschichte der ganzen Vorlage betrachtet, wenn man sich vergegenwärtigt, wie unser früherer Vorsitzender Züdel gerade diesen Anträgen Raum und Bewegung gegeben hat, so wird man sich erinnern, daß es sich damals wesentlich darum handelte, einen Schulmann — das war das Grundlegende — in den Magistrat hineinzubekommen, und lediglich wegen der Personenfrage wurden damals diese Wünsche zurückgestellt. Der Bauherrmann hat nun das Rennen gewonnen, indem er um ein paar Nasenlängen vorgekommen ist, weil jetzt neue Schwierigkeiten auftauchen.

Der Herr Oberbürgermeister hat schon angedeutet, daß in Preußen die Möglichkeit der Lösung dieser Frage geschaffen ist, den Schulmann, der Mitglied der Stadtverwaltung ist, Einfluß auf den inneren Betrieb der Schule gewinnen zu lassen. Unter den hier in Frage kommenden Personen, die auf den Schulbetrieb staatlichen Einfluß haben, würde wohl der Herr zu finden sein, der die Aufsicht über den inneren Schulbetrieb nicht aufzugeben braucht, wenn er nun Magistratsmitglied würde. Ich glaube nicht, daß die Schwierigkeiten für die Dauer unüberwindlich sein würden.

Man soll jedenfalls diese Schwierigkeiten nicht höher anschlagen als diejenigen, die hier einfach durch eine Änderung der Gesetzgebung auf Seite 4 bei

Wegezlänge gestreift sind. Man mutet der Regierung zu: Ändert die Städteordnung! Zu einer derartigen Maßnahme, daß der Vertreter der Schule im Magistrat Einfluß auf den inneren Schulbetrieb hat, ist lediglich eine Verwaltungshandlung unserer obersten Staatsbehörde nötig, keine Änderung der Gesetzgebung. Es ist dies durch das Ministerium oder Konsistorium eher zu erwirken als eine Gesetzesänderung, bei der der Landtag erst gefragt werden und seine Zustimmung geben müßte. Und wie von jener Seite gearbeitet wird, habe ich bereits bei meinen ersten Ausführungen angedeutet. Es wird möglich sein, es durchzuführen, wenn wir einen Schulmann jetzt haben wollen, und ein Schulmann im Magistrat scheint dringend nötig.

Auch das kann ich nicht anerkennen, daß die Herren nicht mehr genügend beschäftigt sein würden, die als Verwaltungsbeamte, als Juristen im Magistrat tätig sind, denn ich glaube, manche Aufgabe könnte schneller und anders gelöst werden, wenn nicht mehr wie bisher die Arbeitslast oder andere Momente beim Magistrat hindernd in den Weg träten. Wir haben wiederholt Anträge auf Erledigung lange warten sehen und haben das verstanden, weil die Herren zum Teil vielleicht durch andere Geschäfte behindert waren, sie so schnell zu erledigen, wie es wünschenswert ist. Ich erinnere an die Viehhofsfrage und andere Angelegenheiten, die als Wunsch der Bürgerschaft im Schoße des Magistrats durchaus nicht so erledigt sind, wie wir es wünschten. Ich glaube, da der Gemeindeaufgabekreis ständig wächst, so wäre genügend Arbeit vorhanden; auch durch die ganze Eingemeindungsangelegenheit und anderes mehr, was in künftigen Zeiten nicht zu umgehen ist, wird die Arbeitslast wachsen.

Ich möchte noch hervorheben, daß ich auch für den Fall, daß mein Antrag 1 abgelehnt wird, den Antrag 2 aufrechterhalte, weil auch dann eine Vermehrung der Stadtverordneten aus den von mir angegebenen Gründen notwendig erscheint.

Stadtv. **Frede:** Herr Dr. Jasper sagte im Anfang seiner letzten Ausführungen, er bedaure es, daß die wichtigen Interessen der Schule hier von mir nicht genügend vertreten würden, und meinte damit, daß ich seinem Antrage nicht zustimmte, denn er glaubt, daß nur durch seinen Antrag die Interessen der Schule gewahrt werden. Ich werde Herrn Dr. Jasper hoffentlich überzeugen, daß ich das Interesse der Schule gerade dadurch zu wahren gedanke, daß ich mich so äußerte, wie es geschehen ist. Herr Dr. Jasper meinte, daß scheinbar nun ein Baumann das Rennen gewonnen hätte. Gerade als Lehrer war es mir — des sind Sie Zeugen gewesen — in der letzten Sitzung merkwürdig (denn ich wußte nicht genau, was vorangegangen war), daß nun als erstes technisches Mitglied des Magistrats ein Baumann erscheinen sollte, und der Gedanke, der bei mir auftauchte, war am Ende wohl gerechtfertigt: Warum nun gerade der, und warum tritt der Schulmann zurück? Aber man muß doch tatsächlich zugeben, daß das äußere Moment,

die Pensionierung des Geheimen Baurats Winter, den Anlaß gegeben hat, und damit ist eine andere Mutmaßung von der Hand zu weisen.

Was die Interessen der Schule anbelangt, meine Herren, so wissen Sie, daß ich in der vorigen Sitzung darauf hingewiesen habe, daß es mein sehnlicher Wunsch ist, einen Vertreter der Schule im Magistrat zu haben. Aber man braucht nicht unbedingt bei der Meinung zu beharren, die man im ersten Augenblicke faßt, sondern soll nach reiflicher Überlegung seinen Beschluß fassen. Da glaube ich, daß bei den gegenwärtigen Zuständen in Braunschweig, die ohne weiteres einen Vergleich mit den preussischen Zuständen nicht gestatten, die Sache sich nicht so leicht regeln lassen wird, man müßte denn eine fremde Kraft hierher nehmen. Von den jetzt im Amte befindlichen Direktoren kann es, wie ich glaube, keiner sein, der in den Magistrat aufgenommen würde. Gewiß, nach seinem Bildungsgange würde es Herr Stadtschulrat Rehkuh sein können. Er hat in der höheren Schule gewirkt und ist der Direktor der Bürgerschulen. Er beherrscht die Verhältnisse in beiden Schulgattungen, das wird ihm keiner abstreiten. Aber ich bezweifle, daß Herr Stadtschulrat Rehkuh sich lediglich beschränken möchte auf das Material, das ihm in seiner Eigenschaft als Magistratsmitglied künftig zur Bearbeitung obliegen würde. Wenn irgendwo, dann ist es bei der Schule bedenklich — darin muß ich dem Herrn Oberbürgermeister recht geben —, daß nur auf Äußerlichkeiten, auf das Geschäftliche der Wert gelegt wird. Es wird ein tüchtiger Schulmann stets das lebhafteste Bestreben haben, sich im Schulbetriebe zu betätigen, und dazu findet das Magistratsmitglied weder Zeit noch Gelegenheit. Wenn wir solch ein schultechnisch gebildetes Mitglied des Magistrats künftig bekommen, dann wird es nicht ausbleiben, daß dieser Vertreter der Schule zu seiner Information zurückgreift auf das, was ihm die einzelnen Schulleiter vortragen, denn er wird gar nicht alles im einzelnen beherrschen können, er kann nicht in den Betrieb hineinsteigen, kann nicht hospitieren. Praktisch wird dasselbe der Fall sein, was wir jetzt schon haben. Wenn im Magistrat irgend eine Sache auf der Tagesordnung steht, die es nötig macht, daß ein Schulvertreter seine Meinung äußert, dann zieht der Magistrat den Schuldirektor Krüger vom Lyzeum, den Stadtschulrat Rehkuh oder den Oberrealschuldirektor Wenicke heran, und dabei haben wir, was wir wollen.

Es bedeutet von mir, wie ich glaube, einen höheren Standpunkt, wenn ich anerkenne, daß es keine Zurücksetzung der Schule bedeutet, wenn eine Schulvertretung im Magistrat augenblicklich nicht geschaffen wird, weil ich das sachliche Moment durchaus berücksichtige. Deshalb trage ich voll und ganz die Verantwortung für das, was ich gesagt habe, und bleibe auch dabei.

**Stadtv. Steinbrecher:** Ich habe die Empfindung, als ob der Herr Oberbürgermeister viel zu viel Angst vor zu wenig Arbeit hat. Wenn das eintritt, was mein

Freund Jasper ausführte, daß Teile der bisherigen Arbeit durch die neuen Magistratsmitglieder den bisherigen abgenommen werden, so kann das doch nur gut sein. Ich kenne eine ganze Anzahl größerer Städte, wo man der Meinung ist, es sei kein guter Zustand, wenn die leitenden Beamten den ganzen Tag durch ihre laufende Arbeit beschäftigt sind und es deshalb ausgeschlossen ist, die neu ankommenden Sachen gründlich zu studieren und auszuarbeiten. Wenn auch die Herren Juristen sind, so kommen auch an sie Tag für Tag neue Fragen heran, die durchgearbeitet werden müssen, so daß es gar kein Fehler wäre, wenn wirklich die Leitung der Stadt entlastet würde. Daß diese Herren einige Stunden weniger zu tun hätten, würde nicht in Frage kommen, denn sie würden sie doch dazu benutzen, sich weiterzubilden, und die paar Stunden nicht nutzlos totschiagen. Die Sache würde sich jedenfalls durch Aufnahme eines Bezirkschulinspektors regeln lassen, wenn die Regierung sieht, daß es dem Magistrat darum zu tun ist, im Interesse der Schulbildung diese notwendige Einrichtung zu treffen. Ich bitte doch, da es im Interesse der Schule liegt, in Besprechungen mit dem Staat über diese Sache einzutreten.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Ich muß wiederholt darauf hinweisen, daß es einstweilen unzulässig ist, einem in den Magistrat berufenen Schulmann eine Einwirkung auf den inneren Schulbetrieb zu gestatten. Das Ministerium kann nicht sagen: „Wenn der Magistrat durch einen Schulmann ergänzt wird, dann ernennen wir ihn zum Bezirkschulinspektor für die Stadt Braunschweig.“ Das wäre ungesetzlich, weil das Schulgesetz sagt, der Direktor der Bürger Schulen der Stadt Braunschweig soll nicht unter einem Kreischulinspektor, sondern direkt unter dem Konfistorium stehen. Es müßte also das Gesetz geändert werden; das habe ich schon vorhin deutlich gesagt. Da es sich um ein Organisationsgesetz handelt, würde die Änderung nicht mit dem Ausschuß der Landesversammlung vereinbart werden können, sondern wir müßten warten, bis der Landtag zusammentritt. Damit ist die Unmöglichkeit gegeben, diese Änderung ohne weiteres zustande zu bringen.

**Vorsitzender:** Ich schließe die Beratung. Die Reihenfolge der Abstimmung ist folgende:

Von den beiden Anträgen wird der weitergehende erste Antrag Jasper zuerst zur Abstimmung kommen, und nach etwaiger Ablehnung dieses Antrages der Kommissionsantrag. An dritter Stelle ist abzustimmen über den zweiten Antrag Jasper, betreffend die Zahl der Stadtverordneten. Ich nehme das Einverständnis der Herren mit der Reihenfolge der Abstimmungen an.

Für den ersten Antrag Jasper stimmen 7 Stadtverordnete, der Antrag ist damit abgelehnt. Darauf wird der Antrag der vereinigten Kommissionen von der

Mehrheit der Versammlung angenommen und der zweite Antrag Jasper (§ 3 betreffend) abgelehnt.

**Vorsigender:** Ich bitte den Herrn Berichterstatter, in seinem Bericht fortzufahren: § 24 des Verwaltungsgesetzbuchs.

Stadtv. **Schön:** Der § 24 regelt die Leitung des städtischen Bauwesens. Die Änderungen, die ich namens der vereinigten Kommissionen zu den Vorschlägen des Magistrats zu beantragen habe, sind mehr formeller Art und werden uns wohl nicht allzulange aufhalten. Ich werde den § 24 nach dem Entwurfe des Magistrats verlesen und dabei die von den vereinigten Kommissionen vorgeschlagenen Änderungen gleich mit einkleiden. Der § 24 soll darnach lauten:

„a) Das städtische Bauwesen wird durch drei voneinander unabhängige Ämterstellen: das Hochbauamt, das Tiefbauamt und das Baupolizeiamt verwaltet. Jedes Amt ist einem Amtsleiter (Abteilungsvorstande, vergl. V der Gehaltsbestimmungen in Anlage A des Statuts Nr. 40 vom 12. Oktober 1911) unterstellt, der die Fähigkeit zum höheren Staatsbaurath erlangt haben muß und vom Stadtmagistrat mit Genehmigung der Stadtverordneten ernannt wird.“

Diese Fassung wird an Stelle der vom Magistrat vorgeschlagenen: „der die Baumeisterprüfung bestanden haben muß“ beantragt, da der Titel Baumeister heute nicht mehr gilt und deshalb auch die bezügliche Fassung in § 18 geändert wurde. Der Absatz a fährt dann fort, ohne daß die vereinigten Kommissionen eine Änderung zu beantragen haben:

„Der Amtsleiter führt die Amtsbezeichnung Stadtbaurat; er gilt im Sinne des § 23 Absatz 2 des Statuts Nr. 1 vom 24. März 1893 als Vorgesetzter des ihm beigegebenen Hilfs- und Unterpersonals.“

**Vorsigender:** Der § 24 a steht zur Beratung. Da sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß die Versammlung mit der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung einverstanden ist.

Stadtv. **Schön:** § 24 b sollte nach dem Magistratsentwurfe heißen:

„Der Geschäftsbereich der drei Baubeamten umfaßt in der Hauptsache die technische Leitung des gesamten städtischen Bauwesens, die Ausführung der von den städtischen Behörden beschlossenen Bauten, die fortwährende Beaufsichtigung und Unterhaltung der baulichen Gegenstände aller Art,

sowie — vorbehaltlich der Zuständigkeit des Stadtbauamts — die Handhabung der Baupolizei.“

Hier schlagen die vereinigten Kommissionen eine Vereinfachung und, wie sie glauben, eine genauere Fassung vor, indem sie zur Bezeichnung des Geschäftskreises der drei Baubeamten zu sagen empfehlen: „die technische Bearbeitung der städtischen Bau Sachen nach den Anweisungen des Stadtmagistrats.“ Durch diese Fassung sollen Konflikte der Ämter mit dem Magistratsrate vermieden werden. Sie erscheint um so mehr angebracht, da ein Bau Sachverständiger in den Magistrat hineinkommt.

Der zweite Satz von Absatz b soll nach Vorschlag der vereinigten Kommissionen lauten:

„Die Abgrenzung der Obliegenheiten der drei Bauämter unter einander, die Zuwendung der erforderlichen Hilfskräfte und die Vertretung der Amtsleiter in Fällen der Behinderung regelt der Stadtmagistrat.“

Für den folgenden Satz sind keine Änderungen vorgeschlagen. Er lautet demnach: „Der Amtsleiter des Baupolizei amts bekleidet zugleich die Stelle des bau Sachverständigen Mitglieds des Stadtbauamts (vergl. Ortsbaustatut §§ 72 und 73).“

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Meine Herren Ich habe in der Beratung der vereinigten Kommissionen selber darauf hingewiesen, daß es wohl genügen würde, wenn man sagt: „die Bearbeitung der städtischen Bau Sachen nach den Anweisungen des Stadtmagistrats.“ Ich habe mich darin aber doch geirrt. Es ist wohl richtig, daß die Bearbeitung der kirchlichen Bau Sachen durch Gesetz geregelt ist und ebenso durch ein durch Gesetz bestätigtes Regulativ die Erledigung der Bau Sachen bei den sogenannten verbundenen Stiftungen, d. h. den alten Stiftungen, die wir in der Stadt Braunschweig haben. Ich habe aber nicht daran gedacht, daß die städtische Bauverwaltung vom Magistrat von jeher auch beauftragt worden ist, Bauten zu erledigen in anderen, neuen Stiftungen, deren wir verschiedene in unserer Stadt bekommen haben. Ich habe auch nicht an das Waisenhaus gedacht, wo auch die Herren von der städtischen Bauverwaltung die Bauten gegen eine vom Waisenhaus an die Stadt Braunschweig zu zahlende Pauschalvergütung bearbeitet haben. Wenn es nun in dem Statut heißt: „Die Mitglieder der städtischen Bauverwaltung haben nur städtische Bau Sachen zu erledigen“, so wäre es nicht unmöglich, daß der eine oder andere sagen würde: „Die fremden Bauten gehen uns nichts an.“ Deswegen sind wir im Magistrat der Ansicht, daß es angebracht ist, auch die übrigen Bauten zu erwähnen. Es würde sich deshalb empfehlen zu sagen: „Die technische Bearbeitung der städtischen, kirchlichen und Stiftungs-Bau Sachen nach Anweisung des Stadtmagistrats.“ Bei einigen dieser Arbeiten sind die Baubeamten nach Gesetz,

bei anderen nach Gepflogenheit und nach den Anweisungen des Magistrats verpflichtet, die technische Bearbeitung zu übernehmen. Der Magistrat hat es nicht für nötig gehalten, wegen dieser Änderung der Fassung eine besondere Vorlage einzubringen. Vielleicht ist der Herr Referent so freundlich, die Anregung des Magistrats in Form eines Antrages aufzunehmen.

Stadtv. **Schön:** Ich trage kein Bedenken, im Namen meiner Mitberichterstatter und auch — wie ich wohl annehmen darf — im Namen der vereinigten Kommissionen, die Zustimmung zu dem Magistratsvorschlage zu erklären. Die neue Fassung ist jedenfalls genauer und wird keinem Widerspruche begegnen.

**Vorsigender:** Ich schließe die Debatte über Punkt b und nehme, da sich kein Widerspruch erhoben hat, das Einverständnis der Versammlung mit der Fassung, wie sie der Herr Referent zuletzt befürwortet hat, an.

Stadtv. **Schön:** Punkt c wird ohne Änderung namens der vereinigten Kommissionen zur Annahme empfohlen. Er lautet: „Dem Stadtmagistrat bleibt das Recht vorbehalten, die Bearbeitung einzelner Bau Sachen und die Leitung ihrer Ausführung anderen Personen als den Amtsleitern des Hochbau- und Tiefbauamts zu übertragen.“

Stadtv. **Riefe:** Seinerzeit war eine Eingabe der hiesigen Architekten und Maurermeister eingelaufen, in der beantragt war, daß Pläne und dergleichen auszuarbeiten und die Überwachung von Bauarbeiten auszuführen, den städtischen Beamten unterjagt würde. Es ist das damals als richtig begrüßt, und als seinerzeit an Herrn Geheimen Baurat Winter der Antrag gerichtet wurde, Vorlesungen über Hochbauten im hiesigen Polytechnikum zu halten, mußte das Ministerium die Stadtverordnetenversammlung erst ersuchen, ihm dies zu genehmigen. Selbstredend wurde damals einstimmig der Beschluß gefaßt, daß Herr Baurat Winter seine Tätigkeit dort an der Hochschule entfalten könnte. Ich möchte bei dieser Gelegenheit anfragen, ob diese Beschränkung der städtischen Beamten nach dem neuen Statut auch ferner bestehen bleibt oder dadurch aufgehoben wird.

Oberbürgermeister **Hettemeyer:** Die Beschränkung, von der Herr Riefe redet, ist im Gesetz gegeben. Kein städtischer Beamter ist berechtigt, ohne Gestattung der städtischen Behörden eine Nebenbeschäftigung gegen Vergütung zu übernehmen.

**Vorsigender:** Da kein Widerspruch gegen Punkt c sich erhebt, so nehme ich das Einverständnis der Versammlung mit der Fassung an.



Stadtv. **Schön:** Artikel III lautet: „Dieses Statut tritt am 1. Januar 1915 in Kraft.“ — Eine Erinnerung dagegen seitens der Kommission besteht nicht.

**Vorsigender:** Ich nehme auch das Einverständnis der Versammlung mit Artikel III an. — Wir haben nun über die Vorlage im ganzen abzustimmen. Diejenigen Herren, die diese Vorlage mit den Änderungen, die eben beschlossen sind, annehmen wollen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

### 5. Lohnübersichten für 1913/14.

Stadtv. **Munte:** Herr Stadtv. Voeshigk, der Berichterstatter für diesen Punkt, hat sich wegen seines Fehlens entschuldigen lassen. Wenn ich mich bereit erklärt habe, als Berichterstatter für ihn einzutreten, so kann ich darauf verweisen, daß die „Übersicht über die von den einzelnen städtischen Betriebsverwaltungen im Rechnungsjahre 1913/14 gezahlten Löhne“ den geehrten Herren vor einigen Wochen zugestellt ist. Sie werden daraus ersehen haben, wie sorgfältig die Zusammenstellungen gemacht sind. Neu darin ist die Aufführung der Löhne der im städtischen Pflege-, Armen- und Krankenhaus beschäftigten Personen (Seite 124—153). Bekanntlich werden die Löhne in den verschiedenen Deputationen im Dezember jedes Jahres festgesetzt, damit die sich daraus ergebenden Summen bei Aufstellung des Stats berücksichtigt werden können. Soviel ich in der Kommission vernommen habe, hat Herr Dr. Jasper für sich und seine Freunde erklärt, gegen diese Lohnnachweisung heute irgend welche Erinnerung nicht erheben zu wollen. Die Herren behalten sich vor, ihre Wünsche später in den einzelnen Deputationen vorzubringen. — Im übrigen habe ich seitens der Finanzkommission nichts weiter zu erwähnen.

Die einzelnen Kapitel werden vom Herrn Vorsitzenden aufgerufen, eine Meldung zum Wort erfolgt nicht.

### 6. Erwerb von Grundflächen am Langenkamp.

Stadtv. **Sander:** Die geehrten Herren haben vor längerer Zeit den Ausbau der südlichen Teilstrecke des Langenkamp genehmigt. Um diesen ausführen zu können, müssen stadtseitig einige Parzellen erworben werden, und zwar in Größe von 90 qm, 1 a 12 qm und 1 a 20 qm. Diese Grundflächen gehören den Herren Karl Behse, Wilhelm Weinschenk und Johannes Giebel. Der Magistrat hat mit diesen Herren einen Vertrag abgeschlossen, dahingehend, daß die Flächen für den Preis von 10 *M* pro Quadratmeter in den Besitz der Stadt übergehen sollen und der Kaufpreis auf die Straßenbaukosten angerechnet werden soll. Wir

werden ersucht, diesem Vertrage zuzustimmen, und ich bitte namens der Baukommission die geehrten Herren um Genehmigung des Vertrages.

Dem Erwerbe der Grundflächen nach dem abgeschlossenen Vertrage wird zugestimmt.

## 7. Aufhebung einer Mietgeldzahlung.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Für Überlassung einer früher von der Lohgerberinnung und später vom Magistrat zu besetzenden Kammer im Valentin Heinemanns Hof ist bisher ein Mietgeld in Höhe von 54 *M* jährlich erhoben worden. Der gegenwärtige Inhaber dieser Kammer hat an den Magistrat den Antrag gestellt, ihm dieses Mietgeld zu erlassen, und das hat dem Magistrat Veranlassung gegeben, einmal nachzuprüfen, wie die Erhebung des Mietgeldes mit den vom Stifter des Valentin Heinemanns Hofes erlassenen Bestimmungen zu vereinbaren sei. Dabei ist gefunden, daß in der alten Stiftungsurkunde vorgeschrieben steht: „Zu jeder Zeit, wenn eine Kammer erledigt, so sollen Vorbemeldete Macht haben, redliche arme Bürger und Meister oder andere arme Leute darin zu setzen.“ Der Magistrat hat diese Vorschrift dahin ausgelegt, daß sie inhaltlich besagt, die Kammer solle unentgeltlich, als Gunst überlassen werden. Er ist deshalb mit dem Antrage an uns herantreten, das Mietgeld nicht nur dem Antragsteller zu erlassen, sondern darüber hinaus im Sinne der Stiftungsurkunde die Vergebung der Kammer in Zukunft unentgeltlich vorzunehmen. Der Magistrat bemerkt dazu, daß die Stadt überhaupt nur zur Erhebung eines Mietgeldes gekommen sei, weil bei Auflösung der Lohgerberinnung bereits ein Mietverhältnis bestanden hätte.

Die Finanzkommission hält die Auslegung des Magistrats für richtig und gibt Ihnen anheim, dem Antrage des Magistrats zuzustimmen. Es wird für Ihre Beschlußfassung von Interesse sein, daß auch für die anderen Kammern keine Mietentschädigung genommen wird, so daß es ungerechtfertigt wäre, mit dieser einen Kammer anders zu verfahren, als mit den anderen.

Nachdem der Herr **Vorsitzende** festgestellt hat, daß die Versammlung beschlußfähig ist, wird der Antrag der Finanzkommission angenommen.

## 8. Änderung des Projekts zur Bebanung des Grundstücks Hinter der Magnifikirche 1.

Stadtv. **Rasche:** Der auf dem Grundstücke Hinter der Magnifikirche 1 zu errichtende Neubau sollte auf Beschluß der städtischen Behörden nach dem Projekte B erfolgen. Bei dieser Ausführung aber würde eine Reihe von Fenstern im Ober-

geschosse des Grundstücks des Tischlermeisters Freitag, Magnifikirchstraße 4, verbaut werden. Nun hat der Besitzer jenes Hauses für diese Fenster allerdings keine Lichtgerechtsame, aber aus Gründen der Billigkeit hat die städtische Bauverwaltung den Vorschlag gemacht, man möge das Projekt nach dem jetzt vorgelegten Projekte D abändern, wodurch das benachbarte Grundstück, soweit es tunlich ist, vor Schädigungen bewahrt wird. Nach dem neuen Projekt würde eine Verlegung des Treppenhauses und des Eingangs des Hauses auf die linke Seite des Grundstücks nötig werden, und zwar bedeutet diese Änderung eine Verbesserung, indem der Hauseingang näher zur Magnifikirchstraße zu liegen kommt und der Teil des Hofplatzes, der zur Benutzung für die städtischen Arbeiter der Tiefbauabteilung bestimmt ist, auf kürzerem Wege zu erreichen ist und mit den im Kellergechoß des Neubaus vorgesehenen Geräteräumen eine bessere Verwendung hat. Das Äußere des Gebäudes wird durch die Verlegung des Eingangstores keine Einbuße erleiden.

Der Magistrat gibt anheim, der Ausführung des Projekts D zuzustimmen, und die Baukommission, welcher das Projekt zur Prüfung vorgelegen hat, schließt sich diesem Vorschlage an.

Der Ausführung des Neubaus nach dem Projekt D wird von der Versammlung zugestimmt.

## 9. Zustandsetzung des Bienröder Weges zwischen Wasserwerk und Schunter.

Stadtvt. **Friede:** Es handelt sich bei diesem Punkte der Tagesordnung um die provisorische Zustandsetzung des Bienröder Weges nördlich des Wasserwerkgrundstücks. Die Befestigung dieses Teiles des Bienröder Weges soll in Anlehnung an die Ausbildung der südlich angrenzenden Wegestrecke in der Weise geschehen, daß auf dem 22 m breiten Wege eine Fahrbahn von 4 m Breite, ein Radfahrweg von 2,40 m Breite und ein Fußweg von 3,50 m Breite ausgeführt, und auf dem Wege drei Reihen Laubbäume angepflanzt werden. Der Rest der Breite des Weges soll unbefestigt bleiben und als Reitweg dienen. Für Befestigung der Fahrbahn ist Kleinpflaster auf chaussierter Unterlage und für den Radfahrweg und den Fußweg eine Chaussierung aus Bodasche und Grand vorgesehen. Zwischen dem Fußwege und dem Radfahrwege sind zur Aufnahme des Tagewassers in geeigneten Abständen Einfallschächte anzuordnen, welche das Wasser durch einen Tonröhrenstrang in den an der Westseite des Weges neu anzulegenden Graben abführen sollen.

In seiner Höhenlage soll sich der Weg im allgemeinen der vorhandenen Höhe anschließen, indessen ist an der Stelle, wo die Bahn Celle — Braunschweig

voraussichtlich den Bienröder Weg kreuzen wird, die demnächstige, 80 -- 90 cm über der jetzigen Weghöhe sich erhebende Lahnkrone zugrunde gelegt.

Da der Bau einer neuen fahrbaren Schunterbrücke im Zuge des Bienröder Weges und die im Zusammenhange hiermit herzustellen Dammschüttung durch das Schuntertal, bezw. die Schunterwiesen zurzeit noch nicht in Aussicht genommen sind, soll auch von der Ausführung der oben beschriebenen Befestigung auf dieser Strecke noch Abstand genommen und dieselbe nur bis an den Beginn der Dammschüttung hergestellt werden. An dieser Stelle ist als Abschluß der Fahrbahn ein 13 m im Durchmesser haltender und mit Kleinpflaster zu befestigender Wendepfad vorgesehen. Dagegen ist die Fortführung des Radfahrweges bis an die jetzige Fußgängerbrücke in Aussicht genommen.

Der Magistrat stellt den Antrag, das nebst Kostenanschlag vorgelegte Projekt über die provisorische Instandsetzung dieses Teiles des Bienröder Weges zu genehmigen, und den erforderlichen Betrag von 40 500 M zu Lasten des Kap. IV, 3 des außerordentlichen Etats zu verwilligen.

Die Ausführung der Instandsetzung in jetziger Zeit ist schon aus dem Grunde zu begrüßen, weil dadurch für die Arbeiterschaft ein nicht zu unterschätzendes Teil von Arbeit geschaffen wird, zumal nach Meinung des Magistrats die Arbeit gleich ausgeführt werden kann. Die Baukommission hat sich mit der Vorlage beschäftigt und schlägt Ihnen durch mich vor, Projekt und Kostenanschlag, wie ich es vorgegetragen habe, zu genehmigen.

Stadtv. **Frede:** Der Herr Referent hat sich Mühe gegeben, nichts zu verraten über das, was in bezug auf die Brücke geplant ist. Die Herren werden sich erinnern, daß Herr Eckhardt den Antrag eingebracht hat, daß eine neue Brücke über die Schunter, wenn auch mit geringen Kosten, gebaut werden möge, wodurch die Überschreitung der Schunter auch bei den Überschwemmungen möglich wäre. Es liegt nahe, bei dieser Gelegenheit hören zu wollen, in welcher Weise sich dieser Wunsch wohl verwirklichen wird.

Stadtv. **Fride:** Ich kann dem Herrn Kollegen Frede mitteilen, daß ich über diesen Brückenbau nichts verraten habe aus dem einfachen Grunde, weil ich nichts zu verraten hatte. Aus der gegenwärtigen Vorlage geht nicht hervor, ob und wie die Brücke gebaut werden soll.

Oberbürgermeister **Netemeyer:** Ich bin nicht selber Dezernent in der Sache, Herr Bürgermeister Meyer ist beurlaubt. Soweit ich mich erinnere, hat der Magistrat den Antrag, den Sie derzeit angenommen haben, der städtischen Bauverwaltung zur Bearbeitung überwiesen. Ich weiß nun nicht genau, ob erst noch

Verhandlungen mit dem Staate eingeleitet worden sind, denn wir können doch nicht ohne weiteres in ein solches Flußthal eine Brücke bauen. Im Magistrat ist jedenfalls die Sache noch nicht zur entscheidenden Besprechung gebracht. Ich mache aber kein Geheim daraus, daß auch ich die Erbauung der Brücke für nötig erachte, und bin überzeugt, daß, sobald die Möglichkeit dazu vorliegt, den Herren ein Projekt vorgelegt wird.

**Stadtv. Diedmann:** Ich habe dasselbe vorbringen wollen, was Herr Frede geäußert hat, und bin einstweilen durch die Antwort des Herrn Oberbürgermeisters befriedigt. Es wäre wohl aber wünschenswert, daß bei dieser Gelegenheit noch einmal getrieben würde, die Herstellung dieser Brücke in Angriff zu nehmen, damit die Besucher des Querumer Holzes, die den jetzt neu instand zu setzenden Weg benutzen, nicht unter Umständen genötigt werden, wieder umzukehren.

**Stadtv. Stegmann** (verzichtet auf das Wort).

**Stadtv. Schmidt:** Auch ich hatte dieselbe Anfrage stellen wollen, bin allerdings nun durch die Aufklärungen des Herrn Oberbürgermeisters orientiert. Nun liegt die Sache aber so, daß, wenn Schritte wegen der Wassergerechtfame für Erbauung der Brücke eingeleitet sind, wir bei Gelegenheit der Instandsetzung des Bienröder Weges jedenfalls etwas darüber hören dürften, wie weit die Angelegenheit gediehen ist, damit wir darüber beruhigt sind, daß der Straßenzug mit der Brücke in einer Linie zweckentsprechend hergerichtet wird. Ich bin nicht orientiert darüber, wie der Zug des Weges geht. Bisher ist der Weg bis zum Wasserwerk fertig, und von da an sieht der Weg aus wie ein Fragezeichen. Ich glaubte, daß wohl ins Auge gefaßt wäre, den Weg in gerader Linie auf die Brücke zu führen, und möchte anfragen, ob denn nun auch in Zukunft der Weg nach der Schunterbrücke zu hin und her gehen soll.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Wenn ich gewußt hätte, daß diese Frage kam, hätte ich veranlaßt, daß die Pläne für den Weg ausgehängt wurden. Im übrigen muß ich darauf hinweisen, daß die Herren in einer früheren Sitzung die Führung der fraglichen Wegstrecke bereits genehmigt und uns ermächtigt haben, von der Herzoglichen Kammer, die für den Weg nötigen Grundstücke anzukaufen, resp. andere zu expropriieren. An der Richtung des Weges können wir also nichts mehr ändern. Der Knick, den jetzt der Weg nördlich vom Wasserwerk zeigt, ist auch unbedeutend, und ich wüßte nicht, warum wir darauf drängen sollten, ihn in gerader Linie nach dem Querumer Holze hinzuführen; ich würde das für die Benutzer des Weges sogar als langweilig finden. Außerdem mache ich darauf aufmerksam, daß

es schwierig ist, den Weg ganz gerade zu führen, da er dann die anliegenden Grundstücke durchschneiden würde, so daß ein Kopfstück davon liegen bleiben würde und erst wieder Verhandlungen wegen Verwertung dieser kleineren Teile angeknüpft werden müßten. Es ist jedenfalls besser, wir beschränken uns darauf, den alten Weg auszubauen, wie er bis jetzt geführt ist.

**Stadtv. Riefe:** Ich habe auch dasselbe ausführen wollen, wie Herr Frede, aber auch noch etwas dazu. Herr Fricke hat referiert über die provisorische Instandsetzung des Bienröder Weges vom Wasserwerk nach der Schunterbrücke. Da meine ich: Für ein Provisorium gebe ich keine 40 000 *M* aus.

Selbstredend müßte hinter die Ausführung noch etwas Feuer gesetzt werden, dann wäre es auch möglich, noch die Brücke zu bauen. In sechs Wochen wäre das mit wenigen Leuten wohl herzustellen. Leider ist es so, daß, um einen Quadratfuß Fläche zu bekommen, immer mindestens drei Behörden ihre Zustimmung geben müssen, und da der braunschweigische Bürokratismus in der Welt unvergleichlich dasteht, so dauert es immer lange, ehe sie sich verständigen, und daher rührt viel Unzufriedenheit. Der Ausbau des Weges und der Brücke wird versprochen, aber ehe das angeht, wäre die Hälfte der Arbeiter schon verhungert, wenn sie darauf angewiesen wären.

Romisch hat mich auch die Hinausschiebung der Arbeiten für Verbreiterung des Langenhofes berührt. Vor einem halben Jahre ist sie beschlossen, und erst seit heute ist man dabei, die Arbeit auszuführen, als wenn man den Stadtverordneten zeigen wollte, daß die von ihnen genehmigten Arbeiten auch ausgeführt werden. Als ich zur Stadtverordnetenversammlung ging, hatte ich mir vorgenommen, einmal wieder zu beantragen, daß diese Arbeit endlich vorgenommen wird. Wenn das auch kleine Dinge sind, so könnte doch bei einigem guten Willen die Ausführung schneller in Angriff genommen werden.

Dann möchte ich darauf hinweisen, daß man doch gern einen schattigen Weg zum Querumer Holze haben will. Ich bin zwar kein Gärtner, aber das weiß auch ich: So, wie die Bäume dort jetzt ausgespißt sind, gibt das in zehn Jahren keinen schattigen Weg, mögen das nun Linden oder Silberpappeln sein. Der städtischen Bauverwaltung, die darüber zu bestimmen hat, müßte man doch so viel Verständnis zutrauen, daß sie die Bäume so beschneiden läßt, daß sie genügend Schatten spenden.

**Oberbürgermeister Ketemeyer:** Ich möchte zunächst Herrn Riefe darauf hinweisen, daß es bedenklich ist, wenn er erklärt, dieser Ausbau des Bienröder Weges sei kein provisorischer. Wenn das der Fall wäre, dann würde jeder Anlieger berechtigt sein, an diesem Wege zu hauen, und das wollen wir vorläufig verhüten.

Deshalb ist nach meiner Ansicht mit Recht gesagt, der Ausbau sei ein provisorischer. Ich muß der Auffassung entschieden entgegenreten, daß der Bienröder Weg eine ausgebaute Ortsstraße sein soll, denn es ist in unserem Interesse nicht wünschenswert, dort draußen eine bebaute Straße zu bekommen.

Sodann hat Herr Rieke gesagt, wegen des ungenügenden Zusammenwirkens der Behörden sei es nicht möglich, diese Arbeiten am Bienröder Wege rechtzeitig in Gang zu bringen. Dagegen habe ich zu sagen: die Arbeiten sind längst in Angriff genommen. Der Magistrat hat es riskiert, mit den Instandsetzungsarbeiten beginnen zu lassen, ohne erst Ihre Genehmigung einzuholen. Eine größere Verantwortung zu übernehmen, können Sie von uns nicht verlangen, als daß wir Arbeiten ausführen lassen, die Sie nicht einmal genehmigt haben.

Die Arbeiten drüben am Langenhof sind nicht heute morgen angefangen, sondern gestern. Außerdem liegt die Verzögerung nicht an uns. Sobald das Ministerium uns mitgeteilt hatte, daß seitens der Herzoglichen Kammer keine Bedenken mehr erhoben würden, haben wir sofort die städtische Bauverwaltung beauftragt, die Arbeit in Angriff zu nehmen.

Was die Linden anbetrifft, mit deren Beschneidung Herr Rieke nicht einverstanden ist, so möchte ich auf folgendes hinweisen: Wenn Sie über Straßen gehen, die mit Bäumen bepflanzt sind und an denen Laternen stehen — und mit der Zeit wird auch der Bienröder Weg beleuchtet werden müssen —, dann ist es manchmal sehr unangenehm, daß der Lichtschein der Laternen durch die tief herunterhängenden Zweige zurückgehalten wird. Ich halte es für durchaus richtig, daß die städtische Bauverwaltung bestrebt ist, Bäume mit hohen Kronen heranzuziehen, damit unter ihnen Licht und Luft zu finden ist. Ich sehe auch keinen Grund ein, warum Bäume, die in ihrer Jugend hochgezogen werden, wie diese Linden, hinterher nicht schöne Kronen bilden sollten. Ich bin überzeugt, daß sie sich gut entwickeln werden, und sie haben sich tatsächlich auch trotz des Sturmes gut entwickelt. Linden passen, wie ich glaube, immer noch besser an die Straßen als Kastanien, denn das infame Werfen mit Steinen und Stöcken nach den Früchten kann einem die Kastanie ganz und gar verleiden.

Stadtv. **Sander:** Ich will an dem Projekte nichts tadeln und möchte nur erklären, daß auch ich befremdet war, das Wort „provisorisch“ zu hören. 40 000 M für eine provisorische Instandsetzung auszugeben, kam mir auch etwas wunderlich vor. Leider war ich in der Sitzung der Baukommission nicht anwesend; so daß ich den Grund dafür nicht kannte. Die Aufklärung des Herrn Oberbürgermeisters aber genügt mir vollständig, und ich werde auch für die Vorlage stimmen. Ich möchte heute nur noch bitten, wenn ich demnächst einmal mit einem Antrage

komme, den Weg nach dem Pawelischen Holze auszubauen, dafür ebenso einmütig wie für diese Vorlage einzutreten.

Stadtv. **Fride:** Ich möchte nur noch bemerken, daß die Zeichnung für den Bienröder Weg hier vorhanden ist. Falls jemand der Herren sie einsehen will, möge er sich hierher bemühen.

Der provisorischen Instandsetzung des Bienröder Weges nach dem vorgelegten Projekte und Kostenanschlage wird zugestimmt.

## 10. Anfrage Munte über das Verhalten der Berufsfeuerwehr beim Brande der Roggenmühle in Lehdorf.

Wortlaut der Anfrage S. 384.

Stadtv. **Munte** (zur Begründung): Ich habe diese Anfrage gestellt, weil ich verschiedentlich im Laufe des heutigen Tages von Mitbürgern darüber zur Rede gestellt bin, wie sich die Berufsfeuerwehr bei dem Brande in Lehdorf verhalten habe. Ich habe zwar von der Erklärung, die der Herr Oberbürgermeister bei dem Brande in Rüningen hier abgegeben hat, noch viel gewußt, aber ich habe dabei gefunden, daß in der Bürgerschaft solche Erklärungen schnell vergessen werden. Man kann sich ja nicht darüber wundern, daß während dieser Kriegszeit die Leute andere Sachen schnell vergessen und nicht aufgeklärt sind, wie die Hilfe der städtischen Feuerwehr in den angrenzenden Bezirken vorgenommen wird. Ich habe aus den Urteilen, die mir von seiten meiner Mitbürger geäußert sind, gehört, daß eine sehr harte Kritik über das Verhalten der Feuerwehr beliebt wird, und daß insbesondere der Leiter unseres Feuerlöschwesens — als welcher, wie ich glaube, Herr Stadtbaurat Röttcher erblickt wird —, ein Bürokrat genannt wird, der so verknöchert sei, daß er nicht einmal eingreife, wo nationale Werte in Frage ständen, die in Kriegzeiten sehr sorgfältig geschützt werden müßten. Heute, wo einer für den anderen stünde, müßte auch die eine Gemeinde für die andere eintreten, und es würde dem Beamten kein Vorwurf gemacht werden, wenn er auch die Bestimmungen, die beständen, aus solchem Grunde einmal übertrete. Das hört sich wohl schön an, und ich habe deshalb die Anfrage gestellt, um eine beruhigende Erklärung vom Magistratsstische zu bekommen, und ferner deshalb, damit der Beamte, der fälschlich des starren Bürokratismus bezichtigt wird, geschützt wird. Ich würde mich freuen, wenn der Magistrat eine derartige Erklärung abgeben würde.

Oberbürgermeister **Hetemeyer:** Die Begründung der Anfrage veranlaßt mich zunächst zu der Erklärung, daß ich Herrn Munte dankbar bin, Gelegenheit zu



haben, über die aufgeworfene Frage hier das Wort zu ergreifen — ich hätte es vielleicht auch so getan. Sie können sich denken, daß uns dieses höchst unliebsame Vor-  
kommnis auch in der Magistratsitzung beschäftigt hat.

Vornweg möchte ich bemerken, daß eine Zeitlang die Berufsfeuerwehr, ohne daß dazu eine Ermächtigung erteilt war, bei Schadenfeuern zur Hilfeleistung auch nach den umliegenden Dörfern fuhr. Die Feuerlöschdeputation hat dann im Jahre 1911 Veranlassung gehabt, sich mit dieser Frage zu befassen, und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß diese Hilfeleistung nicht weiter angängig sei. Nicht für die umliegenden Dörfer haben wir unsere Berufsfeuerwehr eingerichtet und unterhalten sie mit erheblichen Summen, sondern für die Stadt Braunschweig. In bezug auf auswärtige Feuerhilfe genügen wir dem Gesetze, das bekanntlich dahin geht, daß in einem Umkreise von 7 km Feuerhilfe geleistet werden muß. Das geschieht dadurch, daß unserer freiwilligen Feuerwehr ein Wagen mit Besspannung zur Verfügung steht, so daß sie mit ihren Spritzen hinausfahren kann. Der Antrag der Feuerlöschdeputation, Feuerhilfe durch die Berufsfeuerwehr den umliegenden Dörfern nicht mehr zu leisten, ist dem Magistrat unterbreitet und im Einvernehmen mit der Feuerlöschdeputation darin eine Einschränkung erfolgt. Die Anweisung, die am 18. Mai 1911 seitens des Magistrats an den Kreisbranddirektor ergangen ist, lautet:

„Wir benachrichtigen Sie, daß die hiesige Berufsfeuerwehr zur Bekämpfung von Brandschäden und zur Hilfeleistung bei Unfällen außerhalb des hiesigen Stadtgebietes nicht weiter Dienste leisten soll.

Dabei gibt uns aber der Umstand, daß manche den umliegenden Dorfgemeinden zugehörige Gebäude unmittelbar an den Grenzen der Stadt erbaut sind, zu der Bemerkung Anlaß, daß beim Vorliegen besonderer Umstände die Hilfe nicht versagt zu werden braucht. Wenn insbesondere die Berufsfeuerwehr infolge Alarmierung auf die Brandstelle eilt und sich erst an Ort und Stelle überzeugt, daß diese außerhalb der Stadtgrenze liegt, so kann ein Eingreifen unter Umständen nicht nur angezeigt, sondern geradezu geboten erscheinen, besonders dann, wenn Menschenleben in Gefahr sind. Es ist nicht möglich, Ihnen für alle vorkommenden Fälle im voraus eine genaue Anweisung zu erteilen. Es muß Ihrem pflichtmäßigen Ermessen bzw. dem Ihres Vertreters überlassen bleiben, unter Berücksichtigung der an Ort und Stelle vorgefundenen Verhältnisse einerseits, und andererseits in Wahrung der Interessen der hiesigen Einwohner, zu deren Schutze und auf deren Kosten die Berufsfeuerwehr unterhalten wird, Entscheidung zu treffen.“

Später sind dann noch Verhandlungen mit der Kreisdirektion gepflogen worden, die an uns das Ersuchen gerichtet hatte, wir möchten die Berufsfeuerwehr in jedem Falle nach sämtlichen Vororten der Stadt Braunschweig hinaus-schicken. Wir haben derzeit den Antrag abgelehnt mit Rücksicht darauf, daß es

uns bedenklich erschien, nach allen möglichen Seiten hin mit unserer Berufsfeuerwehr hinauszugehen, denn es konnte gleichzeitig in verschiedenen Dörfern Feuer ausbrechen, und wenn dann in der Stadt an einer oder mehreren Stellen Feuer ausbrach, so war unsere Feuerwehr für die Stadt nicht bereit.

Nun ist, wie Ihnen bekannt geworden sein wird, sowohl der Kreisbranddirektor wie auch der Brandmeister zur Fahne einberufen. Wir haben selbstverständlich zunächst erwogen, ob wir nicht sofort Ersatz suchen müßten. Wir waren deshalb Herrn Baurat Röttcher dankbar — er ist früher hier Kreisbranddirektor gewesen —, als er sich bereit erklärte, während der Abwesenheit des Kreisbranddirektors Lehmann dessen Geschäfte zu besorgen. Was den Brandmeister betrifft, so hatte uns der Kreisbranddirektor an dem Tage, als er abreiste, erklärt: Wir möchten uns keine Mühe geben, Ersatz zu finden; es sei in der jetzigen Kriegszeit absolut ausgeschlossen, daß wir einen Brandmeister bekommen würden, da alle zur Fahne einberufen, bezw. aus sonstigen Gründen nicht zu bekommen seien. Wir haben deshalb, und zwar auch auf Vorschlag des Herrn Kreisbranddirektors Lehmann, verfügt, daß der Feldwebel Rappe, der uns als zuverlässiger und gewandter Feuerlöschmann bekannt ist, einstweilen die eigentlichen Brandmeistergeschäfte besorgt, selbstverständlich unter Oberleitung des Herrn Stadtbaurats Röttcher. Wir glauben auch, daß wir mit dieser Einrichtung auskommen. Sollte sie sich als nicht genügend erweisen, so müßten wir selbstverständlich versuchen, noch Hilfskräfte zu bekommen, halten das allerdings nach wie vor für ausgeschlossen.

Was den Brand in Lehn Dorf betrifft, so ist meiner Ansicht nach zu Unrecht behauptet, daß die Berufsfeuerwehr nicht eingegriffen hätte. Ich habe den Feldwebel Rappe heute mittag nach der Magistratsitzung vernommen, und er hat mir den Verlauf folgendermaßen geschildert: Es sei gestern abend durch Fernsprecher eine Meldung eingelaufen, die „Hopfenmühle“ in Lehn Dorf sei in Brand geraten. Der Mann am Telephon hat den Meldenden nicht genau verstanden und hat deshalb den Feldwebel, der nicht anwesend war, weil er seine Freistunde hatte, herbeigerufen, und dieser ist auch sofort zur Stelle gewesen. Da ist gesagt, es handle sich wahrscheinlich nicht um eine Hopfenmühle, sondern um eine Kornmühle. In dem Augenblicke, wo diese Unterhaltung gepflogen wird, wird der Feuermelder gezogen, und zwar auf der Gabelsbergerstraße. Selbstverständlich hält es der Feldwebel Rappe unter diesen Umständen für seine Pflicht, nach dem Hause auf der Gabelsbergerstraße zu fahren und nicht etwa nach Lehn Dorf, denn er wußte nicht, um was es sich in Lehn Dorf handelte. Auf der Gabelsbergerstraße angekommen, stellte er fest, daß Leute von Lehn Dorf durch die Felder an der Maienstraße gelaufen sind und den ersten besten Feuermelder gezogen haben, um die Feuerwehr nach Lehn Dorf zu dirigieren. Das ist ein unglückliches, nicht sachgemäßes Vorgehen. Die Leute mußten wissen, daß die Feuerwehr, wenn auf der Gabelsbergerstraße ein

Feuermelder gezogen wird, nach dieser Straße fährt in der Annahme, daß dort ein Feuer ausgebrochen ist. Weiter hat der Feldwebel Kappe erklärt, sie hätten zwar einen schwachen Feuerschein gesehen, aber nach der allgemeinen Instruktion, daß die Berufsfeuerwehr außerhalb Braunschweigs nicht tätig werden sollte, wären sie vorschriftsgemäß im schnellsten Tempo nach der Station zurückgekehrt. Als die Feuerwehr dort angekommen ist, ist es bekannt gewesen — ich glaube durch Mitteilung des Garnisonkommandos —, daß es sich um höchst wertvolle Kornvorräte handelte, die in Gefahr wären, in der Mühle zu Lehn Dorf zu verbrennen. Darauf hat sich der Feldwebel gesagt: „Dies halte ich für so wichtig, daß ich jetzt sofort alarmieren lasse.“ Er ist dann mit zwei Zügen ausgerückt und hat an der Löschung des Feuers in Lehn Dorf teilgenommen. — Mehr kann man von einem Beamten wie dem Feldwebel der Feuerwehr nicht verlangen. Ich habe sofort erklärt, er habe richtig gehandelt, denn in der jetzigen Zeit ist ein großer Posten Korn von erheblicher Bedeutung.

Eben noch während der Sitzung ist ein Herr Fischer bei mir gewesen und hat gebeten, ob nicht noch weitere Hilfe geleistet werden könnte, denn der Brand hat noch nicht gelöscht werden können, und auch heute morgen hat der Herr Baurat Röttcher gefragt, ob es gestattet wäre, die Spritze hinauszusenden, um den Brand mit zu löschen. Selbstverständlich habe ich in dem einen und dem anderen Falle gesagt, daß ich unter diesen Umständen, zumal wir zwei Dampfspritzen haben, es für nötig halte, daß Feuerhilfe geleistet würde. Ich glaube also, daß der Berufsfeuerwehr und auch unserer ganzen Einrichtung irgend ein Vorwurf in dieser Sache nicht gemacht werden kann. Ich muß entschieden bestreiten, daß man anders hätte verfahren können.

Eins ist noch zu bemerken, was mein Kollege Konegen in der Magistratsitzung vorbrachte. Er hat sich gewundert, daß die Feuerwehr bis zu einem Grundstücke vor dem Petritore gefahren und dann wieder umgekehrt ist. Das hängt so zusammen. Nachdem die Feuerwehr mit dem ersten Zuge nach der Gabelsbergerstraße abgerückt war, wird wieder der Feuermelder vermutlich von aufgeregten Lehn Dorfern in der Petristraße gezogen. Daraufhin rückt der Ersatzzug nach der Petristraße aus, ist aber wieder umgekehrt, als sich herausgestellt hat, daß dort gar kein Feuer ausgebrochen war. Nun haben die lieben Braunschweiger angenommen, die Feuerwehr lasse die unschuldige Mühle in Lehn Dorf abbrennen und kehre einfach wieder um. So klärt sich auch diese Sache auf, und ich wiederhole, daß ich nicht wüßte, wenn von uns ein Vorwurf gemacht werden könnte.

Ein Vorwurf aber ist meiner Ansicht nach begründet, und den kann ich nicht unterdrücken. Das ist der Vorwurf, daß die Aktiengesellschaft sich eine Mühle gebaut hat, ohne sich vorher zu erkundigen, ob an der Stelle auch genügend Wasser zu haben ist, wenn einmal ein Brand ausbricht. Als der Bau nahezu fertig war, hat

man Bohrungen über Bohrungen angestellt, und als diese vergeblich waren, hat man uns fortwährend Anträge unterbreitet, der Mühle unser Wasser zuzuführen, damit sie nicht gefährdet wäre. Das haben wir aber auf Grund der Beschlüsse der städtischen Kollegien ablehnen zu müssen geglaubt. Wenn wir allerdings hätten wissen können, daß der Krieg ausbrechen und es sich darum handeln würde, große Vorräte von Korn zu retten, so hätten wir möglicherweise vor Jahren einen anderen Beschluß gefaßt.

Im übrigen stehe ich nach wie vor auf dem Standpunkte, daß es nicht richtig wäre, wenn die Stadt Braunschweig alle ihre teuren Einrichtungen und Vorteile, die wir für die hiesige Einwohnerschaft schaffen, den umliegenden Dörfern gratis zur Verfügung stellte. Die Eingemeindungsfrage ist — wie vorhin schon Herr Dr. Jasper hervorgehoben hat — brennend geworden. Es sind darüber längere Verhandlungen gepflogen, aber wir haben nichts erreichen können. Ich hoffe, da Herr Minister Boden erklärt hat, er wolle seinerseits helfend eingreifen, daß wir jetzt bald zum Ziele kommen. Aber so viel ist sicher, daß, wenn wir die Versorgung mit Gas, Wasser und Feuerhilfe aus der Hand gegeben haben, unsere Position den Dörfern gegenüber eine traurige wird. Es wäre meiner Ansicht nach richtiger gewesen, die Besitzer der Mühle hätten es sich zweimal überlegt, ob sie ihr großes Etablissement in einem Dorfe, das die nötige Hilfe im Falle eines Brandes nicht gewähren kann, aufbauten oder in der Stadt. Wäre es hier aufgebaut, dann wäre nicht bloß Wasser vorhanden gewesen, sondern es wäre auch die Berufsfeuerwehr sofort zur Hilfe bereit gewesen.

# 11. Anfrage Stegmann 1. über die bisher in Angriff genommenen Notstandsarbeiten, 2. über Aufstellung einer schriftlichen Übersicht über solche Arbeiten, und 3. über das Zutreffen der Nachricht von der Entlassung einer größeren Anzahl städtischer Arbeiter.

Wortlaut der Anfrage f. S. 392.

Stadtv. **Stegmann:** Ich brauche den geehrten Herren nicht auseinanderzusetzen, wie verheerend der Krieg auf Handel und Gewerbe gewirkt hat, wir haben das Thema hier wiederholt behandelt. Dagegen wissen wir auch, daß in einzelnen Industriezweigen namentlich in denen, die mit Heereslieferungen zu tun haben, jetzt wieder eine Besserung eingetreten ist. Trotz dieses Umstandes und trotzdem Tausende aus unserer Stadt zur Fahne berufen sind, sehen wir, daß eine erhebliche Arbeitslosigkeit vorhanden ist. Allgemein ist die Ansicht vertreten, in der Presse und auch in den Handels- und Handwerkskammern, daß seitens der Staaten und Kommunen mehr getan werden müsse, um hier Hilfe zu schaffen. Nun scheint es,

daß unser Magistrat nicht so viel getan hat, als möglich wäre. Das geht daraus hervor, daß die Handels- und Handwerkskammern in diesem Sinne Veröffentlichungen erlassen haben. Um zu erfahren, ob wirklich alle diese Arbeiten, die von uns zunächst beschlossen waren, in Angriff genommen sind, und ob zweitens auch andere Notstandsarbeiten ausgeführt werden, habe ich meinen Antrag gestellt. Ich halte es für richtig, die Angelegenheit nicht mit einigen Worten abzutun, sondern möchte den Magistrat bitten, damit wir klar sehen, uns eine schriftliche Aufstellung über alle diese Arbeiten zu geben, insbesondere auch, welche Leute dafür neu eingestellt sind.

Die dritte Frage ist eine gewissermaßen brenzliche: Ob es wahr ist, daß in dieser Zeit, wo überall die Industriellen aufgefordert worden sind, für Arbeit während dieses Krieges zu sorgen, in den letzten Tagen eine größere Anzahl städtischer Arbeiter entlassen worden ist? Ich wollte es zunächst nicht glauben, aber ich habe noch während dieser Sitzung Nachricht bekommen, daß es tatsächlich wahr sein soll. Sollte das wirklich der Fall sein, so wäre es doch geradezu unerhört und wäre eine sonderbare Auffassung der sozialen Pflicht, die die Stadt auszuführen hat. Ich bitte dringend um Aufklärung darüber, wie die Sachen liegen, namentlich um Aufklärung über die letzte Frage.

**Oberbürgermeister Kistemeyer:** Was die erste Frage betrifft, so ist an Arbeiten alles, was die Herren Stadtverordneten beschlossen haben, soweit es möglich ist, in Angriff genommen. Sie brauchen nur an die verschiedenen Stellen zu gehen, so können Sie sich davon überzeugen, z. B. die Erbauung des Hauses, die Sie eben in der abgeänderten Fassung genehmigt haben, ist längst in Angriff genommen. Kanalisationsarbeiten sind an verschiedenen Stellen im Gange, so an der Goslarischenstraße. Auch die Arbeiten am Bienröder Wege hat die städtische Bauverwaltung in Gang gebracht, wie mir mein Kollege Meyer gesagt hat. Einige Sachen haben allerdings noch nicht in Angriff genommen werden können, aber nicht etwa, weil der Magistrat nicht seine Schuldigkeit getan hätte, sondern weil das Material dazu nicht zu beschaffen war. Wenn deswegen der Kanal auf der Hamburgerstraße noch nicht hat angefangen werden können, so ist das nicht zu ändern. Aber der Auftrag für die Arbeiten ist in allen Fällen erteilt.

Was die zweite Frage betrifft, so ist der Magistrat selbstverständlich bereit, wenn die Herren es wünschen, eine solche Aufstellung zu machen. Ich kann eben nur erklären: Alles, was die Herren beschlossen haben, führen wir aus. Mehr Arbeiten, als vorliegen, können wir nicht ausführen lassen.

Die letzte Frage beantworte ich dahin, daß dem Magistrat von der Entlassung von Arbeitern nichts bekannt ist, jedenfalls hat er nicht verfügt, daß Arbeiter entlassen werden sollen. Ich möchte den Herrn Fragesteller bitten, zu sagen, was

ihm darüber bekannt ist. Ich weiß nicht, ob auf dem Gaswerke vielleicht nicht mehr so viel zu tun ist, da der Gasconsum zurückgegangen ist. Es sollte mir leid tun, wenn es der Fall wäre, daß Entlassungen vorgenommen sind, und ich will gleich bemerken, daß ich es nicht für richtig halten würde, in solcher Zeit lediglich aus fiskalischen Gründen Arbeiter zu entlassen. Da soll man einmal fünf gerade sein lassen, auch einmal etwas teurer arbeiten, aber nicht gleich Arbeiter entlassen.

Stadtv. **Stegmann** beantragt Besprechung der Anfrage.

Auf Anfrage des **Vorsitzenden** melden sich sechs Stadtverordnete für sofortige Besprechung, sie ist damit abgelehnt.

Stadtv. **Jasper** (ruft): Es sind ja nur Arbeiter!

**Vorsitzender:** Es ist eben von Herrn Jasper ein Zwischenruf gekommen. Ich glaube wohl, daß eine solche Meinung den übrigen Herren, die nicht für Besprechung der Anfrage gestimmt haben, absolut fern liegt, (Zwischenruf: Psui!) und halte den Zwischenruf des Herrn Jasper für durchaus unangebracht.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Und dennoch ist er richtig!

**Vorsitzender:** Es ist nicht statthaft, daß Herr Dr. Jasper meine Rüge moniert. Ich rufe ihn deswegen zur Ordnung.

Stadtv. **Stegmann:** Ich möchte Herrn Oberbürgermeister erwidern, der gesagt hat, daß er dankbar wäre, wenn ihm solche Fälle, wo Arbeiterentlassungen vorgekommen sind, mitgeteilt würden. (Unterbrechung durch den Vorsitzenden.)

**Vorsitzender:** Die Besprechung der Anfrage ist abgelehnt. Ich kann Sie in diesem Augenblicke nicht zum Worte lassen.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich will auf den Ordnungsruf des Herrn Vorsitzenden nicht weiter eingehen und möchte nur feststellen, daß die Geschäftsführung des Herrn Vorsitzenden einseitig ist. (Glocke des Vorsitzenden.) Von jener Seite ist auf meine Bemerkung Psui gerufen, und ich muß ganz entschieden bitten, das zu rügen. (Glocke des Vorsitzenden.)

**Vorsitzender:** Sie haben nicht das Recht, weiter zu sprechen, wenn ich das Glockenzeichen gebe. Ich muß mir jede Kritik meiner Rügeerteilung verbitten. Eine Besprechung ist abgelehnt, und zu einer persönlichen Bemerkung haben Sie nicht das Wort.

## 12. Anfrage Friede über Entrichtung der Steuern für die im Felde stehenden Mannschaften.

Wortlaut der Anfrage S. 392.

Stadtv. **Friede** (zur Begründung): Über den Grund, der mich zu der Anfrage gebracht hat, kann ich mich kurz fassen. Es leuchtet ein, daß man denjenigen, die im Felde stehen und für das Vaterland kämpfen, alle häuslichen Sorgen nehmen soll. Wenn der Mann, der im Kampfe steht, sich sagt: „Heute ist der Tag, wo meine Steuern bezahlt werden müssen, und ich weiß nicht, ob meine Frau dazu in der Lage ist,“ so ist das für ihn keine leichte Sache. Und umgekehrt ist es bei der Frau ebenso, wenn sie nicht weiß, woher sie das Geld nehmen soll, wenn die Steuern fällig geworden sind. Ich möchte den Magistrat bitten, Aufklärung darüber zu geben, ob ein Weg vorgesehen ist, daß den im Felde Stehenden die Steuern gestundet werden können.

Stadtrat **von Frankenberg**: Sofort, nachdem der Krieg ausgebrochen war, hat der Magistrat aus Gründen, wie sie von dem Herrn Fragesteller ganz richtig dargelegt sind, es für zweckmäßig gehalten, schon am 3. August, also am zweiten Tage der Mobilmachung, eine Erklärung in der Zeitung veröffentlichen zu lassen, daß für alle zur Fahne Einberufenen, die bis zu 3000 M Einkommen veranlagt sind, auf drei Monate die fälligen Steuern gestundet werden sollen. Diese Maßregel hielten wir für zweckmäßig, damit diejenigen, die als Landwehrlaute oder als Reservisten ins Heer eintreten mußten, Frist zur Zahlung gewannen. Da anzunehmen ist, daß der Krieg länger dauern wird, als diese Frist von drei Monaten reicht, wird dem Magistrat wohl in der nächsten Zeit Anlaß gegeben sein, diese Frist zu verlängern. Ich zweifle nicht, daß der Magistrat bei Würdigung der Verhältnisse dazu gern bereit sein wird.

Unmittelbar nach unserer Bekanntgabe erging das Reichsgesetz, das durch Verordnung des Bundesrats näher ausgeführt ist, wonach gegen Personen, die im Felde stehen, die Zwangsvollstreckung unzulässig ist. Es wird also niemand, der das Vaterland verteidigt, zu befürchten brauchen, daß ein Vollziehungsbeamter in seiner Wohnung Vollstreckungshandlungen vornimmt. Das Gesetz geht sogar noch weiter. Wir haben eine landesgesetzliche Bestimmung, die in dieser Hinsicht eine Regelung enthält, die allerdings nur für die Staatssteuern gültig ist. Der Magistrat hat sich aber, wie in der Versammlung wiederholt zur Äußerung gekommen ist, für diese Kriegzeiten auf den Standpunkt gestellt, daß die Grundsätze für die Staatseinkommensteuer in der Hauptsache auch für die Gemeindeeinkommensteuer maßgebend sein sollen. Alle Unteroffiziere und Mannschaften des Beurlobtenstandes, die bis zu 3000 M Einkommen veranlagt sind,

werden für sämtliche Kalendermonate, in denen sie im Felde stehen, von den Staatseinkommensteuern befreit. Die Folge davon ist, wie das Herzogliche Steuerkollegium ausdrücklich bekanntgemacht hat, daß sie, wenn sie im August einberufen sind, vom 1. August ab von der Staatseinkommensteuer befreit sind, und der Magistrat hat einen gleichen Beschluß auch für die Gemeindeeinkommensteuer gefaßt.

Für Personen, die zu einem höheren Einkommen als 3000 *M* veranlagt sind, ist vorgeschrieben, daß sie, wenn sie bei der Fahne stehen, zur Gemeindeeinkommensteuer wenigstens zu demjenigen Teile herangezogen werden können, der aus dem Gewerbebetriebe oder dem Grundbesitze herrührt. Bei einem Handwerksmeister, der zu 4000 *M* Einkommen aus Gewerbebetrieb veranlagt ist, würde also mit Rücksicht auf die Höhe seiner Veranlagung die Besteuerung nicht ohne weiteres aufhören, aber bei einem Ingenieur, der zu 4000 *M* veranlagt ist, würde die Befreiung eintreten.

Ferner schreibt das Gesetz vor, daß Berufs-Offiziere, Militärärzte und höhere Militärbeamte des Friedensstandes vom ersten Tage an, an dem sie in den Kriegsdienst getreten sind, von der Steuer befreit sind. Ebenso ist die Staatseinkommensteuer auch abzusetzen für alles Einkommen, welches als Militäreinkommen anzusehen ist. Ein Reserveoffizier, der ein militärisches Einkommen hat und es sich gefallen lassen muß, daß sein Zivilgehalt gekürzt wird, hat Anspruch darauf, daß seine Steuer entsprechend gekürzt wird.

Ein wichtiger Punkt ist noch, daß alle diejenigen, die durch den Krieg als Einberufene oder sonstwie Einbuße erleiden, berechtigt sind, auf ihren Antrag in der Einkommensteuer herabgesetzt zu werden, und daß das Herzogliche Steuerkollegium in wohlwollender Weise auf diese Anträge eingeht. Jeder derartige Antrag führt mittelbar auch die Herabsetzung der Veranlagung bei der Gemeinde nach sich. Die Folge davon wird sein, daß hauptsächlich der Mittelstand und der sogenannte kleine Mann durch die Gesetzgebung und ihre Handhabung sehr wesentlich in der Steuerzahlung erleichtert, ja vollständig entlastet werden. Der Magistrat hat es sich aber vom ersten Tage des gegenwärtigen Krieges an zur Richtschnur gemacht, auch bei denjenigen, die noch steuerpflichtig bleiben, die größte Milde walten zu lassen. Die geehrte Versammlung wird, soweit es nötig sein sollte, Ermäßigungen oder Erlasse eintreten zu lassen, in der Hand haben, wie weit sie darin gehen will.

**Vorsitzender:** Liegt sonst noch etwas für die öffentliche Sitzung vor? — Das ist nicht der Fall. Ich schließe die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4½ bis kurz nach 7 Uhr.





# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

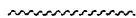
in deren Sitzung am 29. Oktober 1914.

---

### Tagesordnung:

- |  |           |
|--|-----------|
| 1. Der Brand der Braunschweiger Roggenmühle in Lehdorf . . . . .   | Seite 430 |
| 2. Lieferung von Wasser aus der städtischen Wasserleitung an die Braunschweiger Roggenmühle zu Feuerlöschzwecken . . . . .   | " 452     |
| 3. Ausleihung von Hypothekkapitalien an die Braunschweiger Baugenossenschaft . . . . .   | " 454     |
| 4. Vorschußweise Zahlung von Quartiergeldern . . . . .   | " 455     |
| 5. Einfriedigung des Grundstücks der Feuerbestattungshalle . . . . .   | " 456     |
| 6. Verbesserung der Beleuchtung in der Martha- und Leonhardstraße . . . . .  | " 456     |
| 7. Antrag Bunge auf Errichtung einer städtischen Auskunftsstelle für die Hinterbliebenen im Felde gefallener Krieger . . . . .   | " 457     |
| 8. Antrag Bunge, betreffend die Gewährung von Kriegsunterstützung an die bedürftigen Angehörigen der im September zur Reserve übergetretenen Kriegsteilnehmer . . . . .  | " 458     |
| 9. Antrag Steinbrecher, betreffend die Höhe der Unterstützungssätze in der städtischen Armenpflege, die Berechnung der Arbeitslosenunterstützung und Erlangung eines Zuschusses zur Leihrenten von der Landesversicherungsanstalt Braunschweig . . . . . | " 459     |
| 10. Dringlichkeitsantrag Schmidt, betreffend Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln . . . . .  | " 463     |
| 11. Antrag Schmidt, betreffend Wiedereinführung der Sonntagsbegräbnisse . . . . .  | " 473     |
| 12. Antrag Stegmann auf schriftliche Zusammenstellung der in der Kriegszeit ausgeführten, in der Ausföhrung begriffenen und noch geplanten städtischen Arbeiten, sowie der hierfür eingestellten nicht ständigen Arbeiter . . . . .                      | " 474     |

13. Antrag **Dieckmann**, betreffend Aufhebung der Sperrung der Fawelstraße . Seite 476  
 14. Antrag **Dieckmann** auf Errichtung einer fahrbaren Brücke über die Schunter  
 im Zuge des Bienröder Weges . . . . . „ 477



Am Magistratstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Heymann**, Dr. **Konegen**, **Lord**, **Schöttler**, **Seele**, **Wagner**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtv. **Lange**, **Schulze**, **Weichsel**, Dr. **Voge**. Auf dem Platze des im Felde gefallenen Stadtv. **Brenner** ist ein Lorbeerkrantz mit schwarzer Schleife niedergelegt.

Vorsitzender Dr. **Wolters**: Die öffentliche Sitzung ist eröffnet.

Meine verehrten Herren. In unserem Kreise hat der Tod wieder eine schmerzliche Lücke gerissen. Unser lieber Kollege, der Stadtverordnete Herr **Brenner**, dem wir erst vor kurzem bei seinem Ausmarsch in Feindesland unsere herzlichsten Wünsche mitgaben, ist den Heldentod auf der Walstatt gestorben. Wenn durch Jahrtausende hindurch das Wort gilt: „Süß ist und ehrenvoll, für das Vaterland zu sterben,“ so erfüllt eine solche Gesinnung gerade jetzt die Brust eines jeden Deutschen. Wer sein Blut für das Vaterland opfert, beweist mehr als durch Worte — durch die Tat, daß er das Vaterland über alles stellt. Wie wir in unserem im Kampf gefallenen Kollegen den deutschen Mann, den Helden ehren, so danken wir ihm als unserem Mitarbeiter für seine der Stadt Braunschweig geleisteten treuen Dienste. Voll Stolz werden wir sein Andenken bewahren. — Ich bitte Sie, meine Herren Kollegen, sich zu Ehren des gefallenen Herrn **Brenner** von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.)

**Vorsitzender**: Der Magistrat hat mitgeteilt, daß durch die am 22. und 23. d. Mts. stattgehabte Ersatzwahl für den von hier verzogenen Geschäftsführer Herrn **Wismann** Herr **August Rector** von der dritten Wahlklasse des zweiten Wahlbezirks (Stein- und Fallerslebertor) bis Ende März 1917 als Stadtverordneter gewählt ist und die Wahl angenommen hat. — Ich begrüße Herrn **Rector** als neues Mitglied in unserer Versammlung und wünsche und hoffe, daß er ein ebenso eifriges und tätiges Mitglied derselben werden möge, wie es der Herr gewesen ist, zu dessen Ehren wir uns eben erhoben haben. Möge auch Ihnen selbst Ihre Mitarbeit an städtischen Angelegenheiten Freude bereiten.

Eingegangen sind zwei Eingaben, die den ersten Punkt der Tagesordnung betreffen: Eine Eingabe des Bürgervereins und eine solche des Fallersleber- und Steintorbezirksvereins. Die beiden Eingaben habe ich den Herren Referenten für diesen Punkt der Tagesordnung überwiesen; sie werden bei ihrem Referat auf diese Eingaben zurückkommen, da über dieselben eine Resolution der vereinigten Kommissionen gefaßt ist.

Meine Herren. In der letzten Sitzung hatte ich leider Anlaß, die Ausführungen eines Redners in einem Zwischenrufe zu tadeln. Während dieser meiner Worte ist ein anderer Zwischenruf „Psui“ gefallen. Ich halte diesen Zwischenruf für parlamentarisch unzulässig.

Eingegangen ist ferner die Eingabe eines Anwohners der Wallstraße, der um Aufstellung einer neuen Laterne bittet.

Sodann sind eingegangen zwei Anträge von Herrn B u n g e. Zunächst der folgende:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, eine städtische Auskunftsstelle zu errichten, in der den Hinterbliebenen im Felde gefallener Krieger Rat und Auskunft betreffs ihrer Hinterbliebenenrente erteilt wird und bei Beschaffung der notwendigen Urkunden Hilfe geleistet wird.“

Der zweite Antrag lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den bedürftigen Angehörigen der im September zur Reserve übergetretenen, aber jetzt noch im Felde stehenden Mannschaften die Kriegsunterstützung zu gewähren.“

Ferner ist eingegangen ein Antrag des Herrn S t e i n b r e c h e r:

„Beauftrage, die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, ab 1. November 1914 die Unterstützungsätze für die städtische Armenpflege auf die Höhe der Kriegsunterstützung zu bringen. Arbeitslosen, die eine Arbeitslosenunterstützung von ihrer Gewerkschaft erhalten, darf diese Unterstützung von den städtischen Bezügen nicht abgezogen werden.“

Weiter wird der Magistrat ersucht, mit der Landesversicherungsanstalt Braunschweig wegen Leistung eines Zuschusses zur Unterstützung der Arbeitslosen in Verbindung zu treten.“

Dann ein Dringlichkeitsantrag des Herrn S c h m i d t:

„Die heutige Versammlung ersucht den Magistrat, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für Festsetzung von Höchstpreisen auf Kartoffeln im Groß- und Kleinhandel den Ernteergebnissen entsprechend einzutreten.“

Außerdem noch ein Antrag des Herrn **Schmidt**:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, dahin zu wirken, daß der Beschluß des Stadtkirchenrats aufgehoben und Sonntagsbegräbnisse wieder freigegeben werden.“

Schließlich ein Antrag des Herrn **Stegmann**:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den Stadtverordneten eine Aufstellung zugehen zu lassen, enthaltend:

1. die in der Kriegszeit zur Verminderung der Arbeitslosigkeit ausgeführten, in der Ausführung begriffenen und noch geplanten städtischen Arbeiten,
2. die Zahl der für diese Arbeiten eingestellten nichtständigen Arbeiter mit Angabe ihrer früheren Berufstätigkeit.“

### 1. Der Brand der Braunschweiger Roggenmühle in Lehdorf.

Stadtv. **Sander** (Referent für die vereinigte Finanz- und Baukommission): Wohl selten hat eine Angelegenheit so viel Erregung in die Bürgerschaft getragen wie der Brand der Roggenmühle in Lehdorf, bezw. die vermeintliche Nichtleistung unserer Feuermehr dort; selten sind auch so schwere Angriffe und so scharfe Worte gegen städtische Verwaltungsbeamte gefallen wie bei dieser Gelegenheit, besonders in der Generalversammlung der Aktionäre der genannten Mühle. Es ist selbstverständlich, daß der Magistrat über diese Sache nicht mit Stillschweigen hinweggehen kann, daß er uns, den Stadtverordneten, wie auch den Bürgern Aufklärung über diese Vorgänge schuldig ist. Bedauerlich ist ja, daß diese erst jetzt erfolgt, daß diese nicht schon vor vierzehn Tagen hat beraten werden und Stellung dazu genommen werden können. Es sind aber hierfür Umstände maßgebend gewesen, die eine schnellere Erledigung nicht möglich gemacht haben.

Der Magistrat hat in der Angelegenheit ein Schreiben an die Stadtverordneten gerichtet und führt darin vorweg aus, daß nach den angestellten Erhebungen die städtischen Beamten ein Vorwurf deswegen, daß bei dem Brande eine große Menge Getreide zugrunde gerichtet ist, nicht trifft. Der Magistrat begründet dieses Resultat seiner Untersuchung damit, daß die Stadt Braunschweig bei Ausbruch eines Brandes außerhalb des Stadtgebiets nur verpflichtet sei, eine Spritze mit der nötigen Bedienungsmannschaft und den erforderlichen Ausrüstungsgegenständen, insbesondere Schläuchen, nach der Brandstelle zu entsenden. Diese Entsendung soll nach dem Feuerhilfsgesetz durch die Ortspolizei geschehen. Hier in der Stadt ist wohl nur in wenigen Fällen die Entsendung in der Weise vorgenommen; im allgemeinen ist dort, wo die Feuermeldung einging — das ist meistens die Feuerlöschwache —, auch die Entsendung der Löschmannschaften vor-

genommen, indem der Kreisbranddirektor die freiwillige Feuerwehr alarmierte. Bei dem Feuer in der Roggenmühle in Lehndorf ist diese sofortige Alarmierung der freiwilligen Feuerwehr leider unterblieben, und zwar deshalb, weil der Feldwebel Rappe — dem die Führung der Berufsfeuerwehr hier übertragen ist, da sowohl der Kreisbranddirektor wie auch der Brandmeister zur Fahne berufen sind —, als die Feuermeldung einging und innerhalb drei Minuten vier Feuermelder gezogen wurden, in der Aufregung übersah, die Alarmierung der freiwilligen Feuerwehr vorzunehmen. Er hat sofort Befehl erteilen müssen, daß die Berufsfeuerwehr nach dem Orte, von wo das Feuer gemeldet war, ausrückte, und es ist menschlich begreiflich, daß von ihm dabei die Meldung an die freiwillige Feuerwehr unterlassen ist. Nach meinem Erachten, und auch nach Erachten der vereinigten Kommissionen, ist dieser Fehler aber ohne Belang für die schnelle Bekämpfung des Feuers. Wenn selbst sofort, nachdem die erste telephonische Feuermeldung einging, die freiwillige Wehr alarmiert wurde, so wäre sie doch nicht so früh auf der Brandstelle erschienen, wie unsere Berufsfeuerwehr nachher erschienen ist, trotzdem 27 Mann der freiwilligen Wehr mit Fernsprechleitung angeschlossen sind und sofort benachrichtigt werden konnten. Es sind das aber meistens Leute, die im Berufsleben stehen und nicht immer zu Hause anwesend sind, und so ist es immerhin schwierig, eine derartige Zahl von Menschen aus den Ständen, aus denen sie sich rekrutieren, in kurzer Zeit zusammenzubringen. Wir waren also in den vereinigten Kommissionen der Meinung, daß die Unterlassung der sofortigen Alarmierung der freiwilligen Wehr auf die Verhinderung der weiteren Entfaltung des Brandes gar keinen Einfluß hat.

Der Feldwebel Rappe berichtet, daß ihm zuerst gemeldet wurde, die Hopfenmühle in Lehndorf brenne. Der diensttuende Beamte am Telephon hat die Meldung so verstanden und dem Feldwebel Rappe weitergegeben. Die beiden haben nicht gewußt, wo die Hopfenmühle liegt, haben sie für eine Wirtschaft gehalten und haben deshalb abgelehnt, nach auswärts Feuerhilfe zu bringen. Es ist dann wieder angerufen mit dem Bemerken, die Roggenmühle in Lehndorf brenne, es möchte die Feuerwehr Hilfe schicken, da sonst möglicherweise ein Großfeuer entstehen könnte. Auch in diesem Falle hat der diensttuende Feuerwehrmann am Telephon erklärt, die Berufsfeuerwehr könne nicht nach dort ausrücken. Außerdem waren auch schon, da die Feuermelder gezogen waren, beide Züge der Berufsfeuerwehr ausgerückt, der eine nach der Gabelsbergerstraße und der zweite Zug nach der Gellerstraße. Als dieser letzte auf der Gellerstraße angekommen war, ist die Bestellung gekommen, auf der Roßstraße sei Feuer ausgebrochen. Da ist dann der zweite Zug nach der Roßstraße geführt. Hier hat sich ergeben, daß der Lärm ein blinder war, und der zweite Zug ist darauf nach der Feuerwache wieder ein-

gerückt, weil sich der Führer mit Recht sagte: Die Feuerwache ist jetzt von Mannschaften entblößt — es waren nur noch zwei Mann dort zur Stelle —, die Stadt ist ohne Feuerchutz, und in jetziger Zeit, wo so viele große Lokalitäten mit verwundeten belegt sind, und wo ein Unglück durch Feuergefähr leichter möglich ist als zu normalen Zeiten, ist es keine Pflicht, sofort nach der Wache zurückzukehren. Eine entsprechende Instruktion ist auch vorher der Wache gegeben, daß sie auf alle Fälle immer mit einem Zuge in Reserve bleiben sollte. Auch der erste Zug ist von der Gabelsbergerstraße, nachdem sich der Feuerlärm als blinder ergeben hatte, wieder eingerückt, ist aber bald darnach wieder ausgerückt, nachdem mitgeteilt war, daß bei dem Brande der Roggenmühle viele Kornvorräte in Gefahr wären. Nachdem diese Meldung vom Garnisonkommando gekommen war, hat der Feldwebel Rappe eigenmächtig sofort seiner Instruktion gemäß angeordnet, nach der Brandstätte in Lehn Dorf auszurücken.

Das ist im ganzen der Inhalt des Aufschreibens des Magistrats an die Stadtverordneten. Es folgt des weiteren eine Klarstellung der Sache, wie sie dem Herzöglichen Staatsministerium überschrieben ist. Ich frage den Herrn Vorsitzenden, ob es bei der Wichtigkeit der Sache wohl für richtig zu halten ist, daß ich diesen Bericht an das Ministerium in seinem ganzen Umfange zur Verlesung bringe. Jeder der Herren Kollegen hat ja ein Exemplar der Vervielfältigung zur Hand, und außerdem ist die Vorlage auch in den Zeitungen veröffentlicht.

**Vorsitzender:** Wenn die Herren wünschen, daß der Bericht verlesen wird, so wird es geschehen. Ich glaube aber auch, daß es entbehrlich ist. (Zustimmung.) Es scheint die Meinung der Mehrheit zu sein, von der Verlesung Abstand zu nehmen.

**Stadtv. Sander:** Dann werde ich im einzelnen die Punkte streifen. — Zuerst schreibt der Magistrat, daß wegen der Einberufung unseres ständigen Kreisbranddirektors und auch des Brandmeisters Herr Baurat Röttcher in lebenswürdigster Weise die Vertretung des Branddirektors Lehmann übernommen habe. Zu dieser Sache wird in Bürgerkreisen moniert, daß der Magistrat es unterlassen hätte, die beiden Offiziere unserer Feuerwehr als unabhömmlich zu reklamieren. Es ist richtig, daß der Magistrat in dieser Beziehung keine Schritte getan hat, aber wenn er wirklich Schritte unternommen hätte, wären sie unter jeder Bedingung erfolglos gewesen, einmal weil die Militärverwaltung, soweit ich unterrichtet bin, in ganz Deutschland nirgend Feuerwehroffiziere, die militärdienstfähig sind, freigegeben hat, und zweitens um deswillen, weil die beiden Herren sich auch gar nicht hätten zurückhalten lassen; die Herren wären pflichtgetreu freiwillig zur Fahne geeilt. Ein solcher Vorwurf gegen den Magistrat ist also nicht berechtigt.

Sodann schreibt der Magistrat, daß in erster Linie festzustellen sei, ob bei dem fraglichen Brande unsere Berufsfeuerwehr pflichtgemäß gehandelt habe. — Aus dem von mir eingangs erwähnten Anschreiben des Magistrats geht hervor, wie die Berufsfeuerwehr bei dem Brande sich verhalten hat. Sie hat nach Meinung der vereinigten Kommissionen vollständig ihre Pflicht getan. Eine besondere Ermächtigung zu Fahrten nach auswärtigen Brandstätten war nicht nötig. Nach der Anweisung vom Jahre 1911 war die Feuerwehr sogar verpflichtet, bei größeren Bränden außerhalb des Stadtbezirks, wenn besondere Umstände vorlagen, oder wenn Menschenleben in Gefahr waren, auszurücken, vorausgesetzt, daß in der Stadt kein Schadenfeuer ausgebrochen war. Sie war in der Lage, nach außerhalb Hilfe zu bringen, immerhin durfte dabei die Stadt des Feuerschutzes nicht entblößt werden. In dem vorliegenden Falle ist die Feuerwehr zu der auswärtigen Brandstätte ausgerückt, sobald ihr mitgeteilt war, daß ein Ausnahmefall vorliege, daß Gefahr vorhanden sei, daß eine große Menge Getreide verbrennen könne; sie hat also unserer Ansicht nach pflichtgemäß gehandelt.

Der Magistrat weist nunmehr auf das Verhalten der Generalversammlung der Roggenmühle hin und gibt die nötigen Aufklärungen dazu. Diese Aufklärung deckt sich mit dem, was ich zu Anfang erwähnt habe, daß die Züge ausgerückt sind, erst nach der Gabelsbergerstraße, dann nach der Cellerstraße, und daß der Kreisbranddirektor Röttcher bei seiner Anwesenheit auf der Brandstelle erklärt habe, er könne jetzt keine Feuerhilfe senden, da beide Züge ausgerückt waren. Er ist dann, wie auch aus der Vernehmung des stellvertretenden Brandmeisters sich ergibt, direkt nach dem Feuerlöschdepot zurückgekehrt, um dort Fürsorge zu treffen, daß die Wehr sofort nach der Brandstelle in Lehdorf ausrücke. Die Vernehmung der Mannschaften im Feuerlöschgebäude hat dies mit sicherer Gewißheit ergeben. Sofort nach seinem Eintreffen hat Herr Baurat Röttcher gefragt: „Warum ist die Feuerwehr nicht ausgerückt?“ Auf die Frage: „Wo ist der zweite Zug?“ wurde ihm erwidert: „Er ist wieder eingerückt und liegt in Reserve.“ Dann hat der Herr Kreisbranddirektor sich auf der Wache aufgehalten, weil die Berufsfeuerwehr jetzt eines Vorgesetzten entbehrte, der bei größeren Bränden die Führung übernehmen konnte, denn es war nur noch ein Oberfeuerwehrmann auf der Wache; und — wie schon erwähnt — in der jetzigen Zeit, wo so viel größere Säle mit Verwundeten belegt sind, und wo auch an anderen Stellen Feuergefährdung vorhanden ist, hat Herr Baurat Röttcher es für seine Pflicht gehalten, seinen Aufenthalt auf der Wache so lange auszudehnen, bis der erste Zug mit seinem Führer wieder eingerückt war.

Dann sind in der Vorlage noch die einzelnen Zeiten aufgeführt, in denen die Berufsfeuerwehr ausgerückt ist — ich brauche wohl nicht weiter darauf einzugehen.



Nach diesen Berichten sind die vereinigte Bau- und Finanzkommission einstimmig der Überzeugung geworden, daß den städtischen Beamten ein Vorwurf, daß sie schuld seien an der Vernichtung einer größeren Menge von Brotgetreide, nicht treffen könnte. Wenn gleichwohl doch von Seiten des Direktoriums und des Aufsichtsrats der Roggenmühle dem Stadtmagistrat bezw. einigen Beamten der direkte Vorwurf gemacht wird, sie allein seien schuld daran, daß eine derartige Menge Korn vernichtet ist, so zwingt uns das, gewissermaßen den Spieß umzudrehen und zu sagen: Nicht die städtische Verwaltung, nicht die beiden Beamten, die angegriffen werden, sind schuld daran, daß eine Menge Getreide der Vernichtung preisgegeben wurde, sondern der Vorstand und Aufsichtsrat der Roggenmühle selbst ist in erster Linie schuld daran.

Meine Herren, wenn man einen solchen Speicher baut wie diesen, der zur Aufnahme von Korn im Werte von fast einer Million Mark dienen soll, dann ist es wohl in erster Linie notwendig, ihn feuersicher herzurichten. Unter feuersicher verstehe ich etwas anderes, als der Speicher dort gebaut gewesen ist. Dieser Speicher war mit einem Holzdache gedeckt und, wie ich glaube, mit Leerpappe belegt. Ferner war der oberste Boden des Speichers auch aus Holz. Ich kann nicht sagen, daß das als feuersicher bezeichnet werden muß. Es ist ja richtig: Wenn man den Speicher feuersicher in der Beziehung herstellt, wie ich mir denke, mit massiven Decken und Dach, dann werden die Baukosten erheblich höher werden. Aber das soll doch bei einem Gebäude, in dem so große Werte aufbewahrt werden, nicht zurückschrecken.

Ferner soll man bei Herrichtung eines derartigen Gebäudes doch dafür sorgen, daß alles vermieden wird, was zur schnellen Verbreitung eines ausgebrochenen Schadenfeuers beitragen kann. Auch das ist hier nicht der Fall gewesen. Hier ist in einem allerdings massiven Treppenhaus mit massiver Treppe und eisernem Geländer ein 30 m hoher Elevator hochgeführt, der in einem, bezw. in zwei Holzgehäusen steckt. Dann ist ferner von diesem Elevator aus ein Schneckengetriebe nach dem Innern des Speichers geführt, bei dem das Schneckenbett aus Holz hergestellt gewesen sein soll. Das Feuer ist, wie vom Direktor gesagt worden ist, wahrscheinlich dadurch aufgekomen, daß die Gurte, die die Transportbecher tragen, über einer Riemenscheibe sich durch Reibung warm gelaufen haben. Wenn eine derartige Reibung stattfindet, dann sprühen gewöhnlich gleich Funken, und sehr leicht fängt dann in einem solchen Kanal, wie es diese Hüllen des Elevators sind, der Getreidestaub Feuer, und dieses Feuer wird durch den Zug, der sich in einem 30 m hohen Schloße und durch die rotierenden Becher bildet, in kurzer Zeit, in Sekunden, von unten nach oben und von oben nach unten getragen. Wo nun, wie es hier der Fall gewesen ist, das Elevatorgehäuse aus

Holz ist, da teilt sich selbstverständlich das Feuer schnell dem Holze mit. Es ist deshalb die Auskunft des Direktors der Roggenmühle, des Herrn Arnhold, verständlich, wenn er sagt: Um 7.10 Uhr ist mir das Feuer gemeldet, einen kurzen Augenblick darauf sah ich schon aus den oberen Fenstern des Turmes die Flammen herauschlagen. „Kurze Zeit darauf“, darunter verstehe ich: In der kurzen Zeit, daß Herr Direktor Arnhold von seinem Kontor nach dem Brandherde gelaufen ist; das kann vielleicht höchstens eine Minute sein. In dieser kurzen Zeit hat der Elevator von unten bis oben in Flammen gestanden. Wenn schon aus dem Fenster Flammen kamen, muß es auch oben schon gebrannt haben.

Aus dieser Mitteilung muß man den Schluß ziehen, daß, selbst wenn unsere Berufsfeuerwehr auf den ersten Anruf zur Brandstelle geeilt wäre — der erste Anruf ist 7.13 Uhr erfolgt —, es ihr nicht möglich gewesen wäre, das Feuer im Treppenhaus zu löschen und den Speicher vor Feuer zu schützen. Dieses Treppenhaus bildete den einzigen Zugang zu dem oberen Speicherboden. Es war unmöglich, in diesem Treppenhaus nach oben zu gelangen, und doch mußte das Feuer von oben bekämpft werden. Der Feldwebel Rappe hat es versucht, das Feuer von außen durch Einspritzen in die Treppenhausfenster zu bekämpfen, aber auch das ließ sich nicht ermöglichen, weil an der Seite, wo Fenster waren, eine Laderampe und dann ein Ladegleis im Wege war. Vor diesem befindet sich ein Weg und noch eine Planke. Feldwebel Rappe hatte die Magirusleiter hier herangeführt, um sie aufzurichten. Das gelang aber nicht, denn der Boden war zu aufgeweicht, so daß die Räder der Leiter so tief in die Erde sanken, daß es sehr gefährlich gewesen wäre, die Leiter aufzurichten, und noch gefährlicher, Mannschaften mit schweren Schläuchen nach oben zu schicken. Die Leiter wäre unbedingt umgeschlagen, und Leiter und Menschen wären gefährdet gewesen. So war es der Feuerwehr nicht möglich, das Feuer wirkungsvoll zu bekämpfen. Wenn in diesem Treppenhaus das Elevatorgehäuse statt aus Holz aus Eisen gefertigt gewesen wäre, so hätte wohl das Feuer in ihm ebenso gut entstehen können wie in dem Holzgehäuse, es wäre auch ebenso rasch durch den Zug und den Staub von oben nach unten und von unten nach oben verbreitet und das Eisen hätte unter Umständen wohl glühend werden können, aber es wäre doch immer noch ein Passieren des Treppenhauses möglich gewesen. Dann konnten in erster Linie die eigenen Leute der Roggenmühle dort hinauf, Hilfe bringen und das Feuer im Entstehen löschen.

Ich war als Mitglied der Feuerlöschdeputation von 8.05 Uhr bis 1.30 Uhr auf der Brandstelle und habe die Beobachtungen gemacht, die ich eben vorgetragen habe. Weiter ist mir von einem Arbeiter gesagt, als ich fragte, wo das Feuer entstanden sei: „In dem Elevator haben sich Funken gebildet. Wenn wir nur gleich

einen Eimer mit Wasser gehabt hätten, hätten wir es ausgießen können; aber es ging zu rasch, wir konnten nicht helfen.“ Ich will das nur beiläufig sagen und nicht als Grund anführen. Es ist das Gerede, auf das ich nichts geben kann; das müßte erst als zutreffend erwiesen werden oder durch die Staatsanwaltschaft oder durch ein Gerichtsverfahren klargestellt werden. Immerhin trägt es aber zur Beurteilung der Sachlage mit bei. Wenn dieser Elevator und das Gehäuse aus Eisen gewesen wären, so wäre es möglich gewesen, auch wenn unsere Feuerwehr mit 30 Minuten Verspätung — nicht 52 Minuten, wie in der Generalversammlung behauptet wurde — auf der Brandstelle erschien, ja selbst noch nach 52 Minuten, in dem Treppenhaus vorzugehen und den Speicher zu schütten.

Der Feldwebel Rappe hat dann, als er die Nutzlosigkeit dieser Bekämpfung des Feuers einsah, die Magirusleiter auf die andere Seite des Speichers schaffen lassen, und man hat von dort aus das Feuer nach Möglichkeit bekämpft, auch wohl mit dem Erfolge, daß der zweite Speicher nicht in Brand geraten ist. Der Feldwebel Rappe war auch so einsichtsvoll, daß er sagte: Ich muß versuchen, ob es möglich ist, von oben, vom Dache aus in den oberen Bodenspeicher hineinzugelangen, um dort vielleicht den Speicher noch zu retten. Seine Mannschaften sind auf einer eisernen Steigleiter hinaufgeklettert, mußten aber zurück, weil diese um zwei Meter unter dem Dachfirst endete. Sie sind dann mittels Hakenleiter auf das Dach gelangt, haben aber schließlich die Nutzlosigkeit ihrer Anstrengungen eingesehen, weil das Feuer schon zu weit fortgeschritten war, das Dach schon heiß war und sie von dort aus ohne Gefährdung von Menschenleben keine Rettung mehr bringen konnten. Darauf hat die Feuerwehr den Brand von dem zweiten Speicher aus bekämpft dergestalt, daß sie mit einer Leiter, die sie an den Brandgiebel des ersten abgebrannten Speichers gelehnt hat, einen Schlauch gelegt hat. Hierbei haben auch die Rüninger und Lehdorfer Feuerwehr mitgewirkt. Die letztere konnte mit ihrer Handspritze nicht viel ausrichten; das ist erklärlich, wenn man bedenkt, daß der Speicher über 30 m hoch war, und daß das Wasser erst 200 m weit nach der Brandstelle getrieben werden mußte. Das Einschreiten hat ja aber genügt, den zweiten Speicher zu schütten.

Meine Ausführungen habe ich vorgebracht, um darzutun, daß man mit gutem Gewissen sagen kann: Wenn der Speicher feuersicher gebaut, wenn insbesondere im Treppenhaus der Elevator feuersicher hergestellt gewesen wäre, so wäre nach menschlichem Ermessen der Brand auf seinen Herd, d. h. auf den Brand im Treppenhaus beschränkt geblieben, und der Speicher wäre nicht in Mitleidenschaft gezogen.

Die vereinigten Kommissionen schlagen Ihnen im Anschluß an diesen Bericht vor, folgende Resolution anzunehmen:

„Die Versammlung hat nach Prüfung der Vorlage des Magistrats die Überzeugung gewonnen, daß die der Stadtverwaltung oder einzelnen städtischen Beamten gemachten Vorwürfe, als ob sie den bedauerlichen Verlust von Brotgetreide beim Brande der Lehdorfer Mühle verschuldet hätten, in jeder Beziehung unbegründet sind.“

**Vorsitzender:** Es wird sich empfehlen, daß wir zunächst diesen ersten Punkt des Magistratsberichts beraten. Ich möchte die verehrten Herren bitten, sich bei ihren Ausführungen daran zu halten, lediglich Punkt 1 zu behandeln, und noch nicht Punkt 2 zu berühren — das ist die Frage, ob etwa die Anweisung an den Kreisbranddirektor oder die Beschlüsse der städtischen Behörden zu ändern sind.

**Oberbürgermeister Ketemeyer:** Wir haben Ihnen bereits mitgeteilt, daß wir den Bericht dem Herzoglichen Staatsministerium am 13. d. Mts. überreicht haben. Das Ministerium hat uns nun mitgeteilt, daß in einigen Beziehungen weitere Aufklärungen wünschenswert erschienen, und hat uns anheimgegeben, diese Aufklärungen herbeizuschaffen. Diese Verfügung des Ministeriums ist uns aber erst so spät zugegangen, daß es bisher nicht möglich war, diese weiteren Erhebungen anzustellen. Das Schreiben habe ich gestern nachmittag nach Schluß des Büros erhalten, von ¾4—8 Uhr sind Kommissionsitzungen gewesen, heute morgen war Magistratsitzung, und so war es mir nicht möglich, noch diese Vernehmungen zu veranlassen. Wir legen selbstverständlich Wert darauf, Ihnen und insbesondere der Kommission noch das Material zu unterbreiten, das noch weiter herbeigeschafft wird. Wir werden es Ihnen noch mitteilen, und zwar auf Wunsch der Herren Stadtverordneten in vollem Umfange.

Dabei möchte ich noch eins mitteilen. Das Herzogliche Staatsministerium hat uns Abschriften von Protokollen übersandt, die vor der Kreisdirektion aufgenommen sind, und laut deren zunächst Herr Bankdirektor Hoffmann und dann der Direktor der Roggenmühle, Herr Arnhold vernommen sind. Sowohl in dem ersten wie in dem zweiten Protokoll ist gesagt, daß es sich schon bald nach 7 Uhr um ein Großfeuer gehandelt habe. Meine Herren, es ist uns nicht bekannt gewesen, daß schon so früh ein Großfeuer im Gange gewesen ist. Ich habe dazu im Auftrage des Magistrats zu erklären: Wenn wir das gewußt hätten, so hätten wir in dem Schreiben an das Ministerium nicht unsere Überzeugung dahin ausgesprochen, daß, wenn die Berufsfeuerwehr sogleich die nötige Aufklärung wegen der Roggenvorräte erhalten hätte und sofort ausgerückt wäre, der Brand im Entstehen hätte unterdrückt werden können. Im besonderen ist uns bis dahin auch das nicht bekannt gewesen, was Herr Sander über den Brand angeführt hat. Wir

konnten in dem fremden Grundstücke keine Untersuchungen anstellen, sondern hatten lediglich zu forschen: Was hat unsere Feuerwehr getan? Das ist geschehen, indem wir die betreffenden Beamten und Feuerwehrleute vernommen haben, und das Ergebnis ist Ihnen von uns vorgelegt. Unter diesen Umständen können wir die Bemerkung, daß das Feuer im Entstehen hätte unterdrückt werden können, nicht aufrechterhalten. — Weiter habe ich zu der Sache vorläufig nichts zu bemerken.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Die Mitteilung über das Schreiben des Herzoglichen Staatsministeriums hat uns der Herr Oberbürgermeister bereits gestern in den vereinigten Kommissionen gemacht. Die Mitteilung war zugleich mit dem Wunsche des Ministeriums verknüpft, überhaupt nicht städtischerseits, besonders nicht in der Stadtverordnetenversammlung in eine Verhandlung über diesen Gegenstand einzutreten, sondern alles Weitere vertrauensvoll den staatlichen Behörden zu überlassen. (Widerspruch des Herrn Oberbürgermeisters.) So habe ich den Herrn Oberbürgermeister verstanden, daß — vorläufig jedenfalls — hier nicht darüber verhandelt werden sollte. Zu meiner Freude haben sich die vereinigten Kommissionen auf den Standpunkt gestellt, daß davon gar keine Rede sein könnte, daß nachgerade lange genug gewartet sei, daß von dieser Stelle aus zu den Vorgängen, die die Bürgerschaft erheblich bewegt haben, Stellung genommen wird, und ich möchte die Ausführungen des Herrn Berichterstatters unterstreichen, die dahin gingen, daß wir es bedauern, daß so spät von seiten des Magistrats oder von seiten der Deputation Stellung genommen wird zu den Vorwürfen, die gegen diese Stelle sowohl wie gegen einzelne Beamte in nicht immer angenehmer Form in der Öffentlichkeit erhoben worden sind. Es würde, wie ich glaube, die Stimmung der Bürgerschaft schon früher eine andere gewesen sein, wenn rechtzeitig diese Klarstellung, die jetzt durch die Vorlage des Magistrats und besonders auch durch die persönlichen Wahrnehmungen des Herrn Berichterstatters Sander vorgebracht sind, der Öffentlichkeit bekannt geworden wären.

Ich will nicht auf die einzelnen technischen Fragen eingehen, die bei dieser Gelegenheit eine Rolle spielen, ich möchte nur der Überzeugung Ausdruck geben, daß selbst diese weiteren Ermittlungen, die von seiten des Ministeriums gewünscht werden, nichts an dem jetzt schon vorliegenden Ergebnis ändern können: daß der Vorwurf, diese Menge von Brotgetreide sei durch die Schuld der Stadtverwaltung oder der städtischen Beamten verloren gegangen, als unbegründet anzusehen ist. Deshalb habe ich auch dem Vorschlage des Berichterstatters, den er eben verlesen hat, in der Kommission zugestimmt, und meine politischen Freunde sind der gleichen Ansicht, daß in diesem Falle dem Beschlusse der vereinigten Kommissionen zuzustimmen sein dürfte. Wir wollen um so weniger in eine Erörterung der technischen

Einzelheiten dieser Vorgänge eingehen, als ja von seiten der Versicherungsgesellschaft die Stadt mit Klagen deswegen bedroht ist, ob ein Verschulden auf der einen oder anderen Seite vorliegt, als ferner auch Beleidigungsklagen unter den beteiligten Herren schweben sollen, als auch pflichtgemäß die Herzogl. Staatsanwaltschaft sich mit der Angelegenheit befassen und untersuchen wird, ob auf irgend welche leitenden Personen in der Roggenmühle oder in den staatlichen Aufsichtsbehörden ein Verschulden an dem Brande entfallen würde, und als durch die gerichtliche Untersuchung Raum genug gegeben ist, das Verschulden festzustellen, das die Gemüter in Erregung gesetzt hat, und zwar in besserer Weise festzustellen, als wir es durch eine Aussprache in unserer Mitte tun können, wo wir die beteiligten Personen nicht hören, oder als es in einem Verfahren festgelegt werden kann, wie es das Staatsministerium gegenwärtig beliebt, in dem nach Art des früheren Gerichtsverfahrens nicht von Mann zu Mann verhandelt, sondern hin- und hergeschrieen wird, diese und jene Ermittlungen einseitig von dieser oder der anderen Seite angestellt werden, und in dem der gegenwärtig geltende Grundsatz der Mündlichkeit und Unmittelbarkeit des Verfahrens, der allein es ermöglicht, eine sofortige Richtigstellung irgend welcher Irrtümer herbeizuführen, vollkommen beiseite geschoben wird. In dieser bevorstehenden gerichtlichen Untersuchung kann besser als wir es vermögen, das Nötige festgelegt werden. Für uns dürfte der Vorschlag der Kommissionen annehmenswert sein, in dem ausgedrückt wird, daß ein Verschulden der städtischen Behörden nicht nachgewiesen ist. Ich bitte deshalb, der vorgeschlagenen Resolution die Zustimmung zu erteilen.

**Oberbürgermeister Netemeyer:** Ich stimme im allgemeinen den Ausführungen des Herrn Dr. Jasper zu, aber in einer Beziehung muß ich sie doch berichtigen, indem ich positiv erkläre: Es ist niemals die Absicht des Herrn Ministers gewesen, uns die Sache sozusagen zu entziehen. Ich kann aufs bestimmteste versichern, daß er mir von Anfang an erklärt hat: „Ich habe nur den Wunsch, daß zunächst von Ihnen berichtet und meinerseits nachgeprüft wird, ob noch Erhebungen nötig sind.“ Er hat sich dabei auf den richtigen Standpunkt gestellt, daß, wenn die Erhebungen des Ministeriums vielleicht zu einem anderen Resultate führen würden als unsere Erhebungen — und er hat weitergehende Mittel, um andere Leute vorzuladen als wir —, dann wäre es allerdings wünschenswert, diese Erhebungen so schnell zum Abschluß zu bringen, daß sie Ihnen heute sämtlich vorgelegt werden konnten. In dieser Beziehung können wir dem Ministerium, glaube ich, keinen Vorwurf machen. Ich weiß nicht, ob unter diesen Umständen auf spezielle Sachen weiter eingegangen werden soll, wozu ich ja in der Lage wäre. Ich glaube aber, es hat in diesem Augenblicke keinen Zweck.

**Vorsigender:** Die von den beiden Kommissionen einstimmig gefaßte Resolution lautet: (wird verlesen f. S. 437). Wenn sich nicht Widerspruch erhebt, nehme ich das Einverständnis der Versammlung mit dieser Resolution zu Punkt 1 an. — Widerspruch erhebt sich nicht. Die Resolution ist angenommen.

---

Stadtv. **Munte** (Berichterstatter der vereinigten Finanz- und Baukommission): In dem zweiten Teile des Schreibens des Magistrats an das Ministerium gibt der Magistrat zu, daß er sich mit der Frage befaßt habe, ob etwa nach diesem bedauerlichen Vorkommnis Änderungen in der Anweisung, die an unsere Feuerwehr über Hilfeleistung bei auswärtigen Bränden gegeben ist, nötig sein sollten. Der Magistrat führt dann weiter aus, daß er zu der Überzeugung gekommen sei, daß dies nicht nötig ist. Meine Herren, Sie haben alle dieses Schreiben an das Ministerium gelesen, und ich darf wohl annehmen, daß Sie darauf verzichten, es wörtlich hier verlesen zu hören. Ich werde den Inhalt nur kurz andeuten.

Der Magistrat führt aus, es könne unmöglich Aufgabe der Stadt sein, für den ganzen Kreis Braunschweig oder für noch größere Landesteile das Feuerlöschwesen zu übernehmen. Es würde das eine Gefährdung der Sicherheit unserer Einwohnerschaft bedeuten, die in den letzten fünf Jahren die stattliche Summe von fast 700 000 *M* aus ihrer Tasche aufgewendet hat, um jene Sicherheit zu schaffen, wie wir sie jetzt erfreulicherweise erreicht haben. Es ist mitunter schon scherzhafterweise gesagt, daß wir mehr oder weniger die Gelder für die Brände auf dem Lande bezahlen. Unsere wirklich tüchtige Feuerwehr erstickt hier manchmal Brände, die manch einer in seinem Herzensinnern lieber nicht ertötet gesehen hätte. Wenn kein Menschenleben dabei zugrunde gehen sollte, so sähe manch einer gern einmal ein häßliches Haus durch Brand weggeräumt; das gelingt uns hier in der Stadt aber nicht. (Heiterkeit.) Wir erhalten von der Brandkasse nichts, weil unser Feuerlöschwesen so großartig arbeitet. Aber unsere Sicherheit dadurch einzuschränken, daß wir die Sprizen der Berufsfeuerwehr auf das Land schicken, das kann von uns nicht verlangt werden. Die vereinigten Kommissionen, die auch über diesen Absatz 2 längere Aussprache gepflogen haben, sind auch in diesem Falle einstimmig der Meinung gewesen, daß ein solches Verfahren einfach nicht möglich sei.

Der Magistrat schlägt dann vor, wie es vielleicht eingerichtet werden könnte, daß eine Besserung in der Feuerhilfe für den Kreis Kommunalverband herbeigeführt wird. Er meint, es könnte vielleicht aus den großen Geldmitteln der Landesbrandkasse eine Überland-Motorspritze angeschafft werden, und bietet an,

eine solche Spritze hier in Bereitschaft zu halten und die Mannschaften dafür zu stellen — selbstverständlich gegen Erstattung der Selbstkosten —, so daß diese Motorspritze jeden Augenblick zur Verfügung stände, wenn ein Brand in der Umgebung ausbräche. Nach den Erfahrungen aber, die jetzt gesammelt sind, haben die vereinigten Kommissionen große Bedenken getragen, diesen an sich sehr schön klingenden Vorschlag anzunehmen.

Das Ergebnis der Verhandlungen über diesen Punkt in der gestrigen Kommissionsitzung ist auch eine Entschliebung, die ich beauftragt bin, den geehrten Herren vorzulegen und sie zu bitten, wenn sie ihrer Überzeugung entspricht, einstimmig anzunehmen. Sie lautet:

„Die Anweisung an die Berufsfeuerwehr aus dem Jahre 1911 ist einer Abänderung nicht bedürftig und wird nicht für angezeigt gehalten. Eine freiwillige Ausdehnung des städtischen Löschbezirks halten die Stadtverordneten nicht für gerechtfertigt und ebensowenig die Übernahme einer Überland-Motorspritze für angingig. Es muß den staatlichen Behörden wie den Vorortsgemeinden überlassen bleiben, das Feuerhilfswesen des Landkreises zu verbessern. (§§ 29, 30, 38 des Feuerlöschgesetzes von 1874.)

Stadtv. Dr. **Jasper**: Ich bitte Sie, auch diesem Teile der Entschliebungen Ihre Zustimmung zu erteilen. Es ist wohl im Zusammenhange damit hier der Platz, darauf hinzuweisen, in welcher Weise besonders auch von den staatlichen Behörden und den Vorortsgemeinden gefehlt sein dürfte. Dieses alte Gesetz von 1874, auf das in der vom Herrn Berichterstatter verlesenen Entschliebung Bezug genommen wird, sieht ausdrücklich vor, daß das Feuerlöschwesen der Aufsicht der staatlichen Behörden unterstellt ist, in letzter Linie dem Ministerium, dann den Kreisdirektionen im Landbezirke, wo die gegenwärtige Brandstätte liegt, dann einem vom Kreise abhängigen Kreisbranddirektor und schließlich den einzelnen Landgemeinden, die zu besonderen Feuerlöschbezirken zusammengefaßt werden. Selbstverständlich ist der Besitzer von gefährdeten Häusern und besonders von Fabriken zu besonderer Achtsamkeit verpflichtet, um dem Feuer nicht besonderen Vorstoß zu leisten.

Inwieweit die Roggenmühle bei Auswahl des Bauplatzes oder bei Einrichtung der Baulichkeiten ein Verschulden trifft, ist bereits beim ersten Punkt erörtert. Hier dreht es sich um den Hinweis, daß möglicherweise auch die anderen beteiligten Personen nicht ganz vorsichtig verfahren sein könnten, und daß sie die Macht, die ihnen das Feuerlöschgesetz verleiht, nicht pflichtgemäß ausgenutzt haben könnten.



Es sieht dieses Gesetz vor, daß Besitzer ausgedehnter Gebäude, in welchen sich große Feuerungen befinden, wie Fabriken, Brauereien usw., von der Landespolizeibehörde verpflichtet werden können, auf eigene Kosten eine entsprechende Spritze nebst den erforderlichen Ausrüstungsgegenständen zu halten. Es ist selbstverständlich, daß eine Roggenmühle in dem Umfange, wie sie hier dem Brande zum Opfer gefallen ist, unter die Bestimmungen dieser Vorschrift fallen würde, und es entsteht die Frage: Haben die beteiligten Behörden, haben insbesondere die Landespolizeibehörden irgend etwas getan, um von dieser Befugnis pflichtmäßigen Gebrauch zu machen, damit einem etwa entstehenden Schadenfeuer rechtzeitig und wirksam begegnet werden konnte.

Auch sieht dasselbe Gesetz vor, daß der Kreisbranddirektor regelmäßig sich damit zu befassen hat, welche Neubauten in seinem Wirkungskreise errichtet werden. Nach den Bauvorschriften ist ohne weiteres bei jedem kleinsten Bau, und mag es auch nur ein Ofen in einem Zimmer sein, der Kreisdirektion eine Bauzeichnung einzureichen. Die Behörde bekommt amtlich Kenntnis von allen den Vorgängen, die sich auf dem Baugebiete in ihrem Zuständigkeitskreise abspielen, und der Kreisbranddirektor hat neben der Kreisdirektion besonders die Aufgabe, diese neuen Baulichkeiten und die baulichen Veränderungen auf Feuericherheit zu untersuchen und alljährlich Bericht zu erstatten. Er ist verpflichtet, Vorschläge auf Abhilfe zu machen, wo er irgend etwas in seinem Kreise findet, das mit der Feuericherheit nicht ganz im Einkommen stehen könnte. Wenn der Kreisbranddirektor das nicht will, so kann die Kreisdirektion und darüber hinaus auch das Ministerium derartige Anweisungen treffen. Es ist aber nicht bekannt geworden, daß, trotzdem im Landkreise Braunschweig nicht nur die dem Feuer zum Opfer gefallene Roggenmühle Lehdorf, sondern auch größere Fabriken, besonders die Mühle Rüningen, bestehen, von seiten dieser beteiligten Behörden für den Feuerchutz im Landkreise Braunschweig ausreichend Sorge getragen wäre, wie es derartige Fabrikunternehmungen wohl bedürftig sein würden. Umgekehrt hören wir aus dem Berichte des Stadtmagistrats an das Ministerium, daß zwar Verhandlungen über Anschaffung einer Überland-Motorspritze geschwebt haben, daß entgegenkommenderweise während dieser Verhandlungen der Stadtmagistrat sich bereit erklärt hat, durch Unterkunft und Besorgung von Mannschaften für eine solche für Feuerchutz des Landkreises Braunschweig Hilfe mit zu leisten, daß dieses Angebot im September 1913 ergangen ist, und daß im September 1914 von den staatlichen Behörden noch keinerlei Antwort ergangen ist. Das verdient unsere ganz besondere Beachtung auch bei der Verschuldungsfrage, und ich bitte deshalb, unter Hinweis auf diese Bestimmungen des Feuerchutzgesetzes, einmal ins Auge zu nehmen, ob nicht — statt unsere Anweisung zu bemängeln und sie als ab-

änderungsbedürftig zu bezeichnen — an anderer Stelle Abänderungen durchaus notwendig und wünschenswert sein dürften, um derartige unliebsame Vorkommnisse für die Zukunft zu vermeiden.

**Stadtv. Loeßhigt:** Zu der Entschließung habe ich nichts weiter hinzuzufügen. Ich möchte nur eine Bemerkung machen. Herr Kollege Jasper sprach von den Branddirektoren, und ich habe gehört, daß man Vorwürfe gegen den stellvertretenden Branddirektor in Braunschweig, Herrn Baurat Röttcher, erhoben hat. Es wurde gesagt, er selbst hätte diese Mühle mit genehmigt, da er die hierfür zuständige Stelle gewesen sei. Um solche Irrtümer zu vermeiden, möchte ich erwähnen, daß die für Lehdorf zuständige Stelle der Herr Branddirektor Harms, Rünningen ist. Da solche Vorwürfe gegen Herrn Baurat Röttcher erhoben sind, möchte ich die Versicherung geben: Wenn unser Baurat Röttcher diese Mühle zu genehmigen gehabt hätte, so hätten wir uns darauf verlassen können, daß sie feuersicher hergestellt wäre. Wenn der Herr, der so genau seine Paragraphen einzieht, über die Abnahme zu bestimmen gehabt hätte, dann wäre die Mühle in Lehdorf ganz gewiß nicht abgebrannt.

**Vorsigender:** Ich schließe die Beratung über Punkt 2. Die Entschließung lautet (wird verlesen, s. S. 441). Meine Herren, wir werden nachher über die Resolutionen, von denen vier vorliegen, insgesamt durch Handaufheben abstimmen. Ich nehme einstweilen, da sich Widerspruch nicht erhoben hat, das Einvernehmen der Herren zu der Entschließung Nr. 2 an.

**Stadtv. Sander** (als Referent): Der dritte Punkt stellt die Frage, auf welche Weise dauernd und nachhaltig solchen Unzuträglichkeiten und schädlichen Folgen, wie sie sich beim Brande der Roggenmühle herausgestellt haben, entgegengetreten werden kann. Da kommt der Stadtmagistrat zu der Beantwortung, daß dies nur möglich sei durch Eingemeindung, und zwar durch Eingemeindung von Teilen oder der ganzen in Frage kommenden Gemeinde. Es handelt sich dabei in erster Linie um folgende Grundstücke: 1. Die Roggenmühle in Lehdorf, 2. die Fabrik von Volfs & Helle an der Hildesheimerstraße, die teilweise auf städtischem, teilweise auf Lehdorfer Gebiet erbaut ist, 3. die Grundstücke an der Helmstedterstraße gegenüber der Moritzburg, 4. die Lehdorfer Grundstücke, die die Firma Amme, Giesecke & Ronnen ihrem Fabrikgrundstücke zulegen will. Eine Eingemeindung dieser Grundstücke müßte unbedingt erfolgen, denn es ist nicht möglich, daß eine Landgemeinde einem derartigen Werke wie der Roggenmühle

den Feuerſchutz bieten kann, den es verlangt. Die Stadt iſt ſogar ſo weit gegangen, daß der Stadtmagiſtrat der Kreiſdirektion zugeſagt hat, ſich der Entſcheidung des Herzoglichen Miniſteriums über die Höhe der den Landgemeinden zu zahlenden Entſchädigungen zu unterwerfen. Ein weiteres Entgegenkommen kann von der Stadt Braunſchweig nicht verlangt werden. Die angegebenen Gründe für die Eingemeindung ſind zwingend, beſonders die für die von mir genannten einzelnen Teile. Wenn es möglich iſt, ſollte aber die ganze Gemeinde der Stadt einverleibt werden. Die vereinigten Kommiſſionen ſchlagen für dieſen Punkt 3 folgende Entſchließung vor:

„Die Stadtverordnetenverſammlung tritt der Meinung des Magiſtrats bei, daß ſich Unzuträglichkeiten, wie ſie jezt hervorgetreten ſind, dauernd und nachhaltig nur durch Eingemeindung vermeiden laſſen.“

Stadtv. Dr. **Jasper**: Bei dieſem Teile befinde ich mich in gewiſſem Umfange im Gegenſatze weniger mit der Entſchließung als mit den Ausführungen des Herrn Berichterſtatters. Der Entſchließung bitte ich zuzustimmen, aber ſie nicht im Sinne des Herrn Berichterſtatters zu deuten, der ſie meiner Meinung nach zu eng auf beſtimmte, in der Vorlage erwähnte Grundſtücke bezieht und in erſter Linie ſeine Ausführungen darauf einrichtete, daß einzelne Grundſtücke eingemeindet werden ſollen. Meiner Meinung nach muß gerade von unſerer Seite der größte Wert darauf gelegt werden, daß wir es als im Intereſſe der Stadt liegend anſehen, daß die Vororte als ſolche eingemeindet werden, und zwar die Vororte in größtmöglichem Umfange im ganzen Umkreiſe Braunſchweigs.

Wie notwendig eine Vergrößerung des Stadtgebiets im ſtädtiſchen Intereſſe iſt, das werden die Herren alle ohne weiteres anerkennen, wenn ſie ſich die Erörterungen in Erinnerung rufen, die wir zwecks Beſchaffung von billigen Kleinwohnungen gepflogen haben. Es fehlte das Bauland, das billig genug war, um billige Kleinwohnungen für die minderbemittelten Bevölkerungskreiſe herſtellen zu können. Die Preiſe, die angelegt werden mußten, waren immer verhältnismäßig hoch, ſo hoch, daß inſolgedeſſen auch die Wohnungen ganz erhebliche Preiſe ohne weiteres bekommen mußten.

Sie werden mit mir die Ausdehnung des Stadtgebiets auch aus dem Grunde als notwendig anerkennen, wenn Sie ſich die Verhandlungen bei Anlage unſeres neuen Bahnhofſ ins Gedächtnis zurückerufen. In der Handelskammer, die in unſerer Mitte durch Herrn Jüdel vertreten wurde, war die Erkenntnis zutage getreten, daß unſere Induſtrie baureiſes Land gebraucht, daß ſie Anſchlußgleiſe haben müſſe. Es ſind ja wegen der Eingemeindung gewiſſe Schwierigkeiten entſtanden, und es iſt der Wuſch entſtanden, daß anderweite Schritte unternommen

würden, um die Eingemeindungsfrage mehr zu fördern. Gerade die Roggenmühle ist ein Beispiel für die Notwendigkeit der Eingemeindung. Sie hat sich außerhalb der Stadtgrenze aufgeschlagen, weil sie ihrer Angabe nach angemessenes Baugelände innerhalb der Stadt nicht finden konnte. Diese Behauptung der Roggenmühle wird ja bestritten, es wird darauf hingewiesen, daß noch Gelände innerhalb der Stadt vorhanden sei. Ob es aber zu normalem Preise vorhanden ist, das ist eine andere Frage, eine Frage, bei der auch der Unternehmer ein anderes Urteil fällen wird als derjenige, der baureifes Gelände an den Markt bringt. Daß jedenfalls solches Gelände nicht in dem Umfange vorhanden ist, wie es für unsere Stadt wünschenswert zu halten ist, ist wohl keine Frage.

Wenn Sie von diesen allgemeinen Gesichtspunkten ausgehen und einmal den Blick um unsere Stadt schweifen lassen, dann werden Sie finden, daß mit der Eingemeindung einzelner Grundstücke wenig für uns gewonnen sein dürfte, sondern daß wir ganze Arbeit machen müßten oder sie wenigstens bei den zuständigen Stellen anregen sollten.

Gehen Sie von L e h n d o r f nach O l p e r , so werden Sie finden, daß das Stadtgebiet zum guten Teil schon mit der Olper Feldmark vermischt und beispielsweise die Stegerische Brauerei, die auf Olperscher Feldmark liegt, in gewissem Sinne genau so gefährdet sein könnte wie die Roggenmühle oder andere größere Fabriken. Wir sind da entgegengekommen, indem die Wasserleitung hinausgelegt ist und gewisse gemeinschaftliche Einrichtungen durchgeführt wurden.

In bezug auf R ü h m e hoffen wir, daß in nicht allzulanger Zeit, jedenfalls in einer Zeit, die wir noch erleben, im Zuge der Hamburgerstraße ein Viehhof eingerichtet wird, und die beteiligten Personen halten für wünschenswert, daß bei der Kreuzung der neuen Bahn mit der Hamburgerstraße auch eine Entladungsstelle besonders für Vieh, also ein Güterbahnhof eingerichtet werden möchte. Wenn das Wirklichkeit werden sollte, ist hiermit naturgemäß auch ein Ansiedlungsbedürfnis verbunden, und daß sowohl die neue Güterverladungsstelle, wie der Viehhof und die Neuan siedelungen auf städtisches Gebiet zu liegen kommen, dürfte im Interesse der Stadtverwaltung liegen.

Gehen Sie weiter nach Osten, so kommen Sie in die Q u e r u m e r Feldmark, auf der zum größten Teile unser neuer Flugplatz liegt, und Sie wissen, welche unangenehmen oder nicht ganz angenehmen Auseinandersetzungen wir mit unserem Nachbarorte Querum hatten und vielleicht noch haben können, die zusammenhängen mit der Wasserfrage. Die Entziehung des Wassers unserer Nachbargemeinden hat immer einigen Stoff zu nicht ganz angenehmen Auseinandersetzungen im Gefolge oder jedenfalls die Möglichkeit dafür in der Zukunft.

G l i e s m a r o d e , durch die elektrische Bahn so nahe mit uns verbunden, daß man kaum merkt, daß man städtisches Gebiet verlassen hat, dürfte auch mit seinen industriellen Werken an sich reif sein, eingemeindet zu werden.

Weiter nach Osten: Die neugeplante G a r t e n s t a d t R i d d a g s - h a u s e n , die von hoher und höchster Stelle so gefördert werden sollte, dürfte wohl kaum von uns Unterstützung finden dürfen, wenn sie sich außerhalb des Weichbildes der Stadt austun möchte, denn die zahlreichen guten Steuerzahler — daß eine ganz neue Bevölkerung unter Umständen sich dort ansiedeln würde, glaube ich nicht — der Stadt zu erhalten, dürfte im wohlverstandenen Interesse der Stadt gelegen sein.

Auch nach der R a u t h e i m e r Feldmark hin werden ja durch die neue Bahn Verhältnisse geschaffen, die eine Ausdehnung des Stadtgebiets wünschenswert erscheinen lassen. Ich will auf Einzelheiten nicht eingehen: Sie werden sich aus unseren früheren Verhandlungen erinnern, wie die Bahn verlegt wird. Darnach wird ein gutes Teil der östlichen Anschlußgleise auf Rautheimer Feldmark zu liegen kommen. Daß die neu entstehende, hoffentlich b a l d entstehende Industrie an dieser Stelle auch wiederum außerhalb des Stadtgebiets gelegt würde und außerhalb des Feuerschutzbereichs der Stadt, um den es sich in erster Linie hier handelt, würde ausschlaggebende Bedeutung haben. Die Auseinandersetzung mit der Militärbehörde und mit Rautheim aus Anlaß dieser Bahnanlage läßt einiges vorahnen, wie Konflikte unter Umständen entstehen können, die dadurch am besten vermieden werden können, daß das Stadtgebiet auch nach dieser Seite ausgedehnt wird.

N e u - M e l v e r o d e in seiner heutigen Beschaffenheit hat auch mehr städtischen Charakter angenommen und ist der Aufsicht dringend bedürftig. So würde auch hier Stellung zu der Frage zu nehmen sein, ob eine Ausdehnung des Stadtgebiets nötig ist. Ich halte eine Gefahr hier ebenso gegeben, wie sie uns drohen könnte von G l i e s m a r o d e und dem angenehmen „Himmelreich“ trotz der Kanalisation der Mittelriede, die jetzt in Angriff genommen werden soll.

R ü n i n g e n , nach dem der neue Bahnhof kommen soll, würde erst recht der Eingemeindung bedürfen. Vom Feuericherheitsstandpunkte aus weise ich auf die Mühle Rüningen hin. Die ganz neuen Grundstückswerke, die zum größten Teil auf Kosten der Stadt dort geschaffen werden, dürften wohl im Ergebnis möglichst bei der Stadt zu halten sein, und die ganze Entwicklung der Gegend dort und ihrer Industrie, sowie die Werkstätten, die vom Staat eingerichtet werden, dürfte wohl nach der Stadt hinüberzubringen sein. — Dasselbe dürfte zu einem guten Teile von B r o i k e m zu sagen sein, das im Verlaufe der Frankfurterstraße genug enge Berührung mit der Stadt hat.

Sie sehen, wenn Sie herumgehen, so erscheint die Auffassung des Herrn Berichtstatters zu eng, wenn er nur einzelne Grundstücke eingemeindet wissen will. Wir sollten anstreben, aus Klein-Braunschweig herauszukommen und ein Groß-Braunschweig zu schaffen, das entwicklungsfähig ist und Raum bietet für möglichst viele neue Braunschweiger. (Beifall.)

Oberbürgermeister **Metemeyer**: Meine Herren, die Ausführungen, die Sie eben gehört haben, führen Ihnen ein Bild vor, wie es schöner für Braunschweig nicht gedacht werden kann; aber schnell wird es sich nicht verwirklichen lassen. Im übrigen will ich offen gestehen, daß zum großen Teil das, was Herr Dr. Jasper gesagt hat, vom Magistrat seit längerer Zeit vertreten wird, wenn auch nicht in dieser intensiven Weise und in diesem verhältnismäßig recht großen Umfange, und nur, um nachzuweisen, daß wir dieses Ziel seit längerer Zeit im Auge gehabt haben und tätig gewesen sind, haben wir auf die einzelnen Sachen hingewiesen, die der Herr Berichtstatter erwähnt hat. Ich kann auch mitteilen, daß die Auffassung, daß größere Teile der umliegenden Gemeinden, wenn nicht hier und da ganze Gemeinden, in das Gebiet der Stadt Braunschweig einverleibt werden müssen, von den Mitgliedern des Herzoglichen Staatsministeriums durchaus geteilt wird. Insbesondere steht der Herr Minister des Innern auf dem Standpunkte, daß es eine seiner wichtigsten Aufgaben sei, in dieser Beziehung vermittelnd einzugreifen. Er hatte mir in Aussicht gestellt, sobald er sein Amt anetrete, eine Konferenz anzuberaumen, in der zunächst Besprechungen stattfinden sollten, und ich hatte mir vorgenommen, vorzuschlagen, zu dieser Kommission, weil es sich in der Tat um schwierige Fragen handelt, eine gemeinsame Deputation zuzuziehen. Leider ist der Krieg dazwischengekommen und infolgedessen die Sache ins Stocken geraten. Der Herr Minister hat mir aber noch vor ein paar Tagen erklärt, er hielte an seiner Absicht fest und würde sie zu verwirklichen suchen.

Meine Herren, nun möchte ich diese Gelegenheit, wo es sich um die Eingemeindungsfragen handelt, benutzen, Sie zu bitten, mir ein paar Worte zu gestatten, die meine Person betreffen. Es ist mir das besonders in der jetzigen schweren und ernsten Zeit sehr peinlich, aber ich bin in der Generalversammlung der Aktionäre der Roggenmühle angegriffen nicht als Person, sondern als Vertreter der Stadt, und deshalb halte ich es für meine Pflicht, Ihnen hier Rede und Antwort zu stehen. Es ist in jener Versammlung so dargestellt, als ob es mein Hauptbestreben wäre, die Industrie so schnell wie möglich in die Provinz Hannover zu locken. Wer mich kennt, wird diesen Vorwurf von Anfang an für unbegründet gehalten haben. Ich habe überlegt, wie Herr Dr. Luther — ich glaube, von ihm ist jene Äußerung gefallen, Näheres darüber hat er mir nicht mitgeteilt,

obgleich er mir nachher einen Brief geschrieben hat, daß eine Bemerkung von ihm falsch weiterberichtet sei — dazu gekommen sein kann, mir diese Ansicht unterzulegen, und bin da auf folgendes zurückgekommen: Ich glaube, es ist bei einer Besprechung gewesen, die hier im Rathause vor zwei Jahren stattgefunden hat, als die Roggenmühle bereits im Bau war. Ich habe nach den Akten festgestellt, daß damals die Roggenmühle den Antrag gestellt hatte, ihr aus der städtischen Wasserleitung Wasser zuzuführen, und wenn ich nicht sehr irre — es sind zwei Jahre her — ist die Sache so verlaufen, daß, nachdem der Magistrat abgelehnt hatte, ohne Eingemeindung auf den Antrag einzugehen, zwei Herren der Roggenmühle zu mir kamen. Ich glaube, es ist der Herr Dr. Luther gewesen — ich kannte ihn bis dahin nicht — und noch ein anderer Herr, vielleicht Herr Direktor Arnhold oder Herr Direktor Hoffmann, das weiß ich nicht mehr genau. Bei dieser Gelegenheit wurde auf meine Bemerkung, daß ich nicht verstände, wie sie diesen unglücklichen Platz, an dem kein Wasser zu finden sei, für den Bau ihrer Mühle hätten wählen können, erwidert, in der ganzen Umgegend der Stadt wäre dies der einzige Platz gewesen, auf dem die Mühle hätte erbaut werden können. Da habe ich allerdings gesagt, diese Ansicht könne ich nicht für richtig halten. Daß ich dabei aber auf die Provinz Hannover hingewiesen haben sollte, halte ich für durchaus unglaublich und bestreite es auf das entschiedenste. Ich gönne der Provinz Hannover alles Gute, meine Herren, aber daß ich ihr auch nur ein Etablissement gönnen dürfte und würde, das hier oder da in Braunschweig erbaut werden könnte, das kann man von mir als Braunschweiger, weiß Gott, nicht verlangen, und das würde ich niemals sagen. Ich will nun damit nicht behaupten, daß Herr Dr. Luther sich seine Äußerung aus den Fingern gesogen hat, es muß ein Mißverständnis gewesen sein, weil ich nicht anerkennen konnte, daß dies der einzig richtige Platz war. Auf dem Standpunkte stehe ich auch heute noch. Wenn jemand sein Etablissement außerhalb der Stadt bauen will, so kann es uns einerlei sein, ob er es in Müningen oder Elper oder sonstwo baut.

Nun ist von anonymen Schriftstellern die Sache in einer Weise ausgelegt, aus der man den Schluß ziehen muß, daß ich die Ansicht vertrete, solche Etablissements, die in der Stadt erbaut werden könnten oder sollten, seien nach der Provinz Hannover zu dirigieren. Es ist bedauerlich, daß mir auf meine alten Tage noch solche Vorwürfe gemacht werden und mir eine derartige Gesinnung zugemutet wird, die alledem widerspricht, was man von einem städtischen Beamten in erster Linie erwarten sollte. Ich kann nur erklären, daß ich — und das werden meine Herren Kollegen im Magistrat bezeugen — bei jeder Gelegenheit bestrebt gewesen bin, für die Ansiedlung der Industrie in Braunschweig einzutreten. Was haben wir denn in der Stadt, was uns Steuern einbringt, außer dem Handel und der

Industrie! Das andere bringt doch in dieser Hinsicht nur wenig. Und deshalb hat der Magistrat es von jeher für seine Pflicht gehalten, in jeder Weise für Förderung der Industrie in Braunschweig einzutreten. Wir haben auch — das muß ich im Gegensatz zu Herrn Dr. Jasper behaupten — noch eine Menge Gelände, auf dem recht gut Fabriken erbaut werden könnten. Auch bei der erwähnten Unterhaltung habe ich gesagt, zu beiden Seiten des Bienenröder Weges — damals war der Flugplatz noch nicht eingerichtet — lägen wunderschöne Terrains für Fabriken, die Gleisanschluß von der Landesbahn und auch Wasser hätten.

Meine Herren. Ich werde nach wie vor mich bemühen, für die Hebung der Industrie in unserer Vaterstadt einzutreten. Ich bin mir bewußt, daß ich über mein Tun Rede und Antwort zu stehen habe nur Ihnen, den städtischen Behörden und meiner Vaterstadt, und erkläre, daß derartige Angriffe, die gegen mich erhoben werden, so bedauerlich sie sind, mich nicht davon abbringen, auch ferner so zu handeln, wie ich es bisher getan und für recht gehalten habe. (Bravo!)

**Vorsitzender:** Sowohl die Verhandlungen in den vereinigten Kommissionen wie auch der Verlauf der heutigen Debatte lassen mit Klarheit folgendes erkennen: Nicht allein das Verhalten der städtischen Beamten beim Brande der Roggenmühle, sondern auch die Anweisung des Magistrats und die Beschlüsse der städtischen Behörden sind vollständig tadellos. Es hat uns allen außerordentlich wehe getan, daß einige städtische Beamte, insbesondere unser hochverehrter Herr Oberbürgermeister, in so schmachlicher und unerhörter Weise angegriffen worden sind. Die Einstimmigkeit in den Kommissionen, die jedenfalls auch die heutige Versammlung leiten wird, wird unserem verehrten Herrn Oberbürgermeister eine Genugtuung sein, zugleich auch eine Vertrauenskundgebung aller Herren, die hier versammelt sind. (Beifall.)

Stadtv. **Sander:** Herr Dr. Jasper will mir gewissermaßen eine Unstimmigkeit zwischen meinem Referat und den Entschlüssen der vereinigten Kommissionen nachweisen. Das ist wohl nicht gut möglich, denn ich habe den Kommissionsbeschluß, wie er gefaßt ist, hier zum Vortrag gebracht. In den Kommissionen waren wir alle derselben Ansicht wie Herr Dr. Jasper, er hat auch dort seine große Reise um Braunschweig vorgeführt, und wir meinten alle, es wäre wunderschön, wenn wir das erreichen könnten, aber es sei wohl ausgeschlossen, daß wir das noch erleben. Um nun die Sache nicht ganz fallen zu lassen und nicht ganz leer auszugehen, haben wir uns erst einmal begnügt — der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe —, vorerst der Eingemeindung der von mir genannten einzelnen Teilstücke beizustimmen. Ich habe dabei ausdrücklich erklärt, daß es uns selbstverständlich viel lieber wäre, wenn alle Gemeinden eingemeindet würden, die



Herr Dr. Jasper vorgeführt hat, aber auch vom Magistrate wurde erklärt, wenn es auch wunderschön sei, so ginge es nicht so rasch, wie man denke, und so sei es richtiger, wir begnügten uns erst einmal mit diesen einzelnen Teilen. Ich wüßte nicht, wie ich anders hätte referieren können. Auch die Entschließung lautet dahin. Wir haben gesagt: Wir wollen die Entschließung weit fassen, damit wir uns nicht festlegen. Ich habe auch gesagt: Es ist unser Wunsch, daß die ganzen Gemeinden eingemeindet werden, und ich wüßte nicht, daß ich mich festgelegt hätte auf die einzelnen Teile.

Im übrigen ist das wohl nebensächlich. Für uns ist die Hauptsache, daß jetzt erst einmal diese einzelnen Teile eingemeindet werden, damit solch ein betrübender Fall, wie der Brand der Roggenmühle, nicht wieder vorkommen kann. Dasselbe könnte uns morgen passieren mit dem Neubau von v. Dolfs & Helle und mit anderen Fabriken, auch mit jenem Teile der Fabrik von Amme, Giesecke & Koenen, den sie auf fremder Feldmark bauen. Um das zu verhüten, wollten wir als Abschlagszahlung zunächst einmal die Eingemeindung der einzelnen Grundstücke gutheißen.

**Vorsitzender:** Nach den eben gehörten Ausführungen des Herrn Berichterstatters besteht keine Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und Herrn Dr. Jasper, wie auch in der Entschließung derselbe Gedanke zum Ausdruck kommt.

**Stadtv. Munte:** Herr Dr. Jasper hat wohl mehr ein Bild entwerfen wollen, wie Braunschweig später einmal aussehen würde. Er hat bei seinen Ausführungen aber den Ort Mascherode vergessen, aus dem unser Herr Oberbürgermeister stammt; den Ort müßten wir dann doch auch mit haben. (Heiterkeit.) Ich würde mich sehr freuen, wenn ich die Eingemeindung der angeführten Orte erleben würde; eine großzügige Eingemeindungspolitik ist auch mir sehr sympathisch. Aber ich bemerke doch, daß hinter diesen Dörfern wieder andere liegen, hinter Querum Waggum und Hondelage, und wenn wir unsere Wünsche zu weit erstrecken, dann kommen wir schließlich dazu, den ganzen Kreis Braunschweig einzugemeinden. So gern ich sehen würde, daß wir alle die benachbarten Dörfer zu uns eingemeinden könnten, so möchte ich doch bitten, unsere Forderung nicht zu überspannen.

**Vorsitzender** (nachdem er die Entschließung nochmals verlesen): Ich nehme auch hier, da Widerspruch nicht vorhanden ist, das Einverständnis der Versammlung an.

**Stadtv. Sander:** Vom Bürgerverein ist an die Stadtverordneten eine Eingabe eingegangen, die folgendermaßen lautet:

„Wir beehren uns, hierunter eine Entschließung des erweiterten Vorstandes und der Ausschüsse des Bürgervereins zur gefälligen Kenntnissnahme sehr ergebenst zu überreichen:

Die heutige Versammlung des Gesamtvorstandes und der Ausschüsse des Bürgervereins der Stadt Braunschweig spricht ihr lebhaftes Bedauern über die Vorgänge beim Brande der Braunschweiger Roggenmühle bezüglich der versagenden Hilfeleistung durch unsere Berufsfeuerwehr aus.

Soweit die Meinung der Bürgerschaft festgestellt werden konnte, ist die in derselben hervorgetretene Erregung auf die bürokratische Handhabung der Bestimmungen über die Verwendung der Berufsfeuerwehr zurückzuführen.

Das Vorkommnis wird um so weniger verstanden, als es eine nationale Pflicht der Stadtverwaltung hätte sein müssen, gerade in jetziger Zeit alles zu tun, um zu verhindern, daß dem Volke nur ein Kilo des zur Volksernährung so wichtigen Brotgetreides verloren ging.

Es muß auch befremden, daß man beide Vorgesetzte der Berufsfeuerwehr in den Krieg hat ziehen lassen, da die Unabhängigkeitserklärung wenigstens eines Beamten leicht zu erreichen gewesen wäre.

Der Bürgerverein der Stadt Braunschweig erwartet von den Herren Stadtverordneten als den berufenen Vertretern der Bürgerschaft, daß Bestimmungen getroffen werden, die eine Wiederholung derartiger, das Ansehen unserer Stadt schädigenden Vorgänge ausschließen.“

Hinzu kommt noch eine Eingabe des Fllersleber- und Steintorbezirksvereins, die folgendermaßen lautet:

„Nachstehende Entschließung unserer allgemeinen Mitgliederversammlung vom 20. d. Mts. gestatten wir uns, Ihnen mit der Bitte zu übersenden, ihr bei einer demnächstigen Besprechung der Angelegenheit eine geneigte Berücksichtigung zuteil werden zu lassen:

Die heutige Versammlung des Fllersleber- und Steintorbezirksvereins hat die Angelegenheit des Brandes der Roggenmühle zum Gegenstande eingehender Besprechungen gemacht und stellt sich auf denselben Standpunkt, wie ihn der Bürgerverein in der Entschließung seines Vorstandes vom gestrigen Tage eingenommen hat.“

Die vereinigten Kommissionen haben von diesen beiden Schreiben Kenntnis genommen und schlagen Ihnen folgende Entschließung vor:

„Die Versammlung ist der Meinung, daß die Entschließungen dieser beiden Vereine ohne ausreichende Kenntnis der Sachlage, wie sie die heutige Beratung erbracht hat, gefaßt sind. Sie kann sich mit den Entschließungen nicht einverst-

den erklären und bittet die geehrte Versammlung, darüber zur Tagesordnung überzugehen.“

**Vorsitzender:** Ich bitte nun die Herren, die alle vier vorgetragenen Entschlüssen, deren Wortlaut mehrfach verlesen ist, genehmigen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich stelle fest, daß die vier Entschlüsse einstimmig angenommen sind.

---

**Vorsitzender:** Ich möchte noch mitteilen: Der Antrag des Einwohners der Wallstraße wegen besserer Beleuchtung wird der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

Es sind dann noch zwei A n t r ä g e eingegangen, beide von Herrn D i e t m a n n , beide genügend unterstützt. Der erste Antrag lautet:

„Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Magistrat zu ersuchen, Sorge zu tragen, daß die Sperrung der Bawelfstraße aufgehoben wird.“

Der zweite Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu bitten, die sogenannte „hohe Brücke“ am Bienröder Wege, welche einen Hauptzugang zum Querumer Holze bildet, als fahrbare Brücke herzurichten, und zwar jetzt gleich im Anschluß an die Herstellung des Bienröder Weges.“

## 2. Lieferung von Wasser aus der städtischen Wasserleitung an die Braunschweiger Roggenmühle zu Feuerlöschzwecken.

**Stadtv. Voeshigt:** Infolge des Brandes der Roggenmühle hat sich die Aktiengesellschaft, der seinerzeit Lieferung von Wasser aus der städtischen Wasserleitung versagt war, an das Ministerium gewandt, damit es uns veranlasse, ihr doch Wasser zu geben. Das Ministerium hat durch die Kreisdirektion sich mit dem Magistrat in Verbindung gesetzt, und der Magistrat hat zu der Sache Stellung genommen.

Die Roggenmühle schreibt unter anderem an das Ministerium: „Der vor etwa acht Tagen in unserem Etablissement ausgebrochene Brand, welchem Werte in Höhe von etwa  $\frac{3}{4}$  Millionen Mark, darunter Roggenvorräte in Höhe von etwa 600 000 *M* zum Opfer gefallen sind, veranlaßt uns, Herzoglichem Staatsministerium die Frage des Anschlusses unseres Werkes an das städtische Wasserleitungssystem nochmals ergebenst zu wiederholen.“ Wie schon gesagt, ist diese Sache den Instanzenweg sehr schnell gegangen, und wie die Herren wissen, ist sie auch gestern in den vereinigten Kommissionen besprochen worden. Vorbehaltlich Ihrer Ge-

nehmung haben wir den Magistrat ermächtigt, den Anschluß des Etablissements sofort auszuführen. In diesem Sinne wird an die Kreisdirection berichtet werden.

Die Bedingungen für den Anschluß sind die folgenden:

1. Wasser aus der städtischen Leitung soll der Mühle nur zu Löschzwecken geliefert werden.

2. Auf das Einbauen eines Wassermessers wird, um den Druck nicht zu beeinträchtigen, verzichtet. Wird bei einem Schadenfeuer Wasser aus dem Hydranten entnommen, so ist dieses von der Mühle mit  $12\frac{1}{2}$  Pfg. pro Kubikmeter zu bezahlen. Die Feststellung der verbrauchten Wassermenge erfolgt durch Schätzung.

3. Die Aufstellung des Hydranten geschieht durch die Direction der Licht- und Wasserwerke auf Kosten der Mühle.

4. Wenn nicht spätestens drei Monate nach Beendigung des Krieges das Grundstück hierher eingemeindet sein sollte, hört die Wasserlieferung auf.

Die Mühle wünschte anfänglich lediglich die Aufstellung eines Oberflurhydranten. Hierzu ist zu bemerken, daß die Ansicht der vereinigten Kommissionen und des Magistrats, wie auch des Herrn Direktor von Feilisch die ist, daß wir weitergehen sollten, indem nicht nur Wasser aus dem Hydranten abgegeben werden soll, sondern daß die Mühle ihr Grundstück, wo es nötig ist, mit Wasserhähnen versehen kann, die unter Plombenverschluß gehalten werden und jederzeit zum Löschen eines etwa entstandenen Schadenfeuers benutzt werden können.

Der Magistrat beantragt, mit Rücksicht auf die augenblickliche Lage zustimmen zu wollen, daß unter den angegebenen Bedingungen der Roggenmühle Wasser aus der städtischen Wasserleitung zu Feuerlöschzwecken zugeführt wird. In den vereinigten Kommissionen ist die Sache reiflich besprochen, und ich bin beauftragt, Ihnen Genehmigung anheimzugeben.

Stadtv. **Ruch:** Unt wegen der ungeheuerlichen Gerüchte, welch große Getreidevorräte bei dem Brande der Lehdorfer Roggenmühle zugrunde gingen, etwas El auf die erregten Wogen zu gießen, möchte ich berichten, daß nach mir gewordenen, zuverlässigen Mittheilungen nur ca. 250 Wispel, das sind 5000 Zentner, verloren gegangen sind. Wenn man einen Preis von 220 *M* pro Wispel oder Tonne zugrunde legt, würde dieses einen Wert von 55 000 *M* darstellen. Da nun 2500 Wispel = 50 000 Zentner Roggen in den Silos gelagert haben sollen, so würde das im Gesamtbetrage eine Summe von 550 000 *M* ausmachen. Nach Abzug der vernichteten Summe bliebe dann noch ein Wert von 495 000 *M*. Zugabe, daß auf die restlichen 2250 Wispel Roggen eine Entwertung von 40 *M* für den Wispel durch Rißung usw. eingetreten ist, demnach noch 90 000 *M* auf Verlust-Konto zu setzen sind, so würde man noch auf einen geretteten Bestand von

etwa 400 000 *M* kommen. Führt man sich nun vor Augen, für den Roggen, der bekanntlich an ein Konsortium hiesiger Getreidehändler verkauft wurde, ist ein Preis von 160—180 *M* pro Wispel = 20 Zentner gezahlt, so würde man in anderen Jahren sehr zufrieden gewesen sein. Das Konsortium hat allerdings mit dem Kauf ein vorzügliches Geschäft gemacht, da es die Vorräte mit 200 *M* pro Wispel und noch weit höher weiterverkaufte. Der Verlust an nationalem Gut ist demnach nicht sehr groß, und die Leute, die von so „ungeheuerlichen Verlusten“ reden, sind meiner Ansicht nach nicht recht unterrichtet. (Hört, hört!) Bedauerlich bleibt es dabei, daß für den Schutz des im Freien lagernden Roggens so wenig geschehen ist, und daß diese großen, noch wirklich guten Vorräte der Masse so lange ausgesetzt geblieben sind. Auf einen Hinweis meinerseits wurde mir entgegnet, man dürfe nicht daran rühren, da die Aktiengesellschaft das den Versicherungsgesellschaften überlassen müsse. Ein etwas eigenartiger Standpunkt! Wenn in diesem Falle anders gehandelt wäre, so wäre sicher auch eine Menge mehr gerettet, als geschehen ist. — Ich wollte Ihnen dieses, meine Herren, doch zur Erklärung der ganzen Lage vorführen.

**Vorsitzender:** Wir sind dem Herrn Redner sehr dankbar für seine wertvollen Aufschlüsse.

**Stadtv. Loeßhigt:** Ich will hier keinen anklagen, aber es heißt immer: Hier ist von nationalem Vermögen viel zugrunde gegangen. Wenn Sie gesehen hätten, daß nach sieben Tagen immer noch nicht daran gerührt worden war, um dieses Nationalvermögen zu bergen, dann muß man die Angriffe, daß wir dazu beigetragen hätten, das Nationalvermögen zu schädigen, schroff zurückweisen. (Sehr gut.) Der Roggen, der herausgelaufen ist, war noch sehr gut, und wenn gesagt wird, daß die Bestimmungen der Versicherungsgesellschaft es nicht gestatteten, für die Bergung zu sorgen, dann darf man nicht sagen, daß durch Schuld der städtischen Einrichtungen Nationalvermögen zugrunde gegangen ist, denn hier war mehr zu retten, als durch den Brand der Mühle vernichtet ist, und das hat die Mühle unterlassen. (Zustimmung.)

Der Lieferung von Wasser an die Mühle unter den angeführten Bedingungen wird zugestimmt.

### 3. Ausleihung von Hypothekkapitalien an die Braunschweiger Baugenossenschaft.

**Stadtv. Mohr:** Die Braunschweiger Baugenossenschaft bittet um Herleihung von 54 550 *M* auf zweite Hypothek. Meine Herren, wie Sie wissen, haben wir im

Jahre 1912 den Betrag von 100 000 *M* zur Verfügung gestellt für Beleihung der Grundstücke der Braunschweiger Baugenossenschaft mit zweiten Hypotheken bis zur Höhe von 90 Prozent des Kaufwertes, mit 1 Prozent Amortisation. Der heutige Antrag bezieht sich auf die Grundstücke Sophienstraße 20, Virchowstraße 41 und 42, Broitzemerstraße 8 und Sophienstraße 26. Die Baugenossenschaft teilt mit, daß bis zum 1. Oktober d. J. von ihr 233 Wohnungen fertiggestellt und bezogen sind, und daß zum 1. Januar 1915 wieder 14 Wohnungen fertig werden und bereits vermietet sind, daß auch die Nachfrage bei ihr nach Wohnungen zum 1. April bedeutend sei. Eine ihrerseits bei der Landesversicherungsanstalt gestellte Bitte um Hergabe von Hypotheken habe leider nicht erfüllt werden können, da die Landesversicherungsanstalt augenblicklich kein flüssiges Geld hat. Die städtische Bauverwaltung, der die Angelegenheit zur Prüfung der Kaufwerte der fraglichen Grundstücke übergeben wurde, hat ermittelt, daß darnach die geforderten Hypotheken ausgeliehen werden können, und zwar auf das Haus Sophienstraße 20 7850 *M*, Virchowstraße 41 13 500 *M*, Virchowstraße 42 10 800 *M*, Broitzemerstraße 8 11 600 *M* und Sophienstraße 26 10 800 *M*. Der Stadtmagistrat gibt anheim, der Ausleihung der insgesamt 54 550 *M* betragenden zweiten Hypotheken, die aus dem Ausgleichsfonds zu entnehmen sind, zuzustimmen. — Der Finanzkommission hat diese Sache zur Vorberatung vorgelegen, sie gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Der Ausleihung der Hypotheken wird zugestimmt.

#### 4. Vorschußweise Zahlung von Quartiergeldern.

**Stadtv. Mohr:** Die Entschädigung für freiwillige Militärquartiere sind von der Stadtgemeinde nach Beendigung der einzelnen Quartierleistung oder nach Ablauf des Kalendermonats bar zu bezahlen. Die Entschädigungen für Zwangsquartiere können in der Regel erst angefordert werden, wenn die Stadtgemeinde die Reichsvergütung erhalten hat. Sie wird kaum vor dem Friedensschluß gewährt werden. Bei besonderer Bedürftigkeit oder unverhältnismäßig starker Belastung des Quartiergebers wird eine Ausnahme gemacht, und die Stadtgemeinde hat das Quartiergeld vorschüssig zu zahlen. Aber die Prüfung der die Vorauszahlung rechtfertigenden Umstände würde eine erhebliche Arbeit erfordern, und deshalb tritt der Stadtmagistrat — obwohl es sich hier um eine ganz erhebliche Summe handeln dürfte, denn es werden annähernd 100 000 *M* ausbezahlen sein — an uns mit dem Antrage heran, uns damit einverstanden zu erklären, daß diejenigen Quartiergeber, welche einen bezüglichen Antrag stellen, durchweg ihre Vergütungen vorschüssig aus der Stadtkasse gezahlt erhalten.

Die Finanzkommission hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß diesem Antrage unweigerlich zugestimmt werden müsse, und gibt Genehmigung anheim.

Der Magistratsantrag wird angenommen.

### 5. Einfriedigung des Grundstücks der Feuerbestattungshalle.

Stadtv. **Rasche:** Für das Grundstück der Feuerbestattungsanlage längs der Helmsiedterstraße war zuerst eine Einfriedigung in einfachster Gestaltung geplant, doch war darüber seither noch kein fester Beschluß gefaßt. Nachdem das Feuerbestattungsgebäude der Hauptsache nach fertiggestellt ist und seine architektonische Wirkung beurteilt werden kann, ist man seitens der städtischen Bauverwaltung zu der Überzeugung gekommen, eine würdige Einfriedigung vorschlagen zu sollen. Die Kosten dafür würden nach dem Voranschlage 10 800 *M* betragen. Nebenbei gesagt, handelt es sich um eine Front von 70 m. Für die einfache Einfriedigung waren anfangs nur 3500 *M* vorgesehen, so daß bei Ausführung der vorgeschlagenen besseren Einfriedigung ein Fehlbetrag von 7300 *M* entsteht. Der Magistrat gibt anheim, dem Vorschlage der städtischen Bauverwaltung zuzustimmen und die 7300 *M* nachzuverwilligen. Auch die Baukommission, welche sich mit der Sache beschäftigt hat, empfiehlt, dem Antrage zu entsprechen und die nötigen Mittel nachzuverwilligen.

Die Versammlung stimmt dem Magistratsantrage zu und verwilligt die angeforderten 7300 *M*.

### 6. Verbesserung der Beleuchtung in der Martha- und Leonhardstraße.

Stadtv. **Loeschigt:** Herr Stadtv. Munte hatte sich mit einem Wunsche der Anwohner die Marthastraße wegen besserer Beleuchtung vertrauensvoll an den Magistrat gewandt, und Sie sehen, daß seine Anregung schon gewirkt hat. Der Magistrat hatte die Angelegenheit der Direktion der städtischen Licht- und Wasserwerke zur Bearbeitung übertragen, und es wird nach deren Bericht jetzt beantragt, drei Laternen zu versehen und drei neue aufzustellen. Dafür ist eine Summe von 510 *M* aufzuwenden. Außerdem kommen hinzu die jährlichen Unterhaltungskosten für die drei neuen Laternen mit 210 *M*. Wir haben in der Finanzkommission diese Verbesserung der Straßenbeleuchtung besprochen und schlagen vor, sie zu genehmigen.

Stadtv. **Göhardt:** Bei dieser Gelegenheit möchte ich mir erlauben, die Anfrage an den Magistrat zu richten, wie weit die Arbeiten für Verbesserung der Beleuch-

tung auf dem Friedrich-Wilhelmsplatze gediehen sind. Die Pflasterungsarbeiten dort sind beendet, aber ich sehe nicht, daß eine bessere Beleuchtung geschaffen ist. Da Herr Munte mit seinem Wunsche nach besserer Beleuchtung der Marthasträße so schnell durchgedrungen ist, möchte ich bitten, daß auch die von den geehrten Herren längst beschlossene bessere Beleuchtung des Friedrich-Wilhelmsplatzes nunmehr ausgeführt wird, denn dieser Platz ist einer der Hauptplätze in Braunschweig, der erste Platz, den die mit der Bahn Ankommenden betreten, und der muß doch wohl gut beleuchtet sein.

**Vorsigender:** Ist der Magistrat bereit, im Rahmen dieser Beratung auf die Anfrage Auskunft zu geben?

Oberbürgermeister **Hettemeyer:** Ich kann nur erklären, daß die Verhandlungen mit der Herzoglichen Polizeidirektion wegen der Preßgasbeleuchtung, die von Ihnen hier beschlossen ist, etwas recht lange gedauert haben, da Zweifel in irgend welcher Richtung entstanden waren. Der Auftrag ist aber jetzt erteilt. Über den Grund, woran es gelegen hat, daß die Anlage noch nicht ausgeführt ist, kann ich augenblicklich keine Auskunft geben.

Die Zustimmung zur Verbesserung der Beleuchtung der Marthas- und Leonhardstraße wird ausgesprochen.

## 7. Antrag Bunge auf Errichtung einer städtischen Auskunftsstelle für die Hinterbliebenen im Felde gefallener Krieger.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 429.

Stadtv. **Bunge** (zur Begründung): Meine Herren, ich halte die Schaffung einer derartigen städtischen Stelle, auf der den Hinterbliebenen der Krieger Rat und Auskunft über Hinterbliebenenrente erteilt wird, für durchaus angebracht. Man muß in Betracht ziehen, daß die meisten der Hinterbliebenen wenig eingeweiht sind in die Behandlung solcher Sachen, so daß sie irgend welche Hilfe dabei in Anspruch nehmen müssen. Nun könnte man mir sagen: „Dazu haben wir ja die städtische Rechtsauskunftsstelle.“ Das ist wohl richtig, aber sehen wir uns einmal den Betrieb in der Rechtsauskunftsstelle an. Meiner Ansicht nach ist er schon jetzt ziemlich groß, und die Erteilung der Auskünfte für die Hinterbliebenen wird beträchtliche Zeit in Anspruch nehmen. Ferner müssen wir in Betracht ziehen, daß der städtischen Rechtsauskunftsstelle das Gewerbegericht angeschlossen ist, ferner das Kaufmannsgericht und in letzter Zeit das Mietseiningungsamt, das mit sehr viel Arbeit verbunden ist. So muß man sagen, daß diese Stelle



jetzt schon überlastet ist, und daß sie auch vorher schon überlastet war, geht daraus hervor, daß die Bearbeitung der Staatsangehörigkeitsausweisachen vor Jahresfrist einem anderen Büro übertragen werden mußte. So werden Sie mir zustimmen, wenn ich der Ansicht bin, daß wir für die Auskünfte an die Hinterbliebenen der im Felde gefallenen Krieger eine neue Auskunftsstelle schaffen müssen.

Einen Wunsch möchte ich noch zum Vortrag bringen: daß — soweit die Stadt in Betracht kommt — die Urkunden, die für die Hinterbliebenenrente erforderlich sind, den Betreffenden unentgeltlich gegeben werden. Ich glaube, es bedarf das keines weiteren Antrages, und es wird diese Anregung genügen, daß der Magistrat in dieser Weise vorzugehen beschließt.

Ich bitte die geehrten Herren, meinen Antrag zu unterstützen.

Der Antrag wird genügend unterstützt und vom Vorsitzenden der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen.

## 8. Antrag Bunge, betreffend die Gewährung von Kriegsunterstützung an die bedürftigen Angehörigen der im September zur Reserve übergetretenen Kriegsteilnehmer.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 429.

Stadtv. **Bunge** (zur Begründung): Es ist üblich gewesen, daß jedes Jahr im September diejenigen, deren zweites Jahr der Militärdienstzeit abgelaufen war, zur Reserve entlassen wurden und nach Haus gehen konnten. In diesem Jahre aber ist infolge des leidigen Krieges die Sache anders, denn die betreffenden stehen im Felde. Es gibt nun zahlreiche Fälle, in denen sich die Angehörigen der Militärpflichtigen schon lange darauf gefreut haben, daß sie durch den aus dem Militärdienst zu Entlassenden wieder eine Hilfe bekommen, daß jemand wieder in die Familie zurückkehrt, der für sie sorgt. Jetzt aber ist ihnen diese Hoffnung zuschanden geworden. Es sind eine ganze Reihe von derartigen Frauen und anderen Familienangehörigen, die an mich herangetreten sind und um Rat gefragt haben. Ich habe ihnen gesagt, sie sollten nach dem Bezirkskommando gehen, sich dort eine Bescheinigung geben lassen und dann weitere Schritte beim Magistrat unternehmen. Bis jetzt habe ich aber keine Nachricht, ob in irgend einer Weise Stellung von seiten des Magistrats hierzu genommen ist. Es kommen in erster Linie Frauen in Betracht, deren Männer erst nach ihrer Verheiratung in den aktiven Dienst eingetreten sind. Wenn das auch immerhin wenige sein mögen, so kommen doch manche solche Fälle vor. Mehr kommen schon in Betracht die unehelichen

Kinder, als deren Vater sich der Betreffende bekannt hat, der während der Dienstzeit keine Alimente zahlen konnte, und wo nun die Frauen oder Mädchen keine Unterstützung von irgend einer Seite bekommen. Sodann ist noch ein größerer Teil Angehörige in Betracht zu ziehen: Das sind alte Eltern und arbeitsunfähige, kranke Mütter, die darauf gewartet haben, daß der Sohn sie unterstützen solle, und die sonst keine Hilfe in Anspruch genommen haben. Zwei solcher Frauen, deren Sohn im Felde steht, haben auf keine Weise Hilfe bekommen können; vom Nationalen Frauendienst sind sie abgewiesen, auch von der Armenpflege. Ich meine, solchen Frauen müßte die Kriegshilfe auf alle Fälle gegeben werden. — Ich bitte Sie, meine Herren, auch diesen meinen Antrag zu unterstützen.

Der Antrag wird genügend unterstützt und vom Vorsitzenden der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

## 9. Antrag Steinbrecher, betreffend die Höhe der Unterstützungssätze in der städtischen Armenpflege, die Berechnung der Arbeitslosenunterstützung und Erlangung eines Zuschusses zur letzteren von der Landesversicherungsanstalt Braunschweig.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 429.

Stadtv. **Steinbrecher** (zur Begründung): Meine Herren, Sie haben dadurch, daß Sie vom 1. November ab die Unterstützung für die Angehörigen der Krieger erhöht haben, schon zugegeben, daß die für die Armenunterstützung jetzt vorgesehenen Sätze zu niedrig sind. Genau so wie die Angehörigen der Kriegsteilnehmer die niedrigen Sätze spüren würden, genau so ist es auch mit den Arbeitslosen, die unterstützt werden, so daß es unbedingt nötig ist, diese Sätze zu erhöhen. Vergewärtigen Sie sich bitte einmal, wie heute die Sätze der Armenunterstützung, die auch für die Arbeitslosenunterstützung angewandt werden, sind. Da hat ein Arbeiter mit Frau und drei Kindern eine monatliche Unterstützung von 42 M. Bedenken Sie, was ein solcher Betrag bei der gegenwärtigen Teuerung ausmacht; es bringt für jede Person pro Tag 28 Pfg. Daß damit bei dieser teuren Zeit, wo auch der Preis für die Kartoffeln, das wichtigste Nahrungsmittel, so in die Höhe geschneit ist, nichts zu erreichen ist, steht ohne weiteres fest.

Schon in der Kommission habe ich darauf hingewiesen, daß bei uns in Braunschweig von den Sätzen für die Armenpflege, die wir auch für die Arbeitslosen haben, mancherlei Abzüge gemacht werden. Es wird Ihnen ersichtlich werden, wie ungerecht und widersinnig solcher Abzug ist, wenn man die Gewerkschaftsunterstützung auf alle Fälle voll in Anrechnung bringt. Nach den bestehenden Be-

stimmungen sollen höchstens drei Viertel, mindestens aber die Hälfte der Bezüge von anderen Seiten abgezogen werden. Hier ist aber folgender Fall vorgekommen, wie mir ein Tischler, der vorgestern bei mir war, erzählte. Er sollte für sich, Frau und Kind 28 *M* monatlich Arbeitslosenunterstützung bekommen, das ist auf den Tag für die Person 31 Pfg. Jetzt bekommt er vom Holzarbeiterverbande wöchentlich 6 *M*, also monatlich 24 *M*, und der Armenpfleger sagt: „Diese 24 *M* ziehe ich ab, also haben Sie nur 4 *M* Armenunterstützung zu bekommen.“ Mit den 24 *M* vom Verbande würden aber immer nur 58 Pfg. pro Kopf und Tag entfallen. Meiner Meinung nach hätte mindestens so verfahren werden müssen, wie es bei den Arbeiterinnen, die ganz oder zu einem wesentlichen Teil Ernährerinnen ihrer Familie sind, geschehen ist: Mindestens die Hälfte oder höchstens drei Viertel der 24 *M* Unterstützung vom Verbande ziehen wir ab, und das übrige wird ausgezahlt. Ich aber und meine politischen Freunde stehen auf dem Standpunkte, daß es so gehandhabt werden müßte, wie es bei den preußischen Unterstützungen geschieht, daß die Gewerkschaftsunterstützung überhaupt nicht abgezogen wird. Herr Ministerialdirektor Caspar hat unserer Zentrale in der Reichshauptstadt erklärt, er werde den Bundesstaaten Anweisung geben, dahin zu wirken, daß diese Gewerkschaftsunterstützungen von den Unterstützungssätzen für die Arbeitslosen nicht abgezogen werden. Es wäre interessant zu erfahren, ob von der braunschweigischen Regierung an den Magistrat schon eine derartige Anregung gekommen ist. Ist das nicht der Fall, so müßten wir vom Gewerkschaftskartell uns an das Herzogliche Staatsministerium wenden und anfragen, ob diese Verfügung nicht an alle Bundesstaaten ergangen ist.

Wenn jemand, der Frau und drei Kinder zu versorgen hat, 42 *M* im Monat Unterstützung bekommt, so ist das für den Tag 1,40 *M* oder 28 Pfg. pro Tag auf die Person gerechnet. Da kann man doch nicht sagen, daß das zu viel ist und man deshalb noch Unterstützung von anderer Seite wegnehmen muß. Geschieht das, dann wird nicht erfüllt, was man erreichen will, nämlich, die Familien einigermaßen genügend zu unterstützen. Dazu haben sich diejenigen, die von der Gewerkschaft Unterstützung bekommen, dieses Recht durch hohe Beiträge, die sie zahlen mußten, erworben. Es muß uns jeder nachfühlen, daß wir im Recht sind, wenn wir sagen: Derjenige, der jahrzehntelang nicht für seine Familie gesorgt hat, muß natürlich darauf verzichten, dasselbe zu bekommen, wie ein anderer, der lange Jahre die hohen Beiträge für die Organisation gezahlt hat. Die Buchdrucker zahlen seit Jahren im Verband für Versicherung gegen Invalidität, Arbeitslosigkeit und Krankheit einen Wochenbeitrag von 2 *M*, wozu jetzt noch 1,50 bis 3 *M* Extrabeiträge kommen. Und nun sollen diese Leute, weil sie ständig für die Zeit der Not gut gesorgt haben, dafür gestraft werden, indem sie überhaupt nichts von

der Stadt bekommen, wenn sie arbeitslos sind? Daß das ungerecht ist, hat die Reichsregierung in Berlin eingesehen und verfügt, daß es aufhören solle. Ich will Sie aber mit weiteren Beispielen, da die Sache in der Kommission verhandelt werden wird, nicht aufhalten.

Nach dem, wie in Berlin die Sache gehandhabt wird, ist festgestellt, daß durch das Zusammenarbeiten der städtischen Behörden und der Gewerkschaften von Berlin die Stadt 30 Prozent weniger an Ausgaben aufzubringen hatte, und daß eine ganze Anzahl von Arbeiten den städtischen Verwaltungen abgenommen wird. Wenn wir auch hier bei uns durch unsere Gewerkschaft über die Verteilung der Unterstützung mit zu bestimmen hätten, so dürfen Sie nicht glauben, daß sich die Stadt schlecht dabei stände. Das wäre das Letzte, daß wir jemandem eine Unterstützung zuschanzten, der sie nicht verdient. Die Kontrolle durch die Gewerkschaft ist so streng, daß Sie keinen Begriff davon haben.

Dafür, daß die Unterstützung durch die Gewerkschaften nicht abgerechnet werden soll, hat sich eine ganze Anzahl Städte erklärt: Steglitz, Finsterwalde, Weimar. Und in den Städten, wo die Unterstützung abgezogen wird, sind die städtischen Unterstützungssätze ganz bedeutend höher als bei uns; es werden dort Unterstützungen gezahlt von 30 *M* bei einzelstehenden Personen, während wir 15 *M* zahlen. Ich bitte Sie, unseren Antrag in Überlegung zu nehmen und ihm zu folgen. Sie selbst werden zugestehen, daß auch bei Nichtanrechnung der Bandsunterstützungen die Leute nicht üppig werden können und nur so die Familien über Wasser zu halten sind.

Zum Schluß habe ich beantragt, mit der Landesversicherungsanstalt Braunschweig wegen Leistung eines Zuschusses zur Unterstützung der Arbeitslosen in Verbindung zu treten. Sie werden in den letzten Tagen in der Presse gelesen haben, daß man überall an diese Landesversicherungsanstalten mit einem solchen Antrage herangegangen ist. Es steht fest, daß auf einer Zusammenkunft, die die Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalten mit dem Vorsitzenden des Reichsversicherungsamtes hatten, beschlossen ist, die Landesversicherungsanstalten sollten 5 Prozent ihres Reindermögens für Kriegs- und Arbeitslosenunterstützungen oder für das Rote Kreuz zur Verfügung stellen. Die sämtlichen 31 Landesversicherungsanstalten mit den Sonderanstalten hatten 1912 ein Vermögen von 2 Milliarden Mark, jetzt wird es noch höher sein. Unsere Landesversicherungsanstalt hatte in demselben Jahre 17¼ Millionen Mark Vermögen, und man kann annehmen, daß es jetzt 18 Millionen Mark geworden sind. Nun ist in Berlin die Landesversicherungsanstalt dazu übergegangen, 5 Millionen Mark für solche Zwecke zu bewilligen, die in Brandenburg ebenfalls 5 Millionen und die in Sachsen-Altenburg 6 Millionen. Die Versicherungsanstalt Brandenburg hat den

Betrag hergegeben unter der Bedingung, daß auch vom Provinziallandtage 5 Millionen Mark hergegeben werden, so daß der Betrag von beiden 10 Millionen Mark ausmacht. Dabei ist die Arbeitslosenunterstützung wahrscheinlich in allen Gemeinden der Provinz Brandenburg eingeführt. Sachsen-Altenburg hat von den 6 Millionen 4 Millionen zu niedrigem Zinsfuß an die Gemeinden abgegeben, zur Unterstützung des Roten Kreuzes 1 Million und zur Unterstützung der Arbeitslosen 1½ Millionen. In der neuesten Zeit hat die hanseatische Versicherungsanstalt 1½ Millionen bewilligt, damit dort auf einmal 170 Arbeiterhäuser gebaut werden können und auf diese Weise die Arbeiter und Handwerksmeister durch Arbeit unterstützt werden. Wenn das an anderen Orten geht, so muß es auch hier möglich sein, daß die braunschweigische Landesversicherungsanstalt solchen Ansprüchen Rechnung trägt. Ein Modus wird gefunden werden, durch den die Gemeinden für Tragung der schweren Lasten Zuschüsse erhalten. Wenn solche Zuschüsse eingehen, könnten auch die Unterstützungen auf eine andere Basis gestellt werden und die Unterstützungssätze anders geregelt werden. Die Armenpfleger würden entlastet werden können, und es würde für die Arbeitslosen angemessen sein, daß sie nicht um die Unterstützung zu betteln brauchen. Eine ganze Anzahl von Armenpflegern weiß nicht, daß sie die Unterstützungen lediglich deshalb zahlen, weil die Leute arbeitslos geworden sind. Heute war ein Tischler bei mir, der mir erzählte, daß er seit dem 16. d. Mts. zum zehnten Male zum Armenpfleger gegangen ist, ehe er überhaupt etwas bekommen hat. Es muß doch möglich sein, daß sich die Armenpfleger sagen: „Die Leute sind arbeitslos, sie bringen mir den Schein von der Nachweisstelle, also bekommen sie die Unterstützung.“ Denn daß der Mann kein Schwindler ist, sieht der Armenpfleger ja an dem Ausweis. Ich hoffe, daß sich bei dieser Gelegenheit vielleicht erreichen läßt, daß ein ganz anderer Modus in die Behandlung der Arbeitslosen und die Auszahlung der Unterstützung hineinkommt. So groß auch die Arbeitslosigkeit in Braunschweig ist, so schlimm wie an anderen Stellen ist sie noch nicht. Wenn wir jetzt beizeiten vorbauen, haben wir nachher etwas, wenn die Kriegslieferungen durch die Konserverfabriken und Maschinenfabriken usw. aufhören werden. Diese sind jetzt gut beschäftigt, aber wenn der Krieg zu Ende geht, wird diese Arbeit aufhören, und es werden Monate vergehen, ehe die großen Fabriken mit den auswärtigen Geschäftsverbindungen so weit gekommen sind, daß wieder Arbeit herangeschafft werden kann. Dann wird es den Arbeitern dieser Fabriken noch schlimmer gehen als jetzt. Wo wir jetzt tausend Arbeitslose haben, werden dann noch tausend andere hinzukommen. Und für diese Leute müssen wir meiner Meinung nach genau so sorgen wie für die Familien derer, die im Felde stehen. Auf diese Weise können Sie dafür sorgen, daß der Nachwuchs des deutschen Menschenmaterials, das zu Tausen-

den im Felde fällt, erhalten bleibt. In dieser Fürsorge müssen die deutschen Gemeinden dem Reiche vorangehen. Der Grund, den Herr Weichsel im vorigen Jahre in der Kommission anführte, ist weggefallen. Er sagte: Wenn wir noch eine Versicherung für Arbeitslosigkeit einführen, dann werden die Arbeiter noch mehr verweichlicht werden, als es schon durch die sozialpolitischen Gesetze geschehen ist. Der Krieg hat gezeigt, daß unsere Arbeiterschaft genau so ihre Schuldigkeit tut wie diejenigen, die nicht bei den Versicherungsgesetzen in dem Maße in Frage kommen. Es hat sich erwiesen, daß sie nicht so verweichlicht und entnervt sind, als es hingestellt ist. Wir können froh sein, daß seit Jahrzehnten die Sozialpolitik in der bisherigen Weise getrieben ist. Das ist ein wesentlicher Grund, daß Deutschland so dasteht, wie es sich heute gezeigt hat. Als Anerkennung dafür mögen Sie aber auch dafür sorgen, daß die Arbeitslosen eine bessere Unterstützung bekommen als jetzt.

Der Antrag wird genügend unterstützt und vom Vorsitzenden der Statuten- und Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

## 10. Dringlichkeitsantrag Schmidt, betreffend Festsetzung von Höchstpreisen für Kartoffeln.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 429.

Stadtv. **Schmidt** (zur Begründung): In den letzten Tagen zeigten sich weite Kreise der Bevölkerung befriedigt, als man aus der Presse hörte, daß Maximalpreise für das Getreide festgesetzt werden sollten. Endlich sind nun diese Festsetzungen herausgekommen, wenn auch die Zeit, bis man sich dazu entschlossen hat, vom 4. August bis jetzt, ziemlich lange gedauert hat und wir manches erlebt haben, was wir in der Beziehung für unmöglich hielten. Der richtige Zeitpunkt für die Festsetzung dieser Preise wäre nach meinem Dafürhalten und dem einer ganzen Reihe von Herren in diesem Saale zweifellos vor zehn Wochen gewesen.

Was nun die Preise selbst betrifft, so müssen wir sagen, daß sie uns immerhin noch zu hoch erscheinen. Nachdem aber der Bundesrat diesen Vorschlag gemacht hat und er seinen Erwägungen zugrunde gelegt hat, daß für längere Zeit, bis in die neue Ernte hinein, der Kriegszustand noch dauern könnte, müssen wir uns damit abfinden. Bedauerlich aber muß ich es finden, daß sich die Behörde nicht dazu verstehen konnte, auch für Kartoffeln Maximalpreise festzusetzen. Wir besonders leben in einer Gegend, von der man sagt, daß die Landwirte die dicksten Kartoffeln bauen. Was wir trotzdem aber alles erfahren konnten in den letzten Wochen, wo

die Familien der Gewohnheit gemäß für Wintervorrat an Kartoffeln sorgen, das geht auf keine Ruhhaut.

Die Dinge liegen so, daß der Preis für den wichtigsten Bestandteil der Volksnahrung künstlich in die Höhe geschraubt wurde. Es sind eine Reihe Fälle bekannt geworden, in denen zu der Zeit, als die Kartoffeln gerodet waren, in den einzelnen Haushaltungen Kartoffeln zu 2,50 *M*, 2,75 *M* und 3,00 *M* angepriesen wurden, daß der Lieferungstag festgesetzt wurde, und nach vierzehn Tagen oder drei Wochen sollten mit einem Male keine Kartoffeln zur Ablieferung mehr vorhanden sein. Es wurden nun 3,50 *M*, 3,75 *M*, 4,00 *M* und 4,25 *M* für die Kartoffeln gefordert, und die Bauern erklärten, sie hätten nicht so viel Kartoffeln, wie verlangt würden. Es ist mir von vertrauenswürdiger Seite mitgeteilt, daß ein Wink von oben gekommen ist, durch den den Bauern der Rat gegeben wurde, die Kartoffeln einzufuhren, damit sie für den Winter zur Verfügung ständen. Wenn das wahr ist, dann hat man dem Volke zweifellos einen schlechten Dienst erwiesen.

In Wirklichkeit sind denn auch eine Menge Kartoffeln zurückgehalten, und es ist so erreicht, daß die Kartoffeln teuer bezahlt werden müssen. Da hätte sich das Reich wohl dazu verstehen können, auch für die Kartoffeln Höchstpreise festzusetzen. Wo das in einzelnen Landesteilen geschehen ist, hat es gute Früchte gezeitigt, und ich wundere mich, daß das Kommando des 10. Armeekorps nicht auch dazu übergegangen ist, wie es doch im Bereich des 7. Armeekorps geschehen ist. Ich erinnere an eine Reihe Befehle, die von diesem Generalkommando ergangen sind, und die ihre Wirkung nicht verfehlt haben. In Rheinland, Westfalen und Süddeutschland haben diese Bekanntmachungen preisregelnd gewirkt, und in einer Reihe von Städten hat man auch von kommunaler Seite zu Mitteln gegriffen, durch die eine Preisregelung herbeigeführt wurde. Die Herren werden in der „Kölnischen Zeitung“ gelesen haben, daß in Hamburg ein Spekulationsbüro gegründet wurde, das diese hohen Preise künstlich erzielt hat und so mit den Agrarprodukten, die in Fülle vorhanden sind, noch Wucher getrieben wird.

Ein Beweis dafür, daß auch einzelne Landesteile preisregelnd eingreifen können, hat sich dadurch ergeben, daß man in Gießen und Bidingen die Kartoffeln jetzt zu 2,25 und 2,50 *M* kaufen kann, seitdem die Polizei in Gießen eine Verordnung herausgegeben hat, daß den Besitzern von Kartoffeln, die nicht zu den festgesetzten Höchstpreisen verkaufen und auf höhere Preise warten wollen, die Ware entzogen, mit Beschlag belegt und zu den Preisen verkauft werden soll, die festgesetzt sind. Wenn auf der einen Seite durch den Antrag Steinbrecher erreicht werden soll, daß eine höhere Unterstützung für die Arbeitslosen gezahlt wird, und auch die Kriegsbeihilfe in erhöhtem Maße zu beziehen Gelegenheit gegeben werden soll, und dann auf der anderen Seite alle notwendigen Lebensmittel wieder ver-

teuert werden, dann wird die beabsichtigte bessere Hilfeleistung wieder ausgeglichen, unnütz gemacht und viel mehr Schaden angerichtet als gutgemacht werden soll.

Die Preissteigerung darf so nicht weitergehen, und deshalb wird es der richtige Weg sein, daß der Magistrat ersucht wird, sich mit dem zuständigen Generalkommando in Verbindung zu setzen, um zu erreichen, daß für den bestimmten Landeskreis ein Höchstpreis für Kartoffeln festgesetzt wird. Ich erinnere noch daran, daß jetzt Versuche gemacht werden, Kartoffelprodukte dem Brote beizumischen, so daß wieder ein gewisser Teil der Kartoffeln dem Zwecke der direkten Volksnahrung entzogen wird und auch dadurch wieder preistreibend auf den Kartoffelmarkt eingewirkt wird. — Ich bitte Sie höflichst, meinen Antrag zu unterstützen und anzunehmen, damit wir auch für Braunschweig Maximalpreise für Kartoffeln bekommen.

Der Antrag wird genügend unterstützt. Auf Anfrage des **Vorsitzenden** erklärt sich die Versammlung in ihrer Mehrheit dafür, den Antrag **s o f o r t z u b e r a t e n**.

**Stadtrat von Franenberg:** Der Stadtmagistrat hat bereits vor etwa vierzehn Tagen sich an Herzogliches Staatsministerium gewandt mit dem Hinweis, daß auf dem Kartoffelmarkte sich bedauerliche Erscheinungen auch in Braunschweig herausgestellt hätten, und hat so die Aufmerksamkeit des Ministeriums auf diesen Zustand gelenkt in der Absicht, darauf hinzuwirken, daß möglichst auch für Kartoffeln Höchstpreise im Großhandel festgesetzt werden. Der Magistrat hat weiter im Anfange voriger Woche darauf hingewiesen, daß bekannt geworden sei, daß eine ziemlich starke Zurückhaltung von Kartoffeln auf dem Markte Platz gegriffen habe, und hat angeregt, es möge durch das Ministerium im ganzen Herzogtum eine Aufnahme über die vorhandenen Kartoffelbestände eingeleitet werden. Wir sind in bezug auf diese Anregung noch ohne Nachricht, ich zweifle aber nicht daran, daß das Herzogliche Ministerium sehr sorgfältig überlegen wird, ob es unserer Anregung folgen soll, und daß es, wenn irgend möglich, und wenn Bedenken, die uns nicht bekannt sind, dem nicht entgegenstehen, darnach handeln wird. Der Magistrat glaubt auch, die Festsetzung von Höchstpreisen als das schließlich unabwendbare und sicherste Mittel ansehen zu sollen, um der Preistreiberei entgegenzuwirken.

Nun wird heute allerdings bekanntgemacht, daß seitens des Bundesrats mit Rücksicht auf die schwebenden Verhältnisse Bedenken bestehen, jetzt schon mit derartigen Maßregeln vorzugehen, daß aber auch im Bundesrat Neigung vorhanden ist, zu diesem Mittel zu greifen, wenn andere Mittel versagen. Es heißt in einer Veröffentlichung, die ich heute in der „Täglichen Rundschau“ gefunden habe:



Wenn nach Abschluß der Kartoffelernte die Preise nicht fallen, dürfe zu erwarten sein, daß durch die Reichsbehörden Höchstpreise festgesetzt werden, obschon die technischen Schwierigkeiten allein wegen der Qualitätsunterschiede nicht gering seien.

Ich glaube demnach, daß unter diesen Umständen Aussicht vorhanden ist, daß entweder seitens des Bundesrats oder, wie es jetzt über die Mehlpreise beschlossen worden ist, seitens der Landeszentralbehörde, also seitens des Herzoglichen Ministeriums, eine derartige Festsetzung in Aussicht steht. Ich halte es persönlich nicht für unzweckmäßig, wenn die Stadtverordneten sich in ähnlichem Sinne schlüssig machten. Es würde das dem Vorgehen des Magistrats in dieser für die Ernährung des Volkes hochwichtigen Frage ein ergänzendes Schwergewicht geben. Der Magistrat wird dadurch um so nachdrücklicher beim Ministerium einzuwirken in der Lage sein.

**Stadtv. Roeschigt:** Eine Besprechung über Festsetzung von Höchstpreisen ist schon am 17. September durch Herrn Munte angeregt. Ich habe damals ausgeführt, daß wir eine Festsetzung der Höchstpreise für Getreide schon gehabt haben, die aber wieder aufgehoben wurde. Vor vier Wochen bin ich beim Generalkommando gewesen und habe dort klargelegt, daß Schritte gegen die Steigerung der Preise unternommen werden müßten. Sie wissen, daß schon in der Besprechung am 17. September der Wunsch geäußert wurde, der Magistrat solle Mittel und Wege finden, um bei den Behörden vorstellig zu werden. Wenn es in der bisherigen Weise weitergeht und nicht bald eingegriffen wird, dann wird der Krieg zu Ende gehen — und wir wollen hoffen, daß er bald zu Ende geht —, aber die Maßregeln nützen uns nichts.

Höchstpreise hat das Generalkommando des 7. Armeekorps schon lange festgesetzt, auch für Kartoffeln, im 10. Armeekorps ist nichts geschehen. Die Stadt Hannover hat schon lange Preise für den Kleinhandel festgesetzt. Es wird vielen von Ihnen bekannt sein, daß dort ein Händler einer Frau, die 50 Pfg. hat bezahlen wollen, 60 Pfg. abgefordert hat, und wie ihm das schlecht bekommen ist, indem er in eine Strafe von 80 *M* genommen ist. Sollte das bei uns nicht möglich sein, daß die Preise für den Kartoffelhandel festgesetzt werden? Der Unterschied in der Qualität kann dabei nicht maßgebend sein. Wir haben allerdings Salatkartoffeln, die auch in Friedenszeiten 7 *M* der Zentner kosten; von solchen kann aber bei Festsetzung der Preise natürlich nicht die Rede sein. Aber die Kartoffeln, die sonst 2,50 *M* kosten, sind heute für 4 *M* nicht zu haben.

Es ist mit der Festsetzung der Höchstpreise für Kartoffeln genau so, wie mit den Getreidepreisen. Ich habe mich gewundert, daß die Höchstpreise für letztere erst jetzt endlich herausgekommen sind und erst am 4. November in Kraft treten

sollen. Mit den Kartoffeln soll wohl gewartet werden, bis die Preise unerschwinglich werden und energische Zwangsmaßnahmen kommen müssen. Ich habe seinerzeit klargelegt, daß das Generalkommando schlecht beraten sein mußte, als es die Höchstpreise für Korn aufhob. Es müssen nicht die Preise gefragt sein, die wirklich die Sache kennen, sonst müßten, wie im 7. Armee-korps, schon lange Höchstpreise eingeführt sein. Im 7. Armee-korps hat man sie seit sechs Wochen. Auf Veranlassung der Mühlen, die seinerzeit billig einkaufen konnten — mit 200 *M* für Roggen und 220 *M* für Weizen — sind die Höchstpreise seinerzeit aufgehoben. Und wie stehen heute, nachdem Rünningen sich festgelegt hat, die Weltpreise? Das nenne ich Brotwucher in Kriegszeiten. (Sehr richtig!)

Es war von der Militärbehörde und von den Landwirten anerkannt, daß die vom Generalkommando in Hannover festgesetzten Preise auch für die Landwirtschaft, trotzdem sie 20 Prozent Minderernte gehabt hat, ausreichend gewesen wären. Da hat man — und ich behaupte, durch nicht wirkliche Sachverständige beraten — die Höchstpreise wieder rückgängig gemacht. Ob das richtig war, bezweifle ich. Wir sehen jetzt die Folgen. Ich sagte schon vor vier Wochen dem Generalkommando: Wir kommen noch um 50 *M* höher, und es ist eingetroffen, was ich gesagt habe. Die Mühlen verkaufen das Mehl nicht zu den Preisen, wie sie mit 190 *M* und 200 *M* eingekauft haben. Sie rechnen 250 *M* kostet der Weizen, also muß das Mehl soundso teuer sein. Es kommt hinzu, was mir ein Landwirt in Helmstedt gesagt hat: Ich habe 150 *M* bekommen, und als ich die Kleie haben wollte, da hat sich die Mühle gedreht und gewendet und gesagt: Die können wir nicht liefern. Das ist auch sehr böse. In den Mühlen liegen die Vorräte, und die Kleie ist auf den Höchstpreis berechnet.

Das sind Zustände, die zu der Frage berechtigen: Wohin kommen wir? Wir haben keine Einfuhr, aber auch die Ausfuhr ist verboten; unser ganzes Getreide, das geerntet ist, bleibt im Lande. Woher kommen da die hohen Preise? Nur dadurch, daß die Mühlen 30 Prozent Dividende zahlen, wie sie in Rünningen gezahlt sind, und in den nächsten Jahren 40 Prozent zahlen wollen. Wenn da nicht von Brotwucher geredet werden darf, dann weiß ich es nicht. Den Bäckern soll man keinen Vorwurf machen, die müssen nach dem Mehlpriese sich richten. Wenn Krieg ist, und Deutschland muß für seinen Bedarf selber sorgen, dann muß jeder Opfer bringen, und in erster Linie war es nötig, daß klargestellt wurde: Der Preis bleibt bestehen. Sachverständige haben erklärt, daß die Preise, die damals als zu hoch bezeichnet wurden, richtige Preise gewesen sind, das kann jeder ausrechnen, der den Verlauf verfolgt hat.

Ärgerlich aber ist es, daß diejenigen, die gar nicht zur Vertenerung des Getreides beitragen, wie das Brennereigewerbe, das nur 3 Prozent der normalen

Getreideernte verbraucht, als solche bezeichnet werden, die das Brot verteuern. Ich erkenne an, daß in diesen schweren Zeiten das Korn- und Kartoffelbrennereigewerbe die Pflicht hat, sehr wenig zu brennen, um das Nationalvermögen nicht zu verkleinern. Das ist geschehen, indem die Brennereien auf 60 Prozent herunterkontingentiert sind. Ich erkenne das als recht an, aber dann soll man uns auch nicht hinstellen als diejenigen, die das Getreide verteuerten.

Das 7. Armeekorps gibt uns das Beispiel, daß die recht gehabt haben, die seinerzeit die Höchstpreise des Generalkommandos als zutreffend bezeichnet haben, und ebenso, wie in Hannover Höchstpreise für Kartoffeln eingeführt sind, können wir sie auch hier einführen.

Stadtv. **Frede:** Ich bin auch der Meinung, daß hier mit Dampf gearbeitet werden muß. Der Magistrat würde sich das allergrößte Verdienst um die Bevölkerung der Stadt erwerben, wenn er hier mit allen Mitteln vorgehe. Wenn ich zuerst auch gedacht habe, daß es nicht anginge, durch die Stadt Maßregeln zu ergreifen, da wir keinen Einfluß auf die Produzenten, z. B. der Altmark, haben, so bin ich doch anderen Sinnes geworden durch die Berichte, daß in Frankfurt a. M. und, wie Herr Voeschigt sagt, in Hannover der Magistrat selbständig vorgegangen ist. Die Bauern in der Umgebung von Braunschweig sind zunächst angewiesen auf unsere Stadt, und wenn der Magistrat Preise für den Kleinverkauf einführt, dann werden sich die Verkäufer auch darnach richten.

Was soll erst noch die Erhebung über die vorhandenen Vorräte, die in Aussicht gestellt ist? Darüber kann Frost eintreten. Wir wissen alle, und der Großhändler auch, daß genügend Vorräte vorhanden sind. Aber von den Händlern, von denen man im vorigen Jahre Kartoffeln bezogen hat, ist absolut nichts zu haben, und 4—5 M für den Zentner gewöhnlicher Kartoffeln zu bezahlen, fällt mir nicht ein, solange ich die Aussicht habe, daß die Preise heruntergehen. Überall wird behauptet, die Landwirte mieteten die Kartoffeln ein, um später höhere Preise zu bekommen, und diesem Wucher müssen wir begegnen. Ein solches Verfahren ist um so häßlicher von den Landleuten, als zu Beginn des Krieges alle möglichen Kräfte aus den Städten sich betätigt haben, um die Landwirtschaft zu unterstützen. Auch die Schulkinder, soweit sie dazu geeignet sind, sollten mit auf das Land, um bei der Ernte zu helfen. Dabei wurden keine Bedingungen über Entlohnung gemacht, sondern man wollte vor allem die Landwirtschaft unterstützen. Jetzt haben wir den Dank. Dies Verhalten kann nicht scharf genug gezeißelt werden.

In welcher Weise der Magistrat vorgehen kann, wird er wohl selber wissen. Wenn es in Frankfurt a. M. und in Hannover möglich war, dann geht es auch hier. Von Frankfurt wurde berichtet, daß der Preis für den Doppelzentner Kar-

toffeln auf 5 bis 6 *M*, je nach der Güte, festgesetzt ist, also für den Zentner 2,50 bis 3 *M* gezahlt werden soll.

**Stadtrat von Frankenberg:** Ich möchte zunächst ein paar Worte sagen in bezug auf die von Herrn Loeschigt erwähnte ursprüngliche Preisfestsetzung durch das Generalkommando in Hannover, die nachher aufgehoben ist. Für die Beseitigung ist zweifellos die Rücksicht maßgebend gewesen, daß man eine möglichst einheitliche derartige Feststellung für die Nachbarbezirke haben und es nicht begünstigen wollte, daß einzelne Bezirke in der Beziehung allein vorgingen, während bei anderen der Zustand nicht geregelt war. Das konnte man nur erreichen durch eine allerdings zeitraubende Verständigung im ganzen Reiche, die durch den Bundesrat inzwischen vermittelt ist. Es sind jetzt eben die Höchstpreise seitens des Bundesrats herausgegeben, und dabei ist insbesondere für Braunschweig der Preis für die Tonne inländischen Roggen im Großhandel auf 227 *M* im Höchstbetrage festgesetzt, während der für Weizen auf 40 *M* höher, also auf höchstens 267 *M* gestellt ist.

In bezug auf die Kartoffeln liegt die Sache so, daß die Stadt Braunschweig zwar selbständig die Höchstpreise im Kleinhandel festsetzen könnte, was aber der Stadt eine Beschlagnahmefugnis nur wegen etwaiger Bestände in ihrem eigenen Stadtbezirke gäbe. Auch der Vorredner, Herr Frede, dessen warmes Vertrauen zu der Leistungsfähigkeit des Magistrats uns sehr schmeichelhaft sein könnte, stimmt uns bei, daß diese Beschlagnahmefrage unmöglich von der Stadt Braunschweig allein ausgeführt werden kann, sondern daß wir notgedrungen Veranlassung haben, mit dem Kreise Braunschweig, mit unseren Nachbarkreisen, vielleicht auch mit unserer Nachbarprovinz Hannover gemeinsam darin vorzugehen. Wir sind notwendigerweise angewiesen auf eine solche Verständigung, zu der das Ministerium gewiß gern die Hand bieten wird. (Na, na!) Wenn wir dort vorstellig geworden sind, so haben wir, wie ich glaube, keine Fehlbitte getan. Wir haben alle Veranlassung, in dieser ersten Zeit anzunehmen, daß das Ministerium mit uns gleichen Schritt hält. Sehr wesentlich wird es sein, daß durch die Bundesratsverordnung eine Einschränkung der Verarbeitung in den Brennereien auf 60 Prozent vorgeschrieben ist, wodurch 0,16 Millionen Tonnen für die menschliche Ernährung frei werden, ganz im Sinne des verehrten Vorredners Herrn Loeschigt.

**Stadtv. Schmidt:** Ich möchte meinen Ausführungen noch ergänzend hinzufügen, daß allerdings, wie der Herr Stadtrat von Frankenberg sagt, die Stadtverwaltung nicht allein die ausführende Macht bei Aufstellung von Höchstpreisen

für Kartoffeln darstellen kann. In anderen Landesteilen aber ist bereits der Fall eingetreten, daß man diese Höchstpreise festgesetzt hat. Dort ist man so verfahren, daß man denjenigen Leuten, welche ihre Säcke zugebunden haben und nicht haben verkaufen wollen, einfach die Säcke aufgeschnitten und polizeilicherseits die Kartoffeln zum Verkauf hat bringen lassen. Ganz anders sieht das aus, was sich bei uns abgespielt hat. Da ist ein Streit um die Höhe des Preises auf dem Markte entstanden, die Leute haben sich die Kartoffelsäcke um die Ohren geschlagen, und die Polizei hat noch dazu gesagt: „Die Verkäuferin ist im Rechte, sie kann fordern, was sie will, und wem es zu teuer ist, der muß das Kaufen bleiben lassen.“ Wenn das Publikum so schutzlos dem Verkäufer gegenübersteht, wohin soll es dann kommen! Es ist bezeichnend für die heutigen Zustände, was Herr Loeschigk vor einigen Wochen, als wir uns mit den Höchstpreisen beschäftigten, voraussagte: daß die Roggenpreise Formen annehmen würden, die wir uns nicht träumen ließen. Und so ist es auch eingetroffen.

Ich hatte bei meinem Antrage bezweckt, daß etwas in Aussicht genommen würde, um dem Steigen der Kartoffelpreise kräftig entgegenzutreten. In Köln hat gestern die Stadtverwaltung beschlossen, Höchstpreise für Kartoffeln festzusetzen. Für die bayerische Pfalz hat das Bezirksamt diese Preise festgelegt und auch Anordnungen über die Butterpreise getroffen. Es wird gesagt: In Braunschweig und Hamburg zog die Stadtverwaltung ihre Mitwirkung bei Festsetzung der Höchstpreise zurück mit dem Erfolge, daß ein Emporschnellen der Preise eintrat. Ich muß annehmen, daß das Generalkommando sich mit dem Magistrat oder der Magistrat sich mit dem Generalkommando wegen Festsetzung der Höchstpreise in Verbindung gesetzt hat. Wenn es nicht zutrifft, daß die Stadtverwaltung sogar von Maximalpreisen abgeraten hat, so mag es mit diesem Hinweise sein Bewenden haben. In anderen Landesteilen aber ist man energischer vorgegangen, und auch hier kann eine Beschlagnahme von Kartoffeln etwas helfen. Ich bin der Meinung, daß sofortige Schritte unternommen werden müssen, damit uns die Verhältnisse nicht über dem Kopfe zusammenwachsen. Es läßt sich nicht absehen, wie die Preise in 4—5 Wochen aussehen werden. Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen — der Magistrat wird nicht verfehlen, die nötigen Schritte einzuleiten.

**Stadttrat von Frankenber:** Der Magistrat hat in keinem einzigen Falle abgeraten, eine Festsetzung von Höchstpreisen vorzunehmen. Wir haben sowohl wegen der Getreide- und Mehl-, wie auch wegen der Kartoffelpreise beim Herzoglichen Ministerium unter Hervorhebung der Dringlichkeit der Sache um Festsetzung gebeten. Als das Ministerium vor kurzem die Ansicht des Magistrats wegen Festsetzung der Mehlpreise einforderte für den Fall, daß der Bundesrat,

wie es jetzt eingetreten ist, hierin nicht vorgehen wollte, hat der Magistrat sofort geantwortet, er müsse die Frage durchaus bejahen und bitte dringend, die Mehlpreise im Höchstbetrage festzusetzen. Die Festsetzung von Getreidepreisen ohne Mehlpreise ist wie ein Messer ohne Klinge. Die Herren dürfen also in Übereinstimmung mit uns die Entschließung fassen, daß der Magistrat ersucht wird, beim Ministerium vorstellig zu werden.

Stadtv. **Schhardt**: Gleich in den ersten Tagen der Mobilmachung zogen die Preise für die hauptsächlichsten Nahrungsmittel, hervorgerufen durch den Ansturm des Publikums in den Verkaufsläden und die ersten Käufe für die Heeresleitung, an, um nach kurzer Zeit im Hinblick auf die kommende gute Ernte wieder billiger zu werden.

Doch dieses war nicht von Bestand, denn es währte nicht lange, da setzte die Spekulation ein und trieb die Preise für fast alle Nahrungsmittel gewaltig in die Höhe. In Weizen, Roggen, Gerste, Hafer und Erbsen überstürzten sich die Käufer auf dem Lande, überbieten sich in den Preisen, und die Landleute forderten immer mehr und mehr, bis man dahin gelangt war, überhaupt nicht mehr verkaufen zu wollen.

Dieses geschah im Juli, August; aus diesem Vorkommnis hätte die Reichsregierung den Schluß ziehen können, daß es so bei der kommenden Kartoffelernte nicht wieder kommen dürfe.

Man hätte von Amts wegen anordnen müssen, daß jeder Bauer, ob groß oder klein, seiner Gemeindebehörde gegenüber verpflichtet war, anzugeben, wieviel Morgen er gebaut hatte; dann konnte unter Freigabe eines entsprechenden Quantum für den eigenen Bedarf das Überschießende auf Grund des Beschlagnahmungsgesetzes mit Beschlag belegt werden; dann war die Regierung in der Lage, in aller Ruhe entsprechende Maßnahmen zu treffen; es hätte dann die Heeresleitung, die von der Regierung ins Leben gerufenen 700 Kartoffelflockenfabriken, Industrie und Handel sowie jeder Privathaushalt seinen Bedarf zu normalen Preisen bekommen. Jetzt liegt die Sache so, daß die vielen Kartoffelflockenfabriken, um den Betrieb aufnehmen zu können, sehr hohe Preise für Kartoffeln anlegen und hierdurch dem Markte ganz gewaltige Mengen entziehen.

Der Bauer drängt sich deshalb gar nicht zum Verkauf, verdient er doch einmal bei seinem Kartoffelverkauf an die Fabriken und später nochmals als Gesellschafter der Fabrik G. m. b. H. beim Verkauf der Flocken.

Wenn dieses so weitergeht, dann wird es manchem Familienvater angst und bange werden, die Kartoffelkisten für den Winterbedarf voll zu bekommen.

Nun ist ja nicht zu verkennen, daß die Kartoffelflockenfabriken eine segensreiche Einrichtung für unser Vaterland werden, verfaulten doch bislang 50 Prozent der Ernte, was nunmehr fast behoben ist. Die Kartoffelflocken werden die große Lücke, welche durch Ausbleiben der russischen Futtergerste, aus welcher Gerstenschrot usw. für Schweinemästung erzeugt wurde, ausfüllen, auch Ersatz für Mais, der infolge der Unsicherheit auf dem Meere von Amerika nur mit großem Risiko zu beziehen ist, werden Kartoffelflocken sein. Hinzu kommt noch, daß Kartoffelflocken, welche in Säcken aufzubewahren sind, leicht als Futter verwendet werden; man nimmt sie, tut sie in warmes Wasser, und fertig ist das Futter.

Hieraus ist ersichtlich, daß Kartoffelflocken gern gekauft und in diesem Jahre eine große Rolle auf dem Kartoffelmarkte spielen werden.

Es wird deshalb nicht möglich sein, daß der Magistrat durch Festsetzung von Höchstpreisen zum Ziele kommen wird; dieses kann nur von Reichs wegen geschehen, und da tut große Eile not.

Ich stehe ganz auf dem Standpunkt des Herrn Kollegen Schmidt, auch ich wünsche, daß dem kleinen Mann das wichtigste Nahrungsmittel zu normalen Preisen zugänglich gemacht wird.

**Stadtv. Steinbrecher:** Es fällt auf, daß auch größere Städte schon gegen diesen Wucher vorgehen. So lese ich aus Breslau unter dem 21. Oktober, daß der Magistrat bekanntmacht, es werde eine Kommission durch die Stadt gehen, der gegenüber alle Besitzer die Pflicht haben, ihre Vorräte anzugeben.

Nun möchte ich noch um eine Aufklärung bitten. Ich habe das Gesetz wegen der Höchstpreise nicht hier, aber ich erinnere mich, daß ich auf eine Ausführungsbestimmung der preußischen Regierung gestoßen bin. In § 3 des Gesetzes heißt es ausdrücklich, daß die Bundesstaaten Ausführungsbestimmungen zu erlassen haben. Von Braunschweig ist, soweit ich die Sache verfolgt habe, noch keine Ausführungsbestimmung erlassen. Wer ist da zuständig? Ist das darauf zurückzuführen, daß das preußische Ausführungs-gesetz die Möglichkeit gibt, darauf zurückzugreifen, oder hat das Braunschweigische Staatsministerium versäumt, ein solches Gesetz zu erlassen? Ich weiß bestimmt von einem Stadtverordneten aus Wolfenbüttel, daß der Stadtdirektor Floto bei der Frage wegen Festsetzung der Höchstpreise erklärt hat: „Wir sind nicht dazu in der Lage, die Regierung muß erst Anweisung geben.“ Es wäre also auch bei uns zu erwägen, ob nicht von der Regierung erst das Ausführungs-gesetz erlassen werden muß.

**Stadtrat von Franckenberg:** So sehr ich Herrn Steinbrecher mit seinen mannigfachen sozialpolitischen Anregungen schätze, so hätte ich doch gern gesehen,

wenn er sich vor seinen letzten Ausführungen unterrichtet hätte, wie die Lage ist. Unser Ministerium hat alsbald, nachdem das Gesetz ergangen war, Ausführungsbestimmungen erlassen. Darnach sind im allgemeinen die Kreisdirektionen, für die Stadt Braunschweig aber der Stadtmagistrat als Behörde für die Festsetzung der Höchstpreise im Kleinhandel bestimmt. Da nun aber der Magistrat beantragt hat, diese Ermittlung, von der ich vorhin sprach, in allen Orten des Herzogtums stattfinden zu lassen, würde es eigentümlich aussehen, wenn jetzt die Stadtverwaltung selbständig und ohne sich um das Ministerium zu kümmern, in aller Eile in Braunschweig diese Festsetzung von Höchstpreisen im Kleinhandel vornehmen würde.

**Stadtv. Steinbrecher:** Ich bin darauf zurückgekommen, weil mir am Dienstag Herr Antrik in Wolfenbüttel mitgeteilt hatte, dort sei von Herrn Stadtdirektor Floto gesagt, das sei nicht angängig. (Zuruf: Die Kreisdirektion ist zuständig!) Wenn das so ist, dann können wir in Braunschweig ja so vorgehen, wie Herr Schmidt angeregt hat.

**Vorsitzender:** Ich schließe die Besprechung und bitte die Herren, die den Antrag Schmidt annehmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist einstimmig angenommen.

## 11. Antrag Schmidt, betreffend Wiedereinführung der Sonntagsbegräbnisse.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 430.

**Stadtv. Schmidt** (zur Begründung): Meine Herren, Sie werden sich erinnern, daß ich im vorigen Jahre durch einen Antrag die Anregung gab, man möge die Beerdigungszeit an Wochentagen auch auf den Nachmittag ausdehnen. Ich habe damals meine Gründe ausführlich dargelegt und auf die zusammengelegte Arbeitszeit hingewiesen. Auch das Gefühl der Pietät würde durch Eingehen auf meinen Antrag bei den Leichenbegängnissen gefördert werden, da die Begräbnisse am Nachmittage ein größeres Gefolge bringen würden. Wenn man an diese Gründe denkt, so muß man sich um so mehr wundern, daß der Stadtkirchenrat den Beschluß gefaßt hat, daß die Beerdigungen am Sonntag aufgehoben werden sollen. Ich glaube, diese Beschlußfassung des Stadtkirchenrats wird von dem größten Teile der Bürgerschaft nicht gebilligt werden. Wie kommt der Stadtkirchenrat dazu, solch einen Beschluß zu fassen, ohne daß vorher jemand davon etwas erfährt und sich dazu äußern kann? Er sagt einfach: Weil wir auch den kirchlichen Sonntagsfrieden in unserem Bestattungswesen haben wollen, können wir



an solchen Tagen keine Beerdigung ausführen lassen. Als Grund wurde auch angeführt, man wolle die Friedhofsarbeiter von der Sonntagsarbeit entbinden.

Als seinerzeit auf meinen Antrag der Herr Oberbürgermeister erwiderte, er wolle sein möglichstes versuchen, um dem Antrage gerecht zu werden, aber es sei das Sache des Stadtkirchenrats, da war ich erbaut von dieser Antwort und hoffte, es würde die Erlaubnis erteilt werden. Nachdem aber dieser Beschluß gefaßt ist und der Bürgerverein, der sich deswegen an den Stadtkirchenrat gewandt hatte, in der folgenden Sitzung des Stadtkirchenrats abgewiesen ist, bin ich der Meinung: Wenn man sich seitens des Stadtkirchenrats auf diesen Standpunkt stellt, dann müßte man für alle Zukunft damit rechnen, daß man erst dann, wenn der Beschluß schon gefaßt ist, etwas von der Sache erfährt, und dann müßte es damit sein Bewenden haben.

Es gibt eine ganze Menge Fälle, wo die Beerdigung, die auf den Sonnabend fällt, auf den Sonntag verschoben ist, um Personen, die daran teilnehmen wollen, aber in einem Arbeitsverhältnis stehen, das sie nicht gern versäumen wollen, die Gelegenheit zu geben, am Begräbnisse teilzunehmen. Auch für Leidtragende, die aus der Umgegend stammen, ist der Sonntag passender. Im Interesse aller dieser würde es liegen, daß die Sonntagsbeerdigungen beibehalten werden. — Ich er-  
suche Sie, meinem Antrage zuzustimmen, daß der Stadtkirchenrat ersucht wird, seinen Beschluß zu revidieren insofern, daß in Braunschweig auch weiterhin Sonntagsbegräbnisse freigegeben bleiben.

Der Antrag wird genügend unterstützt und vom Vorsitzenden der Statutenkommission zur Vorberatung überwiesen.

## 12. Antrag Stegmann auf schriftliche Zusammenstellung der in der Kriegszeit ausgeführten, in der Ausführung begriffenen und noch geplanten städtischen Arbeiten, sowie der hierfür eingestellten nicht ständigen Arbeiter.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 430.

Stadtv. **Stegmann** (zur Begründung): Durch den Antrag will ich erreichen, was mir in der vorigen Versammlung durch meine Anfrage nicht gelungen ist. Ich glaube wohl nicht nötig zu haben, eine lange Begründung zu geben, nachdem ich in der vorigen Sitzung meine Anfrage begründet habe.

Es ist bekannt, daß es unser Bestreben sein sollte, einmütig und nach Möglichkeit für Arbeit zu sorgen. Es sind damals in der Versammlung am 20. August seitens des Magistrats eine Anzahl Arbeiten in Aussicht gestellt worden, z. B. führte der Herr Oberbürgermeister an den Hausbau hinter der Magnifikirche, den

Bau der Drogistenakademie, die Kanalisation der Hamburgerstraße, den Häuserbau an der Goslarischenstraße, die Kanalisationsarbeiten an der Goslarischenstraße, die Baracke am Schwesternhause zum Roten Kreuz, den Zufuhrweg zu derselben, mit den Unternehmern Manegold soll in Unterhandlung getreten werden, um den Straßenbau in Gang zu bringen, und auch der Bahnhofsbau Celle—Braunschweig wurde zur Sprache gebracht. Herr Bürgermeister Meyer erwähnte auch die Asphaltierung verschiedener Straßen, und dann wurde der Wunsch ausgesprochen, aus der Versammlung Anregungen zu geben. Darauf kam ein ganzes Buftett von Wünschen zur Erscheinung. Auf die Okerbrücke von der Pestalozzistraße nach dem Maschpflage, auf das Viehhofsprojekt wurde hingewiesen, eine Anzahl Straßenbauten wurden erwähnt: Drafewigstraße, Sophienstraße, Wilmerdingstraße, Straße am Windmühlenberge, Fußwege an der Hamburgerstraße. Wenn das Teermafakampflaster nicht herzustellen möglich sei, weil gelernte Leute dafür nicht vorhanden waren, so sollte versucht werden, die Arbeiten in eigener Regie auszuführen, das Staket an der Ecke Maschstraße sollte erneuert werden, die Schulhöfe, die in schlechtem Zustande sind, sollten verbessert werden, der Spielplatz im Westen angelegt werden usw.

Eine ganze Menge Arbeiten sind also vorgeschlagen, die in Angriff genommen werden können. Der Herr Oberbürgermeister erklärte in der vorigen Versammlung, man könne sich ja die Sachen ansehen, und erwähnte auch einige Fälle, wo die Arbeiten im Gange sind, z. B. den Hausbau Hinter der Magnifikirche, die Arbeiten an der Goslarischenstraße, am Bienröder Wege und anderes. Das ist allerdings von den sehr vielen Wünschen recht wenig. Ich meine, man sollte uns wegen der Ausführung dieser Arbeiten nicht im dunkeln herumtappen lassen. Anlässlich der Zeitverhältnisse müßte es möglich sein, daß wir eine Aufstellung darüber bekämen, was denn nun geschehen ist.

Sodann weiß man nicht, sind überhaupt von den Arbeitslosen irgend welche Arbeiter beschäftigt? Werden die Arbeiten nur von den ständigen Arbeitern ausgeführt oder von solchen, die arbeitslos waren? Deswegen wünsche ich, daß uns eine solche Aufstellung gegeben wird. Es ist auch nötig, daß darin der Beruf der nicht ständigen Arbeiter angegeben wird. Man weiß doch, daß solche Arbeiter, die eine leichte Binnenbeschäftigung haben, wie Buchdrucker, Textilarbeiter usw., kaum von der Stadt beschäftigt werden können, daß sich die Beschäftigung fast nur auf Erd- und Bauarbeiter beschränken muß. Es wäre interessant, hierüber etwas Tatsächliches zu erfahren.

Ich bin der Meinung, daß angesichts unserer jetzigen Verhältnisse es wichtig wäre, daß man Erhebungen über die Wirkungen des Krieges auf das wirtschaftliche und soziale Leben aufstellt. Das müßte wohl von einem größeren Bezirke

oder vom Reiche durchgeführt werden, aber es müßte auch von der Stadt festgestellt werden, wie viele von den Einwohnern zum Heeresdienst eingestellt sind, wie viele davon verheiratet sind, wie viele Kinder sie haben, wie viele ledig sind, wie viele Arbeitslose wir in der Stadt haben, wie viele davon verheiratet sind, wie hoch deren Kinderzahl sich beläuft, wie viele ledig sind. Dann weiter: Wie die Arbeitslosen sich durchschlagen müssen, ob sie andere Arbeit gefunden haben, vielleicht bei der Stadt, ob sie Unterstützung vom Staat oder sonst nehmen müssen.

Die Zeit, eine solche Statistik aufzunehmen, ist wohl noch zu früh, deshalb will ich sie für jetzt nicht beantragen, aber wenn der Krieg beendet ist, dann müßte sie aufgestellt werden. Daß eine aber müßten wir schon jetzt, nämlich feststellen, welche Arbeiten von der Stadt in Angriff genommen sind oder noch ausgeführt werden sollen, welche Arbeiter damit beschäftigt sind, aus welchen Berufen sie sich rekrutieren usw. Daß ist man nicht nur den Stadtverordneten, sondern überhaupt der Öffentlichkeit gegenüber schuldig, um zu beweisen, in welcher Weise die Stadt jetzt beigetragen hat, um die wirtschaftlichen Schäden des Krieges zu beseitigen. — Ich meine auch, daß es nicht nötig ist, diesen Antrag erst noch an eine Kommission zu verweisen, sondern daß er jetzt gleich einfach beraten und angenommen werden kann.

**Vorsigender:** Sie beantragen demnach sofortige Beratung. (Wird bejaht.) Ich stelle zunächst die Unterstützungsfrage. — Der Antrag ist genügend unterstützt. Dann bitte ich diejenigen Herren, die eine sofortige Beratung des Antrages wünschen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) 12, das ist die Minderheit. Ich überweise den Antrag der Baukommission zur Vorbereitung.

### 13. Antrag **Diedmann**, betreffend Aufhebung der Sperrung der Pawelstraße.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 452.

**Stadtv. Diedmann** (zur Begründung): Diese Frage hat die geehrte Versammlung schon des öfteren beschäftigt, und man muß sich wundern, daß es bislang kein Mittel gegeben hat, diese Sperrung zu beseitigen. Ich habe diesen Antrag nicht gestellt der Anwohner der Pawelstraße wegen, sondern zugunsten derjenigen, die sie als Durchgangsweg benutzen. Es wohnen jenseits dieser Straße sehr viele, die in den frühen Morgenstunden es eilig haben, um rasch in ihren Dienst und Beruf zu gelangen, und die gezwungen sind, einen unangenehmen Umweg zu machen. Man kann beobachten, daß oftmals Leute, seien es nun Männlein

oder Weiblein, zum Ergötzen der Anwohner über die Sperre klettern, um rasch vorwärtszukommen. Ich möchte einmal sehen, was Sie zu der Sperrung der Straße sagen würden, wenn unser Sitzungssaal jenseits jenes Weges läge, wenn auch Sie gezwungen wären, einen Umweg oder eine Kletterpartie zu machen. Ich bitte, wenn es irgend angängig ist, mit den Eigentümern der Pawelstraße zu unterhandeln, damit die Sperrung aufgehoben wird.

Der Vorsigende überweist den schriftlich genügend unterstützten Antrag der Baukommission zur Vorberatung.

#### 14. Antrag Diekmann auf Errichtung einer fahrbaren Brücke über die Schunter im Zuge des Bienröder Weges.

Wortlaut des Antrages siehe Seite 452.

Stadtv. **Diekmann** (zur Begründung): Auch diesen Wunsch hatte ich vor Jahresfrist als Anregung gegeben, als die Beseitigung der Sandgrube dort vorgenommen werden mußte. Man hat der Anregung aber keine Folge gegeben, und aus diesem Grunde habe ich den heutigen Antrag gestellt. Ich habe das gerade in dieser ernsten Zeit getan, um dadurch wieder Arbeitsgelegenheit zu schaffen, und um gleichzeitig mit der Instandsetzung des Bienröder Weges diese Verbesserung herbeizuführen. Das Querumer Holz wird bekannterweise sehr gern und sehr viel von unseren Einwohnern als Erholungsort benutzt, und es ist unangenehm für diejenigen, die mit einem Fuhrwerk das Holz aufsuchen wollen, immer den ungeheuren Umweg zu machen. Eine fahrbare Überbrückung könnte meinem Erachten nach mit wenig Kosten bewerkstelligt werden, wenn eine Brücke gebaut würde ähnlich wie die Bahnhofsbrücke, neben der die Straßenbahngleise liegen, und die nach dem Droschkenhalteplatze führt. Ich möchte Sie bitten, diesen Antrag in wohlwollende Erwägung zu ziehen und baldigst mit zu erledigen.

**Vorsigender:** Ich überweise den genügend unterstützten Antrag der Baukommission zur Vorberatung.

Liegt noch etwas für die öffentliche Sitzung vor? — Das ist nicht der Fall. Ich schließe die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 7½ Uhr.





# Bericht

über die

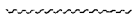
## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 17. Dezember 1914.

### Tagesordnung:

1. Erwerb eines geschichtlichen Planes der Stadt Braunschweig . . . . .	Seite 557
2. Errichtung von Bedürfnisanstalten auf dem Altstadttringe und dem Cyriaksringe . . . . .	" 557
3. Ausschließung lästiger Anlagen für verschiedene Straßen. . . . .	" 558
4. Antrag Hammer Schmidt auf Gewährung einer besonderen Weihnachtsunterstützung an die bedürftigen Angehörigen der Kriegsteilnehmer, sowie an die Arbeitslosen . . . . .	" 559
5. Anfrage Fricke über Entfernung des Gerüstes und der Baubude an der Andreaskirche . . . . .	" 571
6. Anfrage Jasper über die Unterstützung der Flüchtlinge in Braunschweig. . . . .	" 572
7. Antrag Munte, betreffend den vom Eisbahnverein zu zahlenden Pachtpreis für die Teiche im Bürgerpark. . . . .	" 576
8. Erwerb von Flächen zum Ausbau des Interessentenweges zweiter Langerkamp . . . . .	" 576
9. Wasserrohranlage auf der Uferstraße. . . . .	" 577
10. Anschaffung einer Geldzählmaschine für die Kasse der Licht- und Wasserwerke . . . . .	" 578
11. Gutachten über den Ausfall der Messe im Februar 1915 . . . . .	" 578
12. Statut über Quartier- und Naturalleistungen für die bewaffnete Macht . . . . .	" 580
13. Verlängerung der Straßenbahnlinie Schützenhaus bis zum Krankenhaus vom Roten Kreuz . . . . .	" 595
14. Antrag Hartung, betreffend Aussonderung der zu Viehfutter verwendbaren Abfälle aus dem abzuführenden Hausmüll . . . . .	" 596
15. Antrag Bunge auf Errichtung einer Kaninchenzuchtfarm und Mastanstalt . . . . .	" 597

- |   |           |
|---|-----------|
| 16. Anfrage Stegmann über planmäßige Verwertung der Küchenabfälle als Viehfutter . . . . .                          | Seite 598 |
| 17. Anfrage Stegmann über die erfolgte Entlassung einiger Hilfslaternenwärter . . . . .                             | " 600     |
| 18. Anfrage Rieke über Stellung des Magistrats zu der Leuchtmittelsalamität infolge des Petroleummangels . . . . .  | " 601     |
| 19. Ermächtigung des Magistrats zur Aufnahme einer Anleihe von 1 Million Mark beim Herzoglichen Leihhause . . . . . | " 603     |



Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Seele**, **Wagner**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtvv. **Lange**, **Schulze**, **Weichsel**, Dr. **Voge**.

Entschuldigt die Herren Stadtvv. **Frühling**, **Gundermann**, **Meyerhoff**.

Vorsitzender Dr. **Wolters**: Die öffentliche Sitzung ist eröffnet.

Eingegangen ist eine Eingabe eines Anwohners der Eichthalstraße, in der er bittet, daß auf dieser Straße ein Bürgersteig angelegt werden möchte. Wie mir mitgeteilt wird, ist an den Magistrat eine gleiche Eingabe nicht eingegangen. Ich überweise deshalb diese Eingabe der Baukommission zur Vorberatung.

Aus der Versammlung sind zwei Anträge eingelaufen, eben werden noch einige andere eingereicht.

Zuerst ein Antrag des Herrn **Hartung**:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, Ermittlungen anzustellen, ob eine Aussonderung der zu Viehfutter verwendbaren Abfälle aus dem abzuführenden Hausmüll durch statutarische oder Verwaltungsmaßregeln zu erwirken ist, und zutreffendenfalls derartige Maßregeln in die Wege zu leiten.“

Sodann ein Antrag des Herrn **Bunge**:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, auf einem geeigneten Grundstücke eine Kaninchenzuchtfarm und Kaninchenmastanstalt zu errichten.“

Weiter zwei Anfragen, beide von Herrn **Stegmann**. Die erste lautet:

„Ist dem Magistrat bekannt, daß außer der erfolgten Entlassung einiger Hilfslaternenwärter andere Entlassungen bevorstehen, und können solche Entlassungen nicht vermieden oder die betreffenden Leute anderweitig untergebracht werden?“

Die zweite Anfrage des Herrn **Stegmann** lautet:

„Wie stellt sich der Magistrat zu der Frage einer planmäßigen Verwertung der Küchenabfälle der Haushaltungen usw. als Viehfutter, um einem bei längerer Kriegsdauer eintretenden Mangel an Futtermitteln abzuhelpen?“

## 1. Erwerb eines geschichtlichen Planes der Stadt Braunschweig.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Bei den Vorarbeiten zur Beschickung der internationalen Baufachausstellung in Leipzig war dem Geometer Helves die Zeichnung baugeschichtlicher Pläne übertragen. Bei dieser Gelegenheit begann er aus eigenem Antriebe in seiner dienstfreien Zeit die Ausarbeitung eines geschichtlichen Planes vom innern Stadtgebiet, in dem der Lauf der früheren Straßenzüge, die Lage der Gebäude, die Wasserläufe und die Befestigungen der Stadt um das Jahr 1750 kenntlich gemacht sind. Auf diese Arbeit ist von ihm sehr viel Fleiß verwandt, und der Leiter der städtischen Bauverwaltung ist der Ansicht, daß die Erwerbung dieses Planes für die Stadt von Wert sein würde, wenn bauliche Vorerhebungen angestellt werden sollen, für geschichtliche Untersuchungen und anderes mehr. Der Plan ist noch nicht ganz fertig, er hängt dort aus; schon in der vorigen Sitzung werden die Herren Veranlassung genommen haben, ihn anzusehen.

Dem Vorschlage der städtischen Bauverwaltung entsprechend ist der Magistrat uns jetzt mit dem Antrage gekommen, zwecks Erwerbes des Planes für die Stadt den Arbeitsaufwand des Herrn Helves in angemessener Weise zu entschädigen, und zwar mit 500 *M*, und darüber hinaus uns einverstanden zu erklären, daß der Genannte während seiner dienstfreien Stunden den Plan fertigstellt. Der Finanzausschuß pflichtet dem Ersuchen bei und empfiehlt, die 500 *M* für den Erwerb des Planes zu verwilligen.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

## 2. Errichtung von Bedürfnisanstalten auf dem Altstadttringe und dem Cyriastringe.

Stadtv. **Rasche**: Die Vorlage des Magistrats empfiehlt 1. die Errichtung einer neuen Bedürfnisanstalt auf der Mittelpromenade des Altstadttringes nahe dem Madamenwege und 2. die Errichtung einer Bedürfnisanstalt auf der drei-



edigen Insel an der Abzweigung des Cyriakzringes aus der Frankfurterstraße. An der letzteren Stelle soll die auf dem Kleinen Exerzierplatze frei gewordene Bedürfnisanstalt benutzt werden. Die neue Bedürfnisanstalt auf dem Altstadttringe soll in Eisenkonstruktion mit Betonplatten hergestellt werden, wie es auf der ausgehängten Zeichnung dargestellt ist. Die Kosten dafür sind von der städtischen Bauverwaltung auf 3000 *M* berechnet, während die Kosten für Abbruch und Wiederaufbau der alten Bedürfnisanstalt auf 1200 *M* veranschlagt sind. Der Magistrat ersucht die Versammlung, sich mit der Ausführung der von der städtischen Bauverwaltung gemachten Vorschläge einverstanden zu erklären und die erforderlichen 3000 *M* bezw. 1200 *M* zu Lasten des Kap. IX des ordentlichen Etats zu verwilligen. Die bezeichneten Standorte sind von den geehrten Herren bereits am 18. Juni d. J. genehmigt.

Die Baukommission schließt sich den Magistratsanträgen an und bittet, der Vorlage zuzustimmen.

Der Errichtung der beiden Bedürfnisanstalten wird zugestimmt.

### 3. Ausschließung lästiger Anlagen für verschiedene Straßen.

**Stadtv. Riefe:** Vor einiger Zeit haben wir die Straßen 631 und 632 zu Ortsstraßen erklärt. Diese Straßen werden von dem Bauverein städtischer Beamten gebaut und liegen in der Gegend des ersten und dritten Langenkamps. Der Bauverein städtischer Beamten hat sich nunmehr an den Magistrat gewandt, um den beiden Straßen, weil sie eine gartenstadt-ähnliche Anlage seien, den Schutz des § 44 des Ortsbaustatuts zuteil werden zu lassen, wonach lästige Anlagen, die schädliche Dünste oder starken Rauch verbreiten, und solche, die ungewöhnliches Geräusch verursachen, auf diesen Straßen verboten werden.

Der Magistrat hat sich nicht allein diesem Ersuchen angeschlossen, sondern geht noch weiter, indem er die Versammlung ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß lästige Anlagen im Sinne des § 44 des Ortsbaustatuts ausgeschlossen werden für die Straßen 152 a, 152b, 153 a, 154 a, 154b, 155 a, 156 a, 156 b, 156 c, 636, 635, 634, 633, 632, 631 und 126 a, sowie für den Platz 122 a. Der Plan für diese Straßen hängt dort aus.

Die Baukommission hat die Vorlage geprüft und gibt Ihnen durch mich anheim, dem Antrage des Magistrats zuzustimmen.

Die Ausschließung lästiger Anlagen für die bezeichneten Straßen wird beschlossen.

#### 4. Antrag **Hammer Schmidt** auf Gewährung einer besonderen Weihnachtsunterstützung an die bedürftigen Angehörigen der Kriegsteilnehmer, sowie an die Arbeitslosen.

**Vorsitzender:** Bei diesem Punkte möchte ich nachträglich die Genehmigung der geehrten Versammlung erbitten, daß ich die Behandlung des Antrages auf die heutige Tagesordnung gesetzt habe, obwohl der Antrag noch nicht begründet werden konnte. In Anbetracht dessen, daß es sich um eine Weihnachtsunterstützung handelt und wir vor Weihnachten eine Sitzung nicht mehr haben werden, ist es wohl auch in Ihrem Sinne, daß wir die Behandlung jetzt vornehmen. Aus demselben Grunde ist auch in der Finanzkommission der Antrag schon vorbereitet. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind, daß der Antrag heute zur Beratung und Beschlußfassung kommt, und möchte zunächst Herrn Hammer Schmidt Gelegenheit geben, seinen Antrag zu begründen.

Der Antrag lautet: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, den bedürftigen Angehörigen der Kriegsteilnehmer sowie den Arbeitslosen als Weihnachtsgabe einmalig die doppelte halbm o n a t l i c h“ — dies Wort ist dem Antrage nachträglich zugefügt — „zustehende Gemeindeunterstützung zu gewähren.“

**Stadtv. Hammer Schmidt** (zur Begründung): Am 3. Dezember war wohl infolge der vorgerückten Zeit keine Neigung vorhanden, diesen Antrag zu besprechen. Deshalb war es mir versagt, einige begründende Worte zu dem Antrage zu geben. Ich möchte das heute nachholen.

Der Antrag besagt, daß bei der nächsten Zahlung der Unterstützungssätze, die hier in Braunschweig fällig sind, die doppelte Summe des für die vierzehntägigen Auszahlungen maßgebenden Satzes, der von der Gemeinde an die Frauen der Kriegsteilnehmer und in letzter Zeit auch an die Arbeitslosen gegeben wird, zur Auszahlung kommen möge. Die Motive, die mich zu dem Antrage veranlaßt haben, liegen darin, daß ich mir gesagt habe: Man rühmt heute allerorten den Heldennut der in den Krieg Gezogenen und sagt, daß durch sie das deutsche Reich viel gewonnen habe, indem die Verwüstungen des Krieges nicht in unserem eigenen Lande vor sich gehen. Diese Eigenschaft unserer Krieger müßten die Zurückgebliebenen fördern und anerkennen dadurch, daß eine durchgreifende und ausreichende Kriegsunterstützung den zurückgebliebenen Angehörigen gezahlt wird. Eines der Mittel dazu ist doch unbestreitbar die Gewährung jedweder Unterstützung, und zwar in einem Maße, das es ermöglicht, über die Notlage, die der Krieg gebracht hat, besser hinwegzukommen, als es momentan der Fall ist.

Wir dürfen nicht verkennen, daß diejenigen, die aus dem Erwerbsleben herausgerissen sind und hinausgezogen sind in das fremde Land, materiell eine

Einbuße haben, die von ihrer Kraft in Jahren nicht wettgemacht werden kann. Andererseits leiden die Zurückgebliebenen, die durch die Kriegsnot in ihrem Erwerbe geschmälert sind und materiell ganz kolossale Ausfälle zu verzeichnen haben. Deshalb, habe ich mir gesagt, muß die Gemeinde als solche für die Betreffenden eintreten. Ich habe mir die Weihnachtsgabe so gedacht, daß im vorliegenden Falle die Gemeinde den Vater vertritt, der sonst seinen Angehörigen zu Weihnachten je nach seinem Geldbeutel eine Freude zuteil werden läßt. Das fällt in diesem Jahre weg, weil der Krieger im Felde steht, und deshalb habe ich geglaubt, daß die Gemeinde, wenn auch nur in bescheidenen Grenzen, diese Stelle vertreten würde und meines Erachtens auch vertreten könnte, auch wenn dieser Betrag, wie ich mir allerdings nicht verhehle, eine Summe darstellt, die man — wie man so sagt — nicht als Pappenstiel bezeichnen kann, die aber dennoch nicht in Vergleich zu ziehen ist mit den Werten, die für das deutsche Reich jetzt durch den Gelbenmut seiner Krieger errungen werden. Die Fahnen, die erst heute wieder herausgesteckt wurden, sind ein Zeichen dessen, daß das deutsche Reich sich glücklich schätzen kann, daß die ungeheuren Schäden von seinen Gefilden ferngehalten sind. Deshalb habe ich gewünscht, daß bei der Zahlung, wie sie sonst üblich ist, die von mir beantragten Beträge mit zur Auszahlung kommen und es dann heißt: „Dieser Mehrbetrag soll die Weihnachtsgabe der Gemeinde sein.“

Nun muß ich leider gestehen, daß sich dieser Auffassung die Kommission leider nicht hat anschließen können. Sie will von einer generellen Auszahlung absehen, doch wird ja dem Herrn Referenten Gelegenheit geboten werden, die Ansicht der Kommission klarzulegen. Ich stehe nicht an, zuzugeben, daß ich durch die Kommissionsberatung insoweit überzeugt worden bin, daß eine gewisse Ungleichheit in der Verteilung, wie ich sie wünschte, in Erscheinung treten könnte. Ich erkläre unumwunden, daß es möglich ist, daß durch die verschiedenen Zuwendungen von zweiter und dritter Seite Ungleichheiten entstehen könnten und dadurch Mißmut unter den Beteiligten hervorgerufen werden könnte, und daß dieser dann größer werden könnte, als wenn eine Form gewählt würde, die der Herr Kommissionsreferent nachher vorschlagen wird.

Ich möchte Sie nicht weiter aufhalten, da der Antrag meines Erachtens für sich selbst spricht, ohne daß man große Worte darüber macht. Da ich aber in der Kommission schon die Überzeugung gewonnen habe, daß wohl wenig Aussicht besteht, in der vorliegenden Form meinen Antrag zur Annahme gebracht zu sehen, so möchte ich einen weiteren Zusatz zu meinem Antrage geben, um es Ihnen zu erleichtern, meinem Antrage Ihre Zustimmung zu geben. Der Zusatz lautet:

„Die Unterstützung ist nicht zu zahlen, soweit die Familie an Arbeitseinkommen, Kriegshilfe und Zuschüssen der Unternehmer oder des Nationalen Frauendienstes wöchentlich 25 M Einkommen hat.“

Mit anderen Worten: Wenn, alles zusammengekommen, die Unterstützung 25 *M* wöchentlich beträgt, so soll von der Zahlung der Weihnachtsgabe Abstand genommen werden. Meine Herren, ich betone, daß dieser Zusatzantrag meinerseits nur ein Notbehelf ist. Ich persönlich stehe nach wie vor auf dem Standpunkte, generell die Summe zuzubilligen, wie mein Antrag sagt, und ich bitte Sie, Ihren Entschluß möglichst dahin zu fassen, meinem Antrage in der ursprünglichen Form zuzustimmen, und wenn das nicht beliebt wird, ihm mindestens mit dem eben gemachten Zusatz stattzugeben.

**Vorsitzender:** Ich fasse den zweiten Antrag als Eventualantrag auf. Wenn der erste Antrag nicht angenommen werden sollte, empfehlen Sie den zweiten zur Annahme.

Ich nehme an, daß die Versammlung damit einverstanden ist, daß der Zusatz zu dem ersten Antrage auch mit zur Beratung und Beschlußfassung kommt.

Stadtv. **Schön:** (Berichterstatter der Finanzkommission): Wie die geehrten Herren schon gehört haben, ist der Antrag in der Finanzkommission eingehend beraten worden. Der Absicht des Antrags haben — so darf ich wohl sagen — alle Kommissionsmitglieder wohlwollend gegenübergestanden. Trotzdem ist der Antrag abgelehnt worden, und zwar einmal wegen seiner finanziellen Tragweite und zweitens wegen der Art der Verteilung, die der Herr Antragsteller vorsieht.

Die Zuzahlung der doppelten Halbmonatsrate, die im Antrage vorgeschlagen ist, würde eine Summe von mindestens 90 000 *M* erfordern. Bei den hohen Anforderungen, die der Krieg fortdauernd an die städtischen Finanzen stellt, kann die Kommission nicht befürworten, eine solch große Summe als Weihnachtsgabe zu bewilligen, also für einen Zweck, der im allgemeinen Sache der privaten Wohltätigkeit zu sein pflegt.

Was die Art der Verteilung betrifft, so wäre der Weg, den der Antrag angibt, nämlich die Verteilung nach Maßgabe der bereits bestehenden Unterstützungslisten vorzunehmen, allerdings der einfachste und bequemste. Die überwiegende Mehrheit der Kommission hält es aber nicht für zulässig, diesen Weg zu gehen, sie ist der Meinung, daß, wenn man zur Bewilligung einer angemessenen Summe gelangen sollte, diese nur für wirklich dringende Notfälle verwendet werden dürfte. Diese dringenden Notfälle würden aber auf dem Wege des Antrages nicht oder wenigstens nicht allein und auch nicht alle durch die Weihnachtsgabe getroffen werden. Es wurde in der Kommission überzeugend nachgewiesen, daß durch die behördliche Kriegsunterstützung, die sich aus Reichs- und städtischen Mitteln zusammensetzt, und die in unserer Stadt 5000 bis 6000 Familien zuteil wird, eine wesentliche Verschiebung in der Notlage der unterstützten Familien eingetreten ist,

und zwar im günstigen Sinne, weil sich in erfreulicher Weise dieser behördlichen Unterstützung weitere Unterstützungen — ich denke namentlich an die Unterstützung vieler Arbeitgeber — angeschlossen haben. Ich brauche da nur an die Unterstützung zu erinnern, die wir selbst den Familien der einberufenen städtischen Arbeiter bewilligt haben.

Von den in der Kommission vorgetragenen Zahlenbeispielen will ich hier nur eins erwähnen, und zwar das einer Durchschnittsfamilie mit zwei Kindern. Eine Frau, deren Mann im Felde steht, und die zwei Kinder zu versorgen hat, erhält gesetzlich monatlich  $4 \times 9 \text{ M} = 36 \text{ M}$ . Ist der Einberufene städtischer Arbeiter, so erhält sie außerdem noch  $10 \text{ M}$  für ihre eigene Person und  $2 \times 5 \text{ M} = 10 \text{ M}$  für die beiden Kinder, ferner eine monatliche Mietentschädigung, die wir durchschnittlich zu  $20 \text{ M}$  annehmen dürfen. Sie erhält also im ganzen  $36 \text{ M}$  behördliche Kriegsunterstützung +  $40 \text{ M}$  Unterstützung als Frau eines städtischen Arbeiters, macht  $76 \text{ M}$ , während eine Frau, die nicht in der glücklichen Lage ist, einen städtischen Arbeiter zum Mann zu haben, nur  $36 \text{ M}$  behördliche Unterstützung bekommt. Diese beiden Fälle bei weiteren Zuwendungen gleich zu behandeln, würde die Kommissionsmehrheit nicht für richtig halten.

In Wirklichkeit kommen genug Fälle vor, die noch wesentlich günstiger für die betreffende Familie liegen, ja sogar solche, in denen sich die Familie jetzt besser steht als vor der Einberufung des Familienvaters. Können wir es ihnen! Freuen wir uns darüber! Aber deshalb darf man nach Überzeugung der Mehrheit der Kommission in der Verteilung weiterer Mittel schlechterdings nicht schematisch vorgehen, man muß wohl oder übel die einzelnen Fälle prüfen. Aus diesen Gründen ist die Kommission zu dem Beschlusse gekommen, Ihnen die Ablehnung des Antrags Hammer Schmidt zu empfehlen. Dagegen legt sie Ihnen, um dem eingangs meines Berichtes erwähnten Wohlwollen Ausdruck zu geben, folgenden Antrag zur Genehmigung vor:

„Die Versammlung wolle beschließen, dem Stadtmagistrat eine Summe bis zur Höhe von  $30\,000 \text{ M}$  zur Verfügung zu stellen, um daraus in dringenden, durch den Krieg verursachten Notfällen besondere Unterstützungen zu gewähren.“

Es ist in diesem Antrag absichtlich weder von Kriegerfamilien noch von Arbeiterfamilien die Rede, weil auch außerhalb dieser Kreise besondere Notfälle durch den Krieg entstanden sind, denen billigerweise eine derartige besondere Unterstützung nicht versagt werden sollte.

Als Berichterstatter habe ich noch einen dritten Antrag zu erwähnen, der von einem Kommissionsmitgliede gestellt wurde und dahin ging, den Antrag Hammer Schmidt mit der Abänderung anzunehmen, daß unter der zu bewilligenden Gemeindeunterstützung nur der von der Stadt aus eigenen Mitteln gewährte Anteil zu verstehen sei. Also z. B. nicht die  $18 \text{ M}$  monatlich für die Ehefrau, sondern nur

18 *M* — 12 *M*, weil diese 12 *M* Reichsunterstützung sind, die durch Leistung der Gemeinde auf 18 *M* erhöht wurde. Der Antragsteller beschränkte also den Antrag Hammerschmidt dahin, daß er nur diese Differenz als Gemeindeunterstützung verstehen will, also auch für jedes Kind nicht 9 *M*, sondern  $9\text{ }M - 7\text{ }M = 2\text{ }M$ . Bei dieser Auslegung würden die für die Weihnachtsgabe erforderlichen Mittel sich ungefähr mit der von der Kommissionmehrheit vorgeschlagenen Summe decken. Da aber die Verteilungsart dieselbe bleiben sollte, wie nach dem Antrage Hammerschmidt, so konnte die Kommissionmehrheit dem Antrage nicht zustimmen.

Wenn ich nun zu dem Zusatz, den eben der Herr Antragsteller vorgetragen hat, noch etwas bemerken darf, so kann das nur geschehen als eine persönliche Meinungsäußerung, da der Zusatz in der Kommissionssitzung noch nicht gemacht war. Persönlich würde mich dieser Zusatz nicht veranlassen können, dem Antrage zuzustimmen. Schon allein die Erhebungen, die notwendig werden, um zu bestimmen, ob die 25 *M* überschritten werden oder nicht, würden genügen, mich zu einer Ablehnung kommen zu lassen. Mehr noch aber der Umstand, daß ich 25 *M* Wocheneinnahme nicht als eine solche ansehen kann, bei der man allgemein von einem dringenden Notstande sprechen kann. Ich würde also letzten Endes bitten, trotz des Zusatzes den Antrag Hammerschmidt abzulehnen und den Antrag der Kommission anzunehmen.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Von dem Ergebnis der Kommissionsberatung bin ich zwar sehr unbefriedigt, ich freue mich aber, daß an sich die Kommission bereit ist, Gelder zu bewilligen, nur ist es nicht so viel, wie der Herr Antragsteller gewünscht hat.

Gerade das, was der Herr Berichterstatter dem Zusatzantrage des Herrn Antragstellers jetzt zum Vorwurfe gemacht hat, daß darnach sehr viele Erhebungen notwendig wären, um zu ermitteln, ob wohl ein Gesamteinkommen von 25 *M* vorhanden ist oder nicht, dieser Vorwurf fällt dem von dem Herrn Berichterstatter für die Kommission befürworteten Antrage erst recht zur Last. Diese Erhebungen müssen in gleicher, sogar viel umfassenderer Weise angestellt werden, wenn die berufene Stelle prüfen soll, ob ein durch den Krieg verursachter Notstand besondere Unterstützung erheischt. Ich weiß nicht, ob der Herr Berichterstatter meint, mit der Lösung der Aufgabe, festzustellen, ob ein dringender Notstand vorhanden ist, und ob er durch den Krieg verursacht ist, schneller fertig zu werden als mit dem immerhin äußerlich leichter erkennbaren Mittel: Ist ein Einkommen von 25 *M* aus genau angegebenen vier Stellen vorhanden oder nicht? Es wird sich leicht die Höhe des städtischen Zuschusses, die Höhe der Kriegshilfe, der Unterstützung durch Unternehmer und durch den Nationalen Frauendienst, vielleicht auch die Höhe der Arbeitseinnahme ermitteln lassen, viel leichter als festzustellen ist, ob die

Not durch den Krieg entstanden ist. Was der Herr Berichterstatter dem Zusatzantrage des Herrn Hammerschmidt zum Vorwurf macht, hat mich bestimmt, dem Vorschlage der Kommission sehr wenig Geschmack abzugewinnen. Ich möchte bitten, das Bedenken zu erwägen, ob nicht dadurch, daß Sie hier alles in die Hände der Behörde legen, also doch einer gewissen Willkür, der Laune will ich nicht sagen, aber einem Ermessen, das den menschlichen Irrthümern sehr leicht unterworfen ist, Thür und Tor öffnen. Ich glaube: das Gute, das die Kommissionmehrheit durch ihren Antrag erreichen will, nämlich die Not zu lindern, das würde auf der anderen Seite zu einem gewissen Umfange wieder beseitigt, indem sie den Eindruck erweckt, als sei hier nicht ein gleichmäßig einheitlicher Maßstab angelegt, sondern ein solcher, der menschlichen Irrthümern unterworfen ist.

Es ist richtig, daß das Schablonenhafte in gewissem Umfange das Geld nicht so ausreichend an die Stelle schafft, wo es notwendig wäre; es könnten auch Fälle denkbar sein, in denen ausnahmsweise der einzelne mehr erhalten könnte, als nach billigem Ermessen angebracht sein würde. Das sind aber nur ganz verschwindende Ausnahmen, denn im allgemeinen ist ja die städtische Kriegshilfe nicht so ungeheuer groß, daß die Leute damit sehr weite Sprünge machen können, und daß man sagen könnte: Die Not, die durch den Krieg bei den Kriegerfamilien und bei den durch den Krieg in Arbeitslosigkeit Gerathenen eingetreten ist, sei ausreichend gelindert. Die Frau bekommt an städtischer und staatlicher Unterstützung für den Tag 60 Pfg. Ich weiß nicht, wie weit man damit springen kann. Oder wenn Sie das Beispiel des Herrn Berichterstatters nehmen — in der Kommission rechnete er  $1\frac{1}{2}$  Kinder als Durchschnitt, ich will das umrechnen —, so beträgt der Satz für Frau und zwei Kinder 1,20 M; ich glaube, dabei wird Schmalhans meistens Küchenmeister sein, so daß eine Ergänzung notwendig ist, eine Ergänzung, die in aner kennenswerter Weise — genau so wie die Stadt nach einigem Zureden — manche Unternehmer leisten, aber bei weitem nicht alle und nicht alle Unternehmer in einem ausreichenden Umfange, um die inzwischen eingetretene Steigerung der Lebensmittelpreise einigermaßen auszugleichen. Als wir die Beschlüsse faßten, durch die die Kriegshilfe festgesetzt wurde, befanden wir uns noch in dem ersten Monat des Krieges; der Winter war noch nicht im Lande, und die Teuerung der Lebensmittel hatte noch nicht den Umfang angenommen, wie wir es jetzt zu unserem Leidwesen erfahren haben. Diese auszugleichen, sollte wohl gerade das Weihnachtsfest ein Anlaß sein, wenn es auch nur in geringfügigem Umfange geschehen könnte, und deshalb möchte ich Sie in erster Linie bitten, dem Antrage des Herrn Hammerschmidt, dem er durch seinen Eventualantrag einigermaßen die Zähne ausgebrochen hat, indem er den Unbilligkeiten, die vorkommen könnten, entgegengetreten ist, zuzustimmen.

Nach den Verhandlungen des Ausschusses und nach dem Eindruck, den auch heute die geehrten Herren mir machen, scheinen Sie nicht gerade redeneifrig zu sein, um sich zu dem Vorschlage der Kommission zu äußern. So glaube ich dem Wunsche, der mir dringend am Herzen liegt, dadurch näher zu kommen, wenn ich versuche, den Antrag der Kommission möglichst zu verbessern und der Laune, der Willkür einigermaßen durch eine Regelung hier bestimmte Grenzen zu geben. Der Herr Berichtersteller hat das eine nicht erwähnt: wie die Ausführung dieser Maßnahme vom Magistrat gedacht ist. Wenn man praktisch durchdenkt, was nun mit den 30 000 *M.*, die der Ausschuß dem Magistrat zur Verfügung gestellt wissen will, werden soll, dann sieht man, wie unselig unter Umständen dieser ganze Antrag wirkt, und wie wenig er den Wünschen des Herrn Antragstellers gerecht wird. Es ist dies nicht als Weihnachtsgabe gedacht — das ist vom Ausschuß vollkommen fallen gelassen —, sondern es soll die Summe dem Magistrat zur Verfügung gestellt werden. Dieser wird sie nicht von sich aus oder von einer besonderen Geschäftsstelle oder vom Nationalen Frauendienst, der schon Fühlung mit den beteiligten Kreisen hat, ausgeben lassen, sondern sie werden ausgegeben werden, wie im Ausschuß erwähnt wurde, durch die städtische Armenpflege, der ja Fühlung mit den Beteiligten auch nicht abgesprochen werden kann. Dieses Organ ist schon ein großer Stachel für die Beteiligten, die in Not geraten sind — darüber haben wir uns schon bei verschiedenen Gelegenheiten unterhalten —, und das macht mir den Kommissionsantrag nicht gerade schmachhafter, so daß ich in erster Linie für den Antrag Hammerschmidt eintrete. Aber wie gesagt, nach der Stimmung, wie sie vorzuliegen scheint, rechne ich damit, daß der Kommissionsantrag auch hier die Mehrheit findet, und ich möchte dann den Armenpflegern eine gewisse Richtschnur auf den Weg geben, um ihnen zu zeigen, wann ohne weiteres die „dringende Not“ von ihnen zu bejahen ist. Deshalb greife ich auf das zurück, was der Herr Antragsteller Hammerschmidt in seinem Zusage gesagt hat, daß 25 *M.* wöchentliche Einnahme die Mindestgrenze sein soll. Es ist überall da ein dringender Notfall im Sinne der hoffentlich eintretenden Mehrheit der geehrten Herren zu bejahen, wenn dieses Einkommen von 25 *M.* in der Familie nicht vorliegt und somit das Existenzminimum für die Familie nicht gewährleistet ist.

Wird eine solche Bestimmung nicht aufgestellt, dann können die Armenpfleger planlos walten, können bei dem einen den Notstand bejahen und bei dem anderen verneinen. Es muß eine Norm mitgegeben werden. Wie auch sonst in der Armenpflege sich gewisse Regeln ausgebildet haben, und wie der Magistrat auch sonst seine Anweisungen zu erteilen pflegt, so bedarf der Antrag der Kommission mindestens der Ergänzung, wenn er die Kreise berühren soll, die von dem Antragsteller und uns als die Betroffenen anzusehen gewünscht wird, nämlich die Kreise der Arbeitslosen und der Kriegerfamilien. Nach dem Laufe der Verhandlungen



im Ausschuß habe ich den Eindruck, als sollten im Ergebnis die 30 000 *M* ganz anderen Kreisen zugewandt werden, als wir sie ursprünglich im Auge hatten, indem vorgerechnet wurde, wie gut sich die Kriegerfamilien ständen, besonders die Familien derjenigen Krieger, welche in verschiedenen Werken oder gar von der Stadt beschäftigt gewesen sind. Das ist nicht die Regel, sondern es sind immer Ausnahmen. Was von den verschiedenen Stellen, von den Unternehmern wie von der Stadt, und von der stadt-staatlichen Kriegshilfe geleistet wird, reicht nicht aus, um den Lebensunterhalt in dieser teuren Zeit zu verbürgen. Ich füge mich dem Antrage der Kommissionmehrheit, indem ich die Armenpfleger in Kauf nehme, aber ich bitte, ihnen eine Regel mitzugeben, indem ich Sie bitte, mindestens dem Kommissionsantrage folgenden Zusatz zu geben:

„Die Unterstützung ist mindestens in Höhe des halbmonatlichen Gemeindefuzusses zur Kriegsbeihilfe zu gewähren, wenn die Familie ein Einkommen unter 25 *M* wöchentlich hat.“

Ich komme in dieser Fassung dem Gedankengange der Kommissionmehrheit entgegen, daß ich über die Form der Gewährung hinaus auch die Quelle des Einkommens ganz dahingestellt sein lasse — ob es aus einer der vier Quellen des Zusatzantrages kommt oder aus anderen Quellen —, und indem ich das Grauen zu überwinden suche, daß der Herr Berichterstatter vor der ungeheuer großen Summe hat, die den Kriegerfamilien und den Familien der Arbeitslosen bewilligt werden soll. Ich suche mit derselben Summe auszukommen, die die Kommission ausgeworfen hat, nur möchte ich, daß diese Regel den Armenpflegern mitgegeben wird. Der halbmonatliche Zuschuß würde den 30 000 *M*, die die Kommission bewilligen will, gleichkommen, so daß nach dieser Seite kein Zwiespalt zwischen meinem und dem Kommissionsantrage wäre, nur die Armenpfleger werden dann wissen, was sie mit dem Gelde anfangen sollen.

**Stadtv. Frede:** Den Zusatzantrag des Herrn Hammerichmidt halte ich für einen unglücklichen, und ich begreife nicht, wie Herr Dr. Jasper dafür hat eintreten können. Wenn die Gesamteinnahme einer Familie 25 *M* und mehr beträgt, dann soll keine weitere Unterstützung gewährt werden! Es wird bei diesem Zusatzantrage gar nicht Rücksicht genommen auf die Größe der Familie. 25 *M* wöchentlich kann für die eine Familie viel und für eine andere sehr wenig sein. Handelt es sich um eine Frau oder eine mit einem Kinde, so braucht sie in der Tat keine weitere Unterstützung; ist es aber eine Frau mit mehreren Kindern, dann kann es sehr nötig sein, ihr eine Weihnachtsgabe zuzubilligen. Eine schematische Behandlung halte ich bei dergleichen Sachen nicht für angebracht und bin der Meinung des Herrn Kommissionsreferenten, daß es auf individuelle

Behandlung, auf die Betrachtung des einzelnen Falles ankommt, und deshalb spreche ich mich für den Antrag der Kommission aus.

**Stadtrat von Frankenberg:** Wenn jemand seit Ausbruch des Krieges mit der Fürsorge für die Kriegerfamilien zu tun gehabt hat, so kann es ihm nur erwünscht sein, wenn aus der Mitte der geehrten Versammlung eine Art Wettstreit sich zeigt, den Kriegerfamilien und auch den mittelbar durch den Krieg berührten Familien der Arbeitslosen und anderen Familien behilflich zu sein. Insofern muß es zweifellos anerkannt werden, daß Herr Hammerschmidt das Bestreben gehabt hat, in diesen Fällen nach Möglichkeit und in Anlehnung an das vor uns liegende schöne Weihnachtsfest ein übriges zu tun.

Die Kommission hat einen anderen Weg eingeschlagen, als er im Antrage bezeichnet ist, und wenn man beide Möglichkeiten, die sich für die Kriegsfürsorge eröffnen, miteinander vergleicht, so läßt sich nicht leugnen, daß auf den ersten Blick der ursprüngliche Weg des Herrn Hammerschmidt außerordentlich rasch, ich möchte fast sagen automatisch wirkend, einer großen Anzahl von Familien zu Weihnachten eine Beihilfe zu leisten geeignet ist — ich möchte aber doch gleich hinzufügen, fast zu automatisch, fast zu schablonenmäßig, ohne daß dabei dem Einzelfalle irgendwie Rechnung getragen würde, abgesehen von dem Umstande, daß natürlich die Höhe dieser Weihnachtsgabe sich nach der Höhe der diesen Familien gewährten Unterstützungen richtet, die bekanntlich von der Kinderzahl abhängen. Der Weg, den die Kommission vorschlägt, läßt doch die Möglichkeit offen, daß man sich viel genauer, sorgfältiger den einzelnen Fällen der Bedürftigkeit der Familien und den Schwierigkeiten, in die sie etwa durch besondere Fälle geraten sind, besonders anpassen kann, und das scheint mir, wenn man überhaupt wohlthun will, entschieden zweckmäßig. Es hat nach den Erfahrungen, die auf dem Gebiete der Armenpflege wie der Wohltätigkeit gemacht sind, und die sich mehr und mehr zu einer gewissen Wissenschaft des Wohlthuns verdichtet haben, doch allgemein Zustimmung gefunden, daß man nicht automatisch wohlthun soll, sondern daß man in eine zielbewußte Prüfung des einzelnen Falles eintritt, und insofern scheint die Möglichkeit, die durch den Kommissionsantrag eröffnet werden soll, den Vorzug vor dem Antrage Hammerschmidt zu verdienen.

Nun hat zwar Herr Hammerschmidt sich heute redlich bemüht, durch eine Ergänzung seinen Antrag zu verbessern. Er möchte darnach unter Beschränkung auf diejenigen Fälle, bei denen ein wöchentliches Einkommen von 25 M nicht erreicht wird, diese Unterstützung gewährt sehen. In dieser Hinsicht muß ich darauf verweisen — was auch von Herrn Frede soeben erwähnt wurde —, daß wir eine große Anzahl von Kriegerfamilien haben, bei denen ein sehr starker Kinderreichtum vorhanden ist. Es sind, wie ich eben nachgerechnet habe, ungefähr

150 Kriegerfamilien mit fünf und mehr Kindern in der Stadt, und bei diesen würde selbst eine derartige Einnahme von 25 *M* wöchentlich verhältnismäßig nicht zu viel zu bedeuten haben. Sobald Sie aber, mag diese Grenze etwas überschritten oder auch nicht voll erreicht sein, den Umstand hinzunehmen, daß durch Wochenbett, Todesfall, lange währende Krankheit der Angehörigen, Brandschaden oder dergleichen eine Familie besonders geschädigt wird, so ist durch die Maßregel der Kommission sofort die Möglichkeit geschaffen, in wirksamer Weise zu helfen.

Wenn man beide Vorschläge, die beide das für sich haben, daß sie wohlgemeint sind und in der Versammlung eine Weihnachtsstimmung im voraus zu eröffnen sich bemühen, gegeneinander abwägt, so muß man doch sagen: das gute Herz und der gesunde Menschenverstand der Kommission scheint vor dem Weihnachtsautomaten des Herrn Hammerschmidt den Vorzug zu verdienen. Da einmal in unserer unvollkommenen Welt es so ist, daß das Bessere der Feind des Guten bleibt, und da es heißt: „Prüfet alles und das Beste behaltet!“, so möchte ich bitten, für den Antrag der Kommission zu stimmen.

**Stadtv. Hammerschmidt:** Die Ausführungen des Herrn Frede haben mich eigentümlich berührt, und der Herr Stadtrat von Frankenberg ist darauf eingegangen.“ Ich bitte Sie, folgendes auseinanderzuhalten: Es ist ja gerade der Unterschied meines Antrages gegenüber dem Kommissionsantrage, daß in meinem Antrage n i c h t von einem N o t f a n d e als solchem, wie man im allgemeinen davon spricht, die Rede ist, sondern ich wollte den Kriegerfamilien und den Arbeitslosen eine W e i h n a c h t s g a b e zukommen lassen. Die Bedürftigkeit als solche ist schon dadurch gegeben, daß sie diese Unterstützung von der Stadt beziehen, denn nur die Bedürftigen bekommen die jetzige Unterstützung, die anderen scheiden Sie jetzt schon aus.

Wenn Herr Frede meint, es sei eine Ungerechtigkeit gegenüber der Frau, die mehrere Kinder zu versorgen hat, wenn eine Frau, die alleinsteht, die Weihnachtsgabe bekommt, so frage ich: Wer hindert Sie denn, den Ausgleich nach oben zu machen? Wenn das Minimum festgelegt wird, so mag man da, wo 3, 4 oder 5 Kinder sind, sagen: Dorthin geben wir mehr, um einen Ausgleich zu schaffen. Ich habe immer in meinen Antrag hineingelegt, daß die Gemeinde den Vater ersehen soll, der Weihnachten nicht daheim ist, und deshalb bin ich der Ansicht, daß selbst eine Frau, die alleinsteht oder nur ein Kind zu versorgen hat, sich auch über das Kleine freuen würde, was die Gemeinde hier gibt, da der Mann nicht in der Lage ist, ihnen eine Weihnachtsfreude zu machen. So darf man meine Absicht nicht verwechseln mit der Vinderung des Notstandes als solchen. Ich stehe auf dem Standpunkte: bei denen, die draußen stehen, wird kein Unterschied gemacht in dem, was sie sonst verdienen, ob sie reich oder arm sind, sie werden alle über einen

Kamm geschoren, deshalb bin ich für eine generelle Verteilung auch heute noch. Machen Sie keinen Unterschied, ziehen Sie hier alle gleichmäßig an einem Strange und bewilligen Sie allen gleichmäßig eine Weihnachtsgabe!

Wenn weiter der Verteilungsmodus beragt ist, so kann ich dazu sagen: Ich stehe in der Praxis. Nehmen Sie es nicht für ungut, wenn ich Ihnen berichten muß, daß mitunter Leute, die sich zum Armenpfleger bemühen mußten, einen Widerwillen dagegen zeigen. Sie klagen mir ihre Not und sagen: „Was kann ich dafür, daß mich die Verhältnisse in diese Lage gebracht haben? Es ist schlimm genug, daß ich keine Arbeit habe! Ich will gern arbeiten und kann es nur nicht. Und nun soll ich diesen Weg gehen!“ Es ist zutage getreten, daß mancher arme Teufel geradezu von Pontius nach Pilatus geschickt worden ist, 6, 7 Wege hat machen müssen, und daß hinterher, nur um den Mann los zu werden, der Armenpfleger schließlich das Portemonnaie genommen und gesagt hat: „Hier haben Sie einen Taler.“ Ich bitte, das zu beachten! Nehmen Sie wenigstens bei dieser Unterstützung diesen Stachel weg, und geben Sie nicht dieses Milieu mit zu diesem Antrage!

**Stadtv. Besemeier:** Es hat mich angenehm berührt, daß selbst Herr Stadtrat von Frankenberg eine wöchentliche Unterstützung von 25 M als verhältnismäßig sehr minimil bezeichnet hat. Wir werden uns das merken in bezug auf die Löhne der städtischen Arbeiter. Wenn die einmal wieder zur Besprechung kommen, können wir unsere Nuganwendung daraus ziehen. Leider hat eine ganze Anzahl unserer städtischen Arbeiter lange nicht einen solchen Lohn, wenn sie in voller Arbeit stehen. Doch abgesehen davon — wie kann man einen solchen Einzelfall, wie ihn der Referent angeführt hat, herausnehmen, um das Ganze, die 6000 Familien, die nach Angabe des Herrn Referenten unterstützt werden müssen, über einen Kamm zu scheren. Es ist meines Erachtens nicht möglich, daß man so urteilen könnte.

Aber auch die Beurteilungsweise des Herrn Frede ist falsch, wenn ich auch gern bereit wäre, sie anzuerkennen, falls sie richtig wäre. Er sagt: Es kann eine Frau, die 1 oder 2 Kinder hat, mit 25 M Einkommen gut auskommen, während eine andere Frau, die 5 Kinder zu versorgen hat, ihre große Not hat, wenn sie damit auskommen soll. Dazu sage ich: Es gibt leider keine Frau mit einem Kinde oder mit zwei Kindern, die eine solche Unterstützung erhält, unsere Sätze sind so beschränkt, daß nur Frauen mit vielen Kindern diesen Satz erreichen können. Es ist notwendig, daß anerkannt wird — was Herr Stadtrat v. Frankenberg und Herr Frede getan haben —, daß 25 M wöchentliche Einnahme für sie nicht genügen, und so müßte man erst recht dazu kommen, dem Antrage Hammer Schmidt zuzustimmen.

Die Einzelfälle, die angeführt werden, können mich nicht davon überzeugen, daß es ungerecht wäre, wenn eine wöchentliche Einnahme von 25 *M* — wenn das auch ein schematisches Ansehen hat — als Grundlage dafür angenommen wird, eine Weihnachtsunterstützung zu gewähren. Ich glaube, es würde auch keine zu große Belastung der Stadt sein, wenn man den Familien der Krieger und den Arbeitslosen in dieser Weise entgegenkommt. Man hat die Angaben über die bisher geleistete Unterstützung sehr leicht zur Hand; die Schwierigkeiten der Erhebungen fürchte ich also nicht. Wenn sie nicht in Braunschweiger Art geführt und recht in die Länge gezogen werden, dann dürfte bald festgestellt sein, was eine Frau bekommt. Der Armenpfleger müßte im anderen Falle auch erst Erhebungen anstellen. Auch mir sind solche Fälle, wie sie Herr Hammerschmidt erwähnt hat, zu Ohren gekommen, wo die Leute immer wieder haben zum Armenpfleger kommen müssen und es ihnen zum Ekel gemacht ist, die Unterstützung hinzunehmen. Ich befürchte, daß das auch in diesem Falle geschehen wird. Hier zu Weihnachten, zum Feste der Liebe, sollte man den Leuten eine Freude bereiten, und das kann nur geschehen, wenn in der Weise verfahren wird, wie es der Antrag Hammerschmidt verlangt.

**Vorsitzender:** Die Reihenfolge bei der Abstimmung würde der Tragweite der Anträge entsprechend meines Erachtens die folgende sein: Zunächst der ursprüngliche Antrag Hammerschmidt. Sodann ist ein weiterer Antrag des Herrn Hammerschmidt als Zusatzantrag gestellt; es ist dies aber ein neuer Antrag, ein Eventualantrag, der erst zur Abstimmung kommen würde, nachdem der erste abgelehnt sein würde. Darauf würde der Kommissionsantrag als solcher folgen. Herr Jasper hat hierzu einen Zusatz beantragt, und diesen fasse ich wirklich als Zusatz und nicht als einen neuen Antrag auf. Dieser würde zur Abstimmung kommen, falls der Kommissionsantrag angenommen wird.

Ich nehme an, daß die verehrten Herren mit dieser Reihenfolge der Abstimmung einverstanden sind.

Nachdem die Anträge nochmals verlesen sind, wird der ursprüngliche Antrag Hammerschmidt abgelehnt, sodann auch der ursprüngliche Antrag Hammerschmidt in Verbindung mit dem heutigen Zusatz. Für den Kommissionsantrag entscheidet sich die Mehrheit der Versammlung. Der von Herrn Stadtv. Dr. Jasper beantragte Zusatz zum Kommissionsantrage wird abgelehnt.

**Vorsitzender:** Inzwischen ist folgende Anfrage von Herrn Niese eingegangen:  
 „Wie stellt sich der Magistrat zu der Leuchtmittelkalamität? Ist derselbe bereit, etwa durch billige Gasabgabe oder andere Maßregeln diesen Übelstand möglichst zu beseitigen?“

## 5. Anfrage Friede über Entfernung des Gerüsts und der Baubude an der Andreaskirche.

Wortlaut der Anfrage: „Kann der Magistrat Mitteilung davon machen, wann das Gerüst und die Baubude an der Andreaskirche entfernt werden?“

Stadtv. **Friede** (zur Begründung): Soweit mir erinnerlich ist, steht das Gerüst an der Andreaskirche zur Ausbesserung der Türme bereits ungefähr 5 Jahre. Das ist eine sehr lange Zeit, wenn man bedenkt, daß der Verkehr an dieser Stelle so lange gesperrt wird durch eine Arbeit, die eigentlich nur eine Ausbesserung ist. Es ist verständlich, wenn die Bürger verlangen, daß die Arbeit nun endlich zu Ende geht. Nur selten sieht man an dem Gerüst jemand arbeiten, viele Tage bin ich an dem Gerüst durchgegangen und habe niemals Arbeiter dort gesehen. Es geht also dort sehr gemütlich her. Daß wir darunter leiden sollen, kann ich nicht für recht erachten. Ich habe ja nun in den Zeitungen, die immer mehr wissen als wir, gelesen, daß das Gerüst noch länger stehen bleiben muß. Wenn Sie die Stelle sich ansehen wollen, werden Sie finden, daß eine teilweise Sperrung der Straße durch das Gerüst wirklich stattfindet, und darum bitte ich den Magistrat, uns Mitteilung zu machen, ob das Verkehrshindernis nun wohl bald entfernt werden kann.

Oberbürgermeister **Hettemeyer:** Meine Herren. Es ist Ihnen bekannt, daß das Gerüst sehr erhebliche Kosten verursacht hat — wenn ich nicht irre, waren es über 60 000 M —, und daß es deshalb das Bestreben des Bauleiters war, nachdem das Gerüst hier nicht mehr gebraucht wird, es, wenn irgend möglich, als solches zu verkaufen. Dafür sind nun augenblicklich die Zeiten sehr schlecht. Es ist selbstverständlich anzuerkennen, daß die Beseitigung des Gerüsts nunmehr wünschenswert erscheint, und man kann sich dabei nicht auf den Standpunkt stellen, so lange damit zu warten, bis sich ein Abnehmer für das ganze Gerüst gefunden hat. Es kommt aber noch ein neues Moment hinzu: Es fehlt an Arbeitern für den Abbruch. Gerade in der Eisenindustrie ist die Frage der Beschaffung von Arbeitern heute eine sehr schwierige. Diese Arbeiten im Winter durch ungeübte Arbeiter vornehmen zu lassen, kann man nicht verantworten, und sollte gar das Gerüst teilweise gelöst sein und Frost die Fortsetzung der Arbeit verhindern, so könnten unter Umständen sehr unangenehme Unfälle eintreten. Ich glaube des-

halb, daß wir das Gerüst noch so lange stehen lassen müssen, bis diese Fragen gelöst sind.

Ich gebe zu, daß es nicht angenehm ist, wenn der Verkehr an dieser Stelle noch beschränkt wird, aber nach meinen Beobachtungen ist der Verkehr dort nicht so sehr belastet. Anders wäre es schon, wenn die andere Seite der Straße in Frage käme. So meine ich also, sollten wir uns darin finden, daß das Gerüst bis zum Frühjahr stehen bleibt. Sollten die Herren anderer Ansicht sein, so wird der Magistrat dazu Stellung nehmen. Ich bemerke aber noch: Das Gerüst gehört nicht uns; durch die Trennung der Kirche von der Stadt ist auch das Gerüst meiner Ansicht nach freies Eigentum der Kirche geworden. Wir würden uns nötigenfalls an den Kirchenauschuß zu wenden haben mit dem Ersuchen, das Gerüst schnelligst beseitigen zu lassen.

## 6. Anfrage Jasper über die Unterstützung der Flüchtlinge in Braunschweig.

Wortlaut der Anfrage: „In welcher Weise werden die Flüchtlinge in Braunschweig unterstützt?“

Stadtv. Dr. **Jasper** (zur Begründung): Meine Herren. Es wird Ihnen bekannt sein, daß in ziemlich großem Umfange Flüchtlinge, besonders aus dem östlichen Deutschland, aber auch aus dem Elsaß, in unserer Stadt zu finden sind. Diese Flüchtlinge haben die raue Erfahrung machen müssen, daß hier nicht ohne weiteres ersichtlich war, wie für sie gesorgt wird. Die Flüchtlinge konnten es erleben, daß sie von einer Stelle der Stadt nach der anderen gesandt wurden und niemand ihnen sagen konnte, welche Hilfe ihnen geleistet wird. Nach der Anweisung, die der Nationale Frauendienst von der Stadt erhalten hatte, sollte in der letzten Zeit nur für Kriegerfamilien die Fürsorgetätigkeit entwickelt werden, und wenn er anfänglich auch für die Flüchtlinge gesorgt hatte, so sollte das in den Wochen, als ich den Antrag stellte, nicht mehr stattfinden. Wenn die Polizei um Hilfe angegangen wurde, so hatte sie unmittelbar nichts damit zu tun, die Armenpfleger verwiesen die Flüchtlinge wieder nach anderen Stellen, und wenn sie auf das Rathaus kamen, wurden sie auch nicht klüger.

Nachdem nun mein Antrag in der letzten Sitzung gestellt war, ist ja in zweifacher Weise eine Besserung zu verzeichnen: einmal dadurch, daß die Zahl der Flüchtlinge in erfreulicher Weise abgenommen hat, da es infolge der Entwicklung der kriegerischen Ereignisse möglich ist, daß nach dem Osten zu die alte Heimat wieder aufgesucht wird, und ferner dadurch, daß — ich weiß nicht, ob infolge der Anfrage oder infolge eigener Erwägungen im Schoße des Magistrats — eine

gewisse Regelung stattgefunden zu haben scheint, indem ich jetzt von verschiedenen Fällen gehört habe, in denen der Nationale Frauendienst Kleider, Arbeitsgelegenheit oder Arbeitsgeräte und dergleichen gewähren konnte, was früher nach der bestehenden Anweisung ausgeschlossen erschien. Aber vollkommen scheint die Regelung noch nicht zu sein, oder mindestens scheint Klarheit noch nicht allgemein verbreitet zu sein, wie die Unterstützung der Flüchtlinge geregelt ist. Beispielsweise ist mir in den letzten Tagen folgender Fall zu Ohren gekommen:

Es ist schon um den Bußtag herum eine Familie aus Ostpreußen zuzufuchend hierher gekommen und hat bei Landsleuten, die nicht besonders bemittelt sind, Aufnahme gefunden. Schon am zweiten Tage ihres Hierseins hat sich diese Flüchtlingsfamilie mit dem Wohnungsgeber an den Magistrat oder an das Bureau im Rathause gewandt — die Nummer des Zimmers konnte nicht angegeben werden —, sie sind aber mit dem Bemerken weggeschickt, es sei Sache der Polizei, für sie zu sorgen. Die Polizei schickte sie auch weg mit dem Bemerken: Das geht uns nichts an. So sind die Flüchtlinge nach verschiedenen Irrwegen in der Stadt schließlich zur Kreisdirection gelangt. Diese nimmt sich der Flüchtlinge an und fragt die Quartiergeber: „Sind Sie einverstanden, wenn Sie für jedes Familienglied täglich eine Mark bekommen?“ Es wird ein Antrag in dem Sinne aufgenommen und die Leuten glauben, nun seien sie aus aller Not heraus und hätten endlich die Stelle gefunden, die dem Quartiergeber es ermöglicht, dieser Flüchtlingsfamilie mit der Tat, nicht nur mit schönen Worten zur Seite zu stehen. Es kommt nach einiger Zeit die Polizei, erkundigt sich, ob die Familie da ist, aber Geld usw. gibt es noch lange nicht. Darüber vergehen einige Wochen, und als schließlich die Quartiergeber ihre Hoffnung zerschanden werden sehen, wenden sie sich wieder an das Rathaus und werden nun vollkommen auf den Weg der städtischen Armenpflege verwiesen. Statt die von der Kreisdirection in Aussicht gestellten Quartiergelder zu erhalten, die als Nothbehelf wirken sollten, werden sie unter Anwendung des gewohnten Abhörbogens von dem Armenpfleger, in dessen Bezirk das Quartier liegt, nach dem Bezirksvorsteher geschickt und bekommen eine halbe Monatsrate der bekannten Zuschußsätze von dem Zeitpunkt ab, wo sie nach dem wochenlangen Warten sich wiederum, als ihr Vertrauen zerschanden ward, an die Stadt wandten und an die Armenpflege verwiesen wurden.

Das ist ein Fall von vielen, mit mehreren will ich Sie hier nicht langweilen und nur zeigen, wie wünschenswert es ist, Klarheit bei allen Beteiligten zu schaffen, wo Hilfe für die durch den Krieg in Not geratenen Landsleute aus den Grenzgebieten zu finden ist, und wie sie gewährt wird. Andere Städte haben dazu besondere Flüchtlingsstellen geschaffen, die Bescheid wissen, wo Arbeitsgelegenheit, Kleidung, Wohnung zu beschaffen ist, die wie eine Spinne im ganzen



Neg der Fürsorgeeinrichtungen sitzen. Unsere Auskunftsstellen haben keine Anweisung vom Magistrat erhalten, der Magistrat hat ursprünglich überhaupt keine Anweisung geben können, mußte anscheinend kaum selber, wie gehandelt werden sollte, ob staatliche, städtische Unterstützung oder der Nationale Frauendienst eintreten sollte. Es scheinen ja jetzt Anordnungen getroffen zu sein, die aber wie ein Weilschen im verborgenen bleiben. Ich möchte um Auskunft bitten, was geschehen ist, um Klarheit zu schaffen, wie diesen in Not Geratenen geholfen werden kann.

**Stadtrat von Frankenberg:** Der Stadtmagistrat ist sich von Anfang an im klaren darüber gewesen, daß zu der Fürsorge für die bedauernswerten Opfer des Krieges aus den Grenzgebieten zwei verschiedene Möglichkeiten gegeben sind. Entweder tritt, wie auch sonst in vielen Orten, die Privatfürsorge, die freiwillige Wohltätigkeit, die Tätigkeit gemeinnütziger Vereine und Veranstaltungen ein, oder es hat die städtische Armenfürsorge das Ihrige zu leisten. Es gibt selbstverständlich auch die Möglichkeit der Verbindung dieser Maßregeln miteinander, wie wir ja in erfreulicher Weise in vielen anderen Fällen öffentlichen Notstandes eine Regelung in dieser Weise vorgenommen haben. Es ist schon vor längerer Zeit seitens der Armendirektion in der gemeinschaftlichen Sitzung der Bezirksvorsteher der Armenpflege ein Hinweis erfolgt, daß derartige Flüchtlinge wie jeder andere Hilfsbedürftige einen Anspruch auf Kleidung, Obdach und dergleichen seitens der Stadt haben. Wenn in der Weise gehandelt wird, nach der von Herrn Dr. Jasper genannten Form, so haben wir die Möglichkeit, auf dem ordnungsmäßigen Wege demnächst die Erstattung unserer Ausgaben von der Heimatgemeinde der Unterstützten oder größeren Verbänden zu beanspruchen.

Im dankenswerter Weise hat sich aber auch der Nationale Frauendienst schon in den ersten Wochen, als wir den Zustrom der ostpreußischen Flüchtlinge Ende August bis Anfang September bekamen, der Fürsorge dieser Vertriebenen gewidmet. Nachdem durch einen Irrtum einzelner zunächst das Rote Kreuz mit der Hilfstätigkeit hatte betraut werden sollen, wurde von ihm mit Recht erklärt, daß es durch die Verwundetenfürsorge und die Krankenpflege dermaßen in Anspruch genommen sei, daß man unmöglich ihm diese Erweiterung seiner Tätigkeit zumuten könnte. So hat sich denn der Nationale Frauendienst auch dieser Hilfeleistung gewidmet und den Flüchtlingen außerhalb der städtischen Mittel Bekleidungsstücke und auch Geldbeträge durch Private zur Verfügung gestellt. Es ebte darnach die Hochflut der Flüchtlinge ab, sie drohte vor einigen Wochen wieder stark anzuwachsen, bis durch den glorreichen Sieg unseres Ostheeres jetzt — wie wir Gott sei Dank wohl sagen dürfen — diese Not von unserem Vaterlande

und unseren ostpreussischen Brüdern und Schwestern endgültig abgewehrt ist. Deshalb ist die Frage in letzter Zeit nur in wenigen Fällen brennend geworden.

Es hat sich aber zwischen dem Nationalen Frauendienst und dem Roten Kreuz, dem zugleich Kleidungsstücke überantwortet waren, unter meinem Zutun ein Abkommen herstellen lassen. Die Anfrage des Herrn Dr. Jasper hat dazu, wie ich feststellen kann, nicht Veranlassung gegeben. Nach diesem Abkommen hat der Nationale Frauendienst die Verteilung der gestifteten Kleidungsstücke übernommen, und diese wird für männliche Flüchtlinge in dem Gebäude Hagenmarkt 13 (dem Eingang zur Markthalle), wo der Nationale Frauendienst eine Auskunftsstelle besitzt, erfolgen, während für die übrigen Flüchtlinge die Ausgabe in dem Gebäude der Gewerbeschule, wo die Hauptstelle des Nationalen Frauendienstes ist, stattfindet. Der Magistrat seinerseits kann es nur mit großem Dank begrüßen, wenn in hochherziger Weise, wie es bisher schon geschehen ist, Braunschweiger Helfer bereit sind, den notleidenden Vertriebenen hilfreiche Hand zu bieten.

Der Fall, den Herr Dr. Jasper weiter erwähnt, bei dem auf der Kreisdirektion ein Protokoll aufgenommen war, daß die betreffende Familie für die Aufnahme der Flüchtlinge täglich eine Mark für den Kopf beanspruchte, läßt sich wohl so kennzeichnen, daß selbstverständlich die Rechnung nicht ohne den Wirt — in diesem Falle die Stadt Braunschweig als Träger der Armenlasten — gemacht werden konnte. Auch in anderen Fällen pflegen wir nicht 1 *M* für die Person als Normalfuß zu betrachten. Es würde das dazu führen, daß für eine aus drei Personen bestehende Flüchtlingsfamilie 90 *M* monatlich ausgegeben werden müßten, und das übersteigt die sonst gewährten Sätze. Die vorhin gepflogenen Erwägungen zeigen, daß selbst bei Flüchtlingen nicht davon die Rede sein kann. Wir haben deshalb in diesem Falle die Erklärung abgegeben, daß wir Aufwendungen in der genannten Höhe nicht zu machen beabsichtigen und es bei unseren sonst üblichen Sätzen sein Bewenden behalten solle. Wir haben im übrigen die Armenbezirksvorsteher darauf aufmerksam gemacht, daß es ratsam sein würde, diesen Flüchtlingen nach Möglichkeit entgegenzukommen, und ich glaube, daß sie sich auch nicht engherzig auf die Ausschlußsätze versteifen werden. Immerhin aber kann man von seiten der Stadt nicht zulassen, daß auf ihre Rechnung von anderer Seite Verträge abgeschlossen werden.

Ich glaube, daß wir auf die von mir beschriebene Weise über die Schwierigkeit in der Behandlung der Flüchtlinge hinwegkommen werden, und darf dabei wohl voraussetzen, daß die Allgemeinheit nicht müde werden wird, für diese Opfer des Krieges weiterhin nach Möglichkeit tätig zu sein.

## 7. Antrag Munte, betreffend den vom Eisbahnverein zu zahlenden Pachtpreis für die Teiche im Bürgerpark.

Wortlaut des Antrages: „Die geehrten Herren wollen beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, dem Eisbahnverein den jährlichen Pachtbetrag für die Teiche im Bürgerpark in Höhe von 500 *M* zu erlassen, oder, wenn dies nicht zu erreichen sein sollte, von der Erhebung der Pacht wenigstens in den Wintern Abstand zu nehmen, in denen es kein Eis gibt.“

Stadtv. **Munte** (zur Begründung): Meine Herren. Ich bin mir bewußt, daß der Zeitpunkt zur Stellung dieses Antrages nicht gerade sehr glücklich ist, denn die Stadt ist durch den Krieg, wie wir alle wissen, sowohl mit gewaltigen Ausgaben, als auch mit Einnahmeausfällen an Steuern belastet. Doch war man mir mit der Bitte gekommen, ich möchte den Antrag stellen, und es schien mir auch nicht unbillig, diesem Wunsche nachzukommen. Ich möchte mir erlauben, in kurzem hier die Gründe anzugeben, welche mich veranlassen, den Antrag einzubringen, und ich hoffe, daß dann doch wenigstens der Schluß meines Antrages später die Billigung der geehrten Herren finden wird.

Wie Sie wissen, dient der in Braunschweig bestehende Eisbahnverein gemeinnützigen Zwecken, insbesondere widmet er sich in ausgedehntem Maße der Jugenppflege. Er gibt Freikarten zur Benutzung der Eisbahn an die Kinder der Knaben- und Mädchenhorte, an die Zöglinge der Taubstummenanstalt und des Herzoglichen Waisenhauses. Auch der Teich im westlichen Bürgerparke wird von dem Verein unentgeltlich der Braunschweiger Schuljugend zur Verfügung gestellt. In Rücksicht auf diese gemeinnützige Tätigkeit ist der Antrag wohl als berechtigt anzusehen. Wenn nun bekannt geworden ist, daß eine hiesige Brauerei geneigt wäre, den Teich zur Eisgewinnung zu pachten, so würde dem entgegengehalten werden können, daß die Wege im Parke zur Benutzung für die Eisabfuhr wenig geeignet sind, sie würden dadurch so leiden, daß sie nachher wieder neu instand gesetzt werden müßten, also hierdurch der Stadt keine Einnahme erwachsen würde.

Ich bitte die geehrten Herren, meinen Antrag wohlwollend zu prüfen und ihm demnächst zuzustimmen.

Der genügend unterstützte Antrag wird vom Vorsitzenden der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

## 8. Erwerb von Flächen zum Ausbau des Interessentenweges zweiter Rangerkamp.

Stadtv. **Munte**: Es handelt sich darum, zwei kleine Grundflächen zu erwerben, die für den früher von der geehrten Versammlung bereits genehmigten

Ausbau des zweiten Längenkamps — zwischen Gliesmaroderstraße und der projektierten Straße 632 — nötig sind. Es kommen dafür in Frage 8 qm, die dem Rentner Levin Markworth gehören, und 10 qm, die im Besitz des Rentners Schollemeyer sind. Der Magistrat hat in seinen Verhandlungen mit den beiden Eigentümern einen Preis von etwa 10 *M* pro Quadratmeter vereinbart. Dazu hat Herr Markworth noch ausbedungen — was als angemessen erachtet ist —, daß ihm, da die alte Grenzmauer in den Besitz der Stadt übergeht, für Aufstellung einer neuen Einfriedigung eine Entschädigung von 330 *M* gewährt wird. Der Magistrat ersucht den abgeschlossenen Vertrag zu genehmigen, und die Mittel für den Erwerb der beiden Grundflächen sowie die zu zahlende Vergütung zu Lasten des Extraordinariums zu verwilligen.

Der Erwerb dieser Flächen ist gestern in der Finanzkommission beraten, und ich bin von ihr beauftragt, Sie um Annahme des Magistratsantrages zu bitten.

Der Antrag wird genehmigt und die erforderlichen Mittel werden bewilligt.

### 9. Wasserrohranlage auf der Uferstraße.

Stadtv. **Boeijmigt:** Die Straßeneisenbahngesellschaft wünscht, daß ihr Drehstromwerk und die dazu gehörigen Gebäude mit Wasser versehen werden und zum Schutz gegen Feuergefahr auf der Uferstraße ein Hydrant aufgestellt wird. Es sind darüber verschiedene Verhandlungen gepflogen, und man ist zu dem Resultat gekommen, daß man zu dem Zwecke ein etwa 130 m langes Wasserrohr, welches von dem Hauptwasserrohr auf der Eichthalstraße ausgeht, auf der Uferstraße legen und daselbst einen Oberflurhydranten aufstellen lassen will. Die Kosten dafür sind auf ungefähr 1200 *M* veranschlagt. Da aber die Uferstraße noch nicht ausgebaut ist, so wird später bei Ausführung dieses Ausbaues fast das ganze Rohr umgelegt werden müssen, weil sonst das Rohr künftig zu tief liegen würde. Die Kosten der Umlegung, die sich auf etwa 250 *M* belaufen, werden dereinst der Straßeneisenbahngesellschaft zur Last zu legen sein. Der Magistrat ist der Ansicht, daß von der Straßenbahngesellschaft wohl erwartet werden dürfe, daß sie sich zur Erstattung der demnächstigen, geringfügigen Umlegungskosten verpflichtet, und gibt für den Fall der Übernahme dieser Verpflichtung anheim, die 1200 *M* für die erwähnte Anlage zu Lasten des Reservefonds der Wasserwerke zu verwilligen.

Der Antrag des Magistrats ist in der Finanzkommission geprüft; sie gibt Ihnen durch mich Genehmigung im angeführten Sinne anheim.

Die Versammlung beschließt dem Antrage der Finanzkommission entsprechend.

## 10. Anschaffung einer Geldzählmaschine für die Kasse der Licht- und Wasserwerke.

Stadtv. **Loeschigt:** In der Kasse der Gas- und Wasserwerke im Rathause, der, wie wir wissen, durch die Gasautomaten viel Nickelgeld zugeht, ist eine Geldzählmaschine zur Probe aufgestellt, die Maschine wird für die betreffende Geldsorte (10, 5, 2 und 50 Pf.) eingestellt, das Geld auf einen Trichter geschüttet und ein Papierröllchen in der nötigen Größe darunter gestellt. Wenn dann die Maschine in Gang gesetzt wird, zählt sie eine bestimmte Summe des Geldes ab und rückt selbsttätig aus, wenn die volle Summe erreicht ist. Da die Maschine schnell und gut arbeitet, so befürwortet Herr Stadtkassierer Schmidt die Anschaffung des Apparates, und der Magistrat ersucht uns, die Anschaffungskosten von 350 *M* zu Lasten der laufenden Rechnung der städtischen Gaswerke zu vermilligen. Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen durch mich, diese Maschine anzuschaffen und die Ausgabe von 350 *M* dafür zu bewilligen.

Die Kosten für Anschaffung der Maschine werden bewilligt.

## 11. Gutachten über den Ausfall der Messe im Februar 1915.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Der Magistrat ersucht uns um ein Gutachten, ob die Februarmesse von 1915 ausfallen solle oder nicht. Beschließend über den Ausfall ist weder die geehrte Versammlung noch der Magistrat, sondern in letzter Linie die staatliche Behörde, aber ein Gutachten der städtischen Vertretungen wird immerhin nicht unerheblich für diesen Beschluß sein, und nach der Städteordnung sind wir auf Anfordern auch zur Erstattung eines Gutachtens verpflichtet.

Die Frage ist anscheinend dadurch schon jetzt in Fluß gekommen, daß schon verschiedene Schausteller sich um Plätze auf dem Meßplaze bemüht haben. Die Sommermesse ist ausgefallen, ohne daß wir deshalb gehört sind, weil wegen der Zeitereignisse eine Verständigung zwischen Magistrat und Ministerium schnell herbeigeführt werden mußte, und es werden wenige unter uns sein, die in dem Ausfall dieser Messe einen besonderen Mangel gesehen haben.

Die Finanzkommission empfiehlt Ihnen, das heute von uns gewünschte Gutachten dahin zu erstatten, daß wir es für angemessen halten, von einem Meßtreiben draußen auf dem Schützenplaze Abstand zu nehmen, dagegen zu befürworten, daß der sogenannte Topfmarkt im Innern der Stadt in üblicher Weise abgehalten werden möchte, und zwar ist für diesen Mehrheitsbeschluß des Finanzausschusses maßgebend gewesen, daß für derartigen Jahrmarktsrummel die Zeiten kaum angemessen sein würden, und daß besonders das benachbarte Rote-Kreuz-Lazarett durch das geräuschvolle Treiben nicht unerheblich gestört werden würde. Es wurde

auf anderer Seite zum Ausdruck gebracht, daß immerhin eine Einnahme für manche Bürger aus der Messe wohl zu erzielen sei. Dieser Einwand würde aber, so meinte man von der anderen Seite, dadurch ausgeglichen, daß nicht unbeträchtliche Ausgaben für Veranstaltung der Messe aufgewendet werden müßten, und es wurde bezweifelt, daß eine Einnahme in nennenswertem Umfange sich bei der nächsten Messe dort ergeben könnte. Es empfiehlt Ihnen also der Ausschuß, abzuweichen von dem Markte auf dem Schützenplatze, dagegen aber den Topfmarkt in der Stadt beizubehalten.

Persönlich ist mir der Gedanke aufgefallen, ob nicht auch in gleicher Weise wie der Topfmarkt der mit der Messe verbundene Viehmarkt abgehalten werden könnte, und wenn er vielleicht mit Rücksicht auf das Rote Kreuz nicht auf dem Schützenplatze stattfinden soll, so wären doch andere Plätze dafür geeignet, ich weise z. B. auf den Leonhardplatz hin.

Stadtv. Dr. **Henking**: Ich möchte mich den Ausführungen des Herrn Dr. Jasper anschließen. Es ist ihm nur ein kleiner Irrtum untergelaufen, indem es sich bei den Erwägungen nicht um das Lazarett zum Roten Kreuz, sondern um das Lazarett im Schützenhause gehandelt hat. Dieses letztere liegt nahe an dem Schützenplatze, während das Rote Kreuz selbst wenig durch die Abhaltung der Messe gestört würde. Ich bitte auch, im Sinne der Finanzkommission zu beschließen.

Stadtrat **von Franckenberg**: Es ist in der gestrigen Sitzung der Finanzkommission von beiden unter Leitung des Roten Kreuzes stehenden Lazaretten, dem im Schützenhause und dem im Schwesternhause, die Rede gewesen. Sie werden beide — allerdings, wie ich dem Herrn Stadtv. Dr. Henking zugeben muß, in erster Reihe wohl das Schützenhauslazarett — durch die Unruhe bei Abhaltung der Messe auf dem Schützenplatze berührt werden.

Ich bezug auf den Viehmarkt glaube ich mich dahin aussprechen zu dürfen, daß ein großes Bedürfnis dafür nicht vorliegen wird. Viele in der Umgegend wohnende Beteiligte sind selber durch den Krieg in Anspruch genommen, kommen zum großen Teil auch nur zu dem Viehmarkte, wenn die mancherlei Vergnügungen der Messe ihnen dabei winken. Es wäre zu befürchten, daß bei Wegfall dieser Vergnügungen die Veranstaltung des Viehmarktes vergeblich sein würde. Im übrigen erinnere ich daran, daß die ganzen Vorrichtungen für Abhaltung des Viehmarktes sich nur auf dem Schützenplatze befinden, und den Viehmarkt an einer anderen Stelle abzuhalten deshalb mancherlei Schwierigkeiten entgegenstehen, die in der knappen Zeit nicht wohl zu beheben sind. Ich gebe deshalb der Versammlung anheim, sich mit Rücksicht auf die Kriegslage dahin auszusprechen, daß auch der Viehmarkt bei der Februarmesse 1915 ausfallen möge.

**Vorsitzender:** Bezüglich Abhaltung des Viehmarktes ist nur eine persönliche Anregung durch den Herrn Berichterstatter gegeben. Der Kommissionsbeschuß geht dahin, das Gutachten dahin abzugeben, daß im Februar 1915 nur der Topfmarkt abgehalten werden möchte.

Die Versammlung spricht ihr Gutachten im Sinne des Kommissionsbeschlusses aus.

## 12. Statut über Quartier- und Naturalleistungen für die bewaffnete Macht.

Stadt v. Dr. **Henning:** In der letzten Sitzung am 5. Dezember haben die geehrten Herren über das neue Statut über Quartier- und Naturalleistungen für die bewaffnete Macht beraten und gegen den Antrag der Kommission eine Änderung in dem § 6 Absatz 3 beschloffen, wonach zur Bekanntgabe der Quartierlasten nicht die Braunschweigischen Anzeigen allein, sondern „die hiesigen Tageszeitungen“ benutzt werden sollen. — Es erklärt nun der Magistrat, daß er zu seinem Bedauern nicht in der Lage sei, diesem Beschlusse beizutreten. Er hege deswegen Bedenken hiergegen, weil in sämtlichen städtischen Statuten vorgesehen sei, daß die erforderlichen öffentlichen Bekanntmachungen im Amtsblatte zu erfolgen haben. Reich und Staat verfahren genau so, und eine Durchbrechung dieses bisherigen, ausnahmslos durchgeführten Grundsatzes scheine ihm bedenklich. Es wird von seiten des Magistrats daher gebeten, von der beschlossenen Änderung Abstand zu nehmen.

In der Statutenkommission ist die Sache durchgesprochen worden, und die Mehrzahl der Kommissionsmitglieder war der Ansicht, daß man wegen dieser im Grunde nicht sehr wichtigen Änderung nicht das ganze Statut, das eine wesentliche Verbesserung des jetzigen Zustandes herbeiführe, scheitern lassen solle und dem Wunsche des Stadtmagistrats gemäß den Beschuß aufheben möge, so daß, wie es ursprünglich auch seitens der Statutenkommission durch mich beantragt war, die Braunschweigischen Anzeigen als alleiniges offizielles Ankündigungsorgan auch für dieses Statut angesehen werden. Ich empfehle namens der Statutenkommission, im § 6 die ursprüngliche Fassung wiederherzustellen.

Als wesentlicher Grund für diesen Beschuß der Statutenkommission ist nicht nur das, was ich eben andeutete, anzusehen, sondern auch noch etwas anderes, was bei der Besprechung in der Statutenkommission noch hinzugefügt wurde. Es heißt in § 6: „Die Grundrolle wird nach ihrer Aufstellung und nach jeder Berichtigung (Absatz 1) vierzehn Tage lang öffentlich ausgelegt. Dies ist durch die Braunschweigischen Anzeigen bekanntzumachen. Jeder Quartierpflichtige kann Erinnerungen gegen die Grundrolle binnen 21 Tagen nach Ablauf der Auslegungssfrist beim Wehrausschuß anbringen.“ Wenn nach dem Beschlusse der

letzten Stadtverordnetenversammlung sämtliche hiesigen Tageszeitungen diese Bekanntmachung zu übernehmen haben, so könnte der Fall eintreten, daß irgend ein Blatt aus einem beliebigen Grunde die Bekanntmachung überhaupt nicht oder nicht sofort aufnimmt. Dann würde die Schwierigkeit entstehen, zu sagen, von welchem Termin ab die Wirksamkeit des § 6 datiert werden soll. Es ist das allerdings nur ein formaler Grund, in Wirklichkeit würde ein solcher Fall wohl nicht eintreten, aber er erschien doch einer größeren Anzahl von Mitgliedern der Statutenkommission wichtig genug, um auch deswegen ihren Beschluß vom 3. Dezember wieder abzuändern und zu empfehlen, den Wortlaut der ursprünglichen Vorlage wiederherzustellen. Die Mehrheit der Statutenkommission schlägt Ihnen also vor, statt „hiesigen Tageszeitungen“ wieder zu setzen „Braunschweigischen Anzeigen“.

**Vorsitzender:** Es empfiehlt sich wohl, zuerst über diesen Punkt zu beraten und Beschluß zu fassen.

**Stadtv. Wesemeier:** Die Begründung des Herrn Referenten besagt, daß es nach Meinung des Magistrats bisher in allen unseren Statuten üblich gewesen sei, den Passus über die Bekanntmachungen so zu fassen, daß sie nur in den Braunschweigischen Anzeigen zu geschehen habe, und eine Durchbrechung dieses Grundsatzes sei bedenklich. Ja, meine Herren, wenn man alle Grundsätze, die vor Menschenaltern sich eingewöhnt haben, auf immer verewigen wollte, dann käme die Welt niemals weiter. Ein Kaufmann würde jedenfalls nicht so handeln dürfen, wenn er nicht als rückschrittlich bezeichnet werden will. Weil seit Menschenaltern dieser Grundsatz herrscht, deshalb dürfen wir nicht davon abgehen! Ist denn gar nichts besser geworden im Zeitungsweisen, daß gerade in den Braunschweiger Anzeigen, die noch nicht einmal von dem 50. Teil der Braunschweiger Bevölkerung gelesen werden, daß in dem am wenigsten gelesenen braunschweigischen Blatte die Veröffentlichungen erfolgen sollen, ausgesprochen deshalb, weil der Grundsatz vor einem Menschenalter und noch länger gefaßt ist! Man soll doch den Zeitverhältnissen und der Bevölkerung Rechnung tragen und nicht der Gewohnheit.

Als ein weiterer Grund wurde angeführt, daß eine Zeitung sich weigern könne, die Veröffentlichungen des Magistrats anzunehmen, und ferner: Welcher Zeitpunkt gilt, wenn eine Zeitung einmal ein solches Inserat um einen Tag verschiebt? Gibt es denn in Braunschweig keine Möglichkeit, wie in anderen Städten mit den Zeitungen Verträge abzuschließen? In einer großen Anzahl von Städten ist es selbstverständlich, daß die Bevölkerung von den Bekanntmachungen des Magistrats unterrichtet wird. Hier in Braunschweig muß ein alter Grundsatz von



über Menschenalter her aufrechterhalten werden, nur weil es einmal Grundsatz ist. Es sind absolut keine stichhaltigen Gründe vorhanden. Es ist überhaupt schwer, in Braunschweig zu einem Fortschritt zu gelangen, das wissen wir alle, und in den Tageszeitungen, besonders in den bürgerlichen Zeitungen, wird häufig genug über das geringe Vorwärtkommen in Braunschweig geklagt. Hier ist der Beweis erbracht, wenn auch nur auf einem kleinen Gebiete, daß man immer in alten, überlebten Verhältnissen weiterleben will. Das sind keine Gründe, die uns veranlassen könnten, dem Magistrat zuzustimmen, daß nur die Braunschweigischen Anzeigen, die von der Bevölkerung nicht gelesen werden, als Publikationsorgan des Magistrats angesehen werden dürfen. In anderen Städten werden in allen Tageszeitungen solche Bekanntmachungen erlassen. Das ist auch selbstverständlich, denn Tageszeitungen sind solche, die eine genügende Leserschaft haben. Die Braunschweigischen Anzeigen dagegen haben mit Ausnahme des letzten Jahres immer noch Zuschüsse vom Lande bekommen müssen, also haben sie sich nicht selbst erhalten können. Und ausgesprochen diese Zeitung soll nun zur Unterrichtung der Braunschweiger dienen? Ich bitte, den Kommissionsantrag abzulehnen.

**Stadtrat Wagner:** Es dreht sich hier nicht um die Frage, ob in diesem einen Falle die Bekanntmachung in sämtlichen hiesigen Tageszeitungen erfolgen soll, sondern um die wichtige Frage, ob überhaupt der Grundsatz verlassen werden soll, daß für amtliche Bekanntmachungen das Amtsblatt benutzt werden soll. Wenn das Reich ein Gesetz erläßt, so steht es gedruckt im Reichsgesetz- und Verordnungsblatt, obgleich von den vielen Millionen Einwohnern des deutschen Reiches nur wenige dieses Blatt halten. Gleichwohl kommt in die Hände aller Interessenten, was im Reichsgesetzblatt gestanden hat. Ebenso ist es mit den Landesgesetzen in Braunschweig, sie erscheinen in der Gesetz- und Verordnungsammlung, und die Bekanntmachungen der Kreisdirektionen werden im Amtsblatt erlassen.

Würden wir in diesem Falle von unserem bisherigen Grundsatz abgehen, so wäre es selbstverständlich, daß wir auch bei jeder anderen statutarischen Vorschrift, die eine Bekanntmachung vorsieht, den bisherigen Grundsatz verlassen und in sämtlichen Tageszeitungen die Bekanntmachungen veröffentlichen müßten. Wie viele Tageszeitungen es an einem Orte gibt, ist der Veränderung unterworfen. Wenn heute irgend jemand auf die Idee kommt, eine neue Tageszeitung zu gründen, ist sie vorhanden, und wie bald kann eine Tageszeitung ihr Erscheinen aufgeben. Heute haben wir diese und morgen wieder eine andere Anzahl von Tageszeitungen.

Ferner bitte ich zu bedenken: Wenn Sie vorschreiben, die Bekanntmachungen erfolgen in den Tageszeitungen, so würde der Magistrat dafür unnütz Geld ausgeben müssen.

Vor allen Dingen gibt aber der Grund, den der Berichterstatter, Herr Dr. Henking, anführte, Anlaß zu Bedenken: Wird eine Frist durch die Veröffentlichung in Gang gesetzt, so kann sie nur laufen von dem Zeitpunkte ab, an dem die Bekanntmachung in sämtlichen Blättern gestanden hat. Da wir nun irgend welchen Einfluß darauf, daß ein privates Blatt unsere Bekanntmachungen abdruckt, nicht haben, so würde tatsächlich mit der Möglichkeit zu rechnen sein, daß wir festliegen, wenn eine Tageszeitung es ablehnt, die Bekanntmachung zu bringen. Ich meine, einer derartigen Möglichkeit darf man sich in einer statistischen Vorschrift nicht aussetzen. Eine Menge viel wichtigerer Bekanntmachungen, für die die Braunschweigischen Anzeigen vorgeschrieben sind, habe ich in den städtischen Statuten festgesetzt gefunden, und niemals ist dagegen ein Einspruch erhoben oder von seiten der geehrten Herren anders beschlossen. Ich möchte dringend bitten, an einer solchen höchst nebensächlichen Frage die Schaffung des neuen Statuts, das so sehr den Wünschen der hiesigen Einwohner entspricht, nicht scheitern zu lassen.

**Stadtv. Sander:** Ich habe in der letzten Stadtverordnetenversammlung den Antrag auf Veröffentlichung in den hiesigen Tageszeitungen unterstützt und auch dafür gestimmt. Heute aber bin ich nicht mehr in der Lage, dafür zu stimmen, ich bin für den Kommissionsantrag, und zwar aus dem Grunde, weil ich nicht das ganze Statut, das mir viel zu wichtig ist, um dieses wenig wichtigen Punktes willen zu Fall bringen möchte.

**Stadtv. Wesemeier:** Wenn es hier als eine so nebensächliche Frage hinzustellen versucht wird, daß wir nur bei diesem Statut versuchen, eine Änderung der Bekanntmachungsweise herbeizuführen, so muß ich darauf hinweisen, daß uns nicht allzuoft Gelegenheit geboten wird, solche Dinge vorzubringen. Bei diesem Statut ist seit längerer Zeit die erste Gelegenheit, wo die Frage angeschnitten werden kann. Ich glaube, es war sogar der Herr Sander selbst, der sie angeschnitten hat; genau weiß ich nicht, woher der Antrag gekommen ist.

Wenn diese Frage auch vom Magistrat als nebensächlich betrachtet wird, dann begreife ich nicht, warum der Magistrat sich weigert, zuzustimmen, daß die Änderung, die die Versammlung beschlossen hat, durchgeführt wird. Einmal muß der Anfang damit gemacht werden, und dieselben Gründe könnten bei jedem anderen Statut wieder vorgebracht werden. Wenn wir den altherwürdigen Grundsatz immer weiter aufrechterhalten, so ist das nicht fortschrittlich, wie noch manches andere in unserer Gemeinde. Ich verstehe nicht, wie Herr Sander dem zustimmen kann. Wenn vom Magistratsliche gesagt wird, es sei eine nebensächliche Bestimmung, dann kann der Magistrat auch dem zustimmen, was die Versammlung beschlossen hat.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Herr Sander ist in seiner Meinung umgefallen, weil er die Annahme der Magistratsvorlage nicht gefährden will. Ich meine, er sollte mehr Rückgrat zeigen und dem Magistrat die Schuld überlassen, ob er um dieser Sache willen das ganze Statut scheitern lassen will. Sie haben in der vorigen Sitzung mit Recht für die Erweiterung der Fassung gestimmt und dafür, daß der alte Zopf abgeschnitten werden soll. Hängen Sie ihn doch nicht gleich wieder an; das stärkt den Magistrat nur in seinem Widerstande gegen unseren Beschluß.

Daß die Bedenken, die der Magistrat geltend gemacht hat, nicht stichhaltig sind, hat Herr Wesemeier schon zum größten Teile erläutert. Den Ausführungen des Herrn Stadtrat Wagner gegenüber möchte ich nur auf Bayern hinweisen, das jahrzehntelang ohne einen königlich bayerischen Staatsanzeiger ausgekommen ist. Als er dann erschien, wurde ein großer Sturm dagegen gelaufen, daß ein Preßreptil durch den königlich bayerischen Staat eingerichtet werden sollte. Es gibt Beispiele genug, daß auch andere Blätter als amtlich abgeprägte derartige Bekanntmachungen erhalten.

Ein anderer Grund soll der sein: Es könnten zu viele Zeitungen entstehen und dadurch die Sache zu teuer werden; auch solche könnten entstehen, die nicht sehr viele Leser hätten! Weniger Leser als die Braunschweigischen Anzeigen wird wohl keine Zeitung in Braunschweig haben. Solche Blätter würden bald Pleite machen. Mit diesem Schreckgespenst darf man uns nicht kommen. Soll ich den Grund nennen, weshalb man dem Beschlusse nicht zustimmen will, dann wird man der Wahrheit näher kommen, wenn man sagt: Man will in manche Zeitungen die amtlichen Veröffentlichungen nicht hineinbringen.

Wenn man aber das Bedenken wegen später noch entstehender Tageszeitungen ernstlich gemeint hat, wie ich das bis auf weiteres annehmen muß, und nicht wegen aus der Zeit vor dem Kriege her bestehender Gegensätze, so können wir die vier Tageszeitungen, die gegenwärtig bestehen, sehr bald in das Statut hineinbringen und so den Bedenken des Herrn Stadtrat Wagner begegnen. Setzen wir doch statt „Braunschweigische Anzeigen“ „Braunschweiger Allgemeiner Anzeiger, Braunschweigische Anzeigen, Braunschweigische Landeszeitung, Braunschweigische Neueste Nachrichten und Braunschweiger Volksfreund“, vielleicht kommt dann der Grund heraus, der der Annahme entgegensteht. Ich will gern einen derartigen Antrag stellen, wenn die Bedenken des Herrn Stadtrat dadurch schwinden können.

Ein Grund scheint in gewissem Umfange stichhaltig zu sein, das ist der Grund wegen der Fristbestimmung. Es ist das aber kein Grund, der uns zwingt, von der Veröffentlichung in allen Tageszeitungen abzusehen. Die Bekanntgabe unserer städtischen Einrichtungen, besonders auch diejenigen, bei denen Straßenbauten in Betracht kommen, muß an die Allgemeinheit herangebracht werden, auch die-

jenigen, die unser städtisches Gaswerk betreffen. Es ist nicht richtig, zu sagen: Wenn es im Amtsblatt steht, wird man es auch in die anderen Zeitungen hineinbringen. Die Stadtverwaltung ist um der Bürger willen da, und nicht muß der Bürger das Amtsblatt halten, um auf dem laufenden zu sein. Doch die beschlossene Bestimmung könnte zu Schwierigkeiten führen. Aber auch sie sind zu beheben; man müßte vorschreiben, welche Veröffentlichung von diesen vielen für die Fristbestimmung maßgebend sein soll, die erste, die letzte, die mittlere oder die in einem bestimmten Organ. Darum will ich in Anlehnung an den früheren Zustand einen Antrag einbringen und abwarten, ob damit der Herr Stadtrat zufrieden sein wird:

„Soweit Fristen durch die Veröffentlichung gewahrt werden sollen, rechnet die Frist vom Tage der Veröffentlichung in den Braunschweigischen Anzeigen.“

Nehmen Sie diese beiden von mir vorgeschlagenen Teile in den Paragraphen auf, dann ist damit alles erledigt, was zu Bedenken sachlicher Art Veranlassung geben kann. Der Herr Stadtrat hat seine bestimmten Zeitungen und weiß, wie weit er die Fristen rechnen kann, und wir in der Bürgerschaft haben Gelegenheit, zu lesen, was uns von der Stadt vorgelegt wird. Wenn das auf allen Gebieten geschehen sollte, so werden meine Freunde und hoffentlich auch die Mehrheit vom vorigen Male damit einverstanden sein. Dann sind wir dem Magistrat sachlich entgegengekommen, soweit es möglich ist, und ich denke, der Magistrat wird auch nicht so bössartig sein und sagen: Ich bestehe auf meiner Ansicht. Ich glaube, eine solche Veröffentlichung wird hier ebenso gut gehen, wie es auch in anderen Städten gegangen ist, und wir werden bei Annahme dieser Fassung in gutem Einvernehmen mit der Bürgerschaft handeln.

Stadtv. Dr. **Henning**: Ich verstehe den Standpunkt des Herrn Dr. Jasper, der, wo er es kann, dem Regierungsorgan eins auszuweichen sucht. Aber ich halte diese Kampfweise für keine schöne. Ich sage mir: Es ist in den ganzen Jahren gut gegangen, daß die Veröffentlichungen des Magistrats durch die Braunschweigischen Anzeigen bekanntgemacht sind, und ich wüßte nicht, daß es vorgekommen wäre, daß der Bürgerschaft etwas Derartiges nicht bekannt geworden wäre. Tatsächlich würde doch erreicht, was Herr Dr. Jasper will, wenn die Braunschweigischen Anzeigen als Veröffentlichungsorgan angesehen werden. Soweit ich Erfahrungen als Stadtverordneter habe, ist es mir öfter aufgefallen, wenn ich im Volksfreunde oder Allgemeinen Anzeiger Anregungen seitens des Stadtmagistrats 12 Stunden früher gelesen habe, als ich die offiziellen Mitteilungen davon als Stadtverordneter bekam. Die Herren sehen aber daraus, daß seitens des Magistrats genügend Entgegenkommen gegen die Presse geübt wird.

Einer der Hauptgründe für mich, weshalb ich die geehrten Herren bitten würde, dem jetzigen Vorschlage der Statutenkommission nachzukommen, ist ein

materieller, und ich denke, die Herren zu meiner Rechten werden einen solchen Grund achten. Was für eine große Summe Geldes kostet es den Stadtsäckel, wenn der Magistrat seine Bekanntmachungen in vier oder fünf oder noch mehr Zeitungen, wie Herr Dr. Jasper andeutete, hineinbringen soll, zumal wenn als Prinzip aufgestellt werden soll, daß alle Bekanntmachungen des Magistrats in den Tageszeitungen erscheinen sollen. Das führt zu Konsequenzen, zu denen ich meine Hand nicht bieten kann.

Bislang hat noch keiner den Nachweis geliefert, daß die bisherige Weise, nach der die Bekanntmachungen nur durch die Braunschweigischen Anzeigen liefen, jemandem Nachteile gebracht hat. Solche Nachteile sind nur durch Herrn Dr. Jasper in seiner bekannten, etwas hämischen Manier, in der er dem amtlichen Organ eins auszuwichen wollte, behauptet worden. Ich kann diesen Standpunkt nicht teilen und bitte die geehrten Herren, dem Antrage der Statutenkommission ihre Zustimmung zu geben.

**Vorsitzender:** Ich möchte den Herrn Vorredner darauf aufmerksam machen, daß der Ausdruck „in seiner etwas hämischen Manier“ nicht den Gepflogenheiten des Hauses entspricht.

**Stadtv. Sander:** Ich muß Herrn Dr. Jasper erwidern, daß ich mich noch sehr stark im Rückgrat fühle, und ich glaube auch in meiner Tätigkeit als Stadtverordneter das gezeigt zu haben. Im übrigen sind die Belehrungen des Herrn Dr. Jasper nicht geeignet, mein Rückgrat zu stärken. Ich habe meine Erklärung vorhin abgegeben, um meinen Standpunkt zu präzisieren. In der Statutenkommission wurde vom Magistratsstische direkt gesagt: „Wenn dieser Paragraph nicht fällt, dann ist das Statut für uns unannehmbar.“ (Hört, hört!) Ich lege viel mehr Wert auf das Statut selbst, als auf diesen nebensächlichen Antrag, daß die Bekanntmachungen auch in den anderen Zeitungen erscheinen. Allerdings nehme ich auch noch, jetzt den Standpunkt ein, daß es richtiger wäre, wenn in allen Zeitungen die Veröffentlichungen erschienen. Ich halte aber den augenblicklichen Zeitpunkt nicht für geeignet, darüber eine prinzipielle Entscheidung zu treffen, da es sich um eine Sache handelt, die in der Bürgerschaft als Wohltat anerkannt wird, und die ich durch diesen Punkt nicht zu Falle bringen möchte.

**Stadtv. Munte:** Ich habe nicht, wie der Herr Sanitätsrat, die Worte des Herrn Dr. Jasper als hämisch, sondern als scherzhaft aufgefaßt. Man muß doch als Tatsache anerkennen, daß sich bei einem trockenen Amtsblatt, wie es die Braunschweigischen Anzeigen sind, keiner zum Lesen drängt, daß diese Zeitung eben nur deshalb von den Behörden gehalten wird und gehalten werden muß, weil

es Gepflogenheit ist, die offiziellen Bekanntmachungen in diesem Blatte zu erlassen.

Was nun die Fassung des § 6 betrifft, so war ich der Meinung, daß man dem Wunsche des Magistrats folgen sollte und die Fassung in der Weise wiederherstellen, wie es der Magistrat wünscht. Nach den Ausführungen des Herrn Dr. Jasper aber muß ich anerkennen, daß es möglich sein würde, den Weg zu gehen, wie ihn Herr Dr. Jasper vorgeschlagen hat. Selbst wenn die Kosten für die Bekanntmachungen größer werden sollten, so könnte ich darin nichts Schlimmes erblicken. Die Kosten müssen ja die Bürger aufbringen, und das sind wir ja doch. Wenn die Bürger wünschen, daß die Bekanntmachungen in allen Tagesblättern erscheinen, dann müssen sie es eben bezahlen. Wenn Herr Dr. Jasper und seinen Freunden ein großer Gefallen erwiesen wird und sie es als ein Außerdienststellen ihrer Zeitung betrachten, wenn die Bekanntmachungen des Magistrats nicht darin erscheinen — obgleich an die Neuesten Nachrichten und an das Tageblatt diese Bekanntmachungen auch nicht geschickt werden —, dann möchte ich doch sagen: Ich könnte darin nichts Schlimmes erblicken, wenn wir den Paragraphen so fassen, daß in allen vier Zeitungen die Bekanntmachungen erlassen werden, und wenn wir zu gleicher Zeit den Zusatz des Herrn Dr. Jasper annehmen, durch den die Festsetzung des Ablaufs der Fristen in klarer Weise geregelt wird.

**Vorsitzender:** Herr Dr. Jasper hat folgenden Antrag eingebracht, in § 6 zu sagen, statt „dies ist durch die Braunschweigischen Anzeigen bekanntzumachen“:

„durch den Braunschweiger Allgemeinen Anzeiger, die Braunschweigischen Anzeigen, die Braunschweigische Landeszeitung, die Braunschweigischen Neuesten Nachrichten und den Braunschweigischen Volksfreund.“

Ferner beantragt Herr Dr. Jasper, dem Paragraphen hinzuzusetzen:

„Soweit Fristen durch die Veröffentlichung gewahrt werden sollen, rechnet die Frist vom Tage der Veröffentlichung in den Braunschweigischen Anzeigen.“

**Stadtv. Hammer Schmidt:** Eine Bemerkung des Herrn Sander hat mich stutzig gemacht. Er erklärte, wenn dieser Paragraph nicht in der früheren Form angenommen würde, fielen das ganze Statut. Ich bin begierig, die näheren Gründe dafür zu erfahren. Im übrigen glaube ich, daß man gut daran täte, es bei der in der vorigen Sitzung beschlossenen Fassung zu lassen und, um diese näher zu präzisieren, den Antrag des Herrn Dr. Jasper anzunehmen, und zwar einmütig, damit Sie nicht mit dem Gefühl aus diesen Räumen herausgehen, als wenn wir Stadtverordneten ein gebrochenes Rückgrat haben.

**Stadtv. Voelchigt:** Herr Wesemeier hat angeführt, ein Kaufmann würde nicht so handeln, wie hier vorgeschlagen wird. Herr Wesemeier ist doch auch Kaufmann, nämlich für seine Zeitung. Wie würden unsere Tageszeitungen wohl auf die heutige Höhe gekommen sein, wenn sie nicht alle behördlichen Bekanntmachungen abgedruckt hätten. Jede Zeitung bemüht sich, alle unsere Stadtverordneten-sachen so früh wie möglich zu bekommen, um die erste zu sein, die das Neue in ihrem Blatte veröffentlichen kann. Ich stehe auf dem Standpunkte eines praktischen Kaufmanns, wenn ich sage, daß es nicht nötig ist, Geld für die Bekanntmachungen in allen Zeitungen auszugeben, und daß nur das Amtsblatt maßgebend zu sein braucht für die städtischen Bekanntmachungen. Ich lese die Braunschweigischen Anzeigen auch nicht, aber ich lese meine Zeitung, und darin finde ich auch die behördlichen Anzeigen. Es ist eben der Vorteil der Konkurrenz, daß einer den anderen überbieten will. Ich bin fest überzeugt: ob wir nun die Bekanntmachung in allen Tageszeitungen oder nur in den Braunschweigischen Anzeigen beschließen, es werden nach wie vor alle Tageszeitungen die behördlichen Bekanntmachungen bringen, denn es liegt im eigenen Interesse einer jeden Zeitung, daß sie ihr Publikum möglichst gut bedient. Als Vertreter der Bürgerschaft muß ich mir sagen: Warum sollen wir unnötig Geld ausgeben? Es wird mir kein Geschäftsmann einen Auftrag geben, wenn er auf anderem Wege billiger bedient wird. Da wir auch in der Stadt bei unseren Ausgaben zu rechnen haben, so sollen wir auch in diesem Falle sparsam sein.

**Stadtrat Wagner:** Herr Dr. Jasper hat jetzt bestimmte Zeitungen genannt, in denen die Bekanntmachungen erfolgen sollen. Das ist, wie ich glaube, noch viel bedenklicher, als wenn man ganz allgemein sagt „in den hiesigen Tageszeitungen“, denn bekanntlich schaffen wir das Statut für längere Zeitdauer, und wer gibt uns Gewähr dafür, daß von den vier Blättern das eine oder andere nicht heute oder übermorgen aufhört zu erscheinen. Es hat früher in Braunschweig ein „Tageblatt“ gegeben, und in der letzten Zeit sind verschiedene andere Zeitungen hier erschienen, z. B. ein konservatives Blatt, und haben nach kurzer Zeit ihr Erscheinen eingestellt. Nun nimmt man die zufällig heute erscheinenden vier Tagesblätter und schreibt Bekanntmachung in ihnen vor. Wenn nun aber morgen ein bedeutames Blatt auftaucht, soll darin nicht bekanntgemacht werden? Oder müssen wir dann unser Statut ändern? Sie sehen daran, daß das eine unhaltbare Bestimmung wäre.

Was nun den Kostenpunkt betrifft, so darf ich Ihnen vielleicht eine kurze Auslese geben, welche Bekanntmachungen in andern Statuten vorgeschrieben sind. Nach dem Verwaltungsstatut sollen die Bekanntmachungen nur in den Anzeigen erscheinen. Das Statut über die Verwaltung der Feldmarksgemeinden schreibt das=

selbe über Auslegungen vor. Im Straßenbaustatut wird die öffentliche Auslegung der Projekte nebst Kostenanschlägen und vorläufigen Kostenverteilungsberechnungen und die Bekanntmachung in den Anzeigen verlangt. In dem Statut über die direkte Gemeindesteuer beginnt die Einspruchsfrist mit dem Tage, an dem die Bekanntmachung in den Anzeigen erfolgt ist. Dieser Zeitpunkt, mit dem die Frist beginnt, in der Einspruch gegen die Steuer erhoben werden kann, ist doch viel wichtiger als die Grundrolle für Einquartierungen. Im Ortsbaustatut sind Veröffentlichungen vorgeschrieben, wenn das Gebiet des städtischen Baugrundes geändert wird; die Einführung der offenen und geschlossenen Bauweise, die Ausschließung lästiger Anlagen für einzelne Straßen muß bekanntgemacht werden. Die Wahlen für die Kaufmannsgerichte bringen die Bekanntmachung des Wahlergebnisses, eine sehr lange und teure Annonce, und dasselbe würde für das Versicherungsamts zutreffen. Nach dem Hundesteuerstatut ist die Aufforderung zur Einzahlung der Steuer bekanntzumachen. — Was für eine Unsumme von unnützen Kosten erwachsen würde, wenn man den Grundsatz, die Veröffentlichungen in allen hiesigen Tageszeitungen stattfinden zu lassen, bei allen städtischen Statuten durchführte, können Sie ohne weiteres aus dieser Auslese ersehen.

**Stadtv. Hartung:** Es handelt sich hier weniger um ein praktisches als um ein prinzipielles Vorgehen. Denn darüber sind wir wohl alle einig, daß irgend welche Gefährdung nicht vorliegt, daß diese Bekanntmachung der Bürgerschaft nicht zur Kenntnis kommen würde, auch wenn sie nur an die Braunschweigischen Anzeigen gegeben würde. Wenn es auch eine eigentümliche Sache ist, daß die Bekanntmachungen des Stadtmagistrats in dem am wenigsten gelesenen Blatte veröffentlicht werden, so lehrt doch das Endergebnis, daß mit den Bekanntmachungen der Zweck erreicht wird, weil die anderen Zeitungen sie abdrucken. Wenn das nicht der Fall wäre, könnten wir uns zu einem anderen Wege verständigen, eine andere Zeitung für die Veröffentlichung bestimmen oder die Bekanntmachungen in der Weise geschehen lassen, wie es früher geschehen ist, ehe es Zeitungen gab. Doch kommt das ja hier nicht in Frage, sondern es wird gewünscht, daß die Bekanntmachungen durch die hiesigen öffentlichen Zeitungen geschehen.

Daß dieser Standpunkt nicht ohne weiteres durchführbar ist, hat Herr Dr. Jasper anerkannt, indem er seinen Antrag eingeschränkt hat. Es liegt ja auf der Hand, daß eine Bestimmung, welche die Behörde verpflichten soll, in sämtlichen Tageszeitungen zu annoncieren, absurd sein kann. Es kann sich dabei um ein Winkelblättchen handeln, das erst recht kein Mensch liest, und der Behörde den Zwang aufzuerlegen, dorthin Bekanntmachungen zu geben, würde ein Unsinn sein. Es ist auch, wie von Herrn Stadtrat Wagner hervorgehoben ist, der ganzen



Struktur der Gesetzgebung nicht entsprechend, einzelne Zeitungen für die Veröffentlichung herauszugreifen, da sich die Verhältnisse ändern können. Wenn neue Zeitungen entstehen, die ebenso viel gelesen werden wie die bisherigen, soll dann das Statut geändert werden? Das wäre ein Zustand, der nicht wünschenswert ist.

Es ist von Herrn Dr. Jasper angedeutet, es könnten politische Momente eine Rolle dabei spielen, daß man die Veröffentlichung nur in den Braunschweigischen Anzeigen vorschreiben will. Derartiges würde ich von meinem Standpunkte aus nicht für richtig halten und würde nichts darin finden, wenn die Behörde auch in oppositionellen Zeitungen Bekanntmachungen erläßt. Ich erkenne an, daß die Parteigenossen des Herrn Dr. Jasper Wert darauf legen müssen, daß die amtlichen Bekanntmachungen auch in ihrem Blatte publiziert werden. Aber die praktischen Gründe sind meines Erachtens denn doch so, daß wir nicht sagen können, sie sind hinfällig, und nachdem der Magistrat sich auf den Standpunkt gestellt hat, daß er das Statut nicht zulassen werde, wenn diese Bestimmung über die sämtlichen Tageszeitungen aufgenommen wird, bin ich allerdings für den neuen Antrag der Kommission. Es ist nicht zu verkennen: Wenn der Magistrat in diesem Falle zuläßt, daß eine solche Bestimmung in das Statut aufgenommen wird, werden sofort Anträge kommen, auch die sonstigen Bekanntmachungen, die in anderen Statuten vorgesehen sind, in allen Tagesblättern bekanntzugeben, und dem müßte stattgegeben werden, wenn dem heutigen Antrage entsprochen wird.

**Stadtv. Dr. Jasper:** Aus allen Ausführungen des Herrn Stadtrat Wagner höre ich immer nur das unbedingte Nein und weiter nichts. Welches Spiel haben wir gesehen? Zunächst kam der Vorschlag aus der Versammlung, Tageszeitungen statt Braunschweigische Anzeigen zu setzen. Der Herr Stadtrat sagt: „Nein, das geht nicht, das würde viel zu weit führen, wir müssen wissen, in welchen Tageszeitungen bekanntgemacht werden soll“. Man kommt dem Herrn Stadtrat entgegen und nennt die Tageszeitungen. Da lautet die Entgegnung: „Um Himmels willen, wie kann man die Tageszeitungen nennen, es könnte ja eine eingehen, es könnte eine neue hinzukommen.“ Herr Stadtrat, Sie sind Jurist genug, daß Sie die Folgen des Eintretens der Unmöglichkeit einer derartigen Veröffentlichung wohl abwägen können: daß dieses belanglos ist, besonders in dem Zusammenhange, wenn der Fristablauf nur abhängt von der Veröffentlichung in den Braunschweigischen Anzeigen, denen Sie offenbar ein ewiges Leben zuschreiben. Das Herzogtum Braunschweig und die Braunschweigischen Anzeigen sind nicht ewig und können ebenso gut dem Pleitegeier zum Opfer fallen wie andere Unternehmungen auch. Sie sind finanziell noch wackeliger gestellt als andere. Der

Grund zieht nicht, daß eins von den Blättern eingehen und dadurch die Sicherheit für unsere städtischen Satzungen gefährdet werden könnte. Und wenn eine Tageszeitung nennenswerten Umfanges hinzukommt, was hindert dann die städtischen Behörden, nicht in jedem Statut eine Änderung zu machen, sondern einfach einen Beschluß zu fassen: „Die amtlichen Veröffentlichungen sind außerdem in der neugegründeten Tageszeitung X zu veröffentlichen.“ Das muß geschehen, wenn der Zeiten Lauf sich weiter entwickelt. Wir müssen die Veröffentlichungen den Zeiten anpassen im Interesse der Bürgerschaft.

Nun kommen die Kosten, und das scheint der Hauptpunkt zu sein. In der Kommission scheint das bisher nicht zum Ausdruck gekommen zu sein, da war es die alte Überlieferung, die hochgehalten werden mußte. Den geehrten Herren, die sich an den Kosten stoßen, möge gerade diese Ausführung des Herrn Stadtrats zu denken geben. Der Herr Stadtrat hat eine ganze Reihe von Veröffentlichungen mitgeteilt, die wichtiger sind als die, um die es sich jetzt handelt, und gerade diese angeführten Statuten lassen es wünschenswert erscheinen, daß die Kosten für eine allgemeine Veröffentlichung aufgewendet werden. Sie können übrigens verhältnismäßig geringfügig gehalten werden, wenn — wie Herr Wesemeier angedeutet hat — Verträge mit Pauschalsätzen abgeschlossen werden. Die Zeitungen sind darin gar nicht so amtlich, daß sie auf den Pfennig sehen, wie das Amtsblatt, das derartige Kostenrechnungen kennt, daß unser Oberrevisor aus dem Ministerium gesagt hat, die Amtsrichter möchten ihren Namen nicht unter die Veröffentlichungen setzen, weil dadurch eine Zeile gespart wird. In bezug auf die Kosten ließe sich ein Weg wohl finden.

Im übrigen muß Herr Dr. Henking es mir wohl überlassen, wie ich die Ausführungen von seiner Seite und die des Herrn Stadtrat Wagner kritisiere. Ich möchte ihm nur nebensächlich darauf erwidern, was für ein Verhalten er und seine Freunde im Krankenkassenauschuß an den Tag gelegt haben. Dort war beantragt, und zwar unter der Ägide des Herrn Stadtrats, der vorher den Entwurf geprüft hatte, die Bekanntmachungen der Krankenkassen lediglich in den Braunschweigischen Anzeigen zu veröffentlichen. Da traten die Ärzte auf und sagten: „Wir verlangen, daß die Veröffentlichungen in sämtlichen Tageszeitungen stehen. Ich muß in meiner Landeszeitung lesen können, was die Krankenkasse beschließt; das Amtsblatt lese ich nicht.“ Was an dieser Stelle von den Freunden des Herrn Dr. Henking eingeführt ist, das ist für die Stadt ebenso recht und billig und im Ergebnis nicht teurer. Hand aufs Herz! Sie fühlen sich unangenehm berührt, daß die Bekanntmachung in den öffentlichen Blättern eher erscheinen soll als an anderer Stelle. Das ist des Pudels Kern. Warum sonst dieser Widerstand, wo aus einer kleinen Sache eine Kabinettsfrage gemacht wird? „Wenn es nicht nach unserem Willen geschieht, dann lassen wir alles scheitern!“ Ich meine, wenn wir

den Paragraphen nach meinem Antrage abändern, können wir ruhig die Sache durchsetzen.

**Vorsitzender:** Es ist ein Antrag zu § 6 von Herrn Frede eingereicht. Herr Frede beantragt, den Satz über die Veröffentlichungen lauten zu lassen:

„Dies ist durch die Braunschweigischen Anzeigen und durch öffentlichen Anschlag bekanntzumachen“.

**Stadtv. Frede:** Es ist zweifellos der Wunsch der Allgemeinheit, alle Bekanntmachungen der städtischen Behörden lesen zu können und nicht gezwungen zu sein, zu diesem Zwecke eine bestimmte Zeitung zu halten. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, haben wir in der vorigen Sitzung die Bekanntmachung in den Tageszeitungen angenommen. Wie ich glaube, ist es den meisten Herren nicht recht, daß wieder auf die alte Fassung zurückgegriffen werden soll. Wenn ich annehmen darf, daß nicht einige Herren im Interesse einer besonderen Zeitung sprechen, sondern daß nur der leitende Gesichtspunkt vorhanden ist, daß eine allgemeine Bekanntmachung erfolgen muß, dann wird der Ausweg, den ich in meinem Antrage vorgeschlagen habe, zufriedenstellend sein, nämlich daß durch öffentlichen Anschlag die Bekanntmachungen kundzugeben sind. An welcher Stelle der Anschlag angeheftet werden soll, ob an den Anschlagssäulen oder an anderen, noch zu bestimmenden Stellen, kann dem Magistrat überlassen bleiben. Niemand, der die amtliche Zeitung nicht liest, hat dann das Recht, sich zu beklagen, daß ihm die Möglichkeit nicht gegeben ist, sich über die Bestimmungen der städtischen Behörden zu unterrichten.

Von den Gründen, die hier vorgebracht sind, ist mir der finanzielle Einwurf der am meisten maßgebende. Ich kann zwar nicht übersehen, wie hoch die Kosten werden; aber daß sie beträchtlich sein werden, wird wohl zutreffen, und für diesen Grund hat nicht nur die rechte, sondern auch die linke Seite des Hauses — zu der wir in diesem Falle gehören — Verständnis.

Der Antrag Jasper kommt zuerst zur Abstimmung. Es melden sich für den Antrag 13 Stadtverordnete. Der Vorsitzende stellt durch Zählung fest, daß außer ihm selbst 26 Stadtverordnete im Saale sind, und gibt, da hiernach Stimmengleichheit herrscht, den Ausschlag mit den Worten: „Ich bin für Ablehnung des Antrages Jasper.“

Für den Antrag Frede stimmen 11 Stadtverordnete, er ist damit abgelehnt.

Für den Kommissionsantrag melden sich 13 Stadtverordnete. Der Vorsitzende ermittelt wieder die Zahl der Anwesenden (außer dem Vorsitzenden selbst)

auf 26 und bemerkt: „Ich muß auch hier den Ausschlag geben. Ich nehme den Kommissionsantrag an.“

Stadtv. Dr. **Henning**: Der Stadtmagistrat bittet, noch zwei weitere Punkte in das Statut aufzunehmen. Er schreibt dazu:

„Beim Inkrafttreten des Statuts kann nicht sofort die neue Grundrolle aufgestellt und der Wehrausschuß gewählt werden. Wir ersuchen daher, zuzustimmen, daß im Abschnitt E (Schlußbestimmung) eingefügt wird:

a) in der Überschrift „Übergangs- und“,

b) als neuer § 17: „Bis zur Aufstellung einer dem § 16 dieses Statuts entsprechenden Grundrolle bleibt die bisherige maßgebend. Bis zur ersten Wahl des Wehrausschusses hat die Einquartierungsdeputation dessen Aufgaben zu erledigen.“

Sodann würde der jetzige § 17 des Statuts unter der Bezeichnung § 18 folgen.

Das Ganze ist eine reine Formsache. Es ist notwendig, daß ein Übergangsstadium geschaffen wird, und da das durch die erste Vorlage nicht geschehen war, wird es hier nachgeholt.

Die Statutenkommission hat die Vorschläge gutgeheißen und empfiehlt Ihnen Annahme derselben.

**Vorsitzender**: Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich das Einverständnis der Herren mit diesen letzten Änderungen und Zusätzen an. (Widerspruch erfolgt nicht.)

**Vorsitzender**: Es wird mir eben von Herrn Wesemeier und anderen Herren folgendes persönlich vorgetragen:

Im Augenblick der Abstimmung über den Kommissionsantrag zu § 6 sei ein Herr, der bei der ersten Abstimmung nicht zugegen gewesen sei, wieder hinzugegetreten. Mutmaßlich seien nur 12 Stimmen gegen den Antrag Jäpper und nachher erst bei der zweiten Abstimmung über den Kommissionsantrag 13 Stimmen gegen diesen abgegeben. Sollte das richtig sein, so würde daraus die Folge sein, daß der erste Antrag angenommen ist. Ich bitte, die geehrten Herren, sich über die Frage zu äußern.

Stadtv. **Steinbrecher**: Ich glaube, Herr Fricke war bei der ersten Abstimmung nicht im Saale, während er bei der zweiten Abstimmung anwesend war.

**Stadtv. Dr. Jasper:** Erinnern Sie sich bitte an die beiden Abstimmungen, die hier maßgebend sind. Bei beiden kam es zum Stichentscheid durch den Herrn Vorsitzenden, weil er feststellte, es seien 13 Unterstüzer des Antrages und es seien 26 Personen im Saale, die stimmberechtigt seien. Nun steht demgegenüber fest, daß bei der ersten Abstimmung Herr Fricke nicht im Saale war, daß aber bei der zweiten Abstimmung Herr Fricke im Saale gewesen ist. Ich habe persönlich nicht nachgezählt, ob die Feststellung auf 26 Stimmberechtigte, die der Herr Vorsitzende vorgenommen hat, richtig war oder nicht. Es kann aber nur eine von den beiden Angaben über die Anwesenden richtig sein, da während der Abstimmung niemand aus dem Saale hinausgegangen ist. Wenn der Herr Vorsitzende das erste Mal 26 gezählt hat, und das zweite Mal, als Herr Fricke hinzugetreten war, wieder 26, dann liegt die Annahme nahe, daß er das zweite Mal richtig gezählt hat und beim ersten Male unrichtig. Dann würde das Ergebnis gewesen sein, daß mit 13 Stimmen der von mir gestellte Antrag angenommen ist. Wenn der Herr Vorsitzende das zweite Mal unrichtig gezählt haben sollte, so daß 27 Personen im Saale gewesen sind, dann würde mit 13 eine Ablehnung des Kommissionsantrages erfolgt sein.

**Vorsitzender:** Es dürfte zu klären sein, welche Anzahl Stadtverordneter bei der ersten Abstimmung im Saale anwesend gewesen ist.

**Stadtv. Hartung:** Ich glaube, ein wirklicher Zweifel kann nicht wohl vorhanden sein. Gebe ich zu, daß möglicherweise die Zahl der Anwesenden falsch gezählt ist, daß wirklich nur 25 Stadtverordnete im Saale gewesen sind, so sind doch in jedem Falle 13 Stimmen die Majorität, da es mehr als 12 sind.

**Vorsitzender:** Herr Hartung kommt zu einem anderen Resultat als Herr Dr. Jasper. Mutmaßlich verhält sich die Sache so, daß Herr Sander bei der zweiten Abstimmung hinausgegangen ist. (Widerspruch.)

**Stadtv. Wesemeier:** Das meiste von dem, was ich sagen wollte, hat Herr Dr. Jasper schon erledigt. Es ist anzunehmen, daß die Zählung der Anwesenden durch den Herrn Vorsitzenden das erste Mal nicht richtig gewesen ist, weil wir mit Herrn Fricke jetzt 26 sind. Also vorher müssen es 25 gewesen sein. Trifft das zu, so ist der Antrag Jasper angenommen, da dann 13 die Mehrheit ist.

**Stadtv. Hammerschmidt:** Ich möchte zunächst Auskunft darüber erbitten — ich bin Neuling in dieser Versammlung —, ob der Herr Vorsitzende, wenn er den Ausschlag zu geben hat, auch seine Stimme als Stadtverordneter abgibt. In dem

Falle könnte das Verhältnis auch bei der ersten Abstimmung 13 : 13 gewesen sein, weil Herr Friede dabei nicht zugegen gewesen ist.

**Vorsitzender:** Jetzt sind wir 26. Unter diesen Umständen bleibt nichts weiter übrig, als daß die verehrten Herren darüber abstimmen, was gelten soll. Ich kann darüber nicht entscheiden.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Zunächst möchte ich einen Irrtum des Herrn Vorsitzenden, den er allerdings nur durch sein Mienenspiel zum Ausdruck gab, richtigstellen: Bei den Abstimmungen zählt die Stimme des Vorsitzenden nicht mit, er gibt nur den Ausschlag. Im übrigen würde es falsch sein, jetzt die Abstimmung zu wiederholen, nachdem eine andere Besetzung eingetreten ist. Es steht fest: Es ist niemand hinausgegangen, und wir sind jetzt 26 Stimmberechtigte. Es ist also ein Irrtum des Herrn Vorsitzenden gewesen, daß bei der ersten Abstimmung, an der Herr Friede nicht teilgenommen hat, 26 Stimmberechtigte anwesend gewesen sind. Danach ist unserer Geschäftsordnung gemäß der erste Antrag mit 13 gegen 12 Stimmen angenommen, und eine Wiederholung dieser Abstimmung ist nicht angängig. Eine weitere Abstimmung über den Kommissionsantrag war nach Annahme des ersten Antrages nicht gegeben, weil durch die erste Abstimmung alle anderen Fragen erledigt waren.

**Vorsitzender:** An sich steht dem Vorsitzenden ein Stimmrecht nicht zu, er hat aber ein Stimmrecht im Augenblicke der Stichtentscheidung.

Stadtv. **Ribbentrop:** Nach meiner Ansicht liegt die Sache einfach. Es sind bei der ersten Abstimmung 25 Stadtverordnete anwesend gewesen und 13 haben für den Antrag gestimmt. Dann ist der Antrag auch durchgegangen.

**Vorsitzender:** Ist das auch die Ansicht der Versammlung? — Ich nehme dies als wirkliche Meinung der Mehrheit an.

### 13. Verlängerung der Straßenbahnlinie Schützenhaus bis zum Krankenhaus vom Roten Kreuz.

Stadtv. **Mohr:** Es hat sich herausgestellt, daß der Transport der Verwundeten nach dem Schwesternhause vom Roten Kreuz von der Endstation der Straßenbahn am Schützenhause, namentlich bei schwerverwundeten Kriegern, mit großen Unzuträglichkeiten verbunden ist. Der mehrfach laut gewordene Wunsch, diese Strecke bis zum Schwesternhause voll auszubauen, hat bislang bei der Straßenbahngesellschaft keinen Anklang gefunden, und man kann ihr das auch nicht verdenken, denn die Anlagen sind teuer, und eine Rentabilität wird nicht herauszurechnen sein. Wohl aber hat die Straßenbahn sich jetzt bereit erklärt,

während der Dauer des Krieges eine provisorische Gleisanlage vom Schützenhause bis zum Schwesternhause anzulegen. Die Anlage ist so gedacht, daß die Gleise nach Überschreiten der Fahrstraße auf dem Sommerwege entlang geführt werden, und zwar bis in das Grundstück des Schwesternhauses hinein, so daß die Verwundeten vor der Tür des Schwesternhauses ausgeladen werden können. Diese verlängerte Strecke soll natürlich nur für den Verwundetentransport, aber nicht für den gewöhnlichen Personenverkehr benutzt werden. Die Herzogliche Polizeidirektion hat die Genehmigung zu dieser provisorischen Verlängerung erteilt unter der Voraussetzung, daß für die auch schon vom Magistrat in Aussicht genommenen Sicherungen dieser Strecke — nämlich für eine Einzäunung gegen die übrige Fahrstraße und für die nötige Beleuchtung — gesorgt wird. Der Stadt entstehen durch diese Anlage Kosten nicht, es handelt sich lediglich darum, daß die geehrten Herren ihre Genehmigung für die Einrichtung dieser Anlage aussprechen.

Der Finanzkommission hat diese Sache zur Vorberatung vorgelegen, eigentlich wäre es Sache der Baukommission gewesen. Da diese Kommission aber wegen Fehlens ihres Vorsitzenden und auch ihres stellvertretenden Vorsitzenden nicht tagen konnte, so ist die Vorberatung der Finanzkommission übergeben worden. Diese Kommission gibt Ihnen anheim, dem Projekte zuzustimmen.

Stadtv. **Bunge**: Auch ich möchte Ihnen empfehlen, dieser Vorlage Ihre Zustimmung zu geben, denn wer die Verwundetentransporte mitgemacht hat, wird es bitter beklagen, daß die elektrische Straßenbahn nicht bis direkt vor das Lazarett fahren kann. Es steht fest, daß das beste Beförderungsmittel für Verwundete bis jetzt die elektrische Straßenbahn gewesen ist. Die Möbelswagen und die anderen Behälter, die man dazu in Anspruch genommen und entsprechend ausgerüstet hat, sind doch ein wahrer Jammer gegenüber dieser Beförderungsart. Ich möchte dringend bitten, der provisorischen Verlängerung zuzustimmen.

Stadtv. **Mohr**: Hier ist ein kleiner Plan ausgehängt, der zeigt, wie die Verlängerung gedacht ist.

Die Versammlung gibt ihre Zustimmung zu der provisorischen Verlängerung.

#### 14. Antrag Hartung, betreffend Aussonderung der zu Viehfutter verwendbaren Abfälle aus dem abzuführenden Hausmüll.

Wortlaut des Antrages s. S. 556.

Stadtv. **Hartung** (zur Begründung): In der Tagespresse ist mehrfach darüber geschrieben, daß in dieser Kriegszeit nicht unerhebliche Werte dadurch ver-

Loren gehen, daß die Abfälle von Gemüse, vielleicht auch Fleisch und Knochen, in den städtischen Müll kommen, während sie doch noch als Viehfutter verwendet werden könnten. Ich halte dieses Bedenken in der gegenwärtigen Zeit nicht für gleichgültig, denn ich habe selbst die Beobachtung gemacht, daß mit den Abfällen — wenn es sich auch nicht um bedeutende Sachen handelt — doch etwas zu erreichen wäre. Wenn ich von meinem eigenen Haushalte auf andere schließen darf, so muß ich doch annehmen, daß der Gemüseabfall aus all den Haushaltungen beträchtlich ins Gewicht fällt. Ich bin dabei zwar in einer glücklichen Lage: ich habe einen Nachbar, der Vieh hält, und so geht von den Abfällen aus meinem Haushalte nichts verloren. Aber es wird viele Haushalte geben, wo das doch geschieht.

Bei der Erörterung in dieser Frage, wie die Abfälle für die Allgemeinheit nutzbar gemacht werden könnten, wird meistens der Magistrat angezapft. Ich weiß nicht, ob hierbei nicht vielmehr die Initiative den Vertretern der Landwirtschaft vorbehalten bleiben müßte. Aber es wird die Sache wohl so liegen, daß der Magistrat auch Veranlassung hat, der Frage näher zu treten, ob es möglich ist, für die städtischen Betriebe etwas zu erreichen, sei es, daß er durch eine Abänderung des Statuts anordnen könnte, daß eine Ausscheidung von derartigen Gemüse- und Fleischabfällen aus den Mülleimern stattfindet oder auf eine andere Weise. Ich glaube, daß für die städtischen Behörden wohl Veranlassung vorliegt, bei der gegenwärtigen Zeitlage diese Frage ernstlich zu prüfen, und bitte die Herren, meinen Antrag unterstützen zu wollen.

**Vorsitzender:** Ich stelle zunächst die Unterstützungsfrage. Die Herren, die den Antrag unterstützen wollen, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist genügend unterstützt; ich überweise ihn der Baukommission zur Vorberatung.

## 15. Antrag Bunge auf Errichtung einer Kaninchenzuchtfarm und Mastanstalt.

Wortlaut des Antrages j. E. 556.

Stadtvt. **Bunge** (zur Begründung): Bereits am 28. August 1913 hatte ich einen ähnlichen Antrag gestellt, und zwar anläßlich eines Antrages des Kaninchenzüchtervereins, der die Stadt gebeten hatte, ihm eine Beihilfe von 600 M zu gewähren. Mein Antrag wurde damals abgelehnt, trotzdem man allgemein anerkennen mußte, daß die Förderung der Kleintierzucht angebracht und zeitgemäß sei. Es wurde damals beschlossen, dem Kaninchenzüchterverein auf drei Jahre 300 M Zuschuß pro Jahr zur Förderung der Kaninchenzucht zu bewilligen.



Die Art und Weise, wie der Verein sich diese Förderung gedacht hat, ist die folgende: Zunächst hat er dafür sorgen wollen, daß der Wert des Kaninchensfleisches als Nahrungsmittel, da es früher als minderwertig betrachtet wurde, bekannt wurde, sodann hat der Verein sich bemüht, die Aufzucht von Kaninchen zu verbreiten, indem er sich eine Anzahl bester Häsinnen beschafft hat und an alle dem Verein beitretenen Mitglieder kostenlos abgibt.

Nun ist ein Jahr seit der Zeit ins Land gegangen. Ich sagte schon damals, wenn etwas Ersprießliches bei der Unterstützung herauskommen sollte, müßte die Stadt tiefer in die Tasche greifen. Ich habe auch darauf hingewiesen, daß die Allgemeinheit von dieser Maßnahme jedenfalls recht wenig Vorteile haben würde, und es hat sich herausgestellt, daß die seinerzeit von mir geäußerten Bedenken in Erfüllung gegangen sind. Die Bedingungen, die der Verein an diejenigen stellt, die Zuchthäsinnen von ihm erwerben und deshalb dem Verein beitreten wollen, sind nicht derartig, daß man von einer Förderung der Kaninchenzucht sprechen kann. Der Verein verlangt in erster Linie, daß sie zunächst ein Eintrittsgeld von 1 *M* zahlen und außerdem sofort einen Jahresbeitrag von 3 *M* entrichten. Dann muß der Betreffende sich verpflichten, nachdem die Häsinn Junge geworfen hat, ein 4 bis 5 Monate altes Jungtier zurückzugeben. Gegen diese Maßnahme würde ich nichts einzuwenden haben. Aber daß ein derartig hoher Betrag gefordert wird, bevor eine Häsinn abgegeben wird, das kann ich nicht für recht halten.

Im Gegensatz zum vorigen Jahre hat sich nun wohl die ganze Sachlage in einer Weise geändert, daß es wohl am Platze ist, andere Vorkehrungen zu treffen. Durch den Krieg sind unsere sämtlichen Wirtschafts- und Nahrungsmittelverhältnisse anders geworden, so daß wir als Deutsche, mögen wir einer Partei angehören, welche es auch sei, alles daransetzen müssen, um Nahrungsmittel zu erzeugen. Ich betrachte diesen meinen Antrag gewissermaßen als eine Kriegsmaßnahme; nach dem Kriege können wir ja nochmals darüber sprechen. Ich bitte dringend, diesen meinen Antrag zu unterstützen.

**Vorsitzender:** Der Antrag ist von Herrn Bunge allein unterzeichnet. Ich bitte die Herren, die den Antrag unterstützen wollen, sich zu melden. (Geschieht.) Der Antrag ist genügend unterstützt, ich überweise ihn der Baukommission zur Vorberatung.

## 16. Anfrage Stegmann über planmäßige Verwertung der Küchenabfälle als Viehfutter.

Wortlaut der Anfrage s. S. 557.

**Vorsitzender:** Es hat Herr Stegmann dieselbe Sache angeschnitten wie Herr Hartung. Vielleicht sind Sie, Herr Stegmann, damit einverstanden, daß wir die

Behandlung einstweilen aussetzen und später mit der Behandlung des Antrages Hartung verbinden.

**Stadt v. Stegmann:** Obwohl ich auf eine längere Begründung der Anfrage verzichten kann, möchte ich doch um eine kurze Auskunft seitens des Magistrats bitten, ob er nicht schon Schritte irgend welcher Art unternommen hat. Wir wissen, daß in den Tageszeitungen Bekanntmachungen erlassen worden sind, daß die Städte sich mit Einrichtungen hierfür befassen möchten, auch die preußischen Minister für Gewerbe und das Innere haben an die Städte Aufforderungen erlassen, in dieser Richtung vorzugehen. Ich bin der Meinung, eine große Stadt wie Braunschweig kann mit solchen Einrichtungen nicht lange warten. Bis der Antrag Hartung zur Behandlung kommt, gehen wieder Wochen ins Land, deshalb möchte ich doch gern schon heute eine Auskunft vom Magistrat erbitten.

**Bürgermeister Meyer:** Die Frage der Verwertung dieser Abfälle ist in der Stadtverordnetenversammlung, soweit meine Kenntnis reicht, schon mehrfach behandelt, auch der Magistrat hat sich wiederholt damit beschäftigt und ebenso auch die Straßenreinigungsdeputation; aber eine Lösung, wie sie den geäußerten Wünschen entspricht, ist bislang nicht gefunden. Wir würden alle gern sehen, wenn der noch als Viehfutter brauchbare Teil der Küchenabfälle einer entsprechenden Verwendung zugeführt werden könnte. Es gibt dafür zwei Möglichkeiten. Die eine ist, daß — und so geschieht es in der Stadt Hannover — Hausmüll und Küchenabfälle ungetrennt nach dem Abladeplatze gebracht und dort durch Schweine nach Futterstoffen durchsucht werden. Dazu ist notwendig, daß ein Stall gebaut und eine Wohnung für einen Wärter beschafft wird. Die hierdurch entstehenden Unkosten sind so hoch zu schätzen, daß man ihretwegen von Beschreitung dieses Weges absehen wird. Die andere Möglichkeit würde die sein, daß eine Absonderung der als Futter tauglichen Bestandteile des Mülls in den Haushaltungen vorgenommen wird. Die Ausführung macht die Einstellung besonderer Abfuhrwagen für die Futterstoffe notwendig, die neben den Wagen für den Müll die Stadt durchfahren müßten. Da die Einstellung dieser neuen Abfuhrwagen ganz erhebliche Aufwendungen nötig machen würde, so erscheint auch dieser Weg kaum gangbar, es sei denn, daß sich Unternehmer fänden, die das Futter zu eigenem oder fremdem Gebrauch abholten. Merkwürdigerweise hat sich trotz öffentlicher Besprechung der Frage niemand als Unternehmer gefunden. Ich bemerke allerdings, daß von solchen Grundstücken, von denen ein größerer Teil brauchbarer Abfälle herausgeht, — es kommen da hauptsächlich Hotels und Restaurationen in Betracht — die Abfälle regelmäßig abgeholt werden.

## 17. Anfrage Stegmann über die erfolgte Entlassung einiger Hilfslaternenwärter.

Wortlaut der Anfrage f. S. 557.

Stadtv. **Stegmann** (zur Begründung): Als ich vor einiger Zeit eine Anfrage an den Magistrat stellte wegen Entlassung von städtischen Arbeitern in der Bauverwaltung, wurde seitens des Herrn Oberbürgermeisters geantwortet, er wisse nichts davon, erkläre aber, daß er selbstverständlich nicht dafür sei, vielmehr sei er der Meinung, daß man in dieser Zeit, selbst wenn man die Arbeiter nicht gebrauchte, fünf gerade sein lasse. Um so mehr habe ich mich gewundert, daß die Entlassung einiger Hilfslaternenwärter vorgenommen ist, und daß weitere Entlassungen bevorstehen, wie ich von diesen Leuten gehört habe. Ich meine, in dieser Zeit sollte man davon absehen, und jedenfalls wird es auch so liegen, daß der Magistrat nichts von dieser Angelegenheit weiß. Wenn es sich auch nur um **Hilfslaternenwärter** handelt, so müßte bei dieser Winter- und Kriegszeit doch die Entlassung unterbleiben, wenn man bedenkt, daß wir hier uns bemühen und Opfer dafür bewilligen, daß Arbeit für die hiesige Bevölkerung geschaffen wird.

Ich weiß wohl, daß einige Entlassungen bei den Laternenwärttern zu erwarten stehen, denn durch die von uns beschlossene Einführung der Fernzündung werden 22 davon überflüssig. Es wurde uns aber damals die strikte Versicherung gegeben, daß fast alle diese Leute untergebracht werden oder Ruhe Lohn erhalten sollten. Es mag sein, daß sich unter den in Betracht kommenden Leuten solche befinden, die erst kurze Zeit den Posten innehaben; einige sind aber darunter, die schon länger in Stellung sind. Jetzt nun, unmittelbar vor oder nach Weihnachten sollen sie hinausfliegen. Einer von den Entlassenen ist nachträglich bereits beim Gaswerk als Ofenarbeiter angestellt, und ich meine, in ähnlicher Weise wird es auch möglich sein, die anderen unterzubringen, um so mehr, da es wegen des Krieges im Gaswerk an geübten Arbeitern mangeln soll. Um weitere Entlassungen in jetziger Zeit zu vermeiden, ist es vielleicht ratsam, mit der Einführung der Fernzündung vorläufig nicht fortzufahren. Ich will damit nicht gesagt haben, daß ich dem technischen Fortschritt nicht das Wort reden will, es wäre aber doch zu überlegen, ob wir in diesem Falle nicht sagen: „Es hat nun so lange auch ohne Fernzündung gegangen, und unter diesen Umständen wollen wir damit noch warten, bis der Winter hingegangen ist; im Frühjahr wird es vielleicht besser mit der Arbeitsgelegenheit.“ Ich bitte den Magistrat um Auskunft.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Es ist den geehrten Herren bekannt, daß der Magistrat nicht alle Einzelheiten der Verwaltung bearbeitet, sondern daß das in

vielen Fällen Sache der Deputationen ist. In der letzten Deputationsſigung iſt ein ſolcher Beſchluß, wie er von Herrn Stegmann erwähnt iſt, nicht gefaßt worden; ob vielleicht neuerdings von der Direktion etwas Derartiges in Ausſicht genommen iſt, iſt mir nicht bekannt. Wenn der Herr Antragſteller die Freundlichkeit gehabt hätte, mir vorher mitzuteilen, daß er eine ſolche Anfrage zu ſtellen beabſichtige, ſo hätte ich mich darnach erkundigen können. So bin ich beim beſten Willen nicht in der Lage, die Anfrage zu beantworten.

### 18. Anfrage Niede über Stellung des Magiſtrats zu der Leuchtmittel- kalamität inſolge des Petroleummangels.

Wortlaut der Anfrage ſ. S. 571.

Stadtv. **Niede** (zur Begründung): Ich kann mich in dieſer Angelegenheit ſehr kurz faſſen. — Sie wiſſen alle, daß beſonders die ärmere Bevölkerung unter der Petroleumnot — ſo kann ich ſie wohl bezeichnen — ungeheuer leiden muß, vor allen Dingen die Heimarbeiter, bei denen es jetzt ſchon halb 4 Uhr nachmittags dunkel iſt, und die auch vor 9 Uhr morgens kaum arbeiten können. Diejenigen, die noch Beſchäftigung haben, können ihre Arbeit bei einer einfachen Tranſunſel nicht ausführen, und die Beleuchtung durch eine ſolche iſt faſt ebenſo teuer wie die durch Petroleum. Da ich nun wohl weiß, daß auch der Magiſtrat nicht in der Lage iſt, Petroleum anzuschaffen, ſchien es mir im Intereſſe der unter der Petroleumnot Leidenden, aber auch im Intereſſe der Stadt und des Gaswerks zu liegen, wenn den genannten Leuten zu billigeren Preiſen Gas bis ins Haus gelegt würde. Wir ſind verpflichtet, alles zu tun, was im Intereſſe nicht allein derjenigen liegt, die draußen im Felde ſind, ſondern auch derjenigen, die die Steuern aufbringen und ihrem Erwerbe nachgehen müſſen. Ihnen in dieſer Hinſicht anders zu helfen, iſt nicht möglich, weil Petroleum nur in ganz kleinem Maßſtabe beſchafft werden kann. Es haben ſich ſchon gewiſſe Geſchäfte bereit erklärt, auf die Heimarbeiter Rückſicht zu nehmen und ihnen das doppelte Quantum Petroleum zu geben, das ihre ſonſtigen Kunden bekommen. Was iſt aber damit geholfen, wenn ſie in der Woche 2 Liter Petroleum bekommen? In drei oder vier Abenden brennen ſie es ab und können an den anderen Abenden ihr Geſchäft nicht treiben. Deſhalb läge es im Intereſſe der Heimarbeiter, z. B. der Schuhmacher, Schneider und anderer, wenn die Stadt helfend eingriffe, und unſerem Gaswerk würde dadurch eine gute Einnahmequelle erſchloſſen. — Ich würde an das elektriſche Licht gedacht haben, da aber das Lichtwerk nicht uns gehört, halte ich es für rationell, wenn auf dieſe Weiſe der Gasverbrauch erweitert wird.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Es ist die von Herrn Riefe angeschnittene Frage der Beschaffung von Licht für die ärmeren Leute ohne Zweifel von großer Bedeutung. Ich glaube aber nicht, daß wir einen Weg beschreiten können, der darauf hinausläuft, einen Unterschied zu machen bei der Preisbemessung für Gasentnahme. Die Bedingungen über Abgabe von Gas haben wir so gefaßt, daß die Kosten der Anschlußleitung und teilweise auch der Zuleitung von der Stadt getragen werden. Wir beschaffen außerdem unentgeltlich das Steigerrohr und die Automaten, wo sie verlangt werden. Ich glaube, der Gasautomat ist augenblicklich das beste Mittel, um den kleineren Abnehmern Gas zuzuführen, denn dadurch entstehen den Leuten verhältnismäßig wenig Kosten. Allerdings ist der Preis des Gases dabei höher bemessen, weil die Verzinsung und Amortisation für die gelieferten Anlagen mit herausgeschlagen werden müssen. Nun kann der Magistrat von den Bedingungen, in denen auch die Preise festgesetzt sind, nicht einseitig abweichen. Wie sollten wir den Maßstab für den Unterschied finden, wenn wir in dem einen Falle den Preis für das Kubikmeter niedriger festsetzen wollten als in dem anderen; eine solche Befugnis kann der Magistrat unmöglich in Anspruch nehmen. Im übrigen weiß ich, daß das Gaswerk in der letzten Zeit eine sehr erhebliche Anzahl von Anträgen auf Zuführung von Gas durch Automaten bekommen hat. Es ist uns aber leider nicht möglich gewesen, noch mehr Arbeiter für diese Anlagen zu beschaffen. Die Schlosser und Monteure sind zum großen Teile eingezogen, so daß Herr Direktor von Feilitzsch klagt, daß er die Arbeiten nicht bewältigen kann.

Nun wäre zu überlegen, ob noch ein anderer Weg zu finden ist, um den Leuten, welche unter dem Petroleummangel leiden, zu helfen. Herr Riefe hat die Zuführung von elektrischem Strom erwähnt. Nach meiner Kenntnis ist durch das Elektrizitätswerk auch eine große Zahl von Anlagen für elektrisches Licht neu ausgeführt. Ich glaube allerdings, daß sich der einzelne Konsument bei Gas immer noch besser steht als bei Verwendung elektrischen Lichts. Es wird allerdings hier und da gesagt, das elektrische Licht sei noch billiger als das Petroleum; das möchte ich aber vorläufig nach den Rechnungen, wie ich sie für elektrisches Licht zu bezahlen habe, noch bezweifeln, wobei ich aber anerkenne, daß es seine große Annehmlichkeit hat, elektrische Beleuchtung zu besitzen.

Wie es gehen sollte, den unter dem Petroleummangel Leidenden durch die Stadt noch besondere Hilfe zukommen zu lassen, wüßte ich nicht; Sie müßten schon einen bestimmten Antrag uns unterbreiten.

**Stadtv. Ohlendorf** beantragt Besprechung der Anfrage. Es melden sich mehr als 9 Stadtverordnete für die Besprechung. Sie wird vom Vorsitzenden eröffnet.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Die Not, die in der Beleuchtung augenblicklich herrscht, hat der Herr Oberbürgermeister anerkannt. Nun möchte ich eine Anregung geben, die unabhängig von den Vorschlägen meines Freundes Riefe und der Erwiderung des Herrn Oberbürgermeisters ist, nämlich dem Beispiele Magdeburgs in dieser Beziehung zu folgen. Wie ich gelesen habe, ist man dort in der Weise vorgegangen, daß man Räume beschafft hat, in denen die nötige Lichtquelle vorhanden war — z. B. Schulräume, Turnhallen usw. —, und in diesen Räumen den Heimarbeitern die Möglichkeit gegeben hat, ihre Arbeit zu verrichten.

Im übrigen glaube ich persönlich, daß es Herrn Riefe, um der Kalamität abzuhelpen, weniger darum zu tun war, daß verschiedene Preise für die Gasabnahme festgesetzt werden, als daß eine Erleichterung der Bedingungen für Gaszuführung gegeben würde. Selbstverständlich ist, daß das der Magistrat nicht einseitig machen kann. Es sollte die Anfrage auch den Zweck haben, uns beiderseits ins Einvernehmen zu setzen. Die Schwierigkeit, Gasbeleuchtung einzuführen, ist darin gegeben, daß die ersten Anschaffungskosten verhältnismäßig hoch sind, um so mehr ist das jetzt der Fall, als gegenwärtig die Geldbeutel nicht zu sehr gefüllt sind. Wenn darin eine Erleichterung geschaffen werden könnte, so würde das sehr zweckmäßig sein. Schnell hilft hier aber die Beschaffung von geeigneten Arbeitsräumen.

Stadtv. Dr. **Henking**: Ich freue mich, in der sehr angenehmen Lage zu sein, mit Herrn Dr. Jasper einmal übereinzustimmen, nämlich darin, daß es angebracht ist, daß die Stadt für die Heimarbeiter in dieser traurigen Zeit geeignete Lokale als Arbeitsräume zur Verfügung stellt. Wenn die Beleuchtung gut ist, wie z. B. in der Gewerbeschule mit ihrem wundervollen Oberlicht, so scheint das praktischer, als die Leute zu veranlassen, in ihren kleinen Wohnungen Gas anzulegen. Das würde wohl auch in gesundheitlicher Beziehung keine Bedenken haben und im übrigen unpraktisch sein. Ich möchte die Anregung des Herrn Dr. Jasper warm unterstützen.

## 19. Ermächtigung des Magistrats zur Aufnahme einer Anleihe von 1 Millionen Mark beim Herzogl. Leihhause.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Meine Herren. Ich bitte, mir noch zu gestatten, eine Sache zur Sprache zu bringen, die in gewisser Weise dringend ist.

Es ist Ihnen bekannt, daß wir bei Beschaffung der Betriebsmittel für die Kammereikasse so verfahren sind, daß wir unter Verzicht auf die Aufnahme einer Anleihe, die schon seit Jahren jedesmal im Extraordinarium des Hauptetats vorgeesehen war, die verfügbaren Mittel der verschiedenen Klassen — Gaswerk,

Wasserwerk, Ausgleichsfonds, Hauptkasse, Umsatzsteuer usw. — benutzt haben, um uns finanziell über Wasser zu halten. Das ist ein Verfahren, das nicht gerade ganz ordnungsgemäß ist, das aber jedenfalls für die Stadt das billigste ist, insofern als wir dann fremdes Geld nicht zu benutzen brauchen. Wir nehmen das Geld aus den Betrieben, soweit wir es bedürfen. Das ist bis jetzt gutgegangen. Durch den Krieg aber sind uns gewaltige Ausgaben erwachsen, und so konnten die Ausgaben auf diese Weise nicht mehr bestritten werden. Das Ordinarium hält sich nach dem letzten Abschluß für November ungefähr über Wasser; es war ein Bestand von 27 000 *M* vorhanden. Das Extraordinarium aber hat bekanntlich schon seit längerer Zeit das große Defizit, das durch Anleihen gedeckt werden sollte, was jedoch nicht geschehen ist, und zwar betrug am letzten November die Mehrausgabe 1 436 000 *M*. Die Bestände der verschiedenen Kassen beliefen sich auf 2 819 000 *M*; hiervon das Defizit abgezogen, bleibt ein Bestand von rund 1 400 000 *M*. Dieser aber wird bald aufgezehrt sein, da wir, wie Ihnen allen bekannt ist, der Kanalbaukasse die Kosten für den Neubau der Kanäle seitens der Stadthauptkasse vorstrecken; das sind jetzt 560 000 *M* geworden. Dann kommt in Betracht die große Summe für die Familienunterstützungen mit rund einer halben Million Mark — es fehlt nicht mehr viel daran. Nun hat die Stadthauptkasse heute morgen angezeigt, daß am 1. k. Mts. ein Fehlbetrag von rund 700 000 *M* vorhanden sein würde, und den müssen wir selbstverständlich decken, und zwar noch im Laufe dieses Monats. Bei der Leihhauskasse haben wir auf Grund der Ermächtigung, die uns früher von der Regierung erteilt ist, schon 200 000 *M* erhoben; ermächtigt sind wir bekanntlich dazu, bei der Leihhauskasse bis zu 1 Million Mark vorübergehende Darlehen aufzunehmen, auf Grund der Bestimmungen, die für alle Gemeinden erlassen sind; für die Gemeinden ist es ohne Frage von großem Wert, daß sie, ohne Sicherheit zu leisten, bestimmte Beträge als vorübergehendes Darlehen beim Leihhause gegen Zahlung des Reichsbankdiskonts aufnehmen können. Nun kommt die Sache so, daß diese 1 Million, nachdem wir schon 200 000 *M* aufgenommen haben und bis zum Schluß dieses Monats noch 700 000 *M* aufnehmen müssen, bald nahezu erschöpft sein wird. Da wir nun monatlich 160 000 *M* für die Unterstützung von Kriegerfamilien ausgeben, und da ferner die nächste Steuerzahlung erst Mitte des nächsten Vierteljahres erfolgen wird, so wird die uns vom Leihhause zugesagte erste Million nach meiner Befürchtung nicht reichen, unsern Bedarf zu decken. Und wenn wir auch wirklich die Steuer vom nächsten Vierteljahr erheben — annähernd eine halbe Million —, so würde uns das doch nach meinen Berechnungen nicht über Wasser halten können. Wir haben zu große Ausgaben geleistet z. B. für Anschaffung von Konserven, haben große Bauten für das Gaswerk, den Bau der Steintorbrücke, Straßenbauten, Kanalanlagen usw. im Gange, die alle viel

Geld kosten. Wir müssen uns also vorübergehend weitere Mittel beschaffen, und zu dem Zwecke bin ich vom Magistrat beauftragt, Sie schon heute zu bitten, zuzustimmen,

daß wir alsbald bei der Regierung den Antrag stellen, uns zu ermächtigen, eine weitere Million Mark (also die zweite) im Bedarfsfalle beim Leihhause aufzunehmen.

Daß wir bei den hohen Zinsen, die wir augenblicklich zu zahlen haben, selbstverständlich nur nach Bedarf die Anleihe aufnehmen, brauche ich wohl nicht hervorzuheben. Ich bitte Sie, uns zu ermächtigen, bei der Regierung zu beantragen, eine weitere Million auf Kredit beim Leihhause entnehmen zu dürfen.

**Vorsitzender:** Ich nehme an, daß die Herren mit der sofortigen Beratung einverstanden sind. Ich eröffne die Beratung — und schließe sie. Diejenigen Herren, die damit einverstanden sind, dem Magistrat die erbetene Ermächtigung zu erteilen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Die Ermächtigung ist ausgesprochen.

Liegt sonst noch etwas für die öffentliche Sitzung vor? — Das ist nicht der Fall. Ich schließe die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 5¼ bis kurz nach 8¼ Uhr.

In der im Anschluß an obige Sitzung folgenden vertraulichen Stadtverordnetenversammlung wurde an Stelle des Herrn Stadtv. *L a n g e*, der durch seine Einberufung zum Waffendienste behindert ist, Herr Stadtv. *F r e d e* zum Mitgliede der Finanzkommission gewählt.

In der gemeinschaftlichen Sitzung des Magistrats und der Stadtverordneten am 2. Januar 1915 wurde Herr Stadtbaurat *G e h e n s l e b e n*, Spandau, zum besoldeten Mitgliede des Magistrats gewählt, Herr Stadtv. *M o h r* zum unbesoldeten Magistratsmitgliede und Herr Stadtv. *M u n t e* an Stelle des ausscheidenden Herrn Stadtv. *M o h r* zum Vorstandsmitglied der Südfestigung.





# B e r i c h t

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig

in deren Sitzung am 21. Januar 1915.

### Tagesordnung:

1. Antrag eines Einwohners auf Gewährung einer Entschädigung . . . . .	Seite 609
2. Antrag Munte auf Pächterlaß für den Eisbahnverein . . . . .	" 610
3. Antrag Bunge auf Errichtung einer Kaninchenfarm . . . . .	" 612
4. Antrag Hartung auf Verwertung der Küchenabfälle . . . . .	" 613
5. Ausbau der Comeniusstraße zwischen Wendomestraße und Herzogin-Elisabeth- straße . . . . .	" 617
6. Antrag eines Anwohners der Eichtalstraße auf Schaffung eines Bürgersteigs für den oberen Teil der Eichtalstraße . . . . .	" 618
7. Instandsetzung des Schulhofs der Gaußschule . . . . .	" 618
8. Abänderung der Dienstanweisung für die Armenpfleger . . . . .	" 619
9. Errichtung eines Spielplatzes für kleinere Kinder auf dem Franzischen Felde . . . . .	" 626
10. Ausbau der Goethestraße zwischen Hänjelmann- und Schillerstraße . . . . .	" 627
11. Ankauf von Flächen an der Comeniusstraße . . . . .	" 628
12. Entwurf einer neuen Friedhofs- und Begräbnisordnung . . . . .	" 628

Am Magistratsstische die Herren: Oberbürgermeister **Netemeyer**, Bürger-  
meister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg** und **Wagner**, Stadtbaurat **Gebens-  
leben**, Magistratsassessor **Schulze** und Magistratsmitglied **Mohr**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlten die Herren Stadtv. Dr.  
**Wolters**, Dr. **Voge**, **Weichsel**, **Ränge** und **Schulze**.

Entschuldigt fehlten die Herren Stadtvv. Dr. **Gentling**, **Edhardt** und Justizrat **Hartung**; die beiden letzteren Herren erschienen jedoch nachträglich.

Stellvertretender Vorsitzender, Baurat **Frühling**: Ich eröffne die heutige Sitzung.

Meine Herren! Ich habe die sehr erfreuliche Aufgabe, unser neues Magistratsmitglied, Herrn Stadtbaurat Gebensleben, heute in unserer Mitte zu begrüßen. Der Eintritt dieses neuen Mitgliedes in den Magistrat bildet einen bedeutamen Punkt in dem Ausbau unserer Stadtverwaltung, indem dadurch nicht nur die Kräfte des Magistrates vermehrt, sondern auch durch Berufung eines Bauachverständigen in grundsätzlicher Weise erweitert werden.

Unsere Vaterstadt hat sich in den letzten Jahren sehr erfreulich fortentwickelt und schreitet kräftig voran unter der sicheren, weitblickenden und sorgsamen Leitung unseres Magistrates. Aber mit diesem Fortschreiten ist auch ein gewaltiges Anwachsen der Arbeitslast unseres Magistrates verbunden gewesen, und namentlich haben sich die Aufgaben der städtischen Verwaltung auf allen technischen Gebieten immer mehr vergrößert, so in der Fürsorge für die Straßen und den Verkehr, in der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Gas, Elektrizität, in der Fürsorge für Industrie, Handwerk und Arbeiterschaft, und vor allem in den erweiterten, zum Teil auf ganz neuen Anschauungen beruhenden Aufgaben des städtischen Bauwesens im allgemeinen.

Unter diesen Umständen gereicht es uns zu besonderer Befriedigung, daß es möglich gewesen ist, einmal die Anzahl unserer Magistratsmitglieder zu vermehren, und sodann für diese Vermehrung eine Persönlichkeit zu berufen, deren Kenntnisse und Erfahrungen gerade auf dem Gebiete der Technik liegen. Wir blicken daher mit voller Zuversicht auf diese Neugestaltung und sind der sicheren Überzeugung, daß der Magistrat die dadurch gegebenen Möglichkeiten für die Verwaltung voll ausnützen und für die Entwicklung der Stadt in zweckmäßiger Weise nutzbar machen wird.

Sie, geehrter Herr Stadtbaurat, begrüße ich hiermit im Namen der versammelten Herren aufs beste. Vor Ihnen liegt ein weites und hochwichtiges Arbeitsfeld, wir sehen mit vollem Vertrauen Ihrer Tätigkeit entgegen, es wird Ihnen dabei nicht an unserer Unterstützung fehlen, und aufrichtig wünschen wir, daß Ihre Tätigkeit recht ersprießlich werde zur Förderung und zum Wohle unserer lieben Vaterstadt Braunschweig.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Meine Herren! Der Stadtmagistrat hat an Stelle des zu den Fahnen einberufenen Regierungsassessors Dr. Ibach einen Ersatz gefunden in der Person des bereits bei uns beschäftigten Magistratsassessors Schulze; ich stelle der Stadtverordnetenversammlung Herrn Assessor Schulze vor.

**Stellv. Vorfigender** machte sodann Mitteilung von einem Schreiben:

1. des Stadtmagistrats, durch das die Stadtverordneten benachrichtigt werden, daß die Verhandlungen über das Statut, betreffend die Quartier- und Naturalleistungen für die bewaffnete Macht, als gescheitert zu betrachten seien, da der Stadtmagistrat der gewünschten Änderung des § 6 Abs. 3 nicht zustimmen könne;

2. des Reichsverbandes reisender Gewerbetreibender Deutschlands, Zentralfstelle Magdeburg; er wendet sich in einer Eingabe vom 4. Januar d. Js. an die Stadtverordnetenversammlung und bittet in der Angelegenheit, den Ausfall des Messetreibens auf dem Schützenplatze anläßlich der Wintermesse 1915 betreffend, „neben dem Topf- und Viehmarkt wenigstens den bisherigen Handelsverkehr zulassen zu wollen.“

Da ein gleichlautendes Schreiben auch an den Stadtmagistrat gerichtet ist, so gehe dieses zu den Akten.

### 1. Antrag eines Einwohners auf Gewährung einer Entschädigung.

**Stadtv. Sander:** Der Gastwirt Wilhelm Krebs hier, „Zum Schultzeiß“, Sach, wendet sich in einer Eingabe an die Stadtverordnetenversammlung und bittet, ihm eine Entschädigung von 350 M zu bewilligen. Er führt darin aus, daß er an den hiesigen Stadtmagistrat unterm 30. Oktober v. Js. ein Gesuch gerichtet habe, ihm eine Entschädigung zu gewähren wegen der beim Straßenumbau stattgefundenen Verzögerung der Arbeiten. Der Stadtmagistrat habe jedoch unter folgenden Gründen sein Gesuch abgelehnt:

„Die Arbeiten für die Auswechsellung der Gleise und die Herstellung der neuen Straßenbefestigung sind infolge des Kriegsausbruchs erheblich verzögert worden, da sowohl die mit den Arbeiten beschäftigten Personen teilweise zur Fahne einberufen waren, und weil auch die erforderlichen Materialien (wie Zement, Steine, Asphalt) in den ersten Wochen nach Kriegsausbruch mit der Eisenbahn nicht herangeschafft werden konnten.“

Mit dieser Begründung sei Herr Krebs jedoch nicht einverstanden. Der Straßenumbau sei in den ersten Tagen des Juli in Angriff genommen, damals hätte jeder beteiligte Unternehmer seinen Bedarf an Materialien sofort decken müssen usw. Hätten die Unternehmer mit aller Kraft gearbeitet, so wäre die Straße bis zum Kriegsausbruch fertig gewesen. Seine Gastwirtschaft wäre ein Vierteljahr lang vom Verkehr abgeschnitten gewesen, und dadurch, daß auch kein Fuhrwerk die Gäste bringen konnte, habe er die obige Summe als Entschädigung für den entgangenen Verdienst erbeten.

Die Baukommission ist jedoch der Meinung, daß, wenn ein derartiges Gesuch genehmigt würde, ein Zustand geschaffen wird, dessen Folgen nicht zu übersehen wären, und schlägt deshalb vor, die Bitte des Herrn Krebs abzulehnen.

Der Kommissionsantrag wird angenommen.

## 2. Antrag Munte auf Pächterlaß für den Eisbahnverein.

Wortlaut des Antrags: „Die geehrten Herren wollen beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, dem Eisbahnverein den jährlichen Pachtbetrag für die Teiche im Bürgerpark in Höhe von 500 *M* zu erlassen oder, wenn dies nicht zu erreichen sein sollte, von der Erhebung der Pacht wenigstens in den Wintern Abstand zu nehmen, in denen es kein Eis gibt.“

Stadtv. **Busch:** Der Wunsch des Eisbahnvereins auf einen Pächterlaß in eislosen Jahren hat eine gewisse Berechtigung, da das Instandsetzen der Bahn durch Aufbauen der Aufenthaltsräume, Staketanlagen usw. Kosten in Höhe von etwa 3000 *M* verursacht. In Anbetracht der großen Verdienste, die dem Eisbahnverein nicht abzusprechen sind, glaubt die Baukommission, dem ausgesprochenen Wunsche insoweit Rechnung tragen zu müssen, als sie der verehrten Versammlung empfiehlt, in eislosen Wintern, d. h. also in den Jahren, in denen eine angemessene Einnahme nicht zu erzielen ist, die Pacht auf 250 *M* zu ermäßigen.

Stadtv. **Ribbentrop:** Ich möchte mir erlauben, den Antrag zu stellen, in solchen Wintern, in denen kein Eis vorhanden ist, dem Eisbahnverein die Pacht ganz zu erlassen; damit würden wir ein gutes Werk tun zum Nutzen für die Jugend, und damit der Verein die Aufgabe, die er sich gesetzt hat, auch erfüllen kann. Ich bitte nochmals, nach meinem Antrage zu verfahren.

Stadtv. **Munte:** Ich möchte entgegen den Ausführungen des Herrn Ribbentrop bezüglich meines eingebrachten Antrages wiederholen, nur eventuell, in den Fällen der eislosen Winter die Pacht zu erlassen. Ein Verein kann ja, wenn er große Einnahmen hat, diese Ausgabe wohl leisten. Ich habe deswegen gebeten, es möge in den eisfreien Wintern die Pacht erlassen werden, damit der Verein das Recht hat, den Platz zu haben, er will ja nichts geschenkt. Nötigenfalls bitte ich, der Festsetzung einer Anerkennungsgebühr von 100 *M* zuzustimmen. Dazu wird es aber einer Erklärung bedürfen, was unter eisfreiem Winter gemeint ist, um dem Verein die Vorkehrungen zu ermöglichen. Es muß dem Magistrat anheimgegeben werden, nach seinem Ermessen die „Eislosigkeit“, wenn vielleicht nur 2 bis 3 Tage gelaufen, festzustellen. So dachte ich es mir nämlich.

**Stellv. Vorsitzender:** Wollen Sie einen Antrag stellen?

**Stadtv. Munte:** Nein.

**Stadtv. Dr. Jasper:** Es scheint mir die Sachlage keineswegs geklärt zu sein, sondern es ist angebracht, nicht einen endgültigen Beschluß zu fassen, vielmehr diesen Antrag an den Ausschuß zurückzuverweisen. Meine Freunde sind durchaus der Ansicht, daß man dem Eisbahnverein sehr wohl entgegenkommen kann. Der Eisbahnverein plagt sich, seinen Pflichten gerecht zu werden, was Anerkennung findet. Fraglich ist es, ob man auf lange Jahre hinaus nun ohne weiteres sagen soll: wir wollen in eine Ermäßigung eintreten. Ich glaube, das Recht hat man, Rechnungslegung als Bedingung zu stellen, und muß darnach handeln. Es empfiehlt sich, nach Rechnungslegung von Fall zu Fall und nach Prüfung der sonstigen Kasseneinnahmen zu beschließen, ob ein Nachlaß gewährt werden soll. Einen Überschuß zu ermöglichen, haben wir keine Veranlassung. Ich möchte einen dahingehenden Antrag stellen und bitte zu beschließen, den Antrag Munte an die Kommission zurückzuverweisen.

**Stadtv. Niese:** Ich bin dafür, daß der Verein in eislosen Jahren und erst nach Rechnungslegung mit seiner Bitte an uns herantritt. Nach Prüfung der Verhältnisse können wir dann über eine Pachttermäßigung beschließen.

**Stadtv. Busch:** Ganz eisfreie Winter gibt es nicht. Gestern ist in der Kommission beschlossen, wenn bei dem Eisbahnvereine eine angemessene Einnahme nicht zu erzielen gewesen wäre, die Pacht von 500 *M* auf 250 *M* zu ermäßigen. Dieses habe ich in meinem Referat aber auch deutlich gesagt.

**Stadtv. Munte:** Die Angelegenheit ist von weittragender Bedeutung. Der Verein will ja ganz gerne bezahlen, denn, haben wir unsere Kosten heraus, dann kann die Stadt ihre Pacht bekommen. Aber ist nicht an einem einzigen Tage gelaufen und die Kosten betragen 3000 *M*, dann ist kein Pfennig Einnahme vorhanden. Wenn die Abonentenziffer 1000 erreicht hat, so haben wir 1500 *M* aufgenommen, während wir 3000 *M* für Unkosten zu bezahlen haben. Ich erwähne, daß der Verein sich Mühe gibt, der Jugend wegen den Sport zu heben, und bestrebt ist, ihn durch Kunstlaufen zu beleben. Ich möchte Sie daher bitten, den Antrag anzunehmen, wie ihn die Kommission beschlossen hat.

**Stadtv. Frede:** Ich glaube, eine Zurückverweisung an die Kommission braucht nicht beschlossen zu werden. Ich bin der Meinung, daß der Verein sich schlüssig werden muß, um einen ganzen oder teilweisen Erlaß einzukommen, ähnlich wie bei der städtischen Badeanstalt, wenn ein kalter und nasser Sommer gewesen ist.

Wir wollen durchaus dem Eisbahnverein das Gute wünschen und wollen nicht, daß er Schaden leide. Wenn ein Jahresergebnis vorliegt, möge er sich an uns wenden.

**Ich beantrage:** „Die Versammlung wolle beschließen, dem Eisbahnverein anheimzugeben, sich nach schlechten Geschäftsergebnissen an die Stadtverwaltung mit der Bitte um entsprechende Pachtminderung zu wenden.“

Es kann der Winter Eis haben, und das Ergebnis kann doch schlecht sein; wenn sich nicht viele Mitglieder melden, bleiben die Gelder aus. Er kann auch, trotzdem kein Eis ist, gute Einnahmen haben, wenn in Erwartung einer dauerhaften Eisbahn sich viele Abonnenten gefunden haben. Die Einnahmen sind erst dann zu übersehen, wenn der Eisbahnverein seine Rechnung abschließt.

**Stadtv. Ribbentrop:** Ich bitte, die Anträge dahin auszudehnen: „wenn auf der Eisbahn nicht gelaufen werden kann.“ Wir brauchen den Antrag nicht zu beraten.

**Stellv. Vorsigender:** Ich schließe die Beratung. Der Antrag Jasper sieht eine Zurückverweisung an die Kommission vor, während der Antrag Frede dahin geht, den Verein zu bescheiden, nähere Angaben bei der demnächstigen Bitte zu machen, und die Kommission wünscht, 250 M Nachlaß zu bewilligen in denjenigen Jahren, die keinen Ertrag geliefert haben.

**Stadtv. Dr. Jasper** (zur Geschäftsordnung): Ich möchte die Bemerkung hinzufügen, daß kein Antrag des Vereins vorliegt.

**Stellv. Vorsigender:** Wir können hierauf doch beschließen und dann dem Verein anheimgeben, auf diesen Beschluß hin demnächst eine bezügliche Bitte einzureichen.

**Ich** bitte die Herren, die für den Antrag Jasper sind, die Hand zu erheben. (Geschlecht.) Das ist die Minderheit.

Desgleichen für den Antrag Frede: Das ist die Mehrheit.

Der Antrag Frede ist damit angenommen.

### 3. Antrag Bunge auf Errichtung einer Kaninchenfarm.

**Stellv. Vorsigender:** über diese Sache werden noch Ermittlungen angestellt. Dieser Punkt wird daher von der Beratung abgesetzt.

#### 4. Antrag Hartung auf Verwertung der Küchenabfälle.

Wortlaut des Antrages:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Stadtmagistrat zu ersuchen, Ermittlungen anzustellen, ob eine Aussonderung der zu Viehfutter verwendbaren Küchenabfälle aus dem abzufahrenden Hausmüll durch statistische oder Verwaltungsmaßregeln zu erwirken ist, und zutreffendenfalls derartige Maßregeln in die Wege zu leiten.“

Stadtv. **Munte:** Der Antragsteller ist leider nicht da; er ist verhindert, zu erscheinen. Ich möchte mich aber kurz fassen und vorweg sagen, daß der Beschluß der Finanzkommission dem Magistrat empfiehlt, dem Antrage nicht stattzugeben. Der Antrag an sich ist ganz schön, und möglicherweise läßt sich etwas Gutes hier doch schaffen durch private Kreise, die die Küchenabfälle in großer Menge auf sammeln lassen, aus den Gastwirtschaften, Hotels usw. die Brotabfälle u. dergl. heranholen lassen, in die sogenannten Wäschtonnen tun und dann diese gesammelten Vorräte den Futterstellen zuführen. Es gibt auch Kreise, bei denen diese Futtervorräte gefunden werden, die sich bislang nicht gemeldet haben trotz der schweren Notstände, die hier augenblicklich herrschen. Diese Sachen müssen eben oft und öfter abgeholt werden. Bei mir in meinem Haushalt wird viel Gemüse gegessen, und das, was an Braunkohl weggeworfen ist, ist kein Braunkohl mehr, da nur die Strünke noch vorhanden sind. Kartoffelschale wird jetzt selten vorhanden sein, da auch ich der Ansicht bin, daß Pellkartoffeln jetzt mehr verwandt werden. In etwas weiterer Zeit wachsen bekanntlich die Kartoffeln aus, und ungekocht verfüttert ist ein Gift darin enthalten; wir würden jedenfalls dadurch die Schweine totfüttern und nicht fettmachen. In Berlin und Brandenburg ist bei diesen Veranstaltungen nichts herausgekommen, und für die hiesige Stadt wird daselbe der Fall sein. Ich bin der Meinung, diese Sache ist den Leuten zu überlassen, die den Nutzen davon haben. In meinem Haushalt z. B. wird alles verwertet: das Brot, das hart geworden ist, verwenden wir noch zu Brothuppen. Ich füge zum Schluß hinzu, dem Beschlusse der Finanzkommission gemäß diesen Antrag abzulehnen.

Bürgermeister **Meyer:** Es wird kaum nötig sein, auf die von dem Herrn Referenten bereits erwähnten Schwierigkeiten hinzuweisen, die dem Unternehmen entgegenstehen, wenn als Träger desselben die Stadtverwaltung auftritt. Die Schwierigkeiten werden sich sowohl bei dem Sammeln als auch bei dem Abgabe der Vorräte ergeben, sie werden auch, wenn die Stadt die Organisation übernimmt, auf finanziellem Gebiete auftreten. Es sind nun Verhandlungen mit der



Landwirtschaftskammer in der Richtung eingeleitet, daß sie uns Abnehmer für die freiwillig zur Verfügung gestellten, durch den Abnehmer abzuholenden Abfälle benenne. Die Erledigung steht noch aus. Dagegen ist gestern von der Polizeidirektion ein Schreiben eingegangen, wonach von der Kreisdirektion hieselbst mitgeteilt sei, daß sich Personen aus den umliegenden Dörfern bereit erklärt hätten, zur Verfügung gestellte Küchenabfälle abzuholen. Voraussetzung ist, daß auf eine von hier aus zu erlassende Bekanntmachung sich Haushaltungen in größerer Zahl bereithalten, das Futter zur Abholung zur Verfügung zu stellen. Der Magistrat will die erforderliche Bekanntmachung erlassen; ich bin überzeugt, daß zahlreiche Haushaltungsvorstände das erwünschte Entgegenkommen zeigen werden. Ich halte bei Lage der Sache eine nochmalige Anregung des Magistrats für überflüssig.

Stadtv. Dr. **Kleinknecht**: Herr Munte hat klipp und klar gesagt, es seien bei ihm keine Abfälle da, die wert wären, versüttet zu werden. Das wäre ja erfreulich. Ich kann den Herren mitteilen, daß Berlin und Magdeburg wegen Verwertung der Abfälle Verordnungen getroffen haben; es besteht dort das Verfahren, daß ein Gefäß auf jedem Grundstück aufgestellt und das Futter dann jeden Tag abgeholt wird. Was hiernach in Berlin und Magdeburg möglich ist, wird in Braunschweig auch geschehen können. Auf die Kosten, die das ausmacht, kann man keine Rücksicht nehmen, es kommt vielmehr darauf an, daß das Vieh Nahrung hat und nicht vorzeitig abgeschlachtet wird. Dann hat das Volk hierdurch auch Nahrung. Durchführen lassen wird es sich schon. Und ich freue mich, daß der Magistrat und die Polizei die Sache im Auge behalten wollen. Es möge die Gelegenheit nur recht, recht bald in die Wege geleitet werden.

Freilich wird in den Schulen und leider auch noch in vielen Haushaltungen das Brot wenig geachtet, unser Volk hat heute im allgemeinen recht wenig Verständnis für Einschränkungen: es will des Nachmittags sein Weißbrot haben usw.

Stadtv. **Stegmann**: Ich muß den Kommissionsbeschluß, der die Ablehnung des Antrages Hartung befürwortet, sehr bedauern. Wir alle wissen, daß durch den Krieg sowohl die Roggeneinfuhr als insbesondere auch die Einfuhr bedeutender Mengen Futtermittel: Futtergerste, Mais, Efkuchen und Kleie unterbunden ist. Es darf deshalb kein Mittel unversucht gelassen werden, Abhilfe zu schaffen. Während auf dem Lande und in den Kleinstädten stets alle geeigneten Abfälle als Viehfutter verwandt werden, wandern diese Dinge in den Großstädten, soweit Privathaushaltungen in Betracht kommen, meist in den Mülleimer. Die Ansicht des Herrn Munte trifft übrigens nicht zu, auch unter den Schalen der Pellkartoffeln findet sich manches Verwendbare. Ich gebe zu, daß es Schwierigkeiten macht, wenn das Unternehmen gänzlich vom Magistrat aus betrieben werden soll. Man

solte aber mindestens etwas tun, vielleicht in der Weise, wie die Stadt Cöthen. Dort hat die Stadt eine Zentral-Vermittlungsstelle geschaffen, welche die Anmeldungen der Abgeber von Küchenabfällen entgegennimmt und sie den Viehzüchtern übermittelt. Wenn der Magistrat, wie ich den Worten des Herrn Bürgermeisters entnommen habe, in dieser oder ähnlicher Weise vorzugehen beabsichtigt, wäre schon etwas erreicht.

**Stadtv. Gähhardt:** Die Schwierigkeiten einer städtischen Einrichtung sind schon dadurch, daß eigene Leute zu stellen und Pferde zu beschaffen sind, erheblich, so daß es empfehlenswert ist, wenn eine Genossenschaft, die diese Sache in die Hand nimmt, gegründet wird. Ich würde dabei sehr gern helfen und glaube, daß diese Genossenschaft bestehen kann, da z. B. in den Schankwirtschaften eine große Menge von solchen Abfällen vorhanden sein wird, die bei der Viehverfütterung sogar ein Kraftfutter abgeben würden.

**Stadtv. Diedmann:** Das Meiste, was an Küchenabfällen vorhanden ist, hat keinen Wert; die entstehenden Kosten werden auch in keinem Verhältnis stehen zu dem, was aus den gesammelten Sachen herausgeholt werden könnte. Nach meinem Dafürhalten ist eine Bekanntmachung des Magistrats empfehlenswert, worin die Einwohnerschaft aufgefordert wird, diese Vorräte zu sammeln. Ich glaube auch, daß die Abfälle nur frisch und bei günstigem Wetter zu verwerten sind, daher dürfte es besser sein, wenn die Mäster selber die Vorräte zusammenholen lassen würden.

**Stadtv. Riefe:** Dergleichen Maßregeln werden hinter dem grünen Tische gemacht, wo meistens das praktische Verständnis fehlt. Man kann wohl mit dergleichen Abfällen Schweine am Leben erhalten, aber mästen kann man sie mit Abfällen nicht. Dazu kommt, daß nach der Bundesratsverordnung das Brotgetreide auf 93 Prozent ausgemahlen werden muß, dann ist die daraus herrührende Kleie so minderwertig, daß sie das Gerstenschrot niemals ersetzen kann.

Jedenfalls bin ich nicht dafür zu haben, für diesen Zweck städtische Gelder zu bewilligen.

**Stadtv. Voelchigt:** Auch bei mir wird nichts weggeworfen, was irgendwie verwertbar ist. Ich habe auf meinem Gartengrundstücke Hühner, alles wird gesammelt. Ich kann dem Kollegen Kleinfnecht recht geben, daß in vielen Haushaltungen unvernünftigerweise vieles umkommt. Man sagt, die Sachen gehen zum großen Teil in Fäulnis über: man nütze nur alles aus; um dieses auszuführen, muß man vieles selbst in die Hand nehmen. Herr Riefe hat recht; aber, Herr Riefe, andere Maßnahmen müssen noch getroffen werden. Es genügt noch

nicht, daß Höchstpreise nur für Getreide festgesetzt werden, auch für Mehl muß solches geschehen. Man denke nur an die Preise für Weizen und Roggen. Das geht ganz gut an. Ich glaube auch nicht, daß eine Genossenschaft Überschüsse erzielen wird, da sie recht gut rechnen muß.

Wenn man sparen will, dann kann es auch auf manch andere Weise geschehen: wir haben 12 Pferde für die Polizei, diese Pferde brauchen viel Hafer, den wir schön für das Militär abgeben könnten. Ich könnte Ihnen noch verschiedene Beispiele geben, wo zu sparen ist.

Der größte Teil der Küchenabfälle geht in Braunschweig nicht verloren, da in den meisten Gastwirtschaften die Abfälle gesammelt und verwertet werden.

Stadtv. **Frede:** Ich verstehe den Vorwurf nicht, den man über den Kommissionsantrag ausgesprochen hat. Der Antrag Hartung geht nicht davon aus, eine Genossenschaft zu errichten, sondern er wünscht stadtseitige Maßnahmen zur Verwertung der Abfälle. Zwar ist man in anderen Städten in der Angelegenheit auch vorgegangen, es handelt sich da aber erst um Versuche. So wird seit 1. Januar in einem Teile Hamburgs gesammelt; die Abfälle werden auf Milchwagen in die Dörfer gebracht, was ich nicht für empfehlenswert halte. In Charlottenburg hat man längere Zeit die Abfälle gesammelt, man soll aber damit wieder aufgehört haben. Die Berliner Genossenschaft für Fortschaffung und Verwertung des Mülls hat sich gegen die Zerteilung des Mülls ausgesprochen. Die Anhänger der Idee, die ja sehr populär ist, überschätzen meines Erachtens den Ertrag; man muß nicht vergessen, daß in einer Zeit wie der jetzigen nur wenig Abfälle in den gewöhnlichen Haushaltungen vorkommen. Die Stadt wird nicht auf ihre Kosten kommen. Dagegen ist nichts zu sagen gegen den Weg, den der Herr Bürgermeister vorgeschlagen hat.

Stadtv. **Schmidt:** Es wird nötig sein, besonders auf die Schwierigkeiten der Beschaffung von Futtermittelvorräten hinzuweisen. Man braucht dabei nicht mit großzügigen Projekten herauszukommen. Ich möchte auch die Anregung geben, daß ein Versuch gemacht werde, die Bürgerschaft zum Sammeln der Küchenabfälle zu veranlassen. Es ist nicht zu verkennen, daß durch die Festsetzung nur der Getreidehöchstpreise, nicht auch der für das Mehl, das Umgekehrte für die Volksernährung erreicht werden kann, ja eine Kalamität in der Volksernährung Platz greifen wird. Da man den Bauern vorschreibt, Hafer und Roggen nicht zu verschroten, so wird es notwendig sein, auf einen Ersatz der Futtermittel hinzuwirken, weil sie keine Kleie beschaffen können. Ich bin auch der Meinung des Herrn Bürgermeisters Meyer. Wenigstens kann der Anfang gemacht werden, daß man Küchenabfälle in den Häusern sammelt und abholt.

**Stadtv. Lauer:** Nach Bekanntgabe des Kommissionsbeschlusses sind in dieser Angelegenheit bemerkenswerte neue Momente, auch vom Magistratsstische, hervorgetreten, so daß ich der Ansicht bin, es ist erwünscht, daß die Kommission nochmals beraten möchte. Es wird von mir ein dahingehender Antrag hiermit gestellt. Darnach wird sich ergeben, ob stadtseitig oder von privater Seite der Sache näherzutreten ist.

**Stadtv. Munte:** Nun noch von mir ein Schlußwort. Verschiedene der Herren Redner haben meinen Ausführungen zu dem verdienten Ansehen verholten. Ich meine, daß nicht nur in meinem Hause nichts abfällt, was noch etwas wert ist, sondern daß heute schon ein jeder Haushaltsvorstand dafür sorgt, daß nichts verkommt. Würden Interessenten sich die Mühe geben, von Haus zu Haus gehend Abfälle zu holen — ich würde ein Gefäß gern zur Verfügung stellen —, es wird nicht viel dabei herauskommen. Der Braunkohl wird bei uns so abge sucht, daß es überhaupt kein Braunkohl mehr ist, nur die Strünke sind geblieben. Und diese sind überhaupt kein Futtermittel für das Vieh. Wenn man trotzdem eine derartige Einrichtung schaffen würde, so denke ich dabei an das Beispiel von dem gefundenen Knopf, zu dem ich mir dann einen neuen Anzug machen lasse.

**Stellv. Vorsitzender:** Ich schließe die Beratung. Es liegen 2 Anträge vor: der Antrag des Stadtv. Lauer und derjenige der Kommission.

Zunächst der Antrag Lauer in erweiterter Fassung: „Die Versammlung wolle beschließen, Ermittlungen anzustellen, ob Hausmüll zu verwerten sei, und zutreffendenfalls Maßregeln in die Wege leiten.“

Wer von den Herren für den Antrag Lauer ist, wolle die Hand erheben. (Geschieht.) Das sind 12 und ist die Minderheit.

Sodann der Antrag der Kommission: den Antrag Hartung abzulehnen. Ich bitte, wer für die Ablehnung ist, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Auch das ist die Minderheit. Der Antrag Hartung wird damit angenommen.

## 5. Ausbau der Comeniusstraße zwischen Bendoméstraße und Herzogin-Elisabethstraße.

**Stadtv. Niese:** Der Stadtmagistrat legt den Stadtverordneten den Entwurf für den oberirdischen Ausbau der Comeniusstraße — zwischen Bendomé- und Herzogin-Elisabeth-Straße — zur Genehmigung vor und ersucht um Bewilligung der Kosten.

Nach der Zusammenstellung werden sich die Kosten

für den Grunderwerb auf . . . . .	14 500 M
für den oberirdischen Ausbau auf . . . . .	14 300 M

voraussichtlich belaufen, während der vorläufig ermittelte Anliegerbeitrag für die 207 m lange Straßenstrecke zu 139,20 *M* angenommen ist. Zugleich ist um die Einverständniserklärung ersucht, daß die Comeniusstraße zwischen Voigts-Rhege- und Herzogin-Elisabeth-Straße zur Ortsstraße erklärt werde.

Die Baukommission hat mich beauftragt, ihre Zustimmung zu erklären.

Die Versammlung beschließt den Anträgen des Magistrats gemäß.

## 6. Antrag eines Anwohners der Eichthalstraße auf Schaffung eines Bürgersteigs für den oberen Teil der Eichthalstraße.

Stadtv. **Sander:** Ein Anlieger der Eichthalstraße, Wilhelm Brandt, bittet in einer Eingabe die Stadtverordnetenversammlung, die obere Teilstrecke der Eichthalstraße auszubauen. Bereits zu Anfang des Jahres 1912 seien die Kosten des Ausbaues bewilligt. Da jeder Bürger Pflichten, infolgedessen auch Rechte hätte, so verlange er wenigstens einen anständigen Bürgersteig.

In dem Punkte, daß die Kosten des Ausbaues bereits im Jahre 1912 bewilligt seien, befindet sich der Gesuchsteller im Irrtum. Sodann schweben nach der Auskunft im Magistrat über Grunderwerbungen noch Verhandlungen, die noch nicht zu Ende geführt sind. Die Baukommission empfiehlt durch mich, über das Gesuch des Herrn Brandt zur Tagesordnung überzugehen, was auch von der Versammlung geschieht.

## 7. Instandsetzung des Schulhofes der Gaußschule.

Stadtv. **Masche:** Die städtische Bauverwaltung hatte beim Stadtmagistrate beantragt, in den nächstjährigen Voranschlag der Gaußschule 950 *M* für die Instandsetzung des Schulhofes einzustellen. Die Deckschicht der Chausseierung aus Barnsteinschlag habe sich nicht bewährt, da bei dem starken Gefälle der Regen Auswaschungen verursache. So unliebsam die verhältnismäßig hohe Ausgabe bei dem noch neuen Schulhofe den Stadtmagistrat berührt, so erscheint ihm doch eine Beseitigung des zutage getretenen Übelstandes geboten. Bei dem starken Gefälle des Hofes ist es aber ungewiß, ob sich die bei den horizontal liegenden übrigen Schulhöfen mit Erfolg angewandte Befestigungsart (Deckschicht aus kleinen Kiesel) hier bewähren wird; die städtische Bauverwaltung ist deshalb zu einer gutachtlichen Äußerung darüber veranlaßt, ob nicht schon jetzt durch eine Abtragung der höher liegenden Teilfläche des Hofes eine gründliche und nachhaltige Abhilfe zu erzielen ist. Die städtische Bauverwaltung berichtet, daß eine Abtragung der als Spielplatz in Betracht kommenden Teilfläche des Hofes möglich ist, aber anschlagsmäßig 5300 *M* kosten wird. Sie empfiehlt daher, einstweilen

probeweise nur eine kleinere Hofffläche unter Aufwendung von 300 *M* zu befestigen. Der Stadtmagistrat ist der Ansicht, daß sich dieser Versuch empfiehlt, und gibt anheim, ihn zur Aufwendung der fraglichen 300 *M* zu ermächtigen.

Namens der Baukommission empfehle ich den Herren, dem Ersuchen des Stadtmagistrats zu entsprechen.

Die Versammlung stimmt zu.

## 8. Abänderung der Dienstanweisung für die Armenpfleger.

Stadtv. **Frede** berichtet namens der Finanzkommission über eine vom Stadtmagistrat beschlossene Abänderung der Dienstanweisung für die Armenpfleger:

Es soll künftig lauten:

„§ 2, Abs. 3: Das Geldbedürfnis für die Anschaffung des zum Unterhalte unabweislich Notwendigen, demnach für Nahrung, Kleidung, Obdach und Hausrat kann in der Regel monatlich auf die nachstehenden höchsten Sätze bemessen werden, nämlich auf:

15 *M* für die einzelstehende Person,

14 *M* für das Familienhaupt,

7 *M* für jedes übrige Familienglied; für die Winterszeit kann die Armendirektion eine vorübergehende Erhöhung dieser Sätze eintreten lassen.

Abs. 4: Das Vorhandensein dieser Einkommensbeträge schließt in der Regel jeden Anspruch auf Unterstützung aus städtischen Armenmitteln aus.

Für die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit und für die Bemessung der Unterstützungen gelten jedoch folgende besonderen Vorschriften:

Invaliden- und Alters-, Witwen-, Witwer- und Waisenrenten der Invaliden- und Hinterbliebenen- sowie der Angestelltenversicherung werden für hier Orts-angehörige und für Landarme nur in halber Höhe (auf volle Mark nach unten abgerundet) angerechnet. Die Reichsveteranenrente für alte Krieger wird, falls nicht aus besonderen Gründen eine Abweichung angebracht ist, überhaupt nicht angerechnet. Arbeitslosen, die eine Arbeitslosenunterstützung von einer dritten Stelle beziehen, darf in Kriegszeiten diese Unterstützung an den städtischen Armenbezügen nicht abgezogen werden, wenn sie bisher mit ihrem Verdienste Familienangehörige ganz oder überwiegend erhalten haben; andernfalls ist eine Anrechnung bis höchstens zur Hälfte der von dritter Seite bezogenen Arbeitslosenunterstützung zulässig. Bei Legatbezügen bis zu 30 *M* ist von Anrechnung auf

die Ausschlußsätze ebenfalls abzusehen; darüber hinaus erfolgt die Anrechnung nach dem Ermessen des Armenbezirks unter Nachprüfung der Armendirektion.

§ 50, Abs. 2: Das Pflegegeld kann monatlich betragen:

- a) im ersten Lebensjahre bis 15 *M*,
- b) im zweiten Lebensjahre bis 12 *M*,
- c) nach vollendetem zweiten Lebensjahre bis 10 *M*.

Daneben ist es den Armenbezirken freigestellt, auf Anordnung des Armenarztes oder des städtischen Kinderarztes an Pflegefinder im ersten Lebensjahre für Milch bis zu 5 *M*, im zweiten und dritten Lebensjahre bis zu 3 *M* monatlich ohne Anrechnung auf die Pflegesätze zu bewilligen. Überschreitungen dieser Verpflegungssätze sind nur mit Zustimmung der Armendirektion zulässig."

und empfiehlt, den Kommissionsantrag: im § 2, Abs. 4 hinter „angerechnet“ den Zusatz: „daselbe gilt von Unfallrente bei Arbeitslosen“ anzunehmen.

**Stellv. Vorsitzender:** Wir beraten zunächst § 2, Absatz 3.

Stadtv. **Besemeier:** Meine Herren! Stellen Sie sich vor, eine einzelstehende Person bekommt 15 *M* monatlich Unterstützung, das sind 50 Pf. pro Tag. Davon soll sie alles bestreiten. Stellen Sie sich weiter vor: ein Familienvater bekommt 14 *M*, für ein Kind 7 *M*, und davon muß Nahrung usw. angeschafft und der Hausrat auf dem laufenden erhalten werden. Wenn Sie dieselben Sätze (14 + 7 *M*) für eine Familie mit 6 Kindern rechnen, so bringt das für einen Monat gerechnet 63 *M*. Das hört sich nett an, davon wollen aber 8 Personen erhalten werden. 7,90 *M* im Monat sollen genügen, einen Menschen zu ernähren, das brächte ja 29 Pf. auf den Tag. Ich halte diese Sätze für zu niedrig, da die bisherigen seit 1910 nicht erhöht worden sind. Ich bitte zu berücksichtigen, daß inzwischen alles ganz erheblich teurer geworden ist. Auch möchte ich mich darauf beschränken zu behaupten, daß nach Beendigung des Krieges die Lebensmittel im Preise ganz erheblich höher steigen werden, daß sie demnächst auch nicht auf den Stand zurücksinken werden, den sie vor dem Kriege gehabt haben. Vor langen Jahren schon hat einmal der leider zu früh verstorbene Vorsitzende Hauswaldt sich dahin ausgesprochen, daß die Maximalsätze für unsere Armen zu gering bemessen seien.

Ich stelle daher folgenden Antrag:

„Beantrage, im § 2, Abs. 3 der Dienstanweisung für die Armenpfleger zu setzen:

- 21 *M* für die einzelstehende Person,
- 21 *M* für das Familienhaupt,
- 10 *M* für jedes übrige Familienmitglied."

Wir haben bezüglich unserer Gemeindesteuer jede Person, die unter 600 *M.* Einkommen hat, steuerfrei gelassen, 600 *M.* ist demnach noch kein Minimal-einkommen, ein Einkommen unter 900 *M.* wird vom Staate nicht erfasst und ein Einkommen bis 1500 *M.* ist der Exekution entzogen. Wenn wir alle, die wir hier sind, wissen, daß man für 29 Pf. täglich sich nicht ernähren, eine Wohnung ermieten kann usw., so muß es auf der Hand liegen, daß diese Personen in Not, ja unverschuldet in Not geraten müssen. Die Gefängnisverwaltung rechnet 80 Pf. tägliche Unterhaltungskosten für den Gefangenen. Selbst diese Gefangenenkost ist noch recht minderwertig. So stellte ein Arzt in der Harzgegend bei einem aus dem Gefängnis in Wolfenbüttel entlassenen Arbeiter, der einen Unfall erlitten hatte, fest, daß der Unfall eine Folge der Unterernährung sei. Der Arbeiter habe nicht die Kraft gehabt, die Arbeit zu verrichten.

**Stadtrat von Frankenberg:** Wer in den Angelegenheiten der Armenverwaltung tätig ist, bei dem ist es unabweisbar notwendig, daß er sich 2 Richtlinien setzt. Einmal ist es das menschenfreundliche Entgegenkommen, das in den Worten des Herrn Stadtv. Wesemeier seinen Ausdruck gefunden hat. Andererseits ist es der Gedanke, an dem festgehalten werden muß, daß die Armenpfleger nicht mehr gewähren dürfen, als unbedingt zum Lebensunterhalt notwendig ist. Ein Mehr würde in finanzieller und erzieherischer Weise bedenklich sein. Man kann diesem Grundsatz zustimmen, ohne sich sagen lassen zu müssen, daß nicht nur der verehrte Vorsitzende Hauswaldt allein ein weiches Herz gehabt habe. Die städtischen Behörden haben vor Weihnachten für außerordentliche Fälle 30 000 *M.* bewilligt, die in Beträgen zu 20, 25 und 30 *M.* in einzelnen Fällen an bedürftige Familien gewährt sind. Ferner sind aus der Jüdel-Stiftung 10 000 *M.* zur Verfügung gestellt, die den verschämten Armen überwiesen sind. Ich unterstreiche in dieser Beziehung den Satz, daß es sich in den weitaus meisten Armenfällen (70—80 v. H.) um Rentenempfänger handelt, denen die Hälfte ihrer Rente auf die Armenunterstützung angerechnet wird; es wird das ein Grund mehr sein, der zum Verbleiben in der Versicherung anspornt. Wollte man die von Herrn Stadtv. Wesemeier erwähnten Armengeldsätze annehmen, so müßte den Kriegerfamilien dasselbe gewährt werden. Auch kommen die private Wohltätigkeit, die Erfolge des „Nationalen Frauendienstes“ und die Vermittlungstätigkeit des Arbeitsnachweises und die Zuschüsse von zahlreichen Arbeitgebern an Angehörige Einzelberufener mit in Betracht, so daß hier besonders für die Kriegerfamilien in weitestherziger Weise gesorgt ist. Andere Städte zahlen längst nicht soviel wie wir; für rund 6300 Kriegerfamilien gibt die Stadt monatlich 190 000 *M.* aus. Auch möchte ich noch besonders darauf hinweisen, daß bei großer Bedürftigkeit jetzt im Winter die Armenpfleger in vielen Fällen durch Gewährung von Heizmaterial, Kleidung



usw. über unsere festgestellten Sätze hinausgehen. Ich glaube, hiernach, und wenn man dies billigerweise berücksichtigt, wird man anerkennen müssen, daß hier der Bedürftigkeit mit mannigfachen Mitteln begegnet wird.

Ich bitte, dem Vorschlage des Magistrats zuzustimmen.

**Stadtv. Frede:** Es werden schon seit einiger Zeit diese Sätze gezahlt, die jetzt festgelegt werden sollen. Das Wohltun muß ausgeführt werden, wie es Herr Wesemeier wünscht; ich weise aber auf die finanziellen Folgen dieses Antrages Wesemeier hin, die eine ungeheure Mehrausgabe erfordern würden.

**Stadtv. Wesemeier:** Die Ausführungen des Herrn Stadtrats von Frankenberg treffen nicht den Kern der Sache. Es handelt sich hier nicht um das Wohltun, sondern um Abänderungen des Statuts. Wenn man die Ausgaben für die Kriegerfamilien fürchtet, so kann das Inkrafttreten des Statuts bis nach der Kriegszeit verschoben, das Datum verlängert werden. Das kann kein Grund sein für Schaffung dieser Sätze. Mit 29 Pf. täglich auszukommen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Ich bitte nochmals, meinen Antrag anzunehmen.

**Stadtrat von Frankenberg:** Es handelt sich hier um kein Statut, sondern um eine Dienstanweisung. Gerade die heutige Not der Bedürftigen ist der Grundgedanke gewesen, weshalb Sie diese Vorlage erhalten haben, und ich bitte sehr, sie jetzt anzunehmen und nicht erst nach Friedensschluß.

**Stadtv. Hammer Schmidt:** Die Ausführungen des Herrn Stadtrats von Frankenberg und des Magistrats wollen mir nicht gefallen. Ich stehe auf dem Standpunkte, man soll sich von höheren Gesichtspunkten leiten lassen. Die Bewilligung der 30 000 M ist anerkennenswert, aber bedauerlich, daß ein Mißklang darüber entstanden ist. Diese Gabe war gereicht als eine Weihnachtsgabe, Herr Stadtrat, und wir haben sie als eine solche Gabe aufgefaßt. Die Armenpfleger sagen: von diesem Beschlusse wissen wir überhaupt noch nichts (Heiterkeit). Ich bitte Sie, schrecken Sie nicht vor dem Wollen zurück, zu bewilligen. Ich bitte Sie vielmehr dringend, nicht die Kommissions-, sondern die erhöhten Sätze anzunehmen.

**Stadtrat von Frankenberg:** Es ist ein Irrtum, die Summe sei als Weihnachtsgabe bewilligt. Der Magistrat hat sofort den Armenbezirken eine Mitteilung gemacht. In manchen Unterstützungsfällen handelt es sich um Frauen, die im Laufe der nächsten Zeit ihrer Entbindung entgegensetzen. Eine Weihnachtsgabe war von der Versammlung ja auch nicht gemeint.

**Stadtv. Frede:** Daß noch schlechtere Zeiten kommen können, ist nicht nur denkbar, sondern gewiß. Wir haben aber für den Fall jederzeit die Möglichkeit, die Sätze zu ändern. So gut, wie diese Dienstamweisung jetzt geändert wird, kann es in Zukunft auch geschehen.

**Stadtv. Steinbrecher:** Ich möchte Herrn Stadtrat um Aufklärung bitten in einem Falle, in dem die Frau auf 56 *M* einen Anspruch hatte, von dem Armenpfleger aber nur 40 *M*, nach eingeleiteter Beschwerde aber 48 *M* bekommen hat. Die Frau hat auf die Frage: Können Sie denn nicht noch etwas arbeiten? erwidert: Ich habe 5 Kinder im Alter von 1—8 Jahren, wie kann ich dann noch arbeiten? Die Frau muß doch die Sätze erhalten, die wir beschlossen haben, denn es kann doch bis zu 18 *M* bewilligt werden. Ich möchte Herrn Stadtrat von Frankenberg um Auskunft bitten. Es handelt sich um einen Armenbezirk auf der Schöppenstedterstraße.

**Stadtrat von Frankenberg:** Es ist mir schlechterdings unmöglich, in dem hier vorgetragenen Einzelfalle eine Aufklärung zu geben. Täglich kommen die Fälle vor, in denen die Mildtätigkeit in Anspruch genommen wird; hier ist der Name der Frau von Herrn Steinbrecher nicht angegeben. Ich lasse es mir angelegen sein, jeden Antrag sorgfältig zu prüfen. Ich muß bitten, in einer erneuten Beschwerde den Fall mitzuteilen, um dann der Sache auf den Grund zu gehen.

**Stadtv. Hammerschmidt:** Die Ausführungen des Herrn Stadtrats, was diesen Einzelfall betrifft, befriedigen mich nicht. Wir legen dieser Sache eine große Bedeutung bei. Herr Stadtrat hat recht, andere Notleidende haben sich hinzugesellt. Der ursprüngliche Antrag wünschte eine Bewilligung zu Weihnachten. Da sieht man wieder, daß man Obacht geben muß. Ich bin der Meinung gewesen, daß jene 30 000 *M* zu Weihnachten an die Bedürftigen gezahlt werden sollten.

**Stadtrat von Frankenberg:** Ich muß den Vorwurf, die Armendirektion arbeite bei der Gewährung von Unterstützungen schwerfällig, zurückweisen. Die Bewilligung dieser Beihilfe ist nicht an die fragliche Bedingung geknüpft.

**Stadtv. Schön:** Als damaliger Berichterstatter der Finanzkommission über den Antrag Hammerschmidt kann ich bestätigen, daß die Bewilligung der 30 000 *M* nicht an die Bedingung geknüpft war, sie als Weihnachtsgabe an die Kriegerfamilien zu verwenden.

**Stadtv. Steinbrecher:** Der Armenpfleger hat es können sehen, daß die Frau nicht arbeiten kann.

**Stellv. Vorsitzender:** Ich bitte die Herren, die dem Änderungsvorschlage des Stadtv. Besemeier zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit.

Ich bitte nunmehr, die Hand zu erheben, wer den Abänderungsvorschlägen des Magistrats (Erhöhung auf 15, 14 und 7 *M*) zustimmt. (Geschieht.) Das ist die Mehrheit.

Der § 2 Absatz 4 steht nun zur Beratung.

Der Kommissionsvorschlag geht dahin, auf Seite 6 zuzusetzen: „Dasselbe gilt von Unfallrente bei Arbeitslosen.“ Er wird angenommen.

Der § 50 Absf. 2 steht zur Beratung.

Stadtv. **Besemeier:** Beantrage, im § 50 Absf. 2 der Dienstanweisung für Armenpfleger zu setzen:

„Das Pflegegeld beträgt für Kinder monatlich 20 *M*.“

Ich bitte, die Pflegegeldsätze, die auf 15, 12 und 10 *M* zu erhöhen vorgeschlagen werden, nach meinem Antrage einheitlich für jedes Kind auf 20 *M* festzusetzen. Die bisherigen Sätze sind bereits seit 1908 in Geltung. Die städtischen Waisenpflegerinnen haben schon damals dringend eine Erhöhung dieser Sätze vorgeschlagen und befürwortet, daß diese heute nicht mehr maßgebend sein könnten. Man muß doch auch die verschiedenen Zeitumstände vor 6 Jahren und die berücksichtigen, in denen wir jetzt leben. Gerade bei den Pflegekindern — überhaupt bei den Kindern — ist im Hinblick auf einen gesunden Nachwuchs großer Wert zu legen, denn Hunderttausende sind es, die ihr Leben gelassen haben und noch lassen müssen. Unsere Pflegekinder sind ja auch ein Teil dieser Jugend, und ein Mittel zur Erhaltung der Gesundheit ist eine gute Pflege. Wir haben ja in Braunschweig nicht soviel Pflegekinder, und wenn ich 20 *M* Pflegegeld beantrage, so kommt das doch dem ganzen Volke zugute.

Jetzt müssen für ein Kind 6 *M* wöchentliches Pflegegeld gezahlt und dazu muß die Milch geliefert werden. Nach dem Magistratsvorschlage kommt man auf ein wöchentliches Pflegegeld von 3,50 *M*, das zu minimal ist.

Stadtrat **von Frankenberg:** Ich kann dem Antrage des Stadtv. Besemeier nicht folgen. Durch die Bestimmung im 2. Absätze ist ja die Möglichkeit geschaffen, die Lieferung der Milch im 1., 2. und 3. Lebensjahre und ohne Anrechnung auf diese Sätze erfolgen zu lassen. Herr Stadtv. Frede hat mit Recht hervorgehoben, daß unter Berücksichtigung der Milchlieferung der neue Satz noch um 5 *M* erhöht worden ist. Wollte man den Pflegegeldsatz für alle Pflegekinder auf 20 *M* festsetzen, so würde ein Mißverhältnis entstehen, das leicht zu übeln Wirkungen führen

kann, indem für Kinder, die sich in unterstützten Familien befinden, die also keine „Pflegekinder“ sind, nur 7 *M* (statt 20 *M*) gezahlt werden. Die hier übliche Bezahlung an gute Pflegemütter hat sich bestens bewährt, und alles Schablonenmäßige fällt dabei fort.

**Stadtv. Frede:** Ich habe von einem Bezirksvorsteher gehört, es sei allgemein üblich, daß von dem Armenarzt täglich 1 Liter Milch angewiesen wird. Das macht im 1. Lebensjahre ( $6 + 15 \text{ M} =$ ) 21 *M* aus.

**Stadtv. Wesemeier:** Den Nachsatz habe ich wohl gelesen und auch verstanden. Er bezieht sich auf kranke Kinder. Denn zu gesunden Kindern ruft man keinen Arzt, am wenigsten zu gesunden Pflegekindern. Die mögliche Milchlieferung, vom Armenarzt angeordnet, bezieht sich nicht auf gesunde Kinder. Ich sehe daher nicht ein, weshalb da ein Unterschied in den Altersklassen gemacht wird. Nein, Herr Stadtrat, ein Mißverhältnis besteht dabei. Man hat soviel versucht, uns gruselig zu machen bei Beratung der Armenunterstützungsätze. Da hielt man uns immer vor, der Zuzug von fremden Armen würde sehr stark werden, wenn die Armenunterstützung erhöht würde. Nichts davon ist eingetreten. Wir wußten das im voraus. Solche Dinge ziehen nicht mehr. Ich erkläre nochmals, der Satz von 20 *M* ist nicht zu hoch.

**Stadtrat von Frankenberg:** Herr Wesemeier ist im Irrtum, wenn er meint, daß dieser Nachsatz sich nur auf kranke Kinder beziehen soll. Das ist uns nicht eingefallen. Wir wünschen aber, daß den Bezirken freie Hand gelassen wird. Ich lade Herrn Wesemeier ein, die städtische Säuglingsfürsorgestelle zu besuchen, um sich am Anblick der pausbäckigen Kinder zu erfreuen, die dort dem Arzte zur Untersuchung vorgestellt werden.

**Stellv. Vorsitzender:** Ich schließe die Beratung. Zunächst wollen die Herren, die dem Antrage Wesemeier, den Pflegegeldsatz einheitlich für alle Kinder auf 20 *M* festzusetzen, zustimmen, die Hand erheben. (Geschieht.) Das ist die Minderheit. Und nun die Abänderung der Vorlage mit den angegebenen Sätzen; das ist die Mehrheit. Die Abänderung ist damit angenommen.

Darauf wurde die gesamte Vorlage mit der Abänderung angenommen.

**Stellv. Vorsitzender:** Es sind 4 Anträge eingegangen:

1. von Herrn Lauer:

„Ist dem Magistrat bekannt, daß vor kurzer Zeit der Herr preussische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten im Hinblick auf das seit einiger

Zeit bestehende große Überangebot von Schweinen und Schweinefleisch an die Gemeinden einen dringlich abgesetzten Aufruf hat ergehen lassen, durch den er zu einer umfangreicheren Herstellung von Dauerwaren aller Art, als dies sonst geschehen, auffordert? Gemeint ist Schinken, Speck, geräucherte Wurst, Pöckelfleisch usw.

Welche Stellung gedenkt der Magistrat gegenüber diesem Aufruf, den der Herr Minister mit dem Titel „Mahnruf“ hat überschreiben lassen, einzunehmen?“

2. von Herrn Wesemeier:

„In Anbetracht der sich stetig wiederholenden Schäden, die die vielen kleinen Land- und Schrebergärtenpächter an der Uferstraße und am Gichtal durch das Hochwasser der Oker und der dadurch bewirkten Überschwemmung erleiden, beschließt die Stadtverordnetenversammlung, den Magistrat zu ersuchen, bei der staatlichen Behörde dahingehend vorstellig zu werden, daß staatlicherseits Vorkehrungen getroffen werden, durch welche es ermöglicht wird, daß die Landpächter von dem eintretenden Hochwasser unterrichtet werden, bevor die Oker Schleusen in der Stadt Braunschweig gezogen werden.“

3. von Herrn Kleinknecht:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, er möge während des Krieges einen Teil der der Stadt zur Verfügung stehenden Ländereien und Landflächen so herrichten lassen, daß sie im kommenden Frühjahr mit Feldfrüchten bestellt werden können.“

Gleichzeitig möge er seinen Einfluß dahin geltend machen, daß auch die brachliegenden staatlichen und privaten Ländereien der Volksernährung dienstbar gemacht werden.“

4. Anfrage des Herrn Jasper:

„Ist es richtig, daß entgegen dem von den Stadtverordneten abgegebenen Gutachten die Landesregierung angeordnet hat, die Wintermesse 1915 solle stattfinden? Wenn, in welchem Umfange und auf welchem Platze soll eventuell die Messe stattfinden?“

Ich werde den Herren später zur Begründung das Wort erteilen.

## 9. Errichtung eines Spielplatzes für kleinere Kinder auf dem Franzosen Felde.

Stadtv. **Fride:** Wegen der Einrichtung einer Spielplatzanlage für kleine Kinder auf dem Franzosen Felde — nahe bei der Garnisonkirche — sind seinerzeit die Kosten zu 3000 M bewilligt. Die städtische Bauverwaltung hat unter Mitwirkung des Stadtgärtners eine Reihe von Abänderungsvorschlägen dem Stadt-

magistrate unterbreitet, über die der Spielplazausschuß unter Zuziehung des Overturnlehrers Somburg gutachtlich gehört ist. Der aus diesen Beratungen hervorgegangene Entwurf sieht vor, daß ausgiebiger, als früher beabsichtigt, Pflanzungen und Rasenflächen angelegt werden sollen, die Anlage wird eine lebende Hecke und einen Harzzaun erhalten, und es wird eine Springgrube, eine Wasserzuleitung usw. angebracht werden. Der Stadtmagistrat richtet nun an die Stadtverordneten das Ersuchen, der Anlage zuzustimmen und die anschlagsmäßigen Kosten mit 9100 *M* zu verwilligen. Ich möchte den geehrten Herren namens der Baukommission empfehlen, dem Antrage zuzustimmen.

Die Vorlage wird darauf angenommen.

### 10. Ausbau der Goethestraße zwischen Hänselmann- und Schillerstraße.

Stadtv. **Meyerhoff:** Der Stadtmagistrat überreicht den Entwurf über den oberirdischen Ausbau der Goethestraße — zwischen Hänselmann- und Schillerstraße — und ersucht, dem Entwurfe, dem ein Kostenanschlag und eine vorläufige Kostenverteilungsberechnung beigelegt ist, zuzustimmen und die Kosten zu verwilligen. Die Grunderwerbskosten für die 188 m lange Straßenstrecke sind zu 17 000 *M*, die Baukosten zu 14 500 *M* und der voraussichtliche Einheitsbeitrag der Anlieger zu 167,55 *M* für jedes Meter Frontlänge ermittelt.

Der Entwurf hat der Baukommission vorgelegen und ist von ihr genehmigt, gleichzeitig wird empfohlen, die Kosten zu bewilligen und die Straße zur Ortsstraße zu erklären.

Stadtv. **Wesemeier:** Ich sehe auf dem Plane, daß beabsichtigt ist, ein kleines Stückchen der Goethestraße nach dem Riddagshäuserwege zu nicht auszubauen. Ich möchte mir die Anfrage erlauben, ob es versucht worden ist, mit den Anliegern eine Einigung über den Ausbau dieser Straßenstrecke zu erzielen, der doch im Interesse des Verkehrs ist. Auch die Bautätigkeit könnte dadurch gefördert werden.

Bürgermeister **Meyer:** Es hat sich nur für die nördliche Teilstrecke ein Unternehmer gefunden. Den Ausbau auch der anderen Strecke vornehmen zu lassen, ist bereits von einem Anlieger angeregt worden; aber die Verhältnisse liegen da nicht günstig. Wenn kein Unternehmer, sondern die Stadt ausbaut, so ist nicht damit zu rechnen, daß die angrenzenden Grundstücke alsbald bebaut und die Beiträge in absehbarer Zeit eingehen werden. Im übrigen sind die eingeleiteten Verhandlungen nicht abgebrochen.

Die Vorlage wird angenommen und die in Rede stehende Strecke der Goethestraße zur Ortsstraße erklärt.

## 11. Ankauf von Flächen an der Comeniusstraße.

**Stadtv. Friede:** Zu dem genehmigten Ausbau der Comeniusstraße ist der Erwerb von 4 kleineren Flächen erforderlich. Die Eigentümer sind bereit, zu dem als angemessen zu bezeichnenden Preise von 12 *M* für 1 qm abzutreten. Der Kaufpreis soll nicht bar gezahlt, sondern demnächst in und mit den Straßenkosten verrechnet werden. Unter Überreichung des notariellen Vertrags ersucht der Stadtmagistrat um Zustimmungserklärung.

Ich empfehle namens der Baukommission die Annahme der Magistratsvorlage,  
die darauf ausgesprochen wurde.

## 12. Entwurf einer neuen Friedhofs- und Begräbnisordnung.

**Stadtv. Hartung:** Der Stadtkirchenausschuß und der Stadtkirchenrat haben beschlossen, eine neue Friedhofs- und Begräbnisordnung in Form einer Satzung des Stadtkirchenverbandes der Stadt Braunschweig zu erlassen. Da die Genehmigung der Ordnung zufolge der Vorschrift im § 125 der Kirchengemeindenordnung erst nach Anhörung der städtischen Behörden beantragt werden kann, so läßt der Stadtmagistrat den festgestellten Entwurf hierneben den geehrten Herren mit dem Ersuchen um gefällige Äußerung zugehen.

Der Stadtkirchenrat hat sich bekanntlich veranlaßt gesehen, eine Umarbeitung des früheren, in der gutachtlichen Äußerung der Stadtverordnetenversammlung beanstandeten Entwurfs vorzunehmen, wonach die Beerdigungen an Sonntagen allgemein verboten sein sollten. Die neuen Bestimmungen des Stadtkirchenrats fordern eine Beschränkung der sonntäglichen Beerdigungen auf die am Donnerstag vorher erfolgten Sterbefälle. Der neue § 15 sieht vor, daß die Bestattungen bis 2 Uhr nachmittags stattfinden können; es wird das keine Belastung, sondern eine Entlastung der Kräfte bedeuten. Ich bemerke, daß die Statutenkommission durch mich empfiehlt, durch Kenntnisaufnahme die Vorlage als erledigt anzusehen. Sie habe besondere Wünsche nicht zu stellen.

**Stellv. Vorsitzender:** Wir werden nun die einzelnen Paragraphen durchberaten. Ich betone ausdrücklich, daß es sich dabei nicht um eine Beschlußfassung der geehrten Herren handelt, sondern daß sie nur gehört werden sollen. Die Beschlußfassung liegt beim Stadtkirchenrat.

Zunächst steht der § 1 zur Beratung. Es meldet sich niemand zum Worte.

Sodann der § 2.

Stadtv. **Schmidt:** Herr Stadtv. Hartung hat recht, wenn er sagt, frühere Bestimmungen seien übernommen. Man soll aber mit den alten Bestimmungen aufräumen. Ich beantrage

zu 2. Zweckbestimmung des Hauptfriedhofs: § 2 I in seiner jetzigen Fassung zu streichen und dafür zu setzen:

„Der Hauptfriedhof ist gemeinschaftlicher Begräbnisplatz für die Gemeinden der dem Stadtkirchenverbande angehörenden hiesigen Stadtkirchen; doch sind dort auf Verlangen auch Leichen sämtlicher in der Stadt Braunschweig gestorbenen Personen beizusetzen.“

Auch wünsche ich die Bestimmung wegen der Stolgebühren zu streichen und bemerke, daß man demnach noch im 20. Jahrhundert mit solchen und einer Abgabe an das Waisenhaus rechnen muß. Das müßte nicht mehr zu geschehen brauchen. Ich bitte daher, meinem Antrage:

„Der Magistrat wird ersucht, bei der Landesbehörde zu beantragen, daß bei Beerdigungen Abgaben von Stolgebühren und an das Waisenhaus B. M. V. aufgehoben werden,“ zuzustimmen.

Stadtv. **Hartung:** Ich halte die Anregungen meines Nachbarn für aussichtslos und bitte, ihnen nicht stattzugeben. Es müßte ja, da der Zentralfriedhof den kirchlichen Behörden untersteht, die ganze Landesgesetzgebung jetzt geändert werden. Ich weise nochmals darauf hin, daß die Herren nur gehört werden sollen, bei dieser Gelegenheit also nur ihre Wünsche vorbringen können. Wenn beantragt ist, auch andere Religionsgesellschaften zuzulassen, so glaube ich nicht, daß der Stadtkirchenausschuß auf die Wünsche der Stadtverordnetenversammlung Rücksicht zu nehmen hat. Ich möchte mir schließlich die Bemerkung erlauben, daß die Stolgebühren nicht aus der Welt zu schaffen sind.

**Stellv. Vorsigender:** Zu § 2 Abs. 4 ist ein Antrag Schmidt eingegangen; der lautet:

„Zu 2. Zweckbestimmung des Hauptfriedhofs: Absatz IV zu streichen.“

Stadtv. Dr. **Jasper:** Das ganze Friedhofswesen ist hier gegenwärtig noch der Kirche unterstellt, die Landesgesetzgebung ist so, daß die politische Gemeinde ohne Rechte ist. Sie hat aber der Kirchengemeinde den Begräbnisplatz zur Verfügung zu stellen. Ich bedaure, daß die Kirche überhaupt in weltliche Angelegenheiten hineinzureden hat. Ich bin der Ansicht, daß ein weltlicher Friedhof zu schaffen ist für diejenigen, die längst mit der Kirche gebrochen haben, und deren Zahl nimmt erfreulicherweise immer mehr zu. Wenn unfre Anträge beim Kirchen-



verbände auf Widerstand gestoßen sind, müssen wir eben andere Wege gehen. Für die, die dem Kirchenverbände nicht angehören, muß man eine letzte Ruhestätte schaffen. Aber wir können hier ja nur unsere Wünsche äußern. Ich weiß aber, die Kirche wird ja Andersgläubigen nichts gewähren; daher ist für diejenigen, die mit der Kirche nichts zu tun haben, der weltliche Friedhof zu schaffen.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Selbstverständlich hat die Stadt es in der Hand, wenn sie will, einen weltlichen Friedhof zu errichten, aber sie hat auch die Verpflichtung, das notwendige Areal für einen kirchlichen Begräbnisplatz zur Verfügung zu stellen. Die Stadt hat dafür 300 000 *M* geopfert. Diejenigen, die mit der Kirche nichts zu tun haben wollen, müssen sich verständigen, in welcher Art sie die Toten bestattet wissen wollen. Da die Stadt den Zuschuß geleistet hat, hat sich die Kirche ausdrücklich bereit erklärt, auch jene auf ihrem Friedhof aufzunehmen, die keiner Kirchengemeinde angehören. Sehr bedauert habe ich es, daß Herr Dr. Jasper sagte: Erfreulicherweise mehrt sich der Austritt aus der Kirche. Mag jeder denken wie er will über die, die an Gott noch glauben, aber offen aussprechen soll man derartige Ansichten in der heutigen schweren Zeit nicht. Von einer fremden Kirche zu verlangen, daß sie auf die ihr zustehenden Stolgebühren verzichtet, gibt es für die Stadtkirchen kein Mittel; diese Gebühren können also nicht ohne weiteres beseitigt werden. Ich rate auch nicht dazu, den Absatz IV zu streichen.

**Stadtv. Hartung:** Kollege Jasper rennt offene Türen ein, wenn er von den Stadtkirchenbehörden Toleranz fordert. Sein Vorwurf ist unbegründet.

**Stadtv. Schmidt:** Der Stadtkirchenrat wird sagen, wir behalten unser Recht. Der Herr Referent erklärt, daß wir Wünsche äußern können; er wird aber diese Wünsche nicht berücksichtigen. Wenn man das Recht hat zu sterben, muß man doch auch das Recht haben, begraben zu werden. Wohl hat die Stadt das Areal hergegeben; wenn aber jemand beerdigt werden soll, muß man an die Kirche bezahlen und „erst dann kannst du deine Ruhe finden“. Ich bin für Errichtung eines weltlichen Friedhofs. Aus diesem Grunde stellte ich den Antrag.

**Stadtv. Dr. Jasper:** Ich bitte den Herrn Oberbürgermeister, es mir zu überlassen, ob ich mich in der Frage der Kirchenentfremdung äußere oder nicht. Ob ich die Tatsache der Kirchengaustritte erfreulicherweise nenne oder überhaupt erwähne, das glaube ich, ist durchaus zulässig in den jetzigen Zeitläufen. Ob es gerade der christlichen Auffassung entspricht, wenn sich die großen Völker, hüben und drüben, zerfleischen?

Ich unterstütze den Antrag meines Freundes Schmidt.

**Oberbürgermeister Ketemeyer:** Man kann es den Kirchengemeinden, die den Friedhof unterhalten, nicht verdenken, wenn sie sagen: wir wollen den Friedhof in erster Linie für unsre Angehörigen und nicht für Angehörige einer anderen Kirchengemeinde, die uns keine Kirchensteuern zahlen. Die Ausschließung der Angehörigen fremder Kirchengemeinden läßt sich eben wegen der leidigen Geldfrage, der leidigen Schuldenverzinsung und Amortisation nicht vermeiden. Man sieht bei Leichenbegängnissen oft einen übertriebenen Luxus, und zwar auch bei Leuten, die es nicht haben; soll da nun die Kirche nicht das Recht haben, zu sagen, ihr müßt auch meiner gedenken und euren Obolus geben, damit ich meinen Verpflichtungen nachkommen kann? Den Luxus bringen Sie nicht aus der Welt, und die Kirche hat ihn von jeher besteuert. Das will auch diese Ordnung, und sie befolgt dabei den Grundsatz, bei Bemessung der Gebühren die Reichen bluten zu lassen gegenüber den Gebühren der Minderbemittelten. Es ist meines Erachtens nicht möglich, auf den Wunsch des Herrn Schmidt einzugehen.

**Stadtv. Wesemeier:** Ich muß die Erhebung der Stolgebühen als ein Unrecht bezeichnen, das vielfach arme Leute trifft. Wozu müssen z. B. der katholischen Kirche 15 M gezahlt werden, wenn aus einer Familie, die vielleicht längst innerlich mit der Kirche gebrochen hat, ein Mitglied auf dem Zentralfriedhofe beigesetzt wird? Die Kirchengemeinde hat doch keinen Schaden, wenn ein Mitglied nicht auf ihrem Friedhof beigesetzt wird; eher hat sie Vorteil davon. Denn sie gibt keinen Platz her, und der Friedhof hält länger vor, was bei den teuren Landpreisen etwas bedeuten will.

**Stellv. Vorsitzender:** Ich schließe die Beratung.

Bei der Abstimmung über den § 2 (mit den Anträgen Schmidt) war die Minderheit. Die beiden Anträge des Stadtv. Schmidt sind daher abgelehnt.

Ohne Widerspruch wurden die §§ 4, 5, 6 und 7 unverändert angenommen.

Zu § 8 ist vom Stadtverordneten Schmidt folgender Antrag gestellt:

Zu II. L e i c h e n b e f ö r d e r u n g: § 8 Abs. 1 folgende Fassung zu geben:

„Jede Leiche, die auf dem Friedhofe beerdigt werden soll, ist spätestens einen Tag nach dem Ableben in die Leichenhalle überzuführen.“

**Stadtv. Schmidt:** Wissenschaftliche Personen haben auf ein diesbezügliches Erfordernis hingewiesen, und man berücksichtige die gesundheitliche Notwendigkeit, die Leichen möglichst bald in die Leichenhalle überzuführen. Auch sind die Wohnungen der Hinterbliebenen oft ungenügend groß, und für die Mitbewohner des Hauses ist es gleichfalls eine Notwendigkeit. Ich bitte wiederholt um die obligatorische Leichenüberführung nach meinem Antrage.

Oberbürgermeister **Metemeyer**: Die obligatorische Überführung der Leichen in die Leichenhalle läßt sich mittels einer kirchlichen Ordnung nicht durchführen, denn eine Strafgewalt im Übertretungsfalle haben die kirchlichen Behörden nicht. Derartige Bestimmungen müßten übrigens auch nicht nur für die Angehörigen der Stadtkirchengemeinden, sondern, wie wir wohl alle wünschen, für die ganze Stadt erlassen werden. Deshalb bleibt nichts anderes übrig, als stadtseitig ein solches Statut zu erlassen; das ist auch vom Magistrat in Aussicht genommen. Dabei könnte dann auch wohl die Beförderung der Leichen zum Friedhofe einfacher, insbesondere ohne die jetzt üblichen Begleiter gestaltet und insbesondere dabei auf Verwendung von Automobilen Bedacht genommen werden.

Bei der darauf erfolgten Abstimmung blieb der Antrag Schmidt in der Minderheit; der Kommissionsantrag dagegen wurde angenommen.

Die §§ 9 und 10 wurden unverändert angenommen.

Stadtv. **Schmidt**: Ich stelle folgenden Antrag zu V. *Benutzung der Friedhofskapelle*: § 11 folgende Fassung zu geben:

„Auf Verlangen kann jedermann in der Friedhofskapelle Begräbnisfeiern für solche Personen veranstalten, die auf dem Friedhofe bestattet werden sollen.“

Ich wünsche, daß ohne Erlaubniserteilung des Stadtsuperintendenten die Kapelle zu jeder Feier zur Verfügung gestellt wird.

Stadtv. **Hartung** (als Referent): Daß dieser Anregung Folge gegeben wird, ist aussichtslos, da dann die Friedhofskapelle auch den Kirchen- oder Konfessionslosen freigegeben werden müßte; das ist ganz ausgeschlossen.

Stadtv. **Wesemeier**: Herr Hartung beweist mit seinen Worten nur, daß die Kirche hier sehr intolerant ist. Anderwärts ist das nicht so. Ich selbst habe der Beerdigungsfeier in der Schweiz für unsern Bebel beigewohnt. Diese Feier ist auch in der Kirche und Kapelle abgehalten.

Der Antrag Schmidt wird abgelehnt; der Antrag des Referenten dagegen angenommen.

Die §§ 12 bis 14 wurden unverändert angenommen.

Stadtv. **Schmidt**: Ich stelle folgenden Antrag: zu VI. *Bestattungen*: § 15:

„Die Beerdigungszeit für die Nachmittage anstatt bis 2 Uhr — auf 3 Uhr auszudehnen.“

Man sollte den veränderten Verhältnissen Rechnung tragen und darnach sehen, daß Arbeitsversäumnisse in der Mittagszeit vermieden werden. Ich ersuche, die Begräbniszeit von 2 Uhr bis auf 3 Uhr auszudehnen.

Der Antrag Schmidt wird bei der erfolgenden Abstimmung angenommen.

Stadtv. **Schmidt:** Zu § 16 stelle ich folgenden Antrag: Zu VI. Bestat-  
tungen: dem § 16 folgenden Zusatz zu geben:

„Kurze Nachrufsworte gelten nicht als Reden und bedürfen keiner Erlaubnis.“

Wenn man bei einer Beerdigung einem teuren Entschlafenen den kurzen Nachruf widmet: Leb wohl, teurer Freund, so muß dieses, da es ja keine Rede, zulässig sein. Manchem kommt auch erst im letzten Augenblicke der Wunsch, diese kurzen Nachrufsworte auszusprechen; es ist ihm dann doch nicht möglich gewesen, die Erlaubnis einzuholen. Ich bitte, meinen Antrag anzunehmen.

Stadtv. **Hammer Schmidt:** Ich persönlich bin auf diesem Gebiete häufig in die Lage gekommen, daß ich verstorbenen Kollegen das letzte Geleit zu geben verpflichtet war, und habe ihnen dann im Namen der Gewerkschaft „ruhe sanft“ nachgerufen. Dreimal bin ich schon deswegen bestraft. Habe ich denn eine Rede gehalten? Wenn ich 5 Worte spreche, so kann das doch keine Rede sein. Klammern wir uns auch hierbei an das schöne Wort des Herrn Oberbürgermeisters: „Wir können keine Strafen aussetzen.“ Die kurzen Abschiedsworte können unmöglich unter diese Bestimmung fallen. Ich bitte, das dem Stadtkirchenrate anheimzugeben.

Bei der Abstimmung blieb der Antrag Schmidt in der Minderheit; der § 16 wurde, wie vorgeschlagen, angenommen; desgleichen die beiden §§ 17 und 18.

Stadtv. **Schmidt:** Ich stelle folgenden Antrag: Zu VII. Einteilung  
des Friedhofs. A. Arten der Gräber. § 19 folgende Fassung zu geben:

„Der Hauptfriedhof enthält nur eine Klasse von Gräbern, die in ihrer Art

1. Grabstellen zur Beisetzung von Leichen,
2. Urnengräber, d. h. solche Grabstellen, die zur Beisetzung von Aschenurnen bestimmt sind.

Im Abs. 2 desselben Paragraphen das Wort „verschiedenen“ zu streichen.“

Es genügt, wenn bei Lebzeiten Klassenunterschiede gemacht werden. Im Leben heißt es, das war einer aus der 1. und 2. Klasse; wir waren bei Lebzeiten in der 3. Klasse und sollen auch in der 3. Klasse beerdigt werden; dabei weise ich auch auf die platten Särge hin. Ich bitte, nur eine Art von Gräbern zu schaffen, daß, wenn wir gestorben sind, alle auch unter einer Grabstellenart beerdigt werden.

Stadtv. **Hartung** (Referent): Einen Friedhof mit einer einheitlichen Art Grabstellen einzurichten, wie ihn der Antrag Schmidt erwähnt, wird an der leidigen Geldfrage scheitern. Ich bitte um Ablehnung.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Den Bedenken, die dem Antrage entgegenstehen, ist leicht abzuhelfen bei einer weltlichen Gemeinde, einem weltlichen Friedhof ohne Seelsorger.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Herr Stadtv. Schmidt hat sich die Sache leicht gemacht, wenn er nur eine Klasse herzurichten wünscht. Welche Gebühren sollen dann genommen werden? Überhaupt keine? Auch Herr Dr. Jasper ist im Unrecht, wenn er meint, in Angelegenheiten des Kirchenverbandes hätten wir zu beschließen; wir können nur Anträge stellen. Die Mehrheit unserer Einwohnerschaft ist übrigens erfreut über den schönen Friedhof. Für einen Kommunalfriedhof werden Sie nicht die Mehrheit der Versammlung finden; ich fürchte auch, daß ein Kommunalfriedhof, auf dem Unterschiede zwischen den einzelnen Grabstellen nicht gemacht würden, einen recht eintönigen und wenig schönen Eindruck machen würde.

Bei der erfolgten Abstimmung wurde der Antrag Schmidt abgelehnt, der Antrag des Referenten angenommen.

Bei dem § 39 stellte der

Stadtv. **Schmidt** folgenden Antrag zu XI. Gebühren und Vergütungen: § 39 Abs. 1 folgende Fassung zu geben:

„1. Für die Anweisung von Gräbern, für die Beisetzung von Leichen und Aschenurnen sowie sonstige Leistungen der Friedhofsverwaltung, für die Benutzung der Einrichtungen des Hauptfriedhofs und für die Zulassung von Grab schmuck werden Gebühren und Kosten für die 3. Klasse nicht erhoben.“

Ich füge hinzu, daß erst dann ein vollständiger Ausgleich geschaffen wird, wenn für die 3. Klasse die Gebührenfreiheit eingerichtet ist; ich ersuche daher, meinem Antrage zuzustimmen.

Bei der Abstimmung wurde der Antrag Schmidt abgelehnt, der Antrag des Referenten angenommen.

Antrag des Stadtv. **Schmidt**: Zu I. Für Anweisung und Beisetzung von Gräbern: Abs. 1 a und b zu streichen und dafür zu setzen:

„Die Anweisung einer Grabstelle oder eines Armengrabes ist für die 3. Klasse frei von Gebühren.“

Ich sehe, daß unter 1 und 2 verschiedene Unterschiede gemacht sind, für Anweisung und für Verleihung von Gräbern. Wenn ich nicht irre, wurden früher 2 *M*, jetzt werden für das Einzelgrab 5 *M* gefordert.

Der Antrag blieb in der Minderheit.

Stadtv. **Schmidt** beantragte zu I Abs. 2; im Absatz:

b: statt 70 *M* zu setzen „100 *M*“,

d: statt 30 *M* zu setzen „50 *M*“.

Dies wurde jedoch von der Versammlung abgelehnt.

Dasselbe geschah mit dem Antrage, zu III. Für Verlängerung der Vorbehaltszeit:

im Abs. 2: statt 50 *M* zu setzen „80 *M*“,

im Abs. 4: statt 15 *M* zu setzen „25 *M*“.

Desgleichen wurde der Antrag, zu IV. Für überschreiten der Vorbehaltszeit infolge Innehaltung der Verschonungszeit:

im Abs. 2: statt 3 *M* zu setzen „5 *M*“,

im Abs. 4: statt 3 *M* zu setzen „5 *M*“

abgelehnt. Auch der Antrag, zu V. Für Zulassung der Beisetzung von Aschenurnen in Leichengräbern:

im Abs. 1 c: statt 10 *M* zu setzen „15 *M*“,

im Abs. 1 e: statt 30 *M* zu setzen „50 *M*“,

im Abs. 2 b: statt 10 *M* zu setzen „15 *M*“,

im Abs. 2 d: statt 30 *M* zu setzen „50 *M*“.

Zum Schluß wurden auch die drei folgenden Anträge:

Zu VI. Abgabe an die Schule:

„diesen ganzen Absatz zu streichen.“

VII. Für Benutzung der Leichenhalle:

„diesen ganzen Absatz zu streichen.“

VIII. Für Benutzung der Kapelle zur Veranstaltung einer Trauerfeier:

„diesen ganzen Absatz zu streichen.“

abgelehnt.

**Stellv. Vorsitzender:** Meldet sich sonst noch jemand zum Worte? Das ist nicht der Fall.

Nun bitte ich die Herren, die mit der Vorlage des Magistrats — einschließlich der von der Versammlung genehmigten Abänderung im § 15: daß statt: bis nachmittags 2 Uhr gesagt werde: „3 Uhr“ — einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Vorlage ist mit dieser einen Abänderung damit angenommen.

Sodann liegen zwei eilige Sachen vor:

1. In die Finanzkommission sind für die beiden Herren Mohr (zum Magistratsmitgliede erwählt) und Dr. Wolters (zu den Fahren einberufen) je ein Ersatz zu wählen. Es wurden in Vorschlag gebracht: Herr Hartung für Herrn Mohr, Herr Schmidt für Herrn Dr. Wolters.

Stadtv. **Jasper:** Da Herr Hartung bereits in der Statutenkommission sitzt, so wünsche ich nicht, daß ein und dasselbe Mitglied in beiden Kommissionen tätig ist.

Darauf wurden durch Wahlzettel die Herren Stadtv. Eckhardt (als Ersatz für Herrn Mohr) und Schmidt als dessen Stellvertreter gewählt.

**Stellv. Vorsitzender:** Es ist

2. eine Vorlage eingegangen, die die Festsetzung von Minimal-  
sätzen bei Einquartierungen betrifft.

Bisher wurde bei Einquartierung von Offizieren ein einheitlicher Satz von 3 *M* für den Tag gezahlt ohne Rücksicht darauf, ob der Offizier ein General oder ein Leutnant war, ob es sich um ein Hotel oder ein Privatquartier handelte. Die Deputation schlägt nun folgende Entschädigungssätze vor: Bei kurzfristiger Einquartierung (bis zu einer Woche) für Generale (3 Zimmer und Gefindestube) für den Tag 6 *M*, für Stabsoffiziere (2 Zimmer und Gefindestube) für den Tag 4 *M*, und für Hauptleute und Leutnants (1 Zimmer und Burschengelaß) für den Tag 3 *M*.

Bei langfristiger Einquartierung sollen diese Sätze betragen: für Generale 3 *M*, für Stabsoffiziere 2 *M* und für Hauptleute und Leutnants 1,50 *M*.

Die Entschädigung für Feuerung, Licht und Bedienung ist in diesen Sätzen einbegriffen.

Die Finanzkommission bittet Sie, diesen Sätzen zuzustimmen. — Das geschieht.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ist es recht, wenn die bisher immer dem Magistrat während der Sitzung mitgeteilten „Anfragen“ jetzt nicht erledigt werden sollen? Sie können dadurch ohne weiteres und auf Nimmerwiedersehen verschoben werden. Das ist nicht der Sinn der Sache. Nach meiner Ansicht soll der Magistrat von den Anträgen nur Kenntnis haben.

**Stellv. Vorsitzender:** Ich habe nicht gesagt, daß nach meinem Vorschlage allgemein verfahren werden solle, sondern nur heute mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit möchten die Herren einverstanden sein, die Begründung bis zur nächsten Sitzung zu verschieben.

**Stadtv. Dr. Jasper:** Ich bitte doch, die Anfragen — und ich bezeichne meinen Antrag als dringend — nicht in dieser Weise zu erledigen, sondern erst dem Magistrat eine Nachricht zu geben.

**Stellv. Vorsitzender:** Wird der Antrag des Herrn Dr. Kleinfnecht unterstützt? Das ist der Fall. Ich überweise diesen Antrag — f. S. 626 — der Finanzkommission.

Wird auch der Antrag des Herrn Wesemeier — f. S. 626 — unterstützt? Das ist der Fall. Dieser Antrag wird der Baukommission zur Vorberatung überwiesen.

Die Anfrage des Herrn Lauer — f. S. 625 — wurde vom Fragesteller zurückgezogen, nachdem Herr Oberbürgermeister Ketemeyer erklärt hatte, daß die fragliche Angelegenheit bestens in Fluß sei.

Soll die Anfrage des Herrn Dr. Jasper — f. S. 626 — jetzt begründet werden? Das ist der Fall.

**Stadtv. Dr. Jasper** (zur Begründung): In der letzten Sitzung haben wir unser Gutachten dahin abgegeben, daß die Messe, soweit sie auf dem Schützenplage abgehalten wurde, im Winter dieses Jahres nicht stattfinden solle. Die Messinteressenten sind zusammengekommen und haben ihre Wünsche geltend gemacht. Ich frage daher an, was beabsichtigt ist; im Interesse der Messebesucher möchte ich darüber unterrichtet sein.

**Stadttrat von Frankenberg:** Der Magistrat befand sich in der angenehmen Lage, sich im Einverständnis mit den geehrten Herren und der Polizeidirektion gegen die Abhaltung der Messe auszusprechen. Nachträglich sind vom Ministerium neue Verhandlungen eingeleitet, die bis heute nachmittag noch nicht zum Abschlusse gelangt sind. Es ist möglich, daß die Messe auf dem Leonhardplage oder auf dem Schützenplage stattfindet, und es ist immer möglich, daß sie überhaupt nicht stattfinden wird. Sicher ist, daß, wenn die Messe abgehalten wird, alle geräuschvollen Veranstaltungen und auch Schankbuden nicht zugelassen werden, und daß der Verkauf von Gegenständen verboten sein wird, die aus Brotgetreide hergestellt werden. Auch der Schweinemarkt wird verboten; der Pferdemarkt wird vielleicht zugelassen werden.

Dauer der öffentlichen Sitzung von 4¼ bis 8½ Uhr.





12

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten

### zu Braunschweig

in deren Sitzung am 4. März 1915.

**Tagesordnung:**

1. Antrag Wesemeier auf Einrichtung von Vorkehrungen zum Anzeigen von zu wartendem Hochwasser der Oter . . . . . Seite 641
2. Antrag Kleinknecht auf Rußbarmachung von brachliegenden Ländereien für die Volksernährung . . . . . " 643
3. Niederschlagung von Rückständen an Gemeindecinkommensteuern für Unteroffiziere und Mannschaften des Beurlaubtenstandes für die Zeit vor ihrem Dienst Eintritt . . . . . " 674
4. Anschaffung von Einrichtungsgegenständen für ein Dienstzimmer im Rathause . . . . . " 678
5. Bauliche Ausbesserung des Hauses Breitestraße 19 (Hilfsschule) . . . . . " 679
6. Legung eines zweiten Straßenbahngleises in der Sonnenstraße . . . . . " 679
7. Aufstellung der für den Altstadtring vorgesehenen Bedürfnisanstalt . . . . . " 682
8. Änderung der Straßenbahnanlagen auf der Wendensstraße und der Kreuzung Bohlweg - Steinweg . . . . . " 682
9. Erwerb einer Fläche an der Neuenstraße . . . . . " 683
10. Erwerb von Flächen am Bohlwege . . . . . " 683
11. Beschlußfassung über einen Antrag auf Entlassung aus dem Amte eines Stadtverordneten . . . . . " 683
12. Beschlußfassung über Ablehnung eines Stadtverordnetenmandats . . . . . " 684
13. Bewilligung der vielleicht entstehenden Kosten für Wiederinstandsetzung des Flugfeldes . . . . . " 685
14. Erwerb von Flächen am Bieneröder Wege . . . . . " 686
15. Einschränkung der regelmäßigen Abendfahrten der Straßenbahn während der Kriegszeit . . . . . " 687

✓

- |  |           |
|--|-----------|
| 16. Anfrage Kiefe wegen der Zuteilung von Brotmarken an jüngere Kinder und über die außerordentliche Höhe des Mehlspreises . . . . .   | Seite 688 |
| 17. Antrag Dieckmann auf sofortige Besprechung einer zu Beginn der Sitzung eingegangenen Eingabe der Bäckerinnung . . . . .            | " 711     |
| 18. Antrag Stegmann auf Veranlassung der Beschlagnahme der Kartoffel-<br>vorräte im Herzogtum und im ganzen deutschen Reiche . . . . . | " 713     |

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Metemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Frankenberg**, **Mohr**, **Schöttler**, **Wagner** und Stadtbaurat **Gebensleben**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtv. **Lange**, **Schulze**, **Weichsel**, Dr. **Wolters** und Dr. **Boge**. — Stadtv. **Hartung** erscheint später.

Stellvertretender Vorsitzender **Frühling**: Ich eröffne die Sitzung.

Eingegangen ist ein Schreiben des Stadtmagistrats, in dem mitgeteilt wird, daß die nachverzeichneten Herren als Stadtverordnete für die Zeit vom 1. April 1915 bis 31. März 1921 gewählt worden sind:

1. Fabrikant Franz **Trink**,
2. Architekt Wilh. **Bartels**,
3. Großkaufmann Dr. John **Dandauer**,
4. Major a. D. Kennig **Ribbentrop**,
5. Konservenfabrikant Hans **Munte**,
6. Kaufmann Louis **Steincke**,
7. Gastwirt Heino **Bues**,
8. Direktor Wilh. **Pruse**,
9. Rechtsanwalt Dr. jur. Heinrich **Jasper**,
10. Redakteur August **Wesemeier**,
11. Geschäftsführer Otto **Hamerschmidt**.

Die unter 4, 5, 9, 10 und 11 verzeichneten Herren sind wiedergewählt, die anderen Herren neu gewählt. Ich bringe das hiermit zur Kenntnis der Versammlung.

Sodann könnten wir noch eine Sache vor Eintritt in die Tagesordnung erledigen. In der vorigen Sitzung war unser Stenograph durch seinen Stellvertreter, der in der Sitzung vom Februar 1914 gewählt worden ist, Herrn Registrator **Niedstadt**, vertreten. Der Herr hat erklärt, daß er bedaure, diese Stell-

vertretung nicht weiter ausüben zu können, indem die Arbeit seine Zeit zu sehr in Anspruch nehme. Wir haben deshalb Herrn Reinhard aufgefordert, uns einen anderen Stellvertreter namhaft zu machen, da Herr Reinhard verpflichtet ist, für Stellvertretung zu sorgen. Herr Reinhard hat unter den städtischen Beamten einen Stellvertreter nicht finden können und schlägt der Versammlung vor, den Eisenbahnbureauassistenten Julius Walter für diese Stelle anzunehmen. Ich stelle deshalb zur Frage, ob die Herren damit einverstanden sind, Herrn Rickstadt aus seiner bisherigen Verpflichtung zu entlassen und den vorgeschlagenen Herrn Julius Walter als Stellvertreter anzunehmen. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich das Einverständnis der Herren an. (Widerspruch erhebt sich nicht.)

### 1. Antrag Wesemeier auf Einrichtung von Vorkehrungen zum Anzeigen von zu erwartendem Hochwasser der Oker.

Stadtv. **Sander:** Herr Stadtv. Wesemeier hat folgenden Antrag eingebracht:

„In Anbetracht der sich stetig wiederholenden Schäden, die die vielen kleinen Land- und Schrebergärtenpächter an der Uferstraße und am Gichtal durch das Hochwasser der Oker und die dadurch bewirkte Überschwemmung erleiden, beschließt die Stadtverordnetenversammlung, den Magistrat zu ersuchen, bei der staatlichen Behörde dahingehend vorstellig zu werden, daß staatlicherseits Vorkehrungen getroffen werden, durch welche es ermöglicht wird, daß die Landpächter von dem eintretenden Hochwasser unterrichtet werden, bevor die Okerschleusen in der Stadt Braunschweig gezogen werden.“

Meine Herren. In der uns zugegangenen Tagesordnung steht dieser Antrag etwas anders verzeichnet. Es heißt da: „Maßnahmen zur Verhütung von Überschwemmungen an der Ufer- und Gichtalstraße.“ Das beabsichtigt der Antragsteller nicht, sondern er will nur, daß zu erwartendes Hochwasser durch allgemein wahrnehmbare Zeichen deutlich kundgegeben wird. Der Antrag ist seinerzeit damit begründet, daß an der Uferstraße viele Schrebergärten sich befinden, in denen die Pächter sich auf Kleinviehzucht eingerichtet haben, Hühner-, Kaninchen- und auch sogar Schweinezucht treiben, und daß die Pächter wiederholt bei Überschwemmungen in Schaden geraten sind, indem ihnen Vieh ertrunken ist. Deswegen möge den Anliegern durch deutlich hörbare oder sichtbare Zeichen Kenntnis von der kommenden Überschwemmung gegeben werden. In der Baukommission, wo der Antrag beraten ist, war man einstimmig der Meinung, daß solche Maßnahmen wohl nötig wären, um die Interessenten zu schützen. Es wurden auch Vorschläge gemacht, in welcher Weise die Gefahr angezeigt werden könne: es könne das durch Böllerschüsse geschehen, wie das in den Hafenstädten vielfach geschieht, oder durch sichtbare Zeichen an dem Schornstein der Pumpwerke usw. Es wurde aber doch

schließlich aus der Mitte der Versammlung gewünscht, wir möchten über die Art der Benachrichtigung nichts Näheres bestimmen, sondern den Antrag in der Form, wie er gestellt ist, der geehrten Versammlung zur Annahme empfehlen, was ich hiermit namens der Kommission getan haben will.

**Vorsitzender:** Ich stelle die Sache zur Beratung und mache noch einmal besonders darauf aufmerksam, daß es sich nicht um Verhütung von Überschwemmungen handelt, sondern beantragt wird, eine Benachrichtigung der Anlieger herbeizuführen.

**Stadtv. Besemeier:** Es ist richtig, es steht nicht in dem Antrage, daß die Überschwemmung tunlichst verhütet werden möge, es kam mir zunächst nur darauf an, daß den Leuten, vor allen Dingen jetzt, das Vieh geschützt wird. Überall wird jetzt verlangt, daß Fleisch gezogen wird, aber bei den letzten großen Hochwassern ist einer Reihe der dortigen Budenbesitzer das Vieh umgekommen. Das Hochwasser ist so überraschend schnell eingetreten, daß die Leute mittags noch zum Füttern gegangen sind, ohne etwas vom Hochwasser zu merken, und abends konnten sie nicht mehr an ihr Vieh herankommen. Der Verlust des Viehs ist für die Leute ein erheblicher Schaden; man muß bedenken, daß die Anschaffungskosten für die Leute schon erheblich sind.

Nun haben der Herr Referent und der Herr Vorsitzende eben angeführt, daß der Antrag nicht bezwecke, eine Überschwemmung zu verhüten. Trotzdem möchte ich einen Wunsch äußern, der dahin geht, etwas zu tun, durch das die Ländereien und die Feldfrüchte vor Überschwemmung geschützt werden. Es läßt sich das sehr wohl machen, indem von der städtischen Müllabfuhr einige hundert Fuder städtischen Mülls dorthin gefahren werden. Es kann der Stadt nur angenehm sein, hier abladen zu können, denn bis dahin ist nur ein kurzer Weg, und der nach Rautheim verursacht erheblich höhere Unkosten. In dieser Jahreszeit läßt sich natürlich nichts beginnen, es kann höchstens auf den Winter zu geschoben, wenn die Felder leer sind. Es wird zwar gesagt, das Land liege im Überschwemmungsgebiet, aber das Gelände, welches als fruchtbar gilt, ist nicht im Überschwemmungsgebiet gelegen. Nach der Kommissionsitzung habe ich Gelegenheit genommen, mich darnach zu erkundigen, und habe gehört, daß das Überschwemmungsgebiet erst weiter hinten anfängt. Das hier in Frage kommende Gebiet ist schon bis zu  $\frac{3}{4}$  Meter Höhe aufgeschüttet, aber es liegt noch zu tief, weil es damals an Schutt gemangelt hat. Ich möchte deshalb bitten, daß der Magistrat dafür sorgt, daß bei Frostwetter einige hundert Fuder dort abgeladen werden, es wird den Leuten sehr damit gedient sein.

Bei der Gelegenheit möchte ich noch auf eins aufmerksam machen. Der Weg an den Osterwiesen entlang ist ein angenehmer und wird im Sommer von Spaziergängern viel benutzt. Ich erinnere daran, daß wir auch beschlossen haben, den Bienroder Weg schön auszustatten und dies jetzt in der Ausführung ist. Der Weg an der Oster entlang aber liegt zum Teil 10—15 cm tiefer als das Gelände, so daß sich richtige Sümpfe bilden, über die die Fußgänger nicht hinüberkommen können. Des weiteren hat sich jetzt erst ein großes Loch durch die Überschwemmungen gebildet, indem das Wasser Erdreich vom Wege weggerissen hat, so daß eine Rinne von 10 m Länge und einer senkrechten Tiefe von 25 cm entstanden ist, in die leicht Menschen hineinstürzen können. Dieser Weg könnte auch in Ordnung gebracht werden.

Bürgermeister **Meyer**: Ich bin erstaunt, von Herrn Wesemeier zu hören, daß diese Flächen nicht im Überschwemmungsgebiet liegen sollen. Ich bin nicht in der Lage, eine bestimmte Erklärung abzugeben, glaube aber doch, daß sich Herr Wesemeier täuscht, und daß das Ufergelände dennoch im Überschwemmungsgebiet liegt, wenn es auch per nefas um  $\frac{1}{2}$  m gegenüber seiner früheren Höhenlage erhöht sein sollte. Im übrigen wird die Stadt gern bereit sein, dem Wunsche der Anlieger, hier Müll abzuladen, zu entsprechen. Ich sehe kein Bedenken dagegen, und wir haben das auf Wunsch der Grundstückseigentümer auch in anderen Fällen schon getan. Wir pflegen dann aber zu verlangen, daß nicht nur die nächsten Nachbarn des zu erhöhenden Geländes, sondern auch die Eigentümer etwas weiter gelegener Grundstücke sich damit ausdrücklich einverstanden erklären, da sonst die Beschwerden über die nachteilige Einwirkung von Staub und übeln Dünsten auf die Nachbarschaft nicht aufhören. Ich möchte bei Lage der Sache Herrn Wesemeier nahelegen, die Leute dahin zu instruieren, einen Antrag beim Magistrat auf Müllzufuhr zu stellen, abhängig ist die Ausführung indessen von der flusspolizeibehördlichen Genehmigung.

Der von der Kommission empfohlene Antrag Wesemeier wird angenommen.

## 2. Antrag Kleinknecht auf Rußbarmachung von brachliegenden Ländereien für die Volksernährung.

Stadtv. **Frede**: Eine hiesige Zeitung war heute morgen schon in der Lage, einen umfangreichen Bericht über die Kommissionsverhandlungen von vorgestern abend zu bringen, und aus dem Grunde könnte es beinahe überflüssig erscheinen,

das Wort hier zu nehmen. Aber der Bericht ist nicht ganz richtig, und es ist auch nicht anzunehmen, daß alle Herren hier den Bericht gelesen haben. Deshalb will ich mich meiner Aufgabe hier trotzdem entledigen.

Die Sorge um die Sicherstellung der Volksernährung hat in der letzten Zeit vielerlei Maßnahmen erstehen lassen, welche dahin gerichtet sind, gegenwärtig oder für die Zukunft in bezug auf Volksernährung gute Dienste zu leisten. Eine solche Maßnahme faßt auch der Antrag Kleinfnecht ins Auge, der da lautet:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, er möge während des Krieges einen Teil der der Stadt zur Verfügung stehenden Ländereien und Landflächen so herrichten lassen, daß sie im kommenden Frühjahr mit Feldfrüchten bestellt werden können.

Gleichzeitig möge er seinen Einfluß dahin geltend machen, daß auch die brachliegenden staatlichen und privaten Ländereien der Volksernährung dienstbar gemacht werden.“

Der Antrag besteht, wie die Herren hören, aus zwei Teilen. In dem zweiten Teile hat der Herr Antragsteller gemeint, wie er in der Kommission sich äußerte, daß unter den staatlichen Behörden vor allen Dingen der Militäriskus zu verstehen ist, und daß er in erster Linie an das Werkeröder Feld gedacht hat, wo das Militär jetzt übt. Auch bei dem Ausdruck „private Ländereien“ hat er an dieses Feld gedacht, insofern, als die Luftschiffhafen-Gesellschaft nach dem Pachtvertrage mit der Stadt augenblicklich dort das Verfügungsrecht hat. Es erledigt sich dieser Teil demnach mit durch die folgenden Ausführungen.

Im ganzen richtet sich der Antrag darauf, den Magistrat zu ersuchen, daß geeignet erscheinende Gelände in der Nähe der Stadt für Bebauung mit Feldfrüchten im Frühjahr freigegeben werden. Es war zunächst die Aufgabe der Kommission, zu prüfen, welche geeigneten Felder hier in Frage kommen könnten, und da sind als solche in Betracht zu ziehen: 1. das Werkeröder Feld, 2. das Flugfeld, also das Gelände, wo der Lufthafen entstehen soll, 3. das Franzische Feld, sodann der Spielplatz im Bürgerpark, allenfalls noch der Spielplatz an der Dießterwegstraße. Von sonstigen Spielplätzen könnte in Frage kommen der Amalienplatz, der Leonhardplatz und vielleicht auch der Kleine Exerzierplatz. Gegen den Amalienplatz und Leonhardplatz, ebenso gegen den Kleinen Exerzierplatz bestanden erhebliche Bedenken, die begründet sind sowohl in der Beschaffenheit des Bodens dieser Flächen, als auch in ihrer Lage.

Zunächst käme in Betracht das Werkeröder Feld, weil dieses das umfangreichste ist. Es ist 47 ha groß, also 188 Morgen. Der Hagenmarkt hält 1 ha, die Herren sind darnach leicht imstande, einen Vergleich zu ziehen und sich die Größe des Werkeröder Feldes zu vergegenwärtigen. Da auf diesem Felde die Truppen

üben, so war darüber zu beraten, in welcher Weise wohl die Verlegung dieser Übungen nach einem anderen Plage vor sich gehen könne. Da war es sehr erfreulich, zu hören, daß der Magistrat in dieser Beziehung schon vorgearbeitet hatte. Durch Schreiben an die Kommission hat der Magistrat mitgeteilt, daß die Lufthafen-Gesellschaft bereit ist, das Feld der Stadt zur Verfügung zu stellen, wenn es den Truppen gestattet würde, auf dem Franzischen Felde zu üben. Die Lufthafen-Gesellschaft selbst hat schon ein Drittel ihres Feldes für Bestellung mit Früchten in Benutzung genommen oder wird es demnächst in Benutzung nehmen, so daß für die Stadt reichlich 120 Morgen in Frage kommen würden. Wie das Feld sonst beschaffen ist, wird den Herren bekannt sein: es ist reiner Sand, und es heißt ja auch, daß es längere Zeit nicht gedüngt ist, also seine Benutzbarkeit ist nicht nach jeder Richtung hin sichergestellt, sondern es müssen dort geeignete Früchte gezogen werden, wenn man auf einen genügenden Ertrag rechnen will. Das Franzische Feld dagegen, so wurde in der Kommission anerkannt, wäre für die Bestellung gut geeignet, es hat einen guten Boden, der sich besonders für Bestellung mit Getreide eignet.

Der Spielplatz im Bürgerpark ist nicht besonders groß, er hält nur 3—4 Morgen. Es ist der Teil im Süden des Bürgerparkes gemeint, der der Zentrale des Elektrizitätswerks gegenüberliegt. Das Franzische Feld hat eine Größe von ungefähr 40 Morgen; wie groß der Platz an der Diefterwegstraße ist, weiß ich nicht, ich glaube, es sind nur 1—2 Morgen.

Nun hat der Magistrat in seinem Schreiben ausgeführt, daß das Garnisonkommando, wenn es das Franzische Feld als Truppenübungsplatz bekäme, bereit sei, von dem Großen Exerzierplatze an der Salzdahlumerstraße 60—70 Morgen an die Stadt zur Bestellung mit Feldfrüchten zu überlassen. Es wird das zwar nicht geradezu ausgesprochen, aber es ist anzunehmen, daß es so gemeint ist. Es würde von dem großen Exerzierplatze der Teil in Frage kommen, der Südels Fabrik zu liegt, also der nördliche Teil. Seiner Beschaffenheit nach soll dieser Boden recht gut sein.

Was nun die Bestellung anbelangt, so muß sich diese natürlich nach der Beschaffenheit des Bodens richten. Es war von Anfang an in Aussicht genommen — auch vom Magistrat —, Frühkartoffeln und Mohrrüben zu bauen, aber man ist in der Kommission nicht der Ansicht gewesen, daß man sich speziell auf diese Früchte beschränken soll. Es kommt darauf an, überhaupt Frucht zu erzielen; ob das nun Getreide ist, oder ob es Kartoffeln sein werden, schlägt nicht so sehr zu Buche. Hauptsache ist, daß man das pflanzt, was auf dem einzelnen Felde gedeihen wird, damit man einen namhaften Ertrag herausholt. Deshalb war man der Meinung, daß das sandige Werkeröder Feld sich vor allen Dingen für Be-



stellung mit Buchweizen eigne, oder man könnte es auch mit Kartoffeln versuchen. Das Franzsche Feld möchte sich besonders für Getreide, entweder Hafer oder Roggen, eignen, und der Teil des Großen Exerzierplatzes, den zu bekommen wir Aussicht haben, ist sowohl für Kartoffeln als auch für frühes Gemüse (Mohrrüben) als auch für Getreide brauchbar.

Die Herren können aus der Darlegung entnehmen, daß erst Sachverständige hinzugezogen werden müssen, ehe man sagen kann, die und die Frucht erscheint für dies oder jenes Feld besonders geeignet. Wir hier können uns nicht darauf einlassen, die Bestellung vorzuschreiben. Deshalb hat die Kommission zu empfehlen, es dem Magistrat anheimzustellen, sich mit Sachverständigen ins Einvernehmen zu setzen, um deren Ansicht zu hören.

Welche von diesen verschiedenen Feldern überhaupt in Benutzung genommen werden können, das muß erst abhängig gemacht werden davon, ob die Garnisonverwaltung geneigt ist, von der Benutzung des Franzschen Feldes Abstand zu nehmen. Es liegen da drei Fälle vor: Die Stadt kann unter Umständen das Merkeröder und das Franzsche Feld bekommen, und dann ist es wahrscheinlich, daß wir auf die Benutzung eines Teiles des Großen Exerzierplatzes verzichten müssen. Ferner kann die Stadt, wenn die Truppen auf dem Merkeröder Felde üben, das Franzsche Feld und einen Teil des Großen Exerzierplatzes in Benutzung nehmen, und endlich liegt als dritter Fall vor, daß die Stadt das Sandfeld des Flugplatzes und einen Teil vom Großen Exerzierplatz in Benutzung nimmt und das Franzsche Feld dem Garnisonkommando zur Verfügung stellt. Hierüber müssen die Beratungen, die zwischen dem Magistrat und dem Garnisonkommando gepflogen werden, in kurzer Zeit erledigt werden.

Wir sind also heute nicht in der Lage zu sagen: Das und das nehmen wir in Benutzung, die und die Früchte wollen wir bauen. Die Kommission hat sich deshalb entschieden, dem Magistrat anheimzugeben, darüber endgültig nach Maßgabe der Verhandlungen und Gutachten zu beschließen, und hat als Ergebnis ihrer Beratungen der Stadtverordnetenversammlung folgendes vorzuschlagen:

1. „Die Stadtverordnetenversammlung wolle sich damit einverstanden erklären, daß zur Gewinnung von Feldfrüchten die Bebauung des Merkeröder Feldes, des Franzschen Feldes, des Spielplatzes im Bürgerpark und, wenn möglich, eines Teiles des Großen Exerzierplatzes in Aussicht genommen wird. Je nach dem Ergebnis seiner Verhandlungen mit dem Garnisonkommando bestimmt der Magistrat hierüber

2. Der Magistrat wird ersucht, durch Sachverständige die beste Art der Nutzung (d. h. die Auswahl der Feldfrüchte) für die einzelnen Flächen feststellen

und die Bearbeitung durch eigene Kräfte vornehmen zu lassen. Es bleibt ihm aber unbenommen, in geeigneten Fällen auch Land an Private abzugeben.“

Ich habe hierzu zu bemerken, daß der Magistrat ursprünglich vorgezogen hatte, die Flächen aufzuteilen und in Stücken von nicht über einen Morgen an Private abzugeben. Der Magistrat hat deswegen mit den Vorstehenden der in Betracht kommenden Feldmarksdeputationen Verhandlungen gepflogen und leider erkannt, daß sich voraussichtlich nicht genügend Abnehmer melden werden, um diese Flächen zu bebauen. Es würde die Bebauung durch Private besonders in Frage kommen, wenn es sich um Kartoffel- und Gemüsebau handelt. Da wir aber der Meinung gewesen sind, daß wir uns nicht auf diese Früchte zu beschränken brauchen, daß auch Getreide in Frage kommen könne, so hat der Magistrat von seinem anfangs gefaßten Entschluß Abstand genommen und es als durchaus zulässig erachtet, mit eigenen Kräften die Bebauung vornehmen zu lassen. Es kann aber vorkommen, daß zahlreiche Meldungen für ein besonderes Feld einlaufen, deshalb der Nachsatz, daß es dem Magistrat unbenommen bleibt, in geeigneten Fällen auch Land an Private abzugeben. Wahrscheinlich würde die Abgabe kostenlos erfolgen.

Unter Nr. 3 empfiehlt die Kommission:

„Die Versammlung wolle die Mittel bewilligen, welche durch diese Maßnahmen erforderlich werden.“

**Stadtv. Bunge:** Die Ausführungen, die der Herr Referent gemacht hat, gipfeln in der Hauptsache darin, daß überhaupt Sorge getragen werden soll, daß Land für die Bestellung frei wird und alle Arten von Feldfrüchten gebaut werden. Ich kann mich nicht ganz auf diesen Standpunkt stellen, denn die Maßnahmen, die die Kommission hier in Vorschlag bringt, reichen mir nicht aus. Von meinem Standpunkte aus muß ich betonen, daß es uns in erster Linie darauf ankommen muß, daß wir genügend Kartoffeln und kleine Früchte ernten, damit vor allen Dingen die Bevölkerung der Stadt daran nicht darbt. Wenn Sie das Land, welches Sie freimachen wollen, mit Hafer und Buchweizen bestellen, dann kommt der Herbst heran und unsere städtische Bevölkerung als solche hat nicht den Vorteil, den die Bestellung der Stadt bringen könnte. Man sollte auch vom Magistrat die Sache in dieser Richtung verfolgen.

Im übrigen muß ich sagen, daß mir der Beschluß der Kommission doch nicht ganz zeitgemäß scheint, denn wenn wir erst lange Beratungen pflegen wollen und erst wieder Sachverständige mit dem Magistrat zusammentreten sollen, dann ist das Frühjahr ins Land gekommen und die Bearbeitung und Bebauung wird so weit hinausgeschoben, daß uns vielleicht eines schönen Tages vom Magistrat

verkündet wird: „Es war zu weit mit der Jahreszeit; es ist nicht mehr möglich, das zu erreichen, was Sie wollen: Frühkartoffeln, Mohrrüben, Bohnen und solche Sachen zu bauen.“ Ich will hoffen, daß der Magistrat mit der Sachverständigenkommission nicht zu lange warten wird, sondern schleunigst einen Weg sucht, um zum Ziele zu kommen.

Was die Ländereien anlangt, so muß ich sagen, daß die Militärverwaltung doch ein ebenso großes Interesse an der Volksernährung hat wie wir. Es stände ihr wohl an, alle die Plätze uns voll und ganz zur Verfügung zu stellen, z. B. auch das Französisch Feld. Leute, die die Sachlage dort schon seit Jahren kennen, sind, wie auch ich, der Meinung, daß dort vorzügliche Kartoffeln gewachsen sind. Es ist jedenfalls besser, daß wir dort Früchte ziehen, als wenn dort die Soldaten exerzieren, denn wir haben noch andere Plätze, wo sie genügend exerzieren können. — Das Merkeröder Feld ist wohl nicht so gut, aber immerhin gedeihen dort auch noch vorzügliche Früchte, allerdings nach der rechten Seite von dem Merkeröder Felde hin gibt es Stellen, wo das Land nicht wertvoll ist und Früchte nicht gut gedeihen können. Mir ist aus den Ausführungen des Herrn Referenten nicht klar geworden, ob die Lusthafen-Gesellschaft das Dritteil, das sie zurückbehält, für Fruchtbau nutzbar machen will, oder ob sie es nur ausnützen will zu ihren Übungen usw. Wenn das letztere der Fall wäre, dann bitte ich, sie zu belehren, daß sie das Land für uns zum Fruchtbau abläßt.

Die übrigen Plätze, die aus der Umgebung der Stadt in Vorschlag gebracht sind, eignen sich meiner Ansicht nach nicht alle für diesen Anbau. Zunächst der Amalienplatz: ich glaube nicht, daß wir irgend etwas dort als Ernteertrag bekommen würden. Mit dem Platze an der Diesterwegstraße ist das wohl schon etwas anderes, aber im Bürgerpark können wir nicht daran denken, irgendwelche Früchte bauen zu wollen, es sei denn Klee und Luzerne. Die würden wohl dort wachsen, etwas anderes aber würde nicht gedeihen; Kartoffeln und Mohrrüben dürften wir nicht dorthin bringen, sonst würden wir keine Aussicht haben, die Einsaat wieder zu bekommen.

Nun liegt in der Außenstadt noch ein großer Platz, der Leonhardplatz. Auch in dieser Gegend gibt es noch vorzügliches Land, und so wäre der Platz vielleicht doch für unsere Zwecke dienstbar zu machen. Daß man die Benutzung eines Teiles des Großen Exerzierplatzes erst davon abhängig macht, daß wir auf das Französisch Feld verzichten, halte ich für verkehrt. Ich bin der Meinung, daß wir ruhig, trotzdem wir das Französisch Feld voll behalten, vom Exerzierplatz diese 60—70 Morgen, und wenn es 100 sind, bekommen.

Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß wir noch eine Anzahl Plätze zur Bepflanzung in der Stadt finden könnten, die Privateigentum sind, und da wäre

es am Plage, wenn der Magistrat die Leute darauf hinwies, wie notwendig es ist, daß dieses Land nutzbar verwertet wird. Ich will damit nicht sagen, daß jeder kleine Garten sich zur Bepflanzung mit Kartoffeln, Mohrrüben oder Steckrüben eignet, denn wir haben schon oft die Erfahrung gemacht, daß das so gut wie gar nichts wird, weil fast nur Unkraut dort wächst und Frucht nicht zu bekommen ist. Aber wir haben Bauplätze liegen, und die Bautätigkeit stockt augenblicklich aus verschiedenen Gründen, hauptsächlich, weil es an Geld fehlt. Diese Plätze wären meinem Erachten nach sehr gut für die Bestellung dienstbar zu machen.

Sodann hat der Herr Referent schon gesagt, daß der Magistrat selbst Saat usw. angeschafft hätte oder es noch wollte, aber, wie mir scheint, nur für eigene Zwecke. Ich hielte es für richtig, daß der Magistrat gerade in dieser Beziehung auf den Plan tritt und besonders für Pflanzkartoffeln sorgt, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil wir eine ganze Reihe von Privaten bewegen wollen, Kartoffeln zu ziehen. Da haben Sie eine große Reihe von Familien — Hunderte von Familien ist zu wenig gesagt —, die ihre kleinen Schrebergärten bearbeiten und dort ganz vorzüglich für Nahrung sorgen könnten. Da wäre es am Plage, die Pflanzkartoffeln durch die Stadt anzukaufen und sie ihnen, sei es selbst zu einem Preise, bei dem die Stadt etwas zulegt, abzugeben. Das würde sich rentieren. Ferner wäre es angebracht, überhaupt für Saatgut Sorge zu tragen. Es kommen hierfür besonders Erbsen und Bohnen in Frage, die speziell in Braunschweig in den Gärten mit gebaut werden können. Wenn die Leute auf diese Weise das Saatgut billig kaufen können, dann werden sie Lust und Liebe haben, ihre Grundflächen damit zu bebauen.

Aufmerksam machen möchte ich noch auf eins: daß wir da, wo es an einzelnen Stellen möglich ist, sei es am Pflegehaus, sei es auf dem Rieselgute, kleine Pflanzen selbst ziehen können und an die minderbemittelte Bevölkerung, soweit sie Schrebergärten besitzt, die jungen Pflanzen abgeben, entweder gratis oder gegen einen mäßigen Preis. Der Magistrat könnte ja mit der Sachverständigenkommission, wenn diese zusammentritt, gleich diese von mir gemachten Andeutungen mit verwerten. Jedenfalls würde es bei unserer Bevölkerung einen guten Anklang finden, und die Leute würden nicht die teuren Wucherpreise für junge Pflanzen bezahlen müssen.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Die Vorlage, von der der Herr Referent sprach, ist nicht an die Kommission gerichtet, sondern an die Stadtverordnetenversammlung. Insbesondere ist in der Vorlage noch ein Antrag enthalten wegen eventueller Entschädigungsleistung, die die Stadt übernehmen müßte. Das müßte wohl noch vom Herrn Referenten dargestellt werden.

Sodann darf ich darauf hinweisen, daß die Militärverwaltung die Hergabe eines Teiles des großen Exerzierplatzes nicht davon abhängig gemacht hat, daß wir ihr das Franzische Feld zur Verfügung stellen, sondern aus freiem Entschluß hat sie, wie ich gehört habe, die Absicht, dieses Stück der Stadt bezw. ihren Einwohnern zur Verfügung zu stellen. Sie will darüber aber erst mit dem stellvertretenden Generalkommando sich ins Einbernehmen setzen, weil sie ohne weiteres nicht über den Exerzierplatz verfügen kann. Dagegen ist richtig, daß sie den Verzicht auf die Benutzung des Werkeröder Feldes davon abhängig macht, daß ihr das Franzische Feld zu Übungen überlassen wird. Mit dieser Tatsache müssen wir rechnen, wenn man auch versuchen könnte, die Militärverwaltung zum Verzicht auf das Franzische Feld zu veranlassen. Ich bezweifle aber, daß sie darauf eingehen wird.

Ich muß nun auch offen gestehen, daß mir hinterher — entgegen der Ansicht, die ich in der Kommission geäußert hatte, und die nicht bestritten wurde — zweifelhaft geworden ist, ob wir guttun, das Franzische Feld umzubrechen und zu besäen. Einmal ist das Umbrechen dieses sehr hart getretenen Feldes keine leichte Arbeit. Es muß mit vier Pferden gepflügt werden, wenn nicht mit einem Dampfpfluge. Für die Einstellung eines Dampfpfluges aber ist, wie wir früher festgestellt haben, die Fläche zu klein, denn wegen dieser 60—70 Morgen einen Dampfpflug kommen zu lassen, würde zu teuer werden. Es kommt noch in Frage, daß die Besamung für den Rasen, die später wieder erfolgen muß, sehr viel Geld kostet. Es würde das nach den früheren Erfahrungen ungefähr 7000 *M* kosten. Nun, das Geld spielt ja heute keine Rolle, wenn es sich darum handelt, für das Volk Nahrung zu schaffen. Rechnen müßten wir aber auch damit, daß der Platz zwei Jahre lang der Jugend entzogen wird.

Unter diesen Umständen komme ich jetzt zu der Ansicht, daß die erste Auffassung des Magistrats die richtige gewesen ist, nämlich, das Werkeröder Feld zur Gewinnung von Früchten zu benutzen. Es ist diese Fläche ungefähr doppelt so groß wie das Franzische Feld, und dann ist die Beackerung selbstverständlich erheblich leichter, denn das Umbrechen des leichten Bodens bietet längst nicht so viel Schwierigkeiten als beim Franzischen Felde, und auf dem Flugfelde würde auch mit dem Dampfpfluge sehr gut gearbeitet werden können. Nun haben allerdings die Verhandlungen mit den Feldmarksgemeinden ergeben, daß unsere Hoffnung, daß genügend hiesige Einwohner sich ohne weiteres finden würden, um das Feld zu beackern, wenn ihnen die Fläche unentgeltlich überwiesen wird, eine trügerische gewesen ist. Nach dem, was mir die Vorstehenden gesagt haben, ist nicht darauf zu rechnen, es sei denn, daß die Stadt nahezu die ganzen Arbeiten macht. Dann brauchen wir jedoch keine Unternehmer, denn die Ernte einzubringen, macht uns am wenigsten Mühe. Hauptsache ist die Bestellung und die Beschaffung der Saatkartoffeln.

Nun hat Herr Bunge den Vorschlag gemacht, die Saatkartoffeln durch die Stadt zu beschaffen. Das ist nicht leicht auszuführen. In der hiesigen Gegend gibt es wenig Pflanzkartoffeln, man müßte sie schon von weither kommen lassen, und das hat die Erfahrung bei den großen Einkäufen, die wir gemacht haben, zur Genüge gezeigt, daß die Gefahr eines plötzlichen In-die-Höhe-Schnellens der Preise um so größer ist, je größer die Masse der Waren ist, die mit einem Schlage eingekauft werden. Diesen Vorgang halten wir nicht auf. Wenn wir für die 120 Morgen, die wir in Bewirtschaftung nehmen wollen, auf den Morgen — wie die Sachverständigen schätzen — durchschnittlich 10 Zentner Pflanzkartoffeln rechnen, dann würde es kaum möglich sein, durch eine einzige Bestellung irgend woher so viel Pflanzkartoffeln zu bekommen. Deshalb bin ich zweifelhaft, ob man nicht versuchen soll, mit Hilfe von Unternehmern, die die Wege wissen, auf denen sie in Besitz von Pflanzkartoffeln kommen, die Bestellung ausführen zu lassen oder, wenn das nicht gelingt, schließlich das zu tun, was der Herr Referent schon angedeutet hat, nämlich andere Früchte zu bauen. Es haben mir die Vorstehenden der Feldmarksgemeinden gesagt, daß mit Rücksicht auf den hohen Preis, den der Bundesrat für Frühkartoffeln festgesetzt hat, darauf zu rechnen ist, daß eine große Zahl von Unternehmern bemüht sein werde, Frühkartoffeln zu bauen, daß sie aber alle vor der Schwierigkeit stehen, die Pflanzkartoffeln zu beschaffen. So ist es recht schwer, im voraus eine Entscheidung zu treffen. Ich denke, man könnte in der Weise vorgehen, daß man durch die Feldmarksvorstände ermittelt: Sind geeignete Unternehmer vorhanden? Wenn das zutrifft, übergibt man denen einzelne Stücke, und soweit das nicht geschehen kann, bewirtschaftet die Stadt das Land selber, bringt darauf die Frucht, für die sie die Saat bekommen kann, seien es nun Frühkartoffeln — selbstverständlich werden wir uns bemühen, hierfür Pflanzkartoffeln zu bekommen —, Buchweizen oder Hafer, der gewiß auch sehr knapp werden wird, und dieser letztere gedeiht, wie wir aus Erfahrung wissen, auf dem genannten Felde.

Das eine Drittel, von dem Herr Bunge sprach, hat die Lusthafengesellschaft nach Mitteilung eines Herrn aus dem Vorstande schon an Unternehmer abgegeben; sie will also dort Übungen nicht vornehmen. Allerdings hat sie den Pächtern die Verpflichtung auferlegt, daß sie, wenn es zum Bau der Halle kommen sollte, dieses Teilstück wieder freigeben müßten. Übrigens ist der westliche Teil dieser Fläche im vorigen Jahre bestellt gewesen, und zwar mit Spargel, der auch weitergebaut werden soll.

Es wäre nun dem Magistrat sehr erwünscht, von der Versammlung zu erfahren, auf welchem Standpunkte sie bezüglich der Auswahl der Plätze steht, insbesondere das Akeröder Feld und das Franzische Feld betreffend. Das Teilstück

vom Großen Exerzierplatze werden wir bezw. unsere Einwohner bekommen, ohne daß wir uns weiter darum zu bemühen brauchen, aber zwischen den beiden genannten Feldern müssen wir wählen, denn ich bezweifle, daß beide Felder für uns freigegeben werden.

Daß wir nicht lange mit einer Sachverständigenkommission verhandeln möchten, werden Sie uns nicht übelnehmen. Wir haben auch nicht die Absicht, eine besondere Sachverständigenkommission zu wählen. Man kann sehr wohl den einen oder den anderen Sachverständigen ohne weitere Umstände um Rat fragen. Ich mache darauf aufmerksam, daß wir das Land, in dem unsere Brunnen liegen, schon seit Jahren unsererseits mit Hafer und Roggen bestellt haben, also etwas Erfahrung in der Beziehung haben wir auch. Eine solche Bestellung ist natürlich die leichteste, die man sich denken kann, und damit würden wir schnell fertig werden.

Stadtv. **Wesemeier:** Ich möchte nicht dazu raten, das Land Unternehmern zu übergeben. Wir beabsichtigen doch, mit der Benutzung der freigemachten Ackerflächen solche Früchte heranzuziehen, die der Bevölkerung zu billigem Preise übergeben werden können. Ich erinnere daran, daß Frühkartoffeln zum großen Teil vom Auslande eingeführt werden, und die Zufuhr wird in diesem Jahre infolge der Verhältnisse, in denen wir uns befinden, ausbleiben. Es ist notwendig, daß wir zunächst für die nächstliegende Zeit Vorsorge treffen und nicht auf den Herbst blicken. Für Hafer, Roggen usw. zu sorgen, wird immer noch Zeit sein, obgleich sie uns auch fehlen werden; wird doch schon aus spekulativen Gründen viel davon angebaut werden. Es handelt sich jetzt vor allem darum, für die erste Zeit des Frühjahrs, wenn die Zufuhr vom Auslande fortbleibt, mit den notwendigen Lebensmitteln, Gemüse und Kartoffeln, versehen zu sein. Gewiß würde auch dann, wenn an Unternehmer die Ländereien abgegeben würden, zu erreichen sein, daß sie auch diese von uns gewünschten Früchte ziehen, aber wir wissen, daß die Höchstpreise für Kartoffeln heute schon so hoch festgesetzt sind, daß meiner Überzeugung nach diese Höchstpreise für das Frühjahr nicht gehalten werden können; es ist auch in der ganzen Zeit nicht darnach gehandelt worden, auch von den Händlern nicht. Mir sind Beispiele namhaft gemacht, daß die Leute haben Preise zahlen müssen, die weit über die Höchstpreise hinausgehen, und die Leute haben solche Preise gezahlt, weil sie sonst nichts bekommen hätten. Das wird auch im Frühjahre der Fall sein, und die Stadt wird mit den 120 Morgen denn doch etwas Konkurrenz auf dem Gebiete der Preisstellung für unsere Stadt machen können. Wenn wir so vorgehen, wie es der Magistrat von Hannover getan hat, dann wird es wohl möglich sein, noch weitere Ländereien zu erwerben. Der Stadtdirektor von Hannover, Herr von Tramm, hat öffentlich aufgefördert, ihm alle Ländereien, die nicht

bebaut sind, zur Verfügung zu stellen, und wie ich gehört habe, hat dieser öffentliche Aufruf einen ganz erheblichen Erfolg gehabt.

Nun stehen wir vor der Kalamität, daß die Kommission sagt, wir wollen es dem Magistrat anheimstellen, was er bauen will. Ich glaube, es wird auch hier möglich sein, daß Pflanzkartoffeln durch die Stadt beschafft werden. Wir haben das Beispiel dazu in der nächsten Umgebung, wo Pflanzkartoffeln von der Stadtverwaltung aufgekauft und an die Interessenten abgegeben worden sind. Nach meiner Meinung sollte nicht Hafer oder Roggen gesät werden, sondern vor allen Dingen Frühkartoffeln und Gemüse gepflanzt werden; das liegt im Interesse der Bevölkerung.

Wenn ich auf die Bearbeitung des Landes komme, das umgepflügt werden muß, so wäre es besser gewesen, wenn man unserem Vorschlage vom August gefolgt wäre und das Land mit Gemüse für den Winter bestellt hätte. Der Antrag war zu einer Zeit gestellt, als überall noch Gemüse gebaut wurde. Ich bin nicht orientiert, ob die Ländereien neben dem Schlachthause uns gehören, oder ob sie verpachtet sind. (Zuruf: Sie sind verpachtet.) Ich habe gesehen, daß dort gepflügt wird und Vorarbeiten zur Bestellung vorgenommen werden. — Jedenfalls möchte ich in Abänderung des Kommissionsantrages beantragen:

„Vor allen Dingen sind, dem Boden entsprechend, Frühkartoffeln und Gemüse auf den uns zur Verfügung stehenden Ländereien zu ziehen.“

Stadtv. **Munte:** Die Ausführungen der beiden Herren Vorredner setzen mich um deswillen in Erstaunen, weil es der Wunsch des Herrn Dr. Jasper und seiner Freunde gewesen ist, in jeder Kommission möglichst stark vertreten zu sein, und ich deshalb gehofft hatte, daß diese Herren aus der Kommission ihre Freunde in etwas unterrichtet hätten, worüber wir uns dort mit den beiden Herren unterhalten haben. Das scheint nicht der Fall zu sein, und deshalb verspreche ich mir von ihrer Zugehörigkeit zu den Kommissionen nicht mehr viel, denn es scheint nicht so, als ob sie Wert darauf legten, die Unterhaltung hier abzukürzen. Sie wird nur künstlich verlängert, und die Beratung in der Kommission scheint damit zwecklos.

Wir haben uns in der Kommissionsitzung reichlich über den vorliegenden Stoff unterhalten. Alles, was Sie wollen, wollen wir auch, und dazu soll der Magistrat die Vollmacht haben, das Beste herauszufuchen. Zu überlegen ist doch, mit welcher Frucht man Erfolg hat, denn wenn Sie auf einem ungeeigneten Lande 10 Zentner aussäen und nur 5 Zentner wieder ernten, so wäre das nicht rationell. Ich möchte deshalb bitten, dem Magistrat es zu überlassen, die Kommissionsbeschlüsse auszuführen, wie er es für richtig hält. Er wird schon das Seinige tun.



Stadtv. **Frede:** Herr Bunge hat zunächst die Befürchtung ausgesprochen, daß durch den Beschluß der Kommission, wonach dem Magistrat Bewegungsfreiheit gelassen wird, veranlaßt würde, daß Zeit verloren geht. Wir haben auch in der Kommission unsere Bedenken gehabt, daß die Sache zu sehr hinausgeschoben werden würde. Der Herr Oberbürgermeister hat uns in der Beziehung aber beruhigt, indem er sagte, so sehr brenne die Sache denn doch nicht. Wenn wir Mitte April anfangen zu pflanzen, dann hätten wir nichts verloren. Es ist richtig, der Antrag war im Januar gestellt und hätte schon bearbeitet sein können. Ich glaube aber, daß es auch jetzt noch Zeit dazu ist. Wie der Herr Oberbürgermeister schon versichert hat, werden die Verhandlungen mit den Sachverständigen sich nicht so gestalten, daß lange Zeit damit verloren geht.

Herr Bunge will wissen, ob die Lusthafengesellschaft das eine Drittel des Flugfeldes, von dem die Rede war, für sich selber zurückbehält. Die Lusthafengesellschaft hat ausdrücklich mitgeteilt, wie es im Magistratsschreiben heißt, daß sie das Drittel zu gleichem Zwecke, also zur Bestellung mit Feldfrüchten, vergeben habe. Ich glaube, damit sind die Bedenken des Herrn Bunge behoben.

Daß Herr Bunge mit der Nichtbenutzung des Amalienplatzes zufrieden ist, freut mich. Nun hat er aber gemeint, den Teil des großen Exerzierplatzes m ü ß t e n wir haben, und hat so gesprochen, als ob wir nur zu wünschen brauchten. So liegt die Sache aber doch nicht, denn er gehört nicht uns. Ich freue mich aber, daß der Herr Oberbürgermeister deutlich gesagt hat, daß es sich nicht um einen Tausch handelt — Französisches Feld gegen den Teil des Exerzierplatzes —, sondern daß wir sowieso darauf rechnen können, einen Teil des Großen Exerzierplatzes zu erhalten. Gestern war das nicht so deutlich zum Ausdruck gebracht. Ich habe auch nicht gesagt, daß deutlich vom Militäriskus gesagt sei: Entweder dieses Stück vom Exerzierplatz, oder das Französische Feld. Es ließ sich das aber annehmen, daß das so gemeint war, da er auf das Französische Feld seine Hand legen wollte.

Nun hat Herr Wesemeier eben vor allen Dingen gewünscht, daß nur Kartoffeln oder Gemüse gepflanzt würden. Ich habe schon ausgeführt, daß wir selbstverständlich auch denselben Wunsch haben, aber es ist doch klar, daß das Gutachten der Sachverständigen beachtet werden muß. Was nützt es uns, wenn wir auf dem sandigen Merkeröder Felde Gemüse zu gewinnen suchen? Ich habe mich mit einem Sachverständigen, einem Gärtner, der das Feld genau kennt, ins Einvernehmen gesetzt, und der hat mir gesagt: „Daß ab vom törichtesten Beginnen, du wirst die Ausfaat nicht gewinnen.“ Wenn das Land nicht gedüngt ist, dann eignet es sich zu verschiedenen Zwecken zweifellos nicht. Und wenn Sie Gemüse pflanzen wollen, so müssen Sie für reichliche Begießung sorgen, sonst wachsen die Früchte nicht, vertrocknen, und ein paar Sandwellen reichen hin, die jungen Pflanzen zu bedecken.

Wir können also nicht bestimmen, was hier und da gepflanzt werden soll. Das sind auch untergeordnete Fragen; überlassen Sie das doch dem Magistrat.

Nachzuholen habe ich, woran der Herr Oberbürgermeister erinnert hat. Für den Fall, daß die zwei Drittel des Flugfeldes von der Stadt durch Unternehmer bebaut werden, befürchtet die Lufthafengesellschaft, daß durch den Betrieb des Lufthafens, der demnächst errichtet werden soll, die dort wachsenden Früchte geschädigt werden, und gegen die Entschädigungsansprüche derjenigen, die das Feld bebaut haben, möchte die Gesellschaft sichergestellt sein. Der Magistrat sagt dazu, daß es sich nur um eine höchst unwahrscheinliche Schädigung der Feldfrüchte handeln könne, die dadurch hervorgerufen würde, daß bei der Ankunft oder der Abfahrt von Luftschiffen Gilsmannschaften die bestellten Flächen betreten müssen. Bei Lage der Verhältnisse wird die Stadt sich verpflichten müssen und auch unbedenklich verpflichten können, die Gesellschaft gegen etwaige diesbezügliche Entschädigungsansprüche zu vertreten. Ich habe das vorhin zu berichten vergessen und habe zu empfehlen, zu Punkt 3 der Kommissionsvorschläge noch hinzuzufügen:

„Die Versammlung wolle auch damit einverstanden sein, daß die Stadt sich verpflichtet, Schäden, die etwa an den auf dem Aerferöder Felde anzubauenden Feldfrüchten durch den Betrieb der zu erbauenden Luftschiffhalle entstehen sollten, nach der Schätzung eines Gartengeschworenen zu ersetzen.“

Nun ist der Magistrat heute nach den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters dafür, daß die Einzelabgabe von Teilen der freien Felder, der private Betrieb, dem städtischen vorgezogen werden soll. Darüber müßten sich die Herren aussprechen. In der Kommission sind wir zu dem Ergebnis gekommen, wie ich es vorgetragen habe.

Stadtvr. Dr. **Kleinfnecht**: Ich freue mich, daß sowohl der Stadtmagistrat wie auch die Kommission sich vollständig mit meinem Antrage, die zur Verfügung stehenden Ländereien für die Volksernährung dienstbar zu machen, einverstanden erklärt haben. Daß wir derartige Maßnahmen nötig haben, unterliegt keinem Zweifel. Ich will nur daran erinnern, daß, wie ich heute erst gelesen habe, der Verbrauch von Mehl noch mehr eingeschränkt werden muß. In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ ist bekanntgemacht, daß nicht 225 g, sondern nur 200 g Mehl für die Person verbraucht werden dürfen. Wir sehen daraus, daß die Vorräte an Nahrung verhältnismäßig nicht sehr groß sind, und auch im nächsten Jahre werden sie voraussichtlich nicht groß werden, wenn der Krieg wirklich noch so lange dauert, wie uns gedroht wird, und woran wir denken müssen. Ich sage das deshalb, weil ich es nicht für richtig halte, daß wir uns hier auf eine bestimmte Frucht festnageln, sondern daß es darauf ankommt, überhaupt für unser deutsches Volk

Nahrungsmittel zu schaffen. Ich halte es nicht für richtig, uns hier festzulegen und zu sagen: „Wir müssen unbedingt das bauen, was sofort im Frühjahr, im Juni oder Anfang Juli schon als Nahrung dienen kann.“ Wir müssen das bauen, was für unsere Verhältnisse, für den freistehenden Grund und Boden das zweckmäßigste ist. Ich bin sehr wohl dafür, daß wir Früchte bauen, die unserer Braunschweiger Bevölkerung direkt zugute kommen; wenn man aber wegen der Beschaffenheit des Bodens dazu nicht in der Lage ist, müssen wir uns auf einen höheren Standpunkt stellen: nicht nur für Braunschweig Nahrungsmittel zu schaffen, sondern für das deutsche Reich. Denn wenn das deutsche Reich Nahrungsmittel hat, dann wird auch Braunschweig Nahrung haben. Wir sind nicht abgeschlossen von dem übrigen Deutschland, sondern wir leben gleich wie in einer großen Festung, wo ein Mann für den anderen eintreten muß.

Nun ist heute darüber gesprochen, welche Plätze zum Anbau von Nahrungsmitteln verwertet werden können. Ich hatte gebeten, daß die städtischen Plätze berücksichtigt werden sollen und die Stadt ihren Einfluß geltend machen möchte, daß auch staatliche und private Felder zur Verfügung gestellt werden möchten. Beim Staat hatte ich hauptsächlich, wie der Herr Referent schon ausgeführt hat, an den Militärstützpunkt gedacht, und zwar nicht an den Spielplatz auf dem Franzischen Felde, sondern hauptsächlich an den Großen Exerzierplatz. Wie wir gehört haben, hat der Militärstützpunkt schon einen Teil des Großen Exerzierplatzes zur Verfügung gestellt, und wie uns in der Kommission erzählt ist, ist dieser Teil ohne übergroße Düngung wohl anbauungsfähig, er würde sich also sehr wohl zum Anbau von Kartoffeln eignen.

Es kommt dann privater Grund und Boden in Betracht, und dabei habe ich an das Werferöder Feld gedacht, denn dieses gehört der Luftfliegergesellschaft. Sie ist dazu bereit, uns den größten Teil zur Bestellung zu übergeben, und die Militärverwaltung, die augenblicklich einen Teil davon zur Ausbildung für die Soldaten in Benutzung hat, hat sich auch einverstanden erklärt, uns das Feld zu überlassen, sofern ihr das Franzische Feld überliefert würde. Nun muß ich bedauern, daß wir nicht sofort beide Felder bekommen, und ich glaube, es würde sich doch verlohnen, noch einmal an das Garnisonkommando heranzutreten und bei dem in ganz Deutschland herrschenden Ernst der Lage wiederholt anzufragen, ob es nicht möglich wäre, uns beide Felder zu überlassen und das Exerzieren der Soldaten auf dem Großen Exerzierplatz, der nach Abtretung dieser 70 Morgen immer noch groß genug scheint, stattfinden zu lassen. Ich kann mir nicht denken, daß das etwas weitere Hinausmarschieren für die Soldaten, die ausgebildet werden sollen, zu so großen Unannehmlichkeiten führen wird. Ich möchte deshalb den Magistrat bitten, nachdem die Stadtverordnetenversammlung einen entsprechenden Entschluß gefaßt hat, bei dem Militärstützpunkt in diesem Sinne anzufragen.

Wenn ich mir eine Meinung darüber erlauben darf, welches von den Feldern wir wählen sollen, falls uns nur das eine von beiden, das Akeröder oder das Franzische Feld, überlassen wird, so möchte ich, trotzdem das Akeröder Feld 120 Morgen faßt und das Franzische Feld nur knapp 70 Morgen — 80 Morgen sind es im ganzen, aber ein Teil davon fällt ab für den errichteten Spielplatz und die aufgestellten Bauten, so daß dieser letzte Platz nur etwas mehr als die Hälfte des Akeröder Feldes beträgt —, so möchte ich doch sagen, daß mir die 60 bis 70 Morgen, weil sie gut gedüngt sind, wertvoller sind als die 120 Morgen. Möglich ist auch, daß, wenn die Militärverwaltung mit 60 Morgen auf dem Franzischen Felde auskommt, sie auch mit 60 Morgen auf dem Akeröder Felde auskommt. Doch das müssen die Verhandlungen ergeben.

Der Herr Oberbürgermeister meint, wenn das Franzische Feld bestellt würde, so würde es damit vielleicht zwei Jahre dem Spiele der Jugend entzogen. So sehr ich nun auch für den Spielbetrieb der Jugend bin, so muß ich doch bekennen, daß auch er in dieser schweren Zeit zurücktreten muß, und daß es in Rücksicht auf das heute Notwendige gar nicht darauf ankommen kann, ob wir zwei oder selbst drei Jahre der Jugend den Platz entziehen. Wir haben ihn früher nicht gehabt, und die Jugend hat sich doch herumtummeln können, und jetzt, wo so viele junge Leute eingezogen sind, wird das Spielen sowieso sehr eingeschränkt werden müssen.

Nun aber das Umpflügen. In der Kommission meinte der Herr Oberbürgermeister, das mache für einen Dampfpflug keine große Arbeit, heute aber sagt er, das Gebiet wäre für Aufstellung eines Dampfpfluges zu klein. Vielleicht ist es aber doch möglich, und es soll uns in dieser ernstesten Zeit gleichgültig sein, ob es ein paar hundert Mark mehr kostet oder nicht. Ebenso ist es mit dem Ansäen des Grassamens, wenn das Feld wieder zum Spielen gebraucht werden soll. Wir müssen erst einmal über das nächste Jahr hinwegkommen, wir müssen Nahrungsstoffe für unser Volk haben, auf das Geld dafür kommt es in erster Linie nicht an.

Nun zu der Frage: Welche Früchte sollen wir ziehen? Die Früchte müssen sich selbstverständlich ganz nach dem Grund und Boden richten. Nehmen wir das Akeröder Feld, dann werden wir wohl keine Kartoffeln ziehen können, sondern müssen uns auf Buchweizen oder anderes beschränken. Erhalten wir das Franzische Feld, dann werden wir Kartoffeln ziehen können, und wenn die Herren im Interesse unserer Bürgerschaft Frühkartoffeln haben wollen, so ist dagegen nichts zu sagen. Dagegen können wir auf den 60—70 Morgen des Großen Exerzierplatzes auch frühes Gemüse und Kartoffeln bauen.

Wenn nun gesagt ist, daß noch mehr Plätze in Betracht kämen, so meine ich, daß der Bürgerpark, der aus Erdreich besteht, das angefahren ist, also zum großen

Teile aus Müll, der mit etwas Humus überdeckt ist, sich auch zu irgend einer Art Anpflanzung eignen würde, und zwar, wie ich glaube, für Buchweizen. Wenn wir den auch erst in einer späteren Zeit, im Herbst, ernten, so ist das nicht von der Hand zu weisen, denn wenn der Krieg noch länger dauert, müssen wir auch später noch mit Nahrungsstoffen versehen sein. Daß auf jenem Platze Kartoffeln und Gemüse wachsen würden, ist wohl ausgeschlossen. Und wenn die Spielplätze in der Außenstadt wirklich zur Bepflanzung geeignet sind, wenn sie nicht zu sehr beschattet sind und der Boden gut genug ist, dann würde nichts dagegen einzuwenden sein, sie mit zu benutzen. Der Almalienplatz ist wohl klein, aber warum sollte dort, nachdem Humus aufgebracht ist, nicht dieses oder jenes Getreide wachsen. Auf den Leonhardplatz ist wohl kaum zu rechnen. Wie es mit dem Platze auf dem Löwenwall ist, kann ich heute nicht sagen. Er gehört uns nicht und ist auch mit Bäumen so umwachsen, daß es fraglich ist, ob dort etwas gedeihen würde. Wenn aber auf diesen Plätzen etwas wachsen würde, dann kommt es auf die Arbeit des Beackerns und auf das schöne Aussehen in dieser Zeit nicht an.

Nun hatte ich mir die Sache anfangs so gedacht, daß die Stadt und vielleicht auch Privatleute die Sache im Verein mit Sachverständigen in die Hand nehmen sollten. Diese zusammen sollten die Ländereien herrichten, sollten sie bepflanzen, und dann sollten die Felder in einen Morgen oder halbe Morgen große Stücke eingeteilt und an die ärmere Bevölkerung verpachtet werden. Diese Leute sollten den ihnen übergebenen Teil gerade so wie ihre Schrebergärten weiter bebauen und abernten, und zwar nicht umsonst, sondern sie sollten einen Preis zahlen, der voraussichtlich bei der Ernte für sie als angemessen herauskommen würde. Das ist meiner Ansicht nach das richtigste, denn dann würden die Leute, wie in den Schrebergärten, darauf hingewiesen: Ihr sollt selbst mitarbeiten, und je besser ihr arbeitet, um so mehr Gewinn fällt für euch ab. Es soll ihnen aber nicht in die Hand gegeben werden, das Land selber zu bepflanzen, weil sie sonst das Land vielleicht nicht richtig düngen würden und nicht die richtige Sorte von Gemüse und Kartoffeln darauf bringen würden. Ich gebe zu, daß das viele Arbeit macht. In anderen Städten ist so verfahren, ob das hier möglich ist, will ich nicht entscheiden. Wenn wir größere Flächen mit Buchweizen usw. besamen, ist daran natürlich nicht zu denken. Ich glaube aber auch, das müssen wir dem Magistrat überlassen, wie er es einrichtet, nachdem er sich mit den Sachverständigen ins Einvernehmen gesetzt hat. So, wie es schon von dem Kommissionsreferenten gesagt ist, daß wir den Magistrat bitten, nachdem er Sachverständige befragt hat, die Sache in die Hand zu nehmen, daß wir ihm die Mittel bewilligen, so ist es meinem Erachten nach das richtige. Wir können, nachdem wir lang und breit darüber gesprochen haben, wohl die Ausführung vertrauensvoll in die Hand des Magistrats legen.

**Vorsigender:** Darnach modifizieren Sie Ihren Antrag zugunsten des Antrages der Kommission. (Zustimmung.)

**Stadtrat von Frankenberg:** Auf die Frage der Brot- und Mehlsverteilung möchte ich aus dem Grunde nicht eingehen, weil sie nicht unmittelbar zu der Frage gehört, die eben besprochen wird, und weil Herr Stadtv. Kiefe in Aussicht gestellt hat, daß durch eine von ihm eingebrachte Anfrage diese Sache ausgiebig erörtert wird. Ich möchte aber Herrn Stadtv. Wesemeier wegen der Kartoffelfrage erwidern, daß der Magistrat um Beschaffung von Pflanzkartoffeln sich bemüht hat und telegraphische Antwort darauf erwartet, und daß er im Einverständnis mit der Finanzkommission heute morgen beschlossen hat, wegen der gegenwärtigen Versorgung der Bevölkerung mit Speisekartoffeln mit der Bestellung von 1600 Zentnern zu beginnen. Das ist ein kleiner Anfang; hoffen wir, daß wir darüber hinauszugehen bald Gelegenheit haben.

**Stadtv. Dr. Jasper:** Mit den Zielen, die Herr Dr. Kleinfnecht erreichen will, werden wir alle einverstanden sein. Diese Übereinstimmung ist von verschiedenen Seiten hervorgehoben, und wer die gegenwärtige Teuerung sich vor Augen hält oder am eigenen Leibe und in seiner Familie verspürt, und wer, wie wir alle, den Aushungerungsplan der Feinde des deutschen Reiches kennt, wird die Wichtigkeit, sich mit dieser Sache zu befassen, anerkennen. Es ist vom Herrn Berichterstatter wie vom Herrn Oberbürgermeister aufgefördert, dazu Stellung zu nehmen, denn die Lösung dieser Aufgabe, die uns jetzt beschäftigt, kann verschieden angegriffen werden. Die Gemeinde betritt damit ein neues, bisher hier nicht bearbeitetes Gebiet, und so können verschiedene Ansichten darüber laut werden. Es ist selbstverständlich, daß deswegen eine Aussprache stattfindet, die einen etwas größeren Umfang annimmt. Wenn nun Herr Kollege Munte meint, daß er infolgedessen, daß zwei meiner Freunde bereits gesprochen haben, jetzt keine Veranlassung habe, irgendwie die Vertretung meiner Freunde in den Ausschüssen zu wünschen, so ist das eine Anrempelung, die der Wichtigkeit dieser Sache keineswegs gerecht wird.

**Vorsigender:** Der Ausdruck „Anrempelung“ ist hier nicht gestattet; ich bitte, ihn nicht zu gebrauchen. (Zuruf: Ist aber richtig!)

**Stadtv. Dr. Jasper** (fortfahrend): Es ist das ein Streit-vom-Zaunbrechen, was grade bei dieser Gelegenheit, wo wir einig sind, vom Herrn Kollegen Munte nicht zu verstehen ist oder nur so verstanden werden könnte, daß ihm schon die Ausführungen zweier Redner, die zum Teil Anregungen gegeben haben, die im Schoße

der Kommission nicht erörtert sind, zu viel werden, daß hier schon alles begraben werden soll, was Neues hier auftritt. Herr Kollege Munte, wenn Sie meinen, uns nicht in den Ausschüssen sehen zu wollen — ich glaube nicht, daß die Allgemeinheit Ihrer Freunde ohne weiteres diesen Standpunkt einnimmt —, dann können Sie doch gewiß sein, daß sie sich weder im Ausschuß noch in der Vollversammlung von derartigen . . — nun, ich soll den Ausdruck ja nicht gebrauchen, Sie wissen aber, was ich meine — den Maulkorb von Ihnen vorbinden lassen werden.

Nun zur Sache. Ich bedauere, daß der Magistrat zum guten Teil von dem abgerückt ist, was er in der Kommission noch als durchführbar anerkannt hat, und daß der Herr Oberbürgermeister so wenig auf die Anregungen meiner Freunde einzugehen geneigt zu sein scheint. Es ist insofern eine Abweichung des Magistrats gegenüber den Ausschlußerklärungen in die Erscheinung getreten, als in erster Linie die eigene Regie, die eigene Bearbeitung, Bestellung und Aussaat von Seiten der Stadtverwaltung in Aussicht genommen war. Das war mir sehr sympathisch und bewog mich um so mehr, im Ausschuß diesen Vorschlägen zuzustimmen, weil auf diese Weise am besten gewährleistet war, daß möglichst schnell etwas geschehen könnte und eine angemessene Aussaat stattfindet, nicht etwa der Art, wie es in manchen Schrebergärten aussieht, die weniger der Beschaffung von Nahrungsmitteln dienen, sondern mehr der Pflege der Gesundheit und der Erholung — auch erstrebenswerte Ziele, die aber augenblicklich nicht unser Augenmerk sind. Ich halte es nicht für wünschenswert, daß die Stadt in erster Linie es darauf abzieht, an Unternehmer diese Felder abzugeben, sondern in erster Linie daran festhält, die städtische Verwaltung bei der Bestellung, dem Umbrechen des Feldes usw. eintreten zu lassen.

Auch darüber, welche Plätze zur Erreichung des beabsichtigten Zweckes in Frage kommen können, scheint mir der Magistrat oder wenigstens der Herr Oberbürgermeister ein klein wenig von dem abgerückt zu sein, was in der Kommission vertreten wurde. Ich möchte mit Herrn Kollegen Kleinfnecht dringend dafür eintreten, daß möglichst alle drei von der Kommission befürworteten Plätze in Angriff genommen werden. Auf andere Versuche, wie sie auch Herr Kollege Kleinfnecht wieder befürwortet hat — mit dem Amalienplatz und anderen — bitte ich aus dem wirtschaftlichen Grunde, daß nicht viel dabei herauspringen wird, nicht einzugehen. Und wie sich Herr Dr. Kleinfnecht dazu verstehen kann, den Löwenwall als geeignete Kartoffelfläche anzusehen, ist mir unerfindlich. Ich weiß nicht, welche Pläne vielleicht noch in Frage kommen sollten. Vielleicht wird gewünscht, daß auch der Windmühlenberg hinzugezogen und in ein Kartoffelfeld verwandelt werden soll. Solche Pläne sind nicht geeignet, die Aufgabe zu lösen, die uns hier beschäftigt.

Den Gedanken des Herrn Dr. Kleinfnecht verstehe ich, daß die Flächen, die uns zur Verfügung gestellt werden, für diesen Zweck keineswegs ausreichen, um einen einigermaßen ausschlaggebenden Einfluß auf die Gestaltung des Lebensmittelmarchtes auch nur in unserer Stadt auszuüben, und deshalb wundere ich mich, daß der Herr Oberbürgermeister nicht auf die Anregung des Herrn Bunge, die von Herrn Wesemeier unterstützt wurde, eingegangen ist, daß man auch die Bauplätze mit heranziehe und die Unternehmer in die Lage setze, zu erleichterten Bedingungen die Bestellung vorzunehmen, was mit gutem Erfolg geschehen kann, wie das Beispiel von Hannover beweist, und daß nicht nur für die eigene Bestellung Saat beschafft wird, wie von Herrn Stadtrat von Frankenberg erwähnt ist, sondern daß im allgemeinen die Beschaffung von Saatgut in die Hand genommen wird. Die Bedenken, die der Herr Oberbürgermeister gegen diese Anregung geltend macht, kann ich nicht teilen. Er sagt: Wenn wir die Saat im großen einkaufen, dann wird sie gleich teurer. Gewiß, bei dem Schweineeinkauf haben wir die Erfahrung gemacht, daß die Spekulation sehr erheblich eingesezt hat, und leider in dieser Kriegszeit bei so manchen anderen Dingen auch. Aber ich glaube nicht, daß der Bedarf des Saatguts so umfangreich ist, daß dadurch der ganze Markt gesteigert wird, und wenn das wirklich der Fall sein sollte, so frage ich, ob das nicht ausgeglichen wird dadurch, daß beim Einkauf im großen im allgemeinen eine billigere Preisstellung möglich ist als beim Kleinverkauf, denn dieser geht durch so viele Hände, die alle ihren Nutzen ziehen wollen. Bei dem Einkauf im kleinen fehlt auch häufig die Sachkunde, so daß nicht immer — ohne die Beteiligten kränken zu wollen — das beste Gut und nicht immer preiswert erworben wird. Ich glaube deshalb, daß es sehr wohl zu erwägen wäre, ob das Saatgut nicht in größeren Mengen beschafft werden soll.

Nun hat Herr Stadtrat von Frankenberg mitgeteilt, daß endlich die Stadt dazu übergegangen sei, einige Kartoffeln zu beschaffen, und ich will dabei nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß — wie der Herr Stadtrat auch angekündigt hat und im Kriegsausschuß beraten und beschlossen ist — das nicht die einzige Sendung bleiben möge, sondern daß möglichst zahlreiche und umfangreiche Lieferungen folgen werden. Damit würde, allerdings spät, der gegenwärtigen Kartoffelnot einigermaßen entgegengewirkt werden können, wenn auch zu Preisen, die so hoch sind, daß wir in der Stadt jetzt am eigenen Leibe zu fühlen bekommen, wie wenig vorsorglich es gehandelt war, zur Zeit der Ernte, als die erste Anregung kam, sich in derartiger Weise einzudecken, wie jetzt zu erheblich höheren Preisen geschieht, diese Anregung zurückzuweisen. Es ist doch nun wohl auch Ansicht der Mehrheit der Versammlung und jedenfalls des Ausschusses, für den Herr Frede berichtet hat, und des Herrn Antragstellers Kleinfnecht, daß wir damit rechnen müssen, daß zur nächsten Kartoffelerntezeit wir noch unter denselben Kriegsverhältnissen zu leiden



haben wie leider jetzt, daß wir nicht mit Sicherheit dann einen Frieden annehmen können, und da möchte ich, hinausgehend über die Beschlüsse des Ausschusses, die ich durchaus befürworte und anzunehmen bitte, anregen, ob wir aus der Lehre, daß wir jetzt in später Stunde so teure Kartoffeln einkaufen müssen, nicht Anlaß nehmen sollen, nunmehr frühzeitiger aufzustehen und uns jetzt schon darnach umzuschauen, ob wir für die nächste Ernte rechtzeitig Kartoffeln an die Hand nehmen können, um so dem Nahrungsbedarf der Bevölkerung einigermaßen gerecht zu werden. Im Verfolg der Aussprache im Ausschuß, aus der ich manches gelernt habe, und der Mitteilung des Herrn Oberbürgermeisters, daß jetzt die Kartoffelbauern (wenn ich so sagen soll) Bedenken trügen, Frühkartoffeln zu pflanzen, weil sie nicht wüßten, ob sie mit Sicherheit diese 10 M., die vom Bundesrat vorgeschlagen sind, bekommen werden, schien es mir nicht ohne weiteres sicher, daß freiwillig ohne Eintreten der Interessenten besonders reichlich Kartoffeln gebaut werden. Vielleicht wird der ganze Kartoffelbau von dieser Befürchtung der Produzenten beeinflusst, und statt einer Steigerung der Nahrungsmittelmengen haben wir vielleicht deren weniger als in diesem Jahre. Über die Ernteverhältnisse, die von der Witterung abhängen, läßt sich ja im voraus ganz und gar nichts sagen, und deshalb möchte ich anregen, daß wir den Magistrat jetzt schon ermächtigen, in Verhandlung mit Landwirten einzutreten, sie zu verpflichten, bestimmte Flächen mit Kartoffeln zu bebauen, für die wir uns heute schon als Abnehmer festlegen. Derartige Verträge werden in der Konservenindustrie und in manchen anderen Industrien abgeschlossen. Wenn man einen festen Preis normiert, ist natürlich das Risiko des Verlustes für die eine und die andere Seite gegeben. Es läßt sich aber statt Festlegung eines bestimmten Preises die Bezugnahme auf den Marktpreis des nächsten Jahres oder etwas anderes sehr wohl einsetzen. Wenn in dieser Weise zeitig von der Stadtverwaltung vorgegangen wird, etwa auch durch Vermittlung der Regierung oder der Landwirtschaftskammer, würden wir im Herbst, wenn die Kartoffeln einkommen, zeitig uns zu angemessenen Preisen eindecken können und würden übers Jahr nicht gehalten sein, Wucherpreise zu zahlen, wie es jetzt leider hin und wieder vorkommen soll. Wir würden damit der Bürgerschaft und ebenso dem städtischen Geldbeutel einen großen Dienst erweisen.

Ich möchte bitten, den Antrag des Ausschusses anzunehmen, möchte durchaus die Wahl der Früchte von der Güte des Bodens abhängen lassen und auch den Magistrat ersuchen,

„mit Landwirten in Verbindung zu treten, um durch Abschluß von Lieferungsverträgen der Bevölkerung unserer Stadt den Bezug von Kartoffeln in ausreichender Menge und zu angemessenen Preisen für den Herbst 1915 zu sichern.“

**Stadtv. Ribbentrop:** Es wird Ihnen wohl recht sein, wenn ich das, was ich zu sagen habe, kurz fasse und gewissermaßen des Pudels Kern herauschäle. Der Herr Oberbürgermeister hat an uns die Frage gestellt, ob wir das Franzische Feld oder das Kerkeröder Feld haben wollen. Es ist mir bekannt und von sachverständiger Seite bestätigt, daß das Franzische Feld sich zur Bebauung mit Feldfrüchten oder mit Kartoffeln jetzt absolut nicht eignen würde. Wird auch das Feld umgebrochen, so ist es in einer Art und Weise verqueckt, daß es kaum zu einer wirklichen Kultur für dieses Jahr bereitgestellt werden kann. Sodann bedarf der an sich unfruchtbare, verwitterte Sandstein aus dem das Feld zumeist besteht, eine große Quantität Dünger, und der ist schwer zu beschaffen.

Was die Verwendung des Amalienplatzes anbelangt, so wird sie absolut nicht angängig sein. Der Platz im Bürgerpark, der, nebenbei gesagt, aus dem allerbesten Boden besteht, der im ganzen Lande zu finden ist, wird auch nicht zu verwerthen sein, er ist auch verqueckt.

Ganz und gar stimme ich der Ansicht des Herrn Bunge zu, wenn er ausführt, wir möchten die Kommission, welche zusammentritt, ersuchen, in erster Linie Kartoffeln und dann Gemüse zu pflanzen. Es ist das eine doppelte Frucht. Sodann bin ich der Ansicht — wenn wir auch hier darüber beraten müssen —, daß wir nicht Sachverständnis genug in der Sache haben, um zu entscheiden, was und wie gebaut werden muß, daß also eine Kommission eingesetzt werden muß, und daß wir voll und ganz die Sache in die Hand der Kommission legen wollen.

Was die Ausführungen des Herrn Dr. Jasper betrifft, daß wir uns für das künftige Jahr für den Ankauf von Kartoffeln festlegen sollen, so halte ich das für absolut unmöglich. Wir wissen nicht, was morgen sein wird. Ob im nächsten Jahre der Krieg noch dauern wird, ist fraglich. Es ist möglich, ich glaube es aber nicht, die Sache bröckelt denn doch ab. Wenn wir jetzt mit den Bauern abschließen wollten, dann würden die Preise in die Höhe schnellen, daß uns die Augen übergehen würden. Und haben wir übers Jahr Frieden und kommen wir bei der nächsten Ernte zu normalen Preisen, wie würden wir dann mit unserm Abschlusse dastehen. Wir müssen es eben ansehen und warten, was kommen wird.

**Oberbürgermeister Retemeyer:** Meine Herren. Wenn Sie den Zusatz des Herrn Wesemeier, der dahin geht, daß in erster Linie Kartoffeln und Gemüse anzubauen sind, annehmen und es uns nicht gelingt, Pflanzkartoffeln zu erlangen, dann müßten wir warten, bis Sie wieder zusammenkommen und Sie dann um eine andere Beschlußfassung bitten. Das halte ich für bedenklich. Im übrigen will ich darauf hinweisen, daß sich unser Antrag in gewisser Weise mit dem deckt, was Herr Wesemeier gesagt hat. Es ist in unserer Vorlage ausdrücklich gesagt: Wir beabsichtigen in erster Linie Frühkartoffeln und Mohrrüben anbauen zu lassen —

selbstverständlich, soweit uns das möglich ist. Sollte unsere Absicht nicht zu verwirklichen sein, so müssen wir etwas anderes auf die Felder bringen. Irgendwelche Frucht zur Ernährung des Volkes oder des Viehs muß auf den Feldern gezogen werden, denn auch unsere Futterpreise sind sehr in die Höhe gegangen, und unser Hafer wird sehr knapp werden.

Herrn Dr. Kleinknecht möchte ich erwidern: Wenn er sagt, das Franzische Feld ist sehr gut gedüngt, so fehlt da das Wort „gewesen“, nämlich solange es Herr Oberamtmann Mehrkorn unter dem Pfluge gehabt hat. Aber jetzt hat die Grasnarbe allen Dünger herausgezogen, und vor einer Bestellung muß das Feld gehörig gedüngt werden. Im übrigen stimme ich dem zu, was Herr Stadtv. Ribben trop gesagt hat. Es ist nicht leicht, dieses Feld zu beackern. Es ist ein sehr schwerer Boden, teilweise Ton, aus zergangenen roten Sandstein bestehend, und es wird viel Mühe kosten, ihn umzubringen. Das sind alles Sachen, die wir in der Zwischenzeit erst ermittelt haben, und deshalb ist es mir unverständlich, daß Herr Dr. Jasper sich wundert, daß ich von meiner Ansicht, die ich in der Kommission geäußert habe, abgegangen bin. Soll ich eine Ansicht, die ich einmal vertreten habe, festhalten, auch wenn ich mich vom Gegenteil überzeugt habe? Es ist uns heute morgen gesagt, es ginge nicht anders, als das Franzische Feld durch Umpflügen mit vier Pferden umzubringen, und was dabei herauskommt, kann keiner wissen. Dampfpflüge sind ohne Frage heute sehr gesuchte Artikel, denn die Gespanne fehlen den großen Landwirten, und Arbeitskräfte sind schwer zu beschaffen. Deshalb ist es zweifelhaft, ob wir schnell genug einen Dampfpflug bekommen würden.

Herr Wesemeier hat darauf hingewiesen, daß der Magistrat in Hannover aufgefördert hat, man solle ihm Flächen, die nutzlos liegen, zur Verfügung stellen, und das habe guten Erfolg gehabt. Gehen Sie einmal um Braunschweig herum und zeigen Sie mir Ödland! Da werden Sie verteuftelt wenig finden. Es liegt die große Wiese an der Wolfenbütteler Chaussee, aber die bringt nichts ein. In der Beziehung sind wir weiter als Hannover. Wo haben Sie hier solche gewaltigen Flächen wie die bei Hannover, die von den Reitern benutzt werden? Es ist tatsächlich in unserer Umgebung das meiste Land in bester Kultur unter dem Pfluge.

Sodann ist über die Baupläge gesprochen. Wir haben schon in Aussicht genommen, daß wir, abgesehen von einigen Plänen, auf Einweisung in den Besitz der Flächen an der Westseite der Goslarischenstraße verzichten, um tunlichst die Flächen den bisherigen Besitzern zu lassen. Andererseits muß ich darauf aufmerksam machen — ich denke dabei besonders an die Flächen an der Ostseite des Bültengeweges —, daß die Unternehmer drängen, ihre Straßen auszubauen. Wir haben doch auch die Verpflichtung, Arbeitsgelegenheit zu schaffen, und bei den Straßen-

bauten wird eine große Zahl von Arbeitern Beschäftigung finden. Man kann also die Sache nicht nach Schema F behandeln und einfach sagen: Jetzt werden nur noch Kartoffeln gebaut!

Herrn Dr. Jasper habe ich zu erwidern, daß sich in der Kommission insofern eine wesentlich andere Auffassung gegenüber dem ersten Antrag Kleinfnecht ergeben hat, als allseitig gesagt wurde, daß es auch genüge, wenn die Felder mit Körnerfrüchten bestellt würden. Da habe ich allerdings gesagt, daß unsere eigene Bewirtschaftung eine sehr einfache sein wird, wenn wir die Felder mit Korn bestellen. Man läßt dann das Ackeröber Feld mit den vorhandenen Gespannen — wir haben noch einige zur Verfügung — in 8 bis 14 Tagen umpflügen, bringt Hafer usw. hinein oder läßt, soweit man sie bekommen kann, Kartoffeln pflanzen. Das würde eine Kleinigkeit sein. Aber wenn wir alles mit Gemüse bestellen wollten, so würden uns dazu die Kräfte fehlen. Falls eine solche Ausnutzung geschehen soll, dann ständen wir uns besser, wenn wir das Land geeigneten Unternehmern zur Verfügung stellen, auch dann, wenn wir ihnen die Saat gegen Erstattung der Unkosten verschaffen müssen.

Nun meint Herr Dr. Jasper, die Beschaffung des Saatguts wäre eine Kleinigkeit. Ja, wenn man unter Saatgut Korn versteht, dann könnten wir es beschaffen. Wollen Sie aber für hundert Morgen Saatkartoffeln beschaffen, dann wird Ihnen das nach meiner festen Überzeugung, auch wenn Sie eine noch so große Kommission wählten, nicht leicht werden. Wir wissen das aus Erfahrung, denn wir haben bereits versucht, für das Rieselfut Steinhof die nötigen Saatkartoffeln zu beschaffen. Bis weit in die Provinz Hannover hinein haben wir gehen müssen. Ich bleibe bei meiner Ansicht: einen so großen Posten Saatkartoffeln zu kaufen, ist, wenn es überhaupt gelingt, ohne Frage ein Ding, das auf die Preissteigerung den allererschlimmsten Einfluß hat.

Sodann wünscht Herr Dr. Jasper, daß wir versuchen sollen, mit Landwirten Verträge für die nächstjährige Kartoffelernte abzuschließen. Daß das gelingt, halte ich für ausgeschlossen. Ich glaube nicht, daß sich die Landwirte dazu verstehen, heute schon zu annehmbaren Preisen einen solchen Vertrag mit uns abzuschließen. Wenn Sie berücksichtigen, was an Kartoffeln nötig ist, um eine Einwohnerschaft von 144 000 zu ernähren, welche gewaltigen Massen dazu gehören, dann können Sie unmöglich in den Tag hinein Verträge abschließen, die sich vielleicht als unnötig erweisen könnten. Wir müssen damit rechnen, daß die Preise im nächsten Jahre sich angemessen gestalten.

Wenn dann noch gesagt ist, wir hätten sollen im vorigen Herbst einkaufen, so erinnere ich daran, daß uns unsere vorgesezte Behörde sagte, es wäre nicht ratsam, so schnell aufzukaufen, es seien genug Kartoffeln vorhanden. Ich bin auch heute

noch davon überzeugt, daß genug Kartoffeln vorhanden sind, aber die Spekulation einerseits und der Mangel an Viehfutter andererseits veranlaßt die Leute, die Kartoffeln zurückzuhalten, und dadurch wird die jetzige Schwierigkeit verursacht. Da muß die Stadt versuchen, einzugreifen und Kartoffeln heranzuschaffen; ich hoffe auch, daß das gelingt. Ich weiß auch nicht, wie wir im vorigen Herbst plötzlich solche großen Mengen heranzuschaffen sollten, und wenn es gelungen wäre, wo sollten wir derartige Massen von Kartoffeln lagern? Wer irgendwie Gelegenheit gehabt hat, Kartoffeln zu bekommen und sie zu lagern, hat genügend eingekauft. Es gibt eine große Zahl von Einwohnern, die sich tunlichst eingedeckt haben. Ich gebe zu, daß mancher nicht dazu in der Lage war, weil es ihm an Mitteln fehlte, oder weil er keine Gelegenheit hatte, die Kartoffeln angemessen zu lagern. Aber für das nächste Jahr jetzt schon Rücksicht darauf zu nehmen und einem Übelstande dadurch vorzubeugen, daß wir mit den Produzenten Verträge abschließen, halte ich für ausgeschlossen.

**Stadtv. Stegmann:** Der Herr Oberbürgermeister ist nicht auf den Wunsch des Herrn Dr. Kleinfnecht eingegangen, daß der Magistrat versuchen möchte, nochmals an die Militärverwaltung heranzutreten, um zu erreichen, alle drei Felder für die Stadt zu erhalten. Auch ich bin der Meinung, man sollte in der jetzigen Zeit, wo jedes kleinste Fleckchen ausgenutzt werden muß, solche großen Plätze nicht unbebaut liegen lassen.

Weiter habe ich vermißt, daß das Rieselgut irgendwie erwähnt worden ist. Ich meine, es hätte wohl, wenn auch kurz, darauf eingegangen werden können. Es sind wohl auch noch andere Plätze vorhanden, die für die Volksernährung ausgenutzt werden könnten. Im übrigen bin ich mit dem, was der Referent ausgeführt hat, einverstanden.

Alle diese Maßnahmen, die nach dem Antrage Kleinfnecht getroffen werden sollen, betreffen tatsächlich zunächst nur die Zukunft. Erst wenn die Frühkartoffeln herauskommen, wenn der Juni und Juli da ist, tritt die Wirkung dieser Maßnahmen in Kraft. Ich meine aber, es müßte jetzt schon für die Gegenwart mehr geschehen. Wir wissen alle, wie die Dinge liegen. Ich glaube, ich brauche keine längeren Ausführungen zu machen, um zu zeigen, daß tatsächlich nicht nur ein Kartoffelmangel, sondern eine Not an Kartoffeln in ganz Deutschland, und speziell in Braunschweig, herrscht. Die Maßnahmen für die Zukunft habe ich mit Freuden begrüßt. Ich wollte aber dazu noch einen Antrag stellen, wonach der Magistrat ersucht werden soll, Einkäufe an Kartoffeln vorzunehmen. Nachdem aber der Magistrat selbst damit vorzugehen beabsichtigt, erübrigt sich dieser Antrag.

Immerhin glaube ich, daß es schwerhalten wird, unter den jetzigen Verhältnissen, wo Kartoffeln wohl vorhanden sind, aber aus verschiedenen Gründen zurück-

gehalten werden, genügend Kartoffeln zu bekommen, wenn nicht durch energische Maßnahmen der Landes- und Reichsregierung eingegriffen wird. Man begreift nicht, wie es möglich ist, daß die Reichsregierung solche Maßnahmen hat treffen können, daß sie wohl Höchstpreise für Kartoffeln festgelegt hat, dann aber im Frühjahr diese Höchstpreise um ein Unerhörtes heraufgesetzt hat. Als sich herausstellte, daß die Getreidevorräte nicht ausreichten, ist uns gesagt worden: Jetzt muß Roggen gespart werden, es muß ein Kartoffelzusatz, Kartoffelmehl oder Kartoffelflocken zum Brotbacken hinzugenommen werden. Weiter ist das Volk darauf hingewiesen, daß es sich mehr der Kartoffelnahrung zuwenden solle, und jetzt sind keine Kartoffeln zu erhalten. Es wird das in weiten Kreisen als die reinste Verhöhnung aufgefaßt. Man soll kein Brot essen, weil es zu knapp ist, und wird auf Kartoffeln verwiesen, die Kartoffeln aber werden festgehalten, und die Regierung ergreift keine Maßnahmen, daß sie aus den Kellern und Mieten herauskommen. Deshalb müßte es unsere Aufgabe sein, auch für die Gegenwart zu sorgen durch Annahme eines Antrages, wie ich ihn Ihnen unterbreiten werde, daß nicht nur unsere Landesregierung veranlaßt wird, die Beschlagnahme der Kartoffelvorräte in unserem Lande zu verfügen, sondern auch der Bundesrat aufgefordert wird, eine Beschlagnahme im ganzen Reiche zugunsten der Kommunalverbände in die Hand zu nehmen.

**Vorsitzender:** Ich bitte den Herrn Redner, bei der zur Besprechung stehenden Sache zu bleiben.

Stadtv. **Stegmann:** Wenn das, was ich eben vorbringe, nicht zur Sache gehören soll, dann verstehe ich das nicht. Es ist heute schon so viel geredet worden, was streng genommen nicht dahin gehört. Auch das, was Herr Dr. Jasper sagte . . . . (Glockenzeichen des Vorsitzenden)

**Vorsitzender:** Ich bitte Sie nochmals, bei den eben zu besprechenden Punkte zu bleiben. Was Sie vorbringen, ist Gegenstand eines besonderen Antrages.

Stadtv. **Stegmann:** Zeit wird dadurch nicht gespart, wenn mein Antrag nicht gleich mit erledigt werden soll, gleichviel, ob er hierher gehört oder nicht.

**Vorsitzender:** Ich bitte, meinen Worten Folge zu geben.

Stadtv. **Stegmann:** Wenn Sie nichts weiter darüber hören wollen, dann muß ich die weitere Begründung verschieben.

**Stadtv. Meyerhoff:** Ich glaube von allen Anwesenden annehmen zu müssen, daß sie überzeugt sind, in dieser schwierigen Frage müsse etwas geschehen. Um so bedauerlicher ist es, daß Worte gefallen sind, die dem Ernste der Sache nicht entsprechen.

Um nun auf des Pudels Kern zu kommen, so wünschte der Herr Oberbürgermeister in seiner ersten Rede unsere Meinung zu hören: Wollen wir das Franzische Feld, den Teil, den der Militäriskus anbietet, oder das Werkeröder Feld? Herr Dr. Kleinfnecht sagte gelassen: Das Franzische Feld ist ein gutgedüngtes Land; das müssen wir haben. Ich habe mich auch überzeugt, ehe ich der Frage nähergetreten bin, und habe mit Sachverständigen gesprochen; sie sind derselben Meinung wie der Herr Oberbürgermeister. Das Franzische Feld hat einen schweren Tonboden, der sehr kalt ist. Dort im Frühjahr Kartoffeln oder Gemüse zu pflanzen, ist ein Nonpens; das geht eher auf einem leichten Boden. Lassen wir aber die Frage einmal dahingestellt, so mache ich auf etwas anderes aufmerksam. Aus den Worten des Herrn Oberbürgermeisters geht hervor, daß sich nicht viele dazu drängen, Land zu bekommen. (Zuruf: Es ist noch nicht bekannt geworden!) Bitte, die Leute sind durch die Feldmarksgemeinden aufgefordert. Die geehrten Herren werden auch in den Zeitungen gelesen haben, daß ein Bürger Gishorns eine große Ackerfläche der Stadt zur Nutzung übertragen hat (Zuruf: Aber was für eine!), und die Stadt hat niemand gefunden, der sie beackern will. Ich möchte bitten, daß die Herren sich heute darauf beschränken, einig zu werden: Welches Feld wollen wir nehmen? Und da geht mein Wunsch — und ich glaube, auch der einer großen Zahl der Anwesenden — dahin: Wir nehmen den viermal größeren Teil und nicht das Tonfeld, auf dem nichts gedeihen wird oder das ungeheure Opfer kostet. Im übrigen bitte ich Sie, für den Kommissionsvorschlag zu stimmen.

**Stadtv. Niese:** Der Herr Oberbürgermeister möchte veranlassen, daß wir uns darüber aussprechen, welche Plätze wir nehmen wollen. In erster Linie steht für mich die Fläche am Großen Exerzierplatze. Das ist gutes Land, auf dem noch etwas wachsen kann. Und wenn der Militäriskus den Boden ohne weitere Verpflichtung hergibt, so ist mir das erklärlich, denn es würde sich um die Fläche handeln, die er überhaupt nicht wieder bekommen wird. Wenn der Bahnhof gebaut ist, geht der Traktus hinter der Südelischen Fabrik durch. Das soll von mir keine Ignorierung der Willfährigkeit des Militäriskus sein, ich erkläre mir sie nur auf diese Weise besser.

Was den Amalienplatz betrifft, so habe ich ihn gekannt, als er noch 6 m tiefer gelegen war und als eine Quelle darin lag. Den Platz umrigolen würde nicht lohnen; in den ersten 5 Jahren würden wir dort nicht einmal Kartoffeln ernten, geschweige denn etwas anderes.

Vor dem Platz gegenüber der elektrischen Kraftstation möchte ich entschieden warnen. Das ist Sumpfland ersten Ranges. Wenn man das umreißt, könnte man wohl Hafer oder Futterkräuter bauen, aber die Kartoffeln von dort möchte ich nicht haben, selbst wenn man sie mir schenkte. Etwas anderes wäre es, wenn wir den Platz vor dem Parkhause nehmen wollten, noch besser die Tennisplätze, die eignen sich sehr gut zur Bestellung. Das würde ich noch viel mehr vorziehen als die Benutzung des Amalienplatzes, des Löwenwalls und aller dergleichen Plätze.

Was das Merkeröder Feld anbelangt, so meine ich, ein Teil ist ertragsfähig. Wer in den verschiedenen früheren Jahren die Früchte gesehen hat, muß davon überzeugt sein. Wo Spargel gestanden hat und das Feld umgepflügt ist, da ist es sehr gut, ein anderer Teil wieder ist sandig. Ich habe mich als Mitglied der Rieseldeputation, wo auch die Aufforderung an uns gerichtet wurde, uns gutachtlich über die Nutzung des Merkeröder Feldes zu äußern, von dem Zustande des Feldes überzeugt und meine, der Magistrat muß die Düngung und Fertigstellung des Feldes selber übernehmen. Wenn wir auch Kuh- und Pferdedünger haben, so würde die Aufbringung solchen Düngers nichts mehr schaffen. Es würde notwendig werden, mit Kali und anderem künstlichen Dünger das Land zu befruchten, und dann bin ich überzeugt, daß auf dem Merkeröder Felde auch Kartoffeln wachsen.

Betreffs des Franzischen Feldes hat der Herr Oberbürgermeister recht, wenn er sagt: Es war einmal ertragsfähig. Jetzt aber, wo die umliegenden Wiesenstrecken aptiert sind und nur noch wenig Humus auf dem Felde vorhanden ist, da ist es ungeeignet und vielleicht das schlechteste, was es gibt. Gewiß, die große Fläche ist einmal besser gewesen. Ich habe sie mit Weizen, Roggen und Kartoffeln bestellt gesehen und selber Kartoffeln davon gegessen; sie schmeckten ausgezeichnet. Das Land war aber damals noch in Kultur. Auch während der landwirtschaftlichen Ausstellung ist es noch mit Roggen bestellt gewesen, und man hat eine gute Ernte erzielt. Jetzt aber, wo der rote Ton sich festgetreten hat, das Land umzureißen, würde ungeheure Mühe machen. Ich wäre trotzdem dafür, es mitzunehmen, wenn diese Flächen, die zur Verfügung stehen, z. B. die vom Merkeröder Felde, reisende Abnehmer gefunden hätten. Was nützt es uns aber, da noch mehr vorzuschlagen, wenn sich keiner findet, der die Flächen bewirtschaften will. Dennoch möchte ich darauf aufmerksam machen, daß im Prinz-Albrecht-Park an dem Wege nach Riddagshausen, der von der Kastanienallee in der Richtung nach dem Mußberge zu führt, eine ungefähr 8 Morgen große Fläche von Wiesen zu beiden Seiten des Weges liegt, die wohl bestellt werden könnte. Vor Wildstraß brauchen wir da nicht bange zu sein, und so könnte da Getreide oder Kartoffeln wachsen. Natürlich muß auch dort etwas künstlicher Dünger verwandt werden.



Leider ist ja heute das deutsche Volk so weit gekommen, daß wir so sehr auf Gewinnung von Kartoffeln Wert legen müssen, was mich an das Kartoffellied aus lang zurückliegender Zeit erinnert. Wenn auch die Professorenweisheit und die wissenschaftliche Forschung den Nahrungsgehalt der Kartoffel genau festgestellt hat, so ist mir doch immer gelehrt, daß die Kartoffelnahrung besonders für den Organismus der Unentwickelten nicht den Wert hat, wie die Brotnahrung, und auf dem Standpunkte stehe ich auch heute noch. Daß das richtig ist, habe ich am eigenen Leibe erfahren.

Wenn etwas erreicht werden soll, dann ist es Zeit, Hand anzulegen. Es ist jetzt schon März, gutes Wetter haben wir schon gehabt, und das Feld muß vorbereitet werden, damit in der Mitte April die Kartoffeln gelegt werden können, die Ende Juni oder Anfang Juli auf den Markt kommen. Das sind die sogenannten Sechswochenkartoffeln, Paulsens Juli und wie sie heißen. Diese zu pflanzen, darauf wird Gewicht zu legen sein, damit wir frühzeitig einen Erntertrag haben. Denn in den ärmeren Kreisen wird die Zeit von April bis Juni als das hungrige Vierteljahr bezeichnet, weil die Wintervorräte dann aufgezehrt sind und die neuen Früchte noch nicht da sind.

Auch für das Rieselgut haben wir beschlossen, Kartoffeln anzubauen. Es konnte noch nicht genau angegeben werden, wieviel damit bestellt werden soll, aber mit mindestens 10 Morgen sollte angefangen werden. Wir bekommen dort vielleicht noch mehr Ländereien zur eigenen Bewirtschaftung, weil manche Pächter im Felde sind. Pacht würden wir also wohl nicht bekommen, und pfänden lassen möchten wir sie auch nicht, also wird die Stadt das Land in eigene Bewirtschaftung nehmen und nicht allein mit Kartoffeln, sondern auch mit Erbsen und anderen Früchten bestellen. Die Rieselgutdeputation hat aber auch beschlossen, damit das Vorurteil gegen die Rieselgutfrüchte schwindet, daß diese Ländereien während der Bestellung durch uns nicht berieselt werden, dann wird nicht mehr gesagt werden können, die Kartoffeln riechen aus dem Topf nach dem Rieselgut. Es soll das Land, das für die Kartoffeln freigegeben wird, behandelt werden wie das Land, auf dem die Kartoffeln für die Hofleute gezogen werden.

Bezüglich der Bearbeitung der in der Nähe der Stadt freigegebenen Flächen stehe ich auf dem Standpunkte, daß man diese Flächen möglichst einheitlich düngen, umpflügen läßt und dann zur Bestellung zur Verfügung stellt. Ich kann es auch begreifen, weshalb die Högner auf das Angebot der Stadt nicht anbeißen wollen. Erstens sagen sie: „Wir machen uns damit ja selber Konkurrenz“, und dann stehen sie nicht auf der Höhe der Volksgärtner, sonst würden sie schon zugreifen. Nun, es werden sich immer noch Leute finden, die zugreifen.

Ich hatte die Absicht, in der Kommission den Antrag zu stellen, man möge ungefähr 25 Morgen, je in Größe von vielleicht  $\frac{1}{4}$  Morgen, zur Verfügung stellen

für Leute, die das Land wie die Schrebergärten zu bearbeiten wünschten, und diese verpflichten, das Land mit Frühkartoffeln und Gemüse, auch Steckrüben, Spinat usw., zu bepflanzen. Da wäre es am Platze gewesen, ihnen die jungen Pflanzen dafür zu liefern. Wir haben den Schulgarten auf dem Kieselgute; Braunkohl und Steckrüben könnten da in großen Mengen als junge Pflanzen gezogen werden.

Ich möchte Sie nun ersuchen, dem zuzustimmen, was die Kommission beschlossen hat, nur wünsche ich, daß die Stadt die Bewirtschaftung in eigene Regie übernimmt und nicht an Unternehmer das Land abgibt, sonst wird es ein Spekulationsgeschäft. Wegen des Dampfpfluges bemerke ich, daß ein solcher in Ferriheim zu haben ist; wir würden ihn ja nur an zwei Tagen nötig haben. Kali haben wir in unserem Lande genug, mit dem das Land gedüngt werden kann, und dann kann die Bepflanzung anfangen. Ich meine, wir nehmen den Kommissionsantrag ruhig an, damit wir in der Sache vorwärtskommen.

**Stadtv. Sander:** Ich will mich kurz fassen. Es ist von einem der Herren Vorredner erwähnt, daß laut Bundesratsbeschluß die Tagesmenge des Verbrauchs an Mehl von 225 g auf 200 g beschränkt ist. Meine Herren, das ist herzlich wenig. Je weniger Mehl oder Brot wir haben, desto mehr Kartoffeln müssen wir essen. Besonders die ärmeren Bevölkerungskreise sind auf den Genuß der Kartoffeln angewiesen, und deshalb ist es zu verstehen, wenn darauf gedrängt wird, besonders Frühkartoffeln anzubauen, um einer Kartoffelnot vor der neuen Ernte vorzubeugen. Der Antragsteller, Herr Dr. Kleinknecht, meinte, daß auf dem Franzischen Felde die Kartoffeln besser wachsen würden als auf dem Merkeröder Felde. Ich bin gegenteiliger Ansicht: Gerade auf dem Merkeröder Felde werden die Frühkartoffeln besser wachsen, denn sie wollen sandigen Boden haben. Wenn auch nicht das ganze Terrain dafür ausgesetzt zu werden braucht, so ist doch der größte Teil dieses Feldes dafür auszunutzen, und ich bitte den Magistrat, wenn die Beschaffung von Frühkartoffeln möglich ist, dahin zu wirken, daß die Benutzung in der Art geschieht.

Im übrigen stehe ich auf dem Boden des Kommissionsantrages, bin auch der Meinung, daß es richtiger ist, wenn der Magistrat die Bewirtschaftung dieses Landes möglichst in eigene Regie übernimmt, und zwar deshalb, wie schon von Herrn Rieke angeführt wurde, um der Spekulationsucht Einhalt zu gebieten. Es ist nicht zu verkennen: Wenn Unternehmer dort Kartoffeln bauen, dann wollen sie sie auch mit Nutzen verkaufen, während in dem Falle, daß der Magistrat die Bestellung selbst möglich machen kann, er sie zu Selbstkostenpreisen an die Bevölkerung abgeben kann. Ich sage aber: Wenn es möglich ist! und will durchaus keinen bindenden Beschluß damit ausgedrückt wissen.

**Vorsitzender:** Es ist Schluß der Besprechung beantragt. Es stehen noch drei Redner auf der Liste. Ich bitte die Herren, die für Schluß der Debatte sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) 14, das ist wohl die Mehrheit; damit ist die Debatte geschlossen. Das Schlußwort hat der Herr Referent.

Stadtv. **Frede:** Die Meinungen der Herren Redner waren hier und da voneinander abweichend, ich bin aber der Ansicht, daß sie trotzdem alle die Vorschläge der Kommission annehmen können. Es sind hier drei Fragen aufgeworfen: Welche Plätze nehmen wir? Welche Früchte sollen gezogen werden? Soll die Bebauung durch die Stadt, durch Private oder durch beide vorgenommen werden? Zunächst: Welche Plätze? Ich gehe auf die einzelnen nicht ein. Welche von ihnen genommen werden sollen, sagt die Kommission nicht, sondern empfiehlt, den Magistrat zu ersuchen, sich sowohl mit dem Garnison-Kommando wie mit Sachverständigen ins Einvernehmen zu setzen, und den Boden zu bebauen, der als der geeignetste sich herausgestellt hat, und zwar in der Weise, wie es sich als die beste empfiehlt. Dagegen ist wohl nichts zu sagen. — Ob nun auf den verschiedenen Feldern Kartoffeln oder frühes Gemüse gepflanzt werden sollen, das zu entscheiden, überlassen wir doch am besten den Sachverständigen. Es ist in der Entschließung dafür gesorgt, daß in geeigneten Fällen auch Land an Private abgegeben werden kann. Ich empfehle die Anträge der Kommission zur Annahme. (Redner verliest die drei Anträge, s. S. 646, 647 und 655.)

Stadtv. **Hammer Schmidt** verlangt das Wort zur Geschäftsordnung noch vor der Abstimmung.

**Vorsitzender:** Wenn Sie noch gegen den Schluß der Debatte hätten sprechen wollen, so hätten Sie sich vorhin melden müssen, ehe ich die Verhandlung über diesen Punkt geschlossen habe.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Es soll nicht gegen den Schluß der Debatte gesprochen werden, sondern es soll das Ergebnis der Abstimmung über den Schluß der Debatte angezweifelt werden. Es waren 29 Stadtverordnete im Saale, 14 waren für Schluß der Aussprache, mithin war das die Minderheit.

**Vorsitzender:** Ich bedaure, daß das nicht früher gemeldet worden ist. Ich frage an, ob über den Schluß noch einmal abgestimmt werden soll.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Der Antrag ist abgelehnt, da die Mehrheit von 29 nicht erreicht ist.

Stadtv. Dr. **Henfing**: Wem sollen wir mehr Glauben schenken, dem Herrn Vorsitzenden oder Herrn Dr. Jasper? Die Folge des Zweifels würde meiner Ansicht nach eine neue Abstimmung sein.

**Vorsitzender**: Selbstverständlich ist ein Irrtum meinerseits in der Sache möglich, namentlich wo die Herren den Saal verlassen und nachher wieder erscheinen. Ich will durchaus nicht anzweifeln, daß die Zählung des Herrn Dr. Jasper richtig ist, kann es aber ohne weiteres nicht mehr feststellen. Ich möchte der Versammlung deshalb anheimgeben, zu entscheiden, ob der Schluß der Debatte bestehen bleiben soll. Wenn die Mehrheit vorhin für die Ansicht des Herrn Dr. Jasper war, so wird sich auch jetzt herausstellen, daß sie es noch ist, denn an der Sachlage hat sich inzwischen nichts geändert.

Stadtv. **Hammer Schmidt**: Ich möchte eine andere Frage aufwerfen, nämlich die, ob es überhaupt zulässig ist, daß ein Abgeordneter, der sich an der Debatte beteiligt hat, einen Schlußantrag stellen kann. Das ist stark zu bezweifeln, denn es ist nicht in der Ordnung. — Herr Major Ribbentrop hat sich an der Debatte beteiligt und hat den Schlußantrag gestellt.

Stadtv. **Frede**: Da wir nicht wissen können, auf welcher Seite das Recht ist, beantrage ich Wiederholung der Abstimmung.

In der wiederholten Abstimmung melden sich 17 Stadtverordnete für Schluß der Besprechung.

**Vorsitzender**: Damit ist die Debatte geschlossen. Ich bringe nunmehr die Anträge zur Abstimmung.

Der Antrag Kleinfnecht ist umgemodelt in den Antrag der Kommission; vorgelesen hat ihn der Herr Referent schon. Es liegt nun noch ein Zusatzantrag vor, der die Bewegungsfreiheit des Magistrats insofern beschränken will, als die Ausfuhr von Frühkartoffeln in erster Linie gewünscht wird. Sodann liegt noch ein Antrag Jasper vor, der allerdings nur in losem Zusammenhang mit diesem Punkte der Tagesordnung steht: Den Ankauf von Kartoffeln schon jetzt für den Herbst 1915 zu versuchen. Am weitesten geht der Antrag der Kommission.

Nacheinander werden der Antrag 1 der Kommission angenommen, der Zusatzantrag Wesemeier abgelehnt, sodann der Kommissionsantrag 2 angenommen, ebenso der Antrag 3, worauf in einer GesamtAbstimmung die drei Kommissionsanträge im ganzen angenommen werden.

Der Antrag Jasper wird abgelehnt.

### 3. Niederschlagung von Rückständen an Gemeindecinkommensteuern für Unteroffiziere und Mannschaften des Beurlaubtenstandes.

Stadtv. Munte: Es handelt sich um eine Vorlage des Magistrats, die durch die Kriegslage bedingt wird, nämlich um die Niederschlagung von Rückständen an Gemeindecinkommensteuern für Unteroffiziere und Mannschaften des Beurlaubtenstandes. Es ist nach § 65 des Einkommensteuergesetzes die Staatseinkommensteuer nicht zu erheben von den Unteroffizieren und Mannschaften des Beurlaubtenstandes, die mit einem Einkommen von nicht mehr als 3000 *M* veranlagt sind, und zwar für diejenigen Monate, in denen sie sich im aktiven Dienste befinden. Dieses Gesetz gilt nicht für Gemeindesteuern, trotzdem hat der Magistrat vorgeschlagen, diese Vorschrift auch auf die Gemeindesteuern anzuwenden. Hierzu würde das Einverständnis der Stadtverordneten nötig sein. Es sollen dann noch weitere Erleichterungen für diese eingezogenen Heerespflichtigen dadurch hervorgerufen werden, daß ihnen die vor dem Dienst Eintritt etwa nicht gezahlten Steuern erlassen werden, wobei die Magistratsvorlage darauf hinweist, daß es sich in den weitaus meisten Fällen auf die Steuer bezieht, die im Monat Juli fällig war. Es ist selbstverständlich, daß jemand, der am 5. August zu den Truppen einberufen wird, nicht schnell noch seine im Juli fälligen Steuern bezahlt, und ähnlich wird es den Heerespflichtigen gegangen sein, die im September eingezogen worden sind. Der Magistrat will nun Klarheit haben, wie mit diesen Rückständen verfahren werden soll, ob sie in den Restantenlisten weitergeführt und später eingezogen werden sollen. Er ist zu der Ansicht gekommen, daß es aus Billigkeitsrücksichten richtiger wäre, diese Steuerbeträge abzugeben, denn die Eingezogenen haben Opfer genug zu bringen. Es erscheint wohl angemessen, daß so verfahren wird. Der Finanzausschuß hat sich am Montag mit dieser Frage befaßt, und die anwesenden Herren sind einstimmig zu der Ansicht gekommen, die Magistratsvorlage gutzuheißen und Sie zu bitten, ihr zuzustimmen.

Der Antrag des Magistrats lautet folgendermaßen: Die Herren möchten sich allgemein damit einverstanden erklären, daß Rückstände an Gemeindecinkommensteuern für die Zeit vor dem Dienst Eintritt bei Unteroffizieren und Mannschaften des Beurlaubtenstandes, Kriegsfreiwilligen und den nach Ausbruch des Krieges zur Erfüllung ihrer Wehrpflicht Eingetretenen, soweit sie mit einem Einkommen bis zu 3000 *M* veranlagt sind, niedergeschlagen werden.

Es handelt sich wohlverstanden nicht um eine andere Steuer als die Gemeindecinkommensteuer; über die Staatssteuer hat eine andere Stelle zu entscheiden. Es handelt sich ferner nicht um Grund- und Gewerbesteuern, soweit die zum Militär Einberufenen den Grundbesitz beibehalten oder der Gewerbebetrieb fortgeführt ist. Es handelt sich auch nicht um Offiziere und Militärbeamte, die in

jedem einzelnen Falle, wenn es ihnen nötig erscheint, reklamieren müßten. Herr Stadtrat von Frankenberg wird noch über die finanzielle Tragweite des Antrages berichten. — Ich bitte im Auftrage des Finanzausschusses, dem Magistratsantrage zuzustimmen.

**Stadtrat von Frankenberg:** Ich freue mich sehr, daß der Finanzausschuß sich der milden Auffassung des Magistrats gegenüber unsern tapfern Kriegerern anschließen will. Ich darf noch darauf hinweisen, daß dieser Beschluß, wenn Sie ihn fassen, mittelbar auch auf die Kirchensteuer der verschiedenen Religionsgemeinden Einwirkung haben wird, weil diese einen Zuschlag zur Gemeindeeinkommensteuer darstellt und von deren Schicksal abhängt.

In bezug auf die Tragweite der Entschliebung darf ich darauf hinweisen, daß nach Feststellung der Stadthauptkasse die Rückstände vor dem 1. August 1914 bei der Gemeindeeinkommensteuer 13 749 *M* und bei der Gemeindefkirchensteuer 1140 *M* betragen haben. Das ist noch nicht der 200. Teil dessen, was nach unserm Voranschlage und unserem Abschlusse an Gemeindeeinkommensteuern einzukommen pfllegt.

Ich möchte die Gelegenheit benutzen, um darauf hinzuweisen, daß in der nächsten Woche die Sitzungen der Veranlagungskommission beginnen werden, und daß heute über acht Tage die erste Besprechung stattfinden wird.

**Stadtv. Bunge:** Ich bin sehr damit einverstanden, daß man den eingezogenen Unteroffizieren und Mannschaften die Zahlung dieser rückständigen Steuern erläßt, muß aber doch fragen, welche Tragweite dies für die Einberufenen selbst hat. Herr Stadtrat von Frankenberg hat wohl die finanzielle Tragweite für die Stadt klargelegt, er hat aber nicht gesagt, welche Tragweite es für die Einberufenen in politischer Beziehung hat, und bei dieser Gelegenheit kommt es uns darauf an, Klarheit darüber zu erhalten. (Auf einen Zuruf eingehend.) Ja, Herr Major, das hilft nichts, dazu sind wir hier. Die Stadtverordnetenwahlen sind schon vorüber, aber wir haben in diesem Jahre die Landtagswahlen; außerdem können wir nicht wissen, wann wir unter diesen Verhältnissen, wo sich alles ändert, Reichstagswahlen haben. Da möchten wir nicht, daß dieser Steuererlaß als eine Unterstüßung in derjenigen Richtung angesehen wird, die man hier vielfach vertreten hat, und daß es dann heißt: „Die Betreffenden sind aus öffentlichen Mitteln unterstüßt und verlieren deshalb ihr Wahlrecht.“ Ich bitte Herrn Stadtrat von Frankenberg, uns hierüber Aufklärung geben zu wollen.

Des anderen möchte ich fragen, wie es mit den betreffenden Staatssteuern gehalten wird. Herr Munte stellte das als nebenfächlich hin, das wäre eine Sache,

die uns nichts angehe. Wenn wir nun aber hier dabei sind, die rückständigen Gemeindesteuern zu erlassen, könnten wir wohl auch gleich Schritte unternehmen, um den Weg zu ebnen, damit auch die rückständigen Staatssteuern den Betreffenden erlassen werden. Ich möchte darum bitten, daß der Magistrat sich äußerte, ob er darüber Bescheid weiß, was der Staat in dieser Beziehung tun will, oder ob von hier aus besonders noch vorgegangen werden soll.

**Stadtrat von Frankenberg:** Wenn es mir möglich wäre, alle die schweren Sorgen des Krieges so leicht zu bannen, wie diejenige, die Herr Stadtv. Bunge soeben geäußert hat, dann wäre ich der glücklichste Mensch. In der genannten Beziehung braucht sich Herr Bunge nicht die geringste Sorge zu machen. In den Bestimmungen über die Reichstagswahlen ist nicht über die Zahlung von Steuern die Rede, und in dem Erlaß einer ausgeschriebenen Steuer liegt nicht die Gewährung einer Armenunterstützung, sondern das ist eine steuerrechtliche Maßnahme. Außerdem muß man sagen: Wenn die Stadtverordneten in diesem Falle beschließen, eine auferlegte Steuer zu erlassen, so ist damit ein Strich durch die Steuerpflicht gemacht, und man kann nicht bei Aufstellung der Wählerlisten für Stadtverordneten- oder Landtagswahlen daraus einen politischen Makel herleiten. Herr Bunge kann also unbesorgt sein, nicht einem einzigen Einberufenen wird in seinen politischen Rechten ein Haar gekrümmt werden, wenn die geehrte Versammlung den gewünschten Beschluß faßt.

Die in den letzten Ausführungen des Herrn Bunge vorgetragene Anregung betreffend habe ich zu bemerken, daß ich mir — unabhängig von der Anregung des Herrn Bunge — vorgenommen hatte, sobald die Stadtverordnetenversammlung den vom Magistrat vorgeschlagenen Beschluß gefaßt hatte, dem Magistrat vorzuschlagen, dem Herzoglichen Steuerkollegium von dem Beschluß der städtischen Behörden Mitteilung zu machen und das Ersuchen beizufügen, allen Einberufenen die Rückstände aus der Staatseinkommensteuer zu erlassen, soweit das nicht schon geschehen ist. Das Herzogliche Steuerkollegium hat in weitherziger Weise schon seit Ausbruch des Krieges Steuerlaß gewährt, nicht nur bei Einkommen bis zu 3000 M., sondern auch in zahlreichen Fällen über diese Grenze hinaus. Ich zweifle deshalb nicht daran, daß es auch in diesem Falle in gleicher Weise verfahren wird, wie Sie es jedenfalls auch tun werden.

**Stadtv. Ribbentrop:** Es heißt hier: Niederschlagung von Rückständen an Gemeindecinkommensteuer für Unteroffiziere und Mannschaften des Beurlaubtenstandes. Es hat sich aber auch eine Anzahl von Personen für den Kriegsdienst zur Verfügung gestellt, die nicht dem Beurlaubtenstande angehören, die also freiwillig

eingetreten sind. Ich möchte anregen, ob nicht noch einzuschalten wäre „Kriegs-  
freiwillige“.

**Stadtrat von Franckenberg:** In der Vorlage des Magistrats ist ausdrücklich von Erlaß dieser Steuer auch für die Kriegsfreiwilligen die Rede. Der § 65 des Einkommensteuergesetzes bezieht sich nur auf die Personen des Beurlaubtenstandes. Wir sind aber bei unserem Antrage darüber hinausgegangen und haben die Befreiung von Zahlung der Steuerrückstände auch für die Kriegsfreiwilligen und für die Rekruten, die jetzt eingezogen sind, vorgeschlagen. Wir sind also in unserem Antrage ebenso umfassend gewesen, wie Herr Stadtv. Ribbentrop anregt.

**Stadtv. Dr. Jasper:** Ich freue mich, daß dieser Erlaß ohne Einfluß auf die politischen Rechte sein soll, habe aber das rechtliche Bedenken, ob die Ansicht des Herrn Stadtrats richtig ist und sie nachher in der Ausübung, wenn die Listen aufgelegt werden, auch angewandt wird. Denn, Herr Stadtrat, Sie werden wissen, daß unser Gemeindevahlrecht und das auf demselben beruhende braunschweigische Landtagswahlrecht die Klausel kennt, daß das Wahlrecht ruht, wenn öffentliche Unterstützung gezahlt wird. Das ist lediglich eine Verordnung, die nicht im Reichsrecht und sonst in anderen Ländern besteht. Nicht weil ich annehme, dieser Steuererlaß könnte möglicherweise als Unterstützung gelten, sondern weil mir vor-schwebt, daß das Gemeinde- und Landtagswahlrecht von der Voraussetzung ausgeht, daß der betreffende Wähler die ihm auferlegte Steuer gezahlt hat, deshalb trage ich Bedenken, ob die Auslegung des Herrn Stadtrats richtig sein wird. Ich nehme aber seine Auslegung gern an und bitte nur, das auch in dem Beschluß der Versammlung zum Ausdruck zu bringen: Wir stimmen dem Antrage zu:

„unter der Voraussetzung, daß der Steuererlaß auf die politischen Rechte der Beteiligten ohne Einfluß ist.“

Wir sind dann vollkommen einig, drücken nur deutlich aus, was wir wollen, um jeder Zweideutigkeit ein Hindernis entgegenzustellen.

**Stadtrat von Franckenberg:** Gegen den von Herrn Dr. Jasper vorgeschlagenen Vorbehalt habe ich nicht das Mindeste einzuwenden, zumal er sich ganz mit meiner Auffassung deckt. Gern aber hätte ich es vermifft, wenn Herr Dr. Jasper es hätte über sich gewinnen können, keinen Zweifel auszusprechen, ob dasjenige, was ich ausgeführt habe, nachher bei Aufstellung der Wählerlisten auch angewandt wird. In der Richtung können Sie sicher sein, daß so verfahren wird, wie ich mich geäußert habe. Es läßt sich das sehr wohl aufrechterhalten, denn es heißt: Wer die ihm auferlegten Steuern nicht gezahlt hat, soll nicht in die Wählerlisten hineinkommen. Wenn nun aber die Auflage zurückgezogen oder eingeschränkt wird, so



kann nicht davon die Rede sein, daß der Wähler die Steuer schuldig geblieben ist. Haben die städtischen Behörden nachträglich, weil der Betreffende Soldat geworden ist, durch die Pflicht der Steuerzahlung einen Strich gemacht, dann kann man nicht auf der „Schuld“ herumreiten und sagen: „Der Betreffende ist aus der Wählerliste zu streichen.“ Das wäre ein heillooses Verfahren, das niemand mir oder dem Magistrat zutrauen wird. Und sollten später andere im Magistrat sitzen, dann haben die Wähler das Recht, sich beschwerdeführend an die Behörde zu wenden. — Wir sind alle einig, wir wollen alle unseren Kriegern in der Steuerfrage und selbstverständlich in der Wahlrechtsfrage entgegenkommen, und das Wahlgesetz gibt vollkommen Handhabe, daß dieser Vorbehalt — den Sie ja aber hinzufügen mögen — voll und ganz überflüssig wird.

Stadtv. **Bunge:** Ich sehe, daß es richtig gewesen ist, daß von mir diese Anfrage gestellt wurde, denn jetzt haben wir volle Klarheit und sind jetzt wohl vollkommen zufriedengestellt.

Stadtv. **Munte:** Es steht in der Vorlage des Magistrats ausdrücklich, daß die Steuerrückstände erlassen werden sollen „bei den Unteroffizieren und Mannschaften des Beurlaubtenstandes, Kriegsfreiwilligen und den nach Ausbruch des Krieges zur Erfüllung ihrer Wehrpflicht Eingetretenen.“ Im übrigen möchte ich noch betonen, daß niemand im entferntesten der Gedanke gekommen ist, daß eine solche Folgerung aus dem Erlass der rückständigen Steuern hervorgehen müsse. Es tut mir sehr leid, Herr Doktor, daß Sie uns so wenig Vertrauen entgegenbringen. Glücklicherweise finden wir bei Ihren Freunden mehr Vertrauen als bei Ihnen.

Der Antrag der Finanzkommission mit dem Zusatz des Herrn Stadtv. Dr. Jasper wird angenommen.

#### 4. Anschaffung von Einrichtungsgegenständen für ein Dienstzimmer im Rathause.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Durch die Erweiterung des Stadtmagistrats um ein baukundiges Mitglied in der Person des Herrn Stadtbaurats Gebensleben ist die Anschaffung einer Reihe von Einrichtungsgegenständen für dessen Amtszimmer notwendig geworden. Es sind dafür anschlagsmäßig etwa 850 M aufzuwenden. Es versteht sich von selbst, daß sie durch die Stadt bezahlt werden müssen. Der Finanzausschuß empfiehlt, die fragliche Summe für Beschaffung der Einrichtungsgegenstände, gegen deren Zweckmäßigkeit nichts einzumenden ist, zu bewilligen, und zwar zu Kap. I, Abteilung X, Nr. 5.

Die Ausgabe wird bewilligt.

## 5. Bauliche Ausbesserung des Hauses Breitenstraße 19 (Hilfsschule).

Stadtv. **Rasche**: In der Hilfsschule an der Breitenstraße hat im November vergangenen Jahres ein Schadenfeuer stattgefunden, und infolgedessen ist dort eine größere Reparatur nötig geworden, als der Brandschaden selber beträgt. Vor allen Dingen soll ein Schornstein erneuert werden, da sich herausgestellt hat, daß der Schornstein auf Holzunterlagen gebaut war, was nach dem Gesetz nicht mehr als zulässig gilt. Die Arbeiten sind durch die städtische Bauverwaltung auf 2100 *M* veranschlagt, während die Entschädigung aus der Landes-Brandversicherungskasse nur 667,50 *M* beträgt. Der Magistrat empfiehlt, der Instandsetzung des beschädigten Hauses nach dem Voranschlage der städtischen Bauverwaltung zuzustimmen und die Kosten zu Lasten des ordentlichen Voranschlages der Rammereikasse 1914/15 zu bewilligen. Die Baukommission hat den Voranschlag geprüft und empfiehlt, den Magistratsantrag anzunehmen.

Dem Antrage der Baukommission wird entsprochen.

## 6. Legung eines zweiten Gleises in der Sonnenstraße.

Stadtv. **Meyerhoff**: Es hängt hier eine Zeichnung aus, durch die gezeigt wird, wie die spätere Gleisführung durch die Sonnenstraße gedacht ist. Es soll von der Martinikirche bis zur Echternstraße ein Doppelgleis gelegt werden. Die Veränderung ist geplant, um einen besseren Ausgleich des Fahrplans bei Verspätungen der eingleisigen Linie Madameweg—Friedhof zu ermöglichen. Da auf dem Fahrdbamm der Sonnenstraße neben den Straßenbahnwagen kein Platz für Fuhrwerke bleibt, zeitweilig aber die Aufstellung von Fuhrwerken vor den Häusern zwischen der Martinikirche und Echternstraße notwendig werden kann, so ist an der Scharnnstraße ein Gleiswechsel vorgesehen, welcher es den vom Altstadtmarkt kommenden Straßenbahnwagen ermöglichen soll, die Kreuzung mit dem eingelegten Wagen wie bisher an der Martinikirche abzuwarten und das zweite Gleis zeitweilig auszuschalten, wenn vor den genannten Häusern Fuhrwerke halten müssen. Wenn auch dadurch die veränderte Weichenanlage nicht ständig ausgenutzt werden kann, so wird doch ihre Benutzung während des größten Teiles der Betriebsdauer der Straßenbahn möglich sein. — Die Veränderung soll gleichzeitig mit der in diesem Jahre geplanten Erneuerung des bestehenden Gleises in der Sonnenstraße ausgeführt werden.

Die städtische Bauverwaltung hat sich zur Legung eines Doppelgleises gutachtlich dahin geäußert, daß hiergegen kein Bedenken vorliege, da durch den Gleiswechsel die Möglichkeit gegeben sei, das nördliche Gleis auszuschalten, und der Umstand, daß vor den in der Nähe der Scharnnstraße belegenen Eckhäusern kein

Fuhrwerk halten könne, nicht als so schwerwiegend anzusehen sei, weil sie entweder in der Scharrnstraße oder auf dem Platze an der Martinikirche halten könnten. Auch der Verkehrsausschuß hat sich diesen Ausführungen angeschlossen, die Herzogliche Polizeidirektion hat gegen die Erweiterung der Gleisanlage keine Bedenken, und die Baukommission, der die Vorlage zur Vorberatung vorgelegen hat, empfiehlt Ihnen, der geplanten Änderung zuzustimmen.

Stadtv. **Bunge:** Mir als Laien ist unverständlich, daß man in der Sonnenstraße zwei Gleise für die elektrische Straßeneisenbahn legen will. Wenn man sich vergegenwärtigt, wie gefährlich der Verkehr in der Sonnenstraße jetzt schon ist, und wie dringend notwendig es wäre, dort eine Entlastung für den Fuhrwerksverkehr zu schaffen, so kann ich nicht begreifen, daß man dort noch ein zweites Straßenbahngleis legen will. Ich möchte deshalb noch um nähere Aufklärung bitten.

Bürgermeister **Meyer:** Der öffentliche Verkehr verlangt nun einmal Durchlaß auch in den engen Straßen. Es hat sich in einer ganzen Reihe großer Städte, die ähnlich enge Straßen, wie Braunschweig, besitzen, gezeigt, daß eine Lösung für den Straßenbahnverkehr auch in engen Straßen vielfach dadurch gefunden werden kann, daß ein zweites Gleis verlegt wird, doch derartig, daß im Interesse der Anlieger eins der Gleise von der Benutzung durch die Straßenbahn vorübergehend ausgeschaltet werden kann. Eine solche Einrichtung ist auch hier vorgesehen. Wenn es bei Umzügen oder ähnlichen Gelegenheiten notwendig erscheint, daß ein aus einem der anliegenden Grundstücke zu beladender Wagen längere Zeit vor dem Hause hält, so wird für diese Zeit das eine Gleis aus dem Betriebe ausgeschaltet. Die Einrichtung hat sich in anderen Städten bewährt. Ich möchte bitten, dem Antrage zuzustimmen.

Stadtv. **Rasche:** Der Verkehr der Fuhrwerke wird sich bei einer solchen Gleisanlage, wie sie geplant ist, besser erledigen als bisher, wo die Fuhrwerke, je nachdem, woher sie kommen, einmal auf der linken und das andere Mal auf der rechten Seite der Straße fahren. Fahren sie in Zukunft nur auf der rechten Seite, dann gibt es kein falsches Ausweichen, und der Verkehr wird nicht gehemmt. Wenn auch einerseits eine Benachteiligung für die Anlieger vorliegt, so ist es doch auch ein Vorteil für sie, wenn der Verkehr auf der Straße rascher und weniger gefahrlos erledigt wird.

Stadtv. Dr. **Henking:** Auch ich möchte bitten, für diese Vorlage zu stimmen. Wer öfter auf dieser Straßenbahnlinie gefahren ist, weiß, wie traurig diese Ver-

bindung nach dem Hohentore hin ist. Es ist mit Freuden zu begrüßen, wenn darin Wandel geschaffen wird. Wir haben in anderen Städten gesehen, daß durch noch engere Straßen Straßenbahnwagen fahren. Wenn nur langsam genug gefahren wird, so werden Unglücksfälle sich vermeiden lassen. Selbstverständlich ist, daß dazu ein geschultes Straßenbahnpersonal gehört.

Stadtv. **Hammer Schmidt:** Wiemohl wir für jede Verkehrsverbesserung eintreten, so müssen wir doch bei der Sonnenstraße Bedenken tragen, dem Antrage auf Legung eines zweiten Gleises stattzugeben. Ich kenne diesen Weg aus täglicher Erfahrung und habe mich häufig schon gewundert, daß namentlich an dieser Stelle, wo die Einbauung eines zweiten Gleises geplant ist, noch keine Unglücksfälle passiert sind. Wer diesen Weg geht und nicht Obacht gibt, muß gewärtig sein, von der Straßenbahn angerannt zu werden. Meiner Ansicht nach wäre es angebracht, das eine Gleis mehr nach der Mitte der Straße hin zu bringen, damit die Passanten geschützt werden, und nun kommt man hier mit der Anlage noch eines zweiten Gleises. Ich muß glauben, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, dann erst deckt man ihn an dieser Stelle zu. Ich bitte, Obacht zu geben, daß man hier nicht etwas beginnt, über das man uns sagt: Das ist noch mehr als Schöpfenstelterei.

Bürgermeister **Meyer:** Ich weiß nicht, worauf Herr Hammer Schmidt seine Erfahrung stützt; jedenfalls haben wir in Braunschweig Erfahrungen in der Beziehung bisher nicht gesammelt. Es ist schon von Herrn Rasche gesagt, daß die Verlegung eines zweiten Gleises sehr viel zur Regelung des Verkehrs in der Sonnenstraße beitragen wird; ich stehe auf dem gleichen Standpunkte und glaube, daß Unglücksfälle weniger leicht eintreten werden als heute, jedenfalls weniger, als wenn, wie Herr Stadtv. Hammer Schmidt empfiehlt, das vorhandene eine Gleis mitten in die Straße verlegt würde. Soweit ich die Sache übersehen kann, würde durch diese Maßnahme für die übrigen Fuhrwerke der Verkehr in der Sonnenstraße ausgeschlossen, da die Fahrbahn nicht so breit ist, daß auf jeder Seite neben dem Gleis noch ein Wagen vorbeifahren könnte. Damit wäre das Gegenteil von dem eingetreten, was die Vorlage bezweckt, nämlich die Schaffung einer Verkehrserschwerung.

Stadtv. **Sander:** Die Belegung der Sonnenstraße mit einem zweiten Gleise ist mit die Ursache der Entsendung der Kommission nach den rheinischen Städten. Auch ich habe die Ehre gehabt, dieser Kommission anzugehören, und kann aus eigener Erfahrung die Erklärung abgeben, daß gerade in den engen Straßen mit

zwei Straßenbahngleisen der Verkehr sich in großartiger Weise abspielt, z. B. in Duisburg, wo ein bedeutend stärkerer Verkehr, als er in der Sonnenstraße herrscht, durch eine enge Straße mit zwei Straßenbahngleisen geht. Es kommt keine Störung mehr vor, weil jeder darauf angewiesen ist, rechts zu fahren und rechts zu gehen. Das einzige unangenehme dabei ist, daß die Anlieger in der Weise belästigt werden, daß das Halten von Fuhrwerken vor ihren Häusern erschwert wird. Der allgemeine Verkehr aber wird viel mehr in regelrechte Bahnen gelenkt als bei dem eingleisigen Verkehr. Ich möchte bitten, dieser Vorlage zuzustimmen.

Der Anlage eines zweiten Gleises wird zugestimmt.

### 7. Aufstellung der für den Altstadttring vorgesehenen Bedürfnisanstalt.

Stadtv. **Sander:** Es handelt sich um die Aufstellung eines Pissoirs auf dem Mittelwege des Altstadttrings nahe dem Madamenwege. Die Vorlage haben wir schon seinerzeit genehmigt. Die Herzogliche Polizeiverwaltung ist aber mit dem von uns ausgesuchten Plage nicht ganz einverstanden und hat gewünscht, daß diese Bedürfnisanstalt nicht zwischen dem ersten und zweiten, sondern zwischen dem zweiten und dritten Baume aufgestellt wird. Die städtische Bauverwaltung hat nichts dagegen einzuwenden, und die Baukommission hält diese Änderung auch für sehr geringfügig und bittet um Annahme der Vorlage.

Die Aufstellung der Bedürfnisanstalt auf dem angegebenen Plage wird genehmigt.

### 8. Änderung der Straßenbahnanlagen auf der Wendenstraße und der Kreuzung Bohlweg—Steinweg.

Stadtv. **Fride:** Die Straßenbahngesellschaft hat beantragt, an der Lage des Straßenbahngleises an der Kreuzung Bohlweg—Steinweg eine Änderung vorzunehmen, und auf der Wendenstraße ein zweites Gleis zu legen. Die Baukommission hat sich gestern mit der Sache beschäftigt und erkennt an, daß dies eine wesentliche Verbesserung des jetzigen Zustandes bedeutet. Auch die Herzogliche Polizeidirektion hat ihre Zustimmung erteilt, ebenso wird die Änderung vom Stadtbauamt sehr empfohlen. Die Änderung ist auf der ausgestellten Zeichnung eingetragen. Ich beantrage namens der Baukommission, die Genehmigung dazu auszusprechen. (Zurufe.) Wenn ich in meinen Ausführungen undeutlich gewesen sein sollte, so bemerke ich noch, daß das Gleis Steinweg—Dankwardstraße etwas nach Norden verlegt werden soll. Die Zeichnung wird das Nähere ergeben.

Es tritt eine kleine Pause ein, in der von der ausgestellten Zeichnung Kenntnis genommen werden kann. Darauf wird der Antrag der Baukommission angenommen.

### 9. Erwerb einer Fläche an der Neuenstraße.

Stadtv. **Busch:** In dem Ortsbauplan ist vorgesehen, daß von dem Grundstück Neuenstraße 1 eine Fläche von 0,9 qm der genannten Straße zugelegt wird. Bei dem von dem Eigentümer der Fläche, dem Kaufmann Lauenroth, vorgenommenen Umbau seines Hauses ist diese Fläche unbebaut gelassen, und Herr Lauenroth beantragt nun, ihm diese Fläche abzunehmen. Nach Schätzung der städtischen Bauverwaltung ist das Quadratmeter auf 250 *M* zu bewerten. Der Magistrat hat nach dieser Wertung einen Kaufvertrag mit dem Eigentümer abgeschlossen und ersucht die Stadtverordneten, den Vertrag zu genehmigen. Die Baukommission befaßte sich gestern mit der Angelegenheit und empfiehlt Ihnen Zustimmung zu dem Kaufvertrage.

Der käuflichen Erwerbung der genannten Fläche wird zugestimmt.

### 10. Erwerb von Flächen am Bohlwege.

Stadtv. **Nietz:** Nach dem Ortsbauplan sollen von den Grundstücken Bohlweg 64 und 65 Flächen von 2,1 qm bzw. 5,6 qm der genannten Straße zugelegt werden. Die Verhandlungen über die zurzeit in Ausführung begriffene Neubebauung der Grundstücke hat dem Eigentümer derselben, dem Magdeburger Bankverein, Anlaß gegeben, an die Stadt das Ersuchen auf Abnahme der bezeichneten Flächen zu stellen. Nachdem eine Einigung über den als angemessen zu bezeichnenden Einheitspreis von 300 *M* pro Quadratmeter erzielt ist, hat der Magistrat einen Kaufvertrag abgeschlossen und ersucht um dessen Genehmigung. Der Vertrag hat der Baukommission vorgelegen, sie gibt Ihnen durch mich Genehmigung anheim.

Der Kaufvertrag wird genehmigt.

### 11. Beschlußfassung über einen Antrag auf Entlassung aus dem Amte eines Stadtverordneten.

Stadtv. **Hartung:** Unser Kollege Herr Lange hat einen Antrag auf Entlassung aus seinem Amte als Stadtverordneter gestellt: Es lautet: „Infolge militärischer Einberufung, und da meine vorübergehende Beurlaubung wegen starker geschäft-

licher Inanspruchnahme im Heeresinteresse erfolgte, sehe ich mich zu meinem Bedauern veranlaßt, mein Mandat als Stadtverordneter niederzulegen.“ Das Gesuch unterliegt nach § 25 der Städteordnung der Genehmigung der Stadtverordneten. In diesem Paragraphen ist bestimmt, daß zur Ablehnung und Niederlegung des Amtes nur diejenigen Personen berechtigt sein sollen, welche das 65. Lebensjahr vollendet haben, oder an anhaltender, die Erfüllung der zu übernehmenden Obliegenheiten hindernder Krankheit oder Körperschwäche leiden, oder in solchen häuslichen und geschäftlichen Verhältnissen stehen, daß sie durch Übernahme des Amtes einen erheblichen Nachteil erleiden würden. Es würde darnach der Fall, daß ein Stadtverordneter zur militärischen Dienstleistung im Kriege eingezogen ist, wie er hier vorliegt, nicht ausdrücklich unter den Paragraphen fallen. Es ist in der Kommission aber die Meinung durchgedrungen, daß gleichwohl dieser Fall analog anzuwenden sei wie die Bestimmung, betreffend eine voraussichtlich längere Behinderung durch eine anhaltende Krankheit. Außerdem ist in der Kommission berücksichtigt, daß ein zweiter Grund, den das Gesetz hier zuläßt, in diesem Falle anzuwenden sein dürfte, nämlich der, daß Herr Kollege Lange in seinen häuslichen und geschäftlichen Verhältnissen erheblichen Nachteil erleiden würde, wenn seinem Gesuch nicht stattgegeben würde. Herr Lange leitet sein Geschäft selber, hat insbesondere häufig Geschäftsreisen auszuführen, und seine Tätigkeit im Geschäft wird jetzt, wo die Fabrik mit durch Lieferungen an die Heeresverwaltung beschäftigt ist, in außerordentlichem Umfange in Anspruch genommen. Sein Geschäftsbetrieb würde wesentlich leiden, wenn wir das Gesuch des Herrn Lange nicht berücksichtigen würden. Es handelt sich bei einem Stadtverordneten nicht nur um die öffentlichen Sitzungen, sondern im wesentlichen auch um die Teilnahme an den Kommissionssitzungen, die eines größeren Aufwandes an Zeit bedürfen und insbesondere die Reisedispositionen eines Geschäftsmannes behindern würden. Die Statutenkommission ist deshalb zu der Ansicht gekommen, Ihnen Annahme des Entlassungsgesuchs — als solches ist das Schreiben aufgefaßt — zu empfehlen.

Die Versammlung genehmigt die Niederlegung des Amtes durch Herrn Lange.

## 12. Beschlußfassung über Ablehnung eines Stadtverordnetenmandats.

Stadtv. **Hartung:** Es wird Ihnen bekannt sein, daß der Eisenbahnverkehrs-kontrollleur Leue im Petri- und Wendentorbezirk zum Stadtverordneten gewählt ist. Herr Leue hat jetzt erklärt, daß es ihm infolge von Umständen, die erst in den letzten

Tagen nach seiner Aufstellung als Kandidat eingetreten seien und ihn namentlich durch Dienstreisen zu sehr in Anspruch nehmen, unmöglich sei, das Amt anzunehmen. Er begründet formell seine Ablehnung durch den letzten Absatz des § 23 der Städteordnung. Dieser besagt, daß diejenigen, welche ein unbefoldetes Gemeindeamt bekleidet haben, nach ihrem Ausscheiden für eine gleiche Zeit zur Ablehnung berechtigt sind. Da Herr Leue bis vor etwa zwei Jahren als Stadtverordneter gewirkt hat, so würde sein Ablehnungsgrund zweifellos begründet sein, und die Statutenkommission gibt anheim, die Ablehnung als berechtigt anzuerkennen.

Die Versammlung stimmt der Ansicht der Statutenkommission zu.

### 13. Bewilligung der vielleicht entstehenden Kosten für Wiederinstandsetzung des Flugfeldes.

Oberbürgermeister **Hettemeyer**: Nachdem, wie ich glaube, die für die öffentliche Sitzung bestimmten Sachen erledigt sind, möchte ich doch bitten, mir nochmals das Wort zu der Vorlage zu gestatten, die Sie vorhin beraten haben. Es tut mir leid, Sie damit noch einmal belästigen zu müssen, aber ich bin auf einen Punkt, betreffend das Aerkeröder Feld, aufmerksam gemacht, den noch zu behandeln ich bitten muß.

Von der Lufthafengesellschaft war die Bedingung gestellt, daß wir demnächst das Feld wieder in den jetzigen Zustand setzen, wodurch unter Umständen Kosten entstehen. Ich habe leider diese Bedingung nicht ausdrücklich in die Vorlage aufgenommen. Nun haben Sie uns ja die Mittel zur Verfügung gestellt, die zur Durchführung der Bepflanzung des Feldes nötig sind, aber es wäre nicht unmöglich, daß nach Ausführung der Bestellung uns später Vorwürfe gemacht würden, weil wir auf diese Bedingung eingegangen sind.

Ich habe gegenüber dem Vertreter der Lufthafengesellschaft den Standpunkt vertreten, daß nach meinen Erfahrungen die Bestellung eines derartigen Ackers mit Früchten, die einer guten Düngung bedürfen, die Folge hätte, daß hinterher die Grasnarbe sich sehr schnell bildet. Allerdings kann ich nicht dafür einstehen, denn das Land ist an einigen Stellen trocken und locker, und die Gesellschaft sagt: „Was wir bisher erreicht haben, möchten wir auch wiederhergestellt sehen,“ und dagegen ist nichts einzuwenden. Ich glaube aber kaum, daß die Kosten groß werden können. Es würde wahrscheinlich genügen, das Stoppel- oder Kartoffelfeld zu eggen und Grassamen daraufzubringen, der dann sofort anfangen würde. Immerhin sind das Kosten, die nicht unmittelbar zur Bestellung gehören, und es kann zweifelhaft erscheinen, ob Sie auch diese Kosten mit zur Verfügung stellen



wollen. Ich möchte Sie deshalb bitten, zu beschließen, ob Sie mit dieser Forderung der Gesellschaft einverstanden sind. Wir werden uns selbstverständlich bemühen, das Flugfeld so billig wie möglich wiederherzustellen, und ich glaube, wenn es nur grün wird, wird die Gesellschaft damit einverstanden sein.

**Vorsigender:** Ich stelle zur Entscheidung, ob Sie das etwas größere Risiko noch mit übernehmen wollen. Eine Debatte darüber brauche ich wohl nicht zu eröffnen. (Zustimmung von mehreren Seiten.)

Stadtv. Dr. **Jasper:** Nach unserer Geschäftsordnung ist die Debatte wieder eröffnet, wenn ein Mitglied des Magistrats das Wort genommen hat. Es liegt kein Antrag auf Schluß der Besprechung vor, und ich glaube, nicht einmal den Berichterstatter zu hören, würde doch zu weit gehen.

**Vorsigender:** Ich nehme das Einverständnis der Herren an, daß nicht noch einmal debattiert wird und frage, ob Sie weiter einverstanden sind, daß Ihr früherer Beschluß erweitert wird, indem Sie auch das Risiko für Wiederinstandsetzung des Flugfeldes mit übernehmen.

Die Versammlung stimmt der Übernahme der fraglichen Kosten zu.

#### 14. Erwerb von Flächen am Bientroder Wege.

Stadtv. **Busch:** Es wird den Herren erinnerlich sein, daß wir im Dezember vorigen Jahres in der Nähe der Schunterbrücke vom Rentner Frohne ein Terrain von 40 a zum Preise von 65 Pfg. pro Quadratmeter erworben haben. Schon derzeit wurde darauf hingewiesen, daß es zweckmäßig sein würde, anstoßende Ländereien, die im Besitz der Herzoglichen Kammer sind, hinzu zu erwerben. Das seinerzeit erstandene Land ist nämlich gewissermaßen Hinterland, denn es hat von dem Bientroder Wege keinen direkten Zugang. Wenn es auch gesetzlich zulässig ist, andere Ländereien zu benutzen, um zu dem eigenen Felde zu kommen, so führt das doch zu Unzuträglichkeiten. Der Magistrat hat deshalb mit der Herzoglichen Domänen-Direktion Fühlung genommen, um zu versuchen, zu welchem Preise das Land zu erwerben ist, bei der Gelegenheit auch erwähnt, daß das übrige Land zu 65 Pfg. pro Quadratmeter abgegeben sei. Die Sachverständigen der Domänen-Direktion haben aber geraten, das Land nicht unter 80 Pfg. pro Quadratmeter abzugeben.

Es handelt sich um drei Flächen zu insgesamt 28,60 a. Die Lage der Flächen ist aus dem aushängenden Plane zu ersehen. Der Magistrat richtet das Ersuchen

an die Versammlung, sich damit einverstanden zu erklären, daß die angegebenen Flächen für die Stadt zu dem von der Herzoglichen Kammer geforderten Preise von 80 Pfg. pro Quadratmeter erworben werden, und die Ausgabe zu Lasten des Extraordinariums zu verwilligen. Da der Preis angemessen erscheint und der Besitz dieser Flächen für unseren sonstigen Grundbesitz in jener Gegend von großer Wichtigkeit erscheint, glaubt die Baukommission, die sich gestern mit der Sache befaßt hat, der Versammlung empfehlen zu dürfen, dem Antrage des Magistrats zuzustimmen.

Bürgermeister **Meyer**: Es ist in der Vorlage nicht gesagt, dem Ankauf zuzustimmen zum Preise von 80 Pfg. für das Quadratmeter, sondern zum Preise von 2000 *M* für den Morgen. Es kommt das wohl auf dasselbe heraus, aber da nun einmal diese Form gewählt ist, bitte ich, auch den Beschluß so zu fassen.

Der Ankauf zu dem vorgeschlagenen Preise wird bewilligt.

### 15. Einschränkung der regelmäßigen Fahrten der Straßenbahn während der Kriegszeit.

Stadtv. **Hartung**: Die Direktion der Straßenbahngesellschaft hat an den Magistrat ein Gesuch folgenden Inhalts gerichtet: Während der fünf Kriegsmomente des verflossenen Jahres sei die Einnahme der Straßenbahn derartig zurückgegangen, daß das Jahr 1914 mit einer Mindereinnahme abschließt. Im laufenden Jahre würde sich dieser Vorgang in verstärktem Maße wiederholen; in den beiden ersten Monaten sei bereits ein Rückgang gegenüber dem Vorjahre von über 10 000 *M* zu konstatieren. Ferner sei es der Direktion in Folge der Einberufung eines Teiles des Personals zum Waffendienste schwer, das nötige Personal zu beschaffen, ebenso sei die Aufrechterhaltung des Dienstes erschwert durch die eingeschränkte Zufuhr von Kohlen und Schmiermaterialien und die Erhöhung der Preise hierfür. Außerdem wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Straßenbahn freiwillig eine Fürsorge für die Angehörigen ihrer Angestellten, die im Felde stehen, übernommen habe, wodurch eine Ausgabe bis zu Ende Februar von rund 38 000 *M* erwachsen sei.

Die Verwaltung der Straßenbahn bittet unter diesen Umständen um ein Entgegenkommen hinsichtlich einer Bitte, die darauf hinausgeht, ihr für die Kriegszeit eine gewisse Einschränkung des Betriebes zu gestatten. Eine Liste, die beigelegt ist, läßt ersehen, daß während der Kriegszeit auch in anderen Städten Betriebseinschränkungen vorgenommen sind, und zwar beläuft sich die Verringerung der täglichen Fahrten in Nürnberg auf 39 Prozent, Frankfurt am Main 36 Prozent,

bei der städtischen Straßenbahn Berlin 31 Prozent, in Stettin 22 Prozent, Hamburg 11 Prozent, und in Braunschweig 1 Prozent. Es ist den Herren bekannt, daß bisher in der Stadt der Straßenbahnbetrieb im vollen Umfange, wie er vor dem Kriege gewesen ist, aufrechterhalten ist und nur die Extrawagen, die zu den späten Zügen gestellt waren, ausgefallen sind. Die Straßenbahn bittet nun, ihr zur Ermäßigung ihrer Kosten für die Kriegszeit zu gestatten, daß an Wochentagen nach Schluß der Geschäfte, also zwischen 8¼ bis 8½ Uhr abends und an Sonnabenden und Sonntagen zwischen 9¼ und 9½ Uhr die Wagenfolge auf die Hälfte herabgesetzt, also ein 12 Minutenbetrieb eingesetzt wird.

Der Magistrat hat in der Kommission sich zu diesem Antrage zustimmend geäußert, insbesondere ausgeführt, daß ein ähnlicher Antrag als Regelfall schon vor Jahren von der Straßeneisenbahngesellschaft mit der Begründung vorgebracht sei, daß die Benutzung der Straßenbahn von der angegebenen Zeit an so außerordentlich nachlasse, daß an eine Rentabilität nicht zu denken sei. Diesen Antrag hat der Magistrat seinerzeit abgelehnt, weil man der Ansicht war, daß im Interesse der Einwohnerschaft ein solches Entgegenkommen gegen die Straßeneisenbahngesellschaft nicht geboten sei. Jetzt aber wird vom Magistrat anerkannt, daß für die Kriegszeit die Beschränkung aus den angegebenen Gründen berechtigt erscheine, daß insbesondere diese Beschränkung von der Bewohnerschaft nicht schwer empfunden werden könne, da tatsächlich in den Abendstunden die Benutzung der Straßenbahn jetzt außerordentlich schwach sei.

Dieser Auffassung hat sich die Kommission angeschlossen. Die Kommission empfiehlt Ihnen daher, dem Antrage stattzugeben, jedoch mit der Änderung, daß für die Wochentage mit Rücksicht auf diejenigen Personen, die aus dem Geschäft nach Hause fahren, der Anfang der Beschränkung auf 8½ Uhr und für Sonnabend und Sonntag auf 9½ Uhr festgesetzt wird. — Ich habe Ihnen zu empfehlen, dem zuzustimmen.

Die vorgeschlagene Einschränkung des Verkehrs nach dem Antrage der Kommission wird genehmigt.

## 16. Anfrage Riete wegen der Zuteilung von Brotmarken an jüngere Kinder und über die außerordentliche Höhe des Mehlspreises.

Wortlaut der Anfrage:

„1. Weshalb werden in der Stadt Braunschweig Kindern unter 8 Jahren nur 2 Pfund Brot wöchentlich zugebilligt, während in anderen Städten pro Kopf 4 Pfund gewährt werden?

2. Wie kommt es, daß der Preis für Mehl seit dem 1. März eine so außerordentliche Höhe erreicht hat, statt 32 *M* jetzt 39, 50 *M* pro Sack?“

Stadtv. **Niese** (zur Begründung): Wir alle wissen, wie es mit der Brotversorgung in Deutschland steht, wissen auch, daß die Bundesratsverfügung für ganz Deutschland eine einheitliche ist. Daß einzelne Kommunen anders entscheiden und nicht so wie die kleinsten im Reiche, liegt nicht im Interesse der großen Masse. Wenn hier bei uns die Unterschiede gemacht sind, daß für Kinder bis zu 8 Jahren nur die halbe Ration — 2 Pfund Brot — festgesetzt sind, und für die Kinder unter 1 Jahre gar keine Brotmarken, so redet doch die Bundesratsverordnung von einem Quantum pro Kopf. Am 9. Februar wurden von der Reichsverteilungsstelle in Frankfurt 225 g Mehl festgesetzt, nachher ist man auf 200 g heruntergegangen, ebenso in Stuttgart. Immerhin ist man nicht dazu gekommen, diesen Personenunterschied zu machen. Daß Kinder unter 1 Jahre von der Versorgung mit Brot auszunehmen sind, dagegen habe ich nichts einzuwenden, aber ein 6- bis 8jähriges Kind bedarf unter allen Umständen mehr als mancher Erwachsene, abgesehen natürlich von solchen Erwachsenen, die schon morgens aus dem Hause gehen und dreimal am Tage auf Brotgenuß angewiesen sind. Für die ist 4 Pfd. noch zu wenig. Wenn sich auch das Professorentum auf den Standpunkt stellt, daß man mit drei Pfd. Brot auskommen könne, so trifft das für die Allgemeinheit nicht zu. Das mag für diejenigen zutreffen, die ein Scheibchen Brot essen, durch das der Mond scheinen kann, die dann aber noch etwas anderes dazu essen. Bei normalen Menschen, die auf kräftige Nahrung angewiesen sind, und die ihre tägliche Arbeit verrichten müssen, ist es nicht möglich, mit so wenig Brot auszukommen. Ich meine, daß, was anderwärts gültig ist, könnte auch hier erreicht werden, und das soll der Zweck meines Antrages sein.

Für den zweiten Teil meines Antrages, warum die Mehlpreise so ungeheuer hoch gekommen sind, bedarf es wohl einer näheren Auseinandersetzung nicht. Dazu ist das Kartoffelmehl noch viel teurer als das Roggenmehl. Nach der Bundesratsverfügung steht es den Kommunen zu, wenn sie keinen Kartoffelzusatz nehmen wollen, auch reines Roggenbrot zu liefern, insoweit sie den Roggen auf 97 Prozent ausmahlen, und es mit Weizenmehl zu ergänzen. Es liegt doch im Interesse jeder Kommune, möglichst gesundes und schmackhaftes Brot herzustellen, und das zu einem Preise, der erschwinglich ist. Dieser Preis von 39,50 M ist aber außerordentlich horrend. Ich habe manche Teuerungsperiode mitgemacht, aber solche Preise habe ich bisher nicht gekannt. Es schwirren im Publikum mancherlei Gerüchte über die Gründe der Teuerung. Es heißt: Das Korn ist der Kriegsgetreidegesellschaft übertragen, sie erhält das Korn zu einem bestimmten Preise, und Staat und Kommunen haben sich einverstanden erklärt, daß eine Differenz von 7,50 M dazugerechnet wird, die dazu verwendet werden soll, die ungeheuren Aufwendungen, die durch diese für den Krieg gemacht werden, wieder aufzubringen, daß sie sich also in den Raub teilten. Das wäre ja eine indirekte Besteuerung auf den

Hunger der Ärmsten. Ich meine, unser Steuersystem wäre so ausgebaut, daß es nicht zu verantworten wäre, wenn auf die Mehlpreise noch ein Betrag aufgeschlagen würde. Wenn das wahr ist, dann sollte man sich hüten, solche Geschäfte zu machen. Das würde unseren Freunden, die dort im Schützengraben liegen, einen ziemlichen Rückschlag geben, wenn sie gewahr würden, daß ihre Familien Teuerungsbrot bezahlen und dabei noch hungern müssen. Ich würde nicht begreifen können, wenn dergleichen Dinge geplant sind, wie man damit dem Volke nützen wollte; es wird im Gegenteil ihm das Fell über die Ohren gezogen. Vor solchen Dingen müssen wir uns wehren, und um Klarzustellen, ob die Sache so liegt, und ob sich der Magistrat daran beteiligt hat, habe ich meine Anfrage gestellt. Ich meine, es ist Gärung genug im Volke vorhanden, und man sollte bedacht sein, sie nicht noch zu steigern, sondern sie herabzudrängen. Auf den Dörfern sieht man noch die Korndiemen, die nicht ausgedroschen sind, allenthalben liegen. Daß wir dann noch besonders sparsam sein sollten, kann ich nicht begreifen. Und wenn heute gewarnt wurde, wir müssen uns schützen, daß England uns nicht aushungert, dann wäre es ein böses Beispiel, wenn wir von unseren eigenen Ministern ausgehungert werden sollten. Wir haben eine gute Mittelernte gehabt, ausgeführt ist nichts, und deshalb müßte Brotgetreide genug vorhanden sein. Unsere Zollpolitik hat uns da böse Stücke gespielt. Wenn heute im Interesse der Agrarier diese Höchstpreise festgestellt sind, so sind doch auch bis Mitte Juli über 60 Millionen Mark an Ausfuhrscheinen abgegeben, wodurch unser bester Roggen als Schweinefutter ans Ausland geliefert wurde. Das ist mit Schuld daran, daß wir so knapp dastehen. Wenn man auf Grund einer solchen Zollpolitik Vorräte wegschafft, dann kann es einen nicht wundern, wenn man jetzt vor dem Hunger steht. Um Klarheit zu schaffen, bitte ich dringend, eine Aussprache über diese Anfrage anzunehmen.

**Stadtrat von Frankenberg:** Ich bin Herrn Riese durchaus dankbar, daß er mir Gelegenheit gibt, über diese beiden wichtigen Lebensmittelfragen Auskunft zu geben. Herr Riese irrt allerdings, wenn er annimmt, daß eine Bundesratsverordnung bestände, wonach jeder Deutsche 4 Pfund Brot erhalten soll. Herr Riese hat bei der Neuheit der Sache die Reichsverteilungsstelle, die die allgemeinen Grundsätze auf Grund der Bundesratsverordnung aufgestellt hat, mit dem Bundesrat verwechselt. Die Reichsverteilungsstelle hat allerdings vor einigen Wochen den Grundsatz aufgestellt, daß mit 225 g Mehl und einem darnach zu berechnenden Sacke von 4 Pfund Brot für die Bevölkerung voraussichtlich auskommen werden könnte. Es hat sich dann unser Verteilungsausschuß, den wir in der gemeinschaftlichen Versammlung gewählt haben, mit der Brotverteilung befaßt, und dabei sind wir unter Berücksichtigung der verschiedenen Verhältnisse zu den Entschlüssen gekommen, die dem Magistrat unterbreitet und von ihm mit

Genehmigung der Preisdirektion als Aufsichtsbehörde bekanntgegeben sind. Dazu gehört auch, daß wir einen Unterschied gemacht haben zwischen Erwachsenen, einschließlich der älteren Kinder, und den Kindern unter 8 Jahren, und bei den letzteren wieder zwischen Kindern von 1 bis 8 Jahren und denen im allerersten Lebensjahre, die bei der Brot- und Mehlerverteilung außer Betracht zu lassen, auch Herr Riefe keine Bedenken hat. Den Kindern, die das erste Lebensjahr vollendet haben, bis zu den noch nicht 8 Jahre alten Kindern haben wir den halben Anteil, den übrigen Kindern den vollen Anteil bemessen.

In ganz derselben Weise haben verschiedene andere Städte die Verteilung durchgeführt, viele sind noch weiter gegangen und haben für Kinder bis zu 10 Jahren den halben Anteil bewilligt, z. B. Rötten, Götting, Leipzig, Quedlinburg. Die Sache entwickelte sich im Verteilungsausschuß so, daß von meiner Seite vorgesehen war, das 6. Lebensjahr entscheiden zu lassen und Kindern über 6 Jahre den vollen Anteil zu geben. Es traten dann verschiedene Herren dafür ein, daß man ruhig die Kinder im 6. und 7. Lebensjahre, bis sie das 8. Jahr vollendet haben, mit der Hälfte des Anteils der Erwachsenen bedenken möge, und nach meiner Erinnerung ist entweder einstimmig oder mit allen gegen eine Stimme dieser Beschluß des Verteilungsausschusses, wie er nachher auch vom Magistrat bekanntgemacht ist, gefaßt worden. Es kommt doch in Betracht, daß tatsächlich eine große Anzahl von Kindern in jugendlichstem Alter noch nicht in vollem Umfange als Broteßer zu betrachten sind, und erst, wenn nach dem 8. Lebensjahre die Jahre des stärkeren Wachstums einsetzen, wird der Brotbedarf ein voller.

Nun ändert sich mit dem heutigen Tage die Sachlage in wesentlicher Weise, was vielleicht auch Herrn Riefe oder wenigstens den einen oder anderen unter den Herren überzeugen wird, daß unsere Verteilung die richtige ist. Gestern hat die Reichsverteilungsstelle neue Grundsätze aufgestellt, indem sie zu dem Ergebnis gelangt ist, daß nicht 225, sondern nach genauer Berechnung und Nachprüfung nur 200 g täglich auf den Kopf der Bevölkerung kommen, also ein Neuntel weniger als ursprünglich in Aussicht genommen war. Wenn man dieses Neuntel in Berücksichtigung zieht und auf die Woche überträgt, dann wird man dahin gelangen, daß man von dem Brotbedarf für die ganze Woche, wenn man alle über einen Ramm scheren will, ein Neuntel abziehen müßte. Diese Sachlage, die uns gestern vom Ministerium vertraulich mitgeteilt war, gab dem Magistrat heute morgen Veranlassung, sich eingehend mit der Frage zu beschäftigen, ob wir die jetzt für Braunschweig vorliegenden Brotarten ausgeben sollen oder nicht. Wir haben uns dann aber unter Billigung des Herrn Ministers des Innern gesagt, daß dadurch, daß wir diese schwächeren Broteßer zwischen 1 und 8 Jahren mit dem halben Anteil bedachten, daß wir also nach ungefährender Schätzung ein Viertel der städtischen Bevölkerung in dieser Weise beschränken, sehr wohl in der Lage sind, für alle übrigen

Einwohner die vollen 4 Pfd. zu sichern. Hätten wir von Anfang an ohne Ansehen des Alters der Personen alle Einwohner gleichmäßig behandelt, dann wäre uns jetzt nichts weiter übriggeblieben, als jedem Braunschweiger statt 2 Pfd. Brot nur 1,8 Pfund zuzubilligen. So aber, wie wir jetzt die Sache geregelt haben, kommt nach meinem Dafürhalten eine Verteilung heraus, die vernünftigen Ansprüchen Rechnung trägt. Ich erwähne noch, daß ein Mitglied des Brotverteilungsausschusses, das sich beruflich mit Gesundheitsfragen beschäftigt, durchaus für diesen Unterschied zwischen Kindern unter 8 Jahren und älteren Kindern eingetreten ist. Jede Einengung, jede Einschränkung, die die Jugend trifft, berührt auch den Freund der Jugend hart, und doch wird man sich sagen müssen: Unsere Jugend wird in diesem Falle mit uns zu empfinden haben, daß wir im Kriegszustande sind und uns nach der Decke strecken müssen.

Wenn ich nun auf den zweiten Gegenstand der Anfrage eingehen darf, so beklage auch ich mit dem Herrn Fragesteller, daß sich wider alles Erwarten und wider die Verabredung, wie sie zwischen den großen Braunschweiger Mühlen und uns getroffen war, die Preisgestaltung in den letzten Wochen in dieser Weise entwickelt hat. An der Verabredung waren beteiligt die Braunschweiger Roggenmühle, die Rüniger Mühle, die Hedwigsburger Mühle und die Neustadtmühle. Die Preise für Roggen sollten sich, wenn ich von Woche zu Woche zurückgehe, auf 37, 35, 32 *M* stellen. Inzwischen hat sich durch das Eintreten der Kriegsgetreidegesellschaft, der bekanntlich die Verordnung des Bundesrats eine Vormachtstellung eingeräumt hat, die Sache verschoben, und es ist ohne ihr Eintreten nicht möglich, sie anders zu gestalten, als sie sich jetzt entwickelt hat. Mit schwerer Besorgnis hat sowohl der Stadtmagistrat wie auch der städtische Verteilungsausschuß diese Entwicklung der Dinge angesehen, und der Magistrat ist sofort dem Antrage des Verteilungsausschusses vom letzten Freitag beigetreten und ist beim Herzoglichen Staatsministerium dahin vorstellig geworden: daß eine derartige Verteuerung des Brotes in dieser Zeit zu außerordentlich großen Bedenken und Besorgnissen Anlaß gäbe und das Staatsministerium gebeten wird, alles zu versuchen, um mit Hilfe des Bundesrats einen Druck auszuüben, damit die Kriegsgetreidegesellschaft die Zügel locker lasse und es möglich werde, billigere Preise festzusetzen. Herr Riese kann überzeugt sein, daß unser Staatsministerium alles aufbieten wird, um eine Besserung herbeizuführen.

Der Magistrat hat auch, um den Wünschen der Bäcker wegen des Kartoffelmehls entgegenzukommen, heute morgen den Beschluß gefaßt, versuchsweise 400 Zentner Kartoffelmehl von der Kartoffelverwertungsgesellschaft in Berlin kommen zu lassen. Ich hoffe, daß wir weitere Bestellungen folgen lassen und so den Bäckern behilflich sein können.

Für eine Besprechung der Anfrage melden sich mehr als 9 Stadtverordnete. Es wird in die Besprechung eingetreten.

**Stadtv. Wesemeier:** Herr Stadtrat von Frankenberg hat mit Recht gesagt, daß eine Teuerung verhindert werden müsse, und ich freue mich, daß Schritte hierfür unternommen sind. Die Sache ist damit einstweilen für mich erledigt, wenn auch die schärfste Kritik an der Behandlung der Frage durchaus am Platze wäre.

Herr Stadtrat von Frankenberg hat weiter gesagt, vom Bundesrate aus sei keine Verordnung erlassen, daß jeder Person 4 Pfund Brot zustehe. Das ist einerseits richtig, andernteils aber nicht. Ich habe die Bundesratsverordnung vor mir. Es ist Tatsache, daß für die städtische Bevölkerung keine Vorschrift erlassen ist, die ländliche Bevölkerung aber ist wieder bevorrechtigt: ob es Kind oder Greis ist, es sind ihr für die Person 2 kg zugestanden. Es heißt in § 4, daß bei der Beschlagnahme die Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe zur Ernährung der Angehörigen ihrer Wirtschaft, einschließlich der Ernährung ihres Gesindes usw. für den Kopf und Monat 9 kg Getreide oder statt 1 kg Brotgetreides 800 g Mehl zurückbehalten dürfen, und zwar durfte dieser Betrag schon bei der Beschlagnahme vorwiegend von den Landwirten zurückbehalten werden. Auf den Kopf der landwirtschaftlichen Bevölkerung entfallen also, — ganz gleich, ob Säugling oder Greis — 7200 g Mehl im Monat. Die Landbevölkerung also ist vorweg mit 4 Pfund Brot versorgt. Das ist eine Ungerechtigkeit, um so mehr als sie berechnet ist bis zum 1. August, während man heute der städtischen Bevölkerung die Daumenschrauben aufsetzt. Wenn man nach der Rechnung, wie sie die Bäcker zu veranstalten pflegen, ausrechnet, was diese 7200 g Mehl an Brot bringen, so gibt das für den Monat 19 Pfund, das ist 4 Pfund Brot in der Woche, eher etwas mehr, die der landwirtschaftlichen Bevölkerung ohne weiteres zugestanden sind.

Die Anfrage des Herrn Niese ist dann weiter von Herrn Stadtrat von Frankenberg dahingehend beantwortet worden, daß viele Städte in der Einschränkung für die Kinder weiter gegangen sind als Braunschweig, daß man Kindern bis zu 10 Jahren nur die Hälfte des Quantums für die Erwachsenen bewilligt hätte. Ich glaube aber, die allermeisten Städte sind mit dem Alter unter Braunschweig heruntergegangen. Ich verfolge die Presse täglich, und soweit ich es darnach beurteilen kann, steht es zweifellos fest, daß die Mehrzahl der deutschen Städte für alle Personen bis auf Kinder unter 1 Jahre das volle Quantum festgesetzt haben. Eine ganze Anzahl großer Städte hat selbst den Säuglingen die 4 Pfund Brot zugebilligt. Man ist von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Arbeiterbevölkerung mit 4 Pfund nicht auskommen kann, und soweit die Herren die Landeszeitung lesen, haben sie auch die Meinung des Pastors Lachmund aus



Kiddagshausen hören können, der auf demselben Standpunkte steht. Er kennt die Verhältnisse, wie die Arbeiter leben müssen, und weiß, daß die Arbeiter an dieser Brotmenge nicht genug haben. Nun haben wir ja in Braunschweig keine genügende statistischen Unterlagen für die Berechnung des Brotquantums der ganzen Bevölkerung und für die Verteilung des Brots auf die Bevölkerung. Ich möchte deshalb vor allen Dingen, daß man feststellt: Was ist an Bevölkerung in Braunschweig vorhanden und in welchen Altersklassen? Es ist willkürlich eine Zahl herausgegriffen, und dabei hat man ein Viertel der Bevölkerung schätzungsweise auf die Kinder unter 8 Jahren gerechnet. Ob das richtig ist, kann nicht beurteilt werden. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat bekanntgegeben, allerdings in einer eigenartigen Weise, daß vom 15. März an 200 g Mehl auf den Kopf der Bevölkerung kommen sollen. Es heißt in der Bekanntmachung: „Zahlreiche Kommunalverbände haben bei der Regelung der Brotversorgung in ihren Bezirken den Satz von 225 g Mehl pro Tag und Kopf zugrunde gelegt, ein Satz, der nach den Untersuchungen namhafter Hygieniker im Durchschnitt als zureichend angesehen ist.“ — Also dieser wird in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ als zureichend angesehen. Trotzdem heißt es dann: „Alle unteren Verteilungsstellen haben daher beschlossen, künftig allgemein im Deutschen Reiche den Kopfbetrag auf 200 g zu bemessen.“ Ich glaube, wenn wir diesen Kopfbetrag von 200 g auf die Stadt Braunschweig umlegen, daß dieser dann für die braunschweigische Bevölkerung noch günstiger ist als unser heutiger Verteilungsmodus von 4 Pfund auf den Kopf der Bevölkerung und die Hälfte auf Kinder unter 8 Jahren. Der Herr Stadtrat berichtet, daß die neue Festsetzung auf 200 g eine weitere Einschränkung um ein Neuntel bringt. Wenn man die 1400 g Mehl für 7 Tage = 2,8 Pfund in Brot umrechnet, sind das 3,72 Pfund Brot auf den Kopf der Bevölkerung. Wieviel Kinder unter 8 Jahren, die nur das halbe Quantum bekommen, in Braunschweig zu finden sind, wissen wir nicht; es ist eben nicht Greifbares darüber vorhanden. Ich glaube bestimmt, daß bei einer Verteilung von 200 g Mehl durchweg auf den Kopf insbesondere die Arbeiter besser wegkämen.

Es ist weiter die Frage zu erörtern, ob in Braunschweig dieser Satz von 4 Pfund Brot bestehen bleiben soll, oder ob neue Normalsätze in Kraft treten sollen. Dadurch würde die Bevölkerung noch schlechter gestellt werden. Daß die Familienangehörigen von ihrem Brotanteil etwas dem Familienvater überlassen, ist eine Notwendigkeit; aber gerade die Arbeiter, die die zahlreichsten Familien haben, werden am meisten benachteiligt, wenn man den Kindern nicht das Quantum zugesteht, das andernwärts zugestanden wird.

Ich glaube, man hätte auch bei der Bestandaufnahme hier weiter gehen können. So ist es von der Kreisdirektion Helmstedt gemacht, indem jetzt bei einer Mehls- und Getreideaufnahme alle Vorräte auch unter zwei Zentnern angegeben

werden müssen. Es geschieht das auch im Kreise Blankenburg, und jedenfalls wäre es zweckmäßig, das auch noch in Braunschweig zu machen. Ich glaube, es versteckt sich hier in Braunschweig in manchen Privathaushaltungen — es ist dafür der Ausdruck Hamsterhöhlen geprägt — ein erhebliches Quantum Mehl, und das ist nicht im Interesse der Allgemeinheit. Es ist meistens nur in den besseren Familien vorhanden, die das Mehl nicht gebrauchen; das müßte der Allgemeinheit zugeführt werden.

Ich bin also der Meinung, daß bei der Verteilung des Brotquantums auf die Braunschweiger Bevölkerung Fehler gemacht sind, und daß es besser ist, daß es auch hier ebenso wie anderwärts gemacht wird und die Bevölkerung über einen Kamm geschert wird, wie es auch durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bekanntgegeben ist.

**Stadtrat von Franzenberg:** Auf die Mehlpreise brauche ich nicht weiter einzugehen, weil der Herr Vorredner anerkannt hat, daß der Stadtmagistrat in dieser Frage anregend vorgegangen ist, wie es auch Herr Riese wünscht.

Was die Feststellung der Anteile betrifft, so darf ich darauf hinweisen, daß die von mir erwähnte vorläufige Zusammenstellung von dem Vorstande des deutschen Städtetages unmittelbar nach dem ersten Bekanntwerden der Bestimmungen gemacht ist. Es sind seitdem eine ganze Menge andere Städte hinzugekommen. Warten Sie nun bitte erst einmal ab, was nach der gestrigen Rundgebung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ die einzelnen Städte tun werden, ob nicht Berlin und zahlreiche andere Städte, die unterschiedslos alle Einwohner gleichmäßig behandelt haben, jetzt einen verständigen Unterschied machen werden, wie er in Braunschweig gemacht ist. Gerade die Veröffentlichung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ weist darauf hin, daß es in Zukunft zweckmäßig sein würde, auf die Bedürfnisse derjenigen Rücksicht zu nehmen, die durch Alter, berufliche Stellung gewisse Anwartschaft darauf hätten, mehr Mehl und Brot zu bekommen. Wir haben uns gesagt, daß Kinder in jugendlichem Alter zu denen gehören möchten, die zugunsten anderer auf den vollen Anteil verzichten müssen.

Wenn Herr Wesemeier den Wunsch aussprach, es möchte in Braunschweig auch eine Erhebung in bezug auf den Mehlebestand unter zwei Zentnern bis zu 50 Pfund herunter erfolgen, so sind wir im Verteilungsausschuß zweimal eingehend über diese Sache zu Räte gegangen. Aber die Herren haben alle ohne jeden Widerspruch, da sie bekannt mit den Verhältnissen der hiesigen Bevölkerung sind, sich dahin geäußert: Wenn dergleichen auf dem Lande, vielleicht auch in Süddeutschland recht zweckmäßig sein möge, so würde ein derartiger Schlag hier verhältnismäßig wenig Öl geben, oder in diesem Falle wenig Mehl. Die Zahl der

Hamsterfamilien, die in der Bevölkerung tätig sind, ist verhältnismäßig nicht so groß, daß es sich verlohnt, eine so außergewöhnliche Maßregel ins Werk zu setzen. Wer würde dafür stehen, daß die Hamsterfamilien im letzten Augenblicke, ehe dieses Verhängnis sie trifft, ihre Vorräte auf 48 Pfund verringern und der lieben Nachbarin den Überschuß auf Treu und Glauben übergeben, wie wir es bei der Schaumweinsteuer in gewissen Familien erlebt haben. Ich glaube, daß nicht einmal hundert Familien in Braunschweig von einer solchen Zählung berührt würden. Etwas anderes halte ich für zweckmäßiger: Die Mehlmehlwahlverteilungsstelle ist in letzter Zeit gegen solche Händler, die nur nebenher Mehl verkaufen, in der Vergabe von Mehl außerordentlich zähe geworden. Wiederholt sind Leute an uns herangetreten, die Mehl zum Verkauf haben wollten. Wir haben keine Veranlassung, ihnen darin behilflich zu sein. Wem es gelingt, von auswärtigen Mühlen Mehl zu kaufen, der mag es behalten; es ist das aber schon sehr schwer geworden. Wir aber wollen das Hamstertum dadurch nicht fördern.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Mit der Stellungnahme des Magistrats, wie sie Herr Stadtrat von Frankenberg mitgeteilt hat, bin ich im allgemeinen einverstanden. Die Schwierigkeiten werden sich erst zeigen, wenn die Sache in Gang gekommen ist, und ich glaube, es werden noch manche Änderungen Platz greifen müssen. Das aber können wir füglich dem Getreideverteilungsausschuß überlassen. Ich habe den Eindruck, daß die Tendenz der Maßnahme richtig ist, daß es aber in der Sache nicht darauf ankommt, was auf den Brotkarten steht, sondern darauf, daß wir von der Kriegsgetreidegesellschaft ausreichend Getreide bekommen und zu angemessenen Preisen, und in der Beziehung bin ich keineswegs von den Mitteilungen des Herrn Stadtrats befriedigt. Er sagt, der Magistrat wäre in Übereinstimmung mit dem Getreideausschuß schlüssig geworden, beim Staatsministerium vorstellig zu werden. Aber die Ursache der Teuerung, die mir außergewöhnlich scheinen will, aufzuklären, hat der Herr Stadtrat sich nicht bemüht.

Ich wurde aufmerksam auf diese Angelegenheit durch das Vorgehen unserer Nachbarstadt Magdeburg. Dort hat bisher der Magistrat in anerkennenswerter Weise auf niedrige Mehlpreise bei Abgabe an die verbackenden Personen gehalten. Er hat eine ausführliche Vorlage an die Stadtverordneten von Magdeburg gemacht, in der er ausführt, daß er infolge der Maßnahmen der Getreidegesellschaft jetzt für die Kriegszeit diese niedrigen Preise nicht mehr halten könnte. Er führt weiter aus — und das will mir beachtlich erscheinen gerade für den Magistrat von Magdeburg, das für Getreide ein größerer Handelsplatz ist —: „Durch die Bundesratsverordnung vom 25. Januar wurde nach Ansicht des Magistrats ein unangemessener Gewinn ausgeschlossen; es mußte deshalb eigentlich mit einer Er-

mäßigung der hohen Mehlpreise gerechnet werden. Demgemäß ist bereits in der ersten Sitzung des Ausschusses für die Mehls- und Brotversorgung in Magdeburg beschlossen worden, die Mehlpreise allmählich zu ermäßigen, und zwar sollte ein Doppelzentner Roggenmehl im ersten Drittel des Februar 37 *M*, im zweiten 36 *M*, und im dritten 35 *M* kosten. Allein der letzte Beschluß konnte schon nicht mehr zur Ausführung gebracht werden, da die Roggenpreise der anderen Großstädte, namentlich Berlins, wesentlich höher waren. Hiervon abgesehen, hat der Magistrat an den festgesetzten Preisen festgehalten, und da, wo er Mehl von auswärts einführte, lieber kleine Verluste gebucht, ehe er sich zu einer Verteuerung des Mehls entschlossen hat. Nachdem jedoch die am 1. Februar hier von der Stadt beschlagnahmten Roggenmehlbestände fast völlig aufgebraucht sind, und die Kriegsgetreidegesellschaft — selbst diese erst nach Überwindung großer Schwierigkeiten — Roggenmehl zu dem hohen Preise von 39 *M* frei Mühle zur Verfügung gestellt hat, bleibt nichts übrig, als mit der bisherigen Politik zu brechen und den Verkaufspreis frei Haus des Bäckers bezw. Kleinhändlers für einen Doppelzentner Roggenmehl auf 41,25 *M* festzusetzen.“

Wodurch erklärt sich diese Steigerung von 32 auf 39 *M*, diese Spannung, die hier der Magistrat von Magdeburg offen zugibt? Die Vorräte sind doch beschlagnahmt und der Getreidegesellschaft zur Verfügung gestellt. Ich wäre Herrn Stadtrat von Frankenberg dankbar, wenn diese Spannung von ihm aufgeklärt werden könnte. Ist es durch irgend welche wirtschaftliche Erscheinungen zu erklären, vielleicht daß der Bedarf so groß ist und die Vorräte so gering, wie die neuere Bekanntmachung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ andeutet? Dann wäre die Kriegsgetreidegesellschaft keine gemeinnützige Gesellschaft, denn sie soll nicht die Konjunktur ausnützen, um Gewinn einzuheimsen, sondern soll zu dem Gestehungspreise die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln versorgen. Das ist als Zweck der Kriegsgetreidegesellschaft hingestellt. Eine geringe Steigerung der Preise könnte wohl durch die Unkosten der Gesellschaft entstehen. Es könnte bei dieser ganzen Preiserhöhung aber auch eine Politik im Spiele sein, um vielleicht, ähnlich wie durch die Steigerung der sonstigen Preise, mindernd auf den Verbrauch einzuwirken, es könnte auch eine Politik sein, um der Kriegsgetreidegesellschaft kapitalistische Profite in den Schoß zu werfen. Mir sieht die Sache verdächtig aus, ich kann keinen Schluß finden und bitte um Aufklärung. Herr Stadtrat von Frankenberg wird es mit mir nicht gerechtfertigt finden, daß eine „gemeinnützige Gesellschaft“, die mit städtischen Mitteln und Mitteln sonstiger öffentlichen Körperschaften ins Leben gerufen ist, Profite einheimst, die als eine Kopfsteuer auf den Konsumenten zu bezeichnen ist. Wenn das der Fall wäre, dann müßten wir eine andere Stellung zu der Kriegsgetreidegesellschaft einnehmen. Ich will mich gern

belehren lassen, daß das, was der Magistrat von Magdeburg annimmt, nicht zutreffend ist.

**Stadtrat von Frankenberg:** Ich habe vorhin schon erklärt, daß die Bestimmung über die Mehlpreise von der Kriegsgetreidegesellschaft kraft ihrer Vormachtstellung, die ihr eingeräumt ist, getroffen ist. Die Grundlagen, die dafür maßgebend sind, entziehen sich selbstverständlich der genauen Nachprüfung der Lieferungsverbände, zu denen auch wir gehören. Ich kann aber zu einer gewissen Beruhigung von Herrn Dr. Jasper darauf hinweisen, daß im Laufe der letzten Wochen nicht bloß die preußische Regierung, sondern auch die Regierungen der meisten anderen Bundesstaaten — wie die Stadt Braunschweig schon längst — Mitglied der Kriegsgetreidegesellschaft geworden sind, und ich glaube nicht fehlzugehen in der Annahme, daß alle kapitalistischen Gelüste, die etwa hier und da sich im Schoße der Gesellschaft regen könnten, um so besser bekämpft werden, je mehr derartige große Körperschaften wie unsere Bundesstaaten an der Verwaltung der Kriegsgetreidegesellschaft sich beteiligen. Wenn wir im Magistrat den Versuch gemacht haben, daß unser Ministerium bei den übrigen Bundesregierungen und bei dem Bundesrat darauf hinwirkt, daß dieser nur schwer zu ertragende Preisstand geändert wird, dann können wir um so eher auf Erfolg hoffen, als die Bundesregierungen selber mit Teilhaber der Kriegsgetreidegesellschaft sind. Ich glaube also, daß wir erwarten dürfen, daß unsere Bitte keine vergebliche ist. Der eine Gesichtspunkt, den Herr Dr. Jasper erwähnte, ist in der Eingabe nicht unberücksichtigt gelassen. Wir haben gesagt: Wenn man sich auch vorstellen möchte, daß durch die hohe Preisstellung etwas schonjamer mit dem kostbaren Gute unseres täglichen Brotes umgegangen würde, so müßten wir eine derartige Höhe des Preises doch für höchst bedenklich halten. Ich hoffe, daß dieser Notschrei nicht ungehört beim Ministerium verhallt.

**Stadtv. Dr. Kleinfnecht:** Daß das Mehl ziemlich knapp ist, sieht man aus der neuen Bestimmung der Kriegsgetreidegesellschaft, und deshalb sollte jeder das Seinige tun und für sich und seine Angehörigen möglichst sparsam mit Brot und Mehl umgehen. Wenn Herr Wesemeier sagt, 4 Pfund Brot für die Woche seien namentlich für die Arbeiter zu knapp, so will ich ihm gern beistimmen. Es ist für sie entschieden zu knapp, aber das soll sich bei der gesamten Bevölkerung ausgleichen, denn es gibt Leute, die infolge ihres Alters wesentlich weniger an Brot zu sich zu nehmen brauchen. Herr Wesemeier sagt, die Kinder vom 1. bis zum 8. Jahre müßten ebenso behandelt werden wie die Erwachsenen und auch 4 Pfund Brot bekommen. Dagegen frage ich: Wer denkt denn daran, daß ein Kind von 2—5 Jahren nur annähernd 4 Pfund Brot in der Woche verzehrt? Ich bin auch

mit der arbeitenden Bevölkerung bekannt und auch in den ärmsten Häusern viel herumgekommen, und deshalb kann ich das wohl mit Recht als ausgeschlossen bezeichnen. Auch ein Kind von zehn Jahren verzehrt nicht so viel Brot, als die eigentlich für Erwachsene bestimmten 4 Pfund Brot, und dadurch wird ein Ausgleich stattfinden. Daß also für Kinder unter einem Jahre nichts berechnet wird, und für Kinder vom vollendeten ersten bis zum achten Lebensjahre die Hälfte des für Erwachsene Bestimmten, kann ich nicht anders als gerecht bezeichnen. Würde für die jungen Kinder das gleiche Quantum wie für Erwachsene gegeben, so würden sie ungerechtfertigterweise bevorzugt werden. Man kommt mit der hier aufgestellten Verteilung denen entgegen, die größere Kinder haben. Wenn es bisher in verhältnismäßig wenigen Städten so gehandhabt ist, so bin ich überzeugt, daß nach der jetzigen Notiz in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ es nun in fast allen Städten so gemacht werden wird, weil da extra steht, daß empfohlen würde, daß die Kommunalverbände hierbei auf die Verschiedenheit der Bedürfnisse ihrer Bevölkerung Rücksicht nehmen und Kindern bis zu einem gewissen Alter nur eine halbe Brotkarte geben. Bei einem gewissen Alter kann man ja im Zweifel sein, ob der volle Betrag gegeben werden soll. Herr Stadtrat von Frankenberg hat schon gesagt, daß er 6 Jahre als Grenze vorgeschlagen habe. Ich war für 8 Jahre, und auf den Vorschlag sind alle Mitglieder der Brotverteilungsstellen eingegangen. Ich glaube, wir haben damit auch das Richtige getroffen.

**Stadtv. Schmidt:** Herr Stadtrat von Frankenberg hat Aufschluß gegeben über die Beweggründe, die den Verteilungsausschuß veranlaßt haben, diese Grenze für Kinder zu ziehen. Er hat allerdings gesagt, daß er den Vorschlag gemacht habe, daß die Grenze erst bei 6 Jahren beginnen solle, und das wäre jedenfalls auch gut gewesen. Er hätte aber gleichzeitig dabei bemerken müssen, daß der Herr Stadtrat zur Abgabe an die Erwachsenen je  $3\frac{1}{2}$  Pfund vorgeschlagen hatte, und da hielt es bei Besprechung der Frage die Mehrheit allerdings für richtiger, lieber die vollen 4 Pfund festzusetzen, weil man, wenn man die Sache rechnerisch prüft, annehmen kann, daß der überwiegende Teil der Bevölkerung besser fährt, wenn wir den über 8 Jahre alten Personen das volle Quantum geben, als wenn wir schon von 6 Jahren das volle Quantum geben, dieses aber nur auf  $3\frac{1}{2}$  Pfund festsetzen. In den meisten Familien mit größerer Mitgliederzahl wird es so sein, daß Kinder von 10 Jahren oder darüber vorhanden sind, mögen sie nun in der Schule oder in Stellung sein und zu Hause essen. Für einen solchen reichhaltigen Familienstand ist die von uns angenommene Verteilung vorteilhafter.

Herr Stadtrat von Frankenberg meint, die Städte, die über unsere Quote hinausgegangen sind, würden ihre Ansicht revidieren müssen. Das ist zuzugeben, weil sie nicht über das Quantum dessen hinausgehen können, was ihnen selbst zur

Verfügung steht. Nun ist aber angeführt, daß ein Ausgleich geschaffen werden könnte, und daß es gut sei, daß diejenigen, die weniger große Ansprüche stellten, ihre Brotanteile dazu verwenden. Es ist ausgeschlossen, daß sich das bei der jetzigen Regelung ausgleicht, sondern der Ausgleich müßte von uns oder von der Behörde bestimmt werden. Die Brotkarte ist nicht übertragbar, und derjenige, der seine 4 Pfund Brot holt, trägt nichts zum Ausgleich bei. Wenn man den Bundesratsbestimmungen folgt, dann wird ein Ausgleich nur möglich sein, wenn man eine Änderung der Brotkarten eintreten läßt, wodurch man diejenigen, die schwer arbeiten müssen, mit größeren Rationen versieht.

Für eine sehr schwierige Frage halte ich die Mehlf Frage und die Backfrage. Auf der einen Seite steht der Verteilungsausschuß, der nach Maßgabe dessen, was er für notwendig hält, die Sätze bestimmt, und auf der anderen Seite sind wir durch die Polizei behindert — durch die Backordnung und die Beschränkung des Kontingents —, nicht mehr backen zu dürfen als 75 Prozent des früheren Verbrauchs. Darin besteht die Schwierigkeit, daß man darüber nicht hinausgehen kann, denn die Ansprüche, die gestellt werden, übersteigen das, was gebaden wird. Diese Schwierigkeit hat sich schon in einzelnen Städten, in denen Brotkarten ausgegeben werden, gezeigt, und sie wird auch in Braunschweig eintreten. Deshalb ist es auch meine Meinung, daß es richtiger gewesen wäre, schon vor Wochen eine statistische Aufnahme zu machen, wie groß der Bedarf ist. Dann konnten wir sagen, so und so wird sich in Braunschweig die Ausführung vollziehen. Hätten wir eine statistische Aufnahme, dann wären wir im Besitz einer Aufstellung über dasjenige Quantum, das hier gebaden werden darf, und über das, was beantragt wird. Aus der Aufstellung des allgemeinen Konsumvereins geht hervor, daß für 9426 Familien Brot verlangt wird. Wir gebrauchten darnach in der Woche 36 405 Brote, das gibt auf den Tag 6067 Brote, während wir, wenn wir uns an die Verfügung der Polizei halten, nur 3310 Brote backen dürfen. Es bleibt uns also nichts übrig, als nur 55 Prozent des geforderten Brots liefern zu können. Das wird auch den übrigen Bäckereien ebenso gehen. Deshalb ist es berechtigt, daß darin eine Erweiterung Platz greift, denn wenn sich die Überstände auch nicht gleich in der ersten Woche zeigen werden, so werden wir doch dazu kommen.

Besonders schlimm ist es, daß durch die Erhöhung des Mehlp preises das Brot noch teurer wird. Allerdings hat die Kriegsgetreidegesellschaft das Recht, die Preise festzusetzen, aber eine übergroße Spannung ist vorhanden, und das rechtfertigt sich auf keinen Fall. Ich schließe mich der Ansicht des Herrn Riese an, wenn er sagt: Die Ernte in Deutschland ist vorhanden und in Händen der Kriegsgetreidegesellschaft, somit hätte sich die Preissteigerung vermeiden lassen. Wenn zugelassen wird, daß die Kriegsgetreidegesellschaft solche hohen Preise festsetzt, so

muß man dagegen protestieren, besonders, wenn man zu der Bevölkerungsschicht gehört, die am schwersten davon betroffen wird.

Daß nun der Preis für Mehl so hoch geworden ist, macht die Schwierigkeit nicht allein aus: der für Kartoffelmehl ist fast noch höher geworden. Unsere Mehlerverteilungsstelle hat jetzt den Beschluß gefaßt, eine Gesamtbestellung von Kartoffelmehl zu machen, und muß dafür 49,30 *M* für den Zentner bezahlen. Wird ein 10prozentiger Zusatz davon zu dem Roggenmehl genommen, so ergibt sich ein Durchschnittspreis von 40,48 *M*. So wird durch die Verteuerung des Kartoffelmehls der Brotpreis noch höher geschraubt. Deshalb ist es ganz meiner Meinung entsprechend, daß man versuchen will, im Auftrage des Verteilungsausschusses, um Aufklärung in die Sache zu bringen, sich an den Deutschen Städtetag zu wenden, und dafür einzutreten, daß wir zu billigeren Preisen Mehl bekommen. Billigere Preise werden die Hauptsache sein, über die Verteilung als solche werden wir uns, wenn wir die Größe des Bedarfs richtig ermittelt haben, schon einig werden.

**Stadtv. Voelshigt:** Ich will auf die Brotverteilung nicht mehr eingehen, denn mehr Roggen und Weizen, als vorhanden ist, kann nicht verteilt werden, und damit müssen wir uns abfinden. Anders aber ist es mit dem Preise. Wir sind jetzt 7 Monate im Kriege, und in der ersten oder zweiten Stadtverordnetenitzung nach Beginn des Krieges ist schon von Herrn Eckhardt und mir darauf hingewiesen, man solle nicht nur Höchstpreise für Getreide, sondern auch Höchstpreise für Mehl festlegen. Es wird mir von Ihnen allen, auch von Herrn Stadtrat von Frankenberg, bestätigt werden, daß ich permanent darauf hingewiesen habe, daß wohl Höchstpreise für Getreide eingeführt werden müßten, aber auch die Mehlpreise nicht vergessen werden dürften. Die Antwort des Herrn Stadtrats darüber, woher die immer höheren Preise kommen, befriedigt mich nicht. Der Höchstpreis für Roggen ist 240 *M* für 20 Zentner. 90 Prozent Mehl werden daraus gewonnen, und nun rechnen Sie bitte aus, was der Zentner Mehl nach dem Höchstpreise des Getreides kosten müßte. In Wolfenbüttel sind noch vorige Woche 32 *M* für den Zentner Roggenmehl genommen, und jetzt bezahlen wir 39 *M*. Das kann sich ein Quartaner sehr gut ausrechnen, woher die hohen Preise kommen. Wenn man die Mühlen fragt, so heißt es, sie legen noch Geld zu. Jrgendwo muß doch der Grund liegen. Das Roggenmehl ist heute so teuer wie zu Anfang des Krieges das Weizenmehl. Da sollte einem der Verstand still stehen. Es ist klar und deutlich, daß die Mühlen zu viel Mahlohn beanspruchen, anders kann ich es mir nicht denken. Die hohen Preise sind der Fluch der bösen Tat, daß die Regierung nicht vor 4 Monaten die Mehlpreise festgelegt hat. Für alles, was wir heute kaufen, müssen wir Höchstpreise bezahlen. Denken Sie beispielsweise an das Fleisch; da



haben wir ja noch Glück gehabt. Ich möchte Herrn Stadtrat von Frankenberg um Auskunft bitten: Was haben wir für die 400 Sack Kartoffelmehl bezahlt, die gekauft sind? Wenn die Mehlpreise hoch sind, so sind diese Preise noch höher; ich will sie gar nicht kennen lernen, aber es schaudert einem, wenn man daran denkt. Mit dem billigen Kartoffelmehl soll das Roggenmehl vermischt, die Elle länger gemacht werden. Und wie ist es heute? Ich weiß, daß die Bäcker vor vierzehn Tagen für 60 *M* kein Kartoffelmehl haben bekommen können, und sie waren doch gezwungen, etwas davon zuzusetzen. Meine Meinung geht dahin: die Regierung ist schuld an diesen Verhältnissen. So gut wie sie Preise für alles andere festlegte, hätte sie auch Preise für Mehl, für das Brot der armen Leute festsetzen sollen, damit der Bucher nicht einsetzen konnte.

**Stadtrat von Frankenberg:** Wenn Herr Loeschigt meint, daß ihn meine Antwort nicht befriedigt hat, so befindet er sich damit vollständig in Gesellschaft mit mir. Glauben Sie, daß mich die Antwort befriedigt hat, die ich habe geben müssen? Glauben Sie, daß es mir zur Freude gereicht, daß die Verhältnisse sich so entwickelt haben? Selbstverständlich beklage ich das mit Herrn Loeschigt aufs tiefste. Aber Herr Loeschigt erklärt, daß es nicht die Schuld der Kriegsgetreidegesellschaft ist, wenn die Preise so sehr gestiegen sind, und daß die Regierung die Schuld trägt. Auch das kann uns nicht befriedigen, denn davon wird das Mehl im Augenblick nicht billiger. Wir wollen mit allen Kräften vereint darnach streben, daß Mittel und Wege zur Abhilfe gewonnen werden, und nicht klagen, welche Fehler in der Vergangenheit gemacht sind. Ich glaube, es ist in der schweren Zeit, in der wir zusammen stehen, die erspriechlichste gemeinsame Wirksamkeit, daß wir die Verhältnisse für die Zukunft nach Möglichkeit umzugestalten trachten. Und wenn uns einer der Herren innerhalb oder außerhalb dieser Versammlung mit guten Ratschlägen zur Seite stehen will, dann wollen wir ihm aufrichtig dankbar sein.

**Stadtv. Wesemeier:** Für jetzt brauchen wir keine Aufstellung über die Zahl der Kinder, jetzt ist uns durch die Angabe der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ das Maß gegeben, wonach 200 g Mehl pro Tag und Kopf der Bevölkerung abgegeben werden sollen. Das wird überall verteilt, und nur in Braunschweig tappen wir im dunkeln, indem wir nicht wissen, was wir zu verlangen haben. Daß wir dadurch gegenüber den übrigen Gemeinden benachteiligt sind, behaupte ich fest, und das Gegenteil kann mir nicht bewiesen werden.

Herr Dr. Kleinfnecht hat einen sonderbaren Satz ausgesprochen. Es soll ein Ausgleich dadurch geschaffen werden, daß Eltern und Kinder nicht gleich viel bekommen. Wer gibt denn da etwas ab? Das könnte nur in den Familien geschehen,

wenn die einzelnen Familienglieder, wenn die Kinder den älteren Personen etwas abgeben könnten, wenn also die Kinder die volle Ration erhielten, niemals aber auf dieser Basis, wo den Kindern eine geringere Portion zugeteilt wird. Dabei ist nur eine Benachteiligung der schwer arbeitenden Personen die einzige Folge. Es ist jetzt festgestellt, daß 3,72 Pfund auf den Kopf der Bevölkerung kommen. Die Frage ist noch nicht beantwortet, ob die Bestimmung Gültigkeit behalten soll, daß 4 Pfund Brot auf den Kopf der Bevölkerung mit der Beschränkung für die jüngeren Kinder kommen, oder allgemein 3,72 Pfund. Ich möchte beantragen: Der Kriegsverteilungsausschuß hat eine endgültige Beschlußfassung vorzunehmen, ob bei uns jetzt die Verteilung vor sich gehen soll auf den Kopf der Bevölkerung nach dem durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ garantierten Quantum.

Es ist noch eine weitere Frage zu erörtern. Die Tätigkeit der Bäckereien ist auf 75 Prozent beschränkt, also wir haben 25 Prozent weniger Getreide zu verzehren als in normalen Zeiten. Unter den jetzt bestehenden Zuständen ist es nicht möglich, festzustellen, ob wir die uns zustehenden 75 Prozent auch verbrauchen. Es kann auch durch die jetzige Art der Brotverteilung eine Sparsamkeit gezeitigt werden, die nicht im Interesse der Bevölkerung liegt. Weshalb sollte die Braunschweiger Bevölkerung schlechter gestellt werden als die übrige Bevölkerung des deutschen Reiches? Ob das nicht der Fall ist, kann mir nicht beantwortet werden, denn wir haben keine Kontrolle. Ich beantrage deshalb die Verteilung des Brotes so vorzunehmen, daß auf jeden Kopf der Bevölkerung, ganz gleich, ob Kind oder Regel, diese 200 g Mehl verbraucht werden.

**Stadttrat von Franzenberg:** Ich darf darauf hinweisen, daß es sich hier nur um eine Anfrage und deren Beantwortung handelt, während Anträge einer besonderen Vorberatung bedürfen.

Die Brotkarten gehen in den nächsten Tagen in die Bevölkerung hinaus und werden für die nächsten Wochen die Grundlage bilden müssen. Was wir darnach tun, was wir vielleicht von der Reichs- und Landesregierung zu tun gezwungen werden, vermag im Augenblick niemand mit Sicherheit zu sagen. Deshalb vermag ich auch auf die Frage des Herrn Wesemeier, was wir demnächst tun werden, eine endgültige Antwort nicht zu geben. Es hängt davon ab, was uns zugeteilt wird. Wenn wir abweichend von anderen Städten verfahren sind, so mache ich darauf aufmerksam, daß wir in bezug auf eine ganze Reihe von gemeinnützigen oder dem Verkehr dienenden Einrichtungen die größte Freiheit belassen haben. Die Wohltätigkeitsanstalten, die Kinderspeiseanstalten, haben wir nicht dem Brotmarkenzwange unterstellt, haben ferner die großen Gast-, Schank- und Speisehäuser für brotmarkenfrei erklärt, eine Maßregel, die in Berlin — wie Herr Dieck-

mann erzählte — nicht durchgeführt wird. Wir haben also in der Beziehung mancherlei Freiheiten gelassen, die in anderen Städten nicht zu finden sind.

Schließlich möchte ich darauf hinweisen, was Herr Schmidt schon getan hat, daß der Verteilungsausschuß beschlossen hat, durch Vorstellung beim deutschen Städtetage gleichfalls dahin zu wirken, daß die Mehlpreise ermäßigt werden, und ich hoffe, daß wir durch den Vorstand des Deutschen Städtetages und durch das Ministerium zu diesem ersehnten Ziele gelangen werden.

Stadtv. **Ribbentrop**: Herr Riefe hat von Gärung gesprochen, die bei uns in Deutschland bestände. Ich stehe auch im Volke, aber eine eigentliche Gärung im Volke kenne ich nicht. Ich schätze Herrn Riefe als gesinnungstüchtigen Deutschen, und was ich sage, bitte ich ihn von diesem Standpunkte aus zu betrachten. Es hat im deutschen Reiche keiner das Recht, in dieser großen, schweren Zeit in Gärung zu geraten. Doch wenn das Wort von der Gärung in dieser Versammlung fällt, von der es in die Öffentlichkeit hinausgetragen wird, so kann Gärung sich leicht bilden. Wenn irgend jemand sich beklagen kann, so ist es der Mann im Schützengraben, der Mann, der für uns in Rußland kämpft und mit einem anderen Hunger dort zu kämpfen hat. Ich bekomme an 150 Briefe aus allen Gegenden, wo unsere Deutschen kämpfen, und ich gebe die feste Versicherung, jeder von diesen Brieffschreibern sagt: Ich tue meine Pflicht und Schuldigkeit bis zum letzten Augenblick. Deswegen wende ich mich gegen ein solches Wort, wie es hier gefallen ist. Wenn die Frau ihrem Mann im Felde schreiben würde, sie müsse hungern, was für einen Eindruck mag das auf den Mann machen. Möge Gott geben, daß keine Frau das tut, daß jeder ihr abraten wird, das zu tun. — Ich danke dem einen der Herren Vorredner für seine Worte: „Ich will nicht weiter auf die Frage eingehen,“ das hat mir wohlgetan, wie wenig es im Leben.

Herr Loeschigk hatte sich wieder zum Wort gemeldet. Wenn Herr Loeschigk hier sagt, die Regierung trage die Schuld an den hohen Preisen, so kommt das in die Öffentlichkeit und macht keinen guten Eindruck. Nehmen Sie es mir nicht übel, Herr Loeschigk. Wenn Sie vermeiden können, das weiter auszuführen, so tun Sie dem Reiche damit einen Gefallen.

Was die Verteilung des Brotes anlangt, so stehe ich auch teilweise auf dem Standpunkte des Herrn Vorredners, der meinte, eine Familie, die 7½ und 6½jährige Jungen hat, komme mit dem Quantum nicht aus, und da müssen Vater und Mutter von ihrem Brote hergeben. Aber es ist eine Einrichtung, die im Entstehen ist, dem müssen wir Rechnung tragen. Wir müssen uns in Geduld fassen, die Zeiten sind sehr ernst. Ohne Not wird uns nicht zugemutet, mit 200 g Mehl täglich auszukommen.

**Stadtv. Loeßhigt:** Ich habe von vornherein gesagt, daß wir den Maßnahmen, die getroffen sind, uns fügen müssen. Aber man wird dem, der 7 Monate lang dahin getrieben hat, daß das nicht eintreten soll, was heute eingetreten ist, nicht übelnehmen können, daß er das hier zur Sprache bringt, wo es hingehört.

**Stadtv. Ohlendorf:** Wenn Herr Riefe gesagt hat, es sei eine gewisse Gärung im Volke, und das Wort soll nicht gelten, so werden Sie doch alle wissen, daß ein Unwille im Volke vorhanden ist über diese vielleicht gar nicht nötige Sache. Wenn der Bundesrat beschlossen hat, es soll nicht mehr Brot gebacken werden, kann unsere Verteilungsstelle natürlich auch nicht mehr verteilen. Aber im Volke ist die Meinung vorhanden, daß es möglich sein müsse, mehr zu gewähren, und daß Ersatz vorhanden ist, daß Kartoffeln in Hülle und Fülle vorhanden sind. Das Volk ist nicht so dumm; es weiß, daß große Bauern Tausende von Zentnern liegen haben und nur darauf warten, daß höhere Preise kommen. Darum ist großer und meiner Ansicht nach berechtigter Unwille vorhanden. Ich möchte den Wunsch unterstreichen, der auf Besserung dieser Verhältnisse geht, und der Herr Oberbürgermeister hat uns ja die Versicherung gegeben, daß nach dieser Richtung hin der Magistrat sein möglichstes tun wird und die Bevölkerung mit Kartoffeln zu versorgen trachten will. Es steht fest, den vierten Teil des Brotes gibt es weniger, und kein Mensch wird doch sagen, daß dieses Viertel Brot, welches gespart wird, früher vergeudet worden wäre.

**Stadtv. Riefe:** Die Erklärung des Herrn Stadtv. Ribbentrop war durchaus nicht am Platze, denn so ein alter Bursche, wie ich es bin, läßt sich nicht mehr belehren. Die Erklärung schlägt vollständig fehl. Ich habe gesagt, wenn diesen Maßnahmen nicht entgegengewirkt würde, dann tritt dergleichen ein. Und das ist selbstredend der Fall. Natürlich liegt es uns ebenso gut wie Ihnen fern, von irgend einem Standpunkte aus Uneinigkeit zwischen das deutsche Volk zu tragen. Davon müssen Sie belehrt sein, daß ich dazu ebensowenig imstande bin wie andere. Aber die Brotfrage wird eben verschieden beurteilt, und ich erkenne den Standpunkt des Herrn Dr. Kleinknecht nicht an; als Sachverständigen lasse ich ihn nicht gelten. Ich persönlich bin sachverständig in dieser Sache, denn wenn ich auch der Zweitälteste hier im Saale bin, so komme ich mit dem Quantum, das geliefert werden soll, nicht aus. Es wird gesagt, daß Kinder von 6 Jahren die meisten Brotkrinden wegwerfen. Wenn Sie in eine Arbeiterfamilie kommen, wo ein Kind nicht still sein will, dann werden Sie sehen, daß das erste ist, daß man ihm eine Brotkrinde gibt. Als 5jähriger Junge, als ich in die Schule ging, war meine Brotstulle größer als mein Buch — denn wir hatten damals nur die Bibel —, und einmal am Abend gab es nur Vorkost. Dann kam ich als 14jähriger Junge

in die Lehre. Da gab es überhaupt keine Vorkost, und Sie können sich denken, daß da meine Mutter öfter zu mir sagte: Du bist der richtige Brotwurm. Der bin ich geblieben, und so geht es zu, daß ich die Brotnahrung als die wichtigste und zuträglichste anerkenne, denn ich hatte leider früher keine andere Ernährungsweise kennen gelernt. Und so geht es noch vielen anderen. Ein Verwandter von mir, ein Eisenbahnbeamter, geht Montags früh aus dem Hause, fährt mit dem Güterzuge nach Hamm, dann muß er mit dem Personenzuge weiter und ist so von Montag bis Mittwoch unterwegs. Der Eisenbahnsekretär kocht nicht für ihn, und einen Sack voll Kartoffeln kann er sich auch nicht anhängen. So ist er schon gezwungen, die nötige Menge Brot mitzunehmen, und da wird das zugestandene Quantum nicht reichen. Ebenso geht es noch hundert anderen, so daß man einen einheitlichen Maßstab nicht anlegen kann.

Der Vorsitzende schließt die Besprechung.

---

**Vorsitzender:** Es liegt noch eine Eingabe der Herren Bäckermeister Keesse und Lochte vor, zu der Herr Stadtv. Diedmann beantragt hat, eine sofortige Beratung eintreten zu lassen.

**Stadtrat von Franckenberg:** Dieselbe Eingabe ist dem Magistrat zugegangen. Es entspricht der Gepflogenheit der Versammlung, dem Magistrat in der Behandlung solcher Eingaben freie Hand zu lassen. Es bedarf also, entsprechend dem bisherigen geschäftlichen Gebaren der Stadtverordnetenversammlung, der heutigen Behandlung über diese Eingabe nicht.

**Vorsitzender:** Nach dieser Erklärung nehme ich an, daß Herr Diedmann auf seinen Antrag wegen sofortiger Beratung verzichtet.

**Stadtv. Diedmann:** Ich möchte beantragen, wenn es irgend möglich ist, die Eingabe zu verlesen. Sie hat gerade Bezug auf die eben stattgefundene Besprechung, und ich glaube, die Herren würden befriedigt nach Hause gehen, wenn sie von der Eingabe Kenntnis genommen haben.

**Stadtrat von Franckenberg:** Bisher feststehender Grundsatz der geehrten Herren war: Wer sich gleichzeitig mit derselben Sache an Magistrat und Stadtverordnete wendet, möge warten, bis ihm der Bescheid vom Magistrat erteilt ist. Wenn er damit nicht sich zufriedengeben will, dann mag er sich an die Versammlung wenden.

**Vorsigender:** Nachdem Herr Dieckmann den Inhalt dieses Schreibens aufgenommen und den Antrag auf sofortige Beratung daran geknüpft hat, muß doch dieses Schreiben verlesen werden.

Außerdem liegt noch ein Antrag Stegmann vor, der zu begründen ist.

Das ganze Programm, das auf der Tagesordnung steht, kann heute wahrscheinlich doch nicht vollständig erledigt werden; die Herren müßten sich also entscheiden: Was wollen Sie heute noch erledigen?

Stadtv. **Loeschigt:** Ich wollte bitten, daß wir nach der sonstigen Gepflogenheit verfahren und nur das Schreiben heute verlesen.

Stadtv. **Sander:** Ich habe noch drei Referate, betreffend Anstellungen, und bitte, diese zuerst zu erledigen.

Stadtv. **Stegmann:** Ich bitte, meinen Antrag selbstverständlich heute noch zu beraten. Ich habe ihn früh genug eingebracht und beantrage, daß der Antrag als dringlich behandelt wird. Die Kartoffelnot ist vorhanden, und wenn wir überhaupt auf die Sache eingehen wollen, um Hilfe zu bringen, dann muß es heute geschehen, sonst hat es keinen Wert.

**Vorsigender:** Wollen die Herren mit der Beratung fortfahren, wie lange noch, und wo wollen Sie abbrechen?

Stadtv. **Loeschigt:** Da es sich in beiden Anträgen um einen Notstand handelt, möchte ich bitten, die Anträge mindestens zu hören. Darauf können wir uns schlüssig werden, ob wir sie besprechen wollen oder nicht. Wenn wir erreichen wollen, was von den Bäckern gefordert wird, dann können wir nicht warten, bis in drei Wochen wieder eine Sitzung ist.

**Vorsigender:** Das Schreiben der Herren Reese und Vochte lautet:

„Auf Anordnung des Magistrats der Stadt Braunschweig ist für gemischte Betriebe, Bäcker- und Konditoreien, das Kuchenbacken nur an den Tagen Freitag und Sonnabend gestattet. — Der Bezirksverband der Braunschweiger Bäckerinnungen bittet die Herren Stadtverordneten, diese Einschränkung aufzuheben, damit den Bäcker- und Konditoreien Gelegenheit gegeben ist, täglich die Herstellung von Kuchen und Konditoreiwaren vorzunehmen.

In den Städten Hannover, Hildesheim, Göttingen und sogar Helmstedt dürfen die gemischten Betriebe täglich Kuchen und Konditoreiwaren herstellen und

täglich verkaufen. Diese Städte liegen ebenso wie Braunschweig im Bereiche des 10. Armeekorps, und schon aus diesem Grunde dürfte unser Antrag verständlich sein.

Aber noch ein anderes wesentliches Moment trägt mit dazu bei, unseren Antrag als annehmbar hinzustellen. Durch die Herstellung von Backwaren wird, wie Sie aus nachstehender Aufstellung ersehen, eine gewaltige Menge an Mehl erspart werden, denn durch Verarbeitung von

10 Liter Milch zu Weißbrot bekommt man	50 Pfd. Teig,
10 " " " Zwieback " " "	60 " " "
10 " " " Kuchen " " "	80 " " "
10 " " " Semmel " " "	90 " " "
10 " " " Stollen " " "	100 " " "

Die größere Anzahl Pfunde ist erklärlich durch den Zusatz von Zucker, Butter, Korinthen, Sultaninen, Eiern, Mandeln und Gewürzen, und da großes Interesse vorliegt, die Hauptzusatzartikel zum Kuchen, Zucker, zu verwerten, und da weiter die gesamten Zusatzartikel in den gemischten Betrieben in größeren Quantitäten auf Lager sind, welche durch Nichtverarbeitung zum Teil dem Verderben ausgesetzt würden, zum anderen Teil aber auch der menschlichen Nahrung entzogen würden, so dürfte dieses ganz wesentlich dazu beitragen, das Verbot wieder aufzuheben und die tägliche Herstellung von Kuchen und Konditoreiwaren wieder zu gestatten. Weiter ist wohl zu beachten, daß infolge des Verbots des Kuchenbackens eine ganze Anzahl Bäckereibetriebe zugrunde gerichtet werden würde, und würden diese dadurch der Stadt als Steuerzahler verloren gehen.

Infolge der außerordentlich großen Versorgung der Einwohnerschaft der Stadt Braunschweig mit Brot durch die Landbäckereien sowie durch die Brotfabriken (es werden täglich ca. 20 000 Brote eingeführt) ist den Bäckereien der Stadt Braunschweig die Herstellung von Brot ohnehin arg beschnitten und sind die Bäckermeister seit mehreren Jahren immer mehr dazu übergegangen, um den Betrieb auszunützen, Feingebäck herzustellen. — Es ist wohl zu beachten, daß das Publikum die ihm zur Verfügung stehenden Brotmarken voll und ganz benötigt, um sich dafür nur Brot zu kaufen, und deshalb bittet der unterzeichnete Bezirksvorstand Braunschweiger Bäckerinnungen ergebenst, alle die Kuchenarten und Feingebäcke, die nur 10 Prozent Mehlezusatz oder mehrlartige Stoffe, wie Kartoffelmehl, Maispuder, Kastanien- oder Bananenmehl, enthalten, ohne Brotmarke in den freien Verkehr bringen zu dürfen.

Die genannten Artikel würden in ganz bedeutendem Maße dazu beitragen, die Roggen- und Weizenmehlvorräte zu strecken, und durch die Gelegenheit, diese verarbeiten zu dürfen, würden die gemischten Betriebe dann in der Lage sein, dem

Publikum eine weitere Anzahl Nahrungsmittel geben zu können. Wegen der Dringlichkeit dieses Antrages bitten die Unterzeichneten, doch nach Möglichkeit diesem sofort nahezutreten."

Dieses Schreiben hat Herr Diekmann als eigenen Antrag aufgenommen und sofortige Beratung beantragt. Der Magistrat hält für richtig, daß die Sache erst vom Magistrat beraten und beantwortet wird und dann eventuell hier.

Außerdem liegt ein Antrag des Herrn Stegmann vor. Er lautet:

„Um den zur Beseitigung des bestehenden Kartoffelmangels seitens der Stadt unternommenen Einkauf von Kartoffeln in ausreichenden Mengen zu ermöglichen, wolle die Stadtverordnetenversammlung beschließen, den Magistrat zu ersuchen,

1. bei dem Herzoglichen Staatsministerium dahin vorstellig zu werden, daß dieses veranlaßt, daß die Kartoffelvorräte im ganzen Herzogtume zur Verfügung der Kommunalverbände beschlagnahmt werden;

2. eine Eingabe an den Bundesrat zu richten, daß dieser die Beschlagnahme der Kartoffelvorräte im ganzen Reiche zur Verfügung der Kommunalverbände anordnet."

Auch diesen Antrag wünscht der Herr Antragsteller beschleunigt beraten zu sehen.

Die 12 Punkte, die sonst noch vorliegen, sehen die Herren in der Tagesordnung aufgezeichnet.

**Stadttrat von Frankenberg:** Ich erlaube mir zu empfehlen, die in der Eingabe beregte Angelegenheit nicht als dringlich zu behandeln, sondern nach dem üblichen Brauche vorzugehen. Nachdem der Herr Vorsitzende die Eingabe vorgelesen hat, werden die Herren gesehen haben, daß es sich im wesentlichen um Kuchen und Konditoreiwaren handelt. Ich überlasse es der geehrten Versammlung, zu entscheiden, ob das so dringlich ist, um von der bisherigen Gepflogenheit abzugehen.

**Stadtv. Dr. Jasper:** Es war das richtige Wort von dem Herrn Stadttrat, daß er es uns überlasse, zu entscheiden, ob die Angelegenheit dringlich ist. Wir bedürfen in dieser Weise nicht der Ratschlüsse des Magistrats.

Herr Stadttrat von Frankenberg hat gesagt, daß die gleiche Eingabe an den Magistrat gelangt sei, nicht gesagt hat er aber, ob der Magistrat zu diesem Antrage schon Stellung genommen hat, denn wenn Stellung von der Seite genommen ist, haben wir die Gepflogenheit gehabt, ruhig auch unsererseits Stellung zu nehmen. Ausnahmen aber sind immer zulässig je nach der Natur der Sache. Ich will mich zu dem Antrage aber nicht weiter äußern, weil die erwähnte Frage nicht geklärt



ist und Herr Diekmann auch selber seinen Antrag vertreten kann. Ich möchte nur um Aufklärung durch den Herrn Vorsitzenden bitten, wann diese Eingabe eingegangen ist und in welchem Augenblick Herr Diekmann diesen Antrag zu dem seinigen erhoben hat, um darnach schlüssig werden zu können, ob nicht die zeitlich zuerst zu behandelnde Sache die meines Freundes Stegmann sein würde, deren dringliche Natur den Herren schon genügend aus dem Wortlaut bekannt sein wird. Ich habe den Eindruck, als ob die Eingabe und der Antrag Diekmann zu Beginn der Sitzung noch nicht vorlagen, wohl aber der Antrag Stegmann zu Punkt 2, und dieser ist wohl auch sachlich der wichtigste. Ich bitte, diesen Antrag Stegmann gleich zu behandeln.

**Vorsitzender:** Der Antrag Reese und Lochte ist gleich zu Anfang der Sitzung hierher gebracht, und Herr Diekmann hat mir auch vor der Sitzung mitgeteilt, daß er den Antrag zu dem seinigen mache.

**Stadtrat von Frankenberg:** Ich darf auf die Anfrage des Herrn Dr. Jasper erwidern, daß die Eingabe an den Magistrat, die vom 4. März datiert ist, von mir hier vorgefunden ist. Eine Stellungnahme des Magistrats dazu hat also noch nicht stattfinden können und wird voraussichtlich in seiner Sitzung am nächsten Montag stattfinden.

**Stadtv. Hartung:** Ich glaube, daß die bisherige Gepflogenheit zu unrecht angerufen ist. Die Sache liegt so: Es ist ein Antrag beim Magistrat eingegangen und nicht derselbe Antrag bei der Stadtverordnetenversammlung, sondern hier hat Herr Stadtv. Diekmann einen Antrag als den seinigen eingereicht.

Im übrigen muß ich gestehen, daß ich mich nur dem anschließen kann, daß die Sache so absolut dringend nicht ist. Ich möchte meinerseits bitten, die Sache heute abzuweisen.

**Stadtv. Munte:** Wie können wir denn hier gleich ohne weitere Vorberatung über Kuchenbaden beschließen. Ich habe seit Weihnachten keinen Kuchen gegessen und weiß nicht, ob es überhaupt so dringend nötig ist, Kuchen zu baden. Ich weiß auch nicht, ob wir in der Lage sind, darüber sofort zu beraten. Herr Kollege Diekmann, können Sie uns für eine Beratung Unterlagen geben?

**Vorsitzender:** Ich bitte die Herren, abzustimmen, ob wir weiter auf die Sachen eingehen wollen, oder die Beratung der beiden Anträge auf die nächste Sitzung verschieben wollen.

**Stadtv. Wesemeier:** Wir hätten schon weiter sein können. Ich beantrage, daß der Antrag Stegmann heute noch behandelt wird.

**Vorsitzender:** Den Antrag, den Sie stellen, hat bereits Herr Stegmann gestellt. Ich habe gesagt, daß wir uns entscheiden wollen, ob wir jetzt Schluß mit der Sitzung machen wollen. Sie fördern damit die Geschäfte nicht, wenn Sie denselben Antrag stellen, sondern halten sie nur damit auf.

Ich wiederhole meine Frage. Diejenigen Herren, die für Schluß der öffentlichen Sitzung sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Zuruf.)

Stadtv. **Sander:** Über den Schluß der ganzen Versammlung können wir nicht abstimmen, weil wir voraussichtlich vor dem 1. April keine Sitzung haben.

**Vorsitzender:** Natürlich müssen wir vor dem 1. April noch eine Sitzung haben, denn es steht uns noch die Beratung des Etats bevor.

Für Schluß der öffentlichen Sitzung melden sich 11 Stadtverordnete, für Fortsetzung der Verhandlung die Mehrheit der Versammlung.

## 17. Antrag Diedmann auf sofortige Besprechung einer zu Beginn der Sitzung eingegangenen Eingabe der Bäckerinnung.

Stadtv. **Diedmann:** Ich will mich so kurz wie möglich fassen. — Die Eingabe der Bäckerinnung kommt bei unserer heutigen Lage wie gerufen, denn wenn Sie dem Antrage des Bäckerbezirksvereins stattgehen, so werden wir dadurch eine ganze Menge Mehl gewinnen. Wenn den Bäckern gestattet ist, für die Folge noch täglich Kuchen und anderes Gebäck herzustellen, zu welchem bis zu 10 Prozent Mehlgetreide verwendet werden darf, so wird ihnen Gelegenheit geboten, andere Mehlsorten, wie Kastanien- und Bananenmehl, zu verwerten, und so eine erhebliche Menge von Nahrungsmitteln gewonnen werden, welche dem Publikum zugute käme. Die nächste Folge müßte natürlich sein, daß dieses Gebäck ohne Abgabe von Brotmarken freigegeben wird, denn sonst hätte die Sache keinen Zweck. Es wurde heute schon ausgeführt, daß es vielen unmöglich wäre, mit 4 Pfund Brot pro Woche auszukommen. Ich glaube, es könnte keinen besseren Ausweg geben, als wenn Sie dem Antrage der Bäckerinnung nachkämen. Wenn der Verteilungsausschuß, der seinerzeit nicht dafür zu haben war, gewußt hätte, daß die Möglichkeit vorlag, in dieser Weise, wie die Bäckerinnung vorgeschlagen hat, helfend zu wirken, so wäre seinerzeit ihr Beschluß anders ausgefallen. Durch eine nicht sachgemäße Unterrichtung der Kommission — der Obermeister der Bäckerinnung ist zwar mit in der Kommission — ist dieser Beschluß zuwege gekommen. Ich möchte Sie bitten, dem Antrage des Bezirksvereins braunschw. Bäckerinnungen nachzukommen. Sie würden damit das richtige treffen und dem

Publikum einen großen Dienst erweisen, denn es wäre ihm dadurch Gelegenheit gegeben, sich gehörig satt essen zu können.

**Stadtv. Ribbentrop** (zur Geschäftsordnung): Wir sind nicht beschlußfähig.

Nachdem verschiedene der Herren Stadtverordneten den Saal wieder betreten haben, ist die Versammlung wieder beschlußfähig, was von dem Herrn Vorsitzenden festgestellt wird.

**Stadtv. Loeßigk**: Ich beantrage sofortige Besprechung.

**Oberbürgermeister Netemeyer**: Meine Herren! Nehmen Sie es nicht übel, daß ich in Ihre Geschäftsordnung eingreife. Ich halte es nicht für richtig, wie Sie die Sache behandeln. Es handelt sich hier nicht nur um eine Besprechung, sondern darum, daß der Antrag amtlich und sachlich beraten wird. Die ganze Begründung von Herrn Diekmann konnte nur dahin gehen, daß er bittet, den Antrag heute zu verhandeln, und jetzt soll die Debatte über diesen Antrag anfangen. Sind die Herren denn in der Lage, diese Sache zu beurteilen? Sie werden vermutlich sagen, wir unterbreiten den Antrag dem Magistrat. Da wäre es richtiger, sich an Sachverständige zu wenden, insbesondere haben Sie Ihren Verteilungsausschuß dafür. Wie kann man sagen, er hat sich schon damit befaßt, aber er verstand die Sache nicht, weil er nicht unterrichtet war? Ich bitte, anders zu verfahren.

**Vorsitzender**: Wird vorgeschlagen, den Antrag einer Kommission oder dem Verteilungsausschuß zu unterbreiten?

**Stadtv. Diekmann**: Sie dürfen mein Verfahren mir nicht übelnehmen. Heute um 12 Uhr kamen die Herren zu mir und baten mich, für sie einzutreten, was ich auch für richtig hielt. Ich habe deshalb die Sachen gleich eingereicht und glaubte die Angelegenheit zu beschleunigen, wenn ich auch dem Magistrat die Eingabe unterbreitete.

**Vorsitzender**: Es handelt sich jetzt darum, ob die Herren wünschen, daß die Eingabe einer Kommission unterbreitet wird.

**Stadtv. Dr. Jasper**: Geschäftsordnungsmäßig ist die Sache so zu behandeln, daß zunächst die Unterstützungsfrage gestellt wird, und nur dann, wenn der Antrag Diekmann genügend unterstützt wird, wird die Sache einer Kommission überwiesen. Wenn der Antragsteller Dringlichkeit beantragt, liegt die Notwendigkeit zur Überweisung an die Kommission nicht vor.

Ich bitte Sie, den Antrag nicht zu unterstützen.

**Vorsitzender:** Herr Stadtv. Dr. Jasper befindet sich im Irrtum. Es ist bereits der Dringlichkeitsantrag von Herrn Diekmann gestellt.

Stadtv. **Schmidt:** Ich folge den Ausführungen des Herrn Oberbürgermeisters, denn die Behandlung des Antrages ist für diese Versammlung recht schwierig. Der Herr Stadtrat von Frankenberg wird wissen, daß wir in der Sitzung des Verteilungsausschusses die Sache schon besprochen haben. Ich meine, so leicht läßt sich die Sache nicht übers Knie brechen, daß wir heute schon darüber entscheiden, denn die Folgen kann niemand absehen. In dem Ausschusse waren auch Fachleute vertreten, und das Ergebnis der Besprechung war, daß man sich über die Sache nicht einig werden konnte. Es wäre zwecklos, den Verteilungsausschuß noch einmal mit der Besprechung zu betrauen, es wäre das leeres Stroh dreschen.

Stadtrat **von Frankenberg:** Ich möchte freundlichst bitten, da eine Dringlichkeit für das Kuchenbacken nicht vorzuliegen scheint, den Antrag einer Kommission zu überweisen. Der Verteilungsausschuß hat sich schon mit der Sache befaßt, doch wird er sich, wenn er damit beauftragt wird, wieder damit befassen. Die Stadtverordnetenversammlung pflegt ja aber die ihr zugegangenen Eingaben durch ihre Kommissionen vorberaten zu lassen.

Der Antrag wird vom Vorsitzenden an die Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

## 18. Antrag Stegmann auf Veranlassung der Beschlagnahme der Kartoffelvorräte im Herzogtum und im ganzen deutschen Reiche.

Wortlaut des Antrages s. S. 709.

Stadtv. **Stegmann:** Angesichts der sehr vorgeschrittenen Zeit will ich mich kurz fassen. Ich habe über dieses Thema schon vorhin einige Ausführungen gemacht und habe es mit Freude begrüßt, daß der Magistrat zum Ankauf von Kartoffeln übergegangen ist. Mit meinem Antrage soll bezweckt werden, noch mehr Kartoffeln zu beschaffen, einmal dadurch, daß das Ministerium zugunsten der Gemeindeverbände die Beschlagnahme der Kartoffelbestände im ganzen Herzogtume anordnen soll. Es ist dies durchaus keine außergewöhnliche Maßnahme. Auf Grund der Bundesratsbestimmungen vom 4. August sind die Landesbehörden ermächtigt, solche Beschlagnahme vorzunehmen. Es ist in anderen Städten auch schon darnach verfahren. So hatte der Magistrat von Dessau 500 Zentner Kartoffeln eingekauft, er braucht aber 3000 Zentner, und die für ihn zuständige Kreis-

direktion hat sich ohne weiteres bereit erklärt, in ihrem Bezirke eine Beschlagnahme zu dem Zwecke vorzunehmen. Über den Wert der Kartoffeln für die Volksernährung brauche ich wohl nicht zu sprechen, es ist darüber schon genug gesagt und geschrieben worden. Ist aber, so muß man fragen, die Kartoffelnot hervorgerufen durch ein Naturereignis, haben wir eine Mißernte gehabt? Das ist nicht der Fall. Sie wissen, daß wir eine verhältnismäßig gute Ernte gehabt haben. Sie steht allerdings etwas zurück gegen die Kartoffelernte in den beiden Vorjahren 1912 und 1913, wo etwas über je 500 Millionen Doppelzentner geerntet wurden, während im Vorjahre 470 Millionen Doppelzentner eingebracht sind. Dennoch aber war die Ernte im vorigen Jahre um 22 Millionen Doppelzentner höher als der Durchschnitt der Ernten der letzten 10 Jahre. Daß der Verbrauch an Kartoffeln wesentlich größer geworden ist, bezweifle ich. Es ist zwar durch die Proviantämter eine große Menge Kartoffeln für das Heer aufgekauft worden, durch die eingetretene Ersparnis ist aber ein guter Teil davon wieder herausgekommen. Hinzu kommt, daß durch die Einschränkung der Stärke- und Spiritusfabrikation, die ungefähr 45 Millionen Doppelzentner verbraucht, rund 25 Millionen Doppelzentner gespart worden sind. Man kann also annehmen, daß die Verhältnisse dieselben geblieben sind wie in den Vorjahren. Eins kommt allerdings als nachteilig für den Kartoffelvorrat hinzu: daß zur Streckung des Roggenmehls bei der Brotbereitung Kartoffelpräparate verwandt werden. Es wird angenommen, daß zur Bereitung von Kartoffelmehl und Kartoffelflocken in 10 Monaten 50 Millionen Doppelzentner verbraucht werden. Da aber die Kartoffelernte eine gute war, so ist von sachmännischer Seite berechnet worden, daß ohne übermäßige Verfütterung der Kartoffeln mit dem Vorrat gut auszukommen ist. Wenn das trotzdem nicht geschieht, so liegt das einerseits daran, daß die landwirtschaftlichen Betriebe durch die Beschlagnahme des Getreides zum Teil auf die Kartoffelfütterung angewiesen sind. Bei den Großgrundbesitzern trifft das nicht zu, denn es steht fest, daß sie die Kartoffeln nur zurückhalten, sie in ihren Mieten liegen lassen, um sie später zu noch höheren Preisen zu verkaufen. Selbstverständlich muß da eingegriffen werden. Ich wollte nicht so weit gehen, zu beantragen, daß der Magistrat selbst die Beschlagnahme in unserem kleinen Gebiete vornimmt, richtiger ist, die Beschlagnahme wird von der Landesregierung im ganzen Herzogtum vorgenommen. Aber auch dieses wäre nur eine halbe Maßregel, denn vielleicht sind im Hinblick auf einzelne landwirtschaftlich ungünstige Bezirke insgesamt gar nicht genügend Kartoffeln im Herzogtume vorhanden. Deshalb ist es nötig, daß auch das Reich einschreitet. Weite einflußreiche Kreise haben sich in dieser Richtung ausgesprochen, und auch der Vorstand unserer Partei, die Zentralkommission der Gewerkschaften, die während des Krieges in ständigen Verhandlungen mit der Regierung stehen, haben schon im August vorigen Jahres wirt-

schaftliche Maßnahmen, insbesondere Beschlagnahme der Kartoffelvorräte, erfordert. Sie hätte längst eingreifen müssen. Und die Maßnahme, die die Regierung durch Erhöhung des Kartoffelpreises getroffen hat, war eine verkehrte. Es sollte durch die Hochschraubung der Höchstpreise bewirkt werden, daß die Landwirte die Kartoffeln nicht an das Vieh verfüttern, sondern auf den Markt bringen. Besserung nach dieser Richtung ist aber nicht eingetreten, denn durch die hohen Viehpreise machen die Landwirte immer noch ein gutes Geschäft, wenn sie selbst die teuren Kartoffeln verfüttern. Eine derartige Mitteilung von landwirtschaftlicher Seite fand ich erst heute wieder im „Hannoverschen Courier“. Es ist endlich an der Zeit, daß etwas geschieht und Ernst gemacht wird, der Kartoffelnot abzu- helfen. Nötiger und dringender noch als die Verfütterung der Kartoffeln an das Vieh ist ihre Verwendung für die Erhaltung der Menschen, und wenn es auch nicht möglich sein sollte, den Viehstand zu halten; erst kommen die Menschen, wenn es nicht anders geht, dann muß das Vieh geschlachtet werden. Die deutsche Bevölkerung hat lange genug Geduld bewiesen. Ich verweise auf die vorherige Debatte über das Vorgehen der Kriegsgetreidegesellschaft, wie diese den Preis des Mehles immer mehr in die Höhe treibt. Ähnliche Manipulationen soll die Trocken- Kartoffel-Verwertungs-Gesellschaft gemacht haben, so daß dieser Tage dem Reichs- kanzler eine Eingabe eingereicht ist, in der ganz entschieden gegen die Spekulation, gegen die Zurückhaltung des Kartoffelmehls und der Kartoffelflocken, um die Preise hochzuhalten, protestiert wird. Und diese Gesellschaft ist eine solche, die genau wie die Kriegsgetreidegesellschaft unter der Leitung der Reichsregierung steht. Da muß man zweifeln, daß man ernstlich bestrebt ist, dem Notstande ab- zuhelfen. Was nützt es uns, daß wir uns erregen über die Taten der Engländer, die Deutschland aushungern wollen, während wir im eigenen Vaterlande eine Menge Leute haben, denen es nur darauf ankommt, ihren eigenen Profitinteressen zu dienen, die ebenso an der Aushungerung teilnehmen, denen es nur darauf an- kommt, etwas für sich aus den hohen Kartoffelpreisen herauszuholen . . .

(Glocke des Vorsitzenden. Der Redner spricht weiter. Energisches Klingeln des Vorsitzenden. Empörter Widerspruch und lebhaftes Aufregung in der Ver- sammlung.)

**Vorsitzender:** Ich muß es durchaus rügen, daß hier derartige Vorwürfe der Nation gemacht werden, daß ihr Verhalten gleichgestellt wird mit der Aushunge- rung, wie sie uns von seiten der Engländer gedroht wird. Ich rufe den Redner deswegen zur Ordnung.

Stadtv. **Stegmann** versucht das Wort zu nehmen. Erneutes Klingelzeichen des Vorsitzenden, während dessen Stadtv. Stegmann weiterspricht.

**Vorsitzender:** Ich bitte Sie, meinen Anordnungen zu folgen, sonst muß ich Ihnen das Wort entziehen.

**Vorsitzender:** Ich stelle die Unterstützungsfrage für den Antrag Stegmann. — Der Antrag ist genügend unterstützt. Ich überweise ihn dem Ausschuß für die Brotverteilung zur Vorberatung und schließe die öffentliche Sitzung.

Dauer der Sitzung von 4¼ bis 9¼ Uhr.

---

# Bericht

über die

## Verhandlungen der Stadtverordneten

### zu Braunschweig

in deren Sitzung am 18. März 1915.

#### Tagesordnung:

1. Dringlichkeitsantrag Schön: Wahl einer Kommission zur Vorbereitung der Wahlen der Kommissionen und Deputationen. . . . . Seite 719
2. Beratung des Stadthaushaltzplanes für 1915/16 . . . . . " 720
3. Bohnübersicht für 1915/16 . . . . . " 769
4. Errichtung eines Anbaus an das Rathaus sowie einer öffentlichen Bedürfnisanstalt auf dem östlichen Rathaushofe . . . . . " 770
5. Zeichnung der Kriegsanleihe durch die städtischen Beamten. . . . . " 772
6. Anlauf von Flächen zum Ausbau der Straße 114 b . . . . . " 772

Am Magistratsstische die Herren Oberbürgermeister **Kettemeyer**, Bürgermeister **Meyer**, Stadträte **von Franckenberg**, **Konegen**, **Mohr**, **Schöttler**, **Wagner** und Stadthaurat **Gebensleben**.

Wegen Einberufung zum Kriegsdienste fehlen die Herren Stadtvv. **Schulze**, **Weichsel**, **Dr. Wolters** und **Dr. Boge**.

Entschuldigt die Herren Stadtvv. **Schhardt**, **Hartung** und **Ohlendorf**.

Stellvertretender Vorsitzender **Frühling**: Ich eröffne die Sitzung.

Gingegangen ist ein Antrag von Herrn Schön, der folgenden Wortlaut hat:

„Der Unterzeichnete stellt folgenden Antrag mit der Bitte um dringliche Beratung:



1. Die Stadtverordnetenversammlung wolle eine Kommission wählen, welche die in der Versammlung vorzunehmenden Wahlen vorbereitet und dieser entsprechende Wahlvorschläge macht.

2. Diese Kommission soll bestehen

- a) aus den jeweiligen Vorsitzenden der vier Kommissionen (Statuten-, Finanz-, Bau- und Schulkommission),
- b) aus weiteren sieben hinzuzuwählenden Stadtverordneten.

3. Für den Fall der Annahme von 1 und 2 schlage ich zu 2 b folgende sieben Herren vor: Jasper, Riefe, Steinbrecher, Munte, Sander, Hartung und Frede."

Gleichzeitig mit Vorlegung dieses Antrages ist von dem Herrn Antragsteller an mich das Ersuchen gerichtet, diesen Antrag mit Rücksicht auf seine Dringlichkeit vor der aufgestellten Tagesordnung beraten zu lassen. Ich frage an, ob die Herren damit einverstanden sind, daß wir diesen Antrag vorweg erledigen.

**Stadtv. Stegmann** (zur Geschäftsordnung): Ich habe in der vorigen Versammlung einen dringlichen Antrag, betreffend Beschlagnahme der Kartoffelvorräte, gestellt. Der Antrag ist nicht nur nicht dringlich behandelt worden und seine Behandlung verschoben, sondern ich finde auch, daß er merkwürdigerweise heute nicht auf der Tagesordnung steht. Das scheint mir ein eigenartiges Verfahren zu sein, und ich möchte deshalb an den Herrn Vorsitzenden die Frage richten, aus welchem Grund der Antrag nicht auf die Tagesordnung gesetzt ist.

**Stadtrat von Franzenberg:** Dieser Antrag ist von dem Herrn Vorsitzenden als so dringlich betrachtet, daß er ihn sofort an den städtischen Ausschuß, der sich mit der Regelung der Brotverteilung zu befassen hat, überwiesen hat. Dieser Ausschuß hat sich einstimmig für den Antrag ausgesprochen. Im Magistrat hat der Antrag seinen Siegeslauf fortgesetzt, und es ist vom Magistrat sofort an das Staatsministerium weiter berichtet. Durch dieses Vorgehen ist also, vollkommen im Sinne des Herrn Antragstellers, die Befürwortung der Beschlagnahme der Kartoffeln seitens des Ministeriums zu erreichen versucht und damit der Antrag erledigt worden.

**Vorsitzender:** Ich darf wohl annehmen, daß der Herr Antragsteller durch diese Auskunft befriedigt ist. Da sich gegen sofortige Behandlung des Antrages Schön kein Widerspruch erhoben hat, erteile ich dem Herrn Antragsteller das Wort zur Begründung.

# 1. Dringlichkeitsantrag Schön: Wahl einer Kommission zur Vorbereitung der Wahlen der Kommissionen und Deputationen.

(Wortlaut des Antrages s. vorige Seite.)

Stadtv. **Schön:** Angesichts der heutigen Tagesordnung will ich mich ganz kurz fassen.

Das umfangreiche Wahlgeschäft, das uns in der nächsten Stadtverordnetenversammlung bevorsteht, kann einigermaßen befriedigend nur dann verlaufen, wenn Vorarbeiten dazu geleistet werden, das heißt, wenn Wahlvorschläge vereinbart werden, die einige Aussicht auf Annahme der Versammlung haben. Diese Arbeit kann nur in einem Wahlausschuß geschehen, dessen Mitglieder den verschiedenen Seiten des Hauses angehören. Eine Rücksprache mit mehreren Kollegen hat mir die Überzeugung aufgedrängt, daß der frühere Seniorenkonvent hierzu weniger geeignet erscheint als eine im Sinne des vorliegenden Antrages zusammengesetzte Kommission.

Der Antrag sieht eine 11gliedrige Kommission vor, darunter zunächst die vier jeweiligen Vorsitzenden unserer Hauptkommissionen. Zurzeit sind dies die Herren Frühling, Meyerhoff, Friede und meine Wenigkeit. Dem etwaigen Einwande, daß zwei dieser Herren am 1. April ausscheiden, dürfte wohl entgegengehalten werden können, daß die diesmalige Tätigkeit der Kommission vor Ablauf dieses Monats stattfinden muß, und daß es nur der Sache dienlich sein kann, wenn die Mitarbeit dieser langjährig bewährten und erfahrenen Herren Kollegen noch erreicht werden kann. Als weitere Mitglieder der Kommission bitte ich hinzuzuwählen die Herren Dr. Jasper, Kiefe, Steinbrecher, Munte, Sander, Hartung und Frede.

Ich habe über die Sache mit Kollegen von den verschiedenen Seiten des Hauses gesprochen und Zustimmung zu meinen Vorschlägen gefunden. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß auch die heutige Versammlung ihre allgemeine Zustimmung zu meinem Antrage aussprechen wird.

Auf Anfrage des Vorsitzenden wird der Antrag hinreichend unterstützt. Die Versammlung ist mit der sofortigen Beratung einverstanden.

Stadtv. **Loeschigt:** Ich möchte die Herren bitten, ohne lange weitere Aussprache die Vorschläge des Herrn Geheimrat anzunehmen.

Weitere Meldungen zum Wort erfolgen nicht. Der Antrag wird nacheinander in seinen Punkten 1, 2 und 3 angenommen. Damit sind die unter 2 a und 3 genannten Herren durch Zuzug gewählt.

## 2. Beratung des Stadthaushaltsplanes für 1915/16.

**Vorsitzender:** Bei der Beratung werde ich in gleicher Weise, wie es in der Kommission geschehen ist, die einzelnen Punkte derartig zur Beratung stellen, daß wir immer abteilungsweise die Kapitel und die unter dem Kapitel befindlichen Abteilungen durchberaten, und zwar erst die Einnahme und dann die Ausgabe. Ich werde zunächst die jeweilige Einnahme seitenweise zusammenfassen und darüber Abstimmung stattfinden lassen und dann jedesmal ebenso die Ausgabe. Ich bitte die Herren, sich darnach bei ihren etwaigen Anträgen einrichten zu wollen.

Eine Generaldebatte wird sich hauptsächlich zu beziehen haben auf die Frage der Steuererhöhung oder der Belassung bei der jetzigen Steuer. Es ist in der Kommission zweckmäßig erschienen, diese Debatte erst nach Erledigung des Etats vorzunehmen. Wenn kein Widerspruch sich erhebt, werde ich auch heute so verfahren. — Widerspruch erhebt sich nicht. Wir beginnen mit dem Kapitel I. Ich bitte den Herrn Referenten, das Wort zu nehmen.

### Voranschlag der Rämmereikasse.

#### A. Ordentliche Einnahmen und Ausgaben.

##### Kap. I. Rämmereivermögen.

##### Abteilung I. Von den Gebäuden.

Stadtv. **Munte** (als Referent): Ich nehme an, daß die geehrten Herren die Bemerkungen, die der Magistrat in seinem Begleitschreiben gegeben hat, durchgelesen haben, Besonders zu der Einnahme habe ich nicht zu bemerken.

Das Wort wird nicht gewünscht.

Stadtv. **Munte:** Bei der Ausgabe handelt es sich um die Aufwendungen für die Gebäude. Ich habe nur zu bemerken, daß zu Seite 7 (unter Nr. 4, Wirtschaftsgebäude im Stadtpark) seitens der Kommission die Anregung gegeben wird, der Magistrat möge der Stadtverordnetenversammlung demnächst eine Aufstellung über die Rentabilität der beiden Wirtschaftsgebäude im Stadtpark und im Bürgerpark geben, was der Magistrat in der Kommission zugefagt hat.

Stadtv. **Lauer:** Es wird ja im allgemeinen immer von Interesse sein, bei einem Unternehmen buchmäßig festzustellen, ob es sich rentiert oder nicht. Natür-

lich trifft das auch auf das Wirtschaftsgebäude im Stadtpark zu. Sollte sich aber nach den jetzt verlangten genaueren Abrechnungszahlen herausstellen, daß die Stadt nicht ganz günstig bei den Wirtschaftsgebäuden im Stadtpark abschließt, so bin ich dennoch der Ansicht, daß trotzdem nach wie vor die gleichen Opfer für das Stadtparkgebäude gebracht werden müßten. Es ist ja bekannt, daß der Restaurationsbetrieb und der sonstige Stadtparkverkehr sich kaum voneinander trennen lassen. Sollte der Restaurationsbetrieb irgendwie durch Ersparnisse an den Ausgaben für das Wirtschaftsgebäude eingeschränkt werden, so würde eine der ersten Erholungsstätten der Stadt davon betroffen werden, die von dem größten Teile unserer Mitbürger, namentlich zur Sommerzeit lebhaft aufgesucht wird. Das ist nicht erwünscht. Ich betrachte vielmehr das Wirtschaftsgebäude und den Restaurationsbetrieb im Stadtpark gewissermaßen mehr als eine philanthropische Anstalt. Es wäre deshalb zu wünschen, daß nach der angegebenen Richtung dem Pächter eine Schmälerung nicht entsteht.

Stadtv. Dr. **Jasper**: Ich bitte Sie, trotz der Ausführungen des Herrn Kollegen Lauer dem Antrage des Ausschusses zuzustimmen, denn das, was Herr Lauer als mit dem Antrage geplant, befürchtet, war gar nicht die Absicht der Ausschußmitglieder. Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich bekenne, daß ich mit den Antrag angeregt habe. Unsere Absicht ist lediglich, dieses Unternehmen wirtschaftlicher zu gestalten, die Quellen der bisherigen Unwirtschaftlichkeit für die Dauer in einigermaßen angemessenen Grenzen zu halten, und eine solche Untersuchung kann keinem der Herren unangenehm sein. Was werden soll, bleibt der späteren Beschlußfassung nach der gegebenen Aufklärung vorbehalten.

Stadtv. **Nietz**: Ich stehe auf demselben Standpunkte wie der Herr Vorredner. Die Entwicklungsgeschichte des Stadtparks kenne ich wohl am besten von allen den Herren, die hier sind, und habe das bereits in der Kommission dargelegt. Ebenfalls habe ich dort ausgeführt, wie eine Verbesserung im Wirtschaftsgebäude des Bürgerparks vorgenommen werden solle, wo ein dunkler Raum vollständig tot daliegt — der Pächter hat mich darauf aufmerksam gemacht. Der Übelstand ist durch ein einfaches Mittel, das im Höchstfalle 300 M. kosten würde, zu beseitigen. Der Bürgerpark ist ein ebenso beliebter Ausflugsort wie der Stadtpark und wohl noch näher gelegen, sonst aber sind beide gleichwertig, und beide Wirtschaften sind Pächtern übergeben, die unermüdlich ihre Pflicht im städtischen Interesse erfüllen und über die meines Wissens keine Klagen vorgebracht werden können.

Ich habe Herrn Baurat Osterloh schon auf den tot daliegenden Raum im Gebäude des Bürgerparks aufmerksam gemacht, und es wurde von ihm gesagt,

daß bei Aufstellung des Stats auf eine Abstellung Rücksicht genommen werden soll. Das ist aber nicht geschehen; ob es vergessen worden ist, weiß ich nicht, und ich bitte um Aufklärung darüber. Außerdem wäre noch manches besser einzurichten. Der Platz vor dem Parkhause ist zu klein, und man hat diese Stelle einer ihrer besten Zierden beraubt, indem man die beiden Steinbilder wieder fortgenommen hat. Warum stellt man sie nicht auf den großen Rasenplatz und legt dort ein paar Blumenbeete an, was dem Komfort in anderen Städten entsprechen würde? Die Stadt müßte doch darauf bedacht sein, den Platz so herzurichten, wie es einer Großstadt würdig wäre.

Erwähnen möchte ich noch, daß der Schaden durch den Schneedruck an vielen Bäumen und Sträuchern noch nicht ausgebessert ist. Ferner ist die Aufsicht bei der Frauenbadeanstalt und dem Sonnenbad mangelhaft. Die Schuljungen springen und laufen oft auf den niedrigen und flachen Pappdächern umher, wodurch dieselben beschädigt werden.

Bürgermeister **Meyer**: Ich habe schon in der Kommission gesagt, daß eine Anregung, betreffend Umgestaltung des dunklen Raumes im Bürgerparkgebäude, dem Magistrat nicht gegeben ist. Ich habe nach der Kommissionsitzung Gelegenheit genommen, mit Herrn Baurat Osterloh über diesen Punkt zu sprechen; er erklärte, daß er sich erinnere, über die Sache mit Herrn Rieke gesprochen zu haben, daß das seiner Erinnerung nach aber einige Jahre zurückliege. Ich kann nur wiederholen, daß dem Magistrat eine bezügliche Anregung anläßlich der Statsvorberatung nicht gegeben ist. Wenn Herr Rieke die Sache so sehr am Herzen liegt, so hätte er ja durch Stellung eines Antrages oder sonstwie Anregung geben können. Früher ist der fragliche Raum als Schlafraum benutzt, und mit Recht wurde an dieser Benutzung Anstoß genommen. Nachdem aber im vergangenen Jahre der Erweiterungsbau ausgeführt ist, hat die Person, die dort geschlafen hat — ich glaube, es ist der Wirt selber —, einen angemessenen und den Vorschriften der Bauordnung in jeder Beziehung entsprechenden Schlafraum in dem Neubau bekommen. Im übrigen hat mir Herr Stadtbaurat Osterloh gesagt, daß der Wirt mit dem dunklen Raume durchaus zufrieden sei, er benutze ihn als Lagerraum.

Was die Ausstellungen des Herrn Rieke an dem Platze vor dem Restaurant angeht, so wissen die Herren, daß Herr Promenadeninspektor Kreiß bemüht gewesen ist, diesem Teile des Parks ein besonders freundliches Ansehen durch Anlage von Rosenbeeten zu geben; später sind denn auch die beiden Figuren aufgestellt, die nachher wieder weggenommen sind. Ich bin überzeugt, es wird dem Wunsche auf weitere Ausgestaltung des Bürgerparks vom Magistrat gern Folge gegeben werden, besonders, wenn Mittel für Blumenschmuck zur Verfügung gestellt werden.

Sodann hat Herr Niese den Vorwurf erhoben, daß die Pflege des Parks zu wünschen übriglasse. Ich bin vorgestern durch den Park gegangen und habe die Arbeiter, die dort zurzeit noch beschäftigt sind, alle fleißig bei der Arbeit gefunden, und auch an den Orten, an denen wirklich Arbeit zu verrichten war. Selbstverständlich kann nicht von den vorhandenen 15 Arbeitern der ganze Park in acht Tagen in Ordnung gebracht werden; darüber geht das ganze Frühjahr hin.

Im übrigen bin ich gern bereit, die Sachen, die Herr Niese im Auge hat, zu prüfen und, wenn es möglich ist, Abhilfe zu schaffen.

Stadtv. **Niese:** Ich bedauere, daß ich dem Herrn Bürgermeister widersprechen muß. Meine Anregung liegt nicht Jahre zurück. Ich habe verschiedentlich davon gesprochen, und auch der Wirt des Bürgerparks hat einen Antrag wegen des Raumes gestellt. Er hat gestern noch erklärt, der Raum sei vollständig leer. Es ist nur ein Teil des Schlafrumes, nicht der ganze, von dem ich spreche. Ich glaube, wenn Sie die Zustände dort sähen, würden Sie den Kopf schütteln.

Übrigens geht mich der Bürgerpark nicht mehr an, als Sie alle. Wenn wir ein solches Etablissement haben, dann muß es auch so im Stande sein, daß es sich sehen lassen kann. Vor Jahren haben wir das alte Schützenzelt von der Masch her übernommen, welches die Bauern als Kornspeicher aufzustellen beabsichtigten. Auf Anregung des Herrn Stadtv. Lange ist es nach dem Bürgerpark versetzt. Die Fenster stammten noch aus dem Jahre 1850 und waren so schlecht im Stande, daß sie alle mit Baumwolle verstopft werden mußten. Da habe ich einen Antrag gestellt, und es wurden 800 M für neue Fenster verwilligt. Die Steinbilder waren zur Zierde vor dem Parkhause aufgestellt. Warum nimmt man sie jetzt weg? Ist das Publikum, das auf dem Plage vor der Wirtschaft verkehrt, nicht ebenso vollwertig wie das auf den Tennisplätzen? Ich weiß wohl, die Steinbilder hatten früher bei dem Hause gestanden, das jetzt bei den Tennisplätzen aufgestellt ist. Aber wenn sie auf ihren alten Standpunkt gesetzt werden sollten, dann hätte man sie ja nach Salzdlum bringen müssen, weil sie dort herkommen. Ich wundere mich, daß man so etwas gemacht hat, ohne daß wir hier etwas davon erfahren.

Bürgermeister **Meyer:** Ich bleibe dabei: eine Anregung wegen Änderung des dunklen Raumes ist dem Magistrat nicht gegeben, auch während der letzten sechs Wochen nicht. Was die Sandsteinfliguren betrifft, so erinnere ich daran, daß sie aus dem vormals Abt Jerusalemischen Hause an der Goßlarischenstraße stammen und der Stadt frei zur Verfügung gestellt sind. Sie fanden zunächst vor dem Parkrestaurant Aufstellung, wurden aber später, nachdem das Abt Jerusalemische Haus in der Tennisplatzanlage wieder auferstanden war, auf Wunsch der Tennis-

vereinigung und des einheitlichen Stils wegen mit ausdrücklicher Genehmigung der Park-Deputation in der näheren Umgebung dieses Hauses aufgestellt. Das ist der Hergang.

Eine weitere Wortmeldung erfolgt nicht. Abteilung I gilt als angenommen.

## Abt. II. Rieselanlagen.

Stadtv. **Munte:** Zu diesem Kapitel ist noch ein Anhang auf Seite 376—378 gegeben, der nachher zur Beratung kommen wird. Der Überschuß beträgt in diesem Jahre nur 29 100 *M* gegen 46 000 *M* im vorjährigen Anschlage.

**Vorsitzender:** Wenn sich kein Widerspruch erhebt, stelle ich die Beratung über dieses Kapitel zurück bis zur Erledigung der Anlage über das Rieselgut.

Abt. III und IV ohne weitere Besprechung.

## Abt. V. Neustadtmühle.

Stadtv. **Munte:** Auch bei diesem Kapitel hat sich keine Beanstandung ergeben.

Stadtv. **Schmidt:** Bei der Einstellung der Einnahmen für die Neustadtmühle ist dieselbe Summe von 52 000 *M* wie im Vorjahre wieder eingestellt. Ich hatte Bedenken, ob bei der jetzigen Zeit wirklich der Mahllohn sich erreichen ließe. Nach der Erklärung, die Herr Stadtrat von Frankenberg in der Kommission gegeben hat, ist dies allerdings zu erwarten. Ich möchte die Bitte aussprechen, soweit eine Einwirkung auf die Kriegsgetreidegesellschaft möglich ist, dahin zu wirken, daß der Mühle Korn zur Vermahlung überwiesen wird, damit sich tatsächlich die im Voranschlage aufgeführte Summe erübrigen läßt. Bisher konnte man sehen, daß die Kriegsgetreidegesellschaft, soweit sie die Mühlen mit der Vermahlung bedacht hatte, die Neustadtmühle gegenüber den auswärtigen Mühlen zu kurz kommen ließ. Nach dem, was der Herr Stadtrat erklärt hat, wird sich das in der Zukunft ändern, indem die Kriegsgetreidegesellschaft die Neustadtmühle mehr als bisher mit dem Ausmahlen bedenken wird.

Stadtrat **von Frankenberg:** Die Anregung des Herrn Schmidt bewegt sich in derselben Richtung wie die Wünsche, die der Magistrat heute beim Herzoglichen Staatsministerium geltend zu machen beschlossen hat. Diese Wünsche gipfeln darin, daß unsere Neustadtmühle nicht nur deshalb, damit wir mehr Mahllohn bekommen, sondern auch damit wir bei Festsetzung des Mehlspreises mit ein Ausschlag gebendes Wort bekommen, möglichst beschäftigt werden möchte. Bei der Gelegenheit kann ich mitteilen, daß der Magistrat heute morgen zu dem Beschlusse

gekommen ist, von übermorgen ab den Roggenmehlpreis in der Stadt auf 32,50 *M* für den Doppelzentner festzusetzen, also erheblich niedriger als von der Kriegsgetreidegesellschaft bestimmt ist. (Bravo!) Hand in Hand damit ist beschlossen worden, daß nach einem Zeitraum von drei Tagen, also vom Dienstag ab, der Preis für das Roggeneinheitsbrot von 4 Pfund auf 75 Pf. herabgesetzt wird. (Bravo!) Wir hoffen sehr, daß wir diese zugunsten der ganzen Bevölkerung dienende Herabsetzung aufrechterhalten können. Wir werden dazu nur imstande sein, wenn uns ausgiebig Roggen zur Vermahlung überwiesen wird, und wenn dabei sowohl das Herzogliche Ministerium wie die Kriegsgetreidegesellschaft hinter uns stehen.

**Stadtv. Schmidt:** Die Erklärung, die Herr Stadtrat von Frankenberg eben abgegeben hat, wird zweifellos die ganze Bevölkerung Braunschweigs erfreuen und ebenso auch uns, die wir im Kriegsverteilungsausschuß uns die größte Mühe gegeben haben, diese hohen Mehlpreise, die seitens der Kriegsgetreidegesellschaft festgesetzt waren, hinunterzubringen. Da Zweifel an dem Erfolge unserer Bemühungen auftauchten und es doch im letzten Augenblicke möglich gewesen ist, unsere Bestrebungen zu verwirklichen, so erinnere ich daran, daß wir durch volle Beschäftigung der Neustadtmühle in der Lage sein werden, den MehlpPreis mit bestimmen zu können. Daß die Angelegenheit so schnell erledigt ist, ist mir ein Beweis dafür, daß, wenn der Magistrat und der Verteilungsausschuß ernstlich sich bemühen, und wenn fest zugesagt wird, sich wohl etwas erreichen läßt, und daß wir ohne dieses Zusagen nicht so weit wären. Man freut sich darüber, daß die Bemühungen von Erfolg gekrönt sind.

Eine weitere Aussprache findet nicht statt; Abteilung V gilt als genehmigt.

#### Abt. VI. Feuerbestattungshalle.

**Stadtv. Munte:** Diese Abteilung ist neu im Haushaltsplan. Die Feuerbestattungshalle wird demnächst in Betrieb genommen werden. In den Erläuterungen hat der Magistrat seine Ansicht, wie sich der Ertrag aus den Gebühren mutmaßlich stellen wird, ausgesprochen. Man muß abwarten, ob sich die Einnahmen und Ausgaben so gestalten werden. Der Ausschuß hat den Anschlag so belassen, wie er vom Magistrat aufgestellt ist.

Da das Wort nicht begehrt wird, gilt Abt. VI als genehmigt.

#### Abt. VII. Unbebaute Grundstücke.

**Stadtv. Munte:** In der Ausgabe, Seite 31 hat sich ein kleiner Druckfehler eingeschlichen, indem der Sezer bei Nr. 7, Instandsetzung des Kinderspielflazes an



der Juliusstraße eine „800“ gesetzt hat, die fortfallen muß. Dafür muß die „100“ von der folgenden Reihe heraufgerückt werden. Der Druckfehler wird in den noch fertigzustellenden Exemplaren des Haushaltsplanes beseitigt; die in unserem Besitze befindlichen lassen sich nicht anders als handschriftlich ändern.

Ohne weitere Besprechung; die Abtheilung gilt als genehmigt.

Abt. VIII und IX. Ohne Besprechung.

Abt. X. Kapitalforderungen und Kapitalschulden.

Unterabtheilung A I und II ohne Besprechung.

Stadtv. **Munte:** (zu Unterabtheilung III, Ausgabe): In der Kommission war die Frage angeregt, wieso die 150 000 *M* für die Verzinsung der beim Leih-  
hause aus Anlaß des Krieges aufgenommenen und im nächsten Jahre noch auf-  
zunehmenden Anleihen in den Etat gestellt sind. Die Frage war von dem Frage-  
steller wohl deswegen gestellt, weil der ganze Etat nach Ansicht des Magistrats  
als Friedensetat aufgestellt sei. Natürlich hat aber der Magistrat geglaubt, die-  
jenigen Ausgabeposten, die bestimmt zu erwarten sind, aufnehmen zu sollen. Die  
Kommission hat in ihrer Mehrheit diese Ausgabe bewilligt.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Herr Munte hat ganz richtig verstanden, es war das  
der Punkt, auf den ich das Augenmerk der geehrten Herren hinlenken wollte. Es  
ist gesagt, daß im nächsten Jahre eine Zinsenlast von 150 000 *M* für die Ver-  
zinsung derartiger Anleihen, die vor allem durch die Kriegsbedürfnisse entstanden  
sind, voraussichtlich zu erwarten ist. Zu sagen, welche Kapitalien aufgenommen  
werden müssen, ist natürlich dem Magistrat ebensowenig möglich, wie uns. Es  
ist aber doch immerhin ein so hoher Betrag für Verzinsung einzusehen, daß von  
seiner mehr oder minderen Größe das gesamte Ergebnis des Haushalts sehr er-  
heblich beeinflusst würde. Es hängt das Schicksal der Mehr- oder Minderausgabe  
in diesem Punkte wesentlich davon ab, wie lange der Krieg dauert, und zweitens  
davon, welche Anforderungen der Krieg an den städtischen Haushalt stellen wird.  
Ich sehe in dem erstgenannten Punkte nicht gerade rosig, daß auf ein baldiges  
Ende des Krieges zu rechnen ist, und folgere aus dieser allgemeinen Annahme,  
daß auch die Inanspruchnahme der Gemeindemittel erheblich sein wird, so daß  
diese Summe, die naturgemäß nur gegriffen sein kann, einigermaßen gering er-  
scheint. Ich habe mich nur zum Wort gemeldet, um das besonders hervorzuheben,  
damit es den Herren zum Bewußtsein kommt, wenn wir nachher über die all-  
gemeine Wertung des Haushaltsplans uns zu äußern haben, daß in diesem  
Punkte unter Umständen eine etwas zu geringe Ausgabe in den Voranschlag ein-  
gesetzt sein dürfte.

Das Wort wird weiter nicht gewünscht. Der Vorsitzende stellt fest, daß Unterabteilung A III als genehmigt anzusehen ist.

Unterabteilung A IV — VI ohne Besprechung, ebenso Unterabteilung B.

Abt. XI—XII ohne Besprechung.

**Vorsitzender:** Ich stelle fest, daß damit Kapitel I dem vorgelegten Haushaltsplane entsprechend als genehmigt zu gelten hat. Eine Gesamtabstimmung findet natürlich nachher statt.

## Kap. II. Straßenreinigungsinstitut.

Stadtv. **Munte** (zu den Ausgaben): Es ist von der Kommission auch hier nichts beanstandet, aber es sollte bei diesem Kapitel zu den Ruhelöhnen noch eine Anregung stattfinden, die ich mir notiert habe. Ich kann im Augenblick leider den Zettel nicht finden, auf dem ich sie mir aufgeschrieben hatte. Vielleicht weiß einer der Herren Kollegen sich zu erinnern, welche Anregung gegeben ist.

**Vorsitzender:** Es ist die Anregung gegeben, daß nachträglich ein Nachweis über die gezahlten Ruhelöhne gegeben werden möchte, und das ist auch vom Magistrat zugesagt. Es kann das natürlich nur nach dem Exekutionsetat geschehen.

Stadtv. **Stegmann:** Ich möchte mir einige Worte zu Punkt 10: Kosten der Änderung der Müllabfuhr, erlauben. (Seite 81). Es ist dafür nichts in Ausgabe gestellt. Es sind jetzt  $1\frac{3}{4}$  Jahr her, seitdem wir die große Magistratsvorlage hier beraten haben, die leider abgelehnt wurde. Es wurde nur beschlossen, daß Änderungen an dem alten System und Versuche mit neuen Systemen vorgenommen werden sollten. Der Magistrat teilt uns nun leider mit, daß kein bestimmtes neues System in Vorschlag gebracht werden könnte, und daß deshalb davon abgesehen sei, einen Betrag für Änderung der Müllabfuhr in den Voranschlag einzustellen. Ich möchte doch an den Magistrat, speziell an den Dezernenten für das Straßenreinigungswesen, Herrn Bürgermeister Meyer, die Bitte richten, wenn auch in der Kriegszeit andere Dinge in den Vordergrund getreten sind, die Änderung der Müllabfuhr nicht auf die lange Bank zu schieben, sondern zu veranlassen, daß möglichst noch in diesem Jahre die Sache in Fluß kommt. Es sind wohl einige Änderungen an den alten Wagen vorgenommen, aber das genügt nicht, und ich meine, es müßte doch nun wohl etwas Geeignetes gefunden sein. Ich hätte gern gesehen, wenn für eine neues System eine Summe in den Haushaltsplan eingestellt wäre.

Stadtv. Dr. **Jasper** (zu S. 77, F: Ruhelöhne): Ich wollte zu der Anregung, die der Ausschuß beschlossen hat, noch ein paar Worte sagen. Es ist bisher üblich gewesen, daß die Witwen- und Waisenrenten und die Ruhelöhne in der Weise im Haushaltsplan aufgeführt wurden, daß genau wie bei den Ruhegehältern der Beamten und deren Witwen und Waisen der Name der Empfänger angegeben war. Es hatte das den Vorteil, daß man einigermaßen sehen konnte, welche Personen und mit welchem Anteil sie in Frage kamen. Ich habe im Ausschuß gerügt, daß im gegenwärtigen Voranschlage dieses nicht in derselben Weise aufgenommen ist. Von seiten des Magistrats wurde erwidert, daß ohnehin die bisherige Mitteilung unzureichend gewesen sei, weil bei Aufstellung des Voranschlags sich nicht genau ersehen ließe, wie in dem künftigen Jahre auf Heller und Pfennig die einzelnen Ausgaben hierfür sich stellen würden. Ein Junge könnte wegen des erreichten höheren Alters nicht mehr Anspruch auf Waisengeld haben, es könnte jemand verziehen, sterben oder derartiges eintreten. Es ist diesen Einwendungen des Magistratsvertreters ohne weiteres beizupflichten, aber der Wunsch, daß eine Übersicht über die Veränderungen in der Zahl der Empfänger und der Verteilung derjenigen Gelder, die hierzu verwendet werden, doch uns zur Kenntnis gebracht würde, wurde von dem Ausschuß in seiner Mehrheit — wenn nicht einstimmig — geteilt, und es würde deshalb, wie ich glaube, richtig sein, diesen Wunsch des Ausschusses heute mit zur Abstimmung zu stellen. Genau so, wie vorhin der Ausschlußwunsch gutgeheißen wurde, die Übersicht über den Stadtpark zu bekommen, ebenso wünschen wir vom Ausschuß, daß die geehrten Herren uns beipflichten, daß nicht nur bei diesem Kapitel, sondern überall, wo Ruheohn, Witwengelder und Waisengelder in Betracht kommen, nach ausgeführtem Voranschlage uns eine Übersicht über die tatsächlich erfolgten Zahlungen gewährt werden möge. Der Magistrat hat gegen diesen Wunsch keine Bedenken.

**Vorsitzender:** Ein besonderer Antrag ist nicht eingereicht. Ich darf wohl annehmen, daß, dem Wunsche des Herrn Dr. Jasper entsprechend, die geehrten Herren der Anregung des Ausschusses zustimmen. Ich bitte die Herren, die dem zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Die Zustimmung ist erfolgt.

Wortmeldungen erfolgen nicht weiter, Kap. II gilt als genehmigt.

### Kap. III. Unterrichtswesen.

A. Herzog = Johann = Albrecht = Oberrealschule.

Stadtv. **Frede** (als Referent — zur Einnahme): Ich möchte bei Besprechung des Voranschlages für diese Anstalt rühmend hervorheben, daß bei Ausbruch des Krieges 75 Schüler sofort freiwillig in das Heer eingetreten sind. Es sind da-

durch große Lücken in dieser Schule entstanden, die dadurch zum Teil wieder ausgefüllt sind, daß von der Oberrealschule am Löwenwall eine größere Anzahl Schüler nach der zur Besprechung stehenden Schule hinübergeleitet wurde. Der Zustand ist jetzt der, daß an der Anstalt keine Oberprima besteht, die 7 jungen Leute, die dorthin gehören, in die beiden Unterprimen aufgenommen sind und, soweit erforderlich, besonderen Unterricht erhalten. Andererseits besteht auf der Gaußschule keine Oberprima, Unterprima und Untersekunda. Diese Einrichtung ist getroffen, weil von den an der Gaußschule beschäftigten Lehrkräften zwölf unmittelbar nach der Mobilmachung zu den Fahnen einberufen sind, während von den Lehrkräften der Oberrealschule hinter den Brüdern nur vier ins Heer eingetreten sind.

Die Einnahme gilt als genehmigt.

Stadtv. **Frede** (zur Ausgabe): Hier habe ich zu bemerken, daß in der Ausgabe, die wesentlich eine Ausgabe für die Lehrkräfte ist, mit Änderungen gerechnet werden muß, die in der Kriegslage begründet sind. Seit Aufstellung des Etats sind verschiedene Lehrer — wie auch bei anderen Anstalten — auf dem Schlachtfelde gefallen. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Bewilligung so verstanden werden muß, daß aus dem letzteren Grunde nicht alle Zahlen so bestehen bleiben. — Die Ausgabe für jeden einzelnen Schüler beträgt durchschnittlich 399,45 M., der städtische Zuschuß 241,64 M.

Ohne weitere Besprechung angenommen.

## B. Gaußschule.

Stadtv. **Frede**: Die Ausgabe für jeden Schüler beträgt bei dieser Anstalt 304,25 M., der städtische Zuschuß 169,00 M.

(Ohne weitere Besprechung.)

## C. Herzogin-Elisabeth-Lyzeum, damit verbunden Oberlyzeum und Studienanstalt.

Stadtv. **Frede**: Diese drei Anstalten sind im Haushaltsplan zusammengefaßt, und so ist eine Berechnung auf den Kopf der Schülerin nicht in der Weise möglich, daß angegeben wird, welcher Kostenbetrag auf eine Schülerin des Lyzeums und welcher auf eine solche des Oberlyzeums oder der Studienanstalt entfällt. Als in der Kommission der Wunsch geäußert wurde, auch darüber eine besondere Aufklärung zu geben, habe ich erwidern müssen, daß das nicht zu berechnen sei, weil die aufgeführten Lehrkräfte zum Teil an allen drei Anstalten

unterrichten und auch die Unterrichtsmittel von den Anstalten gemeinsam benutzt werden. Das liegt natürlich im Interesse der Stadt, denn sonst würden die letzteren dreimal beschafft werden müssen. — Es stellt sich im Durchschnitt die Ausgabe für eine Schülerin auf 237,84 *M* und der städtische Zuschuß auf 100,57 *M*.

Ohne weitere Besprechung.

#### D. Städtische Mädchenschule (Mittelschule).

Stadtv. **Frede:** Bei der Einnahme ist zu bemerken, daß nach einem Hinweis des Schuldirektors wahrscheinlich der Ertrag des Schulgeldes nicht in der aufgeführten Höhe eingehen wird. Es liegen zahlreiche Gesuche um Schulgelde=erlaß vor, die zur Folge gehabt haben, daß die vorgesehenen 6 Prozent schon überschritten sind, und bei weiterer Dauer des Krieges wird sich die Erscheinung in erhöhtem Maße herausstellen.

Die Ausgabe pro Schülerin beträgt 171,67 *M*, der städtische Zuschuß 83,88 *M*.

Ohne weitere Besprechung.

#### E. Knabenmittelschule.

Stadtv. **Frede:** Die Einnahme ist hier wesentlich geringer, weil das Schulgeld sehr mäßig ist. Es beträgt in dieser Schule 48 *M* gegen 90 *M* bei der Mädchenmittelschule. Außerdem findet bei der Knabenmittelschule ein größerer Erlass an Schulgeld statt, nämlich ein solcher von 10 Prozent, gegen 6 Prozent bei der anderen Schule. Hinzu kommt noch, daß in jeder Klasse drei Freiplätze für Zöglinge aus den 7stufigen Bürgerschulen vorgesehen sind.

Auf je einen Schüler entfällt eine Ausgabe von 141,90 *M* und ein städtischer Zuschuß von 97,26 *M*.

Ohne weitere Besprechung.

#### F. Bürgerschulen.

Stadtv. **Frede** (zur Einnahme): Die wesentlichsten Positionen der Einnahme sind natürlich das Schulgeld, welches für die 7- und 8-stufigen Bürgerschulen zusammen genommen 183 812 *M* beträgt, und die Zuschüsse aus der Klosterreinertragsklasse, die 198 000, 38 000 und 25 000 *M* ausmachen. Es ist hier darauf aufmerksam zu machen, daß die Schülerzahl seit einigen Jahren abnimmt.

(Zur Ausgabe.) Von der Schulleitung ist vorgesehen, für solche Lehrer, die im Kriege gefallen oder die sonst ausgeschieden sind, Ersatzkräfte anzustellen.

Oberbürgermeister **Netemeyer**: Seite 175 ist angegeben: „Lehr- und Unterrichtsmittel für die achtsstufigen Bürgerschulen 4230 *M.*, siebenstufige Bürgerschulen 6150 *M.*“ Soeben vor der Sitzung ist mir ein Bericht des Herrn Stadtschulrats Dr. Rehfuß vorgelegt, worin er anzeigt, daß der Preis für Wolle usw. in der letzten Zeit derartig gestiegen sei, daß er mit den angeführten Sätzen nicht auskommen könne. Es ist meiner Ansicht nach selbstverständlich, daß wir trotz der höheren Preise für Wolle den Strickunterricht nicht aufgeben können. Aber wie wir den ganzen Voranschlag als Friedensvoranschlag angesehen haben, so hält sich der Magistrat auch nicht für verpflichtet, wenn sich jetzt herausstellt, daß in einzelnen Punkten höhere Ausgaben erwachsen, die Ansätze zu erhöhen. Man kann nicht wissen, ob nicht die Wollpreise am Schlusse des Jahres wieder zurückgegangen sein werden.

Stadtv. **Frede**: Die Ausgabe, auf ein Kind berechnet, stellt sich auf 108,28 *M.*, der Zuschuß der Kammereikasse auf 80,20 *M.*

Weitere Meldungen zum Wort erfolgen nicht, Abteilung F gilt als angenommen.

#### G. Städtische Fortbildungsschule.

Stadtv. **Frede**: Zu erwähnen ist, daß die 5. Abteilung der Mädchenfortbildungsschule zur städtischen Fortbildungsschule übergeleitet ist; insolgedessen ist hier eine vermehrte Schülerzahl aufgeführt.

Die Ausgabe auf den einzelnen Schüler beträgt 51,13 *M.*, der städtische Zuschuß 29,53 *M.*

Stadtv. **Schmidt**: In der Kommissionsitzung gab ich die Anregung, ob es mit Rücksicht auf die Verhältnisse bei der Kriegslage, wo ein Teil der schulentlassenen Knaben wie Mädchen nicht sofort die gewünschte Lehrstelle bekommen könne, nicht wünschenswert wäre, in zweckentsprechender Weise dafür zu sorgen, daß diese jungen Leute eine Zwischenbildung erfahren und so den Eltern die Sorge für ihre schulentlassenen Kinder erleichtert würde. Es müßte zu dem Zwecke die Fortbildungsschule erweitert werden, so daß ihre Weiterentwicklung zur Pflichtfortbildungsschule in die Bahnen gelenkt würde, und solche Schulentlassenen, wie ich sie im Auge habe, in Klassen eingeteilt werden, wo ihnen Unterricht, wenn auch kein fachwissenschaftlicher, erteilt würde. Es würde so möglich sein, ihre Bildung in Schreiben, Deutsch, Stenographie zu ermöglichen. Mit Rücksicht darauf, daß der Herr Stadtrat von Frankenberg erklärte, daß eine solche Benutzung der Fortbildungsschule schon jetzt im freien Ermessen derjenigen

stände, die diese Schule für sich in Anspruch nehmen wollten, glaube ich meine Anregung dahin richten zu sollen, daß eine Bekanntgabe seitens des Magistrats erfolgen möchte, in der die einzelnen Familien auf diese Möglichkeit hingewiesen werden. Ich vermute, daß die Zahl derjenigen Schulentlassenen, die nicht sofort eine Stellung bekommen, größer ist, als angenommen wird, wenn auch in einzelnen Branchen sich Knaben und Mädchen unterbringen lassen. Im Interesse der Schulentlassenen selbst und ihrer Eltern würde es liegen, daß dafür gesorgt würde, die jungen Leute zweckmäßig zu beschäftigen, so daß diese Zeit nicht nutzlos für sie verginge.

**Stadttrat von Franckenberg:** Ich kann dem Herrn Vorredner die Zusage geben, daß ich mich wegen seiner Anregung mit Herrn Schuldirektor Dr. Rehfus in Verbindung setzen will. Es ist bisher durch Säulenanschlag zur Anmeldung in die Fortbildungsschule aufgefordert, vielleicht kann auf diese Weise auch ein Hinweis in der gewünschten Richtung erfolgen.

Abteilung G gilt als angenommen.

## H. Städtische Gewerbeschule.

**Stadtv. Frede:** Die Ausgabe pro Kopf beträgt 125,06 *M.*, der städtische Zuschuß 72,78 *M.*

Ohne Besprechung.

## I. Städtische Mädchenfortbildungsschule.

**Stadtv. Frede:** Die 5. Abteilung ist fortgefallen; ich habe vorhin schon darauf hingewiesen. Die Ausgabe für eine Schülerin stellt sich auf 201,35 *M.*, der Rammereizuschuß auf 119,59 *M.*

Ohne Besprechung.

## K. Zuschüsse an nicht städtische Schulen.

**Stadtv. Frede:** Der Zuschuß an die katholische Schule ist mit 38 500 *M.* an gegeben, das macht auf den Kopf 35 *M.* Für die Jahnische Höhere Lehranstalt ist der widerrufliche Zuschuß wieder auf 5000 *M.* bemessen.

Ohne Besprechung.

**Vorsitzender:** Ich konstatiere, daß damit das ganze Kapitel III, Unterrichtswesen, als genehmigt zu betrachten ist.

#### Kap. IV. Für Kunst und Wissenschaft.

Stadtv. **Munte** (als Referent): In Rücksicht auf die durch den Krieg erwachsenden erheblichen Ausgaben der Stadt ist nicht der insolge des Beschlusses der städtischen Behörden für die Vermehrung der Sammlungen des städtischen Museums eigentlich einzusetzende Betrag von 5000 *M* aufgeführt, sondern ein geringerer. Die Kommission hat sich damit einverstanden erklärt.

Ohne Besprechung.

#### Kap. V. Kranken- und Armenpflege.

Stadtv. **Munte** (zu Abt. I): Gegen den Anschlag war nichts zu erinnern.

Stadtv. **Hammer Schmidt**: Als ich in einer unserer letzten Sitzungen bemängelte, daß in bezug auf die Auszahlung der bewilligten Unterstützung in einem Schnecken-tempo gearbeitet würde, beeilte sich Herr Stadtrat von Frankenberg, den Magistrat herauszuholen und uns ein Bild zu entwerfen, wie schnell auf diesem Gebiete gearbeitet würde; wir hätten keine Ursache, uns darüber aufzuhalten. Nun sehen Sie die Begleitbemerkung zum Etat an. Da finden Sie z. B., daß von den 30 000 *M*, gedacht als Weihnachtsgabe für die Bedürftigen der Stadt, bis Ende März erst 15 000 *M* zur Auszahlung gebracht sind. Ich bitte Sie zu beachten: nur die Hälfte ist zur Auszahlung gekommen, und wann kommt denn nun erst noch die andere Hälfte? Ich glaube, es kommt dabei die nächste Weihnachten heran, wenn man den Maßstab anlegt, den man bis jetzt gewohnt geworden ist. Ich meine, es muß bei ähnlichen Angelegenheiten doch wohl etwas schneller gearbeitet werden. Wenn man das nicht will, dann müßten wir zu Ostern oder Pfingsten separate Anträge stellen, diese Unterstützung zur Auszahlung zu bringen. Ich glaube, es wurde damals darauf hingewiesen, es wäre schnell gearbeitet worden. Nun gibt es uns der Magistrat schwarz auf weiß, daß kaum die Hälfte bis zum April zur Auszahlung gekommen ist. Ich hatte bei meinem Antrage die Unterstützung als Weihnachtsgabe gedacht, und der Magistrat gibt zu: Sie ist als solche gedacht, wird aber vielleicht Weihnachten 1915 erst vollständig zur Auszahlung kommen.

Stadtrat **von Frankenberg**: Man muß sich im politischen Leben, auch im kommunalpolitischen Leben, davor hüten, einer gewissen Legendenbildung Vorschub zu leisten, die gefährlich werden könnte. Zu diesen Legenden gehört auch die Auffassung des verehrten Herrn Stadtv. Hammer Schmidt, daß die städtischen Behörden beschlossen hätten, eine Weihnachtsgabe an die arme Bevölkerung und an die Kriegerfamilien zu verteilen. Schon in einer der vorigen Sitzungen erlaubte ich mir, dieser Auffassung des Herrn Stadtv. Hammer Schmidt entgegenzutreten,



und hatte die Genugthuung, daß von berufener Seite, nämlich von dem derzeitigen Berichterstatter der Finanzkommission, Herrn Schön, mir ein Eideshelfer erstand, wie ich ihn mir kräftiger gar nicht hätte wünschen können. Aber der Volksmund sagt: Es gibt Würmer, die nicht sterben wollen. Es scheint die Auffassung des Herrn Hammerschmidt zu sein, daß sein Gedanke einer Weihnachtsgabe von den geehrten Herren in die Wirklichkeit übersetzt wäre. Das ist nicht der Fall, und wir haben dementsprechend verfahren, wie die städtischen Behörden Beschluß gefaßt haben, und nicht, wie in dem Haupte des Herrn Antragstellers die Sache gedacht war. So schnell als möglich sind wir demjenigen, was die städtischen Behörden beschlossen haben, nachgekommen. Noch vor Weihnachten sind die einzelnen Armenbezirksvorsteher in Kenntnis gesetzt, wie sie zu verfahren hätten. Es sind vor und nach Weihnachten eine ganze Reihe von Gaben, von Kriegsnotspenden, wie wir sie nennen, verteilt worden, und noch heute morgen haben wir in der Magistratsitzung Gelegenheit gehabt, eine solche Kriegsnotspende auszuteilen. Wir werden damit fortfahren, nicht, um mit möglichster Geschwindigkeit die gesamten 30 000 M auszugeben, sondern um die Gaben in gewissenhafter Prüfung jedem einzelnen Falle so sorgsam wie möglich anzupassen. Wenn dann das Geld verbraucht ist und Mittel für solche Zwecke noch verfügbar sind, dann wird niemand freudiger als ich die Hand dazu bieten, neue Mittel unseren Bedürftigen und den Kriegerfamilien zugänglich zu machen, aber wir wollen doch nicht die Legendenbildung aufkommen lassen, als ob wir im Schneidentempo gearbeitet hätten.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Wenn man die Ausführungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg hört, so mag es leidlich scheinen, sie triefen schier von Wohlwollen, aber in der Praxis sieht dieses Wohlwollen des Herrn Stadtrats leider manchmal ganz anders aus, es ist zwischen den Amtsstuben und den Gängen, die die von der Kriegsnot Betroffenen zu machen haben, und den Verhandlungen mit dem Herrn Stadtrat das Bild ein ganz anderes. Das berichten nicht nur die Armen, die hier zur Erörterung stehen, sondern es kann auch von denjenigen Leuten gehört werden, deren Väter oder Männer im Felde stehen und unser Heim verteidigen helfen, daß sie so sehr trübe Erfahrungen mit dem Herrn Stadtrat als dem bericht-erstattenden Vertreter des Magistrats in diesen Unterstützungsangelegenheiten gemacht haben.

Wir haben, als der Krieg begann, uns mit der Frage befaßt, wo denn die Kriegskommission sei, die die Kriegsunterstützungen zu zahlen habe. Herr Stadtrat von Frankenberg erklärte: „Wir im Magistrat sind diese Kommission.“ Ich möchte einmal die Herren vom Magistrat außer Herrn Stadtrat von Frankenberg fragen, wo sie denn Gelegenheit hatten, sich mit den einzelnen Angelegenheiten zu

befassen? Es scheint das Ermessen des Herrn Stadtrat von Frankenberg ziemlich freien Spielraum zu haben, das allein entscheidend zu sein scheint, und dieses Ermessen scheint in steigendem Umfange dahin zu gehen, daß die Kriegsunterstützung nicht als eine Pflichterfüllung seitens der Gemeinde gegenüber den Angehörigen der Krieger aufgefaßt wird, daß diese nicht ein Recht auf Unterstützung haben, sondern daß sie etwas Ähnliches ist wie eine Armenunterstützung, daß armenrechtliche Grundsätze in diese Kriegsunterstützung einbrechen sollen. Wenn wir uns geeinigt hatten, es sollte jemand dann als bedürftig aufgefaßt werden, wenn in seiner Familie ein gewisses steuerpflichtiges Einkommen nicht überschritten wird, so wird jetzt verlangt, daß nachgeprüft wird, ob die Frau arbeitet, was sie dabei verdient, und es wird weiter die Bedürftigkeit in manchen Fällen dann verneint, wenn ein Einkommen vorhanden ist, das den bisher zugebilligten Armenätzen entspricht. Ich glaube, daß das nicht im Sinne des Gesetzes ist, das der Herr Stadtrat anzuwenden hat, und daß wir fehl gehandelt haben, wenn wir von der Einsetzung einer besonderen Kommission im Sinne des Gesetzes Abstand genommen haben.

Wenn der Magistrat wirklich alles, was hier in Betracht kommt, Herrn Stadtrat von Frankenberg überlassen sollte, dann sind die Beteiligten doch zu sehr auf das persönliche Ermessen eines einzelnen angewiesen, als daß eine einheitliche Behandlung eintritt, die natürlich individualisiert werden muß auf den einzelnen Fall, aber nicht so, daß vielfach das Empfinden entsteht, daß vielleicht die Bedürftigkeit bejaht wird, wenn eine Beamtenkriegerfrau hierher kommt, aber wenn eine Frau in Frage kommt, die etwas mehr verdient, als nach Armenrecht festgesetzt ist, die Bedürftigkeit verneint wird und infolgedessen die Kriegsunterstützung nicht gegeben wird. Ich möchte deshalb um Aufklärung bitten, ob die Grundsätze der Gewährung für solche Unterstützung jetzt nach armenrechtlichen Grundsätzen eingerichtet werden, ob sie geändert sind gegenüber den früheren, und wie das Verfahren ist, das in diesen Fällen eingeschlagen wird, ob in solchen Fällen, wo zwischen dem Antragsteller und dem berichtenden Rats Herrn, Herrn Stadtrat von Frankenberg, Abweichungen bestehen, der Magistrat von Fall zu Fall darüber entscheidet.

Die Verteilung der Weihnachtsgabe soll ja, wie manche gesagt haben, zu ähnlichen Ergebnissen bereits geführt haben, so daß man den wohlwollenden Ausführungen des Herrn Stadtrat von Frankenberg einigermaßen kritisch gegenüberstehen muß und für die Zukunft doch vielleicht, um dem Sinne nicht des Antragstellers, sondern der städtischen Behörden einigermaßen gerecht zu werden, besondere Ausschüsse für die Behandlung dieser Angelegenheiten einrichten muß, damit die Sache so durchgeführt wird, wie sie von der Mehrheit gedacht war. (Zuruf: Sehr richtig!)

**Oberbürgermeister Ketemeyer:** Die Ausführungen der beiden letzten Herren Redner veranlassen mich zu der Erklärung, daß ich es für bedenklich erachte, wenn einzelne Herren hier einen Dezerenten im Magistrat ganz besonders vornehmen und alle Schuld an dem, was sie als Verschuldung ansehen, auf diesen Dezerenten schieben. Die Herren können gar nicht wissen, wie weit der einzelne Dezerent selbständig gehandelt hat, und ich möchte deshalb bitten, wenn die Herren Beschwerden vorzubringen haben, nicht in dieser persönlichen Weise vorzugehen, sondern dem gesamten Magistrat ihre Ansicht darzulegen.

Zu der bewegten Frage kann ich nur sagen, daß Herr Kollege von Frankenberg nicht e i n m a l, sondern häufig diese Fragen, die hier erörtert sind, in der Magistratssitzung zur Entscheidung vorgebracht hat. Es ist aber naturgemäß, daß der Magistrat jetzt, wo es sich um über 6000 zu unterstützende Familien handelt, nicht jeden einzelnen Fall durchberaten kann, und Herr Dr. Jasper hat ja auch schon angedeutet, daß es sich bei den Besprechungen im Magistrat vielleicht um Grundsätze gehandelt habe. Darin ist Herr Dr. Jasper recht unterrichtet. Herr Kollege von Frankenberg hat sich verschiedentlich Direktiven geben lassen, und der Magistrat hat somit Stellung genommen. Daß aber, selbst wenn so verfahren wird, Mißgriffe vorkommen können, will ich ohne weiteres anerkennen.

Dennoch erscheint es mir zweifelhaft, ob es richtig ist, wenn Herr Dr. Jasper, wie er andeutete, der Meinung ist, daß auf den Verdienst einer Kriegerfrau keine Rücksicht genommen werden soll. Wohin kommen wir, wenn man einfach sagen will: „Mag Geld oder Verdienst vorhanden sein, das ist einerlei, es muß die Unterstützung gezahlt werden!“ Ich habe dabei nicht sowohl die Finanzen der Stadt im Auge, als vielmehr die große Unzufriedenheit, die dadurch unter den Frauen der Krieger selbst hervorgerufen werden würde. (Sehr richtig!) Herr Dr. Jasper scheint nicht zu wissen, daß Duzende von Frauen um Unterstützung einkommen, nicht, weil sie es nötig haben, sondern weil sie sagen: „Wenn die Frau Unterstützung bekommt, dann will ich sie auch fordern.“ Soll in solchen Fällen die Behörde sagen: „Wir wollen alles und alles gleich handhaben?“ Das würde ich nicht für richtig halten. Auf Einzelheiten will ich nicht eingehen; ich erkenne an: Über den einzelnen Fall kann ich nicht Auskunft geben, ich muß das meinem Herrn Kollegen von Frankenberg überlassen.

**Stadtrat von Frankenberg:** Es würde sehr lehrreich sein, zu erfahren, wie sich die Herren die Behandlung z. B. in einem Falle denken, der den Magistrat auf meinen Vortrag hin beschäftigt hat: Ein Dienstmädchen befindet sich noch immer in seinem Dienstverhältnis, nachdem es wegen des Kriegsausbruchs mit einem inzwischen ins Feld Gezogenen ehelich verbunden ist. Es setzt also auch nach seiner Verheiratung seine Tätigkeit als Dienstmädchen fort, bezieht Lohn,

hat freie Station bei seiner Herrschaft, glaubt aber gleichwohl Kriegsbeihilfe in Anspruch nehmen zu können. Ich habe im Magistrat vorgetragen, daß hier die gesetzlichen Voraussetzungen für Gewährung der Kriegsbeihilfe nicht beständen, bin aber keinen Augenblick darüber zweifelhaft, daß das Dienstmädchen mit der Entscheidung nicht zufrieden ist. Wir haben jetzt nahezu 6900 Fälle, in denen die Kriegsunterstützung gewährt wird, und ich bin fest überzeugt, auch wenn Herr Dr. Jasper diese Fälle zu erledigen hätte, so würde unter diesen 6900 ein ziemlich starker Prozentsatz sich finden, der mit der betreffenden Entscheidung nicht zufrieden ist. Mir ist es immerhin eine gewisse Genugtuung und auch Beweis dafür, daß der Magistrat in seinen Entscheidungen nicht zu streng gewesen ist, daß eine der rühmlichsten Helferinnen in dieser Kriegszeit, ein Mitglied des Nationalen Frauendienstes, mir gesagt hat: Der Magistrat ist viel zu milde bei seinen Entscheidungen. Ich habe mich mit Rücksicht auf die im Felde stehenden Soldaten nicht dazu entschließen können, einen strengen Maßstab anzulegen. Wenn aber auf der anderen Seite von Herrn Dr. Jasper, indem er sich persönlich gegen mich wendet, Vorwürfe kommen, so nimmt es mir Herr Dr. Jasper wohl nicht übel, wenn ich diese Vorwürfe nicht allzu schwer nehme.

**Stadtv. Dr. Jasper:** Was Herr Stadtrat von Frankenberg mit meinen Vorwürfen anfängt, mag seine Sache sein. Meines Amtes ist es, zu kritisieren, was ich an Mißständen in der städtischen Verwaltung zu sehen glaube. (Zuruf: Glaube!) Ich glaube auch nicht, daß das Vorhandensein dieser Mißstände durch die Ausführungen der beiden Herren Redner vom Magistrat widerlegt ist. Ich gebe selbstverständlich zu, daß bei der Fülle der Geschäfte, die dem Magistrat und dem einzelnen Rathsherrn aufgetragen sind, Irrtümer unterlaufen können. Deshalb war es auch nicht meine Absicht, anzukreiden, daß im einzelnen Falle daneben getappt war, sondern weil das mir wie Ihnen als Menschen unterlaufen würde, war es mir darum zu tun, zu erfahren, ob im Schoße des Magistrats, seitdem wir hier darüber verhandelt haben, andere Grundsätze über die Anforderungen an die Bedürftigkeit, als sie im Gesetze stehen, in Braunschweig eingeführt worden sind.

Wir hatten zu Anfang des Krieges Gelegenheit, uns über den Umfang der Bedürftigkeit auszusprechen, und hatten uns, wenn ich mich recht erinnere, etwa dahin geeinigt, daß im Zweifel die Bedürftigkeit im allgemeinen ohne weiteres anzunehmen sei, wenn die Einkommensgrenze der Familie, die mit einem Antrage kommt, bis 3000 M gegeben ist. Darüber hinaus mußte von Fall zu Fall geprüft werden, ob Bedürftigkeit anzunehmen ist. Die Anfrage, ob jetzt nach armenrechtlichen Grundsätzen gehandelt wird, sei es nun durch den Herrn Stadtrat auf eigenes Ermessen hin, sei es vom Magistrat im ganzen nach seinem Beschluß, ist mir klipp und klar, wie ich gewünscht hatte, nicht beantwortet. Ich weiß nicht,

was ich aus diesem Schweigen folgern soll, ob man sagen soll: Es ist in dieser Beziehung ein Beschluß gefaßt oder kein Beschluß gefaßt. Wenn kein Beschluß gefaßt ist, so wäre dem Herrn Oberbürgermeister nichts leichter, als zu sagen, ich sei in dieser Beziehung falsch unterrichtet. Dann würde ich diejenigen Beteiligten, bei denen nach ihrer Mitteilung mir gegenüber armenrecht-ähnliche Grundsätze angewandt sind, antworten: „Wendet euch von der Unterstelle, wo euer Antrag abgenommen wird, ohne weiteres an den Magistrat in seiner Gesamtheit, dann wird er erklären, daß ihr nicht erst gefragt werdet: „Wieviel Arbeitslohn kannst du im Monat verdienen? Hast du Arbeit?“ Bei solchen Ermittlungen sind zum Teil Löhne berichtet worden, die unter den armenrechtlichen Grundsätzen liegen, und trotzdem ist die Unterstützung versagt worden. Da dieser Fall nicht ein einzelner war, sondern an verschiedenen Stellen mir derartige Fälle bekannt wurden, kam ich zu der Annahme, daß vielleicht die Grundsätze aus gewissen Sparsamkeitsgründen geändert sein möchten, und deshalb mein Verlangen nach Aufklärung.

Ich weiß nicht, ob es den Ratsherren angemessen erscheinen möchte, die Aufklärung zu geben, sonst möchte ich vorschlagen, daß wir uns verständigen, daß dem Kriegsausschuß oder einem sonstigen Ausschuß eine derartige Übersicht gegeben wird, nach welchen Grundsätzen und in welchem Umfange gezahlt wird. Es ist ungewiß, wann der Kriegsausschuß zusammentritt, so daß ich mich für verpflichtet hielt, diese Frage hier anzuschneiden und zur Aufklärung über die Grundsätze Veranlassung zu geben.

**Stadttrat von Frankenberg:** Die Grundsätze für die Kriegsunterstützung sind ganz dieselben wie bei Ausbruch des Krieges. Man handelt immer am sichersten, wenn man sich das Gesetz als Richtschnur dienen läßt: „Es soll im Falle der Bedürftigkeit gewährt werden“. Wir haben uns aber von Anfang an für die Gewährung von Kriegsbeihilfe nicht auf den Standpunkt der armenrechtlichen Bedürftigkeit gestellt, und was wir früher darüber erklärt haben, gilt heute noch nach wie vor. Es ist uns auch eine gewisse Genugtuung für unser Vorgehen dadurch zuteil geworden, daß in einer Reihe von Fällen, wo wir die Kriegsbeihilfe über das zuerst vorgeschriebene Maß hinaus gewährt haben, die übrigen Gemeindeverbände, die Anweisungen des Ministeriums und des Reichskanzlers sich nachträglich in derselben Richtung bewegen. Ich erwähne den Fall, wo die Anerkennung der Vaterschaft durch einen Krieger auch durch eine Postkarte als gültig angesehen wird. Heute ist dem Magistrat ein Ministerialschreiben mitgeteilt, in welchem dieser Grundsatz gebilligt wird. Die Herren sehen daraus: Wir sind bei Gewährung der Kriegsbeihilfe ganz gewiß keine Bureaukraten.

**Stadtv. Steinbrecher:** Ich möchte in anderer Richtung eine Anfrage stellen. Wir haben seinerzeit beschlossen, daß die durch den Krieg arbeitslos Gewordenen

die damals bestimmten Unterstützungen bekommen sollten. Nun sind einige österreichisch-ungarische Staatsangehörige, die hier beschäftigt waren, mit solchen Gesuchen um Unterstützung gekommen, und sie sind mit der Begründung abgewiesen: „Ihr seid Ausländer und könnt deshalb keine Unterstützung bekommen.“ Nun kann ich mich erinnern, daß Herr Stadtrat von Frankenberg damals erklärte, daß auch bei diesen, soweit sie Österreicher sind und nicht mehr beschäftigt werden, kein Unterschied gemacht werden sollte. Wie stellt sich der Herr Stadtrat zu diesen Leuten, die hier jahrelang tätig gewesen sind?

**Stadtrat von Frankenberg:** Wir sind verpflichtet, für jeden Hilfsbedürftigen in der nötigen Weise einzutreten. Nun liegt allerdings bei den österreichischen Staatsangehörigen die Sache so, daß sie — weil sie Ausländer sind — in der Stadt Braunschweig ihren Unterstützungswohnsitz nicht erwerben können. Wir sind aber in der Lage, bei denjenigen Aufwendungen, die wir für die Österreicher machen, uns von der Verwaltung des Landarmenverbandes durch Vermittlung der Kreisdirektion unsere Auslagen zurückgewähren zu lassen, wenn wir Armenunterstützung gewähren, und das halte ich in solchen Fällen für richtig.

Es kommt hierbei noch in Betracht, daß die von Herrn Steinbrecher berührte Frage bei Gewährung der Kriegsunterstützung keine Rolle spielen kann, denn als Österreicher sind die Leute nicht in der Lage, sich an Wahlen in Deutschland zu beteiligen.

Sollte hier oder da ein Armenpfleger die Auffassung vertreten haben, daß die Österreicher uns nichts angingen, so würde das als ein bedauerliches Mißverständnis anzusehen sein, das übrigens nur ganz vereinzelt bestehen kann, denn wir haben ähnliche Fälle schon im Schoße des Montagvereins besprochen, so daß die Armenpfleger über die Behandlung der Frage im Klaren sind. Es genügt wohl, wenn ich darauf hinweise, daß wir für die österreichischen Staatsbürger, welche Mangel leiden, gern einzutreten bereit sind, nur nicht mit Stiftungsmitteln oder durch Kriegsunterstützung, sondern im Wege der Armenpflege, so daß uns die aufgewandten Mittel von der Kreisdirektion erstattet werden müssen.

Das Wort wird nicht weiter begehrt. Abteilung I gilt als angenommen.

**Stadtv. Munte** (zu Abteilung II): Auch dieser Voranschlag ist von der Mehrheit gutgeheißen worden.

Es ist natürlich bemerkt worden, daß auf Seite 259 für bare Unterstützungen an die Hausarmen nach Ansicht des Magistrats vielleicht 80 000 *M* mehr aufzuwenden sein werden. Wenn man das als eine Folge des Krieges ansehen will, so würde auch hierin der Anschlag von einem Friedensetat etwas abweichen.

**Stadttrat von Frankenberg:** Die Armendirektion hat beim Stadtmagistrat beantragt, es möge in der Armenpflege auch für den Monat April die Festhaltung derselben Unterstützungssätze zulässig sein, die für den Winter beschloffen sind, und zu denen die verehrten Herren und sodann auch der Kriegsausschuß ihre Zustimmung gegeben haben. Das würde bedeuten, daß eine einzelstehende Person auch im April 18 *M.*, zwei Personen 27 *M.*, eine Familie von drei Personen 36 *M.* usw. empfangen würde. Die Bestimmungen über die Armenunterstützungen besagen, daß in den Wintermonaten die Armendirektion berechtigt ist, über die festgestellten Sätze hinauszugehen. Da man den April nicht gut als Wintermonat anerkennen kann, bedarf es der Einwilligung der geehrten Herren, wenn die erhöhten Sätze gezahlt werden sollen, und ich möchte bitten, sich jetzt mit der Überbreitung einverstanden zu erklären.

Ich gebe zugleich bekannt, daß die Armendirektion es sich vorbehält, auch für Mai usw. weitergehende Ansprüche zu stellen, das bedarf aber noch der Vorberatung.

**Stadtv. Wesemeier:** Herr Stadttrat von Frankenberg hat schon angedeutet, daß für den Mai und für die Zeit, solange der Krieg dauert, der Antrag zu gewärtigen wäre, die höheren Sätze zu bewilligen. Nun sehe ich nicht ein, warum, wenn einmal Beschluß gefaßt wird, nicht gleich für die ganze Kriegszeit die höheren Sätze beschloffen werden, dann brauchen wir uns nicht noch einmal mit der Sache zu beschäftigen. Ich beantrage, daß man den von Herrn Stadttrat von Frankenberg angeregten Beschluß für die ganze Kriegsdauer faßt.

**Stadttrat von Frankenberg:** Ich könnte ja Herrn Wesemeier sehr dankbar sein, wenn er der Armendirektion und den städtischen Behörden Arbeit sparen will, aber auf der anderen Seite kann doch billigerweise die Armendirektion erwarten, daß, wenn sie den Wunsch hegt, diese Angelegenheit gemeinsam mit den Bezirksvorstehern in ihrer nächsten Sitzung durchzusprechen und dann weitere Vorschläge zu machen, sie dann auch gehört wird, und nicht in aller Eile, bevor sie sich geäußert hat, die Beschlußfassung hier erfolgt. Die geehrten Herren verlieren damit nichts, wenn sie den Beschluß verschieben. Es kommt darauf an, daß die Armenbezirke, wenn sie am letzten Mittwoch des April Sitzung halten, wissen, wie sie es für den Monat Mai halten sollen, und bis dahin kommen Sie noch mit uns zusammen und werden sich jedenfalls mit uns über die Frage, was in der Folge geschehen soll, noch verständigen.

**Vorsitzender:** Herr Wesemeier, halten Sie Ihren Antrag noch aufrecht, oder wollen Sie sich mit der Erklärung des Herrn Stadttrat von Frankenberg zufriedengeben?

(Der Antrag wird zurückgezogen.)

Die Versammlung stimmt dem Antrage des Magistrats auf Ausdehnung der erhöhten Sätze für Monat April zu.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Dieser Antrag, den Herr Wesemeier gestellt hat, war auch von der Kommission empfohlen worden, was der Herr Berichterstatter nicht mitgeteilt hat. Ich möchte bitten, daß die Armenverwaltung sich bei ihrer Erwägung im Sinne meines Freundes Wesemeier entscheiden möchte. Ich darf auch den Herrn Stadtrat von Frankenberg darauf hinweisen, daß auch die Reichsregierung bei Bemessung der Unterstützungssätze sich grundsätzlich auf den Standpunkt gestellt hat, daß für den künftigen Sommer Wintersätze zu gewähren seien, so daß auch hier aus dem Grunde, weil alle Verhältnisse teurer geworden sind, die Erhöhung aufrechtzuerhalten sein würde.

Ich möchte den Herrn Berichterstatter bitten, mir nicht übelzunehmen, wenn ich ihn daran erinnere, daß wir auch einen Schönheitsfehler unseres Voranschlages gern ausgemerzt sehen möchten. Es ist aufgefallen, daß auf Seite 259 unter 27 die „Frauenspersonen“ noch in mittelalterlicher Mode erscheinen, die heute nicht mehr zeitgemäß ist. Es war in Aussicht gestellt, diesen Ausdruck zu beseitigen, sei es, daß dafür Mütter gesagt oder ein anderer Ausdruck gewählt wird, um so mehr, da „Mannspersonen“ kaum in diese anderen Umstände kommen werden, so daß sie von der Hilfe Gebrauch machen müßten.

Stadtv. **Munte:** Ich möchte hierzu nur bemerken, daß eine solche Kleinigkeit wie diese, nachdem vom Magistrat Änderung zugesagt war, mir nicht wichtig genug erschien, um sie hier im Plenum zu erwähnen, denn alles, was in der sechsstündigen Vorberatung des Etats mit Ihrer wertvollen Unterstützung vorgebracht und erwogen ist, hier durchzugehen, und dann auch noch das, was nicht im Ausschuß vorgebracht war, würde so viel Zeit beanspruchen, daß wir übermorgen früh hier noch sitzen würden. Also die Nummer 27, die lautet: „An die Hebammen für Entbindung armer Frauenspersonen“ soll künftig heißen: „An die Hebammen für Entbindungsfälle.“

Das Wort wird nicht weiter begehrt, Abteilung II gilt als angenommen.

#### **Kap. VI. Gesundheitswesen.**

Stadtv. **Munte:** Seitens der Kommission ist nichts zu erinnern. Zu Seite 277 wurde noch eine besondere Anregung von Herrn Dr. Jasper oder von Herrn Schmidt gegeben.

Stadtv. **Rector:** Auf Seite 269 ist das Gehalt für einen neu anzustellenden Inspektor angegeben. Ich möchte anregen, ob es bei der außerordentlichen In-



anspruchnahme der Desinfektionsanstalt nicht angebracht wäre, daß anstatt eines Inspektors, also eines Aufsichtsbeamten, ein Desinfektor neu eingestellt wird. Gerade in der jetzigen Zeit, wo man vermuten muß, daß fremde Völker während des Krieges hierher kommen, ist es sehr leicht möglich, daß ansteckende Krankheiten eingeschleppt werden. Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß tüchtiges Arbeitsmaterial eingestellt wird, das die ihm zustehende Arbeit zu bewältigen weiß. Wenn auch Hilfspersonal beschäftigt wird, so kann dieses nicht ersetzen, was durch geschulte Arbeitskräfte geleistet wird. Ein Oberdesinfektor als Aufsicht genügt meines Erachtens vollkommen.

**Stadttrat von Franckenberg:** Die Zahl der Desinfektoren wird nach Bedarf eingestellt. Bei besonderen Anforderungen, die durch allgemeine Krankheiten und Epidemien an die Desinfektionsanstalt gestellt werden, wird sie nötigenfalls verstärkt, und das könnte auch in Zukunft geschehen; wir haben inzwischen auch schon einen der Hilfsdesinfektoren aufrücken lassen. Lebhaftes Bedenken möchte ich aber dagegen äußern, den Weg zu beschreiten, den Herr Stadtv. Rector angedeutet hat. An Aufsichtspersonal darf nicht gespart werden, auch wenn wir sonst noch nötig hätten, die ausführenden Kräfte zu verstärken. Die Aufsichtspersonen haben sich als nötig erwiesen, wenn Mißstände zu bekämpfen waren. Es kommt bei der mannigfachen Tätigkeit der Desinfektoren an den verschiedensten Orten sehr darauf an, daß sie jeden Augenblick gewärtig sein müssen, daß ein Aufsichtsbeamter erscheint und nach dem Rechten sieht. Das gibt uns Sicherheit dafür, daß jeder der Desinfektoren in jedem Augenblick seine Pflicht tut.

**Stadt. Hammer Schmidt:** Ich vermiße einen Hinweis darauf, welche Stellung der Magistrat zur Anlage eines städtischen Schwimmbades einnimmt. Ich meine, selbst bei den Kriegzeiten und den dadurch verursachten ungeheuren Ausgaben wäre es angebracht, diese Frage, die einmal ins Rollen gekommen ist, nicht gänzlich zur Ruhe kommen zu lassen, damit nicht später im Laufe der Jahre wieder von vorn darauf zurückgekommen werden muß. Ich möchte bitten, daß der Magistrat sich dazu äußert.

**Stadttrat Schöttler:** Der Magistrat hat sich dahin entschlossen, die Frage des Schwimmbades während des Krieges ruhen zu lassen, und zwar mit Rücksicht darauf, daß der Besitz eines solchen Schwimmbades für die Stadt etwas sehr Schönes, aber nicht absolut Notwendiges ist, so daß wir die großen Kosten dafür angesichts der durch den Krieg verursachten Ausgaben unseren Finanzen nicht wohl zumuten können.

**Stadtv. Dr. Jasper:** Dieser Standpunkt des Magistrats ist wohl verständlich, aber es ist damit die Frage des Baus eines Schwimmbades hoffentlich von

dem Herrn Berichterstatter des Magistrats nicht ganz in die Ferne gerückt, und am wenigsten ist damit erledigt die Arbeit des Ausschusses für das Schwimmbad, dem, wie ich glaube, Herr Stadtrat Schöttler vorsteht. Kann man Näheres über den Stand der Arbeiten dieses Ausschusses erfahren, ob noch Vorstudien gemacht werden und Weiteres?

**Stadtrat Schöttler:** Wir haben seit Ausbruch des Krieges, wie schon bemerkt, die Sache ruhen lassen, bis dahin ist sie immer verfolgt. Es sind Pläne genug dafür ausgearbeitet, aber die Rücksicht auf die Finanzen der Stadt während des Krieges haben uns gehindert, die Arbeiten fortzusetzen. Wenn wir wieder in der Lage sind, hoffen wir können, daß der Bau vor sich gehen kann, werden wir die Arbeiten wieder aufnehmen; das ist selbstverständlich.

**Stadtv. Dr. Jasper:** Ich möchte mich zu Seite 277 zum Wort melden, selbst auf die Gefahr hin, es Herrn Munte wieder nicht recht zu machen. In der vorigen Sitzung hat er mich getadelt, daß ich im Ausschuß nichts gesagt habe, diesmal habe ich ihm zu viel gesagt. Ich muß es also schon so einrichten, wie es mir gefällt. Da Sie sich mit Ihren Mitteilungen über das, was im Ausschusse geschehen ist, so sorgfältig bemessen, nichts zu bemerken und zu erinnern haben, so möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf die Wanderhilfe richten, bei welchem Punkte, wenn ich mich recht erinnere — und da bitte ich Herrn Munte, meine Mitteilung nötigenfalls richtigzustellen — wir angenommen haben, daß bei dieser Gelegenheit einmal der Frage nähergetreten werden könnte, ob der Wöchnerinnenschutz über die Wanderhilfe hinaus, zum mindesten in der Kriegszeit, ausgedehnt werden möchte. Es mag auch sein, daß es mir überlassen ist, einen selbständigen Antrag deswegen zu stellen.

Es bedarf dieser Antrag keiner ausführlichen Begründung. Es ist von allen Seiten im Ausschuß und vom Magistrat anerkannt, daß die Wöchnerinnen eines besonderen Schutzes bedürfen, vor allem in der Kriegszeit, und es wird auch von den Ärzten anerkannt werden, daß dasjenige, was die Bundesratsverordnung bezweckt hat, nur zu einem geringen Teil erreicht ist, und daß daneben noch eine ganze Reihe von Personen vorhanden ist, die dieser Wohltat der Bundesratsverordnung nicht teilhaftig wird, besonders diejenigen Kreise, die nicht zu den Versicherten gehören und in solcher wirtschaftlichen Lage sind, daß sie in diesem kritischen Augenblicke, wo der Ernährer im Felde steht und Familienzuwachs eintritt, dem jungen Sprößling nicht das Nötige zuwenden können. Ich möchte bitten, meinem selbständigenAntrageIhreUnterstützung zu erteilen, der dahin geht:

„Die Versammlung ersucht den Stadtmagistrat, über die Vorschriften des Bundesrats hinaus Wöchnerinnen während des Krieges eine Wochenhilfe zu gewähren.“

Dieser Antrag würde dann, wenn er unterstützt wäre, der selbständigen Behandlung im Ausschuß überwiesen werden können, wie das wohl auch mit meiner Anregung im Ausschuß in Aussicht genommen war.

**Stadtv. Wesemeier:** Ich bin mit Herrn Stadtrat von Frankenberg einverstanden, daß bei der Desinfektionsanstalt Aufsichtspersonal vorhanden sein muß. Aber wir haben neun Desinfektoren und einen Oberdesinfektor, und nun soll dazu noch ein Inspektor angestellt werden. Ich halte das des Guten denn doch für zu viel. Der Herr Stadtrat sagt, die Desinfektoren müßten jederzeit gewärtig sein, in den Wohnungen von einem Vorgesetzten kontrolliert zu werden. Der Standpunkt wird richtig sein. Nun halte ich aber die Leute denn doch nicht für so zu Ausschreitungen geneigt, daß es notwendig wäre, auf 4 Mann je einen Vorgesetzten zu halten. Es gibt kaum einen Betrieb, wo ein solches System durchgeführt wird. Ich halte es deshalb auch nicht für nötig, daß nun noch ein Inspektor angestellt wird, und möchte dafür lieber, wenn es nötig ist, einen Desinfektor mehr eingestellt sehen.

**Stadtv. Hammer Schmidt:** Bezugnehmend auf die Antwort des Magistrats auf meine Anfrage, verkenne ich nicht, daß als Hauptmotiv für die Verzögerung der Ausführung eines Schwimmbades die Kriegszeit im Vordergrund steht. Ich möchte aber, auch auf die Gefahr hin, daß sich das auch zu einem Wurm ausgestaltet, er nicht sterben will, den Wunsch aussprechen, daß der Magistrat daran erinnert wird, daß auch Braunschweig bald zu dieser Institution kommen möge, und daß es damit nicht so lange dauert, wie es gedauert hat und noch dauern wird, bis wir zu einem neuen Hauptbahnhofe gelangt sind.

**Stadtv. Wesemeier** verzichtet auf einen besonderen Antrag wegen der Desinfektionsanstalt.

**Stadtv. Munte:** Ich wollte Herrn Dr. Jasper darauf aufmerksam machen, daß er sich erboten hatte, selbständig diesen von ihm erwähnten Antrag zu stellen, und daß ich ihm darin nicht vorgreifen wollte. Ich habe aber gesagt, daß zu dem Kapitel noch ein besonderer Antrag gestellt werden würde. Das wird Herr Dr. Jasper überhört haben.

Der Antrag Jasper wird genügend unterstützt und vom Vorsitzenden der Finanzkommission zur Vorberatung überwiesen.

Rap. VI gilt als angenommen.

#### **Rap. VII. Vereinszweck und Volksfeste.**

**Stadtv. Stegmann:** Auf Seite 283 ist dem Verein zur Förderung des Rheins-Weser-Elbe-Kanals ein widerruflicher Zuschuß von 500 M. gewährt. Ich glaube,

diesen Beschluß haben wir vor 1½ Jahren gefaßt, und der Betrag ist wohl zum zweitenmal in den Haushaltsplan eingestellt. Es wird wohl niemand etwas gegen den Zuschuß einzuwenden haben, denn wir alle wissen, welche hohe Bedeutung es für uns haben würde, wenn Braunschweig an den Kanal angeschlossen wird. Ich möchte aber bei dieser Gelegenheit, da wir seit 1½ Jahren über die Sache hier nichts gehört haben, an den Magistrat die höfliche Anfrage stellen, wie die Sache jetzt liegt, oder ob infolge des Krieges die Vorarbeiten gänzlich eingeschlafen sind. Als wir das letzte Mal davon sprachen, war insbesondere in Aussicht gestellt, daß der genannte Verein, der in Magdeburg sein Domizil hat, eine Denkschrift ausarbeiten würde, in der darauf hingearbeitet werden sollte, daß Braunschweig direkt einen Hafen bekommen sollte und nicht erst durch Stichkanal nach Gifhorn angeschlossen würde.

**Oberbürgermeister Hetemeyer:** Es sind wegen der Sache verschiedene Sitzungen abgehalten, auch noch vor kurzer Zeit. Aber die Arbeiten sind dadurch etwas ins Stocken gekommen, daß der Hauptarbeiter des Vorstandes zur Fahne einberufen und es nicht leicht ist, einen Ersatz zu finden. Im übrigen sind in den Verhandlungen manche Sachen vorgekommen, die sich nicht dazu eignen, in öffentlicher Sitzung wiedergegeben zu werden.

Da ich einmal das Wort habe, möchte ich mir eine Bemerkung zu Position 24, Zuschuß zum Lufthafen, erlauben. Voraussichtlich werden diese 25 000 *M* auch im nächsten Jahre nicht gezahlt werden, weil infolge des Krieges die Erbauung der Luftschiffhalle auf Schwierigkeiten stößt und wir erst zu zahlen brauchen, wenn der Bau der Halle in Angriff genommen ist.

Weiter wollte ich mitteilen, daß das Verkeröder Feld auf Grund des gefaßten Beschlusses von uns vergeben werden soll, daß aber die Zahl der Bewerber so groß geworden ist, daß wir die Größe der einzelnen Teile heruntersetzen müssen. Wir hatten geglaubt, unter einem halben Morgen nicht abgeben zu sollen, aber wir werden jetzt einzelne Teile auf einen viertel Morgen ermäßigen müssen. Einige Teile wollten wir allerdings auch in größeren Stücken abgeben, weil eine Bewirtschaftung durch gelernte Gärtner, die größere Komplexe, vielleicht 2—3 Morgen, bearbeiten, wohl am sichersten Gewähr bietet, daß dadurch Volksernährung in größeren Mengen beschafft wird, während in anderen Fällen, wo alle möglichen Leute, die sich vielleicht mit aus Liebe zur Natur bewerben, es nicht ausgeschlossen ist, daß die Erzeugung von Gemüse in großem Umfange nicht die Folge dieses Unternehmens sein wird. Wir haben uns aber auf den Standpunkt gestellt: Wenn jeder dieser Teilhaber auch nur ein paar Kartoffeln pflanzt, so bekommen wir dadurch doch Nahrung. Es hilft immer etwas, und wir wollen den

einzelnen Unternehmern nicht entgegen sein, aber ermäßigen müssen wir die Anteile. Wir haben unter der Hand erfahren, daß es einer großen Zahl von Bewerbern auch ganz recht ist, wenn wir ihnen nur  $\frac{1}{4}$  Morgen geben. Wenn das Land von den Leuten selber bewirtschaftet werden soll — ich weiß nicht, ob viele von Ihnen das schon ausprobiert haben —, dann ist eine intensive Bearbeitung eines viertel Morgens durch jemand, der für gewöhnlich nicht Landwirt ist, keine Kleinigkeit.

Stadtv. **Bunge:** Wir können dem Herrn Oberbürgermeister nur dankbar sein, daß er in dieser Weise vorzugehen gedenkt. Tatsächlich sind eine ganze Reihe von Einwohnern auch an mich mit dem Ersuchen herangetreten, es zur Sprache zu bringen, ob es nicht möglich wäre, daß kleinere Plätze vergeben werden. Ich glaube, im großen und ganzen ist die Bevölkerung zufrieden, wenn sie sich dort vielleicht etwas Kartoffeln ziehen kann. Man darf nicht verkennen, daß es eine ganze Reihe von Einwohnern gibt, bei denen, wenn sie auch nicht selber in landwirtschaftlichen Arbeiten firm sind, doch die Frau oder sonstige Familienmitglieder etwas davon verstehen, die Schrebergärten gehabt haben oder sich in früheren Jahren mit Landwirtschaft beschäftigt haben, so daß es nicht zu verkennen ist, daß es gut wäre, wenn man viele kleine Parzellenbesitzer dort wirtschaften läßt.

Oberbürgermeister **Kettemeyer:** Das Ackeröcker Feld werden wir nun doch in größerem Umfange bekommen, als ursprünglich angenommen war, weil nicht so viel davon schon von der Gesellschaft verpachtet ist als angedeutet war. Es werden uns im ganzen etwa 170 Morgen zur Verfügung stehen.

Wir haben ferner beschlossen, zur Bewirtschaftung auch den „Spielplatz an der Diesterwegstraße“ freizugeben. Das ist ein eingefriedigtes Feld, welches sehr guten Boden hat. Auf ihm sollte das Pflegehaus Kartoffeln ziehen, woran es noch Bedarf hat.

Dann ist zur Bewirtschaftung noch in Aussicht genommen das Feld neben der Garnisonkirche, das zur Herrichtung des Kinderspielplatzes bestimmt ist. Dieses Land ist bis zum vorigen Herbst in Kultur gewesen, und es wird möglich sein, dort Gartenfrüchte zu bauen. Wenn dadurch die Herrichtung des Kinderspielplatzes, wie wir sie beschlossen haben, erst im Herbst dieses Jahres erfolgen wird, so werden uns das die kleinen Kinder, die dort spielen sollen, nicht übelnehmen.

Endlich ist uns für Benutzung des Spielplatzes an der Eisenbütteleistraße von einem Ökonomen eine geringe Pachtsumme geboten, was wir angenommen haben. — Andere Flächen nutzbar zu machen, schien uns nicht angezeigt.

Stadtv. **Rector:** Ich möchte den Stadtmagistrat fragen, ob es nicht angebracht ist, daß er sich mit der Polizeibehörde in Verbindung setzt, damit den

Leuten freigegeben wird, wie es auf dem Lande der Fall ist, in der Kartoffelpflanzzeit Sonntags nachmittags auch nach 2 Uhr ihren Acker zu bewirtschaften, ebenso Sonntags morgens vor dem Gottesdienst, denn während der Arbeitszeit ist den Leuten die Bewirtschaftung nicht möglich und abends 7 Uhr wird es schon dunkel.

Keine weitere Wortmeldungen, Kap. VII wird als angenommen betrachtet.

### **Kap. VIII und IX.**

Ohne Besprechung.

### **Kap. X. Straßenbau, Kanalbau und Vermessungswesen.**

Stadt v. **Bunge:** Im Begleitschreiben steht unter Nr. 205, daß im Anschluß an die Auswechslung einer kleinen Fläche des abgängigen Pflasters auf der Bahnhofstraße eine kleine andere Fläche auf der Frankfurterstraße zwischen Wilhelmitorbrücke und der Bahnhofstraße in diesem Jahre in Angriff genommen werden soll. Ich muß sagen: Wenn ich den Etat daraufhin ansehe, was für die Pflasterung und Befestigung der Straßen ausgeworfen wird, so kommt der Westen der Stadt recht schlecht dabei weg, während doch eine ganze Reihe von Straßen dort verbesserungsbedürftig sind, in erster Linie die Frankfurterstraße. Es wäre angebracht, man nehme die ganze Frankfurterstraße vor und pflasterte sie womöglich neu, als daß man nur Ausbesserungsarbeiten dort vornähme.

Sodann kommen die Hedwig-, Kramer- und Cammannstraße in Betracht, die für Ausbesserungsarbeiten sehr zu empfehlen wären. Ganz schlecht steht die Luisenstraße da. Dort ist teilweise Morast, sowohl auf der Fahrbahn wie auf dem Trottoir, und die Gassen scheinen gar kein Gefälle mehr zu haben, denn es stehen wochenlang in ihnen Tümpel. Ich war gestern erst dort und bin von einer ganzen Reihe von Anwohnern darauf aufmerksam gemacht.

Einen Antrag möchte ich nicht stellen, aber den Magistrat darauf hinweisen, daß er auf das Wilhelmitor sein Augenmerk richte, und besonders auf die genannten Straßen, und zwar in nächster Zeit Besserung schafft.

Kap. X gilt als festgestellt.

**Vorsitzender:** A p. XI, G e m e i n d e t e u e r, stellen wir zurück, bis wir die Voranschläge der Gas- und Wasserwerke erledigt haben, die starken Einfluß auf Kap. XI haben.

### **Kap. XII. Staatszuschüsse und Staatsbedürfnisse.**

Stadt v. **Bunge:** Auf Seite 319 stehen unter 2 die Ausgaben für das Standesamt. Ich möchte hierbei um Aufklärung vom Magistrat bitten, ob auf dem

Standesamt die Arbeiten alle so verrichtet werden können, wie es bei der jetzigen Sachlage notwendig ist. Ich habe aus den Kreisen unserer Bevölkerung sehr viel Klagen vernommen, daß die Leute zu lange warten müßten, wenn sie dort etwas zu erledigen haben, und des anderen müßten sie vielfach auch auf die Urkunden, die sie verlangt haben, recht lange warten. Es wird da jedenfalls an irgend einer Stelle an Hilfskräften fehlen. Ich glaube, daß die Erledigung der Arbeiten gerade beim Standesamt anders zu betrachten ist als bei dem anderen Betriebe im Ratshause, wie bei dem Mieteinigungsamt oder an den Abfertigungsstellen, wo Gelder ausgezahlt werden. Es sind dort vielfach Personen, die sonst keine Arbeit haben, während es sich auf dem Standesamt um eine ganze Reihe von Leuten dreht, nicht nur Angehörige von Kriegsteilnehmern, die ihre Arbeit zu Hause liegen lassen müssen. Es würde sich empfehlen, daß der Magistrat Veranlassung nimmt, zu prüfen, woran die langsame Erledigung liegt, und ob es nicht möglich ist, Hilfskräfte zur Verfügung zu stellen.

**Stadtrat von Frankenberg:** Dieselbe Anregung war schon vorgestern bei der Beratung des Finanzausschusses gegeben. Ich habe versprechen dürfen, daß Erkundigungen angestellt und nötigenfalls für Abhilfe gesorgt werden solle. Das ist gestern geschehen. Ich habe mit Rat Lüer, dem Vorsteher des Standesamts, über die Sache gesprochen und bin mit ihm auch bei dem Stadtssekretär gewesen, damit dieser Hilfskräfte zur Verfügung stellt. Der Stadtssekretär hat darauf sofort das Nötige eingeleitet; der Wunsch des Herrn Bunge wird also erfüllt werden.

Ohne weitere Besprechung.

### **Kap. XIII. Stadtverwaltung.**

**Stadtv. Dr. Jasper:** Auf Seite 325 finden wir die Kosten des städtischen Arbeitsamts ausgeworfen. Es wird den Herren bekannt sein, daß wir gegenwärtig nicht ein städtisches Arbeitsamt haben, sondern einen staatlich-städtischen Arbeitsnachweis. Es ist das eine Einrichtung, die dem Gedanken nach entschieden zu begrüßen ist und geeignet ist, nicht nur während des Krieges zu bestehen, sondern ein Fortbestehen über den Krieg hinaus sehr wohl erleben dürfte. Ich habe persönlich nicht daran gezweifelt, daß der Krieg damit auch für die Zukunft eine neue Einrichtung in Braunschweig wie in anderen Orten mit hat schaffen helfen, aber eine Bemerkung, die vom Magistrat im Ausschuß gemacht wurde, hat mich stutzig gemacht und gibt mir Veranlassung, in der Öffentlichkeit zu dieser Frage des staatlich-städtischen Arbeitsnachweises Stellung zu nehmen und auch eine Meinungsäußerung der Versammlung darüber zu veranlassen.

Es wurde vom Magistrat gesagt: „Ob dieser staatlich-städtische Arbeitsnachweis nach dem Kriege weiter besteht, ist sehr fraglich.“ Ich hatte den Eindruck, als sei es gänzlich sicher, daß er nicht weiter bestehen würde, und als ob man nicht nur von staatlicher Seite, sondern auch städtischerseits mit diesem Zurückgehen auf den früheren Friedensfuß durchaus zufrieden sein würde. Ich entnehme den zustimmenden Bewegungen des Herrn Stadtrat Wagner, daß ich seine Worte nicht mißdeutet habe. Um so mehr ist dann für mich Veranlassung vorhanden, zum Ausdruck zu bringen, daß der Arbeitsnachweis auf dieser breiteren Grundlage auch nach dem Kriege tunlichst aufrechterhalten werden möchte.

Es wird auch den Herren im Magistrat bekannt sein, daß Verhandlungen zwischen den Behörden und den Zentralverbänden der verschiedensten Richtung schweben, sowohl auf Seiten der Unternehmer wie der der Arbeiter, die diesen wichtigen Zweig für die Arbeitswelt, eine geeignete Arbeitsvermittlung, dauernd in einer großzügigeren Weise regeln wollen, als es vor dem Kriege der Fall gewesen ist. Es sind hier die schwachen Ansätze einer größeren Grundlage für einen derartigen allgemeinen Arbeitsnachweis in erfreulicher Weise gegeben. Warum sollte man dieses Reiz, das zu keimen beginnt, mit rauher Hand auszureißen planen? Die Unternehmer wie die Arbeiter haben Vorteile davon, wenn den Unternehmungen geeignete Arbeiter in ausreichender Zahl nachgewiesen werden können, ebenso wie die Arbeiterschaft Interesse daran hat, Arbeit nachgewiesen zu bekommen und auf die alten Einrichtungen der Unternehmer nicht angewiesen zu sein. Es wird damit manche Not hüben wie drüben gelindert. Ich möchte den Magistrat bitten, sich nicht von vornherein schlüssig zu werden: „Wenn der Staat nicht will, wollen wir sehr gern den Arbeitsnachweis wieder eingehen lassen,“ sondern ich bitte, über den bestehenden Arbeitsnachweis hinaus für den Ausbau einer Arbeitsvermittlungsstelle möglichst einzutreten.

**Stadtrat Wagner:** Der Magistrat als solcher hat natürlich keinen Einfluß darauf, ob die staatliche Einrichtung des Arbeitsnachweises, die nur für die Kriegsdauer geplant ist, späterhin Fortbestand haben wird. Den Freunden des Herrn Dr. Jasper, die den Verhandlungen bei der Gründung dieses staatlichen Arbeitsnachweises beigewohnt haben, ist sehr wohl bekannt, daß es große Schwierigkeiten gemacht hat, alle diejenigen Organisationen, die eigene Arbeitsnachweise unterhielten, dazu zu bewegen, für die Kriegsdauer auf diese ihre Einrichtungen vorübergehend zu verzichten, und es sind auch im Laufe des Bestehens des staatlichen Arbeitsnachweisamts wiederholt Schwierigkeiten in dieser Beziehung hervorgetreten. Wenn nicht von vornherein die Erklärung abgegeben wäre, daß es sich nur um eine vorübergehende Einrichtung handelt, so wäre meiner festen Über-



zeugung nach das ganze Unternehmen nicht zustande gekommen. Wenngleich ich auch den Standpunkt vertreten habe, daß eine möglichst weitgehende Zentralisation des Arbeitsnachweises das einzig Richtige ist, so bin ich doch zu meinem Bedauern außerstande, irgendwie auf einen Fortbestand dieser staatlichen Einrichtung hinzuwirken.

**Stadtv. Hammer Schmidt:** Aus den Ausführungen des Herrn Stadtrat Wagner haben Sie gehört, daß es bei der Gründung des Arbeitsnachweises von vornherein Schwierigkeiten gegeben hat. Es hätte die Herren wohl interessiert, wenn der Herr Stadtrat näher darauf eingegangen wäre, worin die Schwierigkeiten bestanden haben. Sie haben darin bestanden, daß ein Teil der hiesigen Einwohnerschaft es nicht verstanden hat, dem großen Ganzen zu dienen, und erst die andere Seite mußte mit Nachdruck dahinter sitzen und ihren Patriotismus daransetzen, damit sich die vorher nicht Willigen bequemen, zu dem Werke die Hand zu bieten. Ich zweifle keinen Augenblick daran, daß es gut wäre, wenn das geschaffene Werk über die Kriegsdauer hinweg Bestand hätte, und dazu kann der Magistrat ein Großes tun, indem er mit Nachdruck dafür eintritt und den Kreisen, die sich gestraubt haben, ins Gewissen redet. Wenn keine Rücksicht nach irgend welcher Seite genommen wird und das große Ziel im Auge behalten wird, dann zweifle ich nicht daran, daß es möglich sein muß, den Arbeitsnachweis zu erhalten; ich werde gelegentlich darauf zurückkommen. Ich bin bei der Gründung zugegen gewesen; da waren die extremsten Gegner eigentlich gerade diese Herrschaften, die den größten Nutzen von dieser Einrichtung jetzt haben. Allerdings sahen sie zu schwarz und sagten: „Na, wenn erst der Staat die Sache in die Hand nimmt, dann steuern wir beileibe in den sozialistischen Staat hinein und dann: Gute Nacht um sechs! Dann ist es mit uns vorbei.“ Das alles ist nicht eingetreten, sondern es hat sich gezeigt, daß in wirksamer Weise das Ziel der Staatsregierung verwirklicht worden ist. Ich freue mich, daß mein Freund Jasper die Frage angeschnitten hat, um auch hier von dieser Stelle aus den Herrschaften schon beizeiten ins Gewissen zu reden, doch dieses Institut weiter bestehen und weiter ausbauen zu lassen.

**Rap. XIII** gilt als festgestellt.

#### **Rap. XIV.**

**Ohne Besprechung.**

#### **B. Außerordentliche Einnahmen und Ausgaben.**

**Ohne Besprechung.**

### **Voranschlag des städtischen Rieselguts.**

Stadtv. **Munte**: Bei der Einnahme ist zu bemerken, daß die Einkünfte aus Pachtgeldern geringer werden, weil 27 Hektar weniger verpachtet sind. Aus diesem Grunde sind nur 61 315 *M* für Pacht eingestellt, im Vorjahre 70 000 *M*. Nachdem in der Kommission darüber Aufklärung gegeben ist, bitte ich, es bei der eingesehenen Summe zu belassen.

Der Voranschlag wird ohne weitere Besprechung genehmigt.

**Vorsigender**: Wir gehen zurück auf das Kap. VIII, Rieselgut, Seite 16—17.

Stadtv. **Munte**: Es ist nichts dazu zu bemerken. (Zuruf: Nur Formsache!)

**Vorsigender**: Dann konstatiere ich, daß auch dieses Kapitel festgestellt ist.

### **Voranschlag der städtischen Gaswerke.**

Stadtv. **Munte** (als Referent): Die Finanzkommission hat nichts gegen den Anschlag einzuwenden.

Für die Auswechselung und Neuverlegung von Hauptrohrleitungen ist ein Posten von 30 000 *M* eingestellt. Ein gleicher Posten ist auch in die Einnahme verstellt. Es soll damit vermieden werden, daß alle Anträge der Verwaltungsdeputation in dieser Richtung den städtischen Behörden zur Genehmigung unterbreitet werden müssen, also die Verwaltungsdeputation soll in Zukunft selbständig darüber entscheiden. Es ist das ein abgekürztes Verfahren, gegen das nichts eingewendet ist.

Stadtv. **Schmidt** (zu Seite 390): Unter Ziffer 14 ist ein Posten von 1000 *M* für Hilfskräfte im äußeren Dienst ausgesetzt. Ich nehme an, daß dieser Posten zur Verfügung des Direktors gestellt ist, würde es aber für richtiger halten, wenn er zur Verfügung der Deputation stände.

**Vorsigender**: Die Anregung ist vom Magistrat zur Kenntnis genommen.

Der Voranschlag wird stillschweigend genehmigt.

### **Voranschlag der städtischen Wasserwerke.**

Nachdem der Herr Referent Stadtv. **Munte** auf den Posten „Für Auswechselung und Neuverlegung von Hauptrohrleitungen“ aufmerksam gemacht hat, gilt auch dieser Voranschlag, da das Wort nicht gewünscht wird, als genehmigt.

**Vorsigender**: Wir gehen jetzt zurück zu Kap. XI, Gemeindesteuern.

## Kap. XI. Gemeindesteuern und sonstige Abgaben.

Stadt v. Munte: Bei diesem Kapitel war in der Kommission natürlich eine längere Unterhaltung darüber nötig, ob man die Vorschläge des Magistrats zur Deckung des Fehlbetrages gutheißen wolle. Zur Deckung des nächstjährigen Fehlbetrages hat uns der Magistrat keine Vorschläge gemacht, auch nicht, ob man zur Deckung desselben es künftig bei dem alten Steuersatze belassen soll oder nach einer neuen Steuerquelle suchen möchte. Die Aussprache hat dahin geführt, daß die Mehrheit der Kommission sich entschieden hat, dem Vorschlage des Magistrats zu folgen.

Eine Minderheit dagegen hat es als bedauerlich angesehen, mit einem so großen Defizit, ohne Deckung zu suchen, abzuschließen, bei dem nicht diejenigen Ausgaben berücksichtigt sind, die möglicherweise durch eine längere Kriegsdauer entstehen und das Defizit erhöhen würden. Die Minderheit sieht davon ab, Anträge zu stellen, sie will aber bei dem Ernst der Lage zum Ausdruck bringen, daß sie jede Verantwortung für das Finanzgebahren der Stadt ablehnt. Darauf erwiderte der Magistratsdezent, daß auch der Magistrat für sich diese Verantwortung selbstverständlich ablehnt. Leider hat der Herr Vorsitzende der Kommission nicht gefragt, wer sonst noch in der Kommission die Verantwortung ablehnt, deshalb kann ich nichts darüber verraten. Für mich persönlich muß ich die Verantwortung auch ablehnen, und wenn ich recht annehme, so gilt das auch von den übrigen Herren aus der Kommission. Aber damit kommen wir nicht weiter, wir müssen sagen, was werden soll.

Wie Sie aus dem Begleitschreiben ersehen, wird der Ausgleichsfonds, den wir in den Friedensjahren gesammelt haben, und aus dem nur notwendige Ausgaben, die ebensogut auch im Unleihewege hätten bestritten werden können, bezahlt sind, bis auf 260 000 M aufgezehrt. Es war, wie die Herren sich erinnern werden, der Abschluß des gegenwärtigen Rechnungsjahres bereits mit einem Fehlbetrage von 302 000 M veranschlagt. Dazu kommen noch die großen Posten, die uns als durch den Krieg erwachsen nachgewiesen werden. Das gegenwärtige Finanzjahr wird, wie der Magistrat glaubt nach den bereits ermittelten Kosten berechnen zu können, einen Fehlbetrag von 970 000 M bringen. Wird dieser durch den Ausgleichsfonds gedeckt, so behalten wir 260 000 M.

Was mit dem zu erwartenden Fehlbetrage von 790 000 M geschehen soll, darüber gibt der Magistrat in seinem Schreiben folgende Auskunft: Es können im nächsten Jahre sämtliche Überschüsse der Gas- und Wasserwerke (anschlagsmäßig ca. 610 000 M) in die ordentliche Einnahme eingestellt werden, es können die 264 000 M, die noch im Ausgleichsfonds vorhanden sind, dazugenommen werden, und es braucht nicht Bedacht genommen zu werden darauf, daß die Re-

fervefonds der beiden Werke, die augenblicklich 660 000 *M* erreicht haben, durch weitere Zuwendungen (im laufenden Jahre 100 000 und 50 000 *M*) erhöht werden. Wenn wir also in Wirklichkeit keine weiteren Kriegskosten hätten, so würden wir wahrscheinlich im nächsten Jahre durch diese Maßnahmen den maßlichen Fehlbetrag auflösen können.

Es fragt sich nun, was wird mit dem weiteren Fehlbetrage, der durch die Fortdauer des Krieges entstehen wird? Es ist weder der Magistrat noch sonst jemand in der Lage, vorauszusagen, wie lange der Krieg noch dauern wird. Es müßte also, wenn man hier Vorsorge treffen wollte, ein Sprung ins dunkle gemacht und vielleicht gesagt werden: Wir wollen 2 000 000 *M* dafür annehmen, und diese müßten wir dann anleihen. Die Kommission steht aber in ihrer Mehrheit auf dem Standpunkte, daß diese außergewöhnlichen, uns ohne unser Verschulden, gewissermaßen durch höhere Gewalt aufgenötigten Kosten, die wir tragen müssen und gerne tragen wollen, nicht in einem Jahre von uns abgetragen zu werden brauchen, indem man kurzerweise die Steuern erhöht und sagt: „Die nach uns kommen, mögen vergnügte Tage leben.“ Ich bin der Meinung, diese Kosten durch eine Kriegsanleihe demnächst aufzubringen, die allerdings nicht erst in 70 Jahren, sondern in 5 oder 10 Jahren getilgt werden könnte, und daß man es so wohl einrichten könnte, die Steuern erträglich erscheinen zu lassen, damit es nicht heißt, wie auch in der Kommission hervorgehoben wurde: „In Braunschweig werden die höchsten Steuern bezahlt.“

Es ist auch unmöglich, jetzt die Steuern zu erhöhen, denn wenn man keinen bestimmten Griff für die noch erwachsenden Kosten hat, um wieviel sollte man dann die Steuern erhöhen? Eine Steuereinheit bei der Einkommensteuer bringt ungefähr 250 000 *M*. Wenn wir also eine Million mehr durch Steuererhöhung erzielen wollten, müßten wir die Einkommensteuer schlankeweg um 4 Einheiten erhöhen. Eine solche Maßnahme trifft natürlich jeden, auch den Arbeiter, und ich weiß nicht, ob Herr Dr. Jasper und seine Freunde für eine derartige Steuererhöhung zu haben wären, denn darüber haben sie sich nicht ausgesprochen. Jedenfalls wird Herr Dr. Jasper seine Ansicht noch kundgeben, darauf können wir doch rechnen?

Wenn ich mich kurz fasse, so habe ich zu berichten, daß die Mehrheit der Kommission sich dahin entschieden hat, diesen Voranschlag über die Steuern gutzuheißen und Ihnen zu empfehlen, wie es auf Seite 34 des Begleitschreibens angegeben ist,

„den vorgelegten Stadthaushaltsplan für das Rechnungsjahr 1915/16 festzustellen und die Zustimmung dazu zu erteilen, daß im kommenden Jahre

an Gemeindecinkommensteuer  $10\frac{1}{2}$  Einheiten nach Maßgabe der vereinbarten Veranlagungstabelle,

an Gemeindegrundsteuer 7,5 Prozent vom Grundsteuerkapital und an Gewerbesteuer 75 Prozent der vom Staate auf die stehenden Gewerbe veranlagten Steuern ausgeschrieben werden."

Dies ist das, was ich Ihnen über die Kommissionsverhandlungen mitzuteilen habe. Die Beratung hat 6 Stunden gedauert. Leider sind ja nicht viele der geehrten Herren auf unsere freundliche Einladung erschienen, namentlich nicht von dieser Seite des Hauses, wohl deshalb, wie ich voraussetzen kann, weil sie mit den Vorschlägen des Magistrats einverstanden waren. Die Freunde des Herrn Riefe waren sehr zahlreich vertreten, und ich habe mich darüber gefreut und auch über den Eifer, mit dem sie den Verhandlungen gefolgt sind und sich haben belehren lassen. Leider hat das nicht viel genügt, denn die kleinen Fragen sind hier doch noch einmal aufgerollt. Es soll das keine Anrempelung sein, aber erwähnen möchte ich es doch, und meine eigene Meinung kann ich ja auch zum Ausdruck bringen. Es soll auch kein Vorwurf darin liegen. Es kann sein, daß die Freunde des Herrn Riefe in der Vollversammlung mehr darlegen müssen, um der breiten Öffentlichkeit kundzutun, was sie schaffen, denn das kommt in der Kommission nicht so ans Tageslicht.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Die Hoffnung des Herrn Munte, daß ich noch das Wort ergreifen würde, soll nicht zuschanden werden. Zu diesem wichtigsten Punkte des Haushaltsplans muß ich als Vertreter der Minderheit der Versammlung entschieden das Wort nehmen und möchte zunächst nur nebenbei bemerken, daß die Ausschußberatungen lediglich den Zweck haben, die Verhandlungen in der Vollversammlung vorzubereiten, daß nicht die Abstimmungen dort die entscheidenden sind, sondern diejenigen in der Vollversammlung, und daß es deshalb wohl versucht werden kann, mit Rücksicht auf die Zusammensetzung der Kommission, die auf jener Seite durch keinerlei Gleichheit der Gesinnung irgendwie getrübt ist, ein anderes Ergebnis zu erzielen, wie wir es häufig schon in der Vollversammlung gehabt haben, darüber hinaus aber klarzustellen, wie die Dinge in den städtischen Körperschaften liegen, welche Wünsche auf den verschiedenen Seiten vorhanden sind, und wo die Hindernisse liegen, wenn es trogalledem manchmal nicht vorangeht.

Ich habe im Ausschuß zu diesem Antrage, den der Herr Berichterstatter befürwortete, Bedenken geäußert. Diese Bedenken sind zum Teil durch die Ausschußverhandlungen etwas herabgemindert, wie ich ohne weiteres zugeben will, aber keineswegs vollkommen beseitigt, und am eigenartigsten berührt es mich, daß jetzt auch der Berichterstatter, sogar im angeblichen Einverständnis mit der Mehrheit hier erklärt: „Für diese Vorschläge übernehmen wir nicht die Verantwortung."

Ich weiß nicht, wie das aufzufassen ist. Der Finanzdezernent im Magistrat hat die Verantwortung abgelehnt und der Ausschuß in seiner Mehrheit ebenfalls. (Widerspruch des Herrn Stadtv. Munte.) „Auch wir können sie nicht übernehmen,“ hat Herr Munte gesagt. Ich habe immer die Auffassung gehabt, daß derjenige, der etwas beschließt, auch zu seinen Beschlüssen steht und verantworten muß, was er beschlossen hat. Das ist ja gerade das Schwierige, was unser Amt mit sich bringt, daß wir das zu verantworten haben, was wir hier beschließen, und uns deshalb genau vergewissern müssen, was wir beschließen wollen. Da ist es ein eigen Ding, einen Stadthaushaltsplan mit 800 000 *M* Fehlbetrag anzunehmen und glatt zu sagen: „Der Magistrat will es so; gehen wir darüber hinweg!“ Wenn ein derartiger Haushaltsplan zu anderer Zeit vorgelegt wäre, so wären auch die Herren von jener Seite der Ansicht gewesen, daß ein derartiger Fehlbetrag, der schon seit einigen Jahren in Erscheinung trat, Veranlassung geben muß, dem Finanzgebaren der Stadt etwas nachzugehen.

Wir hatten auch in früheren Jahren bereits Fehlbeträge im Haushaltsplane, die aber zum Teil durch versteckte Reserveüberschüsse gedeckt waren. Wir haben auch im letzten Jahre einen Fehlbetrag vorgesehen, der infolge der veränderten Verhältnisse kein Überschuß zu werden scheint, sondern, wie die Vorlage auch besagt, tatsächlich einen Fehlbetrag darstellt, der sogar viel größer ist, als damals von uns erwartet werden konnte. Der Magistrat schlägt diesen Fehlbetrag auf 970 000 *M* an. Ich will nicht weiter um diesen Posten rechten; bin aber der Meinung, daß auch dieser Anschlag zu rosig genommen ist, und werde wohl kaum in erheblicher Weise Widerspruch vom Magistratsratsherrn erfahren, wenn ich sage: Es ist rund 1 000 000 *M* als der mutmaßliche Fehlbetrag des laufenden Jahres anzunehmen. Dieser Fehlbetrag soll aus dem Ausgleichsfonds gedeckt werden, wie es dessen Vorschriften auch besagen. 260 000 *M* bleiben davon noch übrig, oder 230 000 *M*, wenn ich die Million als Fehlbetrag des laufenden Jahres annehme.

Es ist nun weiterhin der Fehlbetrag, den wir jetzt beschließen wollen, diesem vorhandenen Vermögen im Ausgleichsfonds gegenüberzustellen, also 790 000 *M* gegenüber einem Vorrat im Ausgleichsfonds von 230 000 *M*, so daß noch eine zu deckende Summe von etwa 560 000 *M* bleibt. Nach dem Anschreiben — das hat auch der Herr Berichterstatter mitgeteilt — soll diese Summe gedeckt werden, indem man ohne weiteres die mutmaßlichen Überschüsse der Gas- und Wasserwerke in anschlagsmäßiger Höhe von 600 000 *M* verwendet. Dann ist ja das Loch weg, ja es ist nach diesem Rechenexempel sogar noch um 40 000 *M* der Bedarf überschritten, so daß man ohne weiteres die Möglichkeit der Ausführung auf sich nehmen könnte.

Es bleiben dann noch die Kriegsausgaben, für die ja besondere Maßnahmen getroffen werden sollen, und die in diesem Anschlage nicht berücksichtigt sein sollen,

oder welche nur zu einem Teil berücksichtigt sind, und diese Zusammenstellung bringt mich dazu, etwas kritisch dem ziffernmäßigen Anschlage gegenüberzutreten. Ist es denn richtig, daß wir nur einen Fehlbetrag von 790 000 *M* zu erwarten haben werden? Wenn ich selbst die eigentlichen Kriegsausgaben ausseide, so braucht man nur das Kapitel anzusehen, bei dem wir eben sind, „Steuern“, dann wird man zweifelhaft werden, ob dieser entscheidende Überschuß in dem Steuerwesen beim Jahresabluß eintreten wird. Es brauchen ja bloß 50 000 *M* weniger zu sein, dann geht die Sache nicht mehr auf, und ist es noch weniger, dann ist ein großes Loch da, so daß das Rechenexempel ohne weiteres nicht zu lösen ist. Die Einkünfte aus Gemeindeeinkommensteuern sind von rund 3 000 000 *M* auf 2 900 000 *M* herabgesetzt, es ist eine Mindereinnahme veranschlagt von rund 130 000 *M*. Wir wissen alle nicht, wie sich tatsächlich das Ergebnis aus den Gemeindeeinkommensteuern gestalten wird, auch die Herren vom Magistrat können es nicht genau sagen, aber das scheint mir klar zu sein, daß dieser Griff sehr günstig für die Stadtkasse gestaltet ist, daß wir in diesem Punkte eine prozentuale größere Mindereinnahme zu verzeichnen haben werden, daß vielleicht 200 000 *M* ausfallen werden. Und dann ist das da, was ich befürchte, und weshalb ich sehr skeptisch dieser Vorlage gegenüberstehe.

Auf der anderen Seite sind auch ohne weiteres erhöhte Betriebsausgaben zu erwarten, wie das schon in der heutigen Sitzung in einem ganz kleinen Punkte in Erscheinung trat durch die Wollebeschaffung für die Schulen. Es schlägt das ja nicht erheblich zu Buche, aber ebenso wie in den Schulen schon eine Verteuerung des Betriebes in sachlichen Ausgaben entsteht, so wird auch eine Verteuerung bei dem Betriebe der Gas- und Wasserwerke eintreten. Wie das Rieselgut abschneidet, ist auch sehr dahingestellt, so daß statt der sonstigen stillen Reserve, die meist in den Voranschlägen vorhanden gewesen ist, diesmal nichts vorhanden sein wird und ich glauben muß, daß der nach der gegenwärtigen Vorlage eintretende Fehlbetrag wohl überschritten werden dürfte, und zwar in einer Höhe, die diejenige Summe überschreitet, die aus dem Rest des Ausgleichsfonds und aus den sämtlichen Erträgen der Gas- und Wasserwerke noch gegenübergestellt werden können.

Abgesehen davon ist es eine sehr eingehend zu prüfende Frage, ob es wirklich angebracht ist, die ganzen Erträgnisse der Gas- und Wasserwerke zur Tilgung der laufenden Ausgaben zu benutzen und keine Rückstellungen zu machen. Darüber werden, glaube ich, die Finanzleute auch sehr verschiedener Meinung sein können. Ich will das aber ruhig mit annehmen, dann bleibt jedoch immer noch eine sehr unsichere Sachlage, und mit Recht hat der Vorsitzende des Ausschusses gefragt: „Würden wir diesem Voranschlage zustimmen ohne Rücksicht auf die Kriegsausgaben?“ Mir scheint diese Sachlage sehr zweifelhaft, so daß ich als Minderheits-

vertreter nur sagen kann: Es ist ein böses Ding, die Verantwortung hierfür zu übernehmen, und dann nach Jahren oder noch längerer Zeit mit solchen ungünstigen Vorschlägen auf Tilgung des jetzt entstehenden Fehlbetrages der Bürgerschaft zu kommen.

Nun ist von einer Seite im Ausschuß das so ausgelegt, und auch vom Herrn Berichtsfatter wiederum so vorgebracht, als ob aus dieser Stellungnahme zu dem Voranschlage ohne weiteres folgen würde: „Dann müßt ihr dafür sein, daß jetzt neue Steuern ausgeschrieben werden.“ Ich habe im Ausschuß besonders hervorgehoben, daß ein derartiger Antrag von uns keineswegs gestellt werden solle, sondern daß auch wir es als etwas sehr Angenehmes begrüßen, daß der Magistrat es meint verantworten zu können, die Bürgerschaft mit neuen Steuern verschonen zu dürfen.

Aber ich sehe den Voranschlag schwärzer an und suche deshalb auch ohne neue Steuern Mittel zu finden, diesen Voranschlag in seinem Abschluß günstiger zu gestalten. Bereits im Ausschuß habe ich darauf hingewiesen, und möchte das auch hier tun, daß zu einem guten Teil die im Voranschlage nicht berücksichtigten Mindereinnahmen und auch die bereits berücksichtigten, vor allen Dingen aber die nach Meinung der Mehrheit besonders zu behandelnden Mehrausgaben zum guten Teil veranlaßt sind durch das Staatsinteresse, durch solche Angelegenheiten, die zu lösen nicht die engere Aufgabe der Gemeinde ist, sondern Sache des Reiches und des Staates, und daß infolgedessen zu versuchen sein sollte, um dieses ungünstige Endergebnis zu vermeiden, von dieser Seite Zuschüsse zu unseren Ausgaben zu erhalten. Vom Reiche ist das, wie in der Vorlage steht, in beschränktem Umfange bereits geschehen, leider nicht in dem Maße, wie den hohen Ausgaben der Gemeinde gegenüber am Platze wäre; vom Staate ist in der Beziehung bisher nichts geschehen. Ich halte es für angemessen, daß von unserer Seite deswegen die Initiative ergriffen wird, an den Staat heranzutreten wird, damit er den Gemeinden in dieser schweren Zeit durch Zuschüsse zur Seite springt. Ich weiß (und das ist mir auch zum Teil entgegengehalten worden), daß gerade der braunschweigische Staat — das Ministerium weniger als die Landesversammlung in der Weise, wie sie als die sogenannte Vertretung des braunschweigischen Volkes zusammengesetzt ist — wohl nicht ohne weiteres den Wünschen des Wasserkopfes Braunschweig gegenüber gefügig sein wird. Aber statt daraus nun zu folgern: „Dann wollen wir lieber die Sache überhaupt nicht anregen,“ sage ich: Es kann gar nicht früh genug, gerade auch von unserer Seite, angeregt werden, diese Frage in einer Art und Weise schließlich geregelt zu sehen, wie sie unserer städtischen Gemeinde und seinem Finanzwesen einigermaßen erquicklich sein würde. Wenn wir nicht schreien und nochmals schreien, dann kommen wir überhaupt gar nicht, dann



sind wir immer die artigen Kinder, die von den Vertretern der Landgemeinden und dem sonstigen herrschenden, ausschlaggebenden Personenzirkel in der Landesversammlung an die Seite gedrückt werden. Wir müssen uns rühren im Interesse unserer Bürgerschaft, die sonst erheblich in den Säckel greifen muß. Diese Zuschüsse seitens des Staates gegenüber einem derartigen, sehr fraglich erscheinenden Voranschlag zu erwirken, scheint mir gerade diese Beratung der gegebene Anlaß.

Dann noch einige Worte zu der Regelung, wie man sich die Deckung der Kriegsausgaben denkt. Ich war der Meinung, daß der Krieg voraussichtlich noch länger dauern und es kaum tunlich sein wird, alle die dadurch entstehenden Ausgaben auf nach dem Kriege zu erhebende Anleihen zu verschieben, und während des Krieges die Anleihen vom Leihhause als Aus Hilfsmittel zu benutzen, sondern daß, wie die Dinge mir zu liegen scheinen, es an sich durchaus wirtschaftlich wäre, einen gewissen Teil dieser Kriegsausgaben doch auch schon in die jetzige Kriegszeit selber mit zu verlegen, und diese Bedenken sind mir nicht vollkommen im Ausschuß zerstreut. Denn unter welchen Umständen müssen wir nach einem hoffentlich günstigen Kriegsende die Anleihen aufnehmen? Ich glaube, daß die Bedingungen der Anleihe dann nicht gerade sehr günstig sein werden, und daß es auch sehr fraglich ist, ob es richtig ist, eine derartige Ausgabemenge durch Anleihen zu decken, wo unsere Anleihen ohnehin schon eine ziemlich hohe laufende Ausgabe erfordern.

Da diese Bedenken nicht vollkommen beseitigt sind, glaube ich nach wie vor meinen Widerspruch gegenüber diesem Voranschlage aufrechterhalten zu sollen, besonders aber Sie bitten zu sollen, nicht aus dem Grunde, daß Sie nun diesen Voranschlag in der ungünstigsten Fassung angenommen haben, dann, wenn irgend welche notwendigen oder nur wünschenswerten Ausgaben verlangt werden, zu sagen: „Das können wir nicht, dazu sind keine Mittel vorhanden.“ Es werden sich im Verlaufe des Krieges und bei der Kriegsnot im Interesse der mittellosen Volksklassen noch eine ganze Menge Ausgaben notwendig machen, an die Sie vielleicht nicht heran wollen, aber wenn die Not weitergeht, heran müssen, und dann soll der jetzt zu beschließende Haushaltsplan keine Ausrede sein. Nach den Erklärungen im Ausschuß habe ich die Erwartung, daß der Magistrat daraus nichts herleiten wird, sondern er wird sagen: „Das wird eben auf die große Kriegsanleihe mit übernommen, mag nach uns kommen, was irgend will.“

**Oberbürgermeister Netemeyer:** Ich weiß nicht, ob es Ihnen bei den Ausführungen des Herrn Dr. Jasper so gegangen ist wie mir. Wenn ich mich frage: „Wozu diese langen Ausführungen?“ so bin ich nicht dahinter gekommen. Ich dachte, Herr Dr. Jasper wäre schließlich mit bestimmten Vorschlägen hervorgekommen, würde entweder den Etat in manchen Positionen der Ausgabe be-

streiten oder die Einnahmen erhöhen. Ein anderes Mittel, den Etat günstiger zu gestalten, kenne ich nicht.

Abgesehen davon gestatten Sie mir die Bemerkung, daß ich bei meiner Ansicht bleibe, daß es richtig wäre, tunlichst aus der Kommission Einzelheiten nicht mitzuteilen. Der Herr Referent war so liebenswürdig, zu sagen, auch der Magistrat hätte in der Kommission die Verantwortung für den Etat abgelehnt. Es ist richtig, die Bemerkung ist gefallen, nachdem von einem Mitgliede der Kommission gesagt war: „Ich übernehme die Verantwortung für den Etat nicht.“ Darauf habe ich gesagt: „Eine Verantwortung übernehme ich auch nicht,“ und habe das selbstverständlich in dem Sinne gemeint, daß kein Mensch dafür einstehen kann, daß die Einnahme sich in der veranschlagten Höhe wirklich einstellen wird, oder daß die Ausgaben sich auf die Höhe beschränken werden, wie wir es Ihnen vorführen. Aber wenn Sie fragen: „Kann der Magistrat mit gutem Gewissen den Stadtverordneten diesen Etat vorlegen, ohne eine Steuererhöhung zu beantragen?“, dann kann ich erklären: „Der Magistrat übernimmt diese Verantwortung einstimmig.“ Daran ist nicht zu deuteln. Wenn wir Ihnen vorrechnen, daß das Jahr, das binnen 10 Tagen zu Ende geht, etwa mit einem Fehlbetrage von 1 Million abschließt, und Ihnen dann sagen können — offen gestanden, es tut mir leid, das in der Öffentlichkeit sagen zu müssen —: „Die Million liegt sozusagen bereit,“ dann kann uns kein Mensch einen Vorwurf über einen solchen Etat machen. Und wenn ich weiter vorführe, daß der Fehlbetrag für das nächste Jahr mit Hilfe der angesammelten bezw. fest zu erwartenden Mittel zu decken ist, dann wüßte ich wahrlich nicht, woher der Magistrat den Mut nehmen soll, sofort den Bürgern zu sagen: „Es können noch größere Ausgaben kommen, also müssen wir neue Steuern einführen.“ Die Verantwortung übernimmt der Magistrat nicht. Ich erkenne aber an, es zieht sich durch die ganze Beratung des Stadthaushalts hindurch: Wenn der Krieg uns weiter große Ausgaben bringen sollte, was wir jetzt noch nicht wissen, dann müssen wir nach Deckung suchen. Wir wollen Ihnen aber keinen Kriegsetat vorführen, weil wir einen solchen beim besten Willen nicht aufstellen können, sondern einen Friedensetat, und für den reichen die Mittel, die zur Deckung vorhanden sind, nach menschlichem Ermessen aus.

Herr Dr. Jasper ist auf Einzelheiten eingegangen und hat uns verschiedene Exempel vorgeführt. Insbesondere sagte er: „Sowie 50 000 M an der Einnahme ausfallen, dann fällt das ganze Gebäude über den Haufen.“ Nein, das tut es doch nicht! Ich kann Ihnen gleich angeben, wie man diese 50 000 M, die Herrn Dr. Jasper so kopfscheu machten, spielend beschafft, indem man sagt: Im nächsten Jahre ersparen wir — daran ist nicht zu zweifeln — die Ausgabe für den Lufthafen. Sie hätten sie unbedenklich streichen können, und ich würde es auch für un-

bedenklich halten, wenn Sie, um die Jasperschen 50 000 *M* zu beschaffen, sagten: Im nächsten Jahre verzichten wir auf den Abtrag für das Museum und die Feuerbestattungshalle, deren Kosten zu amortisieren wir angefangen haben, ehe der Bau begonnen hat. Vorsichtiger kann man nicht sein. Wenn wir diese beiden Posten nicht abführen, dann haben wir nicht bloß 50 000, sondern 65 000 *M* erspart. Sehen Sie in den Etat anderer Städte, was für Kunststücke die in diesem Jahre machen, um sich über Wasser zu halten, und die Amortisationen nach allen Richtungen hin beschneiden. Ich meine, wir sollten fragen: Können wir nach den Erfahrungen der letzten Jahre diese Einnahmen, die wir eingestellt haben, für das nächste Jahr als voraussichtlich eingehend ansehen? Und wenn man diese Frage bejaht, muß man auch sagen: Wir können ohne Steuererhöhung auskommen.

Nun hat Herr Dr. Jasper von Zuschüssen des Staates gesprochen. Ja, meine Herren, das hat doch aber seine Schwierigkeiten. Nun ja, es ist eine Anregung, und vielleicht hat es Einfluß auf die Stelle, die Herr Dr. Jasper im Auge hat — vielleicht einen günstigen Einfluß, vielleicht aber auch einen ungünstigen Einfluß. Jedenfalls hat diese Hoffnung, oder fehlende Hoffnung, auf die Gestaltung unseres Haushaltsplans absolut keinen Einfluß. In der Hinsicht stehe ich auf dem Standpunkte, den Herr Dr. Jasper zuletzt vertreten hat: Die Ausgaben, die der Krieg uns bringt, müssen wir tragen — einerlei, ob wir Zuschüsse vom Staat bekommen oder nicht. So machen wir es auch mit dem Etat für das nächste Jahr. Wir müssen sehen, daß wir mit dem, was uns, Gott sei Dank, unsere Werke einbringen, auskommen. Ich hoffe auch, daß hier und da noch eine Ersparnis zu machen sein wird. Nach dem, was ich gehört habe, wird die Gemeinde-Einkommensteuer in der vorgesehenen Höhe nahezu eingehen. Das ist schon sehr wesentlich, denn es konnte auch recht gut anders kommen, und als der Krieg ausbrach, habe ich nicht gehofft, daß wir so gut in diesem Jahre abschneiden würden. Daß der Krieg auch für das nächste Jahr in bezug auf das Eingehen von Steuern wesentliche Ausfälle bringen wird, läßt sich nicht bestreiten. Andererseits aber können wir uns hier ganz offen darüber aussprechen, daß manche Einwohner im nächsten Jahre auch höhere Steuern werden zahlen müssen als im abgelautenen Jahre, denn wir haben eine Menge Leute in der Stadt, die durch große Aufträge sehr erhebliche Einnahmen erzielt haben. Hoffentlich wird dadurch ein Ausgleich in der Höhe der einkommenden Steuern eintreten.

Schließlich hat Herr Dr. Jasper noch gesagt, Kriegsausgaben wolle er nicht durch Anleihen decken; er hat aber nicht gesagt, wie er sie decken will. Wenn er nicht eine Steuererhöhung wünscht, über die er bisher auch keinen Antrag eingebracht hat, dann bliebe nur übrig, neue Steuern einzuführen; ich wüßte nicht, woher wir sonst die Deckung nehmen sollten. Nun will ich offen gestehen: Ich

sehe sonst gern, wenn die Herren Stadtverordneten uns Mittel und Wege angeben, wie wir noch mehr Geld in die Stadtkasse schaffen können, aber neue Steuern in Kriegszeiten einzuführen, halte ich denn doch für eine bedenkliche Maßnahme. Da würde möglicherweise hüten wie drüben an den Patriotismus appelliert und gesagt: Für die Steuer müßt ihr eintreten, denn das Vaterland ist in Gefahr. Dazu sage ich: Das wollen wir lieber nachher tun, wenn der Krieg vorbei ist und wir wissen, welche Ausgaben uns der Krieg endgültig gebracht hat. Dann werden wir uns hoffentlich darüber verständigen, ob wir mit Anleihen auskommen, sie mit Hilfe der jetzigen Steuern allmählich oder in scharfem Tempo tilgen, oder ob wir neue Steuern einführen müssen. Ich vertraue darauf, daß später über diese hochwichtige Frage unter den städtischen Behörden eine Einigkeit erzielt wird, wie sie bisher immer bestanden hat.

**Stadtv. Munte:** Nach den Worten des Herrn Oberbürgermeisters bleibt mir nicht mehr viel zu sagen. Die Rede des Herrn Dr. Jasper war an sich wirklich schön, und ich muß auch sagen vorsichtig und sachgemäß, aber Herr Dr. Jasper hat sich förmlich bemüht, so dunkel und schwarz zu malen, wie es irgend geht. So schwarz brauchen wir wirklich nicht zu sehen, wir können die Sache auch einmal etwas rosig ansehen. Weshalb wollen wir uns jetzt schon über alle die Sachen krank fühlen, die einmal kommen könnten, und schließlich sagen: Wir wissen uns nicht zu helfen. Sie bringen auch keine Vorschläge, Herr Dr. Jasper, wie es denn anders werden soll.

Persönlich erlaube ich mir zu bemerken: Der Herr Oberbürgermeister hat mir eine Note erteilt, weil ich aus den Kommissionsverhandlungen etwas als vertraulich zu Geltendes mitgeteilt hätte. Dagegen möchte ich fragen, wie der Referent denn über die Kommissionsverhandlungen referieren soll, wenn er überhaupt nichts aus der Kommission sagen darf? Es ist doch äußerst wichtig, wenn Herr Dr. Jasper mit seinen gesamten Freunden, fast der dritte Teil der Versammlung, die Verantwortung nicht übernehmen will, und der Magistrat mit seinen neun Mitgliedern auch nicht, ich auch nicht. Das ist doch der Mitteilung wert! Außerdem hat Herr Dr. Jasper in der Kommission zuerst davon gesprochen und den Magistrat damit verleitet, diese Verantwortung abzulehnen, die anders gemeint war, als es von Herrn Dr. Jasper gemeint war. Der Magistrat sagt nur: Er lehnt die Verantwortung dafür ab, daß in Wirklichkeit der Etat so verlaufen wird und es nicht anders kommen kann, aber für die steuertechnische Vorlage übernimmt er volle Verantwortung. Wir müssen sagen: Wir haben für das Wohl der Stadt einzutreten, und deshalb wollen wir die Steuern wieder in der Höhe bewilligen, wie es nötig ist, aber nicht höher, um alle Kreise der Bevölke-

rung, auch die Wohnungsvermieter, nicht zu sehr zu belasten. Was später noch als nötig sich herausstellen wird, können wir dann noch nachholen.

Daß wir im Kriege nicht Ausgaben für später erst nützliche Sachen machen, wie für die Schwimmhalle und für die Stadthalle, ist wohl selbstverständlich. Wenn aber der Magistrat auf Seite 4 seines Anschreibens sagt: „Wir sind durchaus damit einverstanden, daß die Herren Stadtverordneten die Ansätze des Voranschlages einer besonders scharfen Prüfung unterziehen, und werden etwaigen Streichungen, sofern sie nicht etwa nach unserer Überzeugung das Gemeinwohl zu gefährden geeignet sind, gern zustimmen,“ so hat sich gefunden, daß kein Mitglied dieser Versammlung an den Ansätzen etwas zu streichen gefunden hat. Die Ansätze sind in demselben Umfange bestehen geblieben, wie sie eingestellt sind, und es ist auch Herrn Dr. Jasper und seinen Freunden, als sie die Erhöhung eines Postens haben wollten und man nicht darauf eingehen wollte, weil man den Etat nicht ändern mochte, die Versicherung gegeben, sie könnten jederzeit Anträge stellen, sie würden ordnungsmäßig beraten werden, und wenn dann ein entsprechender Beschluß gefaßt sei, würde auch das Geld beschafft werden. Wir können wohl sicher sein, die Stadt Braunschweig bekommt das Geld auch, wenn sie es nötig hat. Ich bitte Sie wiederholt, die Anträge des Magistrats so anzunehmen, wie sie vorliegen. Anderweitige Anträge sind ja nicht gestellt.

Stadtb. **Niese:** Daß der Magistrat sich hätte verleiten lassen, auf die Äußerung des Kollegen Dr. Jasper hin darauf zu verzichten, die Verantwortung für den Etat zu übernehmen, will ich zu seinen Gunsten nicht annehmen. Ich glaube, er hätte sich nicht verleiten lassen, sondern hätte seine Meinung zum Ausdruck gebracht.

Wenn das Kapitel Gemeindesteuern hier besprochen wird, so ist das meiner Meinung nach das wichtigste im ganzen Voranschlage. Ich will im einzelnen nicht weiter auf die Steuerverhältnisse eingehen, aber es heißt hier vorbauen. Die bürgerliche Gesellschaft steht uns im ganzen unfreundlich gegenüber, sie gehorcht jetzt nur der Not und nicht dem eigenen Triebe, und der ist die Vertretung eines kapitalistischen Prinzips. Ich kenne die Stadt Braunschweig noch aus der Zeit, wo die prozentuale Steuererhebung sich in den Sätzen von 1 : 4 bewegte. Damals war es ungünstiger, aber nachher hat sich das geändert: es sind wohl heute schon Fortschritte gemacht, aber nicht im sozialistischen Sinne, daß die unteren Volksklassen entlastet werden.

Wenn Herr Munte sagte: „Die Freunde des Herrn Niese sind in der Kommissionsitzung zahlreich vertreten gewesen; das können wir nur begrüßen und haben es nicht übel gedeutet“, so bin ich derselben Ansicht, wenn es von Herrn

Munte nicht ironisch gemeint ist (Stadt v. Munte: Es war mein Ernst.). Das nehme ich auch von ihm an. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß zum ersten Male die Etatsberatung in einem kleinen Zimmer stattfand, während sie meines Wissens immer hier im großen Saale stattgefunden hat. Wenn noch mehrere von den Herren gekommen wären, würden sie nicht einmal Platz gefunden haben, sonst hätten wir umziehen müssen. Die Etatsberatung ist die wichtigste Beratung, denn es wird dort der Haushaltsplan für das ganze Jahr festgestellt, und das Plenum hat ein Recht darauf, über diesen Haushaltsplan Aufklärungen in breiteren Ausführungen zu verlangen, als sie heute gegeben sind. Ich will dem Herrn Referenten keinen Vorwurf daraus machen, aber darauf hinweisen, daß in anderen Jahren der Plan viel weitreichender und gründlicher erörtert ist. Die Vorberatung ist für die paar bestimmt, die dazu kommen können, aber das Plenum soll über den ganzen Jahresetat auf der breitesten Grundlage unterrichtet werden. Das ist dieses Jahr nicht in dem Maße wie sonst geschehen.

Der Vorsitzende schließt die Beratung. Die Anträge des Magistrats (siehe Seite 753 und 754) werden nacheinander angenommen.

**Vorsitzender:** Nachdem die geehrten Herren den Etat festgestellt und die Steuern für das nächste Jahr bewilligt haben, möchte ich noch einmal unterstreichen, daß es in der schweren Zeit, in der wir uns befinden, eine überaus erfreuliche Tatsache für die Stadt ist, daß wir hier sagen können: Wir kommen mit den bisherigen Steuern aus, wir brauchen die Mehrausgaben nicht durch eine besondere Steuererhöhung einzubringen. Auch Herr Dr. Jasper und seine Freunde sind nicht der Meinung gewesen, daß die Steuern erhöht werden sollten. Wir sind durch die frühere Finanzpolitik der Stadt in der glücklichen Lage, die hohen Ausfälle ausgleichen zu können durch die Ergebnisse und Rücklagen, die wir in früheren Jahren gemacht haben, und die nun für außergewöhnliche Fälle zur Verfügung stehen. Das ist ein Ergebnis für unsere Stadt, auf das wir stolz sein können, und ich glaube, ich spreche im Sinne der Mehrheit der Versammlung, wenn ich dem Magistrat für seine weise und weitblickende Finanzpolitik unseren Dank ausspreche. (Beifall.)

### **Voranschlag für den Ausgleichsfonds.**

**Vorsitzender:** Unter A bringt der Magistrat einen berichtigten Anschlag für das Jahr 1914/15, den er jetzt geben kann, weil er schon jetzt einigermaßen genau weiß, wie der Voranschlag in der Exekutive werden wird. Unter B steht der Voranschlag für das Jahr 1915/16.

Stadtv. **Munte:** berichtet über die in diesem Teile des Haushaltsplanes aufgeführten Zahlen. Eine Wortmeldung erfolgt nicht, der Voranschlag gilt damit als festgestellt.

### **Voranschlag der Umsatzsteuer und Voranschlag der Kanalbaukasse.**

Beide ohne Besprechung.

### **Voranschlag des städtischen Schlachthauses.**

Stadtv. **Munte:** Einwendungen gegen die Einnahme und auch gegen die Ausgabe sind nicht erhoben.

Stadtv. **Wesemeier:** In dem Begleitschreiben findet sich die Bemerkung (Seite 41), daß angenommen wäre, es würde wegen des geplanten Viehhofsbaus der größte Teil der Schlachthausländerei aus der Pacht gezogen. Wir haben den Viehhofsbaubau jetzt seit zehn Jahren auf der Tagesordnung, es sind insbesondere auch schon Kosten für einen Voranschlag des Baus bewilligt, dennoch sind wir in der Sache nicht weitergekommen. Ich glaube, es darf sich keine Stadt in Deutschland rühmen, so „schnell“ einen Viehhof bekommen zu haben, wie wir es fertigbringen, ihn zu bauen. Wir haben zwar ein gutes Vorbild an unserem Bahnhofsbaubau, aber wir rühmen dieses Beispiel in unserer eigenen Versammlung nicht sonderlich. Es muß hier erwähnt werden, daß es mit unserem Viehhofsbaubau über alle Formalitäten nicht vorwärtsgen will. Wenn auch der Herr Vorsitzende sagt, wir könnten stolz sein auf die Resultate unserer Verwaltung, so möchte ich mir doch die Bemerkung erlauben, daß wir das auf dem Gebiete des Viehhofsbaus nicht können.

Ich möchte mir die Anfrage erlauben, wie lange es noch dauern wird, bis der Viehhofsbaubau in Angriff genommen wird, da aus der Andeutung im Begleitschreiben hervorzugehen scheint, daß es im Laufe dieses Jahres nun wirklich dazu kommt. Es ist nicht nur ein kleiner Kreis der Bevölkerung, der ein wesentliches Interesse an der Fertigstellung des Viehhofs hat, sondern die ganze Bevölkerung, wie von uns nachgewiesen ist und auch vom Magistrat anerkannt. Ich erinnere daran, daß das Schlachtergewerbe ebenfalls ein starkes Bedürfnis nach Erbauung des Viehhofs hat. Ich glaube, es würden sich manche Vorkommnisse in der letzten Zeit nicht ereignet haben, wenn wir einen städtischen Viehhof hätten. Insbesondere wäre das Verhungern von Schweinen nicht vorgekommen, wenn genügend Räumlichkeiten vorhanden gewesen wären, in denen das Vieh hätte untergebracht werden können. Wenn das auch nebensächlich sein soll, so haben wir doch immerhin Anlaß, Auskunft zu verlangen, wie es mit dem Vieh-

hofsbau steht, ob wir noch weitere zehn Jahre darauf warten müssen, oder ob wir Aussicht haben, ihn bald zu bekommen.

**Stadtrat von Frankenberg:** Auf die Gefahr hin, vielen der Herren Bekanntes zu sagen, weise ich darauf hin, daß den geehrten Herren wiederholt mitgeteilt ist, daß wir, und zwar im Einverständnis mit Ihnen, beim Herzoglichen Staatsministerium vorstellig geworden sind, eine Gesetzesänderung herbeizuführen, die uns gestattet, die Verwendung des Vorratsvermögens der Schlachthauskasse zum Bau des Viehhofs zu verfügen. Das Ministerium hat in Aussicht gestellt, unserer Bitte nachzukommen. Die Gesetzgebungsmaschinerie ist in den Händen der Herzoglichen Landesregierung und arbeitet nicht sehr schnell. Vorwürfe, die, wie es fast schien, Herr Stadtv. Wesemeier an den Stadtmagistrat oder an seine Kollegen in der Stadtverordnetenversammlung hat richten wollen, haben die städtischen Behörden gewiß nicht verdient. Ich glaube, wir können das Vertrauen haben, daß das Ministerium die Frage in nicht allzuferner Zeit erledigen wird. Wir müssen aber auf die Erledigung durch die Landesregierung harren, weil es finanziell wichtige Vorfragen sind, die dadurch entschieden werden.

Der Herr Vorredner erwähnte das höchst bedauerliche Vorkommnis, daß mehrere Schweine auf dem Nordbahnhofe umgekommen sind. Die Schlachthausverwaltung ist daran unschuldig — die Empfänger sind es, die darauf zu achten haben, daß für sie ankommende Wagen rechtzeitig entladen werden. Die Schlachthausverwaltung war, wie ich zu aller Sicherheit noch hervorheben will, nicht Empfängerin jener Sendung, sondern diejenigen, auf deren Rechnung das Vieh gekauft ist. Auch ich beklage aufs tiefste das Vorkommnis, glaube aber, daß die inzwischen eingetretenen Verhandlungen mit der Handelskammer und der Interessenvereinigung dahin führen werden, daß sich derartiges nicht wiederholt.

**Stadtv. Diedmann:** Gestatten Sie mir ein kurzes Wort. Ich möchte im Anschluß an das von Herrn Stadtrat von Frankenberg Gesagte noch bemerken, daß die Handelskammer es wohl verschuldet hat, daß die Tiere seinerzeit hier frepierten; es will das aber bei der großen Zahl der von ihr bezogenen Schweine nicht viel sagen. 86 Sendungen Schweine sind angekommen, und von diesen sind acht Schweine eingegangen. Das kommt bei jedem anderen auch vor, und ich selber habe auch schon leider Verluste dadurch zu verzeichnen gehabt, trotzdem ich sehr vorsichtig bin. Das Eingehen der Tiere ist weniger auf Mangel an Nahrung zurückzuführen, als darauf, daß die Tiere 5 Tage an der Rampe gestanden haben, ohne daß die Handelskammer es für nötig erachtet hat, sie auszuladen. Der Wagen war gedrängt voll, so daß die Tiere sozusagen erstickt sind, was ja sehr bedauerlich ist. Die Handelskammer hat wohl Interesse dafür gezeigt, daß mög-



lichtst viel Schweine verarbeitet werden, aber sie hat übersehen, daß zunächst die Tiere geschlachtet werden müssen. Sie hat nicht damit gerechnet, daß dies viel Arbeit verursacht, und so ist es wohl gekommen, daß sie nicht die nötigen Leute hatte.

Es wurde vorhin von Herrn Wesemeier erwähnt, das Lob, das dem Magistrat gezollt wäre, sei nicht voll und ganz berechtigt, ich glaube aber, wir haben auch insbesondere in bezug auf das Schlachthaus alle Ursache, diesem Lobe beizupflichten. Ich möchte nur daran erinnern, daß die Schlachtgebühr in derselben Höhe wieder eingestellt ist wie im vergangenen Jahre. Sie werden aber aus den Tageszeitungen ersehen haben, daß die Schlachtgebühr für Schweine im Februar sich gegen das Vorjahr auf das Doppelte erhöhen wird, also werden wir auch da aller Voraussicht nach einen nicht unerheblichen Überschuß erzielen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit an Herrn Wesemeier die Anfrage stellen, was für Vorteile er sich vom Viehhofe verspricht? Nach meinem Dafürhalten hat der Viehhof lediglich den Zweck, eine Bequemlichkeit für die Viehhändler herbeizuführen . . .

**Vorsigender:** Ich möchte den Herrn Vorredner auf folgendes aufmerksam machen: Wenn wir die Vorteile und Nachteile des Viehhofs erörtern wollen, so würde das für heute zu weit führen. Ich bitte Sie, sich damit zu bescheiden.

Stadtv. **Diedmann** (verzichtet auf weitere Ausführungen.)

Keine weitere Besprechung, der Voranschlag gilt als angenommen.

### **Voranschlag der Kasse für Wohlfahrtseinrichtungen.**

Stadtv. **Bunge:** Auf Seite 436 Nr. 47 ist ein Posten von 300 M für den Kaninchenzüchterverein eingestellt, wie das im vorigen Jahre auch geschehen ist. Nun liegt ein Antrag in dieser Richtung von mir vor, und ich bin verwundert, daß im ganzen Etat sonst nichts darüber zu finden ist, daß für die Kaninchenzucht nicht in irgendeiner Weise etwas geschehen ist, wenn es auch nur ein kleiner Anfang wäre. Ich sehe, daß auch dem Kaninchenzüchterverein keine höhere Summe bewilligt ist. Ich möchte bei dieser Gelegenheit um Auskunft bitten — vielleicht erübrigt sich dadurch eine Kommissionsfigung —, wie weit die Baukommission die Sache schon gefördert hat, und in welcher Weise der Magistrat seine Zustimmung nach der einen oder anderen Seite gegeben hat.

Stadtrat **von Frankenberg:** Herr Stadtv. Bunge in seiner Eigenschaft als Bahnbrecher für die Kaninchenzucht in der Stadt Braunschweig wird erfreut sein,

zu hören, daß die Baukommission voraussichtlich in einer ihrer nächsten Sitzungen, jedenfalls unter Zuziehung des Herrn Antragstellers, sich mit dem Antrage beschäftigen wird. Der Magistrat hat schon vor vierzehn Tagen der Baukommission das reichhaltige Ergebnis seiner Umfrage bei einer Reihe von Städten unterbreitet, und es wird sich erwarten lassen, daß die Baukommission beschließt, daß die im Etat ausgeworfene Summe für Förderung der Kaninchenzucht erhöht wird.

**Vorsitzender:** Ich bemerke dazu, daß der Antrag zurückgestellt war, weil vom Magistrat noch weitere Erhebungen in Aussicht gestellt waren. Der Antrag ist also nicht einfach liegen geblieben.

**Stadtv. Steinbrecher:** Auf Seite 436 ist ein Posten ausgesetzt zur Gewährung freier Unterrichtsmittel an die die siebenstufigen Bürgerschulen besuchenden Kinder. Nun ist mir bekannt geworden, daß häufig in den Bürgerschulen Meinungsverschiedenheit zwischen Eltern und Lehrern entstehen über die Art der freien Lehrmittel, und wie weit diese zur Verfügung gestellt werden. So wird in der einen Schule verlangt, die Kinder müßten die Kladden, die sie mit nach Hause nehmen, selbst bezahlen. Dagegen kommen die Eltern und sagen: „Es ist alles frei, jedes gedruckte Buch und jedes einzelne Heft.“ Den Eltern liegt es weniger an den 10 Pf., als daß sie sagen: „Wenn es so ist, daß alles frei gegeben werden soll, dann muß auch unterbleiben, daß 10 Pfennig für Anschaffung solcher Hefte verlangt werden.“ Auch Herr Frede sagt, daß die Bestimmung dahin laute, daß diese Kleinigkeiten für 10 und 5 Pf., die zu Hause gebraucht werden, von den Eltern bezahlt werden sollten. Nun möchte ich um eine Erklärung bitten, durch die festgestellt wird, wie die Bestimmung eigentlich aufzufassen ist.

**Oberbürgermeister Metemeyer:** Ich kann nur erklären, daß die Hilfsmittel, die die Kinder benutzen, um im Hause Arbeiten zu machen, von den Eltern zu bezahlen sind. Mir ist wenigstens nicht bekannt, daß die Bestimmung über die freien Lehrmittel so weit geht, wie Herr Steinbrecher zu wünschen scheint. Ich muß mir aber vorbehalten, um eine endgültige Erklärung abzugeben, die Sache erst im Schulvorstande vorzubringen.

**Stadtv. Steinbrecher:** Es würde sich empfehlen, daß die Sache zunächst geklärt und dann von seiten des Herrn Schuldirektors Dr. Rehfuß das Resultat bekanntgemacht würde. Es ist recht unangenehm, daß Eltern fortwährend zu mir kommen und sagen: Dort wird die Sache so gehandhabt und an anderen Stellen wieder anders.

**Stadtv. Frede:** Nach der Unterredung, die ich mit Herrn Steinbrecher gehabt hatte, glaubte ich die Sache für erledigt ansehen zu dürfen, trotzdem wird sie hier öffentlich vorgebracht. Nun mag es ja sein Gutes haben, daß eine öffentliche Erklärung darüber bekannt wird. Offiziell kann ich natürlich eine solche nicht geben, denn ich habe nicht die amtliche Stellung des Herrn Oberbürgermeisters, ich kann aber aus meiner Praxis wohl ziemlich erschöpfend auf die Anfrage antworten. Es ist zu unterscheiden zwischen den vorgeschriebenen, also den Pflichtunterrichtsmitteln und solchen Sachen, welche nicht vorgeschrieben sind, und das sind durchweg Kleinigkeiten, die kaum der Erwähnung wert sind. Die Pflichtunterrichtsmittel werden unter allen Umständen geliefert. Es gehören dazu verschiedene gedruckte Bücher, die ich Herrn Steinbrecher vorhin bis ins einzelne aufgeführt habe, und auch die Hefte für Aufsatz, Rechtschreiben, Stilübungen, Rechnen, Raumlehre, das Material zum Zeichnen, wie Bleistifte usw. Nun aber ist ohne weiteres ersichtlich, daß auch noch andere Sachen in Frage kommen können, die nur Kleinigkeiten sein können. Nehmen die Herren z. B. an, der Naturgeschichtslehrer ließe von seinen Schülern besondere Notizen in ein kleines Oktavheft einschreiben, so frage ich: Was ist dagegen zu erinnern, wenn die Kinder sich dann ein solches Oktavheft für 5 Pfg. anschaffen, oder wenn sie sich eine Kladde für häusliche Arbeiten für 10 Pfg. kaufen? Das ist nur nützlich und erziehlisch, damit die Kinder die Sachen schonen. Wenn auch die geliefert würden, so ist wohl alle Woche ein solches Heft verbraucht. Die Kinder malen dann darin, reißen Blätter heraus oder werfen die Hefte auch weg. Darum ist es gut, wenn sie sich diese Kleinigkeiten, die zu gebrauchen im Belieben des Lehrers stehen, selber kaufen müssen. Ich glaube, daß zusammengenommen nicht mehr als 50 Pfg. dafür aufzuwenden sind, und darüber sollte man gegenüber den bedeutenden Ausgaben, die den Eltern gespart werden, kein Wort verlieren.

**Stadtv. Hammerschmidt:** Ich bin gegenteiliger Meinung wie der Herr Vorredner. Machen Sie es doch einfach umgekehrt, dann wird ein Schuh daraus! Weil diese Ausgaben nicht so erheblich sind, so nehmen Sie doch die paar Pfennige mit auf die städtische Kasse hinüber. Daran geht die Stadt auch nicht zugrunde.

**Vorsigender:** Ich konstatiere, daß auch dieser Etat als festgestellt gilt.

Wir kommen zu dem **Schlufsantrage** auf Seite 42 des Magistratsan Schreibens.

**Stadtv. Munte:** Der Antrag des Magistrats lautet:

„die Voranschläge der eben gedachten Kassen (für die selbständigen Verwaltungen) nach Maßgabe des Entwurfs feststellen und gleichzeitig die Zustimmung dazu erteilen zu wollen, daß die Kanalabgabe wiederum auf den diesjährigen Betrag von 2,5 Prozent des Grundsteuerkapitals festgestellt werde.“

Von der Mehrheit der Finanzkommission wird Ihnen empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Die Mehrheit der Versammlung stimmt dem Antrage zu.

### 3. Lohnübersicht für 1915/16.

**Stadtv. Loeschigt:** Den geehrten Herren ist die Lohnübersicht zugegangen. In der vorberatenden Kommission ist nur einem Wunsche, betreffend das Schlachthaus, Ausdruck gegeben, und zwar von Herrn Diekmann, und dem ist vom Magistrat zugestimmt worden. Die Kommission hat weiter nichts hinzuzufügen gehabt und gibt Ihnen durch mich anheim, daß die Löhne, die der Magistrat für 1915/16 beantragt, gutgeheißen werden.

(Herr Stadtv. Meyerhoff übernimmt für kurze Zeit den Vorsitz.)

**Stadtv. Dr. Jasper:** Ich habe für meine politischen Freunde und mich zu erklären, daß wir mit Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse, und nur deshalb, uns zu besonderen Anträgen über die Arbeitslöhne hier heute nicht veranlaßt sehen. Der Herr Berichterstatter hat aber leider unterlassen zu berichten, daß der Ausschuß sich einen Vorbehalt gemacht hat. Die Vorlage ist noch nicht ganz erledigt in der Weise, daß hier die Anregung des Magistrats dahin geht, künftig nur die Löhne zu zahlen, die in der heute als Gegenstand der Tagesordnung zu behandelnden Lohnübersicht aufgeführt sind. Dem ist vom Ausschuß nicht ohne weiteres zugestimmt, sondern der Ausschuß hat sich vorbehalten, zu dieser Frage in einer besonderen Sitzung Stellung zu nehmen und auch zweifellos darüber zu berichten, so daß insofern die Vorlage nicht ganz erledigt sein wird.

**Stadtv. Loeschigt:** Etwas anders liegt die Sache doch, als der Herr Korredner sagt. Es liegt hier die Lohnübersicht vor, wie sie für nächstes Jahr eingestellt werden soll. Ganz etwas anderes ist die Lohnaufstellung, wo in Spezialitäten sich eingelassen wird, wo über die einzelnen Arbeitsstunden Aufschluß gegeben wird usw., und zu der Herr Dr. Jasper in der Kommission einen Antrag gestellt hat, dem wir zugestimmt haben.

Stadtv. Dr. **Jasper:** Ich muß dem Herrn Berichterstatter widersprechen. In dem Anschreiben, über das er berichtet hat, steht: „Zugleich hat die Lohndeputation sich dahin geäußert, daß, wenn diese Übersicht den Stadtverordneten alljährlich mit dem Voranschlage des städtischen Haushaltsplans vorgelegt werde, die bisher aufgestellte Lohnanweisung in Wegfall kommen könne. Da die Aufstellung dieser letztgedachten Zusammenstellung den einzelnen Verwaltungen, die eine größere Zahl von Arbeitern beschäftigen, eine ziemlich erhebliche Arbeitslast verursacht, so stimmen wir dem Voranschlage der Lohndeputation zu und wollen auch das dortseitige Einverständnis als vorliegend erachten, sofern uns nicht die gegenteilige Ansicht bekanntgeben wird.“

Es liegt also im Rahmen dieser Vorlage, wenn wir uns zu diesem Inhalt des Anschreibens äußern. Wir sind uns im Ausschuß noch nicht schlüssig gewesen, ob wir die gegenteilige Ansicht kundgeben wollen, und sind uns nicht schlüssig geworden — wie der Herr Berichterstatter anzunehmen scheint —, darüber zu schweigen. Insofern liegt dieser Teil der Vorlage noch beim Ausschuß, und der Magistratsvertreter hat in Aussicht gestellt, daß wir uns in einer der nächsten Sitzungen damit beschäftigen können. Das wird der Vorsitzende des Ausschusses bestätigen.

Oberbürgermeister **Ketemeier:** Was Herr Dr. Jasper äußerte, ist vollkommen richtig. Es muß, damit der Magistrat nicht einen falschen Schluß zieht, in dem Rückschreiben gesagt werden: „Über die Frage, ob eine andere Lohnliste eingereicht werden soll, behält sich die Versammlung die Abstimmung vor. Mit den Lohnsätzen sind wir einverstanden.“

Die Mehrheit der Versammlung stimmt dem Kommissionsantrage — im Sinne der vom Herrn Oberbürgermeister vorgetragenen Rückäußerung — zu.

#### 4. Errichtung eines Anbaus an das Rathaus sowie einer öffentlichen Bedürfnisanstalt auf dem östlichen Rathaushofe.

Stadtv. **Rasche:** Schon im vergangenen Jahre hat uns ein Vorentwurf über Errichtung eines Anbaus an das Rathaus zur Erweiterung der Diensträume vorgelegen, dem die geehrten Herren zwar grundsätzlich zugestimmt, aber gleichzeitig ersucht haben, das Bauprogramm dahin abzuändern, daß in dem Erweiterungsbau an Stelle von gewöhnlichen Räumen ein Aktenspeicher mit doppelgeschossigen Räumen in jedem der drei Stockwerke geschaffen wird. Der Magistrat hat uns nun ein Projekt ausarbeiten lassen, welches hier ausgestellt ist, und in dem die geäußerten Wünsche berücksichtigt sind.

Das frühere Projekt ist dadurch bedeutend erweitert, daß auf dem östlichen Hofe noch eine von der Dankwardstraße aus zugängliche öffentliche Bedürfnisanstalt für Männer und Frauen vorgesehen ist. In dem über der Durchfahrt gelegenen Teile des Anbaus sind in jedem Stockwerke zwei Büroräume, in dem übrigen Teile die doppelgeschossigen Räume für den Aktenspeicher projektiert. In dem neben der Durchfahrt gelegenen Teile des unterkellerten Anbaus sollen als Ersatz für den in Wegfall kommenden Schuppen dem Tiefbauamt zwei Geräteräume überwiesen werden, die aber nicht heizbar zu sein brauchen.

Von der Herrichtung eines Dachraums über dem Anbau ist Abstand genommen, es soll vielmehr die obere Decke als flaches Dach ausgebildet werden, auf welchem ein Arbeitsplatz zur Herstellung von Lichtpausen bei Tageslicht eingerichtet werden soll. Im Anschluß an diesen Arbeitsplatz, der vom Boden des Rathauses aus zugänglich ist, soll zur Entwicklung und künstlichen Belichtung der Pausen ein besonderer Raum mit den erforderlichen Arbeitsgeräten beschafft werden.

Die vor dem Anbau belegene Hoffläche soll, dem Gefälle der Durchfahrt folgend, ganz abgetragen werden, damit für die Feuerlöschgerätschaften größere Bewegungsfreiheit geschaffen wird.

Die Kosten werden veranschlagt:

a) für den Speicheraanbau einschließlich Umänderung der Klostertanlagen . . . . .	zu	98 500 M,
b) für die Nebenanlagen (Herrichtung des Hofes) . . . . .	zu	4 000 M,
c) für verschiedene Einrichtungsgegenstände in den Büros . . . . .	zu	1 000 M,
d) für die Einrichtung der Lichtpauzeanstalt . . . . .	zu	2 700 M,
e) für die öffentliche Bedürfnisanstalt . . . . .	zu	10 000 M,
im ganzen also . . . . .	zu	116 200 M

Es hat noch seitens der städtischen Bauverwaltung ein Vorschlag auf moderne Einrichtung des Aktenspeichers vorgelegen. Der Magistrat sieht aber davon ab, deswegen einen Antrag zu stellen, und behält sich vor, da die vorhandenen Regale zweifellos zum größten Teil wieder verwertet werden können, später der Stadtverordnetenversammlung eine besondere Vorlage darüber zu unterbreiten.

Der Magistrat beantragt nun:

„dem vorgelegten Kostenanschlage für die Errichtung eines Anbaus am Ratshause sowie einer öffentlichen Bedürfnisanstalt auf dem östlichen Rathausshofe zuzustimmen und die zu 116 200 M veranschlagten Kosten aus dem Extraordinarium

der Kammereikasse zu verwilligen, und zwar die erste Rate für das Rechnungsjahr 1915/16 in Höhe von 60 000 *M* (Kap. IV, 1, d.).“

Die Baukommission hat das Projekt und den Voranschlag beraten und empfiehlt Ihnen Annahme des Magistratsantrages.

Die Versammlung beschließt entsprechend dem Kommissionsantrage.

### 5. Zeichnung der Kriegsanleihe durch die städtischen Beamten betreffend.

Stadtvt. **Munte:** Eine Anzahl städtischer Beamten (es sind 63) möchte gern die Kriegsanleihe mitzeichnen und bittet die städtischen Behörden, ihnen dazu in der Weise behilflich zu sein, daß der Magistrat diese Summe zeichnet, die Zahlung vorstufällig leistet und die vorzuschießenden Summen (es handelt sich je um 100, 200, 300, 500 *M*, in einigen Fällen sind es auch 1000 *M*) von den betreffenden Beamten durch Gehaltsabzüge in etwa zehn Monatsraten einzuziehen. Im ganzen sind 19 500 *M* auszulegen. Der Magistrat möchte die Beamten bei einer solchen patriotischen Tat gern in der gewünschten Weise unterstützen. Die Stadt läuft damit bei den Beamten keine Gefahr, um so mehr, als die Stücke bis zur Abtragung der geschuldeten Beträge in ihrem Verwahrsam bleiben und die Vorstufüsse von den Beamten mit 4 Prozent verzinst werden sollen.

Auch die Kommission war damit einverstanden, daß dieser Betrag den städtischen Beamten vorgestreckt wird, und läßt Sie durch mich bitten, den Antrag des Magistrats, den erbetenen Vorschuß von 19 500 *M* zu leisten, anzunehmen.

Dem Kommissionsantrage wird zugestimmt.

### 6. Ankauf von Flächen zum Ausbau der Straße 114 b.

Stadtvt. **Sander:** Die Straße 114 b ist die verlängerte Nebenstraße über das Grahesche Grundstück hinweg, welche ein Teil der Ringstraße werden wird. Der Ausbau der Straße ist schon beschlossen, doch ist zu ihm noch ein kleines Terrain erforderlich, das dem Inhaber der Konservenfabrik Gebrüder Grahe gehört. Das Grahesche Grundstück war durch freihändigen Ankauf nicht zu bekommen, und es ist von uns schon im Winter 1911/12 dem Zwangsenteignungsverfahren hierfür zugestimmt. Auch das heute zur Besprechung stehende Grundstück, das früher im Eigentum der Familie Funke war, hat der Inhaber der Firma Gebrüder Grahe erworben. Der Magistrat hält es für zweckmäßig — da nach den vorhergegangenen Verhandlungen es voraussichtlich nicht möglich sein wird, dieses kleine Grundstück freihändig für die Stadt zu erwerben —, daß dieses Stück für die Straße gleich

mit enteignet wird, und bittet um Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung dazu.

Die Baukommission hat den Antrag vorberaten, sie erkennt die Zweckmäßigkeit des Magistratsvorschlages an und bittet um Ihre Zustimmung. — Der Plan des Grundstücks hängt dort aus.

Die Versammlung erteilt ihre Zustimmung zur Einleitung des Zwangsenteignungsverfahrens.

**Vorsitzender:** Liegt noch etwas vor für die öffentliche Sitzung? — Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die öffentliche Sitzung.

---

Dauer der Sitzung von 4¼ bis kurz nach 8 Uhr.

---